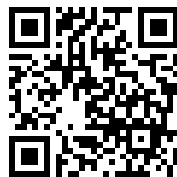

This is a reproduction of a library book that was digitized by Google as part of an ongoing effort to preserve the information in books and make it universally accessible.

Google™ books

<https://books.google.com>





Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.



State University of Iowa
LIBRARIES

UNIVERSITY OF IOWA



3 1858 044 953 440

ARCHIV

für

katholisches Kirchenrecht

mit besonderer Rücksicht auf die Länder deutscher Zunge

Begründet von Ernst Freiherrn von Moy de Sons
Fortgesetzt von Friedrich H. Vering
und Franz Heiner

Herausgegeben von
Nikolaus Hilling

Doktor der Theologie, beider Rechte und der Philosophie,
ord. Professor des Kirchenrechts an der Universität zu Freiburg i. Br.

109

Hundertneunter Band
(Vierter Folge siebzehnter Band)

MAINZ 1929
Verlag von Kirchheim & Co.
G.m.b.H.

Druck: Joh. Falk III. Söhne G.m.b.H., Mainz.

Abhandlungen.

1. Studien über das gallische Bußwesen zur Zeit Cäsarius' von Arles und Gregors von Tours.

Von Professor Dr. *Emil Göller* in Freiburg i. B.

In der Geschichte des abendländischen Bußwesens, dessen Entwicklung seit dem 4. Jahrhundert in Italien vor allem durch Ambrosius und Hieronymus, speziell in Rom durch Leo I. und Gregor I., in Spanien durch Pacian und Isidor von Sevilla, in Nordafrika durch Augustin und Fulgentius von Ruspe beleuchtet wird und gerade in der Gegenwart wieder in stärkerem Maße die Forschung in Spannung hält, nimmt seit der zweiten Hälfte des 5. Jahrhunderts auch *Gallien* eine hervorragende Stellung ein. Sowohl in seiner Synodalgeseztgebung als auch in seiner theologischen Literatur, die ohnehin infolge der pelagianischen Streitigkeiten zu den großen Problemen von Gnade und Freiheit, Sünde und Buße Stellung nehmen mußte, tritt dies deutlich in die Erscheinung. Im Vordergrund stand hier neben dem frommen, aber semipelagianisch gerichteten Faustus von Reji und dem streng kirchlichen Avitus von Vienne der große Bischof des »gallischen Rom«, Cäsarius von Arles. Sein Leben fällt in eine Zeit tiefster Erschütterungen und gewaltigster Umwälzungen, in der sich unter den Nachwirkungen der Völkerwanderung und dem Zusammenbruch des weströmischen Imperiums die Gründung neuer Staatsverbände und die Umschichtung der bisherigen religiösen, kulturellen und wirtschaftlichen Verhältnisse vollzog. Auf gallischem Boden stießen die verschiedensten Völker und Stämme, Kulturen und Religionsbekenntnisse zusammen. Starke Einwirkungen, die besonders durch das Mönchtum befördert wurden und selbst in der Verfassung und Hierarchie sich geltend machten, kamen vom Osten her; das alte keltische Heidentum war noch nicht völlig ausgerottet und fast von allen Seiten suchten die arianischen Germanen Boden zu gewinnen. Vom

Norden her waren die Burgunder bis in das Rhonegebiet vorgedrungen, vom Westen her beherrschten die Westgoten den Süden Galliens; im Osten richtete sich die Herrschaft der Ostgoten unter Führung Theoderichs auf, der die Provence mit seinem Reiche vereinigte. Eine entscheidende Wendung brachte der Übertritt Chlodwigs mit seinem Volke zum Christentum und dessen Sieg bei Vouillé (507) über die Westgoten, die infolgedessen das Gebiet zwischen Loire und Garonne und später bis zu den Pyrenäen verloren, jedoch mit Hilfe der Ostgoten noch Arles kurze Zeit behielten. Niemand hat diese Erschütterungen und Umwandlungen stärker an sich selbst verspürt und persönlich durchlebt als Cäsarius von Arles¹⁾. Er entstammte einer burgundischen Familie bei Chalons, lebte später nach vorübergehendem Aufenthalt in Lerin als Priester und Bischof im westgotischen Arles, kam mit den Ostgoten und Theoderich in Berührung und wurde noch nach dem Übergang Arles' an die Franken gegen Ende seines Lebens seit 536 Untertan des Königs Theudebert, des Wolfdietrich der Sage, der siegreich bis nach Oberitalien vordrang.

Trotz der wechselseitigen furchtbaren Schicksale, die über Gallien in dieser Zeit hereinbrachen, hat die ansässige römische Bevölkerung sich noch lange ihre Eigenart und ihren kulturellen Einfluß bewahrt. Sie erlebte im fünften Jahrhundert noch eine Nachblüte ihrer Literatur. Apollinaris Sidonius ahmte Virgil nach und Avitus dichtete seinen Sang vom Paradies. Daß unter dem Einfluß der katastrophalen Ereignisse hier wie sonst das sittliche Leben auch unter den romanischen Katholiken einen starken Niedergang erfuhr, den Salvian in geradezu erschreckenden, wohl allzu düsteren Schilderungen ausgemalt hat, ist nicht zu verwundern. Der Kirche fiel in diesen stürmischen Zeiten eine zwar schwierige, aber bedeutungsvolle und lohnende Aufgabe zu. Sie war dazu berufen, neben der religiösen die kulturelle Führung zu übernehmen. »Ganz von selbst«, sagt H. von Schubert²⁾, »kam das Erlöschen der Reichsregierung der katholischen Kirche zu gute. Denn wenn auch die alte Zivilverwaltung

1) Zur Literatur über Cäsarius von Arles vgl. *C. F. Arnold*, *Caesarius von Arelate und die gallische Kirche seiner Zeit* (Leipzig 1894); *A. Malnory*, *Saint Césaire évêque d'Arles* (Paris 1894); *Schanz-Krüger*, *Geschichte der römischen Literatur* IV, 2 (München 1920) § 1228.

2) *Geschichte der christlichen Kirche im Frühmittelalter* (Tübingen 1912) 41..

für den römischen Teil der Bevölkerung in den germanischen Staaten fortbestand, die Römer sahen doch in der Kirche die einzige noch über die Landesgrenze hinüberreichende allgemeine Organisation von selbständiger Bedeutung, die einzige noch aufrecht stehende Repräsentation des Reichsgedankens und der geordneten Kultureinheit. In den kirchlichen Provinzen erhielt sich die Erinnerung an die alte Provinzialeinteilung und in ihren großen Metropolen ein Abglanz der Bedeutung, die die alten Mittelpunkte des römischen Lebens ausgezeichnet hatte. Aber auch an den einzelnen Bischofssitzen sammelte sich der römische Geist und der munizipale Stolz vorzüglich um das kirchliche Oberhaupt, das vom Volke erkoren, die reichsten und sichersten Güter verwaltete, mit ihnen die ausgebreiteste Armenpflege und soziale Hilfeleistung aller Art betrieb und neben diesen materiellen die idealen Interessen der religiösen und vielfach auch allgemeinen Bildung.* Dem entspricht, was Malnory sagt: »Entre tant de peuples, tant de groupes d'hommes, prêts à faire assaut de grossièreté, de dépravation morale, de pétulance, elle fut la seule influence capable de s'interposer¹⁾.« Im Vordergrund der religiösen Interessen aber stand die Seelsorge, die jetzt auch dadurch neue Antriebe erhielt, daß mit der Bekehrung der germanischen Untertanen die Pastoration des Landvolkes größere Aufmerksamkeit und Sorgfalt erheischte, zu neuen Wegen und Methoden einlud und zur Schaffung von ländlichen Pfarrsprengeln führte, was anderseits wieder eine intensivere Heranziehung der Presbyter und damit eine stärkere Dezentralisation der Verwaltung bedingte. Die Sakramentspendung gewann erhöhte Bedeutung: Die von Cäsar geleitete westgotische Synode von Agde (506), die bereits eine weiter fortgeschrittene Organisation des Pfarrsystems, in dessen Mittelpunkt die Hauptkirchen standen, voraussetzt, und den Laien unter Strafe des Bannes den Empfang der Kommunion an Weihnachten, Ostern und Pfingsten vorschrieb (c. 18), stellte vor allem auch die Behandlung der Pönitenten und die Bestrafung einzelner Schwerverbrecher, wie der Mörder und falschen Zeugen in den Kreis der Erörterung. Es liegt auf der Hand, daß zu einer Zeit und in einem Lande, wo die einheimische Bevölkerung bereits die Keime der Degeneration und des Zerfalls in sich barg und die neu für den Katholizismus gewonnenen Barbaren noch nicht gefestigt genug waren,

1) S. 242.

um eine gleichmäßige Stetigkeit des christlichen Lebens zu verbürgen, es der größten Anstrengungen so ernster, helläugiger, bis in die Tiefen des Herzens vordringender Männer, wie Cäsarius von Arles, bedurfte, um der sittlichen Zucht und der Herrschaft über die Sünde zum Siege zu verhelfen. Im Mittelpunkt dieser seelsorgerlichen Aufgaben aber stand der Kampf gegen das Laster und dessen Bezwingung durch das Heilmittel der Buße. Wie diese Buße zur Zeit des großen Bischofs von Arles beschaffen war und was uns die literarischen Quellen bis auf Gregor von Tours, der für diese Frage noch kaum verwertet wurde, über das kirchliche Bußwesen berichten, soll im Folgenden im Zusammenhang mit ihrer Sündenlehre zur Darstellung gelangen, wobei wir zunächst die Vorbedingungen des gallischen Bußwesens ins Auge fassen wollen ¹⁾.

I.

Die Vorbedingungen des gallischen Bußwesens im 5. Jahrhundert.

Das gallische Bußwesen des 5. Jahrhunderts ist vorwiegend durch drei Faktoren bestimmt: Durch die Verbindung mit Rom

1) Zur Literatur über das Bußwesen dieser Zeit vgl. außer den dogmengesch. Handbüchern (von Schwane, Loofs, Harnack, Seeberg, Tixeront) und den Werken von Sirmond (*Historia poenitentiae publicae*) und Petavius (*De poenitentiae vetere in Ecclesia ratione*) besonders: *Morinus*, *Commentarius historicus de disciplina in administratione sacramenti poenitentiae* (Paris 1652); *Frank*, *Die Bußdisziplin der Kirche* (Mainz 1857); *E. Vacandard*, *La confession dans l'église latine du V au XIV siècle*, in: *Revue du Clergé français* 44 (1905) 339 ff.; ferner: *J. Tixeront*, *L'évolution de la discipline pénitentielle du V au VIII siècle dans l'Eglise latine*, in: *L'Université cath.*, Nouvelle série t. 69 (Lyon 1912); dazu in derselben Zeitschrift 72 (1913) S. 97 ff.: *La confession est-elle une institution du Moyen-âge* (Rede); *A. Boudinhon*, *Sur l'histoire de la pénitence* in: *Revue d'histoire et de litt. rel.* II (1897) 496 ff.; dazu die Artikel »confession« in *Dictionnaire de théol. cath.* von Vacandard, und »pénitence« in *Dictionnaire apologétique* von Galtier sowie des letzteren Werk: *De paenitentia tractatus dogmatico-historicus* (Paris 1923); *O. D. Watkins*, *A history of penance II* (London 1920); zuletzt: *B. Poschmann*, *Die abendländische Kirchenbuße im Ausgang des christlichen Altertums* (Münch. Studien z. hist. Theologie) München 1928, 68 ff. — Die vorliegende Studie war im Zusammenhang mit einer größeren Arbeit schon im Entwurf fertiggestellt, als Poschmanns Werk erschien. Wenn ich sie trotzdem veröffentliche, so geschieht dies, weil P. manche Autoren nicht (wie Arnobius, Gregor von Tours) oder nicht vollständig (Maximus von Turin) behandelt hat, und ich auch im übrigen vielfach über ihn hinausgehe und teilweise andere Auffassungen verrete.

und wohl auch durch die Berührung mit den angrenzenden oberitalienischen Sprengeln, durch die Gedankenwelt des Mönchtums in seiner südgalischen Eigenart mit den Zentren in Lerin und Marseille und die von ihm vertretene semipelagianische Richtung und schließlich durch die innergalische Entwicklung und die Fortwirkung der Anschauungen Augustins, die vor allem in der Kirche zu Arles Widerhall fanden. Seit der Mitte des 5. Jahrhunderts war diese Entwicklung besonders auch durch die synodale Gesetzgebung bedingt und erfuhr durch diese neuen Anstoß.

Was zunächst die Einwirkung der Päpste auf die Gestaltung des galischen Bußwesens betrifft, so kommen hier an erster Stelle die Erlasse Innocenz' I. und Cölestins I. über die Krankenbuße in Betracht. Innocenz brach in seinem Schreiben an den Bischof von Toulouse mit dem Rigorismus der Verfolgungszeit¹⁾; auch sein Brief an Decentius von Gubbio²⁾ wird den galischen Bischöfen nicht unbekannt geblieben sein, zumal er eingangs die Kirchen, darunter auch jene Galliens auffordert, die Anordnungen Roms zu befolgen; es ist das bedeutendste Dokument zur Bußgeschichte jener Zeit; denn hier werden mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit alle wesentlichen Bestandteile der mit dem Sündenbekenntnis vor dem Priester verbundenen Kirchenbuße namhaft gemacht; zugleich entnehmen wir daraus, daß außer im Krankheitsfall die Rekonziliation erst nach geleisteter Genugtuung am Gründonnerstag erteilt wurde und auch die leichteren d. h. weniger schweren Vergehen demselben (öffentlichen) Bußverfahren unterworfen, nicht aber einer besonderen poenitentia privata vorbehalten wurden. Cölestin I. schärfte den Bischöfen der Provinzen Narbonne und Vienne ein, daß die Buße keinem,

1) Ep. 6, c. 2 (Coustant 789).

2) Ep. 25, c. 7, (Coustant 855; Migne 20, 559) diese Entscheidung drückt am prägnantesten das aus, was über die Buße zu sagen war und kann nicht genug wiederholt werden. Der volle Text lautet: De poenitentibus autem, qui sive ex *gravioribus* commissis sive ex *levioribus* poenitentiam gerunt, si nulla interveniat aegritudo, *quinta feria ante pascha* eis remittendum Romanae ecclesiae consuetudo demonstrat. Caeterum de pondere aestimando delictorum *sacerdotis est iudicare*, ut attendat *ad confessionem* poenitentis et ad *fletus et lacrimas* corrigentis ac tunc lubere dimitti, cum *viderit congruam satisfactionem suam*. Vel si quis aegritudinem incurrit atque usque ad desperationem devenit, ei est *ante tempus paschae relaxandum*, ne de saeculo *absque communione* discedat. Es folgt die weitere Bestimmung über die letzte Ölung.

der darum bitte, verweigert werden dürfe, da die wahre Bekehrung nach der Gesinnung, nicht nach der Zeit zu schätzen sei¹⁾. Noch höher sind die wiederum zum Teil an gallische Bischöfe gerichteten Entscheidungen Leos einzuschätzen²⁾. Die Schlüsselgewalt der Kirche nachdrücklich betonend, erklärte er im Jahre 452 in seinem Schreiben an den Bischof Theodor von Fréjus (Forojulium), daß die göttliche Verzeihung nur *durch die Fürbitten der Priester* (supplicationibus sacerdotum) erlangt werden könne und es nützlich und notwendig sei, daß die Sündenschuld vor dem letzten Tage *durch das priesterliche Gebet* getilgt werde, indem er übereinstimmend mit Innocenz I. hervorhob, daß Christus den Vorstehern der Kirche die Gewalt übertragen habe, den (ihre Sünden) Bekenndenden die actio poenitentiae aufzulegen und sie nach erfolgter Genugtuung durch die Türe der Rekonziliation zur Gemeinschaft der Sakramente wieder zuzulassen³⁾. In der gleichen Linie liegt auch seine Erklärung⁴⁾, daß ein öffentliches *Bekenntnis* (bei der Kirchenbuße) nicht erforderlich sei, sondern es hinreiche, die Schuld des Gewissens *dem Priester allein in geheimem Bekenntnis* darzulegen, und jene confessio genüge, die zuerst vor Gott, dann *auch vor dem Priester* abgelegt werde, der für die Vergehen der Büßenden als Fürbitter eintrete. Besonders wichtig aber für die Bußgeschichte Galliens sind Leos Antworten auf die Anfragen des Bischofs Rusticus von Narbonne, die zeigen, wie damals in der Bußpraxis dort noch alles im Flusse war und welche schwierige Fälle sich im einzelnen ergeben konnten⁵⁾. Da wollte man wissen, ob den Priestern und Diakonen die für *irgend ein Vergehen* (pro crimine aliquo) *um die öffentliche Buße* (poenitentia

1) Ep. 4, c. 2 (Coustant 1065).

2) Über die Bußlehre Leos I vgl. Löning I, 269 ff.; Watkins I, 371 und 418 ff. J. Beßler, Zeugnis Leos des Großen für die Ohrenbeichte und Absolutionsgewalt des Priesters in Rottenburger Monatsschrift (1925) S. 33 ff. Poschmann, Abendl. Kirchenbuße 11 ff. (und passim).

3) Ep. 108 (M. 54, 1011). Vgl. dazu auch Sermo 4, 3 (M. 54, 151): Manet ergo Petri privilegium, ubicunque ex ipsius fertur aequitate iudicium. Nec nimia est vel severitas vel remissio, ubi nihil erit ligatum nihil solutum, nisi quod beatus Petrus aut solverit aut ligaverit; ferner Sermo 49, 3 (M. 54, 303): »Lapsos quoque . . . poenitentiae lacrimis ablui et portas misericordiae apostolica clave reserante ad remedia reconciliationis admitti«.

4) Ep. 168 c. 2 (M. 54, 1210).

5) Ep. 167 (M. 54, 1203).

publica) nachsuchten, diese durch Handauflegung zu erteilen sei, was Leo unter Berufung auf »die apostolische Überlieferung« als der kirchlichen Gewohnheit fremd bezeichnete, indem er zugleich positiv erklärte: »Unde huiusmodi lapsis ad promerendam misericordiam Dei *privata est expetenda secessio*, ubi illis satisfactio, si fuerit digna, sit etiam fructuosa«. Man stellte ferner verschiedene Fragen hinsichtlich der Krankenbuße, nämlich wie die Kranken zu behandeln seien, die die Buße übernommen hätten, sie aber nach der Genesung nicht verrichten wollten, oder die Pönitenz erst sterbend empfangen und vor Empfang der Kommunion verschieden, oder um die Buße baten, aber nachdem der Schmerz nachgelassen, den Presbyter, nach dem sie verlangt hatten, zurückwiesen; man war im Zweifel, was zu tun sei, wenn ein Pönitent eine Rechtssache vor Gericht anhängig machen mußte, die man nicht außer Acht lassen durfte, wobei der Papst entschied, daß er sich an das kirchliche Gericht wenden solle; man erkundigte sich über das Verhalten gegen Pönitenten, die während oder nach der Buße Handelsgeschäfte trieben, worauf Leo (vorsichtig) antwortete, daß es für einen Büsser nützlicher sei, eher Verluste zu erleiden, als sich in die Gefahren des Handels zu verwickeln, da es schwer sei, daß beim Kauf und Verkauf nicht eine Sünde unterlaufe; man wünschte Auskunft über diejenigen, die nach der Buße zum Kriegsdienst zurückkehrten, was der Pontifex als völlig der kirchlichen Regel zuwider erachtete, da keiner, der mit dem weltlichen Kriegsdienst in Berührung komme, von den Schlingen des Teufels frei bleibe; man wollte wissen, was gegen einen Mönch geschehen müsse, der zum Kriegsdienst oder zur Ehe schreite, worauf die Antwort erfolgte, daß ein solcher durch die Genugtuung der *öffentlichen Buße* sich reinigen müsse; auch über solche beehrte man Aufschluß, die nach der Buße heirateten oder sich mit Konkubinen verbanden, was Leo dahin präziserte und beantwortete, daß ein junger Mann, der in drohender Furcht vor dem Tode oder in Gefahr der Gefangenschaft Buße getan und nachher aus Furcht vor dem Fall jugendlicher Unenthaltbarkeit die Verbindung mit einer Frau (*copulam uxoris*) gewählt habe, um nicht in das Verbrechen der Fornikation zu geraten, etwas Verzeihliches getan zu haben scheine, falls er außer seiner Gattin keine andere erkannt habe; damit stelle er aber keine Regel auf, sondern er wäge nur ab, was erträglicher sei; im wahren Lichte besehen, gezieme sich für den, der Buße getan, nichts mehr als beständige

Reinheit des Körpers und Geistes. Auf die Frage schließlich, wie es mit denjenigen zu halten sei, die als Kinder zwar getauft, aber von Heiden gefangen genommen wurden und mit ihnen heidnisch zusammen lebten, falls sie als Jünglinge wieder auf römischen Boden gelangten und um die *communio* nachsuchten, antwortete der Papst, daß diese, wenn sie nur am Gastmahl der Heiden und an den Opferspeisen teilgenommen hätten, durch Fasten und Handauflegung geläutert werden könnten; hätten sie aber Götzenbilder angebetet oder sich mit Mord oder Unzuchtsünden befleckt, dann dürften sie nur *durch die öffentliche Buße* zur *communio* zugelassen werden. Es gab also bei weniger schwerer Verfehlung ein milderes Verfahren, das aber hier als Fall für sich zusammen mit einer ähnlichen Äußerung in dem Schreiben Leos an Nicetas von Aquileja¹⁾ zu würdigen wäre; vom Bekenntnis ist dabei nicht die Rede. Daß der Papst die öffentliche Buße nicht auf die alte Trias beschränkt, ergaben die obigen Antworten, wo noch zweimal von ihr die Rede ist.

Wir sehen davon ab, näher auf die obigen Fälle einzugehen²⁾ und die Bußauffassung Leos, der die Sündenvergebung als ein Werk des hl. Geistes bezeichnete³⁾ und besonders auch auf die sündentilgende Kraft des Almosens Gewicht legte⁴⁾, ausführlicher zu besprechen⁵⁾, um uns einem Manne zuzuwenden, der in

1) Ep. 159 c. 5. Hier entschied Leo bezüglich derer, die aus Hunger oder Furcht in der Gefangenschaft Opferspeisen nahmen: »ut poenitentiae satisfactione purgentur, quae non tam temporis longitudine quam cordis compunctione pensanda est«. Auch hier griff also ein milderes Verfahren Platz, da »eine solche Speise aus Furcht oder Not genossen wurde, nicht aber um eine religiöse Handlung zu verrichten«; es war eine abgekürzte »satisfactio poenitentiae«.

2) Im einzelnen vgl. Poschmann 11 ff. (passim). Bezüglich der Bußzeit sei noch auf Sermo 45 (M. 54, 288) hingewiesen, wo Leo mahnt, daß alle in der Quadragesima den Weg dem Herrn bereiten sollten, die Gerechten, die Katechumenen und die Sünder d. h. »illa pars (populi), quae lethaliū conscia peccatorum per reconciliationis auxilium festinat ad veniam«.

3) Sermo 76 (M. 54, 406).

4) Sermo 49, 6 (M. 54, 305): ut peccata, quae aut baptismi aquis aut poenitentiae lacrimis abluuntur, etiam eleemosynis deleantur«. Dazu Sermo 12, 4: eleemosynis peccata redimuntur; vgl. Poschmann 25.

5) Auch über die oben von Leo erwähnte Klerikerbuße, worüber die Meinungen seit Morinus auseinander gehen, soll in dieser Darstellung nicht ausführlich gehandelt werden, da neue Gesichtspunkte nicht vorzubringen sind. Vgl. dazu außer den älteren Arbeiten von Frank, Binterim, wozu auch

engster Beziehung zum päpstlichen Stuhle stand und als eifriger Bischof und Prediger in der ehemaligen Hauptstadt der Tauriner, wenn auch nicht unmittelbar, so doch wohl, an der Grenze wirkend, indirekt Einfluß auf das gallische Bußwesen ausgeübt hat, jedoch bisher (auch von Poschmann) nicht eingehend genug in dieser Richtung gewürdigt worden ist: Das ist *der hl. Maximus von Turin*. Ein großer Volksredner, hat er mit zäher Energie und zu Herzen gehender Redegewalt den Kampf gegen den Paganismus und die heidnischen Gebräuche, gegen Unzucht und Völlerei besonders unter dem Landvolk aufgenommen und ist so, Erzieher und Sittenrichter zugleich, ein Wegbereiter Cäsarius' von Arles geworden¹⁾. Wie er das Volk zum eifrigen Besuch des Gottesdienstes am Sonntag anhielt²⁾, so forderte er die Priester auf, der Sünde gegenüber nicht zu schweigen und, den Trompeten von Jericho vergleichbar, ihre Stimme laut erschallen zu lassen: »Clamandum nobis est in ecclesia, ne clamemus in poena«³⁾. Großes Gewicht legt auch er auf die guten Werke,

Wenzlowsky in der Bibl. der Kirchengv., (Briefe der Päpste V, 1878) 416 Stellung nimmt: *Kellner*, Das Buß- und Strafverfahren gegen Kleriker in den sechs ersten Jahrhunderten (Trier 1863); *Hinschius*, System des Kirchenrechts IV, (Berlin 1888) 726 ff.; *P. Batiffol*, Études d'histoire I⁷ (1926), Les origines de la pénitence 169 ff. Batiffol sagt: Ainsi, pour les clercs, pas de recours à la pénitence des laïques, exception faite pour les clercs qui, par le fait de leur déposition, sont ramenés à la condition laïque: telle est la règle romaine, attestée par le pape Sirice, par le pape saint Léon et qui à la fin du VI siècle est encor en vigueur. (Siricius hatte ad Him. 1, 14 bestimmt: »ut sicut poenitentiam agere culquam non conceditur clericorum, ita et post poenitudinem ac reconciliationem nulli unquam laico liceat honorem clericatus adipisci«; vgl. dazu Synode von Karthago (401) c. 12: »si quando presbyteri vel diaconi in aliqua graviori culpa convicti fuerint, qua eos a ministerio necesse sit removeri, non eis manus tamquam poenitentibus vel tamquam fidelibus laicis imponatur«. Dagegen Synode von Arles (443) c.29: »Poenitentiam desiderantibus clericis non esse negandum«; vgl. auch Felix III ep.1, Thiel 263, n. 1; Synode von Orleans c. 9, wonach solche des Amtes und der Kommunion verlustig gehen). Batiffol fährt fort: Mais avec le temps la privata secessio est devenue une chose plus concrète dans un monastère (vgl. Synode von Epaon 517 c. 22: ab officii honore depositus in monasterium retrudatur ibi tantummodo, quamdiu vixerit, communione sumenda; dazu Register Gregors I. passim). Ausführlich mit neuen Lösungsversuchen handelt darüber jetzt *Poschmann*, Abendl. Kirchenbuße 172 ff.

1) Vgl. Bardenhewer, Gesch. der altkirchl. Lit. IV, 610 ff.; Schanz-Krüger IV, 536; dazu Hom. 16; 100—103; Sermo 6 u. 101.

2) Sermo 25 u. 93 (M. 57, 582 u. 720).

3) Sermo 97 (M. 57, 727).

Gebet, Fasten und Almosen. Das Quadragesimalfasten, führt er aus, ist geeignet, sich vor Gott »moesta poenitentiae satisfactione«¹⁾ innerlich zu erneuern. »His enim diebus solito amplius et divinitas miseretur et delinquentia deprecatur et iustitia promeretur. Patent enim omnia et coeli ad indulgentiam *et peccator ad confitendum* et lingua ad postulandum²⁾.« Das Almosen tilgt die Sünden wie das Taufwasser die Flammen der Hölle. In gewissem Sinne ist es ein anderes Taufbad, so daß, wer sich nach der Taufe verfehlt hat, wiederum durch das Almosen geläutert werden kann: »Eleemosynam quoties feceris, toties veniam promereri³⁾.« Taufe und Almosen sind die zwei Quellen der Barmherzigkeit, die das Leben erteilen und die Sünden vergeben. Aber Voraussetzung ist, das zeigt das Beispiel des Schächers, der Glaube: »Fides enim est, quae peccata cooperit, quae vincit crimina, quae facit de latronibus innocentes⁴⁾«; dazu kommt das Erfordernis der Tränen, wie die Bekehrung Petri lehrt: »In omni igitur culpa ante flendum est (et) sic precandum⁵⁾.« Jedoch all die guten Werke nützen nichts ohne die Liebe, so lange der Mensch die Feindschaft aus seinem Herzen gegen den Nächsten nicht verdrängt und ihm vergibt: »Nemo itaque sine caritate de virginitate praesumat, nemo de eleemosynis, nemo de orationibus confidat; qui quamdiu inimicitiam in corde tenuerit, neque istis neque aliis quibuslibet bonis placare sibi Dominum poterit⁶⁾.« Ein solcher würde unwürdig zum Altare hinzutreten.

Wenn also dem Almosen, das hier auf gleicher Stufe mit der Taufe zusammen genannt wird, eine solche Bedeutung als Mittel der Sündenvergebung zukam⁷⁾, erübrigte sich dann für Maximus die kirchliche Disziplinierung, die Buße vor dem Forum des Bischofs? Keineswegs; so wenig wie bei Leo dem Großen, der ähnlich über die sündentilgende Kraft des Almosens sich aus-

1) Hom. 36 (M. 57, 304).

2) Sermo 20 (M. 37, 573).

3) Hom. 98 (M. 57, 482). Dazu Hom. 97 u. Sermo 14—15.

4) Hom. 52 (M. 57, 347).

5) Hom. 53 (M. 57, 352).

6) Hom. 54 (M. 57, 382).

7) Die gleichen Gedanken finden sich auch in dem pseudohieronym. Breviarium in psalmos, psalm. 133 (von Morin Hieronymus nicht zugesprochen) bei Migne 26, 1225: »Peccata, quae iam aliter lavare non possumus, exstingui eleemosyna . . . Quomodo baptisma nobis peccata dimittit, ita et eleemosyna nobis peccata dimittit«.

gesprochen und doch die Notwendigkeit der Sündenvergebung durch den Priester so nachdrücklich wie kein anderer betont hat. Die hohe, an die hl. Schrift anknüpfende Einschätzung des Almosens ist alt und besonders auch von Origenes und Cyprian, wenn auch noch nicht mit der scharfen Zuspitzung wie in der späteren Literatur vertreten worden.

Was sagt nun Maximus über die Buße im konkreten Sinne? Zunächst ist hervorzuheben, daß auch ihm die Schlüsselgewalt der Kirche obenan steht. Er unterscheidet zwischen der *clavis potentiae* des hl. Petrus und der *clavis scientiae* des hl. Paulus ¹⁾: »Nam (Christus) Petro sicut bono dispensatori clavem regni coelestis dedit; Paulo tamquam idoneo doctore magisterium ecclesiasticae institutionis iniunxit, scilicet ut quos iste erudit ad salutem, ille suscipiat ad quietem, ut quorum corda Paulus patefecit doctrina verborum, eorum animabus Petrus aperiat regna coelorum.« Näherhin gibt Maximus der Schlüsselgewalt folgende interessante Deutung: »Clavis enim dicenda est, qua ad fidem peccatorum *dura corda reserantur*, mentium *secreta* panduntur, et *quicquid intrinsecus clausum tenetur*, in *palam rationabili manifestatione producit*ur. Clavis, inquam, quae et *conscientiam ad confessionem peccati aperit et gratiam mysterii salutaris includit*«). Aber damit erschöpfen sich noch nicht seine Angaben über das Bußwesen. In seiner Admonitio über den hl. Eusebius, Bischof von Vercelli ³⁾, schildert er neben anderen Vorzügen dieses Heiligen seine Bemühungen um die Bekehrung der Sünder, die er durch seine Zurechtweisungen und Ermahnungen vom Aussatz der Sünde reinigte. Man erinnert sich hier an das, was über Hilarius von Arles und seine Bemühungen um die Bekehrung der Sünder in seiner Vita erzählt wird ⁴⁾. Maximus schildert anschaulich, wie Eusebius die Seelen, die schon, wenn gleich im Körper lebend, dem Tode verfallen und unter dem Schutte ihrer Vergehen begraben waren, gleichsam zum Lichte wieder erweckte; wie er aus den Herzen die Unzucht, den Zorn, den Neid verscheuchte und den Glauben, die Keuschheit, Ge-

1) Vgl. zum Folgenden Hom. 72 (M. 57, 403 f.).

2) Vgl. dazu auch bes. Hom. 68 (M. 57, 393): *Clavis enim coeli lingua est Petri, quia singulorum merita censendo apostolus unicuique regnum coelorum aut claudit aut aperit. Non est ergo clavis ista mortalis artificis aptata manu, sed data a Christo potestas est iudicandi.*

3) Hom. 78 (M. 57, 420 f.).

4) Vgl. unten 24.

rechtigkeit und Barmherzigkeit zurückrief und als friedliche Bewohner einziehen ließ: »per quos in domicilium mentis caput horum bonorum Christus intraret, *et appositis poenitentiae medicamentis velut quatruiduanum fetentem increpationum sonitu suscitabat* et emendatione suscepta de mediis mortis faucibus erutos temporaria resurrectione vitae restituebat¹⁾.« Deutlich schillern hier die einzelnen Stadien des kirchlichen Bußverfahrens durch; speziell ist das von Augustin übernommene — von Origenes und Ambrosius schon angewandte — Bild der Auferweckung des Lazarus, da er ausdrücklich beifügt »*appositis poenitentiae medicamentis*«, von ihm wohl nicht anders verstanden worden als von Augustinus selbst, wenn er auch rhetorisch den geistig Toten durch den Schall der kirchlichen Strafrüge aufgeweckt werden läßt. Wertvolle Winke über die kirchliche Disziplinierung gibt dann Maximus in der 47. Homilie²⁾, wo er, auf die Ankläger Susannas anspielend, von jenen spricht, die sich durch ihre Tat selbst richteten. Das gilt von Judas, das gilt auch vom Häretiker. Dieser verdammt sich selbst, indem er sich aus der Kirche hinausstößt und aus der Gemeinschaft der Heiligen, ohne daß man ihn dazu veranlaßt, austritt. Er zeigt nämlich selbst, was er von allen verdient, er, der sich durch sein eigenes Urteil von allen trennt. Und dann fügt Maximus hinzu: »*ipse, inquam, se damnat haereticus, quia, cum omnes criminosi episcopi sententia proiciantur de consortio Christiano, haereticus cuncta praeveniens sententia suae voluntatis abiicitur.*« Wir werden sehen, daß auch Cäsarius von Arles in ähnlicher Weise von dem Hinausstoßen aus der Kirche spricht. Die Häretiker, führt dann Maximus in der Homilie über Matth. 8, 20 (*Vulpes foveas habent*) aus, sind mit den hinterlistigen, verschlagenen Füchsen zu vergleichen, vor denen nichts sicher ist³⁾; aber nicht bloß sie, sondern auch jeder Christ, der seine *Sünden verheimlichen* will. Wie nämlich der Fuchs sich wegen seiner Nachstellungen im Versteck hält, so verbirgt sich der Sünder im Be-

1) Anspielungen auf die Buße »in cilicio« in Hom. 90 (M. 57, 460).

2) M. 57, 334—336.

3) Hom. 115 (M. 57, 523). Vgl. hierzu auch Poschmann, Abendl. Kirchenbuße S. 15, der außer dem unten folgenden Zitat aus Hom. 104 über die Praxis gewisser Häretiker, die Lossprechung für Geld zu gewähren, und einer Stelle über das Almosen (S. 25) aus Sermo 1 nur diese Stelle anführt und meint, daß im übrigen kaum etwas von Belang aus Maximus für die Buße zu entnehmen sei.

wußte sein seiner Sünden schweigend in der Höhle: »Et sicut illa non audet inter medias hominum turbas morum suorum ostentare fallaciam; ita et hic erubescit in media ecclesia conversationis suae nequitiam confiteri¹⁾«. Handelt es sich hier um ein öffentliches Bekenntnis inmitten der Kirche vor versammelter Gemeinde, wie der Wortlaut nahe zu legen scheint, wobei man an jene von Leo I., dem Zeitgenossen des Turiner Bischofs gerügte Praxis in einzelnen Diözesen Süditaliens denken könnte, oder um den Bußakt im weiteren Sinne, womit aber das Bekenntnis, das bei öffentlich bekannten Vergehen auf ein Eingeständnis hinaus lief, verbunden war? Man wird wohl an letzteres denken müssen. Wie dem auch sei; die Stelle ist jedenfalls ein wichtiges Zeugnis für das öffentliche Bußverfahren und ergänzt vortrefflich, was wir bisher darüber aus den Schriften des Maximus entnommen haben. Sie wird vor allem hinsichtlich des Sündenbekenntnisses ergänzt durch den wertvollen Bericht über einen verwerflichen Gebrauch bei den Manichäern, der indirekt auch das kirchliche Bußwesen beleuchtet. Maximus erzählt²⁾: »Ihre Vorsteher, die sie Presbyter nennen, sollen ein solches Mandat haben, daß, wenn einer von den Laien ein begangenes Verbrechen bekennt, der Presbyter ihm nicht sagt: »Tue Buße, beweine deine Taten,« sondern vielmehr sich äußert: »Gib mir für dein Verbrechen so und so viel, so wird dir vergeben.« Dazu macht der Bischof von Turin dann die Bemerkung: »Eitler und törichter Presbyter, der glaubt, daß, wenn er die Beute empfängt, Christus die Sünde vergibt; weiß er nicht, daß der Heiland die Sünden vergibt, aber für das Vergehen Tränen, nicht ungezählte Gelder

1) In Hom. 60 fordert er am Schluß auf, Johannes d. Täufer nachzueifern u. a. auch »in patientia (poenitentia?) et confessione«.

2) Hom. 104 (M. 57, 494 f.). — Vgl. dazu auch F. Steinleitner, Die Beicht im Zusammenhange mit der sakralen Rechtspflege in der Antike (Leipzig 1913) 120. St. spricht vorher von dem Isispriester, der für die römische Dame, »die an den heiligen Tagen die vorgeschriebene Keuschheit nicht gewahrt hat«, bei den Gottheiten Fürbitte eingelegt und als Buße eine Gans und einen Kuchen zur Beschwichtigung des Zornes des Osiris bestimmt hat, und sagt dann: »In dieser Opferung einer Gans und eines Kuchens behufs Sünden-erlasses haben wir im Isiskulte zu Rom eine vollständige Ablaßpraxis, wie sie später in der Kirche gehandhabt wurde. Genau dieselbe Idee des Nachlasses der Sünde und Sündenstrafe durch eine Leistung ist in der Homilie . . . des Maximus von Turin ausgesprochen, in der höchst mißbilligend über die Bußpraxis der Arianer berichtet wird« (l). Zu diesem Ablaßbegriff ist jede Bemerkung überflüssig.

fordert? Bei solchen Lehrern (praeceptores) müßten also die Reichen immer unschuldig, die Armen aber Verbrecher sein. Wie soll der Arme für sein Vergehen Genugtuung leisten, der nichts hat, was er für die Sünden anbieten kann?« Das Bekenntnis der Sünde vor dem Priester wird indirekt hier auch für die katholische Kirche bezeugt. Worauf es aber hier ankommt, das ist nicht eine äußere Gabe, da sonst der Arme leer ausginge, — also haben selbst auch die Almosen nicht jene ausschließliche Bedeutung, die bei anderen Äußerungen des Bischof durchklingt —; die Hauptsache ist vielmehr die innere Umwandlung, gekennzeichnet durch das Sündenbekenntnis und die Buße, verbunden mit den Tränen der Reue; das sind die Wege der Sündenvergebung, und zwar: »Je ernsthafter jemand die Schuld beweint, desto schneller erlangt er Verzeihung.« Diese selbst aber geht von Christus aus.

Wie wir später sehen werden, spielte die Frage, wie man sich solchen gegenüber zu verhalten habe, die dem Militärstand angehörten, bei Cäsarius von Arles eine wichtige Rolle. In dieser Richtung sind auch die Ausführungen des Turiner Bischofs in seiner 114. Homilie¹⁾ nicht uninteressant. Er verbreitet sich hier über die Soldaten und öffentlichen Beamten, (qui aut militiae cingulo detinentur aut in actu sunt publico constituti), die, wenn sie schwer sündigten (cum peccant graviter), sich von der Strafe für ihre Sünden mit der Entschuldigung zu entziehen suchten, daß sie im Dienste seien (quod militant). Sie wollten ihr Amt für ihre Vergehen verantwortlich machen. Sie häuften Sünde auf Sünde durch Raub und Betrügereien, obwohl ihnen doch ihre Löhnung zugemessen sei. Mit scharfen Worten geißelt Maximus diese Korruption und Bestechlichkeit der öffentlichen Beamten jener Tage: »Usque adeo autem hoc inolevit malum, ut iam quasi ex consuetudine vendantur leges, corrumpantur iura, sententia ipsa venalis est et nulla iam causa possit esse sine causa.« Bemerkenswert ist nun, wie sie auszuweichen suchen, wenn sie zur Rede gestellt werden. Maximus sagt: »Illud autem quale est, quod cum ob errorem aliquem a senioribus arguuntur et imputatur aliquibus de illis, cur ebrius fuerit, cur res alienas pervaserit, caedem cur turbulentus admiserit, statim respondeat: Quid habebam facere homo saecularis et miles? Numquid monachum sum professus aut clericum? Quasi

1) M. 57, 517 ff.

omnis, qui clericus non est aut monachus, possit ei licere, quod non licet. Cunctis igitur officiis praescribitur norma vivendi, omnis ad bene agendum provocatur sexus, aetas et dignitas. Igitur nemo se publicis excuset actibus, nemo de occupatione militiae conqueratur. Aqu**d** omnem christianum prima honestatis debet esse militia.« Maximus kennt also keine Ausnahme, keine Entschuldigung. Der Gedankengang gibt ihm Veranlassung, auch die Kleriker vor ähnlichen Verfehlungen zu warnen: »Milites Christi sumus et stipendium ab ipso donumque percipimus.« Wenn ein katholischer Kleriker — der Bischof spielt auf die Arianer an — nicht mit seinen Stipendien, die er vom Altare nach der Anordnung des Herrn erhält, zufrieden ist, sondern Handel treibt, Fürbitten verkauft und gerne Geschenke von den Witwen annimmt, der ist mehr Händler als Kleriker. —

Aus den hier mitgeteilten Äußerungen des Bischofs von Turin geht hervor, daß er sich nicht nur ebenso wie Papst Leo und Chrysologus für die Schlüsselgewalt einsetzt, sondern sie auch in der kirchlich geleiteten Buße wirksam werden läßt. Demgegenüber rückte in Südgallien das vom Orient her inspirierte, tief asketische und einflußreiche Mönchtum den Faktor der persönlichen Bußübung der in stiller Einsamkeit und Selbstkasteiung sich verzehrenden Seele in den Vordergrund. Grundlegend ist hier Kassian mit seinen Jahrhunderte hindurch benützten Institutionen und Konlationen¹⁾, die Benedikt und Kassiodor empfahlen, geworden. In der Sündenlehre trug er mit Augustin, angeregt durch die östlichen Asketen, wesentlich bei zu einer strengeren Selbstkontrolle und zu einer schärferen Unterscheidung der Sünden sowohl in ihrem wurzelhaften Bestand wie in der Abmessung ihrer Schwere. Die Lehre von den 8 Lasten²⁾, die weder, wie man gemeint hat, auf Euagrius

1) C. S. L. XIII (p. 1 u. 2) ed. M. Petschenig (Vindobonae 1886). Vgl. Bardenhewer IV, 558 ff.

2) Conl. 5, 2 ff.: Octo sunt principalia vitia, quae humanum infestant genus, idest primum gastrimargia, quod sonat ventris ingluvies, secundum fornicatio, tertium filargyria, id est avaritia sive amor pecuniae, quartum ira, quintum tristitia, sextum acedia, id est anxietas seu taedium cordis, septimum cenodoxia, id est lactantia seu vana gloria, octavum superbia. Zur Lehre von den Hauptsünden vgl. neben Zöckler (Das Lehrstück von den sieben Hauptsünden) bes. P. Schulze, Die Entwicklung der Hauptlaster- und Haupttugendlehre von Gregor dem Großen bis Petrus Lombardus, Diss. (Greifswald 1914); über Kassian hier S. 13.

Ponticus¹⁾ noch auf Nilus zurückgeht, sondern schon von Ephrem dem Syrer vorgetragen wird²⁾, ist durch ihn verbreitet worden und hat noch lange neben dem Lasterschema Gregors I. im Mittelalter nachgewirkt. Dasselbe gilt von seinen 12 remissiones peccatorum, die in den bekannten 7 remissiones des Origenes ihr Vorbild haben und vielfach in die Bußbücher aufgenommen wurden³⁾. Jedoch kommt das Sündenbekenntnis *vor dem Priester* wohl bei Origenes, nicht aber bei Kassian, der nur im allgemeinen von der confessio criminum spricht und eine Bibelstelle, die auf das Bekenntnis vor Gott hinweist, zitiert, deutlich zum Ausdruck. Kassian trifft ferner die seitdem besonders in Gallien viel gebrauchte Unterscheidung der Sünden in crimina capitalia und peccata minuta. Neben den Hauptlastern, die im Grunde Wurzelünden und als solche nicht schon ohne weiteres Todsünden sind, erwähnt er auch die Dekalogusünden. Von den peccata minuta oder venialia sind (gemäß Prov. 24, 16 und Joh. 1, 8—10) auch die Gerechten nicht frei. »Aut enim per ignorantiam aut per oblivionem aut per cogitationem aut per sermonem aut per obreptionem aut per necessitatem aut per fragilitatem carnis singulis diebus vel inviti vel volentes frequenter currimus⁴⁾«. Das sind die 7 Verfehlungen, denen auch der Heilige nicht entgeht; er braucht deshalb der sonntäglichen Kommunion nicht fern zu bleiben. So oft wir aber, erklärt er ausdrücklich, uns wegen einer Sünde der Kommunion nicht würdig erachten, sollen wir uns durch das Besserungsmittel der Buße (per poenitudinis emendationem) würdig machen⁵⁾. »Paenitentiae plena et perfecta definitio est, ut peccata, pro quibus

1) Zuletzt auch Poschmann (S. 72), der auf *Elter*, Gnomica I (Lipsiae 1892) verweist.

2) *Th. Hoffmann*, Zur Frage der Urheberschaft des christlichen Haupt-sündenschemas in: Pastor bonus 1917/18 S. 548 ff. Schade, daß der Verfasser die von mir angeregte Arbeit über die Sünden- und Bußlehre Kassians nicht fertigstellen konnte.

3) Vgl. Conl. 20, 8: (1) baptismi gratia, (2) martyrii donum, (3) caritatis affectus, (4) eleemosynarum fructus, (5) lacrimarum profusio, (6) criminum confessio, (7) afflictio cordis et corporis, (8) emendatio morum, (9) intercessio sanctorum, (10) misericordiae et fidei meritum, 11 conversio ac salus eorum qui nostris monitis ac praedicatione salvantur, (12) indulgentia et remissio nostra; spätere Aufzählungen, so fälschlich eine Cäsarius von Arles zugeschriebene Homilie (M. 67, 1075) setzen das Martyrium an den Schluß. Vgl. dazu *Hörmann*, Untersuchungen zur griech. Laienbeicht (Donauwörth 1913) 70 ff.

4) Ebda. 20, 12; vgl. 22, 13. — 5) Conl. 22, 5; vgl. 22, 7.

poenitudinem gerimus vel quibus nostra conscientia remordetur, nequaquam ulterius admittamus. Indicium vero satisfactionis et indulgentiae est affectus eorum quoque de nostris cordibus expulisse¹⁾.« Es solle daher jeder wissen, daß er nicht von seinen früheren Sünden losgesprochen sei (absolutum), solange ihm noch seine Einbildung die begangenen oder ähnliche Vergehen vorspiegele: »Tum demum praeterita nobis vitiorum contagia remissa esse credenda sunt, cum fuerint de corde nostro praesentium voluptatum desideria passionesque depulsae²⁾.« Allem Anschein nach hat diese Auffassung³⁾ ihre Wurzeln in verwandten Gedanken einzelner Mönchskreise des Ostens. Zwar schließt Kassian die Gnade Gottes beim Bekehrungswerk nicht aus; aber seine stark ins Subjektive verschobene Theorie von der Buße und den in der Aszese liegenden Kriterien der Gewißheit des Sündennachlasses verrät pelagianisierende Gedankengänge. Kassian war ja Semipelagianer.

Auf dem Boden dieses Systems konnte auch die Anschauung über die Mönchsbuße, die »zweite Taufe« Raum gewinnen, wonach, wie es in einem früher irrtümlich Faustus von Reji zugeschriebenen Sermo dieser Zeit heißt, derjenige, der Abrenuntiation leiste und Mönch werde, die öffentliche Buße nicht nötig habe⁴⁾. Diesen Standpunkt teilte auch Gennadius von Marseille, der zwar betonte, daß derjenige, der tödliche Vergehen (mortalia

1) Conl. 20, 5.

2) Ebda. Vgl. auch 20, 11: Noverimus autem nos, ut saepe diximus, tunc demum pro praeteritis satisfecisse peccatis, cum ipsi motus atque affectus, per quos paenitenda commisimus, fuerint de nostris cordibus amputati.

3) Conl. 20, 8 sagt er: Wenn du vor Scham errötest, deine Sünden den Menschen zu enthüllen, dann höre nicht auf, sie in unaufhörlichem Flehen dem zu bekennen, . . . der auch ohne Offenbarung der Schande zu heilen vermag. Dazu anderseits wieder 2, 11: »prostratus in terram cum veniae postulatione confessus sum et ubertim profusis lacrimis, ut absolutionem durissimae captivitatis a domino poscerent, imploravi. Tum senex: confide, ait, o puer, absolvit te ab hac captivitate etiam me tacente confessio tua«; 2, 12: unde fit, ut dum eas (sc. cogitationes) in nobis premimus ac senioribus erubescimus publicare, curationum remedia consequi nequeamus. Vgl. auch Inst. 4, 9; Poschmann 233 ff.

4) M. 58, 875: »Igitur abrenuntianti publica paenitentia non est necessaria, quia conversus ingemuit et cum Deo pactum inivit. Ex illo igitur die non memorantur eius delicta, quae gessit in saeculo, in quo facturum se iustitiam de reliquo promiserit Deo«. Vgl. dazu Tixeront, L'évolution etc. a. a. O. S. 138; Poschmann 128 ff. Zur Mönchstaufe vgl. Hörmann 70 f.

crimina) nach der Taufe sich habe zuschulden kommen lassen, nicht zum Empfang der Eucharistie hinzutreten könne, bevor er durch öffentliche Buße Genugtuung geleistet habe und durch das Urteil der Priester rekonziliert worden sei, aber doch meinte, daß auch durch eine geheime Satisfaktion die tödlichen Vergehen getilgt werden könnten, und zwar »mutato prius saeculari habitu et confesso religionis studio per vitae correctionem et iugi immo perpetuo luctu¹⁾«. Die vita religiosa tritt hiernach an die Stelle der öffentlichen Buße; doch ist nicht zu übersehen, daß der Schwerpunkt auf den Ersatz der satisfaktorischen Leistung durch die lebenslängliche Buße gelegt wird und es innerhalb der Klostermauern nicht bloß eine Gewissensrechenschaft vor dem Abte²⁾, sondern auch ein Exkommunikationsverfahren und besonders festgesetzte Strafen für einzelne Vergehen gab. Faustus von Reji hat sich hierüber nicht ausgesprochen, jedoch scheint sein semipelagianischer Standpunkt auf seine von Gennadius nicht vertretene Ablehnung der im letzten Augenblick erst empfangenen Buße, der »momentanea paenitentia«, die nichts nützte, von Einfluß gewesen zu sein; denn nicht, sagt er, wer die Buße *empfangen* (acceperit), sondern wer *sie getan* (egerit) habe, werde nach den Worten der hl. Schrift leben³⁾. Daß auch noch bei Faustus, der von den facta capitalia⁴⁾ spricht, die alte Trias der Kapitalvergehen besondere Beachtung fand, zeigt der Satz: »Tria itaque haec capitalia: sacrilegium, adulterium, homicidium, nisi hic perfectae paenitentiae fuerint expiata remediis, perennibus illuc concremabuntur incendiis⁵⁾«.

Dem semipelagianischen Kreis gehört auch *Arnobius der Jüngere* aus Gallien oder Rom⁶⁾ an. Von den ihm durch Morin zugesprochenen Schriften kommen für die Bußgeschichte der

1) De ecclesiasticis dogmatibus homilia sacra (Hamburgi 1614) c. 53, S. 31 ff. (M. 58, 998), Poschmann 77 ff. u. 114 f.

2) Vgl. oben 19 Anm. 3.

3) C. S. L. 21 ed. A. Engelbrecht (1891) 184; vgl. Poschmann 112.

4) Ebda. 194.

5) Ebda. 187.

6) So Rauschen-Wittig, Grundriß der Patrologie 385; vgl. dazu Bardenhewer IV, 603 ff.; Schanz-Krüger IV, 533. der ihn als einen aus Afrika stammenden, in Rom lebenden Mönch bezeichnen möchte, falls die ihm zugesprochenen Schriften von ihm herrühren.

Psalmenkommentar) und der Prädestinatus *) in Betracht, ersterer schon deshalb, weil darin auch Stellung gegen die Novatianer, die die Schlüsselgewalt leugneten, genommen wird. Im Hinblick auf den büßenden Petrus ruft der Verfasser aus: »Was machen wir nun, Novatian? Sollen wir den Apostel Petrus preisgeben oder ihn, der zu Christus zurückkehrte, aufnehmen? Siehe, Christus hat ihn aufgenommen, du verwirfst ihn . . . Du sagst bestimmt, daß man den getauften Pönitenten nicht zu Hilfe kommen dürfe: »Ecce apostolo succurritur, qui est episcoporum episcopus . . .« Dem büßenden Petrus hat Christus nach der Auferstehung den Namen und die Gewalt des Hirten verliehen, um darzutun, daß er durch seine Buße noch mehr erlangt, als er durch die Verleugnung verloren hatte³⁾. Die Bischöfe werden als Söhne der Apostel bezeichnet, die »bis heute auf ihren Stühlen sitzen und die Gewalt haben, zu binden und zu lösen«⁴⁾. Es wird gesprochen von den aquae baptismatis, martyrum, *paenitentiae*, eleemosynarum⁵⁾. Taufe und Buße werden wiederholt einander gegenübergestellt und die Pönitenten angeredet: »Ibi gustatis mel et lac, hic cinerem pro pane et lacrymas vestras in poculis miscete. Ibi vestes candidas mundas, hic sacceas et sordidas. Ibi habuistis gaudium, hic mugitum gemitumque inter suspiria excrepate⁶⁾; es wird also hier wie bei Ambrosius auf die strenge Form der Buße »in Sack und Asche«, verbunden mit Seufzen und Stöhnen angespielt. An anderer Stelle wird gesagt: »Alleluja primum egit, ut baptizentur credentes, Alleluja secundum agit, ut reconcilientur poenitentes⁷⁾. Der Verfasser spricht von der Exkommunikation und der Entziehung des

1) M. 53, 327 ff.

2) M. 53, 229. Vgl. dazu von Schubert, der sog. Prädestinatus, Texte u. Unters. 24, 4; ferner besonders G. Morin, Arnold le Jeune, Anecdota Maredsolana II (Oxford 1913) 308 ff., der gegen v. Schubert Stellung nimmt und beide sowie andere Schriften Arnobius zuspricht. Nach ihm hat Arnobius als Mönch in Rom seine Werke gegen Mitte des 5. Jahrhunderts geschrieben. Poschmann erwähnt ihn nicht.

3) In psalm. 137, M. 53, 545; Morin 353; dazu M. 53, 488; Morin 355.

4) In psalm. 130, M. 53, 534; Morin 353.

5) In psalm. 106, M. 53, 490.

6) In psalm. 74, M. 53, 431; Morin 355; vgl. auch in psalm. 70: in ieiunio, cinere cilicioque permaneat.

7) In psalm. 105, M. 53, 484.

Friedenskusses; der Sünder, der sich bekehrt, wird wiederum zum Friedenskuß zugelassen und der Gemeinschaft zurückgegeben¹⁾. Die Rekonziliation geschieht durch Handauflegung.

Sehr wertvoll sind einige Bemerkungen des Prädestinatus²⁾. Daß die Buße von den Bischöfen erteilt wird, mit Handauflegung verbunden ist und ein Bekenntnis voraussetzt, wird in dem folgenden, den semipelagianischen Standpunkt des Verfassers verratenden Satz des Prädestinatus ausgesprochen³⁾: »Ite cum catechumenis et *paenitentibus* vestris ad *omnium ecclesiarum pontifices*, et si videritis eos nolentibus gratiam baptismatis tradere aut nolentibus *paenitentiae imponere manum*, sciatis vos esse catholicos. Si vero nec baptismatis gratiam ausi sunt tradere, nisi veram et integram exploraverint voluntatem, nec *manum imponere paenitenti* nisi *confessionem voluntariam ostendenti*, quid insaniae vestrae vanitate attracti dicitis hoc loco: Antecedit gratia voluntatem? Maior quidem est gratia Dei quam voluntas hominis; sed prior est voluntas hoc loco quam gratia«. Wichtig ist vor allem hier die Mitteilung über *das Be-*

1) . . . excommunicans eum et a pacis osculo proiciens conversus iterum consolatur reddens ei communionem, quam abstulerat, osculum quod negabat, psalm. 70, (M. 53 424); Morin 361.

2) Was die Autorschaft des Prädestinatus angeht, so bildet die Verschiedenheit der Psalmenzitate ein sehr starkes Argument gegen die Annahme, daß der Autor des Psalmenkommentars derselbe sei wie der des Prädestinatus. Im Psalmenkommentar ist der Text des Psalterium Gallicanum benutzt; im Prädestinatus dagegen eine andere Rezension, wie folgende Beispiele zeigen mögen:

Praedest. III, 3 (M. 53, 635), Ps. 48, 3: Audite haec omnes qui habitatis orbem (Audite haec omnes gentes, auribus percipite omnes qui habitatis orbem); III, 9 (M. 647), Ps. 72, 24: Tenuisti manum dexteram meam, in voluntate tua deduxisti me et cum gloria assumpsisti me (Tenuisti manum dexteram meam et in voluntate tua deduxisti me et cum gloria *suscepisti* me; III, 9 (M. 647), Ps. 72, 27: Quoniam qui se longe faciunt a te, peribunt (Quia ecce qui elongant se a te, peribunt); vgl. dazu Augustin, Enarr. in psalm. M. 36, 928: ecce qui longe se faciunt a te, peribunt; III, 10 (M. 648), Ps. 102, 4: Qui coronat te in misericordia sua et miseratione sua (qui coronat te in *misericordia et miserationibus*); III, 11 (M. 649), Ps. 126, 1: Nisi Dominus custodierit civitatem, in vanum vigilaverunt, qui custodiunt eam (Nisi Dominus custodierit civitatem, frustra vigilat, qui custodit eam). Vgl. auch Praed. II, (M. 624); III, 14 (M. 654), Ps. 27, 10: Ex voluntate mea confitebor Domino (Et ex voluntate mea confitebor ei); III, 20 (M. 662), Ps. 90, 14: Qui sperat in me (Quoniam in me speravit).

3) 3, 8, M. 53, 644.

kenntnis. Was soll mit der angeführten Äußerung gesagt sein? Es ist wahr, wie man bemerkt hat¹⁾, daß Arnobius im Psalmenkommentar keine ausdrückliche Anspielung auf das geheime Bekenntnis macht und in einem Hinweis auf Psalm 70, 22 von einem Bekenntnis vor Gott spricht, wenn er sagt: »... confessio est quae liberat paenitentem. Confitetur ergo in oratione sua domino Deo suo peccata sua.« Allein das Bekenntnis vor Gott, das auch sonst überall erwähnt wird, ist nach dem Prädestinatus nicht allein bei der Buße ausschlaggebend. Das ergibt deutlich die obige Stelle. Wie sie verstanden sein will, das zeigen die vorausgehenden Worte: »Ostendite nobis, quis nolens consecutus sit baptismatis sacrosancta mysteria et postea coepit per gratiam velle, quod noluit; aut quis unquam nolens egerit paenitentiam et postea quam reconciliatus est, sic coepit post indulgentiam paenitere. Duae istae res sunt salutis humanae: sacrificium et confessio. Sed et voluntarie sacrificamus Deo et voluntarie confitemur. Sacrificium, quo sanguine Christi redimimur et lateris eius unda perfundimur; confessio vero qua confitentes errorem iterum meremur veniam peccatorum²⁾. — Man sieht hier deutlich, daß der Verfasser des Prädestinatus nicht etwa nur ein inneres Bekenntnis Gott gegenüber im Auge hat; er spricht von einem Bekenntnis, das, *nach außen gezeigt, kundgegeben* wird, und zwar dem *Pontifex*; diese confessio ist auch nicht irgendwie ein Bekenntnis allgemeiner Art, sondern ein Bekenntnis *des Irrtums*, also der Sünde und zwar ein freiwilliges. Es werden also durch die angeführten Zeugnisse die einzelnen Stadien des öffentlichen Bußwesens vom Bekenntnis bis zur Rekonziliation klar beleuchtet. Während Leo I. auch für den Fall, daß ein kranker Pönitent nicht mehr sprechen konnte, die Erteilung der Buße gestattete, falls er wenigstens durch Zeichen seinen Willen kundzugeben vermöchte oder die Umstehenden für ihn zeugten, war der Verfasser des Prädestinatus der Ansicht, daß in solchen

1) Morin 355, vgl. M. 53, 424.

2) 3, 7; M. 53, 644. Vgl. dazu auch Comm. in psalm. 146 (M. 53, 563): Sicut ergo antecessit gratia voluntatem hominis in ostensione sui et in ad-
apertione veritatis, ita antecedit voluntas hominis gratiam Dei. Non enim prius baptizari et sic velle incipis credere, sed prius voluntatem tuam perfectam exhibes sacerdoti et confessionem tuam (hier Glaubensbekenntnis) tuis labiis pandis et ita demum ad Dei gratiam, ut consequaris, attingis. Vgl. Morin S. 319. Es ist aber zu bemerken, daß hier von der confessio = Glaubensbekenntnis die Rede ist, im Prädestinatus aber von der confessio paenitentis.

Fällen weder die Taufe noch die Buße gespendet werden dürfe¹⁾: »mentis enim secretum, nisi linguae internuntio fuerit declaratum, consequi non valebit gratiam.« Man erkennt hier deutlich die pelagianisierende Tendenz.

Wenden wir uns der innergallischen, nicht durch den Semipelagianismus beeinflussten Entwicklung zu, so findet diese ihre stärkste Ausprägung in den Beschlüssen der gallischen Synoden, die jedoch weniger die prinzipielle Seite des Bußwesens als seine praktische Auswirkung und besonders seine Folgen für Kleriker und Verheiratete neben den Strafandrohungen für einzelne enorme Vergehen berücksichtigten, so daß wir, zumal bis zur Mitte des 5. Jahrhunderts nur die wenigen Erlasse von Orange (441), Vaison (442) und Arles (443 oder 452) in Frage kommen, davon absehen können, sie zusammenhängend zu behandeln, und es genügt, sie in die Darstellung nach den literarischen Quellen miteinzubeziehen.

Was nun diese letzteren betrifft, so fällt zunächst die vielbesprochene Notiz in der Vita des hl. Hilarius von Arles²⁾ ins Gewicht, von dem erzählt wird, daß er, so oft er die Buße erteilte, das Volk, das ihm häufig am Sonntag zuströmte, an sich zog, wobei er jeden einzelnen durch seine ernste Predigt aufs tiefste erschütterte, ja zu Tränen rührte und nach Schluß seiner Mahnung die Fürbitte für die Büßenden mit den Tränen verband. Daneben kommen einige Angaben des der Rheingegend entstammten Marseiller Presbyters Salvian³⁾, der mit seiner Gemahlin die Welt verlassen und längere Zeit in Lerin sich aufgehalten hatte, in Betracht. Bekannt besonders durch sein schon erwähntes Gemälde von den sittlichen Zuständen der römisch-

1) 3, 17 (M. 53, 657) Morin. 361. Vorher hatte er zum Erweis seiner semipelagianischen Auffassung gesagt: Si enim ad Christum veniens dixerit gentilis: Nolo baptizari, baptizari non poterit. Si ad paenitentiae fructum delinquens veniens dixerit: *Nolo reconciliari*, reconciliari non poterit. Utrosque sacerdotalis censura examinat. quibus nihil gratiae conferre praevalet, nisi integerrimam ex ore eorum didicerit voluntatem. Den Ausdruck: »secretum mentis, secretum cordis« finden wir auch bei Leo I und Maximus von Turin (vgl. oben S. 13).

2) M. 50, 1233; Watkins 400 u. 458; Poschmann 237 ff., der sich mit *Galtier* (Dictionnaire apol. 3, 1846 ff.) hierüber auseinandersetzt, da dieser darin eine anschauliche Darstellung des privaten Bußverfahrens erblickt und diese Stelle mit Duchesne auf das »kanonische öffentliche Bußverfahren« bezieht.

3) Schanz-Krüger IV, 523 ff. Ausgabe: C. S. L. VIII, ed. Pauly, (1883); einzelne Auszüge bei Watkins 401 ff. Vgl. Poschmann 97 ff., 136 ff. u. passim.

christlichen Gesellschaft, diesem »Pfuhl des Lasters«¹⁾, fällt er besonders auf durch seine starke Betonung des Almosens und seine strenge Forderung, daß der Christ all sein Hab und Gut bei seinem Tode ohne Rücksicht selbst auf die eigenen Kinder der Kirche und den Armen zuführen solle²⁾; doch verlangt er, daß die Almosen mit der Zerknirschung des Herzens verbunden sein müßten: »quia non pretio, sed affectu placent«³⁾. Bei seinem rücksichtslosen Kampf gegen die Habsucht trifft er mit seiner Kritik auch die kirchlichen Stände und neben den Bischöfen und Presbytern, Witwen und Gotigeweihten auch die *Pönitenten* und *Konversen*⁴⁾, die also von einander unterschieden werden. Besonders beschäftigt ihn die Frage der Buße im letzten Augenblick, vor der er warnt⁵⁾: »Quod si aut tanta vis morbi aut tanta aegrotorum fuerit incuria, ut valetudinis labem usque ad dies ultimos trahat, quid dicam nescio, quid promittam penitus ignoro«⁶⁾. Er klagt darüber, daß fast alle, ja die meisten im Überflusse ihres Reichtums ihre Verbrechen und Schändlichkeiten, deren sie sich bewußt seien, weder durch die *Exomologese* und *Satisfaktion* noch durch Schenkungen und Guttaten ablösen (redimere) wollten⁷⁾. Indem er die Habsucht neben, ja über die Vergehen der Fornikation, des Mordes und Sakrilegs stellt und mit diesen noch andere Verfehlungen (alia postremo vitia), die die Seele töteten, erwähnt⁸⁾, geht er über den Kreis der alten Kapitalvergehen hinaus, bringt sie aber wieder in Erinnerung. Er deutet

1) Vgl. De gubernatione Dei 3, 9; 7, 3; 7, 15—17.

2) Ebda. 1, 7. S. 234 ff.

3) De gub. 1, 10.

4) Ep. 9.

5) Ad eccl. 1, 8.

6) Ad eccl. 1, 9 u. 1, 8.

7) ep. 9.

8) Wichtig ist für seine Beurteilung der Sünden folgende, an eine später von Casarius von Arles getroffene Unterscheidung erinnernde Stelle: Aestima diligentissime culpas, quas admisisti, aestima peccatorum diversitates; vide quid pro mendaciis debeas, quid pro maledictis atque periuriis, quid pro negligentis cogitationum, quid pro impuritate sermonum, quid pro omni denique malae voluntatis affectu — Adde postremo etiam, si aliqua de his intra conscientiam tuam sunt. de quibus apostolus dicit, adulteria, fornicationes, impudicitiae, ebrietates, immunditia Deo exosa, avaritia idolatriae famula et post haec aliqua forte crimina etiam de humani sanguinis effusione contracta. Cumque omnium supputaveris numerum, expende pretia singulorum (Ad. eccl. 1, 12 ebd. 243).

auch die Unwiederholbarkeit der Buße an¹⁾; vom Bekenntnis der Sünde, soweit dieses nicht in die Exomologese mit einzubeziehen ist, spricht er nicht, doch läßt er bei seiner Kritik der Aquitanier, die, wenn man sie frage, ihre Vergehen zwar eingeständen, aber keinen Reueschmerz empfinden, erkennen, daß er Reue und Bekenntnis mit einander verbunden haben will²⁾.

In der Kirche zu Arles wirkte um dieselbe Zeit *Julianus Pomerius* aus Mauretanien, der nach dem Fortsetzer des Gennadius Presbyter war, während ihn Bischof Ruricius von Limoges in zwei an ihn gerichteten Briefen als Abt bezeichnet, zu dessen Füßen auch Cäsarius von Arles saß. Ein gewandter Schriftsteller, der sich an Augustin gebildet hatte und dessen Gedankenwelt auch seinem Schüler, den er dadurch dem semi-pelagianischen Kreise zu Lerin entzog, vermittelte, hat Pomerius in seinem Werk »de vita contemplativa«³⁾ dem Weltklerus eine asketische Anleitung von einziger Schönheit an die Hand gegeben und darin auch Gedanken über das Hirtenamt ausgesprochen, die in der folgenden Zeit, besonders auch bei Cäsarius und Gregor I. noch nachklingen. Die Bischöfe sind *principes ecclesiae*, *speculatores* auf hoher Warte, die bei Gott für die Sünden aller und die eigenen unermüdlich Fürbitte einlegen (*supplicant*), »sie sind die Pförtner, denen die Schlüssel des Himmelreichs anvertraut sind⁴⁾«. Ihre Aufgabe ist es, den Gläubigen ihre Sünden vor Augen zu halten und sie zurechtzuweisen: »quos deprehenderint vitiosos, arguentes emendant aut, si emendare noluerint, aequanimiter portant⁵⁾«. Scharf wendet er sich gegen die pflichtvergessenen Hirten⁶⁾, nicht minder auch gegen solche Konversen, die nichts von ihren früheren Sitten aufgaben, die Buße heuchlerisch nur nach außen zur Schau trügen und — *non mente mutati, sed veste, non actu, sed habitu* — nicht in

1) De gub. 5, 10; vgl. Poschmann 97.

2) De gub. 7, 3 (S. 159). Über die Kritik Salvians an den Religiösen vgl. Poschmann 97 ff. u. 137.

3) M. 59, 411.

4) II, 2, 1.

5) II, 2, 2.

6) »Non sanamus spirituali consilio peccatis infirmum, non sacerdotali ope consolidamus . . . fractum, non ad vitam salutis revocamus errantem«, I, 21, 3. Julian hat hier die Bischöfe im Auge; aus der Wir-Form können demgemäß keine Schlüsse auf die Vollmachten der Presbyter gezogen werden (vgl. die Wendung: *sarcina episcopatus mei imposita*).

der Tat, sondern nur in Worten auf die Welt verzichteten¹⁾. Julian hat hier also solche Büßer im Auge, die nicht etwa nur der öffentlichen Buße sich unterwarfen, sondern das Religiosenkleid nahmen, um als Konversen ihr Leben lang Buße zu tun. Den Sündern gegenüber empfiehlt er weitgehende Milde: »Blanda pietate portandi sunt, qui increpari pro sua infirmitate non possunt.« Schließe man allzurasch die sich nicht Bessenden aus, dann brächen sie zusammen und gingen den Heiligen, durch die sie Gott zurückgegeben werden könnten, aus dem Wege oder aber fielen in noch größere Sünden²⁾. Über die kirchliche Buße selbst äußert er sich eingehend im 7. Kapitel des zweiten Buches³⁾, wobei er großes Gewicht auf das Sündenbekenntnis legt. Er unterscheidet zwei Klassen von Sündern: solche, die ihre Sünden dem Priester (Bischof) so, wie die Wunden dem Arzte offen legen und solche, deren Vergehen ihm auf anderem Wege bekannt geworden sind. Im ersteren Falle wird es keine Schwierigkeiten bereiten, den Pönitenten, der freiwillig seine Sünden bekannt hat, möglichst bald zur Heilung zu führen. Im letzteren soll man zunächst gelinde Mittel anwenden und, wenn diese nichts fruchten, zu schärferen übergehen: »velut igni quodam piae increpationis urenda sunt«. Nützt weder die milde Behandlung noch die scharfe Zurechtweisung etwas, dann soll man solche — qui diu portati et salubriter obiurgati corrigi noluerunt — wie in Fäulnis übergegangene Körperteile mit dem Messer der Exkommunikation lostrennen, damit nicht das abgestorbene Fleisch das übrige durch die Berührung mit der Fäulnis verderbe. Den gleichen Gedanken hatte schon Augustinus ausgesprochen; das Bild wurde später oft wiederholt. Die Exkommunikation, worunter hier offenbar der völlige Ausschluß aus der Gemeinschaft, nicht etwa nur der Kommunion, zu verstehen ist, sollte also erst erfolgen, wenn alle anderen Mittel fehlgeschlugen. Solche, deren Sünden menschlicher Kenntnis verborgen blieben, bemerkt Pomerius weiter, würden, wenn sie sie nicht bekennen und sich bessern wollten, Gott, der ihr Zeuge sei, zum Rächer haben. Diejenigen, die ihre eigenen Richter seien und als Rächer ihrer Ungerechtigkeit gegen sich ein freiwilliges Verfahren strengster Ahndung vollzögen, würden der ewigen Strafe entgehen und durch ihre Tränen die Flammen des ewigen Feuers löschen. Auch diejenigen, die einen kirchlichen Weihe-

1) II, 4, 1–3. — 2) II, 5, 2. — 3) II, 7, 1.

grad hätten, seien nicht ausgenommen; sie gäben sich eitler Täuschung hin, wenn sie glaubten, kommunizieren und ihr Officium ausüben zu können, weil sie die Menschen durch Geheimhaltung des Vergehens hinters Licht führten. Julian kommt auch auf den Charakter der zu büßenden Sünde zu sprechen. »Abgesehen nämlich von jenen Sünden,« sagt er, Augustin folgend, »die so klein sind, daß sie nicht vermieden werden können, für deren Sühne wir täglich zu Gott rufen und sagen: Vergib uns unsere Schulden etc., sollen jene Vergehen gemieden werden, die, wenn sie bekannt würden, ihre Urheber dem menschlichen Gericht überantworteten.« Er legt also mit Augustin den Schwerpunkt auf die Tatsünden. »Diejenigen,« fährt er dann weiter, »die solche begangen haben und davor zurückschrecken, sie zu offenbaren (prodere), um nicht die Sentenz einer gerechten Exkommunikation sich zuzuziehen, kommunizieren zu Unrecht (sine causa); ja sogar sie häufen doppelt den Zorn des göttlichen Unwillens auf sich, da sie den Menschen ihre Unschuld vorspiegeln und unter Verachtung des göttlichen Gerichts wegen der Menschen sich schämen, dem Altare fernzubleiben.« Wenn dann Pomerius zum Schlusse sagt, es würden sich diejenigen, die nicht durch menschliches Urteil überführt, sondern aus freien Stücken das Verbrechen anerkannten, Gott leichter versöhnen, sei es, daß sie es durch eigenes Bekenntnis offenbarten oder »nescientibus aliis quales occulti sunt« gegen sich selbst die Sentenz einer freiwilligen Exkommunikation verhängten und vom Altare »non animo, sed officio« getrennt, ihr Leben gleichsam als tot beklagten, — er denkt hier offenbar an Kleriker —, so wird damit die Bedeutung des Bekenntnisses doch wieder abgeschwächt; denn schon durch die Selbstdisziplinierung kommt hiernach die erforderliche Anerkennung der Schuld zum Ausdruck. Ausführlich handelt er über die verschiedenen Sünden; er ist hier wohl von Lerin her beeinflusst; doch deckt sich sein Lasterschema, an dessen Spitze die superbia steht, — daneben auch die cupiditas — weder mit demjenigen Kassians noch mit dem Gregors I. Was die Motive der Reue und die Beweggründe, die Sünde zu meiden, betrifft, so weist er zunächst auf die ewigen Strafen hin; aber er bleibt hierbei nicht stehen, sondern schreitet zur Liebe fort. Sie ist der Tod aller Verbrechen, »fructuosa in poenitentibus«. Sie scheidet vom Teufel, reinigt von der Sünde und versöhnt uns mit Gott.

Durch Julianus Pomerius und seinen Schüler Cäsarius von Arles sind die Gedanken Augustins in Gallien in verschiedener Richtung weitergetragen worden. Doch hat dieser sich nicht so eingehend wie Julian über das Sündenbekenntnis geäußert. Anderseits spielt auch die Frage der kirchlichen Jurisdiktion weder bei ihm noch bei Cäsarius von Arles die Rolle wie in einzelnen Äußerungen Augustins und dem ihm in der Ausgabe seiner Werke zugeschriebenen Sermo 351 ¹⁾. Dies hat man wohl mit Recht auf den Einfluß Kassians und der Leriner zurückgeführt.

II.

Die Pastoralgrundsätze und die Sündenkategorien des hl. Cäsarius von Arles ¹⁾.

Die Bußlehre des Julianus Pomerius gewinnt eine besondere Bedeutung dadurch, daß er Lehrer jenes großen Bischofs von Arles war, der wie kein anderer mit allen Mitteln der Beredsamkeit und der praktischen Seelsorge gegen die Laster seiner

1) Über die Frage der Echtheit von Sermo 351 (M. 39, 1535 ff.) hat sich zuletzt K. Adam, Die kirchliche Sündenvergebung nach dem hl Augustin (Paderborn 1917) S. 7 ff. (unter Bezugnahme auf F. Hünemann, Die Bußlehre Augustins (Paderborn 1914) S. 23 ausführlich verbreitet und die Gründe für und wider gegenüber Portalié (Dict. de théol. cath. I, 2310) abgewogen. Trotz weitgehender Bedenken sprach er sich für die Autorschaft Augustins aus. Es kann aber noch eine weitere, sehr bedeutsame Feststellung, die mir durch A. Allgeier, Die altlateinischen Psalterien (Freiburg 1928) erleichtert wurde, zugunsten Augustins gemacht werden. Die Psalmenzitate im Sermo 351 weisen nämlich durchweg auf die Recenslon R == Psalterium Veronense. Der Codex Veronensis bietet nun aber gerade den Psalmentext Augustins, wie Allgeier (S. 39) bemerkt. Anderseits trifft diese Feststellung bei Sermo 352, dessen Echtheit die Mauriner ebenfalls gegen Erasmus vertragen, nicht zu. Er rührt hiernach offenbar nicht von Augustin her. Was die Bußlehre Augustins betrifft, so ist außer einer zweiten Schrift Adams, Die geheime Kirchenbuße Augustins (Kempten 1921) hinzuweisen auf: Poschmann, Hat Augustin die Privatbuße eingeführt (Braunsberg 1920), derselbe in Ztschr. f. kath. Theol. 45, derselbe, Kirchenbuße und correptio secreta bei Augustinus (Braunsberg 1923), derselbe, Die abendl. Kirchenbuße (passim). Batiffol, Les origines de la pénitence (Études d'histoire) Paris 1925 p. 194 ff. hat in dieser 7. Auflage von diesen deutschen Forschungen und Auseinandersetzungen keinerlei Notiz genommen.

2) Vgl. hierüber Arnold 115 ff.; Malnory 167 ff.; insbesondere aber, was die Sündenschemata angeht, F. Hautkappe, Über die altdeutschen Beichten und ihre Beziehungen zu Cäsarius von Arles (Münster 1917).

Zeit und Umgebung ankämpfte und zur Buße mahnte, und wie er selbst im Vollbewußtsein der Verantwortung seines bischöflichen Amtes die höchsten Anforderungen an sich stellte, so auch die ihm unterstellten Kleriker und Laien zur Erfüllung ihrer sittlichen Pflichten in Wort und Schrift anhielt. Voll und ganz auf das Übernatürliche eingestellt, sieht er alle Dinge im Widerschein des letzten Gerichtes. Der Kampf gegen die Sünde in all ihren Formen, verbunden mit der Mahnung zur Buße, ist das Hauptthema seiner zahlreichen Predigten¹⁾. Die kurz nach seinem Tod noch vor dem Jahre 549 verfaßte Vita²⁾ rühmt ihm nach, daß er ein Herzenskenner, »incognitorum conscius« war. »Er legte die Vergehen aller bloß, tötete sie durch die Geißel seiner Unterweisung und stellte durch göttliche Heilmittel ohne Verzug die Gesundheit wieder her.« Mochte der eine an Stolz, der andere an Habsucht, ein dritter an Neid oder irgend einem anderen Fehler kranken, alle kehrten wir, sagt einer der Verfasser aus der Umgebung des Heiligen, gesunden Herzens und erleichtert in unser Gemach wieder zurück. Nie ließ er sich, heißt es an anderer Stelle, durch das Übermaß der Betrübniß niederdrücken, außer wenn er für fremde Sünden trauerte. *Keinen ließ der heilige Mann ohne das Heilmittel der Buße aus der Welt scheiden*³⁾. Als eine Frau bei einem epileptischen Anfall an den Altar zu ihm gebracht wurde, betete er für sie, legte ihr die Hand aufs Haupt und salbte Gesicht und Sinne mit dem heiligen Öle⁴⁾. Er trug die christliche Lehre, so oft er konnte, aus dem Gedächtnis vor und predigte mit lauter Stimme in der Kirche. War er durch Krankheit verhindert, dann mußten die Presbyter und Diakone die Predigt übernehmen⁵⁾. In seiner Predigt bekämpfte er die verschiedensten Laster, insbesondere Trunksucht und Lüsternheit, Zwietracht und Haß, Zorn und Stolz,

1) Über die Predigten des Cäsarius von Arles vgl. Arnold 436 ff., *P. Lejay*, Notes d'ancienne littérature chrétienne: Les sermons de Césaire d'Arles, Rev. Biblique 4 (1895) 583 ff.; Das Hauptverdienst kommt G. Morin zu, der zahlreiche Predigten von Cäsarius neu entdeckt und veröffentlicht hat; vgl. Revue Bénédictine 9 (1892) 51; 13 (1896) 97 n 193; 16 (1899) 241, 289, 337; 23 (1906) 26, 189, 350; 27 (1910) 465; 28 (1911) 419. Die beste Zusammenstellung, an die wir uns im Folgenden halten, bei Schanz-Krüger 561 ff.

2) Migne 67, 1001 ff., MG. SS. rer. Merov. III, 433 ff.

3) II, 1, 9 (M. 1029) MG. I. c. II, 11.

4) c. I, 4, 31 (M. 1016) MG. I. c. I, 43.

5) I, 5, 41, MG. I. c. I, 54.

Sakrileg und Wahrsagerei, die heidnischen Riten der Kalenden und die abergläubischen Gebräuche. — Diese Angaben der Vita finden ihre Bestätigung durch seine Predigten. In seinen Predigten, betont Arnold, kommt Cäsarius durch seine edle Würde, Einfach und Natürlichkeit dem Antik-Klassischen so nahe, wie es zu seiner Zeit nur immer möglich war. »Am nächsten stehen der Beredsamkeit des Cäsarius innerhalb der gallischen Kirche die Predigten der aus Lérins hervorgegangenen Bischöfe, namentlich des Hilarius und Faustus,« dessen Predigten er benutzt und überarbeitet hat¹⁾. Er stimmt in seinen Predigtgrundsätzen, vor allem auch in dem Bestreben, wie in der Seelsorge überhaupt, so auch in der Predigt der Eigenart der Zuhörer sich anzupassen, mit Julianus Pomerius überein und teilt mit ihm die Anlehnung an die Methode Augustins. Daß, wie Arnold betont, die Liebe zu Gott und den Menschen es ist, die den Hauptgegenstand seiner Predigt bildet²⁾, die Liebe und Sorge um das Heil der Seelen, die auch, bei seinen scharfen Rügen und Mahnungen das treibende Motiv ist, das hat er selbst wiederholt ausgesprochen. Scharf stellt er das Gute und Böse, Leben und Tod, Licht und Finsternis, Himmel und Hölle einander gegenüber³⁾. Nachklänge der Didache dringen an unser Ohr. Sie lassen sich ja auch später, besonders bei Pirmin noch beobachten.

Vielleicht sind die Gedanken, von denen er sich leiten ließ, die Ziele, die er in der Pastoration verfolgte, nirgends so schön von ihm zusammengefaßt und so konzis vorgetragen worden, als in jener Admonitio, in der er »allen Heiligen oder Priestern«⁴⁾ ans Herz legte, die Predigt des Wortes Gottes allen irdischen Sorgen vorzuziehen. Er ist bescheiden genug, um sich zu entschuldigen, daß gerade er in einer solchen Frage das Wort ergreife, aber seine Worte seien von der Liebe eingegeben. Dabei geht er, um die Bedeutung des priesterlichen Amtes zu kennzeichnen, von einem ähnlichen Gedanken wie Maximus von Turin aus, indem er die Worte, »die der Herr speziell für die Priester durch den Propheten erschallen ließ«, an die Spitze stellt: »Clama ne cesses; quasi tubam exalta vocem tuam« und die anderen: »Si annuntiaveris iniquo iniquitatem suam, animam

1) S. 122.

2) Ebd. 124.

3) Vgl. Revue Bénéd. 13 (1926) 198.

4) ed. Malnory, S. Césaire 294 ff.

tuam liberasti, . . . si autem non annuntiaveris, ille quidem in impietate sua morietur.« Eine ganze Fülle von Bibelstellen müssen den gleichen Gedanken stützen. Vor allem aber legt er dabei Gewicht darauf, zu betonen, daß der Herr zum dritten Male den hl. Petrus ermahnte: »Pasce oves meas«. Als speculatores, sagt er, einen Gedanken seines Lehrers Julianus Pomerius aufnehmend, würden die Bischöfe bezeichnet, weil sie auf erhöhtem Posten, gleichsam auf der Zitadelle der Kirche stehend, um die Stadt oder den Acker Gottes, d. i. um die ganze Kirche besorgt sein sollen. Sie sollten nicht bloß, und damit gibt er den an den hl. Petrus gerichteten Worten unmittelbar eine Beziehung auf die Bekämpfung der Sünde, durch die Predigt die Kapitalvergehen (crimina capitalia) verhüten, sondern auch mahnen, die kleinen Sünden (minuta peccata), die täglich unterlaufen, durch Fasten, Almosen und Gebete zu tilgen. »Wie können wir,« ruft er aus, »Gott gefallen, wenn wir nicht die Herde des Herrn, d. h. den geistigen Weinberg der Seelen sorgsamst durch Predigt, Mahnung und Züchtigung vor den nichtsnutzigsten Tieren oder Vögeln, nämlich dem Teufel und seinen Engeln zu verteidigen suchen?« Die Priester seien nicht ordiniert, um die Äcker zu bestellen und das Land zu bebauen, sondern um die geistige Kultur der Seelen zu pflegen, jene nämlich, von der der Apostel sage: »Ego plantavi, Apollo rigavit« und wiederum: »Dei adiutores sumus, Dei agricultura estis«. Die Bestellung der Felder könnten Laien, jüngere Leute, auch einfache Kleriker, die dazu geeignet seien, übernehmen. Nun könne jemand einwenden: Also brauchen wir nicht mehr für die Kirchen besorgt zu sein. Demgegenüber sei zu sagen: »De terrena substantia debemus esse solliciti, sed non nimis, et sic debemus terrenam substantiam ordinare, ut animarum curam ordinatio illa non possit minuere aut ferre.« Wir verfolgen diese Gedanken nicht weiter. Aber es ist doch wichtig, daß Cäsarius auf den Einwand, daß der Priester, der sich nicht um das Zeitliche kümmere, ja auch keine reichlicheren Almosen spenden könne, die doppelte Unterscheidung trifft: »Duo sunt eleemosynarum genera: unum est, ut esurienti porrigatur buccella; aliud quod ignorantibus subministretur doctrina.« Das Almosen der Seele, d. h. die Speise der Lehre zu reichen, das komme hauptsächlich den Priestern zu. Er verbürge sich übrigens dafür, daß den Priestern, die aus Liebe zur Lehre eifrig der Lesung und dem Gebet oblägen, niemals das Nötige fehlen werde, um auch leibliche Almosen

zu spenden. Interessant ist, daß dann Cäsarius auf den Inhalt der Lektionen, die bei der Ordination der Bischöfe rezitiert wurden, — er hat also immer die Bischöfe hier im Auge —, hinweist, wobei wieder im Vordergrund das Wort des Herrn steht: »Weide meine Schafe.« Wiederholt ist also hier von der Übertragung der Hirtengewalt an Petrus die Rede, wodurch zugleich die Bischöfe auf ihre hohe Aufgabe hingewiesen werden sollen. Von demselben Petrus, »dem die Schlüssel übertragen sind«, spricht Cäsarius in seiner allegorischen Erklärung der Vision des Apostelfürsten, der, wie es dort heißt, die Kirche »das corpus Christi« repräsentierte (*figuram gestabat Ecclesiae*), und von dem auch dort gesagt wird: »*beatus Petrus typum Ecclesiae habuit catholicae*«¹⁾. Es wird also auch von Cäsarius die Schlüsselgewalt nicht völlig außer Acht gelassen, wenn er sie auch nicht — wenigstens in dem bis jetzt bekannten Schrifttum — so betont wie Leo I. und andere Autoren des 5. Jahrhunderts.

Der weitere Einwand eines seiner Zuhörer, er sei nicht beredt genug, um etwas aus der Heiligen Schrift darlegen zu können, gibt Cäsarius Gelegenheit, zu zeigen, wie nach der moralischen Seite der Prediger zu wirken habe, wobei er nun einen auch in anderen Predigten wiederkehrenden Katalog von Begehungs- und Unterlassungssünden aufstellt und zu den einzelnen Verboten und Geboten entsprechende biblische Mahnungen hinzufügt: Gewiß könne man nicht alle Geheimnisse des Alten und Neuen Testaments ergründen und erklären. Aber wen man wolle, könne man zurechtweisen, könne man die Ehebrecher züchtigen und die Hochmütigen ermahnen. Welcher Presbyter, um nicht zu sagen, welcher Bischof könne dem Volke nicht sagen: Du sollst kein falsches Zeugnis geben, du sollst nicht lügen, nicht schwören; beneidet euch nicht gegenseitig, seid nicht stolz, traget keinen Haß in eurem Herzen, keiner zwingt den andern bei einem Gastmahl, mehr zu trinken, als nötig ist; wer könnte nicht mahnen, daß man bei dem eigenen oder fremden Gastmahl keine lüsternden Sänger, Spieler oder Sängerinnen zulasse? Wer könnte nicht sagen: Liebe Gott und deinen Nächsten, oder: was du nicht willst, das man dir tue, füge auch keinem anderen zu. Dies nämlich und Ähnliches, fährt Cäsarius fort, können und sollen die Priester (d. h. die Bischöfe) in den Städten, aber auch die Presbyter und Diakone auf dem Lande häufiger predigen. Weitere

1) Sermo 101, 2 (M. 39, 1940).

Vergehen werden namhaft gemacht, gegen die der Prediger sich wenden soll, und zwar gegen heidnische und abergläubische Gebräuche, dazwischen gegen die Ehrabschneidung, insbesondere aber gegen die Anwendung von Abtreibungs- und antikonzeptionellen Mitteln. »Nulla mulier aliquas potiones ad abortum accipiat,« sagt Cäsarius, um dann zu fragen: »Quis est, qui admonere non possit, ut nulla mulier potionem accipiat, ut iam concipere nequeat neque damnet in se naturam, quam Deus voluit esse fecundam?« Wer solches tut, begeht einen Mord, und wenn er nicht Buße tut, wird er in der Hölle zum ewigen Tode verurteilt. Und nun der lapidare, auch heute noch wichtige Satz: »Mulier quae iam non vult habere filios, *religiosum* cum viro suo ineat pactum! Christiano enim feminae sterilitas sola sit castitas!« Der Prediger soll dann weiter die Gläubigen auffordern, rechtzeitig zur Kirche zu kommen, die Oblationen für den Altar bereit zu halten, die Werke der Barmherzigkeit zu üben (*infirmos visitare*); er soll den Eheleuten nahelegen, mehrere Tage vor den Festen Enthaltsamkeit zu üben, um zum Altare des Herrn mit unbeflecktem und reinem Gewissen hinzuzutreten. Es folgen, zum Teil Früheres wiederholend, weitere Mahnungen gegen Völlerei und diabolische Tänze an den Festtagen, gegen Gehässigkeit und Zank, und zuletzt die Aufforderung, von allen Früchten die Zehnten zu entrichten und von jedem Ertrag für die Armen etwas den Kirchen zu opfern, aber auch die Gastfreundschaft zu üben gegen Arme und Reiche. Schließlich die Weisung: »Ut symbolum et oratio Dominica a Christianis omnibus teneatur; ut continentiam per totam etiam Quadragesimam et usque ad finem Paschae custodiant«.

Für die Bußgeschichte ist diese Admonitio¹⁾ in doppelter Richtung bedeutsam; einmal dadurch, daß es als eine Haupt-

1) Der letzte Teil der Admonitio ist für uns hier weniger von Bedeutung. Cäsarius berührt u. a. darin die Vorbedingungen der Weihe, darunter auch die Forderung, daß kein Pönitent die Ehre des Klerikats empfangen dürfe, spricht über die Bedeutung der Lesung und des Studiums der Väterhomilien, wobei er auf Hilarius, Ambrosius und Augustinus abhebt, sowie über die geistliche Tischlektüre. Indem er auf die Bedeutung der Bezeichnungen, die den Priestern zukämen — nam et pastores dicimur et gubernatores vel episcopi nominamur — hinweist, faßt er nochmals seine Gedanken zusammen und läßt, echt volkstümlich, seine Admonitio ausklingen in der Aufforderung auch an die rethorisch Begabten, ihre Predigt nicht an einige wenige Gebildete (*paucos scolasticos*), sondern das ganze Volk, die ganze Herde zu richten. Er selbst sei sich bewußt, daß seine ungeschliffenen Worte manchen gebildeten Ohren mißfallen könnten. Aber er werde sich vor dem ewigen Richter zu verantworten wissen.

aufgabe des Predigers bezeichnet wird, den Kampf gegen die Sünde aufzunehmen, wobei neben dem Bischof auch die Presbyter genannt werden, und dann durch den ausführlichen Sünden-katalog. Was den ersten Punkt betrifft, so darf darauf hingewiesen werden, daß Cäsarius auch in anderen Predigten darauf zu sprechen kommt. Wenn er dem Bischof die Bezeichnung pastor, speculator, gubernator, praedicator beilegte, so konnte er an die vorausgehende Zeit, besonders an Pomerius anknüpfen und war wohl in diesem Punkte auch nicht ohne Einfluß auf Gregor I. Ähnlich wie zu Eingang der Admonitio charakterisiert er auch im 35. Sermo die Aufgabe des Predigers¹⁾. Auch hier erinnert er an die typische Bedeutung des Untergangs Jerichos. So wie durch das Geschrei des Volkes und den Schall der Trompeten die Mauern Jerichos bis auf ihre Fundamente zusammenstürzten, so müsse auch jetzt die civitas mundi, nämlich der Stolz mit seinen Türmen, die Habsucht, der Neid, die Schwelgerei mit allen bösen Begierden durch die Predigt der Priester zerstört und vernichtet werden. Die Priester dürften in der Kirche nicht schweigen. »Clamare iubemur et vehementer clamare nec parcere voci, ut parcamus saluti.« Die Stimme des Bischofs gilt jedoch, führt Cäsarius an anderer Stelle aus²⁾, nicht bloß den Laien, sondern auch den Geistlichen, den Mönchen und Nonnen. Es gibt, sagt er, nicht ohne scharfe Kritik die bestehenden Mißstände rügend, Kleriker, Mönche und Sanktimonialen, die so nachlässig sind, daß sie nicht wie die Bienen süßen Honig für die Seelen bereiten, sondern wie wilde Wespen die Herzen der Brüder mit den giftigen Stacheln ihrer Zunge durchbohren. Unter den beim letzten Gericht zur Linken Stehenden werden nicht nur Laien, sondern auch viele Bischöfe, sündhafte Kleriker, habgierige und stolze Mönche, jähzornige, eitle und beehrliche Nonnen und Witwen sein³⁾.

Der Priester soll aber nicht bloß durch sein Wort die Zuhörer erschüttern und die Sünder zurechtweisen und züchtigen — grande periculum est aliena peccata non arguere —, sondern vor allem den Kranken ein Arzt sein. Daher die Aufforderung: »Quicumque voluerit peccatorum suorum sanare vulnera, non despiciat medicamenta salubria«⁴⁾, daher die Mahnung an den

1) M. 39, 1814. — 2) Sermo 76, 5 (M. 39, 1894). — 3) Sermo 77, 2 (M. 39, 1846). — 4) Sermo 178, 1 (M. 39, 2076). — Sermo 13, 5 (M. 39, 1767).

Sünder: »Cito ad poenitentiae medicamenta recurat¹⁾«. Die Ärzte reichen den Kranken nicht immer süße, sondern häufig bittere und herbe Getränke. Dasselbe gelte von den geistlichen Ärzten²⁾. Während es aber nicht gewiß sei, ob der Arzt dem Kranken Erleichterung verschaffen könne, werde die geistliche Medizin die Seele, die durch die Sünde krank, ja tot sei, ohne jeden Zweifel wieder aufrichten.

Fassen wir den zweiten Punkt, die Frage der Sündeneinteilung ins Auge, so bietet der Bischof von Arles manche neue Fragestellungen. Hier ist nun zunächst beachtenswert, daß er, obwohl Schüler von Lerin und Verfasser zweier Mönchsregeln, zwar manche Gedanken von Kassian sich zu eigen gemacht, aber dessen Schema von den 8 Hauptlastern nicht übernommen hat. Er nimmt, wie schon die Admonitio zeigte, den Kampf auf gegen Sünden und Laster aller Art, gegen kleine und große, gegen die Reste des Heidentums und abergläubische Gebräuche³⁾, gegen Unzucht und Konkubinat⁴⁾, gegen Mord, Abtreibung und antikonzeptionelle Mittel⁵⁾, gegen Trunksucht und Völlerei, üble

1) Vgl. auch Sermo 257, 2 (M. 39, 2220: Peccatum enim vulnus est poenitentia ligatura vulneris est; tu qui poenitentiam non vis agere, sine dubio dissimulas medicamenta tuis vulneribus adhibere.

2) Vgl. auch Sermo 249, 1 M. 39, 2206): Hoc ergo quod pro sanitate corporum carnales medici faciunt, pro animarum salute spirituales medici exercere contendunt.

3) In einer Reihe von Predigten wendet sich Cäsarius wie schon Maximus von Turin dagegen. Vgl. besonders außer den Canones der Synode von Agde die Sermones: 129 u. 130: de calendis ianuariis (M. 39, 2001 u. 2003); 265 (M. 39, 2239/40), 278: de auguriis (M. 39, 2268), 279: de mart. et philacteriis (M. 39, 2271). Dazu die ausführliche Darstellung von Arnold S. 166 ff. wo auch darauf hingewiesen wird, daß man sich bis in die Zeiten des hl. Bonifaz und Hrabans der Worte des Cäsarius im Kampf gegen das Heidentum bedient habe. Eingehend ist diese Frage behandelt von R. Boese, Superstitiones Arelatenses, Diss. (Marpurgi 1909); vgl. ferner die Noten bei C. P. Caspari Kirchenhist. Anecdota I (Christianiae 1883) zu dem Scarapsus Pirmins; derselbe, pseudoaug. homilia de sacrilegiis (Christianiae 1886); M. Heer, Ein karoling. Missionskatechismus (Freiburg 1911) 23 ff.; F. Schneider, Über Kalendae Ianuariae et Martiae im Mittelalter in: Arch. für Religionsw. 20 (1920/21); Gall Jecker, Die Heimat des hl. Pirmin (Münster 1927) 93 ff., 102 ff. 117 ff. u. 136 ff. u. passim. W. Boudriot, Die altgermanische Religion in der amtlichen kirchl. Literatur des Abendlandes vom 5.—11. Jahrhdt. (Bonn 1928) 11 ff.

4) Vgl. unten u. bes. Sermon 288, 289, 292—293.

5) Dieses Übel einer niedergehenden Zeit wird wiederholt von Cäsarius, aber auch sonst besprochen, bes. auch in der späteren Bußliteratur. Vgl. oben 34

Nachrede und Lüge, gegen Übervorteilung des Nächsten und Diebstahl, gegen Hoffart, Geiz, Neid, Habsucht, die Vernachlässigung der Werke der Barmherzigkeit¹⁾ und der gottesdienstlichen Pflichten, aber er erwähnt nicht die der Mönchsethik entsprungenen Wurzelsünden der *acedia* und *tristitia*; auch kennt er nicht die in einer ihm zugeschriebenen, aber nicht zugehörenden Homilie zusammengestellten »duodecim remedia peccatorum« Kassians²⁾. Er steht auch hier wie in der Gedankenwelt seiner Predigten vorwiegend auf den Schultern Julians und Augustins. Letzteren wertet er aus, teils in wörtlichen, teils in übermalten Zitaten. Aber er ist kein bloßer Kompilator. Eine Fülle neuer Gesichtspunkte macht sich geltend. Wenngleich sich selbst gern wiederholend, versteht er es, dem Leben immer wieder neue Seiten abzugewinnen. Vor allem ist er in der Frage der Sündeneinteilung über Augustin hinausgekommen. Zwar enthält bereits der Sermo 351 Augustins ein Sündenschema, das manche Aufstellungen des Cäsarius vorwegnimmt; aber abgesehen davon, daß die Augustinische Herkunft desselben noch immer nicht völlig gesichert ist, wenngleich eine Reihe schwerwiegender Gründe, wie wir schon festgestellt haben³⁾, dafür sprechen, so hat doch der Bischof von Arles die Sündenschemata weiter ausgebaut. Immerhin ergeben sich mancherlei Berührungspunkte zwischen beiden. Vor allem werden im Sermo 351, abgesehen davon, daß ausdrücklich auf die Sünden, »quae legis decalogus continet«⁴⁾, hingewiesen wird, einzelne Vergehen schwerer und leichter Natur angeführt, wenn auch nicht in so ausführlicher Weise wie bei Cäsarius. Es wird dort gesagt, daß die Christen rein und immun bleiben sollen von schweren Sünden, nämlich: »a furtis, a rapinis, a fraudibus, ab adulteriis et fornicationibus

und bes. auch Sermo 292 (M. 39, 2298): Nulla mulier potiones ad abortum accipiat nec filios aut conceptos aut natos occidat (hierzu auch can. 2 der Synode von Ilerda); ferner Revue Bénéd. 13 (1896) 202: »Et quia aliquae mulieres, dum per sacrilegas potiones filios suos in se ipsis occidere conantur, etiam ipsae moriuntur, efficiuntur trium criminum reae: homicidae suae, Christi adulterae necdum nati filii paricidae.« Diese Frage sollte einmal zusammenhängend für diese und die folgende Zeit bearbeitet werden.

1) Vgl. bes. Serm. 315 und passim unten.

2) Hom. 13 (M. 67, 1075).

3) Vgl. oben. S. 29.

4) c. 4 (M. 39, 1542).

omnique luxuria, a crudelitate odiorum et inimicitiarum pertinacia, ab omni denique idolatriae foeditate, spectaculorum nugacitate, haeresum atque schismatum impia vanitate atque ab omnibus huiuscemodi flagitiis et facinoribus¹⁾.« Aber doch würden sie im täglichen Leben »propter administrationem rerum familiarium et coniugiorum arctissima vincula« in mancherlei Sünden fallen. In Frage kommen hier als leichte Verfehlungen Streitsachen, wo nicht Ungerechtigkeiten und Betrügereien vorlagen, der Gebrauch der Ehe ohne »causa generandi«, ein Punkt, über den sich Augustin auch sonst ausgesprochen hat und den auch Cäsarius von Arles noch aufrecht hält: »Sola enim generandi causa est inculpabilis sexus utriusque commixtio²⁾«. Dazu kommen andere leichte Verfehlungen, »sive in loquendo de rebus et negotiis alienis . . ., sive in vanis cachinnationibus . . ., sive in ipsis escis . . . avidior atque immoderatio appetitus . . ., sive in vendendis et emendis rebus charitatis vota perversa«. Sowohl im Sermo 351 wie bei Cäsarius wird ferner die Häufung der läßlichen Sünden, vor der beiderseits gewarnt wird, mit dem Aussatz (scabies) verglichen, ein Bild, das allerdings Augustin sonst nicht gebraucht.

Was nun die Charakterisierung der schweren und leichten Sünden betrifft, so scheint Cäsarius von Arles in diesem Punkte doch noch stärker durch die Sündenlehre Kassians bestimmt zu sein. Nicht nur, daß Kassian neben den Wurzelsünden auch die Verfehlungen gegen den Dekalog erwähnt und die Unterscheidung der crimina capitalia und der peccata minuta (venialia) aufweist; er hat auch, wie wir gesehen haben, letztere näher charakterisiert, insofern er 7 Arten von Sünden namhaft macht, in die auch der Heilige falle, ohne deshalb aufzuhören, gerecht zu sein. Es sei

1) c. 3, 5 (ebd. 1540).

2) Über den Standpunkt Augustins in dieser Frage vgl. im einzelnen die Studie von *Peters*, Die Ehe nach der Lehre des hl. Augustin (Paderborn 1918). Cäsarius von Arles kommt wiederholt darauf zu sprechen. In Sermo 292 (M. 39, 2299) sagt er zu dem Einwand: »Uxorem excepto desiderio filiorum agnoscere, peccatum non est« bzw. zu dem anderen: »peccatum quidem est, sed tamen parvum est: Nec nos dicimus, quia capitale peccatum est; sed tamen, si frequentius exerceatur et ieiuniis vel eleemosynis non redimatur, nimis immundam animam facit. Noli despicere peccata tua, quia parva sunt, sed time quia plura sunt«. Vgl. auch Sermo 288 (M. 39, 2290): »Considerate, quod qui uxoribus excepto desiderio filiorum utuntur, si assiduas eleemosynas non dederint, sine peccato esse non possunt«.

hier an seine früher schon erwähnten Worte erinnert¹⁾. Dabei spielt auch der oft vom Bischof von Arles angeführte »sermo otiosus« eine Rolle.

Fassen wir nun des letzteren Sündenlehre ins Auge, so kommt zunächst die auch in der Admonitio angeführte Unterscheidung in *crimina (peccata) capitalia* und *peccata minuta* in Betracht²⁾. Zu wiederholten Malen hat er sie getroffen, einzelne Vergehen beider Kategorien mehr oder weniger ausführlich namhaft gemacht und immer wieder mit Augustinus hervorgehoben, daß es Verfehlungen gebe, ohne die auch der Gerechte nicht sein könne. So sagt er im 15. Sermo, wo er über Joseph und seine Brüder handelt³⁾: »Obwohl die Diener und Freunde Gottes die Kapitalvergehen gemieden und viele gute Werke verrichtet haben, so glauben wir doch nicht, daß sie ohne läßliche Sünden (p. minutis) gewesen sind; denn der lügt nicht, der gesagt hat: »Non est immunis a peccato nec infans, cuius est unius diei vita super terram.« (Job. 15, 15, dazu 1 Joh. 1, 8 u. Prov. 24, 16.) Was speziell die schweren Vergehen angeht, so kann hier zunächst an die Aufzählung in der schon erwähnten Admonitio erinnert werden. Zu den Sünden, die bei der Abrenuntiation der Taufe unter den Begriff der »pompa diaboli« fallen, rechnet Cäsarius nach Sermo 264⁴⁾, »omnia spectacula vel furiosa vel cruenta vel turpia«, die »gula vel ebrietas, libido vel luxuria«, desgleichen die »adulteria, homicidia, rapinae, testimonia falsa«; er bemerkt weiter: »Nam et auguria observare et praecantatores adhibere et careragios, sortilegos inquirere, totum hoc ad pompam vel ad opera diaboli non est dubium pertinere«. In Sermo 250 bezeichnet er als solche, die verdammt würden, die »rapaces, adulteri, fornicatores, homicidae, avari, iracundi, falsi testes, fures, derisores«⁵⁾. Ähnliche Aufzählungen gibt er auch sonst, namentlich auch da, wo er den Lastern die entsprechenden Tugenden gegenüberstellt⁶⁾. Wichtiger und bedeutsamer aber sind

1) Vgl. oben S. 18.

2) Vgl. Tixeront a. a. O. 136.

3) M. 39, 1771; dazu unten S. 46 und Sermo 309: »minut. peccat., sine quibus esse non possumus«.

4) M. 39, 2235. Vgl. auch Sermo 13 (M. 39, 1767).

5) M. 39, 2209.

6) Revue Bén. 16, 304. Die von Poschmann als Ausspruch des Cäsarius angeführte Stelle in Hom. 17 (M. 67, 1080), wo die Rede ist von: »mortalia crimina, hoc est

jene Homilien, wo er grundsätzlich zur Frage der schweren und leichten Vergehen Stellung nimmt. Und da ist Sermo 104 entscheidend ¹⁾).

Cäsarius kommt hier im Hinweis auf I Cor. 3, 11—15 auf die Lehre vom Fegfeuer zu sprechen. Diejenigen täuschten sich, führt er aus, die glaubten, daß, wenn sie auf dem Fundamente Christi ihre Kapitalvergehen aufbauten, die Sünden selbst durch das transitorische Feuer getilgt werden und sie ins ewige Leben eingehen könnten. Durch jenes vorübergehende Feuer würden nach den Worten des Apostels: »Ipse autem salvus erit, sic tamen quasi per ignem,« nicht die Kapitalstünden, sondern nur die läßlichen gesühnt (purgantur). Damit sich aber niemand mit der Ausrede zu entschuldigen wage, er wisse nicht, welches die »minuta peccata« und welches die »crimina capitalia« seien, wolle er, wenn auch nicht alle, so doch einige »de ipsis maioribus sive minoribus peccatis« erwähnen. Hiernach sieht also Cäsarius davon ab, eine scharfe theologische Unterscheidung zu treffen; auch beabsichtigt er nicht ein vollständiges Verzeichnis beider Klassen von Sünden anzuführen; aber es kommt ihm doch darauf an, durch eine ziemlich umfangreiche Liste namentlich der kleineren Sünden seinen Zuhörern einen Begriff beider Sündenkategorien zu geben. Nach Sermo 351 gehören zu den Vergehen, die nicht durch die gewöhnliche tägliche Buße, sondern durch eine »poenitentia severior« getilgt werden müßten, die Sünden des Dekalogs und jene, von denen der Apostel Paulus im Galaterbriefe (5, 21) spricht. Auch Cäsarius leitet seine Aufzählung mit einem Hinweis darauf ein, indem er sagt: »Et quamvis Apostolus capitalia plura commemoraverit, nos tamen ne desperationem facere videamur, breviter dicimus, quae sint illa.« Er nennt nun folgende *peccata capitalia*:

Sacrilegium, homicidium, adulterium, falsum testimonium, furtum, rapina ²⁾),

Superbia, invidia, avaritia et, si longo tempore teneatur, iracundia et ebrietas, si assidua sit.

homicidium, adulterium, furtum, falsum testimonium vel reliqua crimina . . ., unde *per legem mundanam* mori poterat«, gehört nicht hierher, da diese Homilie, wie die Zitate aus Isidor u. Gregor zeigen, nichts mit Cäsarius zu tun hat.

1) M. 39, 1946 ff. Vgl. auch Poschmann 81 ff.

2) Vgl. den Schluß des Sermo (8): homicidium aut sacrilegium aut adulterium vel reliqua hīs similia.

Man erkennt deutlich zwei Gruppen: Dekalogstünden und Haupt- oder Wurzelsünden¹⁾. Wer eine dieser Sünden in sich zur Herrschaft kommen läßt, der wird, wenn er sich nicht entsprechend bessert und, falls er kann, längere Zeit Buße tut, reichliche Almosen spendet und von der Sünde selbst sich enthält, nicht durch das transitorische Feuer, von dem der Apostel spricht, geläutert werden können; vielmehr wird ihn das ewige Feuer unrettbar quälen. Was dann die »*minuta peccata*« betrifft, so wolle er, fährt Cäsarius fort, obwohl sie allen bekannt seien, zwar nicht alle, da das zu lang wäre, aber doch einige von ihnen anführen. Er nennt folgende²⁾:

Quoties aliquis aut in cibo aut in potu plus accipit, quam necesse sit;

Quoties plus loquitur quam oportet aut plus tacet quam expedit;

Quoties pauperem importune petentem exasperat;

Quoties cum corpore sit sanus, aliis ieiunantibus prandere voluerit; aut somno deditus tardius ad ecclesiam surgit;

Quoties excepto desiderio filiorum uxorem suam cognoverit;

Quoties in carcere clausos et in vinculis positos tardius requisierit;

Quoties infirmos tardius visitaverit;

Si discordes ad concordiam revocare neglexerit;

Si plus aut proximum aut uxorem aut filium aut servum exasperaverit quam oportet;

Si amplius fuerit blanditus quam expedit;

Si cuicumque maiori personae aut ex voluntate aut ex necessitate adulari voluerit;

Si pauperibus esurientibus cibum non dederit aut nimium deliciosa aut sumptuosa sibi convivia praeparaverit;

Si se in ecclesia aut extra ecclesiam fabulis otiosis, de quibus in die iudicii ratio reddenda est, occupaverit;

1) Über die Bedeutung dieser Einteilung vgl. Hautkappe und unten. Auf die Unterscheidung von Begehungs- und Unterlassungssünden weist Cäsarius im Sermo 252 (M. 39, 2211) unter Hinweis auf Matth. 25, 41 u. 3, 10 hin: Haec sententia evidenter ostendit quod non solum malum fecisse, sed etiam bonum non egisse damnabile erit.

2) Ebda. S. 1946.

Si, dum incaute iuramus et cum hoc per aliquam necessitatem implere non poterimus, utique periuramus;

Et cum omni facilitate vel temeritate maledicimus, cum scriptum sit: »neque maledici regnum Dei possidebunt« (1 Cor. 6, 10);

Et cum aliquid suspicamur temere, quod tamen plerumque non ita, ut credimus, comprobatur, sine ulla dubitatione delinquimus.

Diese und ähnliche Verfehlungen gehörten zweifellos zu den minuta peccata, fährt Cäsarius fort, die kaum aufgezählt werden könnten und von denen nicht nur das christliche Volk, sondern auch keiner von den Heiligen jemals frei sein konnte noch werde freibleiben können. Durch diese Sünden werde die Seele zwar nicht getötet, aber doch wie durch Pusteln oder abschreckenden Aussatz (*horrenda scabie*) so entstellt, daß sie kaum oder nur mit großer Beschämung zur Umarmung des himmlischen Bräutigams gelangen könnte. Einige wenige der oben genannten Verfehlungen haben wir schon unter den *peccata minuta* des S. 351 kennen gelernt.

Außer dieser Liste läßlicher Sünden hat Cäsarius noch eine zweite aufgestellt¹⁾, auf die wir noch zurückkommen müssen. Einige der hier angeführten Sünden decken sich mit entsprechenden der obigen Liste. Aber auffallen muß, daß hier außer wirklich kleinen Verfehlungen auch solche Sünden genannt werden, die uns schon bei den *Capitalia* begegneten, so die *invidia*, *ira*, *gula*, und neben den *iuramenta*, *periuria* auch die *detractiones*. Da jedoch der Bischof bei der Aufzählung der Kapitalvergehen zu der *ebrietas* (*gula*) ausdrücklich hinzufügt, »*si assidua est*«, und bei der *iracundia* bemerkt: »*si longo tempore teneatur*« so ergibt sich, daß er in solchen Fällen nur Verfehlungen geringen Grades, u. a. nur leichtfertiges Schwören im Auge hatte. Bemerkenswert ist ferner, daß darunter auch die »*concupiscentia mala*« und die »*sordidae cogitationes*« genannt werden. In Ergänzung hierzu kann auf Sermo 252 hingewiesen werden²⁾, wo ebenfalls vom Fegfeuer die Rede ist und gesagt wird: »*Illic sermones otiosi et cogitationes iniquae vel sordidae, illic multitudo levium peccatorum, quae puritatem nobilis naturae infecerant, exsudabunt.*« Ohne Zweifel zeigt sich hier der Einfluß Augustinus³⁾. Aber es darf

1) Sermo 257 (M. 39, 2220). — 2) M. 39, 2212. — 3) Vgl. dazu Adam, Die kirchliche Sündenvergebung 18 ff. Er stellt fest, »daß Augustin freiwillige Gedankensünden

doch nicht übersehen werden, daß Cäsarius andererseits wieder schärfere Maßstäbe anlegt, wenn er an derselben Stelle auf das ewige Feuer hinweist und ausruft: »Quantum tunc unusquisque puniendus optabit, *ne unquam mulierem alienam concupisset, ne unquam corporis sui vestem, ne unquam baptismi holosericum maculasset, ne unquam praeterisset consilia et monita sacerdotum*¹⁾).

Es ist von anderer Seite bemerkt worden, daß Augustin, wo »er die tödliche Wirkung einer Vielheit kleiner Sünden zu erklären sucht«, gerne »das Bild von der bedrohlichen Wucht vieler kleiner Sandkörner und Wassertropfen oder von der tödlichen Gefahr vieler kleiner Löcher im Schiffsraum oder vieler kleiner schädlicher Tiere« gebrauche²⁾. Wir haben gesehen, daß im Sermo 351 das Bild vom Aussatz vorkommt, das Cäsarius von Arles in dem gleichen Sinne in Sermo 104, aber auch in Sermo

zwar für Totsünden hält, aber lediglich dem für läßliche Sünden bestehenden Bußmittel der oratio quotidiana unterwirft, und kommt zum Schlusse: »Es leidet somit keinen Zweifel, daß Augustin unzüchtige Begierden zwar als Totsünden betrachtet, aber dem für die peccata quotidiana bestehendem Tilgungsmittel zuweist. Insofern ist der Kreis der peccata quotidiana weiter als jener der peccata minuta, venialia, wenn er sich auch in der Art der Tilgung nach mit ihnen deckt«.

1) Vgl. auch Sermo 45 (M. 39, 1835): »Quoties aliquod peccatum aut *cogitando* aut loquendo aut operando pericimus, templum Dei destruimus et ei, qui in nobis habitat, iniurias irrogamus. Et ideo si quis in se templum Dei aut *turpibus cogitationibus sordidavit* aut luxurioso sermone polluit *vel quibuscunq; criminibus* forte iam usque ad fundamenta destruxit, dum tempus est, cum Dei adiutorio studeat *reparare perdita* . . . Nam medicus ille coelestis *compunctis poenitentibus et eleemosynas largius facientibus* non solum veniam, sed etiam coronam recompensare consuevit«. Vgl. hierzu auch Sermo 28 (M. 39, 1801): »Et quia omnis homo aut *Christum portando* erigitur aut iugum saeculi sustinendo ad inferiora deprimitur, attendat unusquisque conscientiam suam; et si se sanctis cogitationibus et bonis operibus iugum Christi portare cognoverit, gaudeat . . ., qui vero *luxuriis cogitationibus* et malis operibus durissimo mundi huius iugo se nimium gravari cognoscit, orationibus, ieiuniis vel eleemosynis proliat iugum diaboli. Tunc enim de illa spiritali uva . . . cum secunda conscientia bibere poterimus, si nos nec luxuria sordidaverit nec iracundia combusserit nec inflaverit superbia nec avaritia obscuraverit nec invidia vipereo veneno percusserit. Omnia enim ista de corde suo debet expellere, qui *ad altare* desiderat vel optat accedere«. Vgl. auch Revue Bénéd. 13 (1896) 199: E contrario quam infelix est anima illa . . . quae ita iugiter malis operibus obruitur, malis *cogitationibus* vulneratur, sordidis, ac luxuriis inquinatur maculis, ut in convivio cordis sui magis diabolum quam Christum mereatur excipere.

2) Adam 7 ff.

259¹⁾) anwendet. Er spricht in letzterem von der »*abundantia minutorum peccatorum tamquam durissima scabies muscarum vel pulicum*«, nachdem er kurz zuvor im Hinblick darauf, daß wir keinen Tag ohne Sünde vorübergehen lassen, die Frage aufgeworfen hatte: »*quae ratio est ut, dum paulatim minuta peccata congerimus, de parvissimis guttis infinitos gurgites faciamus?*« Er hat also auch dieses letztere, von Augustin angewandte Bild gebraucht. Dementsprechend sagt er auch in Sermo 292: »*Noli despicere peccata tua, quia parva sunt, sed time, quia plura sunt. Nam et pluviarum guttae minutae sunt, sed flumina implent . . .*»²⁾. Das sind also die »*parvae negligentiae et minuta peccata, quae sic in animam confluent, quomodo per minutissimas navis rimulas intestinae guttae concurrunt*»³⁾.« Sachlich drückt der Bischof von Arles die Möglichkeit, daß es durch Häufung vieler kleiner Sünden leicht zu einer schweren kommen könnte, wohl am besten in dem Satze von Sermo 22 aus⁴⁾): »*Dum homines negligentes in primis despiciunt peccata sua, quia parva sunt, crescentibus minutis peccatis adducunt etiam crimina et cumulum faciunt et demergunt*.« Das Bild vom Aussatz hat später auch Gregor der Große im gleichen Sinne übernommen.

Die in den Sündenverzeichnissen Cäsarius' von Arles genannten Vergehen treten noch deutlicher hervor, wenn man die ihnen gegenübergestellten Tugenden ins Auge faßt. Der Bischof von Arles hat, wie schon sein Lehrer Pomerius, zu wiederholten Malen solche Gegenüberstellungen vorgenommen nach dem in Sermo 17 ausgesprochenen Grundsatz: »*contrariis studeamus sanare contraria et destructis vitiis virtutes festinemus struere*.« Das hat er im Vorausgehenden getan⁵⁾. Aber noch instruktiver ist die in Sermo 244, 3 angeführte Gegenüberstellung, insofern er hier zugleich damit noch andere Heilmittel gegen die Sünde verbindet⁶⁾. Er sagt: »*Ergo fratres, crucifigite et mortificate membra vestra, quae sunt super terram; ut possitis placere illi, qui vos creavit.*

Qui fuit superbus, sit humilis,
qui fuit incredulus, sit fidelis,

1) M. 39, 2225. — 2) M. 39, 2299. — 3) Hom. 11 (M. 67, 1069). — 4) M. 39, 1787. — 5) M. 39, 1776: Qui fuit ebriosus, sit sobrius, sit patiens, qui fuerat iracundus, qui solebat res alienas rapere, incipiat etiam proprias pauperibus erogare; qui solebat maledicere, benedicat; qui solebat perjurare, etiam a iuramento absteineat; qui consueverat detrahare, semper quod bonum est, loqui studeat, qui fuerat invidus, pius esse contendat, qui erat superbus, sit humilis. — 6) M. 39, 2195.

qui fuit luxuriosus, sit castus,
qui fuit latro, sit idoneus,
qui fuit ebriosus, sit sobrius,
qui fuit somnolentus, sit vigil,
qui fuit detractor aut invidiosus, sit purus et benignus;
qui aliquando ad ecclesiam tarde veniebat, modo frequentius
ad eam currat;

Eleemosynarum copia unusquisque se redimat . . .

Decimas annis singulis de omni fructu, quod colligitis, ecclesiis et pauperibus erogate. Jeiunium amate, voracitatem et crapulam vini devitate.

Esurientes pascite, sitientes potate, nudos vestite et qui positi sunt in carcere requirite; infirmos visitate, hostes in domos vestras colligite et pedes eorum lavate, linteo extergite, ore exosculamini et lecta ipsorum praeparate.

Nullus homicidium faciat, non furtum, non adulterium, non periurium, non falsum testimonium dicat. Honoret patrem, ut sit longaevus super terram. Diligat Deum plus quam se, amet proximum sicut seipsum.

Quicumque de his supradictis commisit, *cito emendet; confessionem donet, poenitentiam agat* et remittentur peccata sua.

III.

Die Bußlehre des hl. Cäsarius von Arles.

Fragen wir nun, auf welche Weise nach Cäsarius von Arles der Christ seine Sünden büßen und tilgen soll, so können wir uns auch hier wieder auf Sermo 104 stützen¹⁾. Der Bischof warnt davor, die Fegfeuerstrafe, die furchtbarer als alle Strafen der Welt sei, zu leicht zu nehmen. Niemand wisse, wie lange er dort büßen müsse. Deshalb möge ein jeder mit allen Kräften darauf bedacht sein, die Kapitalverbrechen zu meiden und die kleineren Sünden so durch gute Werke loszukaufen, daß von ihnen nichts mehr für jenes Feuer übrig bliebe. Diejenigen aber, die Kapitalvergehen sich zuschulden kommen ließen,

1) Zur Buße bei Cäsarius von Arles vgl. Morinus (passim), Arnold 374 ff., Malnory 187 ff., vor allem aber in Verbindung mit den altdeutschen Beichten Hautkappe 76 ff.; Watkins II, 506 ff. u. 550 ff., Tixeront, l'évolution 136 ff. Poschmann 79 ff. und passim.

würden, wenn sie sie nicht während ihres Lebens durch die Heilmittel der Buße sühnten, nicht zu dem Feuer, von dem der Apostel spreche, gelangen; vielmehr müßten sie jenes harte und unwiderrufliche Wort hören: »Weichet von mir, ihr Verfluchten, ins ewige Feuer«. »Et ideo,« fährt er fort, »qui ab ista *perpetua poena* et ab illo *purgatorio igne* desiderant liberari, *crimina capitalia* non admittant; aut si iam commiserant, *fructuosam* agant *poenitentiam* et illa *parva* vel *quotidiana* peccata *bonis operibus* redimere non desistant.« Diese »fructuosa poenitentia« kann nur die Kirchenbuße sein, da ihr ausdrücklich die Buße für die leichten Sünden, bestehend in guten Werken, gegenübergestellt wird. Durch welche guten Werke aber werden die peccata minuta abgelöst? Cäsarius zählt sie, diese Frage stellend, auf, indem er sagt: »So oft wir die Kranken besuchen, nach den Gefangenen und Gefesselten sehen, die Streitenden zur Eintracht zurückrufen, an den in der Kirche festgesetzten Tagen fasten, den Gästen die Füße waschen, an den Vigilien uns häufig beteiligen, den an unserer Türe vorübergehenden Armen Almosen spenden, unseren Feinden, so oft sie darum bitten, Verzeihung gewähren: durch diese und ähnliche Werke werden die kleinen Sünden täglich losgekauft¹⁾.« Kurz drückt Cäsarius den gleichen Gedanken mit den Worten aus: »Et quomodo non desunt quotidiana peccatorum vulnera, sic nunquam desint eleemosynarum vel orationum remedia,« oder, wie er an anderer Stelle fordert²⁾: »Capitalia crimina non admittere, minuta peccata, sine quibus esse non possumus, per *indulgentiam inimicorum et eleemosynam pauperum indesinenter redimere*³⁾.« Der Ausdruck »peccata redimere« wird, wie richtig bemerkt worden ist⁴⁾, für die Ablösung der peccata minuta von Cäsarius in der Regel gebraucht. Doch kommt er auch in Verbindung mit schweren Vergehen vor; so wenn er auffordert: »Mit Gottes Hilfe laßt uns die Kapitalvergehen wie auch die kleinen Sünden (minuta p.), ohne die wir nicht sein können, durch tägliche Almosen und Gebete, besonders indem wir unsere Feinde von ganzem Herzen lieben, ablösen⁵⁾.« Gebet, Fasten und Almosen, die Werke der

1) M. 39, 1948. — 2) Sermo 256 (M. 39, 2219). — 3) Ähnlich auch am Schluß von Sermo 104. — 4) Poschmann 84. — 5) Sermo 259, 4: . . . capitalia crimina ac minuta peccata . . . redimamus. Man kann diesen Begriff also doch nicht, wie P. meint, als technischen Ausdruck zur Charakterisierung der Buße für leichte Sünden bezeichnen.

Barmherzigkeit, die Erfüllung der 5. Vaterunserbitte, das alles sind Mittel, wodurch diese *peccata minuta* privatim getilgt werden; es bedarf an sich dazu keiner kirchlichen Vermittlung; das schließt natürlich nicht aus, daß, was Cäsarius andeutet, auch leichte Sünden der Kirchenbuße unterworfen werden konnten¹⁾. Der Bischof von Arles urteilt hier nicht anders als seine Zeitgenossen; nur daß er häufiger und immer wieder im einzelnen auf die Werke der Barmherzigkeit zu sprechen kommt.

Diese sind aber auch erforderlich in gesteigertem Maße *zur Tilgung der schweren Sünden*; und zwar spricht Cäsar häufig so allgemein davon, als ob sie überhaupt hinreichten zur Sündentilgung, ohne daß ein Dazwischentreten der Kirche bzw. des Priesters erforderlich wäre. »Wer ist es,« ruft er rhetorisch, diese Frage in seinem Sermo (13) über den ägyptischen Josef wiederholend, aus²⁾, »wer ist es, der — im Gegensatz zu Josef — das Gute mit dem Bösen vergilt?« »Derjenige, der, statt von dem Eigenen zu geben, das fremde Gut *raubt*, der die Liebe mit dem *Haß*, die Güte mit dem *Neid*, die Demut mit dem *Stolz*, die Keuschheit mit der *Lüsternheit* vergilt;« »jener, der, während er der Lesung sich hingeben und zur Kirche eilen sollte, es vorzieht, dem Spiel sich hinzugeben und wilde, blutige oder häßliche Schauspiele zu besuchen;« »der anstatt durch Gebet, Lesung und Almosen seine Sünden auszutilgen (consumere), sie noch vermehrt und aufhäuft; der für das Licht die Finsternis, für die Güte die Bosheit, für die Nüchternheit die Trunkenheit, für das Almosen den Raub, für die Gerechtigkeit die Ungerechtigkeit zurückgibt.« Wer sich diesen Übeln verfallen sieht, der, fordert er, seine Mahnungen schließend, auf, eile sofort zu den Medikamenten der Pönitenz und verschaffe sich, bevor die verdüsterte Seele aus dem Leibe ihres Todes scheidet, durch *Almosen, Fasten und Gebete* ein Gegenmittel (remedium) am Tage des Schicksals. Was diese guten Werke im einzelnen angeht, so betont er sie zwar alle immer wieder, legt aber besonderes Gewicht auf das Almosen, das er bisweilen mit solcher Einseitigkeit als Mittel der Sündenvergebung in den Vordergrund rückt, daß man sich in die Gedankenwelt Salvians versetzt glaubt. Er geht

1) Vgl. Poschmann, der auf Sermo 257, 2 (per humilem et compunctam poenitentiam), Sermo 22, 6 (medicamenta eleemosynae vel poenitentiae) und ähnlich Sermo 29, 3 verweist.

2) Sermo 13 (M. 39, 1767).

soweit, zu sagen¹⁾: »Ideo enim in hoc mundo Deus pauperes esse permisit, ut omnis homo haberet, quomodo sua peccata redimeret.« Gäbe es nämlich, führt er aus, keine Armen, so gäbe niemand Almosen und *könnte niemand Verzeihung erlangen*. Gott konnte nämlich alle Menschen reich machen, aber er wollte uns durch das Elend der Armen zu Hilfe kommen, damit die Armen durch die Geduld, die Reichen durch das Almosen die Gnade Gottes verdienen könnten. Es gäbe jedoch zwei Arten von Almosen: »unum bonum, aliud melius; unum ut pauperibus buccellam porrigas, aliud ut peccanti in te fratri cito indulgeas.« Diesem geistigen Almosen²⁾, diesem Gedanken, dem Nebenmenschen zu verzeihen, um selbst Vergebung zu erlangen, hat er eine besondere Predigt gewidmet³⁾. Niemand, sagt er hier, kann von Gott Barmherzigkeit erlangen, der nicht den gegen ihn sich Verfehlenden Barmherzigkeit erweist. Zwar gibt es viele Formen des Erbarmens, um Verzeihung zu erlangen: »Sed ea nihil est maius, qua ex corde dimittamus, quod quisque peccavit.« In einem anderen Sermo⁴⁾ unterscheidet Cäsar sogar drei Arten von Almosen, durch die wir ohne Mühe und Schwierigkeit unsere Sünden ablösen könnten (peccata nostra redimere); zunächst durch das physische Almosen, wobei jedoch Gott nicht befehle, daß man das für sich und die eigenen Angehörigen Nötige an die Armen verausgabe; dann dadurch, daß man dem Nebenmenschen verzeihe. Wer so arm sei, daß er weder Gold noch Getreide, noch Wein und Öl besitze, der möge von ganzem Herzen seinen Feinden vergeben: »et nullum peccatum remaneat, quod conscientiam eius mordeat et securus in oratione dicat: Dimitte nobis debita nostra . . .« Wer aber auch diese Art von Almosen nicht zu spenden in der Lage sei, weil er, wie er (nach Cäsarius' Ansicht) irrtümlich meine, kein Unrecht von andern erleide, für diesen gäbe es noch eine dritte Almosenart: »Sit in te bona voluntas, omnes homines dilige sicut te ipsum, pro omnibus ora et hoc illis desidera, quod et tibi, et clamatur tibi ab angelis: Pax hominibus bonae voluntatis.« Der gute Wille sei schon die Liebe selbst; wer sie besitzen wolle, an dem erfülle

1) Sermo 305, 2 u. 3 (M. 39, 2330).

2) Bei Klerikern, die nichts besäßen, weist Cäsar, wie wir gesehen haben, auf das geistige Almosen der Lehre hin. Vgl. oben S. 32.

3) Sermo 304 (M. 39, 2328).

4) Sermo 308 (M. 39, 2335 ff.).

sich das Schriftwort: Die Liebe bedeckt die Menge der Sünden (1 Petr. 4, 8.) Diese Mittel sollten wir anwenden, damit wir nicht bloß die Verzeihung der Sünden, sondern auch die ewigen Belohnungen zu erlangen verdienten. Es darf hier daran erinnert werden, daß Kassian in seinen 12 Remissionen an zweiter Stelle betont: »Secunda remissio est charitatis affectus.« Durch diese geistige Auffassung des Almosens wird jene Einseitigkeit in dessen Deutung als Mittel der Sündenvergebung wieder aufgehoben, von der oben die Rede war. Auch bei Cäsarius von Arles ist letztlich wie bei seinem Lehrer Julianus Pomerius die Liebe entscheidend, die die Menge der Sünden bedeckt. Wenn du die Liebe hast, dann hast du Gott, sagt er an anderer Stelle, und wenn du Gott hast, was hast du nicht? Glaubst du vielleicht, daß der reich ist, dessen Truhe voll Gold, und jener nicht reich, dessen Gewissen gotterfüllt ist? Nicht so ist es, Brüder. Jener vielmehr scheint reich zu sein, in dem Gott zu wohnen sich würdigt¹⁾. Auf sie kommt er auch in seiner Allegorese über den brennenden Dornbusch zu sprechen. Die lohende Flamme ist ihm das Sinnbild des Hl. Geistes, der in Gestalt feueriger Zungen auf die Apostel herabkam²⁾. »Daß doch uns«, ruft er aus, »dieses Feuer erfaßte. Beten wir, daß dieses Feuer . . . in uns brenne und die Dornen unserer Sünden hinwegnehme und verzehre. Es gibt nämlich zwei Feuer: Das Feuer der Liebe vom hl. Geiste und das Feuer der Begierde. Jenes verbrennt alles, was böse ist; dieses verzehrt alles, was gut ist. In der Seele nämlich, wo das Feuer der Liebe brennt, verzehrt es alles Böse; wie auf der anderen Seite, wo das Feuer der Begierde angezündet ist, nichts, was gut ist, zurückbleibt.« Daß das Almosen in jeglicher Form nichts nützt, wenn der Mensch sein sündiges Leben nicht aufgibt und schwere Vergehen sich zuschulden kommen läßt, das hat Cäsarius wiederholt, besonders aber in Sermo 308 und 309 ausgesprochen. Ausdrücklich betont er, es nütze nur unter der Bedingung, daß derjenige, der seine leichten Verfehlungen durch Almosen abzulösen begonnen habe, keine Kapitalvergehen zulasse³⁾. Der böse Feind wiege manche Mörder, Räuber und Ehebrecher in falsche Sicherheit ein, so daß sie, die täglich in Verbrechen sich stürzten, glaubten, durch die täglichen Almosen sie ablösen zu können, »putantes quod Deus

1) Sermo 112, 2 (M. 39, 1968). — 2) Sermo 19 (M. 39, 1778 f.). —

3) Sermo 308 (M. 39, 2337).

corruptorum more iudicum pecuniam accipiat et peccata dimittat.« Niemand solle glauben, daß die täglichen Almosen die täglichen Ehebrüche zunichte machten (consumant)¹⁾.

Ganz allgemein, ohne dabei auf die Schwere der Vergehen Bezug zu nehmen, spricht sich Cäsarius besonders in seinen Predigten auf die Vorbereitung zu den hohen Festen und den Empfang der Kommunion über die sündentilgende Kraft des Almosens und der übrigen guten Werke aus. Wer von lüsternen Gedanken und bösen Werken sich allzu sehr bedrückt sehe, führt er aus, der werfe dieses Joch durch Gebet, Fasten und Almosen von sich, damit er würdig werde, das Joch Christi auf sich zu nehmen. Lüsternheit, Jähzorn, Stolz, Habsucht, Neid das alles müsse derjenige, der zum Altare hinzutrete, aus seinem Herzen verbannen. »Und da nun die geistige Weinernte, nämlich Ostern bevorsteht, wollen wir . . . mit Eifer und Liebe die Kammer unseres Herzens durch Fasten, Vigilien, Gebete, Almosen und den Glanz vorzüglicher Keuschheit reinigen, indem wir keinerlei Haß im Herzen aufkommen lassen und nicht nur die Freunde, sondern auch die Feinde lieben²⁾.« Besonders energisch mahnt Cäsarius im 10. Sermo³⁾ zur Übung der Bußwerke und zur Tilgung der Sünden in der Fastenzeit auf. Er hatte zuvor gesprochen von den Stolzen, den Ehebrechern, den Unmäßigen (im Trinken), den Neidischen, den Räubern, den Jähzornigen und fordert nun auf, so lange es noch Zeit sei, in der Fastenzeit die Gegenmittel zu ergreifen: zu den Vigilien früher aufzustehen, zur Terz, Sext und Non gewissenhaft sich einzufinden, die Keuschheit vor allem während der Fastenzeit bis zum Ende von Pascha auch mit den eigenen Frauen zu üben, die Armen zu unterstützen, unter den Zwieträchtigen Frieden zu stiften, die Fremden zu beherbergen und ihnen die Füße zu waschen, der Lesung und dem Gebet zu obliegen, damit sie so alle — repudiatis omnibus criminibus et peccatis — freien und reinen Gewissens Gott dienen und an Ostern frohlockend reinen Herzens und keuschen Leibes zum Altare hinzutreten und den Leib und das Blut des Herrn nicht zum Gericht ihrer Seele empfangen könnten. Die gleichen Gedanken, wobei man sich an ähnliche Mahnungen Leos I. erinnert, kehren auch in den Adventspredigten des Bischofs zur Vorbereitung auf Weihnachten wieder. Wen

1) Sermo 309 (M. 39, 2338). — 2) Sermo 28, 4 (M. 39, 1801). — 3) Sermo 10 (M. 39, 1760).

Christus der Herr, führt er aus, bekleidet sieht mit dem Lichte der Liebe, geschmückt mit den Edelsteinen der Gerechtigkeit und Barmherzigkeit, wen er als keusch, demütig, barmherzig, gütig und nüchtern erkennt, dem wird er seinen Leib und sein Blut nicht zum Gericht, sondern zum Heil durch das Ministerium seiner Priester schenken¹⁾. Was in diesen Worten über die Erfordernisse eines würdigen Empfangs der hl. Kommunion ausgesprochen ist, das entspricht durchaus dem, was Pacian und Ambrosius, was Augustin und Leo I. darüber gesagt haben. Beschränkt sich nun Cäsarius von Arles hierauf, so daß es nach seiner Darlegung genügen würde, durch die persönlichen Akte der Reue und die im Vorangehenden gekennzeichneten Werke der Buße sich von der schweren Sünde zu reinigen und so auf den würdigen Empfang der Kommunion vorzubereiten?

Treten wir der aufgeworfenen Frage näher, so gibt zunächst auch hier Sermo 104 Aufschluß. Wir haben gesehen, welche Forderungen Cäsarius hier für den Nachlaß der läßlichen Sünden, der *peccata minuta* (*parva*) gestellt hat. Er fährt daran anschließend fort²⁾:

»Pro capitalibus vero criminibus non hoc solum sufficit; sed addendae sunt lacrimae, rugitus et gemitus, continuata et *longo tempore* protracta ieiunia, *largiores* eleemosynae erogandae, ultro *nos ipsos a communione Ecclesiae removentes*, in luctu et in tristitia *multo tempore* permanentes et *poenitentiam etiam publice agentes*: quia iustum est, ut qui cum multorum destructione se perdidit, cum multorum aedificatione se redimat.« Wenn schon die Menschen beim Tode der Frau, des Sohnes, des Gatten in langer Trauer und Buße oder in Tränen nicht kurze Zeit verharrten, um wieviel mehr müßten sie das für ihre eigene Seele tun. »Carnem, quam non possumus suscitare, plangimus; et animam nostram mortuam non plangimus, quam possumus per poenitentiam ad statum pristinum revocare.« Die Hauptgedanken seiner Predigt rekapitulierend, betont der Bischof zum Schluß nochmals, daß diejenigen, die entweder *Mord oder Sakrileg* oder *Ehebruch* oder diesen ähnliche Sünden (vel reliqua his similia) begangen hätten, falls ihnen nicht eine entsprechende Buße (*digna poenitentia*) zu Hilfe komme, im ewigen Feuer dem Tode überantwortet würden. Es ist zu beachten, daß hier die alten drei

1) Sermo 116 (M. 39, 1975).

2) M. 39, 1940.

Kapitalvergehen, wenn auch nicht mehr ausschließlich, so doch an erster Stelle im Zusammenhang mit der öffentlichen Buße wieder zum Vorschein kommen. Das zeigt, daß auch Cäsarius von Arles in Verbindung mit der altüberlieferten kirchlichen Bußpraxis steht. Sehen wir uns zunächst nach verwandten Äußerungen des Bischofs um, so kommt hier vor allem eine Predigt zur Kirchweihe und Altarkonsekration in Betracht, in der fast die gleichen Gedankengänge wiederkehren¹⁾. Anknüpfend an die Worte des Apostels: »Der Tempel Gottes ist heilig und der seid ihr«, mahnt der Heilige, mit Gottes Hilfe darauf hinzuarbeiten, daß der Herr nichts in seinem Tempel, d. i. in uns finde, was die Augen der göttlichen Majestät beleidigen könnte. Jeder möge in sein eigenes Gewissen hineinschauen, und wenn er erkenne, daß er durch irgend ein Verbrechen (*crimine*) verwundet sei, möge er sich zuvor (*prius*) bemühen, sein Gewissen durch Gebet, Fasten und Almosen zu reinigen; *und so wage er es, die Eucharistie zu empfangen* (*eucharistiam praesumat accipere*). Hiernach sollte man meinen, genügten diese guten Werke wie bei den *peccata minuta* auch zur Tilgung schwerer Vergehen und zum würdigen Hinzutritt zur Kommunion; allein, wie schon das »*prius*« andeutet und Cäsarius, der sich ja, wollte er dies behaupten, mit sich selbst in Widerspruch setzen würde, gleich darauf hervorhebt, mußte ein solcher sich zunächst dem Altare entziehen; denn in demselben Atemzug fährt er fort: »Wenn nämlich derjenige, der seine Schuld (*reatum suum*) anerkennt (*agnoscens*), *sich selbst dem göttlichen Altare entzieht*, dann wird er bald zur Nachsicht der göttlichen Barmherzigkeit gelangen: »*Qui enim, sicut dixi, agnoscens reatum suum, ipse se humiliter ab altari ecclesiae pro emendatione vitae remove voluerit, ab aeterno illo et coelesti convivio excommunicari penitus non timebit*«. Wenn schon zum Tische eines mächtigen Mannes niemand mit zerrissenen und fleckigen Kleidern hinzutreten wage, um so mehr müßte sich ein jeder, der von dem Gifte des Neides und Hasses angesteckt und von der Wut des Jähzorns erfüllt sei, vom Gastmahl des ewigen Königs d. h. vom Altare des Herrn mit Ehrfurcht und Demut entfernen, da doch derjenige, der ohne hochzeitliches Kleid erscheine, in die ewige Finsternis hinausgeworfen werden solle: »*Ecce qualem sententiam merebitur audire, qui ad convivium nuptiale, id est, altare Domini aut ebriosus aut adulter aut odium in corde retinens*

1) Sermo 229 (M. 39, 2166 ff.).

praesumit accedere«. Darum die Mahnung, niemals solche Vergehen zuzulassen oder aber, wo dies geschehen, ohne Verzug durch die *Buße* und *den Frieden* sie zu heilen und durch reichlichere Almosen sie abzuwaschen, um nicht von jener ewigen Kirche und jenem himmlischen Jerusalem durch *ewige Exkommunikation* ausgeschlossen zu werden.

Es ist beachtenswert, daß hier diejenigen, die unwürdig zur Kommunion hinzutreten, weil sie den Haß im Herzen festhalten, mit den Säufern und Ehebrechern zusammen genannt werden¹⁾. Wenn nun Cäsarius auffordert, daß diejenigen, die solche Sünden begangen, bestrebt sein mögen, sie ohne Verzug »poenitentia vel pace« zu heilen *und* durch reichlichere Almosen abzuwaschen, so könnte man versucht sein, in dem Begriffe »pax« einen Anklang an die Sprechweise Cyprians zu erkennen und damit die Vorstellung der Rekonziliation zu verbinden, zumal er auch auf gallischen Synoden dieser Zeit wiederkehrt; das Nächstliegende aber wäre, daß Cäsarius den Gegensatz des vorher erwähnten odium im Auge hatte; jedenfalls aber wird man in diesem Zusammenhang die »poenitentia«, von der die Rede ist, nicht als Buße im allgemeinen, sondern als Kirchenbuße zu verstehen haben; mochte es auch nach der Auffassung der Zeit dem einzelnen Pönitenten überlassen sein, die Sünde des Hasses, worauf das vorher erwähnte Zitat aus Matth. 23, 44 (Vade prius reconciliari fratri tuo) hinweist, durch Erfüllung der 5. Vaterunserbitte zu tilgen, so erscheint es als ausgeschlossen, daß Verbrechen wie der Ehebruch, der nach Cäsarius' eigenen Worten unter normalen Verhältnissen *vom Bischof* mit Exkommunikation bestraft werden sollte²⁾, lediglich durch Fernbleiben vom Altare und die Übung von Bußwerken gesühnt werden und solche Sünder dann wieder zur Eucharistie hinzutreten konnten. Das Fernbleiben vom Altare konnte hiernach, wie noch im einzelnen zu zeigen sein wird, obwohl manche Wendungen des Bischofs darauf hinzudeuten scheinen, nicht ausschließlich in das Ermessen des Einzelnen gestellt sein. Nur unter dieser Voraussetzung der erforderlichen Kirchenbuße verstehen wir auch, warum Cäsarius nun zur Beleuchtung dessen, was er vorher gesagt hat, den Blick seiner Zuhörer auf den unerträglichen Schmerz und die Trübsal eines aus der Versamm-

1) Vgl. Ducange unter pax, wo auf 3. u. 4. Synode von Orleans (c. 16 bzw. 23) verwiesen ist.

2) Sermo 288 (M. 39, 2290) u. S. 289 (M. 39, 2293).

lung der Kirche wegen irgend eines Verbrechens Ausgestoßenen hinlenkt, der weder essen noch trinken noch mit den Menschen reden dürfe, aber doch Hoffnung habe, wiederum zur Kirche zurückgerufen zu werden. Die bedeutsame Stelle lautet: »Considerate, rogo vos, fratres, *si hodie aliquis a conventu Ecclesiae huius pro aliquo crimine proiciatur foras*, in quanto dolore vel tribulatione erit anima sua? Et si intolerabilis dolor est de ista sancta Ecclesia foras proiici, *ubi ille, qui proicitur, et manducare et bibere et cum hominibus loqui non potest*, et habet spem, *ut iterum mereatur ad Ecclesiam revocari*, putamus, quantus dolor erit, si aliquis pro criminibus suis ab illa Ecclesia, quae in coelis est, a conventu angelorum vel sanctorum omnium congregatione fuerit separatus, cui *nec hoc solum sufficiet ad poenam, quod foris proicitur*, sed insuper in tenebris exterioribus aeterno incendio concremandus includitur? Qui enim ab illa coelesti Ierusalem *excommunicari meruerit*, non solum *hanc poenam* habebit, quod *nec manducare vel bibere poterit*, sed etiam flammās infernales sine ullo termino sustinebit. . . . Ibi erit nox sine die, amaritudo sine dulcedine, obscuritas sine lumine, ubi *nec divitiae nec parentes nec coniuges nec filii nec vicini poterunt subvenire*; ubi nihil peccator inveniet, nisi quod de saeculo caste et iuste vivendo *per eleemosynarum largitatem* transmiserit.«

Es wird also hier ausdrücklich gesagt, daß ein von der Exkommunikation betroffener Sünder aus der Versammlung der Kirche ausgeschlossen wird. Der Strafcharakter dieses Ausschlusses wird ausdrücklich betont, aber auch hinzugefügt, daß die davon Betroffenen die Rückkehr zur Kirche, also die Wiederaufnahme sich verdienen könnten. Wenn gesagt wird, daß die so Exkommunizierten weder essen noch trinken noch mit den anderen Menschen reden dürften, so sollte damit doch wohl nicht die Aufnahme von Speise und Trank überhaupt, sondern nur in Gemeinschaft mit anderen untersagt sein. Was dieses Verbot des Verkehrs mit den Exkommunizierten betrifft, so hatte die Synode von Karthago (387/90, c. 7) verfügt, daß die Aufnahme eines Exkommunizierten wiederum die Exkommunikation nach sich ziehe. Nach c. 49 der zweiten Synode von Arles um die Mitte des 5. Jahrhunderts sollten die Exkommunizierten bis zu ihrer Besserung nicht nur von dem Umgang und dem Gespräche der Kleriker, sondern des ganzen Volkes ausgeschlossen

sein. In den der Zeit und dem Umkreis des Cäsarius v. Arles nahe zu rückenden sog. *Statuta Ecclesiae antiqua*, die lange einer angeblichen 4. Synode von Karthago zugeschrieben wurden,⁷ findet sich in c. 73 die Bestimmung, daß, wer mit einem Exkommunizierten verkehre und bete, selbst von dieser Zensur betroffen werden solle. Ähnliche Verfügungen trafen auch spätere Synoden; das Konzil von Auxerre (585) enthält das Verbot (c. 38 u. 39), mit dem Exkommunizierten umzugehen und zu essen. Letzteres war also eine Nachwirkung der Praxis zur Zeit Cäsarius' von Arles.

Wie Ambrosius und Julianus Pomerius, der Lehrer des Cäsarius von Arles, ausführen, wurde die Exkommunikation erst dann ausgesprochen, wenn alle anderen Mittel nichts fruchteten, wenn also trotz aller Mahnungen des kirchlichen Vorstehers der schwere Sünder in seinem Lasterleben verharrte und sich nicht entschloß, freiwillig sich von den Sakramenten fernzuhalten und um die Buße zu bitten. In einzelnen Fällen statuierte das Recht die Exkommunikation. So bestimmte, um auf gallischem Boden zu bleiben, die zweite Synode von Arles (443/52 c. 24), daß derjenige der andere eines Kapitalvergehens fälschlich beschuldigte, bis an sein Lebensende exkommuniziert sein solle, falls er nicht durch hinreichende Genugtuung Buße geleistet habe. Die Synode von Vannes verfügte (c. 1), daß Mörder und falsche Zeugen von der Kommunion ausgeschlossen seien. Den Giftmischern sollte, wie zu Lerida in Spanien (524 c. 2) beschlossen wurde, auch wenn sie ihre Tat beweinten, erst am Ende ihres Lebens die Kommunion wieder erteilt werden. Nach den *Statuta ecclesiae antiqua* (c. 89) zog Wahrsagerei, Inkantation und Beteiligung am »jüdischen Aberglauben« den Ausschluß von der Kirche nach sich. Blutschänder durften, wie in Lerida (c. 4) bestimmt wurde, nur zur Missa catechumenorum zugelassen werden und nicht mit den anderen Gläubigen essen. Schändung einer virgo religiosa hatte den Ausschluß von der Kommunion und vom Verkehr mit den Christen zur Folge. Wie die Väter wiederholt betonten, sollte durch den Ausschluß auch die Ansteckung der übrigen Gläubigen verhütet werden. Jedoch durfte die Exkommunikation, wie zu Angers (453 c. 10) bestimmt wurde, nicht verhängt werden, wenn das Vergehen nicht bewiesen war.

Anknüpfend an seine Schilderung von der Furchtbarkeit der Strafen des Jenseits, wo der Sünder, dem dort weder seine Reichtümer noch seine Eltern und Angehörigen helfen könnten, nichts finden werde, als was er, keusch und gerecht lebend, durch

reiche Almosenspenden von dieser Zeitlichkeit aus dorthin geschickt habe, ermahnt nun Cäsarius von Arles in der gleichen Predigt die Gläubigen, so keusch, so nüchtern, so friedfertig mit Gottes Hilfe zum Altare hinzutreten, daß sie nicht von jenem ewigen Altare ausgeschlossen würden. Betonend, es sei nicht schwer, was er ihnen anrate, weist er hin auf einen schönen liturgischen Gebrauch, indem er sagt: »Alle Männer waschen sich die Hände, wenn sie zum Altare hinzutreten, und alle Frauen halten blankes Linnen bereit, auf dem sie den Leib Christi empfangen«. So sollten sie auch durch Almosen ihre Seele abwaschen und ihren Körper keusch und ihr Herz rein halten, um mit gutem Gewissen die Sakramente Christi empfangen zu können. Was den angeführten Gebrauch ¹⁾ betrifft, so kann hier gleich bemerkt werden, daß eine (spätere) Synode von Auxerre (585 od. 578) den Frauen (c.36) verbot, mit unbedeckter Hand die hl. Eucharistie zu empfangen, und (c. 42) vorschrieb, daß jede Frau am Sonntag bei der Kommunion ihr Dominicale haben müsse; habe sie es nicht, so dürfe sie bis zum nächsten Sonntag nicht kommunizieren. Dieses Dominicale war also nach Cäsarius von Arles nicht etwa, was Hefele daneben auch anführt, ein Schleier zur Bedeckung des Kopfes, sondern ein leinenes Tuch, das auf die Hände gelegt wurde und wohl schon im 5. Jahrhundert in Gebrauch war.

Handelte es sich im Vorausgehenden um einen von der Kirche Ausgeschlossenen, so lenkt Cäsarius in Sermo 261 ²⁾ die Aufmerksamkeit auf einen Pönitenten, der von sich aus öffentlich (publice) um die Buße nachsucht und, wie näherhin ausgeführt wird, damit zugleich bittet, exkommuniziert zu werden, da er sich der Eucharistie für unwürdig erachte; auch hier ist die Rede vom Hinausstoßen (foris eicitur). Diese Predigt gewinnt besonders dadurch Bedeutung, daß alles, was die öffentlichen Büsser oder, wie im Sermo 104 gesagt wird, die »poenitentiam publice agentes« zu tun hatten, welche Verpflichtungen sie übernehmen mußten, angeführt wird. Es wird sich hier, abgesehen von denen, die wegen eines Vergehens schon exkommuniziert waren und wieder zu Gnaden kommen wollten, besonders um solche gehandelt haben, deren Vergehen geheim und jedenfalls weiteren Kreisen nicht bekannt waren. Die Eingangsworte lassen erkennen, daß der Bischof nicht den einen oder anderen Fall, sondern einen oft wiederholten Akt im Auge hat; das ergibt sich

1) Dessen Erwähnung spricht m. E. nicht gegen Cäsarius' Autorschaft. Vgl. Adam 59. — 2) M. 39, 2227.

auch aus der Andeutung, daß jeder seiner Zuhörer in die gleiche Lage kommen könnte, indem er, ihre Fürbitte für einen solchen fordernd, bemerkt: »Quod ergo nos desideramus ab aliis fieri, hoc et aliis cum perfecta charitate debemus impendere«. Die Predigt beginnt:

»So oft wir, teuerste Brüder, sehen, wie einer unserer Brüder oder eine unserer Schwestern öffentlich um die Buße *nachsucht* (poenitentiam publice videmus petere), können und müssen wir, von Gott angeregt, den stechenden Schmerz der göttlichen Furcht in uns entzünden. Denn wer beglückwünscht sich nicht und freut sich nicht und dankt nicht Gott, so viel er nur kann, wenn er sieht, wie ein Sünder gegen seine Sünden in Aufwallung gerät und mit öffentlich vernehmbarer Stimme aufschreit (publica voce clamantem), um sich dessen, was er mit schamloser Stirne zu verteidigen pflegte, heilsam anzuklagen? Denn schon beginnt er, Gott sich zuzuwenden; und so will er nicht ein Verteidiger, sondern ein Verfolger seiner Sünden sein. Und weil Gott die Sünde haßt, so wird sofort auch der Gleichgiltige, sobald er begonnen hat, seine Sünden zu hassen, und sich von seinen Vergehen losreißt, mit Gott verbunden. Jener zwar, der die Buße *öffentlich empfangen* hat (publice accepit), konnte sie auch *geheim üben* (secretius agere).« Was Cäsarius hiermit sagen will, ist nicht auf den ersten Blick ersichtlich; wir werden noch besonders darauf zurückkommen müssen. Warum dieser Pönitent die Buße nicht geheim übt, begründet der Bischof mit folgenden Worten: »Aber im Hinblick auf die Menge seiner Sünden sieht er, glaube ich, daß er gegen so schwere Übel allein nicht aufkommen könne. Deshalb verlangt er mit heißem Wunsche nach der Hilfe des ganzen Volkes.« Wie der Bauer, fährt Cäsarius weiter fort, zur Instandsetzung eines verödeten Weinbergs, da seine Kräfte allein nicht hinreichten, eine Menge von Hilfskräften unter seinen Nachbarn und Nebenmenschen heranziehe, so bedürfe auch derjenige, der öffentlich die Buße erbitten wolle, der Gebete des ganzen Volkes, um die Dornen und Disteln seiner Sünden ausreißen zu können. Und auch das sei nicht als nebensächlich anzusehen (otiose considerandum), daß derjenige, der die Buße empfangen, mit dem Cilicium bedeckt werde; denn da das Cilicium aus Ziegenhaaren gewoben werde und die Ziegen die Sünden versinnbildeten, bekenne sich auch derjenige, der die Buße entgegennehme, öffentlich nicht als Lamm, sondern als Bock, indem er eben damit kundgebe und sage: Schauet auf mich, alle

Völker, und vergießet alle für mich Tränen des Mitleids und erkennt, daß ich im Innern so bin, wie mein Äußeres nun ist. Denn nicht mehr will ich nach außen gerecht erscheinen und die Ungerechtigkeiten und Räubereien, (die ich begangen), in meinem Herzen verbergen. Wie jener zur Erde gebeugte Zöllner wage auch ich nicht mehr, die Augen zum Himmel zu erheben, sondern biete jenem himmlischen Arzte die Wunden meiner Sünden demütig zur Heilung an. Und deshalb bitte ich, daß ihr alle auf mich seine Barmherzigkeit herabflehet, auf daß er sich würdige, die Eiterbeulen (putredines) meiner Sünden völlig (usque ad vivum) zu heilen und zur wahren Gesundheit zurückzuführen. Ich befürchte nämlich, daß an mir sich erfüllen könnte, was der Herr von den Heuchlern gesagt hat: Sie kommen zu euch in Schafskleidern, innen aber sind sie reißende Wölfe (Matth. 7, 15). Und deshalb zeige ich mich, wie gesagt, nach außen so, wie ich meinen inneren Zustand erkenne. Und da ich mich bis jetzt nach außen mit kostbaren Kleidern schmückte, während ich innen in meiner Seele von dem Aussatze der Sünde bedeckt war, flehe ich, mit dem Cilicium bekleidet und von ganzem Herzen um die Pönitenz bittend, daß ich durch euere Gebete von der Paralyse meiner Sünden befreit werde. Wiederum und wiederum bitte ich daher, daß euer Mitleid um der Vergebung meiner Sünden willen sich zu Tränen und Seufzern hinreißen lasse, da ihr, was Gott euch eingibt, mit den Weinenden zu weinen wißt. Ich glaube nämlich, daß euere heiligen Gebete bei jenem über alle Maßen barmherzigen Richter mir Verzeihung zu erlangen vermögen.«

Diese ergreifende Bitte, die der Pönitent durch das Tragen des Ciliciums zum Ausdruck bringt, steht mit dem geschilderten Ritus der öffentlichen Buße in Gallien in der Bußliteratur einzig da und kennzeichnet die Macht der Fürbitte des für den Sünder flehenden Volkes fast noch eindrucksvoller als Ambrosius, der wiederholt auf die Bedeutung und Wirkung derselben zu sprechen kommt. Cäsarius legt außerordentlich hohes Gewicht darauf. Er hält es für allzu unmenschlich und lieblos, wenn jemand mit einem Pönitent, der in dieser Weise um die Buße bitte, nicht Mitleid haben und für ihn von ganzem Herzen zu Gott flehen würde. Was wir selbst von anderen haben möchten, wenn wir uns anschickten, öffentlich um die Buße zu bitten, das sollten wir auch von ganzem Herzen ihnen zuwenden. Denn es stehe geschrieben: »Confitemini alterutrum peccata vestra, et orate pro

invicem, ut salvemini« (Jac. 5, 16) und ferner: »Frater fratrem adiuvans exaltabitur« (Prov. 18, 19). Von ganzem Herzen sollten wir glauben, daß, wenn wir gütigen und frommen Gemütes bei Gott für unsere büßenden Brüder Fürbitte einlegten, er uns erhören werde. Daher schließt der Bischof diesen Abschnitt seiner Predigt: »Achtet darauf, Brüder, daß, wer um die Pönitenz nachsucht, *bittet, exkommuniziert zu werden*. Und sobald er dann die Buße empfangen hat, wird er, *mit dem Cilicium umhüllt, hinausgestoßen*. Denn deshalb bittet er darum, exkommuniziert zu werden, weil er sich *zum Empfang der Eucharistie des Herrn* für unwürdig erachtet. Und daher will er *einige Zeit diesem Altare entfremdet werden* (alienum fieri), um würdig zu werden, zu jenem Altare, der im Himmel ist, mit gutem Gewissen zu gelangen. Aus dem Grunde will er *von der Gemeinschaft des Leibes und Blutes Christi* gleichsam als schuldiger und gottloser Mensch mit großer Scheu entfernt werden, um durch diesen demütigen Akt schließlich einmal wieder sich den Zutritt zu der Gemeinschaft des hochheiligen Altares zu verdienen.«

Aus diesem Abschnitt der Predigt geht nun mit Deutlichkeit hervor, daß, was bisher nicht völlig geklärt erschien, Cäsarius von Arles, wenn er vom Hinauswerfen des Sünders, vom Hinausstoßen spricht, dabei nicht etwa eine Büberentlassung, wie sie im Oriente üblich war, im Auge hat, sondern darunter den Ausschluß vom Altare, vom Empfang der Eucharistie versteht, jedoch so, daß der büßende Sünder sich den Zutritt zur heiligen Kommunion wieder verdienen kann¹⁾. Was wird aber, abgesehen davon, daß er das Bußkleid zu tragen hat, von ihm während dieser Zeit der Buße verlangt? Wir wissen dies schon aus den bisherigen Mahnungen des Bischofs. Er verbreitet sich aber auch hier noch einmal im dritten und letzten Abschnitt dieser Predigt darüber, wobei er einzelne sehr interessante Bemerkungen einfließen läßt.

Eben dieser Pönitent, führt er aus, der so zerknirschten Herzens um die Pönitenz gebeten habe, solle sich nicht in vermessendem Vertrauen auf die Fürbitte des Volkes in falsche Sicherheit einwiegen, indem er innerlich sage: »Siehe das ganze Volk hat für meine Ungerechtigkeiten Fürbitte eingelegt, also kann

1) Vgl. dazu H. Koch, Die Büberentlassung in der abendländischen Kirche in: Tüb. Theol. Quartalschr. 82 (1900) 522 ff.

und muß ich nunmehr sicher sein.« Das sei ferne, daß, wer Buße tue (*qui poenitentiam agit*), solches denke, um nicht zu sagen, rede. Die Fürbitte des Volkes, will also Cäsarius sagen, tut es nicht allein, es bedarf vielmehr zugleich der energischen Mitwirkung des Pönitenten, um Vergebung zu erlangen. Er soll mit Gottes Hilfe, so gut er kann, so sein Vertrauen auf das Gebet der anderen (Menschen) setzen, daß er sich beflleißigt, entweder im Fasten oder im Almosen oder im Gebet, in Demut und Liebe oder im heiligen Tun (*sancto opere*) sich zu üben; auch indem er die Kranken besucht, Frieden stiftet, die Fremden beherbergt, die Füße der heiligen Pilger wäscht und sich von Verleumdung und übler Nachrede fernhält. Wein soll er nicht trinken, außer im Alter oder wo der Apostel es empfiehlt. Cäsarius nimmt also doch auch hier auf die besonderen individuellen Verhältnisse Rücksicht. Aber was muß er feststellen?

»Es gibt einzelne Pönitenten, die deshalb schnell (*cito*) *rekonziliert* werden wollen, damit sie Fleisch bekommen (*carnem accipiant*). Sicher ist, daß derjenige nicht mit genügender Zerknirschung die Buße empfängt, der glaubt, ohne daß Krankheit dazu zwingt, Fleisch zu erhalten. Und deshalb darf auch der *rekonzilierte Pönitent*, wo er nur beim eigenen oder fremden Gastmahl Gemüse, Hülsenfrüchte und Fische haben kann, kein (anderes) Fleisch sich geben lassen.« Das sage er deshalb, weil, was noch schlimmer sei, es Pönitenten gäbe, die mit großer Begierde nach dem Fleisch griffen und Wein vielleicht bisweilen bis zur Berauschung tranken. »*Cum grandi enim cautela*«, bemerkt Cäsarius hierzu, »*sustinendum est corpusculum nostrum, ne per ebrietatem et gulam iterum nos talia sollicitet peccata committere, ut aut parum aut nihil prosit, quod poenitentiam visi sumus egisse*.« Mit dem Wunsche an die Büsser, mit allen Kräften darauf hinzuarbeiten, daß es nach der Heilung infolge von Nachlässigkeit nicht zu neuen Verwundungen käme, schließt Cäsarius von Arles diese für die Kenntnis des Bußwesens seiner Zeit hochbedeutsame Predigt. Klar tritt in dem letzten Passus die altkirchliche Praxis hervor, wonach die Rekonziliation, von der übrigens der Bischof sonst selten spricht, als abschließender Akt der Buße erst erteilt wurde, wenn die erforderlichen Bußleistungen, die, wie diese Ausführungen indirekt ebenfalls ergeben, von den kirchlichen Organen überwacht wurden, vollendet waren. Was dann das in dieser Predigt erwähnte Cilicium angeht, so begegnet uns dieses auch sonst schon, abgesehen von seiner Erwähnung in der Hl. Schrift,

in der vorausgehenden Zeit. Das Cilicium ¹⁾ (κίλικιον), ursprünglich ein Haarteppich oder eine Haardecke aus cilicischen Ziegenhaaren, wurde von den Mönchen zur Bezähmung des Fleisches unter den übrigen Kleidern getragen. Es wird u. a. auch von Cyprian, Hieronymus, Ambrosius und Petrus Chrysologus für die Bußpraxis bezeugt. Bemerkenswert ist aber, daß, während Kassian ²⁾ bemerkt, man mißbillige das Tragen des Ciliciums, das nur noch bei wenigen in Gebrauch sei, da es an der Arbeit hindere, es gerade in Gallien, wie wir aus der obigen Schilderung ersehen konnten, besondere Bedeutung im Bußritus erhielt und auch in den Bestimmungen der von Cäsarius von Arles geleiteten Synode von Agde (506) erwähnt wird. Hier wird c. 15 gesagt, daß die Pönitenten die Handauflegung und ein Cilicium über das Haupt empfangen sollten. Wollten diese aber die Haare nicht abschneiden — auch hievon spricht, wie wir noch sehen werden, Cäsarius — und die Kleidung nicht ändern, dann solle man sie abweisen. Das Bußkleid war offenbar nur während der Dauer der Buße zu tragen, außer wo die Pönitenz mit einem lebenslänglichen Gelübde verbunden war. Darauf beziehen sich wohl c. 6 der Synode von Barcelona (541) und c. 2 der zwölften Synode von Toledo (681), wo tatsächlich von einem Gelübde gesprochen wird. In Barcelona wurde bestimmt: »Poenitentes viri tonso capite et *religioso habitu* utentes ieiuniis et obsecrationibus vitae tempus peragrant.« Sie fügt noch weiter (c.7) hinzu: »Ut poenitentes epulis non intersint nec negotiis operam dent in datis et acceptis, — das erinnert an Leo I. —, sed tantum in suis domibus vitam frugalem agere debeant.« Was im übrigen die Behandlung und Verpflichtungen der Pönitenten in Gallien angeht, so verordnen die Statuta eccl. antiqua, daß in der Fastenzeit ihnen von den Priestern die Hände aufgelegt werden mußten (c. 80), daß sie die Verstorbenen zur Kirche zu bringen und zu begraben hätten und an »diebus remissionis«, an Fest- und Freudentagen das Knie beugen sollten. Nach der Synode von Agde (c. 44) fand auch eine Benediktion über die Pönitenten in der Kirche — wohl am Schlusse des Gottesdienstes — statt, die aber der Presbyter nicht vornehmen durfte ³⁾. Wir haben oben

1) Vgl. dazu Du Cange (Art. Cilicium) und Wetzer u. Welte, Kirchenlexikon; vgl. auch Frank S. 666 ff.

2) De coenob. institut. I. 1, c. 3.

3) Vgl. hierzu im einzelnen auch für die römische Praxis Poschmann S. 89 ff.

festgestellt, daß Cäsarius, wenn er von dem Hinausstoßen der Büsser aus der Kirche spricht, in der Hauptsache an den Ausschluß vom Altare denkt. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß neben dem mit der Buße verbundenen Ausschluß die Exkommunikation auch sonst gehandhabt wurde und bei besonders schweren Vergehen, hartnäckigem Festhalten an sündigen Gewohnheiten und Rückfällen mit dem Ausschluß aus der Kirche und dem Verkehr mit den Gläubigen verbunden war¹⁾.

Einzelne leichte und schwere Sünden aufzählend, betont schließlich Sermo 262 mit derselben Begründung wie Sermo 104 besonders die öffentliche Buße für letztere: »Haec et eiusmodi commissa expiari penitus communi et mediocri vel secreta satisfactione non possunt; sed graves causae graviores et aciores et publicas curas requirunt«. Die Dauer der Buße bestimmt der Bischof²⁾.

Überschauen wir die im Vorausgehenden besprochenen Predigten des Cäsarius und fassen wir die darin über die Buße enthaltenen Angaben zusammen, so gewinnen wir ein anschauliches Bild von den Anforderungen, die an die Büsser gestellt wurden, und von der Art und Weise, wie das Bußwesen sich damals gestaltete. Wenn einzelne Äußerungen den Eindruck erweckten, als könnten auch die Kapitalvergehen durch die »medicamenta poenitentiae«, d. h. durch Gebet, Fasten und Almosen und andere Werke der Barmherzigkeit und Abtötung getilgt werden, so können wir aus diesen Sermonen entnehmen, daß sie (auch in Verbindung mit der Reue und Zerknirschung des Herzens³⁾)

1) Es kann hier darauf hingewiesen werden, daß von dem Hinausstoßen Hinauswerfen aus der Kirche, Lostrennen von der Gemeinschaft, dem Leibe Christi etc. auch noch an anderen Stellen außer den von Koch (Die Büsserentlassung in der abendl. Kirche, Tüb. Quartalschr. 82, 471 ff.) erwähnten die Rede ist, so in den Quaest. vet. et nov. test. und bei Ambrosius (a toto corpore Ecclesiae); vgl. meine Analekten S. 13 u. 39; ferner bei Julianus Pomerius und Maximus von Turin, vgl. oben S. 14 u. 27. Was die Frage der Bußstationen und der Büsserentlassung und ihre Wirkung auf die Praxis des Abendlandes, wo sie vereinzelt in modifizierter Form bei einzelnen besonders schweren Vergehen auftreten, betrifft, vgl. jetzt außer Koch auch Poschmann S. 31 ff. u. 92 ff.

2) 2. Synode von Arles c. 10, Synode von Angers c. 12, 1 Synode von Orange c. 3 und Statuta eccl. ant. c. 76. Vgl. Poschmann a. a. O. S. 96 f.

3) Die Notwendigkeit der Reue zur Sündenvergebung, die Forderung, daß der Sünder »cum rugitu et gemitu« büßen soll, betont Cäsarius ebenso wie den Vorsatz, die Sünde aufzugeben, so oft und nachdrücklich, wie wir aus dem Vorausgehenden und besonders aus seinen Ausführungen über die Krankenbuße (vgl. unten) entnehmen können, daß wir nicht näher hier darauf

allein, vom Notfalle abgesehen, nicht **genügten**, selbst wenn sie in gesteigertem Maße geübt wurden. Vielmehr gilt der Grundsatz: »Peccata praeterita per eleemosynam *et poenitentiam* redimantur¹⁾«. Die starke Betonung der Bußleistungen beim Bekehrungswerke, das ohne sie nicht denkbar war, lag aber ganz im Sinne der Zeit. Das Almosen steht als besonderes Heilmittel der Sünde in den Remissiones des Origenes wie in denen Kassians und wird in seiner sündentilgenden Kraft sogar mit der Taufe verglichen. Aber so sehr, wie wir feststellen konnten, Leo I. und Maximus von Turin, die wohl an eine verwandte Äußerung Cyprians anknüpften, letzteres betonten, so haben doch gerade sie mit besonderem Nachdruck die Schlüsselgewalt der Kirche für die Vergebung der schweren Sünden gefordert. Hat doch auch Pacian, der allerdings die Grenze der crimina capitalia noch eng zieht, nur von den nicht kapitalen Vergehen behauptet, daß sie durch den Ausgleich besserer Werke (*meliorum operum compensatione*) geheilt würden, während er jene der Kirchenbuße²⁾ — den Begriff »*poenitentia publica*« gebraucht er noch nicht — unterstellte. Nicht anders dachte Cäsarius von Arles. Und wie Pacian und Ambrosius³⁾, wie Augustin und Leo dringt auch er immer wieder auf eine würdige Vorbereitung auf den Empfang der Eucharistie, warnt er vor dem unwürdigen Zutritt zum Altare und verlangt, daß ein Unwürdiger ihm fernbleibe und Buße tue. Es kam also als weitere Forderung der Ausschluß vom Altare hinzu.

Nun sagt aber Cäsarius geradezu in Sermo 257: »*Qui se ipsum modo a communione pro reatu suspendit, ab illo altari, quod est in coelo, removeri non poterit*«; ähnlich drückt er sich, wie wir feststellen konnten, in Sermo 104 aus: »*ultro nos ipsos a communione Ecclesiae removentes*«. Genügte es hiernach, daß der Pönitent eine Zeitlang sich selbst von der Eucharistie ohne Dazwischentreten einer kirchlichen Instanz ausschloß? Wir

einzugehen brauchen. Beachtenswert ist in dieser Hinsicht auch, was er Christus beim letzten Gericht in Sermo 249, 4 (M 39, 2207) sagen läßt: *Ego te o homo de limbo manibus meis feci . . . flagellis caesus, vepribus coronatus, cruci affixus, vulnere perfossus, ut tu eripereris morti, animam in tormentis dimisi. En clavorum vestigia etc.*

1) Sermo 116 (M. 39, 1976).

2) Vgl. Göller, *Analekten zur Bußgesch. des 4. Jahrhds.*, Separatabzug aus der Röm. Quartalschr. (1928) 18.

3) Vgl. ebenda 20 u. 38.

haben die Frage schon auf Grund des Sachverhaltes von Sermo 104 und 229 verneint. Wie eine solche freiwillige Disziplinierung praktisch sich gestaltete, das läßt sich aus Sermo 261 deutlich erkennen; denn hier ist, wie wir feststellen konnten, die Rede von einem Pönitenten, der um die Buße nachsucht und damit bittet, wie es dort heißt, exkommuniziert und vom Altare getrennt zu werden, um durch diesen Akt der Demut sich den Zutritt zum Altare im Himmel wieder zu verdienen. Eine solche Bitte setzt aber eine Instanz voraus, an die sie gerichtet ist, und das kann natürlich niemand anders sein als der »Priester« (Bischof), von dem die Pönitenten nach c. 15 der von Cäsarius geleiteten Synode zu Agde (506) die Handauflegung und das Cilicium über dem Haupte empfangen. Wo es sich um schwere Vergehen handelte, war hiernach der Ausschluß vom Altare nicht völlig dem Ermessen des Büßers anheimgestellt. Der Sünder sollte zwar freiwillig, nicht erst gezwungen, fernbleiben, aber es bedurfte der Mitwirkung des kirchlichen Vorstehers. Das ist bereits bei Augustinus unzweideutig ausgesprochen¹⁾: »Si tanta est plaga atque impetus morbi, ut medicamenta talia (corporis et sanguinis Domini) differenda sint, *auctoritate antistitis* debet quisque ab altario removeri ad agendam paenitentiam et *eadem auctoritate* reconciliari; hoc est enim indigne accipere, si eo tempore accipiat, quo debet agere paenitentiam, non ut *arbitrio suo*, cum libet, vel auferat se communioni vel reddat.« Dem entspricht durchaus, was in dem schon erwähnten Sermo 351 gesagt wird²⁾: »Postremo ab ipsa mente talis sententia proferatur, *ut se indignum homo iudicet* participatione corporis et sanguinis Domini, ut qui separari a regno coelorum timet per ultimam sententiam summi iudicis, *per ecclesiasticam disciplinam* a sacramento coelestis panis interim separetur.« Das Fernbleiben vom Altare war also auch hiernach dem Gewissen des einzelnen ohne Bezugnahme auf die kirchliche Leitung nicht überlassen. Das war in Gallien nicht anders. Auch hier war es der Sacerdos, der die Suspension vom Empfang der Kommunion vornahm, was jedoch nicht bei leichten Verfehlungen geschehen durfte, wie die 5. Synode von Orleans (549) im zweiten Kanon festsetzte, indem

1) Ep. 54 ad Januarium, 3, 4.

2) M. 39, 1542; dazu vorher schon: et cum ipse in se protulerit severissimae medicinae, sed tamen medicinae sententiam, veniat ad antistites, per quos in Ecclesia claves ministrantur . . .

sie bestimmte: »Ut nullus sacerdotum quemquam rectae fidei hominem pro parvis et levibus causis a communione suspendat praeter eas culpas, pro quibus antiqui patres ab ecclesia arceri iusserunt committentes.« Von durchschlagender Kraft aber ist in diesem Punkte der Sermo 255 im Appendix zu den Werken Augustins¹⁾, der zwar Cäsarius von Arles nicht zugesprochen wird, aber, wie schon die Mauriner sagten, nach Geist und Stil wenig von ihm abweicht und ohne Zweifel zeitlich und örtlich in seine Nähe zu rücken ist. Ob er, wie Malnory meint²⁾, Faustus von Reji zuzuschreiben ist, läßt sich nicht mit Bestimmtheit sagen, da er zwar auf die Buße im letzten Augenblick nichts gibt, aber doch sagt, daß sie auch in extremis erteilt werde, weil sie nicht verweigert werden könne. Diese Predigt wendet sich an solche, die im Bewußtsein besonders schwerer Sünden (*gravium atque ingentium peccatorum*) von sich aus von der Kommunion fern blieben, *ohne aber weitere Schritte zu tun*. Daß ein solcher Selbstausschluß nicht das Richtige sei und nicht genüge, zeigt nun der Verfasser, indem er mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit sagt, was solche zu tun hätten. »Er versucht ihnen, vielleicht einen Gedanken des hl. Ambrosius aufnehmend³⁾, klar zu machen, daß sie durch ihr passives Verhalten nur die Last ihrer Sünden häuften und des Geschenkes des ewigen Heiles verlustig gingen: »hoc est enim reatum congregare et remedium devitare.« Was sollen sie nun tun? Die bedeutsame Antwort lautet: »Ergo, vos fratres, hortor atque commoneo, ut si quis ex vobis, conscius criminum suorum, *indignum se communione ecclesiastica putat, dignum se esse faciat*. Dicitis: quomodo aliquis dignum se facere possit? Quomodo, nisi ut errores pristinos relinquat *et poenitentiam petat*, ut qui criminum suorum sorde pollutus est, *exomologesis satisfactione* mundetur. Nec ad illud se servet, ut in extremo vitae suae tempore tunc poenitentiam petat, quando iam agere non possit.«

Es wird also hier mit aller Bestimmtheit verlangt, daß, wer sich schwerer Vergehen bewußt sei, nicht nur der Kommunion

1) M. 89, 2216.

2) S. Césaire 190 f.

3) De poen. II, 2, 89: Sunt etiam, qui arbitrentur hoc esse poenitentiam, si abstineant a sacramentis coelestibus. Hi saeviores in se iudices sunt, qui poenam praescribunt sibi, declinant remedium, quos vel poenam suam conveniebat dolere, quia coelesti fraudarentur gratia.

fernbleibe, sondern seine früheren Irrungen aufgeben und um die Buße bitten, um so durch die Satisfaktion der Exomologese, also durch das kirchliche Bußverfahren von dem Unflat seiner Vergehen gereinigt zu werden. Der altchristliche Begriff der Exomologese, auf den auch Pacian wiederholt zu sprechen kommt und Salvian anspielt, begegnet uns hier wieder. Von dieser Stelle aus fällt auch Licht auf eine noch zu besprechende Äußerung des Cäsarius über das Schicksal derer, die am Ende die Buße nicht mehr empfangen können, sie aber während ihres Lebens geübt haben. Auf die dadurch aufgeworfene Frage werden wir noch zurückkommen müssen; hier ist zunächst noch ein anderer Punkt ins Auge zu fassen.

So oft und so nachdrücklich Cäsarius von Arles immer wieder auffordert, die leichteren Verfehlungen (*peccata minuta*) durch Gebet, Fasten und Almosen und andere gute Werke abzulösen, die schweren Vergehen (*crimina capitalia*) aber nicht zuzulassen, oder, wenn dies geschehen, sich der Buße zu unterwerfen, demgemäß also den kirchlichen Vorsteher um die Verhängung der Pönitenz zu bitten, so muß es doch auffallen, daß er in dem eingehend besprochenen Sermo 261 zwar ausführlich den Hergang der öffentlichen Buße schildert, aber dazu die bedeutungsvolle Bemerkung macht: »*Et ille quidem, qui poenitentiam publice accepit, poterat eam secretius agere; sed, credo, considerans multitudinem peccatorum suorum, videt se contra tam gravia mala solum non posse sufficere; ideo adiutorium totius populi cupere*¹⁾.«

Was wollte Cäsarius hiermit sagen? Bei Beantwortung dieser Frage müssen die einzelnen Worte scharf ins Auge gefaßt und zugleich jene Äußerungen des Bischofs herangezogen werden, die von einer geheimen Genugtuung sprechen. Es ist zunächst darauf zu achten, daß streng genommen nicht von einem Pönitenten die Rede ist, der um die *poenitentia publica* nachsucht, sondern publice um sie bittet, publice sie empfängt und übt. Es wird auch — und darauf kommt es an — nicht gesagt, daß derjenige, der um die Buße öffentlich *nachsuchte*, sie auch im geheimen üben konnte, — auch nicht, daß, wer sie öffentlich empfing, sie auch geheim *empfangen* konnte; vielmehr heißt es nur, daß jener, der die Buße öffentlich empfing, sie auch mehr im ge-

¹⁾ Vgl. zum Folgenden Tixeront, *L'évolution de la discipline pénitentielle* 136 f. Poschmann, *Abendl. Kirchenbuße* 139 ff.

heimen — das ist wohl der richtige Sinn von *secretius*¹⁾ — tun konnte.

Die Begriffe »*poenitentiam petere* (*poscere*)« und dement-sprechend »*poenitentiam accipere*« sowie »*poenitentiam agere*« kommen schon in der vorausgehenden Zeit vor und sind Ambrosius und Leo I. geläufig. Was dann den Ausdruck »*poenitentiam secretius agere*« betrifft, so erinnert er uns, wenn wir uns zunächst an den Sprachgebrauch Cäsarius' von Arles halten, an dessen schon erwähnte Aufstellung in Sermo 262, wonach die leichten Sünden (*peccata levia*) durch die *secreta satisfactio*, also durch persönliche, rein private Genugtuung gestöhnt werden könnten²⁾. Man möchte um so eher versucht sein, hieran zu denken, als er unmittelbar vor seiner Äußerung über das »*poenitentiam secretius agere*« sagt, daß der Pönitent schon dadurch, daß er von seinen Sünden sich trenne, sie zu hassen beginne und sich (innerlich) anklage, mit Gott verbunden werde³⁾. Genügte es also hiernach, daß auch ein Kapitalsünder im Sinne des Cäsarius sich jene private Bußübungen für die *peccata minuta* auferlegte und vielleicht noch von der Kommunion eine Zeit lang fernblieb? Das wäre allerdings die einfachste Erklärung jener Frage⁴⁾. Allein sie muß kategorisch abgelehnt werden, — auch wo es sich, worauf wir noch zu sprechen kommen, um Jugendliche handelte, die man nicht leicht zur öffentlichen Buße zuließ —, da sie, wie wir im Vorausgehenden gezeigt haben, der ganzen Bußauffassung des Bischofs und seiner Zeit widerspricht.

Der Ausdruck »*secreta satisfactio*« kommt aber noch, wie wir schon hervorgehoben haben und von anderer Seite⁵⁾ schon festgestellt wurde, in anderer Bedeutung vor, zwar nicht bei

1) Der Ausdruck »*secretius*« kommt auch in Sermo 288 (M. 39, 2289) vor: »*Vos vero si a vestris et ab alienis peccatis liberi esse vultis, nolite parcere talibus; et si vos secretius et frequentius admonentes audire noluerint, facite hoc ad humilitatis nostrae notitiam pervenire.*«

2) M. 39, 2230, genauer: *explari communi et mediocri vel secreta satisfactioe.*

3) *Jam enim se coepit Deo adiungere; et ideo peccatorum suorum non vult defensor, sed persecutor existere. Et quia Deus odio habet peccata, statim, ubi negligens quisque peccata sua odio habere coeperit, a suis criminibus separatur et Deo coniungitur* (M. 39, 2227).

4) Vgl. dazu die oben angeführten Stellen. Dazu Poschmann, Abendl. Kirchenbuße 123, wo besonders auf Sermo 259, 4 und 309 abgehoben wird, wo von dem Nutzen des Almosens die Rede ist »*ea tamen conditione, ut qui eleemosynas pro peccatis suis erogat, crimina capitalia exercere iam desinat.*«

5) Poschmann 140.

Cäsarius von Arles, wohl aber bei Gennadius. Gennadius verlangt für den Fall, daß jemand durch ein nach der Taufe verschuldetes Kapitalvergehen sich bedrückt fühle, öffentliche Buße und Rekonziliation durch den Priester und fährt dann fort: »Sed et *secreta satisfactio* solvi mortalia crimina non negamus, sed mutato prius saeculari habitu et confesso religionis studio per vitae correctionem et iugi, immo perpetuo luctu miserante Deo veniam consequatur¹⁾.« Das entspricht durchaus dem, was ein Ungeannter dieser Zeit sagte, wonach für denjenigen, der Abrenuntiation leiste, die öffentliche Buße nicht nötig sei, »quia conversus ingemuit et cum Deo pactum inivit«. Von jenem Tage an würde seiner Vergehen nicht mehr gedacht werden²⁾. Ausdrücklich ist hier dann noch von dem »moriachus« die Rede. Es handelt sich also um die Mönchsbuße, die als »secreta satisfactio« bezeichnet wird. Läßt sich mit Sicherheit nachweisen, daß, wie Poschmann angenommen hat, Cäsarius diese bei seiner Äußerung »poterat eam secretius agere« im Auge hatte? Bei Beantwortung dieser Frage ist es wichtig, zunächst festzustellen, ob diese wohl auf das östliche Mönchtum und Lerin zurückgehende Anschauung auch von Cäsarius geteilt wurde, was man bisher nicht beachtet hat. In seiner Mönchsregel spricht er nicht davon. Wohl aber enthält eine seiner an die Mönche gerichteten Homilien³⁾ eine Stelle, die darauf anspielt, indem er sagt: »Numeremus, si possumus, *ex illo tempore, ex quo hic conversari videmur, quanta peccata lucrifecerimus, de quantis fraudibus, de quantis adulteriis, rapinis, periuriis, sacrilegiis nos Dominus liberaverit, et tunc videbimus, quantum etiam de praesentibus beneficiis Domino debeamus*«; oder wenn er an anderer Stelle⁴⁾ sie vor den läßlichen Sünden warnt und mahnt: »ut quia vos Christus de *omnibus capitalibus criminibus* tamquam de periculosis fluctibus *liberavit*, in portu quietae beatitudinis constituti, parvas negligentias et minuta peccata, quae sic in animam confluent, quomodo per minutissimas navis rimulas intestinae [in sentina] guttae concurrunt, cum omni vigilantia, Christo adiuvante exhaurire iugiter festinetis«. Die Mönche werden also ermahnt, »devictis et superatis saeculi tempestatibus et mundi huius criminibus« die kleinen Nachlässigkeiten und Verfehlungen zu meiden«. Hiernach scheint also auch Cäsarius die Ansicht des Gennadius über die Mönchsbuße geteilt

1) Vgl. oben 20. — 2) Vgl. oben 19. — 3) Hom. 8, M. 67, 1062. — 4) Hom. 11, M. 67, 1069 ff.

zu haben. Auf der anderen Seite aber warnt er auch die Mönche davor ¹⁾, sich in falsche Sicherheit bezüglich der früheren Vergehen einzuwiegen und nicht zu glauben, daß die einmal begangenen Verbrechen so leicht nachgelassen werden könnten. Es genüge nicht zu sagen: »peccavi, parce et remitte«; es bedürfe größerer Anstrengungen: »Multum opus est fletus, multus gemitus, multae contritiones corporis ad sanandos ipsos dolores cordis«. Für die Beurteilung dieser Mönchsbuße wäre es von großem Werte, wenn sich nachweisen ließe, daß durchweg diejenigen, die sich eines Kapitalvergehens bewußt waren, sich bei der Aufnahme einer besonderen Disziplinierung, verbunden mit dem Sündenbekenntnis, unterwerfen mußten. Allein davon erfahren wir weder etwas aus den Schriften Kassians noch aus der Regel des hl. Benedikt, weder aus der Mönchsregel Cäsarius' noch aus seiner Regula ad virgines. Um so bedeutsamer sind allerdings die hierauf gerichteten und, wie es scheint, noch kaum gewürdigten Vorschriften in der dem 7. Jahrhundert angehörenden Regel des hl. Fructuosus.

Dieser Stifter und Abt des Klosters Complutum, Bischof von Dumium und schließlich Erzbischof von Braga (656—670)²⁾ gibt uns in seiner zweiten Regel³⁾ eine klare Vorstellung von der Klostersehnsucht jener Zeit, wo Laien mit ihren ganzen Familien »aus Furcht vor der Hölle« ihre eigenen Häuser, was er scharf tadelt, zu Klöstern einrichteten oder aber mit Frauen und Kindern sich unter die Leitung eines Abtes begaben; für diese gab Fructuosus seine regula communis heraus. Für unsere Fragestellung ist nun interessant, daß hier, abgesehen von den auch sonst vorgesehenen Bestimmungen für die Zensurierung und Buße solcher, die im Kloster sich verfehlt hatten, ein besonderes Kapitel über diejenigen handelt, die in der Welt schwere Vergehen sich hatten zuschulden kommen lassen (qui peccata graviora in saeculo commiserint). Es heißt nämlich da⁴⁾: »Qui gravioribus culpis et criminibus sese deliquisse cognoscunt, primum eos optamus regulae colla submittere sub probatissimo abbate, in monasterio desudare et cuncta retroacta peccata tamquam aegrotos medico spiritali seniori manifestare; et sicut publice peccaverunt, publice poenitere et poenitenda ultra non committere«. Niemand möge, wird weiter ausgeführt, an der Barmherzigkeit

1) Hom. 8 (M. 67, 1063) — 2) Vgl. über ihn v. Schubert, Frühmitt. Kirchengesch. 612 u. die dortige Literatur. — 3) M. 87, 1111 ff. — 4) M. 87, 1125.

Gottes verzweifeln. »Agat ergo unusquisque *dignam poenitentiam* secundum qualitates culparum, ut quis, in quo delicto sese cognoscit reum, de eo delicto necesse est observare primum *secundum instituta canonum*«. Besonders wichtig erscheinen dann die folgenden Worte: »Ita plerique sunt in monasteria ingressi, qui ob *immanitatem scelerum* excesserunt numerum, quos *sancti canones foras ecclesiae agere poenitentiam* censuerunt et nisi *in finem vitae* communionem percipere negaverunt. Fructuosus hat hier offenkundig die Canones von Elvira ¹⁾ im Auge. Und was er dann als Heilmittel für die Sünder anführt, erinnert uns ganz und gar an die Vorschriften Cäsarius' von Arles für die Büsser ²⁾, insofern auch Fructuosus ihnen den Genuß von Fleisch und Wein, außer in Fällen, wo die Gesundheit oder das Alter es erfordert, verbietet und dann sagt: »*Vestimentum vero cilicinium* praebere iubemus, qualiter per id compuncti per haedos a sinistris suorum semper reminiscantur peccatorum« ³⁾. Merkwürdig, daß sonst in den Klosterregeln — übrigens auch in der kürzeren des Fructuosus — von einer derartigen Disziplinierung wegen der vergangenen schweren Vergehen, was der Bemerkung des Genadius über die secreta satisfactio einen ganz anderen Hintergrund gäbe, nichts gesagt ist. Daß die Mönche im übrigen während ihres Klosterlebens dem Abte bzw. den Senioren gegenüber zur Gewissensrechenschaft verpflichtet waren und je nach der Größe der Verfehlungen eine leichtere oder schwerere Buße auf sich nehmen mußten, wissen wir aus Basilius und Kassian ⁴⁾ sowie aus anderen Regeln. Im Pactum Fructuosum wird darauf Bezug genommen ⁵⁾; in der kürzeren Regel des Fructuosus steht ein eigenes

1) Göller, Analekten 2 ff. — 2) Vgl. oben 60.

3) In diesem Zusammenhang darf auch auf eine Stelle in der achten der Eligius von Noyon irrtümlich zugeschriebenen Predigten, die einer späteren Zeit angehören (vgl. unten), hingewiesen werden. Hier werden die Pönitenten angeredet: »Cur ergo in sinistra parte ecclesiae positi estis? Non sine causa usus ecclesiae hoc obtinuit; verum, quia Dominus in iudicio oves, hoc est iustos a dextris, haedos, id est peccatores a sinistris ponet; haedi enim significant peccatores. Unde et cilicia, quae sunt indumenta poenitentium, e pilis haedorum atque caprearum fiunt; haedus namque in lege pro peccato semper iubetur offerri; signat tamen Christum, qui in similitudinem carnis peccati ostensus est et pro nostris delictis oblatum est. (M. 87, 620).

4) Vgl. oben und Poschmann, Abendl. Buße 230 ff. Bezüglich der Regel des hl. Benedikt, ed. Butler, vgl. daselbst c. 7 u. 46.

5) M. 87, 1120. Zum pactum Fr. vgl. im einzelnen die Studie von J. Herwegen (Stuttgart 1907). Über die Regeln ebda. 51 ff.

Kapitel »de excommunicatis«¹⁾ und wird bestimmt: »semper huiusmodi vitia cum lacrymis et compunctione cordis atque humilitate verissima abbati, praeposito sive probatis senioribus revelanda sunt«²⁾. Cäsarius, der sonst den Laien gegenüber immer wieder auf die Gewissenserforschung wegen der täglichen Verfehlungen drängt, spricht in seiner Regel für die Mönche nur davon, daß sie den Oberen ihren Willen unterwerfen sollten, — ut cordis nequitias circumcidamus³⁾ — faßt aber wie andere den Fall der Exkommunikation im Kloster ins Auge, indem er bestimmte: »Qui pro aliqua culpa excommunicatus fuerit, in una cella recludatur et cum uno seniore ibi legat, donec iubeatur ad veniam venire«⁴⁾.

Wiederholen wir nun nach diesen Feststellungen die Frage, ob Cäsarius von Arles bei seiner Äußerung auf die Buße derer, die ins Kloster, oder wie er einmal sagt, »ad haec tranquilla secreta et spiritalia castra«⁵⁾ sich begeben hatten, anspielte, so kann zugegeben werden, daß dies wohl möglich, wenn auch nicht gerade sehr wahrscheinlich ist, da die meisten wohl schwerlich sich zu diesem Schritt hätten entschließen können. Sehr beachtenswert ist in dieser Hinsicht ein Satz in dem 2. Briefe des Cäsarius an die Äbtissin Cäsaria und die Sanktimonialen, wo er die Pönitenten und Verheirateten von den Virgines unterscheidet: *Poenitentes enim et coniugatae possunt per alias iustitiae vias sequi Christum; cum in virginitatis decorem praecedat, non habent, quid faciant ut virgines sint«⁶⁾.*

Im ersten Kapitel seiner Mönchsregel sagt Cäsarius: Imprimis si quis ad *conversionem* venerit, ea conditione excipiat, ut usque ad mortem suam ibi perseveret. *Vestimenta vero laica non ei mutantur, nisi antea de facultate sua chartas venditionis faciat*⁷⁾; ähnlich auch in der Nonnenregel. Die vestimenta laica wurden dann vertauscht mit den vestimenta religiosa oder dem habitus religionis. *Das konnte aber auch geschehen, ohne daß derjenige,*

1) c. 14 (M. 87, 1105). — 2) c. 13 ebda. — 3) c. 23 (M. 67, 1103). — 4) M. 67, 1103. Vgl. dazu auch die Recapitulatio der Nonnenregel c. 14 (M. 67, 1119) und den Brief an die Äbtissin Cäsaria, wo er vor dem Neid warnt (M. 67, 1127): Difficile namque ex hoc morbo quisque recipit medicinam, quoniam non vult patefacere culpam: rara enim ex hoc confessio . . . ; ferner M. 67, 1129: Sunt enim aliqui, qui . . . putant quod illis sufficiat vestem mutasse et religionis tantum habitum suscepisse. — 5) Hom. 7 (M. 67, 1059). — 6) M. 67, 1134. — 7) M. 67, 1099.

*der das Weltleben aufgab, in ein Kloster eintrat*¹⁾). Denn wie wir besonders Salvian und Julianus Pomerius entnehmen können²⁾ und auch aus einzelnen Kanones gallischer Synoden hervorgeht, gab es auch Konversen, die das Religiosenkleid nahmen, Keuschheit gelobten und als Aszeten in der Welt lebten, um für ihre Sünden Buße zu tun. Sie sind nicht mit den eigentlichen Pönitenten zu verwechseln. Schon Hefeles machte auf diesen Unterschied aufmerksam, indem er jene als besondere Büssergruppe charakterisierte, »die aus Reue über ihre im Weltleben begangenen Sünden ein Gelübde (professio) der Enthaltbarkeit ablegten und auch conversi heißen«³⁾. Man könnte sie auch als Pönitenzkonversen bezeichnen; sie traten in einen besonderen Stand der Vollkommenheit ein und übernahmen freiwillig die Buße, ohne, wie unter Umständen die eigentlichen Pönitenten, dazu gezwungen zu werden. Der Eintritt in diesen Stand erfolgte unter dem Segen der Kirche. Es gab, nicht zu verwechseln mit dem den öffentlichen Büssern während ihrer Pönitenzzeit wiederholt (in der Fastenzeit) erteilten Segen, wie Poschmann feststellt⁴⁾, eine besondere benedictio poenitentiae, die »die Weihe zum Stand der conversi« darstellte. Die Quellen sind, wo es sich darum handelt, sie von den eigentlichen Pönitenten zu unterscheiden, nicht immer eindeutig; doch wird man, wo von der benedictio poenitentiae und, was allerdings Poschmann allein nicht für ausschlaggebend hält, von dem profiteri poenitentiam⁵⁾ die Rede ist, an sie denken müssen. Sind diese Voraussetzungen richtig, dann bekommt allerdings das Verbot einzelner Synoden, in die Welt zurückzukehren, wenn von der benedictio poenitentiae gesprochen wird, einen ganz anderen Sinn.

Man mag darüber verschiedener Meinung sein, ob der hier gekennzeichnete Weg der Buße bequemer war, als derjenige der eigentlichen Kirchenbuße; aber darüber kann doch kein Zweifel bestehen, daß auf diese Art der conversio der Begriff der geheimen Satisfaktion in viel geringerem Maße zutrifft, als auf die vita religiosa derer, die hinter den Mauern des Klosters als Mönche oder Nonnen der Öffentlichkeit verborgen blieben, da jene ja in der Welt lebten und durch ihre Kleidung namentlich auch beim

1) Vgl. über die Conversi die eingehenden Ausführungen bei Poschmann, Abendl. Buße S. 128 ff. — 2) Vgl. ebenda u. oben 25 u. 27. — 3) Konziliengeschichte II, 653 Anm. 1 n. 301. Dazu Frank, die Bußdisziplin der Kirche 497 u. 596. — 4) S. 135. — 5) Der Ausdruck schon bei Leo I. (M. 54, 1206).

Gottesdienste als Büsser allgemein kenntlich waren. Um so weniger wahrscheinlich ist es, daß sie Cäsarius von Arles bei seiner Äußerung »poterat eam secretius agere« im Auge gehabt habe.

Nach diesen verschiedenen Erklärungsversuchen dürfte es angezeigt erscheinen, sich einmal die von Cäsarius gewählten Ausdrücke näher anzusehen. Wie bereits bemerkt wurde, sagt der Bischof, daß derjenige, der die Buße öffentlich *empfangen* hatte, sie auch mehr im geheimen *üben* konnte. Der Begriff *secretius* gilt also nur dem *poenitentiam agere*, nicht dem *poenitentiam accipere*. Halten wir uns an diesen Wortlaut, so gewinnt diese Äußerung den Sinn, daß solche Pönitenten zwar öffentlich die Buße übernahmen und auf eine bestimmte Zeit durch den Sacerdos von der Eucharistie ausgeschlossen wurden, im übrigen aber bis zur vollen Wiederaufnahme nicht zu den öffentlichen, nach außen hervortretenden Bußleistungen in Tracht und Kleidung und zu den demütigenden Vorschriften und Übungen des kirchlichen Bußritus verpflichtet waren. Dadurch gingen sie allerdings während der Bußzeit der von Cäsarius so hochgeschätzten Fürbitte der beim Gottesdienst anwesenden Gemeinde verlustig, die nach römischem Ritus in lautes Weinen ausbrach, wenn der Bischof am Schlusse des Gottesdienstes sich unter Tränen mit den seufzenden Pönitenten zu Boden warf, sie dann, nachdem er sich selbst erhoben, aufrichtete und ein Segensgebet über sie sprach, bevor er sie entließ. Aber sie konnten ihre Bußwerke unbekümmert um die Öffentlichkeit im Stillen verrichten. Übrigens legt die ausdrückliche Mahnung, die Zeremonie der Übernahme des Ciliciums nicht als nebensächlich zu erachten¹⁾, den Schluß nahe, daß man praktisch nicht allzu großes Gewicht darauf legte. Vollzog sich nach dem Gesagten die Übernahme der Buße in einem öffentlichen, vielleicht auf das Nötigste beschränkten Akt, während, um in der Sprache Augustins zu reden, es nicht nötig war, »in notitia multorum vel etiam totius plebis agere poenitentiam²⁾«, so darf noch hinzugefügt werden, daß, was vor allem bei geheimen Vergehen in Frage kam, auch die Bitte um die Buße, da nur von der Öffentlichkeit ihrer Übernahme die Rede ist, hiernach nicht öffentlich zu sein brauchte. Sind diese Voraussetzungen richtig, dann gab es auch nach Cäsarius von Arles ein vereinfachtes, sagen

1) Vgl. oben 57.

2) Vgl. Sermo 351 (M. 39, 1545).

wir einmal halböffentliches Verfahren. Jedoch ist etwas Sicheres nicht darüber auszumachen und läßt der Wortlaut auch die Deutung Tixeronts, der hierbei unter Hinweis auf eine noch zu besprechende Äußerung des Cäsarius über die Krankenbuße an ein privates Bußverfahren denkt, indem er den Begriff »poenitentiam accipere« auf die öffentliche, den Begriff »poenitentiam agere« aber auf eine private Kirchenbuße bezieht¹⁾, nicht zu. Es ist auch nicht die Rede von jenem, der die Buße geheim empfing, sondern von jenem, der sie öffentlich empfing, aber geheim üben konnte. Auf eine Milderung der äußeren Strenge des Bußritus weist auch der in diesem Zusammenhang ebenfalls von Tixeront herangezogene Fall, wo Cäsarius sich von zwei Seiten auf seine Aufforderung zur Buße einen Einwand machen läßt. Wir haben gehört, wie Maximus von Turin²⁾ über den Militärdienst dachte und wie nach seiner Mitteilung diejenigen, die wegen schwerer Vergehen (cum peccant graviter) zurechtgewiesen wurden, sich der Strafe zu entziehen suchten, indem sie ihren Dienst vor schützten und zur Rede gestellt, sagten: »Quid habebam facere homo saecularis et miles? Numquid monachum sum professus aut clericum?« Bemerkenswert für seine Auffassung ist, daß er ausdrücklich sagt: »Perinde quasi militia hominum, non voluntas in culpa sit, ita quod ipsi gerunt, officiis suis ascribunt. *Non enim militare delictum est, sed propter praedam militare peccatum*«, und gegenüber dem obigen Einwand bemerkt: »Quasi omnis, qui clericus non est aut monachus, possit ei licere quod non licet . . . Igitur nemo se publicis excuset actibus, nemo de occupatione militiae conqueratur«. Hieran werden wir erinnert, wenn Cäsarius in Sermo 258 einen Soldaten sagen läßt³⁾: »Ego in militia positus sum, uxorem habeo; et ideo poenitentiam agere quomodo possum?«, und darauf antwortet: »Quasi nos, quando poenitentiam suademus, hoc dicamus, ut unusquisque magis sibi capillos studeat auferre et non peccata dimittere«. Beachtenswert ist hier, daß auch Cäsarius einen solchen nicht von der Verpflichtung zur Buße entheben möchte, da er ausdrücklich sagt, daß er durch *diese Vorspiegelung mehr sich selbst* betrüge als entschuldige, da doch auch der König David trotz der Ehre seiner Herrschaft und der Würde seiner königlichen Gewandung »cilicio prostratus

1) L'évolution etc. 136; Poschmann, Abendl. Buße 114.

2) Hom. 114 (M. 57, 517); vgl. oben 16.

3) M. 39, 2222.

et conspersus cinere« für seine Vergehen Buße getan habe; aber eine Milderung konnte er wohl im Auge haben. Ein ähnlicher Fall liegt auch vor, wenn Cäsarius noch folgenden Einwand vorbringen läßt¹⁾: »Ich bin ein junger Mann und habe eine Frau; wie kann ich mir die Haare abnehmen lassen und das Kleid der Religiösen nehmen?«, worauf er dann erwidert, auch er sage nicht, daß die jung verheirateten Männer mehr das Kleid, als die Sitten ändern sollten. Was schade es denn dem verheirateten Manne, wenn er seine verdorbenen Sitten in gute und ehrenvolle Werke umkehre und bestrebt sei, die Wunden seiner Sünden durch Almosen, Fasten und Gebet zu heilen?: »Vera enim conversio *sine vestimentorum commutatione* sufficit sibi; vestimenta vero religiosa sine bonis operibus non solum remedium habere non poterunt, sed etiam iustum Dei iudicium sustinebunt. Convertamur ad meliora, dum in nostra sunt potestate remedia: Hic extinguamus mortem moriendo peccatis, hic vitam vitae

1) Sermo 249 (M. 39, 2208). Hier sei auch noch auf eine Äußerung des Erzbischofs Avitus von Vienne, die Tixeront S. 138 ebenso wie diese beiden Beispiele als Erweis einer poenitentia privata heranzieht (vgl. auch Poschmann, Abendl. Kirchenb. S. 121), in ep. 18 (Peiper S. 49) hingewiesen. Auf die Anfrage des Bischofs Victorius, wie es mit einem gewissen Vincomadus, der 30 Jahre mit seiner Schwester in inzestuöser Verbindung zusammenlebte, zu halten sei, antwortete er, beide sollten exkommuniziert werden, bis sie durch öffentliche Buße von ihrem verbrecherischen Zusammenleben sich lossagten. Auf die Bitte des Vincomadus bestand er jedoch nur auf der sofortigen Trennung dieses »homo nimie crudus, cuius miseriae constat vix quemquam posse misereri«; charakteristisch, wenn er sagt »luvenis vitiiis, senex annis . . . aevo friget, adulterio calet.« Er solle die Trennung versprechen und um Lösung von der Exkommunikation bitten. Jedoch solle er nur »paenitentiam agere; accipere non cogatur. Sufficiant illi crimina sua nec ingeratur laborioso, cum respuit, quod tam instabili animo vix committi debuerat, si petiisset. Cesset a fragilitate perfidia . . . Excussus ab scelere, suscipiatur ad veniam«. Man fürchtet die Gefahr des Rückfalls, deshalb begnügt man sich vorläufig damit, daß er Bußwerke verrichtet, ohne zur eigentlichen Buße zugelassen zu werden (accipere paenitentiam), was erst geschehen solle, wenn er den Willen zur Sünde aufgegeben habe: »patiatur paenitentiam, cum perdit peccandi occasionem; profiteatur cum amiserit voluntatem«. Diese Entscheidung erscheint durchaus verständlich, ohne daß besondere Schlüsse auf eine Privatbuße gezogen werden können. Denn wenn auch der Pönitent von der Censur — eo . . . , quo ligatus fuerat — losgesprochen wurde, wobei es sich bei der Größe des Vergehens offenbar um einen vollen Ausschluß dieses alten Sünders auch von der Kirche und dem Verkehr mit den Gläubigen handelte, so ist damit nicht gesagt, daß er dann zur Eucharistie zugelassen wurde. Sobald er die Probe bestanden, jedenfalls aber in articulo mortis konnte er die Buße und Eucharistie empfangen.

meritis acquiramus«¹⁾. Es ist also die Änderung der Kleidung nicht unbedingt erforderlich; trotz der Bestimmung der Synode von Agde konnte davon Abstand genommen werden. Die Stelle ist wichtig, weil Cäsarius im Zusammenhang damit zum Ausdruck bringen konnte, daß es vor allem auf die innere Umwandlung ankomme, darauf nämlich, daß man der Sünde absterbe. Sollte aber damit gesagt sein, daß eine Kirchenbuße überhaupt nicht nötig und die Bußleistung dem Ermessen des Pönitenten überlassen sei? Dieser Schluß ist hier ebenso unberechtigt und unvereinbar mit der sonstigen Auffassung des Bischofs und seiner Zeit, wie in jenem Fall, wo er gegenüber den Mördern, Räubern und Ehebrechern, die glaubten, ihre täglichen Verbrechen durch tägliche Almosen sühnen zu können, sagt: »Tunc enim largior eleemosyna animam liberat, si criminosus mortifera peccata iam deserat«; als ob die schweren Vergehen durch das Almosen allein, sofern man nur sie aufgebe, gesühnt werden könnten, während doch, wie wir gehört haben, nach dem hier grundsätzlich maßgebenden Sermo 104 in diesem Falle zum Unterschied von den peccata minuta nicht bloß Reuetränen, lang anhaltendes Fasten und reichlichere Almosen (largiores eleemosynae), sondern Selbstausschluß von der communio Ecclesiae und öffentliche Buße unzweideutig und bestimmt gefordert werden, ganz abgesehen davon, daß es undenkbar erscheint, daß *Ehebrecher* und *Mörder* auf jenem einfachen Wege und nicht vielmehr durch öffentliche Buße ihre Vergehen hätten sühnen können²⁾.

Der Fall zeigt ebenso wie die angeführten Beispiele einer milderen Behandlung bestimmter Pönitenten, wie vorsichtig man gegenüber der oft ungenauen und unvollkommenen Ausdrucksweise des Cäsarius sein muß, aber auch welche Schwierigkeiten sich in dieser Zeit bei dem Bestreben, das überkommene öffentliche Bußwesen mit seinen strengen Forderungen und Wirkungen voll aufrecht zu erhalten, einstellten. Was diese Wirkungen angeht, so sind sie schon von Morinus, Frank und anderen, zuletzt von Poschmann für diese Zeit gekennzeichnet worden, so daß wir uns darauf beschränken können, einige Punkte herauszuheben.

* * *

1) Die Wendung »convertamur ad meliora« kommt in anderem Zusammenhang auch am Schlusse von Sermo 252 (M. 39, 2212) vor.

2) Sermo 309 (M. 39, 2338); vgl. dazu Poschmann, Abendl. Buße S. 123.

Die Anforderungen, die in dieser Zeit an die Büsser gestellt wurden, die Folgen, die mit der öffentlichen Buße verbunden waren und die Wirkungen, die sie hervorbrachte, waren ohne Zweifel außerordentlich schwer und griffen zum Teil tief in das private und bürgerliche Leben der Pönitenten ein. Wir haben schon aus den Antworten Leos I. auf die Anfragen des Bischofs Rusticus von Narbonne entnehmen können¹⁾, daß sich die Büsser nicht in Streitigkeiten vor dem weltlichen Gericht einlassen, keine Handelsgeschäfte während oder nach der Buße treiben und nicht zum weltlichen Kriegsdienst zurückkehren durften. Spätere Synoden haben diese Bestimmungen zum Teil wieder erneuert. Wichtiger noch war, daß die Buße für den Empfang der Weihe irregulär machte²⁾; die von Cäsarius geleitete 2. Synode von Arles (524) verfügte (c. 3), daß kein Pönitent zum Bischof, Priester oder Diakon geweiht werden dürfe, was auch in den Statuta ecclesiae antiqua (c. 68) unter Androhung der Absetzung im Falle des Zuwiderhandelns zum Ausdruck gebracht und auf der burgundischen Synode zu Epaon (517, c. 3) verordnet wurde. Am folgenschwersten aber waren die Wirkungen der Buße auf eherechtlichem Gebiete, wovon allerdings die älteren Quellen in vor-konstantinischer Zeit nichts berichten³⁾ und auch Pacian noch nichts weiß. Verboten war jedenfalls für die öffentlichen Büsser die Wiedereingehung einer neuen Ehe und auch der eheliche Verkehr nach Übernahme und während der Dauer der Buße; zweifelhaft bleibt jedoch, ob dieser nach Abschluß der Buße untersagt war. Daß Ambrosius solchen Anschauungen huldigte, zeigt seine Frage: Hält vielleicht jemand das für eine (wahre) Buße, wo man sich um Ehrenstellen bewirbt, wo der Wein überströmt und von der ehelichen Beiwohnung Gebrauch gemacht wird? Dem entspricht seine weitere Mahnung: »Renunciandum saeculo est«; die in Christus Gestorbenen und Begrabenen dürften nicht wieder, wie die Lebenden, über die Welt verfügen⁴⁾. Auch Hieronymus vertritt eine ähnliche Auffassung, wenn er sagt: »Ergo qui in castigatione victus et ieiunio atque eleemosynis dicit se-

1) Vgl. oben S. 8.

2) Vgl. die Stellen bei Morinus L. 4 c. 13.

3) Vgl. dazu auch Frank 671 ff. Poschmann Abendl. Kirchenbuße 98 ff.

4) De paenitentia II c. 10, 96. Poschmann (S. 59) erblickt hierin gegen Morinus ein Zeugnis für die Fortdauer der Bußpflichten während des ganzen Lebens.

agere poenitentiam, frustra hoc sermone promittit, nisi egrediatur de cubili suo et sanctum purumque ieiunium pudica expleat poenitentia¹⁾«. Unzweideutig aber wird das Verbot, eine neue Ehe einzugehen in dem Erlaß des Papstes Siricius an den Bischof Himerius von Tarragona ausgesprochen, insofern dort von solchen die Rede ist, »qui acta poenitentia tamquam canes et sues ad vomitus pristinos et volutabra redeunt et militiae cingulum et ludicras voluptates et nova coniugia et inhibitos denuo appetivere concubitus, quorum professam incontinentiam generati post absolutionem filii prodiderunt²⁾«. Während dann einzelne gallische Synoden in Tours (461), Orleans (511 u. 538) und Epaon (517), die an diesen Erlaß anknüpfen, nur von der Rückkehr zu den Verlockungen der Welt (und zum Kriegsdienst) sprechen, wendet sich allerdings die Synode von Elusa (551) in c. 1 gegen solche Pönitenten, die »post acceptam poenitentiam ad thorum uxorum suarum« zurückkehren³⁾. Hier ist also von dem Verbot der Wiederaufnahme des ehelichen Verkehrs der Verheirateten die Rede, aber, was sehr zu beachten ist, »post acceptam poenitentiam«, nicht »acta poenitentia«, also nach Übernahme der Buße, nicht nach Abschluß der Buße⁴⁾. Nun hat ja auch Avitus von Vienne⁵⁾ einen ähnlichen Gedanken zum Ausdruck gebracht, indem er vor allzu leichtfertiger Erteilung der Buße an Kranke warnt, um der Gefahr vorzubeugen, daß diese nach Wiedererlangung der Gesundheit in Vernachlässigung ihrer Bußverpflichtungen (die Keuchheit verletzen und) wie der Hund zum Ausgespieenen zurückkehren könnten. Allein, indem er mit Eccles. 5, 4 sagt, daß es besser sei, nicht zu geloben als zu geloben und nicht zu erfüllen, verbindet er mit der Krankenbuße die Ver-

1) Comm. in Joel. c. 2 (M. 25, 969).

2) c. 5 (Mansi III, 657); vgl. dazu auch Morinus L. 5 c. 30; dazu Poschmann Abendl. Kirchenb. 61.

3) Vgl. im einzelnen zu diesen Synodalbestimmungen Poschmann S. 98 ff.

4) Auch bei den obigen Synoden heißt es immer acta (suscepta) poenitentia. Was c. 5 der Synode von Angers betrifft, so ist auch hier nicht direkt von der Wiederaufnahme des ehelichen Verkehrs, sondern nur von solchen, die die schon *begonnene* Buße wieder verlassen, also sie unterbrechen, die Rede; solche sollen, wie die Kleriker, die ihre Städte den Feinden überliefert haben, und die von der Virginität Abgefallenen exkommuniziert und von der Tischgemeinschaft der Gläubigen ausgeschlossen sein.

5) Vgl. unten 90 A. 2. u. auch Poschmann 103. — Dazu die Worte: »ut donec quisque nostrum *votum* compleat, *voti* reus dicatur«.

pflichtung eines Gelübdes der Enthaltsamkeit¹⁾, was doch sonst, wo es nicht freiwillig geschah, bei der Buße nicht ohne weiteres gefordert wurde und schwerlich zu Leos I. Zeit zutraf. Denn sonst hätte dieser Papst nicht sagen können, daß ein junger Mann, der in drohender Furcht vor dem Tode oder in Gefahr der Gefangenschaft der Buße sich unterzogen, aber nachher aus Besorgnis, infolge jugendlicher Unenthaltsamkeit die Keuschheit zu verletzen, eine Gattin sich genommen habe, etwas *Verzeihliches* getan habe²⁾; und auch später scheint man diesen Fall praktisch nicht allzu streng genommen zu haben, da man noch auf der 6. Synode zu Toledo (638) einem verheirateten jungen Mann unter Berufung auf Leo I. nach seiner Genesung die Rückkehr zu seiner Frau gestattete, bis er in das Alter komme, wo er die Enthaltsamkeit bewahren könne, was umgekehrt auch von der jungen Frau galt.

Aber sei dem, wie ihm wolle. Die Bußverpflichtungen waren auf alle Fälle außerordentlich hart und bestanden zum Teil auch nach der Rekonziliation noch fort.

Das zeigen auch die Ausführungen des Bischofs über diejenigen Pönitenten, die baldigst rekonziliert zu werden wünschten, nur um wieder Fleisch zu bekommen. Wer als Büsser nach Fleisch Verlangen habe, ohne daß eine Krankheit dazu nötige, der empfangen die Buße nicht mit genügender Zerknirschung. Deshalb dürfe auch der *rekonzilierte* Pönitent beim eigenen oder fremden Gastmahl, wo er Gemüse oder Fische haben könne, kein Fleisch erhalten. Es solle dadurch verhütet werden, daß er durch Unmäßigkeit oder Trunksucht *wieder zur Sünde verleitet werde*, so daß die Buße nur wenig oder nichts nütze. Man sieht aus diesen Worten, daß man zwar ab und zu zu geben wußte, aber doch im ganzen die Forderungen, die praktisch wohl häufig nur ein frommer Wunsch blieben, doch hoch gespannt waren. Jedoch ist dabei nicht zu übersehen, daß es sich bei dieser Fastenvorschrift nach Cäsarius nicht um eine eigentliche Bußforderung, sondern um eine Prohibitivmaßregel handelt, um den Rückfall in die Sünde zu verhüten. Man sah ja auch, wo keine Fastenspeisen leicht zu haben waren, davon ab.

1) Hierauf deuten die Worte: cum melius sit manere intra quantulam cumque salutem humilitate mediocrum, quam ipsam salutem ex toto destrui violatione summorum; et tutius inveniatur cum honestate in matrimonio vivere, quam castitate mentita illicitis licita maculare.

2) Vgl. oben S. 9.

Bei diesen Voraussetzungen ist es begreiflich, daß man Jugendliche, wie die von Cäsarius geleitete Synode von Agde (c. 15) verfügte und schon die angeführte Antwort Leos I. zu erkennen gibt¹⁾, »nicht leicht wegen der Gebrechlichkeit ihres Alters«, da ja den Büßenden die Eingehung einer Ehe im Prinzip untersagt war, zur Buße zuließ, und daß ferner in Arles schon seit Mitte des 5. Jahrhunderts die Vorschrift der dortigen 2. Synode (c. 22) galt, wonach Verheiratete, die auf alle Fälle während der Buße enthaltsam sein mußten, nur mit Erlaubnis des anderen Teiles zur Buße zugelassen werden durften, und eine Pönitentin, die nach dem Tode ihres Mannes wieder heiratete oder sündhaften Umgang pflegte, samt den Mitschuldigen ausgeschlossen werden sollte. In diesem Zusammenhang ist auch auf c. 24 der dritten Synode von Orleans hinzuweisen, wonach jungen Leuten die benedictio poenitentiae überhaupt nicht und Eheleuten nur im vorgerückten Alter und mit gegenseitiger Zustimmung erteilt werden durfte; jedoch hat man hier offenbar, wie schon in den Ausführungen über die Konversen angedeutet wurde, mit einem Gelübde zu rechnen. Daß auch Cäsarius von Arles den Jugendlichen gegenüber Vorsicht übte, zeigt nicht bloß der erwähnte Kanon der Synode von Agde, der übrigens keineswegs ein Verbot ausspricht, sondern auch eine Äußerung im Sermo 256, wo er sich bereit erklärt, auch im letzten Augenblick dem ihn darum bittenden Kranken die Buße zu erteilen, »si est illi aetas, cui aut dari possit aut debeat²⁾».

Die Vorsicht, die in all diesen Bestimmungen zum Ausdruck kommt, war aber besonders noch durch einen andern Umstand bedingt, das war die *Unwiederholbarkeit der öffentlichen Buße*, die ihrerseits wieder durch sie ihre Bestätigung findet. Wir wissen, wie die Synode von Elvira (c. 7) darüber sich äußerte: »Si quis forte fidelis post lapsum moechiae, post tempora constituta, acta poenitentia, denuo fuerit fornicatus, placuit nec in finem habere eum communionem³⁾«. Am deutlichsten hat sich Ambrosius über die Einmaligkeit der Buße ausgesprochen, die er als »una poenitentia, quae tamen publice agitur charakterisiert⁴⁾. Bemerkenswert ist, daß gerade er mit Rücksicht auf diese Unwiederholbarkeit und die Gefahr des Rückfalls sagt⁵⁾: »Es ist besser zu warten,

1) Vgl. oben 79. — 2) M. 39, 2218. — 3) Über die Synode von Elvira vgl. meine Analekten S. 2 ff. — 4) De poenitentia II, 10, 94; Göller, Analekten S. 33. — 5) De poenitentia II, 11, 104. Frank 684.

wenn man die Bußwerke nicht ausüben kann, damit nicht während der Buße selbst etwas geschieht, was später wiederum der Buße bedürfte. Denn wenn sie einmal übernommen und nicht gut vollendet wurde, behält sie nicht nur nicht die Frucht der ersten, sondern benimmt auch noch den Gebrauch einer zweiten«. Man solle die Buße dann übernehmen, wenn die sündige Lust ihr Feuer verloren habe; also nicht, solange der Reiz der Sünde allzusehr den, der sich schwer verfehlt hat, beherrscht¹⁾. Diese Besorgnis wegen der Gefahr des Rückfalls bestand auch noch, wie wir gesehen haben, zur Zeit des Cäsarius von Arles und später und ist damit auch ein Beweis für die Fortdauer des Prinzips der Unwiederholbarkeit der (öffentlichen) Buße, das auch sonst von Cäsarius von Arles nicht direkt ausgesprochen, aber doch verschiedentlich angedeutet wird. Dabei ist aber nicht zu übersehen, daß dieses Prinzip inzwischen eine mildernde Modifikation insofern erfahren hatte, als nach dem schon erwähnten Schreiben des Papstes Siricius an Himerius, wie man die Stelle bis jetzt verstanden hat²⁾, den *Rückfälligen, da ihnen das Zufluchtsmittel der Buße nicht mehr offen stehe*, die Teilnahme an der Eucharistie versagt blieb, so daß sie nur, wie der Papst sagt³⁾, durch das Gebet innerhalb der Kirche sich mit den Gläubigen vereinigen und der Feier der heiligen Geheimnisse beiwohnen könnten, jedoch, da sie aus Gebrechlichkeit des Fleisches gefallen seien, mit der Wegzehrung, wenn sie die Reise zum Herrn anträten, durch die Gnade der Kommunion unterstützt werden dürften. Die Bedeutung dieses Erlasses wird allerdings abgeschwächt, wenn man ihn mit Galtier und Poschmann so versteht⁴⁾, daß es sich darin nur um solche handle, die sich durch an sich *nicht sündhafte Handlungen* gegen die Bußgesetze verfehlt hätten, »sei es durch Eintritt in den Militärdienst, sei es durch Wiederaufnahme des ehelichen Verkehrs oder durch Schließung einer neuen Ehe«. Allein diese Deutung unterliegt starken Bedenken. Denn abgesehen von dem darin ausgesprochenen Verbot neuer Ehen ist ja gar nicht die Rede vom *Eintritt* in den Militärdienst, sondern von der Rückkehr zu demselben; also von solchen,

1) »Didicimus ergo et agendam poenitentiam et eo agendum tempore, quo culpae defervescat luxuria.«

2) Vgl. Rauschen, Eucharistie u. Bußsakrament 203; Adam, K. Sündenverg. 155.

3) A. a. O. c. 5.

4) Abendl. Kirchenb. 60.

die ihn aufs neue anstrebten (*denuo appetivere*), die aufs neue schauspielerische Lustbarkeiten — so wird man wohl am besten »*ludicras voluptates*« wiedergeben — aufsuchten¹⁾. Und wenn von denen die Rede ist, die »*inhibitos denuo appetivere concubitus*«, so kann sich dies ebenso gut, wie auf einem ehelichen, auch auf einen sündhaften außerehelichen Verkehr, zu dem die Betroffenen zurückkehrten, beziehen. Dazu kommt, daß am Schlusse auch von Frauen die Rede ist, die sich auf die gleiche Weise *befleckt* hätten. Vollends aber darf man fragen: Sieht nicht Siricius selbst in diesen Handlungen schwere Vergehen, *die erneut der Buße bedurften*, wenn er sagt, daß das *Zufluchtsmittel der Buße ihnen nicht mehr offen stehe*²⁾? Besonders bemerkenswert ist in dieser Hinsicht, daß die dritte Synode von Toledo (589) das Abscheren der Haare der Männer und das Wechseln der

1) Vgl. dazu c. 20 der 2. Synode von Arles: *De agitatoribus sive theatricis, qui fideles sunt, placuit eos, quamdiu agunt, a communione separari.*

2) An den Erlaß des Papstes Siricius lehnen sich die S. 78 erwähnten gallischen Synoden an, aber in einer Form, die ihm einen anderen Sinn gibt. Das zeigt am besten eine Gegenüberstellung des Textes dieser Bestimmung und jener der Synode von Tours:

Siricius.

... qui *acta poenitentia* tamquam canes et sues ad vomitus pristinos et ad volutabra redeunt et militiae cingulum et *ludricas voluptates* et nova coniugia et inhibitos *denuo appetivere concubitus* ...

a dominicae autem mensae convivio segregentur, ut hac saltem districtione correpti et ipsi in se sua *errata* castigant et aliis *exemplum* tribuant.

Tours c. 8.

Si quis post *acceptam poenitentiam* sicut canis ad vomitum suum ita *ad saeculares illecebras derelicta, quam professus est, poenitentia* fuerit reversus ...

a communione ecclesiae vel a *convivio fidelium* extraneus habeatur, quo facilius et ipse compunctionem per hanc confusionem accipiat et alii eius terreantur *ex²⁾emplo*.

Die Unterschiede springen in die Augen und verraten bei Tours und den anderen Synoden eine bewußte Modifikation des Siricius'schen Erlasses. Immer heißt es nicht »*acta poenitentia*«, sondern »*accepta* (suscepta) *poenitentia*« oder »post acc. p.« (vgl. oben); »*derelicta poenitentia*« könnte nicht gesagt werden von einem Pönitenten, der schon rekonziliert ist, außer er hätte sich durch ein dauerndes Gelübde zur Pönitz verpflichtet; beachtenswert ist vor allem, daß in Tours (und von den anderen Synoden) nicht nur der Ausschluß von der Kommunion, sondern »*a convivio fidelium*«, in Elusa »*a limitibus ecclesiae vel convivio fidelium*« verfügt wird; das muß doch seinen Grund haben. In Orleans wird jedenfalls sicher mit dem Ausdruck »*religionem suae professionis obliiti*« die Verletzung eines Gelübdes angedeutet.

Kleider der Frauen deshalb für nötig hält, weil die Pönitenten leicht »ad lamentanda rursus facinora post acceptam poenitentiam« zurückfielen, und verlangt, daß diejenigen nach der Strenge der Canones zu bestrafen seien, »qui ad priora vitia vel infra poenitentiae tempus vel post reconciliationem relabuntur!«.

Aus all dem geht doch wohl hervor, daß Siricius nicht etwa nur in diesem Falle an eine Verletzung der Bußgesetze dachte, sondern an einen Rückfall in das alte sündige Leben, nachdem die Buße schon vollendet, also die Rekonziliation erfolgt war. Aber selbst wenn er nur jene im Auge gehabt hätte, so sah er doch auch darin ein schweres Vergehen und gab damit zugleich den Weg an, wie solche, die nach vollendeter Buße eine schwer sündhafte Tat nochmals verschuldeten, die an sich eine öffentliche Buße erforderte, zu behandeln seien. Es war ihnen hiernach nicht gestattet, noch ein zweites Mal (durch Handauflegung und Übernahme des Ciliciums) die Buße zu empfangen mit der Möglichkeit, nach einer bestimmten Zeit wieder aufgenommen und rekonziliert zu werden. Vielmehr durften sie zwar am Gottesdienst und den Gebeten der Gläubigen teilnehmen, waren aber, um für ihre Irrungen genugsutun und anderen ein (abschreckendes) Beispiel zu geben, während ihres ganzen Lebens von der eucharistischen Tischgemeinschaft, also vom Altare ausgeschlossen; erst in der letzten Stunde sollte ihnen erlaubt sein, die hl. Kommunion zu empfangen, was eine Rekonziliation voraussetzt. So wurde auf der einen Seite das Prinzip der Unwiederholbarkeit der Buße aufrecht erhalten, auf der anderen aber doch ein Weg gefunden, der die Aussöhnung in der Todesstunde ermöglichte und damit doch eine Milderung bedeutete. Keinem, der dem Tode nahe sei, sagt demgemäß auch die von Cäsarius geleitete Synode von Agde (c. 15) dürfe das Viaticum verweigert werden.

Jedoch trotz dieser in dem Schreiben des Papstes Siricius ausgesprochenen Milderung und der gekennzeichneten Versuche des Cäsarius, die Härten des Bußverfahrens abzuschleifen, sah sich der große Bischof infolge des Tiefstandes des sittlichen Lebens seiner Zeit und seiner Umgebung oft geradezu unüberwindlichen Schwierigkeiten gegenüber. Bitter klagt er in Sermo 288 darüber, daß seine jahrelangen Mahnungen nichts fruchteten¹⁾. Viele Verheiratete sündigten mit ihren Mägden und den Frauen und

1) c. 11 u. 12. — 2) M. 39, 2288 ff.

Töchtern anderer: »castitatem valde paucos servare velle cognoscimus«. Man müsse solche privatim, ein-, zwei-, dreimal zurechtweisen, und wenn dies nichts fruchte, den Verkehr und die Tischgemeinschaft mit ihnen aufgeben¹⁾ und sie den Priestern (sacerdotibus) anzeigen. Jedoch gäbe es Leute, die ihnen noch schmeichelten. Die Männer verlangten von ihren Frauen die Keuschheit, als ob Gott ihnen andere Gebote als den Männern gegeben habe. Manche sagten: »haec tam crudelia mala viris licere et feminis non licere«. Sie beachteten nicht, daß Männer und Frauen in gleicher Weise durch das Blut Christi erlöst und durch das Wasser der Taufe abgewaschen seien und gemeinsam zum Altare hinzutreten. Die Frau bestrafe man, wenn man sie bei der sündigen Tat ertappe; der Mann jedoch, der sich in der Kloake der Wollust wälze, werde noch von seinen Gesinnungsgenossen gelobt. Man mache sich lustig darüber, wer am meisten solches getan. Was könnten sich diejenigen versprechen, die öffentlichen oder geheimen Ehebruch begingen, wenn es schon sündhaft sei, die Frau außer zum Zweck der Nachkommenschaft zu erkennen? Cäsarius bringt hier wie an anderen Stellen den Standpunkt Augustins zum Ausdruck²⁾. Er schränkt aber seine strenge Forderung wieder etwas ein, wenn er sagt: »Considerate, quod qui uxoribus excepto desiderio filiorum utuntur, si assiduas eleemosynas non dederint, sine peccato esse non possunt³⁾«. Die Christen sollten doch ohnehin schon zu bestimmten Zeiten, wie in der Quadragesima, sich der Ehe enthalten⁴⁾. Denen aber, die heiraten wollen, legt er ans

1) »Vos qui Christo inspirante et fidem et charitatem fideliter custoditis, si quando aliquos tam sacrilega peccata committere cognoveritis et semel et secundo et tertio castigate; et si vos audire noluerint, *nec colloquium* cum eis habete nec ad *vestrum convivium* eos revocate nec *in illorum mensis cibum* cum eis sumite.«

2) Vgl. hierzu im einzelnen J. Peters, Die Ehe nach der Lehre des hl. Augustinus (Paderborn 1918) S. 12 ff., u. a. aus Sermo 51, 22: Caeterum, qui uxoris carnem amplius appetit, quam praescribit limes ille »liberorum procreandorum causa«, contra ipsas tabulas facit, quibus eam duxit uxorem. Recitantur tabulae et recitantur in conspectu omnium attestantium . . . Dazu Sermo 278 9 und 332, 4, wo die Unterschrift des Bischofs auf den tabulae nuptiales erwähnt ist: istis tabulis subscripsit episcopus«. Über diese tabulae, von denen auch Tertullian spricht, vgl. ebenda 13 f.

3) Ebenda 2290.

4) Vgl. Sermo 292, 3 f. (M. 39, 2298): »Quoties ad ecclesiam in qualibet solemnitate venitis et sacramenta Christi percipere volueritis, ante dies plures castitatem servate; ut cum secunda conscientia ad altare Dei possitis accedere.

Herz, bis zur Hochzeit die Keuschheit zu bewahren. Leider muß er aber gestehen, daß viele sich Konkubinen hielten, bevor sie sich verheirateten, und da es, fährt er in Sermo 288 sehr bezeichnend fort¹⁾, eine große Menge solcher gebe, könne der Bischof sie nicht exkommunizieren; er ertrage sie vielmehr mit Seufzen und Stöhnen und warte ab, ob vielleicht der gütige Gott ihnen eine fruchtbare Buße gewähre, durch die sie Verzeihung erlangen könnten. Um davor abzuschrecken, weist er auf die bürgerlichen Folgen hin. Kinder aus einem solchen Verhältnis seien nicht Freie, sondern Sklaven. Das sei eine Herabwürdigung des edlen Blutes: »Nam in tantum grave peccatum est, ut in civitate Romana qui voluerit uxorem ducere, si se virginem non esse cognoscit, ad accipiendam benedictionem nuptialem venire penitus non praesumat«. Die gleichen Gedankengänge finden sich auch in Sermo 289. Auch hier wendet er sich gegen die Konkubinarier und bringt in gleicher Weise seine Ratlosigkeit zum Ausdruck, wenn er auf die Frage, warum solche von der Kommunion nicht ausgeschlossen würden, sagt²⁾: »Ideo enim tantum scelus a sacerdotibus minime vindicatur, quia a multis admittitur. Si enim unus aut duo aut quatuor vel quinque mala ista facere praesumerent, poterant et *debebant* non solum a *communione* suspendi, sed etiam a *colloquio et convivio* christiani populi separari . . .«. Ein furchtbares Bekenntnis, das die ganze Trostlosigkeit dieser entsetzlichen Zustände kennzeichnet, denen man mit verschränkten Armen gegenüber stand in der Hoffnung, daß die guten Priester (*boni sacerdotes*), die täten, was sie könnten, und unaufhörlich beteten und weinten, auch diese Sünder noch zur Buße zu bewegen vermöchten³⁾. Halten wir dagegen

Quam rem etiam per totam quadragesimam et usque ad clausulam paschae, fideliter custodite, ut vos solemnitas paschalis castos et puros inveniat. Qui enim bonus christianus est, non solum ante dies plures, quam communicet, castitatem servat, sed et uxorem suam excepto desiderio filiorum non agnoscit, quia uxor non propter libidinem, sed propter filiorum procreationem accipitur. Denique et ipsae tabulae matrimoniales hoc continent: Liberorum inquit procreandorum. Videte quia non dixit: libidinis causa, sed liberorum procreandorum«. Zwar sei es kein crimen capitale, aber man müsse sich hüten, die kleinen Sünden zu häufen.

1) 288, 5 (M. 39, 2290).

2) M. 39, 2293.

3) Am Schluß sagt er von diesen nachlässigen Sündern: Sed credimus de Domini misericordia, quod ita negligentibus quibusque inspirare dignabitur,

die geschilderte Strenge des Bußverfahrens und die Vorschrift der Synode von Agde (c. 18), daß die Laien an Weihnachten, Ostern und Pfingsten kommunizieren sollten, so tut sich uns eine gähnende Kluft zwischen dem Ideal und der Wirklichkeit auf. Bringt man auch in Anschlag, daß Predigten als geschichtliche Quelle mit Vorsicht zu benützen sind, weil sie zu Übertreibungen neigen und gerne die Zustände in ungünstigem Lichte zeigen, stellt man ferner auch in Rechnung, daß Cäsarius vor allem die Männerwelt im Auge hat, die, wie er selbst sagt, wünschten, daß ihre Frauen sittlich intakt seien, und daß er oft auch wieder von den Guten spricht, hält man dazu, daß unter gewissen Voraussetzungen die Übernahme der Buße nicht gestattet war, so wird man doch aus dem Gesagten schließen müssen, daß zwar die Buße nicht illusorisch war, und es noch immer wie schon zur Zeit Augustins eine nicht unerhebliche Anzahl von Pönitenten besonders auch unter den Frauen geben mochte, zumal Cäsarius immer wieder mahnt, sofort (cito) Buße zu tun und sie nicht bis ins Greisenalter zu verschieben, aber man gewinnt doch den Eindruck, daß die Zahl derer, die sich ihr nicht unterzogen und ihr bis zur letzten Stunde aus dem Wege gingen, sehr groß war. Um so größere Bedeutung gewann bei diesen Zuständen die Krankenbuße. Was sagt Cäsarius darüber?

* * *

Der Krankenbuße, der Pönitenz angesichts des Todes hat Cäsarius von Arles wiederholt seine Aufmerksamkeit zugewandt. Sie bildete seit langem den Gegenstand eingehender Erörterung. Beachtenswert ist besonders, daß es vor allem, wie wir feststellen konnten, Bedenken und Mißstände im Bußwesen gallischer Kirchen waren, die zu Anfragen beim päpstlichen Stuhl und zu Erörterungen auf einzelnen Konzilien führten; dazu kamen die Auseinandersetzungen in der theologischen Literatur. Die so aufgeworfenen Fragenkomplexe wurden schon früher verschiedentlich besprochen; zuletzt haben sich Tixeront und Poschmann eingehend damit beschäftigt. Wir haben gesehen, welch große Bedeutung man in der altkirchlichen Bußpraxis auf den Ausgleich

ut sibi magis vel peccatis suis quam medicamentis sacerdotalibus irascantur; et quomodo aegrotantes a carnalibus medicis requirunt sanitatem corporum, sic a spiritualibus medicamenta desiderant animarum.« Er hofft also wohl, daß sie wenigstens am Ende noch sich bessern.

der sündhaften Handlungen durch entsprechende Bußleistungen und gute Werke legte, und wie stark dieser Gedanke auf gallischem Boden sich nicht bloß verwurzelte, sondern auch weiter um sich griff und in Theorie und Praxis zu einer sehr einseitigen Betonung des äußeren Werkes führte, so daß bei einzelnen Autoren in den Erörterungen hierüber die Bedeutung der kirchlichen Jurisdiktion in den Hintergrund trat, wenn sie auch damit faktisch nicht ausgeschaltet wurde. Diese subjektive Auffassung, die den Schwerpunkt im Bekehrungswerk auf die persönliche Leistung legt, wurde ohne Zweifel gefördert, wenn auch nicht allein bedingt durch das südgallische Mönchtum und dessen semipelagianisierende Richtung. Wenn man dies mit Recht betont hat¹⁾, so ist dabei doch nicht zu übersehen, daß Cäsarius, der gelegentlich die Hirtengewalt hervorhebt, nicht im Bannkreis jener Richtung stand und auch nicht alle semipelagianischen Theologen, so Gennadius, diese Anschauung in der Bußpraxis vertraten. Daß man die Buße nicht aufschieben, sondern zur rechten Zeit sich ihr unterwerfen solle, wurde von jeher gefordert. Schon Cyprian erklärte: Es mögen die einzelnen ihr Vergehen bekennen, solange der, welcher gesündigt hat, noch in der Welt ist, solange ein Bekenntnis noch angenommen werden kann, solange die Satisfaktion und die Lossprechung durch die Priester dem Herrn genehm ist²⁾. Ambrosius hat dieser Frage ein eigenes Kapitel gewidmet³⁾. Aber bei der Strenge des Bußverfahrens schoben viele immer wieder die Buße hinaus.

Wie wir bereits aus den Dekretalen Innocenz'I und Cölestins I feststellen konnten, drängten die Päpste seit langem auf eine mildere Behandlung derer, die in der Krankheit nach der Buße verlangten⁴⁾. Cölestin schärfte an der angeführten Stelle den

1) Vgl. Poschmann, Abendl. Kirchenb. 88 u. 104 f. u. 111 ff.

2) De lapsis c. 29.

3) De poen. II, 71.

4) Vgl. oben S. 7. Cölestin spricht sich gegen die Verweigerung der Buße für die Sterbenden sehr scharf aus, wenn er sagt, daß er zurückschaudere, daß jemand gottlos an der Güte Gottes zweifle, als ob es ihm nicht möglich wäre, demjenigen zu helfen, der zu irgend einer Zeit seine Zuflucht zu ihm nehme, und ihn von dem Gewicht, dessen er entledigt sein möchte, zu befreien; das hieße die Seele durch den falschen Glauben, daß sie nicht losgesprochen werden könne, morden. — Ist eigentlich hiermit das Prinzip der Unwiederholbarkeit zu vereinbaren?

Bischöfen der Provinzen Narbonne und Vienne, wo man offenbar strenger gegen sie verfuhr, ein, daß die Buße dem, der darum bitte, zu keiner Zeit, besonders nicht in der Todesstunde verweigert werden dürfe, da die wahre Bekehrung nach der Gesinnung, nicht nach der Zeit zu schätzen sei. Dem entsprach auch, daß man, wie die erste Synode von Vaison (442 c. 2) bestimmte, denjenigen das Opfer und die Suffragien nicht versagte, die zwar die Buße übernommen und ein gutes Leben in reuiger Genugtuung geführt hatten, aber bevor sie die Kommunion empfangen, unvermutet starben¹⁾. Einen strengeren Standpunkt scheint im letzteren Falle Leo I. eingenommen zu haben, da er in seinem schon erwähnten Schreiben an den Bischof von Narbonne auf die Frage, wie es mit denen zu halten sei, die erst im Erlöschen (*iam deficientes*) die Buße empfangen, aber ohne Kommunion starben, erklärte, daß man deren Sache dem Urteil Gottes überlassen müsse und mit denjenigen im Tode keine Gemeinschaft haben könne, mit denen man sie im Leben nicht gehabt habe; ferner wenn er an den Bischof von Forojulium (Fréjus) schrieb, daß derjenige, der durch irgend ein Hindernis um das Geschenk der gegenwärtigen Verzeihung gekommen und, ohne die angeordneten Heilmittel erlangt zu haben, gestorben sei, als Verstorbener nicht mehr das erlangen könne, was er im Leben nicht empfangen habe²⁾. Allein im ersteren Fall ist nicht zu übersehen, daß er zum Unterschied von Vaison solche im Auge hatte, die überhaupt erst im letzten Augenblick die Buße empfangen und so durch ihre eigene Schuld der Kommunion verlustig gingen; im letzteren aber erscheint es nicht als ausgemacht, ob der Papst dabei die Verweigerung der Suffragien intendierte. Jedenfalls waren es im übrigen gerade die Bestimmungen Leos, die auf weitestes Entgegenkommen den Kranken gegenüber drängten und auch später nachwirkten.

Nicht lange zuvor nämlich hatte Leo in dem Schreiben an den Bischof Theodor ganz im Sinne Cölestins I. gesagt³⁾, daß

1) Im einzelnen vgl. zu dieser Frage, die hier nicht näher behandelt werden soll, Frank S. 911 ff., Poschmann S. 106 ff. Außer der 1. Synode von Vaison sprechen sich auch die 2. Synode von Arles, c. 12 u. c. 79 der *Statuta eccl. antiqua* dafür aus, daß für Pönitenten, die unvermutet starben, geopfert und gebetet bzw. die Suffragien ihnen zugewandt werden durften.

2) C. 3 (M. 54, 1012).

3) C. 2 (M. 54, 1011).

dem, der zur Zeit der Not und Gefahr um das Hilfsmittel (praesidium) der Pönitenz und Rekonziliation nachsuche, weder die Buße noch die Genugtuung versagt werden dürfe; er solle auch dann die Buße und Wiederversöhnung erhalten, wenn er nicht mehr sprechen, aber durch Zeichen sein Verlangen darnach kundgeben könnte; ja selbst dann, wenn er in Gegenwart des Priesters kein Zeichen mehr zu geben vermöchte, aber die Zeugnisse der umstehenden Gläubigen für ihn sprächen. So nachsichtig jedoch Leo hier war, so mahnte er doch eindringlich, die Buße nicht bis zum Ende zu verschieben und sich nicht auf die ungewisse Zeit weniger Stunden zu vertrösten, wo kaum Raum zu finden sei weder für das Bekenntnis des Pönitenten noch die Rekonziliation des Priesters. Spricht Leo hier von dem sacerdos, also dem Bischof, so wird in einer verwandten Anfrage des Bischofs Rusticus von Narbonne *der Presbyter* als Spender der Krankenbuße erwähnt¹⁾; der Bischof wollte wissen, wie es mit solchen zu halten sei, die vom Schmerz überwältigt, um die Buße nachgesucht hätten, sie aber, nachdem der Schmerz nachgelassen, nicht mehr akzeptieren wollten, wenn der Presbyter komme, worauf Leo mit der Begründung, daß solche nicht aus Verachtung des Heilmittels, sondern aus Furcht, noch schwerer zu sündigen, dies taten, die Antwort gab: »Unde poenitentia quae dilata est, cum studiosius petita fuerit, non negetur«.

Trotz der klaren und unzweideutigen Aussprüche der Päpste und Synoden, wonach die Buße den Sterbenden nicht verweigert werden dürfe, kam die Frage auch in der folgenden Zeit nicht zur Ruhe. Der Streit flammte erst recht wieder auf, als der hochangesehene Bischof Faustus von Reji auf die Anfrage eines gewissen Paulinus, ob die in der Klemme der letzten Not empfangene plötzliche Buße die kapitalen Verfehlungen hinwegnehmen könne, eine ablehnende Antwort gab mit der Bemerkung: »advertis, quod huiusmodi medicina sicut ore poscenda, ita opere consummanda est«, und erklärte, es scheine eine Verhöhnung Gottes zu sein, daß derjenige, der zur Zeit, wo er konnte, nicht zum Arzte gehen wollte, nun, wo er nicht mehr könne, dies zu wollen beginne²⁾. Dieser Auffassung pflichtete jedoch, wie schon

1) Inqu. 9 (M. 54, 1206). Nach c. 12 der Synode von Orange (441) darf derjenige zur Buße zugelassen werden, der plötzlich stumm wird, sofern er seinen Wunsch durch Zeichen kundgeben kann. Vgl. unten 94.

2) Ep. 5 in: C. S. L. 21, ed. Engelbrecht, S. 184; vgl. Poschmann 111 f.

erwähnt, ein anderer Semipelagianer, Gennadius von Marseille, nicht bei¹⁾, insbesondere bekämpfte sie Bischof Avitus von Vienne, der aber doch vor übereilter Erteilung der Buße warnte²⁾. Aber auch Cäsarius von Arles nahm dazu Stellung. Es ist interessant seine Auffassung zu hören, die er eingehend in Sermo 256 kundgibt³⁾.

Viele, führt er aus, seien besorgt, ob jeder Kranke, wenn er die Pönitenz empfangen, aber plötzlich sterbe, die volle Verzeihung erlangen könne; und indem sie darüber nachforschten, gerieten sie nicht ohne Leidenschaft unter sich in Streit. Denn die einen sagten, daß derjenige, der die Buße empfangen habe, völlig (von seinen Sünden) befreit werde, andere aber behaupteten, daß sie wenig nütze. Was jedoch gemäß den Regeln der heiligen Väter nach seiner Ansicht davon zu halten sei, das wolle er nun kurz zur Sprache bringen.

Auf dreifache Weise könne man zu dieser plötzlichen Pönitenz gelangen. Der erste Modus sei der, daß ein Christ keine Kapitalvergehen sich zuschulden kommen lasse, oder, wenn dies vielleicht geschehen, so für sie büße und sie durch gute Werke entkräfte (*diluat*), daß er nachher zur Sünde nicht mehr zurückkehre; daß er ferner von allen Früchten den Zehnten gebe und von den neun Teilen durch das, was von dem für die eigenen Bedürfnisse Erforderlichen übrig bleibe, die täglich unterlaufenden kleinen Sünden ablöse (*peccata minuta redimat*) und jene Liebe

1) De eccl. dogm. (M. 58, 998): »*Poenitentia aboleri peccata indubitanter credimus, etiamsi in ultimo vitae spiritu admissorum poeniteat et publica lamentatione peccata prodantur . . .*«; vgl. oben und Poschmann S. 114.

2) Ep. IV ed. Peiper (MG. Auct. ant. 6, 2) S. 30 . . . d. Gundobado regi: *paenitentiam, quam proprie momentaneam nominastis, id est in aegritudine quasi sub momento mortis acceptam nihil aut nulli prodesse, adversa veritati et admodum cruda definitio est.*« Er begründet das im einzelnen, warnt aber wegen der Gefahr des Rückfalls vor übereilter Erteilung: »*Unde contraxit consuetudo sermonis, ut donec quisque nostrum votum compleat, voti reus dicatur. Quocirca fateor in necessitate positus non sine metu dari debere paenitentiam; quos si absque capitalibus culpis in usu coniugalibus copulae dies suprema reperiatur, utpote rem licitam praesumentes nec damnatione dignos putamus nec sacrificio commemorationis excludimus. E contra si professam compunctionem saeculo retrahente vacuaverint, quasi iam apostatas, id est ab standi firmitate deciduos necesse est a communione suspendi, cum . . . tutius inveniat cum honestate in matrimonio vivere, quam castitate mentita illicitis icita maculare.*« Vgl. oben und Poschmann 103.

3) M. 39, 2217 ff.

übe, die nicht bloß die Freunde, sondern auch selbst die Feinde umfasse. Wer das getreu erfüllen wolle (*voluerit*), werde, auch wenn er die Buße nicht empfangen, da er immer sie fruchtbar und treu geübt habe (*egit*), *wohl* von ihnen scheiden (*bene hinc exiet*); und wenn er sie in der Todesstunde empfangen und Christus an seinem Vermögen Anteil gewähre, werde er nicht nur, wie er glaube, Verzeihung der Sünden, sondern auch ewigen Lohn erhalten. Wenn Cäsarius hier auch den Fall mit einbezieht, daß jemand vielleicht schwere Vergehen sich hat zuschulden kommen lassen, jedoch dabei voraussetzt, daß er »*sic pro illis poeniteat et ea bonis operibus diluat, ut postea ad peccata ipsa non redeat*«, so würde man zuviel in diese Worte hineinlegen, wollte man auch hierin mit Tixeront ein Zeugnis für eine (kirchlich geleitete) Privatbuße erblicken; ebenso würde man, wie schon dargelegt wurde, mit Cäsarius' grundlegenden Ausführungen über die Notwendigkeit der Kirchenbuße in Widerspruch geraten, wollte man daraus den Schluß ziehen, daß es an sich genüge, auch die Kapitalvergehen durch rein private Büssungen zu sühnen. Vielmehr wird er den Fall im Auge gehabt haben, daß jemand zwar seine schweren Sünden aufgab, sie bereute und privatim für sie büßte, aber bevor er noch dazu kam, die kirchliche Instanz um die Buße zu bitten, was immer einen schweren Entschluß bedeutete, vom Tode überrascht wurde¹⁾.

Der zweite Modus der besagten Pönitenz sei der, daß jemand nicht nur kleine, sondern auch kapitale Sünden begehe, jedoch dieses Böse nicht vermessenlich in der Hoffnung auf die Buße tue und sich nicht auf die plötzliche Buße vertröste, wenn er ferner bei seinem Abscheiden mit großer Demut und Zerknirschung des Herzens, mit Klagen und Seufzen (*rugitu vel gemitu*) um diese Buße bitte, in seinem Innern ganz bestimmt beschlossen habe, im Falle der Genesung sein ganzes Leben hindurch aus ganzem Herzen und mit vollen Kräften (erfolgreiche) Buße zu tun, unrechtes Gut zurückerstatte, seinen Feinden verzeihe, sein Vermögen zwischen Christus und sich mit seinen Söhnen teile,

1) Oder sollte man nicht doch mit der Möglichkeit rechnen, daß der Bischof einen Sterbenden im Auge hatte, der schon einmal Kirchenbuße getan, sie aber im letzten Augenblick, wo, wie er sonst sagt, alle (auch nicht Kapital-sünder) darnach verlangten und, wie die Synode von Agde fordert, allen (*omnibus in morte positis*) das Viaticum gereicht werden mußte, nicht nochmals empfangen konnte, was allerdings eine Durchbrechung des Einmaligkeitsprinzips bedeuten würde und deshalb unwahrscheinlich ist?

während seiner Krankheit selbst, so gut er könne, reichliche Almosenspenden verordne, — wenn er das getreu, und demütigen und reuigen Herzens erfüllen wolle, dann könne er (Cäsar.) glauben, daß Gott sich herablasse, ihm seine Sünden zu verzeihen. Der dritte Modus scheine einigen derjenige zu sein, daß einer, der immer schlecht lebe, sich auf die Buße am Ende des Lebens vertröste (*se reservet*) und in der Hoffnung sündige, daß ihm durch diese letzte plötzliche Buße alle Sünden verziehen würden, der aber, nachdem er sie erhalten, das Geraubte nicht restituieren, den Feinden nicht von ganzem Herzen verzeihe, nicht in seinem Innern sich entschließe, im Falle der Genesung mit Zerknirschung und Demut Buße zu tun, und nicht für den Loskauf der Sünden sein Vermögen zwischen Christus und sich mit seinen Söhnen teile. Was mit dem geschehen werde, der nach empfangener Buße ohne all diese Heilmittel aus diesem Leben scheide, das habe, obwohl er schwanke, es zu sagen, der Herr im Evangelium ganz bestimmt ausgesprochen mit den Worten: »*Si non dimiseritis hominibus peccata eorum, nec pater dimittet vobis peccata vestra*« (Matth. 6, 15), ferner: »*Date et dabitur vobis, dimittite et dimittetur vobis . . .*« Wer so sei, fährt Cäsarius fort, dem könne er zwar, *wenn er von ihm* die Buße erbäte und in einem Alter sei, in dem sie erteilt werden könne oder dürfe, wohl die Pönitenz, jedoch keine volle Sicherheit geben. Gott jedoch, der die Gewissen kenne, und über jeden nach seinem Verdienst richte, wisse, mit welchem Glauben und welcher Intention er die Buße empfangen habe. Er aber befürchte, daß ein solcher Pönitent in seinem Bewußtsein nicht besitze, was er nicht durch Werke nach außen zeige. Heiße es doch: An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen.

Daher ermahnt Cäsarius im letzten Teile dieser Predigt seine Zuhörer, an jene Buße zu denken, die von allen guten Christen geübt würde, jene Buße also, »*per quam omnia et capitalia crimina damnantur et minora peccata iugiter redimuntur*« . . . Wie viele, die geglaubt hätten, daß sie die Buße im letzten Augenblick ihres Lebens empfangen würden, seien durch einen Unfall, durch Schiffbruch, durch einen Blitzstrahl, durch einen Schlaganfall (*sanguinis ictu*) oder die Krankheit, die man Apoplexie nenne, so überrascht worden, daß sie nicht nur nicht um die Pönitenz bitten, sondern sich auch nicht bekreuzen (*se signare*) oder das Vaterunser beten konnten. Daher solle man allem Bösen aus dem Wege gehen, fremdes Gut nicht begehren, die Kapitalsünden nicht zulassen und die kleinen Sünden, ohne die wir nicht sein

könnten, durch gute Werke — die im einzelnen wieder aufgezählt werden — tilgen. »Si nos tam sanctis operibus dies transitus nostri fideliter occupatos invenerit, sicut iam dixi, etiamsi in hora mortis nostrae poenitentiam non accipiamus, securi de hac luce migrabimus et non solum poenam evadere, sed etiam ad aeternam vitam poterimus Domino donante feliciter pervenire«.

Die gleichen Gedanken kehren auch in der folgenden Predigt (S. 257) wieder¹⁾, wo Cäsarius der Ausflucht dessen begegnet, der sagt: Wenn ich alt geworden bin, werde ich meine Zuflucht zu den Heilmitteln der Pönitenz nehmen. Wiederum mahnt er unter Hinweis auf die Möglichkeit eines plötzlichen Todes, es nicht auf den letzten Augenblick ankommen zu lassen, und, wenn man sich auch keiner schweren Vergehen schuldig mache, zu erwägen, wie sehr auch all die kleinen Sünden (peccata minuta), wenn sie zusammengenommen würden, den Menschen belasteten, so daß er nicht wisse, welche Fülle guter Werke sie aufwiegen könne. Er läßt nun ein Verzeichnis solcher Sünden folgen, das, wie wir noch sehen werden, verschiedentlich den deutschen und lateinischen Beichtspiegeln der Karolingerzeit zugrunde gelegt wurde²⁾. Zwar will er nicht sagen, daß jene Pönitenz im letzten Augenblick nichts nützen könne, — sie nütze, wenn man damit reichliche Almosenspenden verbinde, den Feinden verzeihe, das Unrecht wieder gutmache und sich vornehme, im Falle der Genesung cum rugitu et gemitu Buße zu tun —, aber er kenne doch viele, die oft gesagt hätten, daß sie sich von ganzem Herzen nach der Buße sehnten, aber dann, da sie nicht sofort sie geübt hätten, ohne dieses Heilmittel aus dieser Welt geschieden seien. Daher nochmals die Mahnung: »crimina vel peccata maiora cum gemitibus et suspiriis, quamdiu vivimus, lugeamus; et illa minuta delicta vel quae ante fecimus vel quae indesinenter admittimus, assiduis orationibus et largioribus eleemosynis redimamus . . . Qui enim pro peccatis sibi ipsi non parcit, Deus cito illi indulgentiam retribuit; et qui se ipsum modo a communione pro reatu suspendit, ab illo altari, quod est in coelo, removeri non poterit«.

Aus diesen beiden Predigten des Bischofs von Arles geht deutlich hervor, daß er keineswegs ein Anhänger jener theologischen Richtung war, die den Kranken im letzten Augenblick die Buße verweigert wissen wollten, sondern ihre Nützlichkeit anerkannte und sogar bereit war, sie auch demjenigen auf seine

1) M. 39, 2219 f. — 2) Vgl. unten 109.

Bitten hin zu spenden (dare), der ein schlechtes Leben geführt und sich stets bei all seinen Vergehen auf diese letzte »plötzliche Buße« vertröstet hatte. Er knüpfte daran bestimmte Bedingungen, die wieder klar erkennen lassen, wie stark auch er, hier an Salvian erinnernd, die äußere Bußleistung und Übung guter Werke bei der Bekehrung betont. Wichtig ist dann ferner, daß er von dem Kranken nicht bloß verlangt, zerknirschten Herzens um die Buße zu bitten, sondern auch im Falle der Genesung sein Leben hindurch von ganzem Herzen Buße zu tun. Auffallen muß, daß er zwar an anderer Stelle die Enthaltung von Fleischspeisen auch nach der Rekonziliation noch aufrecht erhalten wissen will, im übrigen aber sich nicht näher, auch nicht auf den von ihm geleiteten Konzilien über die Verpflichtungen, die sich aus der Krankenbuße vor allem für die Genesenden ergaben, ausspricht, so daß wir hier davon absehen können, auf die damit verbundenen, in einen größeren Zusammenhang hineinzustellenden Probleme einzugehen¹⁾. Hervorgehoben sei nur, daß der 13. Kanon des Konzils von Nizäa die Grundlage für die entsprechenden gallischen Verordnungen bildete, wonach den Sterbenden das Viaticum nicht verweigert werden konnte, und sie, falls sie am Leben blieben, wieder unter diejenigen Büsser eingereiht werden sollten, die nur am Gebete teilnehmen durften. Nach den der Zeit des Cäsarius nahestehenden *Statuta ecclesiae antiqua* (c. 76) sollten auch diejenigen, die im letzten Augenblick, da sie nicht mehr sprechen konnten, auf das Zeugnis der Umstehenden durch Handauflegung die Rekonziliation und die Eucharistie erhalten hatten, den Pönitzengesetzen nach ihrer Genesung solange unterstellt werden, als der Sacerdos es für gut finde. Bezüglich sterbender Pönitenten, die die Buße schon empfangen hatten, aber noch nicht rekonziliert waren, verfügte die Synode von Orange (441, c. 3), daß ihnen ohne rekonziliatorische Handauflegung die Kommunion bzw. das Viaticum gereicht werden solle. Würden sie aber am Leben bleiben, dann sollten sie in der Reihe der Pönitenten stehen und, nachdem sie würdige Früchte der Buße gezeigt hätten, die *communio legitima* mit rekonziliatorischer Handauflegung erhalten. Wie dies zu verstehen ist, hat zuletzt Poschmann unter Hinweis auf die *Statuta ecclesiae antiqua* c. 76—78 darzulegen versucht. Hier wird, wie schon von Leo I., betont, daß den Sterbenden die

1) Vgl. dazu *Frank* S. 733 ff.; *Poschmann* Abendl. Kirchenbuße S. 107 ff. Ich hoffe an anderer Stelle darauf zurückzukommen.

Rekonziliation (per manus impositionem) erteilt und dann die Kommunion gereicht werden solle. Dementsprechend erklärte auch die 11. Synode von Toledo (675, c. 12): »Qui poenitentiam in mortis agit periculo, non diu sine reconciliationis gratia referendus est; sed . . . poenitentia per manus impositionem accepta statim ei reconciliatio adhibenda est«. Es wird aber in den Statuta ferner noch gesagt (c. 78), Pönitenten, die in der Krankheit das Viaticum der Eucharistie empfangen hätten, »non se credant absolutos sine manus impositione, si supervixerint«, was an die erwähnte Bestimmung von Orange — placuit sine reconciliatoria manus impositione eis communicari — anklängt. Wenn also auf der einen Seite immer wieder betont wird, daß die Sterbenden, (selbst wenn sie nicht mehr sprechen könnten oder gar bewußtlos seien), die Rekonziliation (mit Handauflegung) und die Kommunion empfangen sollten, anderseits aber wieder gesagt wird, daß das Viaticum »sine reconciliatoria manus impositione« genüge und diejenigen, die es empfangen hätten, im Falle der Genesung nicht glauben sollten, sie seien ohne Handauflegung absolviert, so ergibt sich hier ein Widerspruch. Dieser besteht aber nur scheinbar, wie Poschmann¹⁾ wohl richtig geurteilt hat, indem er sagt, daß, auch wenn nur vom Empfang des Viaticums die Rede sei, die Absolution vorher erteilt und auch die mit der Wegzehrung verbundene Handauflegung als Rekonziliation bezeichnet werde, die aber geringeren Grades sei und noch nicht die Bedeutung der endgültigen Rekonziliation, der »reconciliatio absolutissima«, wie die Synode von Vaison (442 c.2) sagt, habe. Erst wenn im Falle der Wiedergenesung auch die erforderlichen Bußleistungen verrichtet waren, konnte der Pönitent die abschließende Rekonziliation und die »communio legitima« erhalten.

IV.

Das Sündenbekenntnis bei Cäsarius von Arles.

In den bisher besprochenen Predigten und Äußerungen des hl. Cäsarius war die Rede von der Buße der Pönitenten in ihren verschiedenen Formen. Wir haben aber dabei nur wenig von dem Priester und nichts von dem Bekenntnis der Sünde oder der Beicht gehört. Wie steht es damit? Was den ersten Punkt betrifft, so liegt es klar auf der Hand, daß, wo von der Bitte um die Buße (p. petere), von ihrer Erteilung (p. dare)

1) S. 108 ff. Völlig befriedigt diese Lösung nicht.

und Entgegennahme (p. accipere) die Rede ist, doch auch eine Instanz da sein mußte, die die Bitte entgegennahm und die Pönitenz erteilte, wie denn auch deutlich kurz nach Cäsarius von Arles die Synode von Barcelona (540) im 8. Kanon verfügte: »De his, qui in infirmitatibus *poscunt poenitentiam et a sacerdote accipiunt*, si postea convaluerint, vitam poenitentium peragant, excepta manus impositione, segregati a communione, quamdiu probabilem *sacerdos* eorum approbaverit vitam«. Und wenn Cäsarius die Rekonziliation erwähnt, so mußte er doch auch jemand im Auge haben, der sie vornahm. Dies kommt in einer pseudoaugustinischen, vielleicht von Cäsarius doch herrührenden, jedenfalls von seiner Gedankenwelt und seinen Wortschatz auf bußgeschichtlichem Gebiete zehrenden Exhortatio ad poenitentiam¹⁾, wo demjenigen, der wahrhaft Buße getan und von dem Bande gelöst ist, das ihn umstrickte und vom Leibe Christi trennte, wenn er nach der Rekonziliation stirbt, das ewige Leben verheißen wird, durch die Aufforderung zum Ausdruck: »Age poenitentiam, dum sanus es . . . *Concurre omnino ad sacerdotem, ut reconcilieris*. Si sic agis, securus es, eo quod accepisti poenitentiam eodem tempore, quando peccare potuisti«. Das tritt auch bei Gennadius deutlich hervor, wenn er den, der schwer sündigte, ermahnt²⁾, durch die öffentliche Buße Genugtuung zu leisten »et ita *sacerdotis iudicio* reconciliatum communioni sociari«, eine Ausdrucksweise, die an ein ähnliches Wort Innocenz' I erinnert³⁾. Cäsarius hat selbst einmal, wie wir gehört haben⁴⁾, von einem Pönitenten gesprochen, dem er, wenn er ihn bitte, die Buße erteilen könne. Welche Aufgabe er dem Bischof bzw. Priester als Bußprediger und Arzt zuschreibt, wurde bereits eingangs auseinandergesetzt. Hier sei noch hingewiesen auf die Schlußworte seiner Predigt gegen die Ehebrecher und Konkubinarier in Sermo 289⁵⁾, wo er Gott bittet, er möge ihnen eingeben: »ut sibi magis vel peccatis suis quam *medicamentis sacerdotalibus* irascantur et quomodo aegrotantes a carnalibus medicis requirunt sanitatem corporum, sic *a spiritualibus (medicis)* medicamenta desiderent animarum«. Dem entspricht, wenn er an anderer Stelle sagt⁶⁾: quotiescumque peccaverimus . . . , continuo *ad spiritualem medicum recurrentes* salutem recipere festinemus, und auf das »consilium sacerdotis«, wovon auch spätere Autoren sprechen,

1) M. 67, 1081 (hom. 18). — 2) Oben 20. — 3) Vgl. oben 7. — 4) Vgl. oben 60. — 5) M. 39, 2294. — 6) Sermo 29 (M. 39, 1803).

hinweist, indem er die ewige Strafe in den Vordergrund rückt¹⁾: »Quantum tunc unusquisque puniendus optabit, ne umquam mulierem alienam concupisset, ne umquam corporis sui vestem, ne unquam baptismi holosericam maculasset, *ne unquam praeterisset consilia et monita sacerdotum*«.

Wenn vom Sacerdos in dieser Zeit die Rede ist, so ist damit der Priester im eminenten Sinn, der Bischof, gemeint. Er war in erster Linie zuständig für die Erteilung der Buße und Rekonziliation, wie in zahlreichen Quellenstellen der vorausgehenden Zeit immer wiederholt wird; in seinem Auftrag, wenn er verhindert war, und im Notfall konnten nach Kanon 30 des Konzils von Hippo auch die Presbyter sie erteilen, letztere besonders bei der Krankenbuße, doch durften sie nach Kanon 3 der Synode von Karthago (385) »publica missa« niemanden rekonzilieren und die Pönitenten nach Kanon 44 von Agde (506) in der Kirche nicht segnen. Daß sie in Gallien speziell bei der Krankenbuße im 5. Jahrhundert herangezogen wurden, ergibt sich aus einer Anfrage des Bischofs Rustikus von Narbonne an den Papst Leo I.: »De his, qui dolore nimio perurgente rogant dari sibi poenitentiam et cum venerit *presbyter* daturus, quod petebant ..., excusant²⁾« ... Auf die Mitwirkung der Presbyter bei der Buße weist auch die Verordnung Felix' III. auf der römischen Synode³⁾ von 487 und 488 hin, daß kein Bischof oder Presbyter einen Pönitenten aus einer fremden Diözese, ob noch »sub manu positum sacerdotis« oder schon rekonziliert, ohne Zeugnis seines Bischofs oder Presbyters aufnehmen dürfe. Die Krankenbuße haben die Presbyter wohl in der Regel besonders auf dem Lande erteilt; im übrigen waren sie abhängig vom Bischof. Das trifft auch noch auf die Zeit Gregors des Großen zu⁴⁾. Nicht anders wird auch demgemäß im 12. Kanon der dritten Synode von Toledo (589) die Stellung des Presbyters zu verstehen sein, wo ebenso ihm wie

1) Sermo 252 (M. 39, 2211).

2) Über die Stellung der Presbyter im Bußwesen in der vorausgehenden Zeit vgl. Batiffol, *Études I*⁷ (1926) S. 145 ff., dazu Göller, *Analekten* S. 60; Poschmann, *Kirchenbuße und correptio secreta* S. 38 f. und *Abendl. Kirchenb.* S. 48 ff., der ausführlich Stellung gegen die Theorie Batiffols nimmt, wonach auch in Rom das Institut der Bußpriester des Ostens bestanden habe.

3) c. 6, Hefele II, 616, Thiel, *Ep. Rom. pontif.* I 265.

4) Vgl. Göller, *Das Sündenbekenntnis bei Gregor dem Großen*, Separat-
abdruck (aus: *Oberrrh. Pastoralblatt* 1928) S. 19 ff.

dem Bischof die Erteilung der Buße verboten wird, bevor er nicht dem Mann zuvor die Haare abgeschnitten, und die Frau nicht ihre Kleider gewechselt habe. Daß man zu jener Zeit in einzelnen spanischen Kirchen (*per quasdam Hispaniarum ecclesias*) den Versuch machte, die kanonische Strenge dadurch zu umgehen, daß »man forderte, so oft vom *Presbyter* rekonziliert zu werden, als man zu sündigen beliebte«, zeigt der vorhergehende elfte Kanon dieser Synode¹⁾, der diese Gewohnheit als ein fluchwürdiges Unterfangen (*execrabilis praesumptio*) aufs schärfste abwies mit der Vorschrift, daß die Buße gemäß (*secundum formam*) den alten Kanones erteilt werden solle und zwar: »ut prius eum, quem sui poeniteat facti, a communione suspensum faciat inter reliquos poenitentes ad manus impositionem crebro recurrere; expleto autem satisfactionis tempore, sicut sacerdotalis (des Bischofs) contemplatio probaverit, eum communioni restituat«. Es sollte also das alte Bußwesen in Geltung bleiben. Man erkennt aber deutlich den Versuch, dessen Schwierigkeiten durch die öftere Erteilung seitens der *Presbyter* zu überwinden; man war praktisch auf dem Weg zu neuen Formen.

Fragen wir nun, was sich aus Cäsarius über das Sündenbekenntnis feststellen läßt, so scheint dieses in dem Begriff »poenitentiam petere« mit eingeschlossen zu sein, da hier neben denen, die durch eine Zensur vielleicht längere Zeit aus der Kirche ausgeschlossen waren und nun, um wieder aufgenommen zu werden, um die Buße baten, doch auch solche in Frage kamen, die aus eigenem Antrieb wegen eines geheimen schweren Vergehens sich zur Buße meldeten²⁾. Denn wie konnte der Priester einem solchen eine Buße auflegen, wenn er nicht den Sachverhalt kannte? Man kann hier mit Alkuin, der die Laien in Septimanie rügte, da sie den Priestern ihre Sünden nicht bekennen wollten, fragen: »Quomodo sacerdos reconciliat, quem peccare non novit³⁾«? Gehen wir auf die Frage selbst ein, und versuchen wir, Cäsarius nicht für sich allein, sondern im Zusammenhang mit seiner Zeit und den Verhältnissen in Gallien verstehen

1) Vgl. dazu auch Poschmann, *Abendl. Kirchenb.* S. 157 ff., wo er richtig beurteilt ist.

2) Schon Augustinus sagt (*Sermo* 272, 8): »Aliqui ipsi sibi poenitentiae locum petierunt, aliqui *excommunicati* a nobis in poenitentiae locum redacti sunt. Vgl. *Adam*, Die kirchl. Sündenvergebung 57.

3) *Ep.* 112, Watkins II, 666.

zu lernen, so darf zunächst hervorgehoben werden, daß das schon erwähnte Schreiben Leos des Großen an den Bischof Theodor von Fréjus auch Cäsarius nicht verborgen geblieben sein kann, wo der Papst erklärte, daß die göttliche Verzeihung nur durch die Fürbitten der Priester erlangt werden könne und den Vorstehern der Kirche die Gewalt von Christus übergeben worden sei, den (ihre Sünden) Bekennenden die *actio poenitentiae* zu erteilen und sie nach erfolgter Genugtuung zu rekonzilieren¹⁾. Auch ist es in dieser Hinsicht nicht ohne Belang, wenn Augustinus, auf dem der Bischof von Arles aufbaut, den, der schwer gefehlt hat, auffordert: »*veniat ad antistites per quos illi in Ecclesia claves ministrantur*«, und zugleich sagt, daß man jedoch keinen von der Kommunion fern halten, also kirchlich disziplinieren könne, »*nisi aut sponte confessum aut in aliquo sive saeculari sive ecclesiastico iudicio nominatum atque convictum*»²⁾. Was die gallische Überlieferung betrifft, so steht hier an der Spitze der bedeutsame 12. Kanon der Synode von Angers (453), vielleicht eine Resonanz der Erklärungen Cölestins I. und Leos I. über die Krankenbuße, der bestimmte: Alle, welche *ihren Fehler bekennen*, (*qui conversi errorem suum voluerint confiteri*) soll der Ort der Buße offen stehen und nach erfolgter Feststellung der Qualität der Sünde (*perspecta qualitate peccati*) sollen sie gemäß der Schätzung des Bischofs Verzeihung erhalten. Daß die Bußzeit der Pönitenten nach der Größe der Sünden (*secundum differentiam peccatorum*) vom Bischof zu bemessen sei, hatte die Synode von Hippo (393)

1) Vgl. oben. Eine interessante Stelle zur Beicht findet sich in dem pseudohieron. Kommentar zu Job, M. 26, 653, worauf ich schon in meinem Analekten S. 61 hingewiesen habe. Sie lautet vollständig: »*Ita vult cum diversis modis atque exemplis quasi ad poenitentiam coarctare atque constringere, ut confiteatur plagam illam poenarum, quam sustinebat, ob merita sustinere. Vel ita: non defendendo seipsum suosque patres similes sui vel quos imitando parentes habere coeperunt; peccata sua sive parentum non cooperiunt nec abscondunt. Sive non celant patres suos, id est, seniores vel sacerdotes suos, quibus peccata salubre est confiteri.*«

2) Sermo 351 (M. 39, 1547). In diesem Zusammenhang darf auch auf den Erlaß des Papstes Hormisdas an die spanischen Bischöfe vom Jahre 517 (ep. 25, 1; Thiel, Ep. Rom. pont. S. 790) aufmerksam gemacht werden, wo die Nichtzulassung der Pönitenten zur Priesterweihe begründet wird mit der Frage: »*Qua conscientia absolvat reum, qui se peccata sua populo scit teste confessum? Quis eum, quem paulo ante vidit iacentem, veneretur antistitem?*« wobei allerdings das »*confessum*« auf den Bußakt als solchen hinweist (vgl. Poschmann 68).

in c. 30 bestimmt¹⁾. Nach den Statuta eccl. antiqua (c. 76) soll der wiedergenesene Pönitent solange den Bußgesetzen unterstellt werden, als der Sacerdos, der die Buße erteilt hat, für gut befindet. (Hefele 2, 15). Die Synode von Tours (461) bestimmte, (c. 7), daß man mit den Mördern nicht verkehren dürfe, bis sie durch das *Bekenntnis* der Buße ihr Verbrechen gesühnt hätten²⁾. Beachtenswert ist auch, daß Gennadius sagt: » . . . sive emendatione vitae, si tempus conceditur, sive *supplici confessione*, si continuo vita exceditur, venia peccatorum fideliter praesumatur³⁾. Faustus von Reji bemerkt in dem früher erwähnten Briefe, wo er von der Unfruchtbarkeit der Buße im letzten Augenblick spricht: »quo tempore *confessio* esse potest, satisfactio esse non potest«. Welche Bedeutung Julianus Pomerius, Cäsarius' Lehrer, dem Bekenntnis der Sünde vor dem Priester beimißt, wurde bereits dargelegt.

Was nun Cäsarius von Arles betrifft, so versteht er, wenn er von dem Bekenntnis der Sünden redet, darunter wie Augustinus und die übrigen Väter nicht selten das Bekenntnis vor Gott, verbunden mit dem inneren Eingeständnis aufgrund der Erforschung des Gewissens. Häufig mahnt er zu dieser Gewissenserforschung, am eindrucksvollsten in einer uns auch unter dem Namen des Faustus von Reji erhaltenen Predigt, wo er seine Zuhörer zur Gewissenserforschung auffordert und die Seele sprechen läßt⁴⁾: »Videamus, si hanc diem sine peccato, sine invidia, sine obtretatione, sine murmuratione transegi; videamus si hodie, quod ad profectum animae pertinet, operatus sum. Puto quod hodie

1) Vgl. dazu auch auf der 2. Synode zu Arles (443 od. 452) zu c. 10 die weitere Bestimmung: »In potestate tamen vel arbitrio sit *episcopi*, ut si eos ex animo errorem deflare et agere poenitentiam viderit, ad communionem pro ecclesiastica humanitate suscipiat«. Poschmann 97.

2) »donec per confessionem poenitentiae eorum crimina diluantur«. Über die Dauer der Buße vgl. oben und Poschmann, Abendl. Kirchenb. 96 ff.

3) De eccl. dogm. 8 (M. 58, 998).

4) Vgl. oben Sermo 110, 5 (M. 39, 1964); vgl. auch Fausti Reiensis Sermo 12 ed. Engelbrecht, C. S. L. XXI, S. 269. Ein ähnlicher Hinweis auf die Gewissenserforschung auch in Sermo 252 (M. 39, 22): » . . . et quotidie conscientias nostras intus aspicientes, si aliquid in stola animae nostrae aut per negligentiam dissutum aut per luxuriam sordidatum aut per iracundiam combustum aut per invidiam conscissum aut per avaritiam tenebrosus esse cognoscimus, dum adhuc in potestate nostra, cum Dei adiutorio festinamus vulnerata curare . . .«

mentitus sum, per iram vel concupiscentiam victus sum; nec alicui bene feci nec per timorem aeternae mortis ingemui. Quis mihi reddat hanc diem, quam inanibus rebus perdiidi, quam cogitationibus noxiis pessimisque consumpsi?« — Reue und Vorsatz mit einbeziehend, mahnt er in Sermo 149: »unusquisque recurat ad testem idoneum, id est, conscientiam suam, et si ibi aliqua vulnera invenerit peccatorum, confugiat ad remedium lacrimarum; poeniteat se fecisse quod fecit, incipiat vigilantissimo corde praeterita curare, praesentia vitare, futura prospicere et Deo auxiliante repellere¹⁾«.

Das Bekenntnis vor Gott hat er, wie häufig sonst, wohl auch im Auge, wenn er in falscher Anwendung von Psalm 135, 1 (confitemini Domino) sagt: »Nur dadurch, daß wir unsere sündigen Taten (facinora) auf Gottes Geheiß *bekennen*, können wir die Verzeihung verdienen²⁾. Warum verheimlicht der Sünder das, was er vor den Augen Gottes getan hat? Warum schämt er sich, die Sünden einzugestehen, er, der sich nicht schämte, von ihnen sich besudeln zu lassen?« An ein Eingeständnis nicht bloß vor Gott, sondern auch vor dem geistlichen Arzt scheinen jedoch schon die Worte anzuklingen: »Wenn jemand einmal oder zweimal gesündigt und ohne Verstellung zu den Heilmitteln der Pönitenz seine Zuflucht genommen hat, wird er ohne Verzug die frühere Unversehrtheit erlangen³⁾. Wenn er aber damit begonnen hat, Sünde an Sünde zu reihen und lieber die Wunden seiner Seele dadurch, daß er sie verdeckt und *verteidigt*, in Fäulnis übergehen lassen, als dadurch, daß er sie *bekennt* und Buße tut, heilen will, so ist zu fürchten, daß das Wort des Apostels (Röm. II, 4 u. 5) sich an ihm erfüllt. Dasselbe gilt von der auf einen Ausdruck Tertullians anspielenden Mahnung des Bischofs⁴⁾, es möge derjenige, der erkenne, daß er von der Küste der Enthaltbarkeit durch den Sturm der Begierlichkeit in das Meer der Wollust verschlagen worden sei und Schiffbruch an seiner Keuschheit gelitten habe, schnell *zum Bekenntnis der Sünden* wie zum Brette eines zerschellten Schiffes greifen, damit er aus dem Abgrund und der Tiefe der

1) M. 39, 2036.

2) Sermo 56, 1 (M. 39, 1851); dazu die weiteren Worte: Diluat ergo confitendo, quod peccando infecerat, satisfactione abluat, quod delictorum maculis sordidarat.

3) Sermo 258, 1 (M. 39, 2222).

4) Sermo 260, 1 (M. 39, 2226).

Lüsternheit wieder emporkommen und zum Hafen der Buße gelangen könne, wo er nunmehr an einem sicheren Ort den Anker der Hoffnung zu befestigen und die verlorene Gesundheit wiederherzustellen vermöge.

Auf das Bekenntnis vor dem Priester scheint auf den ersten Blick Cäsarius anspielen zu wollen, wenn er in einer Predigt über Joseph von Ägypten sagt, dieser habe seine Brüder zunächst deshalb hart behandelt, weil er sie zum Bekenntnis ihres Verbrechens und zum Heilmittel der Pönitenz anstacheln wollte, und fortfährt, er habe sich ihnen nicht zu erkennen gegeben und ihnen den Friedenskuß verweigert, bevor sie nicht ihre Sünde bekannten. Allein er deutet dann diesen Vorgang dahin, daß wir in gleicher Weise gegen diejenigen, die uns beleidigt hätten, verfahren, sie zwar entsprechend dem Maße ihrer Schuld streng zurechtweisen, aber sie in Wahrheit immer lieben und ihnen verzeihen sollen ¹⁾.

Bestimmt klingt dann die Mahnung, die unmittelbar auf den Priester Bezug nimmt, wenn Cäsarius auffordert: »*Confessionem quaeramus puro corde et poenitentiam donatam a sacerdotibus perficiamus*« ²⁾.

Am wichtigsten aber sind in diesem Punkte die Ausführungen des Cäsarius in Sermo 253, in dem er die Notwendigkeit des Sündenbekenntnisses vor dem Priester begründen will ³⁾. Der Bischof geht aus von der hl. Schrift und findet darin die Mahnung, daß wir unsere Sünden nicht bloß Gott, sondern auch den Heiligen und Gottesfürchtigen bekennen sollen, unter Hinweis vor allem auf Jac. 5, 16: »Bekennet einander eure Sünden und betet füreinander, damit ihr gerettet werdet«. Wer sind diese Heiligen und Gottesfürchtigen? Denkt Cäsarius hier nur an fromme Nebensmenschen, oder an »Heilige« in einem ganz bestimmten Sinne? Daß er jene zunächst im Auge hat, ist wohl, da dies dem Sinn der Jokobusstelle entspricht, nicht in Abrede zu stellen. Aber es darf doch in diesem Zusammenhang, was bisher wohl nicht beachtet wurde, darauf aufmerksam gemacht werden, daß Cäsarius in seiner schon besprochenen Admonitio an die Priester diesen das Prädikat »heilig« beilegt, indem er im Anschluß an die Mahnung des Herrn: »Seid heilig, wie auch ich heilig bin«, sagt: »*Licet hoc nomen universo populo christiano conveniat secundum quod*

1) Sermo 15, 6 (M. 39, 1772).

2) Sermo 250, 2 (M. 39, 2209).

3) M. 39, 2212 ff.

ait Petrus . . . , tamen specialiter omnibus sacerdotibus hoc nomen videtur peculiariter aptari. Nam in omnibus epistolis, quae a quibuscunque hominibus ad Domini sacerdotes diriguntur, specialiter quae sancta sunt indicantur«. — Im Anschluß an Jac. 5, 16 fährt Cäsarius in seiner Predigt dann fort: »Wie wir nämlich nie völlig der Sündenwunden entraten können, so dürfen uns auch die Heilmittel des Bekenntnisses nicht fehlen«¹⁾. Gott will nicht deshalb, daß wir unsere Sünden bekennen, weil er sie selbst nicht wissen könnte, sondern weil der Teufel darauf bedacht ist, zu finden, was er am jüngsten Gericht uns vorhalten kann. Gott aber will unser Sündenbekenntnis, damit wir im Jenseits nicht zu Schanden werden. Den gleichen Gedanken hatte schon Ambrosius, der ihn offenbar von Origenes übernommen hat, ausgesprochen; er kehrt auch in seiner, von seinem Sekretär Paulinus verfaßten Vita wieder²⁾. Der Bischof weist dann hin auf die Versuchung der ersten Menschen durch die Schlange. Sie flüstert dem Menschen durch die Mathematiker und Manichäer zu, die Sünden nicht zu bekennen. Jene sagen: Sündigt der Mensch? Nein, die Konstellation der Sterne zwingt ihn zur Sünde. Diese bemerken: Nicht du sündigst, das Geschlecht der Finsternis sündigt³⁾; du hast keine Sünde. So kommt es, daß viele das *Bekenntnis der Sünde* fliehen, um den Satan anzuklagen, und sagen, sie hätten nichts Böses getan. Und wenn einige, fährt dann Cäsarius, ohne Zweifel die kirchlichen Vorsteher ins Auge fassend, fort, zurechtgewiesen werden (castigantur), und man ihnen sagt: Warum habt ihr das getan? antworten sie: der Teufel hats getan. Nichts freut den Teufel mehr, als wenn der Mensch sagt, der Teufel habe bewirkt, daß er sündigte; als ob ihn dieser gezogen oder ihm Gewalt angetan hätte. Raten und reizen allerdings kann er; zwingen aber kann er keineswegs. Wenn du es, so fragt nun Cäsarius weiter, mit Gottes Hilfe in der Gewalt hast, ob du dem Teufel zustimmst, warum gehorchst du nicht vielmehr Gott, warum wählst du den Tod und verläßt du das Licht? So wenig wie den ersten Menschen, führt er weiter aus, kann dir diese Entschuldigung helfen: »Deus confitenti tam-

1) Malnory S. 305.

2) Vgl. Göller, Analekten 52 ff.

3) Diese Stelle erinnert an Serm. 61, 23 Augustins, wo von einem Astrologen die Rede ist, der sagte: quia adulterium non faciebat voluntas propria, sed Venus, homicidium non faciebat voluntas propria, sed Mars . . . Vgl. Adam, Die kirchl. Sündenvergebung 63.

quam in apertum sinum indulgentiam paratus erat dare; excusas, claudis sinum, *includis peccatum, excludis indulgentiam*«. Darum sage nur devoten Herzens: »ego dixi, Domine miserere mei.« Gott heilt dich; bekenne nur deine Wunde. Das Bekenntnis — also zunächst Gott gegenüber — ist der Anfang der Heilung.

Was wollen aber, fährt Cäsarius weiter, die Worte des Psalmisten: »emendabit me iustus et arguet me« sagen? Besser ist es für mich, daß der Gerechte, der meine Sünde sieht, mich bessert, mich nicht schont, sagt, daß ich gesündigt habe, wütet gegen meine Sünde, um mich zu befreien. Er scheint eine bittere Sprache zu führen, aber im Innern ist er mild in Barmherzigkeit. Er holt ein Messer hervor, aber fürchte dich nicht, erblasse nicht, *er ist Arzt*. Das Messer richtet sich nicht gegen dich, sondern gegen deine Wunde. Offenbar hat hier Cäsarius, wenn er von dem zurechtweisenden Gerechten spricht, den Priester im Auge. Aber er drückt sich noch deutlicher aus. In seinen weiteren Ausführungen warnt er nämlich vor den Schmeichlern, um dann die für den Nachweis des Sündenbekenntnisses vor dem Priester (Bischof) bedeutungsvollen Worte zu sprechen: »*Nos vero, fratres, si vere spirituales medici sumus et de animarum vestrarum remedio attentius cogitamus, non debemus palpare quemquam, nec nos nec vos. Confiteamur peccata nostra, non excusemus. Tu fecisti, tu reus es, tu confitere, tibi ignoscitur*. Si autem dicis: Non ego feci, ubicunque verba excusare volueris, peccatum tuum manet in te, peccati reus es; et non illius peccati tantum, quod fecisti, sed huius etiam superbiae, quod confiteri noluisti«. Diese hochinteressante, psychologisch fein abgewogene Mahnung zum Bekenntnis der Sünden bedarf keines weiteren Kommentars. Cäsarius hat zwar, wie schon die Mauriner hervorhoben, darin Augustinische Gedanken aufgenommen. Aber diese Predigt verrät einen selbstständigen Aufbau und eine klare Gedankenfolge. Der Bischof von Arles spricht nicht bloß von dem Bekenntnis, das Gott abzulegen ist, sondern davon ausgehend, tritt er am Schlusse klar und deutlich mit der Forderung hervor, die Sünden vor den spirituales medici, zu denen er sich selbst rechnet, zu bekennen. Wir, ruft er aus, d. h. wir Bischöfe, »wenn wir in Wahrheit geistliche Ärzte und aufmerksam (sogar attentius) auf die Heilmittel eurer Seelen bedacht sind, dürfen niemanden streicheln, nicht uns, nicht euch; du hast es getan, du bist schuldig, du sollst bekennen, dir wird verziehen«. Das Bekenntnis ist hier nicht »als privates Buß-

mittel« gewertet, vielmehr handelt es sich um das Bekenntnis vor der kirchlichen Instanz.

Wie es scheint, hat Cäsarius von Arles auch in dem folgenden Sermo 254 das Bekenntnis vor dem Priester im Auge, in dem der schöne Satz steht: »Confessio iustificat, confessio veniam peccatis donat, omnis spes veniae in confessione consistit. Confessio opus est misericordiae, salus aegroti, *unicum* est viribus nostris *medicamentum cum poenitentia*«. Beachtenswert ist jedenfalls, daß Cäsarius hier, ohne es zu sagen, seinen Lehrer Julianus zitiert, der an der betreffenden Stelle von jenen spricht, deren Sünden der menschlichen Kenntnis verborgen blieben, weil sie weder von ihnen bekannt, noch von andern publiziert würden, und dann betont: »si ea confiteri aut emendare noluerint, Deum quem habent testem, ipsum habituri sunt et ultorem«. Cäsarius sagt an der vermerkten Stelle: »Qui peccata sua occultat et erubescit salubriter confiteri, Deum quem testem habet, iterum habebit eum ultorem¹⁾«.

Wenn vom Sündenbekenntnis vor dem Priester im christlichen Altertum die Rede ist, dann handelte es sich, wie wir u. a. von Augustin erfahren, nicht selten um solche, deren Vergehen irgendwie ruchbar oder zur Anzeige gebracht worden waren, von denen aber manche, von dem kirchlichen Vorsteher zur Rede gestellt, die sündige Tat nicht eingestehen wollten. Cäsarius wendet sich wiederholt gegen solche, die ihre Sünden nicht eingestehen wollten oder gar verteidigten. Nicht alle, berichtet er, nähmen die (priesterliche) Zurechtweisung demütig und gehorsam hin; es gäbe viele (plures), die sich nicht scheuten, mit frecher Stirne zu antworten und zu sagen: Habe ich das allein getan? Haben nicht diese und jene Ähnliches und Schlechteres getan; tun das nicht auch Kleriker selbst höheren Grades²⁾? Unglücklicher, erklingt die Antwort, willst du dich mit der Schar der Sünder trösten? Wird deshalb der Einzelne geringere Qualen leiden, weil mit ihm unendliche Mengen von Sündern dem ewigen Strafgericht überantwortet werden³⁾?

Wenn Julianus Pomerius von solchen spricht, deren Vergehen nicht (den kirchlichen Obern) bekannt gegeben worden seien, so wird damit eine Sache angedeutet, auf die auch Cäsarius Gewicht

1) Vgl..S. 27. Der Sermo stammt hiernach doch wohl von Cäsarius.

2) Ähnlich schon zu Augustins Zeit: ipsi episcopi, ipsi clerici non illud faciunt, et me cogis, ut faciam, (sermo 137, 7, vgl. auch 351, 4, 11); Adam Sündenvergebung S. 74.

3) Sermo 301, 2 (M. 39, 2321).

legte. Er erwartete in bestimmten Fällen die Anzeige beim kirchlichen Forum. In einer Predigt gegen die Ehebrecher¹⁾ fordert er seine Zuhörer auf, diejenigen von denen sie in Erfahrung brächten, daß sie solche sakrilegische Sünden (*tam sacrilega peccata*) begingen, einmal und zum zweiten und dritten Male zurechtzuweisen; wenn sie nicht hören wollten, sollten sie keinen Verkehr, kein Gespräch und keine Tischgemeinschaft mit ihnen halten. Diejenigen, die die Ehebrecher weder selbst rügten noch zur *Kenntnis der Priester* brächten²⁾ (*nec in notitiam sacerdotibus sacrilegos ponunt*), erregten ihm den Verdacht, daß sie die gleichen Sünden begingen. Sie sollten solche nicht schonen, und wenn sie auf ihre geheimen und häufigen Mahnungen (*si vos secretius et frequentius admonentes audire noluerint*) nicht hörten, zu *seiner* Kenntnis gelangen lassen (*ad humilitatis nostrae notitiam pervenire*).

Aus dem bisher Gesagten geht deutlich hervor, daß das dem Bischof (oder Presbyter) abzulegende Sündenbekenntnis in das Bußsystem des hl. Cäsarius hineingehört, wenn er auch nicht mit der Bestimmtheit wie Leo der Große und sein Lehrer Julian sich darüber ausspricht, und zweifelhaft bleibt, ob die in einem aus verschiedenen Stücken zusammengeflickten Sermo der Werke Augustins³⁾, mit dem dieser nichts zu tun hat, erwähnte Äußerung auf Cäsarius zurückgeht, die übrigens auch auf die Unwiederholbarkeit der Buße hinweist und folgenden Wortlaut hat: »*Et aliud dico: non solum post poenitentiam ab istis vitiis se homo servare debet, sed et ante poenitentiam, dum sanus est, quia, si ad ultimum vitae steterit, nescit, si ipsam poenitentiam accipere ac deo et sacerdoti*

1) Sermo 288, 2 (M. 39, 2289).

2) Man erinnert sich hier an Sermo 351 (Augustins), niemand anzuklagen »*nisi aut sponte confessum aut in aliquo sive saeculari sive ecclesiastico iudicio nominatum atque convictum*« Vgl. dazu *Adam*, d. kirchl. Sündenvergebung 72: »Um so mehr scheuten sich die übrigen Christen, an der öffentlichen oder privaten Disziplinierung eines lasterhaften Mitbruders irgendwie mitzuwirken, »*plerumque suae famae ac salutis consulentes*«, (da schon manche Bischöfe lieber ein strenges Vorgehen vermieden). »Andere hüteten sich vor einer Anzeige, um in den Sünden des Mitbruders eine Entschuldigung für ihre eigenen Vergehen zu haben.«

3) Sermo 393 (M. 39, 1714); vgl. Hom. 19 unter Cäsarius von Arles (M. 39, 1082); dazu die vorangehende Homilie 18 (ebenda); ferner Sermo 255 (M. 39, 2217). Daß Sermo 393 mit Augustin nichts zu tun hat, hat Adam (d. kirchl. Sündenvergebung nach d. hl. Augustin S. 14) gezeigt. Zu beachten ist, daß Cäsarius (vgl. oben) den dort als unaugustinisch beanstandeten Ausdruck »*boni sacerdotes*« gebraucht.

peccata sua confiteri poterit«. Im Anschluß daran sei noch auf eine Stelle hingewiesen, die im Zusammenhang mit der weiteren Ausgestaltung des Bußwesens nicht völlig belanglos ist. Im Sermo 244, der über das Symbolum handelt und jedenfalls in seinem letzten Teil, wo die Gläubigen aufgefordert werden, den Lastern die entsprechenden Tugenden entgegenzustellen, die Kirche zu besuchen, gute Werke zu üben und die Gebote Gottes zu halten, sicher Cäsarianische Provenienz verrät, zumal er auch mit anderen, Cäsarius sicher nahestehenden Predigten verwandt ist, steht nämlich am Schluß unter Bezugnahme auf die vorher erwähnten Vergehen des Mordes, Diebstahls, Ehebruchs, Meineids und falschen Zeugnisses die Mahnung: »Quicumque de his supradictis commisit, cito emendet; *confessionem donet, veram poenitentiam agat et remittentur ei peccata sua*«¹⁾. War bisher verschiedentlich die Rede von »poenitentiam dare, donare«, so begegnet uns hier zum erstenmal der Begriff: »*confessionem donare*« (dare), der in der folgenden Zeit sich einbürgerte und als terminus technicus für die Ablegung der Beicht gebraucht wurde. In einer der Eligius von Noyon wohl irrtümlich zugeschriebenen Predigten²⁾, die vielfach Cäsarianisches Gut zum Teil wörtlich übernehmen, ist wohl eine Reminiszenz an eine Predigt des Bischofs von Arles festgehalten, wenn es dort heißt: »Tunc enim reliquiae cogitationis diem festum agant Domino, quando peccator quilibet post *prius datam confessionem* se cohibere pollicetur ab iniquitate sua³⁾«. Kolumban ist dieser Ausdruck geläufig: »*demus confessionem* de omnibus, non solum capitalibus criminibus, sed etiam de maioribus negligentia⁴⁾« heißt es in seiner Regula coenobialis; jedoch ist nach dem Gesagten bemerkenswert, daß er *nicht als erster* diesen Terminus gebraucht. Wichtig ist auch hierfür der für die Geschichte des Sündenbekenntnisses vor dem Priester bedeutsame 8.Kanon der Synode von Chalons (circ. 650): »De poenitentia vero peccatorum, quae est medela animae, utilem omnibus hominibus esse censemus, et ut poenitentibus a sacerdotibus *data confessione* indicatur poenitentia, universitas sacerdotum noscitur consentire«. Ganz besonders aber verdienen in dieser Richtung die Dicta Pirmini (scarapsus), die, wie neuestens wieder gezeigt worden ist, auf weite Strecken aus Cäsarius' Predigten wörtlich geschöpft haben, Beachtung⁵⁾. Sie enthalten

1) M. 39, 2195. — 2) Hom. 15 (M. 87, 646). — 3) Hom. 15 (M. 87, 648). —

4) M. 80, 216; Watkins II, 596 — 5) Gall Jecker, Die Heimat des hl. Pirmin (Münster 1927) mit Neuedition des Textes, wodurch die Ausgabe von Caspari überholt ist.

die Aufforderung, in der die obige Mahnung des Cäsarius Aufnahme gefunden hat: »Nemo cum capitalibus criminibus, *antequam confessionem suam donit et vera (sic) penitentiam agat per consilium sacerdotis* secundum ordinem ecclesiasticum, corpus et sanguinem Domini communicare non presumat¹⁾«. Nach mehreren Belegstellen aus der Hl. Schrift folgt nochmals die Mahnung: »Ideo admoneo vos, ut quicumque Christianus post baptismum criminalem culpam fecit, *pura confessione (sic) ad sacerdotem donit (sic)* et veram penitentiam agat; et post acta penitentia tempore, quo *sacerdos (sic)* ei constituerit, oblationem suam ad sacerdotem offerat et corpus et sanguinem Christi communicare faciat²⁾«. Hier gewinnt man doch den Eindruck, daß auch diese zweite Stelle ein Zitat aus Cäsarius von Arles ist. Jedenfalls trifft dies beim ersten zu und darf noch hinzugefügt werden, daß auch der Ausdruck *consilium sacerdotis*, wie wir festgestellt haben, bei Cäsarius schon vorkommt. Damit fällt aber indirekt Licht auf seine Bußlehre; er nimmt vorweg, wie der Ausdruck »donare confessionem« zeigt, was man versucht sein möchte, erst von Kolumban an zu datieren. Damit ergeben sich aber auch neue Gesichtspunkte für die Bußlehre Kolumbans, den man vor allem als denjenigen ansah, durch den die Praxis des Sündenbekenntnisses, namentlich auch der leichten Verfehlungen von Irland her auf dem Festland sich eingebürgert habe.

In diesem Zusammenhang ist noch eine andere, das Fortwirken des Cäsarius bezeugende Feststellung von größter Bedeutung. Es ist das Verdienst des Germanisten Hautkappe, sie gemacht zu haben³⁾. Man kann hier geradezu von einer Entdeckung sprechen. Denn es handelt sich um nichts Geringeres, als um den evidenten Nachweis, daß die Sündenschemata in einer Reihe altdeutscher und lateinischer Beichten in der äußeren Anordnung und zum Teil im Wortlaut auf die Sündenkatologe des Cäsarius zurückgehen. »Von den meisten Beichten aus der Frühzeit der deutschen Literatur führt der Weg zurück zu den Sermonen des Bischofs Cäsarius«, sagt Hautkappe⁴⁾, indem er zeigen kann⁵⁾, »daß überall (in diesen Predigten) eine alte, ursprüngliche Reihenfolge mehr oder weniger deutlich durchblickt, nämlich: 1. Dekalog- und Wurzelünden, durch Substantive ausgedrückt; 2. Verfehlungen

1) Ebda. S. 58. — 2) Ebda. S. 59. — 3) *Hautkappe*, Über die altdeutschen Beichten und ihre Beziehungen zu Cäsarius von Arles (Münster 1917) — 4) S. 106. — 5) Ebd. S. 2.

gegen kirchliche Pflichten und gegen die Nächstenliebe, in vollständige Sätze gekleidet«. Dementsprechend trifft, wo es sich um die Aufzählung der christlichen Pflichten handelt, die weitere Einteilung in vitanda und facienda zu. Was den Wortlaut betrifft, so muß es geradezu überraschen, daß die erste Hälfte der deutschen Würzburger Beicht, die mit einer verschiedentlich überlieferten lateinischen, auch einem Frageordo im sog. Egbertschen Bußbuch zugrunde gelegten Formel nahe verwandt ist und im wesentlichen übereinstimmt, wörtlich aus dem Sermo 257 des Cäsarius v. Arles übernommen ist¹⁾. Dabei ist für die Frage, auf welchem Wege gerade die peccata minuta in die Beichtspiegel und Frageordines hineingekommen sind, besonders wichtig, daß er an der angeführten Stelle die peccata minuta, also die läßlichen Sünden aufzählt. Ebenso geben dann insbesondere auch jene Abschnitte, wo von den kirchlichen Pflichten und den Geboten der Nächstenliebe, also den facienda die Rede ist, ein deutliches Bild von der Abhängigkeit von Cäsarius von Arles. Der Weg von seinen Predigten zu den Beichtspiegeln und Frageordines des 8. und 9. Jahrhunderts wird teils ein unmittelbarer gewesen sein, insofern diese Sermones vielfach auch unter dem Namen Augustins gingen, teils mittelbar, da Seelsorger, Missionare und Schriftsteller diese Predigten kompilatorisch ausgebeutet haben. So steht, wie Hautkappe weiter gezeigt hat²⁾, die von Nürnberger aus Cod. Sangall. 146 veröffentlichte Mahnrede dem schon erwähnten Sermo 244 nahe; zwei von Martène mitgeteilte Gebete berühren sich mit Sermo 104; der fünfzehnte der dem hl. Bonifatius zugeschriebenen Sermones läßt deutlich in seinen facienda-Stücken die nahe Verwandtschaft mit Sermo 265 erkennen. Besonders aber interessant ist, wie Hautkappe an einigen Beispielen gezeigt hat, die von Caspari schon erkannte und jetzt von Gall Jecker im einzelnen nachgewiesene Abhängigkeit des Scarapsus Pirmins von einzelnen Predigten Cäsarius' von Arles³⁾, woraus dann offenbar wieder die sog. Reichenauer Beichte geschöpft hat⁴⁾. In diesen Zusammenhang hinein gehört auch eine von Caspari veröffentlichte, wohl von Cäsarius selbst stammende Homilie und eine dem hl. Eligius von Noyon

1) Vgl. die Gegenüberstellung der Texte ebda. S. 8 ff.

2) S. 94.

3) U. a. Sermo 244, 265, 266.

4) Hautkappe 3 ff.

(† 659) zugeschriebene Anzahl von Homilien¹⁾, die wohl einer späteren Zeit angehören und zudem bußgeschichtlich wenig Neues enthalten. Eligius kommt, etwa von seiner auch noch problematischen Vita²⁾ mit der darin aufgenommenen und stark an Cäsarius anklingenden Predigt³⁾ abgesehen, demnach für die Bußgeschichte nur wenig in Betracht.

Wir sehen hier davon ab, auf die Frage der Abhängigkeit des Cäsarius von anderen Quellen und die Berührungspunkte seiner *facienda* und *vitanda* mit dem 4. Kapitel der Regel des hl. Benediktus⁴⁾, auf dessen Vorlagen Bihlmeyer⁵⁾ schon hingewiesen hat, näher einzugehen. Das Gesagte zeigt, wie stark Cäsarius von Arles auf diesem Gebiete fortgewirkt hat.

V.

Zeitgenossen des hl. Cäsarius von Arles:

Wir haben bereits zwei bedeutende Zeitgenossen des Cäsarius im Laufe der Untersuchungen kennengelernt, die sich in der Debatte über die Nützlichkeit der Buße im letzten Augenblick gegenüberstanden. Das waren Faustus von Reji und Avitus von Vienne. Außerdem konnten wir bei einigen anderen Fragestellungen gelegentliche Äußerungen von ihnen anführen⁶⁾. Im übrigen haben sie sich

1) M. 87, 593 ff. Es ist bemerkenswert, daß bis auf geringe Ausnahmen alle von Watkins aus Eligius ausgezogenen Stellen als Zitate aus Augustin, Leo I, Cäsarius von Arles und Gregor I nachweisbar sind und deshalb keinen selbständigen Wert haben. Zur Eligiusfrage vgl. *Hauk*, Kirchengeschichte Deutschlands I, 314 Anm. 1, der die Echtheit der Stücke bezweifelt; *Krusch*, MG. SS. rer. Merov. IV 634 ff.; v. Schubert, Frühm. Kirchengesch. (passim), bes. aber *Vacandard*, in *Revue des quest. historiques* LXIV, 471 ff.; dagegen *Plaine* ebda. LXV, 235 mit Entgegnung *Vacandards*, dem *Krusch* nicht beipflichtet; dazu *Dictionnaire de théol. cath.*, Art. *Eloi* (von *Vacandard*).

2) ed. *Krusch* ebda. 663 ff., M. 87, 478 ff.

3) L. 2 c. 16 5 *Krusch* ebda. 705 ff.

4) Vgl. *Hautkappe* S. 98 ff., der zu dem Ergebnis kommt, daß Cäsarius und Benedikt unabhängig von einander, wenn auch unter Anlehnung an dieselben Quellen ihre Zusammenstellungen gemacht haben und daß die späteren Sündenschemata nicht auf Benedikt, sondern auf Cäsarius zurückgehen.

5) Übersetzung der Regel in der Kemptener Bibliothek der Kirchenväter (1914) Anm. zu c. 4 der Regel S. 24.

6) Vgl. oben S. 20 u. 75. Bezüglich des Avitus von Vienne sei hier noch verwiesen auf ep. 17 (MG. SS. rer. Merov. VI, 2, 49): »Oportet ergo hominem maritum duarum scilicet germanarum non inrevocabili anathemate percuti, sed pro-

nicht eingehend über das Bußproblem verbreitet; was speziell Faustus von Reji angeht, so ist ja der weitaus größte Teil der in der Ausgabe seiner Werke ihm zugeschriebenen Predigten ihm abgesprochen und Cäsarius von Arles zugewiesen worden. Hier möge vor allem auf eine Persönlichkeit hingewiesen werden, die in engster Beziehung zu Faustus stand, das ist Bischof *Ruricius von Limoges*¹⁾. In Frage kommen die Briefe, die er an Faustus von Reji gerichtet hat, da sie das Bußproblem von einer Seite her berühren, die das individuelle Gebiet der persönlichen Seelenberatung betrifft²⁾. Faustus stand im Rufe eines heiligen Lebenswandels. Ruricius spricht sich ihm unverblümt über seine Fehler und Schwächen im 1. Brief aus und bittet ihn, der täglich zahlreiche und vielerlei Krankheiten heile, keine feine und süße, sondern kräftige, seiner (seelischen) Krankheit angemessene Kost ihm zu reichen. Noch eindrucksvoller wird dieser Gedanke in einem zweiten Brief durchgeführt. Ruricius will sich nicht entschuldigen. Das wahre Bekenntnis verdient Nachlaß, die falsche Entschuldigung aber Ungnade (offensam). In der Gewalt des Bischof läge es, ob er die eiternde Wunde mit scharfem Messer ausschneiden oder mit gelinden Medikamenten heilen wolle. Was er auch wähle, er sei bereit, ohne Zögern dem Heilverfahren sich zu unterziehen. Er achte nicht darauf, welche Strafe bei der Züchtigung ihm zugemessen werde; wenn er nur seinen Anteil an der verheißenen Erbschaft erlange. Indem er sich das Beispiel des verlorenen Sohnes vor Augen hält, schließt er das Schreiben mit den bemerkenswerten Worten: »*Tanti parentis imitatus fidem trade peccatoribus adiutorium, praesta conantibus remissionem, intercessionem largire confitentique filio non solum ipse veniam tribue, sed*

positis observationibus interim ab ecclesia sequestrari. Et quia indicatis, laboriosum ipsum ante multos iam annos illicitam secundae uxoris copulam fuisse sortitum, sufficiat impune baiulatum longo tempore crimen incesti. Nihil hic quasi timore divortii dubitetis, merito censetur separatio legitima, ubi extitit coniunctio criminosa. Utrisque ergo, si videtur, dum in tam infelici obstinatione persistunt, notam excommunicationis indicite, donec a consortio criminali publica paenitentiae professione desciscant; et tunc miserentibus vobis ad timoris ex correctione exemplum gratiam reconciliationis accipiant. Durch die Exkommunikation sollten sie also zur öffentlichen Buße veranlaßt werden. Vgl. dazu oben 75 Anm. 1.

1) Vgl. auch Poschmann, Abendl. Kirchenbuße S. 132, der ihn aber nur in seiner Bedeutung für die Konversen würdigt.

2) Ed. Engelbrecht C. S. L. 21 S. 351 ff. ep. I 1 u. 2.

ipse veniam deprecare, ut quem in peregrina patria appelas liberum, in propria possis videre liberatum«. Diese Worte, die Gewicht auf die altchristliche Interzession legen, sind sehr bemerkenswert. Beide Schreiben beziehen sich auf die gleiche Sache. Sie müssen kurz aufeinander erfolgt sein. Um welche Verfehlungen es sich handelte, sagt Ruricius nicht. Pflichtvergessene Nachlässigkeit und nachlässige Pflichtvergessenheit hätten bei ihm so Platz gegriffen, daß er nicht wisse, wessen er sich hauptsächlich anklagen solle. Entschuldigen will er sich nicht: »*Malo itaque tam simplici confessione quam supplici veniam petere, quam peccata geminare. Habes ergo, pater optime, pastor egregie, me culpae meae spontaneum confessorem*«. Zwar hat Ruricius, worauf die Bitte, die erforderlichen Heilmittel ihm zu senden, hinweist, zunächst einen schriftlichen Gedankenaustausch im Auge, aber es ist nicht zu übersehen, daß er den ersten Brief mit der Ankündigung einleitet, daß er sich beeilen werde, ihn mit leiblichen Augen zu sehen, nachdem er ihn bisher nur mit den Augen des Geistes geschaut. Und warum?: »*quomodo possim intercedentibus vobis peccatorum meorum vincula disrumpere*«. Der Bischof gibt sich also seelsorgerlich völlig in die Hand des bischöflichen Freundes und Lehrers, dem er seine Schuld bekennt, um die Heilmittel bittet und von dem er nicht bloß Worte des Trostes, sondern *Vergebung* erwartet. Aber nicht nur dies. Ruricius hat dabei nicht bloß sich im Auge, sondern die Sünder überhaupt, denen er Hilfe und Verzeihung gewähren, für die er interzessorisch bei Gott eintreten soll. Dabei konnte es sich nicht um Vergehen handeln, die der öffentlichen Buße wegen ihrer Schwere und ihres ärgerniserregenden Charakters zu unterstellen waren, da er sich als Bischof selbst mit einschließt. Es ist also hier der Fall vorauszusetzen, daß Gläubige und insbesondere auch Priester, die zudem nicht öffentlich Buße tun durften, sich in ihren seelischen Angelegenheiten an den Bischof wandten. So gewinnen diese beiden Briefe im Zusammenhang mit der Bußpraxis jener Zeit außerordentliche Bedeutung. Sie lüften den Vorhang und lassen uns in die private Lösung der seelischen Konflikte und Verfehlungen der Geistlichkeit schauen, ohne freilich den einwandfreien und sicheren Nachweis einer kirchlich geleiteten (sakramentalen) Privatbuße zu erbringen.

Die Briefe des Bischofs von Limoges enthalten aber auch sonst noch Angaben über die Bußpraxis jener Zeit. Die Erkrankung des oft von ihm erwähnten Presbyters Capillutus macht

ihm Sorge¹⁾. Er sieht darin eine Ermahnung des Herrn, der in seiner unbegrenzten Güte die Sünder lieber züchtigen, als verloren gehen lassen will, damit die Krankheit sie überzeuge, daß sie die weltliche Kleidung (*saeculi byrrum*) ablegen und das Kleid der Kirche d. i. *das Cilicium, das Zeichen der Reue* anlegen sollten. Deshalb rät er ihm, das, was er vorhabe, baldigst auszuführen, da der Tod nicht zögere, gemäß den Worten des Herrn: »Zögere nicht, dich zu Gott zu bekehren, und verschiebe es nicht von Tag zu Tag; denn plötzlich wird sein Zorn kommen, und zur Zeit der Vergeltung wird er dich vernichten«. Der Fall gewinnt dadurch ein besonderes Interesse, daß hiernach in der Krankheit auch Geistliche zu damaliger Zeit in Gallien das Bußkleid sich anlegen ließen²⁾.

In der gleichen Richtung bewegt sich eine Mahnung an seinen Schwiegersohn Agricola, für dessen Genesung er Gott dankt³⁾. Auch an ihm habe sich das Wort des Herrn bewährt: wen Gott lieb hat, den züchtigt er, »ut ordinatis affectibus vestris suum vobis insinuaret affectum et *habitu animoque mutato* iugum vobis suae lenitatis imponeret«. Agricola war hiernach nicht, wie der Herausgeber meint, Kleriker geworden⁴⁾, sondern hatte das Bußkleid angelegt. Das zeigen deutlich die weiteren Worte: »Superest, ut nunc conversionem, quam protulistis in veste, probetis in corde, et haec commutatio inter indumentum vestrum habeatur et animum, ut, sicut ille sub candidis vestibus habuit hucusque nigredinem, ita nunc sub pullis vestibus operum luce candescat«. Agricola hat also die frühere helle Gewandung mit schwarzen Kleidern vertauscht. Vom Cilicium ist hier nicht die Rede, und es ist wohl hieraus zu schließen, daß Agricola nicht die Krankenbuße empfangen hatte, sondern — und das war eine besondere Form der Buße — nachher das schwarze Bußgewand anlegte, wobei er jedoch, wie die Grüße des Bischofs an Frau und Schwiegertochter verraten, als Konverse in der Familie verblieb. Ein eigenartiger Fall begegnet uns in zwei Briefen, die Ruricius an den Bischof

1) Ep. II 21, ebda. 405.

2) »ut deponant saeculi byrrum et sumant ecclesiae vestimentum, quod est cilicium, contritionis indicium, quia cor contritum et humiliatum Deus non spernit . . . ideo cum tempus habemus convertamur . . .«

3) Ep. II 32, ebda. 415.

4) Hierauf hat auch Poschmann S. 132 hingewiesen, der auch noch aus ep. II, 15 hervorhebt, daß Ceraunia die Schwiegermutter eines der Söhne des Ruricius nach dem Tode ihres Mannes das Bußkleid nahm, aber in ihrer Wohnung blieb.

Aprunculus sandte¹⁾. Eparchius, der Sohn des Bischofs Ruticius, war von Aprunculus wegen eines Vergehens exkommuniziert worden. Er und sein Bruder Ommatius wandten sich nun an den Vater, bei Aprunculus in dieser Sache Fürsprache einzulegen. Dieser sandte nun zu diesem Zweck den Presbyter Eusebiolus an Aprunculus mit der Bitte, seinem Sohne nach entsprechender Ermahnung (*sufficienter admonito*) Nachlaß zu gewähren; dann, fügt er bei, wie demjenigen, der seine Sünde verteidige und so törichter Weise in der Schuld verharre, nicht eher Verzeihung gewährt werden dürfe, bis er sie anerkenne, so müsse das Eingeständnis der Sünde (*agnitio peccati*) die Verzeihung dem Bekennenden bringen: »*Remedium est enim mali confessio non simulata delicti, nec ultioni publicae relinquitur locus, ubi reus conscientia torquente punitur*«. Inzwischen schrieb Aprunculus selbst in dieser Sache an Ruticius, bevor er noch diese Mitteilung erhalten hatte. Auf sein erstes Schreiben Bezug nehmend, antwortete nun letzterer²⁾, hervorhebend, daß er auf die Bitten der beiden Söhne »*et confessione culpae et deprecatione veniae et consanguinitatis affectu compulsus*« sich in dieser Sache an ihn gewandt hätte, da er nicht geglaubt hätte, daß er selbst ihm darüber schreiben werde. Aprunculus wollte wissen, ob Ruticius seine Strafmaßnahme (*districtio*) billige. Dieser antwortete, seinen Gerechtigkeitssinn in edler Weise bekundend: »*. . . ego factum vestrum et probo et conlaudo et vehementer admiror, qui, dum uni indesperato per admonitionem gladii spiritualis pro reddenda salute intulistis dolorem, multis contulistis languentibus sanitatem*«, und fügte bemerkenswert bei: »*multi in ecclesia, qui curari nequeunt verbo, sanantur exemplo*«. Nun aber, sagt er, — auf das Gleichnis des verlorenen Sohnes hinweisend, der seine Tat beichtete und nicht bloß Verzeihung, sondern auch die frühere Gnade wieder erhielt, — wollen wir mit dem Gefallenen trauern, dem Reuigen zu Hilfe kommen, den Zurückgekehrten umarmen, über den wieder Gefundenen uns freuen: »*quod et apostolatum vestrum propterea fecisse certus sum, ut paululum infirmantem filium excluderetis a matre, ut eum ipsi post modicum restitueretis incolumen*«. Aus den letzten Worten ersehen wir, daß Eparchius wegen seines Vergehens von der Kirche ausgeschlossen worden war; wir können aber auch daraus entnehmen, daß man in solchen Fällen nicht starr bei der Zensur verharrte sondern wo Geständnis

1) Ep. II, 57. — 2) Ep. II, 58.

und Reue vorlagen, die Wiederaufnahme vollzog, ohne daß man hartnäckig auf weiteren Bußforderungen bestand. Der Weg zur Wiederaufnahme durch den Bischof aber führte über Reue, Bekenntnis (bezw. Eingeständnis) und Satisfaktionsleistung. Derartige Fälle waren sicher nicht selten; denn, fügt Ruricius, der seinen Gläubigen gegenüber sicher die gleiche Haltung einnahm, bei: »Multis contulistis languentibus sanitatem«. Wenn man gemeint hat¹⁾, daß der Theologe, der für die Geschichte der Kirche und Theologie aus den Briefen des Bischofs Ruricius Gewinn ziehen wolle, nicht auf seine Rechnung komme, so trifft dies, so richtig im übrigen jenes Urteil ist, nach dem Gesagten für die Bußgeschichte nicht zu.

Neben Ruricius darf hier im Vorbeigehen auch der als Südgallier geborene Bischof *Magnus Felix Ennodius*, der 513 den Stuhl von Pavia bestieg, genannt werden, dessen Schriftstellerei²⁾ einen stark profanen Zug aufweist, aber doch auch kirchliche Fragen berührt; hat er sich doch in seiner Verteidigung des Papstes Symmachus als Anwalt des Primates erwiesen. Infolge einer Krankheit hatte sich in ihm selbst ein seelischer Wandel vollzogen, der ihn zu seinen, dem hl. Augustinus nachgebildeten Selbstbekenntnissen veranlaßte. Daß in ihm ein starkes Sündenbewußtsein lebte und er das Bedürfnis empfand, sich seelsorgerlich hervorragenden Geistesmännern anzuvertrauen und sich ihrer Fürbitte bei Gott zur Vergebung seiner Sünden zu versichern, verraten seine Briefe an den Abt Stephan und den Bischof Eulalius. Zum Bußproblem hat er im einzelnen nicht Stellung genommen; wir verdanken ihm aber eine für die Bußpraxis jener Zeit wertvolle Notiz, die uns zeigt, daß auch Jugendliche im Anblick des Todes sich der Pönitz unterwarfen, auch wenn sie keine schweren Vergehen zu büßen hatten. An seinen Freund Armenius, dessen Sohn in zartem Alter gestorben war, schrieb er nämlich³⁾: »Minus peccavit, quod immaturus abruptus est; iunxit ad vitam perpetuam melioris saeculi, quod in ista servavit: *paenitentia, quam eum egisse loqueris*, etsi in ipso non invenisset, quod dilueret, invenerat quod ornaret, *quae, quotiens innocentibus datur*, coronam pro humilitatis affectione conciliat«. Die Übernahme der Pönitz ist also auch für Unschuldige, nicht ohne Bedeutung; vielmehr verschafft sie für diese Gesinnung der

1) Schanz-Krüger IV, 550. — 2) Herausgegeben von G. Hartel, C. S. L. 6. MG. Auct. ant.VII (ed. Vogel) — 3) Ep. II, 1 ebda. S. 40 ff.

Demut die (ewige) Krone. Wie sehr diese religiöse Haltung des jugendlichen Büßers, »qui paenitentiam egit«, den Bischof ergriffen hat, zeigt sein schönes ihm gewidmetes Epigramm ¹⁾;

Suscipit oblatum, veniam cui contulit Jesus.

Post culpas animae sunt holocausta Dei.

Perge, puer, teneros superans bene conscius annos,

Vectores meruit candida vita pios.

Dem entspricht der Beschluß der 13. Synode von Toledo (683) in c. 13, wonach ein Bischof oder Priester, der in der Krankheit die Buße empfangen, sich aber keines crimen mortale angeklagt hat, nach erlangter Genesung zu seinem Amt zurückkehren darf, nachdem ihm sein Metropolit die Rekonziliation der Pönitenten erteilt hat.

Wir haben gehört, wie Leo I. über Jugendliche dachte, die in Lebensgefahr die Buße übernahmen und nachher heirateten, und ferner festgestellt, daß nach den Bestimmungen der Synode von Agde (c. 15) junge Leute wegen der Gebrechlichkeit des Alters zur Buße nicht leicht zugelassen werden sollten, daß jedoch keinem, der dem Tode nahe war, das Viaticum verweigert werden durfte. Aus der Mitteilung des Ennodius ersehen wir nun, daß man die Jugendlichen zur Pönitenz im letzten Augenblicke zuließ. Wie die Wendung »quotiens innocentibus datur« zeigt, handelte es sich nicht um einen vereinzelt Fall, sondern offenbar um eine allgemeine Übung, ohne daß allerdings aus dieser Notiz festzustellen ist, welche Folgen im Falle der Genesung damit verbunden gewesen wären. Soll man wirklich annehmen daß solche, die keine schweren Vergehen zu beichten und zu büßen hatten, in jeder Hinsicht den gleichen Verpflichtungen unterworfen waren, wie die anderen, wenn nicht gerade ein Gelübde vorlag? Soweit es sich um die Wirkungen der Buße auf den Empfang der Weihen handelt, kam jedenfalls in Spanien — und anders wird es in Gallien, wo ja auch auf bußrechtlichem Gebiete ohne Zweifel ein Konnex bestand, nicht gewesen sein —, in diesem Falle die Irregularität in Wegfall. Denn der 9. Kanon der Synode von Gerunda bestimmte: »Is vero, qui aegritudinis languore depressus poenitentiae benedictionem (quam viaticum deputamus) per communionem acceperit et postmodum reconvalescens caput poenitentiae in ecclesia publice non subdiderit, si prohibitis vitis non detinetur obnoxius, admittatur ad clerum«. ¹⁾

In der Praxis ließen sich die strengen Forderungen nicht immer durchführen und vielleicht hat Frank recht, wenn er unter

1) Carm. II, 34 ebd. 569.

Bezugnahme auf den Satz der 6. Synode zu Toledo (638 c. 8): »in his omnibus sacerdotis ordinatio expectetur« meint, daß alle diese strengen Verordnungen durchgehends nur Räte gewesen seien, auf deren Beobachtung man nicht streng gedrungen habe. Vielgestaltig erweist sich jedenfalls die Praxis bei Gregor von Tours.

VI.

Die Buße bei Gregor von Tours.

Von den Werken Gregors von Tours¹⁾ kommt außer einigen Angaben seines *Liber vitae patrum*²⁾ nur seine Geschichte der Franken³⁾ für die Bußgeschichte in Betracht; diese gibt naturgemäß keine theoretischen Erörterungen über Sünde und Buße, enthält aber eine ganze Anzahl von Fällen aus dem Gebiete der Kirchendisziplin und der Bußpraxis, die verschiedentlich die synodalen Bestimmungen hierüber ergänzen. Nicht uninteressant ist, daß man sich bereits damals bei der Anklage gegen die Bischöfe, wie das Verfahren des Königs Chilperich gegen Prätextat von Rouen, dem jener Diebstahl und Mordabsichten zur Last legte⁴⁾, zeigt, auf die sog. ap. Canones berief. Was die strafrechtliche Seite betrifft, so ist bei Gregor darauf zu achten, daß neben dem kirchlichen Buß- und Strafverfahren das weltliche Strafrecht einhergeht und gelegentlich beide ineinandergreifen. Schwere Verbrechen hatten nach germanischem Recht die Friedlosigkeit zur Folge. Soweit es sich um die Berührung mit dem kirchlichen Strafrecht handelt, sind hier besonders Mord, Kirchenschändung und Ehebruch zu nennen. *Sacrilegium*, *homicidium*, *adulterium* begegnen uns ja, wie wir gesehen haben, oft in den gallischen bußrechtlichen Bestimmungen als Nachklang der alten drei Kapitalvergehen. Auch die Folgen der Friedlosigkeit haben, wie die früher angeführten Beispiele des vollen Ausschlusses aus der Gemeinschaft mit dem Verbot der Verkehrs- und Tischgemeinschaft lehren, auf kirchenrechtlichem Gebiete ihre Parallele. Sie sind bei Gregor noch die

1) ed. Arndt, MG, SS. rer. Merov. I (Hannoverae 1884).

2) *Libri octo miraculorum* VII, MG. SS. rer. Merov. I, p. II, 661 ff.

3) Ebenda p. I, 1 ff.; ferner Omont-Collon, nouv. éd. par Poupardin (Paris 1913).

4) Hist. Franc. 5, 18. Vgl. zum Folgenden: W. Ringel, Das Strafrecht des Gregor von Tours, Diss. (Leipzig 1912).

gleichen, wie im salischen Recht: »niemand darf den Frieden hausen, selbst seine Frau nicht; sonst macht er sich strafbarer Begünstigung schuldig. Niemand darf ihm Nahrungreichen ¹⁾«. Die Kirche stand unter dem Königsfrieden. »Allen (bei Gregor erwähnten) Fällen der Verletzung des Kirchenfriedens ist gemeinsam, daß durch sie der König unmittelbar als verletzt erscheint, da er als Beschützer der Kirche diese unter besonderen Bann stellt ²⁾. Die Bestrafung des Täters war hart; dazu kommt, daß die Kirche über den Täter die Exkommunikation verhängen konnte. Eine besondere Rolle spielten auch bei Gregor die Bußzahlungen (compositiones), die, was ihre juristische Natur angeht, als Friedenskaufgelder anzusehen sind ³⁾. Wir sehen hier davon ab, darzutun, auf welche Vergehen sie gesetzt wurden. Ein interessanter Fall, wo die Entweihung der Kirche durch Bluttat ebenso mit der gesetzlichen Buße wie mit der Exkommunikation geahndet wird, begegnet uns im 5. Buche der Frankengeschichte ⁴⁾, wo Folgendes erzählt wird: Einer Frau in Paris war nachgesagt worden, ihren Mann verlassen und mit einem anderen gebuhlt zu haben. Auf Drängen der Verwandten begab ihr Vater sich in die Kirche des hl. Dionysius, legte seine Hände auf den Altar und beschwor ihre Unschuld. Als die Gegenpartei ihn des Meineids beschuldigte, kam es zum Handgemenge und Blutvergießen vor dem Altare, wobei viele verwundet und die Kirche mit Blut bespritzt wurde. Der Ort blieb nun für den Gottesdienst geschlossen und der König wurde benachrichtigt. Dieser nahm die Täter nicht in Gnade an, sondern befahl, sie zum Bischof der Stadt zu schicken, damit sie nicht, — wie Giesebrecht mit Ruinart die Stelle auf- faßt ⁵⁾ —, wenn sie schuldig befunden würden, auf ungeziemende Weise der Gemeinschaft zugesellt würden (sociarentur communioni). Der Bischof nahm sie in *die kirchliche Gemeinschaft* wieder auf, da sie die gesetzliche Buße für ihre Übeltaten zahlten (componentes).

Sehen wir uns nach weiteren Fällen um, so darf hier auf den Grafen Nanthinus von Angoulême hingewiesen werden, den der Bischof Heraklius wegen seiner Räubereien und Grausamkeiten von den Pforten der Kirche fernhalten ließ (iussit eum ab ecclesiae foribus prohiberi). Da er versprach, alles wieder gut zu machen,

1) Ringel S. 11. — 2) Ebda. S. 23. — 3) Ebda. S. 40. — 4) 5, 32. — 5) Geschichtsschreiber der deutschen Vorzeit, IV, 268; M. 71, 348. Vgl. dagegen den Text bei Krusch l. c. 225: si . . . culpabiles non inveniebantur, convenienter sociarentur communioni.

nahm ihn jener anläßlich einer Versammlung der Bischöfe in Liebe wieder auf (in caritate recepit). In die Stadt zurückgekehrt, verübte der Graf neue Plünderungen und Gewalttätigkeiten. Er wurde nun wieder vom Bischof aus der Gemeinschaft (d. h. also nach dem Obigen vom Gottesdienst und dem Empfang der Kommunion) ausgeschlossen. Der Bischof starb. Nanthinus wurde nun, Bestechungen und Schmeicheleien anwendend, von einigen Bischöfen wieder aufgenommen (communicatur¹⁾). Ein anderes Mal erzählt Gregor von einem gewissen Pelagius²⁾, den er wegen seiner Diebstähle, Betrügereien, Mordtaten und anderer Verbrechen durch sanfte Worte und durch Drohungen wiederholt von seinem bösen Treiben abzuhalten suchte, aber schließlich, als er wieder grausam gegen die eigenen Leute des Bischofs vorging, von der Communio suspendierte, nicht um die Beleidigung zu rächen, wie der Bischof sagt, sondern um ihn zu bessern. Als jener aber mit zwölf Eideshelfern einen Reinigungseid geschworen hatte, befahl Gregor, ihn in die Gemeinschaft wieder aufzunehmen (recipi in communionem). Auch hier ist nicht von öffentlicher Buße die Rede. Hingewiesen sei noch auf den Grafen Eulalius³⁾, den der Bischof Cautinus von Arvern, da er des Muttermordes verdächtig war, von der Kommunion (a communione) ausschloß, dem er aber, da er sich am Feste des hl. Julianus ihm zu Füßen warf und darüber beklagte, daß er ungehört ausgeschlossen worden sei (a communione remotum), gestattete, mit den übrigen der Feier der hl. Messe beizuwohnen (spectare solemnias). Als Eulalius bei der Kommunion zum Altare trat, da sagte ihm der Bischof, das Gerücht unter dem Volke bezeichne ihn als Mörder (seiner Mutter); er wisse es nicht; aber wenn er unschuldig sei, wie er behaupte, so möge er näher treten und eine Partikel der Eucharistie zu sich nehmen und sie auf seinen Mund legen. Gott werde ihm ins Gewissen sehen. — Er nahm die Eucharistie, kommunizierte und ging weg. Weiteres erfahren wir nicht. Es ist das einzige Mal, daß Gregor von der Abendmahlsprobe berichtet. Aus den angeführten Beispielen ersehen wir, wie die Disziplin, soweit dabei der Ausschluß von der Kommunion oder der Gemeinschaft in Frage kam, gehandhabt wurde. Es handelte sich dabei um schwere Vergehen oder enorme Verbrechen. Welcher Art diese im einzelnen waren, ist deutlich ersichtlich. Aber Gregor erwähnt gelegentlich auch den Begriff des Kapitalvergehens und

1) 5, 36. — 2) 8, 40. — 3) 10, 8.

nennt einzelne Beispiele dieser Art. Bei dem Verhör über die Zustände im Frauenkloster zu Poitiers¹⁾ wurden die beiden inkriminierten Nonnen Chrodiele und Basina, die das Kloster verlassen hatten, gefragt, ob die Äbtissin des Ehebruchs, des Mords, der Zauberei — oder sonst eines Kapitalvergehens beschuldigt werden könne, was sie verneinten. Man sieht auch hier wieder, da die Zauberei (*maleficium*) in das Kapitel der Idolatrie hineingehört, wie die Vorstellung der alten Kapitalvergehen noch nachwirkte. Im vorliegenden Falle wurden die beiden Nonnen, nachdem man erkannt hatte, daß sie schwerer Vergehen (*tot capitalibus agnitis facinoribus*) schuldig waren und auch die Äbtissin nicht um Verzeihung bitten, sondern sie, wie sie öffentlich gestanden (*quod publice sunt professae*), töten wollten, von der Gemeinschaft (Kommunion) ausgeschlossen (*a communione suspensae*). Gregor sagt: »*reseratis a nobis et recensitis canonibus visum est aequissimum eas, usque quod dignam agerent poenitentiam, a communione privari et abbatissam suo loco permansuram restitui*»²⁾. Wenn hier von einer »*digna poenitentia*« die Rede ist, so darf daran erinnert werden, daß dieser Begriff Cäsarius von Arles geläufig ist.

Was nun die Buße als solche betrifft, so finden sich auch bei Gregor die Begriffe »*poenitentiam petere*« und »*poenitentiam accipere*« besonders da, wo er von der Buße Sterbender erzählt. Mehrere Beispiele weisen darauf hin, daß die Gläubigen angesichts des Todes die Buße empfangen haben und zwar in der Form, wie sie damals in Übung war. Von dem Referendar Marcus³⁾, der sich durch ungerechte Steuerforderungen große Schätze angesammelt hatte, wird berichtet, daß er, plötzlich von Seitenstichen befallen, sich das Haar schor, die Buße empfing (*poenitentiam accipiens*) und den Geist aushauchte. In den *Vitae*

1) 10, 16.

2) Vgl. dazu auch IX, 41, wo von den Nonnen, die aus dem Kloster der hl. Radegunde ausgesprungen waren, gesagt wird: »*Quapropter ipsas a communionis gratia visi fueritis suspendere . . . Igitur quia optimae vos novimus statuta canonum percurrisse ac regulae plenitudinem continere, ut qui in talibus excessibus videntur deprahendi, non solum excommunicatione, verum etiam poenitentiae satisfactione debeant coerceri . . .*« und ebda am Schluß IX, 43: »*Non venimus, quia a communione suspensae sumus. Si reconciliari meremur, tunc ad audientiam venire non differimus*«.

3) 6, 28.

patrum Gregors bzw. im Leben des Bischofs Nicetius von Lyon¹⁾ ist die Rede von einem Manne, der vom Fieber erfaßt, den Priester unter Tränen bat, ihm die Buße zu erteilen. Von demselben Nicetius von Lyon sagt Gregor, daß er streng gegen die Sünder (*castigator delinquentium*) und nachsichtig gegen die Büßer (*poenitentium remissor*) gewesen sei²⁾; wir erfahren gleich im Anschluß an diese Notiz, daß er einen Diakon wegen Ehebruchs nicht nur oft von der Kommunion ausschloß, sondern noch häufiger geißeln ließ. Besonders hervorgehoben aber verdient zu werden, was im 3. Jahre König Childeberts (578) von Dacco, dem Sohne Dagarichs, den der Herzog Dracolen gefangen und gefesselt zum König gebracht hatte, gesagt wird³⁾: »Dacco«, lautet der Bericht nach Giesebrechts Übersetzung, »als er in Banden gehalten wurde und sah, daß er gewiß nicht entkommen werde, verlangte, einem Priester zu beichten, ohne daß der König es wußte«. Nach Frank⁴⁾ berichtet Gregor, Dacco habe vor seiner Hinrichtung einen Priester begehrt und um die Buße gebeten. »Es kam ein Priester, dem er beichtete, und nachdem er die Buße erhalten hatte, starb er mit Ergebung«. Wie lautet der Text? Es ist lehrreich, ihn dazu zu vergleichen. Er lautet: »Ille quoque cum vinctus deteneretur et cernerit se paenitus non evasurum, a presbytero rege nesciente poenitentiam petiit. Qua accepta interfectus est«. Er bat also um die Buße und nachdem er sie empfangen hatte, starb er. Mehr steht hier nicht. Daß ein Bekenntnis, zumal in der Krankheit, wo es sich um schwere Vergehen handelte, stattfand, ist nicht zweifelhaft. Aber der Begriff, »poenitentiam petere« bzw. »accipere« ist weiter als der der »confessio peccatorum«. Es konnte jemand die Buße empfangen, auch wenn er sich keiner (schweren) Vergehen anzuklagen hatte.

Im Zusammenhang hiermit gewinnt auch ein Vorgang aus dem Leben des hl. Bischofs Nicetius von Trier Bedeutung, auf den Gregor in seinem *Vitae patrum* ausführlich zu sprechen kommt. Diese Lebensbeschreibung enthält an sich schon einige bußgeschichtlich interessante Notizen. Es wird nämlich darin berichtet, der König Theoderich habe Nicetius deshalb sehr verehrt und auf den bischöflichen Stuhl erhoben, weil er ihm oft seine Fehler und Verbrechen bloßgelegt habe, wodurch er moralisch tadelloser geworden sei. Die interessante Stelle lautet: »Venerabatur

1) c. 11 a. a. O. S. 701. — 2) 4, 36. — 3) Hist. Franc. 5, 25. —

4) S. 236.

autem eum et rex Theodericus magno honore, eo quod *saepius* vitia eius nudaret ac *crimina* castigatus emendatior redderetur, et ob hanc gratiam decedente Trevericae urbis sacerdote eum ad episcopatum iussit arcessi ¹⁾«. Wir haben hier einmal ein interessantes Beispiel, wie die Züchtigung oder Zurechtweisung wegen schwerer Vergehen, wovon so oft in den Quellen, namentlich bei Cäsarius von Arles und Gregor I. die Rede ist, auch von Hochstehenden aufgenommen wurde und sich praktisch auswirkte, ohne daß von einer öffentlichen Buße gesprochen wird. Theoderich sah darin eine besondere Gnade, weil er dadurch innerlich besser wurde; man darf wohl annehmen, daß Nicetius mit der Zurechtweisung auch die Fürbitte bei Gott verband. — Bei seiner Fahrt zur Stadt, wo er die Weihe empfangen sollte, gerieten die Pferde in ein Saatsfeld armer Leute. Nicetius rief seinen Begleitern zu: Treibet die Pferde heraus, sonst werde ich euch aus meiner Gemeinschaft (a communione mea) ausschließen. Darauf sagten jene empört: Was für eine Sache redest du da? Noch hast du die bischöfliche Würde nicht erlangt und schon drohst du mit der Exkommunikation? Hier wird also der Ausschluß von der communio der Exkommunikation gleichgesetzt ²⁾).

Wichtiger als dies aber ist der schon angedeutete Vorgang, der im folgenden Kapitel erzählt wird ³⁾, »um, wie es heißt, die Zensur der Priester zu stärken, das Volk zu unterrichten und die Könige selbst zu belehren«. Es wird da gesagt: »Nam cum Theoderico decedente Theodeberthus, filius eius, regnum ambisset ac multa inique exercebat et ab eodem plerumque corriperebatur, cur vel ipse perpetraret vel perpetrantes non argueret, advenit dies Dominicus; et ecce rex cum his, qui ab hoc sacerdote *communione abesse* iussi fuerant, ecclesiam est ingressus. Lectis igitur lectionibus, quas canon sanxit antiquus, oblatis muneribus super altare dei, ait sacerdos: Non hic hodie missarum sollemnia consummabuntur, *nisi communione privati prius abscedant*«. Es wird dann weiter berichtet, daß plötzlich ein Knabe aus dem Volke, als der König dies verweigerte, vom Teufel besessen, seine Stimme erhob und ebenso die Tugenden des hl. Nicetius wie die Laster des Königs bekannte. Dieser bat nun in seiner Bestürzung, ihn zu entfernen. Da sagte der Bischof: »Prius illi, qui te secuti sunt, id est *incesti, homicidae, adulteri ab hac ecclesia extrudantur* et hunc Deus silere iubebit. Et statim rex

1) MG. SS. rer. Merov. I, 728. — 2) Ebd. 729. — 3) Ebd. 729.

iussit omnes hos, qui sacerdotis sententia damnati fuerant, *egredi ab ecclesia*. Quibus expulsis iussit sacerdos daemonicum foris extrahi«. Es ist mit Recht betont worden, daß hier nicht von Büßern, sondern von lasterhaften Menschen, die von dem Bischof ausgeschlossen wurden, die Rede ist, näherhin von Inzestuösen, Mördern und Ehebrechern, so daß daraus ein Beweis für eine Büßerentlassung im Abendland nicht entnommen werden kann¹⁾. Aber es ist doch bemerkenswert, daß Nicetius diese Schwerverbrecher immerhin an dem *lehrhaften* Teil des Gottesdienstes bis zur Darbringung der Gaben anwesend sein läßt, aber dann mit Beginn des eigentlichen Gottesdienstes aus der Kirche hinausstößt. Man erinnert sich dabei, daß oben schon davon die Rede war, wie er den Grafen Nanthin von der Kirchentür fernhalten ließ und wie er anderseits dem Grafen Eulalius, der sich beklagte, ungerecht ausgeschlossen worden zu sein, gestattete, der Feier der *hl. Messe* beizuwohnen. Hier wie dort bedeutete also der Ausschluß von der *communio* nicht nur die Versagung des Zutritts zur Kommunion, sondern zum Gottesdienst überhaupt. Nicht zu übersehen ist, wenn dann ferner noch von Nicetius gesagt wird: »Cotidie autem praedicabat sacerdos populis, denudans crimina singulorum et pro remissione deprecans assidue confitentum. Unde adversus eum saepius odii virus exarsit, quod tam veraciter multorum facinora publicaret²⁾«. Hier ist jedes Wort von Bedeutung. Täglich also predigte er; diese Predigt zielte offenbar auf die Zurechtweisung des Volkes. Denn er deckte, wie es weiter heißt, die schweren Vergehen (*crimina*, nicht *delicta*) der einzelnen auf und legte unablässig Fürbitte bei Gott ein für die Nachlassung (der Sünden) derer, die ein Bekenntnis ablegten oder, sofern er schon davon wußte, geständig waren. Was oben von König Theoderich, dessen Vergehen der Bischof oft bloßlegte, gesagt wird, erhält hier eine nähere Erläuterung; der König hat offenbar auch in solchen Fällen (*saepius*) seine Sünden eingestanden und bekannt; denn nur so konnte, worauf dort hingedeutet wird, gesagt werden, daß er dadurch besser wurde. Von Bedeutung ist dann die ausdrückliche Hervorhebung der Fürbitte. Unwillkürlich erinnert man sich dessen, was von Hilarius von Arles berichtet wird, der oft am Sonntag dem ihm zuströmenden Volke, wie es heißt, die Pönitenz erteilte, die Leute durch seine Worte zur Reue entflammte und unter

1) Koch, Die Büßerentlassung a. a. O. S. 525. — 2) A. a. O. 730.

Tränen für sie Fürbitte einlegte: jedoch ist dort von dem Bekenntnis nicht die Rede. Wichtiger noch ist, was u. a. Julianus, Leo I. und Gregor I. über das Bekenntnis und vor allem die Interzession des Priesters für die ihre Sünden Bekennden gesagt haben.

Im Zusammenhang mit dieser Erzählung gewinnt auch eine Notiz Gregors¹⁾ in seinem Bericht über den hl. Aridius, der aus einer vornehmen Familie der Stadt Limoges stammend, als Edelknabe am Hofe König Theodeberts lebte, jedoch dem Ruf des Bischofs folgte, sich die Haare abscheren ließ und längere Zeit bei ihm lebte, später aber ein Kloster (in Altanum, jetzt Yrieix) nach der Regel Kassians und Basilius' gründete: »Er verließ«, heißt es da, »den Palast des Königs und folgte dem Bischof nach. Und als sie in dessen Zelle traten, und über die göttlichen Dinge sich unterhielten, bat der Jüngling den Bischof, er möchte ihn bessern, belehren, unterweisen und in den hl. Schriften unterrichten: »*expetiit adolescens a beato sacerdote corrigi*«. Diese kurze Angabe wird nun in der früher Gregor ebenfalls zugeschriebenen, jedoch aus jüngerer Zeit²⁾ stammenden Vita des hl. Aridius weiter ausgeschmückt. Es heißt da: »*Cum iam virilem ageret aetatem cupiens se vas Deo exhibere sanctificatum ac metuens futura tremendaque iudicia, ut ne aliqua suum pectus delicta fuscarent, omnia acta adulescentiae suae coram conspectu viri beatissimi Nicetii episcopi confessus est*«. Diese Stelle ist leider wertlos. Denn sie ist wörtlich der Vita s. Eligii (1, 7) entnommen, die ihrerseits wieder nicht völlig beweiskräftig ist, da sie spätere Zusätze enthält³⁾.

Bei dem von Gregor geschilderten Verhalten des Nicetius gegen die Sünder handelt es sich ohne Zweifel nicht um das öffentliche kanonische Bußverfahren, sondern um seelsorgerliche Maßnahmen, deren Bedeutung nicht zu unterschätzen ist. Was nun die früher beleuchteten Formen des kanonischen Bußverfahrens angeht, so enthält auch hierüber die Geschichte der Franken einige wertvolle Angaben. Da hören wir von einer ge-

1) Hist. Franc. 10, 29.

2) ed. Krusch, MG. SS. rer. Merov. III, 576.

3) Krusch sagt (S. 571): Vita Eligii etsi ab Audoen († 686) composita esse vult, tamen aevo Carolingico attribuenda esse videtur eodemque manifestum est eam Aridii a falsario frandulenter confectam esse. Vgl. ebd. IV, 673.

wissen Berthegunde, Tochter der mit König Guntchram verwandten Jngitrude¹⁾. Sie war dem Rufe ihrer Mutter in das von dieser gegründete Kloster gefolgt, aber auf Veranlassung Gregors aus Furcht, sie könnte »von den Priestern Gottes der Kirchengemeinschaft (communione) beraubt werden«, zu ihrem Manne wieder zurückgekehrt, verließ ihn aber nach einigen Jahren wieder und begab sich zu ihrem Bruder, dem Bischof Berthram von Bordeaux. Als nun auf die Klage des Mannes König Guntchram sie herauszugeben forderte, erklärte jener sich dazu bereit, teilte aber mit, sie habe ihn verlassen; und nun fährt Gregor fort: »Et haec dicens misit clam nuntios ad eam, mandans, ut *veste mutata ac paenitentia accepta* basilicam s. Martini expeteret. Quod facere illa non distulit«. Der Mann kam und wollte sie herausholen, was sie jedoch ablehnte: »Erat enim in *veste religiosa* adserens se accepisse paenitentiam«. Es wird hierdurch bestätigt, was wir über die Buße dieser Art festgestellt haben. Für die Klerikerbuße ist im Gegensatz zu den sonstigen Bestimmungen wichtig das Verfahren der Synode von Mâcon (585) gegen den Bischof Ursicinus von Cahors, der den Empörer Gundovald (Bastard Chlotars I) aufgenommen hatte²⁾. Es wurde über ihn die Exkommunikation verhängt und ihm verboten, die hl. Messe zu zelebrieren, Kleriker zu ordinieren, Kirchen und Chrisma zu weihen und die Eulogien auszuteilen; dazu ihm auferlegt, drei Jahre Buße zu tun, nicht *Haupphaar und Bart zu scheren* und von Wein und Fleisch sich zu enthalten³⁾.

Nach dem, was wir über die Kirchendisziplin und Buße hiernach bei Gregor feststellen konnten, hielt man auch in dieser Zeit an der überkommenen Bußpraxis mit den Formen, die wir besonders bei Cäsarius von Arles kennen gelernt haben, fest. Aber zwei Dinge müssen auffallen. Einmal die Tatsache, daß Gregor wiederholt von der Exkommunikation und der Wiederaufnahme, die einmal sogar nach Zahlung der gesetzlichen Compositio erfolgt, spricht, ohne die Kirchenbuße zu erwähnen. Geht daraus hervor, daß man überhaupt auf die öffentliche Buße in der Regel verzichtete und sich mit der Verhängung der Zensur und privater Genugtuung begnügte⁴⁾, so daß zumeist nur noch, wovon Gregor

1) Hist. Franc 9, 33. — 2) Ebda. 8, 20. — 3) Die Notiz im Leben des Abtes Johannes: Quidam fratricida pro enormitate criminis ferreis cingulis alligatus praeceptum habuit, ut septem annis loca sanctorum peragrando circuiret« (L. in gloria confess. c. 85, MG., SS. rer. Merov. I, 803), ist eine spätere Interpolation — 4) Vgl. dazu die Fragestellung bei Poschmann, Abendl.-Kirchenb. 265. Dazu auch Göller, Das Sündenbekenntnis bei Gregor d. Gr. a. a. O. S. 7 ff.

wiederholt spricht, die Krankenbuße am Ende erteilt worden wäre? Keineswegs. Wird doch ausdrücklich von den *Statuta canonum* gesprochen, die verfügten: »ut qui in talibus excessibus videntur deprehendi, non solum excommunicatione, verum etiam poenitentiae satisfactione debeant coerceri«. Man scheint aber in bestimmten Fällen, wodurch wohl die spätere Unterscheidung des Forum externum und internum angebahnt wurde, den Ausschluß als Strafe verfügt zu haben, ohne auf die poenitentia publica zu drängen. An zweiter Stelle ist beachtenswert, daß auch bei Gregor von einer individuellen seelsorgerlichen Behandlung die Rede ist. Wir hören von der Zurechtweisung des Bischofs, der die Vergehen der Sünder, die ihrerseits ihre Verfehlungen bekennen, aufdeckt und Fürbitte für sie bei Gott einlegt. Das liegt in der Linie dessen, was wir von anderen gallischen Autoren — Hilarius v. A., Pomerius, Ruricius — gehört haben, ohne daß allerdings damit der Nachweis einer sakramental wirksamen Privatbuße mit Sicherheit gegeben ist. Denn noch immer war für schwere Vergehen die herkömmliche (öffentliche) Kirchenbuße erforderlich, die allerdings, wo sie mit dem freiwilligen Bekenntnis geheimer Vergehen, das besonders bei Gregor I. in derselben Zeit vorkommt, verbunden war, stark modifiziert erschien, jedoch außer im Notfalle stets erst nach Leistung der Genugtuung mit der Rekonziliation abschloß. Man unterschied aber auch damals bei der Ahndung der Vergehen zwischen kanonischen und pastoralen Maßnahmen. Bedeutungsvoll ist in dieser Beziehung — und damit schließen wir diese Erörterungen — ein Schreiben, das der Bischof Mapinius von Rheims an Nicetius von Trier, zur Synode von Toul eingeladen (550), richtete. Er sagt darin: *iteratis scriptis edocuit Beatitudinem vestram, dum aliquos Francorum pro zelo divini timoris corripit ac pro incestis conditionibus a communione ecclesiastica removet, scandala seu anxietates multimodas sustinere. De qua re non mediocriter ingemiscimus, quod nos relatione vestra scire non feceritis, utrum ex canonica lectione damnentur an pro pastorali diligentia de mediocribus reatibus corrigantur. Licet nihil novi vos de his rebus invenire posse cognoscimus, quod prisca patrum sollertia non potuit repperire, tamen absurdum esse videtur, ut a nobis recipiantur, qui a vobis secundum seriem canonum ecclesiastica severitate abdicantur*¹⁾.

1) MG. Epp. III (Ep. Austr. 11) S. 126; Migne 71, 1165 ff.

2. Die affectio papalis.

Eine kanonistische Studie von Professor Dr. *Johann Haring* in Graz.

Vorbemerkung.

Die vorliegende Studie befaßt sich mit einem kanonistischen Gebilde, das im kanonischen Rechte nur gelegentlich erwähnt, dennoch im kirchlichen Rechte eine Rolle spielt. Im Zusammenhang mit der päpstlichen Vollgewalt stehend, taucht die affectio papalis auf verschiedenen Gebieten des kanonischen Rechtes auf. Ihre rechtliche Möglichkeit liegt im höchsten Jurisdiktionsprimat des Papstes; daher finden sich aber auch Anklänge davon in absolut regierten Staaten. Den Analogien des römischen und besonders des deutschen Rechtes nachzugehen, bot ein besonderes Interesse.

Wie alle menschlichen Einrichtungen hat auch die affectio papalis ihre Geschichte durchgemacht. Es sei nur an die der affectio papalis verwandten Mandate und Reservationen des Mittelalters erinnert. Doch der Geschichte gehört die affectio papalis auch heute nicht vollständig an. Gerade die nachfolgende Darstellung soll zeigen, daß auch der Codex jur. can. die affectio papalis kennt, wenn er uns auch den Namen nicht überliefert hat. Freilich bleibt die Frage bestehen, ob die im Kodex aufrecht erhaltenen Affektionsfälle, soweit sie über das innerkirchliche Gebiet hinausgehen, in die Praxis sich werden umsetzen lassen. Abgesehen von älteren Konkordatsbestimmungen sind die einstigen Affektionsfälle bei der Verleihung von Benefizien meistens durch gegenteilige Gewohnheiten beseitigt worden und den Praktikern der Gegenwart vielfach unbekannt. Die Zukunft wird lehren, ob diese durch den Kodex neubelebten älteren Bestimmungen zur Durchführung gelangen, oder die Bildung einer gegenteiligen Gewohnheit beginnt, oder die gegenteilige hundertjährige Gewohnheit nach Kanon 5 des kirchlichen Rechtsbuches aufrechterhalten bleibt.

Begriff der Affektion.

Schon im klassischen Latein hat das Wort *afficere* die Bedeutung »mit etwas in Verbindung, in ein Verhältnis bringen«. *Affectio* bedeutet demnach eine Beziehung. *Affectio papalis* drückt eine besondere Beziehung des Papstes zu einem Objekte aus. Im kanonischen Rechte denkt man bei der *affectio* hauptsächlich an die Affektion (Reservation) der Benefizien. So heißt es im *Dictionnaire de droit canonique* s. v. *Affectation* ¹⁾: Le mot *affectation* chez les canonistes écrivant en français, traduisait le terme latin *affectio*, qui désignait par rapport au bénéfices et principalement à leur collation, une réserve d'espèce particulière, provenant de ce que le pape intervenait en fait dans l'attribution de ces bénéfices, sans qu'aucun texte légal ait soustrait ces bénéfices à l'action de leur collateur ordinaire, d'après, le droit commun, et les ait déclarés réservés. Dans le cas de cette intervention papale, ces bénéfices étaient dits affectés.

Doch ist damit die Affektion bei weitem nicht erschöpft. Man muß die *affectio papalis* vielmehr definieren als das vom Papste aus einem besonderen Titel in Anspruch genommene Recht, gewisse Rechtshandlungen oder Kultakte unter Ausschluß der sonst hierzu berechtigten untergeordneten kirchlichen Organe vorzunehmen bzw. vornehmen zu lassen.

Infolge des höchsten Jurisdiktionsprimates in der Kirche ²⁾ hat der Papst das Recht überall unmittelbar in der Kirche einzugreifen. Dieses Recht selbst ist aber nicht die *affectio papalis*, doch fußt die Affektion auf diesem Rechte. Wie nämlich der Papst im Einzelfalle eingreifen kann, so kann er auch ein für alle mal festsetzen, daß er gewisse Kult- oder Rechtshandlungen sich vorbehalten will, bzw. daß dieselben nur mit seiner Erlaubnis von anderen vorgenommen werden dürfen. Die besondere gesetzliche Vorschrift ist also der *titulus specialis*, worauf die *affectio papalis* sich stützt. Es berührt sich hierin die *affectio papalis* mit den sog. *causae maiores* (d. i. den dem Papst vorbehaltenen Angelegenheiten) und den Reservationen überhaupt.

1) Paris 1926, 260.

2) Can. 218: *Romanus Pontifex, Beati Petri in primatu successor, habet non solum primum honoris, sed supremam et plenam potestatem jurisdictionis in universam ecclesiam tum in rebus, quae ad fidem et mores, tum in iis quae ad disciplinam et regimen Ecclesiae per totum orbem diffusae pertinent.*

Ältere Kanonisten sprechen bei der affectio papalis von einer Handanlegung des Papstes, kraft deren die sonst Berechtigten ausgeschlossen würden. Affectio est quoddam vinculum et impedimentum a manus Papae appositione proveniens, cui datum est in praerogativam supremæ potestatis ut, in quibus ipse manus apposuerit alii se intromittere non possint¹⁾. Tatsächlich spricht Paul II. in seiner Dekretale vom 1. September 1467²⁾ von einer manus appositio und schreibt ihr die Wirkung zu, daß derartige Benefizien von anderen nicht vergeben werden können³⁾. Auch der Codex juris canonici can. 1435, § 1, n 4 spricht von beneficia quibus Romanus Pontifex . . . manus apposuit. Eine gewisse Ähnlichkeit mit der affectio weist das deutschrechtliche Bannrecht auf. Infolge der Banngewalt konnte der deutsche König für die verschiedensten Gebiete der Verwaltung allgemeine Verordnungen treffen und die Angelegenheiten an sich ziehen. Im Bannwald durften die Untertanen kein Nutzungsrecht ausüben, im Bannfluß stand nur dem Landesherrn das Fischereirecht zu⁴⁾.

Die päpstliche Affektion findet sich auf verschiedenen Gebieten des kanonischen Rechtes. Die eingehendste Behandlung hat sie im Benefizialrecht erlangt; sie findet sich aber auch im Ordinationsrecht, auf liturgischem Gebiete und im Gerichtswesen. Nach diesen Gesichtspunkten soll auch das Thema behandelt werden.

1. Die päpstliche Affektion im Benefizialrecht.

a) Allgemeines über die Benefizienreservation.

Die päpstliche Affektion, besonders soweit das Benefizialrecht in Betracht kommt, steht in engem Zusammenhang mit der päpst-

1) *Pyrrhus Corradus*, Praxis beneficiaria, l. 5, cap. 1, n. 67 (Colon. Agripp. 1679, IV, 91).

2) In cap. 14, Extravagantes communes, III, 2.

3) Beneficia affecta idem sunt ac beneficia per appositionem manus Papae impedita, quominus ab inferiore collatore ordinarie conferri possint. *Reiffenstuel A.*, Jus can. univ. l. 3, tit. 5, § 14 (III Antverp. 1743, 124 ff.).

4) Vgl. über das Bannrecht *Birkmeyer K.*, Enzyklopädie der Rechtswissenschaften Berlin 1912, 235 f. *Schröder R.*, Lehrbuch der deutschen Rechtsgeschichte Leipzig 1907⁵, 116 ff. In dem Sinne, daß die Bewohner eines bestimmten Bezirkes die Befriedigung gewisser Bedürfnisse nur bei bestimmten privilegierten Personen suchen durften (Bierzwang, Mühlenzwang, Weinzwang), dauerte das Bannrecht bis in die neueste Zeit herein.

lichen Reservation (Vorbehalt), ja es wird sich zeigen, daß die Affektion lediglich ein bestimmter Fall der Reservation ist¹⁾.

Wenn nun auch Reservation und Affektion im päpstlichen Primat bzw. in der päpstlichen Vollgewalt begründet sind, so folgt daraus nicht notwendiger Weise, daß diese Rechte durch den Papst auch tatsächlich immer ausgeübt wurden. Wie andere Primatialrechte, so wurden auch diese Rechte erst ausgeübt, als die Christianisierung in Europa im großen Ganzen abgeschlossen war²⁾.

Bereits im 12. Jahrhundert finden sich Fälle, in denen der Papst den an sich verleihungsberechtigten Persönlichkeiten, bei Besetzung gewisser *Benefizien, bestimmte Kandidaten empfahl*³⁾. Das erste uns überlieferte Provisionsmandat stammt aus dem Jahre 1137⁴⁾, ist an den Erzbischof von Compostella gerichtet, und enthält die Bitte, dem Kleriker Arias ein Benefizium zu verleihen. Zahlreicher werden die Provisionsmandate seit dem Pontifikate Hadrians IV. (1154—1159). In einem konkreten Falle wendet sich dieser Papst zu Gunsten Hugos des Kanzlers Ludwigs VII. an den Bischof von Paris, demselben ein demnächst freiwerdendes Benefizium zu verleihen: *Illum fraternitati tuae duximus plurimum commendandum, rogantes attentius quatenus pro beati Petri et nostrarum reverentia literarum primum personatum vel honorem, qui in tua ecclesia vacabit, ei concedas*⁵⁾. Bei der Stellung des Papstes in der Kirche nahmen diese Empfehlungsschreiben begreiflicherweise mitunter die Form von Befehlen an. So wurde das Pariser Kapitel von Papst Hadrian IV.

1) *Schmalzgrueber, F.*, Jus eccl. univ. I. 3, tit. 5, n. 210 (Dilling., 1726 lib. III, tom. I, 101 ff): *affectio habet locum etiam in aliis quam beneficiis et ordinibus . . . in cognitione causae quam si Papa cognoscere coeperit aut commiserit alteri, a iudice inferiore advocata censetur*. Liturgische Affektionsfälle verzeichnet *Benedikt XIV.*, In supremo, 20. Okt. 1756, § 9. *Gasparri*, Cod. jur. can. Fontes, II, 542.

2) Man kann deshalb von einer Geschichte der Ausübung der Primatialrechte, nicht aber von einer Geschichte des Primates (der ein abgeschlossenes geschichtliches Faktum ist) sprechen.

3) Vgl. zu folgendem besonders *Hinschius P.*, System des kath. Kirchenrechts III, 1883, 113 ff. Allerdings wird der protestantische Autor der kath. Auffassung nicht gerecht. Vgl. ferner *Baier H.*, Päpstliche Provisionen für niedere Pfründen bis 1304, Münster 1911. *Göller E.*, Die päpstlichen Reservationen und ihre Bedeutung f. d. kirchl. Rechtsentwicklung des ausgehenden Mittelalters (Internat. Wochenschrift 1910, 12. März).

4) *Jaffé*, Reg. Pont. 2 Nr. 7831 (Papst Innozenz II. 1130—1143).

5) *Mansi*, C. C., XXI, 805.

aufgefordert, dem früher erwähnten Hugo die Propsteistelle im Kapitel zu verleihen: Mandando praecipimus, quatenus praeposituram, quae in Parisiensi ecclesia et domos, quae in claustro eiusdem ecclesiae dehinc primum vacaverint . . . concedatis¹⁾ Noch deutlicher erklärte Alexander III. (1180), daß ein derartiger Befehl durchzuführen ist, außer der Bittsteller hätte den Besitz eines ausreichenden Benefiziums verschwiegen, oder die Verleihung würde zum Ärgernis gereichen: Si mandatum nostrum pro alicuius provisione receperis, qui aliud beneficium habeat, de quo valeat commode sustentari, nisi forte in literis ipsis de hoc mentio habeatur, aut si non potest ei sine scandalo provideri, aequanimiter sustinemus, si pro ea mandatum nostrum non duxeris exequendum²⁾. Zur Durchführung derartiger Provisionsmandate wurden eigene Exekutoren bestellt³⁾ und im Falle des Widerstrebens kirchliche Strafen in Aussicht gestellt⁴⁾. Unter formeller Berufung auf die apostolische Vollgewalt nahm Innozenz III. derartige Besetzungen vor: Praebendam, quam idem avunculus tuus in ecclesia S. Hilarii Pictaviensis olim habuerat, sicut de plenitudine potestatis nobis concessa licebat, tibi . . . duximus concedendam⁵⁾.

Zahlreiche derartige Provisionsmandate fanden später in die offizielle Dekretalensammlung Gregors IX. Aufnahme und dienten nun zur Erläuterung der Lehre von den Reskripten und den Exspektanzen, d. i. den Verleihungen noch nicht erledigter Benefizien⁶⁾.

Seit Klemens IV. (1265) wurde die Besetzung ganzer Klassen von Benefizien dem Apostolischen Stuhle reserviert. Es handelte sich um Kirchen, Dignitäten, Personate⁷⁾ und Benefizien, welche beim römischen Stuhle oder der römischen Kurie in Erledigung kamen: Licet ecclesiarum personatum, dignitatum, aliorumque

1) *Mansi*, C. C., XXI, 812.

2) c. 6, X, 3, 5.

3) *Epist. Stephani Tornac.* 92. *Migne* I. 211, 385.

4) *Epist. Innocentii III.* I, 55, 118, 127, 145, ed. *Migne* I. 214, 47 f., 107 f. 116, 127.

5) I. c., ep. I, 89. *Migne* a. a. O., 77 f.

6) Vgl. *Decretales Gregorii IX.*, lib. 1, tit. 3 de rescriptis und lib. 3, tit. 8 de concessione praebendae et ecclesiae non vacantis.

7) Dignitäten sind wenigstens nach ursprünglicher Auffassung kirchliche Stellungen mit einer eigenen Jurisdiktion, Personate Stellen mit Ehrenvorrang ohne Jurisdiktion.

beneficiorum ecclesiasticorum plenaria disposito ad Romanum noscatur Pontificem pertinere, ita quod non solum ipsa quum vacant potest de jure conferre, verum etiam jus in ipsis tribuere vacaturis: collationem tamen ecclesiarum, personatum, dignitatum et beneficiorum apud sedem apostolicam vacantium specialius ceteris antiqua consuetudo Romanis pontificibus reservavit. Nos itaque laudabilem reputantes huiusmodi consuetudinem et eam auctoritate apostolica approbantes ac nihilominus volentes ipsam inviolabiliter observari, eadem auctoritate statuimus, ut ecclesias, dignitates, personatus et beneficia, quae apud sedem ipsam deinceps vacare contigerit, aliquis praeter Romanum Pontificem, quacunq[ue] super hoc sit auctoritate munitus, sive jure ordinariae potestatis ipsorum electio provisio seu collatio ad eum pertineat sive literas super aliquorum provisione generales vel etiam speciales sub quacunq[ue] forma verborum receperit (nisi sic sit super conferendis eisdem in curia Romana vacantibus specialis et expressa ab ipso Pontifice summo auctoritas attributa), conferre alicui seu aliquibus non praesumat. Nos enim, si secus actum seu attentatum fuerit, decernimus irritum et inane.

Hervorgehoben sei, daß der Papst grundsätzlich die volle Verfügung (plenaria dispositio) über alle kirchlichen Benefizien in Anspruch nimmt, wenn auch schließlich auf Grund einer antiqua consuetudo nur eine bestimmte Gruppe von Benefizien reserviert wird ¹⁾).

Weitere Bestimmungen zu der Verfügung Klemens' IV. erließen Bonifaz VIII. ²⁾ und Klemens V. ³⁾. Es ist eine Erledigung in curia auch dann anzunehmen, wenn der Tod des Benefiziaten im Umkreis von zwei Tagreisen von der Kurie erfolgt. Pfarrkirchen, deren Erledigung in curia erfolgte, sind während der Sedisvakanz des päpstlichen Stuhles nicht reserviert. Eine bedeutende Erweiterung erfuhren die Reservationen durch Johann XXII. (1316—1334). Mit der Dekretale *Ex debito* ⁴⁾ wurden zunächst die früheren Reservationen (die in der curia Romana erledigten Ämter) aufrecht erhalten, dann aber auch jene Ämter reserviert, welche infolge Deposition, Privation, Promotion (Beförderung), Translation, Versetzung, Konsekration oder Benediktion des bisherigen Inhabers durch den Papst erledigt wurden, ferner Ämter, bei deren Besetzung der Papst die Wahl kassierte,

1) c. 2, in VI, 3, 4. — 2) c. 34, 35, in VI., 3, 4. — 3) c. 3, Extrav. communes, 3, 2. — 4) c. 4, Extr. com., 1, 3.

die Postulation verwarf oder die Resignation des Gewählten entgegennahm, schließlich die den Kardinälen und gewissen höheren Offizialen der Kurie zustehenden Ämter, auch wenn dieselben durch einen auswärts erfolgten Tod der bisherigen Inhaber in Erledigung gekommen sind.

Durch die Bulle *Execrabilis* reservierte derselbe Papst 1317 sich die Besetzung aller jener Benefizien, die infolge der gegen die Kumulation gerichteten Vorschriften frei wurden¹⁾. Eine Zusammenfassung der geltenden Reservationen machte Benedikt XII. (1334—1342) in der Konstitution *Ad regimen ecclesiae*²⁾. Die verschiedenen Einteilungen der Reservationen weisen auf das zahlreiche Vorkommen hin. Man unterschied *reservationes generales* und *speciales*, wobei die beiden Begriffe nicht immer gleichmäßig bestimmt wurden. Man verstand unter Generalreservation die Reservation von Benefizien nach gewissen Gesichtspunkten z. B. Benefizien, die in curia in Erledigung kommen, aber auch die durch einen allgemeinen Erlaß reservierten Benefizien. Unter Spezialreservation verstand man die Reservation von bestimmten Benefizien z. B. Dignitäten, aber auch die Reservation in einem konkreten Falle. Unter Realreservationen verstand man Reservationen, die mit Rücksicht auf die vorbehaltenen Benefizien, unter Personalreservationen Reservationen, welche mit Rücksicht auf gewisse Personen erfolgten. Sogar Mentalreservationen kamen vor. Sie bestanden darin, daß der Papst die begünstigste Person nicht nannte, sondern in mente behielt³⁾. Praktisch konnte dies nur eine Anwartschaft sein. Das Tridentinum sessio XXIV, de reform., cap. 19 beseitigt dieselbe. Hier ist auch der sog. päpstliche *concursum* zu erwähnen. Dieser besteht darin, daß der Papst selbst auf Grund der apostolischen Vollmacht an Stelle des sonst berechtigten Verleihers ein Benefizium verleiht. Er konkurriert gleichsam mit dem berechtigten Kollator in Ausübung des Rechtes. Aus der Natur der Sache ergibt sich, daß das Recht des an sich berechtigten Kollators erst schwindet, wenn der Papst die Verleihung vornimmt bzw. dem Kollator mitteilt, daß er die Verleihung vornehmen will. Eine vorher vom Kollator vorgenommene Verleihung wäre rechtskräftig⁴⁾. Grundsätzlich ist auch im

1) c. 4, Extr. comm., 3, 2. — 2) c. 13, Extr. com., 3, 2. — 3) *Hinschius*, a. O., III, 141. — 4) c. 14, in VI, 3, 4: . . etsi memorato episcopo praedictam concessimus potestatem, penes nos tamen nihilominus remansit maior licet eadem potestas, etiam in praedictis, propter quod nostra, qui eandem praeoccupavimus potestatem, potior debet esse conditio.

Codex j. c. der concursus aufrecht erhalten: can. 1431. *Jus Romano Pontifici est beneficia in universa ecclesia conferendi eorumque collationem sibimet reservandi*. Wenn nun auch all diese Reservationen formell gerechtfertigt werden konnten und den Päpsten dadurch ermöglicht war, verdiente Personen auf einflußreiche kirchliche Stellungen zu befördern, so haftete doch den Reservationen ein gewisses Odium an, zumal die Päpste besonders während des abendländischen Schismas die Reservationen auch fiskalisch ausnützen und bei der großen Anzahl derselben Mißbräuche vorkamen.

Daher nahmen die Reformkonzilien des 15. Jahrhunderts u. a. auch gegen die vielen Reservationen Stellung. Nachdem auf dem Konstanzer Konzil ¹⁾ mit den Deutschen und Romanen hieraufbezügliche Vereinbarungen auf fünf Jahre geschlossen worden waren, nahm das Basler Konzil die Angelegenheit wiederum auf. Die Beschlüsse desselben ²⁾ wurden aber für Deutschland durch das zwischen Nikolaus V. und Kaiser Friedrich III. zu Wien 1448 abgeschlossene Konkordat modifiziert ³⁾. Eine Zusammenstellung der sog. Generalreservationen erfolgte in den päpstlichen Kanzleiregeln.

Es sind dies Grundsätze, welche die Päpste bei Antritt ihrer Regierung der apostolischen Kanzlei vorschreiben und die im Laufe der Jahrhunderte eine gewisse Stabilität erlangt haben ⁴⁾. Mit den Generalreservationen befassen sich Reg. 1 bis 9 u. 68. War derart die päpstliche Benefizienreservation theoretisch sichergestellt, so war doch die Praxis infolge der neueren Konkordate eine derartige, daß die päpstliche Reservation eine seltene Ausnahme machte. In Altpreußen waren Bistümer und Erzbistümer reserviert, die »in curia« in Erledigung kamen ⁵⁾. Für Bayern schloß man aus Art. 11 des Konkordates vom 5. Juni 1817 ⁶⁾ die Aufhebung aller päpstlichen Reservate. Aber auch in anderen deutschen Ländern, in Frankreich und Elsaß-Lothringen kamen

1) *Walter F.*, *Fontes jur. eccl.* 1862, 86 ff.

2) Sessio XXIII, decret. 6, *Mansi*, C. C., 29, 120.

3) *Walter F.*, *Fontes jur. eccl.*, 109 ff.

4) Vgl. *Haring J.*, *Grundzüge des kath. K. R.* ³⁾, 118. Ein Abdruck der Kanzleiregeln Klemens' XIV. in *Walter F.*, *Fontes*, 483 ff.

5) *De salute animarum*, 16. Juli 1821 n. XXII (*Walter*, *Fontes*, 245).

6) *Walter*, a. O., 209.

keine päpstlichen Reservationen vor¹⁾. Im österreichischen Konkordate Art. 22 wurde die erste bzw. wenn diese einem Privatpatron untersteht, die zweite Kanonikatsstelle reserviert²⁾. Im Vertrag, betreffend die Errichtung des Bistums Basel (Solothur) 1828 wurde die erste Kapiteldignität, im spanischen Konkordat 1851 die Dignität des Kantors und eines weiteren Kanonikates (*canonicatus de gracia*)³⁾, im Konkordat mit Venezuela 1862⁴⁾ die erste Stelle im Metropolitankapitel, in den übrigen Kapiteln ein Kanonikat (*vulgo de Merced*) dem apostolischen Stuhle reserviert⁵⁾. Die neuesten Konkordate, mit Bayern 29. März 1924, Polen 2. Juni 1925, Litauen 27. Sept. 1927, Portugal 15. April 1928 erwähnen die päpstliche Benefizienreservation überhaupt nicht⁶⁾. Es gilt demnach das allgemeine kanonische Recht. Der Codex jur. can. erklärt in can. 1431, daß der römische Papst jegliche Benefizienverleihung selbst vornehmen bzw. sich reservieren kann: *Jus Romano Pontifici est beneficia in universa Ecclesia conferendi eorumque collationem sibimet reservandi*. Hiermit ist die Zulässigkeit der Spezial- und der Generalreservation ausgesprochen. Kanon 1434 gibt die *Wirkungen* der Reservation an: *Beneficia Sedi Apostolicae reservata ab inferioribus invalide conferuntur*. Kanon 1435 zählt die dem Apostolischen Stuhle auch bei Sedisvakanz *reservierten Benefizien* auf. Es sind dies alle Konsistorialbenefizien, das sind Benefizien, die im päpstlichen Konsistorium verliehen werden⁷⁾; ferner Dignitäten an den Kathedral- und Kollegiatkapiteln⁸⁾. Ferner sind reserviert alle, auch Seelsorgsbenefizien, welche zur Erledigung kommen durch den Tod, Beförderung, Verzicht, Versetzung von Kardinälen, päpstlichen

1) *Hinschius*, K. R., III, 166 f.

2) *Walter*, a. O. 286.

3) *Nussi V.*, *Conventiones* 1870, 244.

4) I. c., 287.

5) I. c., 358.

6) *Acta A. S.*, XVII, 41 ff., 273 ff. XIX, 425 ff. XX, 129 ff. Daß der *modus vivendi* mit der Tschechoslowakei darüber nichts enthält, wird nicht auffallen, *Acta A. S.*, XX, 65 f.

7) Can. 1411, n. 1.

8) Can. 396, § 1. Der Begriff Dignität ist aber im Kodex nicht festgelegt. Mancherorts versteht man darunter jene Stellen, deren Inhaber sich des *usus pontificalium* erfreuen.

Legaten, höheren Beamten (*officiales maiores*) ¹⁾ der römischen Kongregationen, Gerichtshöfe und Offizien der römischen Kurie, auch der Familiaren des Papstes, auch Ehrenfamiaren ²⁾, insoweit die zuletzt erwähnten Personen ihre päpstliche Stellung zur Zeit der Vakanz des Benefiziums noch inne hatten (*tempore vacationis beneficii*) ³⁾.

Weiter sind reserviert alle Benefizien, die außerhalb Roms errichtet sind, die aber durch den Tod des Inhabers in Rom in Erledigung kommen ⁴⁾. Ferner sind reserviert Benefizien, die infolge Simonie ungültig verliehen worden sind.

1) Der Ausdruck *officialis maior* ist ein technischer, genau begrenzter. Es gehören dazu bei den Kongregationen der Präfekt, Sekretär, Subsekretär oder Substitut, bei der Rota die 10 Auditoren, der *promotor iustitiae* und *defensor vinculi*, bei der apostolischen Signatur der Präfekt, die 5 Kardinäle und der beigegebene Sekretär, bei der Datarie der Datar, Subdatur und Präfekt, bei der apostolischen Kanzlei der Kanzler, Reggente und Substitut, bei der apostolischen Kammer der Camerlengo, Vicedamerlengo, Uditore generale und der Schatzmeister. *Ordo servandus*, 29. September 1908 (*Acta Ap. sedis*, I, 36 ff.). *Eidmann E.*, Das Strafrecht des C. j. c. 1920, 162.

2) Also wäre die Besetzung einer Pfarre, deren Inhaber bis zur Erledigung der Pfründe päpstlicher Ehrenkämmerer gewesen ist, dem Papste reserviert. Diese Reservation ist keine Neuerung des Kodex. Auch in den Kanzleiregeln findet sich diese Verfügung und zwar unter Berufung auf ältere Konstitutionen. *Reg. canc.*, § 7. *Walter*, *Fontes*, 486: *Item reservavit generaliter D. N. SS. dispositioni suae omnia beneficia cubiculariorum etiam honoris nuncupatorum, ac cursorum suorum declarans in praedecessorum suorum Romanorum Pontificum constitutionibus et regulis reservatoriis, etiam a die earum editionis et publicationis intelligi et comprehendendi ac comprehensos fuisse et esse.* — Zum Begriff *familia Pontificia* sei nachstehendes angefügt.

Man unterscheidet eine *capella* und eine *familia Pontificia*. Zur *capella Pontificia* gehören jene Kleriker, welche bei der feierlichen gottesdienstlichen Versammlung des Papstes (*capella magna*) teilnehmen. Es gehören dazu die Kardinäle, die Patriarchen, die Thronassistenten, Erzbischöfe und Bischöfe ferner eine Reihe von kirchlichen Würdenträgern, schließlich auch die geheimen Kämmerer des Papstes, die geheimen Ehrenkämmerer, die geheimen Kapläne und Ehrenkapläne. Zur *familia Pontificia* gehören jene Geistliche und Laien, welche zum persönlichen oder häuslichen Dienste des Papstes bestimmt sind. Sie werden in mehrere Gruppen eingeteilt. Es gehören zur *familia Pontificia* auch die *praelati domestici*, die überzähligen geheimen Kämmerer, wirkliche und Ehrenkapläne. *Annuario Pontificio* 1928, 549 ff., 567 f.

3) Der Ausdruck *tempore vacationis beneficii* ist etwas unklar, *Hilling N.* *Archiv f. k. K. R.* 104, 1924, 282 ff. erklärt ihn im Hinblick auf *Regul. cancellariae* I (*Walter*, *Fontes*, 483) im oben angegebenen Sinn. So auch *Vermeersch-Creusen*, *Epist. jur. can.* II, 1922, 419.

4) Die Ausdehnung des Begriffes »Erledigung in curia«, wie solche, Bonifaz VIII. in c. 34, in VI, 3, 4 annahm, ist hier nicht angedeutet. Die

Reserviert sind die Benefizien, auf welche der Papst persönlich oder durch einen Delegaten in folgender Weise »seine Hand gelegt hat«: Wenn er eine Wahl für das Benefizium für nichtig erklärt hat, den Wählern verboten hat, zu einer Wahl zu schreiten, den Verzicht des bisherigen Inhabers entgegengenommen hat, den bisherigen Inhaber befördert, versetzt oder des Benefiziums entsetzt, oder das Benefizium als Kommende vergeben hat¹⁾.

Nicht trifft die Reservation zu, wenn es sich um Benefizien des Laien- oder um gemischte Patronate oder um Manualbenefizien handelt. Reserviert sind also unter den früher angegebenen Voraussetzungen die Benefizien des geistlichen Patronates oder der freien bischöflichen Verleihung²⁾.

b) Die Affectio von Benefizien.

Neben dem Ausdruck Reservation findet sich in den Quellen und in der Literatur des kanonischen Rechtes auch der Ausdruck Affectio, ohne daß der Unterschied zwischen beiden klar hervortreten würde.

In c. 14, Extrav. com., 3, 2 spricht Paul II. von beneficia propter reservationem et decretum reservata vel affecta von einer reservatio manusque appositio und daß gewisse beneficia per huiusmodi reservationem et decretum remansisse et remanere semper affecta nullumque . . . praeter Romanum Pontificem . . . disponere potuisse sive posse. Das Summarium faßte den Inhalt der Dekretale in die Worte: Beneficia quaecunque sint dispositioni apostolicae reservata, per talem reservationem sunt affecta. Auch in den Kanzleiregeln findet sich dieselbe Unentschiedenheit. So in § 9: dummodo dispositioni apostolicae (beneficia) reservata vel affecta non fuerint . . . § 11: remanere per huiusmodi reservationem et decretum affecta (beneficia), § 15 . . . de beneficiis ecclesiasticis generaliter reservatis seu affectis, § 32: generaliter reservata vel affecta, § 58: beneficium reservatum specialiter vel affectum³⁾. Eher deutet das Tridentinum Sessio 24, de reformatione,

Romreise muß zur Erledigung kirchlicher Angelegenheiten (nicht aus anderen Gründen) erfolgen. *Prümmer D.*, Manuale jur. can. ³, 502.

1) Die nähere Erklärung dieser Gruppe der Erledigungsfälle s. im folgenden Abschnitt. — Eine nur *scheinbare* Ausnahme in can. 443, § 1 (Entfernung eines Kapitellvikars bzw. Oekonoms durch den apost. Stuhl).

2) Auch die ältere Doktrin machte schon diese Ausnahme. *Hinschius*, K. R. III, 144.

3) *Walter*, Fontes, 487, 488, 490, 495, 501

cap. 15 einen Unterschied an: Es sollen die unzulänglichen Bezüge der Kanoniker vermehrt werden durch Union einfacher Benefizien: non obstantibus . . . quacunq[ue] reservatione generali vel speciali aut affectione¹⁾. Die Kanonisten geben sich indes auch redlich Mühe, einen Unterschied zwischen Reservation und Affektion aufzustellen.

Den Hauptunterschied zwischen Affektion und Reservation sah man im Anschluß an c. 14, Extr. com., 3, 2 darin, daß die Affektion stets zur Folge habe, daß das davon betroffene Benefizium dem ansonst berechtigten Verleiher derart entzogen sei, daß er das Benefizium nicht gültig verleihen könne, möge nun die Affektion ihm bekannt sein oder nicht, möge die Nichtigkeit ausdrücklich ausgesprochen sein oder nicht; bei der Reservation treffe dies aber nicht immer zu. Aber diese Unterscheidung ist wohl kaum haltbar, denn in zit. c. 14. ist in gleicher Weise sowohl von reservierten als auch von affizierten Benefizien die Rede; ferner hatte doch Klemens V. allgemein erklärt, daß die Reservation auch bindet, wenn der sonst berufene Verleiher davon keine Kenntnis hat: beneficia reservamus decernentes ex nunc irritum et inane, si quid contra hoc scienter vel ignoranter attentatum est, hactenus vel in posterum contigerit attentari²⁾. Weitere Unterschiede sah man darin, daß die Reservation stets ausdrücklich, die Affektion aber auch durch konkludente Handlungen erfolgen könne, die Reservation dauernd, die Affektion vorübergehend, bedingt durch den Zweck der affizierenden Handlung sei. Doch auch diese Unterschiede sind nicht durchschlagend. Warum sollte nicht auch eine Reservation durch konkludente Handlungen erfolgen können? Das Wesen der Reservation verbietet gewiß auch nicht eine vorübergehende Reservation.

Vielleicht kommen wir der Frage näher, wenn wir nachforschen, welche Fälle die Kanonisten als Affektionsfälle behandelten.

Es wurden als Affektionsfälle aufgeführt³⁾.

- a) Verleihung eines Benefiziums nach Beendigung eines Kommende-Verhältnisses.

1) *Richter-Schulte*, *Canones et decreta Conc. Trid.* 1853, 369.

2) c. 3, Extr. com., 3, 2.

3) Vgl. *Reiffenstuel A.*, *Jus can. univ.* (III Antv. 1743, 124 f.) I. 3, t. 5, n. 407 ff. *Böckhn Placid.*, *Commentar . . . in jus can.* (II, Salzburg 1738, 73) I. 3, t. 8, § II *Schmalzgrueber F.*, I. c., n. 210.

- b) Wenn der Papst den Befehl gibt (mandatum), ein bestimmtes, vielleicht gar noch nicht erledigtes Benefizium nach seiner Vakatur einem bestimmten Kandidaten zu verleihen.
- c) Wenn der Papst der wahlberechtigten Korporation verbietet, zur Wahl zu schreiten.
- d) Wenn der Papst einem Benefiziaten den Auftrag gibt, in seine Hände zu resignieren.
- e) Wenn der Papst die Entziehung eines Benefiziums anordnet.
- f) Überhaupt wenn der Papst die Resignation eines Benefiziums entgegennimmt.
- g) Wenn der Papst ein Benefizium besetzt, aber die Besetzung aus irgend einem Grunde ungültig ist. Es bleibt hier die Wiederbesetzung dem Papst vorbehalten (affect).

Zu den einzelnen Punkten sei folgendes bemerkt: Zu a. Man versteht unter Commenda ein kirchliches Benefizium, das lediglich provisorisch, wenn auch vielleicht auf Lebenszeit jemandem übertragen wird derart, daß die Temporalien des Benefiziums, nicht aber das Amt nach seiner spirituellen Seite überwiesen wird¹⁾. Pyrrhus Corradus²⁾ sagt: Commenda est quoddam depositum, donec Papa aliter de beneficio commendato disponat . . . alia est temporalis, alia perpetua, sive altera in utilitatem ecclesiae, altera vero in utilitatem ipsius commendatarii. Der Codex j. c. can. 1412 definiert die zeitliche Kommende als concessio reddituum alicuius ecclesiae aut monasterii alicui facta, ita ut eo deficiente redditus ipsi ad ecclesiam vel Monasterium revertantur. Da nach can. 1409 dem materiellen Teile des Benefiziums das Officium entsprechen muß³⁾, also eine Überweisung der Früchte ohne die Amtspflichten unzulässig ist, so kann eine Kommende nur vom Papst verfügt werden⁴⁾. Der Fall sub b) betrifft ein päpstliches Provisionsmandat, wie solche im Mittelalter häufig vorkommen. Die Affektion liegt hier in dem Befehle des Papstes.

1) *Permaneder* im Kirchenlexikon III², 693 ff. *Köstler R.*, Wörterbuch zum C. j. c., 74. Zur Geschichte *Thomassin L.*, Vetus et nova disciplina II, I. 3, c. 10 ff. (Venetis 1773, 337 ff.).

2) *Praxis dispensationum Apostolicarum* I. 6, c. 3, n. 4 (Colon. 1678, 190).

3) *Constans officio et jure periplendi redditus ex dote officio adnexos.*

4) Vgl. auch can. 1435, § 1, n. 4: Si (Papa) beneficium in commendam dederit.

Die besondere Affektion im Falle c) liegt im Verbote des Papstes, die Wahl vorzunehmen. Resigniert jemand auf sein Benefizium in die Hände des Papstes, sei es nun über Auftrag des Papstes oder freiwillig, wird jemandem über Auftrag des Papstes ein Benefizium entzogen, so liegt in diesen Akten die Affektion des freiwerdenden Benefiziums. Der Fall sub g) konnte wohl darin seinen Grund finden, daß der Papst sich die Verleihung eines Benefiziums vorbehalten hatte und, da die erste Verleihung ungültig war, nun zu einer zweiten schreitet.

Man kann sich eine Vorstellung von der einstigen Bedeutung der Affektion machen, wenn man die subtilen Untersuchungen darüber liest, wann eine *affectio papalis* *nicht* anzunehmen sei. So führt Pyrrhus Corradus¹⁾ aus, daß eine Affektion nicht eintrete, wenn der Papst ein Benefizium verleiht, vor Antritt des Benefiziums durch den bestellten Benefiziaten aber dasselbe Benefizium irrthümlicherweise anderweitig verleiht und der zuerst Bestellte das Benefizium nicht übernimmt. Keine Affektion trete ein, wenn der Papst zwar eine *privatio beneficii* angeordnet habe, der *privandus* aber vor Durchführung des Verfahrens stirbt; desgleichen sei die Affektion nicht anzunehmen, wenn die in die Hände des Papstes gemachte Resignation sich aus irgend einem Grund als ungültig erweist. Doch der gelehrte Autor muß bekennen, daß es in dieser Hinsicht sehr viele Streitfragen gibt. *Scias tamen, quod circa praemissa non potest in praxi certa regula constitui; nam sciunt curiales etiam in his parum versati, quod quandoque per simplicem manus Papae appositionem quamvis exinde videbatur beneficium non remanere affectum, nihilominus consuevit illud per ipsum Papam conferri et super hoc innumeras altercationes vidi oriri inter dominos abbreviatores maioris Praecedentiae, quorum tamen opinionem non vidi super hoc aliqua solida ratione fulciri nisi diceremus, quod summus Pontifex ideo taliter confert, quia in beneficialibus est dominus absolutus.*

Neuestens wurde die Ansicht ausgesprochen, daß die Affektion der weitere Begriff sei und in sich auch den Reservationsbegriff enthalte. Man müßte, um mit den Wortlaut der Quellen nicht in Widerspruch zu geraten, eine Affektion im weiteren und engeren

1) Praxis beneficiaria (Colon. 1679, II, 91) l. 5, cap. 1, n. 69.

Sinne unterscheiden und unter die Affektion im weiteren Sinne auch die Reservation einbeziehen ¹⁾).

So äußert sich Hilling N. ²⁾: »Nach meinem Dafürhalten beruht der grundlegende Gedanke bei den generellen Reservationen — bei den höheren kommt offenbar der Gesichtspunkt der *causa maior* in Frage — in der Lehre von der sog. *affectio Sanctae Sedis*, wonach Benefizien unter gewissen Umständen dem hl. Stuhle affekt und damit von selbst der Besetzung der niederen Kollatoren entzogen wurden. Bei der Reservation *propter vacationem in curia* konnte man sich darauf berufen, daß der verstorbene Benefiziat während seines Aufenthaltes an der Kurie gewissermaßen Mitglied der letzteren gewesen und so zum Papst in ein ganz spezielles Verhältnis getreten sei, woraus sich dann die *affectio* von selbst ergab. Der weitere Ausbau der Affektionsfälle hatte keine Schwierigkeiten; gestützt wird diese Hypothese durch die im kanonischen Recht bekannte *affectio specialis*, die eintrat, sobald der Papst den Willen kundgegeben hatte, ein Benefizium verleihen zu wollen.«

Wernz-Vidal ist geneigt, die Reservation als den weiteren Begriff zu nehmen, und spricht von einer *reservatio in sensu stricto*, wenn die Besetzung eines Benefiziums dauernd dem Papste reserviert ist. Würde nun die Besetzung in einem Einzelfalle vorbehalten, so geschehe dies *jure affectionis vel specialis reservationis* ³⁾).

Der Codex jur. can. gebraucht den Ausdruck *affectio* überhaupt nicht mehr. Jedoch werden in can. 1435, § 1, n. 4 unter den allgemeinen Sammelnamen Reservation vereinigt jene Fälle zusammengestellt, welche die Kanonisten bisher als Affektionsfälle bezeichnet haben. Sie werden, entsprechend der bisherigen Lehre, dadurch charakterisiert, daß auf dieselben der Papst selbst oder durch einen Legaten seine Hand gelegt habe: *Romanus Pontifex per se vel per delegatum manus apposuit*. Als solche Modalitäten werden und zwar erschöpfend aufgeführt: *Si electionem ad beneficium irritam declaraverit vel vetuerit electores ad*

1) Eine solche Terminologie wäre dem kirchlichen Recht an sich nicht fremd. Vgl. can. 1133—1141 (die *convalidatio matrimonii* wird eingeteilt in die *convalidatio simplex* und *sanatio in radice*).

2) Archiv für kath. Kirchenrecht 1917, 97, 150 f.

3) Jus decretalium II, 1923, 251.

electionem procedere, si renuntiationem admiserit, si beneficiarium promoverit, transtulerit, beneficio privaverit, si beneficium in commendam dederit. Jedoch muß bemerkt werden, daß nur Benefizien, nicht andere kirchliche Stellungen genannt sind ¹⁾. Auch da ist die Reservation nicht vorhanden, wenn es sich lediglich um beneficia manualia ²⁾ oder um Benefizien des laikalen oder gemischten Patronates handelt (can. 1435, § 2). Nicht mehr erwähnt sind die Provisionsmandate, welche im Mittelalter einst eine so große Rolle gespielt hatten. Immerhin aber wäre bei der apostolischen Vollgewalt ein solches Mandat rechtlich nicht unmöglich. Da im Kodex die früher als Affektion bezeichneten Fälle in die allgemeine Kategorie der Reservationen einverleibt sind, so fällt auch der Unterschied, den die Kanonisten einst zwischen Reservation und Affektion hinsichtlich der Wirkung aufstellen wollten, hinweg. Kanon 1434 erklärt allgemein: Beneficia Sedi Apostolicae reservata ab inferioribus invalide conferuntur ³⁾. Auch das Nichtwissen um die Reservation hat auf die Wirkung keinen Einfluß.

Beispiele für die Fälle, daß durch Resignation eine Affektion (Reservation) eintritt, lieferte die Diözese Olmütz. Durch die Resignation des Erzbischofs Kohn 1904 war die Besetzung dem apostolischen Stuhle vorbehalten, also das sonstige Wahlrecht des Kapitels für diesen Fall aufgehoben. Als später Kardinal Skrbensky auf das Erzbistum Olmütz resignierte, trat gleichfalls eine Reservation ein, ja als nach dem Tod des Erzbischofes Stojan (1923) der erzbischöfliche Stuhl zur Besetzung gelangte, wurde Nachrichten zufolge dem Kapitel eine Wahl nicht gestattet mit der Begründung, daß der frühere Resignant (Skrbensky) noch lebe.

Da Kanon 3 Cod. j. c. erklärt, daß Konkordate an sich nicht durch die gegenteiligen Bestimmungen des Kodex aufgehoben werden, so können dort, wo derartige Konkordatsbestimmungen bestehen, die päpstlichen Reservate und Affektionen nicht durchgreifen.

1) Der Kapiteltvikar und Ökonom kann nur vom Papst enthoben werden. Die Neubesetzung steht aber dem Kapitel zu. can. 443, § 1.

2) *Eidmann E.*, K.-R. ⁸ 474 definiert beneficia manualia als Benefizien, welche auf Widerruf verliehen werden, deren Inhaber also ad nutum superioris a movibel sind. Z. B. Ordenspfarrer, can. 454, § 5.

3) Vgl. auch *Wernz-Vidal*, I. c. 252.

Durch die Ereignisse nach dem Weltkriege, besonders durch die Beseitigung der Monarchien, sind aber manche Konkordatsbestimmungen gegenstandslos geworden.

So war auf Grund des österr. Konkordates Art. 19 und 22 bzw. 25¹⁾ dem Kaiser von Österreich die Nomination von Bischöfen und der meisten Kanoniker zugestanden; durch den Wegfall des Kaisers ist dieses Recht geschwunden und das allgemeine Recht hergestellt worden. Freilich bestehen auf diesem Gebiete mancherlei Zweifel. So gab es z. B. nach dem österr. Konkordate, abgesehen von der Reservation der ersten oder zweiten Stelle im Kapitel keine päpstlichen Reservationen²⁾. Art. 24 bzw. 34 verwies auf die tridentinischen Vorschriften bzw. auf die von der Kirche anerkannte *vigens disciplina*. Die damalige Praxis in Österreich kannte z. B. keine Reservation von Benefizien, wenn deren Inhaber zur Zeit der Erledigung des Benefiziums Ehrenfamiliaren des Papstes gewesen (can. 1435, § 1, n. 1). Kann diese Praxis nach dem Kodex noch beibehalten werden? Oder gilt überhaupt das Konkordat noch? Bekanntlich hat die österreichische Regierung 1870 einseitig das Konkordat gekündigt, eine Kündigung von Seite der Kirche ist nicht erfolgt; im Gegenteil haben die österreichischen Bischöfe erklärt, an den Bestimmungen des Konkordates festhalten zu wollen³⁾. Aber selbst, wenn man den Fortbestand des Konkordates annimmt, so wurde mit dem Hinweis auf die *vigens disciplina* hinsichtlich der Benefizienbesetzung doch nur die damalige Übung anerkannt, ohne daß sich die Kirche für immerwährende Zeiten des Rechtes begeben wollte, diese Disziplin zu ändern. Denn sonst hätte die Kirche darauf verzichtet, in allen auch nicht ausdrücklich vereinbarten Punkten für das Geltungsgebiet des Konkordates irgendwelche gesetzliche Neuerung vorzunehmen, was wohl nicht anzunehmen ist.

Zieht man die Praxis zur Erklärung heran, so kann folgendes festgestellt werden: Im Seckauer Domkapitel kam im November 1918, also nach Rechtskraft des Kodex, die Propstei zur Besetzung. Da nach Kanon 396, § 1 Dignitäten überhaupt und auch nach

1) *Walter*, *Fontes*, 285 f.

2) Vgl. Art. 22 l. c. 286.

3) *Haring J.*, *K.-R.*³, 61. Daß die neuentstandenen Staaten nicht ohne weiteres die in früheren Konkordaten ganz anderen staatlichen Gebilden verlehnen Privilegien in Anspruch nehmen können, erklärte Benedikt XV. in der Allokution vom 21. Nov. 1921 (*Acta Ap. Sedis* XIII, 521 f.).

österreich. Konkordat Art. 22 die erste Dignität dem apostolischen Stuhl reserviert ist, so wurde die Besetzung tatsächlich vom apostolischen Stuhle (auf Vorschlag des Ortsordinarius) vorgenommen. Da aber der bisherige Domdechant auf die Propstei befördert wurde, so war abgesehen davon, daß das Dekanat auch als Dignität behandelt wurde, auch das erledigte Dekanat dem apostolischen Stuhle reserviert. Das gleiche galt hinsichtlich der Kustodie, deren Inhaber sich um das Dekanat bewarb und es auch erhielt. Ja auch die einfache Domherrnstelle, die durch Beförderung des bisherigen Inhabers auf die Kustodie frei geworden war, wurde ausdrücklich reserviert. Erst als ein Pfarrer auf das erledigte Kanonikat befördert worden war, wurde im Ernennungsdekret vom apostolischen Stuhle erklärt, daß *ex speciali gratia* die hierdurch erledigte Pfarre nicht reserviert sei. Als im Jahre 1924 in demselben Kapitel ein Vorrücken stattfand, wurden bloß die Dignitäten als dem apostolischen Stuhle reserviert behandelt und fehlte die Klausel, daß das Benefizium, welches durch die Beförderung auf die letzte Dignität freigeworden war, dem apostolischen Stuhle reserviert sei. Aus diesem verschiedenem Vorgehen schloß man, daß der apostolische Stuhl die in Frage stehende Reservation aufgegeben habe. Allerdings könnte man auch sagen, daß Bestimmungen des allgemeinen Rechtes, also in unserem Falle die Reservation, nicht besonders hervorgehoben werden müssen¹⁾.

Aber nicht bloß in Kapiteln, auch bei gewöhnlichen Pfarrstellen kann die päpstliche Reservation eine Rolle spielen. Bei der Häufigkeit, daß Pfarrer sich des Titels eines päpstlichen Kämmerers erfreuen, mußten sehr viele Reservationen niederer Benefizien Platz greifen. Eine Umfrage bei den österreichischen bischöflichen Ordinariaten ergab, daß Benefizien von päpstlichen Familiaren (Prälaten, Geheimekammerern) bei ihrer Erledigung nicht im Sinne des Kanon 1435, § 1, n. 1 als dem apostolischen Stuhle reserviert betrachtet werden. Über die Begründung ist man sich allerdings nicht ganz klar. Sie könnte im Kanon 5 C. j. c. gefunden werden. Es enthält Kanon 1435 keine ausdrückliche Verwerfung gegenteiliger Gewohnheiten. Nun können nach Kanon 5 hundertjährige nicht reprobierbare Gewohnheiten, die schwer beseitigt werden können, von den Ordinarien beibehalten

1) In St. Pölten wurde 1927 bei Ernennung des Dompfarrers durch den apost. Stuhl die freigewordene Stelle ausdrücklich reserviert.

werden, trotzdem, daß sie mit Bestimmungen des Kodex im Widerspruch stehen¹⁾. In Österreich ergaben sich noch weitere Schwierigkeiten. Viele Benefizien unterstehen dem Patronate des Religions- bzw. Studienfonds. Nach Art. 25 des Konkordates²⁾ erhielt Kaiser Franz Josef für sich und seine katholischen Nachfolger im Kaisertum das Nominationsrecht aus einem vom Bischof erstatteten Dreivorschlag nach Analogie der geistlichen Patrone. Die österreichische Regierung hat dieses Recht, welches sich auf ein Patronat stützt, noch nicht aufgegeben. Dem Wortlaute nach war das Nominationsrecht (das Konkordat sagt nicht Präsentationsrecht) nur Kaiser Franz Josef und seinen kath. Nachfolgern im Kaisertum verliehen. Läßt man es weiterbestehen, so ist die Frage zu erörtern, ob dieses Patronat als geistlich oder weltlich aufzufassen ist. Da nach Art. 31 Religions- und Studienfonds als kirchliche Fonds erklärt wurden (ex eorum origine ad Ecclesiae proprietatem spectant), so wäre ein geistliches Patronat anzunehmen. Nun aber sind Benefizien geistlichen Patronates der Reservation unter den gegebenen Voraussetzungen unterworfen (can. 1435, § 2). Man müßte, um den Fortbestand der Freiheit von der Reservation zu retten, den Kanon 3 zu Hilfe nehmen, der Konkordatsbestimmungen fortbestehen läßt. Aber dann fehlt wiederum successor catholicus in imperio. Besser wird man auch hier auf eine hundertjährige gegenteilige Gewohnheit sich berufen. Daß die Benefiziumsreservationen heutzutage sich nicht leicht durchführen lassen, wird wohl auch durch die Tatsache erhärtet, daß die apostolischen Nuntien die Vollmacht besitzen, an Stelle des apostolischen Stuhles tauglichen Personen reservierte Benefizien zu verleihen³⁾.

II. Die päpstliche Affektion im Ordinationsrecht.

In den ersten Zeiten der Kirche wurde die Weihe für einen bestimmten Kirchendienst erteilt. Absolute Ordinationen, d. h.

1) can. 5 spricht von consuetudines *contra* statuta canonum. Sieht man in der Nichtreservation nur eine consuetudo *praeter* statuta canonum, so ist die Rechtfertigung um so leichter.

2) *Walter*, a. O. 286.

3) Conferendi personis idoneis ea beneficia, de quibus in can. 1435, § 1 et 3 servatis regulis ab Ap. Dataria datis vel dandis. *Hilling, N.*, C. j. c. Supplementum 1925, 27. Die Verleihung dieser Benefizien, sofern sie nicht Konsistorialbenefizien sind, steht der Datarie zu. Vgl. can. 261.

Ordinationen ohne gleichzeitige Anweisung eines Kirchendienstes waren verboten. Es fiel also Ordination und Anstellung zusammen. So bestimmte das Konzil von Chalzedon Kanon 6: *Neminem absolute ordinari presbyterum vel diaconum vel quemlibet in ecclesiastica ordinatione constitutum, nisi manifeste in ecclesia civitatis, sive possessionis, aut in martyrio aut in monasterio qui ordinatur, mereatur ordinationis publicatae vocabulum. Eos autem, qui absolute ordinantur, decrevit Sancta Synodus vacuum habere manus impositionem et nullum tale factum valere ad injuriam ipsius, qui eum ordinavit*¹⁾.

Das Bedürfnis der Kirchen brachte es aber mit sich, daß man einen Postenwechsel nicht unbedingt ausschließen konnte und wollte. Doch sollte der Übertritt in die fremde Diözese, bzw. die Ordination für den Dienst in einer anderen Diözese nur mit Zustimmung des bisherigen Bischofes geschehen²⁾.

Aus dieser Rechtsanschauung heraus, ergab sich von selbst, daß Kleriker der römischen Kirche nur mit Erlaubnis des römischen Bischofes d. i. des Papstes von anderen Bischöfen in ihren Diözesandienst übernommen, bzw. für Stellungen in ihren Diözesen ordiniert werden durften. Der Bischof von Rom hat aber nicht bloß die Rechte eines gewöhnlichen Bischofes, er ist zugleich der höchste Jurisdiktionsträger in der Kirche. Daher ist er einerseits in der Erteilung der Weihen an keine Zustimmung eines anderen Bischofes gebunden, anderseits ist es begreiflich,

1) C. 1, Dist. 70. *Lauchert Fr.*, Die Kanones der wichtigsten altkirchl. Konzilien, Freiburg 1896, 90.

2) Syn. Sardicen. c. 18 (*Lauchert*, l. c. 68 f.). *Januarius episcopus dixit: Illud quoque statuat sanctitas vestra, ut nulli episcopo liceat alterius episcopi civitatis ministrum ecclesiasticum sollicitare et in suis parochiis ordinare. Universi dixerunt: Placet, quia ex his contentionibus solet nasci discordia, et ideo prohibet omnium sententia, ne quis hoc facere audeat.*

C. 19. *Osius episcopus dixit: Et hoc universi constituimus, ut quicumque ex alia parochia voluerit alienum ministrum sine consensu episcopi ipsius et sine voluntate ordinare, non sit rata ordinatio eius. Quicumque autem hoc usurpaverit, a fratribus et coëpiscopis nostris et admoneri debet et corrigi. Vgl. Syn. Nicaea 325, can. 16 (Lauchert a. O., 41). Concilium Carthaginense III. can. 21: ut clericum alienum, nisi concedente eius episcopo, nemo audeat retinere vel promovere in ecclesia sibi credita; clericorum nomen etiam lectoris et psalmistae et ostiarii retinent. (Lauchert a. O., 166). Zu diesen Quellenstellen sei bemerkt, daß parochia in älterer Zeit auch soviel als Diözese bedeutet, insofern die bischöfliche Parochie der Stadt mit dem Jurisdiktionsgebiet des Bischofs sich deckte, auf dem Lande, bei den pagani, erst das Christentum zu verbreiten und Seelsorgsstellen zu errichten waren.*

daß sich der Grundsatz herauskristallisierte, daß jemand der vom Papst irgendwelche Weihen empfangen hat, ohne Erlaubnis des Papstes von anderen Bischöfen keine weiteren Weihen empfangen darf. Das erste Mal wird nachweisbar dieser Grundsatz ausgesprochen in dem Dictatus papae Gregorii VII. — No. 14 lautet: Quod (Papa) de omni ecclesia quacunq̃ voluerit clericum valeat ordinare. No. 15: Quod ab illo (Papa) ordinatus alii ecclesiae praeesse potest sed non militare et quod ab aliquo episcopo non debet superiorem gradum accipere¹⁾.

Diesen Grundsatz suchte man mit Quellenstellen des kanonischen Rechtes, allerdings nicht immer mit Geschick, näher zu erhärten. Zunächst sind es zwei Stellen des Gratianischen Dekretes, auf welche man sich berief. Abt Elias schickt einen gewissen Epiphanius an den Papst mit der Bitte, demselben die Weihe zu erteilen und dann wiederum zurück zu schicken. Papst Gregor d. G. antwortet, daß er die eine Bitte, Erteilung der Weihe, nicht aber die zweite erfüllen könne; denn wer an der römischen Kirche die Weihe empfangen hat (d. h. für den Dienst an dieser Kirche ordiniert worden ist), darf diese Kirche nicht verlassen²⁾. Es kommt hier also nicht so sehr der Grundsatz zur Anwendung, daß der vom Papst Ordinierte von einem anderen keine weitere Weihe empfangen dürfe, sondern daß der für einen bestimmten Posten Ordinierte denselben nicht verlassen darf. In diesem Sinne bemerkt auch die Glosse zu c. 122: quia non est consuetudo ecclesiae Romanae, cum sit in ea consecratus.

Noch weniger beweist eine zweite Stelle im Gratianischen Dekrete. Es besagt dieselbe lediglich, daß ein Bischof einen Kleriker einer fremden Diözese, wenn die Zustimmung des zu-

1) *Galante A.*, *Fontes juris canonici selecti Oeniponte* 1906, 168. Unter dem dictatus papae (Gregorii VII.) versteht man 27 Sätze über die Vorrechte der römischen Kirche und des Papstes. Man schrieb sie früher dem Kardinal Deusdedit zu, jetzt ist die Autorschaft Gregors VII. festgestellt. Vgl. *W. Peitz*, das Originalregister Gregors VII. S. B. der Wiener Akademie der Wiss. phil.-hist. Klasse Bd. 165 (1911). Das militare in c. 15 drückt eine untergeordnete Stellung aus; würde also eine bevorzugte Stellung der vom Papst Ordinierten andeuten. So *Thomassin L.* *Vetus et nova disciplina* II, l. I, cap. 8, n. 2. Venetiis 1773, 197.

2) c. 122, C. 1, q. 1: Gregorius Heliae presbytero et Abbati. Filium nostrum Epiphanium mandastis, ut ad sacrum ordinem provehere deberemus, vobisque transmittere. Sed in uno vos audivimus, in alio autem minime audire potuimus. Diaconus quidem factus est; sed quisquis semel in hac ecclesia ordinem acceperit, egrediendi ex ea ulterius licentiam non habet. Si ergo vos videre non potui, hac ex re consolationem habeo, quia in filio vestro requiesco.

ständigen Bischofs nicht eingeholt werden kann, nur mit päpstlicher Erlaubnis in seine Diözese aufnehmen darf¹⁾.

Etwas näher kommt der Sache eine Stelle in den Dekretalen Gregors IX. Innozenz III. gibt daselbst in einem Schreiben die Ermächtigung, daß ein Subdiakon der römischen Kirche durch den Bischof von Bologna weitere Weihen erhalte²⁾. Freilich ist im Schreiben nicht ausdrücklich gesagt, daß der in Frage stehende Subdiakon vom Papste ordiniert worden ist. War er als Subdiakon einer römischen Kirche inkardiniert, so war es ja selbstverständlich, daß er ohne Erlaubnis des zuständigen Bischofes, in unserem Falle des Papstes, nicht exkardiniert und einer anderen Diözese einverleibt werden konnte.

Doch die Glosse notiert im Anschluß an dieses Kapitel den Grundsatz: *Nota quod ordinati a Papa ab alio sine eius mandato ordinari non debent.*

Deutlicher noch ist eine Stelle aus einem Schreiben desselben Papstes Innozenz' III. an den Erzbischof von Mailand, Philippus Lampugnani, worauf Benedikt XIV. in seiner Konstitution *In postremo*, 20. Oktober 1756, aufmerksam macht. Die Stelle lautet³⁾: *Sicuti ex tenore tuarum litterarum accepimus, Mediolanensis ecclesia tam in capite quam in membris, occasione clericorum illorum, qui ab ipso Romano Pontifice ordinem receperunt, adeo est ministrorum solatio destituta, ut paucos clericos in eadem ecclesia valeas invenire, quos ad diaconatus et presbyteratus possis officium promovere . . . Verum quia Fraternitas tua suppliciter a nobis expetiit, ut ipsius ecclesiae necessitatem sollicitudine paterna pensantes tibi deberemus licentiam indulgere, manus posse illis ordinationis imponere: super hoc tuae Fraternitati taliter duximus respondendum, quod, ipsius ecclesiae*

1) c. 5, Dist. 71: *Gregorius Fortunato episcopo Neapolitano: Fraternitatem tuam a nobis petisse recolimus, ut Gratianum ecclesiae Benafranae diaconum tuae concederemus ecclesiae cardinandum. Et quoniam nec episcopum, cui obsecundare, nec propriam habet ecclesiam, hoste scilicet prohibente, quosum debeat ministerium exhibere, petitionem tuam non praevidimus differendam. Idcirco scriptis tibi praesentibus eum necessario duximus concedendum, habituro licentiam, diaconum illum nostra interveniente auctoritate ecclesiae tuae Deo propitio constituere cardinalem.*

2) c. 12, X, 1, 11: *Cum in distribuendis. Meminimus a nobis fuisse suppliciter postulatum et clementer indultum, ut quia praefatus A ecclesiae Romanae subdiaconus erat, mandaremus ipsum per Bononiensem episcopum promoveri.*

3) *Gasparri P., Cod. jur. can. Fontes, II, 541.*

necessitate pensata, si aliqui fuerint de supradictis clericis qui ad hoc videantur idonei et spontanea voluntate¹⁾ per tuum ministerium voluerint ad sacros ordines promoveri, eos auctoritate nostra tibi liceat ordinare«. Hier wird ausdrücklich gesagt, daß die in Frage stehenden Kleriker vom Papste ordiniert worden sind. Ihr Aufenthalt in Mailand läßt wohl darauf schließen, daß sie keiner römischen Kirche inkardiniert waren. Benedikt XIV. nimmt deshalb auch an, daß sie nicht zwecks Einverleibung in die römische Diözese sondern bloß »honoris causa« vom Papst ordiniert worden seien²⁾.

Hiermit gelangen wir zu einer Unterscheidung, die späteren Autoren geläufig ist und die allein Klarheit in die Frage bringen kann. Man muß unterscheiden: 1. Kleriker, welche vom Papste ordiniert und gleichzeitig der römischen Diözese inkardiniert werden, und 2. Kleriker, die ohne Zuweisung an die römische Diözese vom Papst ordiniert werden. Im ersten Falle ist es von selbst einleuchtend, daß ein fremder Bischof ohne Erlaubnis des Papstes solchen Klerikern weitere Weihen nicht erteilen kann. Erfolgte aber lediglich die Spendung der Weihe von Seite des Papstes, so wäre an sich ein anderer zuständiger Bischof an der Erteilung weiterer Weihen an solche Kleriker nicht gehindert. Doch mit Rücksicht auf die hohe Stellung des Papstes (ob reverentiam impositionis manuum Summi Pontificis) wurde der Grundsatz aufgestellt, daß die durch die persönliche Ordination des Papstes Ausgezeichneten (a Romano Pontifice ordinati honoris causa) nur von ihm weiter ordiniert werden sollen³⁾. Bei der Begründung griff man gern auf ein vielleicht einst geübtes bischöfliches Vorrecht zurück, daß am Tage, an welchem der Bischof auf einem Altare zelebriert hat, ein anderer Priester nicht die hl. Messe feiern dürfe.

1) Die vom Papst Ordinierten konnten nicht gezwungen werden, höhere Weihen zu empfangen s. unten S. 157.

2) *Gasparri*, I. c. 541. Dasselbst auch die Erörterung, daß dieses Schreiben wegen Nichtaufnahme in die Dekretalen Gregors IX. nicht seines rechtlichen Charakters entkleidet worden sei. Die Dekretalen Gregors IX. waren ja kein ausschließliches Gesetzbuch. S. *Haring J.*, K.-R.³, 108.

3) *Tellez Gonzalez*, *Commentaria perpetua*, in c. 12, X, 1, 11, I. Francforti 1690, 458 f. *Benedikt XIV.* zit. In postremo. Der Papst, vom ernannten Bischof von Triest, der einst von Benedikt XIII. zum Diakon und Priester geweiht worden war, befragt, liefert im zit. Schreiben eine gelehrte Untersuchung über den Gegenstand und kommt zum Ergebnis, daß er selbst, falls ihn nicht die Podagra hindere, dem Ernannten die Bischofsweihe erteilen wolle.

Vielleicht trug zur Stärkung des erwähnten Grundsatzes auch bei, daß gerade in Rom absolute Ordinationen häufiger vorkamen als anderswo, also bei den vom Papst Ordinierten es sich nicht um Kleriker handelte, welche der römischen Diözese inkardiniert waren¹⁾. Die derart vom Papst absolut Ordinierten wurden vielfach durch päpstliche Mandate mit Benefizien versehen²⁾. So griffen hier zwei päpstliche Affektionen in einander. Die Affektion infolge der Ordination durch den Papst, Affektion des Benefiziums infolge des päpstlichen Mandates. Außer dem Ehrenvorzug der vom Papst Ordinierten, nur vom Papst oder mit seiner Erlaubnis von einem anderen Bischof weitere Weißen empfangen zu dürfen, hatte die kanonistische Doktrin noch andere Privilegien der vom Papst Ordinierten aufgestellt.

Die Glosse zu c. 12, X, 1, 11 führt als solche auf: *Non potest nisi pluribus testibus convinci, non potest cogi ab episcopo recipere ordines, item maior honor ei debetur quam aliis, sed iste potest judicari ab episcopo*; also eine bevorzugte Stellung im Gerichtsverfahren, kein Zwang zum Empfang weiterer Weißen, ein Ehrenvorrang vor den von anderen Ordinierten. Jedoch keine Exemption vom Gerichte des Bischofes.

Für das erste Privilegium beruft die Glosse sich auf das unechte c. 2, C. 2, qu. 4: *Praesul non damnabitur nisi cum 72 testibus . . . presbyter autem cardinalis nisi cum 44 testibus non damnabitur, diaconus vero cardinalis urbis Romae nisi cum 27 testibus . . .* Doch selbst im Falle der Echtheit wäre damit nichts in der Sache bewiesen. Auch das weiter angezogene c. 3, C. 2, qu. 4 beweist nichts, sondern erklärt nur, daß der Bischof, der in Rom gerichtet werden will (*qui suam causam in praesentia Romanae Sedis petierit audiri*) nur vom Papst gerichtet werden darf.

Dafür daß der vom Papst Ordinierte vom Bischof nicht gezwungen werden darf, weitere Weißen zu empfangen, beruft die Glosse sich auf c. 97, de consecratione, dist. 2: *In altari, in quo episcopus missam cantavit, presbyter eodem die aliam celebrare non praesumat*. Daß diese Stelle nichts beweist, ist klar. Bemerkt werden muß aber, daß das ältere Recht unter Umständen

1) *Numquid non in tota pene Romana provincia hodie clerici maxime a subdiacono infra ex longeva consuetudine absque titulo ordinantur?* *Rufinus*, *Summa decretorum*, ed. *Singer*, 161.

2) *Baier Herm.*, Päpstliche Provisionen für niedere Benefizien bis zum Jahre 1304, 1911, 123 ff.

tatsächlich einen Zwang zum Empfang weiterer Weihen kannte¹⁾. Besser könnte man sich auf die oben S. 155 . . . zitierte Dekretale Innozenz' III. berufen, wo ausdrücklich gesagt wird, daß die vom Papst Ordinierten nur mit ihrer Zustimmung (*spontanea voluntate*) vom Bischof, auch wenn die päpstliche Ermächtigung vorliegt, ordiniert werden dürfen.

Der höhere Ehrevorrang der vom Papst Ordinierten wird u. zw. mit Erfolg durch eine Dekretale Innozenz' III., c. 7, X, 1, 33 begründet. *Per tuas nobis literas et infra. Postulasti per sedis Apostolicae oraculum edoceri, utrum quis per ordinem subdiaconatus a Romano Pontifice susceptum a debita tibi reverentia subtrahatur? Ad quod breviter respondemus quod, etsi decens sit, ut illis quantum convenit a te inter alios tibi subditos deferatur, quos benignitas Apostolica collatione ipsius ordinis honoravit, per eam tamen ab obedientia, quam alias tibi debent minime absolvantur²⁾*. Aus der Dekretale ergibt sich aber auch, daß der kanonische Gehorsam durch die Tatsache der päpstlichen Ordination keine Einbuße erleidet. Mit Recht schloß daraus auch die Glosse, daß solche Kleriker auch der Strafgewalt des Bischofs unterstehen. Nur hinsichtlich der Strafe der Deposition verzeichnet die Glosse einen Zweifel, ob der Bischof selbständig die Strafe aussprechen oder ob er im Hinblick auf das zit. c. 2, C. 2, qu. 4 die causa instructa dem Papste zur Entscheidung vorlegen soll.

Das geltende Recht hält den Grundsatz, daß der vom Papst Ordinierte nur von ihm bzw. mit seiner Erlaubnis weitere Weihen empfangen dürfe, aufrecht. C. j. c. can. 952: *Nemini licet ordinatum a Romano Pontifice ad altiorum ordinem promovere sine Sedis Apostolicae facultate*.

In Hinsicht auf die Privilegien der vom Papst Ordinierten ist zu bemerken, daß nach geltendem Rechte es überhaupt keinen Zwang zur Ordination gibt; can. 971: *Nefas est quemquam*

1) c. 4, Dist. 74 (Syn. Carthago 419) *Placuit ut quicumque clerici vel diaconi pro necessitatibus ecclesiasticarum rerum non obtemperaverint episcopis suis, volentibus eos ad honorem ampliorem in ecclesia sua promovere, nec illic ministrent in suo gradu, unde noluerunt recedere*.

2) Wenn die Glosse sich auch auf l. 2, Digest. 50, 3 beruft, so hat dies, weil das weltliche Recht für das kirchliche Gebiet keine Rechtskraft hat, nur die Bedeutung einer Analogie. Übrigens würde auch sonst der Text nichts beweisen (*In albo decurionum in municipio nomina ante scribi oportet eorum, qui dignitates Principis iudicio consecuti sunt*).

quovis modo ob quamlibet rationem ad statum clericalem cogere. Eine Ausnahmsstellung im Prozeßverfahren genießen die vom Papst Ordinierten nicht¹⁾. Wohl aber ist ihnen unter Umständen eine Präzedenz vor den übrigen gewährt; can. 106, n. 3: . . . si eodem tempore promoti sint, senior ordinatione (praece-
dit), nisi junior ordinatus fuerit a Romano Pontifice.

III. Die päpstliche Affektion in der Liturgie.

Die Kanonisten verzeichnen eine Reihe von Fällen, die einen liturgischen Charakter aufweisen, teilweise aber auch mit den übrigen päpstlichen Affektionen im Zusammenhang stehen.

Oft zitiert wird c. 97, Dist. 2, de consecratione (ex concilio urbico*): In altari, in quo episcopus Missam cantavit, presbyter eodem die aliam celebrare non praesumat. Schon Benedikt XIV. bemerkte in der Konstitution In postremo, 20. Oktober 1756²⁾, daß dieses Privilegium vielleicht nie bestanden und wenn ja, so durch gegenteilige Gewohnheit schon lange aufgehoben sei. Indes hatte diese Verfügung in alter Zeit einen guten Sinn.

In den ersten Zeiten pflegte nur der Bischof, umgeben von seinem Presbyterium die hl. Geheimnisse zu feiern, Priester nur in seiner Stellvertretung³⁾. Bei dieser Sachlage ist der Grundsatz, daß auf dem Altar, auf welchem der Bischof zelebriert hat, an demselben Tage kein Priester die hl. Messe feiern soll, verständlich. Als mit der Ausdehnung des Missionsgebietes die gemeinsame Feier schwand, mußte auch der erwähnte Grundsatz mehr in Vergessenheit geraten; nur bei gewissen römischen Kirchen erhielt er sich u. zw. im verstärkten Maße.

Von Alters her gibt es in Rom 4 bzw. 5 basilicae maiores. Es sind dies die Erzbasilika im Lateran (omnium urbis et orbis mater et caput), zugleich Kathedrale des Papstes, die Basilika von St. Peter im Vatikan als Kirche des Patriarchen von Konstantinopel, die Basilika von St. Paul außerhalb der Mauern als Kirche des Patriarchen von Alexandrien, die Basilika Maria Maggiore als Kirche des Patriarchen von Antiochien. Diesen 4 Basiliken wird in Rom als fünfte beigezählt San Lorenzo außerhalb der Mauern als Kirche des Patriarchen von Jerusalem⁴⁾.

1) Vgl. can. 1557—1559. — 2) Gasparri, C. j. c. Fontes, II, 542. —

3) Thalhoffer-Eisenhofer, Hdb. d. Liturgik II², 255 ff. — 4) Paulus, Virgo, Petrus, Laurentius atque Johannes, Hi patriarchatus nomen in Urbe habent.

Die alten Patriarchate von Alexandrien und Jerusalem waren infolge der Ausbreitung des Islam im 7. Jahrhunderte untergegangen; das vom Bischof von Byzanz gegen den Willen des Papstes angemaaßte Patriarchat von Konstantinopel wurde im 11. Jahrhundert in das griechische Schisma hineingezogen. Zur Zeit der Kreuzzüge wurden mit der Einsetzung eines lateinischen Kaisertums in Konstantinopel die genannten vier Patriarchate als lateinische errichtet. Hierbei wurde die schon seit Jahrhunderten angestrebte Stellung des Patriarchen von Konstantinopel unmittelbar nach dem Patriarchate des Bischofs von Rom anerkannt. Auf dem IV. Laterankonzil wurden die Patriarchatsrechte näher umschrieben¹⁾. Mit dem abermaligen Vordringen der Türken, besonders durch die Eroberung Konstantinopels (1453) gingen tatsächlich die lateinischen Patriarchate des Orients wiederum ein. Nichtsdestoweniger wurden aber vom Papste für diese untergegangenen Patriarchalbezirke Oberhirten ernannt und geweiht und ihnen die erwähnten Kirchen in Rom als Patriarchalkirchen zugewiesen. Als 1847 das Patriarchat in Jerusalem errichtet wurde, kehrte der Patriarch, welcher bisher in S. Lorenzo in Rom residierte, nach Jerusalem zurück. Die Patriarchen rangieren nach den Kardinälen²⁾.

Außer diesen 4 bzw. 5 größeren römischen Basiliken gibt es in Rom noch 8 bzw. 9 kleine Basiliken, basilicae minores. Auch manchen außerrömischen Kirchen wurden die Ehrenrechte der kleinen Basiliken zuerkannt (z. B. Lourdes, Mariazell).

Die Hauptaltäre der 5 römischen großen Basiliken sind sogenannte päpstliche Altäre, auf denen nur der Papst, andere nur mit päpstlicher Erlaubnis zelebrieren dürfen³⁾.

1) c. 23, X, 5, 33.

2) Hinschius K.-R., I, 497, 561.

3) Anlässlich des Konstantin-Jubiläums 1913 erhielten die Kardinäle, welche für die Pontifikalämter an den basilicae maiores beordnet worden waren, diese Erlaubnis: Volumus . . . ut statim diebus nonnulli e venerabilibus Fratribus Nostris S. R. E. cardinalibus pontificalia celebrent sacra, ad maiora altaria Basilicarum urbis; ut autem id agere queant de pleno jure, apostolica nostra auctoritate, praesentium vi iisdem V. V. F. F. N. N. S. R. E. cardinalibus, qui ad huiusmodi sacra habenda designati erunt, licentiam concedimus atque impertimur, ex qua hoc anno ad altaria Papalia tum Archibasilicae Lateranensis, tum patriarchalium Basilicarum Vaticanae, Ostlensis, Liberianae et S. Laurentii extra moenia iidem cardinales missam et alia divina solemniter in nostra absentia peragere licite possint et valeant. 27. Martii 1913 (Acta Ap. Sedis, V, 151).

Ein Zusammenhang dieser Reservation mit den in Rom bis ins 13. Jahrhundert gebräuchlichen Stationes¹⁾ läßt sich nicht nachweisen. Die Stationen bestanden darin, daß man in einer Kirche sich versammelte und unter Gebet zur Stationskirche zog, wo der Gottesdienst gefeiert wurde. Noch heute haben wir vor den Meßformularen gewisser Feste die Bemerkung: statio ad Mariam maiorem, ad Petrum etc.

Der Codex jur. can. erwähnt die päpstlichen Altäre, sowie die Tatsache, daß an denselben nur auf Grund eines päpstlichen Indultes zelebriert werden darf, gibt aber, da die Zahl erweiterungsfähig ist, keine Aufzählung. Can. 823, § 3: In altaribus papalibus nemo celebret sine apostolico indulto²⁾.

Außer den päpstlichen Altären an den 5 größeren Basiliken Roms gibt es auch sonst noch Altäre, welche eine ähnliche Stellung im kirchlichen Ritus einnehmen. Die Grabstätte des hl. Franziskus in Assisi erfreute sich durch die Jahrhunderte eines besonderen Wohlwollens der Päpste. Es nahmen dieselben zeitweilig daselbst Aufenthalt. Daher wurde in der Kirche ein päpstlicher Thron errichtet. Das Heiligtum erhielt manche Privilegien.

Benedikt XIV. erhob, Fidelis Dominus, 25. März 1754, die Grabkirche des hl. Franziskus zur Patriarchalbasilika und päpstlichen Kapelle und erklärte die dem päpstlichen Thron zugekehrten Hauptaltäre der Ober- und Unterkirche als päpstlichen Altar, auf welchem außer dem Papst andere nur mit päpstlicher Erlaubnis zelebrieren dürfen³⁾. Freilich mußten, um das privi-

1) Statio bedeutet einen militärischen Wachtposten. Die Christen nannten im Anschluß an II. Kor. 10, 4; I. Tim. 1, 18 stationes die hl. Orte, wo sie sich zum Fasten und Beten versammelten. Vgl. *Kraus F.*, Real-Enzyklopaedie II, 1886, 782 f.

2) Das römische Brevier, 9. Nov., führt die Bestimmung hinsichtlich der Laterankirche auf Papst Silvester zurück: »sancivit ne quisquam in eo (altari) praeter Romanum pontificem Missam deinceps celebraret«.

3) *Gasparri*, C. j. C. fontes II, 422—426. § 6: Volumus Pontificium Thronum seu Cathedram tam eam videlicet, quae in superiori ecclesia jam inde ab initio stabiliter locata conspicitur, quam quae in ecclesia inferiori posterius, ut praefertur, erecta fuit, iisdem in locis, in quibus nunc sunt, pro solius Romani Pontificis et nullius alterius usu perpetuo retineri. Utrumque autem altare maius Basilicae huiusmodi ex ea tamen parte dumtaxat qua Thronum Pontificium respicit, Altare Pontificium seu Papale ex nunc in posterum esse et fore declaramus, ita ut nemini liceat absque speciali indulto seu extra casus ut infra permissos in uno aut altero eorum missam sive pri-

legium nicht zu einem odiosum zu machen, gleichzeitig weitgehende Indulte gewährt werden¹⁾.

Papst Sixtus V. hatte an König Philipp II. von Spanien am 20. August 1588 einen Altarstein übersandt, auf welchem er anlässlich der Kanonisation des hl. Didakus selbst zelebriert hatte, mit der Widmung, daß auf diesem Altarsteine nur gewisse Würdenträger an gewissen Tagen zelebrieren dürfen. Die päpstliche Affektion liegt hier darin, daß der Papst auf diesem Altare selbst zelebriert hatte und deshalb eine gewisse Reservation verfügt wurde. Da die volle Affektion, daß nur der Papst darauf zelebrieren dürfe, bei der Übersendung des Altarsteines keinen Sinn gehabt hätte, so werden im Vorhinein die Personen bezeichnet, welche infolge des allgemeinen Indultes darauf zelebrieren dürfen²⁾.

Benedikt XIV. hatte am 15. Dezember 1744 in der Kirche des hl. Antonius (ecclesia S. Antonii, quae ad Lusitanos pertinet) in Gegenwart von 8 Kardinälen und den Vertretern auswärtiger Fürsten einen Altarstein konsekriert und darauf das erstmal die hl. Messe gefeiert. Der Papst selbst erklärt: Ritus eiusmodi pietatem incredibilem ac religionem praesetulit. Diesen Altarstein übersendet Benedikt XIV. mit dem Schreiben Dilectus filius, 15. Januar 1745 dem König Johann von Portugal für die neuerbaute

vatum, sive solemniter celebrare. § 7 . . . duxerimus confirmandas (leges et regulas) . . . praesertim indulta celebrandi in praefatis papalibus aris, tam custodi conventus eiusdem S. Francisci, quam aliis diversis praesulibus atque personis in dignitate ecclesiastica constitutis, saecularibus seu regularibus praelatis, pro statis diebus seu certis respective vicibus concessa.

1) Es wurde gleichzeitig ein Caeremoniale herausgegeben. Anlässlich des Jubeljahres 1925 konnten gewöhnliche Priester nach Maßgabe der Zeit am päpstlichen Altar der Unterkirche zelebrieren.

2) Sixtus V. decessor noster Sanctum Didacum solemniter inter coelites adnumeravit ac deinde Philippo catholico regi dono misit altare, ad quod sacrum fecerat, cum ritum eiusmodi canonizationis perageret; pontificium illud Altare pronuntiavit, permisitque cardinalibus, episcopis, abbatibus thlara insignitis, et illis, qui primam dignitatem in ecclesiis metropolitanis et cathedralibus obtinerent, demum generali ministro ordinis minorum Sancti Francisci, ac Priori in monasterio sancti Laurentii sacrificium missae super eodem Altari conficere diebus festis Domini, Beatissimae Virginis, feria quinta in coena domini, in celebritate sanctorum omnium ac Sancti Didaci, ut constat ex eius Diplomate, quod die 20. Augusti promulgatum fuit eodem anno, quem paulo ante indicavimus. *Benedictus XIV.* Dilectus filius, 15. Januar. 1745. (*Gasparri*, C. j. c. fontes I, 879).

königliche Kapelle in der St. Rochuskirche in Lissabon. Im Gegensatz zur Verfügung Sixtus' V. für den spanischen König überläßt er — ein Zeichen des besonderen Wohlwollens — dem König Johann und seinen Nachfolgern die Bestimmung, wer auf diesem Altare die hl. Messe feiern dürfe ¹⁾).

Zu den 5 Patriarchalkirchen mit einem päpstlichen Altar kam mit dem Breve Pius' X. vom 11. April 1909 die Portiunkulakirche in Assisi, indem diese Kirche zur Patriarchalbasilika und päpstlichen Kapelle erhoben und der dem päpstlichen Throne zugekehrte Hochaltar als *altare pontificium seu papale* erklärt wurde, auf welchem nur mit päpstlicher Erlaubnis, abgesehen von dem im eigenen Caeremoniale vorgesehenen Fällen, zelebriert werden darf ²⁾).

IV. Die päpstliche Affektion im Gerichtswesen (*jurisdictio voluntaria, necessaria*).

Der Ausdruck *jurisdictio* bedeutet im kanonischen Rechte nicht bloß richterliche Gewalt, sondern überhaupt Amtsgewalt. Es hängt diese Auffassung wohl damit zusammen, daß im kanonischen Rechte eine strenge Scheidung zwischen Justiz und Verwaltung nie durchgeführt wurde, ja nach der Verfassung der Kirche unmöglich ist. Doch ist dies keine Besonderheit der katholischen Kirche. Auch in absolut regierten Staaten tritt eine Vereinigung beider Gewalten ein. Im römischen Kaiserrecht hatten die Imperatoren infolge der ihnen innewohnenden staatsrechtlichen Eigenschaften die Befugnis, rechtliche Normen zu erlassen. Es waren dieselben entweder *leges* oder *constitutiones*. Letztere waren *decreta*, richterliche Entscheidungen, *rescripta*, Antworten auf

1) Nos pietate singulari Majestatis tuae permoti, et sperantes etiam ob singularem Dei bonitatem fore, ut reliqui omnes Lusitaniae reges eadem pietatis laude commendentur, absque ulla dierum aut sacerdotum limitatione Majestatem tuam et reges Lusitaniae pro tempore futuro constituimus, ut nostro nomine et Sanctae huius Sedis facultatem impertiant, sacrum faciendi ad altare, quod a Nobis consecratum Lisbonam devehetur, pro certo habentes id ipsum negotium tam caute ac prudenter a Majestate tua pertractandum esse, ut nihil unquam futurum sit, quod rationi parum consentaneum videatur. *Benedictus XIV.* Dilectus filius, 15. Jan. 1745 (*Gasparri C. j. c. fontes I*, 880).

2) Altare maius, in ipsa patriarchali basilica positum, ex ea parte dumtaxat, qua thronum pontificium respicit, altare pontificium seu papale, ex nunc in posterum esse et fore declaramus, ita ut nemini liceat absque special indulto, seu extra casus, qui in Caeremoniali recensentur, Missam in eo sive privatim sive sollemniter celebrare (*Acta Ap. Sedis I*, 398).

Bitten einzelner, oder Antworten auf juristische Konsultationen. Die appellatio ad Caesarem, die an die Stelle der provocatio ad populum getreten war, gab dem Kaiser die Möglichkeit, die richterliche Entscheidung aufzuheben und selbständig durch eine andere zu ersetzen¹⁾.

Noch weiter gingen die Befugnisse des deutschen Königs. Der König konnte alle, noch nicht durch rechtsgültiges Urteil erledigten Streitsachen zur Entscheidung an sich ziehen, alle beliebigen Akte der freiwilligen Gerichtsbarkeit in seiner Gegenwart vornehmen lassen²⁾. Das Reichshofgericht, und seit 1415 das königliche Kammergericht, hatten mit den übrigen Gerichten eine konkurrierende Gerichtsbarkeit. Infolge der Evokation, konnte der König jede noch nicht rechtskräftig erledigte Sache an sich ziehen (evocare, urheischen). Während der Reisen im Reiche konnte der König unmittelbar an Ort und Stelle die Gerichtsbarkeit ausüben. Mit dem Sinken der Königsgewalt schränkten allerdings die privilegia de non evocando und de non appellando die richterliche Befugnis des Königs ein³⁾. Das 1495-errichtete Reichskammergericht war mehr den Reichsständen zur Besetzung überlassen. Es bestand bis 1806. Das Recht des Kaisers, Rechtssachen, die an ihn gelangt waren, persönlich zu entscheiden, wurde durch das Reichskammergericht nicht genommen⁴⁾. Die modernen staatlichen Gesetze schließen ein derartiges unmittelbares Eingreifen des Staatsoberhauptes in die Rechtspflege, die Kabinettsjustiz, regelmäßig aus und stehen auf dem Standpunkte der Trennung von Justiz und Verwaltung⁵⁾. Speziell im österreichischen Rechte bestimmt das Gesetz vom 27. Oktober 1862, Rgbl. 87 § 1: »Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden«. Das Staatsgrundgesetz vom 21. Dez. 1867, Rgb. 144 bestimmt Art. 14: »Die Rechtspflege wird von der Verwaltung in allen Instanzen getrennt«. Art. 1: »Alle Gerichtsbarkeit im Staate wird im Namen des Kaisers (jetzt Republik) ausgeübt«. Art. 6: »Die Richter sind in Ausübung ihres richterlichen Amtes selbstständig und unabhängig«. Art. 2: »Ausnahmsgerichte sind nur in den von den Gesetzen im Voraus bestimmten Fällen zulässig«.

1) *Schulin Fried.*, Lehrbuch der Gesch. des röm. Rechts 1889, 103, 601.

2) *Schröder R.*, Lehrb. der Deutschen Rechtsgeschichte 1907⁵ 181.

3) *Schröder R.*, a. O., 558 ff.

4) a. O. 851.

5) Vgl. *Sacher H.*, Staatslexikon II⁵, 1720 ff.

Dem Staatsoberhaupt bleibt lediglich das Begnadigungsrecht. Art. 13: »Der Kaiser hat das Recht, Amnestie zu erteilen und die Strafen, welche von den Gerichten ausgesprochen wurden, zu erlassen oder zu mildern, sowie die Rechtsfolgen von Verurteilungen nachzusehen. Die Regelung des Rechtes, anzuordnen, daß wegen einer strafbaren Handlung ein strafgerichtliches Verfahren nicht eingeleitet oder das eingeleitete Strafverfahren wieder eingestellt werde, bleibt den Vorschriften der Strafprozeßordnung vorbehalten«. Auch nach § 1 des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes von 1877 wird die Gerichtsbarkeit von unabhängigen Richtern ausgeübt. Die Reichsverfassung vom 11. August 1919 hat diesen Satz in Art. 102 übernommen. — Inauguriert wurde die Trennung der Gewalten durch die berühmte Schrift Montesquieus *De l'esprit des lois* 1748, in der eine Scheidung der Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung verlangt wird. Diese Scheidung hat zur Voraussetzung, daß für die Ausübung der drei Gewalten ein eigener Behördenapparat existiert und eine Person nicht zu gleicher Zeit zwei verschiedene Funktionen ausüben darf. Im modernen Staate gilt diese Scheidung zwar als politisches Axiom, doch eine vollständige Trennung im Sinne Montesquieus ist nirgends durchgeführt, vielleicht auch nicht einmal durchführbar. »Gewiß wurde das antiabsolutistische Prinzip überall rezipiert, um der Konzentration der Gewalten in einer Hand vorzubeugen und mit der alten Kabinettsjustiz aufzuräumen, aber man darf dabei nie vergessen, daß hinter jeder staatlichen Funktion dieselbe Staatsgewalt steht, die ihre Wirkungen sichtbar oder unsichtbar auf jede der drei Gewalten ausübt¹⁾«.

Was nun das *kanonische Recht* anlangt, so wurden zwar Gerichts- und Verwaltungsbehörden geschieden, doch üben auch Verwaltungsbehörden (Kongregationen) innerhalb gewisser Grenzen eine Gerichtsbarkeit aus²⁾. Vollends aber wird die Trennung dadurch unmöglich, daß der Papst nach allen drei Richtungen hin der höchste Jurisdiktionsträger ist. Hiermit ist für die *affectio papalis* im Gerichtswesen Raum geschaffen. Versteht man unter *affectio papalis* die *manus appositio Papae* mit der Wirkung, daß andere von der Vornahme von Handlungen in dieser Sache ausgeschlossen sind, so äußert sich die *affectio papalis* im Gerichts-

1) *Camp G.*, Die organisatorische Trennung der Gewalten in der römischen Kurie, Zürich, 1926, 12.

2) Vgl. can. 242 ff. 247, § 2.

wesen dadurch, daß der Papst als höchster Jurisdiktionsträger unmittelbar in einer Rechtssache eingreift (*causam advocare*). Die Berechtigung zu einer solchen Handlungsweise ergibt sich aus can. 218 C. j. c. § 1: *Romanus pontifex Beati Petri in primatu successor, habet non solum primatum honoris sed supremam et plenam potestatem jurisdictionis in universam Ecclesiam tum in rebus, quae ad fidem et mores tum in eis, quae ad disciplinam et regimen Ecclesiae per totum orbem diffusae pertinent.* § 2: *Haec potestas est vere episcopalis, ordinaria et immediata tum in omnes et singulas ecclesias tum in omnes et singulos pastores et fideles, a quavis humana auctoritate independens.* Die Wirkung eines solchen Eingreifens ist, daß der untergebene Richter seine Jurisdiktion in der Sache verliert¹⁾. Einen Kreis von Angelegenheiten hat der apostolische Stuhl sich reserviert. Es sind dies die sog. *causae maiores*. Die gerichtlichen *causae maiores* des geltenden Rechtes sind in can. 1557 aufgezählt²⁾.

Aber nicht bloß der Papst kann eine Rechtssache an sich ziehen, auch jeder einzelne Gläubige kann in jedem Rechtsstadium eine Sache an den apostolischen Stuhl bringen. Doch ist die Wirkung eines derartigen außerordentlichen Rekurses *nicht*, daß der Richter, welcher die Sache schon in Verhandlung genommen hat, innehalten müßte; er kann vielmehr zur Urteilsfällung weitererschreiten, wenn nicht feststeht, daß der apostolische Stuhl die Sache an sich gezogen hat. Der Rekurs an den apostolischen Stuhl *kann* also, *muß* aber *nicht* die *advocatio causae* durch den apostolischen Stuhl zur Folge haben³⁾. Daß eine zu häufige

1) Can. 1569, § 2.

2) Can. 1557, § 1. *Ipsius Romani Pontificis dumtaxat jus est iudicandi: 1. eos qui supremum tenent populorum principatum horumque filios ac filias eosve, quibus jus est proxime succedendi in principatum; 2. Patres cardinales; 3. Legatos Sedis Apostolicae, et in criminalibus Episcopos, etiam titulares.* § 2 *Tribunalibus vero Sedis Apostolicae reservatur iudicare: 1. episcopos residentiales in contentiosis salvo praescripto can. 1572, § 2; 2. dioeceses aliasve personas morales ecclesiasticas, quae superiorem infra Romanum Pontificem non habent, uti religiones exemptas, congregationes monasticas etc.* § 3 *Alias causas, quas Romanus Pontifex ad suum advocaverit iudicium, videt quem ipsemet Romanus Pontifex designaverit.* Vgl. auch Kirch.-Lex. II², 2067 ff.

3) Can. 1569, § 1: *Ob primatum Romani Pontificis integrum est, cullibet fideli in toto orbe catholico causam suam sive contentiosam sive criminalem in quolibet gradu et in quovis litis statu, cognoscendam ad S. Sedem deferre vel apud eandem introducere, § 2 Recursus tamen ad Sedem Apostolicam interpositus non suspendit, exluso casu appellationis, exercitium jurisdictionis in*

Evokation sich nicht bewährt, ist einleuchtend. Daher haben auch die Reformkonzilien dagegen Stellung genommen. Im Konstanzer Konkordat ¹⁾ 1418, Kap. IV heißt es: Sanctissimus Dominus noster PP. Martinus V. statuit et ordinat, quod nullae causae in Romana curia committantur, nisi quae de jure et natura causae in Romana curia tractari debebunt, et quod causae, quae ad forum ecclesiasticum de jure vel consuetudine non pertinent, per curiam Romanam etiam praetextu crucesignationis Laicorum extra tempus passagii generalis non recipiant, de illis cognoscendo in curia vel extra committendo, nisi de consensu partium.

Auch das Basler Konzil wendet sich Sessio 31, cap.1 gegen die Evokation ²⁾. Inoleverunt autem hactenus intolerabilium vexationum abusus permulti, dum nimium frequenter a remotissimis etiam partibus ad Romanam curiam et interdum pro parvis et minutis rebus ac negotiis quamplurimi citari et evocari consueverunt . . . S. Synodus . . . statuit et decernit, quod in partibus ultra 4 diaetas a Romana curia distantibus omnes quaecunque causae exceptis maioribus . . . apud illos iudices in partibus, qui de jure aut consuetudine praescripta vel privilegio cognitionem habent, terminentur et finiantur. Weltliche Fürsten besonders in Frankreich und England suchten die Evokation, ja sogar die Appellation an den apostolischen Stuhl zu hindern ³⁾. Das Tridentinum sprach den Grundsatz aus, daß das bischöfliche Gericht die erste Instanz bilden sollte ⁴⁾. Auf demselben Standpunkt steht auch das geltende Recht ⁵⁾. Der Wunsch des Basler Konzils, daß für Appellationen vom apostolischen Stuhle iudices in partibus (sc. terrae) bestellt werden, die an Stelle des Papstes richten, wurde insofern erfüllt, als das Tridentinum die Bestellung solcher Richter auf den Synoden anordnete. Bei der Seltenheit der

judice, qui causam jam cognoscere coepit; quique idcirco poterit iudicium prosequi usque ad definitivam sententiam, nisi constiterit Sedem Apostolicam causam ad se advocasse.

1) *Walter*, *Fontes jur. eccl.*, 93.

2) *Mansi*, C. C., XXIX, 159.

3) *Friedberg Emil*, *De finium inter ecclesiam et civitatem regundorum iudicio* 1861, 152. Urban V. (1367) soll dem König von Frankreich sogar ein privilegium de non evocando gewährt haben, l. c. 151 f. u. *Richter A.*, KR. ⁸ 763.

4) *Trid.* 24, de ref., cap. 20.

5) *Can.* 1572, § 1.

Synoden, wurden benachbarte Diözesengerichte vom apostolischen Stuhle delegiert¹⁾. Auch das geltende Recht sieht die Möglichkeit einer solchen Delegation vor²⁾.

A. Die päpstliche Affektion bei der Betätigung der *jurisdictio voluntaria*.

Spricht man von einer affectio papalis im kirchlichen Gerichtswesen, so ist doch die Betätigung der *jurisdictio voluntaria* und *necessaria* zu scheiden.

Freilich ist der Begriff der *jurisdictio voluntaria* weder vom Gesetzgeber noch von der Doktrin klar umschrieben. Während manche hierzu Adoption, Ordination, Konsekration, Benefizienverleihung, Dispensation und Absolution rechnen, sehen andere in der Ausübung der *jurisdictio voluntaria* hauptsächlich eine gnadenerweisende, höchstens in einem weiteren Sinne auch die gesetzgebende und verwaltende Tätigkeit³⁾. Für unsere Zwecke mag es vollständig ausreichen, wenn wir das Hervortreten der affectio papalis bei gewissen verwaltungsrechtlichen Handlungen und bei der Ausübung der Gerichtsbarkeit im engeren Sinne des Wortes untersuchen.

Nach älterem Rechte ließ man nicht bloß aus der Spendung der Taufe und Firmung, sondern aus jeder Sakramentspendung eine Art geistlicher Verwandtschaft zwischen Spender und Empfänger entstehen⁴⁾. Daher ist es erklärlich, daß die vom Papst Geweihten als filii Papae unter dessen besonderem Schutz und Strafjurisdiktion standen. Dabei war es gar nicht notwendig, daß es sich gerade um eine Sakramentspendung handelte. Auch eine Benediktion hatte dieselben Folgen. So tadelt Gregor VII. in einer Urkunde vom 22. März 1074 den Bischof Frotarius von Nîmes, weil er den Abt des Klosters St. Gilles, obwohl derselbe vom Papst geweiht worden war, gefangen nahm⁵⁾. Alexander II.

1) Trid. 25, de ref. cap. 10.

2) Can. 1597.

3) Eidmann E., Lehrb. d. KR. ² 138 f. Anderer Auffassung Hilling N. Archiv 105 (1925), 468 ff. — Die Auffassung der freiwilligen Gerichtsbarkeit im weiteren Sinne würde die Eingliederung der unter I, II u. III besprochenen Fälle an dieser Stelle verlangen.

4) Rufinus, Summa ed. Singer, 462.

5) PflugkHarttung, Acta Pont. Rom. I, 46

Archiv für kath. Kirchenrecht. CIX.

1061 macht demselben Bischof den Vorwurf, daß er Abt und Kloster St. Gilles exkommuniziert habe, obwohl der Abt persönlich vom Papst geweiht worden¹⁾. Bereits im frühen Mittelalter findet sich die Ansicht vertreten, daß derjenige, welcher vom Papst in besonderer Weise als filius, heres erklärt oder von ihm gesalbt worden ist, der ausschließlichen Gerichtsbarkeit des Papstes unterstehe. Ein Beispiel hierfür bietet uns der Streit des Erzbischofs Hinkmar mit Papst Leo IV. Hinkmar hatte den Kaiser Lothar in Bann getan. Hierüber schreibt nun Papst Leo IV. an Kaiser Lothar: In unctum Domini, quem sedes Apostolica benedictionis oleo publice consecravat sibi que proprium fecit heredem, anathematis jaculum contra omnem non solum divinam immo humanam institutionem inferre praesumpsit . . . Mandamus, ut . . . neque contra vos, quem Deus sibi principem et imperatorem elegit et per manus summi et apostolici pontificis sanctificatum benedictionis oleum super vestrum caput effudit, clam vel publice audeat aliquam quocunque tempore anathematis vel aliam injuriae inferre jacturam²⁾. — Ein Analogon kann im deutschen Rechte gefunden werden, da königliche Schutzbefohlene das Reklamationsrecht an das königliche Gericht hatten³⁾. Bei dieser Sachlage ist es begreiflich, daß der vom Papst gesalbte und gekrönte Kaiser als filius specialis des Papstes seiner ausschließlichen Jurisdiktion unterstand. Nach den ältesten Ordines der Kaiserkrönung wurde der Erwählte formell zum filius Romanae ecclesiae erhoben. Die Zeremonie, welche hierbei zur Anwendung kam, entsprach der bei den germanischen Völkern gebräuchlichen Adoptionsform⁴⁾. Später ließ man aus Salbung bezw. aus der urkundlichen Ver-

1) I. c. Acta I, 36. Auch Sachbenediktionen durch den Papst konnten eine Exemption zur Folge haben. Vgl. die Urkunde für Clugny 3. Juni 1096 I. c., Acta III, 19: der vom Papst geweihte Altar soll nur vom Papst interdiktiert werden können.

2) Jaffé, n. 2618 f.; MG. Ep., V, 605.

3) Schröder R., a. O., 182.

4) Eichmann E., Das Exkommunikationsprivileg des deutschen Kaisers im Mittelalter, Ztschr. der Savignystiftung, XXXII, Kanonist. Abt. I, 191. Ebendieselbe. Die Adoption des deutschen Königs durch den Papst, Ztschr. d. Savigny-Stift. XXXVII, Germ. Abt. 291—312. Auch eine Aufnahme des Kaisers in den Klerikalstand fand statt, was später (seit 1155) in Aufnahme in das Kapitel von St. Peter abgeschwächt wurde Eichmann, Königs- und Bischofsweihe, Sitz. Bericht der bayr. Akad. d. W., philos. philolog. hist. Klasse 1928 6. Heft, 1928, 52, 56.

Leihung des Titels die filiatio hervorgehen. Manche mittelalterliche Fürsten bewarben sich um die Auszeichnung eines filius Papae. So der Böhmenherzog Wratislaus¹⁾. Das Privileg erhielt Leopold der Fromme von Oesterreich 30. März 1137²⁾, König Ludwig IX. von Frankreich 31. März 1256³⁾.

Auf Grund von Privilegien hatten einzelne Territorialfürsten frühzeitig schon die Begünstigung erhalten, daß sie nur vom Papste zensuriert werden dürfen. So erhielt Heinrich der Löwe vom Papst Zölestin III. am 5. August 1191 ein solches Privilegium⁴⁾, der Landgraf von Thüringen von Innozenz III., 11. April 1203⁵⁾, der Herzog von Braunschweig am 6. August 1256 von Alexander IV.⁶⁾, ein zeitliches (5 Jahre dauerndes) Privilegium, König Heinrich von England am 7. November 1262⁷⁾ von Papst Urban IV., die Stadt Lübeck am 29. Juli 1257⁸⁾. Das Kloster Clugny erhielt im Jahre 1024 von Papst Johann XIX. das Privilegium, daß die Mönche dieses Klosters proprii et speciales filii der römischen Kirche sein sollten und daher auch von keinem Bischof exkommuniziert werden dürften⁹⁾. Dem deutschen Orden verlieh Alexander IV. 30. Juni 1257¹⁰⁾ das Privilegium, daß seine Priester und Laien nur vom Papste exkommuniziert oder interdictiert werden dürfen, mit der Begründung: cum vos tamquam speciales ecclesiae Romanae filios . . . diligamus. — Die speciales Romanae ecclesiae filii galten als exempt¹¹⁾; erst Bonifaz VIII. machte die Einschränkung, daß die Exemption für dieselben nur gelte, wenn sie zum Beweise ihrer Freiheit (von anderen kirchlichen Obrigkeiten) einen jährlichen Zins an die römische Kirche

1) M. G. SS. IX 87.

2) *Kehr-Brackmann*, Reg. Rom. Pont., Germania Pontificia I 259, n. 1.

3) *Potthast*, 16313. Ohne besondere Erlaubnis des Papstes darf niemand Exkommunikation oder Interdikt über Frankreich verhängen.

4) *Eichmann E.*, Das Exkommunikationsprivileg des deutschen Kaisers, Zeitschr. d. Savigny-Stift., kan. Abt. I, 182.

5) *Potthast*, 1883.

6) *Potthast*, 16517.

7) *Eichmann a. O.*, 183.

8) *Potthast*, 16952.

9) *Jaffé*, 4065, *Migne* I. 141, 1135 f.

10) *Potthast*, 16853.

11) Alexander III. in. c. 4, Comp. I, 3, 25: in speciales Romanae ecclesiae filios, qui scilicet nullum episcopum praeter Romanum pontificem habent; vgl. auch *Jaffé*, 13741, Innozenz IV. in c. 1, VI, 5, 12.

entrichten¹⁾. — Im kirchlichen Verwaltungsrecht finden sich zahlreiche Fälle, die eine päpstliche Reservation oder Affektion vorstellen. In all diesen Fällen liegt der Gedanke zu Grunde, daß dadurch der apostolische Stuhl mit einem Institute oder einer Angelegenheit in gesetzlich bestimmter Weise sich befaßt (*manum suam apposuit*), diese Gebilde in gewisser Beziehung der Verfügung untergeordneter Behörden entzogen sind. So unterscheidet man im kirchlichen *Ordensrecht* Kongregationen, welche dem Diözesanbischof und solche, welche dem Papste unterstehen (*congregationes juris dioecesiani und juris Pontificii*). Eine Unterstellung unter den Papste erfolgt aber dadurch, daß die betreffende Kongregation vom Papste das sogenannte Belobungsdekret erhält oder gar approbiert wird²⁾. Belobung bzw. Approbation stellen also eine *appositio manus summi Pontificis* dar. Daher ist auch die provinziale Gliederung einer Kongregation päpstlichen Rechtes, die Abänderung oder Neugründung oder Unterdrückung von Provinzen, die Lostrennung oder Angliederung eines selbständigen Klosters an eine Ordenskongregation dem apostolischen Stuhle reserviert³⁾. Freilich, aus praktischen Erwägungen heraus sind im Ordensrecht wiederum manche scheinbare Ausnahmen gemacht. Da die Kongregationen des bischöflichen Rechtes ganz dem Bischof unterstehen, sollte man meinen, daß auch der Bischof berechtigt wäre, eine solche Kongregation aufzuheben. Dem ist aber nicht so, da eine neue bischöfliche Kongregation nur mit Vorgenehmigung des apostolischen Stuhles errichtet werden darf (*ne condant neve condi sinant inconsulta Sede Apostolica*⁴⁾). So ist auch die vollständige Aufhebung einer religiösen Genossenschaft oder der einzigen Niederlassung dieser Genossenschaft dem apostolischen Stuhle vorbehalten⁵⁾. Daß zur Gründung von neuen Niederlassungen bischöflichen Rechtes die Zustimmung des Bischofs bzw. der Bischöfe, wenn Mutterhaus und Neugründung in verschiedenen Diözesen sich befinden, genügt⁶⁾, ergibt sich aus der Stellung dieser Kongregationen. Nun könnte man allerdings erwarten, daß zur Gründung einer Niederlassung päpstlichen Rechtes päpstliche Zustimmung notwendig wäre. Wahrscheinlich aus praktischen Gründen wurde aber von einer solchen Verfügung abgesehen. Nur zur Errichtung eines *exempten* religiösen Hauses, in Missionsländern allerdings

1) c. 10, in VI, 5, 7. — 2) Can. 488, n. 3. — 3) Can. 494, § 1. —

4) Can. 492, § 1. — 5) Can. 493. — 6) 495, 497, 492, § 2.

zur Errichtung jeder Niederlassung, ist eine apostolische Bewilligung notwendig¹⁾). Konsequent ist die Aufhebung eines Hauses einer nicht exempten Genossenschaft päpstlichen Rechts nicht dem apostolischen Stuhle reserviert²⁾).

Eine manus appositio Papae bedeutet auch die päpstliche Exemption einer religiösen Genossenschaft oder eines kirchlichen Institutes. Schon die Geschichte der Exemption weist darauf hin. Ursprünglich genossen die Klöster keine Ausnahmestellung in der Diözese³⁾). Bald aber findet sich eine meist von den Gründern ausgehende Unterstellung der Klöster unmittelbar unter den apostolischen Stuhl. Man sprach von einem Schutzverhältnis, von einer libertas Romana⁴⁾). Wenn damit auch noch keine Exemption im wahren Sinne des Wortes gegeben war, so entwickelte sich doch daraus die Exemption. Dieselbe nahm im Laufe der Zeit zum Schaden einer geordneten Diözesanregierung einen ungeheuren Umfang an. Bedeutende Einschränkungen hat bereits das Tridentinum vorgenommen. Nach geltendem Rechte sind exempt die Mitglieder religiöser Genossenschaften mit den feierlichen Gelübden und zwar Männer und Frauen mit Einschluß der Novizen, ferner die Häuser und Kirchen dieser religiösen Genossenschaften. Ausnahmen bestehen für Nonnen, welche keinem männlichen Orden untergeordnet sind⁵⁾), ferner schränkt das Recht selbst wiederum die Exemption ein, indem den Bischöfen in gesetzlich bestimmten Fällen ein unmittelbares Eingreifen zugebilligt wird⁶⁾). Mitglieder religiöser Genossenschaften mit einfachen Gelübden genießen eine Exemption nur insoweit, als ihnen eine solche besonders gewährt wurde. Nichtsdestoweniger sind den Bischöfen auch gegenüber diesen religiösen Genossenschaften, wenn sie päpstlichen Rechtes sind, gewisse,

1) Can. 497, § 1. Dasselbst ist auch aufgeführt: monasterium monialium d. i. ein Kloster von Ordensfrauen mit feierlichen Gelübden, da dieselben wenn sie keinem Regularobern untergeordnet sind, ganz der bischöflichen Jurisdiktion unterstehen. can. 615.

2) Can. 498.

3) Vgl. c. 12, C. 16, qu. 1 (Chalcedon 451, c. 4).

4) Jaffé, n. 864, 928; c. 8, 18, X, 5, 33, c. 6, 10, VI, 5, 7. Über die Gewährung des päpstlichen Schutzes an das Stift St. Lambrecht vgl. Tomek E., Gesch. d. Diözese Seckau I 1917, 230. Zum Ganzen Schreiber G., Stutz, Kirchenrechtliche Abhandlungen, Heft 65/66, 9 ff., 67/68, 254 ff.

5) Can. 615.

6) Vgl. can. 512, 533, 535, 616, 617, 631.

Maßnahmen verwehrt, wie Abänderung der Konstitutionen, Einmischung in die Vermögensverwaltung, Einmischung in die innere Leitung und Disziplin¹⁾. Errichtung und Aufhebung einer Niederlassung eines exempten Klosters bedarf der Zustimmung des apostolischen Stuhles²⁾.

Ansätze von päpstlichen Affektionen finden sich auch im kirchlichen *Vereinsrecht*. Das geltende Recht bestimmt hierüber folgendes: Vereine, welche als kirchliche gelten wollen, müssen von der kirchlichen Autorität entweder errichtet oder wenigstens approbiert sein. Als kirchliche Behörden kommen in Betracht der Ortsbischof und der apostolische Stuhl. Während nun sonst der Bischof auf die kirchlichen Vereine einen weitgehenden Einfluß nehmen kann, ist derselben hinsichtlich der Vereinigungen, die vom apostolischen Stuhl errichtet oder deren Statuten vom apostolischen Stuhl approbiert sind, einigermmaßen eingeschränkt³⁾. Zwar erstreckt sich die bischöfliche Jurisdiktion und Aufsicht, soweit nicht ein Privilegium eine Ausnahme gewährt, auf alle kirchlichen Vereine, auch auf solche, die vom apostolischen Stuhle errichtet worden sind⁴⁾.

Doch dürfen Vereine, welche vom apostolischen Stuhle errichtet worden sind, auch nur von demselben unterdrückt werden⁵⁾. Nur Statuten kirchlicher Vereine, die nicht vom Papste bestätigt worden sind, unterliegen jeder Zeit der Anpassung und Korrektur des Ortsordinarius (*moderationi et correctioni ordinarii loci*)⁶⁾. Das gleiche gilt hinsichtlich der Statuten der Bruderschaften⁷⁾.

1) Can. 618 mit Anführung gewisser gesetzlicher Ausnahmen.

2) Can. 497, § 1, 498.

3) Can. 689. Doch sind nicht alle Vereine der Katholiken schon kirchliche Vereine. Vielmehr können als solche nur errichtet werden, welche Zwecke, die can. 685 angibt, verfolgen. Andere Vereine können lediglich empfohlen werden; can. 684.

4) Nur Vereinigungen, die auf Grund eines apostolischen Indultes von exempten religiösen Genossenschaften an ihren Kirchen errichtet worden sind, dürfen vom Ortsordinarius hinsichtlich der internen Disziplin und der geistlichen Leitung nicht visitiert werden. can. 690, § 2.

5) Can. 699, § 2. Andere Vereinigungen auch solche, welche von religiösen Genossenschaften auf Grund eines apostolischen Indultes unter Zustimmung des betr. Ordinarius errichtet wurden, können ob *graves causas et salvo jure recursus ad Apostolicam sedem* vom Bischof aufgehoben werden l.c., § 1.

6) Can. 689, § 2.

7) Can. 715, § 1. Daß der Bischof die Translation einer Konfraternität nicht verfügen kann, wenn die vom apost. Stuhl approbierten Statuten eine Translation verbieten, ist klar. can. 719, § 1.

Eine gewisse Affektion findet sich auch im Kanon 1683: Wenn der apostolische Stuhl irgend einem Akt oder einer Urkunde eine Beglaubigung beigelegt hat, so kann ein untergeordneter Richter darüber nur über vorausgehenden Auftrag des apostolischen Stuhles ein Erkenntnis fällen.

Im kirchlichen Verwaltungsrecht gibt es noch weitere Fälle welche an die affectio papalis erinnern. Nach dem geltenden Rechte stellt die Territorialpfarre die Regel dar. Es sind deshalb die Diözesen und in Missionsländern die apostolischen Vikariate und Präfekturen in Pfarren bzw. Quasipfarren einzuteilen¹⁾. Nur ausnahmsweise werden vom apostolischen Stuhle *National-, Familien- oder Personalpfarren* bewilligt. Folgerichtig ist auch jede Neugründung oder Abänderung in dieser Richtung dem apostolischen Stuhle reserviert²⁾.

Eine manus appositio findet sich auch in der Lehre von den *Sünden- und Zensurenreservaten*. Nach Kanon 893 ff. können die Ordinarien die Lossprechung von Sünden und Zensuren sich vorbehalten. Allerdings sind ihnen hierbei gewisse Richtlinien zur Pflicht gemacht. Die Ortsordinarien sollen Sündenreservationen nur verfügen, nachdem sie auf der Diözesansynode oder nach Anhörung des Domkapitels und einiger erfahrener Beichtväter der Diözese die Sache wohl erwogen haben, falls für die Reservation eine wirkliche Notwendigkeit oder ein wahrer Nutzen sich ergibt³⁾. Es seien der Fälle wenige und sollen dieselben nur schwere Delikte betreffen und soll die Reservation nur so lange aufrechterhalten bleiben, als die Kirchenzucht dies verlangt. *Durchaus aber haben die Ordinarien sich von der Reservation von Sünden zu enthalten, die dem apostolischen Stuhle*, wenn auch nur mit Rücksicht auf die Zensur *vorbehalten sind*; ja regelmäßig sollen sie auch jene Sünden sich nicht reservieren, auf welche schon durch das objektive Recht eine, wenn auch niemandem reservierte Zensur gesetzt ist⁴⁾. Hinsichtlich der Zensurenreservate gilt der Grund-

1) Can. 216, § 1—3.

2) Can 216, § 4. Vgl. *Dorn J.*, Zur Geschichte der Personalpfarreien, Zeitsch. d. Savigny-Stiftung, Kan. Abt. VI, 341—383. Auch dann ist die Errichtung einer Nationalpfarre ein päpstliches Reservat, wenn die Konnationalen ein separates Territorium haben und ihre Sprache eine Staatssprache ist. Com. interp. 20. Mai 1923, Acta Ap. Sedis XVI, 113. Die Personaljurisdiktion für die unierten Ruthenen in Amerika bewährte sich nicht. *Haring J.*, K. R.^{8.}, 269.

3) Can. 895.

4) Can. 898. Der zweite Teil der Verfügung hat weniger mit einer affectio zu tun und will mehr eine Strafhäufung hintanhalten.

satz, daß auf ein Delikt, auf welches bereits eine dem apostolischen Stuhle reservierte Zensur gesetzt ist, der untergebene Ordinarius keine andere Zensur setzen kann¹⁾.

Auch im kirchlichen *Ablaßwesen* findet sich eine *appositio manus Papae*. Es ist die Ablaßgewährung dem Papste reserviert. Daher dürfen andere nur insofern auf Grund einer *potestas ordinaria* Ablässe gewähren als dies ausdrücklich im Rechte verfügt ist. Jedenfalls aber dürfen die untergebenen kirchlichen Funktionäre einer Sache, einem guten Werke oder einer kirchlichen Vereinigung, welcher schon vom apostolischen Stuhle (oder einem anderen) Ablässe gewährt sind, keine neuen Ablässe ohne Vorschreibung neuer Bedingungen gewähren²⁾.

Anklänge an die *affectio papalis* finden sich in einer Verfügung des *Pontificale Romanum*. Im Abschnitt de *benedictione Abbatis* ist der Fall vorgesehen, daß die Bestellung, bezw. Bestätigung des erwählten Abtes vom apostolischen Stuhle ausgehe. In diesem Falle darf auch die *Abtbenediktion* nur über Auftrag des apostolischen Stuhles vorgenommen werden³⁾.

Ähnlich verhält es sich wohl auch mit der *Bischofskonsekration* im geltenden Recht. Da nach Canon 329, § 2 der Papst das freie Ernennungsrecht, in jedem Falle aber das Bestätigungsrecht hat, so ergibt sich daraus auch der Grundsatz, daß die bischöfliche Konsekration Sache des apostolischen Stuhles ist⁴⁾.

Ein *manus appositio* bedeuten ferner die auf verschiedenen Gebieten des kirchlichen Verwaltungsrechtes im Laufe der Geschichte auftauchenden *Reservationen*.

Im Zusammenhang mit den Benefiziumsreservationen wird seit dem 13. Jahrhundert, besonders seit Innozenz IV. hier und da auch die Besetzung eines Bistums reserviert⁵⁾. Durch das Wormser

1) Can. 2247, § 1. Nebengedanke mag wohl auch hier sein, eine Häufung von Zensuren zu vermeiden.

2) Can. 912, 913, § 3. Der Zusatz *vel ab alio* deutet an, daß auch die Vermeidung der Häufung ein Mitgrund des Verbotes ist.

3) *Pontifex interrogat dicens: Habetis mandatum Apostolicum? Respondit ille: Habemus. Pontifex dicit: Legatur.* Vgl. die ziemlich komplizierte Lehre über die Wahlbestätigung klösterlicher Vorgesetzter bei *Biederlack-Fährich*, *De relligiosis* 1918, 49f.

4) Can. 953. Eine historische Ausnahme bedeutet das *Privilegium* der Salzburger Erzbischöfe hinsichtlich einiger Suffraganbistümer. Hierüber *Haring J. K.-R.* 631 f. Nunmehr ist das *Privilegium* auf Präsentation und Besitzeinführung eingeschränkt. *Greinz Ch.*, *Kath. Kirchenzeitung*, 1927, Nr. 25.

5) *Friedberg E.*, *Kirchenrecht*. 1909⁶, 386.

Konkordat war die kanonische Wahl durch die Kapitel gemeines Recht geworden ¹⁾. Hiermit schwand die frühere Besetzungsform: Bestellung auf der Provinzialsynode und Konfirmation durch den Metropolit. Das Konstanzer Konzil erwähnt ausdrücklich das Bestätigungsrecht des Papstes gegenüber dem kanonisch Erwählten jedoch auch das Recht, eine andere Persönlichkeit zu bestellen ²⁾. Auch das Konsekrationsrecht des Erzbischofs hinsichtlich der Suffragane schwand so zwar, daß nun die Konsekration des Bischofs dem Papste reserviert ist und nur in seinem Auftrag erteilt wird ³⁾. Die Bestellung eines bischöflichen Koadjutors ist seit Bonifaz VIII. ein Reservat des apostolischen Stuhles ⁴⁾, desgleichen die Bestellung eines Weihbischofs seit Klemens V. ⁵⁾. Gewisse Arten der kirchlichen Vermögensveräußerung werden von Paul II. (1468) dem apostolischen Stuhle reserviert ⁶⁾. Die Bestätigung neuer religiöser Orden ist seit 1215 dem apostolischen Stuhle reserviert ⁷⁾. Der erste Fall einer *strafrechtlichen* Reservation findet sich im berühmten Kanon 15 des II. Laterankonzils 1139 *si quis suadente* mit der Wirkung, daß der Täter zum Zwecke der Absolution eine Romreise zu unternehmen hatte ⁸⁾. Doch schon früher hatten Päpste einzelne Strafrechtsfälle an sich gezogen ⁹⁾.

Eine besondere Auswirkung erlangte die Lehre von der *affectio papalis* im kirchlichen *Dispensationswesen*. Es äußert sich diese Affektion dadurch: 1. daß ein Fall bereits beim päpstlichen Stuhle anhängig ist; 2. daß wenigstens auf gewissen Gebieten eine Teildispensation ausgeschlossen ist, vielmehr alle Tatbestände, von welchen dispensiert werden soll, zugleich anzugeben sind. Doch spielt hier der sogenannte *stylus curiae* eine große Rolle.

1) *Walter, Fontes*, 75.

2) *Walter, Fontes*, 90: *si non fuerint praesentatae, vel si praesentatae minus canonicae fuerint, Papa provideat; si vero canonicae fuerint, Papa eas confirmet, nisi ex causa rationabili et evidenti et de fratrum consilio de digniori et utiliori persona duxerit providendum.*

3) Benedikt XIV., In postremo, 20. Okt. 1756 § 15 (*Gasparri, Fontes*, II, 545). Vgl. nun auch can. 953.

4) C. un. VI, 3, 5, vgl. can. 350, § 1, 1433.

5) C. 5. Clem. I, 3, vgl. can. 350.

6) C. un. EC., 3, 4, vgl. can. 534, 1530 ff.

7) C. 9, X, 3 36, c. un. VI, 3, 17

8) C. 29, C. 17, qu. 4.

9) Vgl. *Hausmann Math.*, Gesch. der päpstlichen Reservatfälle. Ein Beitrag zur Rechts- u. Sittengeschichte, Regensburg 1868, 17 ff.

Der erste Fall kann statthaben, wenn jemand unter Umgehung des nächsten berechtigten Vorgesetzten an einen Höheren zwecks Dispensation sich wendet. Ausdrücklich erklärt nun der Kodex ¹⁾, daß deshalb die freiwillige Gerichtsbarkeit, und dazu gehört die Dispensationsgewalt, sei dieselbe eine ordentliche oder delegierte, nicht suspendiert wird; jedoch soll der Untergebene nur aus wichtigen dringenden Gründen sich mit der Sache befassen und in diesem Falle sogleich den Vorgesetzten verständigen. Der Fall kann aber auch derart sich gestalten, daß die untergebene Behörde also z. B. die bischöfliche Kurie für eine Partei zwecks Dispensation sich an den apostolischen Stuhl gewandt hat. Während der Anhängigkeit des Falles treten besondere Dringlichkeitsgründe ein. Hier kann die bischöfliche Behörde auf Grund des Kanon 204, § 2 *ex gravi urgente causa* von der in Notfällen gewährten Vollmacht (besonders auch can. 81) Gebrauch machen.

Die *affectio papalis* besteht also in unserem Falle darin, daß bei der Anhängigkeit der außerstrittigen Rechtssache beim apostolischen Stuhle der untergebene Funktionär sich in die Sache nicht einlasse. Bemerkt sei, daß nach dem Wortlaut diese Affektion nicht ausschließlich der päpstliche Stuhl für sich in Anspruch nimmt. Auch andere kirchliche Behörden können sie beanspruchen ²⁾.

Eine andere Art der Affektion äußert sich darin, daß in gewissen Fällen es nicht genügt, von gewissen Mängeln und Hindernissen einzeln Dispensation zu erbitten, sondern daß alle Umstände zumal angegeben werden müssen. Vielleicht ist hier nicht ausschließlich der Gesichtspunkt der Anhängigkeit als auch die Tatsache maßgebend, daß der Dispensator ein klares Bild des Falles mit all den erschwerenden Umständen sich bilden will.

Besonders in älteren Dispensationsurkunden finden wir häufig die ausdrückliche Klausel, daß eine Dispensation gewährt wird, wenn kein anderes Hindernis vorhanden ist ³⁾. Bis in die Gegen-

1) Can. 204, § 1.

2) Ausdrücklich sagt dies Kanon 1048: *Si petitio dispensationis ad. S. Sedem missa sit, Ordinarii locorum suis facultatibus, si quas habeant, ne utantur, nisi ad normam can. 204, § 2.*

3) Papst Nikolaus II. ermächtigt die Bischöfe, vom Defekt der Simonie zu dispensieren, wenn nicht andere Irregularitäten vorhanden. *Stiegler M. A.*, Dispensation I, 1901 333. Urban II. ermächtigt, Kleriker, welche nicht von den zuständigen Bischöfen ordiniert sind, aufzunehmen, wenn keine anderen kanonischen Hindernisse vorliegen, *Stiegler*, a. O., 336; Johann VIII. ermächtigt einen Bischof, von der Irregularität des Mordes zu dispensieren, wenn kein sonstiges Hindernis vorhanden ist. *Stiegler*, a. O., 340.

wart fand sich in vielen Dispensationsreskripten gleichfalls der Zusatz: *si aliud impedimentum non obstat*.

Abgesehen davon hat sich für die einzelnen Gruppen ein gewisser *Stylus curiae* ausgebildet, der im *Codex jur. can.* eine Fixierung erlangt hat. Allgemein verfügt Kanon 42, daß die Verschweigung eines wahren Umstandes (*subreptio*) die Rechtskraft des Reskriptes nicht beeinträchtigt, wenn nur noch dem *Stylus curiae* genüge geleistet ist. Die Vorbringung falscher Tatsachen (*obreptio*) ist nur dann der Rechtskraft des Reskriptes hinderlich, wenn keiner der bewegenden Gründe, oder auch nicht der einzige bewegende Grund (*causa motiva*) wahr ist. Eine Ausnahme stellt Kanon 45 auf: Wenn das Reskript den Beisatz *motu proprio* enthält, schadet auch eine ansonst wesentliche *Subreptio* nicht, wenn nur der ausschlaggebende Grund (*causa finalis eaque unica*) der Wahrheit entspricht¹⁾. Eine noch weitergehende Ausnahme verfügt Kanon 1054: Dispensationen von Ehehindernissen des niederen Grades sollen gültig sein, wenn Verschweigungen oder falsche Darstellungen vorkommen, ja der einzige bewegende Dispositionsgrund (*unica causa finalis*) unwahr ist²⁾.

Eine besondere Regelung erfuhr die Dispensation von Ehehindernissen, Irregularitäten bzw. Weihehindernissen.

Dispensation von Ehehindernissen. Schon lange vor dem *Codex juris canonici* hatte sich ein gewisser *Stylus curiae* in Ehedispensangelegenheiten ausgebildet. Durch den Kodex hat derselbe nur eine Festigung erfahren. Rechtlich bedeutsam ist die Tatsache, daß einer Ehe nicht nur ein, sondern mehrere Hindernisse entgegenstehen. Daher ist dieses Zusammentreffen notwendiger Weise anzugeben. Ein Zusammentreffen von Hindernissen liegt nicht vor, wenn ein Hindernis behoben wurde, bevor das zweite aktuell wurde, z. B. jemand verpflichtet sich durch das *votum non nubendi* und erbittet sich die bischöfliche Dispensation. Später will er eine Verwandte heiraten. Hier liegt keine Konkurrenz vor. Sind daher bei einer wahren Konkurrenz alle gleichzeitig obwaltenden Hindernisse im Dispositions gesuch anzugeben,

1) Ein *Motu-proprio*-Reskript ist kein *motu proprio*, ein auf eigene Initiative vom Papst erlassenes Schreiben, sondern enthält nur den Beisatz »*Motu proprio*«. Sonst könnte man ja auch nicht von Bitten (*preces*) und von *veritates necessario exprimendae* sprechen.

2) Diese weitgehende Milde ist wohl nur mit Rücksicht auf die Praxis, wobei regelmäßig der vermittelnde Seelsorger der Geplagte ist, zu erklären.

so besteht eine gewisse Ausnahme beim Zusammentreffen eines öffentlichen mit einem geheimen Hindernisse. In diesem Falle ist ein Gesuch an die zuständige Kongregation um Dispensation vom öffentlichen Hindernisse und ein Gesuch an die Pönitentiarie um Dispensation vom geheimen Hindernis zu richten. Während im Gesuch an die Kongregation nur das öffentliche Hindernis erwähnt wurde, war bis in die neueste Zeit im Gesuche an die Pönitentiarie auch die Tatsache anzugeben, daß um Dispensation von dem bestimmten öffentlichen Hindernis angesucht worden sei oder werde. Nunmehr aber werden Gesuche für den äußeren und inneren Rechtsbereich vollständig selbständig behandelt¹⁾. Mit Zustimmung der Parteien könnte aber auch in das Gesuch pro foro externo das geheime Hindernis aufgenommen werden, wodurch ein Ansuchen bei der Pönitentiarie überflüssig wird.

Rechtlich bedeutsam ist an sich auch die Kumulation desselben Hindernisses bei denselben Personen z. B. mehrfache Verwandtschaft, mehrfache Schwägerschaft. Es bedurften deshalb die Ordinarien eigener Kumulationsfakultäten. Kanon 1049 gibt demjenigen, der eine allgemeine Ermächtigung besitzt, von einem bestimmten Hindernis zu dispensieren, die Vollmacht, auch dann von dieser Ermächtigung Gebrauch zu machen, wenn das Hindernis ein mehrfaches ist. Wer ein allgemeines Indult besitzt, von Hindernissen verschiedener Art z. B. Verwandtschaft und Schwägerschaft zu dispensieren, kann von der Vollmacht auch Gebrauch machen, wenn diese Hindernisse in denselben Personen sich finden. Wird von der potestas ordinaria oder auf Grund eines allgemeinen Indultes durch einen Delegierten die Dispensation von einem trennenden Ehehindernis gewährt, so wird dadurch auch die etwa notwendige legitimatio prolis gewährt, außer es handelt sich um eine proles adulterina vel sacrilega (Kanon 1051). Wird vom apostolischen Stuhle die dispensative Lösung einer nicht vollzogenen Ehe ausgesprochen oder (vom apostolischen Stuhle) auf Grund einer Verschollenheitserklärung die Erlaubnis zur Eingehung einer Ehe gegeben, so ist damit stillschweigend, wenn nötig, auch die Dispensation von zwei Arten des Hindernisses des Verbrechens (Ehebruch mit Eheversprechen, Ehebruch mit

1) So *Leitner M.*, Handbuch des kath. Kirchenrechts IV², 276. Der Kodex schweigt hierüber. Die Übung gehörte der praxis curiae an, die nicht notwendig vom Kodex berührt wird. Auch *Wernz-Vidal*, Jus can. V., 532 erwähnt die alte Praxis nicht mehr.

tatsächlichem Eheabschluß) gegeben. Kanon 1051. Nicht erwähnt ist im Kodex eine andere eingeschlossene Dispensation, daß nämlich mit der Dispensation von der Religionsverschiedenheit (*dispar cultus*) auch alle anderen etwa vorhandenen Hindernisse rein kirchenrechtlicher Natur behoben werden ¹⁾.

Überhaupt nicht gefährdet werden kann eine Dispensation von einem Ehehindernisse des minderen Grades. Kanon 1054 ²⁾. Offenkundige Namen- und Schreibfehler berühren die Gültigkeit eines Dispensreskriptes nicht, wenn nur der Ordinarius über den wahren Sinn keinen Zweifel hat ³⁾. Trifft mit dem öffentlichen Hindernisse, wovon der Vollmachtträger dispensieren kann, ein anderes Hindernis zusammen, um dessen Behebung der apostolische Stuhl zu bitten ist, so ist der ganze Fall dem apostolischen Stuhle vorzulegen. Werden aber Hindernisse, wovon der Vollmachtträger dispensieren kann, erst *nach* der vom apostolischen Stuhl für das andere Hindernis erteilten Dispensation bekannt, so kann der Vollmachtträger von der Dispensvollmacht Gebrauch machen ⁴⁾. Wird im Dispensgesuch irrtümlicher Weise ein näherer Grad der Verwandtschaft oder Schwägerschaft angegeben und davon dispensiert, so ist damit auch vom tatsächlich vorhandenen ferneren Grade, oder von einem Hindernis derselben Art im gleichen oder weiterem Grad dispensiert ⁵⁾.

Besondere Grundsätze gelten für die Dispensation von *Irregularitäten und Weihehindernissen*. Beim Ansuchen um Dispensation sind alle vorhandenen Irregularitäten und Weihehindernisse anzugeben ⁶⁾. Die Nichtbeachtung dieser Vorschrift ist im Codex j. c. nicht mit der vollen juristischen Schärfe gezeichnet: *secus dispensatio generalis valebit quidem etiam pro reticitis bona fide iis exceptis, quae in can. 990, § 1 excipiuntur, non autem pro reticitis mala fide*. Ausgenommen sind also die Irregularitäten, welche aus

1) S. Off. 16. Sept. 1824 (Acta S. Sedis, 25, 584). Doch *Chelodi J.*, Jus. matrim. 1918, 93, und *Trieb's Fr.*, Handbuch des k. Eherechts I, 1925, 31 nehmen den Weiterbestand dieser Verfügung an.

2) S. oben S. 173.

3) Can. 47. Diese Verfügung ist allgemeiner Natur, betrifft also nicht bloß das Eherecht.

4) Can. 1050.

5) Z. B. angesucht wurde um Dispensation von $\frac{2}{3}$ Verwandtschaft; aber es liegt tatsächlich $\frac{3}{8}$ vor. Die Dispensation von $\frac{2}{3}$, gilt auch für $\frac{3}{8}$, sogar wenn $\frac{3}{8}$ doppelt vorkommt.

6) can. 991, § 1: *indicanda sunt*. Ob sub poena nullitatis? Vgl. can. 11-

Mord (*homicidium voluntarium*) und *procuratio abortus* und Mittäterschaft an diesen Verbrechen entstehen¹⁾; ferner Irregularitäten aus Delikten, die aber bereits bei Gericht anhängig sind. Im übrigen ist zu unterscheiden, ob die Dispens eine allgemeine oder eine besondere für bestimmte Irregularitäten ist. Wird eine allgemeine Dispens gegeben und wurden *bona fide* Irregularitäten oder Weihehindernisse verschwiegen, so gilt die Dispensation auch für die im guten Glauben nicht erwähnten. Wenn aber *mala fide* Irregularitäten oder Weihehindernisse verschwiegen wurden? *dispensatio generalis valebit, ... non autem pro reticitis in mala fide*. Gilt also die Dispensation für die angegebenen Hindernisse und ist ediglich die Behebung der böswillig verschwiegenen Hindernisse ausgeschlossen? Dem Buchstaben nach könnte der Text des Kanon 991, § 1 so ausgelegt werden. Höchst wahrscheinlich ist der Sinn lediglich folgender: Eine allgemeine Dispensation behebt auch die gutgläubig nicht erwähnten Hindernisse²⁾. Wurde auf ein Ansuchen um Behebung einer konkreten Irregularität eine spezielle (nicht allgemeine) Dispensation gewährt, so ist die Dispensation ungültig, wenn *bona* oder *mala fide* eine andere Irregularität bzw. Weihehindernis nicht angegeben wurde³⁾. — Die Klausel »*dum aliud impedimentum non obstat*« findet sich gegenwärtig nicht mehr in Dispensreskripten für Irregularitäten und Weihehindernisse. Die Formel wäre überflüssig, bei konkreten Dispensationen irreführend. Bei allgemeinen Irregularitäten *ex homicidio voluntario* ist bei sonstiger Nichtigkeit der Dispensation die Zahl der Fälle anzugeben. Bei allen anderen Irregularitäten ist die Zahl nicht wesentlicher Natur. Da nach geltendem Rechte Mangel des erforderlichen Alters keine Irregularität im formalen Sinne des Wortes mehr ist, so sind Dispensationen vom mangelnden Alter geradeso wie Dispensationen von den Interstizien oder der Weihezeit selbständige Dispensationen, welche beim Zusammentreffen mit Irregularitäten und Weihehindernissen keine wesentliche Konkurrenz bilden.

Teilweise einen anderen Standpunkt als bei Ehehindernissen und Irregularitäten nimmt das kanonische Recht bei *Zensuren* ein.

1) can. 985, n. 4.

2) Wahrscheinlich hat man im Kanon 991, § 1 (*non autem pro reticitis in mala fide*) es mit einer Korrektur zu tun, die den Sinn durch Gegenüberstellung klar hervortreten lassen sollte, tatsächlich aber verwirrte. Wenn auch die *mala fide* *reticita* behoben würden, wozu dann im Vorausgehenden die Weisung: *omnes irregularitates et impedimenta indicanda sunt*?

3) Dies ergibt sich aus Kanon 991, § 1.

Mit aller Deutlichkeit erklärt Kanon 2249: Wenn jemand in mehrfacher Zensur sich befindet, so kann er von der einen unter Aufrechterhaltung der anderen losgesprochen werden. Sucht jemand um Absolution an, so muß er alle Zensurfälle angeben. Sonst gilt die Absolution bloß für den angeführten Zensurfall. Würde aber trotz Ansuchens um Absolution für einen bestimmten Fall eine allgemeine Absolution gegeben, so würde die Absolution auch für die im guten Glauben nicht angegebenen Fälle gelten; ausgenommen sind aber Zensuren die dem apostolischen Stuhle in ganz besonderer Weise (*specialissimo modo*) reserviert sind, ferner die böswillig verschwiegenen Zensuren.

*B. Die päpstliche Affektion bei Betätigung
der jurisdictio necessaria.*

Die *jurisdictio necessaria* umfaßt die strittige und die Strafgerichtsbarkeit. Prozesse ersterer Art werden (kirchliche) Zivilprozesse, Prozesse der zweiten Art (kirchliche) Strafprozesse genannt. Der Zivilprozeß regelt das gerichtliche Verfahren zum Schutze gefährdeter oder verletzter Rechte physischer oder juristischer Personen. Z. B. A und B beanspruchen beide den ausschließlichen Besitz eines Gebäudes. Der Richter entscheidet auf Grund des vorgelegten Beweismaterials über die Berechtigung. Der Strafprozeß ist das gerichtliche Verfahren zur Feststellung eines kirchlichen Vergehens und zur Verhängung der entsprechenden Strafe. Z. B. A wird der Simonie beschuldigt. Im Strafprozeß wird nun festgestellt, ob das Vergehen gehörig bewiesen werden kann und, wenn ja, welche Strafe zu verhängen ist. Für beide Fälle, Zivil- und Strafprozeß, bestimmt der Kodex (Kanon 1557, § 1 und 2), daß gewisse Fälle ein für alle mal dem apostolischen Stuhle bzw. den päpstlichen Gerichtshöfen reserviert sind. Andere Rechtsfälle können vom Papst an sich gezogen werden (Kanon 1557, § 3: *alias causas, quas Romanus Pontifex ad suum advocaverit iudicium*). In beiden Fällen ist die Unzuständigkeit eines anderen Gerichtes eine absolute und wäre das gefällte Urteil unheilbar (Kanon 1892, § 1) also unter allen Umständen ungültig¹⁾. Abgesehen von diesen Ausnahmefällen soll der ge-

1) Liegt bloß relative Unzuständigkeit vor, so kann vor der Streiteinlassung auf die Einrede des Beklagten vom Richter die Unzuständigkeit ausgesprochen werden. Wird keine Einwendung erhoben, so wird angenommen, daß der Beklagte sich dem Gerichtsstand unterworfen habe. Das Urteil selbst

wöhnliche Instanzenzug (bischöfl. Gericht, Metropolitengericht, apostolischer Stuhl) eingehalten werden.

Was nun die Ansichziehung von Rechtssachen durch den apostolischen Stuhl anlangt, so ist dieselbe in der Verfassung der Kirche begründet. Vgl. Kanon 218: Romanus Pontifex . . habet . . supremam et plenam potestatem jurisdictionis in universam ecclesiam. Ausdrücklich wird noch in Kanon 1569 erklärt, daß es dem apostolischen Stuhle vorbehalten bleibt, eine Rechtssache an sich zu ziehen. Die Wirkung ist, daß der untergeordnete Richter sein weiteres Verfahren einstellen muß. Aber auch der einzelne Gläubige kann seine Streit- oder Strafsache auf jeder Stufe und in jeder Lage des Rechtsstreites an den apostolischen Stuhl bringen. Diese Anrufung des apostolischen Stuhles hat keine Behinderung der Jurisdiktion des untergebenen Richters, außer es handelt sich um eine regelrechte Berufung, zur Folge, vielmehr kann der Richter, der mit der Sache sich befaßt, nach der Sachlage zur Urteilsfällung schreiten. Nicht ist dies zulässig, wenn auf diese Anrufung des apostolischen Stuhles derselbe die Sache formell an sich gezogen hat. Dann liegt wiederum eine Affektion vor, welche die Tätigkeit des untergebenen Richters ausschließt.

In diesem Zusammenhange ist auch das *Revisions-* und *Abolitionsrecht* des Papstes zu erwähnen. Ist ein zivilgerichtliches (im Gegensatz zum strafrechtlichen) Urteil in Rechtskraft getreten, gegen welches es kein ordentliches Rechtsmittel (Appellation, Nichtigkeitsbeschwerde), aber auch kein außerordentliches (Wiedereinsetzung in den früheren Stand) mehr gibt, so bleibt noch die Bitte um Revision an den Papst (*supplicatio*, *retractatio*) offen. Der Kodex erwähnt die Revision nicht. Nach der bestehenden Praxis kann in derselben Sache nur einmal die Bitte um Revision beim Papste eingebracht werden. Sie wird nur aus den triftigsten Gründen in Bezug auf die letzten Urteile der römischen Gerichte, nicht aber in Bezug auf eigene unmittelbare Entscheidungen des Papstes gewährt¹⁾.

Im *Strafverfahren* des kanonischen Rechtes hat schon der untergeordnete Richter ein weitgehendes Ermessungsrecht. Geht der Angeschuldete das Vergehen ein, so kann der Ordinarius in jedem Stadium des Prozesses mit einer Zurechtweisung den Fall abschließen, außer es handelt sich um schwere Delikte, auf welche die in ganz besonderer Weise dem Papst vorbehaltenen

kann nicht durch die Nichtigkeitsbeschwerde angefochten werden, *Eichmann E.*, K.-R.², 550 f.

1) *Heiner Franz*, Der kirchliche Zivilprozeß 1910, 136.

Exkommunikation oder worauf Benefiziumsentsziehung Infamie, Deposition oder Degradation gesetzt ist¹⁾.

Kommt es zu einer Aburteilung, so hat der kirchliche Richter ein weitgehendes Milderungsrecht, kann an Stelle der Strafe ein Strafheilmittel oder eine Buße setzen, besonders wenn auch von der Zivilbehörde eine Strafe verhängt worden ist, er kann aus Gründen die Strafe aufschieben, ja wenn der Delinquent ganz gebessert und das Ärgernis gutgemacht worden ist die Strafe ganz nachsehen²⁾. Dem Papst als höchsten Jurisdiktionsträger in der Kirche steht gleichfalls eine abolitio (Niederschlagung des Prozesses) zu. Ist das Strafverfahren noch nicht begonnen, so kann nicht bloß der Papst, sondern auch der untergeordnete Richter das Verfahren einstellen. Anders nach erhobener Anklage. Der Angeschuldigte hat ein Recht, die Fortsetzung des Verfahrens zum Beweise seiner Unschuld zu fordern. Daher kann gegen den Willen des Angeklagten im allgemeinen die Klage nicht niedergeschlagen werden. Nur der Papst könnte mit Rücksicht auf höhere Interessen derartiges verfügen. Ein Strafnachlaß durch den Papst ist möglich. Ist ein Strafurteil erlassen, so kann über das Milderungsrecht des Bischofs hinaus der Papst auf eine supplicatio seu retractatio hin ein beneficium novae audientiae gewähren, d. h. die Angelegenheit nochmals gerichtlich behandeln lassen. Voraussetzung ist, daß die höchsten kirchlichen Gerichte bereits entschieden, kein ordentliches oder außerordentliches Rechtsmittel mehr zulässig ist. Selbstverständlich kann einem solchen Ansuchen nur aus den wichtigsten Gründen entsprochen werden. Die Bittschrift wird von der Signatura apostolica begutachtet. Die Entscheidung erfolgt unmittelbar vom Papst³⁾.

Schlußwort.

Die Darlegungen haben gezeigt, daß die affectio papalis auf den verschiedensten Gebieten des kanonischen Rechtes sich findet und zwar als eine Folgerung aus der höchsten Jurisdiktionsgewalt des Papstes. Einst spielte sie besonders im Benefizialrecht eine noch größere Rolle. Der Codex juris canonici bringt zwar den Namen dieses rechtlichen Gebildes nicht mehr, die Sache aber blieb erhalten. Vielleicht liegt der Unterschied im Verhältnis zur Vergangenheit hauptsächlich darin, daß die vielgestaltige alte manus appositio im Kodex als Reservation in eine sichere feste Form gebracht ist.

1) can. 1948 ff. Ebendort auch der Fall der Feststellung einer Zensur oder Vindikativstrafe. — 2) can. 2223. — 3) can. 1603, § 2, *Heiner Franz*, Der kirchl. Strafprozeß, 1912, 146.

3. Kurie und König um die Besetzung der Würzburger Dompropstei i. J. 1838 (Nach Vatikanischen Aktenstücken ¹⁾).

Von Professor Dr. *Hubert Bastgen* in Rom.

Das Domkapitel von Würzburg teilte der Münchener Nunziatur, die damals von dem Geschäftsträger Santarelli verwaltet wurde, amtlich den am 24. Mai 1838 erfolgten Tode des Propstes *v. Bodeck* mit. Nach Artikel 10. des bayrischen Konkordates hatte der Hl. Stuhl das Besetzungsrecht zu den Propsteien. Indem Santarelli das in seiner Antwort hervorhob, macht er zugleich darauf aufmerksam, daß sich auch diesmal wieder Schwierigkeiten erheben könnten, wie das letztmal, wo die Regierung die vom Hl. Stuhle bereits vollzogene Ernennung des Seminarregens *Rutte* zum Propst in Würzburg wieder rückgängig hatte machen lassen zugunsten des eben verstorbenen Bodeck. Der Geschäftsträger wandte sich sofort an den Würzburger Bischof Freiherrn von Groß zu Trockau mit dem Ersuchen, ihm die würdigsten Geistlichen aus Kapitel und Klerus anzugeben, damit der Hl. Stuhl einen daraus ernennen könne. Noch ehe die Vorschläge des Bischofs angekommen waren, gab Santarelli selbst dem Kardinalstaatssekretär Lambruschini einige Geistliche an, die für die Propstei in Frage kommen könnten. Und da kamen nach seiner Ansicht in Würzburg nur der an Stelle Möhlers ernannte Dekan *Benkert* und der »junge« *Schmid* in Betracht, es sei denn, »daß man das Alter der beiden Senioren *Werner* (geb. 1768) und *Hubert* (geb. 1767) ehren wolle.« Vom Würzburger Klerus aber war ihm Philipp *Warmuth*, Pfarrer in Obergleichfeld, als Geistlicher »vom besten Rufe wegen der Reinheit seiner Sitten, wegen seines Wissens und wegen anderer Vorzüge« genannt worden (come ecclesiastico di ottima fama per morigeratezza di costumi, per sapere ed altri requisiti). Santarelli nannte auch Geistliche aus andern Diözesen. An erster Stelle den »treff-

1) Die für diesen Aufsatz verwendeten Aktenstücke befinden sich im Vatikanischen Geheimarchiv. Segreteria di Stato. Nunziatura di Monaco Nr. 355 1838. Berichte des Geschäftsträgers Santarelli vom 30. Mai (Nr. 1002), 1. Juni (Nr. 1003), 8. Juni (Nr. 1005), 13. Juni (Nr. 1007), 20. Juni (Nr. 1008), 6. Juli (Nr. 1010), 12. Juli (Nr. 1011), 13. August (Nr. 1016).

lichen« (bravo) Kanonikus *Egger* in Augsburg, dann den Domherrn *Weis* in Speyer, den Herausgeber des Katholik, eines Blattes, das sich immer ausgezeichnet habe durch warmen Eifer für die Sache des Hl. Stuhles (foglio che si è sempre distinto per caldo zelo verso la S. Sede). Aber es war von beiden¹⁾ zweifelhaft, ob sie die Würzburger Propstei annähmen. Wollte aber der Hl. Stuhl einen Heiligen ernennen (se poi come mi viene assicurato, volesse la S. Sede nominare un santo), so sei in der Regensburger Diözese der Seminarleiter *Handwerker*, der allerdings wegen Kränklichkeit dieses Amt nicht versehen könne. Von *Allioli* wollte er nicht sprechen: er sei dem Hl. Stuhl bekannt genug (troppo conosciuto alla S. Sede). Dann war in der Augsburger Diözese noch der Exjesuit *Rott*, Kurat von Pfaffenhausen, würdig, die genannte Stelle zu bekleiden (che mi si dice essere degno di occupare tal dignità). In München selbst war der Kurat Johann *Hortig*, ehemals Benediktiner und Universitätsprofessor, Doktor der Theologie und Philosophie, königlich und bischöflich geistlicher Rat, Mitglied der Akademie der Wissenschaften, 1774 geboren und einer der ersten Gelehrten Bayerns (uno dei primi scienziati del regno). Genannt wurde auch der aus Triest gebürtige Münchener Kanonikus *Pusser*, ohne daß er aber näher charakterisiert wurde. Von Geistlichen außerhalb des Münchener Kapitels machte der päpstliche Diplomat aufmerksam auf Dr. Georg Friedrich *Wiedemann*, Seminarleiter und Lektor der Liturgie an der Universität, wo er auch öfter Rektor gewesen sei, eine ganz ausgezeichnete Persönlichkeit (persona al di sopra di ogni eccezione). Aber auch von ihm bezweifelte er, ob er annähme, da er in München eine gewaltige Lücke lassen werde (poichè lascierebbe un vuoto immenso). Schließlich war noch da der Synodalexaminator Dr. Michael *Hauber*, erster Kaplan und Prediger am Hof.

Das waren eigentlich der Kandidaten genug. Aber Santarelli wollte bald noch mehr nennen. Jetzt fehle ihm die Zeit, bemerkte er, und er wisse im Augenblick keine andern²⁾.

1) Von *Egger* sagte Santarelli; gustando troppo la confidenza del clero e l'attaccamento dei buoni cattolici di quella diocesi.

2) Dem Bericht liegt bei das *Bittgesuch Benkerts* an den Papst um die kanonische Institution: egli, so Santarelli, non si esprime con esattezza a questo riguardo, ma Vostra Eminenza sa essere un atto puro di venerazione verso la S. Sede. — Das vom 23. Mai datierte Gesuch lautet:

Per obitum Joannis Adami *Moehler*, ss. theol. doctoris, decani huius ecclesiae cathedralis nominati p. m. dignitas decanatus eiusdem ecclesiae cathe-

Santarelli konnte sich weitere Bemühungen für neue Kandidaten ersparen; denn kaum hatte er seinen ersten Bericht hierüber abgeschickt, als er von dem Würzburger Domherrn *Leiniker* einen Brief für den Papst erhielt. In dem Begleitschreiben ersuchte er, die Weiterbeförderung nach Rom sehr zu beschleunigen, da sonst Gefahr im Verzuge sei. Der Brief an den Papst war wohl versiegelt, aber der päpstliche Vertreter ahnte, worum es sich handelte, nämlich um die Bittschrift zur Verleihung der Propstei mit einer Empfehlung ¹⁾ seines Bischofs, der ihm sehr

dralis vacare contigit; ad quam dignitatem Majestas regia Bavariae me infra humillime scriptum-licet indignissimum-nominare quam gratiosissime dignata est.

Quum vero ex decreto et bulla circumscriptionis regni bavarici: Dei ac Domini Nostri, institutio et collatio eiusdem dignitatis a. S. Sede Apostolica ea, qua par est, reverentia et submissione expetenda sit, hinc pedibus Sanctitatis Vestrae advolutus humillime et devotissime rogo iterum atque iterum quatenus hanc dignitatem mihi devotissime subscripto-licet indignissimo-quam clementissime conferre meque in eam instituere non gravetur.

Quam gratiam enixis ad Deum precibus pro incolumitate et felicissimo regimine Sanctitatis Vestrae necnon zelosissimo erga Sedem Apostolicam studio quoad vixero, demereri non desistam, qui summa, qua par est, reverentia et devotione perenno . . .

1) Das Empfehlungsschreiben lautete: Cum reverendissimum capitulum ecclesiae cathedralis Herbipolensis per obitum tantopere deplorandum dignissimi prepositi sui perquam reverendi Domini Caroli de *Bodeck* die vigesima quarta mensis maji anni currentis maximo decore suo orbatum fuerit, canonicus huius gremii reverendus Dominus Michael *Leiniker* fervente voto animatus pie defuncti prepositi sui vestigia premere intendit, ad Sanctitatem Suam Gregorium XVI. humillimas supplicationes suas pro gratiosissima collatione praedictae praepositurae submississime exhibere sibi proponit.

Ego subscriptus attestor, praenominatum devotissimum oratorem servitio sanctae ecclesiae durante spatio quadraginta annorum dicatum, officiis ecclesiasticis et parochialibus ipsi demandatis eximio zelo pro honore et gloria Dei, pro salute [?] et s. ecclesiae inutatum ad aedificationem diocesanorum perfunctum fuisse, et se ut consiliarium perspicuum ordinariatus et consistorii in rebus magni momenti et arduis, et strenuum defensorem religionis catholicae iuriumque s. romanae ecclesiae insigni scientia in iure canonico ac publico imbutum in cathedra, ac in sessionibus, verbis scriptisque semper exhibuisse.

Si Sanctitas Sua reverendo Domino Michaeli *Leiniker* ad eius humillimam supplicationem collationem vacantis dignitatis praepositurae in ecclesia cathedrali herbipolensi gratiosissime conferre dignabitur, foret, ut Sanctitas Sua amatissimus pater noster sedi episcopali, eiusque capitulo ac clero diocesano in perpetuam memoriam insigne monumentum et reiteratum pignus gratiosissimae propensionis sibi erigat.

Ita testor propriae manus subscriptione appositoque sigillo episcopali. Herbipoli, die 28. mensis maii 1838 [subsignatus] Fridericus episcopus Herbipolensis.

wohl wolle (a lui ben affetto). Er selbst aber wußte nichts Besonderes über ihn (non so nulla di particolare, e quel che altri ne pensa, non gli è troppo favorevole) und was er von andern hörte, lautete nicht günstig.

Man hatte Santarelli unterdessen auf den Würzburger Domherrn *Hartenberger* hingewiesen. Aber, abgesehen davon, daß die über ihn eingezogenen Erkundigungen nicht übereinstimmten, war er kein geborener Franke; zudem war er einer von den zuletzt ins Kapitel aufgenommenen, somit seine Beförderung nicht gern gesehen, um so weniger, als zwischen Franken und Bayern immer Reibereien bestünden, so wie es zwischen Bevölkerungen zu sein pflege, die an Art und Anlagen verschieden seien¹⁾. Aus diesem Grunde richtete Santarelli die Aufmerksamkeit auf *Döllinger*²⁾, der durch sein Wissen in ganz Deutschland und außerhalb bekannt sei; er war Bamberger, also Franke. Freilich war er etwas jung und sein Weggang von München war ein ungeheurer Verlust für die Universität, besonders nach dem Tode *Möhlers*. An *Hortig* war nicht mehr zu denken, da er nicht annahm. Dasselbe glaubte Santarelli von *Wiedemann* versichern zu können. Er hielt immer noch *Weis* und *Rott* am geeignetsten für den Posten. (Io non vedo finora come più adattati . . . che il Weis e l'exgesuita Rott). Um besseren Aufschluß über das Würzburger Kapitel zu erhalten, hatte sich der päpstliche Geschäftsträger an Bischof *Reisach*³⁾ in Eichstätt gewandt. Dieser gestand, die Domherren nicht gut zu kennen, empfahl aber aufs wärmste Professor *Stahl*. Freilich sah er ihn nicht gern von der Universität scheiden, wo er »unermesslich viel Gutes« wirke. Von *Egger*, so meinte er, solle man absehen, da er für die Propstei

1) Tanto più che tra i Franchi ed i Bavari continua sempre una certa stizza, come succede fra popolazioni di maniera e carattere diverso, altra volta rivali.

2) Sotto un contrario aspetto vi sarebbe da prendere in somma considerazione il sig. abbate Giuseppe Ignazio Döllinger cognito per il suo sapere a tutta la Germania e fuori, egli è nato in Bamberga e conseguentemente in Franconia ma è un po' giovane e poi sarebbe una perdita immensa per l'università di Monaco, dove è lettore di storia ecclesiastica dopo la morte del Möhler.

3) . . . Reisach, questi dopo avermi confessato che egli non conoscesse gran fatto quei canonici, mi dice che in quanto a se raccomanderebbe caldamente il detto prof. Stahl; ma che non gli regge il cuore di vederlo tolto più presto all'università di Würzburg, ove come lettore di teologia opera un bene immenso.

in Augsburg in Betracht komme, deren Inhaber (*Willy*) bald das Zeitliche segne. Den »so ausgezeichneten Geistlichen« (un così distinto ecclesiastico) *Poppo* wollte Reisach seiner eigenen Diözese bewahren und ihm dort die Popstei geben, wenn sie frei werde. Die Nachrichten, die Santarelli unterdessen über *Wahrmuth* erhalten hatte, ließen ihn von einer weiteren Empfehlung abstehen.

Alles, was er bisher erfahren hatte, ließ ihn »immer mehr sein Augenmerk auf Döllinger richten«. Er hatte sich auch unter der Hand erkundigt, ob er vielleicht die Propstei annehme. Döllinger hatte scherzend geantwortet, er wisse es nicht. Woraus geschlossen werden konnte, er nähme wirklich an. Santarelli wollte hierüber auch mit dem Außenminister *Gise* sprechen, aber da die Rede nicht von selbst darauf kam, so unterließ er es und sprach mit dem Innenminister *Abel*. Dieser sagte ihm gerade heraus, daß der König eine Entfernung Döllingers von der Universität nicht gerne sehe, da man augenblicklich keinen Ersatz für ihn finde¹⁾.

Bei dieser Gelegenheit gewährte Santarelli, daß seine Befürchtung, der König werde Ansprüche auf die Ernennung machen, berechtigt war. Der Minister gab unter wiederholten Beteuerungen, die Rechte des Hl. Stuhles zu achten, Santarelli wohl zu verstehen, daß auch diesmal der König Empfehlungen und Wünsche für einen Geistlichen habe, den er auszeichnen wolle. Der päpstliche Vertreter beschwerte sich über diesen Eingriff in die Rechte des Hl. Stuhles, die in Empfehlungen eingehüllt würden, die ihrer Natur nach die gewollte Wirkung haben mußten. Die Unterhaltung war »ein wenig lebhaft«, und wenn sie nicht »allzu hitzig« wurde, so lag es daran, daß der Minister sich mäßigte, und dabei eine heitere und vertrauliche Redeweise anschlug. Als er meinte,

1) Tutto ciò mi avea sempre più fatto fissar gli occhi sopra il prof. *Döllinger*, e pregato avea un suo amico di tentar di scuoprire se, nominato, accetterebbe. Alla proposta, fatta così in aria di scherzo rispose, che nel caso non saprebbe nel momento dire se fosse, o no per aderirvi: ciò che per me è argomento di credere, che sì. Mancava solo di assicurarmi, se eravi contro di lui alcuna cosa, che lo rendesse meno bene accetto al governo, ed a questo fine sono stato in sembianza di parlargli di tutt' altro affare al signor baron de *Gise* . . . , ma non si è venuto mai a cadere sul proposito della vacanza della prevostura di Würzburg, nè io ho voluto forzarvelo, ed ho piuttosto preferito di cercare un abboccamento col sig. de *Abel* . . . Sul conto del sign. *Döllinger*, Sua Eccellenza mi ha detto chiaramente, che *Sua Maestà non vedrebbe con molta soddisfazione, che se ne privasse l'università di Monaco*, non essendo possibile di rimpiazzarlo degnamente per ora nello insegnamento teologico.

noch am selben Tage werde der Nunziatur in der Beziehung eine Note zugehen, bat Santarelli davon abzustehen, und halb scherzend, halb ernst, entgegnete er, er werde sie nicht schriftlich beantworten oder die Antwort werde ein Einspruch werden. Dem Kardinalstaatssekretär machte Sarantelli den Vorschlag, er solle, sobald durch die bayrische Gesandtschaft in Rom die Vakanz der Würzburger Propstei bekannt gegeben werde, sogleich mündlich einen Vorschlag machen und fragen, ob etwas gegen die Auswahl von *Döllinger*, *Allioli*, *Weis* oder *Rott* einzuwenden sei. Auf diese Weise käme man aus der Verlegenheit heraus.

Santarelli hatte diese Nachrichten und Vorschläge für Rom schon in Reinschrift fertig, als er aus sicherer Quelle gewahr wurde, daß *Allioli* der Kandidat des Königs war. Eine offizielle Mitteilung war ihm noch nicht gekommen. Nun riet er Lambruschini er solle einfach, noch ehe *Spaur* die Anweisungen des Königs befolgen könne, den Namen *Allioli* nennen. Damit sei das Recht des Hl. Stuhles gewahrt und die Gefahr beseitigt, den König zu verstimmen.

Santarelli hatte unterdessen aber auch Gewißheit erlangt, daß der Würzburger Bischof *Leiniker* zum Propste vorgeschlagen hatte. Der Bischof hatte ihm deswegen einen »langen Brief« geschrieben und diesem sein nach Rom geschicktes Tauglichkeitszeugnis in Abschrift beigelegt. Ehe jedoch Santarelli den Wunsch

1) . . Questo però non è tutto, mentre il sig. Ministro in mezzo a mille proteste di rispettare il diritto della S. Sede, m'ha fatto comprendere, che questa volta ancora vi sarebbero raccomandazioni, e voti del Re in favore di un ecclesiastico, che egli vuole distinguere, della qual cosa io mi sono lagnato non al Ministro, ma al sig. de Abel, riguardando queste pratiche come una specie di violenza, che vuol farsi alla S. Sede tornando sempre in campo la pretesa della raccomandazione *efficace* del Re. La nostra conversazione è stata per tal causa un poco viva, sebbene venisse ad interromperla, o moderare *cert'* aria d'ilarità, e di confidenza, che impediva, che divenisse troppo calda. — All'avviso, che oggi forse mi sarebbe giunta una nota in proposito, pregai di non farlo, e dichiarai mezzo scherzando, e mezzo sul serio, che nel caso o non vi avrei risposto per iscritto, o solo in modo che sarebbe stata piuttosto una protesta che una risposta. — P. S. Se Vostra Eminenza sollecita la nomina, ogni inconveniente sarà evitato. Ho cercato sapere *qual'è la persona che il Re amerebbe distinguere* e so positivamente essere il Can. *Allioli*. La S. Sede l'avrebbe forse scelto senza questo. Niun avviso ministeriale m'è pervenuto, e se, *prima che il conte Spaur parli* a V. Eminenza delle istruzioni del Re, *ella gli annuncia* l'elezione o nomina di *Allioli*, il diritto della S. Sede è in salvo, ed il Re contento. Prego di portar fede a quanto asserisce. Mi scusi ma questo avviso l'ho ricevuto mentre chiudeva il plico, e lo scrivo in tutta fretta.

des Bischofs unterstützte, wollte er Näheres über den Kandidaten hören, denn auch die unterdessen über ihn eingelaufenen Nachrichten lauteten »nicht günstiger«. Er schrieb darum an Professor *Stahl*. Dieser aber äußerte sich sehr gut über Leiniker, lobte seine langjährigen und nützlichen Dienste, seine Grundsätze, seinen Lebenswandel, rühmte ihn als Theologen, als Kenner des Rechtes, vorzüglich des kirchlichen, und bekannte offen, man könne keine bessere Wahl treffen, ja, die Wahl Leinikers werde vom ganzen Klerus mit Begeisterung aufgenommen. Santarelli zog wohlweislich aus diesem Urteile auch die Lehre, vorsichtig in der Verwertung von Erkundigungen zu sein ¹⁾.

1) ... ho ottenuto la risposta la più soddisfacente, nella quale dopo avere annunziati i lunghi ed utili servigii resi dal sud. Canonico della chiesa di Würzburg, commendati altamente i di lui principi e costumi, e dopo averlo segnalato non solo come teologo di non comune reputazione, ma come legale, e specialmente canonista, asserisce e prova, che sarebbe questa la miglior scelta da farsi e che di più verrebbe questa accolta con plauso da tutto quel clero. — Io stimo dover dare ogni credito alla informazione dell' egregio Prof. *Stahl*, quantunque contradica apertamente quella che da altri mi era procurata, ciò che prova, quanto in materia di informazione convenga esser cautelati. — Hierauf antwortete Kardinalstaatssekretär Lambruschini am 29. Juni: E' stato quindi a. S. S. di sommo gradimento l'apprendere dal di Lei disp. N. 1008, che il sunnominato nuovo prevosto sia un soggetto per comune giudizio e sotto tutt' i rapporti degnissimo, quale appunto lo caratterizzavano le onorevoli testimoniali del suo ordinario, e che in conseguenza la di lui elezione alla sudetta prebenda sarebbe anche stata accolta con plauso da tutto il clero. — Die bayrische Regierung hatte ebenfalls ungünstige Nachrichten über Leiniker erhalten. Santarelli nennt die Quelle (12. Juli) nicht, sondern bemerkt nur, daß »die Person« auf dem Lande weile; er habe einen Freund dorthin geschickt mit dem Briefe *Stahls*, dessen Unterschrift abgeschnitten worden sei, obschon auch »jene Person« von *Stahl* einen Brief über denselben Gegenstand in Händen habe, nella quale vengo assicurato che il detto prof. [*Stahl*] conviene che la condotta del . . . *Leiniker non è stata sempre commendevole*, come adesso, ma che sono cose passate in gioventù ed ora mai dimenticate.

Santarelli hatte einem Berichte Nr. 1008 folgende Bemerkungen über den eben verstorbenen Montgelas zugefügt:

Passando ad altro, non è da preterirsi la notizia della morte del più troppo celebre conte di *Montgelas*, il *Talleyrand della Baviera*, avvenuta domani faranno otto giorni. Ella l' avrà letta nei giornali seguita da mille encomii: eppure la religione, la monarchia, lo Stato non ha veduto sotto il di lui lungo ministero, che accrescere le ruine, e se la prima non ha subito l' ultimà sua distruzione, non è il filosofo illuminato ministro, che debbasene ringraziare. Non costante il conte avea negli ultimi anni cangiato in gran parte i suoi sentimenti, e mostravasi religioso e pio, e la rispettabile di lui famiglia l' ha veduto a comune consolazione morire cristianamente dopo aver ricevuti, sempre presente a se stesso. i ss. sacramenti.

Santarelli hatte sich schon vor einer Note Gises, die ihm den Kandidaten des Königs nennen werde, sicher gefühlt. Da erhielt er sie doch am Abend des 10. Juni, also zwei Tage nach der Unterredung mit Abel. An sich war sie ganz korrekt ¹⁾. Der Außenminister erbat die Vermittlung des päpstlichen Vertreters, damit »die Wahl des Hl. Vaters« zugunsten Alliolis ausfalle. Aber, ohne sie überhaupt anzusehen, warf Santarelli sie ärgerlich in eine Ecke des Schreibpultes, wollte sie nicht lesen, viel weniger beantworten. Jedoch, wie es so geht: es zuckte ihm in den Fingern; »Unfreiwillig« nahm er sie doch in die Hand ²⁾, warf einen Blick auf das Datum, und da sieht er den 8. Juni stehen. Das war der Tag,

1) *1. Note Gises an Santarelli vom 8. Juni 1838.* Le Baron de Bodeck gran p^révôt du chapitre de Würzburg étant décédé le 24. du mois passé, je suis chargé, monsieur, de réclamer Votre intervention obligeante, afin que le *choix du Saint Père*. pour nommer à la dignité vacante au chapitre de Würzburg, *se porte de préférence sur docteur en théologie François Joseph Allioli* chanoine au chapitre de Ratisbonne. Ses qualités personnelles, sa piété et la fermeté de ses principes sont autant de titres à une distinction qu'il a mérité de plus par ses services rendus dans la carrière de l'enseignement et par sa traduction de l'ancien et nouveau testament.

Tout se réunit, par conséquent en faveur d'un choix que le roi me charge de recommander spécialement à l'attention bienveillante du S. Père, et que S. M. verrait se réaliser avec plaisir dans le courant du mois prochain.

En Vous priant, monsieur, de vouloir bien me prêter à cet égard vos bons offices, il m'est bien agréable de pouvoir Vous renouveler en même temps, l'assurance — —

2) . . . Questa cosa m'indispose talmente nel primo momento, che gittato lo scritto ministeriale in uu canto del mio scrittoio proposi di non leggerlo, non che di rispondervi. Per altro quasi involontariamente ripreso in mano il foglio fissai lo sguardo sulla data, e scorto essere quella di due giorni prima. la data stessa del mio ultimo dispaccio a V. Eminenza andava riflettendo, che se io non rispondessi alla nota inviatami, avrei potuto far credere che la *nomina del canonico Allioli*, la quale non posso dubitare, che abbia luogo dopo ciò, che ho osato esporre a Vostra Eminenza nel sopra citato dispaccio, sia stata in forza della raccomandazione, fattami a nome del Re, nella nota del Ministero, e non per effetto della libera scelta del S. Padre . . . Di più non rispondendo teneva di far villania, e disgustare il Re in un monento in, cui la S. Sede ha inverso S. M. particolari, e recenti obbligazioni; così mi decisi di rispondere a Sua Eccellenza il Ministro, ma in modo, che per la mia nota responsiva non solo non venisse in alcuna guisa, anche di sola deduzione, lesa l'indipendenza dell'uso del diritto spettante alla S. Sede, ma anzi, che questa venisse dalla nota stessa fortemente asserita alla S. Sede. di maniera, che sembrasse più una protesta contro, che un assenso alla raccomandazione del Re. Tutto questo però dovea esporsi in tali termini da non offendere in modo alcuno il governo di S. Maestà.

an dem er Lambruschini geraten hatte, Allioli, vor einer offiziellen Eröffnung Späurs, in Vorschlag zu bringen. Das warf seinen Entschluß, nicht zu antworten, über den Haufen. Denn, wenn er nun nicht antwortete, so konnte die Meinung Platz greifen, Allioli sei infolge der Empfehlung des Königs und nicht nach freier Entschließung des Papstes ernannt worden. Zudem wollte er auch höflich sein und den König nicht in einem Augenblick verstimmen, in dem der Hl. Stuhl besondere und neue Verpflichtungen gegen ihn hatte. Er verfaßte die Antwort ¹⁾ dementsprechend so, daß sie nicht nur die Rechte des Hl. Stuhles nicht verletzte, sondern gerade betonte; bei aller Höflichkeit in der Form, sollte sie eher ein Einspruch als eine Zustimmung zu der königlichen Empfehlung sein. Damit schien ihm die Freiheit der Ernennung des Papstes vor dem bayrischen Ministerium sicher gestellt zu sein. Im übrigen überließ er natürlich Lambruschini die Entscheidung, ob er sich hierbei mit Vorsicht und Geschick benommen habe.

In Rom war am 10. Juni bereits die Entscheidung für Leiniker gefallen, und zwar durch den Papst selbst ²⁾. Die bayrische

1) 2. Die Antwort Santarellis vom 10. Juni 1838. J'ai l'honneur de répondre à la note que Votre Excellence a bien voulu m'adresser en date du 8. Juin et que j'ai reçue anjourd'hui même.

Sur l'objet de cette note je suis porté à croire que le Saint Siège a déjà fait choix de la personne qui doit être pourvue de la dignité de prévôt de la cathédrale de Würzburg, vacante par la mort de Mons. le Baron de Bodeck.

Comme le St. Siège d'après l'art. x. du concordat heureusement conclu avec la cour de Bavière s'est réservé la libre nomination à toutes les dignités de prévôt dans les églises métropolitaines et cathédrales du royaume de Bavière, j'attends avec confiance d'apprendre le nom de l'ecclésiastique auquel le S. Père aura destiné la prévôté de Würzburg.

Je ne peux pas Vous exprimer, monsieur le Baron, combien je serais heureux de pouvoir annoncer à Votre Excellence, que c'est Monsieur l'abbé Allioli, chanoine de la cathédrale de Ratisbonne, que le Saint Père a appelé à la dignité susmentionnée.

Il y a déjà plusieurs jours, que j'ai indiqué au choix du Saint Père mons. chanoine Allioli, comme un des premiers qui méritent de fixer l'attention du Saint Siège auquel les qualités éminentes de ce digne ecclésiastique sont d'ailleurs parfaitement connues, et je suis charmé d'apprendre que S. M. le roi de Bavière daigne honorer le même ecclésiastique de sa bienveillance particulière et de sa haute protection.

Je saisis avec empressement cette occasion . . .

2) Lambruschini an Santarelli (19. Juni): er habe nach Empfang der Depesche vom 8. Juni mit dem Papste gesprochen: il quale mi disse, che avendo già ricevuto una testimoniale e raccomandazione amplissima del vescovo di Würz-

Regierung war zu spät gekommen. Erst am 16. Juni teilte der bayrische Geschäftsträger von Mehlem — der Gesandte Graf Spaur war auf Urlaub — dem Dekan des Hl. Kollegiums und Prodatar Pacca mit, daß die Würzburger Propstei erledigt und der König für die durch das Konkordat dem Papste zur Besetzung vorbehaltene Würde eine Person bestimme, die in jeder Beziehung dem Hl. Stuhle ebenso angenehm sein werde, wie sie verdienstvoll und im Vaterlande aufs beste bekannt sei durch Frömmigkeit, priesterliche Tugenden und auch durch den Ruf ihrer literarischen und religiösen Werke. Mehlem wollte nur noch das Tauglichkeitszeugnis des Bischofs abwarten, bevor er den Namen nenne. Auch diese Note¹⁾ war an sich ebenso korrekt, wie die von Gise. Das Recht des Hl. Stuhles wird anerkannt; der König schlägt an sich nur vor. Aber der Vorschlag war eine Fessel für die freie Entscheidung des Papstes und sollte praktisch einer königlichen Ernennung gleich sein. Darum antwortete Pacca dem bayrischen Geschäftsträger am 18. Juni, daß der Papst schon am 12. die Propstei, deren Besetzung²⁾ ihm nach dem Konkordat und zwar ohne jede Einschränkung zustehe, an Leiniker vergeben habe. Noch ehe aber Mehlem im Besitze dieser Antwort war, aber noch am selben 18. Juni, teilte er Pacca mit³⁾, daß *Allioli* für die Propstei be-

burgo in favore del . . . Leiniker, aveva fin dal 10 corrente ordinato per esso al Cardinal Prodatarlo la collazione di detta prebenda, e chi effettivamente se n'era poi segnata da lui la grazia in data 12 anzidetto.

1) *Note Mehlems an Kardinal Pacca vom 16. Juni 1838* Sa Majesté le roi se fera un devoir de proposer un sujet pour cette dignité *reservée par le concordat à Sa Sainteté*, sous tous les rapports aussi agréable au Saint-Siège que méritoire et favorablement connu dans sa patrie tant pour sa piété et vertus sacerdotales que par la réputation, acquise par ses travaux littéraires et religieux. — Le Soussigné n'attend que le témoignage d'idoneité de Msgr. l'évêque de Würzburg, Baron de Gross, pour indiquer à Votre Eminence Rev. me le nom du nouveau prévôt et c'est dans cette intelligence qu'il a l'honneur — —

2) poichè a seconda dello stabilito nell'ultimo concordato . . . la provvista di ogni prima dignità di ciascuna cattedrale appartiene liberamente alla S. Sede senza veruna limitazione e senza che possa apporsi alcuna remora alla spedizione delle corrispondenti Bolle apostoliche.

3) *Note Mehlems an Pacca vom 18. Juni 1838.* Le Soussigné ayant reçu de sa cour le nom du sujet que Sa Majesté le roi de Bavière a proposé au Saint-Père pour la place vacante du prévôt de Würzburg, s'empresse de le transmettre à Msgr. le cardinal Pacca, et prend la liberté d'appeler l'attention de Son Eminence Rev. me sur une collation de dignité *reservée à la vérité au Saint-Siège, mais qui ne peut être conférée qu' à un sujet proposé*

stimmt sei. Vorsichtig leitete er ein: er habe von seinem Hofe den Namen der Person mitgeteilt erhalten, den S. M. der König von Bayern dem Hl. Vater für die vakante Stelle der Würzburger Propstei vorschlage; gewiß sei die Kollation von Würden in Wahrheit dem Hl. Stuhl vorbehalten, aber sie könne nur einer vom König vorgeschlagenen und ihm genehmen Person, *persona Maiestati Suae grata*, wie es im Konkordat heiße, verliehen werden; so sei es immer bis jetzt geschehen, wenn es sich um die Besetzung einer Propstei in Bayern gehandelt habe. Nachdem er das Lob *Alliolis* gesungen, empfiehlt er die Berücksichtigung des königlichen Vorschlags: die Wahl, die er für die Bischofssitze, die Würden und andere höheren Stellen in den Kapiteln mit voller Billigung des Hl. Stuhles getroffen habe, verdiene gewiß jede Berücksichtigung seiner Empfehlung und gäben ihm (Mehlem) die Gewißheit, daß Pacca auch seinerseits dazu beitrage, seinem König einen neuen Beweis von Hochschätzung und Rücksichtnahme zu schenken, der nur das Wohl der Religion im Auge habe, wovon er noch zuletzt¹⁾ augenscheinlichste Beweise gegeben habe, die auch dem Hl. Vater nicht unbekannt seien.

Auf die Note Paccas vom 18. Juni antwortete Mehlem am 21. Juni. Nach seiner Auffassung war die Kollation an Leiniker

par S. M., et agréée par Elle: persona Majestati Suae grata, comme il est exprimé au concordat, et comme cela se pratiquait jusqu'ici à la vacance de chaque prévôté en Bavière. C'est le Dr. Allioi, un des anciens chanoines du chapitre de Ratisbonne, destiné à cette place, ecclésiastique, formé dans sa jeunesse à Rome, autant distingué par ses vertus sacerdotales que par ses talents et ouvrages littéraires, par lesquels il s'est rendu utile non moins à la religion qu'à son gouvernement dont il jouit de la plus grande estime, confiance et protection. Le choix que le roi a toujours fait pour remplir les sièges épiscopaux, les dignités et autres places supérieures dans les chapitres de son royaume et qui ont obtenu la pleine approbation du Saint-Siège, méritent certainement tous les égards pour la recommandation de S. M., et donnent la certitude au Soussigné que Votre Eminence, voudra bien contribuer de son côté à donner cette nouvelle preuve de considération et d'égards à un souverain qui n'a à coeur que le bien de notre sainte religion, dont il a fourni des preuves non équivoques en dernier lieu et qui ne peuvent pas être ignorées par Sa Sainteté Elle-même.

C'est pour renouer toujours plus étroitement entre les deux cours les liaisons de bonne harmonie et de réciproque intelligence que le Soussigné fait ces observations et qui seront certainement appréciées par leur véritable et juste valeur de Son Eminence Rev. me à qui il a l'honneur — —

1) In der Kölner Sache; vgl. S. 198.

ohne Beispiel in den Kapiteln Bayerns¹⁾ und wich gänzlich von einer seit 21 Jahren befolgten Praxis ab. Sie werde auf den König einen tiefen Eindruck machen, den er (Mehlem) im Interesse des guten Einverständnisses beider Höfe zu vermeiden ernstlich gewünscht hätte. Wenn man das Beispiel von 1830 anführe, wo dieselbe Würde dem Seminarleiter *Rutte* vom Hl. Stuhl verliehen worden sei, so sei das verfehlt, da diese auf seine (Mehlems) Vorstellungen hin rückgängig gemacht und dem vom König empfohlenen und eben verstorbenen *Bodeck* verliehen worden war. Mehlem gab Pacca zu bedenken, worum es sich handle: ein Bischof, nicht mehr Fürst, wie ehemals, sondern Untertan des Königs, schlägt ohne Wissen seines Souveräns dem Papste einen Kandidaten vor, der ohne Bedeutung und nur das Geschöpf seines Beschützers ist, während die Empfehlung eines Kandidaten ohne Gleichen, der auch in Rom aufs vorteilhafteste bekannt ist, hintangesetzt wird. Dem Bischof von Würzburg gegenüber habe der Papst kaum Rücksicht zu nehmen, wohl aber aus politischen und religiösen Gründen auf den König von Bayern, einen Fürsten, der an der Spitze des Katholizismus in Süddeutschland stehe.

Am Schluß seiner Antwort bat Mehlem die Bulle für Leiniker anzuhalten, bis er von seinem Hofe Anweisung erhalten hätte.

1) *Aus der Note Mehlems an Pacca vom 21. Juni 1838. Cette collocation est sans exemple dans les chapitres de Bavière, et déviant totalement de la pratique observée depuis 21 ans par les augustes prédécesseurs du Saint-Père actuellement régnant, fera une profonde impression sur l'esprit du roi, son maître, que le Soussigné aurait bien sincèrement désiré d'éviter pour la bonne intelligence des deux cours . . .*

Effectivement Votre Eminence Rev. me ne désapprouvera pas dans Sa haute sagesse et dans Son expérience multipliée du monde de haute sphère l'observation qui prend place dans le cas dont il s'agit, où un évêque, pas prince comme autrefois, mais sujet de son souverain vient à proposer à l'insçu de son maître à Sa Sainteté un candidat, sans intérêt et sans signification dans le clergé de Bavière, mais simple créature de son protecteur, pendant que la recommandation d'un sujet sans exception et très favorablement connu à Rome est négligée par Sa Sainteté, qui certainement n'aura que de frêles raisons d'obliger l'évêque de Würzburg, mais qui dans les vues politiques et religieuses peut avoir des raisons très fortes d'obliger le roi de Bavière, prince à la tête du catholicisme de l'Allemagne méridionale et qui mérite, à tout événement qui peut arriver tôt ou tard du ménagement sans parler des égards que le Saint-Siège a pour d'autres souverains catholiques et qui ne sont pas de la même signification pour Rome, comme le roi de Bavière.

Pacca¹⁾ trug die Angelegenheit dem Papste vor, und dieser gab den Befehl, dieselbe nunmehr dem Kardinalstaatssekretär zu übergeben, da sie in den Bereich der Diplomatie getreten war, weil sie das zwischen Bayern und dem Hl. Stuhle abgeschlossene Konkordat betraf. Aber Pacca hielt Mehlem noch eine Lektion über die Auslegung des Konkordates. Im 10. Artikel desselben stand ganz einfach: *Praeposituras conferet Sanctitas Sua*, ohne jeden Zusatz. Der Zusatz *persona Maiestati Suae grata* stand im 11. Artikel, wo die Rede ist von der Kollation der Pfarr- und Kurat- und einfachen Benefizien, die die Bischöfe verleihen. Wenn der Papst die Empfehlungen des Königs bis jetzt berücksichtigt hatte, so war das der Ausfluss seines Wohlwollens gegen einen um das Wohl der Kirche so verdienten Herrn. Und in dieser Gesinnung hätte er auch nun gewiß Allioli berücksichtigt, wenn dessen Empfehlung vor der Ernennung Leinikers bekannt geworden wäre. Um die Pille zu verzuckern, eröffnete Pacca dem Geschäftsträger, der Papst sei bereit Allioli zum Hausprälaten zu machen²⁾.

1) Pacca an Lambruschini am 25. Juni . . . : ed avendole (d. h. die Noten Mehlems vom 18. und 21. Juni) Sua Sanctità riconosciute *di pertinenza diplomatica, comedè lesive il concordato* esistente fra la real corte di Baviera e la S. Sede, ha ordinato allo scrivente cardinale di trasmetterle originalmente all' Eminenza Vostra . . . Derselbe an Mehlem am 27: der Papst habe gefunden, daß die *biglietti* *includono una inesatta interpretazione del concordato*. So auch Lambruschini am gleichen Tage an Mehlem und an Santarelli am 29. Juni. — Mehlem beanstandete (an Lambruschini am 18. Juli) den Ausdruck »billets« (come Vostra Eminenza a nommé . . . les notes du Soussigné *terme guère en usage dans la diplomatie*, du moins dans la diplomatie française, ni jamais employé par aucun des illustres prédécesseurs de V. E. R., en commençant par le cardinal Casoni, sous le ministère duquel il a l'honneur de représenter pour la première fois son souverain auprès du Saint-Siège) . . . Auch hier mußte Mehlem sich einen Rüffel gefallen lassen. Lambruschini bemerkt (25. Juli), bis zum 27. Juni habe er von Mehlem in der Propsteisache keine »Note« erhalten; erst am 28. Juni und am 18. Juli, also später, wenn er aber die an Pacca gerichteten Schriftstücke »biglietti« genannt habe, so sei Mehlem doch schon so lange in Rom, um wissen zu können, che gli uffici di un agente diplomatico estero, interposti in iscritto presso talun dei dicasteri, qual' è la Dataria apostolica, non debbono chiamarsi con altro nome che quello di biglietti, giacchè *non è che il solo cardinal segretario di Stato a cui un tal agente possa dirigere note* (note von Lambruschini unterstrichen).

2) Aus der Note*) Peccas an Mehlem von 27. Juni 1838 . . . Quanto sia mal fondato su tal punto il giudizio di V. S. illma chiaramente apparisce dal semplice tenore dell' articolo X. del concordato, ove si dice: *praeposituras*

*) Sie wurde vor der Absendung von Lambruschini durchgesehen.

Eine gleiche Note ging Mehlem vom Kardinalstaatssekretär Lambruschini zu, mit dem er nunmehr zu tun hatte.

Mehlem antwortete ¹⁾ Lambruschini schon am folgenden Tage. Er gab zu, daß die Worte *Persona Maiestati Suae grata* nichts

tam in metropolitanis quam in cathedralibus ecclesiis conferet Sanctitas Sua, ed ove non si legge la clausola restrittiva che ha supposto V. S. Illma nel suo biglietto; clausola che trovasi per altro bene espressa nell' articolo XI. ove doveva essere per la nomina di tutti i benefici si parrocchiali, che curati e semplici, rilasciata agli arcivescovi, e vescovi per conferirli personis Majestati Suae gratis: ciò posto rimane per conseguenza dimostrato, che gli atti di condiscendenza del S. Padre usati in simili casi a riguardo degli uffici di S. M., non furono che l'effetto spontaneo di quella sincera propensione, ond' è costantemente animata S. S. per testimoniare in ogni propizio incontro alla M. S. la paterna sua benevolenza, non meno che la somma sua gratitudine per l'impegno, onde quel monarca protegge gl'interessi della chiesa cattolica ne' suoi domini. In conformità di tali sentimenti se fossero giunte in tempo le rispettabili commendatizie di S. M. in favore del canonico Allioli, munito delle necessarie testimoniali dell' ordinario, non dubito che il S. Padre si sarebbe fatto un piacere di aderire anche in questa circostanza ai desiderii della stessa M. S. col nominare alla vacante prepositura il predetto soggetto in vista anche dei suoi meriti personali che gli hanno conciliato una stima particolare presso la S. S.

Del resto, siccome la elezione in favore del canonico Leiniker è già seguita molti giorni prima di ricevere le raccomandazioni di S. M. per altro soggetto, mi ha ordinato S. S. di significare a V. S. Illma, che Essa, nello stato in cui si trovano le cose, per dimostrare a S. M. in quanto pregio ritenga i suoi desiderii verso il prelodato canonico Allioli, e disposta ad *elevarlo alla dignità di suo prelato domestico*, nellá*) lusinga, che questo tratto della pontificia sua clemenza sia per essere debitamente apprezzato ed anche aggradito da S. M.*) Adempiti in tal modo gli ordini di S. S. il cardinale scrivente le rinnova ecc.

1) Aus der Note Mehlems an Lambruschini vom 28. Juni 1838. La réflexion de V. E. R., que la clause de conférer les prévôts des chapitres en Bavière à des personnes agréables à S. M., n' est pas contenue dans l'art. X. du concordat, qui réserve cette collation au St. Siège, est fondée sans doute, mais elle est exprimée à l'art., qui regarde la composition des chapitres, comme elle a observé elle-même: or si la prévôté est la première dignité dans les chapitres, n' est-il pas à présumer, qu' elle se trouve tout de même comprise parmi ce nombre? — et de plus le soussigné, qui a assisté à la négociation du concordat depuis 1814 jusqu'à la conclusion 1817, sait, qu'il a été donnée par feu le cardinal Consalvi de vive voix au nom de S. S. Pie VII. l'assurance positive, que le S. Siège ne nommerait à cette dignité que des sujets de l'agrément du roi de Bavière. Cette assurance a été mandée dans son temps à la cour, déposée aux actes du concordat et confirmée depuis par une pratique de 21 ans.

*) Zugefügt von Lambruschini.

mit dem Artikel 10 des Konkordates zu tun hätten, aber sie stünden »in dem Artikel, der die Zusammensetzung der Kapitel« betreffe, nun sei aber die Propstei die erste Würde derselben, also vermutlich doch auch darin einbegriffen! Zudem habe er die Verhandlungen desselben von 1814 bis 1817 mitgeleitet und wisse, daß Consalvi im Namen Pius' VII. die ausdrückliche Versicherung gegeben habe, daß der Hl. Stuhl nur solchen Personen die Propstei verleihe, die dem König genehm seien. Diese Versicherung sei nach München geschickt, den Akten des Konkordates beigegeben und durch einen Brauch von 21 Jahren bekräftigt worden. Das war ein stichhaltiger Punkt. Auch was er dann anführt: daß man in der Sache mit einer Eile vorgegangen sei, die man keinem katholischen Hofe, nicht einmal den eigenen Untertanen Seiner Heiligkeit gegenüber anwende, ließ sich hören. Denn wenn nun auch die anderen Bischöfe so verfahren, dann war der umständlichere Weg über die Ministerien ausgeschaltet und auch der König, der oft von München abwesend war, in die Unmöglichkeit versetzt, seinen Willen zu äußern. Mehlem bedauerte am Schluß seiner Note, daß er nun auch von Lambruschini eine Absage erhalten habe, wie von Pacca. Er hatte in ihr die Möglichkeit angedeutet, daß Leinikers Ernennung vom König nicht anerkannt werde, weil er von ihm nicht empfohlen, aber auch nicht genehm sei¹⁾. In der Tat gab man in München nicht nach. Die Antworten Mehlems wurden gebilligt und er selbst beauftragt

De plus dans le cas, dont il s'agit le soussigné appelle au haut jugement de V. E. R. pour décider, si la précipitation, avec laquelle on a procédé dans la collation de la prévôté de Würzburg, précipitation non usitée pour aucune cour catholique et pas même pour les propres sujets de S. S., soit conforme à la marche des affaires les plus ordinaires, et beaucoup moins à une affaire dans laquelle sont intéressés et les convenances du S. Siège, et les égards dus à un prince étranger . . . La bulle que, comme il est à supposer, sera transmise à l'évêque de Würzburg, et qui, se l'étant procuré à l'insçu du gouvernement, pourra de celui-ci obtenir la permission de l'exécuter, fournira en même temps la preuve, que désormais tout autre évêque en Bavière, qui donnerait à la vacance de la prévôté de son chapitre à un sujet de son propre choix le témoignage d'idonéité, en l'envoyant directement à Rom, avec une célérité, qui n'est pas possible d'observer par les ministères, auxquels la marche des affaires est prescrite, et qui ont encore à prendre les ordres du roi, quelquefois absent de sa capitale, gagnerait sans beaucoup de peine le devant sur la recommandation de la cour et obtiendrait la prévôté pour son recommandé.

1) wahrscheinlich pas reconnu parceque non recomandé et par conséquent non agréable à Sa Majesté.

die Zurücknahme der Ernennung Leinikers zugunsten Allioli zu verlangen ¹⁾ und dabei hervorzuheben, daß dem Papst die Anhänglichkeit

1) Aus der Note Mehlems an Lambruschini vom 18. Juli 1838 . . . Les billets *) . . . ont obtenu la haute approbation de sa royale cour . . . Il est par conséquent chargé de rappeler la teneur de ses notes au souvenir de V. E. R. et d'implorer en même temps son efficace médiation auprès de Sa Sainteté pour obtenir une faveur, à laquelle Sa Majesté attache non seulement le plus grand prix, mais qui pourrait aussi contribuer à nourrir toujours d'avantage la bonne intelligence entre les deux cours en engageant le Saint-Père par sa bienveillante intercession *de déroger à la nomination du chanoine Leiniker et de transférer la collation de la dite prébôte sur le docteur Allioli*, dont elle trouvera le témoignage d'identité ci-jointe, et qui ne doit plus aujourd'hui être considéré comme sujet étranger et inconnu du Saint-Père, mais comme un individu directement attaché à l'auguste personne de Sa Sainteté, puisque'elle a daigné lui offrir la place d'un de ses prélats domestiques.

Le Saint-Père daignerait de cette façon se rendre aux vœux ardents de Sa Majesté et ne serait que marcher sur les traces de ses augustes prédécesseurs Pie VIII. et Léon XII. . . . Le roi de Bavière qui se propose de faire l'hiver prochain le voyage d'Italie et de Rome, éprouvera la plus douce satisfaction de pouvoir personnellement témoigner à S. Sainteté, combien il était sensible et reconnaissant à une attention, uniquement due à la condescendance paternelle et à la bienveillance particulière de S. Sainteté pour le haut clergé bavarois, parmi le nombre duquel le Dr. Allioli sera un des membres les plus distingués, en devenant par sa doctrine, son zèle et sa conduite vraiment exemplaire et évangélique un des plus dignes soutiens de la religion catholique en Bavière . . .

Testimonium Episcopale. Quod plurimum reverendus ac doctissimus dominus Franciscus Josephus Allioli, ss. theologiae doctor, de praesenti canonicus hujatis ecclesiae cathedralis, tum ob eximiam in litteris ac scientiis eruditionem tum ob morum ac vitae vere clericalis publicam laudem, atque in negotiis ecclesiasticis gerendis dexteritatem plane dignus sit, qui ad altiorem ecclesiae dignitatem promoveatur, hinc testor, Ratisbonae 4. Julii 1838. [Stempel] Franciscus Xaverius, Eppus Ratisbonensis.

Bemerkungen über die Besetzung der erledigten Domprobststelle zu Würzburg :

» A. Es könne keinem Zweifel unterliegen, daß Sr. päpstlichen Heiligkeit nach Art. X. des Konkordates das Recht der Verleihung der Propsteien zukomme, und es habe dieses, wie jedes andere in dem Konkordate begründete Recht des päpstlichen Stuhles wohl am wenigsten von Seite eines Monarchen Beeinträchtigung zu befahren, der während des ganzen Verlaufes seiner Regierung sich als eifrigsten Beschirmer der katholischen Kirche und ihrer Rechte bewährt und diese seine Gesinnung selbst mit Hinantsetzung sonstiger Rücksichten und Vorteile betätigt habe. Aber es habe der päpstliche Stuhl seit Bestehen des Konkordates bei Vergebung der Propsteien stets auf die Wünsche und Vorschläge der Regierung geneigte Rücksicht ge-

*) Der Ausdruck war eine kleine Bosheit Mehlems; siehe oben S. 190 Anm. 1.

desselben an ihn bekannt sei, da er ihn doch unter seine Hausprälaten aufnehmen wolle. Er schickte das Tauglichkeitszeugnis des Regensburger Bischofs und ein Gutachten über den Fall ein. Zugleich rückte er einen neuen Beweggrund vor, der den Papst den Wünschen des Königs geneigt machen sollte: dieser käme im nächsten Winter nach Rom und würde die größte Genugtuung empfinden, dem Hl. Vater persönlich bezeugen zu können, wie erkenntlich er für eine Aufmerksamkeit sei, die er einzig der väterlichen Herablassung Seiner Heiligkeit und seinem besonderen Wohlwollen für den hohen Klerus Bayerns verdanke, unter dem gerade Allioli eines der ausgezeichnetesten Mitglieder sei, der durch seine Lehre, seinen Eifer und sein wahrhaft musterhaftes und evangelisches Beispiel eine der würdigsten Stützen der katholischen Religion in Bayern geworden war. Lambruschini blieb fest. Er verwies ¹⁾ in seiner Antwort lediglich auf den am 27. Juni gegebenen Bescheid. Auch Spaur, der in Como im Urlaub weilte,

nommen, und es glaubten S. M. der König Allerhöchst sich dem Vertrauen hingeben zu dürfen, daß von diesem freundlichen Benehmen in dem gegebenen Falle nicht zum erstenmale werde abgewichen werden, nachdem von Allerhöchst demselben wohl vorzugsweise nur solche Vorschläge zu erwarten sein dürften, welche auf genaue Würdigung der Personen und ihres bisherigen Wirkens und der Verhältnisse einer jeden Diözese gegründet den Interessen der katholischen Kirche und der Förderung der katholischen Religion in Bayern am zuträglichsten seien.

B. In dem gegebenen Falle sei der von S. Kgl. Majestät vorgeschlagene Domkapitular *Allioli* in Beziehung auf Gelehrsamkeit, echt priesterlichen Lebenswandel und tiefe Religiosität, dann auch wegen Eifer für die Sache der katholischen Religion, gepaart mit Klugheit und Umsicht, dem von dem Bischofe von Würzburg empfohlenen Domkapitular *Leiniker* nach den zuverlässigsten und sichersten Erfahrungen im Interessc der Kirche weit vorzuziehen.

Gerade in der Würzburger Diözese erheische die in Beziehung auf Orthodoxie und Berufseifer wenig befriedigende Gesinnung des älteren Pfarrklerus die Anwendung der größten Umsicht und Sorgfalt bei der Besetzung des Domkapitels und namentlich der Dignitäten in demselben.

Dieses allein sei der Grund, aus welchem auch jetzt der für den Domkapitular Allioli gemachte Vorschlag auf das dringendste wiederholt und der Berücksichtigung des päpstlichen Stuhles um so mehr empfohlen werde, als derselbe aus der genauesten und sorgfältigsten Würdigung der hier zu beachtenden Personal- und Diözesanverhältnisse hervorgegangen sei, und die besondere Würdigung des Domkapitulars Allioli dem päpstliche Stuhle, auch abgesehen von dem Zeugnisse des Bischofs von Regensburg, durch dessen Werke hinreichend bekannt sein dürfte.«

1) Note an Mehlem vom 25. Juli 1838.

hatte nicht mehr Glück. Sein Brief¹⁾ an Lambruschini ist sehr geschickt abgefaßt. Spaur tut, als ob er Einzelheiten nicht wisse, bemerkt ausdrücklich, daß der Hl. Stuhl das Ernennungsrecht für die Propsteien habe, appelliert aber an die Klugheit und den Nutzen, mit der man ein Recht ausüben müsse. Bisher hatte man sich über den Kandidaten vorher verständigt. Nun war von Rom die Ernennung so rasch erfolgt, daß der König keine Zeit gehabt hatte seine Meinung kundzugeben. Über diesen

1) Spaur an Lambruschini. Eigenhänd. Protok. No. 5252/6. Como den 18, Juli 1838. Je profite de la permission que Votre Éminence m' accorda à mon départ de Rome de m' adresser directement à Elle pour Lui exprimer soit mes réflexions, soit mes désirs sur tout ce que je croyais utile au service de mon souverain quant à des relations avec le Saint-Siège. Je peux en appeler à l' expérience du passé pour les suites heureuses que l' accord entre Sa Majesté et Sa Sainteté a produit et produira toujours. Cette expérience a dirigé mes soins à l' étude de ce qui peut fortifier cette union si désirable.

Mais une de ces bases fondamentales est l' accord dans le choix des personnes qui président à la direction de l' église dans les Etats du roi. Un individu qui tel que sera du reste sans mérite, ne rencontrerait pas l' approbation soit de Sa Sainteté soit de Sa Majesté, ne pourra jamais faire le bien qui dans les relations continuelles entre l' église et le gouvernement temporel dépendra de la confiance réciproque. *Je suis très éloigné d' élever une contestation sur le droit, et je me borne à contempler l' utilité d' en faire usage avec prudence.*

Le concordat réserve au Saint-Siège le choix du prévôt dans toutes les églises de la Bavière; mais jusqu' au jour, on s' était expliqué préalablement sur la personne qui dut réunir les qualités qui rendraient sa promotion également désirables à l' État et à l' église.

Mr. Mehlem, chargé d'affaires en mon absence, vient de me informer que, en contradiction avec la coutume suivie jusqu' au jour, Sa Sainteté a cru devoir procéder au choix du prévôt de l' église épiscopale de Würzbourg sans que Sa Majesté ait eu le temps d' exprimer son opinion sur le choix de la personne qui lui paraissait le plus digne.

Sa Majesté dans la consciencieuse affection au Saint-Siège se sentira blessée par un oubli d' égards, dont elle n' a jamais eue à se plaindre.

Je ne suis pas informé de la résolution du roi, mais telle qu'elle soit, je crois pouvoir compter sur la coopération de Votre Éminence pour éloigner les suites et la cause même d' une discussion dont on profiterait pour éveiller une opposition, comprimée par la ferme volonté de mon souverain.

Je prie Votre Éminence de ne voir dans mes observations que l' expression de mon vif désir d' éloigner tout sujet de contestation entre [Sa Sainteté et] Sa Majesté qui s' est montrée le défenseur des libertés de l' église et son chef révérend.

Votre Éminence voudra en même temps recevoir avec sa bonté accoutumée l' hommage de ma profonde vénération. —

Mangel an Rücksicht, über den er niemals zu klagen hatte, mußte er sich verletzt fühlen. Spaur bat den Kardinal alles zu tun, um die Mißhelligkeiten beizulegen, damit man diese nicht benütze, um gegen das Konkordat eine Gegnerschaft neu zu beleben, die durch den festen Willen des Königs unterdrückt worden war. Lambruschini gab Spaur dieselben Antworten, die er vorher Mehlem gegeben: wenn der Wunsch des Königs früher zu Seiner Heiligkeit gelangt wäre, so hätte diese ihn berücksichtigt. Der Papst habe in der Sache direkt an den König geschrieben¹⁾. Übrigens bemerkte er, daß Mehlem die Sache verdorben habe. Statt sich gleich an die Staatssekretarie zu wenden, hatte er sich an die Datarie gewandt, und dann noch den Fehler begangen, in seinen Noten ein Recht des Hl. Stuhles anzutasten²⁾.

1) Dieser Brief liegt auch im Entwurf nicht vor. Lambruschini schrieb an Santarelli (24. Juli: *Con lettera di S. S.*): Mi sono fatto un dovere di comunicare a S. S. il Disp. di V. S. I. 1011, relativo alla prepositura di Erbiopoli.

II S. S. è stata dolentissima di apprendere, che la collazione da essa fatta di tal prebenda in favore del canonico Leiniker, abbia recato dispiacere all' animo del re.

Bramosa S. S. di togliere dalla mente di codesto benemerito sovrano l' idea (semai gli fosse da taluno ispirata) che la S. Sede abbia in tal occasione voluto ricusarsi di aderire ai reali di lui desideri, *si è ben volontieri mossa a scrivergli di proprio pugno una lettera*, nella quale, dopo avergli narrato la genuina storia dell' affare. gli esprime nei modi i più obbliganti, quanto costanti siano sempre verso di lui le benevole disposizioni del suo cuore paterno.

Le trasmetto qui unita tal lettera, ond' Ella possa farla giungere al suo alto destino in quella maniera, che Le sembrerà la più conveniente. —

2) Lambruschini an Spaur, Entwurf No. 5279/6, Rome le 11 août 1838.

En réponse à la lettre que vous avez bien voulu m'adresser vers la fin du mois dernier relativement à la collation de la prévôté de Würzburg, je ne pourrai vous exprimer, mr. le conte, que tout ce que j' ai déjà dû notifier dans mes réponses officielles du 27 Juin et du 25 Juillet à mr. chevalier de Mehlem. qui pendant votre absence remplit provisoirement les fonctions de chargé d' affaires de Bavière. C'est à dire que Sa Sainteté étant constamment animée des sentiments les plus sincères d'une bienveillance tout-à-fait paternelle envers Sa Majesté, le roi de Bavière, aurait été certainement charmée de seconder aussi dans cette occasion les désirs et les recommandations de ce monarque en faveur du chanoine *Allioli*, si on lui avait fait parvenir à temps les bons offices de Sa Majesté, avant d'avoir régulièrement procédé à la nomination du nouveau prévôt dans la personne du chanoine *Leiniker*.

Le Saint-Père aimant à éloigner auprès de Sa Majesté, le roi de Bavière, toute idée quelconque qui peut donner lieu à des mésintelligences et lui causer le moindre désagrément n'a pas hésité de lui écrire directement une lettre qui lui aura été très satisfaisante à cet égard.

Nun schrieb der König selbst an den Papst auf dessen Brief, der keine Wirkung erzielt hatte ¹⁾. Der König ließ sich nicht von seinem Kandidaten abbringen. Er antwortete dem Papste am 9. August aus Brückenau, er hoffe daß die Empfehlung des Würzburger Bischofs — »ein Prälat, der es gut meint, aber von sehr schwachem Geist und als solcher in ganz Bayern bekannt« — nicht seinem Wunsche vorgezogen werde. Sagt unverblümt, daß die Ernennung Leinikers einen schmerzlichen Eindruck auf ihn gemacht habe. Der Papst kenne seine Anhänglichkeit an die Kirche. Aber auch Rom blieb fest. Lambruschini ²⁾ selbst

Au reste je ne vous dissimulerai pas que mr. le chevalier *Mehlem* a beaucoup gâté de son côté cette affaire. Aussitôt qu'il avait reçu les ordres de sa cour pour recommander au nom du roi le chanoine *Allioli*, il n'aurait dû s'adresser qu'à la secrétairie d'État de Sa Sainteté, et pas à la Daterie apostolique; bien moins aurait-il dû dans ses billets à la Daterie porter atteinte au droit de libre collation dont le Saint-Siège jouit dans ce cas d'après le même concordat . . .

1) König Ludwig an Papst Gregor XVI. (Eigenhändig). Santo Padre D'una maniera sommamente piacevole sono stato sorpreso di ricevere una lettera dal pugno di Vostra Santità e La ringrazio di questa tanto distinta amabilità. Continuo di sperare di non veder' preferire la raccomandazione del vescovo di *Erbipoli* (*prelato di buona intenzione, ma d'intelletto molto debole* conosciuto per tale in tutta la Baviera) al mio fervente desiderio in riguardo della nominazione del canonico *Allioli* alla dignità di prevosto. Non posso negare l'impressione dolorosa che ne proverei della preferenza accordata al canonico *Leiniker*. Vostra Santità conosce l'attaccamento mio alla nostra santa chiesa, d'accertarla superfluo sarebbe. Accetta anche i miei vivi ringraziamenti per le espressioni [!] contenute in Suo foglio, e con riverenza filiale prego di voler' darmi la benedizione apostolica, Beatissimo Padre, Della Santità Vostra, il devotissimo ed ossequissimo [!] figlio, Lodovico. Bagni di Brückenau li 9. Agosto 1838 *).

2) Gregor XVI an König Ludwig (Entwurf Lambruschinis). Con vera pena abbiamo dovuto conoscere che la collazione della prima dignità di *Erbipoli* da Noi fatta in favore del canonico *Leiniker* abbia prodotto una spiacevole impressione nell'animo di Vra Maestà, quasichè Noi Ci fossimo recusati in questa occasione a fare una cosa da Lei desiderata. Bramosi Noi di allontanare dal di Lei animo qualunque idea, che possa farle menomamente dubitare della paterna affezione e parzialissima propensione Nostra per la Maestà Vra, Le manifestiamo con tutto il candore la storia genuina di questo affare forse alterata da chi la riferì al di Lei ministero, onde possa Ella da se stessa giudicare, se siasi mai inteso da Noi di recarle dispiacere. Appena si rese vacante la prebenda in discorso per la morte del suo titolare, il vescovo diocesano nel darcene parte Ci raccomandò caldissimamente il

*) Die Begleitnote Mehlems an Lambruschini, mit der er den Brief einschickte, datiert vom 20. August.

setzte die Antwort des Papstes an den König auf. In ihr wird geschildert, wie die Sache in Rom verlaufen war und Mehlem die Schuld in die Schuhe geschoben, daß sie nicht nach dem Wunsche des Königs gegangen war. Wir hören aber hier zum ersten Mal, worum es sich handelt, wenn immer betont wurde, daß der König sich gerade jetzt wieder neue Verdienste um den Hl. Stuhl erworben habe: es ist sein Verhalten in den Kölner Wirren. Der in den Ausdrücken des höchsten Wohlwollens abgefaßte Brief schließt mit der Versicherung, daß der neue Nuntius Viale Prelà ihm noch besser diese Gesinnungen darlege. Aber von irgend einer Zurücknahme der Ernennung ist keine Rede. Auch nicht mehr von der Prälatur Allioli. Man wußte schon in Rom, daß der König von dieser nichts wissen wollte.

Santarelli war zuerst am 19. Juni von den Vorgängen in Rom unterrichtet worden. Und am 23. war ihm auf seinen Be-

sunnominato canonico Leiniker, del quale Ci riferi i lunghi e distinti servizi prestati alla diocesi, quai titoli che degno il rendevano di venire ad altri ecclesiastici preferito. Seppimo inoltre che una tale scelta con quella del vescovo avrebbe incontrato il gradimento del capitolo e dell' intera diocesi. Come non avevamo alcuna ragione per non deferire ai voti del vescovo in tale occasione segnammo nelle forme solite l' analoga grazia, in forza della quale la Nostra Dateria apostolica dovea far aver luogo alla spedizione delle Bolle consuete per la canonica istituzione dell' eletto. In seguito il di Lei incaricato interino sig. cav. *Melheme* [!] intraprese un carteggio colla Dateria per far conoscere i desideri di Vostra Maestà, onde la vacante erbipolese prebenda fosse conferita al canonico *Allioli*. Noi fummo assai dolenti di tale combinazione che Ci toglieva il modo di dare a Vostra Maestà una prova del desiderio vivissimo che sentiamo di compiacerla ed avessimo poi bramato grandemente di poterlo fare in questa circostanza. Anche per la condotta degna di un re veramente cattolico, da Lei tenuta all' occasione del noto affare di Colonia, che tanto onora la sua soda religione e per cui Le tributiamo i più distinti elogi per parte Nostra non meno che di questa Santa Sede che La tiene in conto di suo attaccatissimo figlio. La combinazione del fatto già consumato Ci rincrebbe inoltre anche per riguardo al soggetto da Lei favorito che pe' suoi meriti possiede la Nostra stima. Neppure vogliamo dissimularle che il di Lei provvisorio *incaricato colla malconcepita forma de' suoi non [unleserliches Wort] reclami inviati alla Dataria recò egli stesso pregiudizio natabile all' affare*. A momenti Le inviremo mons. *Viale*, Nostro internunzio presso la Maestà Vostra, che Le farà meglio conoscere i Nostri sentimenti e il desiderio fortissimo che abbiamo di obbligarle. Intanto Le indirizziamo la presente per dissipare anticipatamente in Lei ogni nebbia sulla continuazione della paterna Nostra affezione per la reale persona di V. M. Alla quale auguriamo dal celeste Donatore di ogni bene le maggiori possibili prosperità, mentre dall' intimo di cuore Le compartiamo [la nostra benedizione apostolica].

richt N. 1007 geschrieben worden¹⁾: Wenn *Allioli* früher dem Hl. Vater empfohlen worden wäre, so hätte der Wunsch des Königs berücksichtigt werden können. Nachdem aber *Leiniker* nach allem Rechte des Konkordates ernannt worden sei, könne diese Ernennung, die nun öffentlich sei, auch nur öffentlich wieder zurückgenommen werden; das sei aber ein Schlag gegen das Konkordat. Man strich aus dem Konzept den Zusatz: und man würde dies auch dem Einfluß der königlichen Regierung auf Seine Heiligkeit zuschreiben. Endlich war ihm am 29. Juni noch einmal ganz ausführlich geschrieben worden.

Santarelli nahm die in Rom getroffene Entscheidung mit gemischten Gefühlen auf²⁾. Einerseits freute er sich, daß endlich einmal das Recht des Hl. Stuhles mit voller Freiheit ohne irgend einen äußeren Einfluß zur Geltung gekommen war und sprach die Erwartung aus, daß derselbe die Ernennung auch aufrecht halte. Aber andererseits fürchtete er, daß der König beleidigt werde, und gerade in einem Augenblicke, wo er sich neue Verdienste um den Hl. Stuhl erworben, also eine ganz besondere Berücksichtigung erwarten mußte. Gewiß war das Angebot des Papstes, *Allioli* zum Hausprälaten zu machen, ein Ausgleich der bestehenden Schwierigkeiten, ein Ausgleich, der die Empfehlung des Königs mehr ehrte, als wenn man ihm die Propstei verliehen

1) *Se fosse stato in tempo raccomandato a S. S. il canonico Allioli egualmente munito delle favorevoli testimoniali del vescovo di Würzburg o come lo era il canonico Leiniker, non dubito che avrebb' egli ottenuto gli effetti della pontificia considerazione, in vista certamente dei particolari suoi meriti che sono ben noti anche alla S. Sede. Ma gli uffici pel prelodato canonico Allioli essendosi interposti, allorchè Nostro Signore già da vari giorni aveva conferito ad altro soggetto la vacante prepositura ch'è di sua libera collazione Ella vede bene, che non vi è più luogo ad alcun passo per l'oggetto giacchè la provvista liberamente fatta dalla S. Sede a norma del concordato, non potrebbe ora ritrattarsi senza dare un colpo al concordato medesimo mentre, essendo pubblica la collazione già seguita, ne sarebbe anche pubblica la ritrattazione, [gestrichen: e si attribuirebbe all'influenza del reale governo presso S. S.*

2) Bericht vom 6. Juli: . . . desidero che la S. Sede, fatto libero uso del suo diritto di collazione di tale dignità, *sostenga e manteuga la sua nomina a fronte di quanto si farà per indurla a cangiare la scelta*. Santarelli bemerkt, er habe Minister Abel getroffen, aber die Rede sei nicht auf die Angelegenheit gekommen. Er schließt: Mi prendo la libertà di osservare che il sig. dottor canonico *Allioli* non poteva mai in alcun caso produrre alcuna testimoniale di mgr. vescovo di Würzburg non appartenendo egli alla diocesi, ma il capitolo di Ratisbona, nè dal proprio vescovo avrebbe potuto ragionevolmente ottenere alcun attestato che certo essendo della nomina della S. Sede —

hätte, aber es bestand die Furcht¹⁾, daß auch das nicht angenehm aufgenommen werde. Der König wollte gerade deshalb Allioli zum Propst von Würzburg befördern²⁾, weil dieser trotz seines Verdienstes und der vorzüglichen Eigenschaften weder vom Bischof von Regensburg noch von Kapitel gern gesehen wurde. Nachdem er zum Domherrn von Regensburg ernannt worden war, wollte er noch wegen der Bibelübersetzung in München bleiben und hatte sich, ohne dem Bischof von Regensburg ein Wort zu sagen, direkt an den Hl. Stuhl gewandt, um dazu die Erlaubnis, also Dispens von der Residenz in Regensburg, zu er-

1) Santarelli am 12. Juli: se per una parte mi ha dato motivo di rallegrarmi, perchè amerei di vedere pure una volta esercitato con piena libertà, scevra di qualunque estranea influenza il diritto della S. Sede alla collazione delle prevosture delle chiese metropolitane e cattedrali del regno di Baviera per l'altro ho temuto, e temo ancora, che S. M. il re, il quale si è acquistati i nuovi e recenti titoli alla riconoscenza della S. Sede, non abbia a chiamarsi troppo offeso per tale incidente, nato in un momento, nel quale egli si credea forse più che mai sicuro di una speciale deferenza della Pontificia Sede alle di lui brame.

2) . . . ma temo, che una tal offerta [Prälatur an Allioli] non sia per essere gradita, e ammessa . . . *Il desiderio del Re di veder conferita la prevostura di Würzburg al signor canonico Allioli, avea per iscopo di rimuovere il detto canonico dal capitolo di Ratisbona, perchè malgrado tutto il merito, e le egregie doti del medesimo, nè il Vescovo di Ratisbona, nè il capitolo lo vedono di troppo buon occhio.* Causa di ciò fu, che il signor Allioli, dopo essere stato nominato canonico della cattedrale di Ratisbona, avendo bisogno di prolungare il suo soggiorno in Monaco, onde ultimare la intrapresa traduzione della Bibbia, si rivolse. senza farne motto al vescovo, direttamente alla S. Sede per ottenere la permissione, o dispensa di non risiedere ancora per qualche tempo nel luogo del beneficio. Il vescovo ammise naturalmente, e diè effetto all'indulto apostolico che se ne ottenne, ma però mostrò piccato della condotta del canonico a suo riguardo, ed i canonici sostenendo, che il loro collega avrebbe anche a Ratisbona potuto trovare gli aiuti, e mezzi necessari a compire il lavoro, che avea per le mani, presero come per un disprezzo la dilazione, che il canonico Allioli frapponeva al recarsi alla sua residenza; tanto più, che si sapea da tutti, che egli cercava realmente ottenere un canonicato a Monaco, mosso a dir vero dal solo motivo, che quivi più, che altrove avea modi di coltivare il genere di studi, ai quali si è dedicato, e credo, che per questo motivo preferirebbe Würzburg a Ratisbona. A questo scopo, è chiaro, che non conduce l'esibizione per sè stessa amplissima ed onorevolissima avanzata da Vostra Eminenza, anzi non so se questa straordinaria dignità della quale troverebbesi rivestito il signor Canonico Allioli, non vi fosse causa di maggiore invidia, e di più seri disgusti, traendo seco questioni di precedenza, e distinzioni, che nelle di lui relazioni di non troppa buona armonia, col rimanente del capitolo, non mancherebbero d'incontrare opposizione e resistenza di ogni genere.

halten. Der Bischof gab natürlich notgedrungen seine Zustimmung, nachdem Allioli die Dispens von Rom erhalten hatte, aber er war ungehalten darüber und die Domherren waren der Ansicht, daß er auch in Regensburg die nötige Hilfe und Mittel zur Vollendung seiner Arbeit hätte haben können und sahen in seinem Verhalten eine Mißachtung, und das um so mehr, als sie wußten, daß er sich um ein Kanonikat in München bewarb, weil er dort besser seinen Studien obliegen zu können vermeinte.

Santarelli war der Meinung, daß Allioli deshalb auch Würzburg vorziehen werde. So ehrenvoll und wohlgemeint also der Prälaturvorschlag auch war, so ging er neben das Ziel; gab auch neuen Anlaß zu größeren Neidereien und Mißhelligkeiten.

Santarelli suchte herauszubekommen, welchen Eindruck die Übergehung des königlichen Vorschlages auf die Minister und den König gemacht hatte. Da Minister Gise auf Urlaub war, so suchte er eine Unterredung mit einer »anderen Persönlichkeit«, die er nicht nennt, unter der man aber Abel vermuten darf. Das Ergebnis derselben faßt er in folgenden Punkten zusammen: 1. die so mit Hast und Eile betriebene und vollzogene Ernennung Leinikers hatte einen sehr üblen Eindruck auf den König gemacht, der darin nur eine beabsichtigte Eilfertigkeit erblickte, um den amtlichen Schritten des Königs zugunsten einer verdienten Person zuvorkommen. »Mein Gott, gerade in diesem Augenblick«, rief der Gewährsmann des päpstlichen Vertreters wiederholt aus. 2. Viel mehr aber als über die Sache an sich, war der König mißstimmt über die Art und Weise, mit der man sie betrieben hatte, »weil es scheint, daß die dortige (römische) Gesandtschaft sich in ihren Berichten an die Regierung in Einzelheiten einzugehen erlaubt hat, die, wenn sie auch wahr waren, doch hätten vermieden werden müssen«. Sodann glaubte der König, bei der Datarie und »sonstwo« — damit ist wohl die Staatssekretarie gemeint, die Santarelli zu nennen vermeidet — wenig Entgegenkommen gefunden zu haben und klagte über die Sprödigkeit der Antworten. 3. Schließlich betrachtete man die Sache als eine dem König zugefügte Ohrfeige, die ihn in den jetzigen Umständen Sarkasmen aussetze und zum Vorwand diene, sich über den Eifer desselben, den er bei den letzten Ereignissen zugunsten der Religion und der Kirche gezeigt hatte, lustig zu machen¹⁾.

35) Nell'assenza perciò di S. E. il Sig., Baron de Gise, che fin dal giorno 7 ha notificato ufficialmente la sua partenza dalla Capitale, recandosi in

Santarelli versuchte zu beruhigen und richtig zu stellen, so gut er konnte. Immerhin gewann er den Eindruck, daß der König trotz allem der Ausführung der Ernennungsbulle kein Hindernis in den Weg lege¹⁾.

Bei dieser Meinung blieb Santarelli, obwohl er bald zwei Tatsachen nach Rom melden konnte. Bis zum 3. August war die Kollationsbulle noch nicht nach Würzburg gekommen. Er wußte nun ebenso sicher, daß sie von Mehlem festgehalten

congedo di qualche settimana alle sue terre; mi sono rivolto ad altro personaggio. Per due giorni ho tentato di presentarmi a lui in casa, e non essendovi riuscito, perchè sempre assente-, lo sorpresi fortunatamente, mentre scendeva di carrozza per recarsi al suo ufficio. Nella lunga conferenza di più di un'ora e mezzo, dovetti pur troppo convincermi

1. che la nomina alla prevostura di Würzburg tanto sollecitamente, diceva egli, risoluta e fermata ha fatto una disgustosa impressione sull'animo del Re che non può non vedersi in questo un' affettata foga, onde prevenire gli uffici che Sua Maestà potesse essere in caso di presentare in favore di qualche ecclesiastico di special merito. E la persona con cui conferiva, andava ripetendo *Dio mio! Giusto in questo momento!*

2. che più della cosa per sè stessa si era disgustati del modo, con cui era stata trattata, poichè pare, che codesta legazione bavara siasi permessa nei suoi ragguagli al proprio governo di entrare in certi dettagli, che fossero anche veri, debbono, secondo me, sempre evitarsi, ed abbia creduto di trovare in Dateria ed altrove poco buona accoglienza, inconvenienza e durezza nelle risposte.

3. Si ripeteva finalmente essere questo riguardato come un soufflet dato al Re, che nelle attuali circostanze lo esporrà ai sarcasmi di chi si varrebbe anche d' un pretesto, onde beffarsi della zelante premura, che S. M. ha negli ultimi avvenimenti mostrato a sostegno degl' interessi della Religione, e della Chiesa.

Io facendomi forte sull' incontestabilità del diritto della S. Sede, ed informato dal dispaccio di V. E. di quanto è occorso nello sviluppo di questo affare, ho risposto concludentemente al primo ed al terzo punto, e per riguardo al secondo ho preso su di me una mentita, seppure chi ha portato la parola, specialmente in Dateria non si fosse servito di un certo tono di autorità, che avesse provocata una qualche risposta alquanto secca e risoluta. Ho anche negato, che oltre il Vescovo di Würzburg altro prelato abbia sollecitato la S. Sede a prendere una subitanea risoluzione in tale affare, per non lasciare spazio alle raccomandazioni del Re.

1) . . . Mi parve infine di poter concludere da tutto l'insieme del colloquio, che, *sebbene il dispiacere del Re sia grande, pure non si rischierà di seriamente impedire l'esecuzione delle bolle pontificie*, il che se accade, ne avrei infinita gioia, potendo dirvi, che *con questa nomina affatto libera si è fissato il chiodo*; e se in avvenire si crederà condiscendere alle premure del Re, sarà evidente farsi per spontanea propensione verso il medesimo.

wurde¹⁾, wie daß der König in keinem Falle wolle, daß Allioli die Hausprälatur erhalte. Gleichwohl wiederholt er: »trotz des peinlichen Eindrucks, den dieser ungelegene Zwischenfall verursacht hat, bin ich überzeugt, daß man schließlich die Bulle ausführt«. Freilich eine böse Taste hatte man angeschlagen; man hatte durchblicken lassen, dem neuen Propst die Präbende zu sperren. Aber Santarelli hoffte, daß sich alles zur Zufriedenheit gestalten werde, wenn der Brief des Papstes in die Hände des Königs gelange. Bei der Gelegenheit hatte Santarelli einen andern Gesichtspunkt der Regierung gegenüber herausgestellt. Bis dahin hatte man niemals die Rede auf die Kanonikate gebracht, die dem Hl. Stuhl vorbehalten waren, wenn ein Kanoniker in eine höhere Dignität aufrückte. Auch im Konkordat hatte man an dieses Vorrecht des Hl. Stuhles nicht gedacht. Bis jetzt hatten solche freigewordenen Stellen einfachhin der König oder der Bischof oder auch die Kapitel vergeben, je nach den sie berechtigenden Monaten. Nun hatte der päpstliche Geschäftsträger bei seinen Unterredungen mit den Ministern gelegentlich der Würzburger Propstei wohl herausgefunden²⁾, daß die bayrische

1) Quello che è certo si è, che la suddetta bolla essendo già in mano dell' agente (credo io) della legazione bavara in Roma, il signor cav. Mehlem ha recusato di prendersi la cura di inviarla qui al ministero. Di più ho saputo, che in quanto alla offerta di conferire la *prelatura domestica* al sig. canonico Allioli è stata dalla Maestà del Re *ricusata assolutamente*, e questa volontà del monarca bavaro deve già codesta legazione bavara averla notificata a Vostra Eminenza. — Malgrado poi la penosa impressione, che tutto questo intempestivo incedente ha prodotto nell' animo della Sua Maestà, sono nella persuasione, che infine si permetterà l'esecuzione della Bolla, sebbene a proposito di altra supposizione mi sia stato fatto sentire la possibilità di servirsi di un'arma, che è in mano del governo, il ritenere al nuovo preposto la corrispondente prebenda, ma come dissi fu tocco questo tasto sotto altra ipotesi, e poi giova sperare, che la lettera di S. Santità sortirà tutto il buon effetto, che se ne attende.

2) Mi sono accorto, che la prù grande amarezza era serbata contro il vescovo di Würzburg, il quale viene accusato di aver mancato gravemente di riguardo al Re, perchè colle informazioni in favore del canonico Leiniker, che non era suo dovere assoluto, prima che ne fosse richiesto di dare, ha eseguito cosa che egli sapeva di certo riuscire di sommo rammarico di Sua Maestà, ed il quale, vuolsi sostenere, essere incapace di fare una buona scelta, mancando assolutamente di tutto, e non conoscendo per niente il suo clero, che per sentimento comune manca più d'ogn'altro di soggetti degni di essere promossi. Di qui il dispiacere di vederlo ben presto in caso di fare una seconda scelta per il canonicato, che vaca in seguito della nomina del signor Leiniker, avendo la S. Sede conferito a questi la prevostura di Würzburg nel

Regierung deshalb dem Würzburger Bischof grollte, weil er nun auch die durch die Beförderung Leinikers freigewordenen Stelle selbst besetzen wolle. In München hielt man den Würzburger Bischof für absolut unfähig, eine gute Wahl zu treffen: er kannte seinen Klerus nicht; zudem hatte er kaum Personen aufzuweisen, die einer Beförderung würdig waren. Er wollte mit der ganzen Sache Leiniker den König überrumpeln, obschon er sich bewußt war, daß er ihn damit aufregte. Santarelli ergriff nun geschickt die Gelegenheit und schlug vor: Wenn der König, was auch im Interesse der Kirche läge, ungern eine neue Besetzung des durch Leinikers Beförderung freigewordenen Kanonikates durch den Bischof sähe, so könne nun Rom diese Stelle dem geben, den der König wünsche. Auf diese Weise werde die Absicht des Königs erreicht: dem Würzburger Kapitel aufzuhelfen durch wahrhaft in reiner Lehre und Sitten ausgezeichnete Geistliche. Santarelli schmeichelte sich, daß sein Vorschlag gut aufgenommen worden sei: sei es, weil der König damit indirekt ein Mittel zur Besetzung in die Hand bekomme, sei es, daß er seiner Lust, dem Würzburger Bischof eins zu versetzen¹⁾, nachgeben könne.

Der neue Internunzius Viale Prelà war im August in München angekommen. Gleich bei der ersten Unterredung mit Abel — Gise

mese, che appartiene al vescovo. Confermatomi a non dubitarne di queste disposizioni, ho risoluto di tirarne profitto per cercare di rivendicare alla S. Sede che è stato finora trascurato affatto.

1) Ho dunque detto: se S. Maestà è, nell'interesse stesso della Chiesa, dispiacente di vedere Monsignor Vescovo di Würzburg investito fra breve del diritto di nomina al canonicato vacante, vi è un modo legale affatto, e canonico d'impedirgli una cattiva scelta. Ho esposto allora il diritto della S. Sede sui benefici riservati per il titolo sopra indicato, punto, che non fu contemplato nel concordato con la Baviera, e che converrebbe però stabilire. Ho mostrato l'utilità, che a Sua Maestà ne ritornerebbe, poichè per questa volta sicuramente la S. Sede conferirebbe il vacante canonicato a persona degna, che Sua Maestà indicherebbe; e come per tal modo si realizzerebbe in parte il bene, che S. M. si era proposta di operare per correggere la mancanza, che si trova nel capitolo di Würzburg di ecclesiastici veramente distinti per sana dottrina e per costumi.

La mia proposta sembra essere stata gustata, e, se non mi lusingo troppo, non dispero di vederla posta ad effetto, sia, che il Re veda per questa stabilità un mezzo di nominare indirettamente a qualche canonicato di più, sia che nel caso presente si abbia gran voglia di dare una mortificazione al vescovo di Würzburg.

war noch abwesend — kam die Rede auf die Propsteisache¹⁾. Von Abel hatte der Nunzius den allergünstigsten Eindruck und sein Empfang bei ihm übertraf alle seine Erwartung. Der Minister erkundigte sich, wie üblich, zuerst nach dem Befinden des Papstes und seines Staatssekretärs und erging sich dann lange über die wahrhaft religiösen Gefühle seines Königs, über dessen aufrichtigste Anhänglichkeit an die katholische Kirche und Verehrung für den Papst. Geschickt griff der Internunzius die Gelegenheit auf, indem er als Beweis für die ebenfalls wohlwollenden Gesinnungen Seiner Heiligkeit für den König auf den eigenhändigen Brief hinwies, den er ihm kürzlich geschrieben hatte. Abel versicherte wiederholt, daß der Brief dem König großes Vergnügen bereitet habe. Damit war der Weg geebnet über die Angelegenheit der Propstei zu sprechen. Abel versicherte, es sei niemals die Absicht des Königs gewesen, das Recht des Heiligen Vaters in der Ernennung der Propsteien zu verkennen, aber er habe geglaubt, daß die Allioli vorteilhafter sei, auch um dem Würzburger Kapitel ein sehr treffliches Mitglied zu geben, in dem kein Überfluß an wirklich würdigen Geistlichen sei. Viale Prelà begnügte sich noch einmal auseinanderzusetzen, wie sich die Sache in Rom zugetragen hatte

1) Bericht N. 20. 14. VIII. 38: I sentimenti di edificante religione e pietà ond' è animato il sig. de Abel. mi rendevan sicuro, che l' inviato pontificio sarebbe stato accolto da lui nel modo il più lusinghiero. L' accoglimento che egli mi fece sorpassò anche la mia aspettazione.

Il sig. de Abel dopo avermi richiesto col più vivo interesse le notizie di S. S. e dell' E. V. R., mi parlò a lungo dei *sentimenti veramente religiosi del suo sovrano*, del di lui sincerissimo attaccamento alla chiesa cattolica, e della di lui venerazione verso la s. persona del S. Padre. Risposi apprezzare S. S. altamente le virtù di questo monarca, verso il quale è animata da sincerissima e paterna benevolenza, e qui ricordai la recente testimonianza, che il S. Padre ne aveva dato a S. M. colla sua lettera autografa. La, lettera del S. Padre riprese il sig. de Abel, ha recato gran piacere al mio sovrano, il che ripeté egli più volte, e qui facendo strada a parlare della prepositura di Würzburgo, mi assicurava non essere stata mai intenzione di S. M. di disconoscere il diritto del S. Padre nella nomina del prevosto, ma che aveva stimato però, che *per ben della cosa sarebbe stata più opportuna la nomina del canonico Allioli*, anche pel motivo di dare un ottimo soggetto al capitolo di Würzburgo, in cui non vi è troppa abbondanza di ecclesiastici veramente degni. Qui feci conoscere, come si fosse passata, la cosa, seguendo in tutto i cenni storici tracciati in tutta la lor semplicità dal S. Padre nella sudetta lettera, e conclusi, che ad ogni modo riposando sulla giustizia e sulla religione di S. M. io consideravo quell'affare come del tutto terminato. Il sig. ministro dopo avermi detto di non conoscere ancora positivamente le intenzioni di S. M. mi aggiunse però esser persuasissimo e certo, che il suo sovrano non avrebbe mai dato un dispiacere al S. Padre.

und sprach die Hoffnung aus, daß er nach dem Gerechtigkeits-sinn und der Religion des Königs die Sache als erledigt ansehe. Abel sagte, er kenne in der Hinsicht nicht die Absichten des Königs, versicherte aber, daß er niemals dem Papste habe eine Ungelegenheit bereiten wollen. Viale meinte, indem er diese Unterredung nach Rom schrieb, die Providenz habe nun die Sache so gut geleitet, daß sie zu gegenseitiger Zufriedenheit auslaufe. Die Propstei in Augsburg war frei geworden. Nun konnte Allioli da untergebracht werden. Das Kapitel hatte der Nunziatur offiziell vom Tode des Propstes Willy Mitteilung gemacht, dabei allerdings den Wunsch ausgesprochen, daß der neue Propst aus dem Gremium des Kapitels gewählt werde. Jedoch hielt der Internunzias dafür, daß dieser Wunsch den wichtigen Beweggründen, die der Papst für die Ernennung Alliolis habe, untergeordnet werden müsse.

Bei Gise kam die Rede nicht mehr auf die Angelegenheit. Der Minister versicherte den Internunzias der besten Aufnahme beim König, dem daran liege die Beziehungen zum Hl. Stuhl immer mehr zu befestigen, daß er selbst seinen Herrn in jeder Weise darin unterstützen wolle, und der Nunzias gab dieselben Versicherungen vom Papste, vom Kardinalstaatssekretär und von sich selbst. Übrigens war er auch von Gise sehr begeistert¹⁾.

1) Bericht N. 5 vom 17. August. Nella conferenza avuta col sig. baron di Gise, di cui ho parlato nel mio disspaccio N. 4. il sig. ministro mi esprese la soddisfazione di S. M. per la mia destinazione qui ad Internunzio pontificio assicurandomi, che ne sarei stato benissimo accolto e che ritornando in Monaco S. M. quest'oggi, senza indugio avrebbe chiesto una udienza nella quale io rimetterei le lettere credenziali.

Il sig. baron di Gise mi parlò del vivissimo desiderio del suo sovrano di consolidar sempre più le buone relazioni, che esistono tra la S. Sede e la r. corte di Baviera, assicurandomi, che egli nell'esercizio delle sue attribuzioni nulla più vivamente bramava che di secondare i desideri e la volontà della, M. S. Risposi esprimendo egual vivissimo desiderio dalla parte del S. Padre e dell' E. V. R. e dando assicurazioni della più sincera e leale cooperazione della parte mia.

V. E. già conosce le distinte qualità di quest' uomo di stato, io l'ho trovato del tutto conforme all' idea che già V. E. ne aveva, vale a dire un uomo, che professa principii monarchici, pieno di lealtà di rettitudine, che ben conosce l' influenza grande, che la religione esercita sul benessere degli stati e delle popolazioni, e che è sempre disposto a secondare le non men sagge che religiose intenzioni del suo sovrano.

Ho motivo di credere, che si sieno già stabiliti tra il sullodato sig. ministro e me dei rapporti di reciproca sincera fiducia, che farò sollecito di coltivare e consolidar sempre più.

Von Rom aus wurde dem Internunzius sofort die Versicherung gegeben, daß die Ernennung Allioli für die Propstei in Augsburg vom Kardinalstaatssekretär auf jede Weise unterstützt werde und der Papst nur darauf warte, in der Hinsicht der Zustimmung des Königs gewiß zu sein ¹⁾. Allioli erhielt die Propstei.

1) Lambruschini an Viale Prelà, 25. August 1838: Soddissfattissimo è stato il Santo Padre nell' apprendere la cortese accoglienza fatta . . . dal sig. de Abel. — Der Kardinal teilt dann mit, daß ein Brief des Königs an den Papst wegen Allioli angekommen sei und setzt nochmals den Fall auseinander, besonders den Kernpunkt herausstellend, nämlich die frühere Ankunft der Empfehlung des Würzburger Bischofs für Leiniker. Er bemerkt dabei: Posto ciò mentre apparisce ad evidenza che nel caso in questione non ebbe luogo alcuna preferenza per parte di Sua Santità alle raccomandazioni del vescovo piuttosto che alle raccomandazioni del re, può ben immaginarsi V. S. I., quanto sia dispiacente il S. Padre nel conoscere che da S. M. siasi presa la cosa in un senso tanto opposto al vero. Natürlich dürfe die Ernennung nun auch nicht zurückgenommen werden: e egli poi ben chiaro, che nello stato attuale di tal vertenza *il S. Padre potrebbe ora recedere dalla nomina del canonico Leiniker* senza sembrare d'infliggere egli stesso una ferita al diritto incontestabile di libera collazione, che in forza dello stesso concordato con S.M. il re di Baviera appartiene esclusivamente alla S. Sede per le vacanti dignità dei capitoli, Ed in realtà un tal diritto si riterrebbe di semplici parole ed assolutamente illusorio giacchè il fatto proverebbe che S. S. dovesse nei singoli casi esser sempre obbligata a non conferire le dette dignità, se non a quei soggetti, che gli vengano da S. M. presentati. Dann wird der Internunzius beauftragt, in geschickter Weise dieses dem König und seinen Ministern beizubringen, besonders dem König zu sagen: che il S. Padre, coerente d'altronde ai sentimenti di partzialissima paterna propenzione verso la medesima, sarà ben lieto di poter adesso *secondare le reali sue premure in favore dell' egregio canonico Allioli mediante la collazione della prepositura testè vacante nella chiesa cattedrale di Augusta*, su di che si augura lo stesso S. Padre di conoscere quantoprima per di Lei mezzo il positivo gradimento di codesto piissimo sovrano, onde le benevoli sue pontificie intenzioni possano senza indugio trarsi in effetto. — Viale Prelà kommt noch einmal auf den Fall zurück am 21. September 1838 (N. 28): . . . La massima seguita ora dal re, si è quella di non scegliere se non ecclesiastici degni per gli uffici o dignità di sua nomina, e mi trovo nella necessità di dire che *la nomina del Sig. Leinicker*, i cui antecedenti sono pessimi in fatto di condotta, *ha cagionato qui una cattiva impressione*. Vero è, che ora essendo in età molto avanzata non si parla di gravami attuali contro di lui; io poi a coloro, che han parlato di ciò, ho sempre risposto, che il vescovo doveva conoscere la condotta di Leinicker meglio d'ogni altro, e che la S. Sede doveva pur far conto delle informazioni e delle raccomandazioni fatte da un vescovo rispettabile quale quel di Würzburgo. Sembra però certo che quel prelato nel caso succitato sia stato di troppa buona fede . . .

Kleine Beiträge.

1. Eine beachtenswerte eherechtliche Dekretale des Papstes Johann VIII. von 872—873.

Von Professor Dr. *Nikolaus Hilling* in Freiburg i. B.

I. Die sog. Britische Sammlung (*Collectio Britannica*)¹⁾ aus dem Ende des 11. Jahrhunderts enthält eine beachtenswerte eherechtliche Dekretale des Papstes Johann VIII. aus den Jahren 872—873. Dieses Dokument wurde zum ersten Male von *S. Löwenfeld* in den *Epistolae Pontificum romanorum inditae*, Leipzig 1885, S. 26 f., herausgegeben. Neuerdings hat der italienische Rechtshistoriker *Giuseppe Forchielli* dasselbe in dem Aufsätze der Zeitschrift »*Urbium*« Anno I No. 6 (1927) »Un documento ignoto di storia Urbinate e Cagliese del secolo IX. Le nozze seconde di Sophoneste e una bolla di Papa Giovanni VIII tra l' 872 e l' 873« näher untersucht und namentlich die lokalgeschichtliche Bedeutung desselben festzustellen versucht.

Ich lasse die Urkunde im Regest und im vollen Wortlaute folgen:

Johann VIII. tadelt die Frau Sophoneste, daß sie nach dem Tode ihres Mannes eine Ehe mit Ausländern begehre. Er fordert sie unter Strafe der Exkommunikation auf, binnen einer Frist von 20 Tagen, entweder mit Zustimmung der Urbinaten und Cagliesen einen Inländer zu heiraten oder den Schleier zu nehmen oder vor ihm zu erscheinen. Ohne Ort und Datum.

Johannes VIII Sophoneste femine. Multorum relatione didicimus, te ad discidium patrie alienigenas viros appetere. Et cum debuisses, utpote post discessum benivoli tibi viri sub sacro velamine castimoniam profiteri, tu contra tui nominis famam contraque fiduciam, quam in te vir tuus, qui te sibi heredem reliquit, dicitur absolvisse, in eisdem domibus ac praediis alienarum diceris gen-

1) Vgl. *P. Ewald*, Die Papstbriefe der Britischen Sammlung, in: Neues Archiv für ältere deutsche Geschichtskunde V (1880), 277 ff.

tium alienigenas copulas anelare. Quapropter, quia te super his iam constat fuisse apostolicis conventam epistolis, et non solum alienigenis nostratum copulas non permittimus¹⁾, quin potius, si que contracte sunt, a domino serenissimo²⁾ imperatore karissimo filio nostro continuo dissociandas³⁾ esse iure sancimus, auctoritate dei omnipotentis sanctorumque apostolorum principum et nostra precipimus, ut accepto viginti dierum spacio aut ex nostratibus cum consensu Orbinantium atque Callensium virum legitima federacione suscipias⁴⁾ aut, si fidem defuncto viro tuo servare⁵⁾ appetis, sub sacro velamine castimoniam carnis promittas aut certe cum his, quibus te commisimus in nostram presentiam venias, sciens, nisi intra prelatum spatium⁶⁾ aut virum aut sacrum velamen aut ad nos veniendi iter susceperis, te cum omnibus fautoribus tuis usque quo venias omni communione suspensam.

II. Der Inhalt der vorstehenden Dekretale ist in mehrfacher Hinsicht für die Geschichte des kirchlichen Eherechts bemerkenswert.

Zunächst erteilt Papst Johann VIII. der Frau Sophonestia ein spezielles Eheverbot, indem er ihr unter Sanktion der Trennung der Ehe durch den Kaiser die Heirat mit einem Ausländer verbietet. Der Grund dieses Verbots sind die bereits bei der Brautwerbung in die Erscheinung getretenen Streitigkeiten unter den Mitbürgern von Urbino und Cagli. Das Eheverbot stützt sich aber außerdem auf den allgemeinen Rechtssatz, daß der Papst den Ausländern die Ehe nicht mit seinen eigenen Landsleuten gestattet.

Da wir über das sog. Interdictum ecclesiae aus der Zeit vor den Dekretalensammlungen sehr wenig wissen⁷⁾, ist diese Nachricht für die Geschichte des Eheverbots von besonderem Werte. Die Auflösung der Ehe durch den Kaiser hat nicht bloß ein kirchenpolitisches Interesse, sondern ist auch für die politische Stellung des Kaisers innerhalb des patrimonium Petri, zu dem die Städte Urbino und Cagli gehörten, von Bedeutung.

Aus der Urkunde geht weiter hervor, daß der Papst von der Adressatin grundsätzlich erwartet hat, daß sie nach dem Tode ihres Mannes nicht wiederheiraten würde. Die hierauf bezügliche

1) Original; permittere. — 2) O.: serenissimoque. — 3) O.: dissociandas. — 4) O.: suscipias. — 5) O.: servasse. — 6) O.: placitum. — 7) Vgl. *Joseph Freisen*, Geschichte des Canonischen Eherechts bis zum Verfall der Glössenliteratur. 2. Ausg. 1893, 655 f. A. *Esmein*, Le Mariage en droit canonique I (1891), 394 ff.

Bemerkung stützt sich namentlich auf den Umstand, daß Sophonesta von ihrem Manne zur Erbin eingesetzt sei. Eine allgemeine Abmahnung von der zweiten Ehe dürfen wir in dieser Stelle des Papstbriefes nicht erblicken. Hatte doch auch bereits Gregor III. in einem Briefe an den hl. Bonifatius die Eingehung einer zweiten Ehe für straflos erklärt¹⁾. Vielfach empfingen vornehme Witwen, die ehelos bleiben wollten, einen geweihten Schleier und legten das Gelübde der Keuschheit ab, ohne aus ihren häuslichen Verhältnissen hervorzutreten. Von dieser Sitte legt unser Aktenstück ein interessantes historisches Zeugnis ab. Vgl. hierüber die neuesten Forschungen von *André Rosambert*, *La veuve en droit canonique jusqu' au XIV^e siècle* (1923), 76 ff. und *Adolf Kalsbach*, *Die altkirchliche Einrichtung der Diakonissen bis zu ihrem Erlöschen* (1926), 78 ff.

Endlich ist noch beachtenswert, daß die Heirat der Frau Sophonesta mit einem Inländer von der Zustimmung der Urbinaten und Cagliesen abhängig gemacht wird.

1) Freisen a. a. O. 670.

2. Auditio seu Constitutum in can. 1958 CJC.

Von Professor Dr. *Nikolaus Hilling* in Freiburg i. B.

Der Canon 1958 CJC. lautet: Decreta de quibus in can. 1956, 1957 fieri nequeunt, nisi reo citato et compaente vel contumace, sive post primam eius *auditionem seu constitutum*, sive postea in decursu processus; et contra eadem non datur iuris remedium. Die eingangs angeführten Dekrete betreffen die Verfügungen des Ordinarius, durch die dem Angeklagten die Ausübung des heiligen Dienstes oder des kirchlichen Amtes oder die öffentliche Teilnahme an der hl. Kommunion verboten wird bzw. ihm der Aufenthalt an einem bestimmten Orte untersagt oder angewiesen wird.

Aus dem Zusammenhange des Textes und der Gleichstellung von auditio und constitutum ist nicht schwer zu erkennen, daß der Ausdruck »constitutum« in unserem Canon das gerichtliche Verhör oder die Anwesenheit der Angeklagten vor Gericht bedeutet. Daher ist *Rudolf Köstler* im Irrtum, wenn er in dem Wörterbuch des Codex Juris Canonici S. 92 »constitutum« mit Versetzung in den Anklagezustand übersetzt. Vielleicht ist diese irrije Meinung dadurch mit herbeigeführt, daß die Überschrift des kurzen Kapitels des strafrechtlichen Prozeßverfahrens, in dem can 1958 vorkommt, lautet: De instructione processus criminalis et de rei constitutione. Von der Versetzung in den Anklagezustand ist aber bereits in den ersten beiden Canones 1954 und 1955 die Rede, und außerdem hat dieselbe eine aktive Bedeutung, während »constitutum« eine passive Wortbildung ist. Ganz besonders ist zu beachten, daß der Terminus »constitutum« hier substantivisch gebraucht ist und die Versetzung in den Anklagezustand bereits voraussetzt (post primum eius si. rei constitutum).

Die wirkliche Bedeutung des Wortes »constitutum« erhellt aus der Strafprozeßordnung Gregors XVI vom Jahre 1831, dem Regolamento organico di procedura criminale, das dem Cod. Jur. Canonici vielfach zu Grunde gelegt ist. Art. 351 dieses Regolamento hat folgenden Wortlaut: Dopo il primo esame e fino

alla pubblicazione del processo può l' inquisito essere sottoposto ad altri costituiti tutte le volte che si reputino necessari¹⁾.

Zu dieser Stelle bemerkt *Michael Lega*²⁾: *Constitutum* in praxi forensi ecclesiastico et exinde anteacto potissimum tempore in curiis quoque civilibus idem sonat ac *examen* seu *interrogatorium* inquisiti. Istud nomen derivari absque dubio dicendum est a verbo *examinis* initiali, quippe *examina* ab *actuariis* scriptis consignata ita initium sumebant: »*Constitutus N. N.* personaliter in tali loco etc.« Cf. *Pellegrini* loc. cit. Sect. IX. no. 58sq.³⁾. Equidem in cit. Codice Gregoriano tit. II. lib. V. ita inscribitur: »*Regulae communes de constitutis inquisitorum*«. Cf. *Carrara* op. cit. § 893⁴⁾.

Bei *Reiffenstuel*, *Ius canonicum universum*, Lib. V, Tit. I de accusationibus § VIII de processu criminali Regularium no. 434 wird auch das Verbum »constituere« im Sinne von Vorführen lassen gebraucht. »Potest autem iudex reum non tantum ter, ut aliqui minus recte putarunt, sed saepius et prout ei visum fuerit constituere et examinare in quovis constituto iuxta arbitrium suum. Quamvis enim ordinarie in primo constituto a remotis indiciis incipere et ad proximiora successive in secundo et tertio constituto descendere expediat, tamen bene et saepe contingere potest, ut exigentibus circumstantiis, praesertim in examine emergentibus, statim in primo constituto de proximis indiciis et super ipso delicto interrogari possit ac debeat, ut proin iudex non multum attendere debeat ad numerum constituti, seu an prima, secunda vel alia vice sit constitutus, sed ut ita prudenter examinet reum, quatenus veritas eruatur«. Aus dieser Stelle ergibt sich auch die ursprüngliche Bedeutung des Ausdrucks »constitutum«, die mit dem Erscheinen bezw. der Vorführung des Angeklagten vor Gericht identisch ist.

Was den Terminus »Constitutio rei« anbetrifft, so hat derselbe im kanonischem Rechte eine doppelte Bedeutung. Im

1) Acta Gregorii Papae XVI. ed. *Ant. Maria Bernasconi* IV (1904), 93.

2) *Praelectiones in textum iuris canonici de iudiciis ecclesiasticis* Vol. IV (1901), 273.

3) *Praxis Vicariorum et omnium in utroque foro iudicentium*. Die zitierte Stelle beginnt mit den Worten; *Forma primi constituti seu examinis rei*. Die etc. mensis etc. anni etc. in loco N. constitutus personaliter.

4) *Programma del Corso di Diritto criminale*. 11. ed. Vol. II. Firenze 1924.

engeren Sinne bedeutet er die Versetzung in den Anklagezustand die durch die Überreichung der Klageschrift seitens des Promotor iustitiae an den Richter geschieht (can. 1955), und im weiteren die persönliche Vorführung des Angeklagten vor den Richter zum Zwecke des Verhörs. Unrichtig ist die Darstellung von *Josef Meile*¹⁾, der behauptet: In der ersten Vernehmung, welche die Herbeiführung der Litiskontestation bezweckt, wird der Inquisit als gerichtlich Beschuldigter konstituiert (*constitutio vel constitutum rei*). Auf diese Ausführungen hat auch Köstler zu Unrecht Bezug genommen.

1) Die Beweislehre des kanonischen Prozesses (1925), 118.

3. Die Kirchenbücher nach Rheinischem Recht.

Von Oberlandesgerichtsrat G. Rey (Köln).

Erst spät sind am Nieder- und Mittelrhein Kirchenbücher angelegt worden. In der Stadt Köln stammen die ältesten Tauf- und Heiratsregister (von St. Kunibert) aus dem Jahre 1595, die ältesten Sterberegister (von St. Aposteln) aus dem Jahre 1624 ¹⁾. Daß es in Frankreich anders war, ergibt sich aus einer Verordnung Königs Franz I. von 1539, die schon damals unter anderm bestimmte, daß die Kirchenbücher alljährlich, von einem Geistlichen und einem Notar unterzeichnet, auf der Kanzlei des nächsten Landgerichts hinterlegt werden sollten. Für die allgemeine Kirche wurden die Kirchenbücher (Trauungs- und Taufbücher) erst durch das Konzil von Trient Sess. XXIV de reform. matrimonii cap. 1 und 2 vorgeschrieben. Jedoch ist der partikulrechtliche Gebrauch bereits älter. Für die Diözese Konstanz verordnete die Diözesansynode von Konstanz unter Bischof Burkard von Randek im Jahre 1463 die Führung von Taufbüchern, damit die geistliche Verwandtschaft der Taufpaten festgestellt werden könne. Siehe *Schannat-Hartzheim*, Concilia Germaniae V, 456. Eine Umwälzung für das Wesen der Kirchenbücher brachte das Gesetz der französischen gesetzgebenden Versammlung vom 20. September 1792. Dieses bestimmte, daß die Bürgermeister oder ihre Stellvertreter die Kirchenbücher in den Pfarrhäusern an sich nehmen, abschließen und in den Gemeindehäusern hinterlegen sollten. In Zukunft sollten nur noch Kommunalbehörden zur Aufnahme und Aufbewahrung der Zivilstandsurkunden berechtigt sein. Das Gesetz erklärt jedoch ausdrücklich, daß es nicht beabsichtigt sei, etwas an der Freiheit des Bürgers zu ändern, daß er die Geburten, Heiraten und Todesfälle unter Mitwirkung der Kirchenorgane und nach den Gebräuchen der einzelnen Religionsparteien feiere. Ein weiteres Gesetz des Nationalkonvents vom 7. vendémiaire IV

1) Vgl. J. B. Sigmüller, Die Entstehung und Entwicklung der Kirchenbücher im katholischen Deutschland bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts, in: Theologische Quartalschrift 81 (1899), 206 ff. N. Hilling, Aufbewahrung und Abschrift der Kirchenbücher in diesem Archiv 94 (1914), 325 ff.

(29. September 1795) verbot allen Richtern, Verwaltungs- und sonstigen Beamten bei Androhung von Gefängnis und Geldstrafe, irgend eine Rücksicht auf Zeugnisse zu nehmen, die von Geistlichen in betreff des Zivilstandes ausgestellt seien, und bedrohte mit der gleichen Strafe die Zivilstandsbeamten, die in den Zivilstandsakten von religiösen Zeremonien etwas beurkundeten oder den Nachweis verlangten, daß diese beachtet worden seien.

Diese Gesetze sind auf dem linken Rheinufer durch Verordnung vom 12. floréal VI (1. Mai 1798) eingeführt worden. Trotzdem sind damals aus unbekannten Gründen auf dem linken Rheinufer in einer großen Anzahl von Orten die Kirchenbücher überhaupt nicht oder — z. B. in Köln — nicht vollständig in die Rathäuser gekommen, sondern bis auf den heutigen Tag bei den Pfarrämtern verblieben. Die Orte sind zum großen Teil zu ersehen aus den 4 Bänden »Übersicht über den Inhalt der kleinern Archive der Rheinprovinz« in den Publikationen der Gesellschaft für rheinische Geschichtskunde. Können die rheinischen Bürgermeister heute noch die Herausgabe dieser Kirchenbücher verlangen? Die Frage ist nicht so einfach zu beantworten. Jedenfalls könnte man sich gegenüber einem etwaigen derartigen Verlangen nicht auf »Verjährung« oder »Ersitzung« berufen, da es solche Einreden gegenüber öffentlich-rechtlichen dem Privatverkehr entzogenen Sachen (*res extra commercium*) weder gab noch gibt (art. 2226 *code civil*; Rhein. Archiv Band 71 Abt. 1, S. 154; *Crome*, Bürgerliches Recht, Band 3 S. 349). Nachdem aber jene Kirchenbücher 130 Jahre lang offenkundig und unbeanstandet bei den Pfarrämtern geblieben sind, muß man wohl ein das geschriebene Gesetz abänderndes *Gewohnheitsrecht* annehmen, dahingehend, daß bezüglich dieser Kirchenbücher die Pfarrämter das Recht und die Pflicht weiterer Aufbewahrung haben. Ein *Gewohnheitsrecht* mit abändernder Kraft erscheint seit Geltung des Bürgerlichen Gesetzbuchs als zulässig, wogegen eine solche Kraft während der Herrschaft der napoleonischen Gesetzbücher als ausgeschlossen galt. (*Zachariae-Crome*, Handbuch des französischen Zivilrechts Band 1, Seite 91).

Die bis zur Einführung der französischen Zivilstandsgesetzgebung geführten Kirchenbücher sind »öffentliche Urkunden« im Sinne des staatlichen Rechts und genießen als solche strafrechtlich erhöhten Schutz und zivilrechtlich erhöhte Beweiskraft. Sie beweisen zweifellos die Taufe und ihr Datum, die kirchliche Trauung und ihr Datum, das Datum des Begräbnisses. Nach

weit verbreiteter Ansicht und dem gewöhnlichen Gerichtsgebrauch beweisen sie auch die etwa darin enthaltenen Angaben über den Tag der Geburt, den Tag des Todes, das Alter, die Namen der Eltern und das Geschlecht. Indes wird eine so ausgedehnte Beweiskraft mit beachtlichen Gründen bestritten (Archiv für die zivilistische Praxis Band 15 S. 46 ff.). Dieselbe Beweiskraft wie die Kirchenbücher selbst genießen ordnungsmäßig hergestellte Auszüge. Zu deren Erteilung sind zuständig die Standesbeamten und, soweit sie die Kirchenbücher noch verwahren, die Geistlichen, nicht etwa die Archivbeamten. Zur ordnungsmäßigen Herstellung eines Auszugs durch die Geistlichen ist wohl auch nach Rheinischem Recht die Beidrückung des Kirchensiegels erforderlich (Reichsgerichtsentscheidung im Archiv für kath. Kirchenrecht Band 58 S. 86, canones 470, § 4, 384 § 2 des codex iuris canonici).

Nachdem vorübergehend auf dem linken Rheinufer jeder Geistliche mit Strafe bedroht worden war, der zur Vornahme der Taufe, der Trauung oder des Begräbnisses schritt, bevor ihm die Eintragung der Geburt, der Eheschließung oder des Todes ins Standesregister nachgewiesen war — Verordnung vom 28. fructidor IX (15. Sept. 1801) — bestimmten die Organischen Artikel Napoleons vom 18. germinal X. (8. April 1802), daß die Geistlichen nicht kopulieren dürften, bevor ihnen die Eingehung der bürgerlichen Ehe nachgewiesen sei. Eine derartige Bestimmung besteht bekanntlich bis auf den heutigen Tag und in ganz Deutschland. Die Organischen Artikel sagen weiter, daß die von den Geistlichen über die Verwaltung der Sakramente zu führenden Register die Zivilstandsregister nicht ersetzen könnten.

Die seit Ausbruch der französischen Revolution über die Beurkundung des Personenstandes getroffenen Anordnungen sind im wesentlichen in den code civil von 1804 übergegangen. Insbesondere ist nach diesem Gesetzbuch in die Zivilstandsregister keine Angabe über die Religion aufzunehmen.

Der code civil galt seit dem 1. Januar 1810 auch im ehemaligen Großherzogtum Berg, also im jetzigen Landgerichtsbezirk Elberfeld und in den rechtsrheinischen Teilen der Landgerichtsbezirke Düsseldorf, Köln und Bonn. Jedoch sollten hier die Kirchenbücher an die Landgerichte und nur etwaige Duplikate an die Rathäuser abgeliefert werden. Auch hier sind jedoch die Kirchenbücher teilweise bei den Pfarrämtern geblieben. Außerdem sind sie in mehreren Fällen leihweise unter dem Vorbehalt

des jederzeitigen Widerrufs von den Gerichten an Archive oder Pfarrämter überlassen worden. Solche widerruflichen Aufbewahrungsstellen können aber keine Auszüge aus jenen Kirchenbüchern mit der Eigenschaft öffentlich rechtlicher Urkunden anfertigen.

In Berg galt nun auf Grund Generalgouvernementsverordnung vom 6. September 1814 die Vorschrift, daß zur Gültigkeit der Ehe zunächst kirchlicher Abschluß und im Anschluß daran bürgerlicher Abschluß nötig sei. Diese Bestimmung hat bis zum 30. April 1848 bestanden, von wann an wieder die Vorschriften des französischen Rechts galten. Für die erwähnte Zeit gehört also zum Nachweis der Gültigkeit der Ehe die Vorlage der kirchlichen und dazu der standesamtlichen Urkunde.

Für alle Gebietsteile, die unter französischer oder westfälischer Herrschaft gestanden hatten, bestimmte die Verordnung vom 27. Februar 1816 — *Gesetzsammlung* S. 112 — daß alle bisher durch priesterliche Einsegnung vollzogenen Ehen gültig sein und die daraus hervorgegangenen Kinder als ehelich angesehen werden sollten; ausgenommen sollten nur diejenigen Ehen sein, die sowohl nach französischem Gesetz wie auch nach Preußischem Allgemeinen Landrecht verboten waren. Die Verordnung fährt dann fort: »Allen Eheleuten, welche an der Wohltat der gegenwärtigen Verordnung teilnehmen wollen, liegt die Verpflichtung ob, sich über ihre durch priesterliche Einsegnung vollzogene Ehe glaubwürdige Attest der betreffenden Pfarrer zu verschaffen und solche in die Standesregister und respektive Kirchenbücher eintragen zu lassen.« Nach einem Reskript des Justizministers an den Generalprokurator in Köln vom 19. Dezember 1825 geht es deutlich aus der Entstehungsgeschichte und dem Geist dieser Verordnung hervor, daß die darin enthaltene Verpflichtung zur nachträglichen Eintragung in die Standesregister nur eine polizeiliche Maßnahme sein, und daß von ihrer Beobachtung die Gültigkeit dieser Ehe nicht abhängen sollte (Lottner, *Gesetze und Verordnungen für die Rheinprovinz*, Band 2 Seite 626). Dem gegenüber aber führt ein Urteil des vereinigten 1. und 3. Zivilsenats des Rhein. Appellhofs vom 14. Februar 1838 aus, daß nur, wenn beide durch kirchliche Ehe Verbundenen die Eintragung in die Standesregister bewirken, eine bürgerlich gültige Ehe entstanden ist (Rhein. Archiv Band 26, Abt. 1. S. 239). Dieses Urteil, das übrigens nur Rechtskraft für die einzelne damals verhandelte Sache schuf, kann nicht zutreffend sein, da dann

ja diejenigen kirchlichen Ehen keine bürgerliche Gültigkeit mehr hätten erlangen können, bei denen der eine oder andere Teil vor der Verordnung vom 27. Februar 1816 gestorben war. Das widerspricht aber zweifellos dem Sinn der Verordnung. Diese kann auch heute noch von Bedeutung sein, z. B. für den Nachweis der Berechtigung an kölnischen Studienstiftungen aus vorfranzösischer Zeit.

Seit dem 1. Oktober 1874 sind in ganz Preußen die Zivilstandsregister eingeführt. Jedoch enthielten diese seitdem auch Angaben über die Religion. Auch sollten die bisher von den Geistlichen im übrigen Preußen geführten Kirchenbücher bei den Pfarrämtern verbleiben. Dieser Rechtszustand galt seit dem 1. Januar 1876 im ganzen Reich. Seit dem 2. Juli 1920 sind die Angaben über die Religion im Standesregister weggefallen. Wir haben also heute nur im rheinischen Rechtsgebiet den durch nichts mehr gerechtfertigten Ausnahmestand, daß die alten Kirchenbücher nicht im Besitz der Pfarrämter, sondern der bürgerlichen Gemeinden sind. Will es nicht einmal ein rheinischer Abgeordneter in die Hand nehmen, durch Herbeiführung einer Gesetzesänderung Rechtseinheit mit dem übrigen Deutschland zu schaffen?

Seitdem in den einzelnen Landesteilen die Zivilstandsgesetze eingeführt sind, sind die späteren Kirchenbücher zweifellos nicht mehr öffentliche Urkunden, soweit es sich um den Nachweis der Geburt, der Eheschließung und des Todes handelt. Streitig ist, ob die Kirchenbücher auch jetzt noch nach staatlichem Recht öffentliche Urkunden in soweit sind, als sie die Taufe, die kirchliche Trauung und das kirchliche Begräbnis beweisen sollen. *Sägmüller* (Kirchenrecht Band 1 S. 483 Anm. 5) und *Lüttger* (Evangelisches Kirchenrecht für Rheinland und Westfalen S. 365) bezeichnen unter Berufung auf Reichsgerichtsentscheidungen die von den öffentlich rechtlichen Religionsgesellschaften unter der Herrschaft der Zivilstandsgesetze geführten Kirchenbücher als öffentliche Urkunden. Indes hat das Reichsgericht in jenen Entscheidungen einen derartigen *allgemeinen* Rechtsgrundsatz nicht aufgestellt. Es hat allerdings für die Rechtsgebiete des Preußischen Allgemeinen Landrechts, des Sachsenspiegels und des Römischen Rechts die Rechtsnatur der Kirchenbücher als öffentlicher Urkunden bejaht, also mit Gründen, die auf das Rheinische Recht nicht ohne weiteres anwendbar sind. Soweit ersichtlich, ist für das rheinische Rechtsgebiet bisher keine oberstrichterliche

Entscheidung ergangen. Aber auch nach Rheinischem Recht müssen die Kirchenbücher als öffentliche Urkunden angesehen werden. Aus den eingangs erwähnten französischen Gesetzen ergibt sich, daß das Recht der Kirchengemeinschaften, die Vornahme der kirchlichen Handlungen zu beurkunden, ausdrücklich aufrechterhalten worden ist. Hinzu kommt, daß der Staat auch die nach Einführung der französischen Zivilstandsgesetze geführten rheinischen Kirchenbücher zur Ausübung von Hoheitsrechten benötigte. Damit verhält es sich folgendermaßen: Ein Dekret Napoleons vom 17. März 1808 unterwarf die Juden Beschränkungen bei Pfand-, Darlehns- und sonstigen Geschäften, namentlich mit Wechseln. Nach preußischem Recht waren die Juden u. a. vom Richteramt ausgeschlossen. Am Rhein haben die handelsrechtlichen Beschränkungen bis zum Gesetz vom 23. Juli 1847, der Ausschluß vom Richteramt hat sogar bis zum Bundesgesetz vom 3. Juli 1869 fortgedauert. Die Nichtzugehörigkeit zu den Juden, namentlich bei Übertritt zum Christentum, konnte aber nur durch die Kirchenbücher bewiesen werden, da die damaligen rheinischen Standesregister keine Angabe über die Religion enthielten, die im übrigen Preußen für die Juden vorgeschriebenen besonderen gerichtlichen Standesregister im rheinischen Rechtsgebiet nicht geführt wurden, und es gerichtliche Kirchengaustritts-erklärungen im rheinischen Rechtsgebiet vor dem Gesetz vom 14. Mai 1873 nicht gab. Auch heute, zumal da die Religionsangabe im Standesregister wieder weggefallen ist, sind für staatliche Behörden die Kirchenbücher oft unentbehrlich, z. B. in soweit es sich um den Nachweis von Rechten des einzelnen an öffentlich rechtlichen konfessionellen Lehranstalten handelt.

Voraussetzung für den öffentlich rechtlichen Charakter der Kirchenbücher ist jedoch, daß sie von einer Religionsgesellschaft geführt sind, die vom Staat ausdrücklich öffentlich aufgenommen ist, da nur deren Behörden zu den »öffentlichen Behörden« gehören, also nur von Geistlichen der katholischen, altkatholischen, evangelisch-lutherischen und reformierten Kirche (Reichsgerichtsentscheidung Band 106, S. 148). Voraussetzung für den öffentlich rechtlichen Charakter ist ferner, daß sie gerade von den zuständigen Geistlichen geführt, und daß gerade von ihnen die Auszüge erteilt sind. Wenn also, um vorsprechenden Gesuchstellern die gewünschten Urkunden sofort mitgeben zu können, in Abwesenheit des Geistlichen weibliche Angehörige die Auszüge erteilen, so sind das keine öffentlichen Urkunden, selbst wenn:

die Schreiberinnen dabei mit dem Kirchensiegel hantieren statt mit dem ihnen allein zustehenden Kochlöffel.

Zur Einführung der Zivilstandsgesetze haben in der französischen Revolution zweifellos kirchenfeindliche Bestrebungen mitgewirkt. Solche Bestrebungen kann man aber nicht Napoleon vorwerfen, der den vorgefundenen Zustand beibehielt und kodifizierte. Daß im Gegenteil Napoleon für die kirchlichen Gesetze und Belange volles Verständnis hatte, geht aus 2 Erlassen vom 14. Januar 1806 und 30. Januar 1807 hervor, die der französische Kultusminister auf Anordnung Napoleons herausgab. In diesen wird ausgeführt, daß, wenn auch die bürgerlichen Gesetze die Ehe eines katholischen Priesters nicht besonders erwähnten, doch der Kaiser entschieden habe, daß die Ehe der Priester, die sich seit dem Konkordat in Gemeinschaft mit ihrem Bischof befänden, nicht geduldet werden könnte, da eine solche Ehe von der öffentlichen Meinung mißbilligt werde, und sie ein Vergehen gegen die Religion und die Moral enthalte. Mit diesen Willensäußerungen Napoleons mußte sich der französische Cassationshof noch am 25. Januar 1888 befassen, als er die Frage zu entscheiden hatte, ob ein katholischer Geistlicher nach französischem Recht heiraten könne. Das Gericht hat die Frage bejaht, aber mit dem Hinzufügen, daß der Geistliche dann Amt und Einkommen verliere, das mit den geistlichen Funktionen verbunden sei, deren Ausübung ihm infolge der Heirat untersagt sei (*Sirey*, recueil des lois et des arrêts, 1888 Abt. 1 S. 193). Auch ein deutsches Gericht mußte so die Frage nach deutschem Recht entscheiden, allerdings mit der Maßgabe, daß der Geistliche durch die Heirat seine etwaigen Rechte als unmittelbarer oder mittelbarer Staatsbeamter nicht verliert. Der katholische Geistliche ist also auch nach staatlichem Recht im Falle der Heirat nicht mehr als zuständig für die Führung der Kirchenbücher anzusehen (Art. 137 Abs. 3 der Reichsverfassung, Reichsgerichtsentscheidung in Band 107 S. 290, canon 188 ⁵), und die etwa trotzdem geführten Kirchenbücher sind keine öffentlichen Urkunden nach staatlichem Recht.

4. Ein praktisches Fastenindult der Konzilskongregation für die Diözese Seckau.

Von Professor Dr. *Johann Haring* in Graz.

Im Archiv 108, 1928, 97f. wies ich auf die Schwierigkeiten hin, die Fastenvorschriften auf Reisen zu beobachten, da die allgemeine Fastenordnung des Kodex durch Fastenindulte für einzelne Kirchenprovinzen bereits durchbrochen ist. Weil diese Indulte lediglich einen lokalen Charakter haben, also nur für die Kirchenprovinz, bzw. Diözese gelten, wäre man auf größeren Reisen, da die Fastenordnung des betreffenden Ortes regelmäßig unbekannt ist, an die allgemeine Fastenordnung, also an strengere Vorschriften gebunden. Zur Beseitigung dieses unhaltbaren Zustandes hat der Fürstbischof von Seckau-Graz ein Indult erlangt, dem zufolge seine Diözesanen auch außerhalb der Diözese nach der heimatlichen Fastenordnung sich richten dürfen. Im nachfolgenden der Wortlaut des Ansuchens und des Indultes.

N. 1265.

Beatissime Pater!

Ordinarius Seccoviensis S. V., quae sequuntur humiliter exponit: In can. 1250—1254 C. j. c. leges ecclesiasticae de abstinentia et jejunio de novo redigebantur. Sed propter circumstantias extraordinarias mox pro singulis dioecibus nova indulta data sunt, quod factum est etiam in provincia ecclesiastica Salisburgensi et Viennensi. Secundum Can. 14 C. j. c. peregrini extra territorium indultis localibus uti non possunt atque, cum indulta territorii, in quo versantur, regulariter nesciant, immo propter modum peregrinationis hodiernum uti in ferrovia vel nave aërea scribere non possint, valde desideratur, ne in itinere severioribus communibus legibus obligentur, ut peregrini etiam extra territorium secluso scandalo indultis de jejunio et abstinentia dioecesis propriae uti possint.

Cum secundum can. 1245C. j. c. Ordinarii in casibus singularibus tantum subditos etiam extra territorium a lege communi de observantia abstinentiae et jejunii dispensare valeant, Ordinarius orator enixe rogat, quia exigentia communis pro omnibus pere-

grinis adest, ut suis subditis secluso scandalo liceat etiam extra territorium indultis dioecesis de observantia abstinentiae et jejunii uti.

Sacra Congregatio Concilii, attentis expositis benigne tribuit Ordinario oratori facultates juxta preces ad quinquennium, facta mentione de hac particulari indulgentia S. Sedis subque lege gratiam fidelibus concedendi quolibet anno.

Datum Romae, die 9. Feb. 1929.

Donatus Card. Sbarretti
Praefectus.

Julius ep. tit. Lampascen.
Secretarius.

5. Der Kommentar des Vincentius Hispanus zu den Kanones des vierten Laterankonzils (1215).

Von Prof. Dr. Franz Gillmann in Würzburg.

Zu wiederholten Malen wurde von mir behauptet¹⁾, Vincentius Hispanus habe einen Kommentar zu den Kanones des vierten Laterankonzils geschrieben und dieser Kommentar sei in Cod. Can. 20 [P. II. 7] der staatlichen Bibliothek zu Bamberg enthalten. Nunmehr soll der Beweis für die Richtigkeit meiner Behauptung folgen und hieran eine Würdigung des fraglichen Schriftwerkes sich anreihen.

In Cod. Bamberg. Can. 20 (= B) steht f. 63' c. 1 — f. 70' c. 2 von einer Hand des 13. Jahrhunderts der Wortlaut der 70 Kanones des 4. Laterankonzils nebst den Bestimmungen für einen neuen Kreuzzug (»Ad liberandam«). Ebenda ist am Rand ein *Apparat* hierzu gleichfalls von einer Hand des 13. Jahrhunderts beigelegt, dessen erste Glosse, zu c. 1 Firmiter (= c. 1 Comp. IV I. 1 = c. 1 XI. 1) ad v. *Firmiter*: »§ Bene dicit *firmiter*, quia ad hoc genus mendacii nulla quis ratione inducendus est, XXII. Q. II. Primum« (c. 8) und dessen letzte, zu »Ad liberandam« ad v. *inpartitur*: »§ Ita in indulgentia pro obligatione ecclesie et pro prestatione servicii, quod iniungitur, fit remissio, ut *notavi* S.(upra) de reliquis et indulg Ex eo l'.(ibro) e.(odem) [= c. 62 con. Later. IV) *vī.*« heißt²⁾.

Aber nicht bloß diese letzte, sondern auch eine große Menge der vorausgehenden Glossen ist am Schluß mit einer *Vincentiussigle* versehen. So lautet gleich zu c. 1 Firmiter ad v. *omnipotens* die Glosse: »§ Quia non potest peccare. Posse enim peccare non est posse, de pen. d. III. § ult. *vī.*«³⁾ Weiterhin ist eod. ad v. *utramque* — tatsächlich ad v. *boni*⁴⁾ bemerkt: § »(Contra)

1) Vgl. *Archiv für kath. K.-R.* 1924 S. 34³ (S. 35), 1928 S. 613¹.

2) Die beiden Glossen sind teilweise abgedruckt bei *Leitschuh-Fischer*, Katalog der Handschriften der Königl. Bibliothek zu Bamberg I, 1 S. 890.

3) B f. 63' c. 1. — Cf. *gloss. ord.* c. 1 XI. 1 ad v. *omnipotens*.

4) Die in B infolge eines Abschreiberversehens fehlende Glosse ad v. *utramque* hat im *Apparat des Vincentius zur Gregoriana* den Wortlaut:

de pen. d. II. (Principium [c.45], XVI. Q. II.) Visis (c. 1), ubi dicitur, quod karitatem habere non potuit in celis et foramina non fuerunt repleta karitate. Ideo est contra de pen. d. II. Principium. Solutio: Dic, quod contraria intelligenda sunt de perseveranti karitate, et hoc secundum *illos, qui dicunt* quod habuerunt virtutes gratuitas. Credo tamen, quod creati sunt in statu innocencie et ex libero arbitrio facti sunt mali. Illis autem, qui remanserunt, fundata est gratia cooperans, que facit de bono meliorem. *vinc.* «¹»); eod. ad v. ex anima rationali et humana carne *conpositus*: »§ Et ita unio anime ad carnem fecit eum hominem, quod satis innuitur hic et in sequentibus, et secundum hoc tres notantur uniones in incarnatione, una divinitatis ad animam, alia divinitatis ad carnem, alia anime ad carnem, et hec ultima fecit eum hominem. *Alii dicunt*, quod tantum due fuerunt uniones, una anime ad carnem, alia divinitatis ad animam et carnem. *vinc.* «²»); eod. ad v. una in *duabus personis* natura (!): »§ Et ita non est persona, secundum quod homo. Est ergo hec (propositio) falsa: Persona assumpsit personam, et similiter hec falsa: Natura assumpsit personam, quia, ut predixi, non est persona, secundum quod homo, quia sic essent persone III^{or}. Et non valet hoc ar.(gumentum): Christus est rationalis creatura, secundum quod homo, ergo est persona, secundum quod homo, quia quam cito anima fuit infusa corpori, unitus fuit ille homo filio dei statim in ipsa infusione, sicut *anima creando infunditur et infundendo creatur*. Hec autem est vera: Persona

»No.(ta) hic, quod tria ceperunt similiter [lies: simul]: tempus et angeli et machina mundana. *vin.*« (Cod. Barber. lat. 1626 [ol. 402] (= A) f. 4). Näheres über diese vatikanische Hs s. unten S. 242³. — Ad v. *omnipotens* heißt die Glosse in A: »Ergo deus potest currere. Non sequitur, immo debes dicere: Ergo potest facere cursum, quia huiusmodi, s.(cil.) currere, sedere non cadunt in deum. Dicitur enim omnipotens et tamen non potest peccare. Posse enim peccare non est potestas, de pe. di. II. Principium [mit anderer Tinte ist beigefügt: § Caritas] et di. III. § ult. [et — ult. ist ausgestrichen]. *vin.*« (l. c.).

1) B l. c. — In A heißt die Glosse ad v. *boni*: »Contra: Caritatem non potuit habere diabolus in cēlis, XVI. q. II. Visis, et foramina . . . caritate, de pe. di. II. Principium. Sed dic, quod contraria intelligenda s. d. c. p. secundum eos, qui . . . gratuitas. Ego scilicet [von anderer Hand auf radierter Stelle] credo, quod . . . mali. *vin.*« (l. c.).

2) B l. c. — In A lautet die Glosse: »Et ita . . . facit eum . . . sequentibus. Secundum . . . uniones: una . . . carnem. Hec ultima . . . sunt uniones . . . et carnem. *vin.*« (l. c. f. 4').

assumpsit naturam. *vinc.* «¹⁾); eod. ad v. *sub speciebus* panis et vini: »§ Et ita albedo, rotunditas sunt ibi sine subiecto et similia accidentia et hoc miraculose vel sunt in aere. *vinc.* «²⁾)

Zu c. 2 Danpnamus (= c. 2 Comp. IV I. 1 = c. 2 X I. 1) ad v. propria manu scripsit lesen wir: »§ Nota scripturam factam propria manu preiudicare facienti, ff. depositi Publia § ult. (D. 16, 3, 26 § 2), ff. de pig. l. pñl. (D. 20, 1, 34) § (I.), C. de non nu. p. Generaliter (C. 4, 30, 13). *vinc.* «³⁾)

Zu c. 3 Excommunicamus (= c. 2 Comp. IV V. 5 = c. 13 X V. 7) ad v. *relinquantur* heißt es: »§ Sic dicuntur tradi curie ab ecclesia, quando deponuntur et dimittuntur, XI. Q. III. Audi (c. 21), et hoc quando ultimi supplicii pena infligenda est. Alias etiam possent tradi curie directe ei servituri, III. Q. III. Clericus (c. 8). *vl.* «⁴⁾); eod. ad v. applicentur ecclesiis, a quibus *stipendia* perciperunt: »§ Quid si a diversis ecclesiis percipiebant stipendia? Applicentur eis, in quibus residebant et erant mansionarii sive intitulati, d. LXX.^a Sanctorum (c. 2), vel dividantur per ecclesias secundum iura eis competencia, XVIII. Q. ult. In nullo (c. 22), S. de prebendis Relatum l'. I. (= c. 7 Comp. I III. 5). *vl.* «⁵⁾); eod. ad v. et *conprovinciales*: »§ Videtur hic arg., quod rex vel princeps non possit excommunicari a concilio conprovinciali, s. (cil.) a metropolitano et episcopis, et super illo loco: Tibi soli pec. (Ps 50, 6) dicit ier. (onimus): Rex erat et nullum nisi deum timebat, de pen. d. III. § David quoque (dict. Gr. p. c. 23), c. Totam (24). Credo, quod potest excommunicari ab episcopo, ubi habet sedem regalem, C. de sena. (C. 3, 24) l'. II. Hic ergo commune delictum erat omnibus. *vl.* «⁶⁾); eod. ad v. eorum privilegia in *illa dyocesi* non servantur: »§ Et

1) B l. c. — In A steht ad v. *in duabus naturis*: »Et ita . . quod homo. Et no.(ta) hic quinque propositiones et sunt due false et tres verę. Prima: Assumpsit personam, et hæc falsa, quia non est persona, secundum quod homo, licet sit rationabilis creatura, quia quam cito anima fuerit l. c., statim in illa infusione unitus fuit ille homo filio dei, sicut anima . . naturam. Item hæc est falsa: Natura assumpsit personam. Sequuntur duę vere: Persona assumpsit naturam. Item: Natura assumpsit naturam. *vin.* « (l. c.).

2) B l. c. — In A lautet die Glosse: »Et ita albedo iocunditatis (!) et alia accidentia sunt sine subiecto et hoc miraculose vel sunt in aere et no.(ta) infra de corpore vitiati. Thomas (c. 7 X I. 20). *vin.* « (l. c. f. 4^a, f. 5).

3) B f. 64 c. 1.

4) L. c.

5) L. c. — Cf. *gloss. ord.* c. 13 X V. 7 ad v. *stipendia*.

6) L. c.

ita excommunicabuntur privilegiati in illa dyocesi ab episcopo loci et solvent decimas de laboribus suis. Omne enim privilegium reatus excludit, C. ubi sena. vel cla. (C. 3, 24) l. I., et ita perdunt privilegium, ubi delinquant, et alibi non. Non extendas hoc ad quodlibet delictum, quia si privilegiatus delinquit, non potest excommunicari ab episcopo loci et habet magis privilegium quam specialis parrochianus domini pape. De illo enim parrochiano certum est, quod fere nuncquam est rome, et ita semper excedet extra parrochiam domini pape et ideo ubique valet ei privilegium, licet delinquat, nisi ubi invenitur expressum, ut hic et S. de privil'. Tuarum l'. III. (= c. 1 Comp. III V. 16), l. (infra) de reliq. et indul. Cum ex eo (= c. 62 conc. Lat. IV) § I. et *pn̄t̄ vin̄* «. 1)

Zu c. 5 Antiqua (= c. 6 Comp. IV V. 12 = c. 23 X V. 33) ad v. *alexandrina* ist bemerkt: »§ Contra LXII. (LXV.) Mos (c. 6). Set ibi romana appellatur constantinopolitana, vel dic: Ibi parilis mos est quo ad quedam. *vin̄* «. 2)

Weiterhin lesen wir zu c. 7 Irrefragabili (= c. 1 Comp. IV I. 13 = c. 13 X I. 31) ad v. *prudenter*: »§ Non amore pecunie, l. de sententia excon. Sub interminatione l'. e. (= c. 49 conc. Lat. IV), S. de penis Licet l'. I., et in hiis, que morum correctionem requirunt, fisci ratio habenda non est, C. de secundis. nup. (C. 5, 9) l. I. Vel *prudenter*, i. e. cum fratribus, d. LXXXVI. Si qui vero (c. 23), XV. Q. VII. Episcopus nul. (c. 6). Utrum autem in civili possit causam sine canonicis audire, est arg. XI. Q. I. Episcopus cum clerico (!) (c. 46). Ibi tamen potest dici, quod nomine episcopi intelligitur *ecclesia*, S. (sil.) *episcopus cum capitulo. vin̄* «. 3); eod. ad v. *per capitulum*: »§ Idem est, si per decanum consueverunt corrigi, S. de appell. Dilecto l'. III. Quid si capituli pars maior est negligens, nuncquid minor potest corrigere? Videtur quod sic, quia stat ius universitatis in uno, ff. quod cuiusque univ. Sicut (D. 3, 4, 7). *vin̄* «. 4); eod. ad v. *consuetudinem*: »§ Prescriptam, S. de causa propri. Cum ecclesia l'. III. Set nuncquid si actenus in ecclesia ista capitulum correxit per aliquot annos, nondum tamen consummata est consuetudo, tempora sequencia post concilium continuabuntur cum illis precedentibus vel intelligitur consuetudo interrupta per *hanc novellam*? Credo, quod non, nisi episcopus excitetur a somno et contradicat capitulo, ne sic corrigat. Nota hic, quod *consuetudo dat iurisdictionem ordinariam* ut hic, S. de ar. Dilecti

1) B f. 64 c. 2. — 2) B f. 64' c. 1. — 3) B f. 64' c. 2. — 4) L. c. — Cf. gloss. ord. c. 13 X I. 31 ad v. *per capitulum*.

P. III., C. de emancipationibus (C. 8. 48) l. ult. Alias non consequitur eam aliquis nisi vel per principem, II. Q. VI. § Quod de arbitris (d. Gr. p. c. 33), vel a lege, ubi s.(cil.) creatur ab universitate, d. LXIII. Si in plebibus (c. 20), I. aut. de defen. civi. (Nov. 15) § II., S. de officio prelati Cum ab ecclesiarum l'.I. *vin.* «¹⁾); eod. ad v. *corrigan*tur: »§ Et si voluerit is, qui corrigitur, appellare, appellabit ad episcopum et ita episcopus est quasi archiepiscopus, quia non intromittit se nisi per negligentiam vel appellationem. Set plus habet episcopus, quia si citra hos casus pronunciaverit, tenebit sententia et necesse est appellari, quod non est in archiepiscopo. Set pone, quod capitulum non corrigit, queritur, quando episcopus correxerit, an hoc debeat facere cum fratribus. Arg. quod sic LXXXVI. Si quid (c. 23), XV. Q. VII. Episcopus (c. 6) et secundum hoc c.(capitulum) duplex ius habet, s.(cil.) ut solum corrigit et cum episcopo. Satis crederem in hoc casu. quod episcopus non haberet necesse vocare omnes fratres. Set queritur, si episcopus est canonicus, an debeat interesse cum decano et capitulo in hac correctione. Et credo, quod potest ut canonicus et ut de capitulo, non ut capitulum, sicut elegit filius patrem ut decurio, ff. quod cuiusque univ. Item eorum (D. 3, 4, 6). Set quero, qualiter appellabitur. Dico, quod ad episcopum, licet sedeat in capitulo, ff. quando appellandum sit l.I. § Solent (D. 49, 4, 1 § 3). Si tamen in sententia concordassent episcopus cum aliis, appellare debet ad archiepiscopum et secundum hoc est causa, ubi appellatur ad archiepiscopum onmisso medio nec inimicitarum episcopus est suspectus, arg. II. Q. VI. Metropolitanum (c. 45). *vin.* «²⁾); eod. ad v. *absque manifesta*: »§ Ergo si subest causa, pro qua canonici suspendunt organa sua (cf. Ps 136, 2), episcopus ibi (non) debet celebrare, quod concedo, ne vilescat pena inflictā pro crimine, arg. I.(infra) de privileg. (Ut privilegia [= c. 57 con. Lat. IV]). *vin.* «³⁾); eod. ad v. *episcopus celebret*. »Quero, cum quibus. Dico, quod cum capellanis et domesticis suis, II. Q. VII. Cum pastoris (c. 58). Set nuncquid canonici debent celebrare cum eo? Non, (nisi omnes) vel maior pars concordaverunt in reasumptione organi, et ita vitatur episcopus non excommunicatus ante sententiam. Contra VIII. Q. III. Nonne (c. un.). Set queritur, an canonicus, qui non consensit in cessatione capitulo, possit ibi cum ipso (scil. episcopo) celebrare. Quod concederem, non autem per se, quia quod maior pars facit, omnes facere intelliguntur, ff. de

1) L. c. — 2) L. c. — 3) L. c.

re iudicata Duo (D. 42, 1, 28). *vinc.* «¹⁾); eod. ad v. *delegatus*: »§ Hoc ideo, quia archiepiscopus non est iudex inter episcopum et eius subditum, ubi subditus convenitur arg. XI. Q. I. Pervenit (c. 39) et S. de officio pre. Pastoralis (l'.III.) [c. 5 Comp. III I. 20]. Et hoc in solo archiepiscopo, quia cum conprovincialibus potest iudicare de causa, quam habet episcopus contra subditum, VI. Q. II. c. I. *vinc.* «²⁾)

Zu c. 8 Qualiter et quando (= c. 4 Comp. IV V. 1 = c. 24 X V. 1) ad v. *a malivolis* wird bemerkt: »§ Id est ab hominibus malo zelo motis, S. de symo. Licet l'.III. et S. de consan. Ex litteris. l'.I. Si ergo aliquis impetravit inquisitionem contra me, ego excipiam, inquisitio non valet. Quia iste conspirator et criminosus est, non debuit ei inquisitio dari. Credo, quod si probo, quod ille conspirator est, non admittitur ad prosequendam inquisitionem, et inquisitores procedent ex officio suo. Arg. validum S. de accusationibus Cum non oporteat l'.III. *vinc.* «³⁾); eod. ad v. *debet in scripto*: »§ Set an necessaria sit ammonitio, *diverse leguntur opiniones*, II. Q. V(II). Accusatio (c. 15). *vi.* «⁴⁾); eod. ad v. *ammoveri*: »§ Quando quis ammoveatur propter infamiam, infamis est, si propter simplicitatem, non, ff. de suspec. tu. (D. 26, 10) l. III. § Qui pecuniam (§ 16), nisi sit patronus, inst'. de suspec. tu. (l. 1, 26) in principio. Et si non exprimatur, an propter fraudem an simplicitatem anmoveatur, famosus non est, ff. e.(od.) t.(itulo) l. Hee (l. 4). Propter hoc dico, quia per inquisitionem anmovendus est quis, et dico, quod inquisitio ab extraneo et cuius non interest, non debet impetrari. *vinc.* «⁵⁾)

Zu c. 9 Quoniam in plerisque (= c. 2 Comp. IV I. 13 = c. 14 X I. 31) ad v. *diversos pontifices* finden wir: »§ Contra VIII. (VII) Q. I. Non autem (c. 12). Set illud speciale fuit. S. de parroch'. c. I. l'.I. contra. Set ibi dividitur episcopatus in duos et non remanet unus, quia tunc esset monstrum ut hic. Arg. in eodem loco duas partes iurisdictionis [lies: pares iurisdictiones] esse non posse. Si tamen essent, tunc occupantis melior esset conditio ut in illo c. (scil. Non autem), quia pluribus procuratoribus simul datis in solidum melior est conditio occupantis, ff. de procuratoribus Pluribus (D. 3, 3, 32). *vinc.* «⁶⁾); eod. ad v. *tanquam unum corpus*: »§ Istud

1) L. c. — 2) L. c. — 3) L. c. — 4) L. c. f. 65 c. 1. — 5) L. c. — 6) L. c. — A hat hier die Glosse: »Nisi ex dispensatione, ut VII. q. I. Non autem. Contra infra de parroch. c. I. Sed ibi . . non remansit . . ut hic et in eodem loco non possunt esse due iurisdictiones pares. Si tamen essent, ut in illo c. Non autem, melior esset conditio occupantis . . . Pluribus. *vinc.* «

determinat totum. Nec enim est dubium, quin tota (!) parrochia dividi possit in duas et unus episcopatus in duos et una prebenda in duas, ut de cetero non sit una, quia illud prohibetur in turo-nensi concilio, S. de prebendis Maioribus l'. I. Possunt autem dividi, ut sint due de cetero sicut fundus, ff. communia prediorum Si quis duos (D. 8, 4, 6) § l. *vi.* «¹); eod. ad v. *obediens*: » § Sicut episcopus obedit archiepiscopo, S. de renunciatione Ad supplicationem l'. III. *vinc.* «²)

Zu c. 11 Quia nonnullis (= c. un. Comp. IV V. 3 = c. 4 X V. 5) ad v. *scolares pauperes gratis* heißt es: » § Si accipit pre-cium, peccat, non tamen symoniam committit, quia non vendit spirituale, nisi intelligas spirituale, i. e. non corporale. Innuitur hic, quod ab aliis possunt accipere, et verum est, ff. de ammi-nistratione tu. Cum plures § Curator (D. 26, 7, 12 § 3) *vinc.* «³); eod. ad v. unius prebende *proventus*: » § Quid si dispare sunt prebende? Videtur, quod ad minorem ei tenetur, arg. S. de cen-sibus Ex parte l'. III., ff. et III. d'. (!) [lies: de le. III.] lege Nūmus (!) (D. 32, 75). Quid si numerus est in ecclesia iuratus? Dico, quod si taxatus est numerus canonicorum, non obest, S. de inst. In ecclesia l'. II., quia iste non est canonicus. Si vero

(f. 235, f. 235'). Cf. *gloss. Jo. Teuton.* eod., ed. Anton. August., llerd. 1576 f. bbb col. 4.

1) L. c. — In A lautet die Glosse ad v. *diversa*: » Istud d. t. Nec enim dubium est, quin enim (!) unus episcopatus inter (!) duos et una parochia con-verti possit in duas et una p. i. d., non autem quod remaneat una. Item enim prohibetur infra de preben. Maioribus. Possunt autem dividi sic, ut dividitur fundus, ut sint de cetero duo, ff. communia predi. Si quis duos § l. *vi.* « (f. 235').

2) L. c. — In A fehlt diese Glosse. Dagegen heißt es in A ad v. *monstrum* » Idem habes infra de conces. preb. Post. elect'. *vin.* « (f. 235'). In B steht letztere Glosse nicht. Sie ist entnommen der Glosse des *Joh. Teutonikus* eod., l. c. f. bbb c. 4.

3) L. c. f. 65 c. 2. — In A hat die Glosse folgenden Wortlaut: » Quid si accepit pretium? Dic, quod peccat, tamen non committit symoniam, quia . . i. e. incorporale. Innuitur ergo hic, q. a. a. potest a . . Curator, quia qui prestat obsequium, recipit mercedem, XII. q. II. Charitatem (c. 45), et peritus potest vendere iustum consilium, XIII. q. V. Non sane (c. 15). Nec obstat, quod gratis debet docere. Fateor et tamen potest petere pecuniam sicut testis, qui gratis testificat et tamen petit sumptus, S. de vi. et ho. cleri. Cum ab omni. Et his rationibus sentio, quod magistri licite recipiunt, set illicite petunt, ff. de var. et extraor. cog. (D. 50, 13) l. I. § Est (!) quidem (12). *vinc.* « (f. 537'). Vinc. hatte hier die Glosse des *Johannes Teutonikus* zu c. un. Comp. IV V. 3 ad v. *pauperes gratis* vor sich. Cf. ed. cit. f. eee 3 c. 4, f. eee 4 c. 1.

taxatus est numerus prebendarum et iuratus est, dico, quod vacante canonia iste recipiet fructus et titulus confirmatur, nisi forte taxatus sit numerus canonicorum et prebendarum et iuratus in ascendendo et in descendendo. Tunc enim impune dabitur isti auctoritate *huius constitutionis*. Set nuncquid dabuntur ei manualia? Forte non, quia nec dantur servientibus episcopo, S. de prebendis De cetero l. I. *vinc.*¹⁾; eod. ad v. *faciat provideri*: »§ Etiam invitis clericis ecclesie, quia potestas ecclesiarum in (episcopo) est, de con. d. I. Omnes (c. 3), S. de officio [lies: excess.] prela. Sicut l. II. (= c. 4 Comp. II. V. 13). *vinc.*²⁾

Zu c. 12 In singulis regnis (= c. 2 Comp. IV III. 12 = c. 7 X III. 35) ad v. salvo *iure* diocesanorum pontificum lesen wir: »§ In procurationibus, censibus et correctionibus, ita quod per hoc non intelligantur subtrahi episcopis, quominus sibi percipiant more solito, et similiter archiepiscopi, S. de prescript. Cum ex officii l. III. Set quid si episcopus cum capitulo eximit monasterium, fitne preiudicium metropolitano? Vel qualiter cognoscetur, iudicabitne de abbate? Nuncquid per querelam, cum ante non posset, vel per appellationem? Vel nuncquid accrescit iurisdictio immediata archiepiscopo? Facti questio est. mal gre ne uūs. (!) *vi.*³⁾; eod. ad v. *prepetitionem* canonicam: »§ Que habetur ff. si quis cauſ. (D. 2, 11) l. II., V. Q. III. Si egrotans (c. 1). *vi.*⁴⁾; ad v. *ad hoc aptum*⁵⁾: »§ Ad id, quod magis habundat, sicut si ageretur de emulumento (!), eligeretur pauperius, l. auſ. de ecclesiasticis ty. § In itinere (!) (Nov. 131 c. 9), ubi datur legatum monasterio pauperiori. Ex quo noscitur, cui monasteriorum legabatur, et melius est fragilibus subvenire, C. de do. ante nup. Cum multe (C. 5, 3, 20). Videtur tamen, quod aptitudo attendenda est et distancia, ff. de v. oblig. Continuus (D. 45, 1, 137). *vinc.*⁶⁾; eod. ad v. abbates *viciniores*: »§ Antiquiores et digniores, ff. de albo scri. (D. 50, 3) l. I., LXI. d. Statuimus (c. 8). Quid si nolunt venire?

1) L. c. — A hat von belanglosen Varianten abgesehen die gleiche Glosse, jedoch ohne Sigle (f. 538).

2) L. c. — In A steht die gleiche Glosse ad v. *in alia*: »Et invitis . . . potestas est in episcopo . . . Omnes et S. de exces. prela. Sicut untre. *vin.*¹⁾ (l. c.).

3) L. c. — Cf. gloss. Jo. Teuton. c. 2 Comp. IV III. 12 ad v. *salvo iure*, ed. cit. f. ddd 4 c. 2; gloss. ord. c. 7 X III. 35 ad v. *salvo iure dioecesanorum*.

4) L. c.

5) Die Verweisungszeichen fehlen.

6) L. c.

Puniri possunt ab hoc concilio, S. de officio del. Ex litteris l'. III., ff. de of. eius cui man. est iur. Mandata (D. 1, 21, 5). Et nota hic tres iurisdictiones: Unam habet capitulum super istos abbates cys.(tercienses), aliam habent illi, qui presunt capitulo, et aliam visitatores et omnes credo habere delegatam a summo pontifice. *vi. c. 1*); eod. ad v. illis *quatuor* approbantibus: »§ Et null(i)us factum vel sententia valebit et sic intelligo S. de testibus c. l. l'. III. Si autem discordaverint, recurretur ad maiorem partem, ff. de re iud'. [lies: de arbi.]. Si in tres (D. 4, 8, 17 § 7). Quid si sint pares in contradictione? Dico, quod recurretur ad papam, quia sunt delegati, ff. de re iu. Si duo iudices (D. 42, 1, 28), et ita innuitur in illa littera, quod per predictas personas nequeat expediri. Secus si essent ordinarii. Teneret enim sententia pro reo lata, ff. de re iu. Inter partes (l) (l. 38). *vi. c. 2*)

Zu c. 16 Clerici officia (= c. 4 Comp. IV III. 1 = c. 15 X III. 1) ad v. ad aleas vel *taxillos* lautet die Glosse: »§ Eius quod luditur in alea a filio vel servo, datur repetitio domino vel patri, ff. de aleat. (D 11, 5) l. ult. § ult., et si percuciat alearum ministrator, iudicium non dabo, ait pretor, ff. e.(od.) t.(it.) l. I. Set nuncquid ad scacos ludere [= Schachspielen] est interdictum? Ita expresse, mitius tamen ibi excedit, saltem non cogitat male. *vin. c. 3*); eod. ad v. *anulos*: »§ Nota, quod in clerico ex anulo presumitur dignitas, S. de vita et ho. Statuimus l'. I., vel quod sit magister, d. XX(X)VI. § Ecce (dict. Gr. § 1 p. c. 2). In layco si est senex, presumitur autenticus. Unde testes in testamento signant anulis, inst'. de testam. (l. 2, 10) § III. Si vero est iuvenis, presumitur arrogans et filius mercatoris, d. XLVI. in prin. Si est femina et portat in foro, presumitur pistrix, S. de spon. Illud l'. I. Et si anulus detur mulieri in ecclesia, presumitur matrimonium, XXX. Q. V. Femine (c. 7), si coram parentibus, presumuntur sponsalia, XXX. Q. V. Nostrates (c. 3). Arg. ad hanc d.(istinctionem) C. de do. ante nup. Cum in te (C. 5, 3, 6). Set queritur, an abbates vel priores, qui *ex privilegio* utuntur anulis, extra monasteria possint uti anulis. Videtur, quod non, S. de usu pallii Ad honorem l'. III. Credo, quod recurrendum est ad formam privilegii, S. de privil'. Porro l'. I., et est late interpretandum, S. de do. Cum dilectus l'. III. *vi. c. 4*)

1) L. c. — 2) L. c. f. 65' c. 1. — Cf. gloss. Jo. Teuton. l. c. ad v. *ac ipsi III.*; gloss. ord. l. c. ad v. *illis quatuor*. — 3) L. c. f. 65' c. 2. — Cf. gloss. ord. c. 15 X III. l. ad v. *ad aleas*. — 4) L. c.

Zu c. 19 Relinqui nolumus (= c. 1 Comp. IV III. 17 = c. 2 X III. 44) ad v. propter *hostiles* incursus lesen wir: »§ Et tunc tenetur ecclesia de custodia, S. depositi Gravis l'.I. Ex eo enim, quod mittuntur in thesaurum ecclesia, tenetur ecclesia de custodia, sicut nauta ex eo, quod res deducuntur in navim, ff. naute ca. Parvi § Qui recipit (D. 4, 9, 1 § 8). Credo tamen prelatum et collegium requiri debere. Set non tenetur de violencia, ubi [lies: nisi] potuit denunciare, ff. loca. Item queritur § Exercitu (D. 19, 2, 13 § 7), ff. commodati Si ut § Quod vero (D. 13, 6, 5 § 4). *vinc.*«¹⁾

Zu c. 20 Statuimus (= c. 2 Comp. IV III. 16 = c. 1 X III. 44) ad v. *graviori* heißt es: »§ Arg. si per factum meum aliquid subsecutum est, mihi imputatur. Set nuncquid est hoc verum circa iudicium anime, ut iniungatur penitentia pro tot adulteriis, quot committuntur per testimonium meum, quod prestiti falsum in dissolutione matrimonii, S. de testibus Sicut l'.I., XII. Q. II. Si quis de clericis (c. 33), XV. Q. I. Inebriaverunt (c. 9)? Credo, quod reus sim omnium, non autem iniungitur mihi penitentia nisi de malo testimonio et aggra(va)bitur propter mala, que inde sequuntur, sicut si persuasi servo, ut corrumperet cyrographa, si inde traxit nequam consuetudinem, non teneor, ff. de ser. cor. Neracius § Servus (D. 11, 3, 11 § 1). *vi.*«²⁾

Zu c. 21 Omnis utriusque (= c. 2 Comp. IV V. 14 = c. 12 X V. 38) ad v. *omnia sua* solus *peccata* findet sich: »§ Quod si non recolit, nuncquid remittuntur? Videtur, quod non, quia ait apostolus: Nichil mihi conscius sum nec tamen in hoc iustificatus sum (1 Cor 4, 4). Dico, quod illa non impediunt gratiam vasis ire etc., XXIII. Q. IIII. Nabuchodonosor (c. 22), nisi forte de quibus non recolit, sint talia, quod si recoleret, nullo modo peniteret. *vinc.*«³⁾; eod. ad v. absque ulla *expressione* persone: »§ S. de officio pre. Si sacerdos l'.I., S. de celebra. mi. De homine l'.III. Set quomodo probabitur sacerdoti, quod crimen sibi dictum in confessione revelavit? So.(lutio): Quia confessus fuit hoc sacerdos coram pluribus licet extra ius, arg. S. de acc. c. I. l'.II., S. de excessibus prela. Quam sit l'.III. Vel hoc potest probari, ubi confessus sum peccatum occultum episcopo meo et impetravi coram aliquibus dispensationem in secreto, ut inde postea accusari non possem, S. de fil. pre. c. pult. l'.I., si episcopus revelavit, possum ei probare per eos, qui presentes fuerunt, ut I. de act. iud. Quoniam (c. 38 conc. Lat. IV). *vinc.*«⁴⁾ Zwei weitere mit einer Vincentius-

1) L. c. f. 66 c. 1. — 2) L. c. — 3) L. c. — 4) L. c. f. 66 c. 2.

sigle versehene Glossen zu c. 21 s. im *Archiv* 1928 S. 613 [S.-A. S. 61].

Ferner heißt es zu c. 23 Ne pro defectu (= c. 8 Comp. IV I. 3 = c. 41 X I. 6) ad v. *ipsius ecclesie*: »§ Et semper de ecclesia debent sumere, d. LXI. Nullus (c. 13), et si maior pars vult aliunde eligere, minor prevalet, etiam si sint duo, quia tunc unus potest eligere alium. Set secus dicerem, si omnes consenciant preter unum in extraneum. Tunc enim non est, quem eligat. Se enim non potest eligere et alium iam non potest, quia quilibet consentit in extraneum et omnes preiudicant sibi. Et hec est opinio domini pape et ita intelligitur S. de el'. Cum dilectus I'.III. Ibi enim solus subdiaconus contradixit. Utrum autem superior ex necessitate de eadem ecclesia eligere debeat, dubitari potest. Et vult littera ista, ut prius eligat de eadem, si ibi ydoneus est. Et est ratio: Potestas enim canonicorum devoluta est ad istam (!). Set hec est potestas canonicorum, ut primo de sua ecclesia eligant, si ibi ydoneus est. Ergo hec potestas est ad istum translata. Econtra si illi canonici vellent aliunde eligere, possent, ergo et archiepiscopus, ad quem devolvitur potestas, S. de electione Causam I'.I. Multum tamen obstat hec littera. Set pone, quod elapsi sunt tres menses, nunquid possunt prevenire archiepiscopum? Arg. ff. de ser. ur. pre. Huius autem (D. 8, 2, 6) et ff. de opt. legata Mancipiorum (D. 33, 5, 6). Et *dixerunt quidam* quod ubi inferior excedit in onmittendo, prevenire potest superiorem, quamdiu res integra est. Si vero excedit in delinquendo, quia indignum eligit, secus est. Set quomodo archiepiscopus eliget de eadem ecclesia, cum omnes sint privati? Contra S. de el'. Cum dilectus I'.III. Solutio: Privati sunt potestate eligendi. Si autem privati essent, quia elegissent indignum, posset esse dubitatio, an unum ex eis posset eligere, cum sint privati beneficio ecclesiastico usque ad triennium, S. de elect. Cum in cunctis I'.I. *vinc.*« 1)

Zu c. 24 Quia propter (= c. 9 Comp. IV I. 3 = c. 42 X I. 6) ad v. qui *vice omnium* lesen wir: »§ Quid si post electores creatos, antequam eligant, veniunt absentes non vocati vel sco-

1) B f. 66' c. 1. — In A steht ad v. *ipsius* wörtlich die Glosse des *Johannes Teutonicus* (l. c. f. aaa 3 c. 4, f. aaa 4 c. 1), jedoch mit der Sigle »*vic.*« (f. 109, 110). Überhaupt ist der ganze Kommentar zu c. Ne pro defectu in A vollständig aus Joh. Teut. herübergenommen, wobei jedoch nur ad vv. *regularis* und *impedimento*, die Sigle »*Jo.*« beigelegt ist, während ad v. *cathedralis* die Sigle fehlt.

lares, nuncquid cum istis electoribus eligent? Credo, quod sic prevalebit electio electorum *vinc.*«¹⁾

Zu c. 26 Nichil est (= c. 11 Comp. IV I. 3 = c. 44 X I. 6) ad v. nichil penitus *alienent* ist bemerkt: »§ Si tamen alienaverint, consulent consulent (!) sibi sceleriter (!) restituendo ecclesias, S. de clerico [lies: elect.] Quod sicut l'. III. (= c. 13 Comp. III I. 6), S. de rebus ecclesie non alienandis Si quis l'. I. Sunt enim quedam crimina, quorum pena per satisfactionem purgatur, ut si aliquis absteineat ab incestuosis nupciis, antequam accusatur, ff. ad legem iul'. de adulteris Si adulterium § Idem imperatores (D. 48, 5, 39 [38] § 5). Pone, quod archiepiscopus non vult confirmare electum in concordia et appellat ad papam, nuncquid interim administrabit? Arg. est hic, quod sic. Set non credo. Hic enim agitur de hiis, qui subsunt immediate domino pape. *vinc.*«²⁾

Zu c. 27 Cum sit ars (= c. 4 Comp. IV I. 8 = c. 14 X I. 14) ad v. *diligenter* instruant: »§ Arg. sufficit mihi probare, quod episcopus meus ordinavit indignum, ad hoc ut deponatur, licet non probem, quod scienter. Eo enim quod ordinat subditum suum, presumitur, quod non ignoret, nisi ipse probet ignoranciam, S. de electione Innotuit l'. III. Decipi tamen potuit per examinatores, L. IIII. d. Si servus sciente (c. 20). *vi.*«³⁾; eod. ad v. *deprehendi*: »§ Et ita per unum factum probabitur aliud, d. LXXXVI. (LXXXI) Tantis (c. 3), set tamen bene quo ad presumptionem. Licet tamen deponatur iste, quia promotus est indignus, non ideo deponetur episcopus, licet presumatur contra eum, quia potest se defendere et excusare, et licet quis condempnetur quis (!) pro adulterio commisso cum aliqua, non ideo condempnabitur ipsa, ff. de adulteriis Denunciasset § Queritur (D. 48, 5, 18 [17] § 6) *vinc.*«⁴⁾

Zu c. 28 Quidam cedendi (= c. un. Comp. IV I. 5 = c. 12 X I. 9) ad v. *cum instantia* lautet die Glosse: »§ Et ideo presumitur ex causa fecisse, unde ad hoc ut aliquis debitor sit in mora, exigitur, ut non admittatur debiti repetendi instantia, ff. de usu. Mora (D. 22, 1, 32). *vincencius*«⁵⁾; eod. ad v. *que sua sunt*:

1) L. c. — 2) L. c. f. 66' c. 2. — 3) L. c. — 4) L. c. f. 66' c. 2. — Cf. gloss. Jo. Teuton. c. 4 Comp. IV I. 8 ad v. *deprehendi*, l. c. f. aaa 5 col. 4 f. aaa 6 c. 1; gloss. ord. c. 14 X I. 14 ad v. *deprehendi*. — In A hat Vinc. ad v. *deprehendi* die Glosse des Joh. Teut. wörtlich übernommen, jedoch mit dem Schluß: ». . per alios examinavit. Non eo ipso cadit ordinator vel instituens, quod institutus apparet malus, quia potest esse, quod instituens non est in culpa, ff. (de adulteriis) Denuntia. § Queritur. *vi.*« (f. 178'). — 5) L. c.

»§ Qui causa sui accedit ad negocium alienum, non potest convenire dominum negocii, nisi inquantum factus est locupletior, ff. de nego. gest. Si pupilli § ult. (D. 3, 5, 5 § 14 [6 § 12]). Et idem dicerem in clericis, qui tantum propter se ecclesiam sequuntur, VIII. Q. I. Sunt in ecclesia (c. 19). Unde si tales sunt in deterioratione sui patrimonii, ab ecclesia petere non possunt, quod alias possent, XII. Q. III. Quicumque (c. 2), S. de spon. impu. De illis l. i., ff. de negociis g. Pomponius (14 [15]). *vinc.* «¹⁾

Zu c. 29 De multa (= c. 4 Comp. IV III. 2 = c. 28 X III. 5) ad v. *aliquod beneficium* findet sich: »§ Non modicellum, XII. Q. II. Terrulas (c. 53), X. Q. III. Unio (c. 3). Intelligas beneficium intitulum, non commendatum, XXI. Q. I. Qui plures (c. 3). *vincencius* «²⁾; eod. ad v. si prius tale beneficium *optinebat*: »§ Secundum *menendum* (!) in alio episcopatu, quia in eodem episcopatu potest quis habere duas ecclesias, etiam intitulas, quia uni soli domino, i. e. uni soli episcopo subest. Hec enim est ratio canonis XXI. Q. I. Clericus (c. 1) *vinc.* «³⁾; eod. ad v. eo sit ipso iure *privatus*: »§ Nisi raritas hominum aliud inducat, d. LV. c. I., vel aliquis de casibus, qui notari solent XXI. Q. I. c. I. *vt.* «⁴⁾; eod. ad v. *contenderit*: »§ In iure. Quid enim si percipiebat ex quadam dissimulatione? Non obest, nisi contenciose velit agere in iure, ff. de in ius vo. Quamvis (D. 2, 4, 11). *vinc.* «⁵⁾; eod. ad v. *distulerit*: »§ Sine causa, aliter contra S. de con. pre. non va. Quia diversitatem (c. 2 Comp. III III. 8). *vinc.* «⁶⁾; eod. ad v. *de suis* cogatur *proventibus* «⁷⁾: »§ Patrimonialibus, si habet, alias alia pena punitur, S. (!) de sen. excon. Sub inter. l' e. (= c. 49 conc. Lat. IV). Et no(ta), quod penam pecuniariam solvere non tenetur, qui non habet nisi beneficium ecclesiasticum, XVI. Q. II. (VI). Illud (c. 7 [8]) et c. Episcopus (!) (c. 2 [3]), S. de ap. Reprehen. § I (c. 42 Comp. I II. 20), ff. de ar. fur. non (!) cesa. Si germina (D. 47, 7, 10). *vinc.* «⁸⁾; eod. ad v. per se. apo. *poterit dispensari*: »§ Et ita in hoc casu non potest aliquis alius dispensare, quia sibi papa hoc retinuit, S. de sententia excon. Nuper l' III. Tamen ex illa littera *maioribus* colligitur, quod in minoribus dignitatibus et beneficiis parvis possunt episcopi dispensare. *vinc.* «⁹⁾

1) L. c. — In A stehen zu c. 12 X I. 9 nur ad v. *cum instantia* und ad v. *compellendos* die zwei aus *Joh. Teut.* entlehnten (vgl. l. c. f. aaa 5 c. 2), beide mit »Jo.« signierten Glossen (f. 157). — 2) B. l. c. — 3) L. c. — 4) L. c. — 5) L. c. — 6) Die Verweisungszeichen fehlen. — 7) L. c. — Cf. *gloss. Jo. Teuton.* c. 4 Comp. IV III. 2 ad v. *de suis*, l. c. f ddd c. 3; *gloss. ord.* c. 28 X III. 5 ad v. *de suis proventibus*. — 8) L. c. f. 67 c. 1.

Zu c. 30 Grave nimis (= c. 3 Comp. IV III. 2 = c. 29 X III. 5) ad v. *relaxetur*¹⁾ wird bemerkt: »§ De regulari ordine videretur, quod absolventur a sequenti synodo, XVIII. Si episcopus (c. 13). *vinc.*«²⁾

Da es zu weit führen würde die sämtlichen übrigen einschlägigen Glossen im einzelnen mitzuteilen, so mag es genügen allgemein zu konstatieren, daß auch die Glossen zu den folgenden Kanones häufig mit einer Vincentiussigle versehen sind.

Daß alle bezüglichen Glossen durch eben diese Siglen dem Vincentius Hispanus zugeeignet werden, bedarf keiner Hervorhebung.

Bei mehreren dem *Vincentius zugeschriebenen Glossen* verweist deren Verfasser auf *seinen Apparat zur Compilatio III.* So lesen wir zu c. 23 Ne pro defectu ad v. *ea vice*: »§ In tota illa ordinatione, nec unquam redit ad privatos, nisi primum ecclesia ordinetur cum effectu, et illud *tunc*, quod ponitur S. de el'. Cum in cunctis (c. 16 [12] Comp. I I. 4), expono: *tunc*, id est ex illa vacatione, non autem intelligo, ut *quidam dixerunt*: Quid si prima vice eligunt indignum? Privantur et transfertur potestas ad alios, et si illa cassatur, possunt primi interesse tercię, S. de el'. Cum ecclesia vvin̄t l'. III. Set non credo, ut *ibi notavi*. *vī.*«³⁾ Zu diesem Kapitel (= c. 10 Comp. III I. 6) bemerkt Vinc. in seinem Apparat ad v. *una vice*: »§ *Quidam* adherentes isti litere dicunt, quod cum aliqui eligunt indignum, privantur potestate eligendi, et⁴⁾ si secunda electio effectum non habeat, quia cassatur, ad terciam sunt admittendi soli, si alii deliquerant in secunda, et ita non imponitur hic pena nisi prima vice. Sic et alibi, ff. de leg. III. Fideiconmissa § Si quis X. (D. 32, 11 § 18), et alibi usque ad terciam, C. de modo mulctarum Eos (C. 1, 54, 6). *Ego credo*, quod tota vacatione privantur, qui eligunt indignum, et transit potestas ad alium, nunquam autem redit ad primum, ordinetur ecclesia donec (!) cum effectu, S. e. Bone (c. 8 Comp. III I. 6) in fi(ne). Et expono illud *tunc*, quod est in lateran. concilio: *tunc*, i. e. ex illa vacatione. Unde et subicitur ibidem, ut si episcopus est negligens, per capitulum, si autem (capitulum,) per arciepiscopum ordinetur. Et quod dicitur hic una duntaxat vice privatos, verum

1) Die Verweisungszeichen fehlen. — 2) L. c. — 3) L. c. f. 66' c. 1. — In A lautet die Glosse ad v. *vice*: »Qualiter illud verbum exponatur, consuevit notari S. e. t. Cum vintoniē. *vin.*« (f. 109'), was wörtlich — mit Ausnahme der Sigle — aus *Joh. Teut.* entnommen ist (vgl. dessen Glosse eod., l. c. f. aaa 3 c. 4). — 4) Ist von späterer Hand beigelegt.

est quantum ad illum vel ad illos, ad quem vel ad quos transfertur electio. Ille enim vel illi possunt eos admittere, si volunt. ¹⁾

Zu c. 29 De multa ad v. *per se*. (dem) *apo*. (stolicam) poterit dispensari ist bemerkt: »§ Colligitur hinc, quod si episcopus plures ecclesias vult conferre alicui viro litterato, potest differre collationem ipsarum, donec postuletur dispensatio. Quid ergo faciet, ne forte superior nolit conferre? Non eligat illum, set consenciat tacite in eum per postulationem. Indignum enim postulare possumus sicut et laycum, postea in eum consentire expresse, quia et revera ante consensit in eum, set non ita pure et expresse. Ubi vero digna est persona, si per se transire non potest, consenciat in eum prius et postea postuletur, ut *notavi prius ista S. de postul'*. *Ad hec l' III*. Vel conferat huic litterato, qui alia habet beneficia, sub conditione, si placuerit pape, et substituat ei alium, si pape non placuerit, arg. LXI. d. Studii (c. 15), ff. de annuis legatis Si in singulis (D. 33, 1, 4). *vinc.* ²⁾ Hier ist Bezug genommen auf Vincentius' Glosse zu c. 1 Comp. III I. 4 ad v. *privare*, lautend: »§ Et ita quod constitutum est S. de elec. Cum in cunctis l' I., constituitur hic de postulatione et infra c. proximo. Ubi enim prohibetur electio, et postulatio, cum vitium est in causa prohibitionis, ff. de spon. Oratio (D. 23, 1, 16). Et nota, quod quandoque quis postulatur, quia est indignus, ut si postularetur filius sacerdotis, et tunc non credo postulantes privari iure suo, quia propter hoc postulant, quia est indignus et ut papa dispensando concedat, L(X)VI. di Cenoman. (c. 13), licet ibi de electione fiat mentio, et tunc consentire non debent in eum, licet consentiant, ut postulent eum, et in hoc casu postulatio precedit consensum. Ubi vero postulant aliquem, qui est indignus (!), set ideo postulant, quia est clericus alterius ecclesie, consensus precedit postulationem. Consentiunt enim in eum et tunc, si malus est, privantur ut hic. Et nota, ubi consensus precedit postulationem, non possunt variare, si in concordia postulant et offerunt postulationem superiori, i. e. Bone (c. 8). Si vero prius postulant, ut quia est indignus vel nexibus servitutis implicatus vel laicus, et sequi debet consensus, variare possunt, VIII. q. II. Dilectissimi (c. 2), I. e. c. ult. Tenentur tamen ei ad sufficiens beneficium, si eum fecerint ordinari, I. de iu. pa. Pastoralis (c. 4). *vincen.* ³⁾

1) Cod. Bamberg. Can. 20 f. 108 c. 2 sq. — 2) L. c. f. 67 c. 1. —

3) L. c. f. 102' c. 1.

Zu c. 45 In quibusdam (= c. 2 Comp. IV V. 13 = c. 12 X V. 37) ad v. *difficultates* findet sich: »§ Et tunc adhibendum est remedium per tres constitutiones S. de etate et qualita. Eam te (c. 5 Comp. I I. 8) et de iure pa. Quoniam in quibusdam l'. I., S. de iure pa. Cum propter l'. III., *prout ibi notavi. vi.* «¹⁾ Vinc. verweist hier auf seine Glosse zu c. 2 Comp. III III. 30 ad v. *infra III. menses*:

»S. e. t. Quoniam in qui. l'. I.,
S. de eta. Eam te contra l'. I.

So.(lutio): Sex menses dantur a tempore vacationis ut ibi, set quatuor a tempore litis mote ut hic«. ²⁾

Bei verschiedenen anderen, *nicht signierten* Glossen verweist der Verfasser gleichfalls auf seine Bemerkungen zur Compilatio III, welche Bemerkungen sämtlich bei näherem Zusehen als *Glossen des Vincentius Hispanus* zur Comp. III erscheinen. Zunächst kommt in Betracht, was zu c. 6 Sicut olim (= c. 5 Comp. IV V. 1 = c. 25 X V. 1) ad v. *absque ulla iurisdictione* steht: »§ Id est nec notando nec corrigendo aliquem. Si tamen prohiberetur investigare, aliquantulam iurisdictionem haberet, arg. S. de officio del. Ex litteris l'. III. Queritur, unde procurabuntur isti, de quibus inquirunt. De proprio vivent, quia omnes vocantur in partem sollicitudinis, II. Q. VI. Qui se (c. 12), XXIII. Q. I. Militare (c. 5). Si vero mittit delegatos, ipse procurabit eos, quia in hiis debet militare, in quibus militaret, si remaneret, I.(n) aut. de man. prin. § Illud quoque (Nov. 17 c. 9) et I. aut. ut ius iur (quod prestatur) ab hiis (Nov. 8) coll'. II. (tit. 3). et arg. I.(infra) e. Inter cetera (c. 10 conc. Lat. IV). Et no.(ta), quod non do expensas, nisi ubi invenio expressum, ut in visitatione et consecratione ecclesie, ut S. de symo. Cum sit l'. I., alias non, XVIII. Q. I(I). Hoc tantum (c. 1) et *notavi S. de vi. et ho. Cum ab omni l'. III.* Nota pro opinione mea, quod archiepiscopus non visitat nisi ubi negligentia est. Si queratur, quomodo sciet negligentiam, nisi visitet, dico, quod per istos visitatores et per famam vel querelam«. ³⁾ Zu diesem c. Cum ab omni (= c. 1 Comp. III III. 1) ad

1) L. c. f. 67' c. 2.

2) L. c. f. 156' c. 1. — *Tankred*, der auch diese Glosse mitteilt — von Varianten wird abgesehen — fügt am Schluß ausdrücklich »*vinc.*« hinzu und fährt dann fort: »*Allam solutionem ibidem notavi. t.*« (Cod. Fulden. D. 6 f. 225' c. 2).

3) L. c. f. 64' c. 1.

v. *vic.*(tualium) schreibt Vincentius Hispanus: »Quas delegatis censeo dandas sicut testibus, III. q. III. Venturis (c. 3 § 40). Nemo enim suis sti.(pendiis) etc., S. de symo. Cum sit ro. Munera enim, non sunptus prohibentur, I. q. I. Iudices (c. 23). Habeant ergo esculentum et poculentum, arg. ff. de of. presi. Plebiscito (D. 1, 18, 18). Exenia enim non sunt lucra, ff. de of. procon. Solent § ult. (D. 1, 16, 6 § 3), ea (!) tamen moderamine, ne gravamen enorme litigantibus infligant, X. q. III. Illud (c. 10). Immo si pauperes sunt litigantes, a sunptibus etiam debet abstinere, quia nec ordinarius habet sportulas, in aut. de man. prin. § Sint tibi (c. 3). Immo nec si divites sunt, exenia huiusmodi debent excedere ccccd. [Cod. Fuld. D. 6: C.]soldos, ff. ad l. iul'. re. Eadem (D. 48, 11, 6). Videtur etiam quod ubi de crimine puniendo agitur, quia hoc publice interest, non debent iudices aliquas expensas petere, arg. C. de monopo. l. una ultra medium. Ordinarius autem nunquam debet expensas habere. Nam ideo ei etc. XXIII. q. I. Militare. Immo debet illa expendere, cum proficiscitur, que expenderet domi consistens, in aut. de man. prin. § Illud quoque. Sit ergo contemptus his, que a fisco etc., in aut. ut iusiurañ. quod prestatur ab his coll'. II. Sunt tamen casus excepti a iure, in quibus etiam expensas petit, ut cum visitat vel consecrat ecclesiam, S. de symonia Cum sit l'. I. Dico ergo, quod qui aliquid facere debet, in expensis suis id facere debet, nisi inveniatur expressum, XVIII. q. II. Hoc tantum. Et hoc in ordinariis, ut in consecrationibus episcoporum et depositionibus clericorum. In delegatis secus, nisi ordinarius malitiose daret delegatos. Tunc enim censerem ordinarium eis debere dare expensas, arg. S. de of. dele. Pastoralis l. e.«¹⁾

Zu c. 35 Ut debitus honor (= c. 3 Comp. IV II. 12 = c. 59 X II. 28) ad v. *in expensis* wird bemerkt: »§ Nisi deprehendat litigatorem probabiliter motum fuisse non maliciose. Probabilis enim error excusat, S. (!) de sen. ex. Sacro e.(odem) (c. 47 conc. Lat. IV). Quid enim si non habuit nisi unum testem super p(ro)-batione cause et alius mortuus est? Arg. S. de procuratoribus Ex insinuatione l'. II. Arg. ad hec *que dico S. de dolo et contu. Finem l'. III., II. Q. III. § Notandum*« (dict. Gr. p. c. 8)²⁾. Gemeint sind

1) L. c. f. 141 c. 1 sq. — Tankred hat eod. die gleiche Glosse — von hier belanglosen Variationen abgesehen — ad v. *expensas*, mit der Sigle »vinc.« (Cod. Fulden. D. 6 f. 200 c. 2).

2) L. c. f. 67 c. 2. — Cf. gloss. Jo. Teuton. c. 3 Comp. IV II. 12 ad v. *in expensis*, l. c. f. ccc 5 c. 1 sq. — Über Vinc. Hlsp. als Glossator des Gratianischen De-

hier die folgenden zwei Glossen des Vinc. zu c. 1 Finem Comp. III II. 7: Er schreibt eod. ad v. *moderatas expensas*: »§ Preteriti enim temporis expensas non debet ratione huius condenpnationis, I. c. proximo. Et nota, quod *quidam* intelligunt hoc habere locum tantum in huiusmodi spiritualibus, ubi ab initio non iuratur de calumpnia: tamen alias non est presumendum de aliquo, ex quo iuravit de calumpnia, quod eam malitiose opponat, I. q. ult. Sancimus (c. 26). Credo autem, quod per hoc c. aliquid adicitur, ut ex quo fundavi intentionem et exceptionem opponis, quam non vis in continenti probare, locum habeat hec constitutio, sive iuratum sit de calumpnia sive non«¹⁾; und ad v. *in gravamen*: »§ Quasi si bona fide exceptit, non condemnabitur in expensis. Quod verum est secundum *lob.* (= io. bassian.), ff. de iudi. Eum quem (D. 5, 1, 79), S. de penis Calumpniam l'. I., ff. de inof. tes. Papin. § Meminisse (D. 5, 2, 8 § 14), ubi dicitur *improbe* etc. Semper enim presumitur bona fides, ubi prius iuratum est de calumpnia. Dic, ut dixi S. e. c., s.(cil.) quod non semper presumitur, ex quo deficit in probatione post fundatam intentionem adversarii«²⁾

Weiterhin heißt es zu c. 37 Nonnulli (= c. 5 Comp. IV I. 2 = c. 28 X I. 3) ad v. *littere ille non valeant*: »§ Adversario hoc opponente litteris, alias sibi preiudicat, ut *notavi de rescriptis irritis ipso iure vel irritandis per exceptionem rerum, S. de rescriptis Plerumque l'. III.*« (c. 13 Comp. III I. 2)³⁾. Bei Vinc. lesen wir zu diesem Kapitel »ad v. *conveniri*: § Nota: Annus claudit rescriptum. . . Queritur etiam, si impetro tercium (rescriptum), an debeam facere mentionem de secundo⁴⁾. Et credo quod sic et tamen secundum non valet ipso iure, set per replicationem . . *vincen.*«⁵⁾

Zu c. 48 Cum speciali (= c. 5 Comp. IV II. 12 = c. 61 X II. 28) ad v. *committat* wird gesagt: »§ Hoc quando litigator habet adversarium, quia si iudex est solus adversarius, non video, qualiter det iurisdictionem alii et ipse litiget coram eo, qui fungitur iurisdictione sua, nisi dicas, quod hoc ideo, quia ab illo, quem dat, non appellabitur episcopus, set superior, ff. quis et a quo ap. (D. 49, 3) l. I., et puta: hic non dat eum nisi de assensu litigatoris.

krets vgl. meine Abhandlung: Magister Albertus Glossator der Compilatio II, Mainz 1925, S. 76 Anm.; ferner: Johannes Galensis als Glossator, insbesondere der Compilatio III (Sonderabdruck aus dem *Archiv für kath. K.-R.* 1925, Heft 3/4 S. 19¹⁾); ferner *Archiv* 1926 S. 163 Anm.

1) L. c. f. 126' c. 1. — 2) L. c. — 3) L. c. f. 67' c. 1. — 4) Es folgt »et de primo«, was aber wieder durchgestrichen ist. — 5) L. c. f. 101 c. 1 sqq.

Contra hoc quod hic dicitur, videtur esse, quia ex quo recusatur, non debet committere vices suas alii. Ideo contra S. *de foro conpe. Licet l. III.* Set istud non negatur ibi, sed (!) si fuerit appellandum, dicitur ibi, quod vel ad episcopum vel ad papam appelletur, vel hoc placuit hic litigatori, vel dic, *ut ibi notavi*. Item contra, quod arbitri, qui congnoverunt de suspitione, debent cognoscere de causa. Contra C. de iudiciis Apertissimi (C. 3, 1, 16). Set illud non est necessitatis nec optinet secundum canones. Videtur tamen hic introduci illud vel equivalens. Item quod hic traditur, intelligo de ordinario, quia de tali loquitur *hec constitutio*, secus in delegato, quia eo recusato expirat rescriptum, S. de ap. Secundo l. II. Unde vel adhibetur superior, arg. de appel. Ut debitus l. e. (c. 35 conc. Lat. IV), lex tamen in delegato etiam recusato dat cognitionem arbitris, C. de iud'. Apertissimi¹⁾ Die Bemerkung des Vinc. zu c. 1 Licet Comp. III II. 2 ad v. de causa *suspitionis* agatur lautet: »§ . . De recusatione notabis: Ordinarius ante li.(tem) con.(testatam) potest recusari vaga recusatione, ut: Habeo te suspectum, III. q. V. Quia suspecti (c. 15), sicut potuit dici: Appello, II. q. VI. Ad romanam (c. 6). Pariter enim currunt appellatio et recusatio, S. de elec. Quod diligentia l. I. Post li. vero cont. non potest recusari nisi adiecta causa, s.(cil.) nova, ut quia factus est affinis adversario, ff. de procur. Aut affinitate (D. 3, 3, 22), nisi in casu, ubi appellavit altera partium nec fuit prosecuta appellationem, S. de app. Personas l. I. In iudice delegato, cui causa commissa est non re.(mota) ap.(pellatione), idem, quia ante litem con. vage potest recusari sicut et appellari, S. de app. Significaverunt, nisi fuit datus de voluntate eius, III. q. III. Offeratur (d. Gr. § 5 p. c. 4), post litem con. non nisi causa adiecta, utpote ex nova causa, S. de of. dele. Insinuante l. e. Si vero erat delegatus re. ap., habet locum, ut allegetur coram eis causa recusationis et probetur sub arbitris, S. de of. dele. Prudentia l. II. Et intelligo, quod allegetur coram eis, et si est sufficiens, ibitur ad arbitros. Similiter si constat, quod est insufficiens, non ibitur ad arbitros. Immo sicut iudex propter frustratoriam appellationem non dimitteret procedere, ita nec propter recusationem talem, cum sit ei causa commissa re. ap. *vic.*²⁾

Zu c. 52 Licet ex necessitate quadam (= c. 6 Comp. IV II. 7 = c. 47 X II. 20) ad v. *clara computatione* finden wir: »Hoc in probatione consanguinitatis, quia gradus computandi sunt ex utraque parte. Secus in inpugnatione consanguinitatis, ut si

1) L. c. f. 68 c. 2. — 2) L. c. f. 122 c. 2.

reus vult rumpere gradum, sufficit eum probare tales personas esse filias talis peregrini, S. de testibus Series I'. II. Quod autem dicitur, quod ex utraque parte numerentur persone, intelligo in directa probatione consanguinitatis. Si autem volo conprobare gradum propter adversarium meum, qui vult runpere gradum unum, possum producere tres testes et proderunt mihi, licet non sciatur nisi de illo gradu, et *de huiusmodi interruptione gradus notavi S. de restitutione spo. Litteras* » (= c. 3 Comp. III. II. 6) ¹⁾. Hier ist Bezug genommen auf das von Vinc. Hisp. zu c. Literas cit. ad v. exhibentes cartam *ab utroque latere* consanguinitatis lineam continentem Gesagte: » § Ita enim debet computari parentela, S. de consan. et aff. Ex literis I'. I. Hoc autem intelligo in eo, qui probare vult consanguinitatem directe. Secus in reo vel defensore matrimonii. Sufficit enim ei runpere gradum unum, ut ponat personas in alio gradu, S. de testibus Series I'. II. Et nota, quod differentia est, ubi dicitur contra testes et ubi rumpitur gradus, quia in personas testium mille possum dicere per duos testes, et sufficit ad reprobationem illorum. Set secus est in rptione gradus, quia si tu probas per IIII^{or}. parentelam et ego gradum per duos, non sufficiunt, quia plures sunt alii et potior est contradictio dictorum quam personarum. Est et alia differentia. In personas testium possum dicere post publicatas adtestationes, infra de testibus Presentium, sed post publicationem testium non possum runpere gradum, quia didici testificata nisi per instrumenta, I. de fi. instru. c. ult., nec contradicit S. de testibus Series I'. II. Ibi enim dico iudicem fatue et indiscrete publicasse, vel non publicavit, set ita dixit: Accusator videtur probare de tali gradu: Vultis producere testes contra eum? Set videtur contradicere infra de testibus Ex tenore. Set illud quia non potui ante aperturam scire tempus. Vel dic ut ibi, non hoc casu, ubi reus vult runpere gradum. Dico, quod actor potest producere testes ad confirmandum eundem gradum. Nec erit tunc necesse, ut computent gradus ex utraque parte.« ²⁾

Dazu kommt drittens, daß zahlreiche in unserer Hs nicht signierte Glossen im *Apparat des Vincentius Hispanus zur Dekretalensammlung Gregors IX.* ³⁾ ausdrücklich dem Vincentius

1) L. c. f. 68' c. 2. — 2) L. c. f. 125' c. 1. — 3) Der Apparat ist, wie wir bereits aus Sarti (I², 411) wissen, erhalten in Codex Barberinus lat. 1626 [ol. 402] der vatikanischen Bibliothek, geschrieben von einer Hand des 15. Jahr-

zugeschrieben werden. Dies gilt z. B. schon von der allerersten oben S. 223 mitgeteilten Glosse, welche im genannten Apparat lautet: »Bene dico *firmiter*, quia ad hoc genus mendatii nullus reducendus est, XXII. q. II. Primum. *vin.*«¹⁾ — Die unmittelbar folgende Glosse, ad v. *credimus* heißt in A: »Unde (!) dicit *credimus*, quia ea, que fidei sunt, ordine visibili naturę probari non possunt, de cons. di. II. Nos autem (c. 41), quia fides non habet meritum, cum humana ratio prebet experimentum. Et colligitur hec sententia de pen. di. IIII. In domo (c. 11) et de con. di. IIII. Venit (c. 71). *vin.*« (l. c.). Unsere Hs hat eod.: »§ Bene dicit *credimus*, quia ea, que fidei sunt, visibili ordine nature probari non possunt, de con. d. II. Revera« (c. 69)²⁾. — Eod. ad v. *immensus* lesen wir in A: »Nec ei mensuram ponere possumus nec tempora diffinere, de pe. di. I. Multiplex (c. 49). *vin.*« (l. c.). Unsere Hs bemerkt ebenda: »§ Quia nec ei mensuras ponere possumus n. t. d., de pen. di. I. Multiplex.«³⁾ — Eod. ad v. *a diaboli suggestionē* steht in A: »Non excusatur diabolus, si homo alias erat peccaturus, ff. de ser. cor. (D. 11, 3) l. I. Homo non excusatur ex persuasionē mulieris, de pe. di. I. Serpens (c. 47). Sic servus, qui instinctu alterius fugit, nichilominus fugitivus est, ff. de edil. edic. Bovem § Qui persuasu (D. 21, 1, 43 § 2). Explorare enim debet, an expediebat ei tale consilium, ff. man. l. II. Not.(a): Cum aliquis mandat mihi, ut faciam furtum alicuius rei, si res non est presens, qui mandat, non tenetur, quia consilium est, sed qui cepit rem, tenetur, ff. de fur. l. Falsus (D. 47, 2, 43). Si vero res est presens, uterque tenetur, ff. rer. amot. in ult. (D. 25, 2, 30), ff. de fur. Falsus § II. Si vero ille qui cepit rem, voluit contractare, quia credidit rem esse mandantis, neuter tenetur, ff.

hundreds mit Weglassung des Dekretalentextes. Der Kommentar zum 3. Buch fehlt. — Da mir eine Reise nach Rom zur Zeit nicht gut möglich war, hatte der Bibliothekar an der vatikanischen Bibliothek Dr. *Gino Borghezio* die Güte mir eine beträchtliche Zahl von photographischen Aufnahmen aus der genannten Hs zukommen zu lassen, wofür ich ihm auch an dieser Stelle meinen verbindlichsten Dank ausspreche.

Nach *Schulte*, Quellengeschichte I, 193 fände sich der Apparat ebenso in Cod. 966 der Leipziger Universitätsbibliothek. Dies trifft jedoch nicht zu. Ein auch nur flüchtiger Einblick in die Hs genügt um zu erkennen, daß wir es tatsächlich f. 4—f. 254 dieses Cod. — ein anderer Teil kann nicht in Betracht kommen — mit der *Glossa ordinaria des Bernhard von Botone* neben dem Text der Gregoriana zu tun haben. Genauere Angaben zu machen ist hier nicht der Ort.

1) A f. 4. — 2) B f. 63' c. 1. — 3) B l. c.

de fur. Vulgaris (l. 21). *vin.*« (l. c. f. 4, f. 4')¹⁾. Unsere Hs hat ebenda ad v. *a diaboli*: »§ De pen. d. I. Serpens« und ad v. *suggestione*: »§ Non ideo excusatur, sicut servus, qui suasionem alicuius fugit, nichilominus est fugitivus, ff. de ed'. edicto Bovem § Qui suasu²⁾«. — Eod. ad v. *individua* liest A: »Inseparabilitas idemtitatem iuris inducit, infra de ap. Una, infra de sepul. Sacris, ff. de neg. g. Eum actum (D. 3, 5. 16 [17]). *vin.*« (l. c. f. 4'). Unsere Hs bemerkt ebenda: »§ Inseparabilitas i. i. inducit, S. de sepult. c. ultimo l'. III.«³⁾ — Eod. ad v. *vini* finden wir in A: »Cum aqua, infra de cele. miss. *vin.*« (l. c. f. 5). Unsere Hs hat ebenda: »§ S. de cele. mis. Cum marthe l'. III.«⁴⁾ — Eod. ad v. *semper potest* lesen wir in A: »De pe. di. I. Multiplex *vin.*« (l. c.). Unsere Hs bietet ad v. *potest reparari* die gleiche Glosse, aber ohne Sigle⁵⁾.

Zu c. 9 Quoniam in plerisque hat A ad v. *provideant*: »Suis expensis, ut infra c. prox., XXIII. q. I. Militare (c. 5). *vi.*« (l. c. f. 235). Unsere Hs hat eod. ad v. *provideant viros ydoneos*: »§ In expensis episcopi, infra c. (apitulo) I. (= c. Inter cetera), XXIII. Q. I. Militare«. ⁶⁾

Zu c. 10 Inter cetera (= c. 3 Comp. IV I. 13 = c. 15 X. I. 31) ad v. *(in)valitudines* steht in A: »He excusant, ff. de re iud. A contumacia (D. 42, 1, 53), V. q. III. Si egrotans (c. 1). *vi.*« (l. c. f. 235'). In unserer Hs lesen wir eod.: »Egritudo a contumacia excusatur, ff. de re iud. Contumacia, V. Q. III. Si egrotans.«⁷⁾ — Eod. ad v. *amplas* findet sich in A: »Episcopales. Cum autem indicuerint (l), episcopus det expensas, quia clerici non tenentur amplius, quam sit scriptum, ut XVIII. q. II. Hoc tantum (c. 1). *vi.*« (l. c. f. 235'). In unserer Hs lesen wir eod. ad v. *indiguerint*: »§ Et nonne episcopus semper ministrabit eis expensas? Ita, quia ex quo ipse ire non potest, accipient procuraciones episcopales. Cum autem indiguerint, episcopus det expensas, quia clerici non tenentur ad amplius, quam scriptum est, XVIII. Q. II. Hoc tantum.«⁸⁾ — Eod. ad v. *ordinata* (l) steht in A: »Per eos, ad quos spectat, alias ad episcopum non spectat nisi confirmatio. *vi.*« (l. c.). Unsere Hs enthält eod. ad v. *ordinari*: »§ Id est

1) Vinc. ist hier abhängig von *Joh. Teutonikus* (cf. gloss. *Jo. Teuton.* c. 1 Comp. IV I. 1 ad v. *suggestione*, l. c. f. aaa c. 1). — 2) B f. 63' c. 1. — 3) B l. c. — 4) B l. c. — 5) B l. c. — 6) B f. 65 c. 1. — Cf. gloss. *Jo. Teuton.* eod., l. c. f. bbb c. 4; gloss. *ord.* eod. ad v. *provideant*. — 7) B f. 65 c. 2. — 8) B f. 65 c. 2.

per illos ordinabuntur, per quos habent ordinari, alias episcopus supplebit vel munus confirmationis non confert.«¹⁾

Zu c. 11 Quia nonnullis ad v. *inopiam* hat A: »Propter inopiam quandoque quis excusatur, C. de pa. qui fil'. di. (C. 4, 43) l. II. Sed non excusatur, qui propter inopiam turpem ducit vitam, ff. de ri. nup. Palam § Non est (D. 23, 2, 43 § 5), nec excusatur mendicus robustus, C. de mendi. vali. (C. 11, 26) l. II. *vin.*« (l. c. f. 537'). Unsere Hs bemerkt eod.: »§ Propter inopiam q. q. e., C. de patribus qui fi. dis. l. II. Non tamen excusatur, qui turpem ducit vitam, ff. de ri. nupt. Palam § Non est, nec excusatur mendicus robustus sicut ribaldus, C. de mendi. vali. l. II.«²⁾ — Eod. ad v. *in docendo* steht in A: »Quid si non potest docere? Videtur, quod precipere (!) non (!) debeat, ff. locati Qui operas (D. 19, 2, 38). In infirmitate distinguerem, an morbus sit perpetuus, et tunc non haberem (!), si vero temporalis, haberet. Servire enim intelligendus (est) infirmus. Esset etenim (?) inhumanum statim ei subtrahere (stipendium), ff. de statulib. l. Statuliberum (D. 40, 7, 9). Item pone, quod non sint scolares, nunquid habebit? Videtur, quod non, si alibi potest locare operas suas, arg. ff. locati Sed addes § Quidam (D. 19, 2, 19 § 9). Credo, quod debet habere. *vinc.*« (l. c. f. 538). Unsere Hs bietet eod.: »§ Quid si non potest docere? Videtur, quod habere debeat, ff. locati Qui operas. Inter infirmitatem tamen distinguerem, an morbus esset perpetuus, ut tunc non haberet, an temporalis, ut servire intelligeretur, et esset inhumanum exemplo ei statim subtrahere stipendium. Infirmus enim servire intelligitur, ff. de statuli. Statuliberum. Set quid si non sunt scolares? Nichil habebit, si alibi potest locare operas, ff. locati Si addes § Cum quidam.«³⁾

Zu c. 50 Non debet (= c. 3 Comp. IV IV. 3 = c. 8 X IV. 14) ad v. *secundo* schreibt A: »Usque ad tertium gradum, XXXV. q. V. Porro (c. 3). *vin.*« (l. c. f. 488). Unsere Hs bemerkt eod. ad v. *in secundo*: »§ Usque ad secundum gradum, XXXV. Q. V. Porro.«⁴⁾

Zu c. 63 Sicut pro certo (= c. 3 Comp. IV V. 2 = c. 39 X V. 3) ad v. *persolvendum* heißt es in unserer Hs: »§ Aliquid dare pro hiis symonia est, S. de symonia Non satis l'. I., set eodem tempore dare non ex ista causa, set ex consuetudine, non videtur symonia, LXIII. d. Quia sancta (c. 28), in aut. de scis e. § Consuetudinibus, (Nov. 123 c. 3). Contra I. Q. I. Emendari (c. 104).

1) B l. c. — 2) B f. 65 c. 2. — 3) B l. c. — 4) B f. 68' c. 1.

Set istud tempore baptismi, quia nec ex causa, s.(cil.) pro baptismo, nec ex tempore, s.(cil.) concomitanti baptismum, habet speciem mali. Si tamen de consuetudine esset, ut census debitus episcopo duceretur tempore crismatis, non esset absonum, quia crisma a (!) subditis datur et subditi dant censum, ut S. de cen. Omnis l'. I. 1). In A steht fast wörtlich die gleiche Glosse ad v. *per consuetudinem*. Nach »de censi. Omnis« folgt jedoch: »Illud autem reprobō, quod quidam fingunt, s.(cil. quod) in consecratione (aliquid licite petitur, dum tamen non pro consecratione petatur), set pro consuetudine per illud LXIII. d. Quia (c. 28) et in Aut. de sanc. ep. Pro consuetudinibus. Sed hoc nihil valet, S. e. t. Cum in ecclesia. Jo. et *vinc.*« (f. 534)²⁾.

Zu c. 64 Quoniam symoniaca (= c. 4 Comp. IV V. 2 = c. 40 X V. 3) ad v. *inferioribus* finden wir in A: »S. e. (!) Ex insinuatione. *vin.*« (l. c. f. 534). Unsere Hs bietet eod.: »§ De renunciatione Ex insinuatione l'. II.« (= c. 2 Comp. II I. 5)³⁾. — Eod. ad v. *excusare* hat A: »Ne sit locus ignorantie, S. de postul. Ad hec in beato. *vinc.*« (l. c.). Unsere Hs gibt eod.: »§ Ne sit locus ignorancie, S. de postulatione Ad hec in beato l'. III.«⁴⁾

Weiterhin kommt in Betracht, daß viele in unserer Hs sigelose Glossen von Johannes Andred in seiner *Novelle zu den Dekretalen Gregors IX.* ausdrücklich als *Vincentinisches Eigentum* erklärt werden. So heißt es z. B. in unserer Hs zu c. 1 Firmiter ad v. invocaciones *individue trinitatis*: »§ Explicite, de con. d. III. In synodo« (c. 83)⁵⁾. Bei Joh. Andr. steht eod. ad v. *trinitatis*: »Explicite, ut sequitur de con. di. III. In synodo. *Vince.*«⁶⁾

Zu c. 2 Danpnamus lehrt unsere Hs ad v. *reprobamus*: »§ Unde de cetero non debet allegari, C. de let. (!) li. tol. (C. 7, 6) l. I. § I., et conburendum est, ubicumque inveniatur. C. de her. Quicumque« (C. 1, 5, 8)⁷⁾. Joh. And. hat ebenda: »Igitur decreto (!) non

1) B f. 69' c. 1.

2) Die auf Vincentius Bezug nehmende Johannesglosse eod. ad v. *per consuetudinem*, vgl. l. c. f. eee 3 c. 3. Cf. *gloss. ord.* eod. ad v. *per consuetudinem*.

3) B f. 69' c. 1. — Cf. *gloss. Jo. Teuton.* eod., l. c. f. eee 3 c. 4.

4) B l. c.

5) B f. 63' c. 1. — A hat die gleiche Glosse, ebenfalls ohne Sigle (f. 5).

6) Nov. s. Primo decret., ed. Tridln. 1512 f. 6 c. 1.

7) B f. 63' c. 1.

debet allegari, C. de ve. iu. enu. (C. 1. 17) l. II. § Hec igitur omnia, immo conburendum est, ubicunque inveniatur, C. de he. Quicunque. Sic et libellus famosus, V. q. I. Si quis famosum (d. Gr. p. c. 3). Idem in omnibus, que iniquam et abhominabilem indicunt facti memoriam, XV. q. I. Mulier (c. 4), secundum *Vin.*«¹⁾

Zu c. 3 Excommunicamus § 2 ad v. *condempnentur* steht in unserer Hs.: »§ Videtur ex hoc verbo futuri temporis, quod post annum adhuc necessaria sit sententia. Unde post annum, antequam sententia feratur, purgare potest viciū, quia res adhuc integra est, et ita valebit ei, ut preveniat, sicut si optio eligendi unum ex mancipiis est mihi legata et non elegi, eligere tamen possum, quamdiu mancipia distracta non sunt, ff. de opt. le. lege Mancipiorum« (D. 33, 5, 6)²⁾. Joh. And. hat zum gleichen Wort: »*Secundum Vinc.* per hoc verbum futuri temporis videtur, quod post annum necessaria sit sententia, et sic post annum ante latam sententiam poterit purgare vitium, sicut si legata est optio infra tempus, post illud eligere possum, antequam mancipia distraherentur, ff. de opti. l. Mancipiorum . . .«³⁾ — Eod. § 4 ad v. que accedentibus *in terre sancte* subsidium conceduntur hat unsere Hs.: »§ Id est clerici habebunt beneficia sua triennio, l.(nfra) e.(odem) c.(ap.) ult'.« (scil. Ad liberandam)⁴⁾. Joh. And. schreibt ebenda ad v. *Catholici*: »Indulgentia cruce signatorum contra hereticos et quod hic no.(tat) *Vinc.* de prelato cruce signato, qui obligavit fructus ad triennium, vide ne prela. vices c. ult. super gl.(osa) II. . .«⁵⁾

Zu c. 4 Licet Grecos (= c. 1 Comp. IV III. 16 = c. 6 X III. 42) hat unsere Hs. ad v. *sustinendo*: »§ I. de divor. Is (!) qui l'. III.« und ad v. *in hiis* tamen: »§ XIII. d. Sicut quidam« (!) (c. 2).⁶⁾ Joh. And. bemerkt eod. ad v. *sustinendo*: »Infra de divor. Deus qui. *Vin.*« und ad v. *nec debemus*: »XIII. dist. Sicut. *Vin.*«⁷⁾

Zu c. 5 Antiqua steht in unserer Hs. ad v. *provocetur*: »§ Ommissis mediis, XI. Q. Si clericus« (c. 46)⁸⁾. Joh. And. schreibt eod.: »Etiam obmissis mediis secundum Innoc. Idem *Vince.* et Gof. all'. XI. q. I. Si clericus. . .«⁹⁾

Zu c. 15 A crapula (= c. 3 Comp. IV III. 1 = c. 14 X III. 1) ad v. *incentivum* lesen wir in unserer Hs.: »§ XLIII. d. § (!) I.«¹⁰⁾ Joh. And. hat eod. ad v. A *crapula* der Glosse ordinaria: »ibi *Denique*: XLIII. di. Conmessationes (c. 1). *Vin.*«¹¹⁾

1) Nov. I. c. f. 6 c. 4. — 2) B f. 64 c. 1. — 3) Nov. s. Quinto I. c. f. 31 c. 3. — 4) B f. 64 c. 1. — 5) Nov. I. c. f. 32 c. 1. — 6) B f. 64' c. 1. — 7) Nov. s. Tert. I. c. f. 147 c. 4. — 8) B f. 64' c. 1. — 9) Nov. s. Quinto I. c. f. 69 c. 2. — 10) B f. 65' c. 2. — 11) Nov. s. Tert. I. c. f. 4 c. 1.

Zu c. 17 Dolentes (= c. 2 Comp. IV III. 15. = c. 9 X III. 41) bietet unsere Hs ad v. *medietatem noctis*: »§ Usque ad hoc tempus computatur dies in dilationibus, ff. de f. More (D. 2, 12, 8) et S. de officio del. Consuluit l'. III.«¹⁾ Joh. And. bemerkt eod.: »Et sic finiunt diem secundum computationem, de qua ff. de feriis More et Supra de offi. deleg. Consuluit. Vin.«²⁾ — Eod. ad v. *syncopa* hat unsere Hs: »§ Et nuncquid dicit matutina vel celebrat missam? Dico quod sic, *dummodo intendat dicere, quod dicit ecclesia*, et utatur verbis in propria significatione nec intendat inducere errorem, de con. d. IIII. Retulerunt« (c. 86)³⁾ und ad v. et similia *sub pena* suspensionis: »§ Comminatio est maxime propter litteram illam et *hiis similia*. Simile S. de consuetudine Cum inter (c. 4 Comp. III I. 3), X. Q. I. Sanctorum« (c. 14)⁴⁾. Joh. And. hat ebenda zur Glosse ordinaria: »In gl. I. (ad v. *syncopa*) in fi.: Dicit Vin., quod talis cum syncopa loquens et horas dicit et celebrat, dummodo intendat dicere. Retulerunt« und »In glo. secunda (scil. *sub poena*) ibi *sententie*: Idem Vinc. maxime propter verbum *et similia*«. ⁵⁾

Zu c. 18 Sententiam sanguinis (= c. 2 Comp. IV III. 19 = c. 9 X III. 50) ad v. nullus clericus *dictet* hat unsere Hs: »§ Id est proferat nec, ut proferatur, instet, S. de exces. prelatorum Ex litteris l'. I. Ubi finitur administratio potestatis, accusari potest potestas, C. ut homines (!) tam civiles (C. 1, 49) l. I., et episcopus et (!) iudex, ut in aut. ut iudices sine quoque suffra. § Necesse. (Nov. 8 c. 9). *Set ibi non agebatur criminaliter*. Set quid si episcopus habet iurisdictionem temporalem? Conmittat villico suo. Set quomodo, cum punire ultimo supplicio sit de mero imperio? Ergo demandari non potest, ff. de officio eius cui man. est iu. (D. 1, 21) l. I. Verum est, quod demandari non potest, nisi proficiscatur de mandatis, ut. e. (adem) l. (ege) continetur. Et intelligo ipsum semper proficisci quo ad causas sanguinis«⁶⁾ Joh. And. schreibt eod. ad v. *proferat*: »Contra administrator deposito officio de crimine convenitur, C. ut omnes tam ci. quam mil. l. una, et episcopus erit iudex, ut in aut. ibi signata in concor. ut iudi. sine quoquo suffra. § Necessitatem col. II. Sed illud, *cum de crimine non agitur criminaliter secundum Vin.*«. ⁷⁾

1) B f. 65' c. 2. — 2) Nov. s. Tert. l. c. f. 144 c. 2. — 3) B f. 65' c. 2.
 — 4) B f. 66 c. 1. — 5) Nov. s. Tert. l. c. f. 144 c. 2. — 6) B f. 66 c. 1.
 — 7) Nov. s. Tert. l. c. f. 156 c. 3.

Zu c. 20 Statuimus lesen wir in unserer Hs ad v. quem *speculat custodia*: »§ S.(cil.) sacrista, S. de officio custo. c. I. l'. I.«¹⁾ Joh. And. hat eod. ad v. *spectat*: »Sacrista, de offi. custo. c. I. *Vin.*«²⁾

Zu c. 21 Omnis utriusque ad v. *confiteatur* steht in unserer Hs: »§ Non per nuncium, et si sit simplex, confiteri potest presens per scripturam«³⁾ und ad v. *adimplere*: »§ Per se vel per alium«⁴⁾ Joh. And. bemerkt eod. ad v. *confiteatur*: »Per se, non per nuncium, de pe. dis. I. Quem penitet (c. 88) in prin. Si sit simplex, potest presens confiteri per scripturam, XXX. q. V. Qualis (c. 4). *Vin.*«⁵⁾ und ad v. *adimplere*: »Per se vel per alium. *Vincen.*«⁶⁾

Zu c. 22 Cum infirmitas (= c. 4 Comp. I V. 14 = c. 13 X V. 38) ad v. *causa* cessante bringt unsere Hs: »§ Impulsiva, ff. de postul. (D. 3, 1) l. I. § Sexum« (§ 5) und ad v. mortis *periculum*: »§ Quia melius est mortem subire quam malo consentire, XXXII. Q. V. Ita ne (c. 3), et ex quo non potest sine peccato ei consulere, non habet plus, quid faciat, XXXII. Q. I(I). Faciat (c. 15). Quid si medicus ita dicat: Ego non consulo tibi, set si coires cum domina, curari posset (I), nuncquid medicus est excommunicatus? Ita, transgreditur enim *constitutionem istam*. Si enim vendo tibi fundum vel aliquid et dico: Si malus est, si viciosus est, si lesus est, nolo teneri, si sciam rem viciosam, nichilominus teneor, ff. de act'. empti et ven. (D. 19, 1) l. I. § Venditor« (§ 1)⁷⁾. Joh. And. schreibt eod. ad v. *causam* (!): »Impulsivam, ff. de postu. l. I. § Sexum. *Vin.*« und ad v. *periculum anime*: »Ex quo sine peccato non potest ei subvenire, non habet, quid faciat, XXXII. qō. II. Faciat, et *dicit Vincen.*, quod medicus, qui dicit: Non consulo, sed si accedas ad aliquam, sanaberis, hanc constitutionem transgreditur. Si enim aliquid tibi vendo adiciens: Si viciosus (I) est, si lesum, nolo teneri, cum sciam illud tale, tamen teneor, ff. de act. empti et vendi. l. I. § Venditio (I).«⁸⁾

Zu c. 30 Grave ad v. *indignos* bietet unsere Hs: »§ Qui malum preponit, nam tenetur, ff. de exercitoria ac. l. I.«⁹⁾ Joh. And. hat eod.: »Qui malum proponit, punitur, ff. de excercito. l. I. *Vin.*«¹⁰⁾

Zu c. 37 Nonnulli ad v. *fecerint mentionem* hat B: »§ Et nonne ex eo, quod papa scienter committit causam in loco remoto, intelligitur derogare *huic constitutioni*, cum iura omnia habeat in pec-

1) B f. 66 c. 1. — 2) Nov. s. Tert. l. c. f. 148 c. 3. — 3) B f. 66 c. 1.
— 4) B f. 66 c. 2. — 5) Nov. s. Quinto l. c. f. 82 c. 2. — 6) L. c. f. 82 c. 4.
— 7) B f. 66 c. 2. — 8) Nov. s. Quinto l. c. f. 84 c. 2. — 9) B f. 67 c. 1.
— 10) Nov. s. Tert. l. c. f. 24 c. 2.

tore, ut C. de testa. Omnium (C. 6, 23, 19)? Set aliud est, ubi post primam constitutionem promulgat secundam, aliud est, ubi post primam constitutionem emanat rescriptum, per quod nuncquam intelligitur alii preiudicari, S. de etate et qual'. Eam te l'. I., et contra de rescrip. Causam l'. III. Preterea *hec constitutio* factum respicit, et cum facta sint infinita, non potest omnium eorum habere memoriam et hoc est etiam, quare exigitur ad hoc, ut secundum privilegium derogat (!) primo, ut de eo faciat mencionem, ut S. de officio del. Ex parte A. « (c. 17 Comp. I I. 21)¹⁾. Joh. And bemerkt zur Glossa ordinaria eod. ad v. *fecerint mentionem*: »Contra-dicit hic Gof., quod si papa sciens locorum distantiam concedit rescriptum, credit hanc constitutionem tolli sine ipsius mentione. *Vin. contra*, quod credo, nisi papa in rescripto exprimeret scientiam distantie, quod putarem sufficere, licet de constitutione non exprimat. «²⁾

Zu c. 47 Sacro approbante (= 5 Comp. IV V. 15 = c. 48 X V. 39) lesen wir in unserer Hs ad v. *ad interesse*: »§ S.(cil.) ad omnia danpna, XII. Q. II. Si quis de clericis (c. 40), et beneficia ammissa, II. Q. V. Super causa (c. 11), et probabitur hoc interesse per iuramentum, quia surgit ex maleficio vel quasi, II. Q. I. Inprimis (c. 7) et C. unde vi Si quando (C. 8, 4, 9). Si vero ex contractu, probaretur veris probationibus, s.(cil.) per testes vel instrumenta, inst'. de v. ob. § Non solum (§ 7 I. 3, 15) et ff. de eden. Argentariis (!) § ult. (D. 2, 13, 10 § 3), et tunc si interesse est singulare, non estimabitur ultra duplum interesse communis, C. de sententia que pro eo quod interest fe. (C. 7, 47) l. I. Si vero est interesse conventionale, prestabitur, quicquid est conven-

1) B f. 67' c. 1. — Nebenbei sei erwähnt, daß in Cod. Lips. 966 f. 5' c. 2 bei dem Titel De constitutionibus von späterer Hand sich folgende Glosse findet: „Quero, cum papa novam facit constitutionem nullam faciens mencionem de priori, tamen valet posterior, quare secus sit in rescriptis ab ipso datis. Respondeo: Ipse enim ex certa sciencia [von jüngerer Hand ist beigefügt: et deliberacione] revocat constit.(utionem) antiquam et novam instituit, et quia *presumitur habere omnia iura in scrinio pectoris sui*, ideo valet eius constitutio. Set secus est in rescriptis, quia diversa rescripta a curia emanant nec omnium rescriptorum posset habere [von jüngerer Hand ist beigefügt: memoriam], ideo necesse est, ut posteriora faciant mencionem priorum, quia omnium habere memoriam et in nullo peccare potius est divinum quam huma(num). Tamen si ex certa sciencia daret rescriptum non faciens mencionem de primo, bene valeret secundum, vel illa clausula adiecta »nullis litteris obstantibus item bene valeret«. Vgl. *Archiv* 1912 S. 3—17, 1926 S. 156—174, 1927 S. 228², 1928 S. 534. — 2) Nov. s. Primo l. c. f. 25 c. 4.

tum, ff. de transactionibus Qui fidem (D. 2, 15, 16). Secus tamen de mansuetudine ecclesiastica, S. ne clerici vel mo. Suam ad nos l'. III. «¹⁾); ad v. *ex causa probabili*: »§ Quia credidit esse probatum, cum non esset, vel *quia non vidit privilegia, S. de privil'. Cum olim l'. III. «²⁾*; ad v. non deferat in hac parte: »§ Quia si non potest dubitari, quin iudex erraverit, non satisfaciet. Pone casum S. de appell. Significaverunt, vel I.(infra) IIII. menses *excommunicavit vel I.(infra) terminum constitutum, S. de officio del. Querenti l'. III.* Si vero patens est iudicem non errasse, satisfacere tenetur et habet locum S. de v. sig. Ex parte l'. III. Si vero dubium est, an erraverit iudex, non absolvetur sine satisfactione ut hic, ut coram iudice appellationis pareat iuri, S. de appell. Qua fronte « (c. 41 Comp. I II. 20)³⁾.

Bei Joh. And. steht eod. ad v. *recognoscens errorem*: »Notorium et patentem, ut probant sequentia. Pone *secundum Vin., quod excommunicavit infra terminum, quem statuerat absolvendum, de offi. dele. Querenti «⁴⁾* und zur Glossa ordinaria eod. ad v. *ad interesse*: ». . ibi: *dicit Jo: et Vin. «⁵⁾* und ad v. *ex causa probabili*: »ibi: *non esset*: Et forte fuit error ex similitudine nominis persone vel loci, de rescrip. c. fi., et in fine: vel *non vidit privilegium, Supra de privile. Cum olim II. (= c. 14 X V. 33). Vincen. «⁶⁾*

Zu c. 50 Non debet (= c. 3 Comp. IV IV. 3 = c. 8 X IV. 14) begegnen wir in unserer Hs ad v. *humana*: »§ Hec mutari possunt vel tacito consensu vel alia littera lata, institut. de iure na. § ult. « (§ 11 I. 1, 2)⁷⁾. Joh. And. erklärt ebenda: »Que mutari possunt tacito consensu vel alia l. data, inst. de iu. na. § ulti. *Vin. «⁸⁾*

Zu c. 53 In aliquibus regionibus (= c. 5 Comp. IV III. 9 = c. 32 X III. 30) ad v. *vel loci consuetudine* approbata⁹⁾ hat unsere Hs: »§ Ut in *teutonia* dantur pro decima certe mensure, sive coloni aliquid habeant sive nichil, unde forte propter incertitudinem toleratur. Et intelligo approbatum per superiorem et est hic arg., quod *consuetudo approbata comparatur et equivalet divine legi*, XI. d. In hiis rebus (c. 7) et de cong. spi. c. ult. l'. I. Debet ergo deponi violator consuetudinis sicut et legis,

1) B f. 68 c. 2. — 2) L. c. — 3) L. c. — 4) Nov. s. Quinto l. c. f. 97 c. 1. — 5) L. c. f. 97 c. 2. — 6) L. c. — 7) B f. 68' c. 1. — Die Glosse steht auch in A: »Nam mutari . . . ult.«, gleichfalls ohne Sigle (f. 488). — 8) Nov. s. Quarto l. c. f. 28 c. 1. — 9) Die Verweisungszeichen fehlen..

X(X)V. Q. II. (I) Hac consona« (c. 13)¹⁾. Joh. And. schreibt eod. zur Glossa ordinaria ad v. *conpellantur*: » . . Alias in glo. fi. . . vel de consuetudine teutonicorum, ubi vel certe corbes vel mensure dantur pro decima, sive coloni aliquid habeant sive non, et forte ratione incertitudinis tolleratur. *Vin.*«²⁾

Zu c. 54 Cum non sit (= c. 6 Comp. IV III. 9 = c. 33 X III. 30) ad v. *semen* bemerkt unsere Hs: » Omnis fructus iure soli debetur, non iure sementis, unde qui dominus est soli, dominus est et fructuum, licet semen alienum fuerit, ff. de usuris Qui scit« (D. 22, 1, 25) und ad v. qui *incrementum* d. d.: »§ Ibi dande sunt decime de porcis, ubi secundo plantate (!) sunt et creverunt, non ubi primo creati sunt, arg. XXI. Q. II. Quisquis (!) iam (c. 3), et si fuissent ex nobis, mansissent utique nobiscum, de pen. d. IIII. Si ex bono (c. 8). Contra maius (est) de nichilo aliquid facere quam creatum promovere, arg. de con. d. II. Revera« (c. 69)³⁾. Joh. And. erklärt eod. ad v. *semen*: »Fructus iure soli debentur, non iure seminis, unde dominus fundi dominus fructuum est, etiam si semen sit alienum, ff. de usur. Qui scit fund'. in principio. *Vin.*«⁴⁾ und ad v. *sed qui incrementum*: »Arg. quod ibi dande sunt . . plantati sunt, non ubi primo seminati, XXI. q. II. Si quis iam translatus. Si enim fuissent ex nobis etc., de pe. dis. IIII. Si ex bono. Contra maius est de novo aliquid facere quam c. p., de conse. dis. II. Revera. *Vin.*«⁵⁾

Zu c. 56 Plerique (= c. un. Comp. IV I. 15 = c. 7 X I. 35) ad v. *feuda* bringt unsere Hs: » § In aliena parrochia sita.«⁶⁾ Joh. And. schreibt eod.: »Hec sita erant in alienis parrochiis. *Vin.*«⁷⁾

Zu c. 60 Accedentibus (= c. un. Comp. IV V. 10 = c. 12 X V. 31) ad v. vel alia *legittima* causa hat unsere Hs: »§ Scilicet prescriptione, S. de prescrip. Auditis l'. III., S. de iure pa. Cure l'. I., vel concessione eiusdem episcopi, XVI. Q. II. Visis« (c. 1).⁸⁾ Bei Joh. And. findet sich eod. ad v. *concessione*: »Etiam episcoporum, XVI. q. II. Visis. *Vin.*«⁹⁾

Zu c. 62 Cum ex eo (= c. 5 Comp. IV V. 14 = c. 14 X V. 38) ad v. *permittantur* steht in unserer Hs: »§ Nota: Predic(a)tio (est) contenciose iurisdictionis, VI. Q. III. Scriptum (c. 1), d. XLII.

1) B f. 68' c. 2. — Cf. gloss. Jo. Teuton. c. 5 Comp. IV III. 9 ad v. *vel ex loci consuetudine*, l. c. f. ddd 3 c. 3 sq.; gloss. ord. c. 32 X III. 30 ad v. *loci consuetudine*. — 2) Nov. s. Tert. l. c. f. 95 c. 2. — 3) B f. 68' c. 2. — 4) Nov. s. Tert. l. c. f. 95 c. 2. — 5) L. c. f. 95 c. 2 sq. — 6) B f. 69 c. 1. — 7) Nov. s. Primo l. c. f. 167 c. 3. — 8) B f. 69 c. 2. — 9) Nov. s. Quinto l. c. f. 60 c. 1.

Quiescamus (c. 2), XVI. Q. III. Placuit (c. 15), S. de her. Excommunicamus l' e. (c. 3 conc. Lat. IV). Hic etiam prefigitur forma, quam non transcendat in predicatione propter illud *forte*, S. de her. Cum ex iniuncto l' III. «¹⁾ Joh. And. bemerkt ebenda: » . . Et no.(ta) arg., quod predicatione est c. i., VI. q. III. Scriptum, XVI. q. III. Placuit II., de here. Cum ex iniuncto, *secundum Vin.* «²⁾

Zu c. 64 Quoniam symoniaca (= c. 4 Comp. IV V. 2 = c. 40 X V. 3) ad v. *paupertatis* pretextu hat unsere Hs: »§ Pretextu paupertatis non debet delinquere, ff. de ritu nup. Palam § Non est (D. 23, 2, 43 § 5). Dico ergo, quod peccatum est, si in recipiendo monialem pecunia intervenit nisi forte oblata simpliciter et sine conditione contractus, sicut qui se et sua reddit deo. Potest tamen non esse peccatum. Quid enim, si ita dicat abbatissa: Bene recipimus te, si vis. Set hic non habes, quid comedas, nisi ducas, quia nec nos habemus, quia nostra nobis sufficere non possunt? Arg. S. de sy. Tua nos l' III. «³⁾ Hierauf nimmt Joh. And. Bezug, wenn er zur Glossa ordinaria eod. ad v. *paupertatis* schreibt: »et ibi *pacto*: Si ergo non precedit pactio, licet illa verba sic dicantur, non est symonia secundum T.(anc.) et host.(ien.), qui hoc no.(tat) supra c. Tua, quod ibi intelligit *Vin.*, quando recipientes egentes sunt, alias etiam taliter non liceret recipere. «⁴⁾

Ob Johannes Andreä an den bezeichneten Stellen unmittelbar aus dem Kommentar des Vincentius zu den Kanones des 4. Laterankonzils oder aus dessen Apparat zur Gregoriana geschöpft hat, ist ohne Einfluß auf die Beweiskraft jener Stellen.

Nachdem so eine Masse der in unserer Hs stehenden Glossen zu den Kanones des vierten Laterankonzils als Eigentum des Vincentius Hispanus feststeht, sind wir ohne Zweifel angesichts der gleichen Beschaffenheit der übrigen Glossen und beim Mangel irgend eines Gegengrundes zu dem Schluß berechtigt, daß auch die übrigen, verhältnismäßig wenigen, nicht signierten Glossen von Vincentius herrühren und daß somit tatsächlich *in unserer*

1) B f. 69 c. 2. — 2) Nov. s. Quinto l. c. f. 84 c. 3. — 3) L. c. f. 69 c. 1. — In A lautet die Glosse: »Pretextu. . . debet quis peccare . . § Non est peccatum. Ergo est pro pecunia recipere monialem, nisi sub hac forma: Bene rec. te, sed hic non h., unde vivas, nisi ducas. Nostra enim nec nobis sufficere possunt, S. e. t. Tua nos« (f. 534). — Cf. gloss. Jo. Teuton. c. 4 Comp. IV V. 2 ad v. *paupertatis* pretextu, l. c. f. eee 3 c. 3; gloss. ord. c. 40 X V. 3 ad v. *paupertatis*. — 4) Nov. s. Quinto l. c. f. 21 c. 4.

Hs der Kommentar des Vincentius Hispanus zu den Kanones des vierten Laterankonzils vorliegt.

Übrigens enthält unsere Hs nicht den reinen Vincentius-apparat, vielmehr hat derselbe hier verschiedene *Zusätze*, bzw. *Ergänzungen* gefunden. So lese ich zu c. 8 Qualiter et quando ad v. *ad inquirendum*: »§ De natura inquisitionis et modo procedendi in ea *in quinto libro tercie compilationis diffusius tractavi* et hic habetur nota. Nota ergo, quod inquisitores receptis litteris apostolicis, in quibus eis mandatur, ut faciant inquisitionem, ad locum (se conferent), ubi debet fieri inquisitio, II. Q. I. Deus omnipotens (c. 20), et ostende(n)t se habere mandatum apostolicum per litteras, S. de officio del'. Cum in iure I'. III. et S. de privilegiis c. ult. I'. I.«¹⁾ Es folgt dann eine lange Auseinandersetzung über das Verfahren bei der Inquisition. Am Schluß heißt es: »Item queritur, an impetrator inquisitionis ea non expedita promoveri possit. Et credo, quod potest, quia non tenetur ad penam ordinariam, S. de acc. c. ult. I'. III., sicut et ille, qui obligavit se ad penam extraordinariam contra electum nondum confirmatum, ut impediatur eius consecrationem, S. de accusationibus Super hiis I'. III., maxime quia nec de accusatore est expressum, quod pendente accusatione non possit promoveri. *vinc.*« Hierauf folgt: »Te deum laudamus.«²⁾

Zu c. 16 Clerici officia ad v. clausa deferant desuper *indumenta*³⁾ hat unsere Hs: »§ Id est supertunica, ut scelentur (!) tunice nobilissime *hyspanie*, que tamen commendande sunt et ratione provincie et quia omni superfluitate carent. Ut quid enim tentoria (!) *lonbardorum* membranas occupant, nisi quia⁴⁾ scelare, quod per solum supertunicale scelari non posset? Hec etiam eadem ad *francigenas* extendantur. *vi.*⁵⁾«. Danach ist beige-fügt: »Snudela [lies: suadela] tibi domine. et cum gemitu tuo. B'.«⁶⁾

Ferner findet sich in unser Hs zu c. 33 Procuraciones (= c. 2 Comp. IV III. 18 = c. 23 X III. 39) ad v. tantumdem *impendat*: »§ Hic ostenditur, cui debeat dari quadruplum, de quo habes XVIII. d. Quoniam (c. 7). Set quid si habet proprium, nuncquid tenetur ad hoc de rebus ecclesie? Non, XVI. Q. VI. Si episcopum

1) B f. 65 c. 1. — 2) L. c. — 3) Die Verweisungszeichen fehlen. —

4) Das folgende Wort ist völlig unleserlich. — 5) B f. 65' c. 2. — 6) Es handelt sich hier offenbar um eine dem Vinc. geltende höhnische Verunstaltung der Anfangsresponsorien des Meßevangeliums. Wer »B'.« ist, vermag ich nicht zu sagen.

(c. 2), S. de appell. Reprehensibilis (c. 42 Comp. I H. 20) § I. *vinc.* ¹⁾. Danach steht die Ergänzung: »Punietur tamen alia pena, I.(nfra) de sen. exon. Sub interminatione l'. e.« (c. 49 conc. Lat. IV).

Bei der *Würdigung* des Werkes ist zunächst festzustellen, daß auch hier eine beträchtliche Zahl der Glossen nur aus Hinweisen auf Parallelstellen besteht. Gleichwohl kann das Ganze — Vinc. bezeichnet seine Erläuterungen gelegentlich als »notae« ²⁾ und als »glosae« ³⁾ — als ein förmlicher Apparat zu den Kanones des 4. Laterankonzils gelten.

Über die *Beschaffenheit* der Glossen im allgemeinen braucht nach der Mitteilung sovieler Beispiele nichts gesagt zu werden. Von *quellenkritischen* Erläuterungen kann nach der Natur der Sache keine Rede sein. Dagegen begegnete ich wenigstens an einer Stelle einer *textkritischen* Bemerkung. Zu c. 30 Grave ad v. fiatque. . *diligens inquisitio* schreibt nämlich V.: »§ Id est in-

1) B f. 67 c. 2. — Zu c. 66 Ad apostolicam audientiam (= c. 6 Comp. IV V. 2 = c. 42 X V. 3) ad v. *laudabilem* consuetudinem bietet unsere Hs: »§ Pone casum: Volunt predicare legem dei, ut habeat locum S. de heret. Cum ex iniuncto l'. III., vel fingunt se dirimere lites et defendere ecclesiam et ideo volunt constitutiones facere, d. XCVI. Bene quidem (c. 1) et S. de fo. con. Ecclesia l'. III., vel fingunt se velle purgare terram a malis hominibus et ideo ante degradationem puniunt clericos, S. de iud'. Clerici l'. I., vel sepulcra patrum suorum vendunt, ut emant alia, et ita vendunt terram cymiteriatam pretextu pietatis. *vi.*«, mit dem Zusatz: »Vel volunt pascere pauperes et volunt facere elemosynam et ideo dant pecuniam ad usuram, XIII. Q. V. Forte« (c. 3) [B f. 69' c. 2]. Aber dieser Zusatz scheint Vincentinisches Gut und vom Abschreiber bloß nachgetragen zu sein. Wenigstens wird in A auch der Passus: »vel volunt pascere pauperes et elemosinare et ideo . . . q. V. In oblationibus« (cf. c. 2) [f. 534'] ausdrücklich dem Vincentius zugeschrieben. — In A steht vor »Vel pone: Volunt predicare . . .« fast wörtlich die einschlägige Glosse des Joh. Teutonicus ad v. *consuetudinem* (cf. l. c. f. eee 3 c. 4), ohne daß die Quelle erwähnt wird. — Die *Glossa ordinaria* zu C. 42 X V. 3 ad v. *nituntur laudabilem* hat in der Venediger Ausgabe v. J. 1615: » . . . Vel potest intelligi, quod hic dicitur, ut Joannes Andreae dixit . . .« Die übrigen von mir eingesehenen Ausgaben, die Venediger (s. l. et a. [Hain 7998], die Baseler v. J. 1478, die Venediger v. J. 1481, die Lyoner v. J. 1613 und v. J. 1671 lesen sämtlich richtig: . . . ut Jo. [scil. Teutonicus] dixit . . .«

2) S. oben S. 254.

3) Zu c. 48 Cum speciali schreibt V. ad v. vel ad superiorem *transmittat*. »§ Quando causa vertitur inter iudicem et litigatorem, vel dic ut in precedenti Glosa« (Cod. cit. f. 68 c. 2). S. diese Glosse oben S. 240 f.

quiratur diligenter ab eis, qui prepositi fuerint ad investigandos excessus de plano, S. de concilio provincialibus (!) *Cum olim, alibi Sicut olim* l'. e. « (c. 6 conc. Lat. IV) ¹⁾. Über *geographische* Verhältnisse erhalten wir Aufschluß in den Glossen zu c. 24 Quia propter ad v. nisi sit absens *in eo loco*: » § A tanto spacio, quanto (!) est (a) mediolano usque ianuam, ut d. LXIII. Quanto (c. 10), vel a tanto spacio, quantum est a romana civitate usque in finem italie, I.(nfra) e. Nichil est (c. 26 conc. Lat. IV), set non quantum est a capua usque panormum, S. de el'. Cum inter (c. 3 Comp. III I. 6). Credo omnes vocandos, qui conmode vocari possunt, et vocati invitabuntur per campanam, S. de officio custo. c. I. l'. I. et de electione In causis l'. III., S. de postul'. c. pñt. l'. III. « ²⁾ und zu c. 37 Nonnulli ad v. *extra suam dyocesim*: » Per hoc reprobatur in aliis intellectus *quorundam*, qui volebant huiusmodi computationem facere a domo rei. *Ego credo*, quod facienda sit a fine diocesis non computato, quia hic dicitur *extra diocesim*. Limes autem non dicitur esse extra. Unde in limitibus et in coherentibus non currit prescriptio, S. de parrochiis c. ul't. l'. I. Et hoc sive sit limes limitatus sive limitans. Est enim limes limitans, qui limitat duos episcopatus, ut fluvius, arbor et mons. Limes limitatus est proprius unius episcopatus, ut castrum, et *bononia teneat de panigal usque galian*. *Panigal est limes limitatus bononie, sequuntur tamen panigal sui termini*, extra quos computande sunt iste diete et ex necessitate sic litteras impetravit propter *istam constitutionem*. Set dic, quod potest, quia favore eius inducta est *hec constitutio*, C. de leg. Quod favore (C. 1, 14, 6) et arg. ff. de iurisdictione om. iu. Idem (D. 2, 1, 11). *vinc.* ³⁾« Wir erfahren von kirchlichen *Eigentümlichkeiten* in

1) B f. 67 c. 1. — Cf. *gloss. Jo. Teuton.* eod. ad v. *diligens inquisitio*, 1. c. f. ddd 3 col. 2; *gloss. ord.* eod. ad v. *inquisitio*.

2) B f. 66' c. 1. — In A heißt die Glosse eod.: » Set quis est locus ille, a quo debeat evocari? Si sunt ita remoti, sicut est Capua usque Panormi, non vocantur, ut S. e. Cum inter. Sed a tanto loco, quantum est a Mediolano usque Januam, vocantur, ut LXIII. di. Quanto. Dico, quod unde possunt vocari conmode, sunt vocandi, ut infra e. Quod sicut. Si queras, quis locus dicatur commodus, R.(esponde)o: Ille qui est ultra duas dietas extra diocesim, ut S. de rescriptis Nonnulli. Vel dic, quod ille locus dicitur commodus, qui est a Roma usque ad finem Italie, ut infra e. Nihil est. Vel dic, quod in talibus consideranda est consuetudo ecclesie, ut infra e. Cum inter. Unde quandoque invenimus absentes non esse vocandos, ut infra de sen. et re iu. Cum olim. Hoc dicunt magistri. Ego credo, quod de provincia vocandi sunt, ut S. e. Coram. vi. « (f. 112').

3) B f. 67' c. 1.

Deutschland ¹⁾, in der Lombardei ²⁾, in Spanien ³⁾, in der Gascogne ⁴⁾ und bei St. Firmin in Montpellier ⁵⁾.

Als Quelle des Vincentius ist an erster Stelle die *Hl. Schrif* zu nennen. »Sie wird zitiert zu c. 62 Cum ex eo ad v. *indulgentia*: »§ Credo omnem penam interdum remitti per contricionem, de con. d. III. Baptismi (c. 34), interdum per iudicem, si causa subest, ut in succursu terre sancte, i. (infra) Ad liberandam. Remissiones autem in pontibus et albergariis et dedicationibus ecclesiarum valent ad delicta ignorancie (cf. Ps 24, 7), quia ait apostolus: Nichil mihi conscius sum, nec tamen in hoc iustificatus sum, (1 Cor 4, 4), nisi forte sint talia illa delicta ignorancie, de quibus etiam si recolerem, non peniterem. Vel dic, quod valent ad relaxandam penam temporalem, quam sustinere non possumus propter preoccupationem mortis. Set quia hec incerta sunt, consulo, ut quilibet agat penitenciam, ne incidat in manus districti iudicis, XXV. d. Qualis (c. 4), de pen. d. VII. §. I. Melius tamen credo dicendum, quod pro uno denario tantum non remittuntur dies, set propter duo, et quia dat denarium et quia obligat se ecclesia pro illo et impertitur auctoritatem remissionis, ut S. de privil'. Ut privilegia l'. e. (odem) [c. 57] et S. de remissionibus c. ult. l'. I.

1) S. oben S. 251. — 2) S. oben S. 254. — 3) S. oben S. 254.

— 4) Zu c. 16 Clerici offitla ad v. Cappas *manicatas* ad divinum officium intra ecclesiam non gerant wird bemerkt: »§ Sicut *vascones*, S. de vi. et h. Ut laycalibus« (c. 5 Comp. I III. 1) [B f. 65' c. 2].

5) Zu c. 29 De multa ad v. curam habens animarum *annexam* lesen wir: »§ Ordinariam vel quasi. Si enim simplex beneficium vel redditus aliquos assignat mihi episcopus et concedit michi lus ligandi et solvendi, non intelligo *constitutionem istam* de tali, XVIII. Q. II. Eleuterii m̃r (!) [c. 30], nisi dicas, quod quicumque habet potestatem ligandi vel solvendi, habet curam animarum, et intelligo hoc de beneficio, quod non est annexum alicui officio, ut deserviat ei. Sunt enim quedam parrochie divites assignate vestiariis monachorum vel clericorum et non conferuntur alicui perpetuo et quandoque committuntur archidiaconis, ut *prioratus sancti firmini in monte pessulano*. Nec credo papam de talibus intellexisse, licet habeant curam, quia annexe sunt alicui officio, ut dixi, et iura interpretanda sunt secundum provincias, d. LXXXVI. (LXXVI) c. Utinam (c. 11), et quod hic dicitur: *habeat curam animarum*, verum est. Secus in prebendis, de quibus quis habere potest plures, si unus episcopus erit clericus, et ita intelligitur LXX. d. Sanctorum (c. 2), vel derogatum est illi per contrariam consuetudinem, vel dic ut ibi. De simplicibus autem redditibus nulla est dubitatio« (B f. 66' c. 2). — Über »vestiarius« vgl. *Du Cange*, Glossarium, zu diesem Wort. Das Priorat des hl. Firmin zu Montpellier betr. s. *Potthast*, Regesta PP. RR. n. 4664; *Gallia christiana* VI (Paris 1739), 760 bis 762. Zur Sache vgl. jetzt U. *Berlière*, Les archidiaconés ou exemptions privilégiées de monastères, *Revue Bénédictine* 40 (1928), 116—122.

Vinc. «¹⁾). Ebenso zu c. 65 Audivimus ad v. *persolvatur*: »Non facit symoniam, qui dat pecuniam, ut redimat ius suum. Dicit enim apostolus: Redimentes (tempus), quoniam dies mali sunt (Eph 5,16), et I. Q. IIII. (III) Quesitum (c. 4), quia nec in hoc casu committitur usura, S. de usuris (Plures) l'. I., etsi innocens accusatorem corrumpt, C. de adult'. Servi (C. 9, 9, 23). Episcopus autem committit symoniam, (quia ac)capit, unde repetere potest, quod dedit, S. de magistris sco. c. II. l'. I., et qui cum bona conscientia transigit, non notatur (infamia), C. ex quibus cau. infamia § Dampnato (I) (C. 2, 11, 18). *vinc.* «²⁾ S. auch oben S. 227, 232.

Weiterhin wird auf die Hl. Schrift verwiesen zu c. 10 Inter cetera (= c. 3 Comp. IV I. 13 = c. 15 X I. 31) ad v. pabulum verbi dei *permaxime* [Cod.: *permanere*] sibi noscitur esse necessarium: »Quid enim prodest homini, si universum mundum lucretur etc. (Mt 16, 26), S. de symonia Matheus« (c. 21 Comp. I V. 3)³⁾ und wiederum zu Ad liberandam ad v. *omittatur*: »§ Quia quid valet homini, si universum mundum etc. S. de symonia Matheus⁴⁾«; ferner zu c. 22 Cum infirmitas ad v. nonnunquam *ex peccato* proveniat: »§ Unde propheta: Nuncquid medici suscitabuntur confi. tibi etc. (cf. Ps 87, 11), de pen. d. I. § Hinc etiam lazarus« (dict. Gr. p. c. 34)⁵⁾; zu Ad liberandum ad v. *de manibus inpiorum*: »§ Quia ad omnes impios extenditur vox illa: »Auferetur a vobis regnum dei (Mt 21, 43), XXIII. (XXIII) Q. VII. Si de rebus (c. 2), et auctoritate illa voluerunt dicere *quidam*, quod expellere possumus omnes infideles a possessionibus. Credo, quod ubique compellere possum ad fidem, expellere possum a possessione ut in hereticis et de illis intelligo illud c. Si de rebus, non autem de iudeis, quia illos expellere non debemus, et forte nec saracenos, nisi teneant possessiones nostras et velint nos expellere, XXII. Q. VIII. Dispar« (c. 11)⁶⁾ und ad v. cum benedictione *divina*: »§ Quicquid facitis, in nomine do. etc. (cf. 1 Cor 10, 31) XXVI. Q. ult. Non observetis« (c. 16)⁷⁾. Doch ist in all diesen Fällen wie ersichtlich *Gratian* die unmittelbare Quelle.

1) B f. 69' c. 1. — Vom *Ablaß* ist ferner die Rede zu c. 57 Ut privilegia ad v. *concessam*: »§ Non tantum pro denariis quantum pro ecclesia, que se pro talibus obligat et auctoritatem remissionis impertitur, S. de remis. c. ult. l'. I. et de reliquiis Cum ex eo l'. e.« (B f. 69 c. 1). S. auch oben S. 223. — Über die anderweitige Ablaßlehre des Vincentius s. *Archiv* 1926 S. 179—183.

2) B f. 69' c. 1. — Die Glosse findet sich auch fast wörtlich in A, jedoch ohne Sigle (f. 534). — Cf. *gloss. Jo. Teuton.* c. 5 Comp. IV V. 2 ad v. *persolvatur*, l. c. f. eee 3 c. 4; *gloss. ord.* c. 41 X V. 3 ad v. *persolvatur*.

3) B f. 65 c. 2. — 4) B f. 70 c. 2. — 5) B f. 66 c. 2. — 6) B f. 70 c. 1. — 7) L.c.

Das Gratianische Dekret sowie die drei ersten der *Compilationes antiquae*, nach dem damaligen Brauch als liber I., liber II., liber III. bezeichnet, werden fortwährend allegiert¹⁾. Das Gleiche gilt von den *Kanones des 4. Laterankonzils selbst*²⁾, die in ihrer Gesamtheit ebenfalls »liber³⁾«, im einzelnen capitulum⁴⁾, »constitutio⁵⁾« und »novella⁶⁾« heißen. Von den sonstigen, in den

1) Belege s. im vorausgehenden und im nachfolgenden allenthalben.

2) Desgleichen.

3) Desgleichen.

4) Zu c. 24 Quia propter ad v. *ecclesiis viduatis* lautet die Glosse: »§ Propter hoc videtur, quod hoc c.(apitulum) non loquitur in qualibet electione, s.(cil.) in canonicis, set tantum in episcopis« (f. 66' c. 1) [cf. gloss. Jo. Teuton. c. 9 Comp. IV I. 3 ad v. *viduatis*, l. c. f. aaa 4 c. 1; gloss. ord. c. 42 X I. 6 ad v. *ecclesiis viduatis*]; zu c. 34 Quia plerique ad v. *pauperibus*: »Contra S.(upra) c.(apitulo) prox. (scil. Procuraciones), l.(nfra) de sen. excomm. Sub interminatione l'. e. Hic nesciebatur, quis esset ille, qui verus esset dominus, quia a multis et in confusione et indifferenter recepit, secus in capitulo proximo et in illo c.(apitulo) Sub interminatione l'. e. Vel ibi etiam multum offenderat illum, quem excommunicavit maiorem penam de mundo infligendo, l. de sententia ex. Sacro (c. 47 conc. Lat. IV). *vinc.*« (f. 67 c. 2) [cf. gloss. Jo. Teuton. c. 4 Comp. IV III. 18 ad v. *pauperibus*, l. c. f. ddd 5 c. 4]; zu c. 48 Cum speciali ad v. Cum: »§ S. c.(apitulo) proximo« (scil. Sacro) [f. 68 c. 2]; zu c. 50 Non debet ad v. *copulentur*: »§ Hoc non respicit quamlibet pu.(blice) ho.(nestatis) iustitiam, set tantum illam, que specificata est superius, ut ibi dixi in e.(odem) c.(apitulo). *vinc.*« (f. 68' c. 1); zu c. 58 Quod nonnullis ad v. *quandoque*: »§ Et ita non semper, ne vilescat dignitas ecclesie, S. c.(apitulo) l.« (scil. Ut privilegia) [f. 69 c. 2] (cf. gloss. Jo. Teuton. c. 8 Comp. IV V. 12 ad v. *quandoque*; gloss. ord. c. 25 X V. 33 ad v. *quandoque*); zu Ad liberandam ad v. *per veram penitentiam* (Im Text fehlt das Verweisungszeichen): »§ S. de fl. cath. c.(apitulo) l. l'. e.« (f. 70 c. 1). S. auch oben S. 244. 247. — Eigenartig ist die Zitation zu Ad liberandam ad v. *post iter arreptum*: »§ Nota trennium computatur ab itineris arreptione, ut notatur S. e. l. c. l.« (f. 70' c. 1), womit auf die Glosse eod. ad v. *per triennium* verwiesen wird, lautend: »Ab eo tempore, quo arripiunt iter. Ex quo enim quis egreditur urbem causa rei pu., abesse videtur, ff. ex qua cau. in iñ. resti. Abesse (D. 4, 6, 32). Set quid si iam receperunt conmeatum ab amicis? Adhuc causa voti non intelliguntur abesse, ff. e. t. Miles« (l. 34) [f. 70 c. 1].

5) Zu c. 26 Nichil est ad v. *ultra ytaliam* constituti steht die Glosse: »§ Nota provinciales appellare valde remotos et possunt, si electio in concordia est facta, amministrare et hoc dispensative. Set quis dispensabit? Dico, quod papa dispensat hic, et est ius commune, quod quilibet electus potest uti lure huius constitutionis et potest conferre prebendas, et licet postea non confirmetur per papam, tamen valebunt ea, que contulit, quo usque in veritate sciat se esse annotum, sicut in lege de procuratore revocato dicitur: Iudicium, quo quasi procurator expertus est, ratum esse debet, ff. de procur. Si procurator. (D. 3, 3, 65) in fl.« (f. 66' c. 2) [cf. gloss. Jo. Teuton. eod. ad

genannten Sammlungen nicht enthaltenen päpstlichen Dekretalen wird nur eine einzige, nämlich die Konstitution Innocenz' III Cum Iohannes (1206/1209), und diese zweimal herangezogen. Es geschieht in der Glosse zu c. 35 Ut debitus honor ad v. *Ut de-*

v. *administrent*, l. c. f. aaa 5 col. 1; *gloss. ord. eod. ad v. administrent*.]; zu c. 37 Nonnulli ad v. absque dominorum *mandato*: »§ Speciali, et ita negotiorum gestio non habet locum in hac materia, inmo est arg., quod si impetravit aliquis litteras sine mandato meo, licet utiliter gesserit negotium meum et velit eas mihi dare, non potest agere negotiorum gestorum actione *propter istam constitutionem* et est ratio, quia non valent et quia contra ius facit, C. de leg. Non dubium (C. 1, 14, 5) . . .« (f. 67' c. 1); zu c. 39 Sepe contingit ad v. *contra possessorem huiusmodi succuratur*: »§ Videtur, quod *hec constitutio* nulla sit, quia ex quo iste scienter recepit alienum, tenetur ex edicto de mutatione iudicii mutandi causa facta, S. de alie. iu. mu. c. facta c. l. l'. l. . .« (f. 67' c. 1); zu c. 40 Contingit interdum ad v. *efficeretur*: »§ Habebat tamen aliud remedium, quia tenebatur ei adversarius ad interesse ex illo interdicto ff. ne vis fi. qui in pos. mit. (D. 43, 4) l. l. Set quia tale interesse difficile esset estimare, ideo emanavit *hec constitutio. vinc.*« (f. 67' c. 2); zu c. 41 Quoniam omne ad v. *civilis* prescriptio: »§ *Quid ad papam?* Contra d. XCVI. Duo (c. 10). Dico, quod *hic vertitur periculum anime et ideo est iudex ratione censure peccati*, S. de iud'. Novit l'. III., XI. Q. I. Relatum (c. 14). Set quid de prescriptionibus preteritis cum mala fide? *Hec constitutio* trahitur ad illas. S. de etate et qua. c. ul't. l'. l. et illi sunt tuti prescriptione sui temporis, quia si conveniatur, excipiet de prescriptione et tuti sunt quo ad effectum ita ut domini, ac si actor non haberet actionem, ff. de re. iu. Nichil interest (D. 50, 17, 112). Set nonne possunt layci convenire inter se, ut prescribatur res cum mala fide imperatore etiam approbante? Solutio: Possunt statuere, ut perdatur dominium, et quia peccatum est mortale contra conscientiam continue possidere, ideo *hec constitutio* emanavit. Set qualiter consuletur eis? Sic, ut agant penitentiam et habeant propositum, quod nunquam prescribant, rem autem non tenentur restituere, quia sua facta est cum effectu, ut dixi. *vinc.*« (f. 67' c. 2) [Cf. *gloss. Jo. Teuton.* c. 3 Comp. IV Il. 10 ad v. *civilis*, l. c. f. ccc 3 c. 1; *gloss. ord.* c. 10 X Il. 26 ad v. *quam civilis*]; zu c. 45 In quibusdam ad v. *honorem*: »Quia videtur, quod in canonica regulari posset habere de iure prelaturam, ut LVI. d. c. l. Set videtur secundum *hanc constitutionem*, quod qui occidit clericum, nunquam aliquis nepos vel pronepos erit clericus. Set non est verum et hic restringitur ad patronos circa necem clericorum earumdem ecclesiarum, in quibus ius optinent patronatus. Illi enim insolenter solent ledere abbates et prelatos locorum, in quibus ipsi sunt patroni, si eis non provident per omnia et hoc ad votum suum. Et hoc dedit causam *huic constitutioni. vinc.*« (f. 68 c. 1); zu c. 48 Cum speciali ad v. *advocent* *tercium*: »§ Contra non valet tale compromissum: Compromittimus in duos, ut si illi dissenserint, eligant *tercium*, ff. de arbi. Item si unus § Si inter duos (D. 4, 8, 17 § 5). Set quod ibi dicitur, corrigitur in fine legis eiusdem secundum *quosdam* et multum facit *hec novella* pro opinione illorum et est contra dominum *io*. Responderi potest tamen, quod precipit dominus papa partibus eligere duos et concedit auctoritatem et potestatem eis sibi assumendi *tercium*, si

bitus honor: »Qui honor magnus est, quia potest iudex contumacem facere non contumacem, si sibi placet, arg. S. de officio del. Consuluit l'. III., et quia presumitur pro sua sententia, S. de sen. et re Sicut (c. 6 Comp. III II. 18), et in omni ambiguitate

voluerint, et ita non habent hoc ex consensu parcium, set auctoritate *huius constitutionis*. Vel aliud in arbitris compromissariis, aliud in delegatis arbitris ut hic. *vi.*« (f. 68 c. 2); zu c. 50 Non debet ad v. *de cetero*: »§ Et ita non respicit preterita. Quid ergo de illis, qui *ante hanc constitutionem* contraxerunt in V. vel VI. gradu, nuncquid separabuntur? Ita, nisi ubi ecclesia dissimulando tolerat, et e converso ex tempore, ut S. qui matrimonium ac. pos. Per tuas l'. III., quia omnia precedencia per leges precedentes habet iudicari, in aut. ut cum de appellatione cong. (Nov. 115) in prin. Idem dicerem, si causa moveretur ante concilium et modo deberet ferri sententia, per idem aut. et ff. de iur. om. lu. Cum quedam (D. 2, 1, 19). Set quid si ante coniuncti separantur hodie, nuncquid iterum possent contrahere? Arg. quod non, XXXV. Q. VI. Ab isto (c. 9). Si tamen contraherent, teneret matrimonium, vel consulo ut de novo consenciant, sicut solet dici. *vi.*« (l. c. f. 68' c. 1) [cf. gloss. Jo., Teut. eod. ad v. *de cetero*, l. c. f. ccc col. 1; gloss. ord. eod. ad v. *de cetero*]; zu c. 51 Cum inhibitio ad v. *revocata*: »§ In *precedenti constitut(i)one*« (scil. Non debet) [f. 68' c. 1]; zu c. 55 Nuper abbates ad v. qui gaudent *similibus* privilegiis: »§ Notabile est hoc verbum *similibus*, quia per hoc dicunt *spatarii*, quibus licitum est querere et dare decimas capellis, quod non tenentur dare decimas parrochialibus ecclesiis occasione *huius constitutionis*« (f. 69 c. 1). S. auch oben S. 230, 241, 249, 250, 256, 257^b. — Über »spatarius« vgl. *Du Cange*, Glossarium, zu diesem Wort.

6) S. die vorstehende Anmerkung [Glosse zu c. 48]. Ferner heißt es zu c. 12 In singulis regnis ad v. *qui non consueverunt*: »§ S. de institutionibus In ecclesia l'. II. Per hoc intellige forte *novellam istam* l.(nfra) de privil'.« (f. 65 c. 2); zu c. 24 Quia propter ad v. *venire non possit*: »§ Videtur, quod *hec novella* stare non potest. .« (f. 66' c. 2); zu c. 35 Ut debitus honor ad v. *ante sententiam*: »§ Tollitur hodie per *hanc novellam* omnis appellatio voluntaria latens frustratoria et manifesta. .«, ad v. ad superiorem iudicem *nuntium*: »§ Facit pro opinione *illorum, qui dicunt*, quod nuncius missus ad curiam excusat. . Hodie per *hanc novellam* videtur terminari. Papa tamen de nuncio non dicit hic principaliter, set incidenter tendendo ad aliud, s.(cil.) ad inducendum, quod ante sententiam absque gravamine non appelletur. *vinc.*« und ad v. *assignate*: »§ Si copiam eius habere potuit, alias non obest, S. de rescrip. Si autem l'. I. Nota arg. *ex hac novella*, quod si iudices, ad quos impetravi litteras, facti sunt suspecti tibi de novo, ita quod ego eos recusare non possum, set tu potes, ego non impredientibus litteris adire possum ordinarium, S. de of. or. Insinuante l'. III. Quod satis dici potest, nisi adversarius meus velit cedere iuri suo in parte illa. *vinc.*« (f. 67 c. 2); zu c. 36 Cum cessante ad v. *procedat*: »§ Re integra et cum non interest aliquid alterutrius litigatorum, ff. si quis cau. Et si post tres (D. 2, 11, 8). Set quero, si interest appellantis iam aliquid, set adversarius vult ei restituere interesse, procedetur in causa? Arg. *huius novelle* et quia non est indulgendum maliciis hominum, ff. de rei ven. In fundo (D. 6, 1, 38). *vinc.*« (f. 67 c. 2); zu c. 40 Contingit

emergenti eius est interpretatio, ff. de iure deliberan. (D. 28, 8) l. II., et est generale omnia spectare ad eius officium post li.(tem) con.(testatam), ff. de ed'. edicto Si nolit § Si mancipium (D. 21, 1, 31 § 11), et in interrogationibus deferitur iudici, ut interroget, quandocu(n)que movebitur, etiam postquam conclusum est, ff. de interroga. ac. Ubicunque (D. 11, 1, 21), *extra omnes t.(itulos) Cum iohannes* (c. un. Comp. IV II. 8 = c. 10 X II. 22), et etiam licet ponat negativam, ut tu dicis, quod non sis heres. Hoc autem non est in litigatore, quia respondebitur ei, nisi ponat affirmativam, nisi animus iudicis alias concurrat cum interrogatione litigatoris. Circa naturam hanc appellationis non deferitur ei, quia potius sequenda est appellatio quam sententia, S. de appel. Dilecto l'. III. Et est ratio: Natura appellationis est relevare sententiam. Si tamen aliquis potius vellet parere iudici quam appellationi, ubi multi casus evenire possent, quod iudex, quod pronunciavit, reprobare posset appellationem, satis excusari posset, quia probabiliter erraret, I. de sen. excon. Sacro l'. e. *vin.* «¹⁾», sowie in der Glosse zu c. 38 Quoniam contra falsam ad v. *interrogationes*:

interdum ad v. *possessor*: »§ Equitatem continet *hec novella*, ubi inpedior ab adversario, quia licet adversarius me inpediat, ne nanciscar possessionem semper possidere intelligor, ff. de rebus auc. i. pos. Quamvis (C. 42, 5, 13). Si vero per alium inpediar, ille mihi tenetur ad interesse, ff. ex quibus cau. in pos. e. Si creditorem »(D. 42, 4, 14) [f. 67' c. 2]; zu c. 46 Adversus consules (c. 5 Comp. IV III. 18 = c. 7 X III. 49) ad v. sub *anathematis* districcione: »§ Et ita interpretatur *hec novella* postea, quid (!) sit canon late sententie« (f. 68 c. 1); zu c. 48 Cum speciali ad v. *sciantque*: »§ Ipsi arbitri et ita habent iurisdictionem delegatam auctoritate *huius novelle*. Et ad quid habebunt iurisdictionem? Ut compellant testes et ad multa, que emergere possent. Quid si gravarentur, ad quem appellaretur? Dico, quod ad papam. Quid si malignantur? Urgeat iudex litigatorem, ut eligat alios, et ille habebit iurisdictionem similiter auctoritate *huius novelle*« (f. 68 c. 2); zu c. 65 Audivimus ad v. *etsi nichil loco religioso contulerit vel reliquerit*: »§ Iniustum erat istud, ut haberet ecclesia vel monasterium honus et dampnum, unde nunquam habuerat emolumentum. Set quid si a fundatione monasteriorum cum a militibus, qui ibi elegerunt sepulturam, prout de iure est, ecclesia cathedralis, que debebat recipere terciam mortuorum, convenit universaliter de singulis corporibus nobilium X.aureos vel marcham, cum aliquando de porcione canonica, que contingeret ecclesiam cathedralem, pro uno milite habere posset C. marchas. modo autem ad hoc perventum est, ut quia milites nichil dant ecclesiis monasteria nichil volunt solvere ecclesiis cathedralibus, cum si solvisset eis miles mille aureos, cathedrali ecclesie non darent nisi X.? Dissimilis est casus *istius novelle. vi.*« (f. 69' c. 2). [A hat f. 534: ». . . Dissimilis casus est *huius constitutionis. vinc.*«]. Vgl. auch oben S. 226.

1) B f. 67 c. 2.

»§ Quas potest facere iudex etiam ante sententiam, ff. de int. actione Ubicumque et extra t. Quia iohannes. vi. 1)«.

1) B f. 67' c. 1. — *Schulte* hält es in seiner Abhandlung: Literaturgeschichte der Compilationes antiquae, besonders der drei ersten — *Wiener Sitzungsberichte* phil.-hist. Kl. 66 (1870) S. 99 für wohl unzweifelhaft, daß mit den Worten »extra t.« (titulos) im *Apparat des Alanus zur Comp. I.* angedeutet werden solle, die betreffende dabei zitierte Extravagante stehe unter dem gleichen Titel. Es sei damit also jedenfalls eine Sammlung gemeint, und er hält es für ausgemacht, daß im *Apparat* des Alanus dessen Sammlung, wahrscheinlich die Gilberts gemeint sei. In Wirklichkeit will jener Ausdruck besagen, daß die betreffende Dekretale nicht in der *Compilatio I.*, also extra titulos, scil. *Compilationis primae* stehe. Es ergibt sich dies daraus, daß Alanus unter Beifügung von »extra t.« auch Dekretalen zitiert, die sich in keiner der zur Zeit der Abfassung seines Apparats existierenden Dekretalensammlungen finden. So z. B. die Dekretale Petrus (= c. 1 *Comp. IV V. 6*), die er zu c. 3 *Presentium Comp. I V. 21 ad v. admittatis* in folgender Weise anführt: »Quod est de iure comuni, cum nec ipse interficeret nec opera eius quis sit interfectus, ut extra. t. Petrus« (*Cod. Fulden. D. 5 f. 76' c. 1*). Daß mit »extra. t.« nicht angedeutet werden soll, die zitierte Extravagante stehe unter dem gleichen Titel, folgt daraus, daß die betreffenden Dekretalen teilweise weder in der *Comp. II* oder *III* noch in einer andern der damals vorhandenen Dekretalensammlungen zu finden sind.

Bei *Vincentius Hispanus* bedeutet »extra. t.«, bzw. »extra omnes t.« in den beiden oben mitgeteilten Stellen, daß die Dekretale Cum Iohannes sowohl in den ersten drei *Compilationes antiquae* als auch in den sonstigen damals existierenden Sammlungen fehlte. Anderweitig zitiert nämlich Vinc. Dekretalen auch aus diesen anderen *Compilationen*. So schreibt er zu c. 3 *Ex tuarum Comp. III I. 7 ad v. in tam dictis casibus*: »§ Duobus premissis, non in aliis, puta in missa. Quod enim in quibusdam permittit, in aliis prohibet, arg. ff. de iud. Cum pretor (D. 5, 1, 12). In sua autem provincia etiam in missa constitutus etiam diebus hoc uti poterit, extra. inno. (centii) in compil. alani e. (odem) t. (titulo) [= c. un. Cum sis *Comp. IV I. 4*] (B f. 111 c. 1). Vgl. *Wiener S.-B.* 65 (1870) S. 673 [*Schulte*]. — Zu c. 2 *Quia diversitatem Comp. III III. 8 ad v. et conmonitionis ad presentiam eius a capitulo facte* erklärt Vinc.: »§ Hec est causa, quare semestre tempus incipit a tempore conmonitionis. Alias dico, quod a tempore scientie currit, et tempus est loco admonitionis, C. de iure emphyteo. (C. 4, 66) l. II., ff. de lege con. Si fundus § ult. (D. 18, 3, 4 § 4). Et hoc dicit extra. inno. Licet in. (tentionis) e. t. in compilatione bernhardi (III. 10, 1). Arg. contra S. de suppl. ne. Audivimus, XVI. Q. III. Placent (!) (c. 15). Et ita tenent quidam. Credo, quod semenstre (!) tempus currit a tempore scientie, tamen elapso eo tempore si ille, qui negligens fuit, prevenierit eum, qui ius habet conferendi, et confert, valet collatio . . . vinc.« (B f. 144 c. 2). Vgl. *Singer*, Die Dekretalensammlung des Bernardus Compostellanus antiquus [*Wiener S.-B.* 171 Abh. 2], Wien 1914, S. 75 f. Vgl. hierzu auch c. 1 *Proposuit Comp. III III. 8*. — Zu c. 1 *Sollicite Comp. I II. 9 ad v. renuntiavit* bemerkt Vinc.: »§ Hoc ideo dicit, quia ita de facto contingit . . . Solutio: Cum hug. facit *innocentius I. (nfra de iure iu. in b'. (ernardo) Super consultatione I. III. (!)*, quia ibi tantum res ecclesie excipiuntur, et hec est rei veritas . . . Vel hic dispensative agitur cum isto per illud I. (nfra) *de iure iu. Super consultatione*

in b'. . . « (Cod. Lips. 983 f. 13 c. 1 sq.) und zu c. 16 Consuluit *Comp. I* II. 20 ad v. *manifestum*: »§ . . Dic ergo *cum illo c. inno. extra. t. in bernardi compostell'. compilatione Super consultatione § Quod vero* id notorium esse . . « (l. c. f. 19' c. 2). Vgl. *Singer* a. a. O. S. 114 f., 116 f. Vgl. *Wiener S.-B.* 65, 662 (Compil. Alani II. 12, 7).

Zu c. 1 Cum inter *Comp. III* I. 6 ad v. *senior amisisset* heißt es bei Vinc.: »§ Et nonne eo quod alii non servabant pactionem, poterat iste redire ad ius pristinum? . . . Vel melius ubi compositio intercedit et pure iuri suo quis renuntiat, non auditur postea ut hic vel S. de renun. Cum (inter) p. l'. I. et ff. de edil'. edic. Queritur § Si venditor (D. 21, 1, 14 § 9), nisi officium iudicis exuberet, ut S. de pac. Cum pridem l'. I. et *extra omnes t. Accedens* (= c. un. *Comp. IV* III. 11), ubi episcopus coniungit eos, qui iuraverant se non repetere . . « (Bf. 105 c. 1) und zu c. 3 Litteras tuas *Comp. III* II. 6 ad v. *recessisse cum lacrimis*: »§ Et ita non erat spoliatus, cum voluntate ipsius recessisset, XXVII. q. II. Agathosa (c. 21). Set queritur, an in causa matrimoniali habeat locum exceptio facta de non petendo. Arg. quod habeat, XXXIII. q. V. Quod deo (c. 4) et *extra omnes t. Accedens*. Credo, quod non habet locum, si uterque in seculo remanet, quia non obstat in hac causa exceptio rei iudicate . . . « (Bf. 125' c. 1).

Zu c. 2 Que in ecclesiarum *Comp. III* I. 1 ad v. *priori teneatur domino* kommentiert Vinc.: » . . Et in alio casu potest vendi feudum, nisi terre, de quibus decimas in feudum tenent, aliqui perveniunt ad cistercienses, ut *extra t. innoc. Exposuisti . . vic.* « (Bf. 99 c. 2) und zu c. 2 Olim causam *Comp. III* II. 6 ad v. *obedientiam*: »§ Non tamen potest episcopus exigere a clerico homagium pro spiritualibus, S. de symonia Ex diligenti l'. I. et S. de reg. iur. Indignum l'. I. Si tamen ad modum laici feudum reciperet, faciat, quod facit laicus, ut in const'. fre. (derici) de feu. Ex parte et *extra t. Exposuisti* de cisterciensibus, qui succedunt militibus iu decimis feudoticils « (Bf. 125 c. 2). — Zu c. 3 Litteras tuas *Comp. III* II. 6 ad v. archiepiscopo *in remotis* agente erklärt Vinc.: »§ Quia presente episcopo non potest arcidiaconus de causa matrimoniali cognoscere, *extra. t. Audito quod archid'. alex.* « (Bf. 125' c. 1).

Im *Archiv* 1926 S. 163 Anm. teilte ich mit, daß ich bis dahin in Vincentius' Apparat zur *Comp. III* nirgends einen Hinweis auf seinen Apparat zur *Comp. I* gefunden habe. *Inzwischen bin ich auf zwei derartige Hinweise gestoßen.* Zu c. 4 Ex parte M. *Comp. III* II. 6 ad v. *voluerit copulare in matrimonio* schreibt nämlich Vincentius: »§ Ista non contrahit matrimonium, quia non erat in etate, nec sponsalia, quia hoc non intendebat, et dicitur e. c., quod non erant sponsalia, et est expressum ff. de sponsalibus Quesitum (D. 23, 1, 9). Contra I. (nra) de despons. impu. Tue, et si id, quod ago, non valet, ut ago, valeat, ut valere potest, S. de despon. impuberum Accessit l'. I., S. de con. coniu. Quidam l'. I. . . Ad illam decretalem (scil Tue) dico, quod illa per verba de presenti intendebat contrahere sponsalia. Licet autem hic non sit obligata ista puella, tamen tenebatur expectare usque ad legitimam (etatem) et ita intelligo *decretales S. de despon. impu. De illis, A nobis l'. I.* (cc. 9, 10), s. (cil.) quod *ibi* impuberes vel pubes et inpubes intendebant contrahere matrimonium, quod non poterant facere, tenebantur tamen se expectare usque ad etatem legitimam et expono *ibi* »sponsalia«, i. e. matrimonium, *ut ibi notavi* « (Bf. 126 c. 1) und eod. ad v. quam non precesserunt *sponsalia*: »Innuitur hic, quod si sponsalia fuissent contracta, compellerentur consummare matrimonium, arg. XXXI. q. ult.

Auch auf die verschiedene Teile des *corpus iuris civilis* wird fortwährend unter Verwendung der damals üblichen Zitationsart verwiesen ¹⁾).

Was die von Vinc. benutzte *Literatur* angeht, so erwähnt er die Anschauung von »quidam« ²⁾, von »illi, qui« ³⁾, von »alii« ⁴⁾, ferner spricht er von »diverse opiniones« ⁵⁾, mit Namen nennt er aber nur den Legisten Johannes Bassianus ⁶⁾ und die beiden Kanonisten von spanischer Herkunft Melendus ⁷⁾ und P., Kardinalbischof von Albano. Letzteren zitiert er in der Glosse zu c. 48 Cum speciali ad v. *vel ipsius confessione* ⁸⁾: »§ Que in criminali non preiudicat, nisi duret, ff. de questionibus (D. 48, 18) l. I. § Divus (§ 17) et § Si quis ultro (§ 27). In liberali causa licet confitear me servum, non obest, nisi scriptum interveniat, C. de agricolis Cum scimus (C. 11, 48 [47], 22). § Et ita confessus in iure appellare non potest et ita liquidior est probatio confessionis spontanee quam convictionis per testes. Dicebat magister p. alban. episcopus, quod ubi concurrat, quod quis vincitur et confitetur, non auditur appellans, C. Quorum ap. non re. (C. 7, 65) l. II. § I. II. Q. V. Consulisti (c. 20), ff. de questionibus l. I. § Divus. Credo, quod confessus in iure post sententiam appellare potest, quia in causa appellationis et de errore facti et de aliis multa proponere potest et peremptoria multa, C. de appell. Eos« (C. 7, 62, 6). Sicherlich hat Vinc. die gleiche Persönlichkeit im Auge, wenn er zu c. 7 Consulti *Comp. III. III. 24 ad v. in secundo* (casu) bemerkt:

c. ult. Set hoc ubi alter est volens, alter invitus, secus si ambo vellent sibi remittere, S. de sponsal. l. I. Preterea (c. 11). Et ibi notavi de hac materia, quia ubi obligamus nos deo, non possumus nobis remittere, ubi quis dat fidem homini, potest ei remitti« (l. c.).

Im *Archiv* ebenda S. 164 Anm. bemerkte ich, daß mir bis dahin keine einzige Glosse des Vincentius zur *Comp. II* vor die Augen gekommen sei. Nunmehr bin ich wenigstens einem Hinweis auf eine solche begegnet, da Vincentius zu c. 2 Cum dilecti *Comp. III II. 7 ad v. prosecutus* kommentiert: »§ Et ideo quasi in contumacem esset procedendum, l. de ap. Sepe (c. 2), et si iudex ordinarius cognosceret de causa, de cetero cognoscetur remota appellatione, S. de appel. Personas (c. 4) l. I. Et si incidens fuerit questio, super qua fuerit appellatum remota appellatione, super illa procedetur, S. de appel. Appellationis (c. 18) l. II. Nec est contra S. de app. Directe (c. 13) l. II., ut ibi notavi, vel illud est speciale in causa matrimoniali« (B f. 126' c. 1).

1) Belege finden sich allenthalben im vorausgehenden und im nachfolgenden.

— 2) S. oben S. 233, 236, 256, 258, 260 Anm. — 3) S. oben S. 224, 261⁶. —

4) S. oben S. 224. — 5) S. oben S. 228. — 6) S. oben S. 260 Anm. —

7) S. oben S. 235. — 8) Die Verweisungszeichen fehlen.

»§ Et nunquid habebit in hoc secundo menbro monaci habitum? Dixit p. cardinal', quod habebit cucullam super suis vestibus, quia in habitu seculari fit probatio, LIIII. (LIII) Legem (c. un.), di. LIIII. Multos (c. 23), XVII. q. II. Si quis incognitus (c. 3). Credo, quod non sit maior asperitas in ordine cisterciensi quam vestis in suo respectu, sicut probatur in aliis ita et in veste monachali, ut sciat ex toto mores eorum, S. e. c. II. l'. e., et quod dicitur in illis c. Legem, Multos, expono: i. e. probetur, qualem vitam habuit in seculari habitu, et in illo c. Si quis incognitus, ubi dicitur: *non detur ei habitus monacalis ante triennium*, expono: non detur ad conservandum, set dabitur ad probandum. «¹⁾ Dieser »magister p. alban. episcopus«, bzw. »p. cardinalis« ist, da der ältere *Petrus*, der bereits i. J. 1142 Kardinalbischof von Albano wurde, nicht in Betracht kommt, kein anderer als Pelagius Galvani O.S.B., seit 1206 Kardinaldiakon von der hl. Luzia in Septisolio, danach (1210) Kardinalpriester von der hl. Cäcilia und seit 1213 Kardinalbischof von Albano († vor dem Monat Oktober 1232)²⁾. Er ist offenbar auch identisch mit dem von Vinc. in seinem Apparat zur Comp. I wiederholt erwähnten Magister Pelagius³⁾.

Der Kommentar stammt, wie sich aus der Art der Zitation des c. Cum Johannes ergibt, *aus der Zeit vor dem Erscheinen der Compilatio IV*. Infolge dieser Bestimmung der Abfassungszeit ist zugleich Bologna als *Abfassungsort*⁴⁾ festgestellt, da Vinc. erst später in sein Heimatland zurückkehrte.

1) Bf. 153⁴ c. 1.

2) Cf. *Ughelli*, Italia sacra 1² (Venet. 1717), c. 257; *Ciaconius-Oldoinus*, Vitae et res gestae PP. RR. 2 (Rom. 1677), c. 27 sq.; *Eubel*, Hierarchia 1³ (Monast. 1913), 4, 35.

3) S. *Archiv* 1926 S. 181.

4) Auf *Bologneser Verhältnisse* wird auch Bezug genommen in der folgenden Glosse zu c. 46 Adversus consules ad v. *recusavit*: »§ Et ita tenetur potestas finita administratione. Set hoc videtur indignum. Tutor enim finita tutela non tenetur, set transferuntur actiones in pupillum vel adultum, C. de anni. tu. Cum quedam (C. 5, 37, 26), et similiter in administratione civitatis, ff. de anministra, re ad curi. pertinen. Curatores § In eum (D. 26, 7, 39 § 11). Et hoc satis concedo, quod non tenetur, nisi ubi versatur tutor in dolo, ut hic et ff. de act. empti et venditi Iulianus § Idem (D. 19, 1, 13, § 17). Tamen aliud est in procuratore, qui promisit de evictione pro re domini, quam distraxit, quia finita procuratore remanet obligatus, ff. de procur. Procurator (D. 3, 3, 67). Et est ratio, quare aliud in tutore vel anministratore et aliud in procuratore, quia tutor vel anministrator ex necessitate officii agit, procuratoris vero officium

Wie aus den vorstehenden bezüglichlichen Hinweisen hervorgeht, wurde der Kommentar des Vincentius zu den Kanones des 4. Laterankonzils von *Johannes Teutonicus* in seinem Apparat zur Comp. IV häufig *benützt*, wie dann hinwiederum Vincentius letzteres Schriftwerk in seinem Apparat zur Gregoriana in außergewöhnlich starkem Maß verwendete. Von der Beibringung weiterer Belege, die mir in Fülle zur Verfügung stünden, glaube ich hier absehen zu dürfen¹⁾. Aus dem Vorausgehenden ist weiterhin ersichtlich, daß unser Vincentiuskommentar, sei es unmittelbar, sei es mittelbar — mittels des V.-Apparats zur Gregoriana — auch in der *Glossa ordinaria zur Dekretalensammlung Gregors IX.* Verwertung fand. Ausdrücklich erwähnt wird Vinc. in der *Glossa ordinaria* zu c. 24 Ut privilegia X V. 33 ad v. *semel in anno*. Die Glosse des Vinc. zu c. 57 Ut privilegia conc. Lat. IV ad v. *semel . . aperiantur* in anno lautet: »Celebratur ergo in ecclesia interdicta, quia interdictum est relevatum, non sublatum, unde idem est et non novum creatur istis religiosis decedentibus, XXIII. Q. I. Achacius (c. 3), XII. d. Preceptis (c. 2), ff. de precario Nam et manente (D. 43, 26, 5). Credo, quod interdictum nec est relevatum nec relaxatum et in ecclesia vere interdicta celebratur licite, sicut potest quis in casu concesso loqui cum excommunicato, XI. Q. III. Quoniam multos (c. 103). Set pone, quod C. annis aliquis privilegiatus venit ad ecclesiam istam nec eam aperit, nuncquid currit ei prescriptio? Non, quia est *privilegium mere voluntarium et solo favore introductum. vinc.*«²⁾ Als Benützer unseres Kom-

voluntarium est. Et colligitur hec solutio in illa l. (ege) C. de administratione tutorum Cum quedam ex illa littera *necessitate officii* (§ 3) et arg. S. de cor. (rectione) excus. (suum) Qualiter l'. e. (c. 8 conc. Lat. IV). Hic ergo tenetur ratione delicti et tenetur civitas, inquantum locupletior facta est, et in residuum potestas, arg. illius legis Iulianus § Idem. Et nota per *hanc constitutionem potestatem bononiensem* excommunicatum esse, si extorquet a clericis secularibus pecuniam et eos compellit in causa criminali sub se litigare, cum hoc sit iurisdictionis episcoporum propriorum vel eorum, in quorum diocesibus delinquant, ut in illo c. Non minus (c. 4 Comp. I III. 36), de quo hic facit mentionem, ubi fit mencio de iurisdictione clericorum. Non tantum [Cod.: tā] dico potestates excommunicatos, set omnes consiliarios eorum et omnes, qui favorem sibi prestant, quia communicant criminosos in crimine, S. de sen. excon. Nuper l'. III., et S. in littera ponitur *et fautores eorum*, nec prodest eis, quod renunciaverunt *privilegio* scolastico, quia *clericali renunciare non potuerunt*, S. de sen. excon. Contingit l'. III. et de fo. con. Si diligenti l'. III. *vinc.*« (Bf. 68 c. 1).

1) Unten folgen weitere Belege.

2) Bf. 69 c. 1. — *Joh. Teut.* hat hier keine Glosse (cf. l. c. f. fff c. 2). — Betreffe der sonstigen Lehre des Vinc. über die *Endigung der Privilegien*

mentars ist sodann *Hostiensis* zu nennen¹⁾. Besonders häufig wird derselbe — sei es direkt sei es indirekt — von *Johannes Andreä* zitiert, wie aus den Angaben oben S. 25—33 zu ersehen ist, wozu ich ergänzend beifüge, daß dort außer acht gelassen wurden die zahlreichen Zitate, betr. Stellen, die schon aus B als Vincentinisches Eigentum nachgewiesen werden können.

Da c. 42 *Sicut volumus* in keiner späteren Sammlung und c. 49 *Sub interminatione* nur in der Comp. IV Aufnahme fand (= c. 6 Comp. IV V. 15), so sollen die zugehörigen Vincentinischen Glossen hier vollständig mitgeteilt werden. Zu c. 42²⁾ ad v. *non usurpent* bemerkt Vinc.: »S. de iud'. Relatum l'. I., S. de fo. con. Ecclesia l'. III. «³⁾; ad v. *iura laycorum*: »§ Arg. quod princeps potest appellare, ne terra eius supponatur ecclesiastico interdicto propter factum alicuius, cum ipse non est in culpa, arg. X(II). Q. II. De rebus (c. 22), S. de spon. Veniens (c. 17) l'. I. Non est vobis« (c. 13)⁴⁾; ad v. de constitutionibus *scriptis*: § Ideo quia iudicant de usuris, de feudis, si si(n)t ecclesie, et de consimilibus.«⁵⁾ Zu c. 49 kommentiert Vinc. ad v. *causa cupiditatis*: »§ Sicut faciunt archidiaconi, ut S. de penis Licet l'. I. Verumtamen illa pena infligenda est, que ad correctionem magis inducet, XXIII. Q. IIII. Ea vindicta« (c. 51)⁶⁾; ad v. *compellatur*: »§ XVIII. d. Quoniam (c. 7), I. Q. VII. Sanctimus« (c. 26)⁷⁾; ad

s. *Lindner*, Die Lehre vom Privileg nach Gratian und den Glossatoren des corpus iuris canonici, Regensburg 1917, S. 107—110, wo jedoch S. 108 die Erklärung von »privilegium mere voluntarium« das Richtige nicht trifft. — Über V.' Privilegienlehre überhaupt s. die Anm. S. 266⁴⁾ (S. 267) und oben Seite 225 f., 231.

1) Vgl. dessen *Apparat zur Gregoriana*, z. B. zu c. 1 l. 1 ad vv. *Firmiter, immensus, suggestione, compositus, una* (ed. Argentini. 1512 f. 3 c. 4, f. 4 cc. 1, 2, 4).

2) C. 42 lautet: »Sicut volumus, ut iura clericorum non usurpent laici, ita velle debemus, ne clerici iura sibi vendicent laicorum. Quocirca universis clericis interdiximus, ne quis praetextu ecclesiasticae libertatis suam de cetero iurisdictionem extendat in praeiudicium iustitiae saecularis, sed contentus existat constitutionibus scriptis et consuetudinibus hactenus approbatis, ut quae sunt Caesaris, reddantur Caesaris, et quae sunt Dei, Deo recta distributione reddantur« (cf. Mt 22, 21) [*Mansi*, Conc. 22, 1027].

3) B f. 67' c. 2.

4) L. c.

5) L. c.

6) B f. 68' c. 1. — Cf. *gloss. Jo. Teut.* eod., l. c. f. fff 3 c. 2.

7) L. c. — Cf. *gloss. Jo. Teut.* eod. l. c.

v. *castigetur*: « § Nota: Una pena succedit loco alterius, XII. Q. II. Fraternitas (c. 11), et si pena pecuniaria infligitur et non suppetunt facultates, moderanda est per iudicem, ff. de officio pre. Illicitas § Preses (D. 1, 18, 6 § 9), nisi voluerit is, cui fit condempnatio, esse contentus, quod prestetur ei cautio a reo, quod cum venerit ad meliorem fortunam, solvet sibi, C. de rei ux. ac. (C. 5, 13) l. I. *vinc.* «¹⁾

Den Schluß möge auch hier die Mitteilung von weiteren interessanten Glossen aus unserem Vincentiuskommentar bilden.

Was zunächst die *bischöfliche Dispensationsgewalt* angeht, so äussert sich Vinc. darüber zu c. 25 Quisquis (= c. 10 Comp. IV I. 3 = c. 43 X I. 6) ad v. *nec absque dispensatione*: § Et quis dispensabit, nuncquid episcopus? Credo quod sic, ex quo non retinet sibi papa, arg. S. de sen. exco. Nuper l'. III., et potest episcopus subvenire isti ratificando ingressum ecclesie, S. de iure pa. Cura l'. I., S. de hiis que fiunt ab episcopo Cum apostolica« (c. 1 Comp III III. 11)²⁾; ferner zu c. 45 In quisbusdam ad v. *dispensatum*: »Quero, a quo. Dico, quod ab episcopo, quia hoc papa sibi non reservat, arg. S. de sententia excon. Nuper l'. III. Sunt tamen *alii*, qui dicunt, quod nunquam dispensat episcopus, nisi ubi est specialiter concessum, arg. I.(nfra) (l) de iud'. At si (c. 6 Comp. I II. 1). Quod non credo. *vinc.* «³⁾ S. außerdem oben S. 235.

Über die *bischöfliche Absolutionsgewalt* bemerkt Vinc. zu c. 3 Excommunicamus ad v. *absque indulto sedis ap.* (§ 5): »§ Hic retinet sibi papa manus iniectionem in absolutione, XVII. Q. IIII. Si quis suadente (c. 29), I.(nfra) ut nullus habeat plura beneficia Grave l'. e. (c. 30) et S. de sen. ex. Significavit l'. II.

1) L. c.

2) B f. 66' c. 1. — Cf. *gloss. Jo. Teut.* eod. ad v. *et ineligibilis*, l. c. f. aaa 4 c. 4. Im Apparat zur Gregoriana hat Vinc. diese — von Vinc. abhängige — Johannesglosse wörtlich ohne Quellenangabe abgeschrieben (A f. 113'). Cf. *gloss. ord.* c. 13 X I. 6 ad v. *fiat*.

3) B f. 68 c. 1. — Cf. *gloss. Jo. Teut.* c. 2 Comp. IV V. 13 ad v. *dispensatum*, l. c. f. fff c. 3 sq.; cf. *gloss. ord.* c. 12 X V. 37 ad v. *dispensatum*. — Über die einschlägige Lehre des Vinc. vgl. weiterhin Brys, De dispensatione in iure canonico praesertim apud decretistas et decretalistas usque ad medium saeculum decimum quartum, Brugis-Wetteren 1925, p. 245³, 246¹, 250. Zu letzterer Stelle ist aber zu bemerken, daß Vincentius vor Joh. Teutonikus schrieb. Vgl. indes Anm. die unmittelbar vorausgehende Anm.

Et nota, quod amplius punitur hic consenciens quam hereticus, qui absolvi potest a quolibet episcopo, I. Q. VII. Convenientibus, Saluberrimum« (cc. 4, 21)¹⁾ und zu Ad liberandam ad v. *scienter*: »§ Et ita excommunicati erunt, qui contra fecerint scienter et in fraudem. Set nuncquid absolvuntur ab alio quam a papa, cum hic papa non retineat sibi absolutionem? Arg. S. de sen. ex. Nuper l. III.«²⁾ und eod. ad v. *sub anathemate*: »§ Nunquid isti absolviendi sunt ab episcopis? Videtur quod sic, quia concilium non retinet sibi absolutionem, S. de sen. excon. Nuper l. III.«³⁾

Über das *Verhältnis der Kirchen- und Staatsgewalt* schreibt Vinc. zu c. 3 Excommunicamus ad v. (vasallos) *absolutos*: »§ Nonne iam erant absoluti, quam cito sunt domini absoluti, ut XV. Q. VI. Juratos (c. 5)? Set dormit obligatio, S. de el'. Quod diligencia l'. I. Vel forte hic dicitur recurrendum ad papam, quia ipse habet deponere reges, XV. Q. VI. Alius (c. 3), non tamen imperatorem, et intelligo, ut papa denunciaret absolutos in perpetuum propter id, quod sequitur: *exponat terram occupandam* salvo iure domini.«⁴⁾

Speciell über das *Privilegium fori* verbreitet sich Vinc. in der Glosse zu c. 40 Contingit interdum ad v. *super rebus spiritualibus*: § Vel eis annexis, S. de iud'. Quanto l'. I., nec cognoscere potest etiam per consensum parcium, S. de fo. con. Si diligenti l'. III., nec in conveniendo nec in reconveniendo et hoc in spiritualibus, quia in civili potest cognoscere de causa clerici laycus, non ubi convenitur, set ubi reconvenitur a layco coram layco nisi in casu, ubi s.(cil.) in fraudem laycus spoliavit clericum, ut sic clericus conveniret eum sub layco et laycus sic eum reconveniret, S. de iure pa. Perlatum § Ad hec. l'. I.«⁵⁾; und zu c. 44 Cum laycis ad v. *usurpatione iurisdictionum*: »§ Quia vult de clericis iudicare, cum conveniuntur a laycis, et tunc non obest clerico, etiam si ibi conveniatur, ut S. de iud'. At si clerici (c. 6), i. e. sive etiam clericus conveniat laycum sive etiam data opera, quod clericus adiret iudicem secularem, ut ita ibi possit reconveniri, ut S. de iur. patro. Perlatum § I. l'. I. Et nota, quod iudicium de mutuis petitionibus non habet locum indifferenter sub layco. Fallit enim in spiritualibus, ut si convenio laycum sub layco et

1) B f. 64 c. 1. — 2) B f. 70 c. 2. — 3) B f. 70' c. 1. — 4) B f. 64 c. 1. — Cf. gloss. Jo. Teut. eod. ad v. *ipse vasallos*, l. c. f. eee c. 4; gloss. ord. c. 13 X V. 8 ad v. *absolutos*. — Vgl. oben S. 225, 259^b (S. 260); Archiv 1918 S. 408. — 5) B f. 67' c. 2.

ipse reconvenit me de decimis vel de iure patro. et aliis spiritalibus, vel si uxor convenit virum sub layco de aliqua possessione et ipse vult eam reconvenire de matrimonio, non potest. Hoc enim relinquitur iudicio clericorum, S. de translatione episcopi Inter corporalia l'. III. Et idem dico, ubi laycus cognoscit inter laycos, si incidit causa spiritalis, supersedebit ei, S. qui fi. sint le. Lator l'. I. Set pone, quod clericus convenit laycum sub layco, ille reconvenit eum furti vel mandati. Non potest, et si eum convincit, nuncquid infamatur, ut ff. de hiis qui no. infa. Furti § Mandati (D. 3, 2, 6 § 5)? Et dicunt *quidam*, quod de hiis non potest conveniri, quia infamant. Si enim patronus conveniat libertum, libertus de dolo excipere non potest, ff. de doli excep. Ap. § Adversus (D. 44, 4, 4 § 16). *Alii* dicunt, quod huiusmodi infamant secundum canones, VI. Q. I. Infames (c. 17). Contra credo, quod infament, et sibi imputet clericus, qui vadit eum sub layco convenire. Set quero, si laycus convenit laycum et medio tempore alter fit clericus vel uterque, quis procedet in causa, an secularis an ecclesiasticus iudex?. Et credo, quod secularis, qui incept, ff. de iurisdictione om. iu. Cum quedam (D. 2, 1, 19). Illud autem dubitari posset, si clericus reconveniret clericum sub layco de servo occiso et convinceret, an ideo clericus deponeretur. Et ego non credo de iuris rigore nisi indirecte, utpote infamaretur inde et deficeret in purgatione. *vinc.* «¹)

Über die *Irregularitas ex homicidio* schreibt Vinc. zu c. 22 Cum infirmitas ad v. precipimus *medicis*: »§ Qui circa promotionem ordinum suo relinquuntur ingenio, S. de eta. et qua. Ad aures l'. II. Imputatur enim medicis impericia, non eventus mortalitatis, ff. de officio pre. § Sicuti (D. 1, 18, 6 § 7). Et nota: Si clericus ledit aliquem et per impericiam medici moritur vel curatur et postea vulnus facit aperturam, imputatur clerico, S. de homic. Inspec-tis l'. II. «²)

Über die *eherechtlichen Eigentümlichkeiten* gibt Vinc. zu c. 52 Licet ex necessitate ad v. persone *graves* folgende Zusammenstellung: »§ Vel egregie, quia mittitur ad illas pro iuramento recipiendo, ff. de iure iur. Ad personas (D. 12, 2, 15). Cum ideo dicit *graves*, quia penes graviores solent deponi hereditaria instrumenta, ff. de fide instru. (D. 22, 4) l'. ult., et senibus idem honor debetur qui et magistratibus, ff. de iure emunitatis Semper (D. 50, 6, 6 [5]), et ita deferendum est gravibus et amplius sciunt facta

1) B f. 68 c. 2. — 2) B f. 66 c. 2.

suorum propinquorum, ff. de fide instru. l. ult., Creditur ergo de auditu gravibus et est speciale in matrimonio. Item est aliud speciale, quod non servatur ordo iudiciarius usquequaque, ut S. ut li. non. con. Ad hoc deus l'. III. Item criminis exceptio impedit restitutionem, S. de div. (ortiis) Significasti l'. I. Item speciale est, quod non restituitur quis favore matrimonii, ubi alias restitueretur, S. de in integrum rest'. Ex litteris l'. III. Item est speciale, quod si tot pronunciant pro matrimonio quot contra, tenet sententia pro matrimonio. XXX. Q. III. Illud (c. 7). Item est speciale in matrimonio, quod peccat quis mortaliter et non compellitur penitere, ut in leproso, qui non vult reddere debitum uxori, S. de coniug. le. (pros.) c. l. l'. I. Item quod claudicat contractus, S. de spon. De illis l'. I. Item quod vinculum debile tollit primum, si post matrimonium de presenti et ante conmixtionem carnalem (l) vovet de intrando monasterium, prevalet votum de futuro, S. de conv. coniug. Ex publico l'. I. Item auditur appellans, ubi alius non audiretur, S. de appell. Directe l'. II. Item speciale est in matrimonio, ut quod emergit post sententiam in causa matrimoniali, revocat sententiam et retractat executionem, S. de cland'. des. Ex litteris l'. II. Item non fertur sententia contra personam procuratoris in causa matrimoniali, cum alias sit generale, ut contra eum feratur, ff. de procur. Plaucius (D. 3, 3, 61). Item lite non. con. recipiuntur testes in causa matrimoniali secundum *quosdam*, S. qui matrimonium ac. pos. c. l. l'. I. Item nunquam transit sententia in rem iudicatam, S. de re iud'. Lator l'. I. Item speciale est in causa matrimoniali, quod plus valet probatio per testes quam confessio. Spontanea enim confessio non preiudicat sine aliquo anminiculo, XXXV. Q. VI. Si duo (c. 4). Item non fit delatio iuramenti in causa matrimoniali. Item non itur ad arbitros, S. de consan. Ex litteris l'. I. Item testes propinqui recipiuntur, S. de matrimonio contra interdictum ecclesie con. Videtur l'. I. Item idem est testis et accusator, XXXV. Q. VI. De parentela (c. 5). Item quod non iuratur de calumpnia in hac causa [im Kod. Lücke]. Item si hec questio incidit in cognitionem layci, non iudicabit de ea, S. qui fi. sint le. Lator l'. I., cum alias qui cognoscit de principali, et de incidenti, etiam si tale sit incidens, de quo per se cognoscere non posset, ut C. de iud'. Quandoque (C. 3, 1, 3). Item si sunt infamati coniugati de consanguinitate, licet deficiant in purgatione, que eis est indicenda, ut S. de offitio pre. Nos inter (c. 4 Comp. l. I. 23), tamen non separabitur matrimonium, quia etsi confiterentur, non separatur [im Kod. Lücke]. Item licet deficiat accusator, non tene-

tur ad talionem, S. de procuratoribus Tue l'. III. Item speciale est, ut nullo probante impediatur matrimonium contrahendum, ut S. de sponsalibus et matrimonio Preterea l'. I.«¹⁾

Das *Ehehindernis der Blutsverwandtschaft* (und der Schwägerschaft) erstreckt sich nach Vinc. gemäß c. 50 Non debet *auch in der geraden Linie bloß bis zum 4. Grad einschließlich*. Vinc. bemerkt nämlich eod. ad v. *quartum gradum*: »§ Dico in omni linea. Quidam tamen intelligunt hoc in transversali, non in ascendenti vel descendenti, quia ibi in infinitum protenditur. Unde adam si hodie veniret sine eva, non inveniret, cum qua contraheret. Et secundum istos concilium intellexit hoc de linea transversali subequali vel superequali, non de ascendenti vel descendenti directa. vinc.²⁾«; und zu c. 45 In quibusdam ad. v. *usque ad quartam generationem*: »§ Set non potest intelligi de linea a latere, set de linea descendenti et ita est arg. pro illis, qui dicunt, quod in linea ascendenti et descendenti extenditur prohibitio copule maritalis usque in infinitum. Alias quare hic diceret: *usque in quartam generationem*? Immo debuit dicere: *nullus de cognatione sua admittatur ad clericatum*, quia hodie omnis consanguinitas terminatur in quarta generatione, I. de matrimonio Non debet (c. 50). Set responderi posset, quod ultra quartum gradum extenditur consanguinitas, licet non ultra quartum gradum prohibeantur nupcie. vinc.«³⁾

Über die *Trunkenheit und deren Sündhaftigkeit* spricht sich Vinc. aus zu c. 15 A crapula ad v. *ebrietate*: »§ Ebrietas quandoque appellatur qualitas quedam, que inest homini ex eo, quod de facili inebriatur, et est quedam dispositio. Forte enim habet tenue cerebrum et hoc non est peccatum, licet *quidam dicant* contrarium. Quandoque ebrietas dicitur quedam passio ex eo, quod iacet quis sepultus vino et nescit, quid facit. Et credo, quod si tunc percuciat clericum, non incidit in canonem XV. Q. I. Sane (c. 7). Quandoque dicitur actus et tunc distinguitur, (an) sit assiduus an non, d. XXV. § Criminis (d. Gr. § 4 p. c. 3). Et appello assiduum actum, quem alii precedunt, alias idem actus non reiteratur. Vel aliter: Ubi scienter se quis inebriat, peccat mortaliter, si vero ignoranter, venialiter, quia decipitur ab uxore vel a serviente.

1) B f. 68' c. 1.

2) B f. 68' c. 1. — Im Apparat des Vinc. zur Gregoriana findet sich diese Glosse nicht (cf. A f. 488'). Vinc. hatte also inzwischen jene Anschauung aufgegeben.

3) B f. 68 c. 1.

Et de eo ecclesia facit vim, an sit assidua ebrietas vel non, quia sic presumit eum magis contempnere vel minus. Set secundum hoc videtur, quod aliquis venialiter non peccet scienter in huiusmodi. Set non est verum, quia si scienter bibit plus iusto citra ebrietatem, veniale est. Similiter si *comedit plus iusto* citra ingluviem, veniale peccatum est¹⁾

1) B f. 65' c. 2. — Nebenbei sei noch bemerkt, daß meine Behauptung im *Archiv* 1928 S. 598⁴ (S.-A. S. 45⁴), c. 1 *Pueris Comp. I V. 20* = c. 1 *XV. 23* sei *unsicheren Ursprungs*, einer Richtigstellung bedarf. Denn das Kapitel ist tatsächlich entnommen aus Augustinus, *De Genesi ad litteram* I. X c. 13 (*Migne*, P. L. 34, 417). Demnach trifft Huguccio das Richtige mit der Angabe, das Kapitel stamme aus Augustins Schrift *De Genesi*. Vgl. *Archiv* a. a. O. und S. 584 (S.-A. a. a. O. u. S. 31). Ich verdanke die richtige Erkenntnis der Schrift von Johann *Baumgärtler*: *Die Erstkommunion der Kinder*, Ein Ausschnitt aus der Geschichte der katholischen Kommunionpraxis von der urkirchlichen Zeit bis zum Ausgang des Mittelalters, München, Kösel-Pustet, 1929 S. 195⁴. Dasselbst wird jedoch völlig unzutreffend angegeben, die Augustinusstelle finde sich in der Wiener Kirchenväterausgabe Bd. 28 [III, 2] S. 311. *De Genesi ad litteram* ist in jener Sammlung bis jetzt überhaupt noch nicht veröffentlicht.

Kirchliche Erlasse und Entscheidungen.

1. Erklärung des Hl. Offiziums, betr. das am 13. Januar 1897 erlassene Dekret über die Authentizität des Comma Johanneum, vom 2. Juni 1927. II *Monitore Ecclesiastico* XL, 193.

Decretum hoc latum est ut coereretur audacia privatorum doctorum jus sibi tribuentium commatis Johannei aut penitus rejiciendi aut ultimo iudicio in dubium vocandi. Minime impedire voluit quominus scriptores catholici rem plenius investigarent atque argumentis hinc inde accurate perpensis, cum ea quam rei gravitas requirit moderatione et temperantia, in sententiam genuitati contrariam inclinarent, modo profiterentur se paratos esse stare iudicio Ecclesiae, cui a Jesu Christo munus demandatum est Sacras Litteras non solum interpretandi, sed etiam fideliter custodiendi.

Feria V, die II junii 1927.

Aloisius Castellano, *Supremae
S. Congr. S. Officii notar.*

Das angezogene Dekret hat folgenden Wortlaut¹⁾:

Feria IV, die 13. jan. 1897.

In Congr. Gen. S. R. et U. J. habita coram Emis. ac RR. DD. Cardinalibus contra haereticam pravitatem Generalibus Inquisitoribus, proposito dubio:

Utrum tuto negari aut saltem in dubium revocari possit esse authenticum textum S. Joannis in Epistola prima, cap. V., vers. 7, quod sic se habet *Quoniam tres sunt, qui testimonium dant in caelo: Pater, Verbum et Spiritus Sanctus, et hi tres unum sunt.*

Omnibus diligentissimo examine perpensis, praehabitoque DD. Consultorum voto, iidem Emi Cardinales respondendum mandarunt: *Negative.*

Feria vero VI, die 15 eiusdem mensis et anni, in solita audientia r. p. d. Adessori S. O. impertita, facta de suprascriptis accurata relatione SS. mo D. N. Leoni PP. XIII, Sanctitas Sua resolutionem Emorum Patrum adprobavit et confirmavit.

J. Can *Mancini*, S. R. et U. J. Not.

1) Siehe dieses Archiv 77, 570.

2. Entscheidung der Sakramentenkongregation in Causa Romana et alliarum, betr. die Exerzitien vor der hl. Ordination, am 27. April 1928. A. A. S. XX, 359.

In plenariis Comitibus H. S. C. die 27 mensis Aprilis curr. anni habitis iudicio Emorum. ac Revmorum. Patrum submissum est sequens dubium a Revmo. Ordinario Vrhbosnen¹⁾ propositum: *An mens sit legislatoris, ut praescriptum can. 1001 § 1 adamussim servetur etiam in casu, in quo alicui omnes ordines sacri brevissimo tempore. ex. gr. spatio unius mensis. conferantur.* Et Emi. ac Revmi. Patres, re mature perpensa, respondendum censuerunt: »*Stetur can. 1001 § 1, idest si qui intra semestre, vel etiam spatio unius mensis ad plures ordines maiores promovendi sint, Ordinarius poterit exercitiorum spiritualium tempus pro ordinatione ad Diaconatum reducere, non tamen infra tres integros dies. Si vero sacri ordines sive beneplacito apostolico, sive decreto Episcopi ad normam can. 1006 § 3, gravi interveniente causa, servatis tamen servandis, praesertim cann. 975—978, distinctis et subsequentibus vel proximis diebus, alicui conferantur, ita ut tempus non suppetat servandi praescriptum can. 1001 § 1, praemissis semper sacro ordini, qui primus erit conferendus spiritualibus exercitiis saltem per sex integros dies, ceteris ordinibus, si fieri poterit, iudicio Episcopi, ad normam can. 1001 § 2, una saltem dies spiritualis recessus praemittatur.*«

Quam responsionem SSmus. D. N. Pius Pp. XI, in Audientia diei 1 Maii d. a., referente infrascripto Secretario huius Sacrae Congregationis, ratam habere et adprobare benigne dignatus est.

Datum Romae apud Sacram Congregationem de Disciplina Sacramentorum, die 2 Maii 1928.

† M. CARD. LEGA, Episcopus Tusculanus,
Praefectus

L. † S.

D. Jorio, *Secretarius.*

Animadversiones.

1. Exercitia spiritualia, quorum auctor exstat S. Ignatius de Loyola, Societatis Jesu Fundator, sive lege particulari (Alexander VII, *Apostolica sollicitudo* 7 Augusti 1662; S. C. Ep. et Reg. *Encycl. ad Ep. Italiae*, 9 Octobris 1682), sive laudabili consuetudine, a promovendis ad Sacros ordines, ante Codicis iuris canonici promulgationem, fere ubique peragebantur.

2. Codex vero I. C. hanc saluberrimam disciplinam non solum generalem effecit, sed ad ordines minores et ad ipsam primam tonsuram extendit, praefinitum temporis spatium, pro iisdem explendis exercitiis, singulis ordinibus

1) Serajevo in Bosnien.

ipsique tonsurae assignans. prout sancitum est in can. 1001 § 1; »Qui ad primam tonsuram et ordines minores promovendi sunt, spiritualibus exercitiis per tres saltem integros dies; qui vero ad ordines sacros, saltem per sex integros dies vacent; sed si qui infra semestre ad plures ordines maiores promovendi sint, Ordinarius potest exercitiorum tempus pro ordinatione ad Diaconatum reducere, non tamen infra tres dies.

3. Quamvis clara concinnaque sit lex, tamen Ordinarius Vrhbosnensis Emorum. Patrum Coetui pro Codicis canonibus authentice interpretandis constituto, dubium de re subiecit, quod a praefato Coetu huic Sacrae Congregationi delatum est.

4. Et Sacra Congregatio, praevis Revmorum. Consultorum votis, et re mature perpensa, in Plenariis Comitibus die 27 Aprilis labentis anni in Palatio Apostolico Vaticano habitis, responsum dedit, quod, una cum proposito dubio, supra retulimus.

5. Nunc, quod spectat ad EE. PP. responsum, dicendum est ipsum can. 1001 § Intentioni et verbis esse conforme, seu esse declarativum iuris constituti.

6. Re quidem vera, dubium desumitur ex eo, quod, si plures sacri ordines, iuxta allatum canonem, intra semestre alicui conferantur, spiritualia exercitia pro Diaconatu ad tres integros dies Ordinarius coarctare valeat nonne maiore temporis coarctatione, secundum legislatoris mentem, pro Diaconatu et ipso Presbyteratu Ordinarius uti poterit, si iidem sacri ordines intra mensem alicui conferantur?

7. Verum, reverentia qua decet, animadvertimus propositum dubium nulla ratione fulciri, nam, omisso trito illo principio iuris. *legislator quod voluit expressit*, legenti canonem 1001 § 1 luce meridiana affulget, semestre esse temporis spatium principium et finem habens, et quidquid intra eius limites a lege statuitur, sub eadem legem cadere, quodcumque sit praefiniti spatii punctum. Stat igitur canonis praescriptum de spiritualibus exercitiis per sex integros dies peragendis, salva exceptione pro Diaconatu, etiam si plures sacri Ordines intra mensem vel brevius tempus alicui conferantur.

8. Non desunt tamen qui canonem de quo agimus benigne interpretari autument ex eo, quod pia animi dispositio ope exercitiorum in Subdiaconatus susceptione acquisita, promovendo ad reliquos ordines si intra mensem eidem conferantur, ob eorum moralem unionem suffragetur; sed neque hoc admittere potest, quia spiritualia exercitia, iuxta normas a S. Ignatio de Loyola traditas, spatio *unius mensis* absolvuntur, et secundum eiusmodi normas S. Carolus Borromaeus, ecclesiasticae disciplinae restitutor insignis, in Concilio prov. Mediolanen. IV, ordinandis suae provinciae ad Subdiaconatum vel ad Presbyteratum exercitia spiritualia peragi iussit. Progressu temporis S. Vincentius a Paulo, alter ecclesiasticae disciplinae strenuus promotor, eadem exercitia suis promovendis alumnis *decem dierum* spatio pro unoquoque sacro Ordine praecepit, quae omnes dies proinde integrum exercitiorum mensem efformant. Et haec S. Vincentii a Paulo disciplina usque ad Codicis promulgationem lege particulari vel consuetudine in Ecclesia viguit.

9. Post hoc. attenta dierum exercitiorum reductione a Codice ad sex integros dies facta, dici nequit piam animi dispositionem ad Diaconatum et ad ipsum Presbyteratum, cuius onus angelorum excedit humeros, iam acquisitam fuisse, ope sex exercitiorum dierum pro Subdiaconatu peractorum, ita ut in expositis adiunctis nova dierum coarctatio admitti valeat.

10. At contingere potest, ut sacri ordines, conferantur breviori tempore quam mensis spatio, et tempus non suppetat servandi legem. Quid faciendum in isto casu? Respondemus praevalere principium iuris: Lex impossibilia non iubet. Et casus eiusmodi impossibilitatis in relato responso clare admittitur et habetur, quoties Episcopi, sive apostolico indulto, sive facultatibus ordinariis, plures eidem promovendo sacros ordines conferant tribus distinctis et successivis, vel proximis diebus dominicis vel festis de praecepto, et hoc gravi causa interveniente, iuxta can. 1001 § 3, servatisque canonibus 975, de aetate ordinandorum, 976, de studiorum requisitis, et 978 de interstitiis, a quibus postremis ob necessitatem aut utilitatem Ecclesiae Episcopi dispensare possunt.

11. Neque a caonum praescripto videtur ullimode aliena aut difformis facultas, quae vindicata est Episcopo seu Ordinario, coarctandi nempe ad unam tantum diem spirituales recessus ante sacram ordinationem in casu expresso, quippe in hac materia non parum deferendum esse arbitrio et iudicio Ordinariorum manifestat ipse legislator, statuens in can. 1001 § 2: «Si expletis exercitiis sacra ordinatio qualibet de causa ultra semestre differatur, exercitia iterentur, secus iudicet Ordinarius utrum iteranda sint necne». Ceterum in Codice pro universa Ecclesia catholica condito, non poterant determinari singuli casus, in quibus, per modum exceptionis lex communis ex integro suam applicationem sortiri non poterat. Quare huiusmodi in adiunctis fideliter id servari debet, quod magis est conforme menti sacrorum canonum, quam prudenter legislator numquam praetermisit significare in generalibus Codicis praescriptionibus. Huic criterio innixa haec Sacra Congregatio censuit peropportuno esse quamdam generalem normam proponere Ordinariis, quam sequantur in exposita difficultate, ut secure et uniformiter se gerant in tam gravi negotio.

D. Jorio, *Secretarius*.

3. Entscheidung der Konzilskongregation in Causa Tarraconensi, betr. die Chordistributionen des Canonicus Theologus, vom 8. Februar 1919¹⁾. II *Monitore Ecclesiastico* XL, 265.

Archiepiscopus Tarraconensis, in Hispania, modo defunctus, H. S. C. sequentia exposuit:

»Joseph B. D., Canonicum Lectoralem huius Ecclesiae Cathedralis, qui — ut mos fuit hucusque in omnibus vel saltem in quamplurimis Ecclesiis Cathedralibus Hispaniae et insuper ex speciali Indulto Apostolico anno 1909 huic Ecclesiae concessa — *loco lectionum S. Scripturae publice in Ecclesia Cathedrali, docet S. Scripturam in Seminario dioecesano*, mane tantum, quinquies in hebdomada per annum academicum, id est, a die 1 octobris cuiusque anni usque ad mensem iunii sequentem, vix capta possessione sui canonicatus suum propositum privatim manifestasse vindicandi sibi privilegium praesentiae fictitiae in choro, ad fructus praebendae et distributiones quotidianas lucrandas,

1) Vgl. auch die Entscheidung vom 14. Januar 1922 in Bd. 108, 628.

tota die illis diebus quibus lectionem sacram in Seminario haberet; sed a proposito resilivit, cum eidem praxis aliarum Ecclesiarum Hispaniarum obiecta sit et praesertim manifestata ei resolutione seu declaratione istius S. Congregationis Concilii, in Pampilonensi 16 decembris 1882, quae quidem omnem controversiam hac super re perimebat,

Nunc autem cum per canonem 420 § 2 iis inspectis quae in can. 400 eiusdem Codicis iuris canonici statuuntur expressis verbis concessum sibi videretur quod antea idem canonicus Lectoralis in votis habuit pro sibi vindicando tale privilegium, rem evidentem reputans iam praescripto illius canonis, Capitulo Cathedrali in scriptis statim notum fecit se a die quo Codex iuris canonici vim obligandi habere inciperet, id est, a die Pentecostes decurrentis anni 1918 usurum privilegio quod per citatum canonem 420 Canonico Theologo conceditur: quod scilicet praesens censendus sit per fictionem iuris in choro *tota die* qua munere suo fungitur; etiamsi ut addit Canonicus Lectoralis, lectionem S. Scripturae in Seminario dioecesano *mane tantum* habeat.

Capitulum vero Cathedrale probe noscens praxim Ecclesiarum Hispaniae pluribus confirmatam declarationibus istius S. Congregationis Concilii saeculo elapso, in Vicensi nempe, Canariensi et praesertim in Pampilonensi, 16 decembris 1882, in qua solemniter edixit: »In casu Canonicum Theologum choro abesse ac distributiones lucrari posse *pro iis tantum diei horis quibus legit in Seminario*«, Capitulum ergo cui haec nota erant confestim et inconsiderate rem definire noluit, sed quid faciendum studio atque maturo rationum examine antea quaeri oportere respondit, praecipiens interim quod nihil innovaretur et ut Canonicus Lectoralis stet praxi et Statutorum capitularium huius Ecclesiae Cathedralis praescripto, iuxta quae nonnisi illis dei horis censetur praesens in choro quibus lectionem in Seminario habeat, donec scilicet post accuratum studium seu examen quaestionis appareat utrum innuendum sit votis Canonici Lectoralis vel potius obsistendum; aut si res adhuc dubia post examen maneret, donec S. Sedes controversiam definiverit.

Examini itaque subiectae fuerunt rationes a Canonico Lectorali productae in sui iuris defensionem: rem scilicet esse in comperto seu evidentem sola praedicti canonis 420 § 2 lectione una cum can. 400; in aliquibus Cathedralibus hispanis ut in Vicensi, Capitula praecitatum canonem 420 Codicis sic interpretata fuisse atque proinde a die Pentecostes 1918 tale privilegium Lec-

torali concessum agnovisse; idque seu veritatem suae thesisi luculenter confirmari auctoritate P. Ioannis B. Ferreres, S. I., qui in suo libro »Institutiones Canonicae iuxta novissimum Codicem, nuper edito, hoc iam clare docet et ad consultationem canonici B. clarius, si libet, idipsum respondit ac manifestavit; tum praeterea auctoritate canonici T. Muniz, qui in suo libro recenter edito ita canonem 420 expressis verbis interpretatur.

Allatis rationibus controversiam non definiri contendens Capitulum Cathedrale vim illarum illidere conatus est atque rem esse in eodem statu quo ante Codicis publicationem asseruit vel ad summum dubium dici posse, quod quidem probare satigit sequentibus argumentis:

1. Canonico Theologo per canonem 420 § 2 privilegium conceditur iis diebus quibus *munere suo fungitur*; atqui munus Canonici Theologi iuxta canonem 400 § 1 est publice *in Ecclesia explicare* Sacram Scripturam, aut si Episcopus id utilius iudicet alia doctrinae catholicae argumenta *in ecclesia explicare* ut iam ista Sacra Congregatio declaravit in Casalensi 26 iunii 1847, ergo si in Seminario docet, tale privilegium sibi vindicare nequit nisi aliud indultum Apostolicum speciale habeatur, quod certo certius in casu non habetur.

2. Certum est praeterea in Capitulis Hispaniae esse quatuor Officia seu Canonicos *de officio* ut dicitur, qui sunt Magistralis, Doctoralis, Lectoralis et Poenitentiarius, et munera quae iure communi Canonico Theologo competunt, speciali iure iuxta hanc disciplinam divisa videri inter Canonicos Lectoralem et Magistralem qui praeter munus principale, habere nempe conciones in ecclesia Cathedrali diebus per Statuta determinatis, onus praeterea habet legendi S. Theologiam in Seminario; quo fit ut Magistralis publice in Ecclesia doceat seu conciones sacras habeat ad clerum et populum diebus quamplurimis festis in anno solemnioribus praesertim, sicque iuxta hanc particularem disciplinam verus canonicus Theologus in Capitulis hispanis non habetur, quamvis tum Lectoralis tum magistralis dici reapse possunt canonici Theologi, post novi Codicis publicationem praesertim, ac proinde si canonico Lectorali privilegium concessum dici deberet per canonem 420 idem iure meritoque Magistrali tribuendum.

Addi etiam oportet, in Hispania a. 1852 editum fuisse decretum concordatum, id est, regium decretum de consensu Nuntii Apostolici, quo Episcopis facultas conceditur imo et commendabatur, ut Canonicis *de officio* onus singulis imponeretur docendi seu legendi in Seminario dioecesano; Poenitentiario,

nempe, docendi Theologiam Moralem, Doctorali Ius Canonicum et Magistrali Theologiam Dogmaticam, quo fit ut sic tres Canonici *de officio* praeter munera sibi propria ex fundatione (Magistralis et Doctoralis per Bullam »*Creditae Nobis*« anno 1474) et iure communi (Poenitentarius), habeant insuper in omnibus fere ecclesiis Hispaniae impositum onus docendi vel legendi quotidie in Seminario. Si ergo canonico Lectorali privilegium concessum intelligi deberet tota die qua legit in Seminario a pari tribus aliis canonicis *de officio* seu officiis disciplinae specialis Hispaniarum idem privilegium concessum vel concedendum dici deberet, imo a fortiori cum Lectoralis praeter lectiones in Seminario nullum aliud onus speciale habeat nisi forte excipias, in aliquibus Ecclesiis ubi quatuor vel quinque conciones in Ecclesia habendas annuatim Statuta Capitularia imponunt.

3. Absque dubio est et recentissimis responsionibus S.Sedis (v.g. S. Congr. Concilii 11 aprilis et 25 iul. 1891) confirmatum, Canonicum Theologum, magisterii munus in Seminario exercentem, percipere non valere distributiones chorales pro diebus quibus docet, si pensionem a Seminario accipiat: nunc autem, certum est per Concordatum hispanum, canonico Lectorali, sicut aliis tribus canonicis *de officio*, maior annualis pensio a Gubernio solvenda fuit assignata et de facto eis confertur prae caeteris canonicis, quia illis onera specialia praeter communia omnibus, fuerant imposita; si ergo canonico Theologo privilegium praesentiae fictitiae in choro non est agnoscendum quoties ipse pro munere docendi in Seminario congruam pensionem accipiat ab ipso Seminario, a pari Lectorali esset denegandum in Capitulis Hispaniae (etiam in casu quo per ius canonicum et nunc per Codicem amplum illud privilegium praesentiae choralis tota die qua munere suo fungatur etiamsi mane tantum in Seminario doceat, certo constaret, fuisse ei concessum) *totaliter* ita ut nec pro iis diei horis quibus doceat illo privilegio gauderet, si ipse congruam prae ceteris canonicis pro munere speciali adimplendo pensionem perciperet a Gubernio. Sed cum aliquam pensionem quamvis non congruam pro munere speciali Lectoralis accipiat a Gubernio (pensio enim eius totalis annua, sicut et ceterorum canonicorum qui *de oppositione et gratia* vocantur pensionem 500 libellis excedit), minime conveniens et iustum videretur privilegio quod forte (vel ut defenditur per Lectoralem) iure communi Canonico Theologo sit concessum totaliter seu integre illum gaudere, sed partim tantum pro iis scilicet diei horis quibus lectionem ratione praebendae in Seminario dioecetano habeat.

Nec praetereundum sane quod in Cathedralibus hispanis iuxta particularem disciplinam simplices canonicatus, sicut et beneficia, alii sunt *de oppositione* qui ita appellantur eo quod lege concursus conferuntur, et insuper praeter onera communia speciale aliquod onus possessoribus clericis personale imponitur, atque *canonici de gratia*. ideo appellati quia legi concursus non subiiciuntur. Iam vero aliquibus *canonicis de oppositione*, ac etiam beneficiatis eiusdem generis, in omnibus vel fere omnibus cathedralibus Hispaniae onus speciale est impositum docendi vel legendi gratis in Seminario Philosophiam, Theologiam vel Ius canonicum prout in edicto concursus fuerit rite determinatum: et hi canonici et beneficiati *de oppositione*, gratis omnino in Seminario docent, specialem pensionem a Gubernio non percipiunt (pensio enim annua ipsorum eadem ac canonicorum et beneficiatorum *de gratia*) praesentiae fictitiae privilegio in choro non gaudent nec pro iis diei horis quibus docent; si ergo istis canonicis *de oppositione* praesentia ficta non conceditur nec pro diebus et horis quibus docent, multo minus pro *tota die* qua docet Lectorali est agnoscenda qui maiorem pensionem ratione specialis muneris seu oneris a Gubernio solvendam habet.

Quae omnia cum ita sint, etsi iure communi revera Canonico Theologo privilegium praesentiae fictae in choro concederetur *tota die* qua docet in Seminario, adiuncta specialia canonicatum *de officio*, Lectoralis praesertim, ratio omnino sufficiens dicenda videtur *specialis disciplinae* quae praxim ecclesiarum Cathedralium hispanarum constituit iuxta quam iis tantum diei horis quibus docet in Seminario, canonicus Lectoralis praesens per iuris fictionem ad fructus et distributiones lucrandos censetur in choro. Quae adiuncta, seu ratio disciplinae specialis, cum adhuc integra et totaliter permaneant, specialis petitionis exstat fundamentum a Capitulis et Episcopis Hispaniae Romano Pontifici offerendae ut Sancta Sedes antiquam Hispaniae disciplinam in hac re servaret vel restitueret, si canon 420 § 2 Codicis Iuris canonici reapse eam interpretationem pro ecclesia universali accipere debeat quam Canonicus Lectoralis Tarraconensis pro viribus vindicare contendit.

Haec adiuncta peculiaria seu circumstantias loci forte prae oculis habuerunt (et abs dubio habuerunt, si specialis disciplina tantum pro Capitulis Hispaniae fuisset tunc admittenda seu legitima declaranda) E.mi Patres S. Congr. Concilii, quando die 16 decembris 1882 ad consultationem Canonici Lectoralis *Pampilonensis*: An pro tota die excusaretur a choralis adsistentia et quoti-

dianas posset lucrare distributiones diebus quibus legebat in Seminario, a prima die scilicet octobris usque ad mensem maii sequentis?; responderunt: »*In casu de quo agitur*, Canonicum Theologum choro abesse ac distributiones lucrare posse *pro iis tantum diei horis* quibus legit in Seminario, onerata conscientia»: prout videre licet in vol. 15 commentarii *Acta Sanctae Sedis*, p. 467; ubi commentatores iam exponunt suam sententiam iugi observantiae haud refragari resolutionem themate, nam eadem servatur lectionum materia et tantum indulgentur *in casu de quo agitur*, ut lectiones habeantur in Seminario attentis forsan peculiaribus loci circumstantiis.

Haec, E.mi Patres, hucusque exposita ab utraque parte producuntur in sui cuiusque iuris defensionem; quapropter, cum res dubia sit incertumque saltem ius videatur, rogatu Capituli Cathedralis ac ut finis controversiae definitive ac liquido imponatur Archiepiscopus Orator ab ista S. Congregatione sequentium dubiorum solutionem humiliter atque enixe postulat:

1^{um} Utrum Canonicus Theologus praescripto canonis 420 § 2 censendus sit per fictionem iuris praesens in choro ad fructus praebendae et distributiones ordinarias lucrandas, *pro integra die qua docet* seu lectiones sacras in Seminario habeat?

2^{um} Et quatenus affirmative; utrum eodem privilegio nunc donatus dici debeat, post Codicis promulgationem a die Pentecostes Theologus seu Lectoralis Ecclesiae Cathedralis Tarraconensis qui loco lectionum Sacrarum in Ecclesia Sacram Scripturam docet in Seminario; an potius servanda sit disciplina specialis Hispaniae quae declaratione istius Sacrae Congregationis Concilii die 16 decembris 1882 et aliis declarationibus eiusdem S. Congregationis confirmatur.

Die VIII febr. 1919 S. Congregatio Concilii, in plenariis Em. orum ac Rev. morum Patrum comitiis in Palatio Ap. Vaticano habitis, omisso primo dubio, ad secundum respondendum censuit: »*Affirmative* ad primam partem: *negative* ad secundam«.

Facta autem de praemissis SS.mo D.no Nostro BENEDICTO Diivina Provid. PP. XV relatione per infrascriptum S. Congregationis Secretarium in Audientia insequentis diei IX eiusdem mensis et anni, Sanctitas Sua resolutionem Em.orum Patrum approbare et confirmare dignata est.

L. † S.

D. Card. SBARRETTI, *Praefectus*.

J. Mori, *Secretarius*.

4. Entscheidung der Konzilskongregation im Causa De Zacatecas et aliarum, betr. die Berechnung der Abwesenheit vom Chordienst nach Tagen, vom 12. März 1921.

II Monitore Ecclesiastico XL, 289.

Non pauca praesertim Americae Latinae Capitula a. S. Congregatione expostulant indultum computandi tempus vacationis a choro non per dies, sed per horas canonicas. In pluribus casibus edicitur pro huiusmodi computatione vigere consuetudinem, et praxim saepe esse in capitularibus constitutionibus insertam.

Praestat heic nonnullas eorum petitiones ad verbum referre.

1. Episcopus De Zacatecas exponit: »In Capitulo Cathedrali huius Ecclesiae, ab ipsa fundatione et per consuetudinem a Guadalaxarensi Metropolitano Capitulo sumptam, tres menses legitimae absentiae computari possunt non tantum per dies integras sed etiam per horas canonicas, quae licentia sancita fuit in novis statutis iuxta praescriptum in Concilio Plenario Latino Americano redactis et admissa fuit cum fundamento in quadam resolutione S. C. Concilii in una Mexicana, diei 18 martii 1854 (Pallottini, *Collect. Resolut. S. C. Concilii*, Tom. V, s. v. *Canonici*, paragr. IX, n. 201 et 203): sed cum exortum fuerit aliquod dubium et ex alia parte nil carius sit tum Antitisti tum Capitulo observantia legum ecclesiasticarum quaeritur: Utrum in casu liceat computare absentias legitimas etiam per horas canonicas et non tantum per dies.«

«In casu negativo, Episcopus praedictus reverenter petit indultum talem computationem faciendi ad hoc ut non tam cito mutentur nova statuta».

2. Item Archiepiscopus Angelopolitanus: «Ab immemorabili existit in hac Ecclesia Metropolitana mos computandi vacationes Canonicorum non per dies sed per horas canonicas. Ita enim proceditur. Si aliquis Canonicus non interfuerit alicui horae canonicae ipsi dantur integri fructus, dempta tantum parte quae aequivalet distributionibus inter praesentes, sed hora illa computatur pro vacationibus. Si abfuerit pro decem horis haec absentia computatur pro die et ita successive usquedum compleantur tres menses vacationum. Si vero absentiae superent tale tempus, tunc nec fructus absentiae dantur. Hoc posito oratores S. V. humiliter precantur ut liceat eis in posterum perseverare in tali modo computandi vacationes».

3. Pariter Capitulum Ecclesiae Paranensis refert: «Iam a fundatione huius Capituli, beneficium canonicale unice ex menstruis

gubernii assignationibus constituitur, ex quibus tertia pars depromitur pro quotidianis distributionibus.

Ob nimiam cleri inopiam debent canonici et beneficiati aliis occupationibus vacare, ut sunt, v. gr.: magisterio in dioecetano Seminario fungi, in curia episcopali officia et munera exercere, in curam animarum incumbere et opem praestare in regimine piarum et saecularium associationum, quales a modernorum temporum conditione exiguntur.

Gubernii assignationes, si antea exiguae erant, hodie vero insufficientes sunt in nostris etiam regionibus ad vitam degendam qualem sacerdotalis exigit dignitas, eo quod esculenta et vestimenta magis in dies valore crescunt.

Ex canonicis et beneficiatis nemo est, qui tribus vacationum mensibus a Codice et Capitularibus Constitutionibus concessis fruatur, eo quod, ob adimpletionem munerum et obligationum, de quibus supra, nequeat a civitate abesse: quae etiam sunt causa cur saepe saepius impediuntur quominus choro per unius alteriusve horae spatium intersint.

Hucusque, ob rationes supra expositas, et consuetudinem in nostris locis a fundatione capitulorum existentem, absentiae tempus a choro per horas et non per dies supputatum est.

Cum autem per resolutionem S. C. Concilii die 10 Iulii 1920 dub. VI, per dies et non per horas absentiae tempus supputandum sit, Capitulum Cathedrale Ecclesiae Paranensis a S. V. expostulat ut et in posterum possit per horas et non per dies supputari, ut in Mexicana 18 mart. 1854, et petit subsanationem, ad tollendam omnem angustiam animi et ad reddendam tranquillitatem conscientiae».

4. Demum, ut alia omittam, Capitulum Ecclesiae Cathedralis S. Christophori de Laguna ait: »Ab ipsa huius Cathedralis fundatione perpetuam hic extare consuetudinem, etiam statutis capitularibus sancitam sumendi quotannis nonaginta vacationum dies sive continuos, sive interpolatos sive etiam per horas, ita ut ad notandam absentiam unius diei, absentia per octo horas canonicas quoque interpolatas, Missa inter illas computata, exigeretur; et similiter praesentia per octo horas canonicas ad praesentiam unius diei; ut igitur liceat in posterum eandem illam immemorabilem praxim asservare S. V. humillime rogat. Quae omnia, occasione condendi nova statuta, hoc Capitulum, unanimi suffragio et de

consensu sui Rmi Episcopi reverenter exponit et pro eorumdem concessione S. V. enixe rogat.«

Die 12 martii 1921 Sacra Congregatio Concilii in plenario conventu Em.orum ac Rm.orum Patrum habito in Palatio Apostolico Vaticano, ad proposita dubia, nimirum: »I. Utrum liceat computare tempus vacationum choralium per horas canonicas et non per dies.« Et quatenus *negative*: II. An in casu concedendum sit indultum«, respondendum censuit:

Ad I. *Negative*.

Ad II. Annuendum esse precibus per indultum ad septennium. Interim Ordinarii curent ut paulatim statuta capitularia refoventur ad normam iuris.

Facta autem de praemissis SS.mo D.no Nostro Benedicto XV relatione per infrascriptum Secretarium, in audientia diei 13 subsequentis, SS.mus resolutionem datam approbare et confirmare dignatus est.

D. Card. SBARRETTI, *Praefectus*.

J. Mori, *Secretarius*.

**5. Entscheidung der Konzilskongregation in Causa S. Christophori de Laguna, betr. die Verteilung der Fallenzien beim Chordienst, vom 16. April 1921.
Il Monitore Ecclesiastico XL, 296.**

Inter varia dubia huic S. Congregationi proposita pro novis statutis condendis, Capitulum Ecclesiae Cathedralis Tenerifensis exposuit etiam: »numquam exstitisse in hac ecclesia distributiones, quae *inter praesentes* nominantur; ut ergo maior stimulus ad physicam praesentiam in choro habeatur, a S. V. reverenter expostulat ut fallentiae seu distributiones amissae ab absentibus habeantur in posterum ut distributiones *inter praesentes* tantum lucrandae ad normam Can. 420, § 2.«

Parvae huic concessioni immutandi species distributionis obstare videtur damnum quod quibusdam interesse habentibus exinde obveniret. Fallentiae enim accrescunt diligentibus; et lucrantur etiam ab iis qui fictione iuris praesentes censentur. Ad eas ex. g. ius habent infirmi: dum contra infirmi taxative excluduntur a perceptione distributionum *inter praesentes* iuxta cit.

can. 420. § 2. Id praeterea in novis condendis statutis inserendum petitur. An possit id permitti?

Die 16 Aprilis 1921: in plenario conventu habito in Palatio Apostolico Vaticano Emi ac Rmi Patres S. C. Concilii respondendum censuerunt:

«Indulgendum esse precibus, ita ut haec clausula inseratur in novis statutis capitularibus, ad normam can. 420. § 2, dummodo omnes Capitulares consentiant».

Facta autem de praemissis SSmo Dno Nostro Benedicto XV relatione per infrascriptum S. C. Secretarium in audientia diei 17 subsequens, Sanctitas Sua resolutionem benigne approbare et confirmare dignata est.

L. † S.

D. Card. SBARRETTI, *Praefectus*.

J. Mori, *Secretarius*.

**6. Entscheidung der Konzilskongregation in Causa Dioecesis
N. in Gallia, betr. die Rechtsstellung der Kanonikate
zweiter Gründung, vom 14. Februar 1920.
II Monitore Ecclesiastico XL, 270.**

Canonici Ecclesiae Cathedralis N. in Gallia de consensu Episcopi, sequentia exponunt:

Capitulum Ecclesiae Cathedralis N. ex indulto quo die 1^a Septembris anni 1862, S. D. N. »sancire ac confirmare in perpetuum numerum *novem* canonicorum in Ecclesia Cathedrali nunc existentium« dignatus est, constat revera novem canonicis numeratis. Hi canonici numerati vocantur in Gallia: *titulaires*.

Porro, decursu temporis, annis scilicet 1903 et 1916, de consensu capituli, iuxta praedictos novem canonicos a RR. DD. N. Episcopis duo canonici constituti sunt qui in choro divina officia cum numeratis persolvunt et proventibus, alter sumptu suo, alter sumptu decessoris institutis, sustentantur. Huiusmodi canonici vocantur in Gallia: *prébendés*.

His expositis, quaeritur:

»1. Utrum hi duo canonici vulgo *prébendés* interesse queant coetibus canonicorum acturis de negotiis Ecclesiae cathedralis et capituli.

»2. Utrum, si ad primum *affirmative*, hi duo canonici de omnibus negotiis quae ad capitulum et Ecclesiam cathedralem pertinent, ius habeant deliberandi et suffragium emittendi.

»3. Utrum participare debeant redditus, tenuissimos quidem, quibus fruitur capitulum.

»4. Utrum his duobus canonicis competat ius habendi scamnum, secundum tempus quo possessionem ceperunt inter novem canonicos numeratos, an seorsum ab his in choro semper sedere debeant«.

Die 14 Februarii 1920. Sacra Congregatio Concilii, in plenariis Em.orum ac Rev.morum Patrum comitiis in Palatio Vaticano habitis, respondendum censuit:

Ad I. *Affirmative*, quando agitur de negotiis quae tangunt interesse generale Capituli vel Ecclesiae Cathedralis.

Ad II. *Affirmative*, exceptis iis in quibus agitur de negotiis canonicorum titularium.

Ad III. *Affirmative*, exceptis iis quae pertinent ad canonicos primae erectionis seu titulares.

Ad IV. *Negative* ad primam partem; *affirmative* ad secundam; seu canonicos praebendatos sedere debere post canonicos titulares.

Facta autem de praemissis SS.mo D.no Nostro Benedicto Divina Providentia PP. XV per infrascriptum Sacrae Congregationis Secretarium relatione, in Audientia insequentis diei 15 eiusdem mensis et anni, Sanctitas Sua resolutiones Emorum Patrum approbare et confirmare dignata est.

L. † S.

D. Card. SBARRETTI, *Praefectus*.

J. Mori, *Secretarius*.

7. Schreiben der Konzilskongregation an den Bischof von Civita Castellana, betr. die Eintragung des Taufaktes, vom 31. Januar 1927. Il Monitore Ecclesiastico XL, 142.

Sono stati presi in esame i quesiti rivolti a questa S. C. dal Vicario parroco della Cattedrale di Civ. Castellana i quali sono espressi nei seguenti termini:

1° »Chi deve estendere l'atto di battesimo nel caso che venga battezzato in Cattedrale un bambino di altra Parrocchia:

il Vicario-Parroco della Cattedrale stessa, ovvero il Parroco di domicilio del battezzato?»

2° »Se il primo, che valore ed estensione hanno le parole del Canone 778 »certiorem reddat?»

Considerate bene le parole del citato canone sembra evidente che esso suppone essere il parroco battezzante colui che deve stendere l'atto, con l'obbligo di dare al parroco del domicilio una *semplice notizia* dell'avvenuto battesimo.

Con sensi di sincera stima mi professo

Della S. V.

Roma, li 31 gennaio 1927.

D.mo

f. † *Giulio*, vesc. tit. di Lampsaco.
segretario.

L. † S.

F. Can. Pascucci, *relatore.*

8. Entscheidung der Konzilskongregation in Causa Apuana, betr. das Begräbnisrecht auf einem kommunalen Friedhof, vom 12. November 1927. A. A. S. XX, 142. (Auszug.)

Quaesitum est: — 1. An parrocho SS.mae Annuntiatae ius exclusivum competat sepulturae ecclesiasticae sui paroeciani qui sepulchrum habeat in municipali coemeterio in casu. — 2. An idem exclusivum ius eidem parrocho competat si suus paroecianus tumulationem ibidem elegerit in casu.

Responsum est (S. Congr. Conc., 12 nov. 1927): *Affirmative ad utrumque.*

Praepositus-parochus ecclesiae SS. Assumptae (cathedralis) in hoc potissimum intentionem suam fundat, quod coemeterium de quo agitur, a parrocho SS. Annuntiatae, quae paroecia diversum coemeterium habet, non possit haberi ut suum propriumque, sed potius ut alienum: adeo ut, licet suus paroecianus ibidem sepulturam elegerit, vel etiam ibidem proprium sepulchrum aut familiare habeat, semper tamen parochus SS. Annuntiatae prohiberetur in alieno coemeterio functiones suas explere, in quo nempe extraneus censetur, secus ac parochi civitatenses, qui singuli in eodem coemeterio ut in suo proprio exercent iura et officia sua. Tum, itaque, si cadaver illuc mittendum est, ubi sive elegerit

defunctus suam sepulturam, sive sepulcrum suorum habeat, subintrat in casu ius in can. 1230, § 7, seu parochus ecclesiae cathedralis habendus est, ad effectum saltem sepulturae, utpote parochus proprius defuncti. Nec solum ad effectum sepulturae, cum immo ad normam can. 1218, § 1 et 1232 § 1, *ubi cadaver commode asportari possit*, parochus sepulturae valeat omnino illud auferre ad suam ecclesiam pro exsequiis, et inde ad coemeterium associare (1231, § 2). Secus sentire, ita interpretatur, praepositus-parochus, idem esset ac delere ex Codice can 1223, 1229.

Verum — ex adverso argumentatur — in hac demonstratione plura permixta ac confusa sunt, quae immo sunt probe et penitus discernenda.

Et in primis, certum est nullum speciale ius parochi SS. Assumptae esse in coemeterium commune Apuanum, eo quod hoc materialiter situm sit in territorio suae paroeciae. Siquidem ut pluries censuit haec Sacra Congregatio, signanter in Derthonen, 24 Maii 1821 in Ariminen., 14 Maii 1825 «communia coemeteria, causa publicae valetudinis, subrogata fuerunt singulis ecclesiarum sepulturis. — Ecclesia proinde quae ius habebat tumulandi in propriis sepulturis, nunc ius istud exercet in publico coemeterio: ideoque non sublatum ius fuit, sed variatus locus: quod profecto non impedit emolumentorum perceptionem et ius peragendi exsequias». Hinc «ius ecclesiae paroeciae in qua coemeterium situm est» in Codice, quoad extraneos, tantum asseritur intra limites canonis 1230, § 7. Qui limites artissimi sunt, utpote qui contineant normam omnino *suppletivam*, tunc adhibendam cum nulla ex praecedentibus iuris sanctionibus in casum quadrat, et potissimum cum parochus defuncti proprius nec adest, nec potest suum ius exercere, et ideo ecclesiae cathedrali, vel paroeciae loci id tantum conceditur quod in casu parochus proprius nequit: v. g. si cadaver naufragi undis maris in littore extraneo exponatur vel si parochus proprius peragere potuit solummodo, aut de facto peregit, solas exsequias (cf. S. C. Concilii in Novarien, 27 Maii 1893, 21 Jun. 1895; in Asten., 26 Jan. 1907, quoad defunctos quorum cadavera *ferreo cursu* translata fuerant ad aliam civitatem). Ceterum etiam in can. 1230, § 7 adiicitur: »nisi aliud ferat loci consuetudo«. quod revera obtinet in casu nostro, ubi contraria observantia oblitteratum apparet ius ecclesiae cathedralis.

Re quidem vera ex can. 1216, § 1: «iure ordinario ecclesia in quam cadaver pro funere deferri debet, est ecclesia paroeciae defuncti»: dicitur autem »iure ordinario» quia iuribus parochi derogari

potest vel iure particulari, vel privilegio, vel consuetudine, vel, ut est in ipso canone, privata eademque legitima defuncti electione: semper tamen haec certa omnino sint oportet: nam in quolibet dubio »ius propriae ecclesiae paroecialis semper praevalere debet«. In casu autem certum est nullum intercedere privilegium, nullamque consuetudinem: quae immo adest explicita in favorem parochi proprii, ut ex facti specie depromitur. Tantum haec duo opponuntur: sepulcrum familiare seu gentilitium, electa sepultura. Verum, ut de hac altera statim dicamus, electio defuncti potest cadere vel in solam ecclesiam funeris, vel in solum coemeterium sepulturae vel in utrumque simul. Nam ecclesia funeris et coemeterium sepulturae, saepe saepius de facto separantur, et in Codice iuris canonici separabilia exhibentur (can. 1223—1227; immo in sensu can. 1205, § 2, separanda), ea tamen lege, ut, ex can. 1231, qui decesserit non electa sepultura, nec habeat sepulcrum maiorum, sepeliri debeat in coemeterio ecclesiae funeris. Posita, in casu, mera electione *sepulturae*, ad mentem can. 1228, nihil aliud inde sequitur quam ius et obligatio sepeliendi cadaver in loco electo »dummodo nihil obstet ex parte eorum a quibus coemeterium pendet,« qua clausula, ut supra ostensum est, nullo modo asseritur ius aliquod vetandi seu interveniendi ex parte parochi vel ecclesiae in cuius territorio coemeterium situm est: multo minus eadem adimitur proprio parochi ius funerandi in casu.

Quod autem attinet ius sepulcri *proprii* in coemeterio a defuncti familia comparati, probe distinguendum est, cum Codice, sepulcrum *particulare*, de quo in can. 1209 dicitur obtineri posse in coemeterio »ex licentia scripta Ordinarii loci« a sepulcro *maiorum* seu gentilitio, de quo in can. 1208, § 3 dicitur permitti posse ab Ordinario loci *extra* coemeterium: illud quippe nullum praeterea gignit ius, quam ut cadaver in eo sepeliatur si illuc commode asportari possit, vel si illuc transferatur susceptis ab heredibus translationis expensis iuxta can. 1229, § 1; istud quoque, seu gentilitium, *per se* non aliud postulat, licet facilius praesumatur hoc in casu electa etiam *funeris* ecclesia ad mentem cann. 1223—1227. Sed in casu nostro agitur tantum, ad summum, de sepulcro particulari acquisito in coemeterio: diximus *ad summum*, nam in facti specie explicite excluditur intercessisse in hac acquisitione vel constitutione sepulcri »scriptam licentiam Ordinarii loci«, quam exigit can. 1209 iuxta pluries resoluta in hac Sacra Congregatione, praesertim in Clavaren., *Funerum*, 17 Junii 1905, de *canonica* erectione huiusmodi sepulcri. Cfr. Pirhing, in lib. III, 19*

tit. 28, § 3, n. 24; Barbosa, *de off. et pot. par.*, p. III, c. 26. n. 9, et Gennari, apud *Monit. Eccl.* XVII, 349, qui concludit: »Quando non vi ha permesso del Vescovo non vi ha nemmeno canonica erezione di sepolcro; molto meno può dirsi canonicamente eretto senza cotal permesso in un publico camposanto. Imperocchè quantunque cogli odierni cimiteri non si rechi pregiudizio al diritto delle chiese tumultanti, pure un sepolcro gentilizio eretto in esse, non apparterrebbe a nessuna chiesa, quando non ci fosse una determinazione dell'autorità ecclesiastica: molto meno poi, se, come nel caso, il cimitero fosse eretto dall'autorità laica, senza dipendenza da quella ecclesiastica, e meno ancora quando nel pubblico cimitero non vi fosse luogo diverso per gli acattolici«, et citat ad rem ex recentioribus Berardi, *de par.*, 770; Alberti, *de sepult. eccl.*, n. 21; ex quorum doctrina satis evincitur cautissime omnino, cum agitur de hodiernis publicis coemeteriis laicalibus, procedendum esse in deducendis can. 1228 et 1229, praesertim ad effectum can. 1231.

Nec regerere valet distinctio coemeterii, quoad parochum proprium, *sui* aut non *sui*: quia revera, ad excludendum ius immo officium ex. can. 1231, § 2 incumbenti ei »qui in ecclesia exsequias peregit« non adducitur nisi »gravis necessitatis causa«, nec alia fit distinctio nisi de eo »an commodè (pedestri itinere [can. 1218 § 1]) asportari possit« necne (can. 1232, § 2), servatis nempe norma et modo in can. 1218 praescriptis. In casu autem paroecia suburbana SS.mae Annuntiatae finitima dicitur paroeciae urbanae, adeo ut ad communale coemeterium omnino commodum sit iter iuxta praefatam normam: quoties igitur, non electa alibi ecclesia funeris, cadaver paroeciani sive iure sepulcri sive ob electam sepulturam in coemeterio communi condendum sit, libere poterit (can. 1232, § 1) parochus proprius, post expletum funus in sua ecclesia, illuc cadaver deducere, cum stola et elata etiam per paroeciam interpositam (*Ex officio*).

9. Entscheidung der Konzilskongregation in Causa SS. Conceptionis de Chile, betr. das Wiederaufgraben der Leichenreste und deren Beisetzung in Kirchen, vom 10. Dezember 1927.

A. A. S. XX, 261. (Auszug.)

Quaesitum est: — 1. Potestne tolerari praxis statuendi per testamentum voluntatem transferendi proprias exuvias e communi coemeterio in aliquam ecclesiam post aliquod temporis lapsum a morte? — 2. Canon 1205 § 2 intelligendusne est etiam de ossibus, ita ut haec quoque sepeliri interdicantur in ecclesiis? — 3. An verbum *cadavera* presse sit accipiendum.

Responsum est (S. Congr. Congr. Conc., 10 dec. 1927): *Ad primum, negative et Episcopus prudenter praxim remove curet. — Ad secundum, affirmative. — Ad tertium, provisum in altero.*

Quoad primum dubium, animadvertendum imprimis ex praescripto canonis 1214 § 1 »nullum cadaver perpetuae sepulturae ecclesiasticae traditum« exhumari posse sine licentia Ordinarii, Porro sepultura, quae fit in coemeterio *communi*, ut in casu, ex lege ecclesiastica natura sua perpetua est. Si igitur in can. 1214 sermo est tantummodo de *perpetua* sepultura, permissio exhumandi in ceteris casibus, intelligenda est de sepultura *provisorie* facta *extra coemeterium* proprie dictum, seu de loco sepulturae more occasionali et extraordinario, uti v. g. tempore belli. Unde S. Congregatio Ep. et Reg., 28 Jan. 1603, censuit «cadaver, *quod alicubi positum non est per modum depositi*, sed traditum est perpetuae sepulturae, exhumari non licet, nec alio asportari, nisi de licentia Ordinarii». Cfr. Ferraris, v. *Cadver*, n. 53.

Proinde sepulturá rite facta in coemeterio *communi* sive *ordinario* natura sua perpetua est, nec ullo pacto eam temporaneam facit voluntas testatoris, de qua supra. Ratio enim perpetuae vel temporariae sepulturae non ex defuncti intentione aut familiae vel heredum voluntate aut forte ex lege civili desumenda est, sed ex ipsa rei natura, nimirum ex lege Ecclesiae et circumstantiis obiective ac generaliter perspectis. Itaque cum sepultura in casu sit profecto *perpetua* ad normam iuris, applicandum est praescriptum can. 1214 § 1, scilicet »nullum cadaver . . exhumare licet, nisi de licentia Ordinarii.«

Olim satis non erat licentia Ordinarii, sed expressa venia Sedis Apostolicae in multis casibus requirebatur. S. C. Imm. *Aesina*, 17 Dec. 1602; *Sutrina*, 1 Jun. 1604; *Maceraten.*, 8 Aug. 1645, etc. Cfr. Ferraris, l. c., n. 16 ss.

Accedit quod ne ipsa quidem cadavera Servorum Dei exhumari possunt absque peculiari facultate a legitima auctoritate ecclesiastica obtenta, etsi plures vel plurimi anni iam praeterlapsi sint, etc. Cfr. Ben. XIV, *De serv. Dei beatif.*, etc., lib. IV, part. II, cap. 22 ss.

Praeterea animadvertendum est, nomine *cadaverum* non solum corpora adhuc integra et incorrupta intelligi, verum etiam corpora plus minusve iam dissoluta et corrupta, seu generatim exuvias, ut expresse docet Benedictus XIV (loc. cit.).

Demum notandum, cadavera etiam post decem aut quindecim pluresve annos interdum reperiri integra et incorrupta. Nam dissolutio sive *decompositio*, quam vocant, corporis ocius vel serius contingit multiplici de causa, nempe non modo ex ipsa corporis physica constitutione atque ex natura morbi unde mors accidit, verum etiam ex causis extrinsecis, praesertim ex humoribus terrae ubi cadaver humatum fuit. Cfr. De Sentis, *De coemeteriis*, Parisiis, 1875, p. 68 s.; Petrucci, *I cimiteri*, Roma, 1905, p. 18 ss.

Can. 1205 § 2 statuit hoc principium generale: »*In ecclesiis cadavera ne sepellantur*, nisi agatur de cadaveribus Episcoporum residentialium...». Quo praescripto Codicis ius sepeliendi in ecclesiis, quod inde a saec. XII consuetudine primum, dein lege scripta invaluerat, abrogatur et ad veterem usum sepeliendi in coemeteriis reditur.

Praxis igitur cadavera e comuni coemeterio transferendi in ecclesiam ibique ea sepeliendi, adversatur tum canoni 1204 § 1, si exhumatio fiat sine Ordinarii licentia, tum canoni 1205 § 2, ideoque improbanda reiiciendaque omnino est. Neminem sane fugit, ex privata voluntate leges ecclesiasticas nullatenus mutari posse, in iis potissimum quae ad ius publicum spectant. Idcirco clausula, de qua agitur, a testatore heredibus adimplenda relicta, nimirum »se velle exuvias post aliquem temporis lapsum, decem vel quindecim annos, in hanc aut illam ecclesiam, e comuni coemeterio transferri ibique sepeliri», pro *non adiecta* habenda est.

Vox autem *ecclesia*, in canone 1205 § 2, attento legis fine et perspectis legibus liturgicis, accipi debet sensu lato, nimirum pro quolibet loco sacro cultui divino publice exercendo destinato, signanter pro oratoriis semipublicis ad normam can. 1193. Lex enim aliter non cavet nisi de sepulcro familiari seu gentilicio, ac de aediculis coemeteriorum, de quibus in can. 1190. Ex reprobata vero consuetudine qua de agitur, non sequitur stricta obli-

gatio removendi cadavera iam condita, in ecclesiis seu oratoriis, extra casus canonis 1205 § 2, et can. 1242: nisi Episcopus hanc remotionem iubeat, quod potest, si res in dedecus loci sacri cedat.

2. Alterum dubium *affirmativa* responsione esse dimitendum tum ex dictis tum ex dicendis facile perspicitur. Lex ecclesiastica *cineres et ossa* cadaveribus plane aequiparat quoad locum benedictum ubi sepelienda sunt, et quoad ritum sacrum sive funus quod in eorundem translatione ac tumulatione peragi potest. Haec Sacra Congregatio in *Amerina*, 31 Mart. 1708, censuit *ossa* ad novam ecclesiam paroecialem, non secus ac cadavera, transferenda.

S. R. C., *S. Jacobi de Venezuela*, 11 Aug. 1888, sequentes normas statuit servandas, si quando *cineres* vel *ossa* eorum qui in exteris regionibus mortui sunt in patriam transferantur, ut ibi in sepulcro maiorum aut in Pantheon virorum illustrium recondantur: 1) Huiusmodi cineres aut ossa exponi posse, post reditum in patriam, in aliqua capella ardenti, ut fieri solet pro defunctis in die obitus et depositionis, 2) clerum huiusmodi ossa et cineres comitari posse eadem sollemnitate et iisdem ritibus qui in die obitus adhibentur, 3) funera pro ipsis fieri posse in ecclesia vel saltem in aliqua sacra capella (*Decreta auth.*, n. 3696).

Eadem S. R. C. *Carthaginien. in Indiis*, 23 April. 1875, edixit tamen *ossa* acatholicorum (non secus atque cadavera) iam condita in ecclesia, esse omnino amovenda (*Decreta auth.*, n. 3344.)

S. C. S. Officii die 3 Aug. 1897 declaravit ipsa *membra* corporis humani *amputata* in loco sacro sive benedicto esse sepelienda (*Collect. S. C. de Prop. Fide*, II, n. 1975).

Igitur ossa et cineres cadaveribus aequiparantur. Idque antiquissimi excultorum gentium mores probe confirmant, praesertim Romanorum, apud quos sollemne religiosumque erat, *ne insepulta manerent ossa*.

Proinde canon 1205 § 2, qui vetat ne in ecclesiis sepeliantur cadavera, vetat quoque ne in iisdem ossa et cineres recondantur. Urget sane eadem ratio.

3. Ex dictis manifesto sponteque consequitur responsio ad tertium dubium, nimirum vocabulum *cadaver*, de quo in canone 1205 § 2, accipiendum esse lato sensu, ita ut comprehendat etiam ossa et cineres et amputata membra.

Ad *cor* autem quod attinet, de quo praecise hic quaeritur, adest explicita declaratio S. Rituum Congregationis. Sequens nempe dubium propositum fuit: «Quum in archidioecesi Sancti Jacobi de Cile aliquando contingat ut, mortuis Episcopis aliisque praeclaris sacerdotibus, *cor* eorum extrahatur et honorifice servetur in domo vel pio loco ab ipsis fundatis vel praedilectis; atque conservatio ita fiat ut claudatur cor in ampulla vitrea, in visibili loco inter flores ordinarie collocata; quaeritur: Potestne haec praxis continuari? S. R. C. die 11 Febr. 1898, re accurate perpensa, respondendum censuit (*Decreta auth.*, n. 3982): «*Affirmative; dummodo descripta conservatio cordis non fiat in loco sacro*» (*Ex officio*).

**10. Rundschreiben der Religiösenkongregation an die italienischen Bischöfe, betr. die ungeziemende Frauenmode namentlich in Klosterschulen, vom 23. August 1928.
Il Monitore Ecclesiastico XL, 298.**

Ill.mo e Rev.mo Signore, È ben noto alla S. V. Ill.ma e. R. ma con quali alte parole di condanna il S. Padre abbia più volte, anche in solenni occasioni, levata l'apostolica voce contro l'immodesta foggia del vestire delle donne, che prevale con tanto danno del buon costume.

Basti ricordare le gravissime parole, piene di compianto e di ammonimento, con cui nel discorso tenuto il 15 corr. agosto nell'aula Concistoriale, promulgando il Decreto sulle virtù eroiche della Ven. Paola Frassinetti, Sua Santità denunciava ancora una volta il pericolo che pel fascino seduttore della vanità minaccia tante anime incaute, che pur professano di appartenere al gregge di Gesù Cristo e alla Santa Sua Chiesa.

A tal proposito è doloroso rilevare che il deplorato malvezzo tenda ad insinuarsi anche tra le giovanette che frequentano come alunne esterne alcune scuole dirette da Suore e alcune Congregazioni festive che fanno capo ad Istituti religiosi femminili.

A fronteggiare un pericolo che con l'allargarsi diventa sempre più grave, questa Sacra Congregazione, per mandato del S. Padre, si rivolge agli Ordinarii d'Italia acciò alle Superiori delle case femminili esistenti nelle rispettive loro diocesi comunichino le seguenti ingiunzioni di questa Sacra Congregazione, confermate da S. S. nell'udienza di questo giorno:

a) In tutte le scuole, collegi, ricreatori, Congregazioni festive, laboratori diretti da Religiose non si ammettano più d'ora innanzi quelle giovanette che non osservino nel vestire le regole della modestia e della decenza cristiana.

b) Le medesime Superiori dovranno su ciò esercitare una rigida sorveglianza ed escludere senz'altro dalle scuole e dalle opere dei loro Istituti quelle alunne che non ottemperassero a tali prescrizioni.

c) Non si lasceranno vincere in ciò da alcun riguardo umano sia di interessi materiali, sia di distinzione di grado sociale delle famiglie a cui le alunne appartenessero, sopportando anche che le alunne diminuiscano eventualmente di numero.

d) Inoltre le Suore nell'adempimento delle loro opera educativa si adoperanno ad inculcare soavemente e fortemente alle loro allieve l'amore e il gusto della santa modestia, indice e custode della purezza, e gentile ornamento della donna.

La S. V. Rev.ma invigilerà che tali ingiunzioni siano esattamente osservate e che vi sia in ciò perfetta uniformità di condotta fra tutti gli Istituti religiosi femminili della sua diocesi.

Ella poi richiamerà severamente al dovere chi vi mancasse; e qualora l'abuso perseverasse ne farà informata questa Sacra Congregazione.

Con sensi di ben distinta stima mi professo della S. V. Rev.ma

Roma, 23 agosto 1928.

Dev. mo

C. Card. LAURENTI, *Prefetto.*

Vincenzo La Puma, *Segretario.*

11. Erklärung der Propagandakongregation (Pontificium Opus a Propaganda Fide) betr. das Verhältnis des Vereins der Glaubensverbreitung zu den klösterlichen Missionsinstituten, vom 9. Juli 1928. A. A. S. XX, 266.

In coetibus plenariis Consilii Superioris Generalis Pontificii Operis a Propagatione Fidei Romae habitis mense Aprili huius

anni, haec vota sunt prolata de mutua consuetudine inter Pontificium Opus a Propagatione Fidei et Instituta Religiosa Missionalia :

I. Religiosi, sicut ceteri omnes, prae quocumque opere Missionibus iuvandis destinato, studiose ac sedulo favere velint Pontificio Operi a Propagatione Fidei. Nam

a) est Opus Pontificium et a Summo Pontifice Pio divina Providentia Pp. XI, Motuproprio *Romanorum Pontificum*, die 3. Maii a 1922 edito, ad dignitatem instrumenti Apostolicae Sedis evectum;

b) Missiones vero Religiosis Institutis concreditaе ab ipso Pontificio Opere quotannis non parva accipiunt adiumenta atque Missionum Praepositi subsidia extra ordinem saepe petunt.

II. Velint iidem Religiosi operam dare ad felicem exitum peculiaris Festi pro Missionibus mense Octobri celebrandi.

III. Velint insuper Religiosi abstinere et ab ineundis viis et ab adhibendis mediis et ab operibus condendis, quae sub quacumque specie aliquid prae se ferant, quod cum Pontificio Opere a Propagatione Fidei confundi possit, quaeque impediunt Pontificii Operis maius incrementum.

IV. Quibus positis, ad meliorem conspiracyem et pleniorum successum operum missionalium, Consilium Superius Generale, cui perspectum est Pontificium Opus a Propagatione Fidei haud posse occurrere omnibus et singulis Missionum necessitatibus, libenter declarat se nolle impedire quominus Instituta Missionalia ab amicis et benefactoribus stipem conquirant pro suarum Missionum necessitatibus; sed sperat fore, ut eadem Instituta commendent amicis et benefactoribus ipsum Pontificium Opus et curent, ut iidem nomina dent etiam Pontificio Operi propter rationes supra allatas.

Ex Secretaria, die 9. Iulii 1928.

† JOSEPH NOGARA, Archiepiscopus el. Utinensis,
L. S. *Pro-secretarius generalis.*

12. Entscheidung der Ritenkongregation in Causa Linciensis, betr. das Formular der Pfarrmesse pro populo, vom 28. Juli 1928. Linzer Diözesanblatt 1928, 123.

Re-mus Episcopus Linciensis S. Rituum C. pro opportuna solutione sequens dubium exposuit nimirum :

Ad dubium »Missa de sollemnitate, ex Decreto generali S. R. C. super Motu proprio „Abhinc duos annos“ in Dominicam translata, num a parrocho pro populo applicari potest« in Actis Apostolicae Sedis vol. XIV (1922) et in decreto ibi relato Sacrae Rituum Congregationis Hildesien, 16. Junii 1922 ad VIII. responsum reperitur: Negative, nisi agatur de Missis comprehensis in novis Rubricis Missalis Romani tit. IV., quum vero idem decretum et dubium in »Decreta Authentica Sacrae Rituum Congregationis — Appendix II« responsum habeat: Affirmative.

Quaeritur: Num valeat responsum primum in »Actis Apostolicae Sedis«, an vero secundum in »Decreta Authentica« publicatum.

Et S. R. C., audito specialis Commissionis suffragio, omnibus perpensis, praepositae quaestioni respondendum censuit:

Negative ad primam partem

Affirmative ad secundam, iuxta decretum Urbis et Orbis die 26. Januarii 1927 et decretum eidem collectioni insertum sub numero 4372 Hildesien, diei 16. Junii ad VIII.

Atque ita rescripsit ac declaravit, die 28. Junii 1928.

L. S.

A. Card. Vico Epp. Portuen, *Praefectus*.
Angelus Mariani, S. R. C. *Secretarius*.

Es dürfte gut sein, im Anschluß an diese Erklärung der S. R. C. darauf hinzuweisen, daß jetzt die Missa paroecialis nicht mehr wie früher stets dem Offizium konform sein muß. Die Pflicht, die Missa Officio conformis zu zelebrieren, gilt jetzt nur mehr für die Missa conventualis (cf. Add. et Var. Miss., tit. II, 11).

Im einzelnen kann jetzt als Pfarrmesse zelebriert werden:

1. Jede Missa votiva sollemnis, ab Episcopo pro re gravi et publica simul causa praescripta;
2. die Missa de Titulo Ecclesiae, wenn die solemnitas auf den nächstfolgenden Sonntag verlegt wird;
3. die Missa de aliquo Sancto vel Mysterio, welche an einem Sonntag propter magnum populi concursum, approbante Episcopo gefeiert wird (Add. et Var. Miss., tit. IV, 2);
4. die Messen jener Feste, die vor der pianischen Missale-reform an einem Sonntag zu feiern waren nun aber auf einen dies fixus in der Woche verlegt sind (z. B.: Dedicatio Ecclesiae, Sacratissimi Rosarii, Sollemnitas S. Joseph), Über diese Gruppe

von Messen herrschte eben bisher Zweifel, da das entsprechende Dekret der S. R. C. selbst eine verschiedene Antwort in den *Acta Apostolicae Sedis* und den *Decreta Authentica* aufwies;

5. die Missa votiva sollemnis de Sanctissimo (bezw. de Sacro Corde Jesu) gelegentlich des Vierzigstündigen Gebets und der Ewigen Anbetung. Nota: Während bisher diese Missa votiva sollemnis an Sonntagen überhaupt verboten war, ist sie nach Decr. der S. R. C. vom 27. April 1927 nur mehr an den *Dominicae majores I classis* verboten;

6. die Missa votiva sollemnis de Sacro Corde Jesu am Sonntag, welcher auf das Herz-Jesu-Fest folgt;

7. die Missa de Sacro Corde Jesu am ersten Monatsfreitag, wenn am selben Tage pro populo zu applizieren wäre (z. B. am 1. Mai);

8. konsequenterweise auch die Missa »Rorate« im Advent an den Sonntagen;

9. selbstverständlich auch die Missa Rogationum, wenn der 25. April auf einen Sonntag fällt, oder ein anderer Bittag auf einen Tag trifft, an dem pro populo zu applizieren wäre (dies war auch schon bisher gestattet).

Diese Bestimmungen gelten nicht bloß für Kirchen, in welchen nur eine Messe ist, sondern ganz allgemein. Es kann nach den Rubriken die Missa votiva als Pfarrmesse zelebriert werden, wenn auch am selben Tage in der gleichen Pfarrkirche mehrere andere Messen de officio gelesen werden.

Nicht aber darf als Pfarrmesse gelesen werden eine Missa Exsequialis (cf. Add. et et Var. Miss. tit. III, 12). Andere Missae Defunctorum kommen ja an Sonntagen oder Festen überhaupt nicht in Betracht, da sie von den Rubriken verboten sind. Desgleichen kommt die Missa pro Sponsis nicht in Frage, da sie an allen Dominicis et diebus festis verboten ist.

13. Entscheidung der Ritenkongregation in Causa Culmensi, betr. das Händewaschen des Priesters nach der Zelebration der hl. Messe, vom 23. März 1929.

(Mitgeteilt von Professor Dr. *Dabrowski* in Pelpin.)

Stanislaus Okoniewski, Episcopus Culmensis in Polonia, ad pedes Sanctitatis Vestrae provolutus, sequentia humillime exponit:

Apud sacerdotes vel scrupulose observantes sacras Missarum caeremonias, extenditur magis magisque usus non lavandi in sacristia manus seu polices digitos post Ss. Sacrificii celebrationem, ex eo praesertim capite quod nec Rubricae nec Decreta aliquid de tali ablutione digitorum contineant.

Humillimus Orator quaerit: Quanam est mens Sacrae Rituum Congregationis in hac materia?

Culmen.

Sacra Rituum Congregatio, audito specialis Commissionis suffragio, his precibus Rev.mi Episcopi Culmensis respondendum censuit: ad mentem. die 23 martii 1929.

Mens est: Consuetudo lavandi manus post paramenta a quolibet sacerdote Missam celebrante deposita, laudabiliter observatur et assumitur.

L. † S.

Angelus Marini, *S. R. C. Secretarius.*

14. Dekret der Kongregation für die Orientalische Kirche, betr. die Erteilung der Erlaubnis für einen Übertritt zu einem anderen Ritus durch die päpstlichen Legaten, vom 6. Dezember 1928. A. A. S. XX, 416.

Nemini licere sine venia Apostolicae Sedis ad alium ritum transire, aut, post legitimum transitum, ad pristinum reverti, plurimis Romanorum Pontificum constitutionibus, praesertim Benedicti XIV., const. *Etsi pastoralis*, 26. Maii 1742; const. *Praeclaris*, 18 Mart. 1746; ep. encycl. *Allatae sunt*, 26 Jul. 1755; Gregorii XVI, ep. encycl. *Inter gravissimas*, 3 Febr. 1832; Leonis XIII, litt. ap. *Orientalium dignitas*, 30 Nov. 1894; Pii X const. *Tradita ab antiquis*, 14 Sept. 1912, Decretis Sacrae Congregationis de Propaganda Fide pro negotiis rituum orientalium, statutum fuit, atque a Codice iuris canonici, can. 98, § 3 confirmatum.

Hanc porro facultatem veniae Apostolicae concedendae ad transeundum de uno in alium ritum, haec Sacra Congregatio pro Ecclesia Orientali directe et immediate usque adhuc ipsa exercuit; ea enim, exceptis oratorum precibus seu petitionibus, usitato more audiebat interesse habentes, et Romani Pontificis Legatos utrum preces privatorum veritate niterentur, nec ne; ac, re diligenter cognita, causas allatas, utrum canonicae et sufficientes essent, ad trutinam revocabat, et demum ea decernebat quae ad bonum animarum magis profutura videbantur.

Verum cum postremis hisce temporibus magis magisque in dies numerus augeatur latinorum catholicorum in partibus orientalium degentium, et catholicorum ritus orientalis extra patriarchalia territoria et orientalium partes commorantium, in latinis, iisque dissitis, regionibus; cumque partim pro rerum adiunctis et locorum distantia, persaepe sit res longi temporis exquirere et hinc inde comparare notitias, seu percontationes et informationes necessarias et opportunas circa oratorum preces; partim vero, ut nunc sunt mores, fere omnes festinare ambiant ac celeritati studeant, atque reapse morae huiusmodi non raro in detrimentum animarum vertere possint; undique delatae sunt preces huic Sacrae Congregationi, ut facultas concedendi transitum ad alium ritum delegaretur ac tribueretur Romani Pontificis Legatis, seu Nuntiis, Internuntiis ac Delegatis Apostolicis loci, ubi oratores transitum postulantes degunt; quippe quod Apostolici Legati ibidem commorantes, facilius et expeditius rem cognoscere et absolvere valent.

Proposita igitur quaestione in plenariis Comitibus diei 6 Novembris curr. anni, huius Sacrae Congregationis Emi. Patres censuerunt valde expedire ad bonum animarum ut Romani Pontificis Legatis facultas tribuatur concedendi veniam transitus ad alium ritum, uno excepto casu de Sacerdote ritus mutationem postulante; simulque statuerunt iisdem dare necessarias et opportunas instructiones circa causas canonicas iustas et sufficientes, earumque agnitionem, ut hac facultate utantur tantummodo in animarum bonum: hac enim ratione, nihil de veteri disciplina immutando, facilius atque expeditius via sternitur ad consulendum, hac in re, fidelium saluti.

Quam Emorum. Patrum resolutionem Ssmus. Dominus Noster Pius Div. Prov. Pp. XI in audientia diei 10 eiusdem mensis Novembris, referente infrascripto Cardinali Secretario, approbare

ac confirmare dignatus est, simul decernens ut res publici iuris fiat per huius Sacrae Congregationis decretum.

Mandat idcirco haec Sacra Congregatio ut a die prima proximi mensis Ianuarii a. 1929 preces ad implorandum transitum ad alium ritum, per tramitem Ordinarii proprii, seu sub cuius iurisdictione sunt oratores, mittantur ad Romani Pontificis Legatos, seu Nuntios, Internuntios, Delegatos Apostolicos, vel eorum qui pro tempore vices eorundem gerunt. Legati Apostolici autem singulis anni spatiis referant huic Sacrae Congregationi de numero veniarum concessarum pro transitu sive de ritu orientali in latinum, sive de ritu latino in orientalem.

Quod si in loco seu regione Legatus Apostolicus non fuerit missus aut constitutus, aut agatur de Sacerdote, preces, ut antea, ad Sacram Congregationem pro Ecclesia Orientali mittendae erunt.

Datum Romae, ex Aedibus Sacrae Congregationis pro Ecclesia Orientali, die 6 Decembris 1928.

A. Card. Sincero, *Secretarius*.

L. † S.

H. I. Cicognani, *Adessor*.

15. Dekret der Kongregation für die Orientalische Kirche (Päpstliche Kommission für Rußland), betr. die Übersendung der Standesakte an die in Rußland wohnenden Taufpfarrer, vom 13. Juli 1928. A. A. S. XX, 260.

Ad vitandam documentorum ecclesiasticorum dispersionem, quae non sine gravi detrimento, praesentibus rerum circumstantiis in Russia permanentibus facilius accidere posset, Pontificia Commissio pro Russia, approbante Ssmo Domino Nostro Pio, divina Providentia Papa XI, haec statuit: Donec aliter provisum fuerit, notificationes omnes, ad normam canonum 470 § 2, 576 § 2, 798, 1011 et 1103 § 2, parcho baptismi faciendae, si parochia baptismi inter fines Russiacae ditionis existat, ab iis qui ad id iure tenentur, ad hanc unam Pontificiam Commissionem transmittantur.

Contrariis quibuslibet minime obstantibus.

Datum Romae, ex Secretaria Pontificiae Commissionis pro Russia, die 13. Iulii 1928.

A. Card. Sincero, *Praeses*.

L. † S.

Carolus Margotti, *Secretarius*.

**16. Entscheidung der Hl. Pönitentiarie, betr. den Portiunkula-
ablaß, vom Jahre 1928. II Monitore Ecclesiastico XL, 203.**

Proposito dubio: An ad lucranda indulgentiam Portiunculae requiratur ut confessio et Communio praecedant visitationes vel possint peragi visitationes in die designata et confessio et Communio intra octiduum sequens iuxta can. 931 C. J. C. Sacra Poenitentiaria respondit: *Negative* ad primam partem; *Affirmative* ad secundam.

S. Luzio, *Regens.*

L. † S.

J. Teodori, *Secret.*

**17. Wahlordnung für die katholischen Kirchengemeinden der
preußischen Diözesen, vom 20. Dezember 1928¹⁾.**

Kirchliches Amtsblatt des Fb. Ordinariats in Breslau 1929, 1.

Artikel 1.

1. Der Kirchenvorstand ordnet die Wahl der Kirchenvorsteher an, stellt die Wählerliste auf oder erkennt die von anderer Seite aufgestellte Liste als richtig an und legt dieselbe spätestens einen Monat vor dem Wahltag in einem jedermann zugänglich gemachten Lokale eine Woche lang öffentlich aus.

2. Die Liste muß die Wähler übersichtlich nach einer bestimmten Ordnung, nach Vor- und Zunamen, Beruf und Wohnung, unter fortlaufender Nummer enthalten.

Sind Wähler gleichen Zu- und Vornamens vorhanden, müssen sie durch einen unterscheidenden Zusatz gekennzeichnet sein.

3. Die dem Seelsorgeklerus angehörenden Welt- und Ordensgeistlichen sind nicht wahlberechtigt.

4. Zeit und Ort der Auslegung sind in, an oder vor der Kirche durch Aushang bekannt zu machen mit dem Beifügen, daß nach Ablauf der Auslegungsfrist Einsprüche gegen die Liste nicht mehr zulässig sind. Der Aushang muß geschehen während der Dauer von 5 Tagen, von denen einer ein Sonn- oder Feiertag sein muß.

Sind die Mitglieder einer Filiale berechtigt zur Kirchenvorstandswahl der Muttergemeinde, muß der Aushang auch dort in gleicher Weise erfolgen.

1) Vgl. die frühere Wahlordnung vom 1. November 1924 in diesem Archiv 104, 354 und die Erläuterungen des Bischöfl. Ordinariats von Fulda dazu, ebenda 105, 234.

Auf den Aushang ist von der Kanzel wenigstens beim Hauptgottesdienst hinzuweisen.

5. Zur Erhebung des Einspruches ist jedes wahlberechtigte Mitglied der Kirchengemeinde befugt.

Artikel 2.

1. Der Kirchenvorstand entscheidet unverzüglich über die Einsprüche und berichtigt die Liste unter gleichzeitiger Benachrichtigung des Einsprucherhebenden und der in der Liste Gestrichenen. Die Begründung ist anzugeben. Gegen den ablehnenden Bescheid steht den Beteiligten binnen einer Frist von einer Woche die Berufung an die bischöfliche Behörde zu. Durch Einlegung der Berufung wird die Wahl nicht aufgehoben.

Artikel 3.

1. Die Einladung zur Wahl muß die Zeit der Wahl und den Wahlraum sowie die Zahl der zu wählenden Kirchenvorsteher und Ersatzmitglieder enthalten.

2. Die Einladung hat spätestens eine Woche vor der Wahl in der in Artikel 1 Ziffer 4 vorgeschriebenen Form zu geschehen.

Artikel 4.

1. Aus dem Vorsitzenden des Kirchenvorstandes und 4 oder 6 Beisitzern, welche der Vorsitzende aus den wählbaren Mitgliedern der Kirchengemeinde beruft, wird ein Wahlvorstand gebildet.

2. Der Wahlvorstand beschließt mit Stimmenmehrheit; bei Stimmgleichheit entscheidet der Vorsitzende.

3. Über die Wahlhandlung muß eine Niederschrift aufgenommen werden, die den wesentlichen Hergang bekundet.

Artikel 5.

1. Die Wahlhandlung ist öffentlich. Sie wird durch den Vorsitzenden eröffnet und geleitet. Während der Wahlhandlung kann er die Leitung einem Beisitzer übertragen.

2. Es müssen stets wenigstens 3 Wahlvorsteher im Wahlraum anwesend sein.

3. Der Vorsitzende hat im Wahlraum für Ruhe und Ordnung zu sorgen; er kann jeden daraus verweisen, der die Wahlhandlung stört.

Artikel 6.

1. Wählen kann nur, wer in der Wählerliste steht.
2. Das Wahlrecht wird in Person durch verdeckte weiße Stimmzettel ohne Unterschrift ausgeübt.
3. Der Stimmzettel kann geschrieben oder gedruckt sein. Er darf nicht mehr Namen enthalten, als Personen zu wählen sind. Die Ersatzmitglieder müssen als solche bezeichnet sein.
4. Wenn nicht mehr als 10 Kirchenvorsteher zu wählen sind, sind 2 Ersatzmitglieder, wenn mehr als 10 Kirchenvorsteher zu wählen sind, 3 Ersatzmitglieder zu wählen.
5. Vor Abgabe des ersten Stimmzettels hat sich der Wahlvorstand davon zu überzeugen, daß die Wahlurne leer ist.
6. Der Wähler nennt zuerst Namen und Wohnung. Nachdem sein Name in der Liste gefunden ist, übergibt er den verdeckten Stimmzettel dem Vorsitzenden, der ihn sofort uneröffnet in die Wahlurne legt. Gleichzeitig wird der Name in der Liste mit einem Abstimmungsvermerk versehen. Offene und kenntlich gemachte Stimmzettel hat der Wahlvorstand zurückzuweisen.

Artikel 7.

Nach Ablauf der bestimmten Wahlzeit dürfen nur noch die Wähler zur Stimmabgabe zugelassen werden, die vorher schon im Wahlraum anwesend waren. Alsdann erklärt der Vorsitzende die Abstimmung für geschlossen.

Artikel 8.

1. Nach Schluß der Abstimmung werden die Stimmzettel aus der Wahlurne genommen, gezählt und ihre Zahl mit der der Abstimmungsvermerke in der Wählerliste verglichen. Ergibt sich dabei auch nach wiederholter Zählung eine Verschiedenheit, so ist dieses in der Wahlniederschrift anzugeben und, soweit möglich, zu erläutern.
2. Nach Öffnung der Stimmzettel werden die etwa ungültigen ausgeschieden.
3. Über die Gültigkeit von Stimmzetteln, die beanstandet werden, beschließt der Wahlvorstand.
4. Ungültig sind Stimmzettel:
 - a) die unterschrieben oder kenntlich gemacht sind,
 - b) die keinen oder keinen leserlichen Namen enthalten oder keinen Genannten ausreichend bezeichnen,

- c) die keinen Namen von wählbaren Gemeindemitgliedern oder nur Namen von Kirchenvorstehern, die noch im Amte verbleiben, enthalten,
- d) die bei allen Genannten einen Vorbehalt machen,
- e) die mehr Namen von Kirchenvorstehern bzw. Ersatzmitgliedern enthalten, als zu wählen sind,
- f) auf denen die Ersatzmitglieder nicht als solche bezeichnet sind, wenn die Zahl der Kirchenvorsteher überschritten ist,
- g) die nicht weiß sind,
- h) die zu mehreren ineinandergefaltet sind.

5. Wenn die zu Absatz 4 Buchstaben b und d bezeichneten Mängel sich nur auf einzelne Genannte beziehen, ist die Stimme nur insoweit ungültig.

6. Die Stimmzettel, über die Beschluß gefaßt worden ist, sind mit fortlaufender Nummer zu versehen und der Wahlniederschrift beizufügen. In der Niederschrift werden die Gründe der Entscheidung kurz angegeben.

Artikel 9.

1. Die nicht für ungültig erklärten Stimmzettel werden laut vorgelesen und die Namen von einem Wahlvorsteher in 2 Listen einer für die Kirchenvorsteher und einer für die Ersatzmitglieder, vermerkt. Ein anderer Wahlvorsteher führt 2 Gegenlisten.

2. Der Wahlvorstand kann beschließen, daß gedruckte Stimmzettel, die in keiner Weise handschriftlich geändert sind, nur mit einem unterscheidenden Stichnamen laut vorgelesen und von den Listenführern entsprechend vermerkt werden.

3. Darauf wird festgestellt, wieviel gültige Stimmen jeder Kandidat erhalten hat.

4. Gewählt ist, wer mehr Stimmen hat, als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmzettel beträgt. Haben mehr, als zu wählen sind, eine solche Mehrheit, so entscheidet die Stimmenzahl. Der Wahlvorstand stellt fest, auf wen dieses zutrifft. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

5. Die Reihenfolge der Ersatzmitglieder wird ebenfalls bei Stimmengleichheit durch das Los entschieden. Sie stehen den früher gewählten Ersatzmitgliedern im Range nach.

6. Das nunmehr festgestellte Ergebnis wird im Wahlraum bekannt gegeben.

7. Wenn die Ermittlung nicht mehr am Tage der Wahl vorgenommen werden kann, so muß es am nächsten geschehen. Der Vorsitzende hat für Versiegelung und Aufbewahrung aller Wahlakten bis dahin zu sorgen.

Artikel 10.

1. Die Niederschrift ist von dem Vorsitzenden und wenigstens zwei Beisitzern zu unterschreiben. Mit der Unterzeichnung schließt die Wahlhandlung ab.

2. Die Niederschrift ist mit allen Wahlakten vom Vorsitzenden in Verwahr zu nehmen.

Artikel 11.

1. Der bisherige Kirchenvorstand macht das Wahlergebnis unverzüglich in der in Artikel 1 Ziffer 4 vorgeschriebenen Form bekannt.

2. Eine etwa nötige Stichwahl, die innerhalb 3 Wochen nach der Hauptwahl stattfinden soll, wird durch denselben Aushang angeordnet.

3. Eine Stichwahl findet nur für fehlende Kirchenvorsteher, nicht für fehlende Ersatzmitglieder statt.

4. Zur Stichwahl stellt der bisherige Kirchenvorstand doppelt soviel Anwärter und zwar diejenigen mit den höchsten Stimmenzahlen auf, als noch Kirchenvorsteher fehlen. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Die Namen sind im Aushang anzugeben. Nur diese können gewählt werden.

5. Die Artikel 3 bis 10 und Artikel 11 Ziffer 1 gelten sinngemäß.

Artikel 12.

Sind auch nach stattgefundener Stichwahl noch nicht genügend Kirchenvorsteher gewählt, treten Ersatzmitglieder in entsprechender Zahl ein.

Artikel 13.

1. Einsprüche gegen die Wahl sind innerhalb einer Woche nach erfolgtem Aushang bei dem bisherigen Kirchenvorstand zu erheben. Hat eine Stichwahl stattgefunden, kann der Einspruch sich auch wieder auf die Hauptwahl beziehen, falls gegen die Gültigkeit derselben die gleichen Gründe angeführt werden.

2. Der Einspruch kann nicht auf die Unrichtigkeit der Wählerliste gestützt werden, ferner nicht auf die verschiedene Form der Wahlzettel und auf das Fehlen einer Wahlzelle oder von Wahlumschlägen.

3. Der bisherige Kirchenvorstand beschließt über die Einsprüche. Wird auf Grund dieser festgestellt, daß infolge Verletzung wesentlicher Vorschriften das Wahlergebnis ganz oder

zum Teil beeinflußt sein kann, hat er die Wahl ganz oder zum Teil für ungültig zu erklären. Eine falsche Feststellung des Wahlergebnisses hat er zu berichtigen.

4. Der Beschluß ist zu begründen und dem, der den Einspruch erhoben hat, sowie dem, dessen Wahl für ungültig erklärt worden ist, zuzustellen.

Artikel 14.

1. Gegen den Beschluß des Kirchenvorstandes steht den in Artikel 13 Ziffer 4 Genannten innerhalb einer Woche nach Zustellung des Einspruchsbescheids die Berufung an die bischöfliche Behörde zu. Diese entscheidet endgültig.

2. Die bischöfliche Behörde kann von Amtswegen eine Wahl wegen grober Verstöße für ungültig erklären oder eine falsche Feststellung des Wahlergebnisses richtigstellen.

3. Steht die Ungültigkeit einer Wahl endgültig fest, ist sie unverzüglich zu wiederholen. Die alte Liste bleibt bestehen; nur muß gestrichen werden, wer inzwischen das Wahlrecht verloren hat. Aus besonderen Gründen kann die bischöfliche Behörde die Aufstellung einer neuen Liste anordnen.

Artikel 15.

Die Namen der Gewählten sind der bischöflichen Behörde mitzuteilen.

Artikel 16.

1. Als einheitlicher Grenztermin für das Ausscheiden der Hälfte der Kirchenvorsteher und Eintreten einer neu gewählten Hälfte ist möglichst der 1. Oktober 1928, 1931, 1934 und so fort einzuhalten, ohne Rücksicht darauf, an welchem Tage die betreffenden Kirchenvorsteher in ihr Amt eingeführt worden sind.

2. In jedem Wahljahre soll die Wählerliste möglichst gegen den 1. August öffentlich ausgelegt werden.

3. Die infolge einer allgemeinen Wahl neu eintretenden Kirchenvorsteher sind innerhalb eines Monats, nachdem die Wahl rechtskräftig geworden ist, in einer Sitzung des Kirchenvorstandes in ihr Amt einzuführen und auf treue Erfüllung ihrer Obliegenheiten mittels Handschlags an Eidesstatt zu verpflichten.

4. Dem Sitzungsbuche ist ein Verzeichnis der Kirchenvorsteher mit ihrer Amtsdauer und der Ersatzmitglieder in ihrer Reihenfolge beizufügen. Nach jeder Neuwahl ist das Verzeichnis zu ergänzen.

Artikel 17.

1. Für die erste Wahl in einer neuen Kirchengemeinde ist der Geistliche, der nach Bildung des Kirchenvorstandes dessen Vorsitzender sein wird, auch der Vorsitzende des Wahlvorstandes, jedoch kann die bischöfliche Behörde einen anderen Vorsitzenden bestimmen. Der Vorsitzende beruft die Beisitzer.

2. Im Falle der Auflösung eines Kirchenvorstandes ernennt die bischöfliche Behörde den Wahlvorstand.

3. In beiden Fällen hat der Wahlvorstand die Aufgabe des Kirchenvorstandes.

4. Die im Artikel 16 Nr. 1 festgelegten Grenztermine haben für beide Fälle Geltung, sofern die Kirchenvorsteher noch vor dem 1. April eines allgemeinen Wahljahres in ihr Amt eingeführt sind, andernfalls wird ein Termin überschlagen.

Artikel 18.

Diese Wahlordnung tritt am 1. Februar 1929 in Kraft. Zum gleichen Tage wird die Wahlordnung vom 1. November 1924 außer Kraft gesetzt.

Breslau, den 20. Dezember 1928.

Namens der bischöflichen Behörden in Preußen:

A. Kard. Bertram, *Fürstbischof von Breslau*.

18. Erläuterungen des Bischöflichen Ordinariats zu Fulda, betr. die neue Wahlordnung für die katholischen Kirchengemeinden in Preußen, vom Jahre 1929.

Kirchliches Amtsblatt für die Diözese Fulda 1929, 30.

Nachdem die neue Wahlordnung für die katholischen Kirchengemeinden der preußischen Diözesen vom 20. Dezember 1928 veröffentlicht worden ist, (Kirchl. Amtsblatt 1929, Stück I, Nr. 12) sind die Vorbereitungen zu den Neuwahlen der Kirchenvorsteher *unverzüglich* zu treffen. Soweit es noch nicht geschehen sein sollte, sind die *Wählerlisten* ordnungsgemäß aufzustellen und baldigst aufzulegen, damit die Wahl gegen Anfang April d. J. erfolgen kann.

Zur Wahlordnung selbst bemerken wir erläuternd folgendes:

1. Manche die Kirchenvorstandswahl betreffenden *Bestimmungen* stehen *nicht* in der Wahlordnung, weil sie bereits durch

das Gesetz über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens vom 24. Juli 1924 (vgl. Kirchl. Amtsblatt 1924, Stück XI, Nr. 142) festgesetzt sind.

2. Zur Vorbereitung der Wahl gehört für diesmal auch die Auslosung der ausscheidenden *Halfte* der gewählten *Kirchenvorsteher*. Von den im Jahre 1925 gewählten Kirchenvorstehern scheidet jetzt die Hälfte aus. Die Ausscheidenden werden durch das *Los* bestimmt.

3. Der Kirchenvorstand muß in ordnungsmäßig berufener Sitzung die *Wählerliste* feststellen unter Angabe des Datums unterzeichnen und spätestens einen Monat vor dem Wahltag eine Woche lang öffentlich auslegen.

4. Wegen der *Zahl* der zu wählenden *Ersatzmitglieder* wird auf Artikel 6, Absatz 4 der Wahlordnung verwiesen.

5. Die neue Wahlordnung ist wesentlich *einfacher* als die bisherige vom 1. November 1924. Die *Hauptunterschiede* werden hier kurz hervorgehoben:

- a) Die Wählerliste braucht das *Alter* der Wähler nicht mehr zu enthalten.
- b) Von der *Kanzel* braucht nur noch auf die durch den Aushang erfolgende Bekanntmachung hingewiesen zu werden; die Verlesung des Inhaltes der Bekanntmachung ist nicht mehr erforderlich.
- c) *Einsprüche* gegen die Wählerliste oder gegen die Wahl können auch *mündlich* erfolgen.
- d) *Wahlvorschläge* sind in der neuen Wahlordnung nicht mehr vorgesehen.
- e) Die Bestimmung, daß *wenigstens* die *Halfte* der gewählten Kirchenvorstands-Mitglieder aus *Männern* bestehen muß, ist *aufgehoben*. Deshalb sind auch die im Artikel 21, Absatz 1 und 2 der Wahlordnung vom 1. November 1924 enthaltenen Bestimmungen über Ergänzungs-, Zu- und Nachwahlen fortgefallen.
- f) Es braucht *kein* besonderer *Schriftführer* für die Wahlhandlung berufen zu werden.
- g) *Ungültig* sind *Stimmzettel*, auf denen die *Ersatzmitglieder* *nicht* als solche *bezeichnet* sind, wenn die Zahl der Kirchenvorsteher überschritten ist.
- h) Die *Stimmzettel* müssen *weiß* sein.

- i) Bei der *Ermittlung* des *Wahlergebnisses* werden zunächst die etwa ungültigen Stimmen *vorweg* behandelt, dann die gedruckten, an denen handschriftliche Änderungen vorgenommen sind; gedruckte Stimmzettel, die in keiner Weise handschriftlich geändert sind, brauchen nur mit einem unterscheidenden Stichnamen vorgelesen zu werden.
- k) Eine *Stichwahl* findet nur für fehlende Kirchenvorsteher, nicht aber für fehlende Ersatzmitglieder statt.
- l) *Nur dann* kann die *Wahl* für *ungültig* erklärt werden, wenn wesentliche Vorschriften verletzt sind und *außerdem* hierdurch das Wahlergebnis beeinflusst sein kann; letzteres wird in der Regel nur zutreffen, falls der Unterschied in der Stimmenzahl zweier Parteien gering ist.
- m) Für die Zukunft ist die *Neuwahl* der Hälfte der Kirchenvorsteher im Herbst 1931, 1934 und so fort vorzunehmen. Die Wählerliste soll in jedem Wahljahre möglichst gegen den *1. August* öffentlich ausgelegt werden.
- n) Eine Reihe von *Fristen* ist gekürzt oder ganz fortgefallen.

6. Falls ein *schriftlicher Einspruch* gegen die Wahl erhoben wird, ist es unerlässlich, das Schriftstück mit dem *Eingangstag* zu bezeichnen.

7. Innerhalb *eines Monats*, nachdem die Wahl rechtskräftig geworden ist, sind die neugewählten *Kirchenvorsteher* in einer Sitzung des Kirchenvorstandes vom Vorsitzenden in ihr Amt einzuführen und auf treue Erfüllung ihrer Obliegenheiten mittels Handschlags an Eidesstatt zu verpflichten.

8. Die *Namen* der neugewählten und der im Amte verbliebenen *Kirchenvorsteher*, unter Angabe ihrer Amtsdauer, sowie der *Ersatzmitglieder* in ihrer Reihenfolge sind uns innerhalb eines Monats nach Ablauf der Einspruchsfrist *schriftlich* auf einem halben Bogen *mitzuteilen*. Dabei ist anzugeben, *wann* die *neugewählten* eingeführt sind, und wer zum *Stellvertreter des Vorsitzenden* gewählt worden ist, ferner ist hinzuzufügen, wer *Kirchenrechner* ist.

9. Die *gesamten* auf das Wahlverfahren bezüglichen Akten, auch die Aushänge müssen *sorgfältig aufbewahrt* werden. Wahlprotokoll und Listen sind nur auf *besonderes Verlangen* an uns einzusenden.

10. Die für die Wahl erforderlichen *Formulare* sind bei der *Bonifatius-Druckerei* in *Paderborn* erhältlich und zwar:

- a) Wählerliste, Umschlagbogen für 96 Wähler, Preis 15 Pf.,
- b) Wählerliste, Einlagebogen für 128 Wähler, Preis 15 Pf.
- c) Stimmliste, auch als Gegenliste zu gebrauchen, vierseitig, Preis 15 Pf.
- d) Wahl Niederschrift, Preis 15 Pf.
- e) Bekanntmachung über die Wählerliste, Preis 5 Pf.
- f) Einladung zur Wahl, Preis 5 Pf.
- g) Bekanntmachung über das Ergebnis der Wahl, Preis 5 Pf.

Bei Bestellung ist die Anzahl der benötigten Exemplare anzugeben.

19. Verordnung des Bischöflichen Ordinariats zu Fulda, betr. die Zugehörigkeit der Hilfsgeistlichen zum Kirchenvorstand, vom Jahre 1929.

Kirchliches Amtsblatt für die Diözese Fulda 1929, 29.

Gemäß § 2 Abs. 2 des Gesetzes über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens vom 24. Juli 1924¹⁾ wird hiermit für die Diözese *Fulda* preußischen Anteils bestimmt.

1. Zum Kirchenvorstande gehört der an der Pfarrkirche hauptamtlich angestellte Hilfsgeistliche (Kaplan) aus dem Weltklerus, sofern oder sobald er das Wahlbarkeitsalter erreicht hat. Sind mehrere Hilfsgeistliche aus dem Weltklerus an der Pfarrkirche hauptamtlich angestellt, so gehört derjenige von ihnen zum Kirchenvorstande, der von der Bischöflichen Behörde als erster Hilfsgeistlicher angestellt ist, sofern oder sobald er das Wahlbarkeitsalter erreicht hat.

2. Befinden sich im Gemeindebezirke neben der Pfarrkirche weitere Kirchen oder Kapellen, deren Bezirke noch nicht als Kirchengemeinden vermögensrechtlich völlig aus der Pfarr-Kirchengemeinde ausgeschieden sind, und sind an ihnen eigene Seelsorgsgeistliche aus dem Weltklerus hauptamtlich angestellt, so gehört der Leiter einer jeden solchen Kirche oder Kapelle zum Kirchenvorstande der Pfarrgemeinde, falls oder sobald er das Wahlbarkeitsalter erreicht hat.

1) Siehe dieses Archiv 104, 345.

20. Erlaß des Bischöflichen Ordinariats zu Fulda, betr. die Zahl der männlichen Mitglieder des Kirchenvorstandes, vom Jahre 1929.

Kirchliches Amtsblatt für die Diözese Fulda 1929, 29.

Gemäß § 5 Abs. 2 des preußischen Gesetzes über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens vom 24. Juli 1924¹⁾ kann die Bischöfliche Behörde bestimmen, daß wenigstens die Hälfte der gewählten Kirchenvorstands-Mitglieder Männer sein müssen.

Eine solche Bestimmung war im Artikel 5, Absatz 2 (letztem Satz) sowie im Artikel 21, Absatz 1 und 2, der Wahlordnung für die katholischen Kirchengemeinden vom 1. November 1924 getroffen worden.

Da nun in der neuen Wahlordnung für die katholischen Kirchengemeinden der preußischen Diözesen vom 20. Dezember 1928 eine Bestimmung über die Mindestzahl der Männer im Kirchenvorstande sich nicht findet und die Wahlordnung vom 1. November 1924 durch Artikel 18 der neuen Wahlordnung mit Wirkung vom 1. Februar d. J. an außer Kraft gesetzt wird, ist die in der früheren Wahlordnung getroffene Bestimmung, daß wenigstens die Hälfte der Mitglieder des Kirchenvorstandes aus Männern bestehen muß, nunmehr aufgehoben.

21. Verordnung des Bischofs von Limburg, betr. die Veranstaltung weltlicher Festlichkeiten bei Primizfeiern²⁾, vom Jahre 1929.

Amtsblatt des Bistums Limburg 1929, 15.

Es ist ein schönes Zeichen christlicher Gesinnung, wenn die Gläubigen an der Primizfeier eines neugeweihten Priesters freudigen Anteil nehmen und alles aufbieten, um die kirchliche Feier möglichst schön und erhebend zu gestalten. Ungeziemend und unzulässig ist es aber, die innere Sammlung und weihevollen Stimmung des Neupriesters durch gutgemeinte, aber unangebrachte weltliche Festlichkeiten zu stören und zu beeinträchtigen. Unter Hinweis auf den Erlaß meines Ordinariates vom 25. Oktober 1902 wünsche ich daher, daß von ungewöhnlichen weltlichen Feier-

1) Siehe dieses Archiv 104, 346.

2) Vgl. den Erlaß des Bischofs von Münster in derselben Angelegenheit vom 25. November 1926, in diesem Archiv 107, 264.

lichkeiten wie der Veranstaltung eines Fackelzuges oder Ständchens oder Feuerwerkes oder einer Versammlung in einem öffentlichen Lokal oder anderer Ovationen zu Ehren des Primizianten Abstand genommen werde. Auch soll die häusliche Feier einfach gestaltet werden und die Teilnahme an dem häuslichen Festessen auf die Angehörigen und die sonstigen nächststehenden Personen beschränkt werden.

Ausdrücklich bemerke ich, daß auch die Fuldaer Bischofskonferenz sich wiederholt in gleichem Sinne ausgesprochen hat und ähnliche Erlasse auch von anderen Bischöfen ergangen sind.

Limburg-Lahn, den 7. Februar 1929.

† Augustinus,
Bischof von Limburg.

22. Erlaß des Bischöflichen Ordinariats zu Limburg, betr. die Beichtväter der Schwestern für besondere Fälle, vom Jahre 1928.

Amtsblatt des Bistums Limburg 1928, 73.

Mit dem 1. Januar 1929 beginnt ein neues Triennium für die Beichten der Schwestern. Außer den bereits ernannten ordentlichen und außerordentlichen Beichtvätern sollen gemäß can. 521 § 2 Cod. iur. can. noch Beichtväter bestimmt werden, die in besonderen Fällen von den Schwestern leicht angegangen werden können. Bezüglich dieser Beichtväter bestimmen wir folgendes:

An Orten, an denen mehr als zwei für Schwestern approbierte Beichtväter vorhanden sind, können alle diese Beichtväter alle Schwestern des Ortes (auch wenn diese Schwestern verschiedenen Kongregationen angehören) in besonderen Fällen beichthören. Ebenso dürfen alle innerhalb unserer Diözese für Schwestern approbierte Beichtväter an allen Orten der Diözese in besonderen Fällen Schwestern beichthören. Die H. H. Geistlichen wollen die Schwestern ihres Seelsorgsbezirks hiervon in Kenntnis setzen.

Staatliche Erlasse und Entscheidungen.

1. Staatsvertrag zwischen dem Hl. Stuhle und Italien, vom 11. Februar 1929. Il Monitore Ecclesiastico XLI, 66 ff.

In nome della Santissima Trinità.

Premesso:

Che la Santa Sede e l'Italia hanno riconosciuto la convenienza di eliminare ogni ragione di dissidio fra loro esistente con l'addivenire ad una sistemazione definitiva dei reciproci rapporti, che sia conforme a giustizia ed alla dignità delle due Alte Parti e che, assicurando alla Santa Sede in modo stabile una condizione di fatto e di diritto la quale Le garantisca l'assoluta indipendenza per l'adempimento della Sua alta missione nel mondo, consenta alla Santa Sede stessa di riconoscere composta in modo definitivo ed irrevocabile la »questione romana«, sorta nel 1870 con l'annessione di Roma al Regno d'Italia sotto la dinastia di Casa Savoia;

Che dovendosi, per assicurare alla Santa Sede l'assoluta e visibile indipendenza, garantire una sovranità indiscutibile pur nel campo internazionale, si è ravvisata la necessità di costituire, con particolari modalità, la Città del Vaticano, riconoscendo sulla medesima alla Santa Sede la piena proprietà e l'esclusiva ed assoluta potestà e giurisdizione sovrana;

Sua Santità il Sommo Pontefice Pio XI e Sua Maestà Vittorio Emanuele III, Re d'Italia, hanno risoluto di stipulare un Trattato, nominando a tale effetto due Plenipotenziari, cioè per parte di Sua Santità, Sua Eminenza Reverendissima il Signor Cardinale Pietro Gasparri, Suo Segretario di Stato, e per parte di Sua Maestà, Sua Eccellenza il Signor Cavaliere Benito Mussolini, Primo Ministro e Capo del Governo; i quali, scambiati i loro rispettivi pieni poteri e trovati in buona e dovuta forma, hanno convenuto negli articoli seguenti:

Art. 1. — L'Italia riconosce e riafferma il principio consacrato nell'art. 1 dello Statuto del Regno 4 marzo 1848, pel quale la religione cattolica, apostolica e romana è la sola religione dello Stato.

Art. 2. — L'Italia riconosce la sovranità della Santa Sede nel campo internazionale come attributo inerente alla sua natura, in conformità alla sua tradizione ed alle esigenze della sua missione nel mondo.

Art. 3. — L'Italia riconosce alla Santa Sede la piena proprietà e la esclusiva ed assoluta potestà e giurisdizione sovrana sul Vaticano, com'è attualmente costituito, con tutte le sue pertinenze e dotazioni, creandosi per tal modo la Città del Vaticano per gli speciali fini e con le modalità di cui al presente Trattato. I confini di detta Città sono indicati nella pianta che costituisce l'allegato I del presente Trattato, del quale forma parte integrante ¹⁾).

Resta per altro inteso che la piazza di San Pietro, pur facendo parte della Città del Vaticano, continuerà ad essere normalmente aperta al pubblico e soggetta ai poteri di polizia delle autorità italiane; le quali si arresteranno ai piedi della scalinata della Basilica, sebbene questa continui ad essere destinata al culto pubblico, e si asterranno perciò dal montare ed accedere alla detta Basilica, salva che siano invitate ad intervenire dall'autorità competente.

Quando la Santa Sede, in vista di particolari funzioni, credesse di sottrarre temporaneamente la piazza di San Pietro al libero transito del pubblico, le autorità italiane, a meno che non fossero invitate dall'autorità competente a rimanere, si ritireranno al di là delle linee esterne del colonnato berniniano e del loro prolungamento.

Art. 4. — La sovranità e la giurisdizione esclusiva, che l'Italia riconosce alla Santa Sede sulla Città del Vaticano, importa che nella medesima non possa esplicarsi alcuna ingerenza da parte del Governo italiano e che non vi sia altra autorità che quella della Santa Sede.

Art. 5. — Per l'esecuzione di quanto è stabilito nell'articolo precedente, prima dell'entrata in vigore del presente Trattato, il

1) Comprende quanto si contiene tra le mura vaticane, piazza del Risorgimento, via di porta Angelica, piazza S. Pietro, via e piazza della Sagrestia, via Teutonica.

territorio costituente la Città del Vaticano dovrà essere, a cura del Governo italiano, reso libero da ogni vincolo e da eventuali occupatori. La Santa Sede provvederà a chiuderne gli accessi, recingendo le parti aperte, tranne la piazza di San Pietro.

Resta per altro convenuto che, per quanto riflette gli immobili ivi esistenti, appartenenti ad istituti od enti religiosi, provvederà direttamente la Santa Sede a regolare i suoi rapporti con questi, disinteressandosene lo Stato italiano.

Art. 6. — L'Italia provvederà, a mezzo degli accordi occorrenti con gli enti interessati, che alla Città del Vaticano sia assicurata un'adeguata dotazione di acque in proprietà.

Provvederà, inoltre, alla comunicazione con le ferrovie dello Stato mediante la costruzione di una stazione ferroviaria nella Città del Vaticano, nella località indicata nell'allegata pianta¹⁾ e mediante la circolazione dei veicoli propri del Vaticano sulle ferrovie italiane.

Provvederà altresì al collegamento, direttamente anche cogli altri Stati, dei servizi telegrafici, telefonici, radiotelegrafici, radio-telefonici e postali nella Città del Vaticano.

Provvederà infine anche al coordinamento degli altri servizi pubblici.

A tutto quanto sopra si provvederà a spese dello Stato italiano e nel termine di un anno dall'entrata in vigore del presente Trattato.

La Santa Sede provvederà, a sue spese, alla sistemazione degli accessi del Vaticano già esistenti e degli altri che in seguito credesse di aprire.

Saranno presi accordi tra la Santa Sede e lo Stato italiano per la circolazione nel territorio di quest'ultimo dei veicoli terrestri e degli aeromobili della Città del Vaticano.

Art. 7. — Nel territorio intorno alla Città del Vaticano il Governo italiano si impegna a non permettere nuove costruzioni, che costituiscano introspetto, ed a provvedere, per lo stesso fine, alla parziale demolizione di quelle già esistenti da Porta Cavalleggeri e lungo la Via Aurelia ed il Viale Vaticano.

In conformità alle norme del diritto internazionale, è vietato agli aeromobili di qualsiasi specie di trasvolare sul territorio del Vaticano.

1) Cioè entro le mura vaticane, fra porta Pertusa e porta Fabbrica, (entrambe murate *ab antiquo*), presso il nuovo edificio del Seminario Vaticano.

Nella Piazza Rusticucci e nelle zone adiacenti al colonnato, ove non si estende la extraterritorialità di cui all'art. 15, qualsiasi mutamento edilizio o stradale, che possa interessare la Città del Vaticano, si farà di comune accordo.

Art. 8. — L'Italia, considerando sacra ed inviolabile la persona del Sommo Pontefice, dichiara punibili l'attentato contro di Essa e la provocazione a commetterlo con le stesse pene stabilite per l'attentato e la provocazione a commetterlo contro la persona del Re.

Le offese e le ingiurie pubbliche commesse nel territorio italiano contro la persona del Sommo Pontefice con discorsi, con fatti e con scritti sono puniti come le offese e le ingiurie alla persona del Re.

Art. 9. — In conformità alle norme del diritto internazionale sono soggette alla sovranità della Santa Sede tutte le persone aventi stabile residenza nella Città del Vaticano. Tale residenza non si perde per il semplice fatto di una temporanea dimora altrove, non accompagnata dalla perdita dell'abitazione nella Città-stessa o da altre circostanze comprovanti l'abbandono di detta residenza.

Cessando di essere soggette alla sovranità della Santa Sede, le persone menzionate nel comma precedente, ove a termini della legge italiana indipendentemente dalle circostanze di fatto sopra previste, non siano da ritenere munite di altra cittadinanza, saranno in Italia considerate senz'altro cittadini italiani.

Alle persone stesse, mentre sono soggette alla sovranità della Santa Sede, saranno applicabili nel territorio del Regno d'Italia, anche nelle materie in cui deve essere osservata la legge personale (quando non siano regolate da norme emanate dalla Santa Sede), quelle della legislazione italiana, e ove si tratti di persona che sia da ritenere munita di altra cittadinanza, quelle dello Stato cui essa appartiene.

Art. 10. — I dignitari della Chiesa e le persone appartenenti alla Corte Pontificia, che verranno indicati in un elenco da concordarsi fra le Alte Parti contraenti, anche quando non fossero cittadini del Vaticano, saranno sempre ed in ogni caso rispetto all'Italia esenti dal servizio militare, dalla giuria e da ogni prestazione di carattere personale.

Questa disposizione si applica pure ai funzionari di ruolo dichiarati dalla Santa Sede indispensabili, addetti in modo stabile

e con stipendio fisso agli uffici della Santa Sede, nonchè ai dicasteri ed agli uffici indicati appresso negli articoli 13, 14, 15 e 16, esistenti fuori della Città del Vaticano. Tali funzionari saranno indicati in altro elenco, da concordarsi come sopra è detto e che annualmente sarà aggiornato dalla Santa Sede.

Gli ecclesiastici che, per ragione di ufficio, partecipano fuori della Città del Vaticano all'emanazione degli atti della Santa Sede, non sono soggetti per cagione di essi a nessun impedimento, investigazione o molestia da parte delle autorità italiane.

Ogni persona straniera investita di ufficio ecclesiastico in Roma gode delle garanzie personali competenti ai cittadini italiani in virtù delle leggi del Regno.

Art. 11. — Gli enti centrali della Chiesa Cattolica sono esenti da ogni ingerenza da parte dello Stato italiano (salvo le disposizioni delle leggi italiane concernenti gli acquisti dei corpi morali), nonchè dalla conversione nei riguardi dei beni immobili.

Art. 12. — L'Italia riconosce alla Santa Sede il diritto di legazione attivo e passivo secondo le regole generali del diritto internazionale.

Gli inviati dei Governi esteri presso la Santa Sede continuano a godere nel Regno di tutte le prerogative ed immunità, che spettano agli agenti diplomatici secondo il diritto internazionale, e le loro sedi potranno continuare a rimanere nel territorio italiano godendo delle immunità loro dovute a norma del diritto internazionale, anche se i loro Stati non abbiano rapporti diplomatici con l'Italia.

Resta inteso che l'Italia si impegna a lasciare sempre ed in ogni caso libera la corrispondenza da tutti gli Stati, compresi i belligeranti, alla Santa Sede e viceversa, nonchè il libero accesso dei vescovi di tutto il mondo alla Sede Apostolica.

Le Alte Parti contraenti si impegnano a stabilire fra loro normali rapporti diplomatici, mediante accreditamento di un ambasciatore italiano presso la Santa Sede e di un Nunzio pontificio presso l'Italia, il quale sarà il Decano del Corpo Diplomatico, ai termini del diritto consuetudinario riconosciuto dal Congresso di Vienna con atto del 9 giugno 1815.

Per effetto della riconosciuta sovranità e senza pregiudizio di quanto è disposto nel successivo art. 19 i diplomatici della Santa Sede ed i corrieri spediti in nome del Sommo Pontefice

godono nel territorio italiano, anche in tempo di guerra, dello stesso trattamento dovuto ai diplomatici ed ai corrieri di gabinetto degli altri Governi esteri, secondo le norme del diritto internazionale.

Art. 13. — L'Italia riconosce alla Santa Sede la piena proprietà delle Basiliche patriarcali, di San Giovanni in Laterano, di Santa Maria Maggiore e di San Paolo, cogli edifici annessi.

Lo Stato trasferisce alla Santa Sede la libera gestione ed amministrazione della detta Basilica di San Paolo e dell'annesso Monastero, versando altresì alla Santa Sede i capitali corrispondenti alle somme stanziare annualmente nel bilancio del Ministero della Pubblica Istruzione per la detta Basilica.

Resta del pari inteso che la Santa Sede è libera proprietaria del dipendente edificio di S. Callisto presso S. Maria in Trastevere.

Art. 14. — L'Italia riconosce alla Santa Sede la piena proprietà del palazzo pontificio di Castel Gandolfo con tutte le dotazioni, attinenze e dipendenze, quali ora si trovano già in possesso della Santa Sede medesima, nonchè si obbliga a cederLe, parimenti in piena proprietà, effettuandone la consegna entro sei mesi dall'entrata in vigore del presente Trattato, la villa Barberini, in Castel Gandolfo con tutte le dotazioni, attinenze e dipendenze.

Per integrare la proprietà degli immobili siti nel lato nord del Colle Gianicolense appartenenti alla Sacra Congregazione di Propaganda Fide e ad altri Istituti ecclesiastici e prospicienti verso i palazzi vaticani, lo Stato s'impegna a trasferire alla Santa Sede od agli enti che saranno da Essa indicati gli immobili di proprietà dello Stato o di terzi esistenti in detta zona. Gli immobili appartenenti alla detta Congregazione e ad altri Istituti e quelli da trasferire sono indicati nell'allegata pianta.

L'Italia, infine, trasferisce alla Santa Sede in piena e libera proprietà gli edifici ex-conventuali in Roma annessi alla Basilica dei Ss. XII Apostoli et alle chiese di Sant'Andrea della Valle e di San Carlo ai Catinari, con tutti gli annessi e dipendenze e da consegnarsi liberi da occupatori entro un anno dall'entrata in vigore del presente Trattato.

Art. 15. — Gli immobili indicati nell'art. 13 e negli alinea primo e secondo dell'art. 14, nonchè i palazzi della Dataria, della Cancelleria, di Propaganda Fide in Piazza di Spagna, il palazzo del Sant'Ufficio ed adiacenze, quello dei Convertendi (ora Con-

gregazione per la Chiesa orientale) in piazza Scossacavalli, il palazzo del Vicariato e gli altri edifici nei quali la Santa Sede in avvenire crederà di sistemare altri suoi dicasteri, benchè facenti parte del territorio dello Stato italiano, godranno delle immunità riconosciute dal diritto internazionale alle sedi degli agenti diplomatici di Stati esteri.

Le stesse immunità si applicano pure nei riguardi delle altre chiese, anche fuori di Roma, durante il tempo in cui vengano nelle medesime, senza essere aperte al pubblico, celebrate funzioni coll'intervento del Sommo Pontefice.

Art. 16. — Gli immobili indicati nei tre articoli precedenti, nonchè quelli adibiti a sedi dei seguenti istituti pontifici: Università Gregoriana, Istituto Biblico, Orientale, Archeologico, Seminario Russo, Collegio Lombardo, i due palazzi di Sant'Apollinare e la Casa degli esercizi per il clero di San Giovanni e Paolo, non saranno mai assoggettati a vincoli o ad espropriazioni per causa di pubblica utilità, se non previo accordo con la Santa Sede, e saranno esenti da tributi sia ordinari che straordinari tanto verso lo Stato quanto verso qualsiasi altro ente.

È in facoltà della Santa Sede di dare a tutti i suddetti immobili, indicati nel presente articolo e nei tre articoli precedenti, l'assetto che creda, senza bisogno di autorizzazioni o consensi da parte di autorità governative, provinciali o comunali italiane, le quali possono all'uopo fare sicuro assegnamento sulle nobili tradizioni artistiche che vanta la Chiesa cattolica.

Art. 17. — Le retribuzioni, di qualsiasi natura, dovute dalla Santa Sede, dagli altri enti centrali della Chiesa cattolica e dagli enti gestiti direttamente dalla Santa Sede anche fuori di Roma, a dignitari, impiegati e salariati, anche non stabili, saranno nel territorio italiano esenti, a decorrere dal 1° gennaio 1929, da qualsiasi tributo tanto verso lo Stato quanto verso ogni altro ente.

Art. 18. — I tesori d'arte e di scienza esistenti nella Città del Vaticano e nel Palazzo Lateranense rimarranno visibili agli studiosi ed ai visitatori, pur essendo riservata alla Santa Sede piena libertà di regolare l'accesso del pubblico.

Art. 19. — I diplomatici e gli inviati della Santa Sede, i diplomatici e gli inviati dei Governi esteri presso la Santa Sede e i dignitari della Chiesa provenienti dall'estero diretti alla Città del Vaticano e muniti di passaporti degli Stati di provenienza,

vistati dai rappresentanti pontifici all'estero, potranno, senz'altra formalità accedere alla medesima attraverso il territorio italiano. Altrettanto dicasi per le suddette persone, le quali munite di regolare passaporto pontificio si recheranno dalla Città del Vaticano all'estero.

Art. 20. — Le merci provenienti dall'estero e dirette alla Città del Vaticano, o, fuori della medesima, ad istituzioni od uffici della Santa Sede, saranno sempre ammesse da qualunque punto del confine italiano et in qualunque porto del Regno al transito per il territorio italiano con piena esenzione dai diritti doganali e daziari.

Art. 21. — Tutti i Cardinali godono in Italia degli onori dovuti ai Principi del sangue: quelli residenti in Roma, anche fuori della Città del Vaticano, sono a tutti gli effetti cittadini della medesima.

Durante la vacanza della Sede pontificia, l'Italia provvede in modo speciale a che non sia ostacolato il libero transito ed accesso dei Cardinali attraverso il territorio italiano al Vaticano, e che non si ponga impedimento o limitazione alla libertà personale dei medesimi.

Cura, inoltre, l'Italia che nel suo territorio all'intorno della Città del Vaticano non vengano commessi atti, che comunque possano turbare le adunanze del Conclave.

Le dette norme valgono anche per i Conclavi che si tennesero fuori della Città del Vaticano, nonchè per i Concilii presieduti dal Sommo Pontefice o dai suoi Legati e nei riguardi dei Vescovi chiamati a parteciparvi.

Art. 22. — A richiesta della Santa Sede e per delegazione che potrà essere data dalla medesima o nei singoli casi o in modo permanente, l'Italia provvederà nel suo territorio alla punizione dei delitti che venissero commessi nella Città del Vaticano, salvo quando l'autore del delitto si sia rifugiato nel territorio italiano, nel qual caso si procederà senz'altro contro di lui a norma delle leggi italiane.

La Santa Sede consegnerà allo Stato Italiano le persone, che si fossero rifugiate nella Città del Vaticano, imputate di atti, commessi nel territorio italiano, che siano ritenuti delittuosi dalle leggi di ambedue gli Stati.

Analogamente si provvederà per le persone imputate di delitti, che si fossero rifugiate negli immobili dichiarati immuni nell'art. 15, a meno che i preposti ai detti immobili preferiscano invitare gli agenti italiani ad entrarvi per arrestarle.

Art. 23. — Per l'esecuzione nel Regno delle sentenze emanate dai tribunali della Città del Vaticano si applicheranno le norme del diritto internazionale.

Avranno invece senz' altro piena efficacia giuridica, anche a tutti gli effetti civili, in Italia, le sentenze et i provvedimenti emanati da autorità ecclesiastiche ed ufficialmente comunicati alle autorità civili, circa persone ecclesiastiche o religiose e concernenti materie spirituali o disciplinari.

Art. 24. — La Santa Sede, in relazione alla sovranità che Le compete anche nel campo internazionale, dichiara che Essa vuole rimanere e rimarrà estranea alle competizioni temporali fra gli altri Stati et ai Congressi internazionali indetti per tale oggetto, a meno che le parti contendenti facciano concorde appello alla sua missione di pace, riservandosi in ogni caso di far valere la sua potestà morale e spirituale.

In conseguenza di ciò la Città del Vaticano sarà sempre ed in ogni caso considerata territorio neutrale ed inviolabile.

Art. 25. — Con speciale convenzione sottoscritta unitamente al presente Trattato, la quale costituisce l'allegato IV al medesimo e ne forma parte integrante, si provvede alla liquidazione dei crediti della Santa Sede verso l'Italia.

Art. 26. — La Santa Sede ritiene che con gli accordi, i quali sono oggi sottoscritti, Le viene assicurato adeguatamente quanto Le occorre per provvedere con la dovuta libertà ed indipendenza al governo pastorale della Diocesi di Roma e della Chiesa cattolica in Italia e nel mondo; dichiara definitivamente ed irrevocabilmente composta e quindi eliminata la «questione romana» e riconosce il Regno d'Italia sotto la dinastia di Casa Savoia con Roma capitale dello Stato italiano.

Alla sua volta l'Italia riconosce lo Stato della Città del Vaticano sotto la sovranità del Sommo Pontefice.

È abrogata la legge 13 maggio 1871, n. 214, e qualunque altra disposizione contraria al presente Trattato.

Art. 27. — Il presente Trattato, non oltre quattro mesi dalla firma, sarà sottoposto alla ratifica del Sommo Pontefice e del

Re d'Italia ed entrerà in vigore all'atto stesso dello scambio delle ratifiche.

Roma, undici febbraio millenovecentoventinove.

Firmato: *Pietro Card. Gasparri.*

Firmato: *Benito Mussolini.*

**2. Finanzabkommen zwischen dem Hl. Stuhle und Italien,
vom 11. Februar 1929. Il Monitore Ecclesiastico XLI, 74.**

Si premette:

Che la Santa Sede e l'Italia, a seguito della stipulazione del Trattato, col quale è stata definitivamente composta la »questione romana«, hanno ritenuto necessario regolare con una convenzione distinta, ma formante parte integrante del medesimo, i loro rapporti finanziari;

che il Sommo Pontefice, considerando da un lato i danni ingenti subiti dalla Sede Apostolica per la perdita del Patrimonio di San Pietro, costituito dagli antichi Stati Pontifici, e dei beni degli enti ecclesiastici, e dall'altro i bisogni sempre crescenti della Chiesa, pur soltanto nella città di Roma, e tuttavia avendo anche presente la situazione finanziaria dello Stato e le condizioni economiche del popolo italiano specialmente dopo la guerra, ha ritenuto di limitare allo stretto necessario la richiesta di indennizzo, domandando una somma, parte in contanti e parte in consolidato, la quale è in valore di molto inferiore a quella che a tutt'oggi lo Stato avrebbe dovuto sborsare alla Santa Sede medesima anche solo in esecuzione dell'impegno assunto con la legge 13 maggio 1871;

che lo Stato italiano, apprezzando i paterni sentimenti del Sommo Pontefice, ha creduto doveroso aderire alla richiesta del pagamento di detta somma;

le due Alte Parti, rappresentate dai medesimi Plenipotenziari, hanno convenuto:

Art. 1. — L'Italia si obbliga a versare, allo scambio delle ratifiche del Trattato, alla Santa Sede la somma di lire italiane 750 000 000 (settecento cinquanta milioni) ed a consegnare contemporaneamente alla medesima tanto Consolidato italiano 5 per cento al portatore (col cupone scadente al 30 giugno p. v.) del valore nominale di lire italiane 1 000 000 000 (un miliardo).

Art. 2. — La Santa Sede dichiara di accettare quanto sopra a definitiva sistemazione dei suoi rapporti finanziari con l'Italia in dipendenza degli avvenimenti del 1870.

Art. 3. — Tutti gli atti da compiere per l'esecuzione del Trattato, della presente Convenzione e del Concordato, saranno esenti da ogni tributo.

Roma, undici febbraio millenovecentoventinove.

Firmato: *Pietro Card. Gasparri.*

Firmato: *Benito Mussolini.*

**3. Konkordat zwischen dem Hl. Stuhle und Italien,
vom 11. Februar 1929. Il Monitore Ecclesiastico XLI, 75 ff.**

In nome della Santissima Trinità.

Premesso :

Che fin dall'inizio delle trattative tra la Santa Sede e l'Italia per risolvere la »questione romana« la Santa Sede stessa ha proposto che il Trattato relativo a detta questione fosse accompagnato, per necessario complemento, da un Concordato inteso a regolare le condizioni della Religione e della Chiesa in Italia ;

che è stato conchiuso e firmato oggi stesso il Trattato per la soluzione della »questione romana« ;

Sua Santità il Sommo Pontefice Pio XI e Sua Maestà Vittorio Emanuele III, Re d'Italia, hanno risoluto di fare un Concordato, ed all'uopo hanno nominato gli stessi Plenipotenziari, delegati per la stipulazione del Trattato, cioè per parte di Sua Santità, Sua Eminenza Reverendissima il Signor Cardinale Pietro Gasparri, Suo Segretario di Stato, e per parte di Sua Maestà, Sua Eccellenza il Signor Cavaliere Benito Mussolini, Primo

Ministro e Capo del Governo, i quali, scambiati i loro Pieni Poteri e trovati in buona e dovuta forma, hanno convenuto negli articoli seguenti:

Art. 1. — L'Italia, ai sensi dell'art. 1 del Trattato, assicura alla Chiesa Cattolica il libero esercizio del potere spirituale, il libero e pubblico esercizio del culto, nonchè della sua giurisdizione in materia ecclesiastica in conformità alle norme del presente Concordato; ove occorra, accorda agli ecclesiastici per gli atti del loro ministero spirituale la difesa da parte delle sue autorità.

In considerazione del carattere sacro della Città Eterna, sede vescovile del Sommo Pontefice, centro del mondo cattolico e mèta di pellegrinaggi, il Governo italiano avrà cura di impedire in Roma tutto ciò che possa essere in contrasto col detto carattere.

Art. 2. — La Santa Sede comunica e corrisponde liberamente con i Vescovi, col clero e con tutto il mondo cattolico senza alcuna ingerenza del Governo italiano.

Parimenti per tutto quanto si riferisce al ministero pastorale, i Vescovi comunicano e corrispondono liberamente col loro clero e con tutti i fedeli.

Tanto la Santa Sede quanto i Vescovi possono pubblicare liberamente ed anche affiggere nell'interno ed alle porte esterne degli edifici destinati al culto o ad uffici del loro ministero le istruzioni, ordinanze, lettere pastorali, bollettini diocesani ed altri atti riguardanti il governo spirituale dei fedeli, che crederanno di emanare nell'ambito della loro competenza. Tali pubblicazioni ed affissioni ed in genere tutti gli atti e documenti relativi al governo spirituale dei fedeli non sono soggetti ad oneri fiscali.

Le dette pubblicazioni per quanto riguarda la Santa Sede possono essere fatte in qualunque lingua, quelle dei Vescovi sono fatte in lingua italiana o latina; ma accanto al testo italiano l'autorità ecclesiastica può aggiungere la traduzione in altre lingue.

Le autorità ecclesiastiche possono senza alcuna ingerenza delle autorità civili eseguire collette nell'interno ed all'ingresso delle chiese nonchè negli edifici di loro proprietà.

Art. 3. — Gli studenti di teologia, quelli degli ultimi due anni di propedeutica alla teologia avviati al sacerdozio ed i

novizi degli istituti religiosi possono, a loro richiesta, rinviare, di anno in anno, fino al ventesimosesto anno di età l'adempimento degli obblighi del servizio militare.

I chierici ordinati *in sacris* ed i religiosi che hanno emesso i voti, sono esenti dal servizio militare, salvo il caso di mobilitazione generale. In tal caso i sacerdoti passano nelle forze armate dello Stato, ma è loro conservato l'abito ecclesiastico, affinchè esercitino fra le truppe il sacro ministero sotto la giurisdizione ecclesiastica dell'Ordinario militare ai sensi dell'art. 14. Gli altri chierici o religiosi sono di preferenza destinati ai servizi sanitari.

Tuttavia, anche se siasi disposta la mobilitazione generale, sono dispensati dal presentarsi alla chiamata i sacerdoti con cura di anime. Si considerano tali gli Ordinari, i parroci, i vice-parroci o coadiutori, i vicari ed i sacerdoti stabilmente preposti a rettorie di chiese aperte al pubblico.

Art. 4. — Gli ecclesiastici ed i religiosi sono esenti dall'ufficio di giurato.

Art. 5. — Nessun ecclesiastico può essere assunto o rimanere in un impiego od ufficio dello Stato italiano o di enti pubblici dipendenti dal medesimo senza il *nulla osta* dell'Ordinario diocesano.

La revoca del *nulla osta* priva l'ecclesiastico della capacità di continuare ad esercitare l'impiego o l'ufficio assunto.

In ogni caso i sacerdoti apostati o irretiti da censura non potranno essere assunti nè conservati in un insegnamento, in un ufficio od in un impiego, nei quali siano a contatto immediato col pubblico.

Art. 6. — Gli stipendi e gli altri assegni, di cui godono gli ecclesiastici in ragione del loro ufficio, sono esenti da pignorabilità nella stessa misura in cui lo sono gli stipendi e gli assegni degli impiegati dello Stato.

Art. 7. — Gli ecclesiastici non possono essere richiesti da magistrati o da altra autorità a dare informazioni su persone o materie di cui siano venuti a conoscenza per ragioni del sacro ministero.

Art. 8. — Nel caso di deferimento al magistrato penale di un ecclesiastico o di un religioso per delitto, il Procuratore del

Re deve informarne immediatamente l'Ordinario della Diocesi, nel cui territorio egli esercita giurisdizione; e deve sollecitamente trasmettere di ufficio al medesimo la decisione istruttoria e, ove abbia luogo, la sentenza terminativa del giudizio tanto in primo grado quanto in appello.

In caso di arresto l'ecclesiastico o il religioso è trattato col riguardo dovuto al suo stato ed al suo grado gerarchico.

Nel caso di condanna di un ecclesiastico o di un religioso, la pena è scontata possibilmente in locali separati da quelli destinati ai laici, a meno che l'Ordinario competente non abbia ridotto il condannato allo stato laicale.

Art. 9. — Di regola, gli edifici aperti al culto sono esenti da requisizioni od occupazioni.

Occorrendo per gravi necessità pubbliche occupare un edificio aperto al culto, l'autorità che procede all'occupazione deve prendere previamente accordi con l'Ordinario, a meno che ragioni di assoluta urgenza a ciò si oppongano. In tale ipotesi l'autorità procedente deve informare immediatamente il medesimo.

Salvo i casi di urgente necessità, la forza pubblica non può entrare, per l'esercizio delle sue funzioni, negli edifici aperti al culto, senza averne dato previo avviso all'autorità ecclesiastica.

Art. 10. — Non si potrà per qualsiasi causa procedere alla demolizione di edifici aperti al culto, se non previo accordo con la competente autorità ecclesiastica.

Art. 11. — Lo Stato riconosce i giorni festivi stabiliti dalla Chiesa, che sono i seguenti:

- tutte le domeniche;
- il primo giorno dell'anno;
- il giorno dell'Epifania (6 gennaio);
- il giorno della festa di S. Giuseppe (19 marzo);
- il giorno dell'Ascensione;
- il giorno del *Corpus Domini*;
- il giorno della festa dei Ss. Apostoli Pietro e Paolo (29 giugno);
- il giorno dell'Assunzione della B. V. Maria (15 agosto);
- il giorno di Ognissanti (1^o novembre);

il giorno della festa dell'Immacolata Concezione (8 dicembre);

il giorno di Natale (25 dicembre).

Art. 12. — Nelle domeniche e nelle feste di precetto, nelle chiese in cui officia un Capitolo, il celebrante la Messa Conventuale canterà, secondo le norme della sacra liturgia, una preghiera per la prosperità del Re d'Italia e dello Stato italiano.

Art. 13. — Il Governo italiano comunica alla Santa Sede la tabella organica del personale ecclesiastico di ruolo adibito al servizio dell'assistenza spirituale presso le forze militari dello Stato, appena essa sia stata approvata nei modi di legge.

La designazione degli ecclesiastici, cui è commessa l'alta direzione del servizio di assistenza spirituale (Ordinario militare, vicario ed ispettori) è fatta confidenzialmente dalla Santa Sede al Governo italiano. Qualora il Governo italiano abbia ragioni da opporre alla fatta designazione, ne darà comunicazione alla Santa Sede, la quale procederà ad altra designazione.

L'Ordinario militare sarà rivestito della dignità arcivescovile.

La nomina dei cappellani militari è fatta dalla competente autorità dello Stato italiano su designazione dell'Ordinario militare.

Art. 14. — Le truppe italiane di aria, di terra e di mare godono nei riguardi dei doveri religiosi, dei privilegi e delle esenzioni consentite dal diritto canonico.

I cappellani militari hanno, riguardo alle dette truppe, competenze parrocchiali. Essi esercitano il sacro ministero sotto la giurisdizione dell'Ordinario militare, assistito dalla propria Curia.

L'Ordinario militare ha giurisdizione anche sul personale religioso maschile e femminile addetto agli ospedali militari.

Art. 15. — L'arcivescovo ordinario militare è preposto al Capitolo della chiesa del Pantheon in Roma, costituendo con esso il clero, cui è affidato il servizio religioso di detta Basilica.

Tale clero è autorizzato a provvedere a tutte le funzioni religiose, anche fuori di Roma, che in conformità delle regole canoniche siano richieste dallo Stato e dalla Reale Casa.

La Santa Sede consente a conferire a tutti i canonici componenti il Capitolo del Pantheon la dignità di protonotari *ad instar, durante munere*. La nomina di ciascuno di essi sarà fatta dal Cardinale Vicario di Roma dietro presentazione da parte

di Sua Maestà il Re d'Italia, previa confidenziale indicazione del presentando.

La Santa Sede si riserva di trasferire ad altra chiesa la Diaconia.

Art. 16. — Le Alte Parti contraenti procederanno d'accordo, a mezzo di Commissioni miste, ad una revisione della circoscrizione delle diocesi, allo scopo di renderla possibilmente rispondente a quella delle provincie dello Stato.

Resta inteso che la Santa Sede erigerà la diocesi di Zara: che nessuna parte del territorio soggetto alla sovranità del Regno d'Italia dipenderà da un Vescovo la cui sede si trovi in territorio soggetto alla sovranità di altro Stato; e che nessuna diocesi del Regno comprenderà zone di territorio soggette alla sovranità di altro Stato.

Lo stesso principio sarà osservato per tutte le parrocchie esistenti o da costituirsi in territori vicini ai confini dello Stato.

Le modificazioni che dopo l'assetto innanzi accenato si dovessero in avvenire arrecare alle circoscrizioni delle diocesi, saranno disposte dalla Santa Sede previ accordi col Governo italiano ed in osservanza delle direttive su espresse, salvo le piccole rettifiche di territorio richieste dal bene delle anime.

Art. 17. — La riduzione delle diocesi che risulterà dall'applicazione dell'articolo precedente, sarà attuata via via che le diocesi medesime si renderanno vacanti.

Resta inteso che la riduzione non importerà soppressione dei titoli delle diocesi nè dei capitoli, che saranno conservati pur raggruppandosi le diocesi in modo che i capoluoghi delle medesime corrispondano a quelli delle provincie.

Le riduzioni suddette lasceranno salve tutte le attuali risorse economiche delle diocesi e degli altri enti ecclesiastici esistenti nelle medesime, compresi gli assegni ora corrisposti dallo Stato italiano.

Art. 18. — Dovendosi, per disposizione dell'autorità ecclesiastica raggruppare in via provvisoria o definitiva, più parrocchie, sia affidandole ad un solo parroco assistito da uno o più vice-parroci, sia riunendo in un solo presbiterio più sacerdoti, lo Stato manterrà inalterato il trattamento economico dovuto a dette parrocchie.

Art. 19. — La scelta degli Arcivescovi e Vescovi appartiene alla Santa Sede.

Prima di procedere alla nomina di un Arcivescovo o di un Vescovo diocesano o di un coadiutore *cum jure successionis* la Santa Sede comunicherà il nome della persona prescelta al Governo italiano per assicurarsi che il medesimo non abbia ragioni pi caratteri politico da sollevare contro la nomina.

Le pratiche relative si svolgeranno con la maggiore possibile sollecitudine e con ogni riservatezza, in modo che sia mantenuto il segreto sulla persona prescelta, finchè non avvenga la nomina, della medesima.

Art. 20. — I Vescovi prima di prendere possesso della loro diocesi, prestano nelle mani del Capo dello Stato un giuramento di fedeltà secondo la formula seguente:

«Davanti a Dio e sui Santi Vangeli, io giuro e prometto siccome si conviene ad un Vescovo, fedeltà allo Stato italiano. Io giuro e prometto di rispettare e di far rispettare dal mio clero il Re ed il Governo stabilito secondo le leggi costituzionali dello Stato. Io giuro e prometto inoltre che non parteciperò ad alcun accordo nè assisterò ad alcun consiglio che possa recar danno allo Stato italiano ed all'ordine pubblico e che non permetterò al mio clero simili partecipazioni. Preoccupandomi del bene e dell'interesse dello Stato italiano, cercherò di evitare ogni danno che possa minacciarlo».

Art. 21. — La provvista dei benefici ecclesiastici appartiene alla autorità ecclesiastica.

Le nomine degli investiti dei benefici parrocchiali sono dall'autorità ecclesiastica competente comunicate riservatamente al Governo italiano e non possono avere corso prima che siano passati trenta giorni dalla comunicazione.

In questo termine il Governo italiano, ove gravi ragioni si oppongano alla nomina, può manifestarle riservatamente all'autorità ecclesiastica, la quale permanendo il dissenso, deferirà il caso alla Santa Sede.

Sopraggiungendo gravi ragioni che rendano dannosa la permanenza di un ecclesiastico in un determinato beneficio parrocchiale, il Governo italiano comunicherà tali ragioni all' Ordinario, che d'accordo col Governo prenderà entro tre mesi le misure appropriate. In caso di divergenza tra l'Ordinario ed il Governo,

la Santa Sede affiderà la soluzione della questione a due ecclesiastici di sua scelta, i quali, d'accordo con due delegati del Governo italiano, prenderanno una decisione definitiva.

Art. 22. — Non possono essere investiti di benefici esistenti in Italia ecclesiastici che non siano cittadini italiani. I titolari delle diocesi e delle parrocchie devono inoltre parlare la lingua italiana. Occorendo, dovranno essere loro assegnati coadiutori che, oltre l'italiano, intendano e parlino anche la lingua localmente in uso, allo scopo di prestare l'assistenza religiosa nella lingua dei fedeli secondo le regole della Chiesa.

Art. 23. — Le disposizioni degli articoli 16, 17, 19, 20, 21 e 22 non riguardano Roma e le diocesi suburbicarie.

Resta anche inteso che, qualora la Santa Sede procedesse ad un nuovo assetto delle dette diocesi, rimarrebbero invariati gli assegni oggi corrisposti dallo Stato italiano sia alle mense sia alle altre istituzioni ecclesiastiche.

Art. 24. — Sono aboliti l'*exequatur*, il regio *placet*, nonché ogni nomina cesarea o regia in materia di provvista di benefici od uffici ecclesiastici in tutta l'Italia, salve le eccezioni stabilite dall'art. 29, lettera g.

Art. 25. — Lo Stato italiano rinuncia alla prerogativa sovrana del Regio patronato sui benefici maggiori e minori.

È abolita la regalia sui benefici maggiori e minori. È abolito anche il terzo pensionabile nelle provincie dell' ex-Regno delle due Sicilie.

Gli oneri relativi cessano di far carico allo Stato ed alle amministrazioni dipendenti.

Art. 26. — La nomina degli investiti dei benefici maggiori e minori e di chi rappresenta temporaneamente la sede o il beneficio vacante ha effetto dalla data della provvista ecclesiastica, che sarà ufficialmente partecipata al Governo. L'amministrazione ed il godimento delle rendite, durante la vacanza, è disciplinata dalle norme del diritto canonico.

In caso di cattiva gestione lo Stato italiano, presi accordi con l'autorità ecclesiastica, può procedere al sequestro delle temporalità del beneficio, devolvendone il reddito netto a favore dell'investito, o, in sua mancanza, a vantaggio del beneficio.

Art. 27. — Le basiliche della Santa Casa in Loreto, di S. Francesco in Assisi e di Sant'Antonio in Padova con gli edi-

fici ed opere annesse, eccettuate quelle di carattere meramente laico, saranno cedute alla Santa Sede, e la loro amministrazione spetterà liberamente alla medesima. Saranno parimenti liberi da ogni ingerenza dello Stato e da conversione gli altri enti di qualsiasi natura gestiti dalla Santa Sede in Italia nonchè i Collegi di missioni. Restano, tuttavia, in ogni caso, applicabili le leggi italiane concernenti gli acquisti dei corpi morali.

Relativamente ai beni ora appartenenti ai detti Santuari, si procederà alla ripartizione a mezzo di commissione mista, avendo riguardo ai diritti dei terzi ed alle dotazioni necessarie alle dette opere meramente laiche.

Per gli altri Santuari, nei quali esistano amministrazioni civili, subentrerà la libera gestione dell'autorità ecclesiastica, salva, ove del caso, la ripartizione dei beni a norma del precedente capoverso.

Art. 28. — Per tranquillare le coscienze, la Santa Sede accorderà piena condonazione a tutti coloro che, a seguito delle leggi italiane eversive del patrimonio ecclesiastico, si trovino in possesso di beni ecclesiastici.

A tale scopo la Santa Sede darà agli Ordinari le opportune istruzioni.

Art. 29. — Lo Stato italiano rivedrà la sua legislazione in quanto interessa la materia ecclesiastica, al fine di riformarla ed integrarla, per metterla in armonia colle direttive alle quali si ispira il Trattato stipulato colla Santa Sede ed il presente Concordato.

Resta fin da ora convenuto fra le due Alte Parti contraenti quanto appresso:

a) Ferma restando la personalità giuridica degli enti ecclesiastici finora riconosciuti dalle leggi italiane (Santa Sede, diocesi, capitoli, seminari, parrocchie, ecc.), tale personalità sarà riconosciuta anche alle chiese pubbliche aperte al culto, che già non l'abbiano, comprese quelle già appartenenti agli enti ecclesiastici soppressi, con assegnazione, nei riguardi di queste ultime, della rendita che attualmente il Fondo per il Culto destina a ciascuna di esse.

Salvo quanto è disposto nel precedente art. 27, i consigli di amministrazione, dovunque esistano e qualunque sia la loro denominazione, anche se composti totalmente o in maggioranza di

laici, non dovranno ingerirsi nei servizi di culto, e la nomina dei componenti sarà fatta d'intesa con l'autorità ecclesiastica.

b) Sarà riconosciuta la personalità giuridica delle associazioni religiose, con o senza voti, approvate dalla Santa Sede, che abbiano la loro sede principale nel Regno, e siano ivi rappresentate, giuridicamente e di fatto, da persone che abbiano la cittadinanza italiana e siano in Italia domiciliate. Sarà riconosciuta, inoltre, la personalità giuridica delle provincie religiose italiane, nei limiti del territorio dello Stato e sue colonie, delle associazioni aventi la sede principale all'estero quando concorrano le stesse condizioni. Sarà riconosciuta altresì la personalità giuridica delle case, quando dalle regole particolari dei singoli Ordini sia attribuita alle medesime la capacità di acquistare e possedere. Sarà riconosciuta infine la personalità giuridica alle Case generalizie ed alle Procure delle associazioni religiose, anche estere. Le associazioni o le case religiose, le quali già abbiano la personalità giuridica, la conserveranno.

Gli atti relativi ai trasferimenti degli immobili, dei quali le associazioni sono già in possesso, dagli attuali intestatari alle associazioni stesse saranno esenti da ogni tributo.

c) Le confraternite aventi scopo esclusivo o prevalente di culto non sono soggette ad ulteriori trasformazioni nei fini, e dipendono dall'autorità ecclesiastica, per quanto riguarda il funzionamento e l'amministrazione.

d) Sono ammesse le fondazioni di culto di qualsiasi specie, purchè consti che rispondano alle esigenze religiose della popolazione e non ne derivi alcun onere finanziario allo Stato. Tale disposizione si applica anche alle fondazioni già esistenti di fatto.

e) Nelle amministrazioni civili del patrimonio ecclesiastico proveniente dalle leggi eversive i consigli di amministrazione saranno formati per metà con membri designati dall'autorità ecclesiastica. Altrettanto dicasi per i Fondi di religione delle nuove provincie.

f) Gli atti compiuti finora da enti ecclesiastici o religiosi senza l'osservanza delle leggi civili potranno essere riconosciuti e regolarizzati dallo Stato italiano, su domanda dell'Ordinario da presentarsi entro tre anni dall'entrata in vigore del presente Concordato.

g) Lo Stato italiano rinunzia ai privilegi di esenzione giurisdizionale ecclesiastica del clero palatino in tutta Italia (salvo per

quello addetto alle chiese della Santa Sindone di Torino, di Superga, del Sudario di Roma ed alle cappelle annesse ai palazzi di dimora dei Sovrani e dei Principi Reali), rientrando tutte le nomine e provviste di benefici ed uffici sotto le norme degli articoli precedenti. Una apposita commissione provvederà alla assegnazione ad ogni basilica o chiesa palatina di una congrua dotazione con i criteri indicati per i beni dei Santuari nell'art. 27.

h) Ferme restando le agevolazioni tributarie già stabilite a favore degli enti ecclesiastici dalle leggi italiane fin qui vigenti, il fine di culto o di religione è, a tutti gli effetti tributari, equiparato ai fini di beneficenza e di istruzione.

È abolita la tassa straordinaria del 30 per cento imposta con l'art. 18 della legge 15 agosto 1867, n. 3848; la quota di concorso di cui agli articoli 31 della legge 7 luglio 1866, n. 3036 e 20 della legge 15 agosto 1867, n. 3848; nonchè la tassa sul passaggio di usufrutto dei beni costituenti la dotazione dei benefici ed altri enti ecclesiastici, stabiliti dall'art. 1 del Regio decreto 30 dicembre 1923, n. 3270, rimanendo esclusa anche per l'avvenire la istituzione di qualsiasi tributo speciale a carico dei beni della Chiesa. Non saranno applicate ai ministri del culto per l'esercizio del ministero sacerdotale la imposta sulle professioni e la tassa di patente, istituite con il Regio decreto 18 novembre 1923, n. 2538, in luogo della soppressa tassa di esercizio e rivendita, nè qualsiasi altro tributo del genere.

i) L'uso dell'abito ecclesiastico o religioso da parte di secolari o da parte di ecclesiastici e di religiosi, ai quali sia stato interdetto con provvedimento definitivo della competente autorità ecclesiastica, che dovrà a questo fine essere ufficialmente comunicato al Governo italiano, è vietato e punito colle stesse sanzioni e pene colle quali è vietato e punito l'uso abusivo della divisa militare.

Art. 30. — La gestione ordinaria e straordinaria dei beni appartenenti a qualsiasi istituto ecclesiastico od associazione religiosa ha luogo sotto la vigilanza ed il controllo delle competenti autorità della Chiesa, escluso ogni intervento da parte dello Stato italiano, e senza obbligo di assoggettare a conversione i beni immobili.

Lo Stato italiano riconosce agli istituti ecclesiastici ed alle associazioni religiose la capacità di acquistare beni, salve le

disposizioni delle leggi civili concernenti gli acquisti dei corpi morali.

Lo Stato italiano, finchè con nuovi accordi non sarà stabilito diversamente, continuerà a supplire alle deficienze dei redditi dei benefici ecclesiastici con assegni da corrispondere in misura non inferiore al valore reale di quella stabilita dalle leggi attualmente in vigore: in considerazione di ciò la gestione patrimoniale di detti benefici, per quanto concerne gli atti e contratti eccedenti la semplice amministrazione, avrà luogo con intervento da parte dello Stato italiano, ed in caso di vacanza la consegna dei beni sarà fatta colla presenza di un rappresentante del Governo, redigendosi analogo verbale.

Non sono soggetti all'intervento suddetto le mense vescovili delle diocesi suburbicarie ed i patrimoni dei capitoli e delle parrocchie di Roma e delle dette diocesi. Agli effetti del supplemento di congrua, l'ammontare dei redditi, che su dette mense e patrimoni sono corrisposti ai beneficiati, risulterà da una dichiarazione resa annualmente sotto la propria responsabilità dal Vescovo suburbicario per le diocesi e dal Cardinale Vicario per la città di Roma.

Art. 31. — L'erezione di nuovi enti ecclesiastici od associazioni religiose sarà fatta dall'autorità ecclesiastica secondo le norme del diritto canonico; il loro riconoscimento agli effetti civili sarà fatto dalle autorità civili.

Art. 32. — I riconoscimenti e le autorizzazioni previste nelle disposizioni del presente Concordato e del Trattato avranno luogo con le norme stabilite dalle leggi civili, che dovranno essere poste in armonia con le disposizioni del Concordato medesimo e del Trattato.

Art. 33. — È riservata alla Santa Sede la disponibilità delle Catacombe esistenti nel suolo di Roma e delle altre parti del territorio del Regno con l'onere conseguente della custodia, della manutenzione e della conservazione.

Essa può quindi, con l'osservanza delle leggi dello Stato e con salvezza degli eventuali diritti di terzi, procedere alle occorrenti escavazioni ed al trasferimento dei corpi santi.

Art. 34. — Lo Stato italiano, volendo ridonare all'istituto del matrimonio che è base della famiglia, dignità conforme alle

tradizioni cattoliche del suo popolo, riconosce al sacramento del matrimonio, disciplinato dal diritto canonico, gli effetti civili.

Le pubblicazioni del matrimonio come sopra, saranno effettuate, oltre che nella chiesa parrocchiale, anche nella Casa comunale.

Subito dopo la celebrazione, il parroco spiegherà ai coniugi gli effetti civili del matrimonio dando lettura degli articoli del Codice civile riguardanti i diritti ed i doveri dei coniugi, e redigerà l'atto di matrimonio, del quale entro cinque giorni trasmetterà copia integrale al Comune, affinchè venga trascritto nei registri dello stato civile.

Le cause concernenti la nullità del matrimonio e la dispensa dal matrimonio »rato e non consumato« sono riservate alla competenza dei tribunali e dei dicasteri ecclesiastici.

I provvedimenti e le sentenze relative quando siano divenute definitive, saranno portate al Supremo Tribunale della Segnatura, il quale controllerà se siano state rispettate le norme del diritto canonico relative alla competenza del giudice, alla citazione ed alla legittima rappresentanza o contumacia delle parti.

I detti provvedimenti e sentenze definitive coi relativi decreti del Supremo Tribunale della Segnatura saranno trasmessi alla Corte di Appello dello Stato competente per territorio, la quale con ordinanze emesse in camera di consiglio, li renderà esecutivi agli effetti civili ed ordinerà che siano annotati nei registri dello stato civile a margine dell'atto di matrimonio.

Quanto alle cause di separazione personale, la Santa Sede consente che siano giudicate dall'autorità giudiziaria civile.

Art. 35. — Per le scuole di istruzione media tenute da enti ecclesiastici o religiosi rimane fermo l'istituto dell'esame di Stato ad effettiva parità di condizioni per candidati di istituti governativi e candidati di dette scuole.

Art. 36. — L'Italia considera fondamento e coronamento dell'istruzione pubblica l'insegnamento della dottrina cristiana secondo la forma ricevuta dalla tradizione cattolica. E perciò consente che l'insegnamento religioso ora impartito nelle scuole pubbliche elementari abbia un ulteriore sviluppo nelle scuole medie, secondo programmi da stabilirsi d'accordo tra la Santa Sede e lo Stato.

Tale insegnamento sarà dato a mezzo di maestri e professori sacerdoti o religiosi, approvati dall'autorità ecclesiastica, e sussi-

diariamente a mezzo di maestri e professori laici, che siano a questo fine muniti di un certificato di idoneità da rilasciarsi dall'Ordinario diocesano.

La revoca del certificato da parte dell'Ordinario priva senz'altro l'insegnante della capacità di insegnare.

Pel detto insegnamento religioso nelle scuole pubbliche non saranno adottati che i libri di testo approvati dall'autorità ecclesiastica.

Art. 37. — I dirigenti delle associazioni statali per l'educazione fisica, per l'istruzione premilitare, degli Avanguardisti e dei Balilla per rendere possibile l'istruzione e l'assistenza religiosa per la gioventù loro affidata, disporanno gli orari in modo da non impedire nelle domeniche e nelle feste di precetto l'adempimento dei doveri religiosi.

Altrettanto disporranno i dirigenti delle scuole pubbliche nelle eventuali adunate degli alunni nei detti giorni festivi.

Art. 38. — Le nomine dei professori della Università Cattolica del Sacro Cuore e del dipendente Istituto di Magistero »Maria Immacolata« sono subordinate al »nulla osta« da parte della Santa Sede, diretto ad assicurare che non vi sia alcunchè da eccepire dal punto di vista morale e religioso.

Art. 39. — Le università, i seminari maggiori e minori, sia diocesani sia interdiocesani sia regionali, le accademie, i collegi e gli altri istituti cattolici per la formazione e la cultura degli ecclesiastici continueranno a dipendere unicamente dalla Santa Sede senza alcuna ingerenza delle autorità scolastiche del Regno.

Art. 40. — Le lauree in sacra teologia date dall'è Facoltà approvate dalla Santa Sede saranno riconosciute dallo Stato italiano.

Saranno parimenti riconosciuti i diplomi che si conseguono nelle Scuole di paleografia, archivistica e diplomatica documentaria erette presso la Biblioteca e l'Archivio nella Città del Vaticano.

Art. 41. — L'Italia autorizza l'uso nel Regno e nelle sue Colonie delle onorificenze cavalleresche pontificie mediante registrazione del breve di nomina, da farsi su presentazione del breve stesso e domanda scritta dell'interessato.

Art. 42. — L'Italia ammetterà il riconoscimento, mediante decreto Reale, dei titoli nobiliari conferiti dai Sommi Pontefici, anche dopo il 1870 e di quelli che saranno conferiti in avvenire.

Saranno stabiliti casi nei quali il detto riconoscimento non è soggetto in Italia al pagamento di tassa.

Art. 43. — Lo Stato italiano riconosce le organizzazioni dipendenti dall'Azione Cattolica Italiana, in quanto esse, siccome la Santa Sede ha disposto, svolgano la loro attività al di fuori di ogni partito politico e sotto l'immediata dipendenza della gerarchia della Chiesa per la diffusione e l'attuazione dei principii cattolici.

La Santa Sede prende occasione dalla stipulazione del presente Concordato per rinnovare a tutti gli ecclesiastici e religiosi d'Italia il divieto di iscriversi e militare in qualsiasi partito politico.

Art. 44. — Se in avvenire sorgesse qualche difficoltà sulla interpretazione del presente Concordato, la Santa Sede e l'Italia procederanno di comune intelligenza ad una amichevole soluzione.

Art. 45. — Il presente Concordato entrerà in vigore allo scambio delle ratifiche contemporaneamente al Trattato stipulato fra le stesse Alte Parti, che elimina la »questione romana« ¹⁾.

Con l'entrata in vigore del presente Concordato cesseranno di applicarsi in Italia le disposizioni dei Concordati decaduti degli ex-stati italiani. Le leggi austriache, le leggi, i regolamenti le ordinanze e i decreti dello Stato italiano attualmente vigenti, in quanto siano in contrasto colle disposizioni del presente Concordato, si intendono abrogati con l'entrata in vigore del medesimo.

Per predisporre l'esecuzione del presente Concordato sarà nominata, subito dopo la firma del medesimo, una Commissione composta da persone designate da ambedue le Alte Parti.

Roma, undici febbraio millenovecentoventinove.

Firmato: *Pietro Card. Gasparri.*

Firmato: *Benito Mussolini.*

1) Der Staatsvertrag und das Konkordat sind am 7. Juni 1929 in Kraft getreten.

4. Preußisches Gesetz zur Änderung des Kirchensteuer- und Umlageredtes der katholischen Kirche, vom 3. Mai 1929.

Preußische Gesetzessammlung 1929, 43.

Der Landtag hat folgendes Gesetz beschlossen:

Artikel I.

Das Gesetz betreffend die Erhebung von Kirchensteuern in den katholischen Kirchengemeinden und Gesamtverbänden vom 14. Juli 1905 (Gesetzessammlung S. 281) wird, wie folgt, geändert:

§ 1.

1. Die katholischen Kirchengemeinden und Gemeindeverbände können neben der Einkommensteuer außer den Realsteuern auch die Reichsvermögenssteuer als Maßstab der Umlegung der Kirchensteuer benutzen.

2. Zuschläge zur Einkommensteuer und zu den Realsteuern sind auf Zuschläge zur Reichsvermögenssteuer anzurechnen.

3. Bei Gesellschaftern einer offenen Handelsgesellschaft oder Kommanditgesellschaft ist auch ein ihrem Anteil am Gesellschaftsvermögen entsprechender Bruchteil der von der Gesellschaft zu entrichtenden Reichsvermögenssteuer der Berechnung der Kirchensteuerzuschläge zugrunde zu legen.

4. § 4 des Gesetzes vom 14. Juli 1905 (Gesetzessammlung) S. 281 findet auf die Heranziehung der Reichsvermögenssteuer sinngemäß Anwendung.

§ 2.

Die Tarifsätze des § 55 des Einkommensteuergesetzes vom 10. August 1925 (Reichsgesetzblatt I S. 189) können für die Benutzung als Maßstab der Kirchensteuer auf Antrag der bischöflichen Behörde durch Verordnung des für kirchliche Angelegenheiten zuständigen Ministers und des Finanzministers geändert werden.

§ 3.

Wenn die Kirchengemeinden von ihrer Befugnis zur Heranziehung der Realsteuern Gebrauch machen, so können sie die Heranziehung aller oder einzelner dieser Steuern auch mit einem höheren oder niedrigeren Hundertsatz als dem der Zuschläge zur Einkommensteuer beschließen.

§ 4.

Die Kirchengemeinden und Gemeindeverbände können neben Zuschlägen zu staatlichen Steuern ein gleiches oder gestaffeltes Kirchgeld als Kirchensteuer erheben.

§ 5.

1. § 7 Abs. 2 und 3 des Gesetzes vom 14. Juli 1905 (Gesetzessammlung S. 281) wird aufgehoben.

2. Die Geistlichen und Kirchenbeamten sind berechtigt, ihre Kirchensteuerschulden mit Gehaltsforderungen, die ihnen gegen die Kirchengemeinde zustehen, aufzurechnen.

Artikel II.

Die Bischöfliche Behörde kann die nach den Gesetzen vom 29. Mai 1903 und vom 21. März 1906 (Gesetzessammlung S. 182 und 105) auszuschreibenden Diözesanumlagen auch nach anderen Maßstäben als der Einkommensteuer verteilen.

Artikel III.

Artikel I § 3 dieses Gesetzes tritt mit Wirkung vom 1. April 1928 ab in Kraft. Die übrigen Bestimmungen treten am 1. April 1929 in Kraft.

Das vorstehende, vom Landtag beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet. Die verfassungsmäßigen Rechte des Staatsrats sind gewahrt.

Berlin, den 3. Mai 1929.

Das Preußische Staatsministerium

(Siegel)

Braun. Becker.

5. Deutsches Reichsgesetz über die Hinausschiebung der Steuer des § 10 des Grunderwerbsteuergesetzes (Besteuerung der toten Hand), vom 22. Dezember 1928.

Reichsgesetzblatt 1928 I, 412.

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:

§ 1.

Die Veranlagung und Erhebung der Steuer des § 10 des Grunderwerbsteuergesetzes wird bis zur anderweitigen gesetzlichen Regelung ausgesetzt.

§ 2.

Haben die nach § 10 des Grunderwerbsteuergesetzes Steuerpflichtigen die nach § 28 des Grunderwerbsteuergesetzes vorgeschriebenen Anzeigen an die Steuerstellen unterlassen oder verspätet oder unvollständig erstattet und sind in diesen Fällen bereits Steuerzuschläge, Erzwingungsstrafen oder Ordnungsstrafen festgesetzt worden, so sind diese aufzuheben.

§ 3.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft. Es tritt am 1. Januar 1931 außer Kraft.

Berlin, den 22. Dezember 1928.

Der Reichspräsident von Hindenburg.

Der Reichsminister der Finanzen Hilferding.

6. Preußisches Gesetz über das Flaggen durch Körperschaften des öffentlichen Rechtes, vom 17. März 1929.

Preußische Gesetzsammlung 1929, 23.

Der Landtag hat folgendes Gesetz beschlossen:

Einziger Artikel.

1. Die Beflaggung der Dienstgebäude, der zum öffentlichen Gebrauche bestimmten Gebäude und sonstigen Einrichtungen der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der öffentlichen Straßen und Plätze als solcher gehört als Angelegenheit der Landeshoheit zu den örtlichen Geschäften der allgemeinen Landesverwaltung. Das gleiche gilt für die Gebäude der nicht vom Staate allein unterhaltenen öffentlichen Schulen. Auch das Flaggen durch die übrigen Körperschaften des öffentlichen Rechtes unterliegt der Bestimmung durch das Staatsministerium.

2. Für die Religionsgesellschaften besteht keine Verpflichtung zur Beflaggung. Unberührt bleibt ihr Recht, selbständig darüber zu bestimmen, ob und wann ihre eigenen Flaggen entweder allein oder neben anderen vom Staatsministerium zugelassenen Flaggen zu zeigen sind. Für Schulgebäude, an denen Religionsgesellschaften teilhaben, verbleibt es bei der Bestimmung des Abs. 1 Satz 2.

Das vorstehende, vom Landtage beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet. Die verfassungsmäßigen Rechte des Staatsrats sind gewahrt.

Berlin, den 17. März 1929.

Das Preussische Staatsministerium

(Siegel)

Braun Becker Grzesinski.

7. Erlaß des preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volkssbildung, betr. Beflaggung von Schulgebäuden, vom 27. Juli 1928.

Preußisches Pfarrarchiv XVII, 153.

Im Laufe des letzten Jahres sind mir verschiedentlich Fälle vorgetragen worden, in denen von Gemeindekirchenräten die ordnungsmäßige Beflaggung solcher Schulgebäude verhindert worden ist, die im kirchlichen Eigentum oder Miteigentum stehen, mit der Begründung, daß ihre Beflaggung nur auf Anordnung oder mit Zustimmung der kirchlichen Stellen vorgenommen werden dürfe. Im Hinblick auf die bevorstehende Feier des Verfassungstages weise ich darauf hin, daß die Beflaggung der Schulgebäude Angelegenheit der inneren Schulverwaltung und unabhängig davon ist, wem das Gebäude gehört. Daher ist, selbst wenn das Schulgebäude unzweifelhaft im kirchlichen Eigentum steht, die Kirchengemeinde nicht berechtigt, an der Entscheidung der Frage mitzuwirken, ob und mit welchen Flaggen geflaggt werden soll. Weitere Anordnungen behalte ich mir vor.

Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volkssbildung.
U III A Nr. 1669.

8. Erlaß des preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volkssbildung, betr. Versorgungsregelung für Lehrer bei Trennung vereinigter Kirchen- und Schulämter, vom 28. Januar 1929.

Kirchliches Amtsblatt des Fb. Ordinariats in Breslau 1929, 27.

1. Durch § 18 Abs. 3 ff. VBG¹⁾ — vgl. auch Nr. 43 der Ausführungsanweisung dazu — ist die Gewährung von Versorgungsbezügen für die Inhaber vereinigter Kirchen- und Schul-

1) Siehe dieses Archiv 108, 667 f.

ämter bei Trennung dieser Ämter neu geregelt. Danach erhält ein Lehrer, der ein mit einer Schulstelle organisch verbundenes Kirchenamt mindestens zehn Jahre ununterbrochen verwaltet hat, im Falle der Trennung dieser Ämter oder bei Versetzung auf eine andere Stelle ohne Kirchenamt (§ 18 Abs. 3 und Abs. 4 Schlußsatz) von der zuletzt bezogenen Kirchenamtszulage ein Ruhegehalt unabhängig davon, daß er als Lehrer weiter Dienst-einkommen bezieht.

2. Die Regelung gilt für die Lehrer, die bei Inkrafttreten des Volksschullehrer-Besoldungsgesetzes, also am 1. Oktober 1927, noch im Dienst gewesen sind. Voraussetzung für die Anwendung der Vorschrift ist ferner, daß die Trennung der Ämter oder die Versetzung des Lehrers *nach* dem 1. Oktober 1927 stattgefunden hat. Alle für die frühere Zeit getroffenen Festsetzungen bleiben unberührt (vgl. auch Erlaß vom 30. August 1928 — Zentrbl. S. 286 —).

3. Das Ruhegehalt aus der Kirchenamtszulage wird nach der neuen Vorschrift ohne Rücksicht darauf gewährt, ob der Inhaber der vereinigten Ämter der Trennung zugestimmt hat oder nicht.

4. Der Anspruch besteht beim Vorliegen der allgemeinen Voraussetzungen in Abs. 2, wenn der Lehrer ein vereinigtcs Kirchen- und Schulamt zehn Jahre unterbrochen verwaltet hat. Das gleiche Kirchenamt braucht es nicht zu sein (vgl. Nr. 43 der Ausf.-Anw. zum VBG.). Der Anspruch ist also auch dann begründet, wenn der Lehrer in *unmittelbarer Aufeinanderfolge* mehrere vereinigte Ämter insgesamt zehn Jahre versehen hat. Nach Absicht des Gesetzgebers muß die notwendige zehnjährige ununterbrochene Kirchendienstzeit jedoch auf jeden Fall in den *zuletzt* versehenen vereinigten Ämtern erfüllt sein; sie ist somit vom Zeitpunkte der Trennung der zuletzt verwalteten Ämter rückwärts zu rechnen.

5. Bei Ermittlung der Kirchendienstzeit sind »Kriegsjahre« nicht anzurechnen, auch ist die Dienstzeit aus dem Weltkriege nicht eineinhalbfach zu rechnen. Ebenso bleibt die Militärdienstzeit außer Betracht, wenn der Lehrer nicht während dieser Zeit Inhaber eines vereinigten Kirchen- und Schulamts gewesen ist.

6. Das Ruhegehalt aus der Kirchenamtszulage wird nach § 2 VRG. berechnet. Es beträgt also nach zehnjähriger ununterbrochener Verwaltung vereinigter Ämter 35 v. H. und steigt bei längerer Kirchendienstzeit bis zum Höchstsatze von 80 v. H.

der Kirchenamtszulage. Hat der Lehrer vereinigte Kirchen- und Schulämter mit Unterbrechungen versehen, so werden die einzelnen Zeitabschnitte des Kirchendienstes für die Berechnung des Ruhegehalts zusammengerechnet, vorausgesetzt, daß der letzte Zeitabschnitt der *ununterbrochenen* Verwaltung vereinigter Ämter wenigstens zehn Jahre betragen hat (vgl. Abs. 4).

7. Der Jahresbetrag des Ruhegehalts aus der Kirchenamtszulage, ebenso des etwa zu gewährenden Witwen- und Waisengeldes ist, jedes für sich, auf volle drei Reichsmark nach oben abzurunden.

8. Das Ruhegehalt aus der Kirchenamtszulage wird nach dem Gesetz nicht gezahlt, wenn und solange der Stelleninhaber das von seiner Schulstelle abgetrennte Kirchenamt gegen eine neue besondere Entschädigung nebenbei weiterversieht. Verwaltet der Lehrer nach der Trennung der vereinigten Ämter nicht das abgetrennte, sondern etwa ein anderes Kirchenamt gegen besondere Vergütung, so hat dies auf den Fortbezug des Ruhegehalts aus der Kirchenamtszulage keinen Einfluß. Das Ruhegehalt fällt weg, wenn der Lehrer aus der von ihm bei Bewilligung des Ruhegehalts aus der Kirchenamtszulage bekleideten Schulstelle freiwillig ausscheidet, ohne in den dauernden Ruhestand zu treten. Es fällt ferner weg, wenn der Lehrer aus seiner bisherigen Schulstelle in eine andere mit einem höheren Diensteinkommen ausgestattete Stelle im öffentlichen Schuldienste eines anderen oder innerhalb des eigenen Schulverbandes versetzt wird. Die Höhe der Entschädigung (Satz 1) oder — bei Versetzungen — das Maß der Diensteinkommensverbesserung (Satz 4) ist für das Ruhen bzw. den Wegfall des Ruhegehalts aus der Kirchenamtszulage unerheblich. Wird der Inhaber eines ungetrennten vereinigten Amtes in eine mit einem Kirchenamte nicht verbundene Schulstelle versetzt, in der Grundgehalt und Stellenzulage zusammen nicht höher sind als in der früheren Schulstelle, so erhält er Ruhegehalt aus der Kirchenamtszulage unter den gleichen Voraussetzungen, als wenn die bisher verwalteten vereinigten Ämter getrennt worden wären (§ 18 Abs. 4 Schlußsatz a. a. O.).

9. Die Versorgungsbezüge aus der Kirchenamtszulage sind wie bisher bei den Versorgungsfonds — Tit. 3 I bzw. Tit. 4 der Landesschulkasse — zu verrechnen.

10. Zuständig zur Zahlung ist die für den jeweiligen Wohnort in Betracht kommende Schulaufsichtsbehörde (Min.Erl. vom

23. Januar 1923 — Zentrbl. S. 81 —). Zur erstmaligen Anweisung sind die üblichen Versorgungsnachweisungen (Vordrucke 4—6) zu benutzen. Indessen ist auf den Nachweisungen und auf den Pendelanweisungen kenntlich zu machen, daß es sich um Versorgungsbezüge aus der Kirchenamtszulage nach § 18 Abs. 3 ff. VBG. handelt. Ein Vermerk über die Zahlung ist zu den Personalakten (Personalblatt usw.) des Lehrers zu nehmen. Auch wenn lediglich Versorgungsbezüge aus der Kirchenamtszulage — also ohne Versorgungsbezüge aus dem Lehreramte — gezahlt werden, ist für den Lehrer als Versorgungsempfänger ein besonderes Karteiblatt zu führen.

11. Nach der Trennung vereinigter Kirchen- und Schulämter werden auf Grund der neuen Vorschriften die bisherigen Inhaber als Ruhegehalt aus der Kirchenamtszulage einen anderen Bruchteil erhalten als bei der späteren Zurruesetzung im Lehreramte aus dem Lehrerdiensteinkommen. Hat z. B. ein Lehrer mit einer ruhegehaltstfähigen Schuldienstzeit von 40 Jahren ein inzwischen getrenntes Kirchen- und Schulamt zwölf Jahre ununterbrochen verwaltet, so erhält er als Ruhegehalt vom Zeitpunkte der Abtrennung des Kirchenamts 39 v. H. der Kirchenamtszulage und nach seiner Zurruesetzung als Lehrer 80 v. H. des ruhegehaltstfähigen reinen Lehrerdiensteinkommens. In den Versorgungsnachweisungen, den Pendelanweisungen und auf den Karteiblättern ist die Verschiedenheit gegebenenfalls zu erläutern.

12. Wird nach Trennung vereinigter Kirchen- und Schulämter Ruhegehalt aus der Kirchenamtszulage an weiter im Schuldienst bleibende Lehrer angewiesen, so sind die Empfänger unter Hinweis auf die bestehenden Bestimmungen zu verpflichten, Änderungen, die ein Ruhen oder den Wegfall des Ruhegehalts aus der Kirchenamtszulage zur Folge haben (§ 18 Abs. 3 Satz 3 und 4 VBG.), zur Vermeidung von Rückzahlungen alsbald der Schulaufsichtsbehörde anzuzeigen. Sie haben ferner in den Jahresquittungen über Ruhegehalt aus der Kirchenamtszulage zu bescheinigen, daß die Voraussetzungen für den Bezug des Ruhegehalts fortbestehen.

Je ein Abdruck dieses Erlasses für den Beauftragten des Herrn Kassenanwalts der Landesschulklasse und die Rechnungsämter der Regierungen ist beigelegt.

Berlin, den 28. Januar 1929.

Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

Im Auftrag: Wende.

9. Verfügung der Regierung in Gumbinnen, betr. die Gastschul- und Fremdenschulkinder, vom 31. Dezember 1926.

Kirchliches Amtsblatt für die Diözese Paderborn 1929, 51.

Wir veröffentlichen im folgenden eine von der Zentralstelle der Kath. Schulorganisation, Düsseldorf, Reichsstr. 20, mitgeteilte, sehr beachtenswerte Verfügung der Regierung zu Gumbinnen. Diese Verfügung behandelt in klarer Weise den immer noch zu wenig bekannten Unterschied zwischen den Gastschulkindern und den Fremdenschulkindern an den preußischen öffentlichen Volksschulen.

Das Gastschul- wie das Fremdenschulverhältnis bilden äußerst wertvolle Mittel zur Sicherheit der katholischen Beschulung, z. B. für Kinder, deren Heimatschulverband keine katholische Schule besitzt. Sie ermöglichen die Überweisung solcher Kinder in die katholische Schule eines benachbarten Schulverbandes. Dergleichen kommen diese Mittel in Betracht, wenn der Weg zu der eigentlichen zuständigen Schule sehr weit und unzumutbar ist.

In einer vor allem für die Eltern sehr wesentlichen Beziehung unterscheiden sich aber Gast- und Fremdenschulverhältnisse und zwar mit Bezug auf das *Schulgeld*. Während letzteres bei den Fremdenschulkindern von den Eltern getragen werden muß, erfolgt bei den Gastschulverhältnissen der Kostenausgleich lediglich zwischen den beteiligten Kommunen. Da das Fremdenschulgeld heute eine ziemlich beträchtliche Höhe erreicht hat, so muß der gesetzlichen Möglichkeit, die Eltern durch Einrichtung von Gastschulverhältnissen zu entlasten, noch mehr als bisher Beachtung geschenkt werden.

Die Einrichtung von Gastschulverhältnissen kann sowohl für alle Fächer als auch für einzelne Fächer — z. B. den Religionsunterricht beantragt werden. In der Regel wird sich die völlige Überweisung für alle Fächer empfehlen; doch sind hier die örtlichen Verhältnisse entscheidend. Zuständig für entsprechende Anträge sind zunächst die Regierungen (Abteilung für Kirchen- und Schulwesen). Die Anträge werden meist am besten von den betr. Eltern gestellt. Die Begründung der Anträge ergibt sich aus den weltanschaulichen und anderen Motiven (z. B. Schulwegverhältnissen), die die Eltern zu dem Wunsch nach Einrichtung der Gastschulverhältnisse bewegen.

Es folgt nun der Text der Verfügung, aus dem weitere Einzelheiten ersichtlich sind:

»Jedes schulpflichtige Kind hat grundsätzlich die Schule seines Wohnortes zu besuchen und hat auch ein Anrecht darauf, hier beschult zu werden. Soll es die Schule eines anderen Schulverbandes besuchen, so kann dies nur erreicht werden auf Grund eines Gastschul- oder Fremdenschulverhältnisses. (§ 5 bezw. § 6 des preußischen Volksschulunterhaltungsgesetzes.)

Gastschulverhältnis: Soll ein Gastschulverhältnis begründet werden, so hat die Schulaufsichtsbehörde durch Beschluß nach Anhörung der beiden beteiligten Schulverbände das Kind dem aufnehmenden Schulverbände zuzuweisen. Bei Beschwerden über diesen Beschluß, die jedem der beiden beteiligten Schulverbände freisteht und die innerhalb von 2 Wochen nach Zustellung des Beschlusses einzureichen ist, entscheidet der Herr Oberpräsident endgültig. Bei gastweiser Zuweisung ist der neue Schulverband zur Aufnahme des Kindes verpflichtet. Das Beschulungsgeld für die Gastschulkinder wird dem abgebenden Schulverbände zu der durch 60 zu teilenden Zahl hinzugerechnet (z. B. $120 + 2$ Gast Schüler = 122 und dem aufnehmenden Schulverbände von der durch 60 teilbaren Zahl abgezogen (z. B. $120 - 2$ Gast Schüler = 118). Zum Ausgleich erhält der aufnehmende Schulverband von dem abgebenden ein Gastschulgeld — mindestens in Höhe des Beschulungsgeldes —, das im Streitfalle vom Kreisausschuß und auf die innerhalb zweier Wochen einzulegende Beschwerde hin vom Provinzialschulrat endgültig festzusetzen ist. Das Gastschulverhältnis kann nur durch einen Beschluß der Schulaufsichtsbehörde aufgelöst werden. Die Eltern bezw. Vormünder der Kinder zahlen bei Vorhandensein eines Gastschulverhältnisses an den neuen Schulverband kein besonderes Schulgeld.

Fremdenschulverhältnis: dieses wird herbeigeführt durch eine Vereinbarung des Schulvorstandes (in Eigenschulverbänden Gemeindevertretung) mit den Erziehungsberechtigten (Eltern, Vormünder) über die Aufnahme des Kindes. Eine Abrede zwischen Eltern und Lehrer genügt nicht. Dem Schulverbände, dessen Schule das Kind an sich zu besuchen hätte, steht ein Einspruchsrecht gegen diese Vereinbarung nicht zu. Die Vereinbarung ist als Vertrag anzusehen, durch den einerseits den Eltern bezw. Vormündern das Recht eingeräumt wird, ihre Kinder die Schule des aufnehmenden Schulverbandes besuchen zu lassen, andererseits dem Schulverband das Recht auf Zahlung eines Fremdenschulgeldes gegeben wird. Der Schulverband kann auf das Fremdenschulgeld verzichten. Der geschilderte Vertrag kann sich

von vornherein auf die gesamte Zeit erstrecken, für die das Kind schulpflichtig ist, oder auf einen bestimmten kürzeren Zeitraum. Es kann möglicherweise für beide Teile eine Kündigungsfrist vorgesehen werden. Zur Vermeidung von Unklarheiten dürfte sich ein schriftlicher Vertrag empfehlen.

Während bei der Begründung des Fremdenschulverhältnisses die Schulaufsichtsbehörde nicht mitwirkt, unterliegt die von dem aufnehmenden Schulverbände vorzunehmende Festsetzung des Fremdenschulgeldes der Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde. Hierbei ist zu beachten, daß sich das Fremdenschulgeld gewöhnlich in mäßigen Grenzen zu halten hat, da ja der aufnehmende Schulverband für die Fremdenschulkinder bereits das Beschulungsgeld erhält.

Verf. d. Regierung in Gumbinnen v. 31. 12. 1926. —
Preuß. Volksschularchiv, Bd. 25, S. 114. —

10. Erlaß des preuß. Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, betr. Unterrichtsvergütung für Geistliche an ländlichen Fortbildungsschulen, vom 30. Okt. 1928.

Preußisches Pfarrarchiv XVII, 241.

Soweit Geistliche durch Erteilung von lebenskundlichen Unterweisungen auf religiöser Grundlage am Unterricht in den ländlichen Fortbildungsschulen beteiligt sind und dafür eine Entschädigung erhalten, kann ihnen auch ohne Teilnahme an einem besonderen Ausbildungsgang für Lehrer ländlicher Fortbildungsschulen die volle Unterrichtsvergütung gewährt werden, wenn sie mindestens 60 Stunden Unterricht in der ländlichen Fortbildungsschule erteilt haben und nach dem Urteil der Schulaufsichtsbehörde für diesen Unterricht hinreichend befähigt sind.

Gesch.-Nr. 1 21 744.

An die Regierung in Wiesbaden.

11. Erlaß des preußischen Ministers des Innern, betr. die Anerkennung österr. Ehedispense, vom 5. Januar 1928.

Preußisches Pfarrarchiv XVII, 249.

In einem Urteil vom 5. November 1927 hat der österreichische Verfassungsgerichtshof in Wien dahin entschieden, daß auch die ordentlichen Gerichte die materielle Rechtskraft des Verwaltungs-

aktes der durch einen Landeshauptmann erfolgten Erteilung des Dispenses von Ehehindernissen zu respektieren hätten, und daß sie daher nicht zuständig seien, die Gültigkeit einer Ehe lediglich deshalb zu verneinen, weil sie die Dispenserteilung für gesetzwidrig hielten.

Mit Rücksicht auf diese Entscheidung hebe ich den RdErl. vom 14. Februar 1927 (MBI i V. G. 207) ¹⁾ auf. Es bestehen keine Bedenken, wenn nunmehr die preußischen Standesbeamten auf Grund einer solchen Entscheidung über den Dispens vom Ehehindernisse des Ehebandes und eines formell ordnungsmäßigen Ehefähigkeitszeugnisses sich einer weiteren Prüfung der materiellen Rechtslage enthalten und zur Entgegennahme der Eheschließungserklärungen bereit sind oder wenn sie bei Vorlegung einer solchen Entscheidung das erbetene Ehefähigkeitszeugnis zur Eheschließung in Österreich ausfertigen.

12. Runderlaß des preußischen Staatsministeriums, betr. unerlaubte Namensführung und Titelverleihung durch Angehörige früherer Adelsfamilien, vom 5. September 1928.

Preußisches Pfarrarchiv XVII, 185 f.

Die vielfache Nichtbeachtung der nachstehend erörterten Verfassungs- und Gesetzesvorschriften gibt Veranlassung auf folgendes hinzuweisen.

Nach Art. 109 der RV. gelten Adelsbezeichnungen nur als Teil des Namens. Es ist daher unzulässig, den Vornamen zwischen die bisherige Adelsbezeichnung und den übrigen Teil des Familiennamens einzuschieben. Also richtig: »Wilhelm Prinz von Preußen«; nicht aber »Prinz Wilhelm von Preußen« (vgl. VO. des Preußischen Staatsministeriums über den Namen der Mitglieder

1) Der Erlaß verlangte Einholung der ministeriellen Entscheidung in allen Fällen, in denen geschiedene österreichische Staatsangehörige bei einer Eheschließung beteiligt waren und ein österreichisches Ehebefähigungszeugnis beigebracht wurde. Nach der Entscheidung des Obersten Gerichtshofes Wien vom 20. Oktober 1926 durften die österreichischen Verwaltungsbehörden nur dann Dispense in Ehesachen erteilen, wenn es sich um auflöbliche Ehehindernisse handelte. Vgl. auch die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes in Österreich vom 11. Dezember 1924 in diesem Archiv 108, 217 bezüglich des Ehehindernisses des Katholizismus bei Ehen mit Ausländern.

der vormals landesherrlichen Familie vom 27. November 1923, GS. S. 548, und Reichsgericht in Zivilsachen Bd. 113 S. 115 oben). Auch ist es selbstverständlich unzulässig von »dem Herzog«, »dem Grafen« u. dgl. zu sprechen und den Namensbestandteil »von« in der früher vielfach üblichen Schriftform »v.« abzukürzen.

Nach § 22 des Preußischen Gesetzes über die Aufhebung der Standesvorrechte des Adels und die Auflösung der Hausvermögen vom 23. Juni 1920 (GS. S. 367) gilt als Name der bisherigen Adelsfamilien und ihrer Angehörigen die Bezeichnung, die sich auch bisher auf die nicht bevorrechtigten Familienmitglieder als eigentliche Familienbezeichnung vererbte. Stand zur Zeit des Inkrafttretens der Reichsverfassung einem Familienangehörigen vor den anderen Familienangehörigen eine besondere Bezeichnung zu, so darf er diese Bezeichnung auf die Dauer der bisherigen Berechtigung beibehalten, sofern sie nicht dem Ausdruck der durch die Ereignisse des November 1918 beseitigten Landeshoheit diene. Maßgebend ist hiernach der Zeitpunkt des Inkrafttretens der Reichsverfassung, also der 14. August 1919. Stand an diesem Tage einem einzelnen Familienangehörigen, z. B. dem Inhaber eines bestimmten Fideikommisses, für seine Person das Recht zu, sich »Fürst«, »Graf« usw. zu nennen, so darf er diese Bezeichnung für seine Person auf die Dauer der bisherigen Berechtigung — d. i. regelmäßig bis zu seinem Tode — fortführen. Der erst nach dem 14. August 1919 in den Besitz des Fideikommisses gekommene Nachfolger aber darf sich nicht so nennen; er hat vielmehr die Bezeichnung beizubehalten, die sich auch bisher auf die nicht besonders bevorrechtigten Familienmitglieder als eigentliche Familienbezeichnung vererbte.

Das Recht auf die Prädikate »Königliche Hoheit«, »Hoheit«, »Durchlaucht« u. dgl. ist durch § 1 Abs. 2 Ziffer 3 des Gesetzes über die Aufhebung der Standesvorrechte des Adels vom 23. Juni 1920 beseitigt.

Einen weiteren Verstoß gegen das bezeichnete Gesetz bilden die auch heute noch von Privatpersonen vorgenommenen Verleihungen von Titeln, die den Anschein staatlicher Titel zu erwecken geeignet sind. Hierunter fallen Titel wie »Forstrat«, »Kammerrat«, »Ökonomierat« u. dgl. Solche Titelverleihungen waren, schon nach früherem preußischem Recht nur mit königlicher Genehmigung zulässig, soweit es sich nicht um die Mitglieder eines standesherrlichen Rent- oder Domänenkammerkollegiums handelte (§ 60 der Instruktion wegen Ausführung des Edikts

vom 21. Juni 1815, die Verhältnisse der vormalis unmittelbaren Deutschen Reichsstände betreffend, vom 30. Mai 1820, GS. S. 81, erläutert durch — nicht veröffentlichten — Königlichen Erlaß vom 15. August 1833). Das Recht der im § 1 des Adelsgesetzes bezeichneten Familien und ihrer Mitglieder, Titel zu verleihen, die den Anschein staatlicher Titel zu erwecken geeignet sind, ist, soweit es nicht bereits beseitigt war, nunmehr völlig aufgehoben, so daß nach dem Inkrafttreten des bezeichneten Gesetzes erfolgte Titelverleihungen dieser Art wirksam sind.

Die vorbezeichneten Verstöße gegen zwingende gesetzliche Bestimmungen können nicht geduldet werden. Sämtliche Staatsbehörden haben daher die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die Beachtung der gesetzlichen Vorschriften zu sichern. Vor allem haben sie selbst im Verkehr auf die Anwendung gesetzlich richtiger Namens- und Dienstbezeichnungen zu achten und zunächst in geeigneter Weise darauf hinzuwirken, daß ihnen gegenüber jene Bezeichnungen nur in gesetzlich zulässiger Form erfolgen. Bleibt eine gütliche Einwirkung ohne Erfolg, so ist gegen Mißbräuche gegebenenfalls gemäß § 360 Nr. 8 Str. GB. einzuschreiten. StMI. 9636.

An sämtliche Staatsbehörden.

13. Entscheidung des preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, betr. die Ausstellung von Bescheinigungen für katholische Kirchengemeinden zum Zweck der Befreiung von Gerichtsgebühren, vom 10. September 1928.

Kirchliches Amtsblatt für die Diözese Osnabrück und die Norddeutschen Missionen 1928, 158.

Nach einer Entscheidung des Herrn Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 10. September 1928 — G. II Nr. 1466 — haben auch nach dem Inkrafttreten des neuen Vermögensverwaltungsgesetzes vom 24. Juli 1924 die Herren Regierungspräsidenten die bekannten Bescheinigungen für katholische Kirchengemeinden zwecks Befreiung von Gerichtsgebühren auszustellen.

14. Entscheidung des Preußischen Oberverwaltungsgerichts, betr. die Freiheit der Wohltätigkeitsanstalten von der Grundvermögenssteuer, vom 27. März 1928.

Kirchlicher Anzeiger für die Erzdiözese Köln 1928, 114.

Nach § 15 Abs. 1 des GrdVermStG. wird die Steuer nicht erhoben von allen denjenigen Grundstücken oder Grundstücksteilen, die nach § 24 Abs. 1 Buchst. b bis k und Abs. 3 KAG. den Steuern vom Grundbesitze nicht unterliegen. Gemäß § 24 Abs. 1 Buchst. h sind der Steuer vom Grundbesitze nicht unterworfen die Armen-, Waisen- und öffentlichen Krankenhäuser, die Gefängnisse, Besserungs- und Bewahr- und diejenigen Wohltätigkeitsanstalten, welche die Bewahrung vor Schutzlosigkeit oder sittlicher Gefahr bezwecken (Mäddehäuser und dergleichen), sowie die Gebäude, welche milden Stiftungen angehören und für deren Zwecke unmittelbar benutzt werden. Daß hiernach zu den von den Grundsteuern befreiten Anstalten auch Kinderbewahranstalten gehören, bedarf keiner weiteren Ausführungen, da gerade diese Anstalten die Bewahrung der Kinder vor leiblicher und sittlicher Not bezwecken. Zutreffend hat der Berufungsausschuß die Steuerbefreiung aber auch auf die in den Bewahranstalten gelegenen Dienstwohnungen der Leiterinnen dieser Anstalten ausgedehnt. Nach dem Sinne der gekennzeichneten Befreiungsvorschriften können die einzelnen Gebäude und Gebäudeteile nur insoweit Steuerfreiheit genießen, als sie dem Zwecke der betreffenden Wohltätigkeitsanstalt unmittelbar dienen. Dieser Grundsatz ist in Buchstabe h a. a. O. allerdings nur bezüglich der zu einer milden Stiftung gehörigen Gebäude ausdrücklich ausgesprochen, muß aber darüber hinaus auch auf die anderen unter Buchstabe h aufgeführten Wohltätigkeitsanstalten Anwendung finden. Voraussetzung für die Steuerbefreiung einer zu einer Wohltätigkeitsanstalt im Sinne der bezeichneten Vorschrift gehörigen Dienstwohnung ist somit, daß diese Wohnung zur unmittelbaren Erfüllung des Anstaltszwecks erforderlich ist und benutzt wird. Diese Voraussetzung hat der Gerichtshof z. B. hinsichtlich der Dienstwohnung des Kastellans eines Gesellenheims dann als vorliegend erachtet, wenn der ordnungsmäßige Betrieb des Hospitiums das ständige Verweilen des Kastellans im Hause erforderlich macht und ihm zur Ermöglichung dessen die Wohnung dort vom Vorstände der Anstalt zugewiesen worden ist. Hiernach sind steuerfrei solche Gebäude und Gebäudeteile, die als Wohnungen für die mit der unmittel-

baren Leitung oder Aufsicht über die Wohltätigkeitsanstalten als Vorsteher oder Verwalter beauftragten Personen benutzt werden, wenn der Anstaltszweck nur auf diesem Wege in dem gebotenen Umfange verfolgt werden kann.

Der Berufungsausschuß hat das Vorliegen dieser Voraussetzungen für eine Steuerbefreiung hinsichtlich der Wohnungen der Leiterinnen der Kinderheime mit der Begründung bejaht, nach seiner Überzeugung müßten die Leiterinnen der Bewahranstalten, um den Zweck der Anstalt zu erreichen, von morgens 6 $\frac{1}{4}$ bis abends 7 Uhr, eventuell auch noch länger, in der Schule bezw. in dem Gebäude anwesend sein, so daß ihre Anwesenheit in den Anstalten während dieser Zeit als eine dauernde anzusehen sei. An die dieser Entscheidung zugrunde liegenden, nach dem Akteninhalt auf die Angaben von zwei Leiterinnen gestützten tatsächlichen Feststellung des Berufungsausschusses ist die Beschwerdeinstanz beim Fehlen einer Rechtsverletzung oder eines wesentlichen Verfahrensmangels gebunden. Lediglich die rechtliche Beurteilung der tatsächlichen Feststellungen durch die Vorinstanz unterliegt der Nachprüfung. Nach dieser Richtung läßt aber die angefochtene Entscheidung einen Rechtsfehler nicht erkennen. Die aus der Notwendigkeit einer etwa 13-stündigen täglichen Dienstbereitschaft gezogene Schlußfolgerung, daß der Anstaltszweck die Bereitstellung von Wohnräumen für die Leiterinnen in in der Anstalt selbst erfordere, ist nicht zu beanstanden.«

Aktenzeichen IV. D. 200. 26.

**15. Entscheidung des Preußischen Oberverwaltungsgerichts,
betr. die Freiheit der Dienstwohnung der Geistlichen von der
Grundvermögenssteuer, vom 18. Dezember 1928.**

Mitgeteilt von Dompropst und Apostolischem Protonotar *D. Dr. Johannes Linneborn* in Paderborn.

Aktenzeichen: IV.

D. 33. 26.

Im Namen des Volkes.

In Sachen

betreffend die Veranlagung des Bischöflichen Stuhles in
Paderborn zur vorläufigen Steuer vom Grundvermögen

hat das Preußische Oberverwaltungsgericht, Sechster Senat, in seiner Sitzung vom 18. Dezember 1928

unter Mitwirkung des Oberverwaltungsgerichtsrats Schoof als Vorsitzenden und der Oberverwaltungsgerichtsräte Schramm, Schwalbe, Dr. Scholz und D. Longear

für Recht erkannt:

Auf die Rechtsbeschwerde des Steuerpflichtigen wird die Entscheidung des Grundsteuerberufungsausschusses in Minden vom 1. Dezember 1925 aufgehoben und die Sache zur erneuten Entscheidung an den Berufungsausschuß zurückverwiesen.

Die Kosten des Beschwerdeverfahrens bleiben außer Ansatz.

Von Rechts wegen.

Gründe.

Es handelt sich lediglich um die Frage, ob das dem Bischöflichen Stuhle gehörige Haus Liboriberg 16 in Paderborn gemäß § 15 Abs. 1 des Grundvermögenssteuergesetzes steuerfrei ist, soweit es als Dienstwohnung eines Professors der Bischöflichen Akademie dient. Der diese Frage verneinenden Entscheidung des Grundsteuerberufungsausschusses ist zunächst insofern beizutreten, als der in dem Hause wohnende Professor Brögger, wenn auch dem Priesterstand angehörig, doch nicht als *Geistlicher* im Sinne der gekennzeichneten Befreiungsvorschrift gelten kann. Da das Kommunalabgabengesetz unter der Geltung des Allgemeinen Landrechts beschlossen worden ist, muß für die Auslegung seiner Ausdrucksweise der Begriffsbildung des Allgemeinen Landrechts maßgebende Bedeutung beigemessen werden. Mit Recht geht daher die Vorinstanz von § 59 Titel 11 Teil II des Allgemeinen Landrechts aus, wonach als Geistliche diejenigen gelten, »die bei einer christlichen Kirchengemeinde zum Unterricht in der Religion, zur Besorgung des Gottesdienstes und zur Verwaltung der Sakramente bestellt sind«.

In der früheren Rechtssprechung des Oberverwaltungsgerichts, die teils die Befreiung von der Gemeindegrundsteuer, teils die von der Gemeindeeinkommensteuer betraf, ist allerdings der Begriff des »Geistlichen« im Sinne des Kommunalabgabengesetzes verschieden ausgelegt worden. In Entscheidungen vom 28. Februar 1905 und 9. Februar 1904 (Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts Band 46 Seite 26 und 29, 32) ist jener Be-

griff auf einen Revisor an einem erzbischöflichen Generalvikariat und auf den Leiter eines bischöflichen Studentenkonvikts angewendet und demgemäß diesen Personen Befreiung von der Gemeindeeinkommensteuer zugesprochen worden, während die Entscheidung vom 25. April 1912 (Preußisches Verwaltungsblatt Jahrgang 33 Seite 729 No. 37) einem Domvikar in seiner Eigenschaft als Präses eines Knabenkonvikts die den »Geistlichen« eingeräumte Steuerfreiheit nicht zugestanden hat. Indem aber die beiden im 46. Bande veröffentlichten Entscheidungen dem katholischen Kirchenrecht allein maßgebende Bedeutung beimaßen, haben sie sich einen in der früheren Entscheidung vom 30. November 1885 (Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts Band 12 Seite 133) vertretenen Standpunkt zu eigen gemacht, der für den damals vorliegenden Einzelfall begründet war, dessen Allgemeingültigkeit aber nicht anzuerkennen ist. Denn in jenem Urteil ist ausdrücklich ausgeführt worden, daß bei Anwendung der damals (vor der Geltung des Kommunalabgabengesetzes) in Betracht kommenden Städteordnung vom 30. Mai 1853 es nahe liegen würde, auf die — mit dem Kirchenrechte nicht übereinstimmende — Begriffsstimmung des § 59 Titel 11 Teil II des Allgemeinen Landrechts zurückzugehen (Seite 138), dies aber in dem vorliegenden Sonderfalle nicht angängig sei, weil es sich um eine von der Befreiungsvorschrift der Städteordnung abweichende besondere Vorschrift eines städtischen Einkommensteuerregulativs handle und deswegen *hier* für die Abgrenzung des Begriffs »Geistlicher« nicht auf die Städteordnung und das Gesetz, die Heranziehung der Staatsdiener zu den Gemeindelasten betreffend, vom 11. Juli 1822 (Gesetzsammlung Seite 184) zurückgegriffen werden könne (Seite 140). Zu dem hier erwähnten Gesetze vom 11. Juli 1822, nach dessen § 10 Buchst. e, f »alle Besoldungen und Emolumente der Geistlichen und Schullehrer von allen direkten Beiträgen zu den Gemeindelasten befreit« waren, ist auf die Kabinettsorder vom 21. April 1827 (vgl. Zirkularreskript des Kultusministers vom 28. Mai 1827 in von Kamptz, Annalen Band XI Seite 404—406) hinzuweisen, welche unter Ziffer 4 bestimmte, daß »die den Geistlichen zuständigen Steuerimmunitäten« »was insonderheit den katholischen Klerus betrifft, nur auf die Bischöfe, Dom- und Kurat- oder Pfarr-Geistlichkeit, welche die Seelsorge leiten und ausüben, in Anwendung zu setzen« seien (vgl. Nöll-Freund, 8. Auflage Seite 495, 496, Anmerkung 7 zu § 1 der Verordnung vom 23. September 1867

und Anmerkung 8 Abs. 1 letzter Satz). In Übereinstimmung hiermit sah das Grundsteuergesetz für die westlichen Provinzen vom 21. Januar 1839 (Gesetzsammlung Seite 30) im § 8 unter Ziffer 2 die Steuerfreiheit der »Dienstwohnungen der Erzbischöfe, Bischöfe, Dom- und Kurat- oder Pfarr-Geistlichen« vor. Im § 2 Buchst. e des Gesetzes, betreffend die Aufhebung der Grundsteuerbefreiungen, vom 24. Februar 1850 (Gesetzsammlung S. 62) ist noch hinzugefügt worden: »und sonstiger mit geistlichen Funktionen bekleideter Personen der verschiedenen Religionsgesellschaften«. Nach § 4 Abs. 7 der hier als Vorläufer des Kommunalabgabengesetzes in Betracht kommenden Städteordnung für die Provinz Westfalen vom 19. März 1856 (Gesetzsammlung Seite 237) waren die Dienstgrundstücke »der Geistlichen schlechthin sowie der Kirchendiener und Elementarschullehrer von den Gemeindeauflagen befreit. Die Entwicklung der Gesetzgebung rechtfertigt nicht die Annahme, daß der Gesetzgeber in der letztgenannten Bestimmung, noch auch im Kommunalabgabengesetze, wohin der Begriff des »Geistlichen« aus den früheren Steuerbefreiungsvorschriften übernommen worden ist, diesen Begriff habe weiter umgrenzen wollen als im § 59 Titel 11 Teil II des Allgemeinen Landrechts (vgl. Urteil vom 1. Juli 1910, Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts Band 57 Seite 156, 160).

Zuzugeben ist der Rechtsbeschwerde, daß der Begriff »Kirchengemeinde« im § 59 Titel 11 Teil II des Allgemeinen Landrechts nicht in engerem Sinne auszulegen ist, so daß die Bekleidung eines Pfarramts in einer einzelnen Gemeinde Voraussetzung für die Anwendung dieses Begriffs wäre. Der Gerichtshof hat vielmehr bereits früher ausgesprochen, daß das geistliche Amt nicht notwendig die Leitung und Ausübung der Seelsorge in einem bestimmten Sprengel zum Gegenstande zu haben brauche; es könne sich vielmehr auch um gehobene geistliche Stellungen handeln, deren Träger berufen seien, durch ihre Person auf die geistlichen und übrigen Mitglieder der Kirche nach innen und außen im Interesse des kichlichen Lebens einzuwirken. Vorausgesetzt wurde aber auch hierbei, daß es sich um ein mit dem inneren Leben der Kirche untrennbar verbundenes geistliches Amt und bei der Tätigkeit des Inhabers des Amtes um die Wahrnehmung von Obliegenheiten handle, die zu den *religiösen* Zwecken und Aufgaben der Kirche gehören (Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts Band 70, Seite 213, Band 74, Seite 273). Wenn nun auch durch die Rechtssprechung des Gerichtshofs

bereits anerkannt ist, daß die Ausbildung und Erziehung der Geistlichen zu den Zwecken der katholischen Kirche gehören (vgl. Urteile vom 6. Februar 1906 und vom 12. Januar 1926, Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts Band 48, Seite 89 und Band 80, Seite 4), so muß doch die Tätigkeit der mit der Erziehung und wissenschaftlichen Ausbildung der künftigen Geistlichen befaßten Personen anders beurteilt werden als diejenige eines Geistlichen, welchem es obliegt, durch Seelsorge, Unterweisung und Verwaltung der Sakramente unmittelbar auf das religiöse Leben der Mitglieder der Kirche einzuwirken. Die Wirksamkeit der Dozenten an bischöflichen Akademien oder Seminaren ist, wie auch die erfolgte Anerkennung solcher Anstalten als öffentliche Lehranstalten ergibt (Urteil vom 1. Oktober 1898 — Preußisches Verwaltungsblatt, Jahrgang 20, Seite 512 —), der Tätigkeit von Hochschullehrern gleichzustellen und jedenfalls ihrer wissenschaftlichen und allgemein erzieherischen Tätigkeit die überwiegende Bedeutung neben der zweifellos auch vorhandenen, aber doch nicht als Hauptzweck im Vordergrund stehenden unmittelbaren Einwirkung auf das kirchliche Leben beizumessen.

Wenn aber hiernach im vorliegenden Falle der Wohnungsinhaber, Professor Brögger, nicht als »Geistlicher« im Sinne des § 59 Titel 11 Teil II des Allgemeinen Landrechts gelten kann, so wird er doch zu den »weltlichen Kirchenbedienten« gemäß § 550 Titel 11 Teil II des Allgemeinen Landrechts gerechnet werden müssen. Diese Bestimmung lautet: »Personen, welche zwar zum Dienste der Kirche, aber nur in mechanischen Verrichtungen oder weltlichen Angelegenheiten bestimmt sind, haben nicht die Rechte der Geistlichen«. Diese »weltlichen Kirchenbedienten« sind nach der Rechtssprechung des Oberverwaltungsgerichts unter den im § 24 Abs. 1 Buchst. k des Kommunalabgabengesetzes neben Geistlichen und Volksschullehrern aufgeführten »Kirchendienern« zu verstehen. Kirchendiener ist danach »derjenige, welcher zur Kirchengemeinde in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisse steht, ohne daß er Geistlicher ist und ohne daß das Dienstverhältnis rein ehrenamtlicher Art ist« (Urteile vom 22. April 1887, 14. Dezember 1888, 1. Juli 1910, 12. Dezember 1913 und 28. Februar 1905, Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts Band 15, Seite 79, Band 17, Seite 124, Band 57, Seite 156, 161 ff., Anmerkung Seite 163 und Band 65, Seite 175 — Preußisches Verwaltungsblatt, Jahrgang 27, Seite 610 —;

Nöll-Freund, Kommunalabgabengesetz, 8. Auflage, Seite 498, Anmerkung 13). In der Entscheidung vom 22. April 1887, (Band 15, Seite 79), ist auch dargelegt, daß unter den Begriff der »Kirchendiener« oder »weltlichen Kirchenbedienten« im Sinne des § 550 Titel 11 Teil II des Allgemeinen Landrechts keineswegs nur »niedere Kirchenbediente« fallen (Seite 81). Beachtlich ist auch der dortige Hinweis auf Artikel 24 Ziff. 5 des Gesetzes, betreffend die evangelische Kirchenverfassung in den acht älteren Provinzen der Monarchie, vom 3. Juni 1876 (Gesetzsammlung Seite 125), wo von »der Errichtung neuer, für den Gottesdienst, die Geistlichen *oder andere Kirchendiener* bestimmter Gebäude« die Rede ist. Als »Kirchendiener« müssen danach alle »Kirchenbeamten« im Sinne des § 7 Abs. 2 des Kirchensteuergesetzes vom 29. Mai 1905 (Kirchliches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 31) und des § 7 Abs. 2 des Gesetzes, betreffend die Erhebung von Kirchensteuern in den katholischen Kirchengemeinden und Gesamtverbänden, vom 14. Juli 1905 (Gesetzsammlung Seite 281) gelten, zu denen z. B. auch die Dozenten an evangelischen landeskirchlichen theologischen Lehranstalten zu zählen sind (vgl. Begründung zu § 7 des Entwurfs des Kirchensteuergesetzes — Kirchliches Gesetz — und Verordnungsblatt 1903, Seite 127 —).

Der Begriff des Kirchendieners in dem gekennzeichneten Sinne trifft auf einen Professor an einer bischöflichen Akademie zu. Die einem solchen eingeräumte Dienstwohnung fällt also unter die Befreiungsvorschrift des § 24 Abs. 1 Buchst. k des Kommunalabgabengesetzes. Die Voraussetzung der bereis bei Inkrafttreten des Kommunalabgabengesetzes gesetzlich vorgesehenen Steuerfreiheit ist im vorliegenden Falle erfüllt. Die im § 4 Abs. 7 der Städteordnung für die Provinz Westfalen vom 19. März 1856 (Gesetzsammlung Seite 237) als von den Gemeindeauflagen befreit bezeichneten »Dienstgrundstücke« müssen als auch die »Dienstwohnungen« umfassend gelten, wie dies seitens des Gerichtshofs auch schon hinsichtlich des § 4 Abs. 12 der rheinischen Städteordnung vom 15. Mai 1856 (Gesetzsammlung Seite 406), des § 4 Abs. 7 der Städteordnung für die östlichen Provinzen vom 30. Mai 1853 (Gesetzsammlung Seite 261) und des § 24 der schleswig-holsteinischen Städteordnung vom 14. April 1869 (Gesetzsammlung Seite 589) angenommen worden ist (Entscheidungen des Obergerichtes Band 56 Seite 178, Band 57 Seite 159 und Band 74 Seite 126). Die Steuerfreiheit ist hier also gegeben, wenn und soweit es sich um eine »Dienstwohnung« handelt.

Die Vorentscheidung, die diese Rechtslage verkannt hat, war daher aufzuheben und die bei freier Beurteilung nicht spruchreife Sache an den Grundsteuerberufungsausschuß zurückzuverweisen. Diesem wird es obliegen, festzustellen, ob der Begriff der »Dienstwohnung« anwendbar ist, nämlich, — was aus den Akten noch nicht zweifelsfrei zu entnehmen ist —, die Wohnung des Professors ihm auf Grund seines öffentlichrechtlichen Dienstverhältnisses nach Bestimmung seiner vorgesetzten Behörde als Teil seines Dienst Einkommens überlassen ist (Urteile vom 25. Februar 1908 und 1. Juli 1910, Preußisches Verwaltungsblatt Jahrgang 30 Seite 204; Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts Band 57 Seite 156, 163). Zutreffendenfalls wird, da der Professor nur ein Teil des Hauses bewohnt, der Wert des steuerpflichtig bleibenden Gebäudeteils zu ermitteln und demgemäß die Steuer anderweitig zu berechnen sein.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 10 Abs. 5 des Grundvermögenssteuergesetzes in Verbindung mit den §§ 103 ff. des Landesverwaltungsgesetzes.

Urkundlich unter dem Siegel des Preußischen Oberverwaltungsgerichts und der verordneten Unterschrift.

gez.: *Pape.*

(L. S.)

Kosten bleiben außer Ansatz

gez. Unterschr.

Kirchenrechtliche Chronik.

(Vom 1. November 1928 bis zum 31. Mai 1929).

Am 20. Dezember 1879 wurde Pius XI. in Rom zum Priester geweiht. Daher vollendet er am 20. Dezember 1929 das fünfzigste Jahr seines Priestertums. Aus diesem Anlaß hat der Hl. Vater durch die Apostolische Konstitution »Auspicientibus Nobis«¹⁾ vom 6. Januar 1929 ein *außerordentliches, allgemeines Jubiläum* angeordnet, das bis zum Schlusse dieses Jahres dauert. Die betreffende Bulle lautet:

PIUS EPISCOPUS
SERVUS SERVORUM DEI
AD PERPETUAM REI MEMORIAM

Auspicientibus Nobis singulari Dei beneficio annum a suscepto sacerdotio quinquagesimum, communi omnium Patri nihil fuit, nihil esse poterat optatius, quam ut una Nobiscum filii universi, coniunctis animis precibusque, Deo grates agerent ab eoque opem implorarent tum Nobismet ipsis, tum concreditae Nobis Ecclesiae tot malis periculisque circumventae opportunam; qua quidem ope muniti, et ad christianam amplificandam augendamque Fidem et ad vitam sanctius instituendam — quod in clero potissimum spectamus — omnes erigerentur.

Iucundissima igitur, eademque eo iucundior quo fuit promptior atque alacrior, mirifica illa accidit consensio, qua boni omnes eiusmodi eventum Nobis gratulantes, precibus per hos ipsos ineuntis anni dies privatim publice Deo adhibitis et votis laetisque omnibus ad Nos undique delatis celebrare aggressi sunt. Tantus enim ac tam subitus animorum motus id nimirum luculentissime comprobat, plissimae sobolis esse, ut cum aegritudines ac molestias tum laetitiam gaudiumque participet Patris, ob illam quandam veluti necessitudinem, qua tota domestici ipsius convictus societas continetur ac regitur. Lex enim est caritatis praecipua, ut haec non tam verbis quam factis demonstretur, quae quidem facta eiusmodi sint, ut in mutua quadam communiione bonorum posita esse videantur.

Eadem vero lege Nos tam arcte adstringimur, ut cum filiis Nostris carissimis, pro facultate, bona participemus Nostra, eosdemque in Nostrorum communionem gaudiorum ita vocemus, ut propositis caelestium munerum thesauris, quorum est in Nostra potestate dispensatio, privatam Patris laetitiam communibus filiorum gaudiis atque utilitatibus cumulemus.

1) Acta Apostolicae Sedis XXI, 5 ff.

Quapropter, decessorum Nostrorum, in primisque Leonis XIII, vestigiis insistentes illud consilium inivimus, ut alterum annum sacrum extra ordinem, in Jubilaei universalis modum — qui vertente anno, idest ad plenum Decembrem mensem, contineretur — toto christiano orbi indiceremus. Iamvero largius paterna liberalitate reseratis, per totum hoc temporis spatium, Ecclesiae fontibus, vehementer confidimus, christifideles omnes iam nunc alacrius libentiusque iis salutis praesidiis sic usuros, ut mores privati ac publici emendentur, fidelis vigor confirmetur pietatisque ardor excitetur. Etenim, si precandi studium, quod saepe, vel nuper, commendavimus, in christiano populo acrius incendatur, nullum Nobis Ecclesiaeque validius adlumentum gravissimis hisce potissimum reipublicae christianae temporibus obtingere poterit. Eo ipso igitur, quo f. r. decessor Noster Leo XIII, consilio permoti eademque spe ducti, Nos quoque sacrum Jubilaeum indicimus »monendis cohortandisque quotquot sua est cordi salus, ut colligant paulisper sese, et demersas in terram cogitationes ad meliora traducant; quod non privatis solum, sed toti futurum est reipublicae salutare, propterea quod quantum singuli profecerint in animi perfectione sui, tantumdem honestatis ac virtutis ad vitam moresque publicos accedet«. Cum autem huc sacer annus spectet, ut laeta fidei incrementa in populo foveantur moresque ad evangelicam legem rite componantur, videtur, praeterea diei illius recordatio, quo die sacerdotali potestate aucti sumus, eos omnes, quotquot hac eadem potestate honestantur, commonere vehementius, ut vitam totam ad tanti ordinis dignitatem religiosius in dies sanctiusque conforment. Ex quo multiplici Jubilaei fructu, qui in singulos cives et in societatem humanam manabit, illam denique profecturam esse confidimus, quam quaerimus, pacis Christi absolutam perfectamque in Regno Christi instaurationem.

Itaque de omnipotentis Dei misericordia, ac beatorum Apostolorum Petri et Pauli auctoritate confisi, ex illa ligandi atque solvendi potestate, quam Nobis Dominus licet indignis contulit, ad provehenda fidei incrementa, morum emendationem et potissimum cleri sanctimoniam, universis et singulis utriusque sexus christifidelibus plenissimam peccatorum omnium indulgentiam ad generalis Jubilaei modum concedimus, ab hoc die usque ad plenum mensem Decembrem vertentis anni lucrandam, ita quidem ut sequitur:

I. Incolae et advenae intra ambitum existentes dioecesis Romae:

1. Sive eodem die, sive diversis diebus bis visitent Basilicas Lateranensem SSmi Salvatoris, Vaticanam S. Petri Ap. et Liberianam S. Mariae Maioris; ibique devotas preces per aliquod temporis spatium effundant ad mentem Summi Pontificis superius propositam ac generatim pro conversione peccatorum, exstirpatione haeresum ac schismatum, pro pace et concordia omnium principum, unde facilius consequentur exaltatio, prosperitas et libertas Ecclesiae catholicae eiusque Capituli, Vicarii Iesu Christi.

Quod, si vel nimia locorum distantia, vel alio iusto impedimento, incolis praesertim suburbii ad memoratas Basilicas difficilis sit aditus, concedimus ut confessariis singulis permittantur accessum ad aliam parochialem ecclesiam oratoriumve publicum, ubi Missae Sacrificium celebrari consueverit, ad easdem visitationes similiter complendas.

2. Duobus diebus, praeter illos in quibus ieiunium et abstinencia ex praecepto obligant, ieiunent cum abstinencia ad normam canonum Codicis iuris canonici.

3. Confessionem sacramentalem rite instituant in qua a peccatis absolvantur, praeter confessionem annuam praecepto communi iniunctam; ac sancta Eucharistiae communione pie reficiantur, praeter communionem paschalem.

4. Tandem aliquam eleemosynam pro sua quisque facultate et pietate, audito confessarii consilio, in aliquod opus pium elargiantur; praecipue Opus Propagationis et Praeservationis fidei commendamus.

II. Extra Romanam dioecesim, ubique, terrarum praescribimus duas visitationes, vel eodem die vel diversis diebus, pie peragendas in tribus ecclesiis vel oratoriis publicis, in quibus Missa saltem celebrari soleat, quae a loci Ordinario vel ex ipsius mandato assignanda erunt; quod si tot templa allucubi non habeantur, tres visitationes in duobus, aut sex in uno peragantur. Praeterea cetera superius recensita opera a singulis accurate perficienda sunt.

III. Pro iis qui sive Romae, sive ubique collegialiter seu *processionaliter*, ut aiunt, duce paracho aliove designato sacerdote, visitationes instituere velint, Ordinarius poterit visitationes prudenti suo arbitrio etiam ad minorem numerum reducere.

IV. Visitationes possint peragi partim in una dioecesi et partim in alia; et in eadem dioecesi partim in uno loco, partim in alio; in templis tamen pro unoquoque loco legitime assignatis.

V. Fideles, qui fuerint quavis iusta et rationabili causa impetiti quominus vel aliquod ex recensitis operibus vel etiam omnia rite compleant confessarii poterunt dispensare, opera praescripta in aliquod aliud opus commutando.

VI. Religiosi omnes et quotquot hoc nomine veniunt in parte secunda libri secundi Codicis iuris canonici dispensari possunt tum singillatim tum collegialiter a suis immediatis Superioribus, commutatis operibus praescriptis in alia, quae tamen non sint sub praecepto debita; Congregationes autem religiosae laicales ab eo sacerdote qui regimen earum exercet in foro externo; atque, occurrente necessitate, singuli a proprio confessario.

Confessarii, per totum lubilaei tempus, generatim sequantur, in absolvendo et dispensando, disciplinam a Codice iuris canonici novissime inductam.

Minime tamen suspendimus extraordinarias facultates utcumque delegatas, quibus forte iidem potiuntur. Sed praeterea has, quae sequuntur facultates ipsis concedimus hoc anno exercendas, intra limites iurisdictionis sive ordinariae sive delegatae, qua a suis Ordinariis instructi sint. Scilicet, sive Romae, sive alibi absolvere valeant poenitentes rite dispositos ab omnibus casibus vel ab homine vel a iure, sub censura vel sine censura utcumque reservatis, exceptis dumtaxat casibus cum violationis secreti Sancti Officii, tum specialissimo modo Summo Pontifici reservatis (can. 2320, 2343, 2367 und 2369 Cod. I. C.), tum denique illis, pro quibus, vel post obtentam vi canonis 900 absolutionem, obligatio adhuc manet ad Sacram Poenitentiarium recurrendi et standi eius mandatis (cfr. Decretum Sacrae Poenitentiariae 16 Novembris 1928). Concedimus item singulis confessariis, ut supra approbatis, facultatem dispensandi ex rationabili causa in votis privatis omnibus, etiam iuratis, iis tamen exceptis quae canone 1309 Sedi Apostolicae reservantur, exceptoque voto acceptato a tertio, cui dispensatio proinde detrimento esset, nisi ipse iuri suo cesserit. Vota quoque poenalia commutari poterunt, sed in opus tantummodo quod aeque efficaciter a peccato retrahat.

Facultates huiusmodi absolvendi vel dispensandi illis solis applicari possunt, quibus sincerus est animus lucrandi Iubilaeum atque opera praescripta vel commutata adimplendi. Si tamen iidem fideles. applicatione iam obtenta, rationabili impedimento prohibeantur quominus cetera perficiant, benigne statuimus, acceptam applicationem fore item valituram.

Iisdem porro facultatibus confessarii utantur in solo foro conscientiae etiam extra sacramentali, nisi, ut patet, agatur de peccato sacramentaliter absolvendo.

Qui aliqua censura fuerint nominatim affecti vel uti tales publice renuntiati nequeunt tamdiu frui beneficio Iubilaei, quandiu in foro externo non satisfecerint prout de iure. Si tamen contumaciam in foro interno sincere deposuerint et rite dispositos sese ostenderint, poterunt, remoto scandalo, in foro sacramentali interim absolvi ad finem dumtaxat, lucrandi Iubilaeum cum onere quam primum se subiiciendi etiam in foro externo ad tramitem iuris.

Iubilaeum, quod attinet ad plenariam indulgentiam sibi vel animabus purgatorii applicandam, bis aut pluries acquiri potest, iniuncta opera bis aut pluries iterando; sed tum tantummodo, cum Iubilaeum prima vice acquiritur, confessarii uti possunt, etiam pluries, facultate absolvendi a censuris et a casibus, reservatis, commutandi vel dispensandi cum eodem poenitente qui nondum omnia opera iniuncta adimpleverit.

Vertente Iubilaei anno, nullatenus cessant indulgentiae alias concessae pro operibus distinctis ab operibus Iubilaeo lucrando praescriptis. Imo benigne concedimus ad augendum cotidie magis precandi spiritum, ut omnes fideles, per huius anni spatium, lucrari possint indulgentiam septem annorum totidemque quadragenarum, quoties coram divino Eucharistiae Sacramento, vel clauso Tabernaculo, pias preces aliquandiu ad mentem Summi Pontificis effuderint; idque firmis indulgentiis pro eodem opere alias concessis. Qui autem singulis diebus per integram hebdomadam hanc piam visitationem peregerint, indulgentiam plenariam usitatis conditionibus acquirere possint. Praeterea ad votendam toto hoc anno cleri in sacro litando pietatem, singulis sacerdotibus tribuimus, fruendum usque ad diem XXXI mensis Decembris huius anni, privilegium personale, cuius vi indulgentiam plenariam quotidie possint, Missae sacrificium celebrando, uni animae in Purgatorio detentae applicare.

Ut autem Litterae hae Nostrae ad fidelium omnium notitiam facilius perveniant, volumus earum exemplis etiam impressis, manu tamen alicuius personae in ecclesiastica auctoritate constitutae munitis, eadem prorsus fides adhibeatur, quae ipsis praesentibus adhiberetur, si forent exhibitae vel ostensae.

Nulli igitur hominum liceat hanc paginam Nostrae indictionis, promulgationis, concessionis et voluntatis infringere, vel ei ausu temerario contraire. Si quis autem hoc attentare praesumpserit, indignationem omnipotentis Dei ac beatorum Petri et Pauli Apostolorum eius se noverit incursurum.

Datum Romae apud S. Petrum, die VI mensis Ianuarii, in festo Epiphaniae Domini, anno millesimo nongentesimo vicesimo nono, Pontificatus Nostri septimo.

Bezüglich der *Auslegung* der Jubiläumsbulle hat die Hl. Pönitentiarie am 8. März 1929¹⁾ erklärt, daß die Priester auf Grund des ihnen für das Jubiläumsjahr verliehenen persönlichen Altarprivilegs jeder beliebigen armen Seele einen vollkommenen Ablass zuwenden können, auch ohne daß sie die hl. Messe für den betreffenden Verstorbenen applizieren.

Es ist ein eigentümliches Zusammentreffen, daß gerade in dem Jubiläumsjahre des Papstes und der katholischen Kirche die *drei Lateranverträge* zwischen dem Hl. Stuhle und dem Königreich Italien abgeschlossen wurden, die wir oben im vollen Wortlaute mitgeteilt haben²⁾. Diese feierlichen Übereinkommen bilden einen Wendepunkt in der Politik und Kirchenpolitik des Königreichs Italien.

Durch den Staatsvertrag wurde die seit 1870 bestehende sog. Römische Frage gelöst, durch das Finanzabkommen die durch den Verlust des Kirchenstaates und die Säkularisation von Kirchengütern entstandenen wirtschaftlichen Nachteile des Hl. Stuhles und der katholischen Kirche ausgeglichen und endlich durch das Konkordat die Beziehungen zwischen Staat und Kirche auf eine freundschaftliche und dauernde Weise geordnet. Am Tage des Vertragsschlusses selbst (11. Februar), der zugleich der Vorabend des Krönungstages Pius' XI. war, hat dieser in einer *Ansprache an die Fastenprediger und Pfarrer Roms* auf die Bedeutung der Ereignisse hingewiesen³⁾. Er betonte, daß der Staatsvertrag abgeschlossen sei, um dem Hl. Stuhle eine wahre, eigene und wirkliche Souveränität zu sichern, die evidentermaßen mit Rücksicht auf den göttlichen Auftrag und die Stellvertretung Gottes für den Papst notwendig sei, der nicht Untertan einer irdischen Souveränität sein könne. Das Konkordat habe den Zweck, die durch eine lange kirchenfeindliche Regierung in Italien zerrütteten und in Verfall geratenen religiösen Verhältnisse wieder aufzurichten und in Ordnung zu bringen. Daher habe der Papst von Anfang an darauf gedrungen, daß ein Konkordat mit dem Staatsvertrage verbunden würde. Weiter betonte der Redner, daß er auf kirchlicher Seite allein die Verantwortung für die abgeschlossenen Verträge zu tragen habe. Auch habe er sich einige 30 Monate hindurch in seinen Studien, Betrachtungen und Gebeten persönlich mit dem Inhalte der Vereinbarungen be-

1) Acta Apostolicae Sedis XXI, 168. — 2) Siehe S. 316. — 3) Acta Apostolicae Sedis XXI, 103 ff.

schäftigt. Nichtsdestoweniger würde es nicht an Personen fehlen, die Kritik an den Abmachungen üben würden. Mit einigen möglichen Einwendungen hat sich der Papst näher auseinandergesetzt.

Zwei Tage später, am 13. Februar 1929, empfing Pius XI. die *Professoren und Studenten der katholischen Herz-Jesu-Universität in Mailand*, vor denen er sich ebenfalls über diese Fragen äußerte¹⁾. Dabei hob er vor allem die Wichtigkeit des Konkordats hervor, das den Staatsvertrag sowohl erkläre wie rechtfertige. Durch den Abschluß des Staatsvertrags und die Lösung der Römischen Frage seien erst die Hindernisse hinweggeräumt, die bislang einem kirchenpolitischen Vertrag mit Italien entgegenstanden; die Heilung der Verhältnisse selbst aber müsse durch das Konkordat geschehen. Der Papst erkennt dankbar an, daß er auch auf der anderen Seite ein edles Entgegenkommen gefunden habe. Die Vorsehung habe hierzu einen Mann auserwählt, der von den Vorurteilen der liberalen Schule frei sei. Wenn das Konkordat auch nicht das bestmögliche sei, so sei es sicher eines der besten, die bislang abgeschlossen seien. Mit tiefster Freude spricht der Papst als seine Überzeugung aus, daß er durch das Konkordat Gott Italien und Italien Gott zurückgegeben habe.

Endlich erteilte Pius XI. am 9. März 1929 dem beim Hl. Stuhle akkreditierten *diplomatischen Corps* eine feierliche Audienz, in der dieses dem Hl. Vater seinen Dank dafür aussprach, daß der Kardinalstaatssekretär Gasparri ihm am 7. Februar den bevorstehenden Abschluß der Verträge mitgeteilt habe. In der Antwort²⁾ kam Pius XI. vor allem darauf zu sprechen, daß die neuen Abmachungen zwischen dem Hl. Stuhle und Italien nicht unter völkerrechtliche Garantien gestellt seien. Dieses sei aber auch gar nicht beabsichtigt. Denn die juristischen Garantien bedeuten entweder die Verteidigung oder die Vormundschaft. Beides aber könne der Apostolische Stuhl nicht annehmen. Da er keine Feinde habe und von der Loyalität des Vertragspartners überzeugt sei, brauche er kein Verteidigungsmittel gegenüber Italien, und die Stellung unter die Vormundschaft fremder Mächte würde nach dem Worte des Apostels für ihn mit der Versetzung in den Zustand eines Sklaven identisch sein. Daher könnten

1) Acta Apostolicae Sedis XXI, 110 ff.

2) Acta Apostolicae Sedis XXI, 172 ff.

für den Hl. Stuhl nur moralische Garantien in Frage kommen. An der Schaffung solcher hätten auch das diplomatische Corps und die Katholiken der ganzen Welt mitgearbeitet. Die zahlreichen Zustimmungsadressen, die der Papst aus allen Weltteilen empfangen habe, seien gleichsam ein Weltplebiszit, das den Verträgen die stärkste moralische Garantie gewähre.

Als Dolmetsch der deutschen Katholiken haben die Bischöfe der *Fuldaer Bischofskonferenz* folgendes Telegramm¹⁾ an den Kardinalstaatssekretär gesandt:

»Die feierliche Ankündigung des Vertrages und Konkordates zwischen dem Heiligen Stuhl und Italien hat alle Katholiken Deutschlands mit großer Freude erfüllt. Die in den Fuldaer Konferenzen vereinigten Oberhirten entbieten dem Heiligen Vater ehrerbietigsten Glückwunsch zu dem mit Weisheit gefaßten hochherzigen Entschlusse mit Dank gegen Gott für die Wiederherstellung der vollen Freiheit und sichergestellten Unabhängigkeit des Heiligen Stuhles.«

Die kirchenpolitischen Vereinbarungen haben nur den Zweck, die religiöse Tätigkeit der kirchlichen Hierarchie und des Laienapostolats zu ermöglichen und zu fördern. Sie können dieselbe aber keineswegs ersetzen. Daher hat der gegenwärtige oberste Leiter der katholischen Kirche sich mit allem Nachdruck für die sog. *Katholische Aktion* eingesetzt, von der in den letzten Bänden dieser Zeitschrift wiederholt die Rede war. In der gegenwärtigen Kirchenrechtlichen Chronik ist eines *Päpstlichen Schreibens vom 13. November 1928 an den Fürstbischof von Breslau*, Kardinal Bertram. zu gedenken, das nähere Ausführungen *über das Wesen und die Arbeitsweise der Katholischen Aktion* enthält. Wir geben das bedeutsame Aktenstück im vollen Wortlaut wieder:²⁾

Quae Nobis haud ita pridem nuntiasti, coepisse ac fecisse te, ut Actionis Catholicae incrementa apud tuos proveheres³⁾ iis profecto non parum delectati sumus; qua quidem in re, tua quoque in Apostolicam Sedem observantia ex eo apparet, quod tibi in votis esse aperiabas, scilicet ut Nosmetipsi, dilectis e Dioecesi tua filiis, rescribendo, et significaremus quae in eiusmodi coeptis proficiendi melior ratio ac via esset, et ad proficiendum animos adderemus. Causa quidem agitur aetati ipsi apostolicae non ignota, quandoquidem Paulus in epistola ad Philippenses (c. IV, v. 3) »adiutores suos« commemorat, cupitque adiuvari „illas, quae »secum ipso« laboraverunt

1) Kirchliches Amtsblatt für das Bistum Meißen 1929, 1.

2) A. A. S. XX, 384.

3) Vgl. dieses Archiv CVIII, 297 (Kirchenrechtliche Chronik, vom 1. Dezember 1927 bis zum 30. April 1928).

in evangelio*. At nostris potissimum temporibus, cum fidei morumque integritas in discrimen cotidie periculosius vocatur, eamque dolemus sacerdotum penuriam, ut curandis animarum necessitatibus omnino impares evasisse videantur, Actioni Catholicae plus confidendum, quae tantam cleri tenuitatem, datis multiplicatisque e laicorum ordine laborum sociis, adiuvet ac suppleat. Quam quidem rei catholicae sospitandae rationem plane liquet decessores Nostros probasse atque adhibuisse, qui, quo asperiora Ecclesiae et consortioni hominum inciderunt tempora, eo impensius, veluti receptul canentes, fideles omnes hortati sunt, ut, episcopis praeceuntibus, sancta certarent certamina aeternaeque proximorum saluti, pro viribus, consulerent. Nec minus Nos, jam inde ab inito pontificatu, de Actionis Catholicae incrementis solliciti fuimus, utpote qui, Litteris Encyclicis »Ubi Arcano« ipsam a pastoralis ministerio et vita christiana minime disjungi publice edixerimus, declaratis deinceps eius natura et proposito, quae si recte perpendantur apparet Actionem Catholicam alio non spectare nisi ut laici apostolatam hierarchicum quodammodo participant. Neque enim Actio Catholica in eo tantum consistit, ut homines suae quisque christianae perfectioni studeant, quod primum est atque praecipuum, sed etiam in verissimo apostolatu catholicis cuiusvis ordinis communi, quorum sensus atque opera cum iis quibusdam quasi centris sanae doctrinae et multiplicis actuosique laboris, cohaereant, quibus rite legitimeque constitutis episcoporum demum adest ac suffragatur auctoritas. Christifidelibus igitur, qui sic colverint atque in unum coaluerint, ut ad nutum hierarchiae ecclesiasticae praesto sint, sacra ipsa hierarchia quemadmodum mandatum impertit, sic incitamenta et stimulos adiicit. Jamvero, haud aliter ac mandatum Ecclesiae divinitus commissum ipsiusque hierarchicus apostolatus, Actio eiusmodi non externa prorsus sed spiritalis, non terrena sed caelestis, non politica sed religiosa dicenda est.

Verumtamen eam ipsam jure meritoque „socialem“ dixeris, cum id sibi propositum habeat, ut Christi Domini regnum proferat, quo quidem proferendo cum summum omnium societati bonum acquiritur, tum cetera quaeruntur bona, quae ab illo proficiscuntur, ut sunt quae ad statum Civitatis pertinent et politica vocantur, scilicet bona non privata ac singulorum propria, sed civibus omnibus communia: id autem omne Actio Catholica ita potest ac debet assequi, si, Dei Ecclesiaeque legibus modeste parendo, a civilium studiis partium sit prorsus aliena. Quo quidem spiritu si imbuti animatique sint, catholici, qui apostolatus hierarchici participes sint, facere non poterunt, quin promoveant, tamquam finem proximum, christifidelium ex omnibus nationibus conjunctionem in iis quae ad mores religionemque pertinent, itemque — quod praecipuum est — valeant ad fidei doctrinaeque christianae principia cum late disseminanda, tum valide tuenda, tum denique privatim publiceque promovenda. Itaque in Actione Catholica nostri universi omnes concordēs erunt, nullo vel aetatis, vel sexus, vel ordinis, vel civilis cultus nullo stirpium partiumque discrimine, modo tamen huiusmodi studia evangelicae doctrinae christianaeque legi ne repugnent, modo qui ea profitentur, hoc ipso eandem doctrinam ac legem ne abdicare videantur. Nam de Actione illa dicimus, quae totum hominem complectitur cuius rectam provehit religiosam civilemque institutionem, id est solidam pietatem, uberem sanae doctrinae cognitionem et plenam morum integritatem, quibus rebus qui careat, apostolatam hierarchicum non is fructuose exercere poterit.

Facile, ceteroqui, intellectu est Actionem Catholicam, quod ad usum spectat, variam fore pro diversitate aetatis et sexus, pro varia temporum locorumque condicione, ita tamen ut qui de juvenilibus coetibus sunt, ii ad futura rerum incepta se potissimum conforment ac comparent, firmatae vero aetatis hominibus latior pateat campus, utpote quorum sit si qua sibi liceat in societatem humanam beneficia conferre, quae cum divino Ecclesiae munere aliquo pacto cohaereant, ab nullis eorum impertiendis abstinere. Nec vero Actio Catholica quod habet sibi propositum, peculiari via ac ratione assequi contendit; quin imo opera et sodalicia cuiusvis generis vel praecipue religiosa ut quae iuventutis instituendae aut pietatis fovendae gratia instituta sunt, vel proprie civilia atque oeconomica ad apostolatum socialem convertit ac dirigit. Atque Actio haec ob sapientem illam quam habet ex una concordique gubernatione sibi insitam, virium, officiorumque ordinationem, qua varia totius compagis suae reguntur elementa — quae sunt coetus hominum ac mulierum itemque juvenum ex utroque sexu — cum fruatur ipsamet utilitatibus, quas sodalicia religiosa dumtaxat et oeconomica sibi pepererint, tum ea adiuvabit fovebitque id efficiendo, ut non modo consensio ac benevolentia sed etiam adiutricis operae praesidium utrimque intercedat, eo quidem cum Ecclesiae et humanae societatis emolumento, quod facile conicitur. Hoc autem in comparando bono quod est maxime religionis et morum, Actio Catholica non sane intercipiet suis aditum ad rem publicam, qua late eius tractatio patet; immo eos ad publica munia reddet aptiores, quippe quos ad vitae sanctimoniam christianorumque officiorum observantiam severe conformaverit. Quid, quod ad pariendos societati optimos omnium cives, religiosissimos reipublicae scitissimosque omnium magistratus nata videtur? Quis igitur affirmaverit eam vera rei publicae commoda neglegere, quae demum commoda extra christianae caritatis campum minime vagantur cum ad caritatem pertineat publicam omne genus prosperitatem provehere? Eiusmodi quidem prosperitatem in qua proximus finis continetur Societatis civilis, nonne Actio Catholica tum provehit, cum suos jubet legitimam auctoritatem vereri legibusque obtemperare, ea servare ac tueri, quibus populi salus ac felicitas nititur: ut morum integritatem, ut convictus domestici incolumitatem, ut civilium ordinum inter se concordiam et consensionem, id scilicet omne, quod ad societatem hominum tranquillandam tuendamque confert? Et sane id facilius assequitur, quia cum ut diximus, partium studiis nequaquam implicetur, etsi eadem ex catholicis constant, — qui profecto de controversis liberae disceptationi relictis dissentire non prohibentur, — ultro consiliis praescriptisque obsequetur, quae sacrorum antistites daturi sunt, quamvis ea ipsa factionum disciplinae commodisque repugnent vel repugnare videantur.

Ex iis, quae adhuc memoravimus, liquido patet, dilecte Fili Noster, Actionem Catholicam jure meritoque habendam esse quandam veluti viam ac rationem qua ad beneficia omne genus nationibus impertienda utitur Ecclesia: viam ac rationem, inquit, quae videatur divino consilio ac beneficio inducta, ut ad evangelicam doctrinam ac legem illos Ecclesia alliciat ac trahat, qui, nullo cum sacerdotibus commercio usuque, facile in seditiosorum hominum fallacias pravasque artes concederent.

Haec sunt cuiusvis Actioni Catholicae communia principia ac fundamenta, quamquam ex una eademque causa, pro vario populorum ingenio variaeque

nationum condicione, varii gignunter effectus. Manifesto ex his apparet eam patrocinio dignam esse non modo episcoporum et sacerdotum — qui probe norunt ipsam Nosmet in oculis Nostris ferre — sed etiam gubernatorum ac magistratum cuiuslibet Civitatis: quodsi communi eiusmodi patrocinio fulciatur jam mirificam fructuum ubertatem in gentes Catholicas proferet, et ubivis, religionem in animis excitanda, non parum ad civilem prosperitatem conducet. Quod ut auspicato eveniat vehementer cupimus.

Interea, dilecte Filii Noster, grati admodum tibi sumus quod, luculentus mentis Nostrae interpres, Actionem Catholicam in Dioecesi tua propagare contendis, neque minus quod Nobis opportunitatem dedisti eius ad commune bonum denuo patefaciendae.

Caelestium vero donorum auspicem paternaeque benevolentiae testem, tibi, dilecte Fili Noster, et clero populoque tuo universo Apostolicam Benedictionem paramanter impertimus.

Datum Romae, apud S. Petrum, die XIII mensis Novembris anno MCMXXVIII, Pontificatus Nostri septimo.

Pius PP. XI.

Für die *Erzdiözese Wien* sind im verflossenen Jahre *Richtlinien für die »Katholische Aktion in der Pfarre«* ausgearbeitet, die am 9. August 1928 vom erzbischöflichen Ordinariat bestätigt wurden. Ebenso wurden *Satzungen des Verwaltungsausschusses der Katholischen Aktion in der Pfarre* herausgegeben. Das Wiener Diözesanblatt hat in Nr. 11 vom 10. Dezember 1928 beide Dokumente publiziert. Der Text der »Richtlinien« lautet:

1. Die »Katholische Aktion« ist die einheitliche, zielbewußte Arbeit der Seelsorgshilfe zur Erhaltung und Neubelebung wahren Christentums. Was unter »Katholischer Aktion« zu verstehen ist, ergibt sich vor allem aus dem ersten Rundschreiben unseres Heiligen Vaters Pius XI. Er führt dort alle jene Bestrebungen und Werke lobend an, die es sich angelegen sein lassen, »daß in der einzelnen Menschenseele, in der Familien- und Staatsgemeinschaft dem göttlichen Herzen Christi unseres Königs vor allem die schuldige Liebe, Anbetung und Herrschaft wiedergegeben werde«. Das sei auch das Ziel des guten Kampfes »bis zum äußersten, der aufgenommen werden muß und in vielfacher Front zu kämpfen ist, der Kampf für die Rechte der religiösen und häuslichen Gesellschaft, der Kirche und Familie, Rechte von Gott und Natur über die Erziehung der Kinder«. Das gleiche Ziel »will schließlich auch die gesamte Zusammenfassung aller Unternehmungen, Bestrebungen und Werke, die mit dem Namen der uns so teuren »Katholischen Aktion« bezeichnet werden«. Was ist es aber, das die »Katholische Aktion« dem Heiligen Vater so teuer macht? Wie der ganze Zusammenhang zeigt, ist es nicht die äußere Form der zusammenfassenden Organisation, sondern die einheitliche, tatkräftige Arbeit für das vorhin angegebene Ziel; Christi Königsherrschaft zur Anerkennung zu bringen in den Seelen der Einzelnen, in den Familien und im Staate. Soll deshalb dieser Wunsch des Heiligen Vaters auch in unserer Diözese zur Verwirklichung kommen, dann muß die »Katholische Aktion« als die »einheitliche, zielbewußte Arbeit« aller schon bestehenden katholischen Organisationen, Vereine und Werke in Erscheinung treten.

Die »Katholische Aktion« ist über die reine und eigentliche Seelsorgearbeit der Priester hinaus die eigentliche, zielbewußte Arbeit der »Seelsorgshilfe«, d. i. jenes seeleneifrigen Glaubensgeistes der Laien, der die Arbeit der Priester unterstützt. »Katholische Aktion« ist somit keine neue Organisation, kein neuer Verein, sondern lebendiges Christentum, das in einheitlicher, zielbewußter Seelsorgehilfsarbeit *aller organisierten* und auch *nicht organisierten* Katholiken zum Ausdruck kommt.

2. *Nächstes Ziel* der »Katholischen Aktion« ist die Vereinheitlichung aller Arbeit, wie sie von den Gläubigen für die Erhaltung und Neubelebung christlichen Geistes in den bestehenden Organisationen und außerhalb derselben geleistet wird. Die »Katholische Aktion« will deshalb nicht etwa die Arbeit der einzelnen Standesvereine und Organisationen oder die Arbeit der einzelnen *nicht organisierten* Katholiken durch neue Lasten oder beengende Vorschriften ersetzen oder hindern, sondern will einzig und allein nur dieser Arbeit durch entsprechende Zielgebung Einheit und zielsichere Kraft verleihen.

3. Letztes Ziel der »Katholischen Aktion« ist die Erhaltung und Neubelebung wahren Christentums im Leben der Einzelnen, der Familie und des Staates. Dieses Ziel ist genauer dargelegt in den beiden Rundschreiben Plus' XI. über den Frieden und das Königtum Christi, es kann auch kurz mit den Worten ausgedrückt werden: Überwindung des Laizismus, d. h. der rein weltlichen Auffassung und Führung des Lebens.

4. Wie in der Diözese die »Katholische Aktion« die Aufgabe hat, 1. die jeweils gegebenen Aufgaben der »Katholischen Aktion« festzustellen, 2. die Durchführung dieser Aufgaben einzelnen Organisationen, Werken und dergleichen zu übertragen und 3. die Durchführung dieser Aufgaben zu überwachen so hat auch die »Katholische Aktion« in der Pfarre die gleichen Aufgaben und erfüllt diese im Rahmen und in der Zusammenarbeit mit der »Katholischen Aktion« in der Erzdiözese Wien.

Zur Verwirklichung dieser Aufgaben werden folgende Einrichtungen getroffen:

5. Unter dem Vorsitze des Pfarrers bzw. eines anderen mit Zustimmung des Bischofs bestimmten Priesters treten zusammen: a) die aktiven Seelsorger der Pfarre, b) die Vertreter des katholischen Volksbundes, der Standesvereine und aller religiösen Organisationen, die ihre Mitglieder zu apostolischer Tätigkeit verpflichten, c) die Vertreter der Werke bzw. deren Pfarrausschüsse, d) die Vertreter sonstiger Vereinigungen (Institute) und e) vom Pfarrausschuß mit Zustimmung des Pfarrers berufene Einzelpersonen.

Dieser Pfarrausschuß der »Katholischen Aktion« nimmt vom Arbeitsausschuß der »Katholischen Aktion« in der Erzdiözese seine allgemeinen Aufgaben entgegen und führt sie in seinem Arbeitsgebiet entsprechend durch. Besondere Aufgaben innerhalb des Pfarrgebietes hat der Pfarrausschuß selber wahrzunehmen und durchzuführen.

6. Als ständige Aufgaben hat der Pfarrausschuß der »Katholischen Aktion« im Auge zu behalten:

- a) Er hält selber und regelmäßig, möglichst jeden Monat seine Sitzungen ab.
- b) Er sieht darauf, daß in der Pfarre durch die zuständigen Organisationen ein lückenloses Vertrauenspersonensystem eingerichtet

sel. In größeren Pfarren sind die kleineren Vertrauenspersonen-sprengel in mehrere Untergruppen zusammenzufassen. Die Vertrauenspersonen haben hauptsächlich dafür zu sorgen, daß die ihnen zugewiesenen katholischen Familien in lebendiger Verbindung mit der Pfarrgemeinde und der katholischen Bewegung bleiben, daß sie in den zuständigen Standesorganisationen organisiert werden und dort mitarbeiten, daß die katholische Presse gefördert werde, daß der katholische Gedanke nicht nur bei den eifrigen Katholiken erhalten, sondern auch in die abseits stehenden Kreise getragen und in allen Gebieten des Lebens, besonders auch des öffentlichen Lebens, in den staatsbürgerlichen, sozialen und wirtschaftlichen Fragen verwirklicht werde. Eine gründliche Schulung und regelmäßige Konferenzen der Vertrauenspersonen sind eine notwendige Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit.

- c) Zur Förderung dringender Aufgaben sind zeitweilige oder dauernde Arbeitsausschüsse zu gründen, die beratend und werbend für das ihnen zugewiesene Arbeitsgebiet wirken. Solche Arbeitsausschüsse sind z. B. einzurichten für die Caritas, die Schulfragen, für die Vorsorge für die schulpflichtige Jugend, für die Pressearbeit, für die Volksbildung und das Bibliothekswesen. Diese Arbeitsausschüsse haben nicht nur darauf zu achten, daß die ganz besondere Arbeit ihrer Aufgabengebiete geschehe und daß, falls die notwendige Aufklärung in den allgemeinen Pfarrversammlungen und der Standesvereine nicht genügt, auch noch besondere Versammlungen und Kurse abgehalten werden. Die Pfarrarbeitsausschüsse müssen daher die Möglichkeit besitzen, die in den allgemeinen Standesvereinen organisierten Katholiken zu erreichen und besondere Förderer und Mitarbeiter für ihre besondere Arbeit zu werben; ebenso muß ihnen die Einhebung von Beiträgen für ihre besonderen Zwecke in der Pfarre und für die gemeinsamen Zwecke ihres Arbeitsgebietes in der Diözese ermöglicht werden.

Die Standesvereine der Pfarre haben sich ihrem Diözesanverband der Standesvereine unterzuordnen; die Arbeitsausschüsse arbeiten in enger Verbindung mit der Diözesanstelle ihres Werkes.

Die gesamte organisatorische und aufklärende Arbeit im Rahmen der »Katholischen Aktion« hat so zu geschehen, und ist von der Leitung so zu regeln, daß kein Arbeitsgebiet vernachlässigt, sondern richtig und genügend betreut und abgegrenzt werde, daß die Veranstaltungen im gegenseitigen Einvernehmen geschehen, daß gegenseitige Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt werden. Dem Pfarrer steht als Vorsitzenden der »Katholischen Aktion« in der Pfarre ein allgemeines Kontroll- und Einsichtsrecht in alle Arbeiten und in die Geschäftsführung der einzelnen Vereinigungen, Werke, Ausschüsse usw. zu.

7. Von der »Katholischen Aktion« der Pfarre werden in regelmäßigen Konferenzen mündliche Rechenschaftsberichte dem Arbeitsausschuß der »Katholischen Aktion« in der Erzdiözese erstattet.

Die der »Katholischen Aktion« in der Pfarre angeschlossenen Vereine, Werke und Einrichtungen haben dem Vorsitzenden jährlich die von diesem für den allgemeinen Bericht über die »Katholische Aktion« in der Pfarre not-

wendigen Angaben zu übermitteln. Dieser gemeinsame Bericht ist jährlich bis spätestens Ende März über das zuständige Dekanatsamt an das erzbischöfliche Ordinariat einzusenden.

Die »Katholische Aktion in der Pfarre« als solche ist keine juristische Person und kann darum Vermögen weder erwerben, noch besitzen. Da es aber so manche Gelegenheit gibt, in denen ein juristischer Vermögensträger da sein soll, der von der Pfarrkirche und Pfarre wie auch von einem einzelnen Verein verschieden sein soll, möge zu diesem Zwecke ein »Verwaltungsausschuß der Katholischen Aktion in der Pfarre . . .« gebildet werden, für den vom erzbischöflichen Ordinariat Wien, am 9. August 1928, Z. 4545, folgende Satzungen genehmigt und damit von jetzt ab als allgemeine Richtlinien für die einzelnen Pfarren gutgeheißen und angeordnet erscheinen. Diese Satzungen müssen aber in jedem einzelnen Fall die besondere Genehmigung der kirchlichen und und staatlichen Bekörde erhalten; um diese zu erreichen, kann die Hilfe des »Arbeitsausschusses der Katholischen Aktion in der Erzdiözese Wien« angesprochen werden. der das Einreichen der Gesuche und Satzungen gegen Ersatz der Barauslagen gern übernimmt.

Diese Satzungen haben folgenden Wortlaut:

§ 1. Name und Sitz.

Die Vereinigung führt den Namen »Verwaltungsausschuß der Katholischen Aktion in der Pfarre . . .«, (die Katholische Aktion in der Pfarre ist die vom Bischof eingesetzte Arbeitsgemeinschaft der katholischen Vereine); dieser Verwaltungsausschuß ist unpolitisch, hat seinen Sitz in und erstreckt sich auf das Gebiet der Pfarre . . .«

§ 2. Zweck und Tätigkeit.

Der Verwaltungsausschuß soll die für die pfarrlichen Seelsorgezwecke notwendigen Geldmittel aufbringen und verwalten (z. B. für die Erhaltung der Pfarrkirche und des Gottesdienstes, für die Schaffung und Erhaltung eines katholischen Vereinsheimes oder Vereinshauses usw.).

§ 3. Beschaffung der Geldmittel.

Die für diese Zwecke notwendigen Geldmittel werden aufgebracht durch die der Katholischen Aktion angeschlossenen Vereins, durch die in dieser Gemeinschaft beschlossenen Veranstaltungen und Unternehmungen, durch Spenden und Sammlungen.

§ 4. Mitglieder.

Mitglieder des Verwaltungsausschusses können nur die nach den vom Bischof getroffenen Bestimmungen berufenen Mitglieder des Pfarrausschusses der Katholischen Aktion in der Pfarre werden.

Die Mitglieder haben im Sinne der §§ 2 und 3 mitzuarbeiten, sie besitzen das aktive und passive Wahlrecht.

§ 5. Hauptsitzung.

Der Verwaltungsausschuß hält jährlich einmal bis spätestens Ende März seine ordentliche Hauptsitzung ab; eine außerordentliche Hauptsitzung kann jederzeit einberufen werden, es muß aber innerhalb zwei Wochen geschehen, wenn wenigstens ein Drittel der Mitglieder eine solche unter schriftlicher Angabe von Gründen verlangen. Die Einberufung der Hauptsitzung erfolgt durch

den Obmann wenigstens acht Tage vor ihrer Abhaltung durch schriftliche Einladung der Mitglieder. An der Hauptsitzung können nur die Mitglieder teilnehmen. Die Hauptsitzung ist bei jeder Anzahl von Erschienenen beschlußfähig, sie faßt ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit. Die Beschlüsse bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung des Pfarrers der Gemeinde: eine Änderung der Satzungen kann gültig nur mit ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung der Katholischen Aktion in der Erzdiözese Wien beschlossen werden.

Gegenstände der Hauptsitzung sind: Entgegennahme des Tätigkeits- und Rechenschaftsberichtes und Beschlußfassung über denselben; Wahl des Vorstandes und der zwei Rechnungsprüfer; Beschlußfassung über die Aufbringung der Geldmittel; Beschlußfassung über eingebrachte Anträge (solche sind mindestens einen Tag vor der Hauptsitzung schriftlich beim Obmann einzureichen); Änderung der Satzungen.

§ 6. Vorstand.

Der Pfarrer, bezw. der vom Bischof bestellte Vorsitzende der Katholischen Aktion in der Pfarre ist der Obmann des Verwaltungsausschusses. Die Mitglieder wählen aus ihrer Mitte einen Stellvertreter des Obmannes, einen Kassierer und Schriftführer sowie deren Stellvertreter, außerdem zwei bis vier Beiräte. Der Vorstand ist beschlußfähig, wenn außer dem Obmann wenigstens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Er faßt seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit. Zur Gültigkeit eines Beschlusses ist die Zustimmung des Pfarrers notwendig.

Der Obmann vertritt den Verwaltungsausschuß nach außen; rechtsgültige Verbindlichkeiten bedürfen der Unterschrift des Obmannes und des Schriftführers und des Kassiers. Statt des Obmannes, Kassiers und Schriftführers üben im Verhinderungsfalle deren Stellvertreter ihre Rechte aus.

§ 7. Schiedsgericht.

Streitigkeiten aus dem Vereinsverhältnisse werden ohne weitere Berufungsmöglichkeit durch ein Schiedsgericht geschlichtet; das Schiedsgericht wird durch drei Mitglieder des Arbeitsausschusses der Katholischen Aktion in der Erzdiözese Wien gebildet.

§ 8. Auflösung.

Der Verwaltungsausschuß kann nur durch den Erzbischof aufgelöst werden. In diesem Falle und bei Auflösung des Verwaltungsausschusses durch die Vereinsbehörde fällt das Vermögen dem Erzbischof zu, der es im Sinne des § 2 der Satzungen verwendet.

Bei der großen Anzahl der kirchlichen Vereine kann es leicht vorkommen, daß dieselben sich gegenseitig Konkurrenz machen oder einen unnützen Aufwand von materiellen und geistigen Kräften verursachen. Aus diesem Grunde ist es sehr zu begrüßen, daß die *katholischen Gesellenvereine* und die *katholischen Jugend- und Jungmännervereine* ein Abkommen über ihre gegenseitigen Beziehungen und ein einträchtiges Zusammenarbeiten getroffen haben. Das Kirchliche Amtsblatt für die Diözese Fulda Jahrgang 1929, S. 10 hat hierüber folgende Aktenstücke veröffentlicht:

»Dem hochwürdigen Klerus geben wir andurch Kenntnis von dem Abkommen, das zwischen dem katholischen Gesellenverein und dem Jungmännerverein getroffen worden ist.

»Um der Kirche und dem Jungvolk zu dienen, reichen sich der katholische Gesellenverein und der katholische Jungmännerverband die Hand zum Bruderbund. Aus dem bisherigen Nebeneinander der Verbände und der Ortsvereine soll ein freundliches Miteinander entstehen, so, daß dabei beide Organisationen, die jede in ihrer Art eine besondere Verwirklichung katholischer Erziehungsgrundsätze darstellen, ihre Eigenart bewahren.

a) Organisationen.

1. Beide Vereine erkennen sich als gleichberechtigte Glieder in der Organisation katholischer Jugend an.

2. Es ist Sache der Seelsorger und der Jugend selbst, bei Neugründungen zu entscheiden, ob im einzelnen Falle ein Jugend- und Jungmännerverein oder ein Gesellenverein gegründet werden soll.

3. Wo ein Jugendverein ohne Jungmännergruppe besteht, gilt der Gesellenverein als Fortsetzung des Jugend- und Jungmännervereins, so daß beide in engster Verbindung miteinander stehen, wo möglich unter einem Präses.

4. Wo zwei Vereine nebeneinander möglich und zweckdienlich sind, kann Jungmännerverein und Gesellenverein nebeneinander gegründet werden, in diesem Falle ist ein besonderes Zusammenarbeiten beider Vereine zu wünschen, namentlich auch im kirchlichen Leben.

5. Die Umwandlung eines Jungmännervereins in einen Gesellenverein oder umgekehrt, darf nur mit Zustimmung beider Diözesanpräses erfolgen.

6. Die Erfassung und Erziehung der jüngeren (14–17 Jahre) bleibt Aufgabe des Jungmännerverbandes. Lehrlingsvereine, die in Verbindung mit dem Gesellenverband bestehen, sind dem Jungmännerverband anzuschließen.

b) Schrifttum und Propaganda.

1. Beide Verbände verpflichten sich, in ihrem Schrifttum wie in ihrer Propaganda ein freundschaftliches Verhältnis zueinander zu erhalten und zu fördern von Seiten der Zentralen wie der Vereine.

2. Beide Verbände erklären als ihr gemeinsames pädagogisches Organ die »Jugendführung«, die möglichst von allen Präses der Verbände zu halten ist.

c) Wanderfürsorge.

1. Die Wanderfürsorge bleibt Aufgabe des Gesellenvereins. Er gibt ein Wanderbuch mit Wanderordnung für die Jungmänner, die nicht Mitglieder des Gesellenvereins sind. Die Mitglieder des Jungmännerverbandes erhalten dieses Wanderbuch durch ihre Verbandszentrale nach besonderen Bestimmungen. Sie müssen das 18. Lebensjahr vollendet haben und wenigstens ein Jahr dem Jungmännerverein angehört haben.

2. Für das Wanderbuch ist eine festgesetzte Gebühr zu entrichten. Außerdem ist vom Jungmännerverband für ein Nachtquartier und eine Mahlzeit ein Entgelt zu entrichten, dessen Höhe jedes Jahr durch eine gemeinsame Kommission festgesetzt wird. Zur Verrechnung werden dem Wanderbuch Kontrollmarken beigegeben, die in den Gesellenhäusern zur Zahlung angenommen werden.

3. Die wandernden Mitglieder beteiligen sich am Vereinsleben und unterstützen dessen Wander- und Hausordnung. Sofern sie dauernd in einem Gesellenverein bleiben, müssen sie Mitglieder des Gesellenvereins werden. Jungmännervereinsmitgliedern, die in den Gesellenverein eintreten, wird die provisorische Mitgliedschaft erlassen.

4. In Aufnahme und Behandlung werden die Mitglieder des Jungmännervereins den Mitgliedern des Gesellenvereins gleichgestellt.

Möge Gottes Segen diesen unseren Willen begleiten, der kein anderes Ziel hat, als der Jugend besser zu dienen.

Th. Hürth,

Generalpräses der Gesellenvereine.

L. Wolker,

Generalpräses des Verbandes der kath. Jugend- und Jungmännervereine.

Diese Vereinbarungen hat der Deutsche Zentralverband des katholischen Gesellenvereins auf seiner Tagung im Oktober 1928 einstimmig angenommen. »Er begrüßt sie als einen Versuch zur Lösung der zwischen beiden Verbänden schon lange erörterten Fragen der Organisation und Wanderfürsorge. Er hält es aber für unerläßlich, darauf hinzuweisen, daß der Teil I der Vereinbarungen, der dem Gesellenverein die Freiheit zur Entfaltung durch Neugründungen in den einzelnen Orten und Pfarreien garantiert, auch in der Praxis gewahrt und gesichert werden muß, daß insbesondere aus der vom Gesellenverein übernommenen Ordnung der Wanderfürsorge auch für die Mitglieder des Jungmännerverbandes nicht ein Hindernis für die Ausbreitung der Gesellenvereine gemacht werde. Nur dann wird die vom Gesellenverein übernommene Wanderfürsorge im Geiste brüderlicher Gewissenhaftigkeit ihr Ziel erreichen.«

Der Hochwürdigste Herr Bischof erklärt die zwischen beiden Verbänden getroffenen Vereinbarungen als verbindlich für die Gesellen- und Jungmännervereine der Diözese Fulda mit folgenden Anweisungen:

Neugründungen von Gesellen- und Jungmänner-Vereinen, die in den Diözesanverband aufgenommen und von den durch ihn bestellten Diözesanpräses betreut werden sollen, können nur mit Zustimmung der in Betracht kommenden hochw. Herren Pfarrer und Kuraten erfolgen, die im Interesse der katholischen Sache berechtigten Wünschen und Anregungen gegenüber nicht versagt werden darf.

Wenn in einer Pfarrei (Kuratie) schon ein Verein der einen Art besteht, haben sie auch nach reiflicher Erwägung darüber zu entscheiden, ob neben diesem ein neuer Verein der anderen Art »möglich und zweckdienlich« ist (vgl. a) 4 des Abkommens), d. h. im Interesse der Seelsorge liegt und in entsprechender Weise von ihnen betreut werden kann.

Die hochw. Herren Pfarrer und Kuraten wollen alsbald von der Gründung eines Vereins der Bischöflichen Behörde Kenntnis geben und den erwählten oder in Aussicht genommenen Präses bestätigen lassen.

Eine ausreichende und erfolgreiche Leitung der Vereine wird heutzutage nur dem Präses möglich sein, der das beiden Verbänden gemeinsame Organ »Die Jugendführung« und das von jedem besonders herausgegebene Schrifttum regelmäßig studiert und durch sonstige einschlägige Literatur, vor allem auch durch solche über volkswirtschaftliche und soziale Fragen, sich auf dem Laufenden hält.

Da in der Gegenwart sowohl die katholischen Konfessions- wie die Privatschulen bedroht sind, haben die sog. Katholischen Elternvereinigungen, die die Rechte der Eltern an den Schulen, vertreten wollen, eine große praktische Bedeutung. Wir publizieren deshalb den Aufruf, den der Diözesanausschuß der katholischen Elternvereinigungen in Würzburg am 23. Februar 1929¹⁾ bezüglich der Wirksamkeit und Förderung dieses Institutes erlassen hat:

Die katholischen Elternvereinigungen sind nach einem bekannten Bischofswort ein Elternseminar und die Wehrkraft der katholischen Bekenntnisschule. Damit sie diese wichtigen Funktionen wirklich erfüllen, genügt es aber nicht, daß sie im Schematismus stehen. Sie müssen auch praktisch *leben*. Leider lassen nicht alle katholischen Elternvereinigungen das notwendige Leben verspüren. Die Gegner aber wachen, sie sind gerüstet, sie arbeiten mit zäher Ausdauer in unermüdlicher Kleinarbeit und nicht ohne Erfolg. Daher müssen auch wir mit größtem Eifer an den äußeren und inneren Ausbau unserer katholischen Elternvereinigungen gehen.

Die Diözesanleitung der katholischen Elternvereinigungen legt dazu folgende Vorschläge vor:

1. In *jeder* Pfarrei ist eine katholische Elternvereinigung zu gründen. Jede Elternvereinigung stellt ein genaues, dem tatsächlichen Stande entsprechendes Mitgliederverzeichnis auf und sendet es umgehend an die Geschäftsstelle der katholischen Elternvereinigungen der Diözese (Herrn Volksvereinssekretär Dr. Dürr, Würzburg, Echterhaus) oder an den unterzeichneten 1. Vorsitzenden. Wir müssen wissen, wieviele tatsächlich hinter uns stehen. Nur durch Massen können wir den Gegnern imponieren!

2. Die Vorstandschaften der katholischen Elternvereinigungen und, wo solche bestehen, die Ortsausschüsse müssen jedes Jahr wenigstens drei- bis viermal zusammentreten, um über die schulpolitische Lage, über etwaige örtliche Schul- und Erziehungsfragen zu beraten und die öffentlichen Veranstaltungen der katholischen Elternvereinigungen vorzubereiten.

Daß der Ortsgeistliche als Beirat der katholischen Elternvereinigung an *jeder* Veranstaltung derselben teilnimmt, ist eine Selbstverständlichkeit. Ihm wird ab 1. Januar 1929 der »Elternweckruf« von der Landesleitung unentgeltlich zugestellt werden.

3. Jede Elternvereinigung muß jedes Jahr auch nach außen in die Öffentlichkeit treten. Die Gegner müssen sehen, daß wir auf der Hut sind. Als geeignete Tage kommen hiefür insbesondere in Frage: der Schulsonntag, Schuljahrsanfang und -schluß, das Jahresfest der Müttervereine usw. Die Veranstaltungen lassen sich sehr schön ausgestalten: entweder praktische Vorträge, insbesondere auch von Lehrkräften, die auf dem Boden der katholischen Bekenntnisschule stehen, über das weite Gebiet der Erziehung, oder Aufklärung über die schulpolitische Lage mit grundsätzlicher Forderung der Bekenntnisschule; Kindervorfürungen oder musikalisch-deklamatorische Vor-

1) Würzburger Diözesanblatt 1929, 46.

träge können den äußeren Rahmen zu den Veranstaltungen abgeben. Wenn nur etwas geschieht: die Mitglieder müssen fühlen und die Gegner sehen, daß die katholischen Elternvereinigungen nicht bloß auf dem Papier stehen!

4. Eine besonders zeitgemäße Aufgabe der katholischen Elternvereinigungen ist es, mit dem katholischen Schulideal in den Herzen der Katholiken die katholische Weltanschauung überhaupt zu fördern und zu stärken und so den Gedanken des Laienapostolats zu verwirklichen.

5. Dringend notwendig ist es, mit der Diözesan- und Landesleitung in steter Fühlung zu bleiben und über jede Gründung und Veranstaltung einer katholischen Schulorganisation an die Diözesanleitung zu berichten. Wie soll der Diözesanvorsitzende an die Landesleitung den Jahresbericht erstatten können, wenn ihm von draußen keinerlei Mitteilungen über die Arbeit in den katholischen Elternvereinigungen zugehen?

6. Am Dienstag, den 5. März, vormittags $\frac{1}{2}$ 10 Uhr, wird im großen Saale des Kath. Gesellenhauses in Würzburg eine Konferenz sämtlicher Elternvereinigungen der Diözese abgehalten, zu der der Hochwürdigste Herr Bischof bereits sein Erscheinen zugesagt hat und auf der der Landessekretär der Kathol. Schulorganisation in Bayern, Hochwürden Herr Direktor Zinkl (früher mehrere Jahre aktiver Lehrer in München und Mitarbeiter beim konfessionellen Lesebuch in Bayern!) das Hauptreferat erstatten wird. Sonder- einladungen ergehen nur an die Herren Dekane, die Vorsitzenden und geistlichen Beiräte der Elternvereinigungen. Wir erwarten, daß alle Herren, die nur irgendwie abkommen können, an dieser so wichtigen Beratung teilnehmen werden.

7. Die schwersten und entscheidenden Kämpfe um die christliche Erziehung unserer Kinder stehen uns noch bevor. Die Gegner haben seit langer Sicht und mit großen Anstrengungen die Vorbereitungen getroffen. Wir, die wir um unsere heiligsten Güter, um die Seelen unserer Kinder und damit um die Zukunft unserer Kirche und unseres Vaterlandes kämpfen, dürfen dabei nicht zurückstehen. Darum nochmals die herzliche Bitte an den hochwürdigen Klerus, die Arbeit in den Elternvereinigungen ungesäumt aufzunehmen und diese auszubauen zu Sturmtrupps für unser katholisches Schulideal. Niemand könnte uns die schwere Verantwortung abnehmen, wenn durch unsere Schuld der Schulkampf verloren ginge!

Würzburg, den 23. Februar 1923.

Im Namen des Diözesanausschusses der kath. Elternvereinigungen:

Regierungsrat Münsterer,
I. Vorsitzender

Dompropst Dr. Strahler,
Ordinariatsvertreter

In der Kirchenrechtlichen Chronik vom 1. Oktober 1926 bis zum 30. Juni 1927 wurden die Proteste erwähnt, welche die deutschen Bischöfe gegen die Errichtung einer *simultanen Lehrerakademie in Frankfurt a. M.* erhoben haben. Neuerdings hat das Bischöfliche Ordinariat von Fulda¹⁾ wieder auf diesen Punkt

1) Kirchliches Amtsblatt für die Diözese Fulda 1928, 67.

hingewiesen und die Religionslehrer um rechtzeitige Aufklärung der Lehramtskandidaten gebeten.

Bekanntlich hat der Hochwürdigste Episkopat aus schwerwiegenden Gründen die Katholiken vor dem Besuch der paritätischen Lehrerakademie in Frankfurt a. M. warnen müssen. Er hat erklärt, daß er dort ausgebildeten katholischen Studenten und Studentinnen die *Missio canonica* zur Erteilung des Religionsunterrichtes nicht geben werde. Um zu verhüten, daß Katholiken gleichwohl aus Unkenntnis die Frankfurter Akademie beziehen, ist es notwendig, alle katholischen Abiturienten über den Charakter der Frankfurter Akademie und die Stellungnahme des Episkopates aufzuklären. Wir ersuchen die Herren Religionslehrer, diese Aufklärung rechtzeitig in geeigneter Weise zu geben.

Die Erzbischöfe und Bischöfe Österreichs erließen am 10. Februar 1929¹⁾ ein Hirtenschreiben über die *Gründung einer katholischen Universität in Salzburg*, das alle Gläubigen zur Unterstützung dieses wichtigen Unternehmens auffordert. »Geliebte Diözesanen! So erheben auch Wir wieder aufs neue Unsere Stimme, um Euch aufzurufen zur Mitarbeit an der Gründung einer katholischen Universität in Salzburg. Die Zeit ist günstig, günstiger als je, und wir brauchen eine katholische Hochschule *im Interesse unseres Glaubens, zur Ehre der deutschen Katholiken, im Interesse des ganzen deutschen katholischen Volkes.*« Die Blätter dieser Zeitschrift haben bereits wiederholt auf die Notwendigkeit einer katholischen Universität in Deutschland hingewiesen, die das einzige geeignete Mittel ist, um die katholischen Gelehrten aus ihrer Diasporastellung herauszuführen und der katholischen Wissenschaft den ihr gebührenden Einfluß im kulturellen Leben unseres Vaterlandes zu verschaffen. Ohne einen lebendigen Brenn- und Mittelpunkt der katholischen Lehre und Forschung ist dieses Ziel nicht zu erreichen. Das der theologischen Fakultät in Salzburg in den letzten Jahren angegliederte philosophische Institut hat am 10. Januar 1928 vom Hl. Stuhle das Recht zur Verleihung des *Doktorgrades in der Philosophie* erhalten. Am 25. November 1928 wurde das neue *Studienjahr* der Salzburger Hochschule *feierlich* unter Anwesenheit sämtlicher Bischöfe Österreichs und des Münchener Kardinalerzbischofs Faulhaber *eröffnet*. Auch nahm der österreichische Bundeskanzler Seipel daran teil²⁾.

Aus Anlaß der Ernennung eines neuen Rektors an der *katholischen Universität in Washington* hat der Papst am

1) Linzener Diözesanblatt 1929, 17.

2) Siehe den Bericht in der Schweizerischen Kirchen-Zeitung 1928, 428.

10. Oktober 1928 einen Brief¹⁾ an den nordamerikanischen Episkopat gerichtet, in dem er die Gläubigen zur tatkräftigen Unterstützung dieser Anstalt auffordert. Nach italienischem Muster soll in Zukunft in allen Diözesen der Vereinigten Staaten an einem und demselben Datum ein sog. *Universitätstag* abgehalten werden, an dem eine Kirchenkollekte für die Universität stattfindet. Daneben sei in den einzelnen Diözesen oder Pfarreien die Gründung eines *Vereins von Freunden der Universität* zu empfehlen. Der päpstliche Verfasser macht die Bischöfe auch darauf aufmerksam, daß sie die katholische Jugend nicht von dem Besuche der nichtkatholischen Universitäten fernhalten könnten, wenn ihre Universität nicht an Zahl der Fakultäten und Tüchtigkeit der Professoren mit den genannten wetteifern könne.

Die *katholische Universität in Löwen* wurde vom Papste dadurch ausgezeichnet, daß ihr *Rektor* Paulinus Ladeuze am 21. Oktober 1928 zum *Titularbischof* von Tiberias ernannt wurde²⁾.

Die Hl. Poenitentiarie hatte bereits in der Entscheidung vom 8. März 1927 — siehe dieses Archiv 107, 682 — sehr scharf gegen die Priester Stellung genommen, die einem aktuellen Anhänger der *Action Française* die sakramentale Lossprechung erteilen. Nunmehr hat sich die oberste Behörde des Bußwesens veranlaßt gesehen, durch das Dekret vom 16. November 1928³⁾ zu bestimmen, daß die Sünden solcher Beichtväter dem Apostolischen Stuhle reserviert sind. Auch wenn diese Reservation nach den Vorschriften des kanonischen Rechts in gewissen Fällen aufhört, sind die betreffenden Poenitenten unter der Strafe der dem hl. Stuhle speziell vorbehaltenen Exkommunikation verpflichtet, innerhalb eines Monats nach dem Empfange der sakramentalen Lossprechung oder der Wiederherstellung der Gesundheit an die Hl. Poenitentiarie zu rekurrieren und deren Befehlen Folge zu leisten. Alle Bischöfe und Ordensoberen sollen dieses Dekret ihren untergebenen Priestern bekannt geben.

Bekanntlich hat sich in den letzten Dezennien die Sitte sehr stark vermehrt, hervorragenden Kirchen den Titel einer Basilica Minor zu verleihen. Im letzten Bande der *Acta Apostolicae Sedis* XX, 193 veröffentlicht die Konsistorialkongregation ein Dekret, durch welches der Kirche des hl. Bartholomaeus in

1) *Acta Apost. Sedis* XX, 380. — 2) *Acta Apost. Sedis* XX, 388. —

3) *Acta Apost. Sedis* XX, 398.

Boiano (Unteritalien) der *Titel und die Würde einer Konkathedralkirche ad honorem* übertragen wird. Die genannte Kirche war früher eine wirkliche Kathedrale.

Der im Jahre 1893 von Leo XIII. errichtete *Verein der hl. Familie* hat seinen Zentralvorstand im päpstlichen Kardinalvikariate zu Rom. Neuerdings hat der Hl. Vater in der Audienz vom 17. März 1928 angeordnet, daß dieser Vorstand um einige Personen erweitert werde. Siehe Dekret des römischen Vikariats vom 3. April 1928, in *Acta Apostolicae Sedis* XX, 160.

Für das kirchliche Dispens-, Fakultäten- und Ablasswesen in Spanien ist die aus der Zeit der Sarrazenenkämpfe stammende sog. *Kreuzzugsbulle* (*Bulla cruciata*) von großer Bedeutung. Es verdient daher registriert zu werden, daß am 15. August 1928¹⁾ die genannte Bulle in einer neuen Fassung publiziert wurde, die mit Rücksicht auf den *Codex Juris Canonici* manche Änderungen enthält. Die Geltungsdauer der Bulle beträgt 12 Jahre.

In dem *Seligsprechungsprozesse* der Äbtissin *Irmengard von Chiemsee* wurde das Urteil des Kardinal-Erzbischofs von München *super cultu seu casu excepto* am 18. Dezember 1928²⁾ von der Ritenkongregation bestätigt. Die selige Irmengard war eine Tochter König Ludwigs des Deutschen. Der Erzbischof von Köln hat die Seligsprechung des bekannten Gesellenvaters *Adolf Kolping*, geb. am 8. Dezember 1813 zu Kerpen, gest. am 4. Dezember 1865 zu Köln, eingeleitet.

Das zur Beuroner Kongregation gehörige Benediktinerkloster *Neuburg* bei Heidelberg wurde durch päpstliches Breve vom 11. Juli 1928³⁾ zur Abtei erhoben. Die Wiege des Benediktinerordens, die *Abtei Montecassino*, feierte in diesem Jahre die 14 hundertjährige Dauer ihres Bestehens. Pius XI. hat dieses Fest durch einen Brief an den Erzabt des Klosters ausgezeichnet⁴⁾ und als seinen Legaten für die Teilnahme an den Feierlichkeiten den Kardinalstaatssekretär Gasparri ernannt⁵⁾.

Die päpstliche Bestätigung erhielten die Konstitutionen der *Oblaten der Unbefleckten Jungfrau Maria* (am 21. Mai 1928) und die Konstitutionen der *regulierten Chorfrauen des hl. Augustinus von der Kongregation Notre Dame* (am 25. Nov. 1926). Siehe *Acta Apostolicae Sedis* XX, 341 und 377.

1) *Acta Apost. Sedis* XXI, 12. — 2) Siehe *Acta Ap. Sedis* XXI, 24. — 3) *Acta Apost. Sedis* XXI, 100. — 4) *Acta Apost. Sedis* XXI, 188. — 5) *Acta Apost. Sedis* XXI, 192.

Vom 27. bis 29. Dezember 1928 fand in der Diözese *Culm* eine *Diözesansynode* statt, die in Pelplin abgehalten wurde.

Der Universitätsprofessor Dr. *Johannes Hessen* in Köln hat sich der in der vorigen Chronik — Bd. 108, 707 — erwähnten bischöflichen Verurteilung unterworfen und versprochen, die beiden dort namentlich aufgeführten Schriften aus dem Buchhandel zurückzuziehen und bei einer Neuauflage die erforderlichen Änderungen vorzunehmen¹⁾.

Personalnachrichten.

Am 10. Januar 1929 verschied der Weihbischof und Generalvikar der Erzdiözese Wien Titularerzbischof Dr. *Josef Pfluger*. Einige Tage später, am 15. Januar 1929, starb der Weihbischof der Diözese Breslau, Propst an St. Hedwig zu Berlin und Fürstbischöflicher Delegat für Brandenburg und Pommern Dr. *Josef Deitmer*.

Zum Bischof von Hildesheim ernannte der Hl. Vater am 15. Januar 1929 den Regens des Bischöflichen Priesterseminars und Domkapitular zu Trier Dr. *Nikolaus Bares*. Das früher bestehende Wahlrecht des Domkapitels von Hildesheim kam hierbei nicht in Anwendung. Als Weihbischof von Wien wurde der Domkapitular Dr. *Franz Kamprath* berufen (15. Februar), der gleichzeitig auch das Amt eines Generalvikars übernahm. Der bisherige Kapitelsvikar *Josef Mutschlechner* in Brixen wurde im Spätjahr 1928 zum Apostolischen Administrator dieser Diözese ernannt.

Am 30. November 1928 verschied zu Erlangen Professor Dr. *Emil Seling*, der vierzig Jahre an dieser Universität dozierte und sich um das Kirchenrecht, namentlich das evangelische, große literarische Verdienste erworben hat. Siehe den Nachruf von Rudolf Oeschey in der Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Kanonistische Abteilung XVIII, VII.

Dr. theol. et iur. *Franz Gescher*, Privatdozent für Kirchenrecht in Köln, wurde zum a. o. Professor in der juristischen Fakultät befördert. Der ordentliche Professor für deutsches und Kirchenrecht an der Universität Greifswald Dr. *Walther Schönfeld* wurde in gleicher Eigenschaft nach Tübingen versetzt.

1) Kirchliches Amtsblatt für die Diözese Münster 1928, 80.

Literatur.

Rezensionen und Referate.

1. *Georges Lacombe, La vie et les oeuvres de Prévostin* [Bibliothèque Thomiste (Directeur: Pierre Mandonnet O. P.) XI] 8°. (X u. 221.) Le Saulchoir, Kain (Belgique) Revue des sciences philosophiques et théologiques, 1927. Fr. 25.—.

Bereits i. J. 1909 teilte P. *Schmoll* (Die Bußlehre der Früh-scholastik S. 83 ¹⁾) mit, daß eine Ausgabe der Summa theologica des Präpositinus beabsichtigt sei, und zwei Jahre später erfuhren wir durch *Grabmann* (Die Geschichte der scholastischen Methode 2 S. 555 ²⁾) weiterhin, daß von Ferd. *Brommer*, vorteilhaft bekannt durch seine gediegene »Lehre vom sakramentalen Charakter in der Scholastik bis Thomas von Aquin inclusive« (1908), eine textkritische Ausgabe der S. th. des Präp. mit Einleitung vorbereitet sei ¹⁾. Leider wurde Br. u. a. durch seine Tätigkeit in der Mariannhiller Mission bis jetzt daran gehindert, die Frucht seiner langjährigen Forschungen der Öffentlichkeit vorzulegen.

Nunmehr kündigt *Georges Lacombe*, Priester der Erzdiözese San-Franzisko, eine von ihm in Verbindung mit Eduard *Bauer* und Martha *Dulong* in der Bibliothèque Thomiste zu bewerkstelligende Ausgabe des gesamten Präpositinischen Schrifttums an. Die Einleitung zu dieser Gesamtausgabe bildet das vorliegende, auf Anregung von P. Gabriel *Théry* O. P. geschriebene Werk, worin *Lacombe*, alle Früheren, auch *Grabmann*, weit überholend, auf Grund der Quellen und unter Verwertung reichlicher Literatur allen einschlägigen Fragen, vom Namen Präpositins angefangen, eine gründliche Untersuchung angedeihen läßt.

Im ersten, kürzeren, den *Lebenslauf* Präpositins behandelnden Teil werden wir zunächst unterrichtet über die Anfänge Pr.s,

1) Vgl. auch *De Ghellinck*, Le mouvement théologique du XII^e siècle, Paris 1914, p. 379.

über seine Studien, seine erste Lehrtätigkeit in Paris und über seine Wirksamkeit in der Lombardei zur Bekehrung der Sekte der Passagier, hernach über seine Tätigkeit als Domscholaster in Mainz (1194—1203) und über die Krisis der dortigen Kirche infolge der zwiespältigen Wahl nach dem Tod des Erzbischofs Konrad († 1200), wobei Pr. sich auf die Seite Lupolds von Worms stellte und infolgedessen der Strafandrohung Innocenz' III. anheimfiel, endlich über seine Wirksamkeit als Kanzler der Universität Paris (1206—1210).

Neu ist in diesem Teil besonders die These von Pr.s Mainzer Scholastikat. Der Tod Pr.s trat ein i. J. 1210 oder bald danach. Wenn eine 1231/32 gehaltene Predigt dem »Magister Prepositus« zugeschrieben wird, so ist hiermit nicht unser Präpositinus, sondern, was bereits *Mandonnet* dargetan hat, der Propst des Kapitels von Notre-Dame gemeint (S. 45 f.).

Im zweiten, bedeutsameren Teil (S. 47—200) erhalten wir verlässigen Aufschluß über die *gesamte schriftstellerische Tätigkeit* des Präpositinus. Seine Werke sind, chronologisch geordnet, folgende:

1. Questiones Prepositini Cancellarii Parisiensis;
2. Summa de Penitentia iniungenda;
3. Summa de Officiis;
4. Summa super Psalterium et Collecta ex distinctionibus Prepositini;
5. Summa contra Hereticos;
6. Summa Theologica;
7. Sermones.

Die einzelnen Schriften werden hauptsächlich unter den Gesichtspunkten ihrer handschriftlichen Überlieferung, ihres Inhalts, ihrer Echtheit und ihrer Abfassungszeit, eventuell auch ihres Abfassungsortes, nur nach der literaturgeschichtlichen Seite, von einer einzigen Ausnahme abgesehen, gewürdigt.

Was die Besonderheiten bei der Erörterung über die einzelnen Schriften angeht, so ist zu erwähnen, daß Verf. ein Verzeichnis der sämtlichen 158 Quaestiones, von denen eine größere Zahl abermals 2 oder mehr Unterfragen enthält, im ursprünglichen Wortlaut mitteilt und weiterhin die Beschaffenheit dieser Quaestionsammlung einer sorgfältigen Prüfung unterstellt. Drei dieser Quaestionen — 126 mit 128 —, von Pr. selbst als Tractatus de

peccato originali bezeichnet, finden gleichfalls eine eigene Besprechung.

Nach den Darlegungen über die *Summa de Penitentia iniungenda* folgt ein kleiner Exkurs über Pr. als Dichter (S. 71 f.).

Bei Würdigung des *Tractatus de Officiis* weist der Verfasser als erster die weitestgehende, ja wörtliche Abhängigkeit des berühmten *Rationale divinarum officiorum* des *Wilhelm Durandus* von Pr. nach und bezeichnet selbst diese Feststellung als den wichtigsten Beitrag seiner Arbeit zu unserer literaturgeschichtlichen Kenntnis des 13. Jahrhunderts. Dem Verzeichnis aller in den 4 Büchern des Traktats behandelten Gegenstände fügt Verf. in einer eigenen Kolumne eine sehr wertvolle Liste der betreffenden Durandschen Entlehnungen mit Angabe von Buch, Kapitel und Nummer des *Rationale* bei, während in einer weiteren Kolumne die Quellen des Pr. (namentlich Amalarius, Ivo von Chartres, Honorius von Autun, Johannes Beleth) nachgewiesen werden (S. 84—103).

In dem Kapitel über die *Summa super Psalterium* teilt Verf. zur Veranschaulichung von Pr.s Methode den vollständigen Kommentar zum 4. Psalm mit (S. 106—111), erörtert eingehend die Stellung unserer *Summa* in der exegetischen Literatur des 12. Jahrhunderts, beschäftigt sich weiterhin mit dem allgemeinen Gepräge der *Distinctiones* in *Psalterium* des Petrus von Poitiers, der *Expositio* in *Psalterium* des Petrus Kantor und unseres Kommentars, wobei die *Collecta ex distinctionibus Prepositini* — mit 113 Stichwörtern —, sowie die in Cod. lat. 454 der Pariser Nationalbibliothek f. 1—72 enthaltenen, aus dem Kommentar des Petrus von Poitiers ausgezogenen *Distinctiones* und die *Summa* Abel des Petrus Kantor zur Besprechung herangezogen werden¹⁾. Bei der sich anschließenden Erörterung über die Beziehungen zwischen der *Summa super Psalterium* und den *Collecta* kommt Verf. zu dem Schluß, daß wir in den *Collecta* einen Auszug aus den bis jetzt nicht gefundenen *Distinctiones* Pr.s, nicht einen kurzen Inbegriff der *Summa super Psalterium* vor uns haben. Den Schluß des Kapitels bildet die Untersuchung der Beziehungen zwischen Petrus Kantor und Pr. und zwischen diesem und Petrus von Poitiers.

1) Zur unmittelbaren Anschauung kommen die Beziehungen der genannten Schriftwerke auf der Tabelle S. 122—124.

Die Summa contra Hereticos wird charakterisiert als ein zur Vorbereitung auf die missionarische Tätigkeit bestimmtes Werk, aus der Feder eines sachkundigen, objektiv urteilenden Mannes. Besonders dankenswert ist hier die erstmalige eingehende Darstellung der Lehre der Passagier, die eine merkwürdige Ähnlichkeit mit der Lehre der Reformatoren des 16. Jahrhunderts hat (S. 143—152)¹⁾.

In dem Kapitel über die in 4 Bücher eingeteilte Summa Theologica, welche die Theologie bis zum Ende des 15. Jahrhunderts beeinflusste, werden wir besonders unterrichtet über die Beziehungen dieser Summa zu den Sentenzen des Petrus Lombardus und über die sonstigen Quellen des Werkes. Außerdem erhalten wir ein Verzeichnis aller in der Summa behandelten Fragen, nach Cod. lat. 14526 der Pariser Nationalbibliothek (S. 168—178).

Im letzten (7.) Kapitel gibt Verf. u. a. ein alphabetisches Verzeichnis der Anfänge aller echten Präpositinischen Sermones, 78 an der Zahl, sowie eine kleine Abhandlung über die dem Pr. mit Unrecht zugeschriebenen Predigten.

Bei der Zusammenfassung des Ganzen entwirft Verf. auf dem Hintergrund der persönlichen, örtlichen und zeitlichen Verhältnisse ein großzügiges Gemälde des Lebens und Wirkens seines Helden, dabei der sicheren Erwartung Ausdruck verleihend, daß bei einer neuen Auflage der ersten Bände der *Histoire littéraire de la France* Präpositinus darin einen weniger bescheidenen Platz erhalten werde als bisher, wo ihm von Daunou nur 6 — richtig: nur etwas über 3 (XVI, 583—586) — Seiten gewidmet wurden.

Die Zahl der zitierten, an 51 verschiedenen Orten befindlichen Hss beträgt 260. Davon hat Verf. die 100 Pariser sämtlich im Original, von den sonstigen Hss 14, sei es im Original, sei es in photographischen Aufnahmen untersucht.

Das ausführliche Verzeichnis der Eigennamen (Orte, Personen, Schriften usw.) füllt mehr als 4 zweiseitige Seiten.

Wenn ich mich zur Besprechung der *Mängel* der Arbeit wende, so ist zunächst zu bemerken, daß Verf. S. 26 schreibt, der Erzbischof von Mainz sei Ende des Jahres 1196 zum Kreuzzug aufgebrochen, doch habe sich schon vor seinem Weggang die Diözese in einem beklagenswerten Zustand befunden. Verf. fährt fort: „Pendant tout ce temps“, dit Sigebert de Gem-

1) Vgl. auch des Verfassers Artikel: Les doctrines des Passagiens d'après Prévostin, in der *Revue des sciences philosophiques et théologiques* 1927 p. 308—317.

bloux ¹⁾, »le clergé ne mettait aucun frein à ses désirs déréglés, et les laïques ne cessaient de respirer la malice«. Zum Beleg hierfür steht in der Anmerkung: „M G. SS. XXV, 246: »In his temporibus [1196] nec clerus a suis se lasciviis temperavit, nec laici a sua malicia respirarunt«. Sigebert von Gemblours starb bekanntlich bereits i. J. 1112 und seine Chronik steht in den MG. SS. VI, 300—374. Der fragliche Text findet sich in „*Christiani archiepiscopi Liber de calamitate ecclesiae Moguntinae*“; es heißt daselbst aber nicht „In his temporibus“, sondern „In his omnibus“ = Bei all dem. — S. 31 wird Burchardi et Cuonradi Urspergensium Chronicon (s. S. 27¹⁾) als »Chronicon de Wurtzbourg« bezeichnet. — S. 63 u. S. 134 verwechselt Verf. Wilhelm von Auxerre mit Wilhelm von Auvergne. — Wenn es S. 122 heißt, *Lechner* habe, *Grabmann* korrigierend, in seinem Werk: Die Sakramentenlehre des Richard von Mediavilla, München 1925, S. 92 Anm. bereits angegeben, daß Clm. 4784 f. 167—175 die Collecta ex distinctionibus Prepositini enthalte, so möchte ich bemerken, daß ich schon i. J. 1916 in der Abhandlung: Die Notwendigkeit der Intention auf Seiten des Spenders und des Empfängers der Sakramente nach der Anschauung der Früh-scholastik, Mainz, S. 57¹ auf Grabmanns Irrtum hingewiesen und zugleich eine Charakteristik der Collecta mit Beifügung zweier Beispiele („Oratio dominica“ und „Virga“) gegeben habe. — Die Behauptung S. 153, von der Summa theologica Pr.s seien nur einige Seiten des 4. Buches, betr. das Bußsakrament, gedruckt, u. zw. als Supplement von Jakob *Petits* Ausgabe des Penitientiale Theodori (Paris 1679), ist nicht richtig. Vgl. dagegen Jo. *Morinus*, Comm. hist. de disciplina in administrando sacramento poenitentiae, Bruxell. 1685, p. 46, 565, 594, 769. Auch die auf die Gegenwart sich beziehende Bemerkung ebenda Anm. 4: „... Quelques questions ont été imprimées dans des études de théologie positive“ lassen den wirklichen Sachverhalt nicht genügend erkennen. Ich selber habe — von anderen abgesehen — besonders im *Katholik* seit dem Jahr 1909 an zahlreichen Stellen sowie im *Archiv f. katholisches K. R.* 1922 u. 1924 einschlägige Präpositinustexte veröffentlicht. Die Stellen im einzelnen namhaft zu machen würde zu weit führen. Ich verweise nur auf die oben erwähnte Abhandlung über die Notwendigkeit der Intention (S. 52—57), einen erweiterten Sonderabdruck aus dem *Katholik* 1916. Außerdem

1) Auch in dem Verzeichnis der Eigennamen steht: »Sigebert de Gembloux, 26« (S. 216 Sp. 2).

kommt namentlich in Betracht meine Abhandlung: Zur Sakramentenlehre des Wilhelm von Auxerre, Würzburg 1916, S. 7, 10, 13, 16, 18, 23, 24, 25, 28, 32 f., 35, 37¹, 39. In der Abhandlung über die Notwendigkeit usw. habe ich auch bereits (S. 52⁵) die für die Datierung der Summa theol. so wichtige Stelle, in welcher der Kardinal Roger erwähnt wird, mitgeteilt (s. *Lacombe* S. 180)¹). — Die S. 166² stehende Pr.stelle lautet tatsächlich: » . . In qua sententia visus est summus magister (scil. Petr. Lomb.) fuisse. In prima namque Sententiarum edicione dixit: Similitudo est indifferens essentia, et in secunda quasi corrigens dixit: Similitudo est indifferencia« (Clm. 6985 f. 3 c. 1).

Das Verzeichnis der einzelnen Quästionen der Summa theol. ist tatsächlich nicht ganz vollständig. Es fehlt z.B. S. 168 Z. 18 v.o. nach »Queritur de hac (propositione): Deus generat et ipse non est filius« »Item queritur de ista proposicione, cuius quantitatis sit: deus spirat, et de ista similiter: deus generat vel generatur«; S. 171 Z. 10 v. o. nach »Quid sit ierarchia et unde dicatur« »et qualiter dividatur et quomodo illa species, de qua intendimus, dividatur«; S. 172 Z. 7 v. u. nach »An peccatum sit pena precedentis peccati« »et utrum simpliciter concedendum, quod peccatum sit pena et utrum inquantum est pena, sit accio«; S. 173 Z. 11 v. u. nach »Utrum omnes virtututes in aliquo sint pares« »An virtutes pares sint radicatione«; S. 174 Z. 7 v. o. nach »De paralitico, utrum dimissa fuerint ei peccata sine fide propria« »Utrum dormienti possit fides dari«; ebenda Z. 11 v. o. nach »Utrum fides sit illis, qui sunt in purgatorio« »Utrum concedendum, quod fides tantum unius articuli sit fides«; ebenda Z. 22 v. o. nach »Cum fides sit fundamentum omnium virtutum« »cur caritas dicatur mater omnium virtutum«; ebenda Z. 23 »An dilectio dei et dilectio proximi sint duo virtutes« »Utrum caritas semel habita amittatur«; S. 175 Z. 16 v. o. nach »De ea, que transit ad virum et, antequam cognoscatur, votum facit virginitatis vel transit

1) Die Inzwischen erfolgten Veröffentlichungen, z.B. von *Landgraf*: Kindertaufe und Glaube in der Frühscholastik, »*Gregorianum*« 1928, S. 366, ferner: Die Erkenntnis der heiligmachenden Gnade in der Frühscholastik, *Scholastik* 1928 S. 51⁴, 52¹, und: Studien zur Erkenntnis des Übernatürlichen in der Frühscholastik, *Scholastik* 1929 S. 211¹, 214, 219³, dann von *Lottin*: Les dons du Saint — Esprit chez les théologiens depuis P. Lombard jusqu'à S. Thomas d'Aquin [Extrait des *Recherches de théologie ancienne et médiévale* I (1928)] p. 65 sq., von mir: Die »anni discretionis« im Kanon Omnis utriusque sexus (c. 21 conc. Lat. IV), Mainz 1929, S. 54—56, können natürlich nicht in Betracht kommen.

ad religionem, utrum fructus C^{us} ei debeatur« »De illa queritur, que habet voluntatem fornicandi, si postea agat penitenciam de voluntate, antequam ad opus perveniant, utrum iudicanda sit virgo«; S. 176 Z. 21 v. u. nach »De baptismo Christi« »In quo notandum . . s. meine Abh. über »Die Notwendigkeit« usw. S. 52⁵, 53¹ . . verum est baptisma. § Quod dicitur de *aqua*, quod sit **materia**, videtur contrarium . . Sequitur de **forma verborum** . . «¹⁾; ebenda Z. 5 v. u. nach »De adulto, qui sua culpa . . s. meine zitierte Abh. S. 53¹ Abs. 2 . . « »Solet queri, si in necessitate faciente aliquis habeat baptisari, utrum postea pretermissa debeant a sacerdote suppleri«; S. 177 Z. 5 v. o. nach »Utrum contritio natura precedat remissionem vel reconciliationem« »Queritur, cui dimittitur peccatum, an habenti (contritionem) an non habenti«; S. 178 Z. 3 v. o. nach »De illa auctoritate beati Gregorii . . « »Sequitur de intentione . . s. *Lacombe* p. 164¹ . . de ordine et de ecclesie unitate. Sequitur de ordine. Circa ordinem ista querenda sunt, scil. quid sit ordo, que res huius sacramenti, quibus possit conferri et qui possunt conferre«. — Aristoteles habe ich bis jetzt *fünfmal* in der Summ. th. zitiert gefunden (zu S. 182)²⁾.

Die Interpunktion läßt namentlich an Konsequenz viel zu wünschen übrig. Das Verständnis insbesondere der Belege wird infolge dieses Mangels vielfach beträchtlich erschwert. Bei Mitteilung der Belege und sonst fehlt oft die erforderliche Sorgfalt, wofern nicht Nachlässigkeit in der Drucküberwachung wenigstens teilweise die Ursache so vieler Fehler ist. Besonders bei fremdsprachlichen (deutschen, italienischen) Zitaten wimmelt es geradezu von solchen (s. z. B. S. 31¹, 181¹). Die ungewöhnlich zahlreichen Verstöße sollen wenigstens zum Teil hier berichtigt werden.

Lies: S. 8²: . . sed multis eorum lectionibus . . et de aliis quibusdam magistri Petri Lombardi doctrinam *falsitatis* arguebant, ne dicam erroris; S. 13¹: Böhmer-Will, Regesta . . XXX, 313, p. 97; ebenda Anm. 2: Ibid. XXX, 310; S. 16¹: . . ad 1300 . . Heinricus decanus . . Otto cantor, Eberhardus cellerarius, Cun-

1) Hier haben wir einen neuen Beleg dafür, daß nicht erst *Wilhelm v. Auxerre* die Ausdrücke »Materie« und »Form« zur Benennung des sakramentalen Zeichens verwandt hat. S. meine Abh.: Taufe »im Namen Jesu« oder »im Namen Christi«? Mainz 1913 S. 11¹.

2) Ich möchte hier eine dieser Stellen anführen. Pr. schreibt: »Non est necesse, quod sacramenta subiciantur predicamentis aristotelis« (Clm. 6985 f. 130' c. 1).

radus archipresbyter . . *Cunradus* . . ne posset *sibi* obici . . secum morantes habere deberet . . de quibus *ipse* nullam curam vellet habere . . tunc non *fuisset* questio . . ; S. 17¹: . . septimo vero *anno* . . ita *videlicet* ut omnes . . denarios, qui dantur . . censum *X* (= decem) librarum . . ecclesie Husen (s. S. 214 Sp. 2) et Rode iuxta montem sancti Thisbodi¹⁾ . . acquireret . . et successores *nostros* . . ; S. 20²: Böhmer, RAM. XXX, 117, 118 p. 66 sq. . . ; S. 22¹: . . *missique* sunt . . ad hoc perductum est . . publicarentur, Everhardus . . ; S. 23¹: . . et tandem — nicht: tamen — audis, que partes duxerant proponenda, sub certa forma de consensu partium . . ut de omnibus — nicht: moribus — diligenter *inquirerent* . . Ipsi ergo iudices procedentes in causa . . ; S. 24²: Corpus iuris . . constitut. 3, 4 Decret. Greg. IX. . . ; ebenda Anm. 4: . . favor principis expectatur . . impulsu aliquo . . ; ebenda Anm. 5: Potthast, Reg. Pont. Rom. 352; PL., CCXIV, 307: » . . Ceterum *quoniam* Herbipolensis ecclesie . . sicut dignum — nicht: dictum — est . . «; S. 26¹: . . Böhmer, Regesta Archiep. Maguntinensium, XXXII . . ; ebenda Anm. 3: . . De partibus Iherosolimitanis . . terram reperit desolatam . . ubi rex non est vel potens non est, potest a *lalcis* pax haberi . . Conradi *archiepiscopi* . . Et *utique* hoc fecisset . . ²⁾; S. 27¹: . . *domnus* papa . . Super hac electione fecit non iudicium, sed iniuriam; ebenda Anm. 2: *Annales* Reinhardsbrunnenses in Thüringische Geschichtsquellen I, 90 apud Böhmer XXXII, 1 (p. 122) . . Wormatiensem episcopum . . ad eandem diocesin . . ; S. 28¹: . . in potentia virtutis ipsius . . et consanguineis tuis . . et adhereres illi, quem nos intendimus honorare; S. 29⁴: De fatrum consilio . . in spiritualibus *aut* in temporalibus . . ut Vormatiensem sibi ecclesiam retineret . . transire presumpsit . . Deinde *inquireret* de electione . . nec in spiritualibus, *vel* *temporalibus ministrasse* constaret . . et eorum depositionibus — nicht: dispositionibus — publicatis . . ; S. 30¹: . . que *fueraut* contra dictum Vormatiensem episcopum . . de Vormatiensi cassavit et electionem archiepiscopi memorati *curavit* auctoritate apostolica confirmare ipsumque ordinavit *in presbiterum*

1) Es sind dies die heutigen Ortschaften Oberhausen und Duchroth. — Ich verdanke diese Kenntniss der Güte der Herren A. Fath, Pfarrers in Wolfstein (Pf.), K. Geib in Kreuznach und Th. Zink, Konservators in Kaiserslautern. — Das in der gleichen Urkunde erwähnte Olmene ist das heutige Olm.

2) Verf. gibt hier an, er zitiere nach den MG. Tatsächlich ist dies aber hier wie auch sonst öfter (vgl. z. B. S. 28²) nicht der Fall.

et tandem in archiepiscopum consecravit; ebenda Anm. 2: . . quod maguntini cives . . nunquam haberent in episcopum; S. 31³: . . reddiderunt se indignos *et abusi fuerunt* iure suo. Unde *cum* in Lateranensi concilio de his, qui quasdam personas inhibitas eligunt, *sit* statutum . . noverint se suspensos . . *ac* socios suos . . ; S. 32¹: Böhmer, RAM., XXXII, 1 . . Et quia Maguntinus . . potissime necessarij videbantur . . effecimus . . ecclesie Maguntine concessit; S. 33³: . . crimen ariolandi est *nolle* acquiescere et scelus idololatrie *nolle* obedire . . ; S. 36⁴: . . archiepiscopus Ebredunensis (vgl. S. 44³) . . ; S. 39³: . . Potthast, Reg. Pont. Rom. 3218 . . ut ipsorum numerositas refrenetur . . *cum deus* omnia fecerit in numero, pondere ac mensura . . firmiter inhibemus, ut Parisius magistrorum theologie numerus octonarium non transcendat . . ¹); S. 44¹: . . Prepositinum virum *venerabilem* (s. S. VIII: . . virum admirabilem) . . .

Lies weiterhin: S. 52 Z. 14 v. o.: . . ergo *in* eo fuit plenitudo scientie; ebenda Z. 11 v. u.: Baptismus est quoddam bonum . . ²); S. 55 Z. 17 v. o.: . . cum uxore sua . . ; S. 56 Z. 18 v. o.: Quantum tam apud sacre pagine auctores . . ; ebenda Z. 3 v. u.: . . non immerito movetur *questio* . . ; S. 57 Z. 6 v. o.: . . sacramentum est invisibilis gratie visibilis forma; S. 58 Z. 8 v. o.: . . lavando pedes dimisit eis peccata; S. 62¹: . . Hauréau, *Notices et extraits* 1, 181 . . Bibl. nat. ms. lat. 3203 . . ; S. 65³: . . Set vereor, ne simplicitas eorum fatuitatis nomine sit censenda . . ; S. 68²: Quid ergo erit . . rectores animarum? Utique sic fiet cum eis, sicut agitur . . ; S. 69 Z. 1 v. o.: Sciant domini sacerdotes, quod non ipsi peccatum *dimitunt*, set ostendunt esse *dmissum* . . ; ebenda Anm. 1: Nam licet sit solutus a prioribus, tenetur *tamen* ligatus debito eterne dampnationis . . et si contingat eum *prius* decedere, summus sacerdos supplet, quod per minorem *sacerdotem erit* facturus; S. 70 Anm. Z. 3 v. u., S. 214: . . J. Dietterle . . ; S. 71 Z. 7 v. u.: . . f. 50a du ms. 307 de Liège, *Bibl. de l'université* (nach Ghellinck in

1) S. 39 Z. 7 v. u. lies: En 1208 (14. Nov.).

2) S. 50 Z. 12 v. o. steht: »Tremebunt angeli in adventu iudicis.« Solutio: Non tremebunt, sed . . Sollte die Hs wirklich »tremebunt« haben? — S. 53 Z. 9 v. o. ist in dem Satz: »Postea queritur de duobus pueris, quorum alter factus est, alter non, uterque sine baptismo decedit« nach »factus est« offenbar ein Wort ausgelassen.

der *Revue d'histoire ecclésiastique* 1913, p. 714 sq.) . .¹⁾; ebenda Z. 6 v. u.: . . prebens *tibi gratia donat*; S. 76 Z. 8 v. u.: . . in *cartis pecudinis* . . sine copertura et clausoriis . .; S. 83¹⁾: . . deberet iniungi . .; S. 94 Z. 9 v. u.: Quare fiant due unctiones, in scapulis et in pectore; S. 103 Z. 13 v. o.: Quare feria IIII^a: »Te decet« et »Exultavit«; ebenda Z. 19 v. o.: Quare in sabato: »Bonum est confiteri« . .; S. 110 Z. 16 v. u.: . . quanto suavior est cibus, tanto avidius sumitur . .; S. 116²⁾: . . illa, que dicitur Maior Glossatura; ebenda Anm. 4: . . cum placuisset vestre paternitati . .; S. 125 Z. 2 v. o.: . . His temporibus Petrus cantor Parisiensis et Alanus et Prepositinus magistri claruerunt (s. S. 5, 12³⁾); S. 135 Z. 19 v. u.: . . contra eos proponamus; S. 139 Z. 9 v. u.: Primo de fide, contra quam proponit hereticus . . alteram malam scilicet corporalium a *diabolo* creatam . .; S. 141 Z. 9 v. u.: . . manifeste probatur; ebenda Z. 11 v. u.: nituntur (s. S. 147)³⁾; S. 144⁴⁾: M G. LL. II . .; S. 146 Z. 4 v. o.: Quod lex mosaica sit ad litteram observanda . . Novi Testamenti et prophetarum *testimonio* nituntur (s. S. 144¹⁾); S. 147 Z. 14 v. u.: . . Sequitur de institutionibus ecclesiasticis (s. S. 141) . .; ebenda Z. 4 v. u.: . . Opponunt primo de *ea* constitutione . . crismando et *cetera huiusmodi*, que omnia . . nulla egent expiatione (s. S. 141); S. 161 Z. 3 v. o.: . . 135 ff. . .; ebenda Anm. 1 u. S. 215: Irmischer . .; S. 169 Z. 2 v. o.: . . Utrum deus omnia *vera* velit esse vera; ebenda Z. 14 v. o.: . . Quare dicantur ydola gentium *dii*, si non credunt ea esse deos; S. 170 Z. 9 v. o.: . . Cum spiritus sanctus apparuit in columba . .; ebenda Mitte: . . Opinio dicentium, quod deus ab eterno fuit ubique et quod *replevit illud inane, in quo postea mundum constituit, ut non deus mundum inveniret, set potius mundus deum*; S. 173 Z. 1 v. o.: . . De heretico, qui verum dicit sciens hac intentione, ut declinet ad falsum, *utrum ipse mentiatur*; ebenda Z. 16 v. u.: . . Si impenitentia est aliquod *peccatum* per se, quando committatur; ebenda Z. 4 v. u.: Quid sit *fidei* articulus; S. 174 Z. 9 v. o.: . . posito quod *Christus* sit ante eum; ebenda: An dicendum sit: *Iste scit unum deum esse trinum*; S. 178 Z. 11 v. o.: . . *individuum vite*;

1) Demnach ist auch S. 72 Z. 1 v. o. und S. 207 Z. 6 v. u. die entsprechende Korrektur vorzunehmen. — S. 71¹ stimmt keines der beiden Zitate. — Zu den ersten Versen S. 71 s. S. 192.

2) S. 142 Z. 18 v. o. ist das vom Verf. beigelegte »nec« wohl nicht am Platz. — Das Zitat S. 144¹ steht bereits S. 134¹. — Die Potthastnummer ebenda Anm. 3 ist nicht einschlägig. In Betracht kommt *Jaffé*² n. 15109.

ebenda Z. 14 v. o.: . . Quis consensus faciat matrimonium, an consensus *cohabitandi vel* in copulam carnalem; ebenda Z. 22 v. o.: . . Utrum matrimonium infidelium, in quo nullum istorum bonorum est, excuset *coitum* a mortali peccato (s. *Archiv f. kath. K. R.* 1924 S. 249³⁾); ebenda Z. 24 v. o.: De eo, qui post simplex votum contraxit matrimonium, utrum teneatur precise, *antequam* uxorem cognoscat, transire ad claustrum; ebenda Z. 8 v. u.: . . De parvulis, qui decedunt baptizati, *cur* pro eis dicatur: Requiem eternam, cum constet ecclesie, quod habeant et utrum habeant (!) maius premium ille, pro quo oratur, quam ille, pro quo non oratur; ebenda Z. 3 v. u.: . . Utrum quilibet velit beate vivere; S. 185 Z. 15 v. o.: Beati pauperes spiritu, quoniam ipsorum (s. S. 189, 190) . . Consummatio abbreviata . . ; S. 186 Z. 6. v. u.: In die illa radix Iesse . .

Trotz diesen Schönheitsfehlern muß das Werk doch als eine sehr respektable Leistung erklärt werden, für die wir dem Verfasser Anerkennung und Dank schulden¹⁾. Möge nun die Ausgabe der sämtlichen Werke des Präpositinus bald folgen! Doch wäre zu wünschen, daß die Edition der Summa theologica H. Dr. Brommer überlassen würde. Br. wird bis Herbst aus Afrika zurückkehren und wird sich dann mit aller Energie der Vollendung seiner vieljährigen mühseligen Arbeit widmen können. Vgl. *Zeitschrift f. kath. Theologie* 1928 S. 79 [Kneller].

Würzburg,

Fr. Gillmann.

2. B. Ojetti, *Commentarium in Codicem Juris Canonici*. II. Liber secundus. De Personis (Canones praeliminares 87—107). (IV u. 222.) Romae, Universitas Gregoriana, 1929. L. 20.—.

Der Verfasser hat seinen in Band CVII, 756 ff. angezeigten Kommentar zum Codex Juris Canonici fortgesetzt. Der vorliegende II. Band enthält die Erklärung der einleitenden Canones zum Personenrecht, die für das gesamte Rechtssystem, insbesondere für die speziellen Sachnormen, von grundlegender Bedeutung sind. Mit derselben Akribie und Gelehrsamkeit wie der erste Band ist auch der zweite ausgearbeitet. Ein besonderes

1) Besprechungen erschienen inzwischen von Théry (*Revue des sciences philosophiques et théologiques* 1928 p. 286—288), Ghellinck (*Gregorianum* 1928 p. 480—482), Bliemetzrieder (*Theologische Revue* 1928 Sp. 433—441), Ottaviano (*Rivista di filosofia neoscolastica* 1928 p. 366—371) und in der *Civiltà cattolica* 1929 II p. 237—242.

Gewicht hat Ojetti auf die Darstellung der entsprechenden Vorschriften des römischen Rechts gelegt, was wegen des nahen Zusammenhangs beider Rechtssysteme durchaus gerechtfertigt ist. Ab und zu finden sich auch rein theologische Ausführungen an der Hand der Väterliteratur und der Scholastik, gegen deren maßvolle Anwendung gewiß nichts einzuwenden ist.

Auch stimme ich dem Grundsatz des Verfassers bei, möglichst dem Wortlaute des Gesetzes unter Berücksichtigung des Zusammenhangs Geltung zu verschaffen. Denn dieses Verfahren ist in dem positiven Charakter des kirchlichen Gesetzbuchs begründet und außerdem in can. 18 eigens vorgeschrieben. Ich trete deshalb Ojetti durchaus bei, wenn er in einem schönen Exkurse auf S. 186 ff. den Nachweis zu erbringen sucht, daß die in can. 105 erwähnte Einholung des Rates unbedingt für die *Gültigkeit* der in Frage stehenden Rechtshandlung in Betracht kommt. Denn der Ausdruck »satis est ad valide agendum« ist so klar und deutlich, daß er keiner Auslegung, sondern nur einer Anwendung bedarf. Dagegen kann ich mich nicht damit einverstanden erklären, daß er die Strafmündigkeit der Mädchen bezüglich der poenae latae sententiae auf das 12. Lebensjahr herabsetzen will. Allerdings ist in can. 2230 nur von den Impuberes die Rede, deren Alter gemäß can. 88 § 2 nach den Geschlechtern verschieden bestimmt ist. Man wird aber meines Erachtens in den strafrechtlichen Angelegenheiten für beide Geschlechter das Maximalalter von 14 Jahren zu Grunde legen müssen, da es unbillig wäre, die Mädchen gegenüber den Knaben zu benachteiligen. Can. 2218 § 1 schreibt vor, daß bei der Strafzumessung auch das Geschlecht zu berücksichtigen ist, was doch wohl zu Gunsten des »schwachen« Geschlechts auszulegen ist. Auch wird in can. 766 no. 1 das Alter für die erlaubte Übernahme der Taufpatenschaft für beide Geschlechter auf das 14. Lebensjahr festgesetzt. Abgesehen von der früheren Doktrin der Kanonisten fehlt es also im Codex Juris Canonici selbst nicht an Anhaltspunkten, den Ausdruck »Impuberes« in einem etwas weiteren Sinne zu interpretieren. Dies ist um so eher berechtigt, als es sich um eine exorbitante Strafe handelt. Denn ius est ars aequi et boni.

Freiburg i. B.

N. Hilling.

3. A. De Meester, *Juris canonici et iuris canonico-civillis compendium*. Tomus III, pars II. (VIII u. 347.) Brügge, Desclée, Brouwer & Cie, 1928.

Mit dem vorliegenden Bande wird das Kompendium von De Meester zu Ende geführt. Vgl. die Besprechung der vorausgehenden drei Bände in diesem Archiv CVII, 758 f. Der Schlußband behandelt das 4. und 5. Buch des Codex Juris Canonici, d. i. das kirchliche Prozeß- und Strafrecht. Am Ende ist noch ein Anhang über die Irregularitäten und die übrigen Weihehindernisse hinzugefügt, weil in Band III, 1 das Sakramentenrecht ausgelassen wurde. Das alphabetische Sachregister erstreckt sich über das ganze Werk.

Die Darstellung des letzten Bandes ist, wie schon aus dem Inhalt zu erkennen ist, bedeutend kürzer als in den vorausgehenden Bänden. Sie beschränkt sich an vielen Stellen auf eine einfache Wiederholung oder Wiedergabe der Bestimmungen des Codex Juris Canonici. Man wird dem Verfasser wohl nicht Unrecht tun, wenn man annimmt, daß er mit den zuletzt behandelten Materien weniger intensiv vertraut geworden ist. Denn bei der immensen Fülle des Stoffes ist es für den Gelehrten nur äußerst schwer möglich, sich in alle Teile des Kirchenrechts ebenmäßig einzuarbeiten. Es ist daher zu begrüßen, daß namentlich an den Kanonistischen Fakultäten in Rom eigene Lehrstühle für das Prozeß- und das Strafrecht errichtet sind. Denn diese beiden Disziplinen sind so umfangreich und so sehr von dem Personen- und dem Sachenrecht verschieden, daß sie die volle Kraft eines tüchtigen Kanonisten in Anspruch nehmen.

De Meester hat auf Seite 119 die gesamte Lehre von dem strafrechtlichen Dolus mit 5 Zeilen durch die einfache Wiederholung des can. 2200 abgetan, was meines Erachtens der Bedeutung dieses Rechtsinstituts nicht entspricht. Auf die weittragenden Folgen, welche die Rechtsvermutung des Dolus bei begangener äußerer Tat in foro externo für das gesamte Strafrecht, insbesondere für den Eintritt der Zensuren und die Absolution von denselben, z. B. bei der Konversion von Häretikern, besitzt, hat der Verfasser nicht einmal hingewiesen. Die auf S. 114 dargebotene Definition des Delikts ist nicht korrekt, da sich dieselbe lediglich auf can. 2195 stützt und den can. 2222 § 1, der ebenfalls über die Straftaten handelt, außer acht läßt. Eine Einbeziehung des can. 2222 § 1 in can. 2195, wie sie De Meester nach dem Vorgange von Sosio D'Angelo befür-

wortet, ist meines Erachtens unmöglich. Die Definition des can. 2195 umfaßt demnach zwar nicht alle kirchenrechtlichen Delikte, trifft aber für alle strafrechtlichen Tatbestände zu, die im III. Teile des 5. Buches CIC.: *De poenis in singula delicta* aufgezählt werden. In diesem etwas eingeschränkten Sinne ist daher die Deliktsdefinition in can. 2195 meines Erachtens aufzufassen. In dem angezogenen Canon ist außerdem mit keiner Silbe angegeben, daß dieselbe eine generelle Bedeutung für alle Straftaten hat. Über die theologische Lehre von der Strafgewalt der Kirche und ihre Berechtigung, auch weltliche Strafen zu verhängen, hat sich De Meester auf S. 131 ff. ausführlich verbreitet.

Freiburg i. B.

N. Hilling.

4. A. van Hove, *Commentarium Lovaniense in Codicem Juris Canonici*. Vol. I. Tomus I: *Prolegomena*. (XII u. 373.) Mecheln, 373, H. Dessain, 1928.

Die belgische Schule des Kirchenrechts, auf deren blühenden Stand in den Blättern dieser Zeitschrift wiederholt hingewiesen wurde, unternimmt, nachdem zehn Jahre seit dem Inkrafttreten des neuen Kirchlichen Gesetzbuches verflossen sind, den Versuch, einen großen wissenschaftlichen Kommentar zum Codex Juris Canonici herauszugeben. Laut dem beiliegenden Prospekt soll das ganze Werk aus fünf Bänden (Volumina) bestehen, die ihrerseits wieder in mehrere Teile (Tomi) zerfallen. Die Bearbeitung einzelner Teile haben bereits übernommen die Seminarprofessoren Joseph Brys in Brügge Ferdinand Claeys Bouvaert in Gent und Armand Gougnard in Mecheln, die Professoren am Jesuitenkolleg in Löwen Joseph Creusen und Johannes Janssens, die Universitätsprofessoren in Löwen Richard Koerperich, Arthur Monin, und Alfons van Hove und der Professor an der Gregorianischen Universität in Rom Arthur Vermeersch. Sämtliche Autoren sind Doktoren oder Professoren der Löwener Universität.

Der Plan eines solchen Unternehmens bedarf keines Lobes; denn die hohen Ziele, die sich dasselbe in der historischen Bearbeitung, der Wort- und Sacherklärung, der inneren Begründung, der praktischen Anwendung und der kritischen Beurteilung des Kirchenrechts gestellt hat, rechtfertigen sich selbst. Außerdem bedeutet es einen großen Vorteil für die extensive und intensive Bearbeitung des Kirchlichen Gesetzbuchs, wenn die einzelnen Bücher unter spezielle Fachvertreter verteilt werden. Hat doch die Erfahrung der letzten zehn Jahre genügend bewiesen, daß die Kräfte einer einzigen Persönlichkeit für die wissenschaftliche

Bearbeitung des Gesamtstoffes, der so verschiedenartige Teile, wie z. B. das Personenrecht und das Prozeßrecht in sich vereinigt, nicht mehr ausreichen. Leider gibt es heutzutage Kompendien des Kirchenrechts, deren Autoren für einzelne Teile desselben, z. B. das Strafrecht, gerade in den grundlegenden Fragen die elementarsten Kenntnisse vermissen lassen. Möge daher dem »Löwener Kommentar zum Codex Juris Canonici«, der auf der belgischen Devise »Viribus unitis« aufgebaut ist, ein voller Erfolg zu Teil werden!

Durch den vorliegenden ersten Teil des ersten Bandes wird das neue Unternehmen gut eingeführt. Der bekannte Historiker des Kirchenrechts Alfons van Hove liefert in demselben eine vollständige Quellen- und Literaturkunde des Kirchenrechts. In dem ersten Teile, der die Quellenkunde behandelt, werden zunächst die beiden Grundbegriffe des Rechts im allgemeinen und des Kirchenrechts im besonderen erörtert. Sodann folgt eine ausführliche Darstellung über die Theorie und die Geschichte der kirchlichen Rechtsquellen. Besonders ausführlich ist der Traktat über die Konkordate, in dem der Verfasser geschickt die Vertragstheorie verteidigt. Vermißt habe ich eine Darstellung des kirchlichen Gewohnheitsrechts, die wahrscheinlich aus praktischen Gründen unter den Allgemeinen Normen des C.J.C. untergebracht werden wird. Die Literaturgeschichte hat ein kurzes einleitendes Kapitel über die ersten Anfänge der kirchlichen Rechtswissenschaft und reicht dann von Gratian, dem eigentlichen Vater der Kirchenrechtswissenschaft, bis auf die Gegenwart.

Beim Durchlesen des Buches habe ich mich davon überzeugt, daß der Verfasser durchgehends eine gründliche und vollständige Arbeit geliefert und die neuesten Quelleneditionen und Literaturwerke fleißig zu Rate gezogen hat. Daher kann sein Werk sowohl für das Studium wie zum Nachschlagen mit bestem Gewissen empfohlen werden. Es ist zur Zeit das beste Handbuch über die kanonistische Quellen- und Literaturkunde, das wir besitzen.

Irrtümlich bezeichnet der Verfasser S. 58 die Jurisdiktionsgewalt der Kardinäle in ihren Titelkirchen und Diakonien (can. 240 § 2), als Autonomie, während es sich um eine quasiepiscopale Gewalt handelt. Bezüglich der neuesten deutschen Literatur des Kirchenrechts haben sich einige Versehen eingeschlichen. S. 315 ist der Name Franciscus Vering in Fridericus V. zu korrigieren, S. 316 steht bei J. B. Sägmüller professor emeritus Friburgensis statt Tubingensis, ebenso wird S. 320 Joseph Löhr irrtümlich der Titel professor Friburgi Brigsaviae beigelegt.

Freiburg i. B.

N. Hilling.

5. *Wilhelm Fuchs, Juristische Bücherkunde.* Eine Einführung in die bibliographische Technik und in den bibliographischen Apparat der Rechts-, Staats- und ihrer Hilfswissenschaften. Dritte stark vermehrte und verbesserte Aufl. (VIII u. 244.) Linz a. D., Franz Winkler, 1928. M. 10.—.

Kaum erkennt man mehr in dem vorliegenden Buch den kleinen praktischen juristischen Literaturführer, den der Verfasser vor einigen Jahren erstmals herausgegeben hat. Man kann sich nur von Herzen freuen, daß dieser Führer solchen Anklang fand, aber auch daß Fuchs so unentwegt an der Ausgestaltung desselben weitergearbeitet hat. Gleichzeitig aber möchte ich vor einem allzu gründlichen weiteren Ausbau warnen, denn sonst könnte der praktische Führer zu einem umfangreichen Handbuch werden, vor dem dann die Benutzer und die Käufer allzu leicht zurückschrecken würden.

Wieviel mit einem solchen Buch auch dem Bibliothekar gedient ist, kann nur der ermessen, der es selbst täglich mit Erfolg zu Rate zieht, und so müssen auch wir Kollegen dem Verfasser ganz besonders dankbar sein. Vor allem aber sollten es die juristischen Benutzer sein, erste Semester sowohl, als auch Fortgeschrittene. Mit sicherem Blick führt Fuchs an die Bücher heran. Wer den ersten Teil gründlich durchgelesen und sich dann die dort genannten Bücher im Lesesaal einer Universitäts-Bibliothek angeschaut hat, dem wird das wissenschaftliche Arbeiten viel leichter fallen, und er wird nicht mehr wie so viele Andere wochenlang suchen bis er endlich auf vielen Umwegen den Schlüssel zum richtigen Arbeiten gefunden hat.

Wenn es sich ermöglichen ließe, zu Beginn jedes Semesters die neu hinzugekommenen Juristen durch einen Bibliothekar an Hand des vorliegenden Buches an die im Lesesaal und Beamtenzimmer aufgestellten Bücher heranzuführen, so würde zweifellos auch viel für den Wissenschaftsbetrieb in den Seminaren gewonnen sein.

Da die Zahl derer nicht klein ist, welche weite Gebiete der bibliographischen Hilfsmittel, die heute allein noch befähigen, die Flut der Bücher und Zeitschriftenaufsätze zu erfassen, nicht kennen, so möchte man auch diesen Kreisen, sowie vor allem denen, die fern von einer großen Bibliothek wohnen, diese juristische Bücherkunde aufs wärmste empfehlen. Ihnen wird vor allem der dritte Teil, welcher mit ungefähr 2000 Titeln in systematischer Ordnung eine Gesamtübersicht der heute noch

zu Rate zu ziehenden älteren Literatur, sowie der Lehrbücher, Monographien und Nachschlagewerke der neueren Literatur von Nutzen sein. Auch hier ist die Auswahl getroffen unter dem Gesichtspunkt, welche Bücher geben nicht sowohl materielle Kenntnisse, sondern welche führen durch Literaturangaben auch weiter in das entsprechende Gebiet hinein.

Was speziell die kirchenrechtliche Literatur angeht, so wird Fuchs hier dem Fachmann kaum viel neues bieten, man könnte sogar wünschen, daß noch einiges mit aufgenommen würde, so z. B. Mirbts Buch über die Quellen zur Geschichte des Papsttums und des Katholizismus, dann vielleicht ein Werk über das Ordensrecht und eines über das Missionsrecht. Meines Erachtens kann die Bücherkunde mit Erfolg vor allem dann aufgeschlagen werden, wenn es sich um Literatur der Grenzgebiete handelt, die der betreffende weniger gut beherrscht. Ich möchte wünschen, daß dieser ausgezeichnete Literaturführer zum wissenschaftlichen Handwerkszeug eines jeden Juristen gehört. Dort, wo das BGB. steht, sollte auch er seinen Platz haben.

Freiburg i. B.

J. Rest.

6. *Walther Schönfeld, Über den Begriff einer dialektischen Jurisprudenz.* [Greifswalder Universitätsreden 20.] (51.) Greifswald, L. Bamberg, 1929.

Es sind zum Teil sehr ideale und tiefsinnige Gedanken, die der Verfasser hier in schwungvoller Rede vorträgt. Der Begriff einer dialektischen Jurisprudenz ist nach ihm da gegeben, wo die Positivität und Normativität miteinander im Ganzen gesetzt sind. (S. 7.) Daher lehnt Schönfeld die Theorie des bloßen Rechtspositivismus ab. Denn »alle Rechtsgeltung, um deren Begründung sich der Positivismus vergeblich bemüht, geht von der Idee der Gerechtigkeit zu Lehen, indem sie sich im Gericht und seiner Setzung offenbart.« (S. 13.)

Der Redner bezeichnet die dialektische Jurisprudenz als Organtheorie, »weil sie Wirklichkeitslehre ist, indem sie um das organische Leben alles Wirklichen weiß, das niemals irgendwie künstlich zusammengesetzt ist oder so zusammengesetzt werden kann. Denn das Wirkliche, insofern es wahrhaft wirklich ist, ist das Organische, das lebt, indem es wirkt, und als Ganzes lebt, indem es sich gliedert. Auch das Mechanische ist nur ein Moment am Organischen.« (S. 35.) Dieses Zitat kann auch als

Probe des hell-dunkelen Stiles dienen, den der Verfasser an vielen Stellen anwendet.

Er sieht die dialektische Jurisprudenz am meisten im deutschen Recht verkörpert. »Das deutsche Recht ist nicht so klar und einfach wie das römische, was seine Schwäche, aber auch seine gewaltige Stärke und Überlegenheit ausmacht, da es in seiner Zweideutigkeit der Dialektik des Lebens in einer Weise gerecht wird, die das römische auch nicht bei weitem erreicht. Die »Unklarheit« des deutschen Rechts, die die am meisten tadeln, die es am wenigsten kennen, ist seine höchste Tugend, indem es dadurch der Gerechtigkeit besonders nahek kommt, die selbst auf beiden Seiten hinkt.« Hinter den letzten Teil des Satzes wird man wohl ein dickes Fragezeichen setzen dürfen. Zum mindesten aber ist der Sinn sehr dunkel.

Freiburg i. B.

N. Hilling.

7. Nikolaus Hilling, *Zum zehnjährigen Jubiläum des Codex Juris Canonici*. (25.) Mainz, Kirchheim & Co. 1928. M. 0.60.

Am 19. Mai 1918 jährte zum zehnten Male der Tag, an dem der Codex Juris Canonici in Kraft trat. Dieser Gedenktag gab mir als dem Herausgeber dieser Zeitschrift die Veranlassung, in dem 3. und 4. Quartalheft des letzten Jahrganges 1928 einen Rückblick auf die Schicksale zu werfen, die das Gesetzbuch in seinem ersten Jahrzehnt erlebt hat. Da das Thema für weitere Kreise von Interesse ist, glaubte ich den Aufsatz auch in einem Sonderdruck zugänglich machen zu sollen. Möge derselbe namentlich bei der jüngeren Generation, die die Publikation des Kirchlichen Gesetzbuches noch nicht selbst miterlebt hat, Beachtung finden!

Selbstanzeige.

8. Hans Eppler, *Quelle und Fassung des katholischen Kirchenrechts*. Mit einem Anhang über seinen zeitlichen Geltungsbereich. (XIX u. 181.) Zürich, Orell Füssli, 1928. M. 5.60.

Diese Arbeit, die von der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich als Doktordissertation angenommen wurde, behandelt einen Ausschnitt aus den Allgemeinen Normen des katholischen Kirchenrechts. In dem ersten Teile werden die rechtsbildenden Faktoren, positiv-göttliches Recht, natürliches Recht und menschliches Recht behandelt und im zweiten die

allgemeinsten Formen des Rechts, d. s. das Gesetzesrecht und das Gewohnheitsrecht, behandelt.

Der Text der Darstellung ist verhältnismäßig sehr kurz gehalten und bringt keine neuen Resultate. Die Bezeichnung des Gesetzes als *praeceptum commune* oder als ein an eine Gemeinschaft gerichtetes Gebot ist zu eng, da das Privileg oder die *lex specialis* nicht darunter subsumiert werden kann. Man vermißt ferner bei Eppler eine nähere Darstellung über den »Rechtsbefehl«¹⁾ und die Statuten, so daß meines Erachtens die Ausführungen über das Gesetzesrecht nicht unerhebliche Lücken aufweisen. Einige Punkte, wie z. B. die Promulgation, sind allerdings eindringender behandelt.

Der Schwerpunkt der Arbeit beruht auf den Anmerkungen, die an Umfang den Text weit überragen. Mit großem Fleiß und Spürsinn hat der Verfasser eine Unsumme von *nova et vetera* zusammengetragen, die für die Interpretation und kritische Beurteilung der geltenden Rechtsnormen von Bedeutung ist. Ich erinnere z. B. an die zahlreichen Noten, die dem Abschnitte über die Konkordate beigelegt sind. Mit Rücksicht auf diesen Reichtum an Materialien möchte ich die Fachgenossen speziell auf die Epplersche Schrift hinweisen.

Die Indexkongregation wurde nicht im Jahre 1871, sondern 1571 gegründet. Die *Congregatio Reverendae Fabricae S. Petri* kann nicht als das »eigentliche Finanzdepartement der Kurie« bezeichnet werden, da es sich um die finanzielle Unterhaltung der Peterskirche handelt. Eher könnte man von einer Bauhütte für St. Peter sprechen. Der Bischof ist nach dem katholischen Verfassungsrecht nicht ein »Bevollmächtigter des Apostolischen Stuhles«, sondern kraft göttlicher Anordnung (*ex divina institutione*) zur Leitung der Kirche berufen. Vgl. can. 329 § 1.

Freiburg i. B.

N. Hilling.

9. *Peter Schmitz, Das kirchliche Laienrecht nach dem Codex Juris Canonici.* Das Recht der kirchlichen Einzelpersönlichkeit. [Münstersche Beiträge zur Theologie 12.] (VIII u. 64.) Münster i. W., Aschendorff, 1927. M. 2.70.

Mit einer großen Erwartung habe ich diese Schrift in die Hand genommen, aber nach der Lesung mit Enttäuschung wieder weggelegt. Da es sich um eine monographische Darstellung

1) Auf S. 85 Anm. 22 wird derselbe ganz kurz erwähnt.

handelt, hatte ich erwartet, daß der Verfasser vor allem die grundlegenden Prinzipien über die Rechtsstellung der Laien, — allgemeines und besonderes Priestertum, Begriff der kirchlichen Weihe- und Jurisdiktionsgewalt —, darlegen und auf diesem theologisch-dogmatischen Fundamente die Erörterung über die einzelnen Rechtsgrundsätze und Rechtssätze des CIC aufbauen würde. Tatsächlich hat sich die Schrift aber fast ausschließlich auf eine kursorische Aufzählung der Canones, die für das Laienrecht irgendwie in Betracht kommen, beschränkt. Ferner leidet die Arbeit, die den Eindruck eines kirchenrechtlichen Kompendiums erweckt, an dem Mangel, daß das Thema nicht exakt genug abgegrenzt ist. Denn Schmitz versteht unter Laienrecht »die Summe der rechtlichen Befugnisse und *Einflüsse*, die den kirchlichen Laien als Einzelpersonen auf der Grundlage des neuen kirchlichen Gesetzbuches zustehen«. Unter »Einfluß« wird nicht bloß die aktive Betätigung der Laien, wie z. B. Anregung, Beschwerde, sondern auch die Rücksichtnahme auf das Wohl der Gläubigen verstanden. Da nun das kirchenrechtliche Axiom lautet: *Salus animarum suprema lex esto*, kommt dieser Grundsatz für das gesamte Kirchenrecht in Betracht.

Zu generell ist die Behauptung auf S. 19, daß der Exkommunizierte erlaubter Weise keine Sakramente und Sakramentalien spenden dürfe. Denn in can. 2261 § 2 und 3 sind zahlreiche Ausnahmen vorgesehen. Der Begriff »des Kirchengutes« ist auf S. 46 unrichtig definiert. Für den Begriff ist nicht der Zweck der Verwendung, sondern das Eigentum maßgebend. Vgl. can. 1495 § 1. Laien können daher kein Eigentum an Kirchengut haben. Die bischöflichen Beamten verlieren außer dem Generalvikar ihr Amt nicht mit dem Tode des Bischofs. Vgl. can. 183 § 2. (S. 53) Rechtsstreitigkeiten um Kirchengut, z. B. um das Eigentum einer Pfründe, gehören ausschließlich vor das kirchliche Forum, weil es sich um *res spiritualibus adnexae* handelt. Siehe can. 1553 § 1 no. 1 (S. 54).

Freiburg i. B.

N. Hilling.

10. *Rudolf R. v. Scherer, Kirchliches Aufsichtsrecht.* Aus dem Nachlasse des Verfassers herausgeg. von *Karl Gottfried Hugelmann*. Sonderabdruck aus der Zeitschrift für öffentliches Recht Band VII, Heft 3, S. 342—366.

Hugelmann hat die Veröffentlichung des literarischen Nachlasses von Rudolf von Scherer, der das Manuskript zum III. Bande

des Handbuchs des Kirchenrechts betrifft, fortgesetzt. Vgl. die Anzeige der ersten Publikation in Bd. 103, 253 dieser Zeitschrift.

Die hier dargebotene Teilveröffentlichung ist vor allem wegen der zahlreichen historischen Anmerkungen von Interesse. Stellenweise fehlt es nicht an Humor. So bemerkt der Verfasser S. 350 Anm. 4: »Das klerikale Sprichwort ist nicht ohne einen Kern von Wahrheit: *Visitatio quid? parochi vexatio, nulla reformatio, decani recreatio.*« In meiner norddeutschen Heimat existiert der halb lateinische und halb plattdeutsche Spruch: »*Visito, visitas, Et bliff wie't was.*« Im Hinblick auf die bischöflichen Prokurationen zitiert Scherer S. 355 Anm. 7 den Pfarrerwitz, der die bischöfliche Visitation als ein Hagelwetter bezeichnet.

Freiburg i. B.

N. Hilling.

11. *Rudolf Henle, Zerrüttung der Ehe.* (25.) Rostock, Hinstorff, 1928.

Der Kampf um die Ehescheidungsreform bewegt die Geister. Parlament, Literatur und Tagespresse stehen in heißem Ringen um eine wesentliche Änderung im 7. Titel des Familienrechts des BGB. Näherhin steht in Frage der § 1567 betr. Scheidung der Ehe. Bisher hat der Gesetzgeber im Prinzip an der Unauflöslichkeit der Ehe festgehalten. Nur wegen *schuldhafter* Verletzung der Ehe oder wegen Geisteskrankheit konnte auf Scheidung geklagt werden. Doch vielen genügt das geltende Scheidungsrecht nicht mehr. An die Stelle des Verschuldungsprinzips soll treten die Tatsache der objektiven Zerrüttung, das Zerrüttungsprinzip, wie der neugebildete terminus technicus lautet. Der Verfasser vorliegender Broschüre ist kein Neuling auf diesem augenblicklich viel umstrittenen Gebiete, wie seine früheren Abhandlungen: »Ehescheidung im gegenseitigen Einverständnis, 1922«, »Erleichterung der Ehescheidung?, 1927« sowie die Ausführungen in seinem »Lehrbuch des Bürgerlichen Rechts, I« zur Genüge dartun. In seiner jetzigen Abhandlung wendet er sich an seine Kritiker, vor allem gegen den Vorkämpfer des neuen Scheidungsgrundes, Geheimrat Kahl, und Kurt Klink. In der Hauptsache handelt es sich um Auffassungen in der Interpretation der §§ 1567 und 1568, denen wir uns im Sinne des Verfassers voll und ganz anschließen. Bereits hat am 8. April d. J. der Rechtsausschuß des Reichstags mit der Beratung der Ehescheidungsreform begonnen. Die *sedes materiae*, um die *de lege ferenda* der Kampf tobt, ist gekennzeichnet mit der

Fassung des Regierungsvorschlags: »Ein Ehegatte kann auf Scheidung klagen, wenn eine so tiefe Zerrüttung des eherechtlichen Verhältnisses eingetreten ist, daß ihm die Fortsetzung der Ehe nicht zugemutet werden kann. Das Klagerecht besteht nicht, wenn er selbst einen Scheidungsgrund gegeben hat, oder anderseits die Zerrüttung der Ehe vorwiegend durch sein schuldhaftes Verhalten herbeigeführt worden ist.« Bei dieser Gelegenheit betonte Kahl, daß die Ehescheidungsnot so groß sei, daß auch kirchliche Kreise eine Erweiterung des Ehescheidungsrechts forderten, womit naturgemäß nur die evangelische Kirche gemeint sein kann, da die katholische Kirche von ihrem prinzipiellen Standpunkt im Interesse der Heiligkeit des Instituts der Ehe nicht abweicht, zumal da sie sich bewußt ist, daß durch Ersetzung des Verschuldungsprinzips durch das Zerrüttungsprinzip der Willkür Tür und Tor geöffnet wird und die Ehe zum Konkubinat herabsinkt.

Noch eine dritte Ansicht kam bei der Durchberatung im Reichsausschuß des Reichstags von sozialistischer Seite zur Sprache, indem man nicht einmal den Vorschlag der Regierung guthieß, vielmehr mit der Begründung beanstandete, er gehe nicht weit genug, da, wenn zwischen Ehegatten nicht mehr die geringsten Beziehungen beständen, man nur »Scheinehen« vor sich habe, deren Lösung das Gesetz erleichtern müsse, nur dürfe sich die leichtere Scheidung nicht zu ungunsten der Frauen und Kinder auswirken. Hier ist offen ausgesprochen, wohin eine weitere Abbröckelung eines der letzten Pfeiler des Unauflöslichkeitsprinzips führt. Deshalb sei bei dieser Gelegenheit mit Genugtuung festgestellt, daß führende Persönlichkeiten der evangelischen Kirche, namentlich führende Frauen mit tiefsten Worten davor warnen, den hierauf bezüglichen Antrag zum Gesetz zu erheben, da das Eheleben, das unter dem Damoklesschwert der Zerrüttung stehe, für die Frau unerträglich werde. Wir dürfen nicht vergessen, daß die ganze Reformbewegung ihren Grund in der inneren Krise unseres Volkes hat, das an einem Scheidewege steht. Mögen die maßgebenden Stellen den richtigen Entschluß fassen, damit sich nicht das Wort erfüllt: »Incidit in scyllam qui vult vitare charybdim!«

Köln a. Rh.

Joseph Lammeyer.

12. *Gottfried Langer, Landesherrliches Patronatsrecht und Staatliches Oberaufsichtsrecht gegenüber der katholischen Kirche Sachsens.* [Rechtsgeschichtliche Abhandlungen 2.] (VIII u. 251.) Leipzig, S. Hirzel, 1929. M. 10.—.

Der Verfasser will hauptsächlich untersuchen, inwieweit das sächsische Oberaufsichtsgesetz über die katholische Kirche im ehemaligen Königreich Sachsen vom 23. August 1876, — siehe Philipp Schneider, Die partikulären Kirchenrechtsquellen in Deutschland und Österreich 1898, 418 —, infolge der neuen verfassungsrechtlichen Bestimmungen des Deutschen Reiches und des jetzigen Freistaates Sachsen abgeändert werden muß. Außerdem handelt er noch über den landesherrlichen Patronat, die Privatpatronate des ehemaligen Königs und das königliche Nominationsrecht für die Ernennung des Apostolischen Vikars.

Die Studie holt historisch sehr weit aus und hat die gesamte kirchenpolitische Entwicklung der katholischen Kirche in Sachsen wenigstens in den Hauptumrissen dargelegt. Infolge dessen bringt sie manche interessante Einzelheiten, namentlich auch über die Entstehungsgeschichte des Apostolischen Vikariats und der damit verbundenen Präfektur der Lausitz, die im Jahre 1921 zu dem bischöflichen Amte der wiederhergestellten Diözese Meißen vereinigt wurden.

Man wird dem Verfasser unbedingt darin beistimmen müssen, daß der landesherrliche Patronat in Sachsen erloschen ist. Daß sich dieses seit langem antiquierte Institut in Sachsen überhaupt so lange erhalten hat, dürfte lediglich dem Umstande zuzuschreiben sein, daß das mit ihm verbundene Präsentationsrecht bereits 1837 dem Apostolischen Vikar übertragen worden war und damit seine materielle Bedeutung verloren hatte.

Bezüglich des staatlichen Oberaufsichtsrechts stellt sich Langer auf den katholischerseits abgelehnten Standpunkt, daß für die öffentlichrechtlichen Religionsgesellschaften besondere Bestimmungen erlassen werden dürfen, die über die Schranken des für alle geltenden Gesetzes hinausgehen. Er erkennt aber an, daß das sächsische Oberaufsichtsgesetz von 1876, das in der ersten Kammer nur eine geringe Mehrheit fand und insbesondere von dem Prinzen Georg, dem späteren König, bekämpft wurde, revisionsbedürftig sei. Insbesondere gilt dieses von den §§ 30 und 31, die das Ordensrecht betreffen, und von § 9 Abs. 2, der den Recursus ab abusu zum Gegenstande hat. Diese Bestimmungen sind aufzuheben.

Andererseits macht Langer den Vorschlag, daß »alle päpstlichen oder sonst oberpriesterlichen, bischöflichen oder erzpriesterlichen Verordnungen, die die Geistlichkeit oder die Religionsgesellschaftsmitglieder angehen«, vor der Verkündung dem Volksbildungsministerium vorzulegen sind, der gegen dieselben Einspruch erheben kann, wenn sie irgendwie in bürgerliche Verhältnisse eingreifen. Hierzu ist zu bemerken, daß 1. die Erzpriester nach katholischem Kirchenrechte keine Jurisdiktion besitzen und daher überhaupt keine Verordnungen erlassen können, und 2. der ganze Vorschlag für die katholische Kirche unannehmbar ist, da er die Würde und Autorität der kirchlichen Oberen in den Augen der Gläubigen aufs tiefste herabsetzen würde und außerdem geeignet wäre, die Freiheit der Kirche zu beeinträchtigen. Nach der rechtstechnischen Seite hin bedeutet die Proposition Langers eine Umwandlung des früheren staatlichen Placet in ein Nihil obstat. Ebenso abwegig ist es, wenn Langer ein staatliches Einspruchsrecht gegen die päpstliche Ernennung des Bischofs von Meißen auf indirektem Wege dadurch herbeiführen will, daß der Regierung die Ermächtigung erteilt werden soll, ohne schriftliche Begründung einen unanfechtbaren Einspruch gegen die Verordnungen und Erlasse eines Bischofs zu erheben, den der Hl. Stuhl eingesetzt hat, ohne vorher mit der Staatsregierung in offizieller Weise in Verbindung getreten zu sein, um sich zu vergewissern, daß gegen den Kandidaten Erinnerungen politischer Natur nicht obwalten. Dieser Vorschlag mißachtet nach meinem Dafürhalten völlig die Entwicklung, die die deutsche Kirchenpolitik in den letzten 100 Jahren gemacht hat. Denn schon im Beginne des 19. Jahrhunderts waren sich die deutschen Regierungen beim Abschlusse der Konkordate und der Zirkumskriptionsbullen bewußt, daß ein staatliches Vetorecht bei den Bischofsernennungen in legitimer Weise nur durch eine Vereinbarung mit dem Hl. Stuhle erlangt werden kann.

Auf eine weitere Kritik der Langerschen Vorschläge bezüglich der Abänderung des sächsischen Oberaufsichtsgesetzes kann ich füglich verzichten, da die angegebenen Beispiele hinreichend die staatskirchliche Tendenz ihres Urhebers bekunden. An schweren kanonistischen Irrtümern ist u. a. festzustellen, daß die päpstlichen Fakultäten dem Apostolischen Vikar erlauben, von einzelnen, selbst allgemeinen Regeln des *Glaubens* abzuweichen (S. 35), daß das eherechtliche Dekret *Ne temere* von 1907 mangels

oberhirtlicher Verkündigung in Sachsen keine Geltung hatte (S. 26), daß die paroeciae amovibiles nichtplanmäßige Stellen sind (S. 90), der Patron ex iure foundationis, aedificationis et dotationis nach dem neuen Recht keinen Rechtsanspruch mehr auf das Patronatsrecht besitzt (S. 93), das von Pius X. angeordnete Consilium a vigilantia die Aufgabe hat, Personen, die eines nach kanonischem Recht zu ahnenden Vergehens verdächtig sind, zu überwachen (S. 111) u. a. m. Auf S. 111 und 151 ist statt Parochi consultatores Parochi consultores zu lesen.

Freiburg i. B.

N. Hilling.

13. *Artur Breittfeld, Die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen Kirche und Staat in Preußen auf Grundlage der Reichsverfassung.* [Abhandlungen aus dem Staats- und Verwaltungsrecht 41.] (XI und 483.) Breslau, M. & H. Marcus, 1929. M. 30.—.

Die umfangreiche Abhandlung von Artur Breittfeld hat die Artikel 138 und 173 der sog. Weimarer Reichsverfassung zum Gegenstande ihrer Untersuchung. Der erste Teil (S. 1—60) erstreckt sich auf die abstrakte Auslegung der genannten Artikel, der zweite, weit größere, auf die konkrete Anwendung derselben auf die in Preußen bestehenden Staatsleistungen an die Kirche.

Die große Bedeutung, die diesem Rechtsprobleme innewohnt, läßt es begreiflich erscheinen, daß in den letzten Jahren bereits mehrere tüchtige Arbeiten auf diesem Gebiete veröffentlicht wurden. Namentlich kommen folgende Monographien in Betracht, die sämtlich in dieser Zeitschrift besprochen worden sind: 1. *Joseph Schmitt*, Staat und Kirche. Bürgerlich-rechtliche Beziehungen infolge der Säkularisation (1919). Vgl. Archiv 99, 173. *Ders.*, Die Ablösung der Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften (1921). Vgl. Archiv 101, 176 f. 2. *August Schott*, Die Rechtsgrundlagen der Staatszuschüsse an die katholische Kirche in Hessen (1922). Vgl. Archiv 103, 252. 3. *Carl Israel*, Reich—Staat—Kirche. Zwei Studien zu den kirchenrechtlichen Bestimmungen der Reichsverfassung (1926). Vgl. Archiv 107, 400—402. 4. *Ernst Rudolf Huber*, Die Garantie der kirchlichen Vermögensrechte in der Weimarer Verfassung (1927). Vgl. Archiv 107, 774 f. und 5. *Hermann Mülsener*, Die finanziellen Ansprüche der katholischen Kirche an den preußischen Staat auf Grund der Bulle De salute animarum vom 16. Juli 1921. (1926). Vgl. Archiv 106, 341 f.

Von diesen Arbeiten hat die kleine, aber sehr sorgfältige Studie Carl Israels meines Erachtens die beste Interpretation der Art. 138 und 173 R. V. geliefert. Ihr gebührt vor allem die Anerkennung, daß sie die genannten Artikel im Zusammenhange mit allen einschlägigen Bestimmungen der Verfassungsurkunde erörtert, die grundlegenden Zentralgedanken zu erfassen sucht, nicht an dem Wortlaute einzelner Teilbestimmungen kleben bleibt und ein in sich geschlossenes, systematisches Totalergebnis erzielt.

Dagegen legt die Erklärung Breitfelds nach meinem Dafürhalten zu viel Gewicht auf den Wortlaut des Gesetzes, stellt die Erklärung der einzelnen Teile in den Vordergrund und läßt die Hervorhebung der Grundideen vermissen. So vertritt er z. B. auf S. 36 ff. die Ansicht, daß nur die Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften, d. i. die Leistungen des Staates, die unmittelbar von den Religionsgesellschaften in Empfang genommen werden, ablösungspflichtig seien, obwohl dieses dem Trennungsgedanken des Gesetzgebers, der den Staat von allen öffentlichen Lasten für kirchliche Zwecke befreien will, widerspricht. Ferner will er S. 38 ff. in die Staatsleistungen nicht die gesetzlichen Steuerbefreiungen zugunsten der Kirche mit einbegreifen. Auf diese Weise könnte aber die ganze Ablösungspflicht des Staates illusorisch gemacht werden, indem die Religionsgesellschaften später durch die Steuerlasten völlig erdrückt werden. Eine Inkonsequenz scheint mir darin zu liegen, daß Breitfeld als Gesetz im Sinne des Art. 138 Abs. 1 auch das bloß formelle Gesetz hinstellt, aber trotzdem die Haushaltungsgesetze ausnimmt. Höchst einseitig faßt er den Begriff der Staatsleistungen auf, indem er dabei die faktischen Leistungen des Staates betont und die Rechtsansprüche der Religionsgesellschaften an den Staat ausscheidet. In diesen und noch anderen Punkten bedürfen die Ausführungen Breitfelds hinsichtlich der abstrakten Gesetzesauslegung der Art. 138 und 173 einer Revision.

Der Schwerpunkt des Buches beruht übrigens auf dem zweiten Teile, in dem die konkreten Ablösungsregeln für Preußen zusammengestellt sind. Es ist mir erfreulich, hervorheben zu können, daß sich der Verfasser hier durch die Herbeischaffung der amtlichen Materialien aus den Archiven ein großes Verdienst erworben hat. Auch gebührt seiner Darstellung das Lob einer sehr klaren und übersichtlichen Fassung, wodurch die Nachprüfung sehr erleichtert wird.

Bezüglich der Staatsleistungen an die evangelische Kirche berührt sich unser Werk sehr nahe mit der bekannten Abhandlung von *Johanncs Niedner*, Die Ausgaben des preußischen Staates für die evangelische Kirche der älteren Provinzen (1904). Auf den näheren Inhalt der Breittfeldschen Ausführungen, die die einzelnen Positionen des preußischen Haushalts vom Jahre 1919 für die katholische und die evangelische Kirche durchgehen und auf ihren Rechtsgrund prüfen, kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden. Es möge jedoch speziell hervorgehoben werden, daß der Verfasser im Gegensatz zu Niedner und Huber die Rechtspflicht des preußischen Staates zur Tragung der kirchenregimentlichen Kosten der evangelischen Landeskirche in Abrede stellt. Außerdem will er eine rechtliche Verpflichtung des Staates zur Tragung der katholischen Pfarrgehälter an neu errichteten Pfarrstellen in den linksrheinischen Gebieten der Rheinprovinz nicht anerkennen. Jedoch beweisen die über diese beiden Punkte gepflogenen langen Verhandlungen, daß sowohl von seiten der evangelischen wie der katholischen Kirche ein anderer Standpunkt vertreten wird.

Aus dem Gesagten dürfte zur Genüge hervorgehen, daß Breittfeld in vielen Punkten die staatlichen Interessen vertritt. Es wäre gewiß unrecht, ihm daraus einen Vorwurf zu machen, da er seine Ansicht überall wissenschaftlich zu begründen versucht hat. Man darf es aber als wünschenswert bezeichnen, daß bei den in Rede stehenden schwierigen Fragen der Grundsatz des *Audiatr altera pars* durchgeführt werde. Daher möchte ich mein Referat mit der Anregung schließen, daß in absehbarer Zeit auch von kirchenfreundlicher Seite der gesamte Fragenkomplex bis in die Einzelheiten genau untersucht werde.

Freiburg i. B.

N. Hilling.

14. *Franciscus Roberti, De processibus*. Vol. I et II Pars I. [Athenaeum Pontificii Seminarii Romani ad S. Apollinaris.] (469 u. 306.) Romae, Facultas iuridica ad S. Apollinaris, 1926. L. 68.—.

Bereits im Jahre 1920 veröffentlichte der Vertreter des kirchlichen Prozeßrechts an dem Collegium Angelicum zu Rom *Joseph Noval* ein ausführliches Werk über das Prozeßrecht des CJC., das in Band 103, 264 f. dieser Zeitschrift besprochen wurde. Leider ist davon nur der 1. Band erschienen. Dem Beispiele Novals ist nun der Professor für Prozeßrecht an der Juri-

stischen Fakultät an Apollinare Franz Roberti gefolgt, indem er ein noch umfangreicheres Werk über den gleichen Gegenstand herausgab. Da diese Arbeiten von speziellen Fachvertretern des kanonischen Prozeßrechts verfaßt sind und es in Deutschland, abgesehen von dem kürzeren Lehrbuch von Eichmann (1921), an derartigen Büchern fehlt, so erscheint es mir angemessen, die Leser dieser Zeitschrift ganz besonders darauf hinzuweisen. Denn gerade das Prozeßrecht, das in streitigen und kriminellen Fällen das materielle Recht unmittelbar zur Anwendung bringt, ist für die Rechtspflege der Kirche namentlich auf dem Gebiete des Eherechts und Strafrechts von der größten praktischen Bedeutung.

Das Werk von Noval ist kommentarmäßig angelegt, beschränkt sich auf die Darstellung des geltenden Rechts und bringt eine Fülle von kasuistischem Material. Es ist daher besonders gut für die Praxis geeignet. Roberti dagegen hat eine freiere und mehr systematische Darstellung gewählt, er behandelt auch die grundlegenden Ideen des Prozeßrechts, zieht die rechtsgeschichtliche Entwicklung zu Rate und bringt auch zahlreiche Parallelen und Hinweise aus dem weltlichen Prozeßrecht, namentlich dem italienischen, französischen, deutschen und österreichischen. Aus diesem Grunde dürfte das Werk mehr für das wissenschaftliche und theoretische Studium des kirchlichen Prozeßrechts zu empfehlen sein.

Interessant sind die I, 23 gemachten Bemerkungen über die früheren Entwürfe des CJC. Bei der Literatur über die Geschichte des kanonischen Prozeßrechts I, 26 ff. fehlt das große Editions-*werk* von *Ludwig Wahrmund*, *Quellen zur Geschichte des römisch-kanonischen Prozesses im Mittelalter*, von dem bereits fünf starke Bände erschienen sind. Vgl. die Besprechung des vierten Bandes in diesem Archiv 107, 764—766. I, 30 und 31 sind die Namen Droste und Lingen korruptiert wiedergegeben, und es fehlen daselbst die Schriften von *Franz Heiner*, *Der kirchliche Zivilprozeß* (1910) und *Der kirchliche Strafprozeß* (1912). Ebenso ist I, 32 bei der Aufzählung der *Folia periodica* das Archiv für katholisches Kirchenrecht ausgelassen, obwohl es eine ziemliche Reihe von prozeßrechtlichen Abhandlungen enthält. Vgl. Autoren-Register zu Band I — CV S. 68—71. I, 64 teilt der Verfasser die kirchliche Jurisdiktionsgewalt in *potestas legislativa*, *administrativa* und *iudiciaria* ein. Diese Einteilung ist der modernen juristischen Doktrin entnommen. Sie entspricht aber nicht ganz dem *Codex Juris Canonici*, der in can. 335 § 1 bezüglich der bischöflichen

Jurisdiktionsgewalt zwischen der potestas legislativa, judiciaria und coactiva unterscheidet. I, 174 und 430 lindet sich eine etwas unsichere und unentschiedene Stellungnahme zu der Frage, ob der Vorsitzende oder das Richterkollegium zur Ablehnung einer Klagschrift berechtigt sind, ein für die Praxis gewiß bedeutungsvolles Problem, dem mit Lavieren nicht gedient ist. I, 365 wäre bei der Erörterung über die Verjährung der Strafklagen zu betonen gewesen, daß die Verjährungsfrist ein tempus utile ist. Hieraus ergeben sich für die Praxis mehrere intrikate Fragen, die einer eingehenden Untersuchung wert sind. I, 386 wird die Frage erörtert, ob für die Anfechtungsklage ein metus directus ad extorquendum consensus gefordert wird. Mit Rücksicht auf den Wortlaut des CJC. hat sich Roberti für die negative Ansicht entschieden; es dürfte jedoch richtiger sein, eine sachliche Lösung dieses Problems zu versuchen. II, 258 ff. bringt der Verfasser ausführliche Erörterungen über die Frage der Restitutio in integrum wegen eines formalen Fehlers im Prozeßverfahren, die sehr beachtlich erscheinen.

Der Inhalt der beiden besprochenen Bände umfaßt den 1. Teil und den ersten Abschnitt (Sectio) des kanonischen Prozeßrechts, die im CJC. die Überschrift De iudiciis und De iudiciis in genere tragen. Die hierauf bezüglichen Canones haben die Zahl 1522—1924. Für den anderen Teil des Prozeßrechts bleiben noch die canones 1925—2194 übrig.

Freiburg i. B.

N. Hilling.

15. *Joseph Heimberger, Freiheit und Gebundenheit des Richters in weltlichem und kirchlichem Strafrecht.* [Frankfurter Universitätsreden 1928, Heft 29.] S. 10—23. Frankfurt a. M., Englert & Schlosser, 1929. M. 1.50.

Dem bekannten Kriminalisten Joseph Heimberger verdanken wir bereits mehrere beachtenswerte kleinere Beiträge zum Strafrecht des CJC. Er hat auch in seiner Antrittsrede als Rektor der Universität Frankfurt dieses Gebiet wiederum berührt. Mit vollem Rechte betont der Vortragende, daß die Stellung des kirchlichen Strafrichters freier ist als die des weltlichen. Da dem CJC. der Satz »Nulla poena sine lege« fremd ist, kann der kirchliche Obere gemäß can. 2222 § 1 unter Umständen auch dann Strafen verhängen, wenn dem verletzten Gesetze keine Strafanordnung beigelegt ist. Die Beibehaltung dieses Grundsatzes im neuen kirchlichen Strafrecht sucht Heimberger dadurch zu er-

klären, daß 1. das Strafrecht der Kirche auch die Aufgabe habe, dem Seelenheile der Gesamtheit zu dienen, und 2. die Verhängung der Strafen in diesem Falle dem kirchlichen Oberen, — nicht dem Richter —, vorbehalten sei, in dessen Hand die Gesetzgebung und Rechtsprechung vereinigt sei. Die vom Ordinarius erst nach Begehung der Tat festgesetzte Strafe könne daher gleichsam als ein Strafgesetz, — richtiger Strafbefehl —, mit rückwirkender Kraft angesehen werden. Vgl. hierzu auch *S. d'Angelo*, *Nozione del delitto nel Codice di diritto canonico*, in: *Ephemerides Theologicae Lovanienses* III, 210 ff.

Weiter hat der kirchliche Richter eine große Freiheit in der Strafzumessung, indem ihm zahlreiche Strafarten (*poenae vindicativae et medicinales*, *remedia poenalia* und *poenitentiae*) zur Verfügung gestellt werden und in manchen Fällen die Bestimmung der Strafe sogar seinem verständigen Ermessen anheimgestellt ist. Der Grund hierfür beruht in der individuellen Behandlung des Täters, die die Erreichung des medizinellen, Abschreckungs- und Sicherungszwecks der Strafe notwendig macht. »Nicht das Gesetz, nur der Richter kann die Persönlichkeit des Täters würdigen: nur er, nicht das Gesetz, kann erkennen, welche Maßnahmen der einzelne Fall, sei es zur Besserung, sei es zur Abschreckung, sei es zur Unschädlichmachung des Täters, fordert.«

Freiburg i. B.

N. Hilling.

16. *G. Vromant, C. J. C. M. de Scheut, Jus Missionariorum*. Tom. II De Personis. [Museum Lessianum, Section Théologique 20.] (XVI u. 435.) Löwen, Museum Lessianum, 1929. Belga 8.—.

Dieser Band bildet einen Bestandteil eines großen siebenbändigen kirchenrechtlichen Werkes, das von den Vätern der Gesellschaft Jesu in Löwen herausgegeben wird. Außer dem vorliegenden 2. Bande sind bereits erschienen: Tom. V De bonis ecclesiae temporalibus (von *G. Vromant*) und Tom. VI Facultates Apostolicae pro Ordinariis Missionum (ebenfalls von *G. Vromant*). Vorbereitet werden Tom. I Introductio et principia fundamentalia (von *Th. Grentrup*), Tom. III De sacramentis excepto matrimonio (von *C. Jarre*), Tom. IV De matrimonio (von *G. Vromant*) und Tom. VII De habitudine missiones inter et civitates (von *Th. Grentrup*). Der zuletzt genannte Vertreter des Missionsrechts hat bereits 1925 den ersten Band des *Jus Missionarium* herausgegeben, der die Grundbegriffe des Missions-

rechts und das Verhältnis der Missionen zu den Staaten behandelt. Vgl. die Besprechung in Bd. CV, 285 dieser Zeitschrift.

Das von Professor Vromant verfaßte Personenrecht handelt in vier Hauptstücken 1. über die obersten Missionsbehörden, 2. über die Apostolischen Vikare und Präfekten, 3. über die Missionare und 4. über einige Spezialpunkte, die die Missionare aus dem Ordensstande betreffen. Wie schon der Titel des Sammelwerkes andeutet, hat das Buch die Tendenz, die besonders für die Missionare in den Heidenländern wichtigen Bestimmungen des CJC. zu erklären. Es finden sich daher in dem II. Bande auch viele Partien, die eine allgemeine kirchenrechtliche Bedeutung haben und auch für die *Provinciae ecclesiasticae* gelten. Jedoch ist die Bearbeitung des Stoffes auch in diesen Punkten nach Möglichkeit den Bedürfnissen der Missionare angepaßt.

Man darf dem Verfasser das Lob nicht vorenthalten, daß er eine solide und gründliche Arbeit geliefert hat, wenn die einzelnen Teile auch nicht überall mit der gleichen Intensivität behandelt worden sind. Jedoch war diese Verschiedenheit bei der Fülle und der Mannigfaltigkeit des Stoffes, auf die bereits hingewiesen wurde, nicht leicht zu vermeiden. Es kann wohl überhaupt bezweifelt werden, ob es theoretisch gerechtfertigt ist, den Inhalt des CJC. rein nach den praktischen Bedürfnissen der Missionare zur Darstellung zu bringen, weil der systematische Zusammenhang leicht darunter leidet. Jedoch soll der praktische Nutzen eines solchen Unternehmens nicht geleugnet werden. Nur darf der kirchenrechtliche Unterricht der angehenden Missionare nicht mit einer solchen Methode beginnen, sondern es muß vorher der gesamte Stoff des Kirchlichen Gesetzbuchs in systematischer Übersicht durchgenommen werden.

Am besten sind meines Erachtens die historischen Ausführungen über die Entstehungsgeschichte der Propagandakongregation und der Apostolischen Vikariate und Präfecturen gelungen. Allerdings ist bezüglich der letzteren das schöne Werk von *Adelhelm Jann*, *Die katholischen Missionen in Indien, China und Japan* (1915) nicht benutzt worden. Unzureichend sind die dürftigen Notizen über die Entwicklungsgeschichte der *Vicarii foranei* oder Landdechanten.

Neben den kirchenrechtlichen Ausführungen bringt Vromant mitunter auch solche pastoralen Art, wie z. B. S. 293 ff. über die Pflichten der Missionare gegenüber den Ungläubigen. Der

vierte Teil über Ordensmissionare enthält im ersten Kapitel auch einen ausführlichen dogmatisch-moralistischen Traktat über die Natur der klösterlichen und apostolischen Vollkommenheit, S. 316 ff.

Zum Schlusse sei noch auf einige Mängel hingewiesen. Die auf S. 22 gemachte Einteilung der potestas jurisdictionis executiva in die potestas iudiciaria und p. administrativa ist sehr ungewöhnlich. In den meisten Ländern ist die Bezeichnung Verwaltung ein moderner Ausdruck für die Exekutive. Wenn der Verfasser auf S. 41 der Propagandakongregation die allgemeine Befugnis zur Erklärung der kirchlichen Gesetze beilegt, so kann dieses leicht zu Mißverständnissen führen, da die authentische Interpretation des CJC. ausschließlich der Interpretationskommission vorbehalten ist. Auf S. 94 findet sich der unverständliche Ausdruck imponere capitationem. Vromant vertritt im Anschluß an Vermeersch die Ansicht, daß der von Benedikt XV. eingeführte Vicarius Delegatus nur eine potestas delegata besitze, er beim Mangel eines Vikars oder Provikars dem Senior in der Leitung des Missionsterritoriums vorgehe, und auch der Provikar einen Vicarius Delegatus ernennen könne. Nach meinem Dafürhalten sind sämtliche drei Hypothesen nicht genügend begründet, so daß sich eine nähere Untersuchung über diese wichtigen Fragen als sehr lohnend erweisen würden.

Freiburg i. B.

N. Hilling.

17. *Robert Streit, O. M. J., Bibliotheca Missionum*. Band IV: Asiatische Missionsliteratur 1245—1599. [Veröffentlichungen des Internationalen Instituts für missionswissenschaftliche Forschung.] (XIV, 15*—24* u. 626.) Aachen, Aachener Missionsdruckerei, 1928. M. 47.—

Nachdem der dritte Band der *Bibliotheca Missionum* die Missionsliteratur Amerikas zu Ende geführt hat, — siehe die Besprechung in diesem Archiv CVIII, 353 ff. —, beginnt der vierte Band mit der Asiatischen Missionsliteratur, die von 1245 bis 1599 verzeichnet wird.

Die zweite Hälfte des 13. und das ganze 14. Jahrhundert sind den katholischen Missionsbestrebungen in den Mongolenreichen gewidmet. Wir begegnen hier unter anderen den großen Missionarsgestalten des ausgehenden Mittelalters Johannes von Piano di Carpine († 1252), Wilhelm von Rubruk († c. 1270) und Johannes a Monte Corvino († c. 1330), die sämtlich dem Franziskanerorden angehörten. Die zahlreichen Briefe und Erlasse, die

vor allem die Päpste Innozenz IV., Nikolaus IV., Clemens V., Johann XXII., Benedikt XII. und Bonifaz IX. in den Angelegenheiten der Mission publizierten, beweisen, wie sehr dem Apostolischen Stuhle die Verbreitung des Glaubens in jener Zeit am Herzen lag. Es ist dieses um so erfreulicher, als das Papsttum während der Periode der avignonesischen Gefangenschaft sonst teilweise unter einer nationalen Gebundenheit zu leiden hatte.

Während des 15. Jahrhunderts wird die Missionstätigkeit in den Mongolenreichen fortgesetzt. Seit der Mitte des Jahrhunderts kommt aber die Missionierung in den neu entdeckten portugiesischen Gebieten hinzu, die durch die kühnen Expeditionen Heinrichs des Seefahrers († 1460) der europäischen Kultur erschlossen wurden. Die Päpste Nikolaus V., Kalixt III. und Sixtus IV. verliehen der portugiesischen Krone weitgehende kirchliche Privilegien in den neu entdeckten Ländergebieten, die später auch für die Entwicklung des Verhältnisses von Kirche und Staat von großer Bedeutung wurden.

Im 16. Jahrhundert machte die portugiesische Mission infolge der Entdeckungsfahrten Vasco da Gamas in Indien große Fortschritte. Die größten Verdienste erwarb sich in jenen Gegenden der hl. Franz von Xaver, von dem zahlreiche Briefe in diese Sammlung aufgenommen sind. Im Jahre 1567 fand in Goa das erste Provinzialkonzil statt.

An die portugiesischen Missionen in Indien schlossen sich die spanischen auf den Philippinen an, deren Literatur durch einen Reisebericht des Augustinermissionars Andreas de Urdaneta an König Philipp II. im Jahre 1560 eröffnet wird. In dieser Sammlung befinden sich sehr viele Schreiben der Missionare an den Hof und die Regierung zu Madrid. Durch literarische Tätigkeit hat sich besonders der Jesuit Alonso Sanchez († 1593) ausgezeichnet. Er redigierte auch die Beschlüsse der ersten Synode von Manila aus dem Jahre 1582. An der Spitze der japanischen Missionsliteratur steht ein Brief des Japanesen Paul Yajiro an den hl. Ignatius von 1548. Im folgenden Jahre begleitete dieser Missionar den hl. Franz Xaver nach Japan, der daselbst bis zum Spätjahr 1551 verweilte. Im Jahre 1585 erschien eine japanische Gesandtschaft bei den Höfen zu Rom und Madrid, die ein großes Aufsehen erregte. Noch vor Schluß des Jahrhunderts fand 1597 das Martyrium der 26 japanischen Christen in Nagasaki statt.

Von der chinesischen Mission datiert das erste Literaturstück aus dem Jahre 1554. Es handelt sich um einen informatorischen Bericht über die Gewohnheiten und Gesetze des Reiches China, der an den Jesuitenmissionar P. Melchior Nunez Barreto in Malaka gerichtet ist. Im Jahre 1583 beginnen die Briefe des P. Matthaeus Ricci S. J., der in diesem Jahre den chinesischen Boden betrat und die Reihe der großen Jesuitenmissionare in dem Reiche der Mitte eröffnete. Sein Einfluß auf die christliche Literatur in China reicht noch bis in unsere Tage.

Das Gesamtverzeichnis der Literatur dieses Bandes umfaßt im ganzen 2052 Nummern, denen als Appendices noch einige ungedruckte Dokumente und Linguistika angefügt sind. Es wird also wiederum ein sehr stattlicher Katalog dargeboten, der den Forschern der katholischen Missionsgeschichte für die verschiedensten Perioden und Gegenden zu Hülfe kommt. Unsere Inhaltsskizze hat die Reichhaltigkeit und Mannigfaltigkeit des Stoffes deutlich genug hervortreten lassen.

Freiburg i. B.

N. Hilling.

18. *Revue des Communautés Religieuses. Documents du Saint-Siège.* (1918—1924.) Texte et Commentaire. [Museum Lessianum—Section Théologique.] (X u. 96.) Löwen, Museum Lessianum, 1928. Belgas 3.50.

Als Beiheft zu der seit 1925 erscheinenden ordensrechtlichen Zeitschrift *Revue des Communautés Religieuses* unter der Redaktion von J. Creusen und E. Jombart hat der zuerst genannte Gelehrte die ordensrechtlichen Erlasse des Hl. Stuhles aus den Jahren 1918—1924 in französischer Übersetzung und mit einem ausführlichen Kommentar versehen herausgegeben. Die Sammlung schließt mit 1924 ab, weil von da an sämtliche ordensrechtliche Kundgebungen des Hl. Stuhles in der genannten Zeitschrift publiziert sind.

Die hauptsächlich für Spirituale, Superioren und Ordensoberen der klösterlichen Genossenschaften bestimmte Publikation ist wegen ihrer klaren und übersichtlichen Anordnung und der guten Inhaltsverzeichnisse als recht geeignet und brauchbar zu bezeichnen. Weniger glücklich ist die Titelüberschrift ausgefallen.

Freiburg i. B.

N. Hilling.

19. *Raphael Molitor O. S. B., Aus der Rechtsgeschichte benediktinischer Verbände.* Untersuchungen und Skizzen. I. Band: Verbände von Kloster zu Kloster. (XL und 386.) Münster i. W., Aschendorff, 1929. M. 17.25.

Bekanntlich ist das abendländische Mönchtum nach der Regel des hl. Benedikt auf dem Grundsatz der Autonomie oder Selbstverwaltung des Einzelzönobiums aufgebaut. Durch Rechtsnormen mit einander verbundene Klosterverbände sind der Regel des Ordenspatriarchen unbekannt. Man kann daher nicht von einem Benediktinerorden im Rechtssinne sprechen, sondern zwischen den einzelnen Klöstern bestand nur ein ideeller Zusammenhang, der auf dem Streben nach demselben Ordensideal und auf der Beobachtung derselben Regel beruhte.

Im Laufe der Zeit machte sich jedoch das Bedürfnis geltend, die einzelnen Klöster miteinander in eine nähere Rechtsverbindung zu bringen. Als Gründe dieser Vereinigung kommen die ideelle oder materielle Notlage einzelner Klöster, das Bestreben nach Reform und das Bedürfnis eines stärkeren Schutzes gegen äußere Gewalten in Betracht. Die Formen des Zusammenschlusses sind sehr mannigfaltig und den jeweiligen Rechtsideen der Zeit angepaßt. Teils gingen die Verbände aus dem Schoße der Klöster selbst hervor, teils wurden sie auch durch die Autorität der Kirche von außen her angeordnet.

Der Verfasser der vorliegenden rechtsgeschichtlichen Untersuchung Abt Molitor von St. Joseph bei Coesfeld i. W. hat diese Entwicklung systematisch verfolgt und die einzelnen Phasen des Zusammenschlusses der Klöster bis zum Ende des 18. Jahrhunderts eingehend dargelegt.

An erster Stelle behandelt er die moralischen Verbindungen, die durch die Hilfe und Unterstützung der benachbarten Äbte — *Abbatess vicini* — bei vorübergehenden Schwierigkeiten eines Klosters, durch die Bildung der monastischen Gewohnheiten und durch die Konfraternitäten hergestellt wurden. Die ältesten Rechtsverbindungen hatten ihre Ursache in den feudalistischen und germanischen Rechtsanschauungen. Einige Klöster begaben sich in den Schutz anderer oder wurden deren Eigenklöster. Auch wurde durch die Personalunion der Klöster unter *einem* Abte eine Verbindung geschaffen. Dieses geschah u. a. auch bei den sog. Doppelklöstern. Eine andere Art der Union trat durch die Gründung von sog. *Cellae* ins Leben; jedoch hat die letzte In-

stitution von Haus aus mehr den Charakter einer Zersplitterung des Klosterwesens.

Unter den konkreten Klosterverbänden nimmt der von Cluny eine hervorragende Stelle ein. Er beruhte auf dem System der Cellae und der unterworfenen Klöster. Dagegen gab der Zisterzienserorden das Prinzip der Eigenklöster und der Cellae auf und errichtete seine Organisation auf dem Grundsatz der Filiation. Den ältesten Klosterverband mit eigener Rechtspersönlichkeit stellt die Kongregation der Kamaldulenser dar, die zugleich Züge des Eremitentums in sich aufnahm. Dagegen hat die Kongregation von Vallumbrosa das Zönobitentum beibehalten.

Das vierte Laterankonzil schrieb in dem berühmten cap. In singulis (c. 7 Extra III, 25) die Abhaltung von Provinzialkapiteln vor, die alle drei Jahre stattfinden sollten. Hierdurch wurde ein Klosterverband auf territorialer Basis gebildet, der zwar keine Rechtspersönlichkeit darstellte, aber doch ein oberes jurisdiktionelles Organ besaß. Die Einrichtung der Äbtekapitel war aber schon früher bekannt, nicht bloß im Zisterzienserorden, der dieselbe in den Mittelpunkt seiner Verfassung stellte, sondern auch bei anderen Klöstern. So wurde z. B. 1149 in Korvey ein Äbtekapitel in Anwesenheit des bekannten Abtes Wibald gefeiert.

Im Ausgange des Mittelalters entstanden die Kongregationen der Silvestriner, Coelestiner, Olevitaner und von Valladolid. Einen noch größeren Einfluß erlangten die Kongregationen von S. Justina in Padua, die nach dem Anschlusse von Monte Cassino auch als die kassinesische bezeichnet wurde, und von Bursfeld. Die erste war stark zentralistisch und demokratisch organisiert, die letzte hatte in verfassungsrechtlicher Hinsicht ein konservativeres Gepräge.

Das Konzil von Trient wiederholte in der 25. Sitzung (cap. 8 und 22 de regul. et monialibus) die Bestimmungen des 4. Laterankonzils über die Provinzialkapitel. Seitdem bildeten sich verschiedene Kongregationen auf regionaler Grundlage, die teils föderalistisch, teils zentralistisch organisiert waren.

Der im Voraufgehenden geschilderte Verlauf der benediktinischen Unionsbewegung war im großen und ganzen bereits bekannt und ist z. B. auch in dem Werke von *Max Heimbucher*, *Die Orden und Kongregationen der katholischen Kirche*, 2. Aufl., 1907 dargestellt. Jedoch gebührt Molitor das Verdienst, viel neues Material beigebracht und die einzelnen Stufen der Entwicklung namentlich nach der juristischen Seite hin schärfer heraus-

gearbeitet zu haben. Seine Untersuchungen bilden daher einen sehr wertvollen Beitrag zur Verfassungsgeschichte des Benediktinerordens. Allerdings fehlt dem Werke die große Linie der historischen Darstellung. Namentlich deshalb, weil die systematischen Erörterungen vorwiegen und bei den einzelnen Arten der Ordensverbände, z. B. von Cluny und Citeaux, auch die späteren Veränderungen ausführlich dargestellt werden. Auf die Zentralisationsbestrebungen innerhalb des Benediktinerordens sind ferner auch die Vorbilder anderer Orden, z. B. der geistlichen Ritterorden, von Einfluß gewesen, auf die Molitor nicht genügend eingegangen ist.

Freiburg i. B.

N. Hilling.

20. *Abiah Elisabeth Reuter, Königtum und Episkopat in Portugal im 13. Jahrhundert.* [Abhandlungen zur Mittleren und Neueren Geschichte 69.] (XIII u. 120.) Berlin-Grunewald, Rothschild, 1928. M. 7.—.

Es ist erfreulich, daß auch die Kirchenpolitik der pyrenäischen Halbinsel mit in den Kreis der historischen Untersuchungen über das Verhältnis von Kirche und Staat im Mittelalter gezogen wird. Die vorliegende Studie behandelt die Stellung des Königtums zum Episkopat in Portugal während des 13. Jahrhunderts. Die Wichtigkeit des Inhalts wird durch die Absetzung des portugiesischen Königs Sancho II. durch Innozenz IV. im Jahre 1245 und den langwierigen Kirchenstreit unter seinem Nachfolger Affonso III. von 1266—1279, der erst unter König Diniz im Jahre 1289 beigelegt wurde, angedeutet. Die Hauptstreitpunkte bildeten den Einfluß der Krone auf die kirchliche Stellenbesetzung namentlich bei den Bischofsstühlen, die Privilegia fori und immunitatis und die Amortisationsgesetze. Für Portugal stammt das älteste Amortisationsgesetz bereits aus dem Jahre 1211, während die bekannte Dekretale Alexanders IV. »Quia nonulli«, die gegen diese Praxis in Frankreich einschritt, erst im Jahre 1260 erlassen wurde. Siehe cap. 1 in VI^o III, 23.

Die Verfasserin hat sich im großen und ganzen auf die Darstellung des äußeren Verlaufs der kirchenpolitischen Streitigkeiten und Kämpfe, in die auch das Papsttum kräftig eingriff, beschränkt. Die Untersuchung würde dadurch vertieft worden sein, wenn näher auf die eigentümlichen Grundlagen der staatskirchlichen Verhältnisse in Portugal eingegangen wäre. So hat man den Eindruck, daß es sich mehr oder minder um eine bloße Machtprobe handelt und der Streit gleichsam vom Zaune gebrochen

ist. Mit zu großer Scheu ist Reuter auch den kirchenrechtlichen Normen des Corpus juris canonici aus dem Wege gegangen. Nach meinem Dafürhalten wären aus zahlreichen Titeln der päpstlichen Dekretalensammlungen manche Stücke zu holen gewesen, die den Ausführungen ein etwas festeres Rückgrad gegeben hätten.

Die auf S. 12 erwähnte Art der Regelung der geistlichen Gerichtsbarkeit entspricht nicht dem kanonischen Recht, wie schon aus dem § post cap. 47 C. XI qu. 1 zu ersehen ist. Eine Ehescheidung auf Grund zu naher Verwandtschaft (S. 37) ist dem katholischen Kirchenrechte fremd; es kann sich dabei nur um eine Ungültigkeitserklärung der Ehe und eine Trennung der zusammenlebenden Personen handeln.

Freiburg i. B.

N. Hilling.

21. *August Hagen, Staat und katholische Kirche in Württemberg in den Jahren 1848—1862.* II. Teil. [Kirchenrechtliche Abhandlungen, Heft 107—108.] (VI u. 334.) Stuttgart, Enke, 1928. M. 22.—.

Nachdem der erste Teil der vorliegenden kirchenrechtlichen Abhandlung die Entwicklung der kirchenpolitischen Verhältnisse in Württemberg bis zum Abschlusse der Konvention von 1857 geschildert hat, — vgl. die Besprechung dieses Teiles in Band CVIII, 737 ff. dieses Archivs —, beschäftigt sich der zweite Teil mit den Vorgängen, die sich unmittelbar an die Konvention anschlossen. In drei umfangreichen Kapiteln behandelt der Verfasser 1. den Vollzug der Konventionsbestimmungen, 2. den Kampf gegen die Konvention und 3. das Kirchengesetz von 1862, das schließlich an die Stelle der Konvention trat. Die Schlußbetrachtungen fassen das Ergebnis der kirchenpolitischen Entwicklung Württenbergs in den Jahren 1848—1862 übersichtlich zusammen unter Hinweis auf die persönlichen und allgemeinen zeitgeschichtlichen Faktoren, die den Verlauf bestimmten. Als Anhang sind 19 wichtige Aktenstücke abgedruckt.

Der negative Ausgang der Württembergischen Konventionsbestrebungen, die an dem Widerstande der zweiten Kammer, die erforderliche Abänderung der den Konventionsbestimmungen entgegengesetzten kirchenpolitischen Gesetze vorzunehmen, scheiterte, liefert den Beweis, daß die Ausführung eines Konkordats oft schwieriger ist als der Abschluß desselben. Diese Erscheinung hat ihren sachlichen Grund in dem Umstande, daß der Konkordatsvertrag in der Regel nur die allgemeinen Grundsätze des Verhält-

nisses von Kirche und Staat aufstellt, während bei der Ausführung zahlreiche Einzelpunkte berücksichtigt werden müssen. In persönlicher Hinsicht ist sodann von großer Bedeutung, daß die Verhandlungen über die Konkordatsschlüsse zwischen wenigen, mit der betreffenden Materie aufs beste vertrauten und dem Überkommen prinzipiell geneigten Personen geführt werden, während bei den parlamentarischen Beratungen die Interessen der verschiedensten politischen Parteien ins Gewicht fallen. Eine ganz besonders große Gefahr aber wird für die Ausführung eines Konkordates, das die Gesamtbeziehungen zwischen Kirche und Staat neu normiert, dann heraufbeschworen, wenn es sich um ein konfessionell gemischtes Land handelt und die Gegenagitation auch in das Volk hineingetragen wird und dessen antikatholischen Instinkte wachgerufen werden. Findet eine derartige unsachliche Kampfweise in einem Volke einen erheblichen Boden, wie es leider in Württemberg und gleichzeitig auch in Baden vor 70 Jahren der Fall war, so ist es meistens um die Ausführung des Konkordats auf staatlicher Seite geschehen, auch dann, wenn die Regierung noch von einem guten Willen beseelt ist.

Mit diesen wenigen Sätzen ist bereits angedeutet, daß die sachlich tief eindringende und mit großer Objektivität geführte kirchenpolitische Darstellung von August Hagen auch für die Konkordatsfragen der Gegenwart eine wichtige Bedeutung beizumessen ist. Allerdings ist die heutige Zeitlage für die Durchführung eines Konkordats insofern entschieden günstiger als die vor 70 Jahren, weil die Beziehungen zwischen Staat und Kirche wesentlich gelockert sind und das prinzipielle kirchenpolitische Verhältnis bereits in der neuen Reichsverfassung und den Landesverfassungen geregelt ist. Es kann sich daher bei den heutigen Konkordatsschlüssen nur darum handeln, das geltende kirchenpolitische System vertraglich festzulegen und näher zu determinieren, während die Konkordate in den 50er Jahren des verfloßenen Jahrhunderts die Begründung eines neuen kirchenpolitischen Systems bezweckten.

Eines der interessantesten Dokumente aus der württembergischen Konkordatspolitik ist die Kanzelansprache des Königs Wilhelm I. vom 10. März 1861, in der der Monarch als Summus episcopus der evangelischen Landeskirche der konfessionellen Verhetzung seiner Glaubensgenossen mit allem Freimut entgegentritt. Es wird darin mit Recht betont, daß das Konkordat den Rechten der evangelischen Kirche keinen Abbruch tue, der Staat

aber die Pflicht habe, bei der Festsetzung der kirchenpolitischen Normen auch auf die Gewissen der Katholiken Rücksicht zu nehmen und diese Festsetzung am besten durch einen Vertrag mit dem Oberhaupte der katholischen Kirche geschehe. Siehe S. 128 ff.

Was die Klausel in dem Bischofseide »sicut decet Episcopum« — S. 102 ff. — betrifft, die zum ersten Male in dem österreichischen Konkordate gebraucht wird, so enthält dieselbe keine Begründung und Einschränkung, sondern einen Maßstab. Sachlich kann man darin teils eine Verstärkung, teils eine Abschwächung der bischöflichen Pflichten gegenüber dem Staate erblicken. Neuerdings ist diese Klausel in dem polnischen, litauischen und italienischen Konkordat angewandt worden. Der Ausdruck »praesens a sancta Sede approbata Ecclesiae disciplina« (S. 104 ff.) erstreckt sich nicht nur auf das geltende kirchliche Gewohnheitsrecht, sondern auch auf die Verwaltungspraxis, die vom Gewohnheitsrecht verschieden ist. Allerdings scheint der Verfasser auch die Verwaltungspraxis miteinzubegreifen, da er von dem kirchlichen Gewohnheitsrecht im weitesten Sinne des Wortes spricht. Vgl. meine Allgemeinen Normen des Codex Juris Canonici 46 ff.

Das bei der Ausführung der Konvention anfänglich zutage tretende Bestreben, den Professoren der katholisch-theologischen Fakultät die Staatsdienerrechte nicht mehr zu verleihen, wird von Hagen mit Recht beanstandet, weil diese unparitätische Behandlung den Untergang der Fakultät zur Folge gehabt haben würde. In Art. 3 § 2 des neuesten bayerischen Konkordates ist ausdrücklich die Klausel »unbeschadet seiner staatsdienerlichen Rechte« aufgenommen worden.

Für den Vertragscharakter der Konkordate ist die auf S. 164 angezogene Note des Kardinalstaatssekretärs Antonelli vom 3. August 1861 an den Württembergischen Minister Freiherrn von Hügel von großer Bedeutung. Ich lasse daher den hieraufbezüglichen Text der Note, die in diesem Archiv VI, 318 ff. in deutscher Übersetzung abgedruckt ist, im Wortlaute folgen: »Als man den Verhandlungen über das Konkordat Raum gab, hatte einerseits die königliche Regierung und andererseits der hl. Stuhl die feste und überlegte Absicht, zu einem Abschlusse zu gelangen, mittelst dessen das Verhältnis zwischen Kirche und Staat geordnet werden, und welcher den wahren Charakter eines beiderseitig verpflichtenden Vertrags haben sollte. Dies findet

seinen Beweis ebenso gut in den Namen der resp. Bevollmächtigten, welchen die Instruktionen für die Verhandlungen behufs des Abschlusses übergeben worden waren, als selbst in der Form des von den beiderseitigen Bevollmächtigten unterzeichneten und nachher in der herkömmlichen Weise von den beiden hohen Kontrahenten ratifizierten Aktes. Damit aber auch nach der Unterzeichnung die Natur des Vertrages noch besser konstatiert würde, haben sowohl der hl. Stuhl als die königliche Regierung in Gemäßheit des Übereinkommens mit der Ausführung einzelner Punkte, worüber man einig geworden war, sofort begonnen.

Da nun gezeigt ist, daß die Konvention in Wahrheit den bestimmten Charakter eines beiderseitig verpflichtenden Vertrags habe, so werden Eure Exzellenz wenigstens zuzugestehen geneigt sein, daß derselbe seine Kraft und Gültigkeit nicht verlieren konnte durch einen Beschluß, welcher nur von einem der beratenden Staatskörper ausgegangen sei, der geglaubt hat, in eigener Machtvollkommenheit und ohne sich an den andern stipulierenden Teil zu wenden, denselben als nichtig und nicht bestehend erklären zu können.«

Bei der Anzeige des Buches von Max Hussarek, *Die Verhandlungen des Konkordats vom 18. August 1855* (1922), in Band CII, 158 dieser Zeitschrift habe ich diese Abhandlung als die wichtigste kirchenrechtliche Neuerscheinung des laufenden Jahres bezeichnet. Ich glaube den übrigen Autoren des katholischen Kirchenrechts kein Unrecht zu tun, wenn ich das Gleiche auch über das zweibändige Werk ähnlichen Inhalts von August Hagen aussage. Der Verfasser hat sich mit dieser Schrift in hervorragender Weise in die kirchenrechtliche Literatur eingeführt. Es wäre gewiß zu begrüßen, wenn ihm Gelegenheit geboten würde, seine juristischen und kanonistischen Kenntnisse noch weiter auf diesem Gebiete nutzbar zu machen.

Freiburg i. B.

N. Hilling.

22. *Ulrich Stutz, Über das Verfahren bei der Nomination auf Bischofsstühle.* Sonderabdruck aus den Sitzungsberichten der Preußischen Akademie der Wissenschaften. Phil.-histor. Klasse 1928, XX. 4^o. (20.) Berlin, Kommissionsverlag von Walter de Gruyter & Co., 1928. M. 2.—.

Über die Praxis der Bischofsnominationen während des letzten Jahrhunderts in Frankreich, Österreich und Bayern haben die in den letzten Jahren erschienenen Forschungen von *Stutz*,

Freiherrn von Hussarek und *Scharnagl* neue Aufschlüsse gegeben. Der zuerst genannte Autor stützte seine Darlegung auf die Memoiren des ehemaligen französischen Nuntius Kardinal Ferrata, die beiden letzten auf archivalische Quellen.

In dem vorliegenden Akademievortrag faßt Ulrich Stutz die Ergebnisse der drei Schriften zusammen, stellt die Praxis der verschiedenen Länder in Parallele und legt die ihr zu Grunde liegenden kirchenpolitischen, politischen und religiösen Zeitströmungen dar. Interessant und lehrreich ist vor allem die Verschiedenheit zwischen der österreichisch-bayerischen Praxis einerseits, — Verhandlungen zwischen der Krone und dem Hl. Stuhle — und der französischen anderseits —, Verhandlungen zwischen der Regierung und dem Nuntius. Vielleicht ist dieser Unterschied auch darin begründet, daß die Zahl der französischen Bistümer die der beiden anderen Länder bei weitem überragt.

Freiburg i. B.

N. Hilling.

23. *Giuseppe Forchielli, I mansi diocesani delle parrocchie povere nell' ex-Stato della Chiesa.* (45.) Estratto della Rivista »Il Diritto Ecclesiastico« anno XXXIX no. 3—4. Roma, Biblioteca del »Diritto Ecclesiastico« 1928.

Aus den während der Revolutionszeit in Italien säkularisierten Kirchengütern errichteten Leo XII (1826) und Gregor XVI. besondere Diözesan- und Interdiözesanfonds — *mansi comuni* — für die Unterstützung armer Pfarreien, um den betreffenden Pfarrern eine entsprechende Congrua zu gewährleisten. Schon zehn Jahre früher hatte Pius VII. 1816 für diesen Zweck die säkularisierten Güter des Konvents S. Francesco di Arquata bestimmt.

Forchielli untersucht in interessanten Ausführungen die juristische Natur dieser Vermögensmassen und zieht aus den Ergebnissen Schlüsse für die heutige Rechtslage der *mansi comuni* im Königreich Italien. Die Studie bildet einen wichtigen Beitrag zur Geschichte der Säkularisation im Kirchenstaate.

Freiburg i. B.

N. Hilling.

24. *Giuseppe Forchielli, Collegialità di chierici nel Veronese.* Parte I. Alto medio evo. (VIII u. 117.) Estratto dall' Archivio Veneto. Venezia, Carlo Ferrari, 1928.

Wie in anderen Ländern z. B. Frankreich und Deutschland, so waren auch in Italien während der ersten Hälfte des Mittelalters an den Pfarrkirchen zahlreiche Geistliche angestellt. Diese

Kleriker führten in der Regel ein gemeinsames Leben und waren später zu einer Korporation zusammengeschlossen. In dem Gebiete der Stadt und Diözese Verona war für diese Priesterkollegien in der Zeit vom 9.—11. Jahrhundert der Name *schola sacerdotum* üblich. Der Verfasser vertritt die Ansicht, daß der Name »schola« die juristische Person speziell als Trägerin der Vermögensrechte bezeichnet. Er schreibt S. 76: *Insomma la »schola« è entità giuridica patrimoniale; indica un complesso di beni appartenente ad un determinato gruppo corporativo.*

Die vorliegende kirchenrechtsgeschichtliche Studie bietet eine interessante Darlegung über die Geschichte des Namens *schola* und die verschiedenartigen Erklärungsversuche seiner Bedeutung. Sie enthält ferner eine historische Übersicht über die Veronesischen Urkunden, in denen der Ausdruck *schola sacerdotum* für die einzelnen Stadt- und Landkirchen vorkommt. Die beiden grundlegenden Urkunden des Bischofs Ratoldo (813) und Ludwigs d. Fr. (820) werden im Wortlaut mitgeteilt. Im letzten Teile findet sich eine systematische Darstellung über die persönliche Zusammensetzung und die Verfassung der behandelten Priesterkollegien. Vgl. auch die Abhandlung desselben Verfassers »Una plebs baptismalis cum schola juniorum a San Giorgio di Valpolicella nell'età Longobarda, in: *Studi Urbinati* 1927 no. 2. Erläuterung einer Steininschrift aus dem Jahre 712.

Freiburg i. B.

N. Hilling.

25. *Anneliese Esch, Die Ehedispense Johannis XXII. und ihre Beziehung zur Politik.* [Historische Studien 183.] (71.) Berlin, Ebering, 1929.

Obwohl diese Schrift auf ihrem Titelblatte die Bezeichnungen der Ehedispense Johannis XXII. zur Politik betont, liefert sie doch auch wertvolle Beiträge zur Dispenspraxis der Ehehindernisse überhaupt. Wir erfahren z. B. daraus, daß Papst Johann XXII. bereits vom ersten Grade der Schwägerschaft in der Seitenlinie dispensiert hat, während *Rudolf von Scherer*, Handbuch des Kirchenrechtes II, 461 Anm. 32 als ersten derartigen Fall eine Dispens Martins V. von 1418 bezeichnet.

Irrtümlich erklärt die Verfasserin S. 20 den Mangel des Alters für ein aufschiebendes Ehehindernis. Die auf S. 21 Anm. 56 erwähnte Dispens hat mit einer Ehedispens im eigentlichen Sinne nichts zu tun. Sie bedeutet vielmehr die Erlaubnis des Papstes zur Eingehung einer neuen Ehe, da die vorausgegangene Ehe-

schließung ungültig war. Die Ungültigkeitserklärung der ersten Ehe stützte sich auf die Dekretale Bonifaz' VIII. »Si infantes« von 1298. cap. 1 in VI^o, IV, 1. Auf S. 23 behauptet Esch: Das Verbot der »benedictio secundarum nuptiarum« stand im engen Zusammenhang mit der geringen Einschätzung der zweiten Ehe, besonders seitens der Frau. Hierzu ist zu bemerken, daß der Hauptgrund des Verbots darin beruht, daß der einmal erteilte Ehesegen, der gleichsam die Weihe zur Mutterschaft bedeutet, nicht wiederholt werden darf. So heißt es z. B. in einer Dekretale Alexanders III. (cap. 3 Extra IV, 21): quia cum alia vice benedicti sint, eorum benedictio iterari non debeat.

Die Abhandlung ist auch als phil. Dissertation der Universität Freiburg i. B. 1928 erschienen. Vgl. auch *Elsb. Jaffé*, Die Ehepolitik Bonifaz' VIII., bisher ungedruckte phil. Diss. Freiburg i. B. 1921.

Freiburg i. B.

N. Hilling.

26. Willibald Kullmann O. F. M., *Die Franziskaner in Warendorf 1628—1928*. Ein Beitrag zur Warendorfer Heimatkunde. (143.) Warendorf, Peter Heine & Co., 1928.

Zum dreihundertjährigen Bestehen des Franziskanerklosters in Warendorf hat P. Willibald Kullmann ein schlichtes Erinnerungsbuch verfaßt. Mit Ausnahme der Kulturkampfsjahre 1875—1887 war das Warendorfer Franziskanerkloster stets geöffnet, und selbst während dieser schweren Verfolgungszeit blieb ein Pater als Wächter des Klosters in Warendorf zurück. Von 1675—83 und 1754—1820 hatte die Patres auch die Leitung des Gymnasiums Laurentianum inne. Wie die Jubiläumsfeier vom 17.—20. Mai 1928 so beweist auch die gesamte Geschichte des Klosters, daß die Söhne des hl. Franziskus aufs innigste mit den Bürgern der Stadt verbunden waren, die sie vor 300 Jahren zur katholischen Kirche zurückführten. Die beiden bedeutendsten Franziskaner, die während des 19. Jahrhunderts in das Noviziat zu Warendorf eintraten, waren P. Ignatius Jeiler und P. Gregor Janknecht, von denen sich der erste als hervorragender theologischer Schriftsteller und der letzte als erfolgreicher Ordensprovinzial auszeichnete. Die Portraits dieser Männer sind in gelungener Darstellung in der Festschrift abgebildet. Der Name des auf S. 83 erwähnten Osnabrücker Weihbischofs heißt nicht Luppe sondern Lüpke.

Freiburg i. B.

N. Hilling.

27. *Theodor Grentrup, Die kirchliche Rechtslage der deutschen Minderheiten katholischer Konfession in Europa.* Eine Materialiensammlung. [Handbücher des Ausschusses für Minderheitenrecht.] XVI u. 474.) Berlin, Deutsche Rundschau G. m. b. H., 1928. M. 18.50.

Im Jahre 1927 veröffentlichte P. Theodor Grentrup, Mitglied der Steyler Missionsgenossenschaft, eine Darstellung unter dem Titel »Nationale Minderheiten und katholische Kirche« die in Bd. CVII, 775 ff. dieser Zeitschrift angezeigt wurde. Gleichsam zur Ergänzung dieser Schrift hat der Verfasser jetzt eine Materialiensammlung herausgegeben, die die dokumentarischen Belege für die früher publizierte Darstellung enthält und daher einen unmittelbaren Einblick in die tatsächliche Rechtslage der deutschen Minderheiten katholischer Konfession in kirchlicher und religiöser Hinsicht ermöglicht. Wie aus dem großen Umfange der Sammlung erhellt, hat der Herausgeber den Rahmen möglichst weit gespannt. Er hat nicht bloß die Quellenstellen publiziert, die die Minderheitenfrage unmittelbar betreffen, sondern auch die jeweilige kirchenpolitische Grundlage des betreffenden Landes mit berücksichtigt. Es war dieses nötig, um die Minderheitenvorschriften systematisch in den Gesamtbau der kirchenpolitischen Vorschriften einzuflügen. Infolge dessen kann die Sammlung auch zu anderen kirchenpolitischen Studien benutzt werden. Beispielsweise sind darin auch die neuesten Konkordate von Lettland, Polen und Litauen im vollen Wortlaute aufgeführt.

Die Reichhaltigkeit der Edition wird ferner dadurch zum Ausdruck gebracht, daß sie neben den staatlichen und kirchlichen Gesetzen, Verordnungen und Ausführungsbestimmungen auch Briefe, Reden und Eingaben enthält, die sich speziell mit den Minderheitenproblemen beschäftigen. In territorialer Hinsicht erstreckt sich die Publikation auf Belgien (Eupen-Malmedy), Dänemark, Estland, Frankreich, (Elsaß-Lothringen) Italien (Deutsch-Südtirol), Jugoslawien, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Sowjetrußland, Tschechoslowakei und Ungarn. Im ganzen also auf 13 verschiedene Länder Europas, in denen die Minderheitenfrage eine akute Rolle spielt.

Es ist meines Erachtens zu begrüßen, daß auch die theologischen und kirchlichen Kreise zu der sog. Minderheitenfrage Stellung nehmen. Denn dadurch wird die beste Gewähr geboten, daß dieses heikle Problem im Geiste der Verständigung und des Friedens gelöst wird. Das Ziel dieser Bestrebungen muß nach

der Direktive Leos XIII., auf die ich in der Besprechung des darstellenden Buches von P. Grentrup hingewiesen habe, dahin gerichtet sein, daß unseren deutschen Stammesgenossen die nationalen Güter ihrer angestammten Sprache und Sitten erhalten werden, ohne daß ihre politischen Pflichten gegenüber den Staaten, denen sie angehören, einen Schaden erleiden. Von allen politischen Tendenzen des Irredentismus muß sich die Kirche fern halten.

Auf Seite 1 schreibt Grentrup, daß die belgischen Staatsgehälter an die Geistlichen als »Gegenwert der von ihnen geleisteten Dienste zum Nutzen des Volksganzen« betrachtet werden. Es ist aber wohl richtiger, sie als Entschädigung für die säkularisierten Kirchengüter aufzufassen. Denn nach der ersten Annahme beruht die Zahlung auf der Freiwilligkeit des Staates, und die Gehälter könnten im Wege der Verfassungsänderung jederzeit aufgehoben werden.

Freiburg i. B.

N. Hilling.

28. J. Lammeyer, *Die Institutionen des Gaius*. (382.) Paderborn, Schöningh, 1929. M. 6.80.

Wie vor fünfzehnhundert Jahren so machen sich auch heute noch die meisten Anfänger im Studium des römischen Rechts mit dem kurzen Lehrbuch des Gaius bekannt. Für den Neodiscipulus des kanonischen Rechts ist die Lektüre dieses Buches nicht minder empfehlenswert. Wenn Gaius Lib. I § 8 schreibt: *Omne autem ius quo utimur vel ad personas pertinet, vel ad res vel ad actiones*, so wissen wir, daß auf diesem Einteilungsprinzip auch der moderne Codex Juris Canonici aufgebaut ist. Besonders instruktiv für den Kanonisten ist das 4. Buch des Gaius über das Prozeßrecht. Sogleich im Anfange desselben treffen wir die klassische Definition über die persönlichen und die dinglichen Klagen, welche die beiden Hauptarten der Zivilklagen darstellen.

Der Privatdozent an der Universität Köln Jos. Lammeyer hat sich daher auch um das Studium der kanonischen Rechtswissenschaft verdient gemacht, indem er die Institutionen des Gaius in einer handlichen und leicht lesbaren deutschen Übersetzung zugänglich machte. Die neue Ausgabe soll die vergriffene Übersetzung von Beckhausen ersetzen. Am Schlusse ist ein Verzeichnis der römisch-rechtlichen Termini angefügt. Vielleicht wäre auch ein Inhaltsverzeichnis und ein Sachregister

angebracht gewesen, da die fortlaufende Darstellung des Gaius sehr unübersichtlich ist. Sehr nützlich ist die von Lammeyer nach dem neuesten Stande ausgearbeitete literarische Einleitung.

Freiburg i. B.

N. Hilling.

29. *Jahrbuch der Caritaswissenschaft* 1929, herausgeg. von Franz Keller. (188.) Freiburg i. B., Akademischer Werkverlag, 1929. M. 3.—.

Das Institut für Caritaswissenschaft an der Universität Freiburg i. B. unter der Leitung von Professor Keller hat als ständiges Publikationsorgan auch in diesem Jahre ein Jahrbuch herausgegeben. Die erste Abteilung »Zur Grundlegung« enthält nicht weniger als neun wissenschaftliche Aufsätze, darunter auch eine Abhandlung von J. Mayer: Vinzenz von Paul oder Vinzenz Depaul. Der Verfasser hat sich für die Richtigkeit der ersten Schreibweise entschieden, während Wilh. Liese in seiner Geschichte der Caritas I, 275 Anm. 1 dieselbe als »bestimmt unrichtig« bezeichnet. Meines Erachtens ist der Streit ziemlich gegenstandslos. Denn es ist mit Sicherheit nachgewiesen, daß »De« die Proposition »von« und Paul eine Ortsbezeichnung bedeutet. Daher kann die deutsche Bezeichnung von Paul ruhig beibehalten werden. In der zweiten Abteilung sind unter zehn Nummern Berichte aus der Caritas-Bewegung zusammengestellt. Die letzte Abteilung bringt aus der Feder von J. Mayer eine dankenswerte Zusammenstellung des Schrifttums unter acht Hauptrubriken.

Zu begrüßen ist, daß das »Jahrbuch« dieses Mal früher als sonst und gleich am Schlusse des ersten Quartals, das auf das Berichtsjahr folgt, erschienen ist.

Freiburg i. B.

N. Hilling.

30. *Wilhelm Liese, Lorenz Werthmann und der deutsche Caritasverband*. (IX u. 627.) Mit mehreren Abbildungen. Freiburg i. B., Caritasverlag, 1929. Geb. M. 18.60.

Dem am 10. April 1921 zu Freiburg i. B. verstorbenen Begründer und ersten Vorsitzenden des Caritasverbandes für das katholische Deutschland hat Wilhelm Liese in der vorliegenden umfangreichen Biographie ein würdiges literarisches Denkmal gesetzt. Der Verfasser war zu dieser Aufgabe um so eher berufen, als er im Jahre 1922 zum 25jährigen Jubiläum des Verbandes das zweibändige Werk »Geschichte der Caritas« heraus-

gab und lange Zeit hindurch persönlich mit Werthmann zusammenarbeitete.

Das Verdienst Werthmanns besteht hauptsächlich darin, daß er durch die volle Einsetzung seiner Persönlichkeit eine private Organisation ins Leben rief, die die katholische Caritasarbeit in Deutschland organisierte und zentralisierte. Die Hauptarbeit wurde in den Jahren 1897–1916 geleistet. Denn in dem zuletzt genannten Jahre wurde die Verfassung des Deutschen Caritasverbandes wesentlich umgestaltet und ihm der Charakter einer kirchlichen Vereinigung im Sinne des Canon 686 § 1 des Codex Juris Canonici beigelegt.

Als die intellektuellen Urheber und literarischen Wegebereiter für die Gründung des Caritasverbandes kommen hauptsächlich der Düsseldorfer Landesrat Max Brandts und der geistliche Rektor Matthias Kinn in Arenberg bei Koblenz in Betracht. Lorenz Werthmann hat aber die von diesen Männern vorgetragenen Gedanken in die Tat umgesetzt und durch unablässige Kleinarbeit das im Jahre 1897 zu Köln gepflanzte kleine Reis des Caritasverbandes zu einem großen Baume emporwachsen helfen. Der Gründer des Deutschen Caritasverbandes war seiner ganzen Natur nach ein großer Praktiker und Organisator, der schon im Germanikum zu Rom die Stelle eines Studentenpräfekten bekleidete und später lange Zeit als bischöflicher Zeremoniar wirkte. Jedoch fehlte es ihm keineswegs an theoretischen Kenntnissen, da er in Rom sieben Jahre Theologie und Philosophie studierte und später in Freiburg fast sämtliche juristische und einige volkswirtschaftliche Vorlesungen besuchte.

Die apostolische Begeisterung, welche sein späteres Wirken so sehr auszeichnete, daß man ihn als den Caritasapostel Deutschlands bezeichnen kann, scheint ihm schon im römischen Germanikum eingepflanzt worden zu sein. Er schreibt darüber in seinem Sammelbuch *Varia*: »Der Beruf der Germaniker muß sein, an der Spitze jeder katholischen Bewegung zu stehen: mit Begeisterung und Energie, mit Klugheit und Ausdauer dem katholischen Leben und den katholischen Ideen Verbreitung und Geltung zu verschaffen. Nicht darf man sich in Landpfarrhäuser einschließen lassen, um rationellen Rübenbau zu treiben; nein, wie eine fliegende Schwadron unermüdlich, bald hier, bald dort wirken.« (S. 20) Diese Sätze verraten zwar noch etwas jugendliches Ungestüm, sind aber für das spätere Wirken Werthmanns sehr charakteristisch. Noch ansprechender ist das Gelübde, das er wahrscheinlich 1899 in der Kirche des Montmatre in Paris ablegte: »immer

ein treuer Diener der Armen und energischer Förderer der Caritas zu sein und niemals um kirchliche Stellungen (Benefizien) sich zu bemühen. S. 539). Hier offenbart sich die Gesinnung des Opfers und der Demut, die die Grundlage für jede erfolgreiche Liebestätigkeit im christlichen Sinne bilden.

Aufgefallen ist mir, daß der Verfasser bloß die Eltern Werthmanns behandelt, ohne der früheren Vorfahren zu gedenken. Vielleicht wäre eine nähere Untersuchung über die weitere Genealogie nicht unfruchtbar gewesen. Sodann könnte man es als wünschenswert bezeichnen, daß die katholische Caritasbewegung in Deutschland im engeren Anschlusse an die Zeitgeschichte und unter Berücksichtigung der sozialen, politischen und kulturellen Umwelt dargestellt worden wäre, weil dann auf die ganze Entwicklung deutlichere Schlaglichter fallen würden. Daß Liese sich hierin eine große Zurückhaltung auferlegt hat und sich vornehmlich die Aufarbeitung des vorhandenen Akten- und Urkundenmaterials zum Ziele machte, ist aber vielleicht auf den Umstand zurückzuführen, daß er einige Jahre vorher das bereits erwähnte Buch über die Geschichte der Caritas veröffentlichte.

Freiburg i. B.

N. Hilling.

Literaturverzeichnis.^{1 u. 2)}

I. Lehrbücher.

Hove, A. van, *Commentarium Lovaniense in Codicem Juris Canonici*. Vol. I. Tom. I. Prolegomena. (XX u. 373.) Mecheln, H. Dessain, 1928. Belga 8.—.

Ojetti, B., *Commentarium in Codicem Juris Canonici*. II. Liber secundus, De Personis. (Canones praeliminaries 87—107.) (IV u. 222.) Romae, Universitas Gregoriana, 1929. L. 20.—.

Cappello, F. M., S. J., *Summa iuris canonici in usum scholarum concinnata*. Vol. I. 12°. (528.) Rom, Univ. Gregoriana, 1928. L. 18.—.

Augustine, Ch., O. S. B., *A Commentary on the new Code of Canon Law*. Fifth Ed. Vol. I. Introduction and general Rules. (can. 1—86.) 12°. (280.) St. Louis, Herder, 1926.

1) Vom Herausgeber zusammengestellt.

2) Wo das Format nicht angegeben, ist 8° zu ergänzen.

Hilling, N., Der Codex Juris Canonici. [Religiöse Quellen-schriften.] (67.) Düsseldorf, Schwann, 1929.

II. Rechtsphilosophie und Soziologie.

Stammler, Rudolf, Lehrbuch der Rechtsphilosophie. 3. Aufl. (XVI u. 393.) Berlin, De Gruyter, 1928. M. 13.—.

—, Die Richtigkeit eines Rechtes in Lehre und Praxis, in: Zeitschrift für Rechtsphilosophie IV, 1 ff.

Weigelin, Ernst, Einführung in die Moral- und Rechts-philosophie. Grundzüge einer Wirklichkeitsethik. (VIII u. 202.) Leipzig, F. Meiner, 1927.

Heinsheimer, Karl, Lebendiges Recht. Rektoratsrede. Mit Anmerkungen. (32.) Heidelberg, Winter, 1929. M. 2.—.

Jellinek, Walter, Schöpferische Rechtswissenschaft. Rektorats-rede. (22.) Kiel, Lipsius & Fischer, 1928. M. 0.80.

Schönfeld, Walther, Ueber den Begriff einer dialektischen Jurisprudenz. [Greifswalder Universitätsreden, 20.] (51.) Greifswald, Bamberg, 1929.

Maier, K. H., Die Freiheitsidee als Rechtsprinzip, in: Soziale Kultur 47, 149 ff.

Binder, Julius, Staatsraison und Sittlichkeit. 4^o. (72.) Berlin, Junker & Dünhaupt, 1929. M. 4.50.

Schilling, Die augustinische Staatslehre, in: Theol. Quartal-schrift 1928, 398 ff. (Verteidigung gegenüber der Schrift von G. Combès).

Stegemann, Viktor, Augustins Gottesstaat. Heidelberger Abhandlungen zur Philosophie und ihrer Geschichte, 15.] (80.) Tübingen, Mohr, 1928. M. 4.40.

Roland-Gosselin, B., La doctrine politique de Saint Thomas d' Aquin. 12^o. (168.) Paris, Rivière, 1928.

Bendemann, O., Studie zur Staats- und Sozialauffassung des Thomas Morus. (93.) Berlin-Charlottenburg, Hoffmann, 1929. M. 3.60.

Beuve-Méry, H., La théorie des pouvoirs publics d' après François de Vitoria. (116.) Paris, Edit. Spes, 1928. Fr. 20.—.

Barcia Trelles, C., Francisco de Vitoria fundator del derecho internacional moderno. (XII u. 229.) Valladolid, Universidad, 1928. Pes. 8.—.

Lüthje, H., Melanchthons Anschauung über das Recht des Widerstandes gegen die Staatsgewalt, in: Zeitschrift für Kirchengeschichte 1928, 512 ff.

Gemmel, Jakob, Zur Staatslehre des Kardinals Bellarmin, in: Scholastik IV, 161 ff.

Schuster, J. B., S. J., Der Rechtsbegriff bei Julius Binder, in: Scholastik III, 394 ff.

Dempf, A., Die christliche Staatsphilosophie vor den politischen Aufgaben der Gegenwart, in: Der kath. Gedanke I, 396 ff.

- Walz, Adolf, Kritik der phänomenologischen reinen Rechtslehre Felix Kaufmanns. Aphorismen zur Rechtstheorie. (VIII u. 77.) Stuttgart, Kohlhammer, 1928.
- Schwer, W., Katholische Gesellschaftslehre. (VIII u. 294.) Paderborn, Schöningh, 1928. M. 7.50.
- De Schepper, G., De sociologiae vera significatione, in: Apollinaris I, 156 ff.
- Kaibach, R., O. M. Cap., Das Gemeinwohl und seine ethische Bedeutung. [Abhandlungen aus Ethik und Moral, 7.] (X u. 227.) Düsseldorf, Schwann, 1928. M. 7.—.
- Michon, G., Les documents pontificaux sur la démocratie et la société moderne. [Collection Les textes du christianisme.] 12°. (276.) Paris, Rieder, 1928. F. 25.—.
- Winter, Ernst Karl, Die Sozialmetaphysik der Scholastik. [Wiener Staats- und Rechtswissenschaftl. Studien, 16.] VI u. 176.] Leipzig, Franz Deutike, 1929. M. 10.—.
- Hintze, Otto, Soziologische und geschichtliche Staatsauffassung. Zu Franz Oppenheimers System der Soziologie, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 1929, 35 ff.
- Salsmans, J., De elemento morali in Codice J. C., in: Jus Pontificium VIII, 159 ff.

III. Allgemeine Grundbegriffe.

- Stoop, A., Analyse de la notion du droit. (VIII u. 252.) Haarlem, Tjeenk Willenk & Zoon, 1927.
- Gillet, P., De lege data et nondum promulgata, in: Jus Pontificium VIII, 216 ff.
- Wehrlé, R., De la coutume dans le droit canonique. Essai historique s'étendant des origines de l'Eglise au pontificat de Pie XI. (XVIII u. 450.) Paris, Recueil Sirey, 1928. F. 50.—.
- Jung, Erich, Das sogenannte Gewohnheitsrecht als Grundfrage der Rechtsquellenlehre, in: Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie XXII, 227 ff.
- Lange-Ronneberg, Erwin, Die Konkordate, ihre Geschichte, ihre Rechtsnatur und ihr Abschluß nach der Reichsverfassung vom 11. August 1919. [Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft, Sektion für Rechts- und Staatswissenschaft, 51.] (XII u. 273.) Paderborn, Schöningh, 1929. M. 12.—.
- Neuberger, N. J., Canon 6 or the Relation of the Codex juris canonici to preceding Legislation. (V u. 85.) Diss. Kath. Universität Washington, 1927.
- D'Angelo, S., De »quiescentia« in Codice J. C., in: Apollinaris I, 501 ff.
- Lammeyer, Joseph, Die juristischen Personen der katholischen Kirche historisch und dogmatisch gewürdigt auf Grund des neuesten kirchlichen und staatlichen Rechts. (240.) Paderborn, Schöningh, 1929. M. 7.—.

- F. S., De sollemnitatibus actuum iuridicorum, in: Periodica de re morali et canonica XVII, 160* ff.
- Vermeersch, A., De metu qui, saltem ex lege positiva, excusat ab obligationibus vitiatu consensu susceptis, in: Periodica de re morali et canonica 17, 238* ff.
- Wolter, Ladislaus, Das Notrecht, in: Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie XXII, 66 ff.
- Manzer, Egbert, Über Gesetzesfiktionen mit besonderer Berücksichtigung des Privatrechts. Jur. Diss. Jena, 1927.

IV. Quellen- und Literaturkunde.

- Linderbauer, Benno O. S. B., Benedicti Regula Monasteriorum. (85.) Bonn, Hanstein, 1928. M. 3.50.
- Browne, Jac., De libro poenitentiali S. Cummeani Abbatis, in: Apollinaris I, 484 ff.
- Morin, G., Le discours d'ouverture du concile général de Latran (1179) et l'oeuvre de Maître Rufin, évêque d'Assisi. Extrait de Atti della Pontificia Academia Romana di archeologia. Roma Tip. Vatic., 1928.
- Teetaert, A., O. M. Cap., »Summa de matrimonio« Sancti Raymundi de Penyafort, in: Jus Pontificium IX, 54 ff.
- Gillmann, Franz, Der Cod. Halensis Ye 52 Glossenbruchstück zur Compilatio I (57.) Mainz, Kirchheim & Co., 1929.
- Wahrmund, L., Quellen zur Geschichte des römisch-kanonischen Prozesses im Mittelalter. IV. Band. Doppelheft V—VI. Quellen zur Geschichte des Summarverfahrens. V. Heft Johannes Fasolus, De summariis cognitionibus. VI. Heft Johannes de Lignano, Super Clementina »Saepe«. (XXI u. 30; XVIII u. 41.) Innsbruck, Wagner 1928. M. 7.—.
- Kantorowicz, H., Kritische Studien. Die Quellen und Literaturgeschichte des römischen Rechts im Mittelalter, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Rom. Abt. 49. Bd., 55 ff.
- The Defensor Pacis of Marsilius of Padua. Edited by C. W. Previté-Orton. (XLVII u. 517.) Mit 5 Schrifttafeln. Cambridge, University Press, 1928.
- May, Otto Heinrich, Regesten der Erzbischöfe von Bremen. Band I, Lieferung 1. 4^o. (97.) Hannover, Selbstverlag der histor. Kommission, 1928.
- De re politica Aegidii Romani (Colonna) O. E. S. A. (1243 bis 1316), in: Analecta Augustiniana XII, 205 ff.
- Köstler, Rudolf, Wörterbuch zum Codex Juris Canonici. Zweite Lieferung. (113—240.) München, Kösel & Pustet, 1929. M. 6.50.
- Hilling, Nikolaus, Zum zehnjährigen Jubiläum des Codex Juris Canonici. (25.) Mainz, Kirchheim & Co., 1928. M. 0.60.
- Die Lateran-Verträge zwischen dem Heiligen Stuhl und Italien vom 11. Februar 1929. Italienischer und deutscher Text. (77.) Mit vier Plänen. Freiburg i. B., Herder, 1929. M. 3.—.

- Hilling, Nikolaus, Die Lateran-Verträge zwischen dem Hl. Stuhle und Italien vom 11. Februar 1929. Text-Ausgabe. (31.) Mainz, Kirchheim & Co., 1929. M. 0.80.
- Corsten, Wilhelm, Sammlung kirchlicher Erlasse, Verordnungen und Bekanntmachungen für die Erzdiözese Köln. (XXVII u. 893.) Köln, J. P. Bachem, 1929.
- Gesetze und Verordnungen vom Jahre 1924 ff. betr. die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens in der Diözese Breslau preußischen Anteils. Taschenformat. (VI u. 124.) Breslau, Kommissionsverlag R. Nischkowsky, 1929. M. 2.50.
- Tabera, A., Conspectus syntheticus litteraturae circa ius religiosorum, quae ab anno praesertim 1922 in lucem prodit, in: *Commentarium pro Religiosis* 1929, 58 ff.
- Gebhard, Kirchenrechtlich bedeutsame Entscheidungen, insbesondere solche bayerischer Gerichte und Behörden, sowie der obersten Kirchenbehörde der Evang.-Luth. Kirche in Bayern. 1. Bd. München, Müller & Fröhlich, 1928.
- Streit, Robert, O. M. J., Bibliotheca Missionum Band IV: Asiatische Missionsliteratur 1245—1599. [Veröffentlichungen des Internationalen Instituts für missionswissenschaftliche Forschung. (XV, 15*—24* u. 626.) Aachen, Aachener Missionsdruckerei, 1928. M. 47.—.

V. Verfassungsrecht.

- Riekes, Gründe und Fragen der Kirchenaustrittsbewegung, in: *Theologie und Glaube* 1929, 53 ff.
- Mitterer, A., *Instructio pro ordinandis examen praeivum circa ordinem suscipiendum subituris*. Ed. 2^a. (67.) Brixen, Weger, S. 2.—.
- Ojetti, B., In canonem 125, in: *Jus Pontificium* VIII, 199 ff.
- Vromant, G., De negotiatione clericis et religiosis interdicta, in: *Jus Pontificium* VIII, 202 ff.
- Baudot, L., O. S. B., *Le Bréviaire*. (172.) Paris, Bloud & Gay, 1929. Fr. 10.—.
- De potestate delegata ad universitatem causarum deque eius subdelegabilitate, in: *Jus Pontificium* VIII, 183 ff.
- Wehlitz, Kurt, Die Zuständigkeit und Verfassung der Kongregation für die außerordentlichen kirchlichen Angelegenheiten nach dem Schreiben Papst Pius' XI. vom 5. Juli 1925, in: *Archiv des öffentlichen Rechts* N. F. XIV, 233 ff.
- Del diritto di precedenza del Capitolo d'una collegiata elevata a basilica, in: *Il Monitore Ecclesiastico* 41, 111 ff.
- Maroto, Ph., De absentia capitularium a choro parum peregrinationum causa, in: *Apollinaris* I, 503 ff.
- , De iuribus Capituli Cathedralis in casu sedis impeditae, in: *Apollinaris* II, 210 ff.

- D'Angelo, S., *La curia diocesana a norma del Codice di diritto canonico. II. Funzionamento.* (XII u. 350.) Giarre, P. Lisi, 1928. L. 12.—.
- Brem, N., *Die Erzbischöfliche Finanzkammer München und Freising*, in: *Klerusblatt* 1929, 221 ff.
- Vermeersch, A., *De canone 466 et de recta applicatione can.* 6, 2, in: *Periodica de re morali et canonica* 17, 136* ff.
- Coronata, M. Conte a, O. M. Cap., *De moderatore et capellano in fidelium associationibus praesertim in Tertio Ordine Franciscali*, in: *Jus Pontificium* IX, 38 ff.
- Die Religionszugehörigkeit in Baden in den letzten 100 Jahren.* Auf Grund amtl. Materials bearbeitet und herausgeg. vom Badischen Statistischen Landesamt. (240.) Freiburg i. B., Herder & Co., 1928. Geb. 10.—.
- Bertram, Adolf, *Im Geiste und Dienste der katholischen Aktion.* (336.) München, Kösel & Pustet, 1929. Geb. M. 7.—.
- Steffen, F., *Zum Problem der katholischen Aktion.* (56.) Danzig, Westpreußischer Verlag, 1929. M. 1.50.
- Schulte, Joh. Chrys., *Wir Priester und die Katholische Aktion*, in: *Theologie und Glaube*, 1929, 25 ff.
- Faustmann, K., *Katholische Aktion. Zum Anfang.* (52.) Leutesdorf a. Rhein, Johannesbund-Verlag, 1928.
- Haugg, Don., *Unsere katholischen Vereine*, in: *Theologie und Glaube*, 1929, 74 ff.
- Schmitt, A., *Zur Essener Tagung der Männersodalitäten West-Deutschlands*, in: *Theologie und Glaube*, 1929, 20 ff.

VI. Verwaltungsrecht.

- Coulange, L., *La Messe.* (209.) Paris, Rieder, 1928.
- Hanssens, J. M., S. J., *De concelebratione eucharistica*, in: *Periodica de re morali et canonica* 17, 93* ff.
- Oietti, B., *De missa in privatis domibus non celebranda*, in: *Jus Pontificium* VIII, 224 ff.
- D'Alès, A., *De sanctissima Eucharistia.* (XVI u. 176.) Paris, Beauchesne, 1929.
- Browe, P., *Die österliche Zeit*, in: *Theologie und Glaube*, 1929, 345 ff.
- Creusen. J., *La confession des »juvénistes«*, in: *Nouvelle Revue Théol.*, 1929, 420 ff.
- Darmain, A. M., *De reservatione peccatorum iure Codicis Piano-Benedictini*, in: *Angelicum* V, 213 ff.
- Leccisi, L., *Circa potestatem confessarii in periculo mortis, de qua in can. 1044*, in: *Jus Pontificium* IX, 62 ff.
- Lépiciér, A. J. M., *Indulgences: their origin, nature and developement* (520.) 3. ed. London, Burns, 1928.
- Maroto, Ph., *Brevis expositio Constitutionis Apostolicae »Auspicantibus«, qua Jubilaeum Universale extra ordinem ad totum annum MCMXXIX indicitur*, in: *Apollinaris*, 1929, 141 ff.

- Maroto, Philippus, De extraordinario iubilaeo anni 1929. [Bibliotheca Commentarii pro Religiosis, Sectio iuridica Vol. II.] (87.) Roma, Tip. pol. »Cuore di Maria«, 1929. L. 10. —.
- Mulder, W., De ieiunio, pridie consecrationis ecclesiae servando, in: *Nederlandsche Kath. Stemmen* 28, 310 ff.
- Feldhaus, Al. H., Oratories. (IX u. 135.) Diss. Kath. Universität Washington, 1927.
- Hofmann, Konrad, Die Basilica minor, in: *Theologie und Glaube*, 1929, 361 ff.
- Cavanaugh, W. Th., The Reservation of the Blessed Sacrament. (IX. u. 135.) Diss. Kath. Universität Washington, 1927.
- Maroto, Ph., De iure funerandi in morte cuiusdam amentis, in: *Apollinaris* I, 506 ff.
- Larraona, A., Circa ius parochi proprii levandi et comitandi cadavera paroecianorum qui in aliena ecclesia sepulturam elegerint (c. 1230 § 3), in: *Apollinaris* I, 510 ff.
- Johner, D., Zum Jubiläum des kirchenmusikalischen Motuproprio Pius' X., in: *Benediktinische Monatsschrift* X, 425 ff.
- Fischer, Otto, Das Verbot der Kultusgemeinschaft zwischen Katholiken und Nichtkatholiken, in: *Verwaltungsarchiv*, 1929, 177 ff.
- Damen, Corn. Alf., De irratione et suspensione votorum spectato iure naturali atque iure ecclesiastico antiquo et novo, in: *Apollinaris* I, 469 ff.
- Scherer, Rudolf Ritter von, Benefizialrecht. Bruchstücke aus dem Nachlaß herausgeg. von K. G. Hugelmann, in: *Zeitschrift für öffentliches Recht* VIII, 397 ff.
- Pistocchi, M., De re beneficiaria iuxta canones CJC. Lib. III Pars V Tit 25. (500.) Turin, Marietti, 1928. L. 15.—.
- Grentrup, Th., Die Neuordnung der portugiesischen Patronatsrechte in Fernasien vom 15. April 1928, in: *Zeitschrift für Missions- und Religionswissenschaft* XVIII, 249 ff.
- Suarez, E., De pensionibus beneficiis paroecialibus imponendis, in: *Angelicum*, 1929, 217 ff.
- D'Angelo, S., De taxatione in pensionibus definiendis, in: *Apollinaris*, 1929, 215 ff.
- Missong, Alfred, Das Problem des Zinses, in: *Das Heilige Feuer* 16, 254 ff.

VII. Prozeß- und Strafrecht.

- Circa la scambievolà comunicazione dagli articoli proposti dalle parti nel processo canonico, in: *Il Monitore Ecclesiastico* 41, 120 ff.
- Roberti, F., Circa limites querelae nullitatis et restitutionis in integrum, in: *Apollinaris* I, 476 ff.
- Oesterle, G., Der Selig- und Heiligsprechungsprozeß, in: *Zeitschrift für den kath. Religionsunterricht*, 1928, 106 ff.

- Heimberger, Jos., Freiheit und Gebundenheit des Richters in weltlichem und kirchlichem Strafrecht, in Frankfurter Universitätsreden 1928, Heft 29, S. 10 ff.
- Lochbronner, Das katholische Pfarrgesetz nach dem Dekrete Sr. Heiligkeit des Papstes Pius X. vom 20. Aug. 1910 und nach dem neuen kirchlichen Gesetzbuch. 4. Aufl. (122.) München, Veritas, 1929. M. 3.50.
- Hyland, F. E., Excommunication, its Nature, historical Development and Effects. (VIII u. 175.) Diss. Kath. Universität Washington, 1928.
- Haas, Alban, Das Interdikt nach geltendem Recht mit einem historischen Ueberblick. [Kanonistische Studien und Texte, 2.] (XII u. 136.) Bonn, Kurt Schröder, 1929. M. 4.50.
- Gierens, M. S. J., Ehre, Duell und Mensur. (VIII u. 381.) Paderborn, Bonifatius-Einigung, 1928. M. 4.50.

VIII. Staatskirchenrecht.

(Verfassungs- und Verwaltungsrecht.)

- Lampe, Wather, Die Rechtspersönlichkeit der Kirchengemeinden, in: Preußisches Pfarrarchiv XVII, 193 ff.
- Wilhelmi, Walter, Ein Beitrag zur Auslegung des Art. 137 Abs. 3 der Reichsverfassung, in: Preußisches Pfarrarchiv XVII, 209 ff.
- Kühn, Karl, Die staatsrechtliche Geltung kirchenrechtlicher Bestimmungen, in: Bayerische Verwaltungsblätter 77, 49 ff.
- Daniels, Inwieweit gelten die beamtenrechtlichen Vorschriften der Reichsverfassung für die Kirchenbeamten? in: Preußisches Pfarrarchiv XVII, 289 ff.
- Bobinger, Können Kirchenpfleger in die Angestelltenversicherung eintreten? in: Klerusblatt 1929, 226 f.
- Meinzolt, Hans, Staatliche Mitwirkung bei Auflösung von Simultaneen, in: Bayerische Verwaltungsblätter 77, 1 ff.
- Sachse, Zeugniszwang im kirchlichen Disziplinarverfahren in Preußen, in: Leipziger Zeitschrift für Deutsch. Recht XXIII, 217 ff.
- Giese, Friedrich, Kann eine Religionsgesellschaft des öffentlichen Rechts gezwungen werden, auf einem ihr gehörigen, von ihr unterhaltenen, für ihre Mitglieder und deren Familien bestimmten Friedhof auch solche Familienangehörigen zu bestatten, die nach der religiösen Lehre dieser Gesellschaft ihr nicht als Mitglieder angehören? in: Preußisches Pfarrarchiv XVII, 97 ff.
- Langer, Gottfried, Landesherrliches Patronatsrecht und Staatliches Obergerichtsrecht gegenüber der katholischen Kirche Sachsens. [Rechtsgeschichtliche Abhandlungen II.] (VIII u. 251.) Leipzig, S. Hirzel, 1929. M. 10.—
- Heckel, J., Ein Gutachten Aemilius Ludwig Richters zum Patronatsrecht, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Kan. Abt. XVIII, 563 ff.

- Scharnagl, A., Die Seelsorger-Einkommens-Ergänzung in den größeren deutschen Ländern, in: Klerusblatt 1929, 339 ff.
- Büttner, Rechtscharakter der staatlichen Leistungen an die katholische Seelsorgegeistlichkeit in Bayern, in: Klerusblatt 1929, 105 ff.
- Völker, Chr., Die Ansprüche der katholischen Kirchengemeinden an den preußischen Staat und die Inflation, in: Theologie und Glaube 1929, 228 ff.
- Breitfeld, Artur, Die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche in Preußen auf Grundlage der Reichsverfassung. [Abhandlungen aus dem Staats- und Verwaltungsrecht, 41.] (XI u. 483.) Breslau, M. & H. Marcus, 1929. M. 30.—.
- Jemolo, A. C., I tribunali ecclesiastici e le loro sentenze nel diritto italiano. (46.) Modena, Soc. tip. Modenese, 1929.
- Spickmann-Kerkerink, Zum strafrechtlichen Begriffe »Störung des Gottesdienstes«, in: Theologie und Glaube 1929, 175 ff.

IX. Ehe recht.

- Beck, Wilh., Die Trauungshindernisse im Codex Juris Canonici. (88.) Köln, Lütticherstr. 53, Selbstverlag, 1929. M. 6 —.
- Cornaggia Medici, Luigi, Dell' essenza del matrimonio e due recenti scritti sull' impedimento dell' impotenza. Estratto dalla Rivista »Il Diritto Ecclesiastico« Anno 39 n. 7—12. (47.) Roma, Biblioteca del »Diritto Ecclesiastico«, 1928.
- Creusen, J., De dubio matrimonio ob dubium baptisum, in: Periodica de re morali et canonica XVII, 153* ff.
- O'Keeffe, G. M., Matrimonial Dispensations, Powers of Bishops, Priests and Confessors. (VIII u. 227.) Dissert. Kath. Universität Washington, 1927.
- Reul, Aug., Vom Seelsorgewert des kirchlichen Verlöbnisses, in: Theologie und Glaube 1929, 369 ff.
- Grünwald, M., Über Eheberatungsstelle und Heiratszeugnis, in: Soziale Kultur 47, 58 ff.
- Arinhac, H. A., De quibusdam defectibus in consensu matrimoniali, in: Jus Pontificium IX, 25 ff.
- Oesterle, Gerard, Ist Subdelegation auch bei Eheassistenz möglich? in: Theol. Quartalschrift 1928, 385 ff.
- Haring, J. B., Die Trauung durch einen inaudito paracho bestellten Hilfspriester, in: Theol.-prakt. Quartalschrift 82, 126 f.
- Oesterle, Elucubratio historica circa declarationem authenticam can. 1095, in: Jus Pontificium VIII, 174 ff.
- Arendt, G., An valida esse possit assistentia matrimonio mixto hodie praestita, non obstante cautionum omissione et deficientia iustae gravisque causae, in Periodica de re morali et canonica XVII, 175* ff.
- Roberti, F., De legitimitate ad causam et competentia in matrimoniis mixtis, in: Apollinaris I, 303 ff.

Hürth, Fr., Gesetzliche Sterilisation, in: Stimmen der Zeit, Februar 1929, 360 ff.

X. Ordensrecht.

- Revue des Communautés religieuses. Documents du Saint-Siège 1918—1924. Texte et Commentaire. [Museum Lessianum, Section Théol.] Löwen, Museum Lessianum, 1929.
- Vromant, G., De licentiis requisitis ad erigendam domum religiosam, in: Jus Pontificium VIII, 212 ff.
- Bakalarczyk, R., De Novitiatu. (XII u. 192.) Diss. Kath. Universität Washington, 1927.
- P. G. B., De confessario ordinario Religiosarum, in: Commentarium pro Religiosis 1929, 52 ff.
- Jone, Heribert, Beerdigung der Religiosen, in: Theol.-prakt. Quartalschrift 82, 127 ff.
- Vermeersch, A., De renuntiatione noviciorum et can. 568, in: Periodica de re morali et canonica 17, 144* f.
- Fanfani, P., Circa la facoltà di professione religiosa, prima del servizio militare, in: Il Monitore Ecclesiastico 1929, 23 ff.
- Vermeersch, A., Applicatio in Italia decreti »Inter reliquas« 1. ian. 1911, in: Periodica de re morali et canonica 17, 148* ff.
- Gómez, Maurus, De Abbatum potestate Tonsuram Minoresque Ordines conferendi, in: Commentarium pro Religiosis IX, 434 ff.
- Benediktinisches Klosterleben in Deutschland. Geschichte und Gegenwart. Mit 700 Abb. Herausgeb. von der Abtei Maria Laach. 4^o. (VIII u. 638 Sp.) Berlin, St. Augustinus-Verlag, 1929. M. 30.—.
- Danzer, H., Die Benediktinerregel in der Übersee. (VIII u. 276.) Mit 30 Karten. St. Ottilien, Missionsverlag, 1929.
- Berlière, U., Monasticon belge. Province de Liège. Facs. 1. (XVI u. 128.) Abbaye de Maredsous, 1928. Belga 14.—.
- Reimann, G. J., O. M. Conv., The Third Order secular of St. Francis. (195.) Diss. Kath. Universität Washington, 1928.
- Vercauteren, Arsenius, De nova Regula Tertii Ordinis Regularis S. Francisci, in: Commentarium pro Religiosis IX, 447 ff.

XI. Erziehungs- und Schulrecht.

- Schäfer, K. H., Märkisches Bildungswesen vor der Reformation. (VIII u. 126.) Mit 22 Abb. Berlin, Germania, 1928. Geb. M. 6.—.
- Haring, J., Speculum professoris theologici, in: Theol.-prakt. Quartalschrift 82, 30 ff.
- Vermeersch, A., Quinam sunt pueri, de quibus in can. 1373 § 1 et 1374? in: Periodica de re morali et canonica 17, 145* ff.

- Magnin, E., *L'Eglise enseignée. La discipline du clergé et des fidèles*. 12^o (192.) Paris, Bloud et Gay, 1928. F. 10.—.
- Jeiler, *Handbuch des Volksschulwesens einschließlich der mittleren und privaten Schulen und der ländlichen Fortbildungsschulen, insbesondere im Reg.-Bez. Osnabrück*. (529.) Osnabrück, Selbstverlag, 1928, M. 18.—.
- Bäumer, Gertrud, *Deutsche Schulpolitik*. [Wissen und Wirken 53] (222.) Karlsruhe, Braun, 1928. Kart. M. 6.—.
- Fischer, Bernhard, *Die Parität und das höhere Schulwesen in Preußen*. (32.) Düsseldorf, Katholische Schulorganisation Deutschlands, 1929. M. 1.20.
- Kühn, *Schulgewalt und Elternrecht in Preußen*, in: *Deutsche Juristenzeitung* 1928, 1446 ff.
- Zessner-Spitzenberg, *Schulgesetzgebung und Schulkampf in Österreich*, in: *Schule und Erziehung* 1929, 23 ff.
- Hentzen, Cassianus, O. M. F., *Die Lösung des Schulproblems in Holland*. [331.] Düsseldorf, Katholische Schulorganisation Deutschlands, 1929.
- Schuwerack, W. G., *Der Kampf um die simultane Akademie in Frankfurt a. M.* (120.) Düsseldorf, Katholische Schulorganisation Deutschlands, 1929. M. 1.50.
- Cochin, D., *Pour l'enseignement libre*. 12^o. (284.) Paris, Plon, 1928.
- Datin, F., *La gratuité de l'enseignement secondaire — Une étape décisive vers le monopole de l'enseignement*, in: *Etudes* 195, 513 ff.

XII. Missionsrecht.

- Vromant, C., *Jus Missionariorum Tom. II: De personis*. [Museum Lessianum, Section Théol. 20.] (XII u. 435.) Löwen, Museum Lessianum, 1929. Belga 8.—.
- Finsterwalder, P. W., *Wege und Ziele der irischen und angelsächsischen Mission im fränkischen Reich*, in: *Zeitschrift für Kirchengeschichte* 47, 203 ff.
- Altaner, Berthold, *Glaubenszwang und Glaubensfreiheit in der Missionstheorie des Raymundus Lullus*, in: *Historisches Jahrbuch der Görresgesellschaft* 48, 586 ff.
- Wijngaert, A. van den, *Méthode d'apostolat des missionnaires des XIII^e et XIV^e siècles*, in: *France franciscaine* 11, 163 ff.
- Schurhammer, G., S. J., *Das kirchliche Sprachproblem in der japanischen Jesuitenmission des 16. und 17. Jahrhunderts. Ein Stück Ritenfrage in Japan*. 16^o. (X u. 138.) Leipzig, Pries, 1928.
- Rousseau, F., *La Congrégation et le Collège de la Propagande*, in: *Revue des Questions historiques* 109, 35 ff.
- Corrigan, H., *Die Kongregation De Propaganda Fide und ihre Tätigkeit in Nordamerika*. (183.) München, Joergen, 1929. M. 4.50.

- Vromant, G., De iuramento praestando ab iis, qui titulo missionis ad sacros ordines promoventur, in: *Jus Pontificium VIII*, 219 ff.
- Jarre, C., De Missarum stipendiis in Missionibus, in: *Antonianum*, 1929, 95 ff.
- Payen, G., De Matrimonio in missionibus ac potissimum in Sinis. Vol. III. Summa Tractatus et casuum. (XXXV u. 878.) Zikawei, Typ. Tousewe, 1928. Fr. 30.—.
- Freitag, Anton, Das Schulwesen in den deutschen Missionen, in: *Schule und Erziehung*, 1929, 117 ff.
- Creusen, J., La direction des écoles dans les Vicariats et Préfectures apostoliques, in: *Nouvelle Revue Théol.*, 1929, 43 ff.
- Goyau, G., L'idée missioaire à Louvain. La fondation du Beu Descamps, in: *Correspondent* 310, 752 ff.
- Schmidlin, J., Die asiatischen Missionen nach Fonteguerri (1707), in: *Zeitschrift für Missions- und Religionswissenschaft*, 1928, 13 ff.
- —, Das Deutsche Missionswerk der Gegenwart. [Deutschtum und Ausland 16.] (IV u. 152.) Münster i. W., Aschendorff, 1925. M. 5.—.
- Richter, M., Der Missionsgedanke im evangelischen Deutschland des 18. Jahrhunderts. [Missionswissenschaftliche Forschungen 6.] (VI u. 171.) Leipzig, Hinrichs, 1928. M. 10.—.
- Zur Nieden, E., Der Missionsgedanke in der systematischen Theologie seit Schleiermacher. (150.) Gütersloh, Bertelsmann, 1928. M. 4.50.
- Witte, J., Die evangelische Weltmission. (51.) Gießen, Töpelmann, 1928. M. 1.50.
- Schmidlin, J., Deutsches protestantisches Missionswesen, in: *Zeitschrift für Missionswissenschaft*, 1929, 166 ff.
- Steinborn, Erwin, Die Kirchengzucht in der Geschichte der deutschen evangelischen Mission. [Missionswissenschaftliche Forschungen 5.] (VIII u. 236.) Leipzig, Hinrichs, 1928. M. 12.20.

XIII. Orientalisches Kirchenrecht.

- Koch, Hans, Die orthodoxe-autokephale Kirche der Ukraine, in: *Osteuropa III*, 833 ff.
- Honoré, L., L'Eglise catholique de rite latin en Roumanie, in: *Nouvelle Revue Théol.* 1929, 404 ff.
- —, Une église servante de l'État. L'église orthodoxe roumaine, in: *Nouvelle Revue Théol.* 1929, 56 ff.

XIV. Evangelisches Kirchenrecht.

- Schian, Martin, Handbuch für das kirchliche Amt. (VIII u. 700.) Leipzig, Hinrichs. 1929. M. 35.60.

- Kohlmeyer, E., Die Bedeutung der Kirche für Luther, in: Zeitschrift für Kirchengeschichte 1928, 466 ff.
- Roquette, Bekenntnisse und Kirche, in: Archiv des öffentlichen Rechts 15, 197 ff.
- Schwarzlose, K., Gibt es einen Austritt aus der evangelischen Kirche? in: Preußisches Pfarrarchiv XVII, 206 ff.
- Bonin, Burkhard von, Warum gibt es einen Austritt aus der »evang. Kirche«?, in: Preußisches Pfarrarchiv XVII, 305 ff.
- Meyer, R., Kirchnaustritt und Kirchensteuer, in: Preußisches Pfarrarchiv, XVII, 306 ff.
- Bredt, Victor, Das kirchliche Wahlrecht, in: Neue kirchliche Zeitschrift 40, 106 ff.
- Schoen, Paul, Das neue Verfassungsrecht der evangelischen Landeskirchen in Preußen. Berlin, Carl Heymann, 1929. M. 20.—.
- Sellmann, Martin, Die Rheinisch-Westfälische Kirchenordnung in der Fassung vom 6. November 1923 in ihrem Verhältnis zur Verfassungsurkunde der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union. (149.) Witten (Ruhr), Westdeutscher Lutherverlag, 1928. M. 3.50.
- —, Die Rechtsnatur der Rheinisch-Westfälischen Kirchenordnung, in: Preußisches Pfarrarchiv XVII, 200 ff.
- Kriele, E., Geschichte der rheinischen Mission. Bd. 1: Die rheinische Mission in der Heimat. (406.) Barmen, Missionshaus, 1928.
- Zimmermann, Franz, Rechtsurkunden der Evangelischen in Österreich 1815—1920. Mit Unterstützung der Akademie der Wissenschaften in Wien. (162.) Steyr, Sandbick, 1928. Sch. 10.—.

XV. Kirchenpolitik.

- Steffes, J. P., Religion und Politik. [Schriften zur deutschen Politik 21/22.] (252.) Freiburg i. B., Herder & Co., 1929. M. 7.40.
- Kopler, L., Klerus und Politik, in: Theol.-prakt. Quartalschrift 82, 15 ff.
- Giannini, Amedeo, I concordati postbellici. (302.) Mailand, Vita e Pensiero, 1929. L. 15.—.
- Liermann, Hans, Staat und evangelisch-protestantische Landeskirche in Baden während und nach der Staatsumwälzung von 1918. [Veröffentlichungen des Vereins für Kirchengeschichte in der evang. Landeskirche Badens 2.] (87.) Lahr, Schauenburg, 1929.
- Bierbaum, Max, Das Konkordat in der katholischen Doktrin und Praxis, in: Schulpolitisches Jahrbuch 1927/28, S. 52 ff.
- Goldschmidt, Robert, Kann Preußen mit dem Hl. Stuhl ein Konkordat schließen? in: Juristische Wochenschrift 58, 824.
- Leiber, R., Die Lösung der römischen Frage durch die Lateranverträge, in: Stimmen der Zeit Juni 1929, 161 ff.

- Baumgarten, P. M., *La Città del Vaticano*, in: Gelbe Hefte V, 2 S. 445 ff.
- Fuchs, Friedr., *Der römische Friede, seine Propheten, Pseudopropheten, Vorläufer und Märtyrer*, in: Hochland Juni 1929, 225 ff.
- Lulvès, Jean, *Bismarck und die Römische Frage*, in: Hochland Juni 1929, 263 ff.
- Bredt, Viktor, *Der neue Kirchenstaat*, in: Nord und Süd 52, 199 ff.
- Stange, Helmut, *Die neue Rechtsstellung des »Heiligen Stuhles«*, in: Deutsche Stimmen 41, 78 ff.
- Rechtliche Seite der Lateran-Abkommen, in: Ecclesiastica 9, 84 ff.
- Schwarz, *Der neue Kirchenstaat*, in: Deutsche Juristen-Zeitung 34, 343 ff.
- Métall, Rudolf Adalar, *Die neue mexikanische Kulturkampfgesetzgebung*, in: Zeitschrift für öffentliches Recht VIII, 281 ff.

XVI. Die kirchliche Unionsfrage.

- Simon, Paul, *Die Wiedervereinigung der Kirchen und die Einheit des Abendlandes*, in: Theologie und Glaube, 1929, 1 ff.
- Pribilla, Max, *Um kirchliche Einheit*. Stockholm, Lausanne und Rom. Geschichtlich-theologische Darstellung der neueren Einigungsbestrebungen. [Veröffentlichung des Kath. Akademikerverbandes.] (XII u. 332.) Freiburg i. B., Herder & Co., 1929. M. 8.50.

XVII. Verfassungs- und Rechtsgeschichte.

a) Verhältnis von Kirche und Staat.

- Campenhausen, A. von, *Ambrosius von Mailand als Kirchenpolitiker*. (XV u. 290.) Berlin, De Gruyter, 1929. M. 18.—.
- Buchner, M., *Das Vizepapsttum des Abtes von St. Denis. Studien zur Offenbarung des Papstes Stephan II (Revelatio) und ihrem Anhang (Gesta) zugleich ein Beitrag zum fränkischen Staatskirchentum (XXXIX) u. 260.* Paderborn, Schöningh, 1928. M. 15.—.
- Völker, K., *Die Kirchenpolitik der Jagellonen*, in: Zeitschrift für Kirchengeschichte XLVII, 357 ff.
- Reuter, Abiah Elisabeth, *Königtum und Episkopat in Portugal im 13. Jahrhundert*. [Abhandlungen zur Mittlern und Neueren Geschichte 69.] (XIII u. 120.) Berlin-Grunewald, Rothschild, 1928. M. 7.—.
- Scott Pearson, A. F., *Church and State. Political aspects of XVI Century*. (XII u. 154.) Cambridge, University Press, 1928. Sh. 7.6.

- Gurian, Waldemar, Die politischen und sozialen Ideen des französischen Katholizismus 1799—1914. M.-Gladbach, Volksvereinsverlag, 1929. M. 9.50.
- Hagen, August, Staat und katholische Kirche in Württemberg in den Jahren 1848—1862. II. Teil. [Kirchenrechtliche Abhandlungen 107/108.] (VI u. 334.) Stuttgart, Enke, 1928. M. 22.—.
- Hellinghaus, Otto, Der Kulturkampf in Münster. Aufzeichnungen des Kreisgerichtsrates a. D. Stadtrates Ludwig Ficker. (592.) Münster i. W., Aschendorff, 1929. M. 10.—.
- Bachem, Karl, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei. Band V: Das Zentrum in Berlin 1887—1898. (XIV u. 521.) Köln, J. P. Bachem, 1929. M. 25.—.

b) Verfassung der Urkirche bis zum 4. Jahrhundert.

- Juncker, A., Neuere Forschungen zum urchristlichen Kirchenproblem, in: Neue Kirchl. Zeitschrift 1929, 126 ff.
- Adam, Karl, Neue Untersuchungen über die Ursprünge der kirchlichen Primatslehre, in: Theol. Quartalschrift 109, 161 ff.
- Chapman, J., Studies on the early Papacy. (238.) London, Sheed and Ward, 1928. Sh. 7,6.
- Caspar, Erich, Historische Probleme der älteren Papstgeschichte, in: Historische Zeitschrift 139, 229 ff.
- Scott, Herbert, The eastern Churches and the Papacy. (404.) London, Sheed and Ward, 1928. Sh. 15.—.

c) Einzelne Kirchen und kirchliche Territorien.

- Schmidt, H., Trier und Reims in ihrer verfassungsrechtlichen Entwicklung bis zum Primatialstreit des 9. Jahrhunderts, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Kan. Abt. XVIII, 1 ff.
- Dueball, Margarete, geb. Telle, Der Suprematstreit zwischen den Erzdiözesen Canterbury und York 1070—1126, ein Beitrag zur Geschichte der englischen Kirche im Zeitalter des Gregorianismus. [Histor. Studien. 184.] (109.) Berlin, Ebering, 1929. M. 4.50.
- Müller, K., Die katholische Kirche in der Schweiz seit dem Ausgang des 18. Jahrhunderts. (314.) Einsiedeln, Benziger, 1928. M. 8.—.
- Constant, G., L'Eglise de France sous le Consulat et l'Empire (1804—1814). (XXIX u. 396.) Paris, Lecoffre, 1928.
- Jablonski, Leo, Die Entwicklung des katholischen Kirchenwesens auf dem Gebiete des heutigen Fürstbischöflichen Delegaturbezirks Brandenburg und Pommern von der Reformation bis zur Bulle de salute animarum. (153.) Breslau, Mischkowski, 1927.

Greinz, Chr., Die f. e. Kurie und das Stadtdekanat Salzburg. Ein Beitrag zur historisch-statistischen Beschreibung der Erzdiözese Salzburg. (424.) Salzburg, f. e. Konsistorium, 1929.

d) Einzelne hierarchische Beamte und Rechtsinstitute.

Podestà, F., Papa Innocenzo IV. 16^o. (XVI u. 160.) Mailand, Agnelli, 1928. L. 8.—.

Pastor, Ludwig Frhr. von, Geschichte der Päpste seit dem Ausgang des Mittelalters. XIII. Bd. 2. Abt. Urban VIII. (1623—1644.) Zweiter Teil. (XXXVI u. 585—1058.) Freiburg i. B., Herder & Co., 1929. M. 14.—.

Halser, Aloys, Bischof Karl Joseph von Riccabona und seine Zeit (1761—1839). (162.) Passau, Selbstverlag, 1928.

Huth, A., Daniel Bonifatius Haneberg, Bischof von Speyer. Ein Lebensbild. (360.) Speyer, Jäger, 1929. Geb. M. 4.20.

Sonntag, Clemens, Pius X., sein Leben und sein Pontifikat. (1903—1914.) (XVII u. 334.) Höchst bei Bregenz, Schneider, 1928. M. 12.—.

Vistalli, F., Benedetto XV. (X u. 529.) Roma, Typ. Vaticana, 1928. L. 25.—.

Hassl, Guido, Unser hl. Vater Papst Pius XI. Der Jubelpriester auf Petri Thron. (200.) Mit Abbild. Rottenburg a. N., Bader, 1929. M. 4.—.

Frodiani, C., Pio XI. (VII u. 234.) Roma, Via della Scrofa, 1929. L. 7.—.

Lama, F. von, Papst Pius XI. Sein Leben und Wirken. 4^o. (V u. 189.) Augsburg, Haas & Grabherr, 1929. M. 8.—.

Graf, G., Die Rangordnung der Bischöfe Ägyptens, in: Oriens Christianus 1927, 299 ff.

Vetulani, A., Le Grand Chapitre de Strasbourg, des origines à la fin du XIII^e siècle. [Collection d'études sur l'histoire du droit et des Institutions de l'Alsace III.] (VII u. 107.) Strasbourg, Imprimerie Alsacienne, 1927.

Schmidt, H. F., Die rechtlichen Grundlagen der Pfarrorganisation auf westslavischem Boden und ihre Entwicklung während des Mittelalters, II. Teil (Fortsetzung), in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte. Kan. Abt. XVIII, 285 ff.

Boye, Martin, Die Synoden Deutschlands und Reichsitaliens von 922—1059, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Kan. Abt. XVIII, 131 ff.

Friedländer, J., Die päpstlichen Legaten in Deutschland und Italien am Ende des 12. Jahrhunderts (1181—1198). (167.) Berlin, Ebering, 1928.

Joelson, Olga, Die Papstwahlen des 13. Jahrhunderts bis zur Einführung der Konklaverordnung Gregors X. [Histor. Studien 178.] (119.) Berlin, Ebering, 1928. M. 4.80.

- Magni, Cesare, Ricerche sopra le elezioni episcopali in Italia durante l'alto medio evo. Parte prima. (355.) Roma, Attilio Sampoalesi, 1928.
- Reich, Kurt, Das Asylrecht bei dem Hoch- und Reichsstifte St. Ulrich und Afra zu Augsburg unter Berücksichtigung der allgemeinen Asylrechtsentwicklung. (40.) Ichenhausen, Wagner, 1928.
- Kloe, K., Die Wahlkapitulationen der Bischöfe zu Speyer (1272—1802). (VIII u. 109.) Speyer, Jäger, 1928. M. 2.—.
- Guiraud, J., L'Inquisition médiévale. (252.) Paris, Grasset, 1928. Fr. 12.—.
- Post, R. R., Eigenkerken en bischoppelijk gezag in het diocces Utrecht tot de XIII^e eeuw. [Bijdragen van het Instituut voor middeleeuwsche geschiedenis 13.] (260.) Utrecht, Kemink, 1928.
- Göller, Emil, Aus einem Hamburger Pfründe prozeß unter Clemens V. im Jahre 1322, in: Römische Quartalschrift 1928, 114 ff.
- Wisnicki, Fritz, Der Tractatus de iuribus incorporalibus. Ein Beitrag zur Geschichte des österreichischen Patronatsrechtes, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Kan. Abt. XVIII, 112 ff.
- Mulders, A., Het Trentsche Seminarie-decreet, in: Nederlandsche Katholieke Stemmen 28, 226 ff.
- Reckers, Ernst, Geschichte des Kölner Priesterseminars bis zum Untergange der alten Erzdiözese. Auf Grund ungedruckter Quellen. (XVI u. 334.) Köln, J. P. Bachem, 1929.
- Müller, J., Das Priesterseminar der Diözese Basel 1828—1928. (75.) Mit Abb. Luzern, Räber, 1929. M. 1.45.
- Batiffol, P., Le conclave de Léon XIII. Instructions de M. Waddington, in: Revue d'hist. de l'Eglise de France 42, 130 ff.
- Liesenberger, Kurt, Der Einfluß der Liturgie auf die frühchristliche Basilika. (203.) Mit 105 Abbildungen. Neustadt a. d. H., Pfälzische Verlagsanstalt, 1928.
- Fellerer, Karl G., Grundzüge der Geschichte der katholischen Kirchenmusik. (104.) Paderborn, Schöningh, 1929. Kart. M. 2.40.

e) Ordensrecht.

- Hilpisch, St., Geschichte des benediktinischen Mönchtums in ihren Grundzügen dargestellt. (444.) Mit 17 Bildern. Freiburg i. B., Herder & Co., 1929. Geb. M. 13.50.
- Molitor, Raphael, O. S. B., Aus der Rechtsgeschichte benediktinischer Verbände. Untersuchungen und Skizzen. 1. Band: Verbände von Kloster zu Kloster. (XL u. 386.) Münster i. W., Aschendorff, 1929. M. 17.25.
- Lecomte, M., Les Bénédictins et l'histoire des provinces au XVII^e et XVIII^e siècles (Schluß), in: Revue Mabillon XVIII, 302 ff.

- Mitterer, S., Die Bedeutung des hl. Bonifazius für das bayerische Klosterwesen, in: Studien und Mitteilungen zur Geschichte des Benediktinerordens und seiner Zweige, 1928, 333 ff.
- Gougau, L., Ermites et Reclus. Etudes sur l'anciennes formes de vie religieuse. (144.) Ligugé, Abbaye S. Martin, 1928.
- Tyc, Th., L'immunité de l'Abbaye de Wissembourg. [Collection d'études sur l'histoire du droit et des Institutions de l'Alsace I.] (151.) Strasbourg, Imprimerie Alsacienne, 1927.
- Erens, A., Les Soeurs dans l'Ordre de Prémontré, in: Annales Praemonstratenses I, 5 ff.
- Kissel, H., Die ehemalige Praemonstratenser-Abtei Knechtsteden, in: Annales Praemonstratenses I, 57 ff.
- Dessabré, M., Bibliographie de l'ordre des Templiers. (Imprimés et Manuscrits.) (324.) Paris, Nourry, 1928.
- Gratien, P., Histoire de la fondation et de l'évolution de l'Ordre des Frères Mineurs au XIII^e siècle. (XXIV u. 699.) Gembloux, Duculot, 1928. F. 40.—
- Kullmann, Willibald, Die Franziskaner in Warendorf 1628 bis 1928. Ein Beitrag zur Warendorfer Heimatkunde. (143.) Warendorf, Peter Heine & Co., 1928.
- Vogel, C. L., O. M. Cap., The Capuchins in French Louisiana (1722—1766.) [Franciscan Studies V, 8.] (XXVI u. 201.) New York, J. F. Wagner, 1928.
- Lemmens, L., De restauratione Ordinis Equestris S. Sepulchri post destructum regnum latinum, in: Antonianum II, 231 ff.
- Weisweiler, Heinrich, S. J., Jesuitenorden, sein Werden und Wollen. 2. Aufl. (128.) Berlin, Germania, 1928. M. 1.—
- Duhr, B., Geschichte der Jesuiten in den Ländern deutscher Zunge. 4. (Schluß-) Band. 2. Teile (XII u. 516 u. 608.) Regensburg, Manz, 1928. M. 26.— u. 34.—
- Geer, J. S., Der Jesuitenstaat in Paraguay. Staats-, Wirtschaftsreform und Entwicklungsgeschichte. (112.) Nürnberg, Kriche, 1928. M. 5.50.
- Kaiser, K., Der hl. Alfons Maria von Liguori, Stifter des Redemptoristenordens, Bischof und Kirchenlehrer. (1696 bis 1787.) (104.) Einsiedeln, Benziger, 1928.
- Deries, L., Les congrégations religieuses au temps de Napoléon. (304.) Paris, Alcan, 1928.

f) Eherecht.

- Cornil, G., Die Arrha im justinianischen Recht, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Roman. Abt. 48, 51 ff.
- Esmein, A., Le mariage en droit canonique. Tom. I, éd. 2^e par R. Génestal. (480.) Paris, Recueil Sirey, 1929. F. 60.—
- Esch, Anneliese, Die Ehedispense Johannis XXII. und ihre Beziehung zur Politik. (Historische Studien 183.) (71.) Berlin, Ebering, 1929.

Braßloff, Stephan, Die Rechtsfrage im preußischen Mischenstreit. (56.) Wien, Perles, 1928. M. 2.50.

g) Finanz- und Vermögensrecht.

Schultze, Alfred, Augustin und der Seelteil des germanischen Erbrechts. Studien zur Entstehungsgeschichte des Freiteilrechtes. [Abhandl. der phil.-histor. Klasse der sächsischen Akademie der Wissenschaften Bd. 38, Nr. 4.] 4°. (VIII u. 246.) Leipzig, S. Hirzel, 1928. M. 15.80.

Widemann, Jos., Die Traditionen der bayerischen Klöster, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte I, 226 ff.

Bauer, C., Die Epochen der Papstfinanz, in: Historische Zeitschrift 138, 457 ff.

h) Evangelisches Kirchenrecht.

Brennecke, A., Vor- und nachreformatische Klosterherrschaft und die Geschichte der Kirchenreformation im Fürstentum Calenberg-Göttingen. Erster Halbband. Erster Teil. (XX u. 396.) Hannover, Helwingsche Buchhandlung, 1928.

Arndt, Georg, Die geschichtlichen Entwicklungen des evangelischen Kirchenrechts in dem Bistum-Fürstentum Halberstadt von der Reformation bis 1815. Sonderdruck aus »Sachsen und Anhalt«. (93.) Magdeburg, Selbstverlag der Histor. Kommission, 1928.

Die brandenburgischen Kirchenvisitations-Abschiede und Register des XVI. und XVII. Jahrhunderts. I. Band. Heft. 1 u. 2: Die Prignitz. Herausgegeben von Victor Herold. [Veröffentlichungen der Hist. Kommission für die Provinz Brandenburg und die Reichshauptstadt Berlin IV.] (VIII u. 236.) Berlin, Gsellius, 1928.

Wordemann, H., Pfarrerstand und Pfarramt im Zeitalter der Orthodoxie in der Mark Brandenburg. (82.) Berlin, Warneck, 1929, M. 2.80.

Gürsching, Heinr., Die Entstehung des Ansbacher Konsistoriums, in: Zeitschrift für bayerische Kirchengeschichte, 1929, 13 ff.

Blanck, Walter, Verfassung und Verwaltung der mecklenburg-strelitzschen Landeskirche 1701—1926, in: Mecklenburg-Strelitzer Geschichtsblätter IV, 183 ff.

Weiß, Hellmuth, Die Domkirche zu Reval im Wandel der Zeiten, in: Baltische Monatsschrift 59, 510 ff.

i) Sakramente und Sakramentalien.

Huhn, Jos., Die Bedeutung des Wortes Sakramentum bei dem Kirchenvater Ambrosius. (108.) Fulda, Fuldaer Aktien-druckerei, 1928. M. 5.—.

Roche, E., Saint Thomas et l'institution de la confirmation, in Nouvelle Revue Théol., 1929, 23 ff.

- Browe, P., Die öftere Kommunion der Laien im Mittelalter, in: Bonner Zeitschrift für Theologie und Seelsorge VI, 1 ff.
- Gillmann, Franz, Die »anni discretionis« im Kanon Omnis utriusque sexus (c.21 con. Lat. IV.) (78.) Mainz, Kirchheim & Co., 1929.
- Göller, E., Analekten zur Bußgeschichte des 4. Jahrhunderts. Separatabdruck aus der Römischen Quartalschrift Bd. 36. (64.) Bolzano, Druckerei Vogelweider, 1928.
- , Studien über das gallische Bußwesen zur Zeit Cäsarius' von Arles und Gregors von Tours. (126.) Mainz, Kirchheim & Co., 1929.

Verzeichnis der bei der Redaktion eingelaufenen Bücher.¹⁾

- Ahlhaus, Joseph, Verfassungsgeschichtliche Einflüsse auf die Periodisierung der deutschen Geschichte. (43.) Mannheim, Selbstverlag des Verfassers, 1929.
- Bierbaum, Max, Das Konkordat in der katholischen Doktrin und Praxis. Sonderabdruck aus dem Schulpolitischen Jahrbuch 1927/28. S. 52—77.
- Breitfeld, Artur, Die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche in Preußen auf Grundlage der Reichsverfassung. [Abhandlungen aus dem Staats- und Verwaltungsrecht 41.] (XI u. 483.) Breslau, M. & H. Marcus, 1929. M. 30.—
- Brockhaus, Heinrich, Die Utopia-Schrift des Thomas Morus. [Beiträge zur Kulturgeschichte des Mittelalters und der Renaissance 37.] (IV u. 89.) Leipzig, Teubner, 1929. M. 4.80.
- Carnaggi Medici, Luigi, Dell'essenza del matrimonio e due recenti scritti sull'impedimento dell'impotenza. Estratto dalla Rivista »Il Diritto Ecclesiastico« Anno 39 no. 7—12. (47.) Roma, Biblioteca del »Diritto Ecclesiastico«, 1928.
- Chrétien, P., De poenitentia. Quaedam quaestiones, quas in Seminario Metensi proponebat. (IV u. 150.) Paris, Giraudon, 1929. F. 15.—
- Chwala, Adolf, Eine vergessene Christenpflicht. (32.) Dülmen, Laumann, 1928. M. —.25.
- Corsten, Wilhelm, Sammlung kirchlicher Erlasse, Verordnungen und Bekanntmachungen für die Erzdiözese Köln, (XXIII u. 393.) Köln, J. P. Bachem, 1929.
- Die Lateran-Verträge zwischen dem Hl. Stuhl und Italien vom 11. Februar 1929. Italienischer und deutscher Text. (77.) Mit vier Plänen. Freiburg i. B., Herder, 1929. M. 3.—

1) Die Bücher, die das Kirchenrecht berühren, werden besprochen soweit der verfügbare Raum ausreicht. Eine Rücksendung ist in allen Fällen ausgeschlossen.

- Esch, Anneliese, Die Ehedispense Johannis XXII. und ihre Beziehung zur Politik. [Historische Studien 183.] (71.) Berlin, Ebering, 1929.
- Fischer, Otto, Das Verbot der Kultusgemeinschaft zwischen Katholiken und Nichtkatholiken. Sonderabdruck aus dem Verwaltungsarchiv 1929, 177—206.
- Gesetze und Verordnungen vom Jahre 1924 ff., betr. die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens in der Diözese Breslau preußischen Anteils. Herausgeg. vom Fb. Ordinariat zu Breslau. (VI und 124.) Breslau, Kommissionsverlag Nischkowsky, 1929. Geb. M. 2.50.
- Gillmann, Franz, Der Cod. Halen. Ye 52 Glossenbruchstück zur Compilatio I. (57.) Mainz, Kirchheim & Co., 1929.
- —, Die »anni discretionis« im Kanon Omnis utriusque sexus (c. 21 conc. Lat. IV.) [78.] Mainz, Kirchheim & Co., 1929.
- Greinz, Christian, Die fürsterzbischöfliche Kurie und das Stadtdekanat zu Salzburg. Ein Beitrag zur historisch-statistischen Beschreibung der Erzdiözese Salzburg. (VIII u. 424.) Salzburg, Verlag des fe. Konsistoriums, 1929. M. 12.—.
- Haas, Alban, Das Interdikt nach geltendem Recht mit einem historischen Überblick. [Kanonistische Studien und Texte 2.] (XII u. 136.) Bonn, Kurt Schröder, 1929. M. 4.50.
- Hagen, August, Staat und katholische Kirche in Württemberg in den Jahren 1848—1862. II. Teil. [Kirchenrechtliche Abhandlungen Heft 107/108.] (VI u. 334.) Stuttgart, Enke, 1928. M. 22.—.
- Haring, Joh., Speculum professoris theologici. Separatabdruck aus der Linzer »Theol.-praktischen Quartalschrift«, 1929. (24.) Linz, Akad. Preßverein, 1929.
- Heimberger, Joseph, Freiheit und Gebundenheit des Richters in weltlichem und kirchlichem Strafrecht, in: Frankfurter Universitätsreden, 1928, Heft 29 S. 10—23. Frankfurt, Englert & Schlosser, 1929. M. 1.50.
- Hilling, N., Zum zehnjährigen Jubiläum des Codex Juris Canonici. (25.) Mainz, Kirchheim & Co., 1928. M. 0.60.
- His, Eduard, Geschichte des neueren Schweizerischen Staatsrechts. II. Band. Die Zeit der Restauration und der Regeneration 1814—1848. (XXIII u. 774.) Basel, Helbing & Lichtenhahn, 1929. Fr. 30.—.
- Hove, A. van, Commentarium Lovaniense in Codicem Juris Canonici. Vol. I Tom. I Prolegomena. (XI u. 373.) Mecheln, H. Dessain, 1928. Belga 8.—.
- Hüfner, Raphael, Andachten zu Jesus dem Arbeiter. 16°. (80.) Dülmen, Laumann, 1928. M. —.40.
- Jemolo, A. C., I tribunali ecclesiastici e le loro sentenze nel diritto italiano. (46.) Modena, Soc. tip. Modenese, 1929.

- Kantorowicz, H.**, Kritische Studien. Die Quellen- und Literaturgeschichte des römischen Rechts im Mittelalter. Sonderabdruck aus der Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte Bd. 49. Romanistische Abteilung, 1929, S. 55—114.
- Keller, Franz**, Jahrbuch der Caritaswissenschaft, 1929. (188.) Freiburg i. B., Akademischer Werkverlag, 1929. M. 3.—.
- Klein, F. J.**, Tod als Strafe? Einige Gedanken über die Todesstrafe. (8.) Bonn, Gebr. Scheur, 1929. M. —.25.
- Köstler, Rudolf**, Wörterbuch zum Codex Juris Canonici. Zweite Lieferung (113—240.) München, Kösel & Pustet, 1929. M. 6.50.
- Kullmann, Willibald**, Die Franziskaner in Warendorf 1628 bis 1928. Ein Beitrag zur Warendorfer Heimatkunde. (143.) Warendorf, Peter Heine & Co., 1928.
- Laien an die Front**. Praktische Gedanken zur katholischen Aktion. Referate, gehalten auf dem Oberhessischen Katholikentag in Ilbenstadt, 1928. (63.) Dülmen, Laumann, 1928. M. —.40.
- Lammeyer, J.**, Die Institutionen des Gaius. (232.) Paderborn, Schöningh, 1929. M. 6.30.
- Lammeyer, Joseph**, Die juristischen Personen der katholischen Kirche historisch und dogmatisch gewürdigt auf Grund des neuesten kirchlichen und staatlichen Rechts. (241.) Paderborn, Schöningh, 1929. M. 7.—.
- Lange-Ronneberg, Erwin**, Die Konkordate. Ihre Geschichte, ihre Rechtsnatur und ihr Abschluß nach der Reichsverfassung vom 11. August 1919. [Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft, Sektion für Rechts- und Staatswissenschaft 51.] (XII u. 273.) Paderborn, Schöningh, 1929. M. 12.—.
- Langer, Gottfried**, Landesherrliches Patronatsrecht und Staatliches Obergerichtsrecht gegenüber der katholischen Kirche Sachsens. [Rechtsgeschichtliche Abhandlungen 2.] (VIII u. 251.) Leipzig, S. Hirzel, 1929. M. 10.—.
- Liermann, Hans**, Der Völkerbund als Privatrechtssubjekt. Sonderabdruck aus der Zeitschrift für Völkerrecht, XV, 20—47.
- —, Staat und evangelisch-protestantische Landeskirche in Baden während und nach der Staatsumwälzung von 1918. [Veröffentlichungen des Vereins für Kirchengeschichte in der evang. Landeskirche Badens 2.] (87.) Lahr, Schauenburg, 1929.
- Liese, Wilhelm**, Lorenz Werthmann und der deutsche Caritasverband. (IX u. 627.) Mit mehreren Abbildungen. Freiburg i. B., Caritasverlag, 1929. Geb. M. 18.50.
- Maroto, Philippus**, De extraordinario iubilaeo anni 1929. [Bibliotheca Commentarii pro Religiosis, Sectio iuridica Vol. II.] Romae, Tip. pol. »Cuore di Maria«, 1929. L. 10.—.
- Métall, Rudolf Adalar**, Die neue mexikanische Kulturkampfgesetzgebung. Separatabdruck aus der Zeitschrift für öffentliches Recht VIII, 281—296.

- Molitor, Raphael, O. S. B. Aus der Rechtsgeschichte benediktinischer Verbände. Untersuchungen und Skizzen. 1. Band: Verbände von Kloster zu Kloster. (XL u. 386.) Münster i. W., Aschendorff, 1929. M. 17.25.
- Ojetti, B., Commentarium in Codicem Juris Canonici. II. Liber secundus, De Personis. (Canones praeliminaries 87—107.) (V u. 222.) Romae, Univ. Gregoriana, 1929. L. 20.—.
- Pastor, Ludwig Frhr. von, Geschichte der Päpste seit dem Ausgang des Mittelalters. XIII. Bd., zweite Abteilung: Urban VIII. (1623—1644) zweiter Teil. (XXXVI u. 585—1058.) Freiburg i. B., Herder & Co., 1929. M. 14.—.
- Perl, Ludwig D., Kirche und Bodenreform. 2. Aufl. (148.) Würzburg, Kabitersch, 1929.
- Reckers, Ernst, Geschichte des Kölner Priesterseminars bis zum Untergange der alten Erzdiözese. Auf Grund ungedruckter Quellen. (XVI u. 334.) Köln, J. P. Bachem, 1929.
- Reuter, Abiah Elisabeth, Königtum und Episkopat in Portugal im 13. Jahrhundert. [Abhandlungen zur Mittleren und Neueren Geschichte 69.] (XIII u. 129.) Berlin-Grünwald, Rothschild, 1928. M. 7.—.
- Revue des Communautés religieuses. Documents du Saint-Siège 1918—1924. Texte et Commentaire. [Museum Lessianum, Sect. Théol.] (X und 96.) Löwen, Museum Lessianum, 1929.
- Roberti, Franciscus, De Processibus. Vol. I et II. Pars I. [Athenaeum Pontificii Seminarii Romani ad S. Apollinaris.] (469 u. 303.) Roma, Facultas iuridica ad S. Apollinaris, 1926. L. 68.—.
- Scherer, Rudolf Ritter von, Benefizialrecht. Bruchstücke aus dem Nachlaß, herausgeg. von K. G. Hugelmann. Sonderabdruck aus der Zeitschrift für öffentliches Recht Bd. VIII S. 397—412. Berlin, Julius Springer, 1929.
- Schönfeld, Walther, Über den Begriff einer dialektischen Jurisprudenz. [Greifswalder Universitätsreden 20.] Greifswald, Bamberg, 1929.
- Schultze, Alfred, Augustin und der Seelteil des germanischen Erbrechts. Studien zur Entstehungsgeschichte des Freiteilrechtes. [Abhandlungen der phil.-histor. Klasse der sächsischen Akademie der Wissenschaften Bd. 38 Nr. 4.] 4^o (VIII u. 246.) Leipzig, S. Hörzel, 1928. M. 15.80.
- Streit, Robert, O. M. J., Bibliotheca Missionum Bd. IV: Asiatische Missionsliteratur 1245—1599. [Veröffentlichungen des Internationalen Instituts für missionswissenschaftliche Forschung.] (XIV, 15*—24* u. 626.) Aachen, Aachener Missionsdruckerei, 1928. M. 47.—.
- Schuster, Joh. B., Der unbedingte Wert des Sittlichen. (IV u. 110.) Innsbruck, Rauch, 1929.

Stutz, Ulrich, Über das Verfahren bei der Nomination auf Bischofsstühle. [Sonderabdruck aus den Sitzungsberichten der Preussischen Akademie der Wissenschaften, phil.-histor. Klasse 1928, XX.] (20.) Berlin, Kommissionsverlag De Gruyter & Co., 1928. M. 2—.

Vromant, C., Jus Missionariorum. Tom. II De Personis. [Museum Lessianum, Sect. Théol. 20.] (XVI u. 435.) Löwen, Museum Lessianum, 1929. Belga 8.—.

Walter, Franz, Mäßigkeit und Trunksucht. Ein Beitrag zur Ehrenrettung des Alkohols vom Standpunkt der Ethik und Religion. (109.) Berlin, Landsberg, 1928.

I. Abhandlungen.

1. Der Rechtsweg für kirchliche Dotationsansprüche aus der Säkularisation, mit besonderer Rücksicht auf die katholischen Pfarreien Bickenriede und Mühlhausen i. Th.

Rechtshistorische Abhandlung, mit Abdruck vieler ungedruckter Urkunden.

Von Dr. jur. utr., theol., jur. can. *Joseph Freisen*, Konsistorialrat und Professor in der jurist. Fakultät Würzburg.

*Einleitung.*¹⁾

Die gerichtliche Durchführung der Dotationsansprüche der katholischen und protestantischen Kirchengemeinden auf Grund der Säkularisation steht gegenwärtig in Preußen in hoher aktueller Phase. Bei diesen Ansprüchen sind die katholischen Kirchengemeinden weit stärker interessiert als die protestantischen, denn den letzteren ist im Vergleich zu den ersteren nur ein unbedeutendes Vermögen genommen. Die Verpflichtung des Preuß. Staatsfiskus gegenüber der Katholischen Kirche hat, soweit sie das *höhere* Kirchenwesen betrifft, in der päpstlichen Bulle *De salute animarum* von 1821 einen genauen Ausdruck gefunden. Was das *niedere* Kirchenwesen betrifft, so sind die Verpflichtungen von der Preuß. Regierung teils freiwillig, teils auf Grund von Prozessen, zum größten Teil aber gar nicht anerkannt worden. Gegenwärtig macht sich ein Versuch der Preuß. Regierung bemerkbar, diesen kirchlichen Ansprüchen vollständig den Rechtsboden zu entziehen.

Eine große Anzahl von Kirchengemeinden können derartige Ansprüche erheben, in der Diözese Paderborn sind es über 100 katholische Kirchengemeinden. In der folgenden Abhandlung sollen die Rechtsverhältnisse der katholischen Pfarrei *Bickenriede* und *Mühlhausen i. Thür.* zur Darstellung gebracht werden. Da

1) Bisch. Komm. = Bischöfl. Kommissariat in Heiligenstadt. FV = Fiskalischer Vertreter. K Gerichtshof = Gerichtshof zur Entscheidung d. Kompetenz-Konflikte. K Order = Kabinettsordre. L Gericht = Landgericht. O L Gericht = Oberlandesgericht. O Staatsanwalt = Oberstaatsanwalt. R D H schluß = Reichs Deputations-Hauptschluß von 1803. R Gericht = Reichsgericht. Reg. = Regierung. Säkul. = Säkularisation. U A = Urkunden-Anhang. W R = Regierung d. Königreichs Westfalen.

beide Pfarreien mit dem 1810 säkularisierten Zisterzienserinnen-Kloster *Annrode* in enger Verbindung standen, mußte des näheren auf die Art dieser Verbindung eingegangen werden. Meine Arbeit dürfte im übrigen für andere gleichartig gerichtete Kirchengemeinden eine Unterlage bei der Durchführung ihrer Rechtsansprüche bilden, und sie gibt zugleich ein, — wenn auch nicht sehr ansprechendes —, Bild von der gegenwärtigen preußischen Rechtsprechung.

Erster Abschnitt.

Geschichtliche Unterlagen¹⁾.

A. Staats- und Kirchenrechtliche Stellung der Pfarreien Bickenriede und Mühlhausen. Die Bischöfl. Kommissariate in Heiligenstadt und Duderstadt.

In früheren Zeiten stand Mühlhausen nebst seinem Bezirk als Reichsstadt *staatsrechtlich* unmittelbar unter dem Deutschen Reich, das angrenzende Eichsfeld dagegen unter dem Erzbischof (Kurfürsten) von Mainz (Kurmainzisches Eichsfeld). *Kirchenrechtlich* dagegen gehörte das Mühlhäuser Territorium wie das Eichsfeld zur Erzdiözese Mainz. Letztere führte die kirchliche Verwaltung durch das von ihr in Heiligenstadt eingesetzte Erzbischöfliche Geistliche Kommissariat.

Durch den Lüneviller Frieden vom 9. Februar 1801 und den daran sich anschließenden RDHschluß vom 25. Februar 1803 § 3 kam das Eichsfeld nebst Mühlhausen *staatsrechtlich* an Preußen und wurde bereits 1802 von ihm in Besitz genommen. Im Jahre 1806 eroberten die Franzosen diese Gebiete; der Frieden zu Tilsit vom 7. und 9. Juli 1807 sanktionierte diese Eroberung, und ein französisches Dekret vom 18. August 1807 überwies diese Gebiete dem neu gegründeten Königreich Westfalen unter dem französischen Prinzen Jérôme.

1) An einer den wissenschaftlichen Anforderungen in jeder Hinsicht entsprechenden Darstellung der Kirchen- wie der kirchlichen Rechtsgeschichte des Klosters Annrode, der Pfarrei Bickenriede, der früheren Reichsstadt Mühlhausen nebst zugehörigem Gebiet wie des Eichsfeldes in der früheren Zeit fehlt es bis heute. Vergl. jedoch: *Brinkmann*, Die Bemühungen der Katholiken um eine Kirche in dem evangelisch gewordenen Mühlhausen (Mühlhäuser Heimatsblätter 1924 Nr. 1) *A. Ortman*, Die kath. Gemeinde zu Mühlhausen im 19. Jahrh. (Mitteldeutsche Volkszeitung »Eichsfeldia« Heiligenstadt) Nr. 44, 46, 50—55, März und April 1924). *Zehrt*, Eichsfeldische Kirchengeschichte des 19. Jahrh. (1893) S. 280 ff. *Knieb*, Geschichte der Reformation und Gegenreformation auf dem Eichsfelde (1900) S. 22 ff. 361 und die S. 3 f. S. XI ff. aufgezählte Literatur.

Das Königreich Westfalen hatte nur kurzen Bestand, indem Preußen zufolge der Schlacht bei Leipzig (18. Oktober 1813) die beiden Gebiete zurückeroberte. Der Wiener Kongreß von 1815 führte dann weitere Änderungen herbei: zufolge derselben kam ein Teil des genannten Gebietes an *Hannover*, nämlich der nördliche Teil des sog. Untereichsfeldes. (Die Distrikte Duderstadt, Gieboldehausen und Lindau.) Der andere Teil des genannten Gebietes verblieb bei *Preußen*, nämlich das sog. Obereichsfeld, der südliche Teil des sog. Untereichsfeldes und Mühlhausen nebst seinem Territorium.

Diesen Umwandlungen auf staatsrechtlichem Gebiete schlossen sich Umwandlungen auf kirchenrechtlichem Gebiete an. Nachdem zufolge des R D H schlusses von 1803 § 25 der Erzbischöfliche Stuhl 1805 von Mainz nach Regensburg verlegt und in Aschaffenburg ein eignes General-Vikariat errichtet war, verwaltete das Kommissariat in Heiligenstadt gleichfalls namens des Erzbischofs von Regensburg die genannten Gebiete wie bisher weiter.

Nach Errichtung des Königreichs Westfalen wurde für die Mainzischen Gebiete, welche dem Königreich staatsrechtlich zugewiesen waren, ein eigenes Gen.-Vikariat in *Cassel* eingerichtet und ihm das Kommissariat in Heiligenstadt unterstellt. Erzbischof Carl Frhr. v. Dalberg übertrug dasselbe 1809 dem Palastbischof in Cassel, Frhr. v. Wendt. Mit dem Aufhören des Westfälischen Königreichs 1813 verschwand 1814 auch das Gen.-Vikariat in Cassel, und das Kommissariat in Heiligenstadt war wieder der alleinige Vertreter des Erzbischofs für die genannten Gebiete.

Das dauerte bis 1816. Vom 1. Januar 1816 an errichtete der Erzbischof für das Ober- sowie für das Untereichsfeld je ein eigenes Kommissariat. Das Kommissariat für das Obereichsfeld nebst Mühlhausen hatte seinen Sitz in *Heiligenstadt*, das Kommissariat für das dem Königreich Hannover staatsrechtlich angegliederte Untereichsfeld in *Duderstadt*. Das erstere stand unter der geistlichen Oberleitung des Erzbischofs von Regensburg, die geistliche Leitung über das andere übertrug Erzbischof Carl v. Dalberg dem Weihbischof Wilhelm v. Wendt zu Hildesheim.

Erzbischof Carl v. Dalberg starb am 10. Februar 1817. Damit war das preußische Eichsfeld nebst Mühlhausen und Erfurt wie auch das Hannoversche Eichsfeld verwaist. Die beiden Kommissariate führten jedoch die geistliche Verwaltung weiter fort. Auf Antrag des Königs von Preußen trennte dann 1819 Papst Pius VII. die dem Heiligenstädter Kommissariat unterstellten

Gebiete von der Erzdiözese Regensburg, schuf daraus ein eigenes Apostol. Vikariat und übertrug dasselbe dem Fürstbischof von Corvey, Ferdinand v. Lüninck, was der damalige Kommissar seinem Klerus als eine »frohe Nachricht« am 15. März 1819 mitteilte.¹⁾

Die Bulle *De salute animarum* von 1821 überwies das Preußische Eichsfeld nebst Erfurt und Mühlhausen der Diözese Paderborn. Fürstbischof v. Lüninck führte das ihm übertragene Apostol. Vikariat weiter bis zum Jahre 1823, wo er zum Bischof von Münster ernannt wurde. Von da ab ging die Verwaltung an den Paderborner General-Vikar Dammers über, der die durch die Bulle *De salute animarum* zur Diözese Paderborn gekommenen neuen Diözesananteile bis zum Tode des betagten Paderborner Fürstbischofs Franz Egon als Apostol. Vikar zu verwalten hatte. Mit dem am 11. August 1825 erfolgten Tode des Fürstbischofs Franz Egon und der am 10. November 1825 stattgefundenen Neuwahl eines Bischofs von Paderborn, Friedrich Clemens v. Ledebur, hörte das genannte Apostol. Vikariat auf, und die geistliche Oberleitung dortselbst kam an den neuen Bischof und seine Nachfolger. Das hannoversche Kommissariat in Duderstadt blieb dagegen von derartigen Änderungen frei und in seiner Verwaltung und seiner geistlichen Oberleitung unverändert fortbestehen.

Noch heute bestehen die beiden Kommissariate in Heiligenstadt und Duderstadt fort, ihre Befugnisse sind aber im Laufe der Jahre durch bischöfliche Verordnungen sehr eingeengt worden.²⁾

B. Das Kloster Annrode und die Pfarrei Bickenriede.

I. Die Zeit bis zur Säkularisation des Klosters Annrode (1810) *Älteste Zeit, Einführung der Reformation.*

1. *Älteste Zeit.* Die Pfarrei Bickenriede (im Eichsfeld) war schon 1268 gegründet. Sie war ursprünglich dem St. Martinsstift in Heiligenstadt inkorporiert, später, am 6. Februar 1356 tauschte das Martinsstift unter Genehmigung des Mainzer Erzbischofs Gerhard mit dem von Bickenriede 1—2 km entfernten Zisterzienserinnen-Kloster Annrode die Kirche in Bickenriede nebst 4 Höfen Ackerland dortselbst gegen die Kirche in Wudecheshusen

1) H. de Lamothe Houdencourt, Ferdinand v. Lüninck, der letzte Fürstbischof von Corvey (Westf. Volksblatt 17. März 1926 Nr. 76).

2) Zehrt, cit. S. 12 ff., 26 ff., 34 ff., 63 ff., 80 ff. Freisen, Staat und katholische Kirche in den Deutschen Bundesstaaten (1906) Bd. I, S. 6 ff. Woker, Art. Eichfeld im Freib. Kl.² (oberflächlich wie andere Arbeiten Wokers).

(= Werdinghausen, Wüstung) bei Kessershausen nebst 4 Hufen und einer Hofstätte dortselbst. Der Wortlaut der Urkunde läßt erkennen, daß es sich um den Austausch zweier inkorporierter Kirchen handelte. Die 4 Hufen Kirchenland sind zweifellos in den Besitz des Klosters Annrode übergegangen¹⁾. Die Inkorporation hat bis zu der 1810 erfolgten Säkularisation des Klosters fortbestanden. Demselben Kloster waren außerdem inkorporiert die Pfarrei Geismar mit der Kaplanei auf dem Hülfsberge.

Das Kloster ließ die Pfarrei Bickenriede durch einen von dem Klosterkonvent angestellten Geistlichen verwalten. Im Jahre 1771 war es ein Pater aus dem Zisterzienser-Kloster Reifenstein. Der angestellte Geistliche nannte sich Sacellanus et confessarius des Klosters, unterschrieb sich aber als parochus Bickenridensis. Mit diesem Doppeltitel war seine Doppelstellung bezeichnet. Kost und Wohnung wie auch Kleidung lieferte ihm das Kloster, dessen Beichtvater er war, dazu kamen dann die Einkünfte aus Anniversarien und Stolgebühren. Die Pfarrei war zufolge der Inkorporation vollständig vom Kloster abhängig, dasselbe hatte nicht bloß für den Unterhalt des sacellanus aufzukommen, sondern mußte auch die Kosten für das gesamte Kirchenwesen tragen.

2. *Einführung der Reformation.* Die Einführung der Reformation wurde um die Mitte des 16. Jahrhunderts im Kloster und in der Dorfschaft Bickenriede zwar versucht, aber die Versuche waren vergebens. Das Kloster ging aber in dieser Zeit immer mehr zurück. Eine Zeitlang hatte es Pröpste aus dem Laienstande, die mehr auf ihr eigenes Interesse als auf das des Klosters bedacht waren.

Die Äbtissin des Klosters *Anna v. Hanstein* wurde protestantisch und wußte sich als solche bis zu ihrem Tode 1575 zu behaupten. Sie nahm einen Prädikanten *Wilhelmus* als Kaplan an, der auch die Kirche zu Bickenriede zu versehen hatte. Wahrscheinlich wurde er von der kurfürstlichen Regierung gezwungen, seine Stelle aufzugeben. Bereits 1566 war wieder ein katholischer Geistlicher namens Joh. Oberfeld »religiosus« als Kaplan von Annrode und Pfarrer von Bickenriede angestellt.

Sämtliche Bewohnerinnen des Klosters blieben trotz des Abfalles der Äbtissin dem alten Glauben getreu, widersetzten sich

1) So nach der Urkunde bei *Wolf*, Eichsfeld. Kirchengeschichte (1913) Urkunde Nr. 27 S. 26; ausführlichst Regest bei Fritz *Vigener*, Regesten der Erzbischöfe von Mainz II. Abtlg. (1356) S. 130 Nr. 540. Mitteilung von Archivsekretär Völker in Paderborn.

jeder Neuerung, welche die Äbtissin vornahm, machten ihr auf alle erdenkliche Weise das Leben schwer und suchten es dahin zu bringen, daß sie ihrer Würde entsetzt werde; letzteres ist den Schwestern jedoch nicht gelungen. Die Sage berichtet, daß sie nach ihrem Tode als Gespenst im Kloster umhergewandert und endlich durch zwei Jesuitenpatres in die sog. Grundlöcher bei Annrode gebannt sei, wo man sie noch öfters Hände ringend und unter kläglichen Seufzern habe auftauchen sehen.

Außer dem protestantischen Geistlichen in Bickenriede war auf dem Obereichsfeld in *Ershausen* ebenfalls ein protestantischer Geistlicher, namens Joh. Kniege, und das auch nur für kurze Zeit, angestellt. Er wurde nach kaum einem Jahre 1568 abgesetzt und des Landes verwiesen. Auch in anderen Orten waren damals Prädikanten. Das Verdienst, das vollständige Eindringen des Protestantismus zu verhindern, gebührt den Jesuitenpatres, welche missionsweise die dortigen Gegenden bereisten. Anders war es auf dem Untereichsfeld; doch faßte auch hier der Protestantismus keine dauernde Wurzel, da auch hier die durch den Jesuitenorden 1574 begonnene Gegenreformation das katholische Bekenntnis rettete¹⁾.

II. Die Säkularisation des Klosters Annrode.

1. Die Aufhebungsdekrete der Westfäl. Regierung.

Der Zusammenhang der Pfarrei Bickenriede mit dem Kloster Annrode dauerte, wie schon bemerkt, bis zur Säkularisation des Klosters 1810. Bereits am 5. Februar 1808 erschien ein Dekret der Westfäl. Regierung, welches alle Stifter, Abteien, Klöster, Priorate und andere geistliche Stiftungen aller Art unter die General-Direktion der geistlichen Güterverwaltung stellte. Das spätere Dekret vom 1. Dezember 1810 erklärte sämtliche jener Staatskontrolle unterworfenen geistlichen Stiftungen, mit Ausnahme der dem öffentlichen Unterricht ausschließlich gewidmeten und des Stiftes Wallerstein, für aufgehoben, vereinigte sie mit den Domänen und unterwarf sie deren Administration. Am 29. Januar 1811 erfolgte die Vollziehung des Aufhebungsdekrets vom 1. Dezember 1810.

1) *Knieb*, cit. S. 89, 97, 220. U. A. A. I. — IV. incl.

2. Die sog. *Ferdinandea*.

Zu den geistlichen Stiftungen (*autres établissements ecclésiastiques*), welche der Aufhebung unterlagen, zählte die Westfäl. Regierung auch die sog. *Ferdinandea*, eine Stiftung des Frhr. Ferdinand von Fürstenberg, Fürstbischofs von Paderborn und Münster. Der Fürstbischof wies am 22. Februar 1682 aus seinem Vermögen ein Kapital von 191740 Rth. an, das jährlich 5087 Rth. Zinsen trug. Aus diesen Erträgnissen sollten die Missionen in China, Japan und die »Nordischen Missionen« unterhalten werden.

Nach Erlaß des Dekretes vom 14. November 1811, welches die geistlichen Korporationen im Lippedepartement aufhob, betrachtete die französische Domänenverwaltung auch die Ferdinandische Stiftung für aufgehoben, ihr Vermögen als verfallen und nahm es deshalb in Beschlag. Nur ein in Bremen belegtes Kapital von 7400 Rthl. blieb ihr unerreichbar, da es von dem dortigen Rate als Fonds der katholischen Kirche betrachtet wurde.

Erst nach Wiedereintritt der Preuß. Regierung (1813) suchte man den Fonds zu restaurieren. Die langjährigen Verhandlungen, welche darüber zwischen den Konservatoren der Stiftung und der Preuß. Regierung gepflogen wurden, hatten zwei Kabinettsordres, vom 21. November 1839 und 13. Juli 1842 zur Folge, gemäß denen die Selbständigkeit der Stiftung ihre Anerkennung fand. Zugleich entwarf man ein neues Statut, das am 11. März 1844 die königliche Bestätigung erhielt.

Nach diesem Statut besteht die *Ferdinandea* aus denjenigen Kapitalien nebst Zinsen, die ihr durch die beiden Kab.-Ordres restituiert sind. Der Zweck ist: Die Unterstützung und Unterhaltung katholischer Missionen im Norden Europas und Verbesserung kirchlicher Anstalten in den Diözesen Münster und Paderborn. Sie steht unter einer durch den Oberpräsidenten von Westfalen geführten Oberaufsicht des Staates. Protektor und Konservatoren blieben, wie sie der Stifter angeordnet hatte. Danach waren beständige Protektoren die Bischöfe von Paderborn und Münster unter Mitwirkung des Familienhauptes der Freiherrn v. Fürstenberg. Der Fürstbischof von Paderborn hatte die Verwaltung über den kleineren Teil der Stiftung, dem Fürstbischof von Münster stand die Verwaltung über den größeren Teil zu. Nach dem Etat der Einnahmen und Ausgaben für das Jahr 1847 betrugen die Zinsen 5416 Tl. 28 Gr. 5 Pf. Ob in den Statuten

in der Folgezeit Änderungen stattgefunden haben, konnte ich nicht feststellen¹⁾).

3. *Ausschluß der Pfarrkirchen und ihres Vermögens von der Säkularisation.*

Mit diesen Dekreten der Westfl. Regierung waren die Stifter, Klöster, Abteien etc. im Königreich Westfalen aufgehoben und deren Vermögen mit den Staatsdomänen vereinigt. Daß sich diese Säkularisation nicht auf die Pfarrkirchen, Pfarrgüter und auf die nicht einer geistlichen Genossenschaft gehörenden Kirchen nebst fabrica beziehe, ergibt sich aus den Motiven zu dem Dekrete von 1810. Es heißt dort, der König habe sich aus den Stiftungsurkunden, Statuten und Reglements der Kapitel, Priorate, Klöster und anderen Stiftungen überzeugt, daß diese Stiftungen nach dem natürlichen Wechsel der Dinge unter den gegenwärtigen Zeitumständen für die bürgerliche Gesellschaft von keinem weiteren Nutzen seien, und daß sie daher am besten für die Bedürfnisse des Königreichs verwendet würden. Diese Motive passen für die Pfarrkirchen und Pfarrgüter gar nicht. Diese wollte der König erhalten, weil er sie für den Kultus als notwendig hielt; in derselben Weise bestimmt er Art. 2 des Dekrets von 1810, daß die Domkapitel, an deren Spitze ein Bischof stehe, neu organisiert werden sollten. Der in der ersten Zeit der französischen Revolution vertretenen Ansicht, daß jeder Kultus und alle Kirchen überflüssig seien, stand der König somit ganz fern²⁾).

4. *Verkauf des Klosters Annrode (1811), Abfindung des Kaplans.*

Die unter der vorhergehenden Nr. 3 dargelegten Rechtsgrundsätze hat die Westfälische Regierung bei dem Verkauf in korrekter Weise zur Anwendung gebracht. Durch Kaufvertrag vom 19. August 1811, abgeschlossen zwischen dem Westfäl.

1) Vgl. über die Ferdinandea O. Mejer, die Propaganda (1813) Bd. II, S. 314–323. Joh. Metzler S. J. — Die Apostolischen Vikariate (1919) S. 56 ff. und die dort verzeichnete Literatur.

2) Porsch, Die jurist. Persönlichkeit und rechtliche Vertretung der Domkirchen (Archiv für K. K. R. (1892) Bd. 67 S. 295 ff.) Freisen, Die Universität Paderborn (1898) Bd. I. S. 232 ff. Freisen, Landeshospital, Kapuzinessenkloster, Genossenschaft der Barmherzigen Schwestern zu Paderborn (1902) S. 52 ff.

Gouvernement und einem Herrn v. Wedemeyer kam das Kloster Annrode nebst Zubehör in das Eigentum des Herrn v. Wedemeyer. Nach einem Königl. Dekret vom 13. Oktober 1809 mußte dem bisherigen Kaplan des Klosters und fungierenden Pfarrer von Bickenriede seine bisherige Wohnung und das als Garten benutzte Grundstück belassen werden. Es blieb jedoch dem Käufer v. Wedemeyer frei gestellt, mit dem Kaplan Müller wegen der Wohnung unter Genehmigung der kirchlichen Vorgesetzten ein Abkommen dahin zu treffen, daß ihm an irgend einem anderen Orte eine andere passende Wohnung auf Lebenszeit eingeräumt werde.

Der Kaplan bezog bereits 1813 in Bickenriede zur Miete eine andere Wohnung. Der Sohn v. Wedemeyer schloß dann unter ausdrücklicher Genehmigung des Bischöflichen Kommissariats mit dem Pfarrer Müller in Gegenwart des Kommissars Würschmitt, eines Notars und Zeugen am 17. Juli 1817 einen Kontrakt folgenden Inhalts: Beide Vertragsschließende einigten sich auf die Summe von 500 Rthl. Preuß. Courant, für welche Summe in Bickenriede ein Pfarrhaus angekauft werden sollte. Der Pfarrer verzichtet für sich und seine Nachfolger auf die bisherige Wohnung im Kloster, ebenso auf alle Geld- und Natural-Ansprüche an das Gut Annrode.

Der Pfarrer Müller kaufte dann die bisher in Miete gehabte Wohnung und ließ sie vollständig ausbauen. Für die früher vom Kloster bezogene Alimentation erhielt er vom Westfäl. Gouvernement einen jährlichen Gehalt von 302 Rtlr. 14 Gr. 2 Pf.

Das vom Pfarrer Müller angekaufte Haus wurde vom Bischöflichen Kommissariat der Kirchengemeinde Bickenriede überwiesen und sollte auf deren Namen im Hypothekenbuch eingetragen werden. Die Gemeinde hat sich jedoch längere Zeit geweigert, dieser Anordnung nachzukommen. Noch im Jahre 1823 bestand sie auf dieser Weigerung und zwar aus dem Grunde, um der im Eichsfeld bestehenden Baulastverpflichtung der Gemeinde zu entgehen. Es trat jedoch die Regierung in Erfurt dagegen auf und erklärte, bei fortdauernder Weigerung der Gemeinde solle das Haus als Eigentum der Kirche eingetragen werden, ohne daß dadurch etwas in der nach der charta visitatoria allen Gemeinden obliegenden Verbindlichkeit zur Erhaltung ihrer Kirchen, Pfarr- und Schulgebäude geändert werde, andernfalls werde die Gemeinde zu dieser ihr obliegenden Verbindlichkeit im Falle der Weigerung zwangsweise anzuhalten sein.

Die angegebenen Verpflichtungen hat nicht bloß die Westfälische Regierung, sondern auch ihre Nachfolgerin die Preuß. Regierung bis auf den heutigen Tag anerkannt und zur Ausführung gebracht ¹⁾).

C. Die Pfarrei Mühlhausen.

1. Die älteste Zeit. Einführung der Reformation.

Zu den Katholiken der *Reichsstadt* Mühlhausen gehörten nicht bloß die Einwohner der Reichsstadt selbst, sondern auch diejenigen, welche in dem zur Reichsstadt gehörenden Gebiete wohnten. Dieser *Landkreis* umfaßte seit altersher ein Gebiet von 4 Meilen mit 20 Ortschaften. Die Stadt Mühlhausen hatte im Mittelalter 2 Hauptpfarreien (divi Blasii und Marien) und 4 Neben- oder Filialkirchen. Auch die Dörfer in dem Landkreise hatten fast alle ihre eigenen Pfarreien.

Die Einführung der Reformation in der freien Reichsstadt Mühlhausen und deren Gebiet erfolgte wegen des treuen Festhaltens der Bevölkerung am katholischen Glauben erst ziemlich spät. Bis 1522 blieb die Reichsstadt im ungestörten Besitze ihres katholischen Glaubens. Um diese Zeit versuchten Thomas Münzer und der aus dem Zisterzienser Kloster Reifenstein entsprungene Mönch Pfeiffer, ein geborener Mühlhäuser, mit Gewalt die neue Lehre einzuführen. Die Versuche scheiterten jedoch: Nachdem Münzer mit seinen Banden geschlagen und Pfeiffer hingerichtet war, wurde alles in den alten Zustand versetzt.

Erst seit 1557 gelangte die Reformation durch Hieronymus Tilesius zur nahezu vollständigen Durchführung. Die Katholiken wurden immer mehr zurückgedrängt; am längsten hielten sie sich in der Barfüßerkirche (heutigen leerstehenden Kornmarktkirche), bis auch diese 1560 in die Hände der Protestanten fiel. Die seit 1567 einsetzenden Bemühungen der übrig gebliebenen Katholiken um Wiedergewinnung der Barfüßerkirche für den Gottesdienst, sowie die Wiedererrichtung einer Pfarrei und Schule scheiterten am hartnäckigen Widerstand des Mühlhäuser Magistrats.

Der Katholizismus war von da ab in Mühlhausen und dem umliegenden dazu gehörenden Gebiet verpönt. Auf das *exercitium religionis*, d. h. die öffentliche Religionsübung im Normal-

1) U. A. A. V-X incl.

jahr 1624 konnten sich die dortigen, übrig gebliebenen Katholiken nicht berufen. Bis zum R D H schluß 1803 durfte sich kein Katholik in Mühlhausen und seinem Gebiet ansiedeln. Nur das österreichische Werbekommando hatte noch zu Zeiten der reichsstädtischen Verfassung in der St. Antoni-Kapelle des Hospitals gleichen Namens seinen eigenen katholischen Gottesdienst¹⁾.

II. Katholische Seelsorge in Mühlhausen nach der Reformation. Inkorporation des Gebietes in das Kloster Annrode.

Die kirchliche Versorgung der wenigen nach der Reformation in der Reichsstadt Mühlhausen und ihrem Gebiet übrig gebliebenen Katholiken übernahm das Kloster Annrode. Diese Übernahme geschah in der Form der sog. Inkorporation. Wie die Pfarrei Bickenriede dem Kloster inkorporiert und daher von demselben abhängig war, so waren es nunmehr auch die Katholiken in Mühlhausen und Gebiet.

Diese Überweisung konnte nur durch *ausdrückliche oder stillschweigende Genehmigung der kirchlichen Oberbehörde* geschehen, denn ein Geistlicher (insbesondere Pfarrer) kann rechtmäßig nur handeln in einem ihm von seiner kirchlichen Oberbehörde zugewiesenen, geographisch abgegrenztem Gebiet (*paroeia*); andernfalls ist sein Handeln *rechtswidrig (strafbar)*, so bei der Spendung der Taufe, der österlichen Kommunion, Krankenölung, Begräbnis, und manche Akte entbehren außerdem der *Rechtsgültigkeit*. Das letztere gilt insbesondere nach damaligem Kirchenrecht für die Assistenz bei der Eheschließung, die an Tridentinischen Orten vor dem *parochus proprius* stattfinden mußte. Das am 11. November 1563 in Sess. 24 des Conc. Trid. erlassene cap. Tametsi war publiziert im Ober- und Untereichsfeld, und ist diese Publikation wegen der späteren Einführung der Reformation auch für Mühlhausen anzunehmen. Zu den *terrae missionis* zählte Mühlhausen nicht²⁾.

Die Überweisung der Mühlhäuser Katholiken war keine *Einpfarung* der letzteren in die Pfarrei Bickenriede, sondern, da letztere zufolge ihrer Inkorporation vollständig vom Kloster ab-

1) Vgl. die Notizen bei *Knieb, Zehrt, Brinkmann* in den angeführten Arbeiten und Mitteilung von Archivsekretär Völker in Paderborn.

2) *Leitner*, Lehrb. d. kath. E. Rs. (1912²) S. 325. *Hinschius* Kirchen R. II. S. 298 ff. (über Pfarrzwang).

hängig war, eine Inkorporation in das Kloster (Incorp. quoad spiritualia). Ob diese Überweisung *ausdrücklich* durch eine Urkunde der erzbischöflichen Behörde stattgefunden hat oder zufolge *stillschweigender* Genehmigung, konnte ich nicht feststellen. Ich bin aber der Ansicht, daß letzteres der Fall war, und eine solche stillschweigende Genehmigung genügte nach den vorstehend angegebenen Grundsätzen des kanonischen Rechtes. Gezwungen werden konnte das Kloster zur Annahme wegen der damit verbundenen amtlichen und vermögensrechtlichen Lasten nicht. Die Annahme war eine freiwillige (ex caritate). Das Kloster hatte wegen der Inkorporation der Pfarrei Bickenriede und der späteren Zuweisung des Mühlhäuser Gebiets für beide Gebiete die kirchliche Unterhaltungspflicht; es mußte nicht bloß für den Unterhalt des Kaplans aufkommen, sondern hatte auch die Kosten für das gesamte Kirchenwesen in beiden Gebieten zu tragen. Die Kosten für das Mühlhäuser Gebiet waren nicht gering. Die Pastoration selbst war äußerst schwierig, da sie auf *einem* Geistlichen ruhte (Excursiones tam diurnas quam nocturnas propter viciniam acatholicorum multifarias, imo cum expensis difficillimas). Für diese Pastoration stellte das Kloster dem Sacellanus dauernd ein Pferd zur Verfügung¹⁾.

III. Änderungen zufolge der Säkularisation des Klosters Annrode, Anerkennung der Dotationsansprüche der Westfälischen und Preußischen Regierung.

Die Säkularisation ist juristisch aufzufassen als eine Universal-sukzession des säkularisierenden Staates in das Vermögen des säkularisierenden Institutes, in die Aktiva und Passiva desselben, somit auch in die dem Institute obliegenden *Verpflichtungen*. Da die inkorporierten Pfarreien und Benefizien nicht der Säkularisation unterlagen, sondern frei von der Inkorporation bestehen blieben, hatte der säkularisierende Staat nunmehr die bisher den Instituten obliegende Unterhaltungspflicht zu erfüllen. Daß diese Unterhaltungspflicht sowohl von der Westf. wie Preuß. Regierung betreffs der Pfarrei Bickenriede anerkannt und erfüllt wurde, ist oben des näheren ausgeführt worden. Die gleiche Anerkennung ist von beiden Regierungen für die dem Kloster überwiesenen

1) U. A. A. II. IV. Unrlchtig spricht *Knieb*, I. cit. S. 7 betreffs Bickenriede u. Geismar von einem Patronatsrecht des Klosters Annrode; richtig dagegen Paderborner Realschematismus (1913) S. 384, 408.

Mühlhäuser Gebiete erfolgt, wie sich aus folgenden Tatsachen ergibt.

Während früher ein einziger Geistlicher, der vom Kloster angestellte sacellanus und confessarius, die Pfarrei Bickenriede nebst dem Mühlhäuser Gebiete zu versorgen hatte, ernannte die Westf. Regierung gleich nach der Säkularisation 1810 einen eigenen Kaplan für das Mühlhäuser Gebiet und bewilligte ihm einen Gehalt von 800 Fr. oder 218 Rtlr. aus der Staatskasse.

Dieser für Mühlhausen bestimmte Kaplan wohnte anfänglich mit dem Bickenrieder Pfarrer in Annrode. Nachdem letzterer seinen Wohnsitz 1813 in dem Dorfe Bickenriede aufschlug, geschah solches auch von dem für Mühlhausen ernannten Kaplan, der von dem Pfarrer Müller freie Station in Kost, Licht, Heizung, Wäsche erhielt. Der Pfarrer wurde für diese Aufwendungen aus der Summe von 218 Rtlr. mit 100 Rtlr. jährlich entschädigt, so daß dem Kaplan wenig übrig blieb.

Eine weitere Anerkennung der hervorgehobenen juristischen Grundsätze seitens der Westf. Regierung lag auch darin, daß durch ein Dekret des Königs Jérôme vom 28. August 1813 den Katholiken die St. Jacobi-Kirche in Mühlhausen überwiesen wurde. Die Besitzergreifung ist aber durch die allzu große Begehrlichkeit des katholischen Friedensrichters Fuhrmeister wie auch durch protestantische Intrigen verhindert worden. Außerdem folgte bald die Auflösung des Königreichs Westfalen¹⁾.

Zufolge der Schlacht bei Leipzig (18. Oktober 1813) kam das Eichsfeld nebst Mühlhausen und Gebiet wieder in den Besitz von Preußen. Die Preuß. Regierung trat das Erbe an, wie es unter der Westf. Regierung sich entwickelt hatte. Das gilt nicht bloß für das staatliche, sondern insbesondere auch für das kirchenrechtliche Gebiet. Auch die Preuß. Regierung hat die hervorgehobenen juristischen Grundsätze aus der Säkularisation anfänglich anerkannt, wobei sie jedoch mehrfach mit Erfolg versuchte, einen Teil der ihr obliegenden Unterhaltungspflicht des Mühlhäuser Kirchensystems auf die kirchliche Gemeinde abzuschieben.

Nach Ordnung der *staatlichen* Verhältnisse gab sich die neue Regierung auch an die Regelung der *kirchlichen* Verhältnisse: Seit 1817 wurde nach vorherigen Verhandlungen zwischen der Regierung und dem Kommissariat Heiligenstadt zweimal im

1) U. A. B. I. IV. Zehrt, cit, S. 281.

Jahre in der St. Jakobi-Kirche für die katholischen Mannschaften Militärgottesdienst gehalten, den der Kaplan von Bickenriede zu besorgen hatte. Es war aber durchaus unbegründet, wenn die Regierung zu Erfurt die Ansicht vertrat, daß dem Kaplan dafür keine besondere Vergütung zustehe, weil eine Militärgemeinde bei der Inkorporation der Mühlhäuser Katholiken nach Bickenriede nicht bestanden habe. Jedenfalls liegt aber in der Zuweisung des Militärgottesdienstes an dem Kaplan eine Anerkennung der Besoldungspflicht des Preuß. Fiskus dem Kaplan gegenüber¹⁾.

Das von der Westfäl. Regierung für den die Mühlhäuser Seelsorge verwaltenden Kaplan in Bickenriede aus der Staatskasse bewilligte Gehalt von jährlich 800 fr. oder 218 Rth. zahlte die Preuß. Regierung anfänglich weiter. Eine Kabin. Ordre vom 6. 2. 1826 reduzierte jedoch diesen Gehalt auf 150 Rth. Eine spätere Kab. Ordre vom 23. März 1855 bewilligte jedoch zu den 150 Rth. einen jährlichen Zuschuß von 100 Rth., so daß der Staat im Ganzen jährlich 250 Rth. für den Kaplan, jetzt Missionar für Mühlhausen genannt, anwies²⁾.

II. Bau eines Gotteshauses. Erhebung von Mühlhausen zu einer Missions-Pfarrei (1851) und zu einer förmlichen Pfarrei (1859).

Im Jahr 1843 begannen die Verhandlungen über den Bau eines katholischen Gotteshauses in Mühlhausen; dieselben wurden geführt einmal zwischen den einzelnen *Staatsbehörden*, denn es handelte sich wegen der vom Staat zu zahlenden Kosten auch um eine *staatliche* Angelegenheit. Sodann wurden die Verhandlungen geführt zwischen den Staatsbehörden und den Kirchenbehörden. Diese Verhandlungen dauerten mehrere Jahre.

Am 22. Dezember 1844 fragte die Regierung zu Erfurt bei dem Landrat in Mühlhausen an, ob nach beendigem Bau der Kapelle die dortigen Katholiken nicht doch wenigstens einen aliquoten Teil der Kosten, welche die neue Einrichtung wegen der Kirchenfabrik, der gottesdienstlichen Bedürfnisse und der Kirchenbedienten erheischt, möchten aufbringen können, da sich unter ihnen verschiedene Wohlhabende zu befinden scheinen.

1) U. A. B. III.

2) U. A. B. IV. V. Vgl. auch *Wiegel*, Von der Kathol. Kirche (Mühlhäuser Anzeiger, 150 jähr. Jubiläumsausgabe vom 1. Januar 1925 S. 29 ss.).

Dem Landrat wurde aufgegeben, auf eine ihm geeignet erscheinende Weise den *Versuch* zu machen, in wie weit wenigstens die wohlhabenden Gemeindemitglieder zu angemessenen einmaligen und fortlaufenden Beiträgen zu vermögen sein werden. Damit erkennt die Regierung ihre Pflicht zum Bau der Kirche an.

Es wurde dann 1847 in Mühlhausen ein Haus nebst Garten zum Bauplatz für eine katholische Kirche um den Preis von 2000 Tlr. angekauft, und das Kultusministerium wies zur Zahlung dieser Kosten vorläufig 1400 Tlr. aus der *Ferdinandischen Stiftung* an. Danach scheint das Ministerium eigenmächtig über die Einkünfte der Ferdinandeia verfügt zu haben ¹⁾).

Wie dem auch sei, es liegt in der Anweisung von 1400 Tlr. eine Anerkennung des Staates über seine ihm gegenüber der Kirchengemeinde obliegende Unterhaltungspflicht.

Das Gotteshaus, welches 1851 auf dem angekauften Platze erbaut wurde, war ein provisorischer Notbau aus leichtem Fachwerk und nur für 400 Seelen berechnet. Der damalige Kommissar D. Zehrt vollzog am 26. Oct. 1851 die Benediktion der Kapelle. Sie erhielt in der Folgezeit mehrere Erweiterungen: 1854 wurde eine Sakristei angebaut, 1862 an der Westseite ein Querbau errichtet.

In dem gekauften Hause richtete man 1851 zunächst einige Zimmer für den Missionar ein, 1858 erhielt es einen Anbau, um ein geräumiges Schulzimmer und eine Wohnung für den Lehrer zu gewinnen, der als Küster freie Wohnung darin hatte. Die Kosten dieses Anbaues zahlte der Bonifazius-Verein. Danach hatte der Missionar bis dahin seinen Wohnsitz in Bickenriede nicht aufgegeben ²⁾).

Nachdem die Kapelle und die Wohnung für den Missionar fertiggestellt waren, erhob der Paderborner Bischof Drepper durch Dekret vom 12. Dezember 1851 Mühlhausen zu einer Missionspfarre und wies ihr folgende Bezirke zu: 1. Die *Stadt Mühlhausen*, 2. im *Kreise Mühlhausen* die Ortschaften: Ammern, Dörna, Hollenbach, Dachrieden, Reiser, Kaisershagen, Windeberg, Saalfeld, Großgrabe, Kleingrabe, Görmar, Bollstedt, Höngeda, Niederdorla, Oberdorla, Langula, Felchta, Pfarrerode, Sambach, Breitsülze, Schröterode, Popperode, 3. aus dem *Kreise Langensalza* die

1) Oben S. 463.

2) U. A. B. XXI—XXVIII. Incl.

Ortschaft Seebach. Somit zählte die neu errichtete Missionspfarrei außerhalb Mühlhausens 23 Ortschaften. Die nähere Einrichtung der Missionsstelle erfolgte aus Mitteln des Bonifazius-Vereins und durch Zuschuß der Regierung »zufolge Aufhebung des Klosters Annrode.«

Da Mühlhausen viel Arbeitsgelegenheit bot, wuchs durch Zuzug von Arbeitern in kurzer Zeit die Einwohnerschaft bedeutend. Deshalb erhob der Bischof Konrad Martin (selbst Eichsfelder) die Missionspfarrei durch Urkunde vom 17. November 1859 zu einer förmlichen Pfarrei. Die bisherige Zirkumscription der Pfarrei blieb, nur wurden Dörna und Hollenbach dem näher gelegenen Bickenriede zugeteilt¹⁾.

V. Bau einer neuen Pfarrkirche, eines neuen Pfarr- und Kaplaneihauses (1905). Die kirchliche Baupflicht des Staates.

I. Bau einer neuen Pfarrkirche, eines Pfarr- und Kaplaneihauses.

In der Folgezeit war die Zahl der Katholiken sowohl in der Stadt Mühlhausen als auch in den übrigen Bezirken in fortwährender Zunahme begriffen. Nach einer Eingabe des Pfarrers Gleitz an den Kaiser vom 13. Februar 1902 zählte die Gemeinde damals 2100 Seelen, von welchen 1900 auf die Stadt und 200 auf die Ortschaften entfielen. Der Bau einer neuen Kirche war somit dringendes Bedürfnis.

Schon seit 1886 sammelte der damalige Pfarrer zum Neubau einer Kirche; seit 1889 legte sich die nicht wohlhabende Gemeinde eine freiwillige Kirchensteuer von 33 $\frac{1}{3}$ % der Staatseinkommensteuer zu diesem Zwecke auf und hatte schon einen ziemlichen Baufonds zusammengebracht.

Da der Platz, auf dem die frühere Kapelle stand, zum Bauplatz ungeeignet war, erwarb die Gemeinde ein anderes Grundstück für den Neubau für 73500 Mk. Der Kostenanschlag für das Kirchengebäude selbst war auf 152000 Mk. berechnet. Die Gemeinde verfügte aber nach Ankauf des Grundstückes nurmehr über 57000 Mk. Baufonds. Die Bischöfliche Behörde stellte ihr eine Kirchenkollekte in Aussicht, die ca. 5—6000 Mk. einbringen würde. Die Gemeinde erklärte sich bereit, eine zu amortisierende

1) U. A. B. XX *Zehrt*, cit. S. 283. Die beiden Bischöflichen Dekrete sind im Paderb. Amtl. Kirchenblatt nicht veröffentlicht.

Bauschuld von 50000 Mk. aufzunehmen. Auch der Bonifazius-Verein erklärte sich zu einer Beihilfe, nicht aber zu den noch fehlenden 50000 Mk. bereit.

Pfarrer Gleitz wandte sich dann in einer Immediat-Eingabe vom 13. Februar 1902 unter Darlegung der tatsächlichen Verhältnisse an den Kaiser um Gewährung einer Gabe aus dem Dispositionsfonds als Beihilfe zum Kirchenbau in Mühlhausen. Am 7. Juni d. Js. erfolgte im Auftrage des Kultusministers durch den Reg.-Präsident in Erfurt ein ablehnender Bescheid des Immediat-Gesuches. Am 19. Juli d. Js. machte Pfarrer Gleitz eine Eingabe an den Kultusminister und erhielt am 6. Oktober d. Js. die ministerielle Antwort, daß es bei dem Bescheide vom 7. Juni des Js. sein Bewenden behalten müsse. Vorher hatte Pfarrer Gleitz am 23. Juli d. Js. an Kardinal Kopp (ebenfalls Eichsfelder) über den Bescheid vom 7. Juni d. Js. berichtet mit dem Bemerken, er hege Zweifel, daß der Kaiser von dem Gesuche erfahren habe, und bat den Kardinal um Rat, ob es nicht tunlich sei, ein neues Immediat-Gesuch einzureichen. Der Brief scheint nicht abgeschickt zu sein, da eine Antwort sich nicht bei den Akten befindet.

Es wurde dann der Bau in Angriff genommen. Im Jahre 1905 war eine neue Pfarrkirche und ein neues Pfarrhaus fertiggestellt, ebenso ein neues Kaplaneihaus für die 1895 errichtete Kaplanei. Die alte Kapelle blieb erhalten, das alte Pfarrhaus wurde zu einem Schwesternhaus eingerichtet. Der Bonifazius-Verein gab einen Zuschuß zu den Baukosten, den größeren Teil lieferte der seit längeren Jahren bestehende Baufonds; der Preuß. Fiskus hat nichts zu den Bauten beigesteuert, obwohl er zur Tragung der gesamten Kosten auf Grund der vorstehenden geschichtlichen Verhältnisse verpflichtet war¹⁾.

2. Die kirchliche Bauverpflichtung.

Über die kirchliche *Baulastverpflichtung* in Mühlhausen wie auch in Bickenriede herrscht sonderbarer Weise Unklarheit, die ihren Grund in der Unkenntnis der geschichtlichen Entwicklung beider Pfarreien hat. Im Realschematismus der Diözese Paderborn (1913) wird für Mühlhausen der »*kirchlichen Gemeinde*«, für Bickenriede der »*politischen Gemeinde*« die kirchliche Baupflicht zugeschrieben. Auch eine Zuschrift des Paderborner Gen.-Vikariats

1) U. A. B. XXIX—XXX.

an den Kirchenvorstand in Mühlhausen 3. Oktober 1924 Nr. 6482 fußt auf dieses Unkenntnis.

Aus der Verbindung der Mühlhäuser Kirchengemeinde mit der Pfarrei Bickenriede bzw. ihrer Inkorporation in das Kloster Annrode ergibt sich, daß dem Preuß. Fiskus sowohl für Bickenriede wie auch für Mühlhausen die kirchliche Baupflicht obliegt. Pfarrer Gleitz hätte bei richtiger Kenntnis der kirchlichen Entwicklung deshalb sich nicht an den Kaiser um ein *Gnadengeschenk* wenden, sondern von dem Preuß. Fiskus die Erfüllung seiner Verpflichtung verlangen sollen. Daß das Preuß. Kultusministerium, welches in seiner Zuschrift an den Mühlhäuser Kirchenvorstand vom 6. Oktober 1902 von *ausreichender Information* spricht, und betont, daß *ein Irrtum* bei Ablehnung eines Gnadengeschenk nicht obgewaltet habe, über eine hier maßgebende und richtige Kenntnis der kirchlichen Verhältnisse Mühlhausens verfügte, muß ich verneinen, da es an derartigen wissenschaftlichen Arbeiten fehlte. Es springt aber in die Augen, daß der Preuß. Fiskus bei Errichtung der Missionsstelle in Mühlhausen seine Dotationspflicht anerkannte, nunmehr aber bei den kirchlichen Bauten im Jahre 1905 die kirchliche Gemeinde, da letztere an ihn nicht herantrat, sich selbst überließ. Schließlich sei noch erwähnt, daß die *eigens* geartete kirchliche Baupflicht im Eichsfeld für die Kirchengemeinde Mühlhausen, welche ursprünglich nicht zum Eichsfeld gehörte, keine Geltung hat¹⁾.

Zweiter Abschnitt.

Rechtliche Unterlagen.

Bei der Beantwortung der Frage über die Verpflichtungen des Preuß. Staatsfiskus gegenüber den beiden Pfarreien Bickenriede und Mühlhausen kommen mehrfache Rechtsgrundsätze zur Anwendung: Einmal die kirchenrechtlichen Bestimmungen über die sog. *Inkorporation* und die *Union von Kirchendämtern*. Denn die Pfarrei Bickenriede war seit 1346 dem Kloster Annrode inkorporiert, und die Kirchengemeinde Mühlhausen wurde nach Einführung der Reformation mit der dem Kloster inkorporierten Pfarrei verbunden, d. h. dem Kloster ebenfalls *inkorporiert*. Sodann kommen die Rechtsgrundsätze über die aus der Säkularisation folgenden

1) Vgl. auch Zehrt S. 116 (über Eichsfelder kirchl. Baupflicht).

staatlichen Verpflichtungen gegenüber inkorporierten Kirchenämtern zur Anwendung und dann deren Klagbarkeit vor den bürgerlichen Gerichten.

A. Die kirchenrechtliche Inkorporation.

Unter Inkorporation versteht man die dauernde Verbindung eines Kirchenamtes mit einem kirchlichen Institut, etwa Kloster, Kapitel, Stift etc. Dieselbe hat sich aus dem sog. deutschen *Eigenkirchenrechte* entwickelt.

Nach diesem Eigenkirchenrecht hatte der Grundherr über die auf seinem Boden erbaute Kirche bzw. das Kirchenamt sowohl die *privatrechtliche* als auch die *öffentlich-rechtliche* Herrschaft. Kraft ersterer konnte er die Kirche samt Kirchenamt verkaufen, verschenken, zum Lehen geben etc. Kraft letzterer hatte er die volle Leitungsgewalt über die Kirche und das Kirchenamt: er setzte den Geistlichen ein und ab, letzterer verwaltete für ihn die Kirche und das Kirchenamt. Bei der Anstellung des Geistlichen hatte der Bischof nur das Recht der *institutio autorizabilis*, d. h. das Recht, dem Geistlichen nach vorgängiger Prüfung über seine Tauglichkeit die Erlaubnis zur Annahme des Amtes und zur Ausübung der Seelsorge zu geben. Im übrigen war hier die bischöfliche Jurisdiktion völlig ausgeschlossen.

Das gab der kirchlichen Gesetzgebung Veranlassung, dem Rechtsinstitut des Eigenkirchenrechts eine andere Grundlage zu geben, indem man die *privatrechtliche* Seite von der *öffentlich-rechtlichen*, die *temporelle* von der *spirituellen* trennte und zwischen *ecclesia* und *altare* unterschied. Auf Grund dessen haben sich dann die *Incorporatio* und das *Patronatsrecht*, deren prinzipielle Grundlage zwar schon früher vorhanden war, aber positiv rechtlich noch nicht unterschieden wurde, als besondere Rechtsinstitute, in allerdings allmählicher und vorsichtiger Weise entwickelt.

Die Entwicklung der Inkorporation hat mit Anfang des 13. Jahrhunderts ihren Abschluß gefunden, und es wurde seit dieser Zeit die Bezeichnung für diesen Vorgang als *incorporare* immer mehr gebräuchlich. Seit Anfang des 13. Jahrhunderts unterschied das Kirchenrecht drei Arten von Inkorporation: *incorp. minus plena*, *inc. plena* und *inc. plenissima*. Der CJC. von 1917 hält in c. 1425 die beiden ersten Arten aufrecht, nicht aber die *incorp. plenissima* und bezeichnet den Vorgang mit »unire«.

I. Incorporatio minus plena. Die *inc. minus plena* oder *quoad temporalia* ist diejenige Art der Verbindung eines Kirchen-

amtes mit einem kirchlichen Institute, kraft welcher dem betr. Institute das *Vermögen* des Kirchenamtes übertragen wird mit der Verpflichtung, daraus den Unterhalt des Geistlichen und die sonstigen kirchlichen Bedürfnisse zu bestreiten. Der gesonderte Vermögensbestand des Kirchenamtes wird dabei vernichtet, nach seiner geistlichen Seite aber bleibt das Kirchenamt, der Träger der juristischen Persönlichkeit, bei dieser Inkorporation ebenso selbständig bestehen wie vorher, selbst wenn das bereicherte Institut das Präsentationsrecht zu dem inkorporierten Amte erhält. Der Geistliche, welcher, vom Bischof angestellt, das Kirchenamt verwaltet, ist bei dieser Inkorporation wirklicher Pfarrer etc., nicht aber Stellvertreter (*vicarius*). Für das berechnigte Institut hat die spätere Doktrin den Namen *Parochus habitualis* oder *parochus primitivus* erfunden.

II. Incorporatio plena. Die *inc. plena* oder *inc. quoad temporalia et spiritualia* unterscheidet sich von der *inc. minus plena* dadurch, daß bei ihr das inkorporierte Amt sowohl in seinem vermögens-rechtlichen wie auch in seinem geistlichen Bestande auf das betreffende kirchliche Institut übertragen wird und dadurch das letztere die Stellung eines wirklichen Pfarrers etc. erlangt. Ob nun *inc. minus plena*, oder *plena* vorliegt, muß aus den maßgebenden Urkunden erschlossen werden und das bietet oft nicht geringe Schwierigkeit.

Bei der *inc. plena* erteilt das bereicherte Institut dem anzu-stellenden Geistlichen die *institutio collativa*, der *Ordinarius* nur die *institutio autorizabilis* in der vorher angegebenen Bedeutung. Die Anstellung eines Vikars kann *ad nutum* geschehen oder als dauernde erfolgen. Eine Vakanz des inkorporierten Kirchen-amtes kann, solange das bereicherte Institut besteht, niemals eintreten.

III. Incorporatio plenissima. Bei der dritten Art der Inkorporation, der sog. *inc. plenissima*, wird das inkorporierte Amt in seinem vermögens-rechtlichen wie geistlichen Bestande auf das betreffende Institut übertragen, und ist außerdem die bischöfliche Jurisdiktion über das Amt vollständig ausgeschlossen. Diese Art der *incorp.* kommt äußerst selten vor.

Es handelt sich hierbei um eine Exemption des betreffenden Kirchenamtes von der bischöflichen Jurisdiktion. Diese Exemption hat aber durch die Bestimmungen des *concilium Tridentinum*, welche den Bischöfen über Exemte gewisse Rechte als *Delegati*

Apost. Sedis einräumen, in vielfacher Hinsicht eine Einschränkung erfahren ¹⁾).

IV. Außer diesen drei vorstehend genannten Inkorporationen ist noch die *spätere* incorp. quoad spiritualia zu erwähnen, welche darin bestand, daß eine durch gemeinschaftliche religiöse Interessen verbundene Personengemeinschaft, welche als *Kirchenamt* durch den Verlust ihres Vermögens untergegangen war, mit einem kirchlichen Institut *ohne Aufhebung* ihrer bisherigen Gemeinschaft verbunden wurde. Hier übernahm das kirchliche Institut nur Pflichten. Dieses war der Fall bei den Mühlhäuser Katholiken nach Einführung der Reformation in dem dortigen Gebiet. Dieser Vorgang wird in den Lehrbüchern nicht erwähnt, dürfte aber in vielen Diaspora-Gegenden praktisch gewesen sein. Das Nähere gehört nicht hierher.

B. Die Union der Kirchenämter.

Die unio beneficiorum, Vereinigung mehrerer Kirchenämter besteht darin, daß das eine Kirchenamt mindestens in gewissen Beziehungen seine Selbständigkeit verliert. Sie kann jedoch auch in der Art erfolgen, daß der bisherige Bestand mehrerer Kirchenämter vernichtet und aus ihnen ein neues errichtet wird. Das frühere Recht ist in CJC. c. 1419 und 1420 aufrecht erhalten; man unterscheidet:

I. *Die unio aequae principalis oder per aequalitatem.* Diese unio besteht in der Vereinigung mehrerer Kirchenämter dergestalt, daß sie künftig zwar durch einen und denselben Amtsträger verwaltet werden, aber nach Rechten und Pflichten selbständig und getrennt nebeneinander bestehen bleiben.

II. *Die unio per inaequalitatem oder per subjectionem,* d. h. die Vereinigung mehrerer Kirchenämter in der Art, daß das eine Kirchenamt seine Selbständigkeit zu Gunsten eines anderen verliert und zum Zubehör (accessorium) desselben wird. Die Wirkung dieser unio besteht darin, daß die geistliche Seite des unierten Kirchenamtes (ecclesia filialis) ihre Selbständigkeit verliert, somit die Gesamtheit der amtlichen Rechte und Pflichten,

1) Vgl. *Freisen*, Die Stadt Geseke im früheren Herzogtum Westfalen, das dortige Kanonissenstift und die dortigen Pfarren ad S. Cyriacum und ad S. Petrum (1924 S. Rita-Verlag Würzburg). Vorstehende Darstellung ist mit Änderungen aus dieser Arbeit entnommen und aus ihr die maßgebende Literatur zu vergleichen.

welche mit demselben verbunden sind, wenngleich sie materiell nicht untergeht, doch untrennbares Zubehör eines anderen Kirchenamtes wird. Der Inhaber des officium principale ist zugleich der des untergeordneten Kirchenamtes, wenn auch bisweilen eine gesonderte Pastoration durch einen *Stellvertreter* stattfindet. Gesondert aber müssen die beiderseitigen Vermögensmassen bleiben.

III. Die unio per confusionem (extinctionem), d. h. die Art der Vereinigung mehrerer vorher selbständiger Kirchenämter, wodurch dieselben in ihrer Existenz vernichtet werden und aus ihnen ein neues drittes Kirchenamt, aber mit allen Rechten und Pflichten der alten entsteht ¹⁾.

C. Inkorporation und Säkularisation.

Durch den R D H schluß vom 25. Februar 1803 wurden alle Güter der fundierten Stifter, Abteien und Klöster der freien und vollen Disposition der Landesherren, sowohl zum Behuf des Aufwandes für Gottesdienst, Unterrichts- und andere gemeinnützige Anstalten als zur Erleichterung ihrer Finanzen überlassen (§ 35), nach § 36 dortselbst gingen die Stifter, Abteien und Klöster an ihre neuen Besitzer mit allen Gütern, Rechten, Kapitalien und Einkünften über; es war aber ein staatlicher Beschluß, welcher die Besitzergreifung für ein einzelnes Institut anordnete, erforderlich.

Vielfach erwarben in früherer Zeit Stifter, Klöster etc. Vermögenskomplexe durch *Inkorporation*. Bei der Inkorporation wird der gesonderte Vermögensbestand des Kirchenamtes vernichtet, nach seiner geistigen Seite aber bleibt das Kirchenamt selbständig bestehen. Der Übergang des Vermögens auf das betreffende kirchliche Institut erfolgt bei der *Inkorporation* in Form der Gesamtrechtsnachfolge. Zu dem übergegangenen Vermögen gehören auch die auf demselben bestehenden Verpflichtungen und Schulden.

Auch bei der *Säkularisation* erfolgt der Vermögensübergang auf den Landesherren bzw. die von ihm neu errichteten Stiftfonds in der Form der Gesamtrechtsnachfolge. Es geht somit auf den Landesherren bzw. die neuen Stiftfonds auch die durch

¹⁾ Hinschius, K.-R. (1878) II S. 417 ff. Sägmüller, Lehrb. d. k. K.-R. (1914) I. S. 398 ff.

eine etwaige Inkorporation übernommene Verpflichtung über, die Unterhaltungskosten für das inkorporierte Kirchenamt zu tragen. Bestand an einem säkularisierten Kloster etc. ohne Inkorporation ein Kirchenamt, so geht die Verpflichtung, dasselbe weiter zu versorgen, ebenfalls auf den neuen Vermögenserwerber über.

Die Kirchenämter selbst, die Pfarrkirchen und Pfarrkirchenfabriken, Pfarrpfünden und andere kirchliche Fonds unterlagen nach dem R D H schluß nicht der Säkularisation, sondern blieben bestehen. Das inkorporierte Kirchenamt wird mit der Säkularisation von der infolge der Inkorporation erfolgten Umklammerung frei, es wird wieder selbständig. Auch das ohne Inkorporation an einem Kloster bestehende Kirchenamt besteht weiter fort. Ob der Landesherr das säkularisierte Vermögen im allgemeinen Staatsfiskus aufgehen oder dasselbe als Stiftungsfonds, wenn auch in veränderter Verfassung, weiter fortbestehen läßt, oder daraus einen ganz neuen Stiftungsfonds bildet, ist seine Sache.

Die Frage, ob der Fiskus etc. Gesamtrechtsnachfolger des säkularisierten Klosters etc. wird oder nicht, ob seine Verpflichtungen altrechtlich (d. h. schon vor der Säkularisation bestanden) oder neurechtlich (d. h. anlässlich der Säkularisation neu entstanden) sind und ob der Fiskus etc. die vom Stifter des kirchlichen Vermögens gewollten Verpflichtungen zu erfüllen hat, ist in Theorie und Praxis vielfach behandelt worden. Aus den Ausführungen der namhaftesten Vertreter der Wissenschaft wie aus den Entscheidungen der obersten Gerichtshöfe: des Preuß. Kompetenzgerichtshofes, des Preuß. Obertribunals, des Bayer. Obersten Landgerichtes und des Reichsgerichtes dürfte sich ergeben, daß die Ansicht von der Gesamtrechtsnachfolge nunmehr eine allgemeine ist¹⁾.

1) Vgl. *Freisen*, Die Stadt Geseke etc. S. 66 ff. Aus der dort verzeichneten Literatur sei besonders verwiesen auf *Schmitt*, Die Ablösung der Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften (1921) S. 62 ff., 74 ff. Der Verfasser bringt eine gründliche Widerlegung der von *Meurer*, Bayer. Kirchen-Vermögensrecht (1919) S. 284 ss. gegen die Gesamtrechtsnachfolge vorgebrachten Einwände; das auf Grundlage der Gesamtrechtsnachfolge erlassene Urteil des Reichsgerichts in Sache der Pfarrei Bonndorf ./ den Badischen Fiskus vom 22. November 1920 (IV. 264/1920) ist bei *Schmitt*, cit. S. 182 abgedruckt. Außerdem sei verwiesen auf *Linneborn*, Die Gesamtrechtsnachfolge und die Verpflichtung des preuß. Staatsfiskus gegenüber den kathol. Kirchengemeinden (Theol. u. Glaube. 16. Jahrgang (1924) S. 130 ff.). *Schmitt*, Staat und Kirche, Bürgerlich-rechtliche Beziehungen infolge der Säkularisation (1919) S. 17 ff., 30 ff., *Nies*, Die Kirchenbaulast im früheren Kurfürstentum Köln (1916) S. 61 ff.

Die Bestimmungen des RDH schlusses gelten selbstverständlich nicht für das *Königreich Westfalen*. Eine Vergleichung der Säkularisationspolitik im Königreich Westfalen mit der des RDH schlusses ergibt jedoch eine frappante Ähnlichkeit der beiderseitigen Bestimmungen und der bei der Ausführung der Säkularisation als maßgebend anerkannten juristischen Grundsätze, so daß man auf eine gegenseitige Berücksichtigung der deutschen und westfälischen Säkularisationspolitik zu schließen sich veranlaßt fühlt¹⁾.

D. Der privat-rechtliche Charakter der staatlichen Dotationspflicht.

Über den Charakter der dem Staat durch die Säkularisation überkommenen Dotationspflicht und als Folge daraus über die Zulässigkeit oder Unzulässigkeit des Rechtsweges vor den bürgerlichen Gerichten herrschte bis vor kurzem Streit. Ist die dem Staat überkommene Pflicht eine *privat-rechtliche*, dann ist der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten zulässig, ist sie eine *öffentlich-rechtliche*, dann ist er ausgeschlossen.

Über den privatrechtlichen Charakter der Dotationspflicht kann m. E. kein Zweifel bestehen. Das kirchliche Vermögensrecht ist in der Regel durch Stiftungen entstanden. Das Stiftungsgeschäft, die Zuwendungen unter Lebenden und von Todeswegen gehörten stets und auch heute noch dem bürgerlichen Rechte (Privatrecht) an. So bestimmt c. 1544 § 2 CJC: *Fundatio, legitime acceptata, naturam induit contractus synallagmatici (gegenseitig): do ut facias*. Nach c. 1529 gelten die Bestimmungen des Zivilrechtes der einzelnen Staaten über Verträge auch in *materia ecclesiastica*.

Die Gegner dieser Ansicht berufen sich auf den *öffentlich-rechtlichen* Charakter des RDH schlusses und behaupten den öffentlich-rechtlichen Charakter aller mit demselben zusammenhängenden Verpflichtungen, woraus des weiteren die Unzulässigkeit des Rechtsweges vor den ordentlichen Gerichten folge. Eine solche Berufung erfolgte seitens des Preuß. Fiskus in einem Prozesse desselben mit der katholischen Kirchengemeinde zu Medebach (Westfalen) vor dem Oberlandesgericht zu Hamm (Urteil vom 4. Juli 1914), nachdem bereits am 6. März 1914

1) *Niedner*, Die Ausgaben des preuß. Staats für die evangel. Landeskirche (*Stutz*, Kirch.-rechtl. Abh. (1904) Heft 13 u. 14) S. 136 ff.

Geheimrat Dr. Lezius, welcher im Auftrage des Kultusministeriums diese Sachen bearbeitete, ein derartiges Gutachten erstattet hatte. Das Oberlandesgericht Hamm trat dieser Ansicht nicht bei und begründete das unter anderm damit, daß »nach einer langjährigen Gerichtspraxis bei Ansprüchen der vorliegenden Art unbedenklich der Rechtsweg zugelassen worden ist, wie aus zahlreichen Entscheidungen des Reichsgerichts hervorgeht.« Das Reichsgericht schloß sich dann dieser Auffassung des Oberlandesgerichtes an und verwarf die weitere Ausführung des Fiskus (Schriftsatz vom 3. April 1915), daß »der Staat nicht in die gleiche Rechtsstellung des Klosters eingetreten, somit nicht Universalnachfolger desselben sei.«

Allerdings hat der RDHschluß *öffentlich-rechtlichen* Charakter, deshalb gehören aber nicht alle auf demselben fußende Rechtsverhältnisse dem *öffentlichen* Recht an. Jede Korporation des öffentlichen Rechts ist in zweifacher Art einzuschätzen, einmal als Subjekt von *öffentlichen Rechten* und sodann als Subjekt von *Privatrechten*. In der ersten Eigenschaft ist der Staat Inhaber der Majestäts- und Hoheitsrechte (Der Staat als Gesellschaft zur Verwirklichung des Staatszweckes), in der zweiten Eigenschaft tritt der Staat als Fiskus auf (der Staat als Erwerbsgesellschaft oder als Subjekt des Privatrechtes). In ersterer Eigenschaft gibt es für den Staat und sein Oberhaupt keinen Richter; niemand kann für Nachteile, welche ihm durch Regierungshandlungen (Ausübung von staatlichen Hoheitsrechten) entstehen, Ersatz fordern. In zweiter Eigenschaft bleibt der Staat Rechtssubjekt wie jede andere Privatperson, und unterstehen seine Handlungen der Judikatur von den ordentlichen Gerichten. Daher ist eine Klage auf Anfechtung der im Wege der Säkularisation erfolgten Einziehung von Kloster- etc. Vermögen ausgeschlossen; denn es handelt sich hier um die Ausübung eines staatlichen Hoheitsrechtes. Wohl ist aber eine Klage, und zwar vor den ordentlichen Gerichten zulässig, wenn es sich um die Erfüllung von privat-rechtlichen Pflichten, welche auf den säkularisierten Gütern haften, handelt.

Eine solche privat-rechtliche Verpflichtung liegt in der Stiftung eines Kirchenamtes, welches mit einem Kloster etc. verbunden wird, sei es ohne, sei es infolge einer Inkorporation, denn in beiden Fällen soll das mit dem Kirchenamt verbundene Vermögen nach dem Willen des Stifters zur Unterhaltung des Amtes dienen. Auch hier wird durch den Umstand, daß das Kirchen-

amt eine Institution des öffentlichen Rechtes (hier des Kirchenrechtes) ist, der privat-rechtliche Charakter des gestifteten Vermögens ebensowenig aufgehoben, als das beim Staat der Fall ist, wenn er als Fiskus, d. h. auf dem Gebiete des Privatrechtes auftritt. Der Staat wird im Falle einer Klage auf Erfüllung solcher Verpflichtung nicht als Obrigkeit (auf Grund seiner staatlichen Hoheitsrechte), sondern als Fiskus in Anspruch genommen. Derartige Verpflichtungen haben zwar einen *öffentlich-rechtlichen Ursprung* (R D H schluß), bleiben aber *privat-rechtlichen Inhaltes* und gehören vor die ordentlichen Gerichte. Denn alles Vermögensrecht ist Privatrecht.

Die Anwendung der vorstehend angeführten Rechtsgrundsätze betreffs der Zulässigkeit des Rechtsweges aus der Säkularisation ist über 90 Jahre lang konstante Praxis der preuß. bzw. deutschen Rechtssprechung gewesen¹⁾.

E. Die preuß. Kabinettsorder vom 25. Sept. 1834.

Während die Gerichte des vorigen Jahrhunderts den Staat für Rechtsansprüche aus der Säkularisation zumeist haftbar erklärten auf Grund seiner *Gesamtrechtsnachfolge*, verurteilte das Reichsgericht am 25. Januar 1900 in einem Prozesse der kath. Pfarrgemeinde *Bielefeld* gegen den preußischen Fiskus den letzteren auf Grund der *preuß. Kabinettsorder vom 25. September 1834*. Das Reichsgericht sah in der Order eine *Deklaration*, eine authentische Interpretation, schrieb ihr also *Gesetzeskraft* zu. In nicht weniger als 10 Fällen hat sich das Reichsgericht auf die Order gestützt. Das gab dem Fiskus Veranlassung, dem Reichsgericht die gesamten Akten über die Entstehung der Order vorzulegen, worauf dasselbe am 15. Mai 1922 entschied: »Die Ausführungen der Revision gaben keinen Anlaß, von der bisherigen Auffassung abzugehen.«

Gegen diese reichsgerichtliche Entscheidung sprachen sich dann, wohl auf höhere Anregung hin, die Berliner Professoren Dr. Fürstenau (in der Jurist. Wochenschrift [1922] S. 1579) und

1) *Freisen*, Die Stadt Geseke S. 68 ff. und die dort verzeichnete Literatur, insbesondere *Schmitt*, Staat und Kirche S. 58 ff. *Nies*, Die Kirchenbaulast S. 62 ff. *Koch*, Allg. Land R. f. die preuß. Staaten Bd. I. S. 63 Anm. 88 (zu § 80 der Einl. d. A. L. Rs.); ALR. II. 6 § 201. »Gegen diejenigen, welche Forderungen an die erloschene Gesellschaft haben, tritt der Staat an die Stelle derselben« — gilt auch für den Fall der Säkularisation.

Dr. Triepel (im Archiv des öff. Rs. 1923) in längeren Ausführungen aus, indem sie den Beweis versuchten, daß die Order nicht *Gesetz*, sondern *Verwaltungsvorschrift* sei.

Auf diese Ausführungen der beiden Professoren hin hat der Preuß. Fiskus in zwei Prozessen, nämlich der Propsteigemeinde *Madgeburg* und der Propsteigemeinde *Erfurt*, welche gegen ihn anhängig waren, mit Erfolg den *Kompetenzkonflikt* erhoben. Beide Urteile K Gerichtshofes wurden gefällt am 12. Mai 1923 (Abdruck des Erfurt. betr. Urteils in der Jurist. Wochenschrift [1924] S. 73). Damit war ein Konflikt gegeben zwischen dem Reichsgericht und dem Kompetenzgerichtshof, ein Konflikt zwischen dem *Reichsgericht* und dem *Gerichtshof eines einzelnen Landes* eine Anomalie, die ihres gleichen nicht findet!

Beide Entscheidungen des K Gerichtshofes haben mit Recht umfangreichen Widerspruch in der Literatur gefunden. Prof. *Otto Fischer* in Breslau fügte der Veröffentlichung des Erfurter Urteils in der Jurist. Wochenschrift eine Reihe kritischer Bemerkungen bei und wandte sich dann in der *Schlesisch. Zeitung* (Nr. 44 vom 26. Januar 1924) und in der *Köln. Volkszeitung* (Nr. 95 vom 5. Februar 1924) in längeren Ausführungen gegen beide Entscheidungen. *Dompropst Dr. Linneborn* in Paderborn gab von den Ausführungen Fischers ein erweitertes Referat in Westf. Volksblatt (Nr. 36 Bl. 2 vom 11. Februar und Nr. 38 Bl. 2 vom 14. Februar 1924) unter dem Titel: »Zu der Frage der Rechtsverpflichtungen des Preuß. Staatsfiskus auf Grund der Säkularisation.« Eine weitere Abhandlung von *Linneborn* unter dem Titel: »Rechtliche Verpflichtungen des Preuß. Staatsfiskus für katholische Kirchengemeinden« (in Theol. und Glaube (1924) 16. Jahrg. S. 24 ff.) bringt neues Material zur Klärung der streitigen Angelegenheit. Dasselbe gilt von *Linneborns* Abhandlung unter dem Titel: »Die Gesamtrechtsnachfolge und die Verpflichtung des Preuß. Staatsfiskus gegenüber katholischen Kirchengemeinden« (in Theol. und Glaube (1924) 16. Jahrg. S. 130 ff.)

Inzwischen erschien von Prof. *Fischer* eine ausführliche Abhandlung unter dem Titel: »Gültigkeits- und Geltungsbereich der preußischen Kabinettsordre vom 25. September 1834, Rechtsweg für kirchliche Dotationsansprüche aus der Säkularisation« (im Archiv f. k. K.-R. (1923) Bd. 103 und Separatabdruck, Verlag von Kirchheim in Mainz 1924). Diese Abhandlung liefert in objektiv wissenschaftlicher Weise den Beweis für die *Gesetzeskraft*

der genannten Kabinettsordre, ist eine gründliche Widerlegung der Ausführungen der beiden Berliner Professoren und dürfte in ihren Resultaten wohl nicht widerlegt werden können¹⁾.

F. Weitere Entscheidungen des Preußischen Kompetenz-Gerichtshofes.

Zur Zeit dieser Tätigkeit auf rechtswissenschaftlichem Gebiete waren zwei Dotationsprozesse auf Grund der Säkularisation anhängig, der eine angestrengt von der Pfarrei *Velmede* (Westfalen), der andere angestrengt von der Stiftspfargemeinde *Geseke* (Westfalen). In beiden Prozessen entwickelte der Preuß. Fiskus, insbesondere die Regierung in Arnberg (Westfalen) eine auf fallende nervöse Tätigkeit.

I. Prozeß Velmede. In dem Prozesse der Pfarrei Velmede erhob der Vertreter des Fiskus, nachdem schon eine Anzahl Verhandlungstermine vor dem Landgericht zu Arnberg stattgefunden hatten, unter Berufung auf die beiden Urteile des K Gerichtshofes vom 12. Mai 1923 die Einrede der Unzulässigkeit des Rechtsweges. Die Sache ging deshalb den *Instanzenweg*. Das L Gericht zu Arnberg entschied auf Grund des § 17 VG. durch Zwischenurteil vom 19. Februar 1924: »Die Einrede der Unzulässigkeit des Rechtsweges wird verworfen.« Der Vertreter des Fiskus legte dann beim *OL Gericht Hamm* Berufung ein unter Beifügung eines Schriftsatzes von über 20 Bogenseiten. Das Urteil des OL Gerichts Hamm wies die Berufung, und zwar gleich im ersten Termine, ab und bestätigte das Arnberger Urteil am 5. Juli 1924. In dem Urteil ist richtig bemerkt: »Es könnte für die Entscheidung der Streitenden nichts ausmachen, ob sich die Klägerin noch weiter auf die K Order vom 25. September 1834 berufen kann, weil auch ohne sie der Rechtsweg gegeben ist.« Der Vertreter des Fiskus legte darauf Revision beim Reichs-

1) Abgedruckt ist die K. Ordre von 1834 im Archiv f. k. K.-R. (1868) Bd. 19 S. 349 ff. (es fehlt jedoch der Schlußsatz); vollständiger Abdruck findet sich bei *Nies*, die Kirchenbaulast S. 69 ff., ebenso (nach den Akten des Preuß. Finanzministeriums) bei *Triepel*, a. a. O. S. 206 ff. und bei *Linneborn*, Rechtl. Verpflichtungen etc. S. 27 ff. vgl. zum Text außerdem *Freisen*, Die Stadt Geseke S. 70 ff., 75 ff. *Freisen*, Rechtsverpflichtungen des Staatsfiskus (Germania Nr. 405, 406 vom 20. und 21. September 1924). *Freisen*, Dotationsansprüche der kath. Kirche aus der Säkularisation (Westf. Volksblatt Nr. 234 vom 6. Oktober 1924). *Nies*, Die Verpflichtung des Staates auf Grund der Inkorporation und Säkularisation (Pax-Korrespondenz Nr. 2 vom 20. Februar 1925).

gericht ein, zog aber dieselbe wohlweislich, bevor es zur Verhandlung kam, zurück, da er beim Reichsgericht dasselbe negative Urteil zu erwarten gehabt hätte.

II. Prozeß Geseke. In der seit 22. Juni 1922 beim L Gericht Paderborn anhängigen *Geseker Prozeßsache* war durch Beweisbeschluß des Paderborner L Gerichts vom 21. März 1923 zuerst Dompropst Dr. Linneborn in Paderborn mit der Erstattung eines Rechtsgutachtens beauftragt worden. Der fiskalische Vertreter Rechtsanwalt de Weldige in Paderborn erhob gegen Linneborn wegen Befangenheit den Ablehnungsantrag, welcher vom Paderb. L Gericht am 23. Mai 1923 zurückgewiesen wurde. Auf die dann beim OL Gericht Hamm eingelegte Beschwerde erfolgte am 23. Juni 1923 der Beschluß, daß die beantragte Ablehnung Linneborns begründet sei. Darauf wurde Prof. Freisen in Würzburg durch Beweisbeschluß des Paderb. L Gerichts vom 17. Juli 1923 mit der Erstattung eines Rechtsgutachtens beauftragt, welches er am 2. April 1924 dem Paderb. L Gerichte einreichte.

Die Zuständigkeitsfrage nahm in diesem Prozesse eine ganz andere Entwicklung als in dem Velmeder Prozesse. Nachdem auch hier vor dem L Gericht Paderborn bereits eine Anzahl von Verhandlungsterminen stattgefunden hatte, erhielt das L Gericht am 7. März 1924 vom fiskalischen Vertreter folgenden Schriftsatz: »Ich erhebe den Einwand der Unzulässigkeit des Rechtsweges und beziehe mich auf das Urteil des Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte (12. Mai 1923), abgedruckt in der Jurist. Wochenschrift 1924 S. 73.«

Der Vertreter der Stiftsgemeinde hatte dem Paderb. L Gericht bereits Mitteilung von dem Urteil des L Gerichts Arnsberg (ausgefertigt am 19. Februar 1924), welches den Rechtsweg für zulässig erklärte, gemacht. Wohl um im Geseker Prozeß nicht dasselbe Fiasko zu erleben wie im Velmeder Prozesse, ließ der Fiskus durch den Regierungspräsidenten zu Arnsberg beim L Gericht Paderborn, ohne ihm Zeit zur Entscheidung über die Zulässigkeit des Rechtsweges zu lassen, am 12. Juni 1924 den Kompetenzkonflikt erheben. Dem Schreiben der Regierung war eine längere Begründung vom 3. Juni 1924 beigelegt, welche juristisch-wissenschaftlich geradeso niedrig zu werten ist, als die Schriftsätze derselben Regierung, welche *vor* Erhebung des Geseker Prozesses an das Paderborner Ordinariat geschickt waren.

Dem Antrage der Stiftpfarrgemeinde, den von der Arnsberger Regierung erhobenen Kompetenzkonflikts-Antrag abzu-

weisen, gab der K Gerichtshof nicht statt, nachdem der Preuß. Minister des Innern, der nach dem Statut vom 30. November 1872 die Oberaufsicht über das Geseker Stiftungsvermögen habe, die Erklärung abgegeben hatte, daß er den erhobenen Komp.-Konflikt aufrecht erhalte, und es lautete dann das Urteil des K Gerichtshofes vom 28. Mai 1925: »Daß der Rechtsweg in dieser Sache, soweit der Klageanspruch auf die preuß. K Order vom 25. September 1834 gestützt wird, für unzulässig und der erhobene Komp.-Konflikt insoweit für begründet, im übrigen aber der Rechtsweg für zulässig und der erhobene Kompetenzkonflikt für unbegründet zu erachten¹⁾.«

Der K Gerichtshof hat sich die Entscheidung sehr leicht gemacht, indem er in der Begründung sich auf die beiden in Sachen Erfurt und Magdeburg ergangenen K G Urteile vom 12. Mai 1923 beruft. So beruft er sich hinsichtlich der Geltung der Kabinettsordre vom 25. September 1834 als »innere Verwaltungsvorschrift« auf die in den beiden Urteilen gegebene Begründung, an der er festhalte. Auf die gründlichen Ausführungen von Fischer wie das von Linneborn beigebrachte Material wird nicht eingegangen.

Hinsichtlich der *sonstigen* Zulässigkeit des Rechtsweges beruft er sich ebenfalls auf die beiden Urteile und stellt die Behauptung auf, daß in denselben der Rechtsweg nicht schlechthin für ausgeschlossen erklärt worden sei, sondern es sei nur gesagt, »die Behauptung, des R D H schlusses vom 25. Februar 1803 und das Westf. Dekret vom 1. Dezember 1810 begründe privat-rechtliche Ansprüche der Kirchengemeinde gegen den säkularisierenden Staat, reiche nicht aus, die privat-rechtliche Natur der geltend gemachten Ansprüche darzutun²⁾.«

1) Abgedruckt ist das K. G. Urteil vom 28. März 1925 bei *Schneider*. Die Zulässigkeit des Rechtsweges in Streitsachen über staatliche Dotationsverpflichtungen auf Grund der Säkularisation (Theol. und Glaube Heft 4. 1925 auch in Separat-Abzug).

2) Zu der Heranziehung des Westf. Dekretes vom 1. Dezember 1810 bemerke ich, daß Geseke zum *Herzogtum Westfalen* gehörte und durch den R D H schuß von 1803 § 7 an den *Landgrafen von Hessen-Darmstadt* kam. Unter dieser Regierung ist das Herzogtum geblieben, bis es durch die Wiener Kongreßakte vom 9. Juni 1815 an Preußen überwiesen wurde. Somit hat das *Dekret* mit den Geseker-Verhältnissen nichts zu tun! Dieselbe Entgegnung muß ich dem Archiv-Sekretär Völker am Paderbor. Gen. Vikariat machen, der in seinen Ratschlägen betreffs Geseke ebenfalls sich auf das französ. Dekret beruft und Wirrwarr anrichtet.

Da der K Gerichtshof, wie sich aus dem ganzen Tenor der beiden Urteile ergibt, damals die Ansicht vertrat, *alle* kirchlichen Ansprüche aus der Säkularisation seien *öffentlich-rechtlicher* Natur, so kann die aufgestellte Behauptung nur den Sinn haben, daß die privat-rechtliche Natur *jedes einzelnen Anspruches* einer Kirchengemeinde erst dargetan werden müsse. Ich glaube in meiner »Erwiderung« auf die Begründung des Komp.-Konfliktes vom 21. Juli 1924 überzeugend dargetan zu haben, daß die gesamte Dotationspflicht der säkularisierenden Staaten gegenüber den Kirchengemeinden privat-rechtlicher Natur ist, und der K Gerichtshof scheint diese Ausführungen auch angenommen zu haben, indem er bei der Ausführung des vorgelegten Aktenmaterials ein ausführliches Exzerpt von meiner »Erwiderung« bringt¹⁾.

Auch der Vertreter der Geseker Stiftspfarrrei Dr. Görres in Berlin hat diese meine Ausführungen vor dem K Gerichtshof, wie ich erfahre, unter besonderer Berufung auf c. 1544 § 2 CJC. zum Ausdruck gebracht. Andernfalls wäre das Urteil des K Gerichtshofes vom 28. März 1925 ein nicht zu verstehendes Doppelspiel, dem jeder objektive Jurist seine Zustimmung versagen müßte. Es ist auffallend, daß über die Begriffe *Privatrecht* und *öffentliches Recht* derartig unklare Auffassungen in den weitesten Juristenkreisen bestehen!

Somit hat der K Gerichtshof zwar sein Prestige gerettet; der Anprall, welcher sich aus Anlaß der Urteile des preuß. K Gerichtshofes in Sachen Erfurt, Magdeburg und Geseke in der rechtswissenschaftlichen Welt erhob, dürfte jedenfalls seinen Einfluß bei dem eigentümlich formulierten Urteil des K Gerichtshofes vom 28. März 1925 nicht versagt haben. Das ist mir betreffs meiner wissenschaftlichen Mitwirkung in der Geseker Sache von Dr. Görres ausdrücklich bestätigt worden.

III. Juristische Charakterisierung der Kompetenz-Gerichtshöfe.

Nach RGVG vom 27. Januar 1877 § 17 al. 1 entscheiden die *Gerichte* über die Zulässigkeit des Rechtsweges. Es ist jedoch der Landesgesetzgebung unter Einhaltung bestimmter Vorschriften gestattet, Streitigkeiten über die Zulassung des Rechtsweges »besonderen Behörden« (Kompetenzgericht) zu übertragen (RGVG § 17 al. 2).

1) Abdruck der »Erwiderung« bei Freisen, Die Stadt Geseke S. 80 ff.

Wer die Unabhängigkeit der Rechtspflege will, muß dafür eintreten, daß der Satz des R G V G § 17 al. 1: »Die Gerichte entscheiden über die Zulässigkeit des Rechtsweges« zur ausnahmslosen Geltung kommt und das R G V G § 17 al. 2 betreffs der K Gerichtshöfe fällt. Die Inhaber der Regierungsgewalt freilich werden den Einfluß der Rechtspflege zu Gunsten der Regierungsmacht einzuschränken suchen.

Das hat ja, wenn die Zeitungsnotiz richtig war, die *Reichsregierung* bereits versucht, indem sie dem Reichsgericht hinsichtlich seiner Entscheidungen über die Aufwertung der Hypotheken eine Reprimande dahin erteilte, daß das Reichsgericht Rücksicht zu nehmen habe auf den von der Reichsregierung vertretenen Standpunkt. Dabei war aber außeracht gelassen, daß die Gerichte, insbesondere auch das Reichsgericht, keine Verwaltungsbehörde sind, sondern nur dem Gesetze unterworfenen Behörden, (R G V G § 1)¹⁾.

Auf einer Verfassungsfeier in Nürnberg im Jahre 1926 hat der Oberbürgermeister Dr. Luppe (Demokrat) den lapidaren Satz ausgesprochen, daß »viele Richter noch nicht erkannt hätten, daß sie die Gesetze nicht gegen den eigenen Staat auslegen dürften«. Zu diesem Ausfall gegen die Gerichte, die Richter und ihre Unabhängigkeit hat den Oberbürgermeister die Tatsache veranlaßt, daß die Gerichte in vielen Prozessen, wie es ihre *Pflicht* war, zu Gunsten der abgegangenen deutschen Fürsten ihre Entscheidungen gefällt haben. Derartige Versuche sind besonders zu Tage getreten in den Verhandlungen über die Abfindung des *Hohenzollernhauses* und des *Herzoglich Coburgischen Hauses*²⁾.

Daß die Preuß. Regierung von denselben Ansichten getragen ist, zeigt folgende Tatsache: Vor ca. 4 Jahren fragte die Preuß. Regierung beim Bayer. Kultusministerium an, wie sich die Bayer. Regierung zu den kirchlichen Dotationsansprüchen aus der Säkularisation stelle. Das Bayer. Kultusministerium gab eine abweisende Antwort. Die Antwort konnte nicht anders lauten, da Bayern nicht gewillt ist, diesen Dotationsansprüchen den Rechtsboden zu entziehen; es hat vielmehr im Konkordat vom 29. März 1924 Art. 10 diese Dotationsansprüche ausdrücklich anerkannt.

1) *Freisen*, Rechtsverpflichtungen des Staatsfiskus (Germania Nr. 406. 24. September 1924).

2) *Dr. Klein*, Das Verlangen der Kabinettsjustiz (Fränk. Kurier Nr. 239. 29. August 1926 S. 3).

Ebenso ruht der am Ende des Dezember 1928 zwischen der *Reichsregierung* und dem *Staatsgerichtshof* für das deutsche Reich entstandene Konflikt auf der von der Reichsregierung vertretenen Unterlage, daß die *Rechtsprechung* sich nach den *politischen* Verhältnissen (*Staatsräson*) zu richten habe. Der Reichsgerichtspräsident *Dr. Simons*, der zugleich Vorsitzender des Staatsgerichtshofes ist, sah in gewissen Maßnahmen der Reichsregierung eine Zerstörung der staatlichen Rechtsgrundlagen, lehnte als Präsident des obersten deutschen Gerichts die Verantwortung für das Vorgehen der Reichsregierung ab und kam als gerader Mann um seinen Abschied ein, der ihm leider gewährt wurde! Ebenso beruht das Urteil des Staatsgerichtshofs vom 22. März 1929, betr. Auflösung des sächsischen Landtages, auf der Initiative von *Dr. Simons* (jetzt Prof. Honor. der jurist. Fakult. in Leipzig).

Auch das verurteilende Disziplinarverfahren des Kammergerichts gegen die beiden Magdeburger L. Gerichtsräte *Hoffmann* und *Kölling* im Anfang 1929 gehört hierher. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft hat selbst im Laufe des Prozesses behauptet, die *Staatsräson* stehe über der *Unabhängigkeit der Richter* und die Eingriffe der Verwaltungsbehörden, in diesem Falle des preuß. Innenministeriums und des preuß. Justizministeriums, seien solange berechtigt, als nicht die verfassungsmäßige verantwortliche Instanz, der Landtag, Einspruch dagegen erhebe. Damit stellt sich aber der Staat selbst in Frage¹⁾!

Die vorstehenden Tatsachen veranlassen mich, eine nähere Auseinandersetzung über den juristischen Charakter der K Gerichte zu geben, worüber sich die Theorie bisher ziemlich ausgeschwiegen hat²⁾.

Die K Gerichtshöfe sind überhaupt ein schillerndes Rechtsinstitut. Einmal sind zur Erhebung des K Konfliktes nur die höheren und mittleren *Verwaltungsbehörden* befugt. Letztere stehen aber in Abhängigkeit von den höheren und höchsten Verwaltungsbehörden und haben deren Befehlen *Gehorsam* zu leisten. Die sich hier aufdrängende Frage, ob die K Gerichtshöfe als *Gerichts-* oder *Verwaltungsbehörden* zu charakterisieren sind, ist seither, soweit ich sehe, auffallender Weise weder gestellt, noch beantwortet worden. Das R G V G § 27 al. 2 nennt sie »besondere

1) »Völkischer Beobachter« den 22. Dezember 1928 und 12. Januar 1929 (betr. Simons) u. »Der Ring« 1929 S. 80 f. (betr. Hoffmann u. Kölling).

2) Vgl. Meyer, Lehrbuch des Deutschen Staatsrechtes (1905⁶⁾ S. 662 ff.
Archiv für kath. Kirchenrecht. CIX.

Behörden«. Sind sie Verwaltungsbehörden, dann stehen sie vollständig in den Händen der Regierungsbehörden und sind von letzteren abhängig.

Angesichts der Art, wie die beiden K G Urteile vom 12. Mai 1923 zustande gekommen sind, kann man kaum die Schlußfolgerung vermeiden, daß man in den maßgebenden Berliner Regierungskreisen dem K Gerichtshof den Charakter einer Verwaltungsbehörde beilegt. Dem gegenüber ist es den weitesten juristischen Kreisen unverständlich, wie man gestützt auf die juristisch wissenschaftlich nicht sehr hoch zu wertenden Arbeiten von Fürstenau und Triepel die beiden Urteile fällen konnte, und dieselbe Auffassung muß in diesen juristischen Kreisen dem im Geseker-Prozeß erlassenen Urteile des K Gerichts vom 28. März 1925 entgegengebracht werden, da es sich in der Urteilsbegründung vollständig auf die beiden Urteile vom 12. Mai 1923 stützt.

Eine andere Frage, nämlich ob die landesgesetzlichen Bestimmungen über die Entscheidung des K Konfliktes auch gegenüber dem Reichsgericht Anwendung finden, ist streitig, m. E. aber zu verneinen. Ausdrücklich ist diese Anwendung ausgeschlossen in Bayern durch Gesetz vom 18. August 1879, in Württemberg durch Gesetz vom 25. August 1879. Ähnliche Bestimmungen hat das preuß. Gesetz vom 22. Mai 1902¹⁾.

Es darf nicht verschwiegen werden, daß die Erregung über das Vorgehen der Preuß. Regierung hinsichtlich der kirchlichen Dotationsansprüche eine ungemein weitgreifende ist, da man darin nicht mit Unrecht den wirtschaftlich politischen Versuch sieht, der katholischen und protestantischen Kirche ihre wohlbegründeten Dotationsansprüche *vollständig* abzuschneiden, ein ähnlicher Versuch, den das Deutsche Reich auf anderem Gebiete mit Erfolg durchgeführt hat, nämlich bei der Stabilisierung der Reichsmark, über die, das steht zu hoffen, noch nicht das letzte Wort gesprochen ist.

Das Deutsche Reich zeichnete sich bisher vor allen kultivierten Nationen aus durch die *Unabhängigkeit seiner Rechtspflege*. Weder England, Frankreich, Amerika, Spanien, Mexiko etc. können sich dieser Unabhängigkeit rühmen. Wenn die Handhabung des Kompetenz-Konfliktes in der angeführten Weise weiter geht, dann verliert das Deutsche Reich auch noch diesen kostbaren Edelstein! Denn die Tätigkeit des K Gerichtshofes, wie sie in den

1) Meyer, cit. S. 666, Anm. 13 u. 14.

Dotationsprozessen der letzten Zeit in Preußen geübt wurde, wird dann zu einer Guillotine dieser unabhängigen Rechtspflege! Außerdem ist ein Widerspruch zwischen dem *Reichsgericht* und einem *Landesgericht* (= K Gerichtshof) ein *juristisches Monstrum*. Denn ein L Gericht muß doch unter dem obersten Gerichte des Reiches, nämlich dem Reichsgericht, stehen.

Vor einiger Zeit ging durch die Tagesblätter die Notiz, es solle ein *Reichszuständigkeitsgericht* geschaffen werden mit der Aufgabe, in zweifelhaften Fällen zu entscheiden, ob eine Sache vor das *ordentliche* oder das *Verwaltungsgericht* oder die *Verwaltungsbehörde* gehöre. Damit würde die juristische Schwierigkeit nicht gehoben sein. **Ein** Gericht muß die höchste Instanz bilden, nicht aber können *zwei* diese Funktion haben. Das R Gericht ist vollständig genügend ¹⁾).

Angesichts dieser Tatsachen dürften die maßgebenden Kreise sich der Erwägung nicht entziehen können, ob nicht die K Gerichtshöfe auf dem Wege der Reichsgesetzgebung vollständig *abzuschaffen* seien! Das wäre für den *Deutschen Juristentag*, der im September 1928 in *Salzburg* tagte, ein verdienstvollerer Verhandlungsgegenstand gewesen, als die Vorlegung des Planes der *Verreichlichung* der *deutschen Justiz-Verwaltung*, deren Durchführung übrigens auf die größten Schwierigkeiten stoßen dürfte. Denn der größte Teil des deutschen Volkes ist gegen die *Verpreußung* aller Institutionen im Deutschen Reiche!

G. Die jüngsten gerichtlichen Entscheidungen.

I. Die Entscheidungen des R Gerichts.

Das R Gericht hat die Urteile des Preuß. K Gerichtshofes vollständig ignoriert und ist konsequent bei seiner bisherigen Judikatur in dieser Rechtsmaterie geblieben. Es ist das geschehen in *zwei Urteilen*, vor denen das eine erging in dem Prozesse der katholischen Kirchengemeinde S. Petri et Pauli in *Groß-Ammensleben* gegen den Preuß. Landesfiskus am 30. April 1925 (IV. 377/24), das andere in dem Prozeß der katholischen Kirchengemeinde *Althaldensleben* gegen den Preuß. Landesfiskus am 15. Mai 1925 (IV. 93/1925). Beide Urteile sind verkündet am 2. Juli 1925 ²⁾).

1) Fränkischer Volksfreund (Würzburg, 30. Oktober 1926).

2) *Fischer*, Kompetenzgerichtshof gegen Reichsgericht (Westfäl. Volksblatt Nr. 328, 24. November 1925).

Das erstere R Gerichtsurteil ist ergangen in der *Revisionsinstanz* auf das in der *Berufungsinstanz* vom O L Gericht Naumburg in Sachen der Kirchengemeinde Groß-Ammensleben gegen den Preuß. Landesfiskus am 8. April 1924 erlassene Urteil, welch letzteres die Klage der Kirchengemeinde *abwies*. Das R Gericht hob dieses abweisende Urteil auf und verwies die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an das Berufungsgericht Naumburg gemäß § 565 CPO. zurück, und das O L Gericht Naumburg entschied dann am 9. Juli 1926 ganz im Sinne des reichsgerichtlichen Erkenntnisses *zu Gunsten* der Kirchengemeinde Groß-Ammensleben; letzteres Urteil (2. U. 227/25—46) ist verkündet am 13. Juli 1926¹⁾.

Auch in dem Prozesse der Kirchengemeinde Althaldensleben hatte das O L Gericht in Naumburg in der Berufungsinstanz durch Urteil vom 16. Dezember 1924 die Klage der Kirchengemeinde *abgewiesen*. Das Reichsgericht hob auch dieses Urteil auf und verwies die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an das Berufungsgericht Naumburg zurück. Da die Rechtsunterlage in beiden Prozessen dieselbe war, verwies das Reichsgericht insbesondere auf die im Urteil in Sachen Groß-Ammensleben von ihm gegebene *eingehende* Begründung.

1. Das R Gerichtsurteil in der Sache Groß-Ammensleben 1925.

Von den instruktiven Entscheidungsgründen des R Gerichts in dem Urteil Groß-Ammensleben, durch die den Entscheidungen des K Gerichtshofes vollständig der juristische Garaus gemacht wird, seien folgende angeführt:

Zuerst wird der Begriff »bürgerliche Rechtsstreitigkeit« klar gestellt.

»Der Begriff [bürgerl. Rechtsstreitigkeit] deckt deshalb nicht nur Streitigkeiten aus einem Privatverhältnisse, schließt vielmehr solche Ansprüche, welche

1) *Schneider*, Staatsleistungen für Diasporagemeinden auf Grund der Säkularisation (Theol. und Glaube, 1928, 1. Heft. S. 101—104) gibt ein Referat über das Urteil des O. L. Gerichts Naumburg in Sachen Groß-Ammensleben vom 9. Juli 1926. Das Referat leidet indeß an schweren Mängeln. Der Verfasser liefert den Beweis, daß ihm von der Entstehung dieses Urteils wie von dem § 565 CPO. jede Kenntnis abgeht; er behauptet, die gegen das Urteil eingelegte *Revision* sei durch Urteil des R. Gerichts vom 23. Juni als unbegründet verworfen, dann redet er noch von einem ersten Revisionsurteil, auch das Datum des Urteils als »vom 13. Juni 1826« ist unrichtig. Ich verweise zur Berichtigung auf meine im Text gegebene Darstellung.

nach heutiger Auffassung auf öffentlichem Rechte beruhen, nicht schlechthin aus . . Für rechtliche, wenn auch wenigstens nach heutiger Anschauung im öffentlichen Recht begründete Ansprüche auf vermögensrechtliche Leistungen zu kirchlichen Zwecken ist in bestimmter und ständiger Rechtssprechung, wie des vormaligen Preuß. Obertribunals so auch des Reichsgerichtes der ordentliche Rechtsweg zugelassen, soweit nicht besondere landesgesetzliche Vorschriften, wie die preuß. K.-Order betr. die Einziehung der Kirch-, Pfarr- und Schulabgaben usw. vom 19. Juni 1836 (G S S. 198) und § 15 Pr. G. betr. die Erweiterung des Rechtsweges vom 24. Mai 1868 entgegenstehen . . Die von der damaligen Rechtsauffassung abweichende Umgrenzung des Begriffes der bürgerlichen Rechtsstreitigkeit, die der Preuß. Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte in seinen oben angegebenen Entscheidungen vorgenommen hat, würde dazu führen, daß bisher des Rechtsschutzes durch die ordentlichen Gerichte teilhaftigen, im Rechte begründeten Rechtsansprüchen, insbesondere Ausstattungsansprüchen von Kirchengemeinden gegen den Staat, ohne eine Aenderung der Gesetzgebung, der Rechtsschutz entzogen würde. Das erscheint als ein unannehmbares Ergebnis. Der Senat bejaht hiernach (in Übereinstimmung mit Warneyer 1925 Nr. 31) die Zulässigkeit des Rechtsweges.«

Hinsichtlich der Gesetzesnatur der K Order vom 25. Sept. 1834 hält das R Gericht unter Anführung seiner früheren Entscheidungen und umfangreichen Ausführungen an seiner Auffassung fest: »Der erkennende Senat hält nach eingehender Würdigung der gegen die Annahme der Gesetzesnatur der K Order vorgebrachten Gründe an dieser Annahme fest.«

In zwei Entscheidungen vom 8. März 1907 hatte das R Gericht die Ansicht vertreten, daß ein Anspruch gegen den Staat aus der Säkularisation auf Bestreitung von Kultuskosten überhaupt nur unter den genau umschriebenen *Voraussetzungen* der K Order gegeben sei. Diese Ansicht wird preisgegeben:

»Er [der Zivilsenat IV.] entnimmt vielmehr daraus, daß die Order ihre Grundsätze nur als solche aufstellt, welche »zunächst im Auge behalten werden können« als den Willen des Königs, daß er den Gemeinden die Möglichkeit der Geltendmachung anderer Entstehungsgründe für eine Verpflichtung des Klosters, und daher auch für einen Anspruch gegen den Staat offen lassen wollte. Gegenüber den Entstehungsgründen aller Art gilt aber, was zur Vermeidung von Mißverständnissen hier bemerkt sei, die in der Ordre ausgesprochene Beschränkung der Dotationsansprüche gegen den Staat auf den Betrag des eingezogenen Klostervermögens und auf den Umfang der früheren Verpflichtungen der Klostergeistlichkeit.«

»Für den vierten Fall der Ordre kommt es darauf an, ob sich die betreffende Gemeinde, ohne zu einer anderen Pfarrkirche des Ortes oder der Nachbarschaft eingepfarrt gewesen zu sein, wenigstens 44 Jahre hindurch von 1759—1802 einschließlich, in fehlerfreiem und ununterbrochenem Besitze der ihr vom Kloster geleisteten Pfarrdienste befunden hat. Es genügt dabei, wie das R Gericht schon im Urteil vom 25. Januar 1900 IV. 226/99 und später

wiederholt (s. J. W. 1922 S. 1581 und im Urteil vom 20. Oktober 1924 IV. 614/323) ausgesprochen hat, wenn dem Kloster eine durch gemeinschaftliche örtliche Interessen verbundene Mehrheit von Personen gegenüber gestanden hat, die sich allmählich zu einer Pfarrgemeinde entwickelt hat, das nimmt auch das Berufungsgericht an.«

Den Begriff »fehlerfreier Besitz« in der K Order von 1834 interpretiert das R Gericht in folgender Weise:

»Die Bedeutung, in der die K Order den Begriff »fehlerfrei« gebraucht hat, ist aus dem zur Zeit ihrer Erlassung geltenden §§ 96 ff. I. 7 Pr. A. L. R. zu entnehmen (Vgl. Urteil vom 3. Juli 1922 IV. 620/21). Es ist ebenso anzusehen, wie wenn die K Order bestimmt hätte, der von ihr geforderte 44 jährige Besitz dürfte dem Kloster gegenüber weder auf Gewalt oder Betrug, noch auf Verheimlichung, noch auf Precarium beruht haben. Die K Order fordert allerdings juristischen Besitz an einem Rechte, was voraussetzt, daß der eine Teil die Leistung als Recht verlangt, der andere sie in Erfüllung einer Pflicht gewährt hat. (Urteil vom 4. Mai 1914, Recht 1914 Sp. 429). Ob Recht und Pflicht aus der staatlichen oder der *kirchlichen* Rechtsordnung abgeleitet werden, ist dabei aber ebenso unerheblich, wie für die Anwendung des von der K.-Order bei der Begrenzung des Umfanges der Dotationsansprüche gebrauchten *Begriffes* der »früheren Verpflichtungen der Klostergeistlichkeit« (Urteil vom 27. Januar 1922, II. 578/6 21 vgl. auch J. W. 1922 S. 1580). Auch juristischer Besitz ist ferner nur Besitz und unabhängig von dem *Rechte* zum Besitze. Die vom Berufungsgericht, und zwar auch nur auf Grund der *staatlichen* Rechtsordnung angestellte Untersuchung über das Recht zum Besitze, sowie die Erörterungen der Parteien hierüber in der Revisionsinstanz liegen deshalb neben der Sache. Unter den zutreffenden rechtlichen Gesichtspunkten ist die Sachlage mit Bezug auf den vierten Fall der K Order bisher nicht geprüft.«

»Unbedenklich ist dem Berufungsgericht darin beizutreten, daß der Staat aus dem RD Hschluß als solchem (abgesehen von der durch die Uebernahme des Vermögens eines eingezogenen Klosters begründeten Rechtsnachfolge) sowie aus der Einstellung von Staatsleistungen an die Kirchengemeinde in dem Etat und aus Verhandlungen über eine solche Einstellung nicht in Anspruch genommen werden kann. Die vom Oberlandes-Gericht in Karlsruhe in dem Prozesse der katholischen Kirchengemeinde Bonndorf und Gen. gegen den Badischen Staat vertretene gegenteilige Meinung, auf die von der Revision hingewiesen wird, hat in R. G. Z. Bd. 101 S. 12f. keine Billigung gefunden.«

2. Urteil des O L Gerichtes Naumburg a. d. S. in Sachen Groß-Ammensleben 1926.

Da das frühere Urteil des O L Gerichtes Naumburg a. d. S. vom 8. April 1924 durch das R Gerichtsurteil vom 30. April 1925 aufgehoben wurde und eine Zurückverweisung an das O L Gericht Naumburg erfolgte (ZPO § 564f), entschied letzteres auf Grund des vorher skizzierten R Gerichtsurteil vom 9. Juli 1926 (2. U.

227/25 – 46) gemäß dem Klageantrag der katholischen Kirchengemeinde in Groß-Ammensleben. Dabei werden im Urteil die vom R Gericht angegebenen Entscheidungsgründe im einzelnen angeführt und erläutert und sollen daher hier in der Hauptsache mitgeteilt werden.

»Das Urteil des R Gerichtes vom 2. Juli 1925 erklärt die K Ordre König Friedrich Wilhelms III. vom 25. September 1834 für ein Gesetz und erläutert den Inhalt des unter Ziffer 4 dieser Verordnung enthaltenen Begriffes »fehlerfreier Besitz« dahin: Der Besitz dürfe dem Kloster gegenüber weder auf Gewalt oder Betrug, noch auf Verheimlichung, noch auf precarium beruhen; es müsse sich um juristischen Besitz handeln, was voraussetze, daß der eine Teil die Leistung als Recht verlangt, der andere sie in Erfüllung einer Pflicht gewährt habe. Ob Recht oder Pflicht aus der staatlichen oder kirchlichen Rechtsordnung abgeleitet würde, sei hierbei ebenso unerheblich wie bei der Umgrenzung des Umfangs der Dotationsansprüche hinsichtlich des Begriffes der früheren Verpflichtung der Klostergeistlichkeit.«

»Im Anschluß an die bekannte Entscheidung des R Gerichtes in Sacher Bielefeld hat das Berufungsgericht bereits in der aufgehobenen Entscheidung sich dahin ausgesprochen, daß der Begriff »Gemeinde« in Ziffer 4 der K Ordre, nicht dahin verstanden werden darf, daß es sich um eine vom Staat anerkannte, ein Rechtssubjekt darstellende Gemeinde handeln müßte, daß vielmehr diesem Begriff auch eine Mehrheit von Katholiken gerecht werde, die durch gemeinschaftliche örtliche Beziehungen und konfessionelle Interessen, nach Art einer Gemeinde verbunden, dem Kloster gegenüber gestanden hat. Es erübrigt sich daher die Beantwortung der Frage, ob in den Jahren seit 1759 eine wirkliche katholische Gemeinde bestanden hat. Es genügt vielmehr der Nachweis einer Mehrheit von Katholiken in dem dargelegten Sinne. Dieser Beweis ist erbracht.«

»Die K Ordre kann unter den geleisteten »Pfarrdiensten« nur solche Diensteverstanden haben, welche unter gewöhnlichen Verhältnissen von einer wirklich bestehenden Pfarrei geleistet werden, — Seelsorge im weitesten Umfange —, ohne daß aber eine Pfarrei bestand. Die Verordnung setzt ja gerade in Ziffer 4 voraus, daß die Gemeinde *nicht* wirklich eingepfarrt ist. Dienste solcher Art sind, wie oben erörtert, seit vor 1759 geleistet worden. Daher wäre auch hier in diesem Zusammenhange unerheblich, — worauf später nochmal zurückzukommen sein wird —, ob diese hier den Pfarrdiensten völlig entsprechenden Dienste etwa von Geistlichen geleistet worden wären, die als im Missionsgebiet weilend, nicht dauernd und unwiderruflich angestellt wären.«

»Auch der Ansicht des Beklagten ist nicht beizutreten, daß es sich bei dem Recht auf Seelsorge um kein *Recht* handle, an dem juristischer Besitz möglich sei (II. 90/29). Die K. O. spricht gerade von der Möglichkeit des Besitzes eines solchen Rechtes, erkennt diese Möglichkeit also wenigstens in ihrem Rahmen ausdrücklich an. Zudem sagt das Urteil des R. G., es sei gleich, ob Recht und Pflicht aus der staatlichen oder kirchlichen Rechtsordnung abgeleitet werde. Der Besitzbegriff der staatlichen Rechtsordnung kann daher ebensowenig allein entscheidend sein, wie es andererseits nach der Entscheidung des Revisionsgerichtes auf die staatsrechtliche Anerkennung des Besitzes nicht ankommt.«

Schließlich sei noch bemerkt, daß es auf den Grund nicht ankommen kann, auf den die alte unbestreitbare Parochialverpflichtung des Klosters letzten Endes zurückgeht. Eine kirchenrechtliche Pflicht blieb sie, mochte sie nun auf einer alten Inkorporation oder sonstigen Anordnungen der Kirche beruht haben.«

»Auf die Frage der Inkorporation braucht daher auch in dieser Beziehung jetzt nicht mehr eingegangen zu werden.«

3. R Gerichtsurteil in der Sache Althaldensleben 1925.

In dem Prozesse der Kirchengemeinde Althaldensleben hatte das O L Gericht Naumburg durch Urteil vom 16. Dezember 1924, wie schon bemerkt, die Klage der Kirchengemeinde ebenfalls abgewiesen. In der Revisionsinstanz hob das R Gericht in seiner Entscheidung vom 15. Mai 1925 das Urteil des O L Gerichtes ebenfalls auf und wies die Sache an dasselbe Gericht zur neuen Verhandlung zurück.

Das R Gericht verweist in den Entscheidungsgründen auf sein Urteil in Sachen Groß-Ammensleben und fügt nur wenige Bemerkungen bei, nämlich folgende:

»In Ansehung der unter der Bezeichnung Gesamtrechtsnachfolge zusammengefaßten Klagegründe, insbesondere auch des Klagegrundes der Inkorporation hält der Berufungsrichter den ordentlichen Rechtsweg deshalb für ausgeschlossen, weil es sich bei der allenfallsigen Verpflichtung des Klosters nur um eine öffentlich-rechtliche Verbindlichkeit, nicht aber um privatrechtliche Ansprüche der Klägerin handeln könne. Demgegenüber hat der erkennende Senat in seinem Urteil vom heutigen Tage in Sachen Groß-Ammensleben wider Preuß. Landesfiskus (IV. 377/24) für Streitigkeiten der vorliegenden Art den Rechtsweg für zulässig erklärt. Auf die eingehende Begründung dieser zum Abdruck bestimmten Entscheidung kann verwiesen werden.«

»Nicht zutreffend ist namentlich der Entscheidungsgrund des Berufungsrichters, daß bei einer incorporatio plena die Pfarrgemeinde aufhöre juristische Person zu sein und es deshalb an einem Rechtssubjekt in privatrechtlichem Sinne fehle. Denn der bei der Inkorporation eintretende Verlust der vermögensrechtlichen Selbständigkeit schließt nicht aus, daß die incorporierte Kirchengemeinde nach Aufhebung der Verbindung ihre Selbständigkeit mit allen erworbenen Rechten wieder gewinnt (Jur. Woch. 1907 S. 372 Nr. 23).« —

4. Nachtragsbemerkung: Die passive Legitimation in den Dotations-Prozessen.

1. Mit diesen beiden reichsgerichtlichen Entscheidungen im Prozesse Groß-Ammensleben und Althaldensleben sind die kirchlichen Dotationsansprüche aus der Säkularisation in ein weiteres geläutertes Stadium getreten. Der Rechtsweg für derartige An-

sprüche ist nun *ganz allgemein* zulässig. Die Ansprüche gründen sich auf die *Gesamtrechtsnachfolge* des Staates in ein der Säkularisation verfallenes kirchliches Institut mit dem ein Kirchenamt verbunden war. Auf welchem Rechtstitel (Klagegrund) diese Verbindlichkeit beruht, ist dabei gleichgültig. Die K Order von 1834 zählt vier derartige Rechtstitel auf, jedoch ist diese Aufzählung nur *exemplifikativ, nicht exklusiv*. Die hauptsächlichsten Rechtstitel sind: Inkorporation, Ersitzung, unvordenkliche Verjährung, Schenkung, Vertrag etc.; nur das Precarium ist ausgeschlossen.

Die beiden reichsgerichtlichen Entscheidungen dürften aber auch dem in den Dotationsprozessen der jüngsten Zeit durch den preuß. K Gerichtshof angerichteten Wirrwarr ein Ende gemacht haben, da die Preuß. Verwaltung nunmehr sich notgedrungen der reichsgerichtlichen Rechtssprechung wird fügen müssen. Denn ein ständiger Widerspruch zwischen dem *Reichsgericht* und einem *Landesgericht* (= K Gericht) ist, wie schon bemerkt, ein juristisches Monstrum.

Nunmehr können die katholischen Kirchengemeinden ihre Dotationsansprüche ungefährdet vor den ordentlichen Gerichten geltend machen, und zwar auch solche, für die der K Gerichtshof den Rechtsweg für unzulässig erklärt hat. Denn das Urteil dieses K Gerichtshofes macht keine *materielle* Rechtskraft; einem erneuten Klageantrag steht nichts entgegen. Auf welchem Rechtsgrund die Kirchengemeinden sich bei ihren Klagen stützen wollen, ist ihrem freien Ermessen anheim gegeben¹⁾.

2. Im Anschluß an diese Bemerkung ist noch die Frage der *passiven Legitimation* bei den Dotationsprozessen zu beantworten, d. h. die Frage, gegen wen als *Beklagten* richtet sich der Dotationsprozeß. Dazu folgendes:

Der Staatsfiskus stellt mit seinen verschiedenen Verwaltungsstellen (fiskalische Stationen) nur *ein einziges Rechtssubjekt* dar.

1) Am 27. Mai 1927 hat das *R Gericht* in Sachen der kath. Kirchengemeinde St. Heribert in Köln-Deutz gegen den preuß. Fiskus entschieden, daß der letztere für die Zeit vom 1. April 1911—31. Dezember 1923 an Gehalt für den derzeitigen Pfarrer der Kirchengemeinde, die beiden Kapläne, den Organisten und Küster für die Zeit vom 1. April 1911—31. Dezember 1923 insgesamt 130 293,18 Mk. zu zahlen habe. Das Urteil ist auszugsweise gedruckt in der Jurist. Wochenschrift Jahrg. 1927, S 25 10 f. In einem *weiteren Urteil des R Gerichts* vom 2. Oktober 1928 wurde entschieden, daß der Klägerin Zinsen von dem genannten Kapitel nur zustehen seit dem 16. März 1923.

Für diese *stationes fisci* kommen besondere Bezeichnungen vor (Postfiskus, Militärfiskus, Unterstützungsfonds etc.), aber diese letzteren bilden keine eigenen Rechtssubjekte, sondern nur *Abteilungen* des *einheitlichen* Staatsfiskus mit verschiedenen ihnen vom Staate zugeteilten Rechten und Privilegien. Die bestimmten *stationes fisci* werden z. B. aus Zweckmäßigkeitsgründen, um sie von anderen fiskalischen Stationen zu unterscheiden, vielfach grundbuchmäßig eingetragen und sind zu eigenem Handeln befähigt, als wenn sie selbständige juristische Personen wären.

Das gilt nach gemeinem Recht und auch nach Preuß. Allgem. Landrecht trotz ALR. I. 16 §§ 368 und 369, wo bestimmt wird, daß trotz der *Einheit des Fiskus* gegen dessen Willen Forderungen an eine landesherrliche Kasse nicht auf Schulden angerechnet werden, die der Gläubiger an eine andere solche Kasse zu zahlen hat. Dieses Privilegium des Fiskus darf von einer *Privatperson* nicht auch für sich in Anspruch genommen werden, d. h. nur die *fiskalische Kasse* darf ihre Forderung oder ihre Schuld an eine Privatperson mit der Schuld oder Forderung der letzteren an eine andere fiskalische Kasse aufrechnen.

Der *Gerichtsstand* des Fiskus wird durch den Sitz der denselben vertretenden Behörde bestimmt gemäß § 18 (20) ZPO: »Der allgemeine Gerichtsstand des Fiskus wird nach dem Sitz der Behörde bestimmt, welche berufen ist, den Fiskus in dem Rechtsstreite zu vertreten.«

Das Vermögen des Fiskus wird oft auf eine *einzelne* fiskalische Station (Stiftung) übertragen, oft auf den allgemeinen Staatsfiskus. So sind die Grundstücke des säkul. Kanonissenstifts in Geseke eingetragen: »Der Preußische Staat (ehemaliges Damenstift Geseke);« (Bd. 70 Bl. 114).

Es kommt bei dieser Frage darauf an, ob der säkularisierte Staat das Vermögen in den *allgemeinen Staatsfonds* hat aufgehen lassen, oder ob er dasselbe als *fiskalische Station* (Stiftung), wenn auch in veränderter Form hat fortbestehen lassen. Diese doppelte Befugnis des Staats beruht auf RDHschluß §§ 35 und 36: Das Vermögen ist »der freien und vollen Disposition der respektiven Landesherrn« übergeben. Je nach der einen oder anderen Art sind die Vertreter des betreffenden Vermögens und ihre Rechte andere.

So besteht das Kanonissenstift in Geseke in der Art fort, daß die Einkünfte desselben zur Versorgung bedürftiger, unverheirateter Töchter verdienter Beamten ohne Unterschied der

Konfession dienen sollen, und seit dieser Zeit (K Order vom 28. Oktober 1819) führt die Preuß. Regierung in Arnberg die Verwaltung des Vermögens unter dem Namen »Geseker Stiftsfonds«.

Die Verbindlichkeiten, welche fest auf dem säkul. Vermögen ruhten (Unterhaltung etwaiger Pfarrsysteme), sind ebenfalls auf den säkularisierenden Staat übergegangen. Inwieweit der Staatsfiskus bei *Insuffizienz* des säkularisierten Vermögens haftbar ist, mögen die Gerichte entscheiden. Gegen das *Reichsgericht* geht meine Ansicht dahin, daß der Staat einzutreten hat. Denn diese Verbindlichkeiten sind *ursprüngliche*, und der Staat kann sich seiner Haftbarkeit nicht entziehen mit dem Vorgeben, er habe das Vermögen anderswo schon verausgabt ¹⁾.

II. Die Entscheidungen der unteren Gerichte.

Während so das R Gericht in den Dotationsprozessen konsequent an der Zulässigkeit des Rechtsweges festhält, zeigen die Unter-Gerichte eine verschiedene Praxis. Manche preußischen Gerichte ließen sich durch die Entscheidungen des K Gerichtes irre führen, insbesondere das Kammergericht in *Berlin* und das O L Gericht in Naumburg a. d. S. (in den beiden Prozessen Groß-Ammensleben und Althaldensleben), während andere Gerichte, wie das *hervorragende* O L Gericht in *Hamm* den Entscheidungen des K Gerichtshofes die Gefolgschaft versagten.

Die Entscheidungen der preuß. L Gerichte zeigen in der Behandlung der kirchlichen Dotationsprozesse fast durchwegs eine frappante Unbeholfenheit, um nicht zu sagen Unfähigkeit. Das findet darin seine Erklärung, daß das katholische Kirchenrecht auf den deutschen Universitäten eine äußerst stiefmütterliche Behandlung erfährt. Aus einer einzigen Vorlesung von 4 Stunden wöchentlich, die meist nicht besucht wird, kann man für die *rechtsgeschichtlichen* Fragen des katholischen Kirchenrechtes, um die es sich in den Dotationsprozessen handelt, nichts mit nach Hause bringen. So sind die Richter angewiesen auf *Rechtsgutachten*.

1) Denkschrift des Kultusministeriums über den Schles. Kath. Hauptschulfonds. Beilage zum Haushaltsetat des Kultusministeriums für 1898/99 S. 337. *Koch*, Allg. LR. für die preuß. Staaten (1879) I. 16 §§ 368, 369 Anm. 55. *Cosack*, Lehrb. d. bürgerl. Rs. (1903 ⁴) I. S. 124. *Meyer*, Lehrb. d. Deutsch. Verwaltungsrechts (1910 ⁸) S. 614 f. *Hue de Grais*, Handb. der Verf. und Verwaltung (1897 ¹¹) S. 163 Anm. 2. *Förster-Eccius*, Preuß. Privatrecht (1896 ⁷) I. S. 595, IV. S. 694.

von Fachgelehrten. Aber auch diesen Gutachten wird wenig Verständnis entgegengebracht. Es bleibt dann den Richtern nichts übrig als das Herumzerren mit den in diesen Sachen ebenso rechtsunkundigen Rechtsanwälten. Das Resultat der Verhandlungen ist darum gewöhnlich eine *Abweisung der Klage*. Solche ist erfolgt durch das L Gericht *Arnsberg* 1925 im Prozesse der Kirchengemeinde Velmede (Westfalen), durch das L Gericht *Paderborn* 1927 in dem Prozesse der Kirchengemeinde Geseke und ebenso 1927 in dem Prozesse der Kirchengemeinde Kirchborchen. Darüber mögen einige Bemerkungen hier Platz finden:

1. Der Prozeß Geseke am L Gericht Paderborn.

Die Stiftspfarrgemeinde Geseke ließ durch ihren Vertreter RA. Auffenberg in Paderborn am 22. Juni 1922 beim L Gericht Paderborn den Klageantrag gegen den Preuß. Fiskus stellen. Das Urteil, welches die Klage abwies, erfolgte am 20. Dezember 1927, also hat der Prozeß 5½ Jahre gedauert! Die Schuld an dieser Verschleppung fällt auf den Vertreter des Preuß. Fiskus, RA. de Weldige in Paderborn, dessen Tätigkeit in dem Prozeß zum größten Teile auf Obstruktionen hinausging. Dabei rühmte er sich noch gegenüber einem Herrn, der am Ausgang des Prozesses sehr interessiert war, er selbst verstehe von der Sache gar nichts, das Material würde ihm von auswärts zugeschickt! Mein Gewährsmann vermutet in diesen auswärtigen Handlangern mit gutem Grunde die Berliner Professoren Stutz, Triepel, Fürstenau, wie den Berliner Geheimrat Lezius (Kultusministerium), insbesondere aber den Prof. Stutz, der auf diese Weise sein viel bestrittenes, bei ihm zum Phantom gewordenen *Germanisches Eigenkirchenrecht* in der Praxis durchzusetzen suchte. Hier einige Obstruktionen des Fisk. Vertreters (= FV):

Nachdem der Klageantrag am 22. Juni 1922 gestellt war, erhob der FV am 14. September 1922 die *Einrede der örtlichen Unzuständigkeit* des Paderborner L Gerichts, es sei vielmehr das L Gericht zu Arnsberg hier zuständig, da der Reg.-Präsident zu Arnsberg Vertreter des Landesfiskus sei. Mit diesem Antrag drang der FV nicht durch.

Am 24. April 1923 erhob der FV gegen den als Gutachter in dem Prozesse ernannten Dompropst Dr. Linneborn in Paderborn die *Einrede der Befangenheit*. Das L Gericht Paderborn verwarf die Einrede; in der Beschwerde-Instanz wurde die Einrede durch

Beschluß des O L Gerichts Hamm vom 23. Juni 1923 als begründet anerkannt unter Hinweis auf eine R Gerichts-Entscheidung, wonach zur Ablehnung eines Sachverständigen ein auf Grund lediglich subjektiver Erwägungen gegen die Unparteilichkeit desselben gesetzter Mißtrauen hinreichend ist. Daraufhin wurde Prof. Freisen in Würzburg durch Beschluß des L Gerichts Paderborn vom 17. Juli 1923 als Gutachter ernannt, welcher das Gutachten am 2. April 1924 erstattete. Im Sommer 1924 ist letzteres mit einigen Veränderungen im Druck erschienen unter dem Titel *Freisen, Die Stadt Geseke im früheren Herzogtum Westfalen, das dortige Kanonissenstift und die dortigen beiden Pfarreien ad S. Cyriacum und ad S. Petrum* (1924).

Am 20. Februar 1923 reichte der F V einen Schriftsatz ein, in welchem er unter Berufung auf die Publikation der Berliner Professoren Fürstenau und Triepel, gerichtet gegen die Entscheidung des R G vom 25. Mai 1922, wo die Gesetzeskraft der preuß. K Order vom 25. September 1834 anerkannt wird, ebenfalls gegen diese reichsgerichtliche Entscheidung Opposition macht.

Nachdem dann am 12. Mai 1923 der Preuß. K Gerichtshof in Sachen der Propsteigemeinde *Erfurt* gegen Fiskus und ebenso in Sachen der Propsteigemeinde *Magdeburg* gegen Fiskus die Unzulässigkeit des Rechtsweges ausgesprochen hatte, erhob der F V am 7. März 1924 beim L G Paderborn die Einrede der *Unzulässigkeit des Rechtsweges* unter Berufung auf das in Sachen der Propstei-Gemeinde Erfurt vom K Gerichtshof am 12. Mai 1923 (Abdr. in Jurist. Wochenschrift Nr. 1924) erlassene Urteil. Das Urteil in Sachen der Propsteigemeinde Magdeburg, ebenfalls vom 12. Mai 1923 wird von F V nicht erwähnt. Beide Urteile stimmen übrigens in der Hauptsache überein.

Die von F V am 7. März 1924 erhobene Einrede der Unzulässigkeit des Rechtsweges fand aus den oben angegebenen Gründen nicht im Instanzenwege ihre Erledigung, vielmehr erhob die Arnberger Regierung, selbstverständlich auf Veranlassung des F V am 12. Juni 1924 den Komp.-Konflikt: Das Urteil vom 28. März 1925 lautete dann, wie oben S 486 angegeben, »Daß der Rechtsweg in dieser Sache, soweit der Klageanspruch auf die preuß. K Order vom 25. September 1834 gestützt wird, für unzulässig und der erhobene Komp.-Konflikt insoweit für begründet, im übrigen aber der Rechtsweg für zulässig und den erhobenen Komp.-Konflikt für unbegründet zu erachten«.

Somit hatte der F V mit diesem Komp.-Konflikts-Urteil Fiasko erlitten und der Geseker Prozeß ging weiter. Nunmehr glaubte der F V zu einem, vermutlich *niederschmetternden Schlag* gegen den Gutachter Freisen ausholen zu sollen. Am 5. Oktober 1925 schickte er dem L Gericht Paderborn einen längeren Schriftsatz ein, in welchem er unter anderem ausführte, Freisen habe in den in dem Prozesse aufgeworfenen Fragen in völlig einseitiger Weise Stellung genommen und sich damit zum Sachwalter der Klägerin gemacht. Er habe sich damit als Gutachter in dem Prozesse selbst ausgeschaltet und der Gerichtshof werde gebeten, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, die aus dieser einseitigen Einstellung des Prof. Freisen zu den unter sein Gutachten gestellten Fragen aus prozessualischen Gründen entstanden seien. Damit war gegen Freisen der schwere Vorwurf erhoben, er habe entgegen seinem als Sachverständiger geleisteten *Eid* gehandelt, also er sei *meineidig!*

Am 18. Juni 1926 erging ein Beschluß des L Gerichts Paderborn folgenden Inhaltes: »Beschluß in jus. Universitäts-Professor Dr. Freisen in Würzburg soll ersucht werden, sich darüber zu äußern, ob und inwiefern die Ausführungen der Parteien in ihren weiteren Schriftsätzen ihm Anlaß geben, sein früher erstattetes Gutachten zu ändern oder zu ergänzen.«

Daraufhin erstattete ich ein *zweites Gutachten* am 18. Feb. 1927, in welchem ich meine früheren Ausführungen aufrecht erhielt und weiter erläuterte. (121 Folio-Seiten). In der dem Gutachten beigefügten Zuschrift vom 19. Februar d. J. hatte ich als Honorar eine Stundengebühr von 6 Mk. nach der Gebührenordnung von 1925 liquidiert. Der L Gerichtsbeschluß vom 24. März d. J. billigte mir nur eine Stundengebühr von 3 Mk. zu mit der Begründung, daß ich mich bei Erstattung des ersten Gutachtens in das in Frage kommende Rechtsgebiet eingearbeitet hätte und lediglich zur Erstattung eines Nachtragsgutachtens aufgefordert sei. Auf meine gegen diesen L Gerichtsbeschluß am 31. April 1927 eingelegte *Beschwerde* billigte mir das O L Gericht Hamm durch Beschluß vom 2. Mai 1927 gemäß § 3 der G. O. f. Z. u. S. einen Stundensatz von 6 Mk. als Vergütung für »eine besonders schwierige Arbeitsleistung« zu. Für einige kritische Bemerkungen, welche als nicht im Rahmen meines Auftrages bezeichnet wurden, war ein Abzug von 300 Mk. verfügt.

In meinem zweiten Gutachten vom 18. Februar 1927 hatte ich unter ausführlicher Motivierung beim L Gericht Paderborn

den Antrag gestellt, dasselbe möge zur Rechtfertigung meiner Person ex officio beim Gericht gegen den FV die *Klage wegen Beleidigung* stellen. Da das L Gericht in seinem Beschlusse vom 24. März d. J. (mein Honorar betr.) mit keinem Worte auf meinen Antrag einging, stellte ich am 11. April d. J. beim L Gericht Paderborn erneut den Antrag, der Staatsanwaltschaft die Gerichtsakten, zum mindesten aber meine beiden Gutachten und den Schriftsatz des FV vom 5. Oktober 1925 zur näheren Feststellung der in dem Schriftsatz enthaltenen Beleidigung zu übermitteln. Das L Gericht antwortete am 19. April d. Js., die Akten würden zunächst dem O L Gericht Hamm zur Entscheidung über meine Beschwerde vom 11. April 1927 (mein Honorar betr.) vorgelegt, alsdann sollten sie dem *Herrn Oberstaatsanwalt* wegen des in meinem 2. Gutachten erwähnten Strafantrages wegen Beleidigung vorgelegt werden. Zugleich wurde darauf hingewiesen, daß nach § 61 St. G. B., § 158 Str. P. O. ein etwaiger Antrag auf Strafverfolgung wegen Beleidigung, § 194 St. G. B., nur binnen 3 Monaten seit dem Tage der Kenntniserlangung von der Beleidigung von mir gestellt werden könnte. Ich antwortete darauf am 28. April d. Js., daß eine Versäumnis der dreimonatlichen Frist deshalb nicht vorliegen könne, da ich eine *vollständige* Kenntnis der mir zugefügten Beleidigung erst erlangen konnte nach genauer Prüfung der mir vorgelegten *sämtlichen L Gerichtsakten*. Zugleich beantragte ich diese meine Antwort mit den anderen Akten der Staatsanwaltschaft vorzulegen.

Am 17. Juni 1927 erhalte ich vom O Staatsanwalt den Bescheid, daß er das Verfahren mangels Vorliegens einer Verfahrensvoraussetzung eingestellt habe. Einmal stünde der Verurteilung des Beschuldigten der § 193 Str. G. B. entgegen, ferner sei es zweifelhaft, ob der in meinem 2. Gutachten gestellte Antrag: »Das L Gericht möge ex officio gegen den FV die Anklage wegen Beleidigung anhängig machen«, den Willen, die Bestrafung des Beschuldigten herbeizuführen, so unzweideutig ausdrücke, daß darin ein Strafantrag im Sinne des Gesetzes erblickt werden könnte. Die Frage möge auf sich beruhen bleiben, jedenfalls sei die dreimonatliche Frist in der nach § 61 Str. G. B. der Strafantrag gestellt werden müsse, versäumt worden.

Am 8. Juni 1927 reichte der FV einen neuen Schriftsatz beim Paderborner L Gericht ein, in welchem er an seiner im Schriftsatz vom 5. Oktober 1925 angeführten Auffassung festhält, daß Freisen in seiner *Broschüre* über die Stadt Geseke etc. »den

Parteistandpunkt der Klägerin zur Geltung hat bringen wollen«. Es folgen dann noch neue Ausführungen, mit denen er diesen Vorwurf des weiteren zu begründen versucht.

Ich stellte darauf am 23. August 1927 ex novo capite den Antrag, daß die Oberstaatsanwaltschaft die öffentliche Klage wegen Beleidigung meiner Person bei dem zuständigen Gericht gegen den FV erhebe. Als Klagegrund führte ich die beiden Schriftsätze des FV vom 5. Oktober 1925 und vom 8. Juni 1927 an. Zugleich gab ich in meinem neuen Klageantrag der Vermutung Ausdruck, daß der FV Kenntnis von dem wesentlichen Inhalt des Schreibens der Oberstaatsanwaltschaft vom 17. Juni d. Js. gehabt haben müsse und deshalb den erneuten Anwurf gegen meine Person wagen zu dürfen glaubte!

Die Oberstaatsanwaltschaft trat dann auf meine Anzeige in Tätigkeit, indem sie dem FV meine Anzeige zur Äußerung vorlegte. Letzterer antwortete der Staatsanwaltschaft am 13. Sept. 1927. Der O Staatsanwalt Dr. Eberlein schickte die Akten am 15. September d. Js. an das *Rektorat der Universität Würzburg* mit der Bitte, mir Kenntnis von der Erwiderung des FV zu geben, mit dem Anheimgeben, mich darüber zu äußern. Das Rektorat händigte mir die Akten aus am 20. September d. Js. Welche Zwecke der *O Staatsanwalt* mit der Zusendung der Akten an die Universität im Auge hatte, ist mit unklar geblieben!

Auch die Antwort des FV vom 13. September 1927 ist wiederum voll von Beleidigungen und Verhöhnungen gegen meine Person. Ich habe das in meinem Antwortschriftsatz vom 30. Oktober 1927 in längerer Ausführung klargestellt. Der FV nimmt namentlich den § 193 Str. G. B. für sich in Anspruch. Er führt weiter aus, daß seine Behauptung von der einseitigen Einstellung des Prof. Freisen sich nicht richte gegen den »*Sachverständigen Freisen*«, sondern gegen Freisen »als *Herausgeber der Broschüre: Die Stadt Geseke etc.*«. Wenn er auch gegen den »gerichtlichen Sachverständigen Freisen« diese Behauptung sollte aufgestellt haben, so habe er ihm damit keine bewußte Eidesverletzung zum Vorwurf gemacht, sondern nur die *Möglichkeit* klargestellt, daß Freisen seine einseitige Einstellung zu Gunsten der Klägerin und gegen seine Person (= FV) in der Erstattung seines Gutachtens — vielleicht unbewußt — beeinflußt haben könne. Somit hupft der FV auf der einen Seite zurück, auf der anderen Seite hält er seine Anwürfe aufrecht. Das Nähere

anzuführen, unterlasse ich und berufe mich auf meinen Antwortschriftsatz an die Oberstaatsanwaltschaft vom 30. Oktober 1927.

Am 20. Dezember 1927 entschied der O Staatsanwalt Sprickwann K., er habe das Verfahren erneut eingestellt. Im einzelnen führt er zu dieser Entscheidung aus: »Es soll nicht bestritten werden, daß die hier (vom FV) geübte Kritik objektiv geeignet ist, Männer mit Ehrgefühl zu kränken und in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen. Strafbar ist sie aber nur dann, wenn die Voraussetzungen des § 193 Str. G. B. nicht zutreffen. Strafflos sollen nach dieser Bestimmung an sich beleidigende Äußerungen dann bleiben, wenn sie in Wahrnehmung berechtigter Interessen gemacht werden, ohne daß das Vorhandensein einer Beleidigung, d. h. nach der herrschenden Judikatur; die Absicht der Beleidigung aus der Form der Äußerung oder aus den Umständen, unter welchen sie geschah, festgesetzt werden kann.«

Zeugen und Sachverständige müßten es sich, heißt es weiter, im Interesse der Ermittlung der reinen Wahrheit gefallen lassen trotz des Eides, den sie in der Regel geleistet hätten, kritisch gewürdigt zu werden, nicht nur vom Gericht, sondern auch von den Parteien und deren Vertretern. Entscheidend für die Zulässigkeit des Vorbringens sei lediglich die Betrachtung vom Standpunkte der vorbringenden Partei. Die Äußerung des FV: Freisen litte an krankhafter nicht zu übertreffender Selbstüberhebung, möge hart sein. Aber wenn sie der Überzeugung des Beschuldigten entsprach und wenn er mit ihr die ihm anvertrauten Rechte seiner Partei wahrnehmen wollte, so könne auch in ihr nichts strafbares gefunden werden, da wiederum weder die Form noch die Umstände die Absicht der Beleidigung erkennen ließen. Das gelte auch von den angeblichen »Verhöhnungen«, die Freisen in einer Reihe von Wendungen des Beschuldigten erblicke. Ironie und Satire seien hergebrachte und bisher nicht für unzulässig erachtete Mittel der forensischen Praxis zur Wahrnehmung berechtigter Interessen und so lange nicht strafbar, als sie nicht in der Form und nach den Umständen darauf abzielen, den Gegner in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen. Das könne aber in keiner von Freisen inkriminierten Äußerung des Beschuldigten gesagt werden.

Zur Beurteilung dieser Entscheidung des O Staatsanwaltes folgendes: Ein Rechtsanwalt ist nach der Deutschen Justizverfassung *Partei*, er ist Vertreter seiner Partei und steht ihm bei dieser Vertretung das Privilegium der Wahrung berechtigter

Interessen zu. Wie weit er hier gehen darf, ist in der Literatur vielfach nicht zu Gunsten des Auftretens mancher Rechtsanwälte erörtert worden. Man sollte es kaum für möglich halten, wenn in den Kreisen der letzteren die Frage erörtert wurde, ob der Rechtsanwalt der für alle geltenden *Wahrheitspflicht* unterstehe! Die Mehrheit des Anwaltsstandes wird diese Wahrheitspflicht weder als sittliche Forderung noch als Rechtspflicht verneinen. Ein Verstoß dagegen macht nicht nur schadenersatzpflichtig, sondern ist auch strafrechtlich zu ahnden. Wegen der weitgreifenden Ausnutzung dieser Parteistellung seitens vieler Rechtsanwälte bringt man dem gesamten Anwaltsstande vielfach eine schillernde Wertschätzung entgegen. Das geschieht auch von urteilenden Richtern, indem sie auf die Schriftsätze derselben vielfach wenig oder garnichts geben. In Bayern nennt man derartige Schriftsätze »Advokatenprüche«.

Anders ist die Stellung eines *Gutachters*, insbesondere eines vom Gericht bestellten. Dieser wird *vereidigt*, die volle Wahrheit zu sagen; er ist nicht *Partei*, und wenn ihm der Vorwurf gemacht wird, sein Gutachten entbehre der notwendigen Objektivität, stehe vielmehr auf einseitigem Standpunkte, so wird ihm damit der *Vorwurf der Verletzung des geleisteten Eides* gemacht. Das ist eine *schwere Beleidigung* und diesen Vorwurf hat der FV dem Gutachter Freisen gemacht. Sein weiteres Ansinnen an das Gericht, aus der dem Gutachter imputierten Handlung die notwendigen Folgen zu ziehen, soll wohl heißen, das Gericht möge strafrechtlich gegen denselben vorgehen. Dieses Ansinnen verschärft die verübte Beleidigung noch in bedeutendem Maße!

Nach der Anschauung des Paderborner Oberstaatsanwaltes ist jeder Gegner eines Rechtsanwaltes ein Freiwild für den letzteren. Also die rund 14 909 Rechtsanwälte, die das Deutsche Reich nach dem neuesten Amtsblatt in *beängstigender* Weise gegenwärtig zählt, hätten das Recht, in ihren Schriftsätzen jeden Gegner zu brandmarken und zu schikanieren, denn sie handeln ja in Wahrung berechtigter Interessen! Für diese ungeheuerliche Behauptung dürfte der Oberstaatsanwalt wohl nur wenige Anhänger finden. Jeder Mann mit entwickeltem Ehrgefühl dürfte es dann aber ablehnen, sich einer solchen Gefahr auszusetzen. Zu diesen Männern zählt sich auch der Verfasser gegenwärtiger Abhandlung. Ich habe darauf verzichtet, als weitere Instanz das Preuß. Justizministerium anzurufen, da ich meine Zeit und Nerven anderswo nützlicher verwenden kann!

Während meine Anzeigen gegen den F V bei der Oberstaatsanwaltschaft zur Verhandlung standen, gingen die Schriftsätze der beiderseitigen Partei-Vertreter weiter; dem L Gericht sind vom klägerischen Vertreter mehrere instruktive Schriftsätze des leider am 22. Januar 1927 verstorbenen *Dechant A. Nies* in Velmede (Westfalen) eingereicht, außerdem ließ der klägerische Vertreter 1926 und 1927 mehrere Gutachten durch den *Reichsarchivrat Dr. Schäfer* in Potsdam erstatten, von denen das eine ebenfalls dem L Gericht eingereicht ist. Dr. Schäfer gilt auf diesem Gebiete durch seine mehrfachen bahnbrechenden Arbeiten als Autorität. Die anderen Gutachten von Schäfer werden dem O L Gericht Hamm eingereicht werden. Die Entgegnung des F V auf das eine Gutachten Schäfers ist ebenso nichtssagend wie fast alle seine Schriftsätze. Durch Beschluß des L Gerichts Paderborn vom 22. November 1927 wurde der Stifts-Pfarr-Gemeinde Geseke eine doppelte Auflage gemacht: Einmal »ihre Behauptung, sie habe sich wenigstens 44 Jahre hindurch vom Jahre 1803 exclusive an zurückgerechnet, also vom Jahre 1759 ab, in fehlerfreiem, ununterbrochenem Besitze der von dem aufgehobenen Kanonissenstifte geleisteten Pfordienste befunden, zu substantzieren und unter Beweis zu stellen, insbesondere darzulegen, ob und in welcher Weise die Einkünfte des ersten Kanonikates während dieser Zeit aus dem Stiftsvermögen nach der Stiftsverfassung bestritten worden sind.« Zweitens wurde ihr aufgegeben, »ihre Behauptung, daß dem beklagten Stiftsfonds durch die Säkularisation und auf Grund der K Order vom 28. Oktober 1819 Stiftsvermögen zugewendet worden ist, aus dessen Erträgnissen das Stift bis dahin die Einkünfte des I. Kanonikates bestritten hatte, zu substantzieren und unter Beweis zu stellen.«

Da die Erfüllung dieser beiden Auflagen einen neuen Schriftsatz erforderte und damit eine neue Hinausschiebung des Endurteils eintreten mußte, außerdem das L Gericht in der Sitzung vom 20. Dezember 1927 erklärte, es sei zur Verhandlung bereit, und zwar über den gegenwärtig vorliegenden Rechtsstoff, und es sei auch bereit, zu einem Urteil heute zu kommen, entschloß sich der klägerische Vertreter, es auf das Urteil ankommen zu lassen. Das Urteil (II. O. 186—22) wurde am 20. Dezember 1927 gefällt und lautete: »Die Klage wird kostenpflichtig abgewiesen«. Ausgefertigt wurde das Urteil am 15. Februar 1928.

Zu dem Urteil nachstehende Bemerkungen: Nach Darlegung des »Tatbestandes« der zu verhandelnden Sache führt das Urteil

in den »Entscheidungsgründen« im einzelnen folgendes aus: Der von der Klägerin für den erhobenen Anspruch behauptete Rechtstitel einer *Inkorporation* wird nicht anerkannt. »Die Klägerin hat danach den Nachweis zu führen, daß vor der Einrichtung des Kanonissenstiftes in Geseke eine Pfarrkirche bestanden hat, welche als ihre (der jetzigen Stiftspfarrrei) Rechtsvorgängerin zu betrachten ist, daß diese Kirche mit dem Kirchamt und Amtsvermögen durch den Stifter des Kanonissenstiftes diesem mit der Pflicht zur Dotierung des Pfarramtes übertragen worden ist.« Diesen Nachweis habe sie nicht geführt. Die »hierfür angeführten tatsächlichen und urkundlichen Grundlagen«, wie sie in den beiden offiziellen Gutachten von Freisen und dem Privatgutachten vom Reichsarchivrat Dr. Schäfer enthalten sind, seien »nicht hinreichend sicher genug, um die Vorgänge klar zu stellen und die vom Beklagten ausgeführten Möglichkeiten auszuschließen«.

Also: die vom FV ausgeführten *Möglichkeiten* gelten mehr als die von den beiden, rechtsgeschichtlich geschulten Gutachtern ausgeführten tatsächlichen und urkundlichen Grundlagen, denen an einer Stelle »nur die Bedeutung einer wissenschaftlichen These« zugeschrieben wird!

Zu dem weiteren von der Klägerin angeführten Klagegrund, nämlich *Ersitzung und vordenkliche Verjährung* im Fall 4 der K Order vom 25. September 1834 heißt es in den Entscheidungsgründen: »Die von der Klägerin bisher behaupteten Tatsachen sind jedoch nicht ausreichend, um den 44jährigen ununterbrochenen Besitz der Klägerin an dem Pfarrdienst darzutun, deren Dotation sie mit der Klage begehrt. Die dieserhalb durch Beschluß vom 22. November 1927 der Klägerin gemachte Auflage hat sie nicht erfüllt.«

Weiter heißt es dann dortselbst: »Auch über den Inhalt der *Dotationspflicht*, — ursprünglich war ein Geistlicher, zur Zeit ein Pfarrer, 3 Kanoniker und ein Kommandant vorhanden —, sind nähere Angaben nicht gemacht. Überdies erscheint es überhaupt zweifelhaft, ob der Beklagte für den geltend gemachten Anspruch passiv legitimiert ist, da es nicht ausgeschlossen erscheint, daß das Kanonissenstift durch eigenmächtigen Akt zunächst des Landgrafen von Hessen-Darmstadt und nach 1825 des Königs von Preußen bei seiner Umwandlung in den beklagten Stiftsfonds von jeglicher Dotationspflicht befreit worden ist, so daß also nicht der Beklagte sondern der Preuß. Staat als Rechtsnachfolger des

Stiftes in Frage kommen würde (vergl. hierzu Rechtsgutachten I. Freisen S. 58 ff.)«

»Die Klage ist danach nicht begründet und deshalb abzuweisen.«

Dazu sei kurz bemerkt, daß die im Urteil vorgebrachten Einwendungen fast alle in meinen beiden Gutachten mehr oder weniger klar gestellt sind. Aber meine Ausführungen haben ja für das Gericht gegenüber den vom F V vorgebrachten »*Möglichkeiten*« kaum einen Wert! Betreffs des Einwandes, es erscheine überhaupt zweifelhaft, ob der Stiftsfonds als Rechtsnachfolger des Stiftes zu gelten habe; es komme vielmehr der Preuß. Staat in dieser Eigenschaft in Frage und sei deshalb passiv für den gemachten Anspruch legitimiert, — werde ich zur weiteren Klärung meine Erwiderung an das O L Gericht Hamm einreichen.

Die Stiftspfarrei Geseke hat am 24. Februar 1928 Berufung beim O L Gericht Hamm eingelegt und ist die Sache dem 1. Senat unter dem Aktenzeichen I. U. 248/28 überwiesen.

2 Der Prozeß Velmede vor dem L Gericht Arnsberg.

Denselben Ausgang nahm der Prozeß der Katholischen Kirchengemeinde *Velmede* gegen den Preuß. Staat vor dem L Gericht Arnsberg. Dechant Nies in Velmede († 22. Jan. 1927) schickte zunächst am 19. Dezember 1920 eine längere Abhandlung an die Preuß. Regierung (bzw. Ministerium) und benutzte dann diese bei dem 1922 beim L Gericht Arnsberg gestellten Klageantrag als Klagebegründung. Auch in diesem Prozesse hatte eine Anzahl von Verhandlungsterminen stattgefunden. Über die vom F V eingelegte Einrede der Unzulässigkeit des Rechtsweges ist bereits oben S. 484 das Nähere angeführt. Nach vielen Verhandlungsterminen, deren Schriftsätze sämtlich vom Dechant Nies in trefflicher Weise hergestellt sind, entschied das L Gericht Arnsberg am 27. Juni 1925: »Die Klage wird abgewiesen.« Das Urteil ist ausgefertigt am 30. Juni 1925 (5 O. 114/23).

In den Entscheidungsgründen heißt es: »Für die Frage, ob der Preuß. Staat als Rechtsnachfolger des Klosters Grafschaft infolge Säkularisation für die mit der Klage geltend gemachten Kultusbedürfnisse der klagenden Kirchengemeinde aufzukommen habe, ist in erster Linie entscheidend, ob die Pfarrkirche Velmede dem Kloster Grafschaft noch zu dem Zeitpunkt seiner Aufhebung inkorporiert war.« Des weiteren wird eine Inkorporation der

Pfarrei Velmede durch Urkunde des Kölner Erzbischofs Anno aus dem Jahre 1072 nicht anerkannt, da das Rechtsinstitut der Inkorporation zu jener Zeit noch nicht bestanden habe, das Verhältnis des Klosters zur Pfarrei Velmede sei im Laufe der Zeit zu einem Patronat geworden!

Zu diesen unerwiesenen Behauptungen folgendes: Mit der Urkunde vom Erzbischof Anno ist die Inkorporation bewiesen, die Behauptung, es habe damals noch nicht das Rechtsinstitut der Inkorporation bestanden, wird dadurch nicht bewiesen, daß eine genaue Regelung der Inkorporation durch das Kirchenrecht erst später erfolgte. Die Sache selbst bestand schon *vor* dieser Regelung und erzeugte dieselben selbstverständlichen Rechtswirkungen, die später durch das Kirchenrecht genau fixiert wurden. Diese Inkorporation hat weiter fortbestanden bis zur Aufhebung des Klosters 1804. Das wird bewiesen durch die Aufwendungen des Klosters sowohl für die Pfarrei Velmede als für die Annenvikarie daselbst, wie dadurch, daß der Konventuale des Klosters Giffler bis zu seinem Ableben 1831 Pfarrer von Velmede geblieben ist. Nur das Klostervermögen verfiel der Säkularisation, nicht aber die dem Kloster inkorporierte *Pfarrei* und die damit verbundenen Verpflichtungen des Klosters. Eine besondere finanzielle Aktion seitens des aufhebenden hessischen Staates ist nicht erfolgt, weil die Pfarrei bereits durch das Kloster eine gewisse vermögensrechtliche Selbständigkeit erlangt hatte und die Pfarrei in der Folgezeit an den hessischen Staat mit ihren Forderungen nicht herangetreten ist. Das ist jetzt erst geschehen durch die Klage der Pfarrei gegen den Preuß. Staat als Rechtsnachfolger der Hessischen Regierung. Man sieht auch hier, daß den verhandelnden Richtern das hier maßgebende katholische Kirchenrecht eine nicht zu bewältigende terra incognita ist. Daher »Abweisung der Klage mangels schlüssiger Begründung«.

Die Kirchengemeinde hat selbstverständlich Berufung an das OLGericht Hamm eingelegt. Das Urteil des OLGerichts vom 19. Januar 1929, dessen Begründung noch nicht herausgegeben wurde, lautet:

»Auf die Berufung der Klägerin wird das Urteil des L Gerichts II in Arnsberg vom 27. Juni 1925 abgeändert:

1. Es wird festgestellt, daß der Beklagte verpflichtet ist, der Klägerin für das Gehalt des Kaplans und des Küsters an der Pfarrkirche zu Velmede insoweit Zahlung zu leisten, als jeweils

das eigene Einkommen der Klägerin zur angemessenen Besoldung bei Berücksichtigung der sämtlichen Kultuskosten, einschließlich der Gehälter der Kirchenangestellten, aber ausschließlich der Baulast, nicht ausreicht, und zwar so lange, als das vom Kloster Grafschaft auf den Beklagten übergegangene Vermögen nicht erschöpft ist.

2. Der Beklagte wird verurteilt, an die Klägerin 6000 Mk. zu zahlen.

3. Die Kosten des Rechtsstreits werden dem Beklagten aufgelegt.«

*3. Der Prozeß der Pfarrei Kirchborchon (Westfalen),
vor dem L Gericht Paderborn.*

Als ein drittes Beispiel der preußischen Untergerichte sei der Prozeß der katholischen Kirchengemeinde Kirchborchon (Westfalen) gegen den Preuß. Staat erwähnt. Die Kirchengemeinde führte auch hier als Klagegrund die Inkorporation an. Die Klage wurde auch hier wie bei den vorgenannten Prozessen 1927 abgewiesen. Selbstverständlich hat die Kirchengemeinde ebenfalls beim O L Gericht in Hamm Berufung eingelegt. Nähere Bemerkungen unterlasse ich.

4. Nachtrags-Bemerkung.

Vor einiger Zeit wurde mehrfach in Reden und Tagesblättern von einer »*Vertrauenskrise der Justiz*« im Deutschen Reiche gehandelt. Reichsgerichtspräsident Dr. Simons erklärte in einem Münchener Vortrag, Fehlurteile seien auf mangelnde Umstellung der Richter zum neuen Staat zurückzuführen. Auch bei den Urteilen der Untergerichte in den Dotationsprozessen der Kirchengemeinden kann man von einer Vertrauenskrise der Justiz sprechen. Der Grund dafür ist aber hier ein anderer, nämlich die mangelnde Rechtskenntnis auf dem Gebiete des Katholischen Kirchenrechtes. Gehoben kann die hier bestehende Krise nur werden durch eine gründliche Reform der Vorbereitung zum juristischen Beruf auf den Universitäten und in der späteren juristischen Praxis. Studenten, die ihr Verbindungsleben in flotter Weise genossen haben, dann durch Einpauker durchs Examen schlüpfen und später von dem Simile (= Schimmel) leben, sind nicht geeignet den Richterberuf in entsprechender Weise zu vertreten. Diese Reform ist auch für den Rechtsanwaltsberuf er-

forderlich. Daß derselbe noch nach einer anderen Seite der Reform bedarf, ist in maßgebenden Kreisen genugsam bekannt und oft ausgesprochen worden. In letzter Hinsicht dürfte das von mir dargelegte Auftreten des Rechtsanwaltes de Weldige im Prozeß Geseke, das jedoch nicht vereinzelt dasteht, eine passende Unterlage bilden.

Aus den angeführten Gründen kann den interessierten Kirchengemeinden nur der dringende Rat gegeben werden, dafür zu sorgen, daß ihre Prozesse baldmöglichst an die höheren Instanzen gebracht werden, und zwar nicht bloß an die O L Gerichte, sondern an das Reichsgericht, denn die O L Gerichte wandeln vielfach unselbständig in den Bahnen anderer Gerichte namentlich des K Gerichtshofes. Eine rühmliche Ausnahme bildet gegenwärtig das O L Gericht Hamm. Ein Glück, daß wir im Deutschen Reiche noch ein selbständiges Reichsgericht haben. Wer an dessen Selbständigkeit rüttelt, untergräbt die Fundamente des Deutschen Reiches.

Dritter Abschnitt.

Die Paderborner Interessen-Gemeinschaft für Prozesse gegen den Fiskus.

Eine große Anzahl von älteren Pfarreien können Dotationsansprüche aus der Säkularisation gegen den Staatsfiskus geltend machen. In der Diözese Paderborn zählen hierher gegen 100 katholische Pfarreien. Meistens sind diese Pfarreien in schlechter Finanzlage. Manche dieser Prozesse sind gegenwärtig anhängig.

Neben dem Vorgehen des preußischen K Gerichtshofes ist in Regierungskreisen schon die Frage aufgeworfen, ob es nicht möglich sei, unter Berufung auf das Steuerprivilegium, welches den Religionsgesellschaften des öffentlichen Rechts gemäß Art. 135 Abs. 6 der D. R. V. gegeben ist, die gegenwärtig den gesamten Religionsgesellschaften gewährten Staatszuschüsse wie die kirchlichen *Dotationsansprüche* aus der Säkularisation auf die Kirchensteuer abzuschieben. Das wäre allerdings eine eigentümliche Ausführung der in Art. 138 Abs. 1 der D. R. V. den Religionsgesellschaften zugesagten Ablösung der Staatsleistungen¹⁾.

1) Ueber die Gefährlichkeit des den Religionsgesellschaften durch die R-Verfassung von 1919 gewährten Steuerprivilegs; vgl. *Kiefl*, Kritische Randglossen zum Bayer. Konkordat III. (Im Korresp. und Offertenblatt (Regensburg

In richtiger Würdigung dieser der katholischen Kirche seitens des Staats auf vermögensrechtlichem Gebiete drohenden Gefahren hat das Bischöfliche General-Vikariat in Paderborn durch Erlaß vom 15. Mai 1925 eine »*Interessengemeinschaft für Prozesse gegen den Fiskus*« gebildet. Nach dem Statut derselben wird beim Bischöflichen General-Vikariat in Paderborn eine »*Unterstützungskasse für Prozesse gegen den Fiskus*« gebildet. Die Kasse wird geführt und verwaltet vom Bischöflichen General-Vikariat. Die Kasse bezweckt, den Kirchengemeinden der Diözese, welche Mitglieder der Kasse sind, einen Zuschuß in Höhe von 80 % der seit 1. Januar 1925 durch einen Prozeß gegen den Preuß. Fiskus entstandenen oder noch entstehenden Kosten zu gewähren, wenn und soweit die Führung eines Prozesses nach Prüfung durch Sachverständige durch die Bischöfliche Behörde gebilligt ist.

Der Kasse können beitreten alle preußischen Pfarr- und Filialgemeinden der Diözese Paderborn, die sich durch Kirchenvorstandsbeschluß zu den Kassenleistungen für 15 Jahre verpflichten, wenn nicht die Kasse durch Beschluß des General-Vikariats früher aufgelöst wird. Die Kasse wird aufgefüllt zu $\frac{1}{4}$ aus Diözesansteuern, zu $\frac{3}{4}$ aus Beiträgen der Kirchengemeinden, die je nach dem von der Bisch. Behörde festzusetzenden Bedarf nach der Seelenzahl umgelegt werden. Die Kasse gilt nur dann als gebildet, wenn ihr wenigstens 40 Kirchengemeinden als Mitglieder beitreten.

Vierter Abschnitt.

Wertung der geschichtlichen und rechtlichen Unterlagen.

A. Für die Pfarrei Bickenriede.

Aus den vorstehenden geschichtlichen und rechtlichen Unterlagen ergeben sich für die Pfarrei Bickenriede folgende Resultate:

1925 Nr. 8) S. 113—117), in erweiterter Form nunmehr als eignes Buch erschienen unter demselben Titel: *Kiefl*, Randglossen etc. Regensburg (1926) S. 61 ff. In beiden Arbeiten werden die von Prof. Meurer in seinen Kirchenvermögensrechtlichen Schriften: Bayer. K-Vermögensrecht (3 Bde., 1899—1919), Probleme der Gehaltsaufbesserung auf dem Pfründegebiet (Festschrift für Burkhardt 1910), Der Codex jur. can. und das Bayer. Staatskirchenrecht (1918) — vertretenen staatskirchenrechtlichen Ansichten einer scharfen Kritik unterzogen.

I. Die 1268 gegründete Pfarrei Bickenriede wurde 1346 dem Zisterzienserinnen-Kloster Annrode inkorporiert, und diese Inkorporation hat bis zur Säkularisation des Klosters 1810 fortgedauert.

Das Kloster ließ die Pfarrei durch einen vom Klosterkonvent angestellten Geistlichen verwalten, der eine Doppelstellung inne hatte, einmal als sacellanus et confessarius des Klosters und so dann als parochus Bickenriedensis. Zufolge der Inkorporation war er vollständig vom Kloster abhängig. Letzeres hatte nicht bloß für den Unterhalt des Geistlichen aufzukommen, sondern mußte auch die Kosten des gesamten Kirchenwesens tragen.

Die Einführung der Reformation im Kloster und in der Pfarrei wurde um die Mitte des 16. Jahrhunderts zwar versucht, aber die Versuche blieben erfolglos ¹⁾.

II. Der Zusammenhang der Pfarrei Bickenriede mit dem Kloster dauerte bis zur Säkularisation des Klosters durch die Westf. Regierung unter dem französischen Prinzen Jérôme 1810. Diese Säkularisation betraf bloß das *Kloster* samt seinem Vermögen, nicht aber die damit verbundene *Pfarrkirche* und deren Vermögen. Letztere blieb bestehen und hatte die bisher hier dem Kloster obliegenden Verpflichtungen nunmehr der säkularisierende Staat bzw. dessen Nachfolger zu erfüllen.

Nach einem Dekret der Westf. Regierung vom 13. Oktober 1809 mußte dem bisherigen Pfarrer seine bisherige Wohnung nebst Garten belassen werden. Es blieb jedoch nach dem mit dem Herrn v. Wedemeyer am 19. August 1811 abgeschlossenen Kaufvertrag dem Käufer überlassen, mit Genehmigung der kirchlichen Obern eine andere Wohnung in Bickenriede zu erwerben und dem Pfarrer zu übergeben, was dann auch geschah unter Gewährung von 500 Rtlr. seitens des Käufers v. Wedemeyer.

Für die früher vom Kloster bezogene Alimentation zahlte die Westf. Regierung dem Pfarrer einen jährlichen Gehalt von 302 Rtlr. 14 Gr. 2 H. ²⁾.

III. Nach der Auflösung des Westf. Königreichs und dem Wiedereintritt der Preuß. Regierung in diesen Gebieten in den Jahren 1813 und 1815 hat letztere die bis dahin entwickelten kirchlichen Verhältnisse bis auf den heutigen Tag weiter fortbestehen lassen ³⁾.

IV. Selbstverständlich finden die noch heute fortbestehenden Dotationsansprüche der Pfarrei Bickenriede gegen den Preuß. Staat

1) U. A. A. I—IV. — 2) U. A. A. VIII.—IX. — 3) U. A. A. V.—XI.

ihre Beschränkung auf den Betrag des eingezogenen Vermögens des Klosters Annrode und auf den Umfang der früheren Verpflichtungen des Klosters, wie das richtig in dem Urteil des R. Gerichts in dem Prozeß der Kirchengemeinde Groß-Ammensen gegen den Preuß. Fiskus am 30. April 1925 hervorgehoben ist. (Oben S. 492). Für den Umfang der früheren Verpflichtungen des Klosters Annrode sind selbstverständlich die Bestimmungen des katholischen Kirchenrechts maßgebend.

B. Für die Pfarrei Mühlhausen.

Die sich aus den geschichtlichen und rechtlichen Unterlagen für die Pfarrei Mühlhausen ergebenden Resultate sind etwas komplizierter als die für die Pfarrei Bickenriede, aber sie sind doch nicht weniger klar gelegen. Es sind folgende:

I. Der Katholizismus ist im Stadt- und Landkreise der früheren Reichsstadt Mühlhausen bei Einführung der Reformation nicht völlig untergegangen. Es blieb eine, wenn auch geringe Anzahl von Katholiken daselbst übrig, diese wenigen durch gemeinsame Interessen verbundenen Katholiken waren nicht ein *juristisches Nichts*, sondern bildeten eine Personengemeinschaft (*universitas personarum*) eine juristische Person, sie waren die Fortsetzung des *vor* der Reformation in jenem Gebiete bestandenen Pfarrsystems, aus dem dann in späterer Entwicklung die heutige Pfarrei Mühlhausen hervorgegangen ist. Eine staatliche Genehmigung zur Weiterexistenz dieser juristischen Persönlichkeit war nach damals geltendem gemeinen Rechte nicht erforderlich. Nach der vermögensrechtlichen Seite wurde allerdings die frühere Pfarrei völlig abgefedert, wie eine gerupfte Gans. Ob die Stiftungsgelder (Anniversarien etc.) gerettet wurden, entzieht sich meiner Kenntnis (Oben S. 466 ff.).

II. Diese fortbestehende Personengemeinschaft wurde von der kirchlichen Oberbehörde in *seelsorglicher* Beziehung mit der Pfarrei Bickenriede verbunden, jedoch so, daß die Mühlhäuser Katholiken davon unterschieden, ein eigenes Dasein führten. Diese Verbindung konnte nur durch Verfügung der kirchlichen Oberbehörde verfügt werden, da sonst die seelsorgliche Tätigkeit des Bickenrieder Pfarrers teilweise eine strafbare Kompetenzüberschreitung (Pfarrzwang) darstellte, teilweise die Ungültigkeit gewisser Amtshandlungen herbeiführte. Außerdem übernahm das Kloster mit dieser Verbindung nicht unbedeutende Verpflichtungen,

zu deren Übernahme dasselbe nicht *gegen* seinen Willen gezwungen werden konnte¹⁾.

III. Die Pfarrei Bickenriede war dem Zisterzienserinnen-Kloster Annrode inkorporiert und zwar pleno jure. Das Kloster ernannte den Pfarrer, der eine Doppelstellung innehatte, er war sacellanus und confessarius des Nonnenklosters und zugleich parochus Bickenriedensis. Wegen dieser Inkorporation der Pfarrei Bickenriede in das Nonnenkloster war die Überweisung der Mühlhäuser Katholiken an die Pfarrei Bickenriede zugleich eine *Inkorporation* derselben in das Nonnenkloster, zusehends das Kloster alle erforderlichen Kosten für die seelsorgliche Betreuung der Mühlhäuser Katholiken geradezu zu tragen hatte, wie für die Katholiken der Pfarrei Bickenriede. Die Verpflichtungen, welche das Kloster übernahm und durch den Pfarrer von Bickenriede ausführen ließ, sind onera dieser Pfarrei. Die Mühlhäuser Katholiken behielten ihre selbständige Existenz, unterstanden aber mit den Bickenrieder Pfarrmitgliedern demselben Pfarrer. Deshalb lautet die Responsio II in dem Visitationsrezeß von 1771: [Parochia] non habet filiales²⁾.

Außer den in den Kirchenrechts-Lehrbüchern aufgezählten Arten der Veränderung von Kirchenämtern gibt es noch eine Anzahl anderer Veränderungen. Eine solche war die Verbindung der Mühlhäuser Katholiken mit dem Kloster Annrode. Es handelte sich hier um eine incorporatio quoad spiritualia allein, da Vermögen nicht mehr vorhanden war (Oben S. 477).

IV. Mit der durch die Westf. Regierung 1810—1811 durchgeführten Säkularisation des Klosters Annrode wurde die Pfarrei Bickenriede nebst der ihr zugewiesenen Mühlhäuser Gemeinde frei von der bisherigen Inkorporation in das Nonnenkloster. Die bisher vom Nonnenkloster getragenen Verpflichtungen gingen auf den säkularisierenden Staat über. Das hat die Westf. Regierung auch anerkannt, indem sie für die Mühlhäuser Gemeinde einen eigenen Kaplan anstellte und für ihn einen Gehalt auswarf. Die weitere Entwicklung der Selbständigkeit der Mühlhäuser Gemeinde wurde durch das Aufhören der Westf. Regierung verhindert. Auch die Preuß. Regierung hat die ihr als Rechtsnachfolgerin der Westf. Regierung überkommenen Verpflichtungen anfänglich anerkannt, aber sich ihnen später mehr und mehr zu entziehen gewußt. Mitschuld daran tragen sowohl die Mühlhäuser Geist-

1) Oben S. 467 U. A. A. I—IV. — 2) Oben S. 467 f. U. A. A. I—IV.

lichkeit wie die kirchliche Oberbehörde, welche in Rechtsunkenntnis es unterließen, mit dem nötigen Nachdruck den zu Grunde liegenden Rechtsstandpunkt gegenüber den preuß. Staatsbehörden zu vertreten. Ausdrücklich verneint hat die Preuß. Regierung ihre Verpflichtungen nicht, und außerdem sind die Mühlhäuser Rechtsansprüche keinesfalls verjährt¹⁾.

V. Die Rechtsansprüche der Mühlhäuser Kirchengemeinde sind *privatrechtlicher* Natur und gehören somit vor die bürgerlichen Gerichte. Denn alles Vermögensrecht, auch das der öffentlich-rechtlichen Korporationen ist *privatrechtlicher* Natur. Der Staat ist zur Erfüllung der Mühlhäuser Rechtsansprüche verpflichtet auf Grund seiner *Gesamtrechtsnachfolge* in das Vermögen des Nonnenklosters Annrode. Dieser Klagegrund genügt allein, um die staatliche Verpflichtung zu beweisen. Dazu kommt dann noch ein weiterer Klagegrund, nämlich die K Order vom 25. September 1834, deren *Gesetzescharakter* vom R Gericht anerkannt, vom preuß. Kompetenzgerichtshof verworfen wird²⁾.

VI. Die jetzige Kirchengemeinde Mühlhausen ist aktiv legitimiert zum Klageantrag gegen den Preuß. Fiskus. Die Tatsache, daß bei der Überweisung der Mühlhäuser Katholiken an die Pfarrei Bickenriede bzw. das Kloster Annrode eine dem jetzigen Rechte entsprechende Pfarrgemeinde noch nicht vorhanden war, ist ganz belanglos. Es genügt vielmehr für den hier in Frage stehenden Rechtsbesitz, daß tatsächlich eine durch gemeinsame religiöse Interessen verbundene Mehrheit von Personen vorhanden war, aus der 1859 die jetzige Pfarrei Mühlhausen hervorgegangen ist. Das ist mit Recht ausgesprochen worden in den Urteilen des R Gerichts vom 25. Januar 1900 (IV. 266/99), vom 15. Mai 1922 (IV. 524/21) und 20. April 1925 (IV. 377/24) im Prozeß Groß-Ammensleben. Es ist das wichtig für manche katholische Diasporagemeinden, wo dieselben tatsächlichen Verhältnisse vorliegen wie bei der Kirchengemeinde Mühlhausen. Der preußische Fiskus bestreitet allerdings den Rechtsbestand solcher Kirchengemeinden, aber mit Unrecht³⁾.

1) Oben S. 468 U. A. B. I u. ff.

2) Oben S. 482 f.

3) Den beiden Kirchengemeinden möchte ich den Rat erteilen, sich mit ihren kirchlichen Ansprüchen direkt an die kompetenten *bürgerlichen Gerichte* zu wenden, und nicht an die *Regierungsbehörden*, denn einmal sind letztere abhängig von den obersten Regierungsbehörden, dazu ist in diesen Kreisen.

Urkunden-Anhang (= U. A.).¹⁾

A. Die Pfarrei Bickenriede.

I. Visitations-Receß der Pfarrei von 1735—30. November.

Questiones Generales, ad quas quilibet parochus instructione Illsml. et Revsml. Dmni Vicarii Generalis ac Visitoris Moguntini respondere teneatur.

1. Ad cujus Praesentationem vel collationem parochiam acceperit parochus?

Ad collationem monasterii Annerodensis accepit parochiam Bickenriedam monasterio huic incorporatam.

Praesent, 30. November 1735

Fr. Adamus Kaltwasser.

II. Visitations-Receß der Pfarrei von 1771—26 Januar.

1. In cujus territorio sita sit?
Medio quadrantis horae sita a territorio civitatis imperialis Mülh/hausen.
2. An habeat ecclesias filiales et quas?
Non habet filiales.
3. Quos redditus stabiles habeat in pecunia, siligine, tritico, avena, hordea etc.?
Non habet redditus stabiles parochus Bickenriedensis; habeat pro anniversariis 32 Imperiales, sie pro redditu stabili habeantur.
4. A quo percipiat hos redditus, an ab ecclesia, decimatoribus vel a. quo?
Patet ut in praesenti articulo, pecuniam pro anniversariis habet ab Ecclesia.
5. An habeat fundos, domum parochialem, agros, prata, hortos, vineas?
Non habet ullum ex his.
6. Quos redditus de his fundis una cum juribus stolae de anno in annum percipiat?
7. Cum anniversariis et juribus stolae de anno in annum 60 imperiales.
8. Quanti omnes redditus tam stabiles quam instabiles in communi pretio aestimare possit?
Patet 60 imperiales.
9. Quae onera habet parochia? an debeat alere sacellanum etc.?
Excursiones tam diurnas quam nocturnas propter viciniam acatholi-

die Kenntnis des maßgebenden Rechts meistens eine unklare und mangelhafte, und sind dieselben für Rechtsbelehrung von kompetenter Seite vielfach unzugänglich, während vom Zivilrichter solche Aufklärung meistens dankbar aufgenommen und gewürdigt wird.

1) Nachstehende Urkunden sind entnommen den Archiven des Bickenrieder und Mülh Häuser Pfarramtes, des Bischöfl. Commissariates in Heiligenstadt und des Kreisarchivs in Mülhhausen. Den größten Teil besorgte Pfarrer Wiegel in Mülhhausen, 4 der Pfarrer Goerich in Bickenriede.

corum multifarias, imo cum expensis difficillimas; de cetero non alit sacellatum.

10. Quanti deductis omnibus oneribus ac expensis congruam suam parochialem de anno in annum in communi pretio aestimare possit?

Victum et amictum dat monasterium Annerodense, cum huic qua Sacellanus et Confessarius inserviam et cum conscientia dicere possum: 60 Imperiales ab Ecclesia pro anniversariis et juribus stolae.

Bickenridae, die 26. Januarii 1771.

F. Ignatius Hügeke.
p. t. parochus Bickenridensis.

III. Ein Bericht von 1775—30 Oktober:

Auf gnädigsten Kurfürstlichen Höchsten Befehl berichte untertänigst gehorsamst, daß zeitlicher parochus zu Bickenridae kein fixum habe, sondern Victum et amictum vom Kloster bekomme.

Anrodae, den 30. Oktober 1775.

F. Ignattius Hügeke,
p. t. parochus Bick.

IV. Rezeß von 1793—20. November.

Qaestiones, ad quas quilibet parochus vel alius curam animarum habens respondeat instructione Illustrissimi et Reverendissimi domni Vic. Gen. ac. visitatoris Moguntini.

Nomen parochiae: Bickenrida.

Tit. 1: de Ecclesia.

Tit. 2: parochia.

Quaestio 5. Cujus jurisdictioni subsit parochia in temporalibus?

Resp. Jurisdictioni monasterii Annerodensis subest locus parochiae Bickenridensis in temporalibus.

Quaestio 9. Au excurrere tenetur ex caritate in loca propinqua et quaenam et quid circa haec observari oporteat?

Resp.: Parochus Bickenridensis ex caritate, tenetur excurrere in loca propinqua, nempe in territorium Mühlhusanum, et circa haec nihil specialiter observandum est, quia me semper humano modo gaudentes exceperunt.

Quaestio 20. Quae generatim sint jura parochiae et quae onera? Resp.: Alia generatim jura parochiae non sunt, nisi sola jura stolae, et onera ejusdam sunt excursions in territorium Mühlhusanum.

Bickenridae, die vigesimo Novembris 1793.

(S. S.)

Ignatius Hügeke,
parochus, ibidem Impria.¹⁾

1) Vorstehende 4 Urkunden sind entnommen dem Archiv des Bischöfl. Kommissariats in Heiligenstadt. Aus dem Rezeß von 1735 ist nur die Ziffer 1 wiedergegeben. Der übrige Inhalt deckt sich ungefähr mit dem Rezeß von 1771. Eingeschärft und näher umschrieben wurden die geistlichen Visitationen durch Erlaß des Mainzer Kurfürsten Emmerich Joseph vom 7. September 1767 (Abdruck bei Zehrt, cit. S. 370 ss.).

V. Auszug aus der Berechnung der bisherigen Geistlichen- und Schulgehalter, sowie der bezogenen Entschädigungen für verlorene und jetzt wiederhergestellte Natural-Deputate.

Erfurt, den 12. August 1817¹⁾.

Nr. Beamteten	N a m e des Beamteten	Bezeichnung des Charakters	N a m e des Ortes	Das etats- mäß. Gehalt beträgt rth. gr. Pfg.	Darunt. befind- lich an Ent- schädig. für frdh. bezog. Deputate	Summe der Ent- schädi- gung	Nach dem Abzug bleibt noch zahl- bar. Gebalte	B e m e r k u n g e n
48 Kopp		Pfarrer	Lengefeld	4	4	4	.	{ bekommt 2 Mltr. Scheitholz und 2 Schock
49 Feldmann		desgl.	Effelder	58 1	.	.	58 1	{ Wellen.
50 Reinold		desgl.	Beberstedt	200	.	.	200	{ Ist wegen d. vom aufgehobenen Kloster Zella
51 Schaefer		Prediger	Dachrieden	4	4	.	.	{ sonst bezog. Naturalien, mit Oeld entschädigt.
52 Zimmermann		desgl.	Solstedt	6 12	6 12	.	.	{ Vom ehemaligen Kloster Reifenstein.
53 Hasselrodt		desgl.	Kaisershausen	4 12	4 12	.	.	{
54 Knabe		desgl.	Windeberg	12 12	12 12	.	.	{
55 Hesse		desgl.	Großgrube	6 12	6 12	.	.	{
56 Klippstein		desgl.	Germar	6 12	6 12	.	.	{
57 Hübnar		desgl.	Bollstedt	6 12	6 12	.	.	{
58 Teitzel		Pfarrer	Struth	307 13	1	307 13	1	{ Siehe Erläuterungsprotokoll.
59 Müller		desgl.	Bickenriede	302 14	7	302 14	7	{
60 Pfeil		Küster	Bickenriede	54 18	2	54 18	2	{
61 Kraft		Prediger	Treffurt	64	.	64	.	{ Ist ein unter Westfalen ausgesetzte Ent- schädigungs-Quantum für abgenommene Deputate. Soll aber nicht weiter gezahlt werden.
62 Leineweber		Pfarrer	Wendehausen	83 3	71 3	83 3	.	{ Soll vom Jahre 1817 sein vormaliges in 8 Mltr. 9 Maas Roggen, 2 Mltr. Gerste, 6 Mltr. Reitholz und 8 Schock Wellen be- standenes Deputat wieder erhalten.
63 Oedicke		Prediger	Diedorf	6 12	6 12	6 12	.	{ bezieht 6 Mltr. Reitholz.
64 Koenig		Superintendent	Mühlhausen	100	.	.	100	{ vid. Erläuterungs-Protokoll.
65 Hammer		Schullehrer	Struth	173 9	.	.	173 9	{ für 6 Mltr. Roggen, 2 Mltr. Reitholz und
66 Blank		desgl.	Heyerde	39 16	6 16	39 16	.	{ 6 Schock Wellen.
67 Voigt		desgl.	Katharinenberg	13 12	2 12	13 12	.	{ vid. Erläuterungs-Protokoll.

1) Die folgenden Urkunden A V—VII Incl. sind entnommen dem Kreisarchiv in Mühlhausen.

*VI. Schreiben der Erfurter Regierung an den Landrat v. Hagen
in Mühlhausen über die Holz- und Getreide-Deputate
vom 15. August 1817.*

»Des Königs Majestät haben für die Geistlichen und Schullehrer die Wiederherstellung der vor dem Jahre 1806 bezogenen Natural-Deputate bewilligt, wogegen denselben der unter der vorigen Herrschaft gezahlte Entschädigungsbetrag von dem bisherigen etatsmäßigen Gehalte abgesetzt werden soll.

Die Deputate werden daher vom laufenden Jahre an wieder verabreicht werden. Die dafür vorher vergüteten Summen sind ausgemittelt und die Regierungshauptkasse ist angewiesen worden, nunmehr ungesäumt die wirklichen Gehälter zu bezahlen. Um aber auch Ew. Hochwohlgeboren mit dem Sachverhältnis in Übersicht zu bringen, teilen wir Ihnen hierbei einen Auszug aus der aufgestellten Berechnung nebst dem darüber aufgenommenen Erläuterungsprotokolle vom 3. d. M. mit und beauftragen Sie, die Geistlichen und Schullehrer Ihres Kreises von der Lage der Sache schleunigst zu unterrichten und ihnen nach Maßgabe der Nachweisung und dem Protokolle das Nötige zu eröffnen. Da, wo nach Inhalt dieser Verhandlung über die Besoldung noch nähere Ausmittlung erforderlich ist, wollen Sie solche beschaffen. Insbesondere machen wir Sie auf folgende Punkte aufmerksam«.

zu 58, 59 und 60. Aus welchen Gründen den hier aufgeführten Personen eine so bedeutende Entschädigung verwilligt ist, werden Sie näher ausmitteln, zugleich aber dem Küster Pfeil zu Bickenriede zu erkennen geben, daß wir uns nicht ermächtigt halten, ohne ministerielle Genehmigung ihm die früher vom Kloster Zella (soll heißen Annrode) bezogenen 10 Malter Roggen jetzt verabreichen zu lassen, vielmehr es einstweilen und bis zur näheren Entscheidung bei der ihm unter Westphalen ausgeworfenen Entschädigung von 54×18 Gr. 2 ch. verbleiben müsse.

Der Passus protocolli gibt Ihnen die näheren Data an die Hand.

Erfurt, den 15. August 1817.

Königliche Preussische Regierung. Erste Abteilung.
Dittmar.

A u s z u g.

Verhandelt *Erfurt*, den 3. August 1817.

Zur Vollziehung der Allerhöchsten Königlichen Verordnung vom Jahre 1817 ab die Natural-Deputate der Geistlichen und Schullehrer wiederherzustellen, war bereits eine Nachweisung der Holz- und Fruchtdeputate aufgenommen, daher es nun darauf ankam: Diese Deputate nach den unter französischer und westfälischer Regierung angenommenen Geldentschädigungssätzen zu berechnen und vom Gehalt-Etat pro 1819 abzusetzen, um die Regierungshauptkasse zur Zahlung der nunmehr wirklich verbleibenden Gehälter in Stand zu setzen.

Es war zu dem Ende eine Nachweisung aufgestellt und wird darüber als Erläuterung folgendes bemerkt:

Zu Nr. 48. Ist nichts zu erinnern.

Zu Nr. 49. Der Pfarrer von Effelder hatte vom Kloster Zelle jährlich außer einigem Gelde 6 Malter Scheitholz und 2 Schock Wellen zu fordern, welche ihm bei dessen Aufhebung im Jahre 1809 zwar nicht in Natura belassen, sondern ihm mit zusammen 212 frc. oder 58 Tlr. 1 Gr. im Gelde bezahlt wurden.

Es tritt hier der zweifelhafte Fall ein, ob derselbe wieder in seinen ursprünglichen Klosterzustand gesetzt werden kann, da er vor dem Jahre 1806 nichts aus Staatsfonds und Waldungen, sondern aus klösterlichem Vermögen salarirt wurde und unter gewissen Umständen aber die Rechte zu genießen hätte wie der Pfarrer zu Geismar und der Küster zu Bebindorf, da der Preuß. Staat in die Rechte und Pflichten Westphalens getreten und die Naturalien herzustellen übernommen hat. Für jetzt hat man den p. Feldmann auf dem Geld-Etat stehen lassen, bis über den Gegenstand definitiv entschieden sein wird.

Zu Nr. 50. Der Pfarrer zu Beberstedt bleibt auf dem Geld-Etat stehen.

Zu Nr. 51—57. Die hier benannten Prediger haben ihre Holzdeputate niemals aus landesherrlichen, sondern aus den Forsten der Stadt Mühlhausen erhalten, weil der dortige Magistrat das Patronatsrecht übt. Da aber bei der Errichtung des Königreichs Westphalen die Dörfer um Mühlhausen von der Stadt abgerissen wurden, so entzog sich die Mairie der Verpflichtung zur ferneren Verabreichung dieser Deputate, und es wurden diese Prediger bei der Präfektur mit auf die Liquidation der Deputate-

Entschädigungsgelder gebracht. Daß sie hiernach am unrechten Orte stehen, und rechtlich der Magistrat, schwerlich aber die Deputanten zur Schadloshaltung der Staatskasse verpflichtet sind, leidet umsoweniger einen Zweifel, als sich der Magistrat auf Kosten eines dritten nicht bereichern, oder von einer mit seinen Patronatsrechten in zu genauer Verbindung stehenden Verpflichtung befreien konnte. Der jährliche Betrag beläuft sich auf 47 rth. 12 gr. —, mithin für die Jahre 1809 bis einschließlich 1816 auf 380 rth.

Zu Nr. 58—60. Der Pfarrer von Struth war Klosterkaplan auf Zella, der zu Bickenriede war es auf Kloster Annerode, und gedachte beiden Klöster übten das Patronatsrecht über diese Pfarreien, und ebenso war der Schullehrer zu Bickenriede aus dem Kloster Annerode mit 10 Malter Korn dotiert. Bei Aufhebung der beiden Klöster wurden gedachte Personen, und zwar die ersten beide für die im Kloster verlorene Unterstützung und Wohnung von der Westphälischen Regierung mit 1123 frc. 30 Ct. oder 307 rth. 13 Gr. 1 Pf. und 1105 frc. 27 Cts. oder 302 rth. 14 gr. 7 Pf. entschädigt und der Küster mit 200 frc. oder 54 rth. 18 Gr. 2 Pf. für die ihm nicht ferner verabreicht werdenden 10 Malter Roggen. Die ersten beiden Beträge wurden sonach mehr eine Pension als ein wirkliches Pfarrgehalt, und vor Bestimmung des letzteren, ad dies vitae zu zahlen sein, wobei bei dem Küster Pfeil die Frage entstehet, ob er mit seinem ursprünglichen Deputate wiederum in Ansatz gebracht werden soll? Wobei indeß die Staatskasse, da sie von den gedachten beiden Klöstern nichts weiter als die Lasten behalten hat, bedeutend verlieren würde, indem bei den gegenwärtigen Zeiten ein Malter Roggen mehr als 20 frc. oder 5 rth. 11 Gr. 6 Pf. zu stehen kommt, über dem die vorige Regierung den Fonds, aus dem das Natural gegeben wurde, veräußert hat.

Zu Nr. 61. Der Pfarrer zu Treffurt Rampradt benutzte ein Waldchen bei seinen Posten und da die Westph.Regierung solchen einziehen wollte, ließ sie ihn taxieren und gab dem Prediger die Geldentschädigung für den Ertrag von 16 Klaftern Scheitholz und 32 Schock Wellen mit 64 rth. jährlich. Nach Ableben des Rampradt wurde durch das Königliche Westphälische Dekret vom 19. Januar 1813 der bisher zu Großtöpfer angestellte Prediger Kraft nach Treffurt versetzt. Daß er in die Rechte seines Vorgängers eintrat, beweist, der Ausdruck des Dekrets en remplacement du Sr. Rampradt, und mithin kann der p. Kraft die Naturalien

seines Vorgängers nicht reklamieren, sondern muß sich mit der Entschädigung begnügen und bleibt mithin auf dem Geldetat stehen. Hierbei wird auf Nr. 539 März a. 1817 Bezug genommen.

Zu Nr. 62. Der Pfarrer von Wendehausen bezieht von 1817 ab das ihm früher bewilligt gewesene etatsmäßige Deputat von 8 Malter 9 Maß Roggen Treffurter und 2 Met. — Gerste Dorlaer Gemäß, wofür er 71 rth. 3 Gr. und 6 Malter Reitel und 8 Schock Wellholz, wofür er 12 rth. Entschädigung erhielt, wiederum in natura und fällt mit dem ganzen Geldbetrag von 83 rth. 3 Gr. vom Gehalt-Etat weg.

Zu Nr. 63. Nach dem Emolumenten-Verzeichnis vom 20. Februar 1803 soll der Pfarrer zu Diedorf laut seiner Angabe 6 Malter Scheitholz und 4 Schock Wellen aus der Königlichen Forst bezogen haben. Der jetzige Prediger Gedicke verlangt nur die 6 Malter Scheitholz, wofür er bisher laut Etat die Entschädigung mit 6 rth. 12 Gr. bezogen, und scheinen mithin die vom vorigen Prediger angegebenen 4 Schock Wellen, welche der zeitige Prediger mit 45 Stck. aus der Gemeindeforst angibt, unrichtig in Ansatz gebracht zu sein, indem auch Westphalen ihn für nicht mehr als 6 Malter Reitelholz entschädigte.

Zu Nr. 64. Ist nichts zu erinnern, da diese hier ausgeworfenen 100 rth. das Superintendenten-Gehalt sind.

Zu Nr. 65. Nach der Emolumententabelle von 1803 hat der schon damals angestellt gewesene Schullehrer Joseph Hammer zu Struth folgendes Diensteinkommen:

a) $\frac{3}{8}$ Morgen Acker zu	1 rth.	6 Gr.	
b) aus der Kirche zu Struht	7 "	23 "	
c) aus derselben 8 Malter Roggen zu	40 "	17 "	4 Pf.
d) aus derselben 1 Malter Roggen zu	6 "	18 "	10 "
e) aus der Gemeinde für Holz	1 "		
f) Sprengelkorn, Brote und Accidentien	22 "	16 "	
Summa 80 rth. 9 Gr. 2 Pf.			

Nirgends aber ist bemerkt, daß er vom Pfarrer, dem Kloster Zella, noch ein außerordentliches Deputat oder eine Unterstützung in Geld bezieht, daher näher auszumitteln bleibt, wie er bei Aufhebung des Klosters oder auf welche andere Art zu dem Gehalte von 173 rth. 9 dl. oder 632 francs gekommen, da seine unterm 21. September v. J. wiederum angegebenen Einkünfte mit Ausnahme obiger 173 rth. 9 dl. nur wenig von 1803 abweichen.

Zu Nr. 66 und 67. Ist nichts zu bemerken.

Schließlich wird bemerkt, daß nur nach Maßgabe der vorstehenden Erinnerungen der sub. O. anliegende Zahlungs-Etat für die Regierungshauptkasse entworfen, hiermit aber die Verhandlungen geschlossen worden, welche übrigens wegen Weitläufigkeit des Gegenstandes und wegen Durchlesung der unzähligen Menge nur mit großer Mühe aufgesuchten älteren Akten erst heute geendet werden können.

Erfurt, den 12. August 1817.

VII. Bericht des Kreisamtsmanns von Wedemeyer zu Annrode an den Landrat v. Hagen in Mühlhausen vom 18. September 1817¹⁾.

»Auf Ew. Hochwohlgeboren verehrliche Verfügung vom 2. September Nr. 593 beehre ich mich nachstehendes ganz gehorsamst zur Anzeige zu bringen:

ad. 1. Den Herrn Pfarrer Müller betreffend.

Dieser war, während das Kloster Annrode noch bestand, der Kaplan desselben und seine Hauptfunktionen bestanden darin, alle kirchlichen Angelegenheiten in der Gemeinde Bickenriede zu vollführen. Dafür bekam er von Seiten des Klosters:

a) Völlig freie Wohnung und Unterhalt, womit außer dem erforderlichen Bier auch täglich ein Maß Rheinwein vereinigt war, das Essen und freie Feuerung zu 200 Thaler und der Wein zu 50 Thaler angeschlagen, beträgt 250 rthr.

b) freie Wäsche 10 „

c) Aufwartung 12 „

d) freie Kleidung 50 „

Summa 322 rthr.

Wenn man zu dieser billigen Veranschlagung noch hinzu nimmt, daß der Herr Pfarrer bei eintretenden Krankheiten den Arzt und die Apotheke vom Kloster freigehalten bekam, und ein Pferd zu seinen geistlichen Ausrichtungen in der Stadt Mühlhausen und dessen Gebiet, wovon die Katholiken der Kirche zu Bickenriede eingepfarrt sind, stets zu seiner Disposition stand,

1) Bereits am 2. September 1817 schrieb der Landrat v. Hagen an den Kreisamtsmann v. Wedemeyer zu Annrode, er möge ausmitteln, worauf die so bedeutende Entschädigung des Pfarrers Müller (302 Rtl. 14 Gr. 7 Pfg.) und des Küsters Pfeil (54 Rtl. 18 Gr. 2 Pf.) für die früher aus dem Kloster Annrode erhaltene Unterstützung beruhe. Daher die Antwort des Amtmanns v. Wedemeyer vom 18. September 1817.

welche Annehmlichkeiten man leicht auch noch zu 50 rthr. anschlaget, so dürfte die ihm gewordene Entschädigung nicht einmal hinreichend sein, um ihn für seine früher bezogenen Emolumente zu entschädigen.

ad. 2. Den Schullehrer Pfeil zu Bickenriede betreffend.

Die Schullehrerstelle zu Bickenriede wurde ehemals vom Kloster Annrode besetzt, und erhielt der derzeitige Schullehrer dem Vernehmen nach außer beständigem freien Brenn- und Backholze, zweimal die Woche völlig freie Beköstigung. Veranschlagt man nun die Holzkonsumtion, die wegen der beständig zu heizenden Schulstube sehr bedeutend ist, zu 34 Thalern, so möchten die noch fehlenden 20 Thaler und einige Groschen für die verlorene freie Beköstigung leicht herauskommen und das Äquivalent von 54 rthr. 18 Gr. 2 Pf. nicht zu viel sein.

v. Wedemeyer.

VIII. Anzeige des v. Wedemeyer, Erbherrn auf Annrode, betreffend das Verhältnis des Herrn Pfarrers Müller zu Bickenriede zu dieser Gemeinde, nachdem das früher bestandene Kloster Annrode aufgehoben und verkauft ist. Ad signat Nr. 415 — Januar 23.¹⁾

Durch Euer Hochwohlgeboren mittels Erlaß vom 28. Januar d. J. dazu aufgefordert, beehre ich mich in betreff des Herrn Pfarrer Müller zu Bickenriede, hinsichtlich seines früheren Aufenthaltes zu Annrode und gegenwärtigen zu Bickenriede nachstehendes Sachverhältnis zu erörtern:

Im Jahre 1811 den 19. August wurde mein verstorbener Vater durch den Abschluß eines Kaufkontraktes, mit dem damaligen bestehenden Gouvernement, Eigentümer von Annrode und Zubehör. Infolge des Artikels 9, des unterm 19. August 1811 abgeschlossenen Kaufkontraktes, welcher in Beziehung des zeitigen Herrn Pfarrer Norbert Müller, damaligen Kaplan von Annrode, und fungierenden Pfarrer von Bickenriede, wörtlich in nachstehendem Maße lautet:

»Es versteht sich indessen von selbst, daß dem jetzigen Geistlichen von Annrode, welcher den Gottesdienst zu Bickenriede vor wie nach zu versehen hat, seine bisherige Wohnung, und das als Garten etwa benutzte Grundstück, nach den Be-

1) Die Anzeige ist adressiert »an den Königl. Preuß. Landrat und Major von Hagen, Ritter des Eisernen Kreuzes in Treffurt« und datiert »Annrode, den 10. Februar 1923«.

stimmungen des 4. Artikels des Königlichen Dekrets vom 13. Oktober 1809, belassen werden muß, und daß der Herr Käufer deshalb seine Entschädigung zu fordern nicht befugt ist; dem Käufer steht es jedoch frei, mit demselben wegen dieser Wohnung unter Genehmigung seiner Vorgesetzten ein Abkommen dahin zu treffen, daß ihm an irgend einem andern Orte, eine andere paßliche Wohnung, auf *seine Lebenszeit* eingeräumt werde.«

Infolge dieses Artikels trat ich unter Vorwissen und ausdrücklicher Genehmigung des hochwürdigen Kommissariats mit dem Herrn Pfarrer Müller, wegen seines in Bickenriede, als seinem Pfarrorte zu nehmenden Wohnsitzes in Unterhandlung, und wir einigten uns auf die Summe von 500 rthr.: Preuß. Courant. Es wurde, den 17. Julius 1817 in dem Hause und in dem persönlichen Beisein des Herrn Kommissarius Würschmidt zu Heiligenstadt als vorgesetzte Behörde des Herrn Pfarrer Müller vor Notarius und Zeugen ein Kontrakt darüber abgeschlossen. Art. 1, 2 und 3 handelt über die vereinigte Summe, und daß dafür in Bickenriede ein Pfarrhaus angekauft werden solle usw. Art. 4 aber lautet wörtlich folgendermaßen: »Für die bedeutenden Aufopferungen, welche von Seiten des Gutsbesitzers von Annrode zu Gunsten des Herrn Pfarrer Müller und dessen Nachfolger gemacht werden, leistet derselbe nicht allein einen förmlichen Verzicht auf die ihm lebenslänglich angewiesene Wohnung in Annrode, sondern entsagt auch hiermit für sich und seine Nachfolger allen Geld- und Natural-Ansprüchen auf des Gut Annrode, für sich oder als Bestandteil der Commune Bickenriede, es mögen solche bereits bestanden haben oder noch bestehen und Namen haben welche sie wollen.«

In Verfolg dieses Vertrages kaufte der Herr Pfarrer Müller in der Nähe der Kirche zu Bickenriede ein angemessenes Pfarrhaus und bezog solches, nachdem er eine Zeitlang daselbst zur Miete gewohnt hatte, im Jahre 1813. Für die früher vom Kloster Annrode bezogene Alimentation des zeitigen Pfarrers von Bickenriede erhielt derselbe vom Westphälischen Gouvernement einen anständigen, den Wert der bisherigen Alimentation übersteigenden Gehalt, welcher noch jetzt fortgezahlt wird, überwiesen, so daß der zeitige und künftige Herr Pfarrer von Bickenriede, außer der großen Annehmlichkeit in seinem Pfarrdorfe zu wohnen, sich häuslich und pecuniär gegen früher bedeutend verbessert hat.

Bekannt ist mir nun in früheren Jahren geworden, ohne daß ich einen offiziellen Anteil daran genommen hätte, daß der Ge-

meinde Bickenriede von dem hochwürdigen Kommissariat zu Heiligenstadt das von dem Herrn Pfarrer Müller zu Bickenriede angekaufte und vollständig ausgebaute Haus als Geschenk zum beständigen Pfarrhause überwiesen, und diese auf fortwährende Weigerung das Geschenk anzunehmen, von der damaligen Civilbehörde, Präfektur zu Heiligenstadt, zur Annahme gezwungen wird, oder werden sollte.

Die Verhandlungen selbst sind von mir nie eingesehen worden, daher ist mir nicht bekannt, ob das Vorhaben von der Präfektur in Ausführung gebracht worden ist. So viel weiß ich, daß der zeitige Herr Pfarrer zu Bickenriede, durch die Veränderung seines Aufenthaltes von Annrode nach Bickenriede, durch ein besseres Einkommen und Lebensbequemlichkeit für sich und seine Gemeinde (wozu das Gouvernement, durch die Auszahlung des jährlichen Gehalts, den größeren Beitrag, und ich durch die Hergabe eines so bedeutenden Kapitals, daß Haus, Hof und Garten dafür angeschafft werden konnten, eine auch nicht unbedeutende Beisteuer lieferte), sehr gewonnen hat. Für die nicht unbedeutenden Opfer, welche zu Gunsten des zeitigen und künftigen Pfarrherrn von Bickenriede von dem Gouvernement und mir gebracht worden, scheint es mir nicht unbillig, daß die Gemeinde Bickenriede zur Annahme des Pfarrhauses, wenn es noch nicht geschehen sein sollte, gezwungen werde, und sie nicht allein mit der vorliegenden Beschwerde abzuweisen, sondern ihr ausdrücklich zu bedeuten sein dürfte, in vorkommenden Fällen Bau-Reparaturen am Pfarrhause aus ihren Mitteln zu übernehmen.

Die mir zur Einsicht übersandten zwei Verhandlungen erfolgen hierbei zurück.

gez.: *Wedemeyer.*

*IX. Vollständiger Wortlaut des Art. 9 des
Kaufvertrages vom 19. Aug. 1811¹⁾.*

»Ausgenommen von diesen Abgaben sind diejenigen:

- a) welche dem Kloster als geistliche Korporation vom Staate besonders auferlegt waren und durch die Säkularisation aufhören,
- b) die Kosten des Kultus und des ordentlichen Unterrichts,

1) Entnommen aus einer alten, mir vom Pfarrer Görich zugeschickten Abschrift aus dem Bickenrieder Pfarrarchiv.

- c) alles, was die Prediger und Schullehrer an Gelde und Naturalien, Acker-, Wiesen- und Mastnutzungen bisher vom Kloster empfangen haben.

Es versteht sich indessen von selbst, daß dem jetzigen Geistlichen zu Annerode, welcher den Gottesdienst zu Bickenriede vor wie nach zu versehen hat, seine bisherige Wohnung und das als Garten etwa von ihm benutzte Grundstück nach den Bestimmungen des 4. Artikels des Königlichen Dekrets vom 15. Okt. 1809 belassen werden muß, und daß der Herr Käufer deshalb eine Entschädigung zu fordern nicht befugt ist; dem Käufer steht es jedoch frey, mit demselben wegen dieser Wohnung, unter Genehmigung seiner Vorgesetzten, ein Abkommen dahin zu treffen, daß ihm an irgend einem anderen Orte eine andere paßliche Wohnung auf seine Lebenszeit eingeräumt werde.«

*X. Resolution der K. Regierung zu Erfurt vom 2. März 1823
wegen des Pfarrhauses zu Bickenriede.
Nr. 671 Febr. a. 1823¹⁾.*

Dem Schulzen und den Schöppen der Gemeinde zu Bickenriede wird auf ihre Vorstellung vom 12. Januar dieses Jahres hiermit mitgeteilt:

Das Dorf Bickenriede hat von jeher eine eigne Pfarrei gehabt, worüber dem Kloster Annrode das Patronatsrecht zugestanden hat. Das Kloster hat regelmäßig den von ihm erwählten Kaplan zugleich zum Pfarrer von Bickenriede gewählt, ohne daß jedoch diese beiden Stellen irgend miteinander verbunden gewesen sind. — Als Kaplan hatte derselbe Wohnung und freie Kost im Kloster gehabt. Daher ist es gekommen, daß seit langer Zeit kein Pfarrhaus in Bickenriede vorhanden gewesen ist, weil es dessen nicht bedurfte. — Nach Aufhebung des Klosters hörte natürlich die Stelle eines Kaplans bei demselben ganz auf, es fiel daher die Wohnung und die Kost desselben weg und es stellte sich die Notwendigkeit ein, daß für ein Pfarrhaus in Bickenriede gesorgt werden mußte. Dies ist geschehen und die Gemeinde weigert sich dieses Pfarrhaus anzutreten und zwar aus dem Grunde, weil der Pfarrer — jedoch nur als Kaplan des Klosters — sonst im Kloster gewohnt habe.

1) Abschrift der beiden folgenden Urkunden A. X und XI. ist entnommen von dem letzten Blatte des Ordinationsbuches in Bickenriede.

Dadurch beweist die Gemeinde bloß, daß sie die wohlmeinende Rücksicht des Donators auf den dortigen Ort, und daß sie die Sorge für die Erhaltung des Gottesdienstes, indem der Ort Bickenriede auch als Filial mit einer anderen Pfarrei verbunden werden könnte und die gute Absicht des Pfarrers *Müller* nicht anerkennt, sondern vielmehr demjenigen, was zu ihrem Besten geschehen ist, zu widerstreben sucht.

Es kommt jetzt darauf an, daß das von dem dortigen Pfarrer erkaufte Haus als Pfarrhaus zu Bickenriede in das Hypothekenbuch eingetragen wird, und wir wollen es der Gemeinde überlassen, ob sie dieses Haus als Pfarrhaus annehmen will oder nicht, worüber sie binnen 8 Tagen ihre Erklärung dem Herrn Landrat v. Hagen abzugeben hat. Im letzteren Falle werden wir die Sache dahin einleiten, daß dieses neue Pfarrhaus als ein Eigentum der Kirche betrachtet und dieses im Hypothekenbuche zugeschrieben wird.

Es ändert dieses jedoch nichts in der nach der »Charla visitatoria« allen Gemeinden im Eichsfeld obliegenden Verbindlichkeit zur Erhaltung ihrer Kirchen, Pfarr- und Schulgebäude, und wird die Gemeinde zu dieser ihr obliegenden Verbindlichkeit im Falle der Verweigerung nötigenfalls zwangsweise angehalten werden.

Erfurt, den 2. März 1823.

Königl. Preuß. Regierung, erste Abteilung
gez.: *Wimar, Hahn, Otto.*

*XI. Staatszuschuß für den Pfarrer in
Bickenriede pro 1833.*

Zufolge einer Verfügung der Königl. Regierung vom 19. vorigen Monats (Febr.) eingegangen am 1. d. M. benachrichtigen wir Sie, daß in dem vollzogenen Etat der Provinzial-Geistlichen und Schulkasse, für 1833/35 höheren Orts Ihre zu beziehende Quote mit 302 rx. 18 Slbgr. 3/ mit 19 Albgr. und die des Schullehrers mit 54 rx. 22 Slbgr. 9 Pfg. mit 54 rx. 23 Pfg. festgestellt worden ist.

Heiligenstadt, den 1. März 1833.

Das Bischöfl. geistl. Commissariat.
gez. *Großheim.*

B. Die Pfarrei Mühlhausen.

I. Ausführung einer Verfügung des O. Pr. der Provinz Sachsen vom 7. August 1817, betr. kath. Militärgottesdienst in Mühlhausen und Langensalza durch die Preuß. Reg. in Erfurt am 30. August 1817.

Die Regierung in Erfurt verfügt dazu, daß dem Kaplan zu Bickenriede, welcher einen jährlichen Gehalt von 219 Rtr. 9 seiner ursprünglichen Bestimmung nach für Zurichtung des katholischen Gottesdienstes in Mühlhausen aus der Staatskasse bezieht, der Auftrag am füglichsten zu erteilen sein möchte.

Erfurt, den 30. August 1817.

Kgl. Pr. Reg. 1. Abt.

II. Nähere Ausführung der Verfügung des O. Pr. (30. 8. 1817). (Nr. 1178 Ang. a.).

Wir machen dies (Einräumung einer Kirche in Mühlhausen und Langensalza zu period.-kath. Militär-Gottesdienst) dem hochw. Erzbischöfl. Kommissariate mit dem Hinzufügen bekannt, die Anzeige von dem Eintreffen des katholischen Geistlichen zur Haltung des Gottesdienstes den Magisträten der beiden Orte jedesmal frühzeitig genug mitzuteilen, damit jeder unnötigen, beim Militär besonders auffallenden Verzögerung vorgebeugt wird, sowie dasselbe auch dem Kgl. Oberpräsidenten desjenigen Geistlichen, der mit Abhaltung des fraglichen Gottesdienstes zu beauftragen ist, baldigst zur Anzeige zu bringen hat und wozu der aus der Königl. Kasse salaririerte Kaplan zu Bickenriede zu bestimmen sein wird.

Erfurt, den 30. August 1817.

Kgl. Preuß. Reg. Abtlg. 1.

II. Schreiben des O. P. an das Bischöfl. Kommissariat vom 25. November 1817 (betr. Mil. Gottesdienst).

In Erwiderung des Schreibens eines Hochwürdigem geistlichen Kommissariates vom 24. September d. J. und mit Bezugnahme auf einen Erlaß vom nämlichen Tage ersuche ich wohl dasselbe, mir anzuzeigen, weshalb der Kaplan Rheinländer in Bickenriede nicht mit Abhaltung des katholischen Militär-Gottesdienstes in Mühlhausen in diesem Herbste beauftragt worden.

ist. Künftig wird dieses jedenfalls geschehen müssen und scheint es nach der Auseinandersetzung des Sachverhältnisses des einem Hochwürdigen geistlichen Kommissariate mitgeteilten Schreiben der Königl. Regierung in Erfurt vom 30. August 1817, daß der H. Rheinländer wegen dieser Amtshandlung auf keine besondere Vergütung Anspruch machen kann.

Magdeburg, den 25. November 1817.

Kgl. Geheimer Staatsrat und Oberpräsident
der Pr. Sachsen. *Bülow.*

*IV. Schreiben des Kommissariats an die Regierung zu Erfurt,
betr. Unzulänglichkeit des Kaplangehaltes in Bickenriede
vom 1. Juni 1837 (ad Nr. 2821 u. 3494).*

Auf Grund der allseitig streng begründeten dringendsten Vorstellung des damaligen hiesigen Erzbischöfl. Kommissariats, »wie die damals schon bedeutende Zahl von Katholiken in der Stadt Mühlhausen und in der Umgegend behufs notdürftiger Befriedigung ihres religiösen Bedürfnisses hinsichtlich des Gottesdienstes, des Empfanges der hl. Sakramente, der Providierung auf dem Krankenbette und der übrigen Pastoralakte zu dem nächsten, aber doch über 2 Stunden entfernten Pfarrer zu Bickenriede ihre Zuflucht nehmen, ja ihn gleichsam als ihren Seelsorger betrachten . . .« ist unter der Westf. Herrschaft die für sich selbst redende Notwendigkeit eines zu Bickenriede anzustellenden Kaplans anerkannt, demgemäß die Anstellung wirklich bestimmt, und für den Kaplan ein *Salär von 800 fr. oder 218 Reichstalern aus der Staatskasse* bewilligt worden.

. weshalb auch das damalige Erzbischöfliche Kommissariat sich gedrungen gefühlt hat, kgl. Regierung bereits in dem anbefohlenermaßen über die einstweilige Verwaltung der Kaplanei unter dem 17. Februar 1825 erstatteten Berichte, für denselben eine Bewilligung eines Honorares, und zwar derjenigen 68 Reichstaler, die von dem Salär von 218 Reichstaler nach Abzug der Pension von 150 Reichstaler dem Kaplan Rheinländer übrig blieben, motiviert zu erbitten.

. nachdem durch eine allerhöchste Kabinettsordre vom 6. Februar 1826 dem Bischöfl. Kommissariate mittels hoher Verfügung kgl. Regierung vom 23. April 1826 mitgeteilt, das ursprünglich bewilligte Kaplans-Salär von 800 fr. oder 218 Reichstaler auf die Summe von 150 Reichstalern reduziert worden ist,

und von dem Pfarrer Müller 100 Reichstaler für die dem Kaplan zu gewährende freie Station in Kost, Heizung, Licht, Wäsche usw. verlangt werden, bleibt dem Hilfsgeistlichen nur ein Gehalt von 50 rtr. Jeder dieser angehenden Kuratgeistlichen, welche gewöhnlich ihr väterlich Vermögen zum Studium verwendet und nur zu oft durch notwendige Anleihen Schulden gemacht haben, wünscht mit der Anstellung daselbst verschont zu werden.

V. Schreiben des Pfarrers von Bickenriede an das Bischöfliche Kommissariat betr. Kaplangelt vom 20. September 1827.

An das Hochwürdige Bischöfl. Geistliche
Kommissariat zu Heiligenstadt.

Bickenriede, den 20. September 1827.

Vorstellung den Gehalt eines Kaplans betr. zu Nr. 2836.

Wenn Kgl. Regierung unter dem 26. April 1826 zur Haltung eines Kaplans hiesiger Pfarrstelle jährlich 150 rtr. bewilligen, so sollte dieses gewiß keineswegs eine Beeinträchtigung der Stelle sein, welches aber offenbar der Fall sein würde, wenn dem Pfarrer für freie Station, die er dem Kaplan gewähren soll, jährlich nur 80 rthr. zukommen sollen, denn diese kann für diese Summe bei den jetzigen Preisen des Holzes und der Lebensmittel ohne Schaden nicht gewährt werden. Sollte Bischöfl. Kommissariat hierbei die vom Kaplan dem Pfarrer im Amte zu leistenden Dienste berücksichtigt und in Anrechnung gebracht haben, so muß ich dagegen bemerken, daß ich zur Zeit der Beihilfe eines Kaplans gar nicht benötige, indem ich für meine eigene Person nicht volle amtliche Beschäftigung habe. Ich muß darum Bischöfl. Kommissariat gehorsamst ersuchen, die Verfügung vom 14. ds. Mts. dahin abändern zu wollen, daß ich dem Kaplan nur 50 rthr. zu zahlen habe. Sollte Hochw. Kommissariat hierauf nicht eingehen zu können glauben, so muß ich Hochdasselbe ersuchen, auf die Auszahlung des *ursprünglich bestimmten Gehaltes* von 800 fr. anzutragen.

Überdies wird man es nicht unbillig finden, wenn ich noch darauf antrage, daß mir die Versicherung gegeben werde, daß hiesige Kaplaneistelle, wenn ich der Beihilfe eines Kaplans bedürftig sein sollte, nicht unbesetzt bleiben, eingezogen oder anderswo hin verlegt werden solle.

Eines Hochw. Leineweber, Pfarrer.

VI. Bericht des Bischöfl. Kommissariats an den Oberpräsidenten
von Magdeburg (betr. Militärgottesdienstes).

Heiligenstadt, den 24. Januar 1842.

(J.-Nr. 411.)

Ew. Exzellenz beehren wir uns auf den Erlaß vom 4. ds. Mts. gehorsamst zu berichten, daß wir uns aus dem Grunde über die Wohnungsveränderung des Pfarrers Händly noch keine Anzeige gemacht haben, weil die getroffene Maßregel nur eine provisorische war, deren baldige definitive Bestätigung wir bis dahin vergebens erwartet haben. Sobald die Versetzung des Pfarrers Händly nach Witterda definitiv bestätigt ist, ist zu wünschen, daß die Provisierung der Militär-Seelsorge zu Mühlhausen dem Geistlichen zu Bickenriede, *der auch die Zivilseelsorge daselbst zu versehen hat*, übertragen werde, und um so mehr, da über die Einrichtung eines regelmäßigen katholischen Gottesdienstes zu Mühlhausen für die Katholiken daselbst und in der Umgegend gegenwärtig verhandelt wird. Bis jedoch auch diese Angelegenheit definitiv geregelt ist, können wir nicht wünschen, daß über die Militärseelsorge definitiv entschieden wird, weil von dem Ausgange der Verhandlung abhängen wird, *ob von dem Kaplan zu Bickenriede, der eigentlich für Mühlhausen bestimmt ist, der katholische Gottesdienst daselbst* ausschließlich versehen wird, oder ob derselbe in Gemeinschaft mit dem Pfarrer die katholische Seelsorge in der genannten Stadt wird wahrzunehmen haben.

Demgemäß beehren wir uns Ew. Exzellenz gehorsamst zu ersuchen, bis auf den Ausgang dieser Angelegenheit entweder dem besagten Pfarrer Händly die Besorgung des Militärgottesdienstes zu belassen, oder nur interimistisch denselben dem Pfarrer Leineweber zu Bickenriede, der zur Wahrnehmung desselben geneigt ist, aufzutragen. Sobald irgend ein Resultat hinsichtlich des katholischen Zivilgottesdienstes zu Mühlhausen erzielt ist, werden wir nicht verfehlen, Ew. Exzellenz die weiteren uns geeignet erscheinenden Anträge gehorsamst vorzulegen.

D. B. G. Commiss.

Bemerkung: Zeitweise ist die in Bickenriede für die Seelsorge Mühlhausens errichtete Stelle unbesetzt. Der Pfarrer Händly in Helmsdorf wird vorübergehend mit der katholischen Militär-Seelsorge in Mühlhausen beauftragt.

VII. Bericht des B. G. Kommissariats an die Regierung in Erfurt, betr. Anstellung des Kaplans in Bickenriede vom 1. Juni 1837 (J.-Nr. 1649).

Königl. hochlöbl. Regierung haben wir die Ehre, in Gemäßheit unserer heute über die feststehende Notwendigkeit, und die neu eingetretene Möglichkeit, die Kaplanstelle zu Bickenriede förmlich wieder zu besetzen erstatteten pflichtgemäßen Berichtes gehorsamst vorzutragen, daß erst jetzt vor 10 Tagen die beiden Neopresbyter J. Krebs aus Freienhagen und Bartholomäus Döring aus Geismar über deren vollzogene Eidesleistung wir von Hochdenselben bereits unterm 30. März in Kenntnis gesetzt worden, aus dem Seminar zu Paderborn anher gekommen sind, und daß wir den p. Döring zum Kaplan von Bickenriede *wegen der Funktionen in der Stadt Mühlhausen geeigneter* als den etwas schüchternen, sich mehr für eine Kaplanei auf dem Lande eignenden p. Krebs halten, und erlauben uns darum Hochdieselbe um die hohe Genehmigung der Anstellung des p. Döring zu Bickenriede und um hohe Anweisung des Gehaltes 150 rthr. zur Auszahlung an den Pfarrer Müller, welcher bis zu dem Zeitpunkte, wo der Kaplan den sonn- und festtäglichen Gottesdienst zu Mühlhausen zu halten haben wird, demselben 70 tlr. Salär nebst vollkommen freier Station, und wöchentlich vier Freistipendien zu entrichten sich verpflichtet hat, unterthänig zu bitten.

Das Bischöfliche Geistl. Kommissariat gez.: *Grossheim.*

VIII. Bericht des Landrats Frhr. von Wintzingerode-Knorr an den Oberpräsidenten von Magdeburg vom 6. Juni 1843, betr. Einpfarrung der Mühlhäuser Katholiken in Bickenriede.

Der Landrat Frhr. v. Wintzingerode-Knorr spricht in einem Berichte an den Oberpräsidenten von Magdeburg vom 6. Juni 1843, signiert ad 1238 O. B. - 2255/3 von einer Einpfarrung der Mühlhäuser Katholiken nach Bickenriede: »Abgesehen davon, daß die hier wohnenden Katholiken in Bickenriede eingepfarrt sind.«

IX. Bitte des Pfarrers in Helmsdorf um Verlegung der Bickenrieder Kaplanei nach Helmsdorf 2. Januar 1847.

An das Hochw. Bischöfl. Kommissariat in Heiligenstadt.

Es verlautet, daß, da gegenwärtig die Kaplanei zu Bickenriede erledigt ist, dieselbe nicht wieder besetzt, sondern an

einen anderen Ort verlegt werden soll. Wenn dieses Gerücht sich begründet, so bitte ich hiermit gehorsamst, die Kaplanei von dort hierher verlegen zu wollen.

Die Gründe, welche mich zu diesem Antrage berechtigen, sind:

1. Mühlhausen ist von hier ungefähr $\frac{1}{4}$ Stunde weiter entfernt als Bickenriede. Helmsdorf liegt außerdem an der Chaussee und der Weg deshalb bequemer und namentlich im Winter und zur Regenzeit schneller zurückzulegen.

2. Sollte die Seelsorge der Katholiken dortselbst den Kaplan nicht hinreichend beschäftigen, so werde ich hier dafür Sorge tragen, daß er über Mangel an seelsorglicher Beschäftigung nicht Ursache zu klagen hat.

Eines Hochw. B. Geistl. Kommissariats gehorsamer
Pfarrer *Schollmeyer*.

X. Anfrage des Kommissariats an Dekanats-Verweser Leineweber in Bickenriede wegen Verlegung der Bickenrieder Kaplanei, vom 9. Januar 1847.

Es ist zur Sprache gekommen, daß Sie die Verlegung der für Mühlhausen bestimmten Kaplanei von Bickenriede weg auf eine andere Pfarrei wünschen.

Wir finden uns daher veranlaßt, bei Ihnen anzufragen, ob dieses Gerücht begründet sei oder nicht? Und wollen Sie die Gründe für die dortige Verlegung in 14 Tagen nach hier angeben.

Heiligenstadt, den 9. Januar 47.

Das B. G. Kommissariat: Z.

XI. Antwort des Dek.-Verw. Leineweber an das B. G. C. vom 10. Januar 1847, Nr. 334.

Einem Hochwürdigem Bischöflichen Geistlichen Kommissariate erwidere ich hiermit auf die verehrlich Anfrage vom 9. d. Ms. gehorsamst, daß das Gerücht, als ob ich die Verlegung hiesiger Kaplanei auf einen anderen Ort wünsche, auf einem Mißverständnis beruhen mag.

Ich habe nämlich gewünscht, daß der Herr Kaplan Leineweber, der hier keine angemessene Beschäftigung fand und sozusagen außer Activität war, auf eine andere Station, wo er notwendiger sei, und wo seine Geistes- und Körperkräfte mehr in Anspruch

genommen würden, als es hier geschah, möchte versetzt werden, aber an eine gänzliche und immerwährende Verlegung der Kaplanei an einen anderen Ort habe ich nicht gedacht und vernünftigerweise nicht daran denken können, indem ich nicht wissen kann, ob ich nicht in Umstände geraten werde, wo ich der Aushilfe eines Kaplans sehr bedürftig sein könnte.

Indem ich dieses niederschreibe, werden meine Gedanken auf etwas ganz anderes, als auf die Verlegung der Kaplanei geführt, nämlich darauf, ob es nicht für die Seelsorge heilsam sei, wenn der Filialort Büttstedt von der eben erledigten Pfarrei Küllstedt ab- und bei der Pfarrei Bickenriede solange, bis jener Frühmessereifonds einen Kaplan ernährt, eingepfarrt würde.

Auf diese Art wäre nach meiner Ansicht für die Seelsorge jener beiden Orte gesorgt. Der hiesige Kaplan bekäme einen Wirkungskreis, und es könnte ihm nicht mehr der Vorwurf gemacht werden, daß er bloß des Gehalts wegen hier sei.

Ob und wie die Sache auszuführen sei, überläßt der besseren Einsicht des Hochwürdigsten Geistlichen Kommissariats

der gehorsamste Pfarrer gez. *Leineweber*.

*XII. Rückantwort des B. G. Commissariates an den Dek.-Verweser
Leineweber, vom 25. Januar 1847.*

Auf Ihren Wunsch vom 19. d. Ms. eröffnen wir Ihnen, daß *die dortige Kaplanei zunächst für die Katholiken zu Mühlhausen bestimmt ist* und darum auch sobald ein katholisches Pfarrsystem zu Mühlhausen gegründet sein wird, eingeht.

Wir können Ihnen daher keine Hoffnung machen, daß Sie *die Kaplanei auf Staatskosten* bekommen werden, wenn Sie dieselbe dereinst bedürfen sollten, noch auch für die Dauer der Kaplanei zu Bickenriede die Versehung der Filiale Büttstedt übertragen, da der *Aufenthalt eines Kaplans zu Bickenriede* eben nur ein *vorübergehender* ist. Da Sie nun Ihrerseits selbst erklären, daß Sie für die nächste Zukunft keinen Kaplan haben wollen, und da anderseits vielleicht in naher Zukunft das bisherige Kaplaneieinkommen der katholischen Pfarrei Mühlhausen überwiesen werden wird, und also Ihr Wunsch nach späterer Zuweisung eines Kaplans nicht erfüllt werden kann, so erscheint es angemessen, bis zur Eröffnung der katholischen Pfarrei die

genannte Kaplanei zu einem anderen in der Nähe Mühlhausens befindlichen Ort zu verlegen, und wollen Sie sich bis in 14 Tagen des Weiteren berichtlich äußern.

H. 25/1. 1827. D. B. G. C.

XIII. Schreiben des Paderborner G.-Vik. an das B. G. Kommissariat in Heiligenstadt vom 30. Oktober 1850, betr. Gehalt des Kaplans zu Bickenriede bezw. zu Mühlhausen.

Nach dem Berichte des Hochw. Kommissariates vom 2. v. Ms., die Errichtung der kath. Pfarrei zu Mühlhausen betreffend, ist das Gehalt der seit dem 1. Januar erledigten Kaplanei zu Bickenriede während der Vakanzzeit nicht ausbezahlt, weil dasselbe bisher vierteljährlich nur gegen die ausdrückliche Bescheinigung ausgezahlt worden ist, daß in dem betr. Vierteljahre ein Kaplan in Bickenriede angestellt gewesen sei. Dieses veranlaßt uns, das hochw. Kommissariat darauf aufmerksam zu machen, daß diejenigen *Beträge, welche der Staat an kirchliche Stellen zu zahlen verpflichtet ist*, bezahlt werden müssen, mag die Stelle besetzt sein oder nicht. Im letzteren Falle fließt die Ersparnis nach § 8 des Gesetzes vom 3. Juli 1843 der Stelle zu und muß zu deren Besten verwendet werden. Denn auch diejenigen kirchlichen Stellen, welche ihre Einkünfte ganz oder teilweise aus Staatsfonds beziehen, sind keine Staats- sondern Kirchenanstalten. Sie stehen, was diesen Punkt betrifft, zu dem Staate in demselben Verhältnisse, in welchem jeder Gläubige zu seinem Schuldner steht. In der Regel sind die Beträge, welche der Staat an kirchliche Stellen zahlt, auch nur eine geringe *Entschädigung für die Verluste, welche der Staat denselben durch die Säkularisation und Einziehung von Kirchengütern bereitet hat*, und in dem westf. Teile des Bistums werden die Beiträge, welche kirchliche Stellen aus der Staatskasse zu beziehen haben, während der Erledigung derselben unweigerlich an den von uns bestellten Erheber gezahlt.

Paderborn, den 30. Oktober 1850. Das Generalvikariat.

XIV. Dasselbe Gen.-Vik. an das B. G. Kommissariat am 18. September 1851 (betr. Kaplansgehalt).

Wie dem Hochw. Kommissariat aus unserer Verfügung vom 7. v. Mts. bekannt ist, sind zum Unterhalte des in Mühlhausen

anzustellenden Missionars von dem Bickenrieder Kaplaneigehalte schon jetzt 150 rthr. jährlich disponibel.

Paderborn, den 18. September 1851. Das Generalvikariat.

XV. N. B. Das B. G. Kommissariat zu Heiligenstadt vom 20. September 1851 (betr. Kaplansgehalt).

N. B. zu 5. 1. 47 Nr. 105. Der Gehalt der Kaplanei ist laut hoher Verfügung vom 7. 7. Reverendissimi zu Paderborn für Mühlhausen bestimmt.

Heiligenstadt, den 29. September 1851.

XVI. Die Erfurter Regierung an das B. G. Kommissariat am 23. Oktober 1853 (betr. Kaplansgehalt).

Nach einer Reisenotiz des Herrn Regierungs-Präsidenten erwartet das B. G. Kommissariat noch immer die *Anweisung des Gehaltes für den mit der Seelsorge bei den Katholiken in Mühlhausen beauftragten Geistlichen zu Bickenriede*. Nach Lage der Akten ist aber diese Anweisung unsererseits bereits am 9. September erfolgt und die gleichzeitige Benachrichtigung des Bisch. Kommissariats am 16. September abgegangen.

Erfurt, den 23. Oktober 1853. Kgl. Reg.-Abt. d. Innern.

XVII. Schreiben der Erfurter Regierung am 30. Dezember 1851 (betr. Kaplansgehalt).

Auf das vom 19. d. Ms. — 13953 — beehren wir uns, Ew. ergebenst zu benachrichtigen, daß die Regierungshauptkasse bereits am 9. September d. Js. von uns angewiesen worden ist, *das etatsmäßige Gehalt der erledigten Kaplaneistelle zu Bickenriede* mit jährlich 150 rthr. und zwar der Bestimmung des Herrn Ministers der geistlichen Angelegenheiten gemäß 1. Januar 1850 ab und für die Folge bis auf weiteres dem schon von Ew. mit der Empfangnahme beauftragten geistlichen Kommissariate in Heiligenstadt zu zahlen.

Erfurt, den 30. Dezember 1851. Kgl. Reg.-Abt. d. Innern.

XVIII. Kgl. K Order vom 23. März 1855 (betr. Kaplansgehalt)

An das Ministerium der geistlichen pp. Angelegenheiten.

Ich will auf Ihren Bericht vom 17. d. Ms. die Überweisung des etatsmässigen Betrages von 150 rthr. zur Unterhaltung eines

Hilfsgeistlichen in Bickenriede an den kath. Seelsorger in Mühlhausen genehmigen und dem letzteren aus den Fonds zur Verbesserung der äußeren Lage der Geistlichen und Lehrer einen vom 1. Januar d. Js. ab zu zahlenden *jährlichen Zuschuß von 100 rthr. bewilligen.*

Bellevue, den 23. März 1855.

gez. *Friedrich Wilhelm.* gez. *v. Raumer.*

XIX. Schreiben des B. G. Kommissariats an den für Mühlhausen ernannten Pfarrer Wiegel in Hedersleben vom 6. September 1920 (betr. Pfarrgehaltes).

Auf das Schreiben vom 14. v. Ms. Wir teilen Ihnen mit, daß wir die Regierung zu Erfurt unter dem 5. v. Ms. ersucht haben, die im Etat der geistlichen und Unterrichtsverwaltung im Kapitel 116 Tit. 1 Nr. 4 für den Pfarrer in Mühlhausen ausgesetzte Besoldung von jährlich 450 Mark und den ebenda Nr. 5 ausgesetzten Besoldungszuschuß von 300 Mark vom 1. August d. Js. ab durch deren Hauptkasse an Sie auszahlen zu lassen.

Osburg.

XX. Errichtung der Missionspfarre in Mühlhausen durch Bischof Drepper laut Dekret vom 12. Dezember 1851.

In Erwägung, daß in der Stadt Mühlhausen und in deren Umgegend vorhandene zahlreiche Katholiken bisher des Gottesdienstes und der Seelsorge entbehrt haben, da sie eines eigenen Kirchen- und Pfarrsystems sich nicht zu erfreuen haben und von den nächsten katholischen Kirchen zu weit entfernt sind, als daß sie dieselben füglich besuchen könnten, in Erwägung, daß zwar im Jahre 1810 nach Aufhebung der Frauenklöster Annrode und Zelle vom Staate ein *jährliches Gehalt von 218 rthr. 10 Pf. für einen in Bickenriede oder Struth anzustellenden Kaplan unter der Bedingung ausgesetzt worden ist, daß dieser Geistliche den Gottesdienst und die Seelsorge für die Katholiken in Mühlhausen wahrnehme*, daß aber die Verpflichtung des Geistlichen von Bickenriede oder Struth aus nicht genügend erfüllt werden kann, in Erwägung, daß deshalb die Anstellung eines Geistlichen in Mühlhausen selbst ein dringendes Bedürfnis ist, in Erwägung, daß zwar im Jahre 1847 ein Wohnhaus für den in Mühlhausen anzustellenden Geistlichen, und im gegen-

wärtigen Jahre ein Lokal zur Abhaltung des Gottesdienstes durch uns beschafft worden ist, daß aber die vorhandenen Mittel zur festen Dotierung und zu der davon abhängigen Errichtung einer förmlichen Parochie nicht ausreichen, in Erwägung alles dieses haben wir beschlossen und verordnen wir, wie folgt:

1. Der Gottesdienst und die Seelsorge für die in der Stadt Mühlhausen und Umgegend wohnenden Katholiken soll, solange die Errichtung einer förmlichen Parochie wegen Mangels der festen hinreichenden Dotation nicht ausführbar ist, durch einen Missionarius wahrgenommen werden, welcher von der geistlichen Behörde auf Widerruf angestellt wird. Zum Unterhalte desselben soll außer dem vorhandenen Wohnhause das vom Staate ausgesetzte, oben erwähnte, jährliche Gehalt von 218 rthr. 10 Pfg. soweit dasselbe disponibel ist, verwendet werden. Für die Beschaffung der noch fehlenden Unterhaltsmittel des Missionars wird die geistliche Behörde sorgen, sofern solches den betr. Katholiken nicht möglich ist.

2. Der Missionarius soll in der Stadt Mühlhausen wohnen, daselbst den Gottesdienst abhalten, die hl. Sakramente spenden, den Religionsunterricht erteilen und von dort aus die Hauptseelsorge in den ihm zugewiesenen Bezirken wahrnehmen.

3. Der seelsorgliche Bezirk des Missionars zu Mühlhausen soll außer dieser Stadt im landrätlichen Kreise die Ortschaften umfassen: Ammern, Hollenbach, Dörna, Dachrieden, Reiser, Kaisershagen, Windeberg, Saalfeld, Groß- und Kleingrabe, Görmar, Bollstedt, Höngeda, Nieder-Oberdorla, Langula, Felchta, Pfafferode, Sambach, Breitsülze, Schröterode, Popperode, im landrätlichen Kreise Langensalza: Seebach.

XXI. Anweisung der Erfurter Regierung an das Landratsamt Mühlhausen vom 8. Juli 1843 (betr. Bau einer Kirche in Mühlhausen).

Das Königliche Landratsamt wird hierdurch angewiesen, unsere Randverfügung vom 26. Mai c. 500:4429 A. 2. *Die Einrichtung eines katholischen Kirchen-, Pfarr- und Schulsystems in der Stadt Mühlhausen* betr. nunmehr binnen 8 Tagen unfehlbar zu erledigen, oder innerhalb gleicher Frist die etwaigen Hinderungsgründe anzuzeigen, da das Königl. Ministerium des Kultus diese Angelegenheit in Erinnerung gebracht hat.

Erfurt, den 18. Juli 1843.

Königl. Regierung, Abteilung des Innern, N.

*XXII. Dieselbe Regierung an den Landrat Frh. v. Wintzingerode-Knorr in Mühlhausen vom 24. Januar 1844
(betr. Mühlhäuser Kirchenbau).*

Da nach dem technischen Gutachten des Bauinspektors Meves vom 31. v. Mts. u. J., welches Ew. Hochwohlgeboren uns mit Bericht vom 9. d. Mts. sub Nr. 56 eingereicht haben, der Haserodtsche Garten in der dasigen Vorstadt St. Martini die zweckmäßigste Stelle für die in Mühlhausen zu erbauende katholische Kapelle ist, so beauftragen wir Ew. Hochwohlgeboren, vorbehaltlich höherer Genehmigung, wegen Ankaufs des fraglichen Grundstücks mit dem Besitzer desselben in Unterhandlung zu treten, und uns diese, zum Protokoll zu nehmende Erklärung resp. Forderung mit Frist von 4 Wochen zur weiteren Beschlußnahme einzureichen. Sollte etwa die Forderung des p. Haserodt sich als zu hoch herausstellen, so haben Sie die Unterhandlung auf die Erwerbung des Kochschen Grundstückes am Blobach zu lenken, welches nach der Ansicht des p. Meves ein ebenfalls geeigneter Bauplatz ist.

Der Bericht des Magistrats vom 10. November erfolgt hierbei zurück.

Königl. Regierung, Abteilung des Innern, N.

XXIII. Monitum derselben Regierung an denselben Landrat vom 25. Juli 1844 (betr. Mühlhäuser Kirchenbau).

Ew. Hochwohlgeboren werden hierdurch aufgefordert, unsern Erlaß vom 5. Mai d. Js. Nr. 3573 A. 2, betreffend die Einreichung einer Skizze über die daselbst zu erbauende katholische Kapelle und eines dazugehörigen Kosten-Überschlages, *schleunigst und längstens binnen 14 Tagen* zu erledigen, da das Königl. hohe Ministerium des Kultus diese Angelegenheit urgirt hat.

Königl. Regierung, Abteilung des Innern, N.

XXIV. Schreiben derselben Regierung an dieselbe Adresse vom 11. Oktober 1844 (betr. Mühlhäuser Kirchenbau).

Ew. Hochwohlgeboren haben uns mittels Bericht vom 27. April d. Js. (Nr. 3154) eine Verhandlung d. d. Mühlhausen den 6. März 1844 vorgelegt, Inhalts welcher sich die Besitzerin des in der dasigen Vorstadt St. Martini liegenden Haserodtschen Gartens, Eva Klipstein, bereit erklärt hat, denselben als Baustelle

für die in Mühlhausen zu erbauende katholische Kapelle für den Preis von 1400 Talern *käuflich an den Staat* zu überlassen, jedoch mit der Maßgabe, daß sie nur sechs Monate lang an ihre Offerte gebunden sein wolle

Königl. Regierung, Abteilung des Innern, N.

XXV. Schreiben derselben Regierung an dieselbe Adresse vom 22. Dezember 1844 (betr. Mühlhäuser Kirchenbau).

Abschrift vorstehenden Reskriptes zur Nachricht auf den Vortrag vom 28. September d. Js. Nr. 7680. Auch fragt es sich, *ob nach beendigtem Bau der Kapelle, die dasigen Katholiken nicht doch wenigstens einen aliquoten Teil der Kosten*, welche die neue Einrichtung wegen der Kirchenfabrik, der gottesdienstlichen Bedürfnisse und der Kirchenbedienten erheischt, möchten aufbringen können, da sich unter ihnen verschiedene Wohlhabende zu befinden scheinen. Durch die von Ew. Hochwohlgeboren mittels Bericht vom 8. Juni in Nr. 4477 eingereichte, anbei zurückfolgende Nachweisung allein wird die Verneinung dieser Frage nicht genügend gerechtfertigt. Sie haben daher diesen Gegenstand noch sorgfältiger zu erörtern, *und auf Ihnen geeignet erscheinende Weise den Versuch zu machen, inwieweit wenigstens die wohlhabenden Gemeindemitglieder zu angemessenen einmaligen und fortlaufenden Beiträgen zu vermögen sein würden.* Ihren ausführlichen Bericht hierüber wollen wir binnen sechs Wochen gewärtigen.

Königl. Regierung, Abteilung des Innern, N.

XXVI. Schreiben derselben Regierung an dieselbe Adresse vom 28. November 1845 (betr. Mühlhäuser Kirchenbau).

Der Herr Minister der geistlichen pp. Angelegenheiten hat uns ermächtigt, die Verhandlungen, welche mit den Uhrmacher Koch'schen Eheleuten über den Ankauf eines Teil seines Gartens am Bastmarke unweit des Blobachs zur Erbauung einer katholischen Kapelle geführt worden sind, fortzusetzen. Wir beauftragen Ew. Hochwohlgeboren, sich diesem Geschäfte unter Mitwirkung des Bauinspektors Monecke, welchem Sie zu diesem Behufe die gegenwärtige Verfügung zur Einsicht mitteilen wollen, zu unterziehen, und bemerken unter Anschluß der mit dem p. Koch vom Bauinspektor Meves unter dem 7. und 12. März c. aufgenommenen vorläufigen Verhandlungen zu Ihrer Richtschnur dabei folgendes 1... 2... 3...

Nach Feststellung sämtlicher Kaufbedingungen ist der *Kontrakt* in welchem das Bisch. geistliche Kommissariat in Heiligenstadt *Namens der katholischen Kirchengemeinde zu Mühlhausen als Käufer* aufzuführen sein würde, zu entwerfen und den Koch'schen Eheleuten zur Genehmigung und Unterschrift vorzulegen, diesseitige Genehmigung jedoch vorzubehalten.

Dem Bericht über die Ausführung dieser Verfügung sehen wir unter Einreichung der betreffenden Verhandlungen binnen sechs Wochen entgegen.

Kgl. Regierung, Abteilung des Innern, N.

*XXVII. Schreiben des B. G. Kommissariats an Dek.-Verweser Leineweber in Bickenriede vom 3. Februar 1846
(betr. Mühlhäuser Kirchenbau).*

Infolge einer Benachrichtigung der Kgl. Hochlöbl. Regierung zu Erfurt hat seine Exzellenz der Herr Minister der geistlichen pp. Angelegenheiten den Ankauf eines Teiles des den Koch'schen Eheleuten zu Mühlhausen zugehörenden am Bastmarkte unweit des Blobachs belegenen Gartens als Bauplatz einer Kapelle für den Gottesdienst der Katholiken zu Mühlhausen und in der Umgegend genehmigt.

Demgemäß autorisieren und bevollmächtigen wir den Dekanatsverweser und Pfarrer Herrn Georg Adam Leineweber, im Namen der zu Mühlhausen demnächst zu konstituierenden katholischen Kirchengemeinde den Kauf über den bezeichneten Garten abzuschließen und, *da die Kaufgelder durch die hohen Staatsbehörden werden nachgewiesen werden*, Besitz und Eigentum von dem Grundstücke für die Katholiken zu ergreifen und anzunehmen.

Bisch. geistl. Kommissariat, gez. Nolte.

*XXVIII. Weiteres Schreiben des B. G. Kommissariats an den Dek.-Verweser Leineweber vom 27. Januar 1848
(betr. Mühlhäuser Kirchenbau).*

Es ist nunmehr das am Blobache zu Mühlhausen neben Nr. 88 St. Petri gelegene Haus nebst Garten zum Bauplatze für eine katholische Kirche für 2200 angekauft, und sind vorläufig aus der Ferdinandischen Stiftung 1400 zur Zahlung der Ankaufskosten von dem hohen Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten angewiesen worden, so daß diese Summe nebst den vom 13. März 1847 bis 7. Januar c. fälligen

Zinsen im Betrage von 28 Mk. und 6 Pfg. bei der Kgl. Kreiskasse in Mühlhausen in Empfang genommen werden können.

Bisch. geistl. Kommissariat, gez. *Nolte*.

*XXIX. Ablehnendes Schreiben des Reg.-Präsidenten zu Erfurt
betr. Zuschuß zum Neubau einer Kirche in Mühlhausen
vom 7. Juni 1902 (betr. Neubau einer Kirche).*

Der Herr Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten hat mich beauftragt, Ihr Immediatgesuch vom 13. Februar d. J. um Bewilligung eines Gnadengeschenkes zu dem Neubau einer Kirche ablehnend zu bescheiden.

Hierbei ist maßgebend gewesen, daß der Kirchenvorstand wohl in der Lage gewesen wäre, auf dem ihm bereits gehörenden Platz am Blobach eine neue Kirche zu erbauen, wozu dann die zu Gebote stehenden Geldmittel ausgereicht hätten.

gez. *v. Natzera*.

An den Vorsitzenden des kath. Kirchenvorstandes
Herrn Pfarrer *Gleitz* in Mühlhausen i. Thür.

*XXX. Ablehnendes Schreiben des Kultus-Ministers in derselben
Angelegenheit vom 6. Oktober 1902.*

Auf die Eingabe vom 19. Juli d. J. teile ich dem Kirchenvorstande mit, daß die Ermächtigung des Herrn Reg.-Präsidenten zu Erfurt zur ablehnenden Bescheidung des Immediat-Gesuches vom 13. Februar d. J. auf Grund ausreichender Information erfolgt ist. Auch hat, wie durch eine erneute Prüfung festgestellt ist, ein Irrtum nicht obgewaltet. Es muß daher bei dem Bescheid vom 7. Juni d. J. sein Bewenden behalten.

In Vertretung *Wever*.

An den kath. Kirchenvorstand z. Hd. des Herrn
Pfarrer *Gleitz*, Hohehrw. zu Mühlhausen i. Thür.

2. Über den Einfluß des kanonischen Rechts auf das moderne öffentliche Recht.

Referierende und kritische Bemerkungen zu dem Buch von V. A. Rinander,
Kanonisk rätt och nutida offentlig rätt

von Professor Dr. E. Wolgast in Königsberg i. Pr.

Wohl als eines der ersten Werke nimmt *Rinanders* Buch¹⁾ als Problem die große Tatsache zum Gegenstande, deren Merkwürdigkeit mit besonderer Stärke den besinnlich macht, der eine Vorlesung über Kirchenrecht zugleich mit einer Vorlesung über modernes öffentliches Recht (etwa Staatsrecht oder Verwaltungsrecht) oder über Allgemeine Staatslehre zu halten hat: die außerordentliche Fülle paralleler Erscheinungen in den Institutionen sowohl als auch in den Prinzipien des geistlichen und des weltlichen öffentlichen Rechts, sofern von den dogmatischen Gewändern des kanonischen Rechts abgesehen wird. Die Fülle der Parallelen ist so groß, ihre innere Energie so stark, daß unwillkürlich sich die Frage nach einem Kausalzusammenhange aufdrängt. Noch jüngst, auf der 7. Tagung der Vereinigung der deutschen Staatsrechtslehrer am 26. und 27. April 1929 zu Frankfurt konnte ich mich der Frage nicht entziehen, um so weniger als ich *Rinanders* Buch kurz zuvor gelesen hatte. Die Verhandlungen beider Tage über die Themen:

1. Bundesstaatliche und gliedstaatliche Rechtsordnung in ihrem gegenseitigen Verhältnis im Rechte Deutschlands, Österreichs und der Schweiz,
 2. Verwaltungsrecht der öffentlichen Anstalt,
- standen mir in sehr weitem Maße im Lichte der Frage und der

1) V. A. Rinander, *Kanonisk rätt och nutida offentlig rätt*; klerus och offentlig tjänst (Kanonisches Recht und modernes öffentliches Recht; Klerus und öffentlicher Dienst). Akademisk avhandling. 180 S. — Uppsala Universitets Årsskrift 1927. Juridik I. Uppsala 1927. Almqvist & Wiksells Boktryckeri — A.-B.

Darstellung *Rinanders*, so wenn die Frage der Koordination oder Subordination des Gliedstaats gegenüber dem Bundesstaat erörtert wurde und wenn dabei das alte Problem der *societas aequalis* bzw. *inaequalis* auftauchte, — so wenn nach den Schranken der Anstaltsgewalt gefragt wurde und *Rinanders* Begriff des öffentlichen Dienstes klärend wirken zu können schien. Weitere Momente, in denen Parallelen zwischen kanonischem und modernem öffentlichen Recht besonders bekannt sind, stellen das Klerus- bzw. das Beamtenrecht (Unabsetzbarkeitsprinzip sowie die Grundauffassung) und der fehlerhafte Kirchen- bzw. Staatsakt dar (bei *Rinander* z. B. S. 57 bzw. 68, 83). Die Frage des Kausalzusammenhanges zwischen kanonischem und modernem öffentlichen Recht ist denn auch seit langem gestellt worden, und zwar, — da das Kirchen- und zumal das kanonische Recht die bei weitem ältere der beiden Schwestern ist —, als die Frage, ob und wie das moderne öffentliche Recht unter Einflüssen des kanonischen Rechts sich entwickelt habe.

Wenn nun auch das Faktum der Parallelen zwischen kanonischem und modernem öffentlichen Recht erkannt, wenn darüber hinaus auch die Frage nach dem Einfluß des ersten auf das zweite bereits aufgeworfen und wenn auch u. a. schon so früh wie von *J. H. Böhmer*, z. B. in seinem »*Jus ecclesiasticum*« (Halae 1730—6, I S. 105 f.) die Stärke des Einflusses des kanonischen auf das Staatsrecht lebhaft (beklagend), jedoch noch ohne Angabe von Einzelheiten, hervorgehoben worden ist, so ist die Frage nach diesem Einfluß bisher doch kaum bereits systematisch-rechtshistorisch gestellt und in Spezialuntersuchungen zum Gegenstande genommen, noch weniger natürlich beantwortet worden, mag eine Reihe bedeutender Einzeleinsichten auch bereits gewonnen sein. Hier greift *Rinanders* Werk ein und greift eine Aufgabe von etwa solcher Bedeutung an, wie sie für das Privatrecht die ja seit langem betriebene, kaum beschreibbar umfassende Untersuchung der Beeinflussung desselben durch das römische Recht besitzt.

Wie ohne weiteres bei einem so fundamentalen Problem erhellt, kommt für die Gewinnung von Klarheit und Erkenntnis alles auf die Formulierung der Frage oder, wie vielleicht in Anlehnung an den Gebrauch der Naturwissenschaften besser gesagt werden könnte, auf die Arbeitshypothese an. In glücklicher Weise formuliert *Rinander* seine Arbeitshypothese so (S. 23): »Es muß als höchst wahrscheinlich angesehen werden,«

daß der Einfluß eines Rechtssystems auf die Ausbildung eines anderen sich am kräftigsten gerade vom Schwerpunkt des ersten Rechtssystems aus geltend gemacht habe, im vorliegenden Falle also vom Klerusbegriff und von den Rechtsinstituten des kanonischen Rechts aus, die sich am nächsten um diesen Begriff gruppieren, auf die entsprechenden oder nahe verwandten Gebiete in der Rechtsordnung der Staaten.«

Gemäß dieser Hypothese ist das Werk in drei Kapitel so gegliedert, daß im dritten Kapitel »der Klerusbegriff des kanonischen Rechts« (III, S. 96—180) erörtert und dazu in den beiden ersten Kapiteln mit den Überschriften »Der Kirchenbegriff des kanonischen Rechts« (I, S. 1—52) und »Die Natur des kanonischen Rechts« (II, S. 53—95) das Material aufbereitet wird. Die Untersuchungen tendieren in ihrer Gesamtheit auf ein imaginäres, noch nicht geschriebenes viertes Kapitel, das den modernen Begriff des öffentlichen Rechts und des »öffentlichen Dienstes« (ein besonderer Begriff *Rinanders*) zum Gegenstand hätte, sowie auf ein fünftes Kapitel, das das Fazit aus allem Vorangegangenen zöge. Vielleicht wäre es sogar richtiger zu sagen: Die Untersuchungen tendieren nicht nur auf diese beiden Kapitel, sondern auf sehr viel weitergehende Forschungen von solcher Art, daß zu ihrer Durchführung die Arbeitskraft einer Mehrheit von Forschern erfordert wäre, sofern es sich darum handelte, den tatsächlichen Einfluß des kanonischen Rechts auf die Ausbildung der Rechtsordnung der einzelnen Staaten der Neuzeit, insbesondere ihres öffentlichen Rechts in den Einzelheiten festzustellen.

Das Fazit der drei vorliegenden Kapitel läßt sich mit *Reuterskiöld* (s. u.) in die beiden Sätze fassen:

1. Das kanonische Recht hat nicht, — wie meist angenommen —, Vermittler römisch-rechtlicher Ideen und Institute zu sein vermocht, sondern ist durch seine eigenen Ideen und Institute von ganz anderem rechtlichen Inhalte ein Entwicklungsmoment von ganz anderer Natur gewesen.
2. Der für das kanonische Recht grundlegende Begriff ist nicht wie für das römische Recht, insbesondere das römische Kaiserrecht, der Macht- oder Gewaltbegriff, sondern ein vollkommen entgegengesetzter Begriff, nämlich der des »öffentlichen Dienstes« gewesen

Zu diesen Ergebnissen ist *Rinander* durch Untersuchungen gelangt, die die moderne, aber auch die ältere juristische Haupt-

literatur verarbeiten und die sich fortlaufend auf die Quellen stützen, einschließlich des Codex juris canonici von 1917, der indessen weniger als das übrige Material herangezogen worden ist, da den Untersuchungsgegenstand das kanonische Recht in der Gestalt bildet, die es im Corpus juris canonici erhalten hat, insgesamt eine mühevollen und tiefe sowohl als auch besonders wegen der Energie ihres wissenschaftlichen Ernstes eindrucksvolle juristische Arbeit. Ihre Gedankenführung wird sich folgendermaßen wiedergeben lassen:

Das *erste Kapitel* ist der Frage gewidmet, warum der Macht- oder Gewaltbegriff bei der Bestimmung des Klerusbegriffs bisher seine große Rolle gespielt habe. Denn dies wird das Eigentümliche an der Beurteilung des Klerusbegriffs in der herrschenden Ansicht angesprochen werden können, daß der Klerus, wenn einerseits auch als dienend, so andererseits und vorwiegend doch als Träger der Kirchengewalt oder -macht (potestas) begriffen wird. Wenigstens ist dies die theoretisch durchgebildete Ansicht, so daß insofern *Rinander's* Ansicht einigermaßen als neu gelten kann. *Rinander* ist der Ansicht, die wohl herrschende Meinung befinde sich im Irrtum; der entgegengesetzte sei der entscheidende und jedenfalls der mit den Quellen übereinstimmende Begriff. Seine Erwägungen sind dabei diese: Die unrichtige Theorie scheint, gestützt auf die naturrechtliche Doktrin, erst um 1700 und später hervorgetreten zu sein und sich als herrschende Ansicht in der Kanonistik geltend gemacht zu haben. Bei solcher Sachlage habe sie natürlich die kanonische Auffassung des Mittelalters nicht beeinflussen können. Die Begründung, die moderne Kanonistik in verstreuten Sätzen *Thomas von Aquino's* zu finden geglaubt hat, sucht *Rinander* als mehr scheinbar denn als wirklich nachzuweisen. Denn so, wie diese Sätze sich bei Thomas fänden, hätten sie unmöglich in dieser Richtung auf das kanonische Recht einwirken können. Seine, *Rinander's* Auffassung sei insofern nicht neu, als sie im kanonischen Recht von dessen ältesten Zeiten an sich geltend gemacht und am Leben erhalten habe. Werde hingegen, urteilt *Rinander*, unter Theorie nicht nur eine geäußerte Meinung, sondern eine auf durchgeführte Untersuchung und Beweis gegründete Meinung verstanden, so sei schwerlich bisher eine mit der seinigen übereinstimmende Theorie in der Kanonistik aufgetreten, möge auch eine entsprechende Meinung von vielen Kanonisten angedeutet oder ausgesprochen worden sein. Die entgegengesetzte Auffassung suche dem kanonischen Recht einen Inhalt zu geben,

den dieses nie besessen habe. Jedenfalls ist es ein Verdienst *Rinander's*, daß er die Fragen bewußt scheidet, unterscheidet und die Frage ihres Verhältnisses entscheidet, gleichgiltig zunächst, ob das Ergebnis richtig ist, daß die Macht- oder Gewaltstellung nicht das wesentliche Moment des Klerusbegriffes sei. Diesem seinem Ergebnis geht im ersten Kapitel die Sonderantwort voraus, daß die katholische Kirche zwangsläufig die Bedeutung des Gewalt(Macht)-moments hat unterstreichen müssen, da sie ihre Gleichberechtigung mit dem Staat, wenn nicht den Primat vor dem Staat, behauptete, mit oder vor dem Staat, dessen Charakteristikum das Gewalt- (Macht-, Herrschafts-, Imperium-) -moment ist; *Rinander* sieht dies so, daß ihm erstes Charakteristikum die »Ausstattung des Staats mit selbständig rechtsbildender Kraft« ist; damit sei prinzipiell Machtstellung gegeben, nach außen und nach innen; zu deren Behauptung sei allerdings das Vorhandensein tatsächlicher Machtquellen, wenn auch nicht notwendig äußerer Machtmittel, erforderlich. Unterstrich aber die Kirche das Gewaltmoment, so bedeutete dies, daß der Funktionär, der Klerus, gegenüber den Laien als Gewaltträger oder -Inhaber charakterisiert wurde. In dem Streite um das Wesen der Kirche als einer *societas aequalis* bzw. *inaequalis* liegen somit die Wurzeln dessen, daß die Kirche das Gewaltmoment hervorgehoben und behauptet, sowie den Klerus als Gewaltträger charakterisiert hat. Nachdem die Kirche ihre Anerkennung errungen hatte, stand sie, — urteilt *Rinander* in einem seiner mannigfachen Exkurse —, als »der universelle christliche Staat im eigentlichen Sinne« und damit als *societas inaequalis* da. Ohne die zeitweilige Übermacht der Kirche über die weltliche Gewalt in Frage ziehen zu wollen, wenn auch die Dinge zur fraglichen Zeit in der Weite der Welt nicht gleichmäßig lagen, wäre es m. E. vielleicht richtiger zu sagen, die Kirche konnte so begriffen werden. Wenn übrigens die Wurzeln jener Argumentation, betreffend die Macht- oder Gewaltstellung des Klerus, im Streit um den Inäqualitätscharakter liegen, so scheint hier mit einem *qui pro quo* operiert zu werden: wird dem Klerus Macht- oder Gewaltstellung zugeschrieben, so ist nicht eigentlich er, sondern die Kirche selbst gemeint. Die gesamte Argumentation mutet freilich unlogisch an; indessen der Lauf der Geschichte und die Argumentationen der Menschen während desselben sind nicht immer logisch.

Das *zweite Kapitel* erörtert die Frage des rechtlichen Charakters des kanonischen Rechts. Sein Zusammenhang mit dem ersten

Kapitel liegt in der Erwägung, daß die vom Klerus ausgeübte Macht (Gewalt), das angebliche Hauptcharakteristikum des Klerus, wesentlich ihre Bedeutung für die Erklärung der Kirche selbst als Gemeinwesens, dagegen nicht für den Klerus als kircheninterne Institution habe, daß also mit der Klärung des Machtmomentes durch das erste Kapitel nichts Positives, sondern nur gleichsam eine, allerdings notwendige, Flurbereinigung für die Klärung des Klerusbegriffs geleistet sei.¹⁾ Positives zur Klärung des Klerusbegriffs muß die Klärung des rechtlichen Charakters des kanonischen Rechts beitragen können, da dies Recht ja vom Klerus gehandhabt wird und vor allem, da die Regeln dieses Rechts sich in erster Linie auf den Klerus beziehen. Hier weist *Rinander* zunächst nach, daß das kanonische Recht mit seinem Hauptzweck, den Kirchendienst zu ordnen, öffentliches Recht sei, nicht ohne Zweifel an der Berechtigung der Unterscheidung des öffentlichen vom Privatrecht zu äußern. Er macht dabei eine interessante Bemerkung, die wohl nicht ohne Weiteres allgemeiner Anerkennung sicher ist: Alles Recht, welches jus cogens enthalte, sei öffentliches Recht, Privatrecht dagegen bleibe nur auf dem Gebiete des jus dispositivum möglich; danach wäre z. B. das Verbot der Zinseszinsen im § 248 des deutschen BGB. öffentliches Recht. Man erinnert sich hier der Lehre der romanischen Doktrin des internationalen Privatrechts, welche solche Sätze dem ordre public zuweist. *Rinander* beabsichtigt an dieser Stelle übrigens nur eine immanente Kritik an *Wernz'* Satz, betreffend das Vorhandensein kanonischen Privatrechts, von dessen eigenen Ausgangspunkten aus, nicht die Aufstellung einer eigenen Theorie über den Unterschied zwischen dem öffentlichen und dem Privatrecht, geschweige denn, daß er darauf seine Auffassung von der Natur des kanonischen

1) Diese Deutung der Anlage des Buches deckt sich mit derjenigen *Reuterskiölds*. Der Verfasser formuliert seine Absichten so: das *erste Kapitel* solle nachweisen, daß die Kirche, die nach offizieller oder allein herrschender katholischer bzw. nach *Sohm's* davon abweichender Auffassung charakterisiert werden müsse, eine Gemeinschaft mit »selbständig rechtsbildender Kraft« sei; das *zweite Kapitel* habe die Aufgabe, die allgemeine Art der kirchlichen Rechtsbildung mit dem Begriff Klerus bzw. öffentlicher Dienst als alles andere beherrschendem Zentralpunkt anzugeben; im *dritten Kapitel* solle die nähere Bedeutung dieses Zentralbegriffs klargelegt werden, um insgesamt Stärke, Art und Richtung des Vermögens des kanonischen Rechts mit Wahrscheinlichkeit zu bestimmen, die Ausbildung von Rechtssystemen zu beeinflussen, die durch kanonisches Recht und andere damit zusammenhängende Faktoren bedingt sind.

Rechts zu gründen gedächte. — Einen Hauptgegenstand des zweiten Kapitels bildet sodann der Nachweis, daß das kanonische Recht durch sein Wesen, eine Ordnung für den öffentlichen Dienst der Kirche zu sein, sein Hauptcharakteristikum empfangen. Eingeflochten ist eine fesselnde Analyse der Begriffe *jus divinum* und *jus humanum*, ferner der Begriffe *potestas ordinis* und *potestas jurisdictionis*, der Sakramentsgewalt, des Unabsetzbarkeitsprinzips (durch das augenscheinlich das weltliche öffentliche Recht beeinflusst worden sei, mögen andere Quellen auch daneben geflossen sein), des Wesens des Dispenses. Ergebnis ist: nicht das Macht- oder Gewaltprinzip wie im römischen Kaiserrecht, sondern das Prinzip des öffentlichen Dienstes ist das entscheidende Prinzip des kanonischen Rechts. Zunächst merkwürdig ist, daß *Rinander* weder hier noch sonst in dem gesamten Buch eine systematische Erklärung des von ihm für so entscheidend gehaltenen Begriffs des öffentlichen Dienstes gibt, sondern den Begriff als bekannt voraussetzt. Mag infolgedessen auch dem Werke gerade im entscheidenden Punkte, so einleuchtend die verfochtene These ist, die letzte Überzeugungskraft fehlen, so ist *Rinander* doch mit vollem Bedacht zu Werke gegangen: eine eingehende, systematische Untersuchung des Begriffs »öffentlicher Dienst« hält er zutreffend mit Aussicht auf Erfolg erst nach Bearbeitung eines oder mehrerer konkreter Rechtssysteme unter diesem Gesichtspunkt für möglich; andernfalls sei der Begriff sozusagen apriorisch zu bestimmen und vermöge also juristisch nur von zweifelhaftem Wert zu sein; etwas ausführlichere Bemerkungen über den öffentlichen Dienst bei ihm, S. 134—136.

Nach solcher Aufbereitung des Materials will das *dritte Kapitel* den Klerusbegriff aus der Kirche heraus positiv bestimmen. Hier vertritt der Verfasser die These, daß der Klerus nicht — wie nach katholischer Doktrin — eine positive Aussonderung aus dem Volk, den Laien, sondern daß vielmehr das Laientum eine Aussonderung aus dem Klerus sei, — eine Aussonderung, die eigentlich gegen die Idee der Kirche streite. Denn an sich seien alle Glieder der Kirche zu deren Dienst berufen und verpflichtet (»Die ganze Kirche besteht aus Klerus«; S. 168); jedoch sei, durch die Entwicklung, allein der Klerus dazu vermittelt der Ordination verbunden. Allein ein aus der Dienststellung konstruierter Klerusbegriff entspreche dem kanonischen Recht als öffentlichem Recht der Kirche, während eine Konstruktion aus dem Macht- oder Gewaltprinzip logisch und praktisch mit dem

kanonischen Recht unvereinbar sei. Die Haupteklärung *Rinanders* für die Unterscheidung des Klerus von den Laien besteht in dem doppelten Hinweis, daß nur der Klerus sein Leben dem Kirchendienst weihet und dazu durch die Ordination zum Sakramentendienst verbunden ist, und daß ferner die nur Tonsurirten zwar dem Klerus angehören, aber ohne jegliche Macht- oder Gewaltstellung — eine Erscheinung, der der Verfasser besondere Aufmerksamkeit in fesselnden Darlegungen widmet.

Die Grundideen des Werks erscheinen am Schluß des dritten Kapitels am stärksten konzentriert und am klarsten formuliert. Mit Rücksicht darauf, daß *Rinanders* Werk nur in schwedischer Sprache vorliegt, werden diese Schlußausführungen etwas ausführlicher wiederzugeben sein, zumal aus ihnen *Rinanders* besonderer Begriff des öffentlichen Dienstes stärker erhellt. Unter tunlichster Anlehnung an *Rinanders* eigene Ausdrucksweise wird sich die Wiedergabe in direkter Rede folgendermaßen gestalten lassen:¹⁾

Nicht die Macht (Gewalt), sondern der öffentliche Dienst war von Anfang an und blieb hinfort die Grundlage des kirchlichen Lebens. Auf ihn gründete sich in erster Linie jegliche klerikale Organisation. Der reelle Inhalt und die wesentliche Bestimmung des Klerusbegriffes war der öffentliche kirchliche Dienst. Das kanonische Recht wird darum wesentlich als eine Rechtsordnung für den Klerus der Kirche oder den kirchlichen Dienst mit reichster Ausgestaltung der Teile zu begreifen sein, die mehr oder minder unmittelbar die Ordination betreffen, das Sakrament also, durch das eine Person zum Kirchendienst berufen wird. Kanonisches Recht, römisches Kaiserrecht und germanisches Recht sowie das Naturrecht der Neuzeit dürften die wichtigsten rechtshistorischen Voraussetzungen für die Ausbildung des gegenwärtigen öffentlichen Rechts, wenigstens in Schweden, darüber hinaus aber auch sonst in Westeuropa, ausmachen. Schon aus äußeren historischen Gründen erscheint es annehmbar, daß unter den positiv-rechtlichen Systemen das kanonische Recht dabei den größten Einfluß ausgeübt hat. Besonders während der Großzeit der römisch-katholischen Kirche dürfte das kanonische Recht zur Regelung öffentlich-rechtlicher Verhältnisse in den Staaten Westeuropas in großem Umfang recipiert worden sein. Dort

1) Die Wiedergabe (bis S. 560) ist rein referierend; Urteile des Recensenten sind nicht eingeflochten.

vorhandenes entgegenstehendes Recht wurde beiseite gedrängt oder modifiziert, analog dem Vorgang bei der Reception des römischen Privatrechts. Kanonisches und römisches Recht dürften eine Zeit lang für Westeuropa nicht nur den Gegensatz zwischen kirchlichem und weltlichem Recht, sondern zugleich auch den Gegensatz zwischen öffentlichem und Privatrecht repräsentiert haben. Wie römisches Recht auf dem Gebiet des Privatrechts als das allgemeingültige und darum mindestens subsidiär geltende Recht betrachtet wurde, so dürfte auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts kanonisches Recht eine entsprechende Stellung eingenommen haben.

Die Reception kanonischen Rechts war wohl historisch wesentlich durch den tatsächlichen allgemeinen Einfluß der katholischen Kirche auf das soziale Zusammenleben bedingt. Jedoch, in dem Maße, wie der Staat ein gegenüber der Kirche selbständiges Samfund¹⁾ bildete, bedeutete diese Reception für seinen Teil eine

1) Das Wort *samfund*, welches alle drei nordischen Sprachen, einschließlich des norwegischen *Landsmåls*, des isländischen und der Sprache der Färöer, aufweisen, läßt sich deutsch nicht genau und nicht immer mit demselben Wort wiedergeben. An der Stelle im Text ist es etwa eine Übersetzung von *societas*. Von *Rinander* sowohl als auch von *Reuterkjöld* in einer noch zu nennenden Recension der vorliegenden Schrift wie überhaupt von der nordischen Rechts- und Sozialwissenschaft (i. w. S.) wird es unablässig verwendet. *Samfund* scheint zu sein, was sich zusammengefunden hat, gleichgiltig, auf welche Weise: ob durch Zufall, gemeinsames Schicksal, ob verbunden durch Gefühl oder verständige Überlegung, insbesondere Kontrakt, ob seinem Wesen nach »Gemeinschaft« oder »Gesellschaft« (im Sinne des Theorems *Tönnies*). So kann *samfund* ein Kirchensamfund oder ein Verein (studentersamfund) sein, gleichwie von *stats-* und *folkerettssamfund* gesprochen wird. Auch ist *samfund* soviel wie »Gesellschaft«, *society* in Staat und Gemeinde (die Gewalthaber und ihr Anhang, um mit *Thoma* [Art. »Staat« im *Hdwb. d. St.-W.*] zu sprechen). *Ibsen's* berühmtes Drama »Die Stützen der Gesellschaft« heißt in der Ursprache »*Samfundets Støtter*«. Das Wort ist gelegentlich ganz farblos, gelegentlich wie bei *Ibsen's* Dramenbezeichnung dagegen prägnant, im ganzen außerordentlich reich an Bedeutungen, so daß sich damit in einer Weise, deren das Deutsche nicht fähig ist, ein Oberbegriff für eine nicht bestimmbare Menge und Art von sozialen Verbindungen bezeichnen läßt; für seinen Bereich ist es von ähnlicher Leistungsfähigkeit wie das Wort »Staat« für den seinigen. Man könnte auf den Gedanken kommen, das Wort in die deutsche, ja in die internationale wissenschaftliche Sprache einzuführen. Voraussetzung wäre allerdings wohl, daß zuvor eine Untersuchung über den Sinn des Wortes im Nordischen vorläge; soweit sich feststellen ließ, ist dies bisher in der erforderlichen Weise nicht der Fall. Die deutsche Soziologie würde sich ein Verdienst erwerben, wenn sie eine solche Abhandlung herbeiführte; ich meine, die Studie brauchte den Umfang eines Zeitschriftenaufsatzes nicht zu überschreiten.

formell selbständige Rechtsbildung. Die recipierten kanonischen Rechtssätze wurden für den Staat nicht Momente eines fremden Rechts, sondern integrierende Bestandteile der eigenen Rechtsordnung. Daraus folgt, daß ihre Gültigkeit im Staate nicht damit aufhörte oder auch nur prinzipiell geändert wurde, daß durch den Übergang des Staats zum Protestantismus die frühere Verbindung mit der katholischen Kirche abgebrochen wurde.

Eher konnte dieser Umstand eine neue Reception kanonischer Rechtssätze veranlassen. Mit dem Abbruch der genannten Verbindung hatten die öffentlich-rechtlichen Funktionen der katholischen Kirche innerhalb des äußeren Gebiets des staatlichen Gemeinlebens aufgehört; ein Vakuum war dadurch gleichsam hier entstanden. Dies wurde auf die Weise ausgefüllt, daß die früheren Aufgaben der Kleriker teils auf die Priesterschaft der protestantischen Kirche, teils aber auch auf die protestantischen Monarchen und deren staatliche Beamten überführt wurden.

Wenn dergestalt jemand in einem protestantischen Staat zur Bekleidung ehemals klerikaler Funktionen gelangte, so lag es nahe, ihn eine derjenigen der katholischen Kleriker analoge Rechtsstellung einnehmen zu sehen. Diese Stellung wurde für ihn nicht durch das frühere weltliche Recht des Staats, sondern durch kanonisches Recht bestimmt. Besonders wurde auf solche Weise durch die Einführung des Protestantismus die Rechtsstellung des Monarchen verändert. Wenn trotz Änderung des Glaubensbekenntnisses die katholische Kirchenordnung inhaltlich wenig erschüttert wurde, so gelangte an den Monarchen die höchste kirchliche Jurisdiktionsgewalt, wie sie in der katholischen Kirche dem Papst zukommt. Der Monarch kam dazu, dieselbe kirchliche Stellung wie ein Laienpapst einzunehmen. Daher die auch in Schweden gelegentlich angewendete, aber an und für sich uneigentliche Bezeichnung des Königs als »*summus episcopus*« der schwedischen Kirche. Es ist indessen natürlich, daß die allgemeine Rechtsstellung des Königs durch seine neuen kirchlichen Aufgaben stark beeinflußt wurde, und es ist keineswegs ausgeschlossen, daß diese in noch höherem als dem früher möglichen Grade unter dem Einfluß kanonischer Rechtsregeln bestimmt wurde.

Wenn die These richtig ist — und sie ist die Hauptthese des Buches, zu deren Festlegung die Untersuchung hauptsächlich geschrieben ist und worauf sie sich im Großen und Ganzen beschränken will —, daß der öffentliche Dienst den grundlegenden und alles andere beherrschenden Begriff des kanonischen Rechts

darstelle, so erscheint es offenbar, daß dieser Begriff keineswegs eine solche Stellung wie z. B. im römischen Kaiserrecht einnimmt. Diese Rechtsordnung war vielmehr prinzipiell auf der Macht-(Gewalt-)Stellung des Kaisers aufgebaut. Jedes imperium, das ehemals den einzelnen Magistraten zukam, lag in der Hand des Kaisers, und seine Machtbefugnisse machten als rechtlich verbundene Einheit sein imperium aus. Der Kaiser konnte nicht einmal als im Dienst der Gottheit stehend angesehen werden. Denn während des heidnischen Kaisertums wurde ihm selbst göttliche Qualität zuerkannt. Der Macht-(Gewalt-)begriff war für dies Rechtssystem grundlegend und dominierend. Denn der Begriff öffentlicher Dienst im Sinne des kanonischen und des modernen Rechts schien dort keinen Platz haben zu können. Der gleiche Charakter hinsichtlich der Frage des Rechtsbegriffs scheint unter sonst verschiedenen Ausgangspunkten dem Naturrecht im Sinne z. B. *J. H. Böhmers*, ebenso dem germanischen Recht zuzukommen.

Damit wäre bei Vorliegen historischer Verbindung ein im ganzen brauchbares juristisches Kriterium zur Entscheidung der Frage gefunden, ob und inwieweit modernes öffentliches Recht aus kanonischem Recht recipiert oder doch unter dessen überwiegendem Einfluß ausgebildet worden sei. Der letzte Ursprung einer modernen öffentlich-rechtlichen Regel dürfte in dem letztgenannten System zu suchen sein, soweit es sich auf zufriedenstellende Weise nicht vom Machtbegriff, wohl aber vom Begriff des öffentlichen Dienstes aus erklären läßt. Denn unter den Rechtssystemen, die dabei als rechtshistorischer Ursprung in Frage kommen können, bietet allein das kanonische Recht dem letztgenannten Rechtsbegriff einen festbegründeten Ort.

Auf dem Begriff des öffentlichen Dienstes im kanonisch-rechtlichen Sinn läßt sich ein öffentliches Recht mit wirklichem Rechtscharakter nachweisbar aufbauen. Wenn der öffentliche Dienst den grundlegenden Begriff der kirchlichen Rechtsordnung ausmacht, so ist nämlich jeder, auch der höchstgestellte kirchliche Machthaber in allen seinen Funktionen, mögen sie die Anwendung der Rechtsordnung auf konkrete Fälle bedeuten oder sich auf eine Abänderung der Rechtsordnung beziehen, streng an die Rechtsordnung und an den darin ausgesprochenen Zweck (Ethos) des Gemeinwesens gebunden, nicht bloß hinsichtlich der äußeren Formen für die Behandlung einer Frage, sondern auch hinsichtlich des Inhalts. Jeder Gewalthaber in der Kirche hat seine Gewalt-

stellung in Gründung auf seine Dienststellung. Sein Dienst zielt in erster Linie auf die Aufrechterhaltung der Rechtsordnung. Seine rechtliche Gebundenheit im Dienst bedeutet daher in allererster Linie Gebundenheit durch die Rechtsordnung. Gerade aber in der rechtlich zwingenden Kraft einer Samfunds-Ordnung gegenüber den Gewalthabern des Samfunds äußert sich deren wirklicher Rechtscharakter.

Auf dem Macht-(Gewalt-)Begriff als letzter Grundlage scheint dagegen schwerlich eine wirkliche Rechtsordnung aufgebaut werden zu können, am wenigsten ein wirkliches öffentliches Recht. Das öffentliche Recht bezweckt zuvörderst die Bestimmung und Regulierung der Organfunktionen des Samfunds. Diese Regulierung müßte, sofern die Samfunds-Ordnung auf dem Macht-(Gewalt-)Prinzip aufgebaut wäre, letztlich durch die Willensäußerungen eines höchsten Gewalthabers bestimmt werden. Der Inhalt dieser Willensäußerungen oder Motive kann aber rechtlich nicht von der Samfunds-Ordnung bestimmt sein. Keine Rechtsgarantie gibt es auch nur für ihre Vernunftgemäßheit. Zufall oder Willkür, die konträren Gegensätze des Rechts, scheinen an die Spitze der Samfunds-Ordnung gestellt zu sein. Die rechtlich destruktive Wirkung dessen kann zwar in gewissem Maß durch Macht-(Gewalt-)Balancen gehemmt werden. Aber gesetzt, dieselben verbanden sich miteinander und wirkten in *einer* Richtung: die vermeintliche Stütze einer Samfunds-Ordnung mit dem besonderen Charakteristikum des Rechts schiene damit fortgefallen.

Dementsprechend scheint angenommen werden zu können, daß das moderne öffentliche Recht nicht auf den Macht-(Gewalt-)Begriff, sondern im Gegenteil auf den Begriff des öffentlichen Dienstes aufgebaut ist, sofern dieser sich als von durchgehend wirklichem Rechtscharakter erweist. In gleicher Weise dürfte man seinen rechtshistorischen Ursprung im kanonischen Recht zu suchen haben.

Die Gleichheit zwischen den Rechtsregeln oder Rechtsinstituten des kanonischen und des modernen öffentlichen Rechts ist so auffallend, daß schon auf Grund dessen eine rechtshistorische Verbindung anzunehmen sein dürfte. Erinnert sei nur an die Regeln über die Unabsetzbarkeit der Beamten. Diese ist im kanonischen Recht uralte, wurde hier schon am Beginn der Rechtsbildung definitiv befestigt, und ihre Gültigkeit ist seither nie in Frage gezogen worden. Mit notwendiger Konsequenz scheint

sie sich aus dem Begriff des öffentlichen Dienstes nach dessen Inhalt und Stellung im kanonischen Recht zu ergeben.

Mit dem auf den Macht-(Gewalt-)Begriff gegründeten römischen Kaiserrecht erscheint dagegen jene Regel absolut unvereinbar. Der Beamte mußte hier im Verhältnis zum Kaiser eine bloß präkaristische Stellung oder die Stellung eines Beauftragten einnehmen. In beiden Fällen wurde er von seinem Amte »*nutu principis*« verabschiedet. Im schwedischen Recht wird die kanonische Rechtsregel in dieser Frage fast ausnahmslos angewendet. Dies dürfte daher rühren, daß das öffentliche Recht Schwedens wie das kanonische Recht hierbei sich nicht auf den Macht-(Gewalt-)Begriff, sondern auf den Begriff des öffentlichen Dienstes gründet.

Nach uralter kanonischer Rechtsregel wird nur ein Mitglied der Kirche zu klerikaler Stellung berufen. Die Regel ist so selbstverständlich gewesen, daß ihre ausdrückliche Feststellung nicht notwendig erschien. Eine entsprechende Regel des schwedischen Rechts bestimmt, daß — mit ganz wenigen Ausnahmen — nur schwedische Staatsangehörige zu Staatsämtern ernannt und befördert werden dürfen. Zwar sind früher Fälle vorgekommen, in denen der König auch Ausländern die Wahrnehmung von Reichsinteressen anvertraut hat. Indessen haben solche Fälle regelmäßig im schwedischen Staatssamfund starke Reaktion hervorgerufen. Die kanonische Regel hat sich in Schweden sehr früh vorherrschend erwiesen.

Aus der Macht-(Gewalt-)Stellung des Monarchen kann auch diese Regel nicht erklärt werden. Für die Amtsstellung eines römisch-kaiserlichen Beamten mußte die Staatsangehörigkeit sich als ziemlich gleichgiltig darstellen. In seiner Amtsausübung war der Beamte ausschließlich durch Willensäußerungen des Kaisers gebunden, vielleicht auch durch das persönliche Interesse des Kaisers. Ganz anders bei der Anschauung, der Beamte stehe im öffentlichen Dienst des Staates! Hier ist er in seiner Amtsausführung letztlich durch die Rechtsordnung des Staates und den darin ausgedrückten Samfundszweck (-Ethos) gebunden. Infolge dieser seiner rechtlichen Gebundenheit im Dienst erscheint es als eine natürliche Forderung, daß der Beamte auch ungeachtet seines Dienstes und sogar vor Eintritt in den Dienst als Staatsangehöriger durch die Rechtsordnung gebunden und mit dem Staat und den anderen Staatsangehörigen solidarisch ist.

Von besonders großer Bedeutung ist der Einfluß des kanonischen Rechts in der Frage der Rechtsstellung des Monarchen

gewesen. *Gierke* hat hervorgehoben, daß diese im Mittelalter — wohl zunächst in Anlehnung an römisches Kaiserrecht und an germanisches Recht — als eine rein persönliche Macht-(Gewalt-)Stellung angesehen wurde. Unter dem Einfluß des kanonischen Rechts trat in dieser Rechtsauffassung eine Änderung ein. Die Herrscherstellung wurde infolgedessen nicht in erster Linie als eine »Berechtigung«, sondern ein mit schweren Rechtsverpflichtungen verbundenes »öffentliches Amt« im Dienste des Gemeinwesens aufgefaßt.

Nach dieser durch das kanonische Recht beeinflussten Auffassung wäre also das Charakteristikum der Rechtsstellung des Monarchen die Pflichtgebundenheit gegenüber dem Staat. Schwerlich kann dies etwas anderes als prinzipiell eine öffentliche Dienststellung im Verhältnis zum Staat bedeuten. Das Amt des Königs ist das höchste im öffentlichen Dienst des Staats. Die Macht-(Gewalt-)Stellung des Königs ist dadurch bedingt. Die Stellung des Königs im Staat ist derjenigen völlig analog, die der Papst nach kanonischem Recht in der Kirche sub specie der Jurisdiktionsgewalt einnimmt. Ebenso wie dieser bei der Ausübung seiner Amtsfunktionen streng an die Rechtsordnung und den Samfunds-zweck(-Ethos) der Kirche gebunden ist, ist es der Monarch im Verhältnis zum Staat.

Die Regeln des schwedischen Rechts über die Rechtsstellung des Königs dürften hiermit in vollkommenem Einklang stehen. Daß sie unter starker Einwirkung seitens des kanonischen Rechts ihre Ausbildung erfahren haben, erscheint offenbar. Schon die erste Klausel im offiziellen Titel des Königs, König »von Gottes Gnaden«, zeugt davon. Der rechtliche Inhalt dieser Klausel dürfte sein, daß der König die Innehabung des königlichen Amtes nicht auf äußere Gewalt oder auf menschliche Willkür, sondern unmittelbar und ausschließlich auf die Rechtsordnung stützt. Daraus folgt, daß er rechtlich auch nicht durch menschliche Gewalt oder Willkür abgesetzt werden kann.

Der Ausdruck: »alle seine Handlungen sind gegenüber jeder Anklage befriedet«, bedeutet, daß der König als höchster Wächter der Rechtsordnung formell keinem menschlichen Gericht unterworfen ist. Dies bedeutet keineswegs Ungebundenheit durch die Rechtsordnung, sei es bei der Ausübung des königlichen Amtes, sei es im Privatleben. Als der Erste im öffentlichen Dienst des Staats ist der König — in vollkommener Analogie zu den

obersten Klerikern nach kanonischem Recht — in der Wirklichkeit durch die Rechtsordnung des Staats um so strenger gebunden.

Das öffentliche Recht Schwedens scheint im großen und ganzen durchgehends den Charakter wirklicher Rechtsordnung zu besitzen. Soweit dies der Fall ist, muß jeder, dem öffentliche Interessen anvertraut sind, sich als in den öffentlichen Dienst des Staats gestellt ansehen, und seine Handlungen sind darum als Handlungen eines Organs des Staats durch dessen Rechtsordnung und Interessen gebunden. Handlungen einer solchen Person in ihrer öffentlichen Stellung dürften, wenn sie unter Verdrängung des Allgemeininteresses durch willkürliche Willensäußerungen oder private Interessen bestimmt werden würden, durchgehend oder doch auf den allermeisten Gebieten, selbst wenn in rechtlichen Formen sich vollziehend, nicht bloß als ungebührlich, sondern geradezu als rechtswidrig angesehen werden. Insoweit wird das öffentliche Recht Schwedens ebenso wie das kanonische Recht nicht vom Macht-(Gewalt-)begriff, sondern vom Begriff des öffentlichen Dienstes beherrscht. Das Recht Schwedens dürfte also das Erbe sich wohl erworben und verwaltet haben, das es vom kanonischen Recht empfangen hat.

So die Hauptgedanken *Rinander's*. Auf der Basis seiner Arbeitshypothese (s. o. S. 547) stellen sie ein System von Geschlossenheit dar. Und auch dies Urteil wird gerechtfertigt sein, *Rinander* habe es diskutabel gemacht, daß eventuell von den Zentralpunkten des kanonischen Rechts aus Hauptwirkungen auf das moderne öffentliche Recht ausgegangen seien, wie auch, daß der »öffentliche Dienst« das tragende Prinzip des kanonischen Rechts darstelle. Widerspruchslose Anerkennung wird dem Werk schwerlich beschieden sein, wenn aus keinem anderen Grunde, so mindestens aus dem, daß die eingangs (S. 548) genannten beiden Kapitel bzw. die eventuellen weiteren Untersuchungen fehlen; vgl. dazu oben die erklärenden Bemerkungen und unten S. 574 ff. Zu der vorliegenden Gestalt werden, obwohl diese Rezension bei der Größe der aufgeworfenen Probleme dieses vorerst nur auf Schwedisch vorliegenden Buches ihre wesentliche Aufgabe in einem über dessen Hauptthese korrekt orientierenden Bericht sehen muß, bereits hier einige Anmerkungen gemacht werden dürfen.

Unter den aufgestellten Begriffen kommt, staatsrechtswissenschaftlich gesehen, die höchste Aufmerksamkeit *Rinander's* Be-

griff des öffentlichen Dienstes zu. Mit ihm sich zu beschäftigen, muß die Kritik sich am meisten bewogen fühlen. Allein — sie ist zu näherer kritischen Prüfung nicht imstande, weil der Begriff zu wenig entwickelt dargeboten wird. Dabei wird bewußt, daß, wie im Schwedischen, so auch im Deutschen bisher der Begriff des öffentlichen Dienstes nicht in ausreichendem Maß geklärt ist. Die z. Zt. folgenreiche Arbeit v. *Gönners* »Der Staatsdienst aus dem Gesichtspunkte des Rechts und der Nationalökonomie betrachtet« (1808), leistet das nicht, was für die Erfassung des Sinnes von *Rinanders* Begriff erfordert ist. Was *Rinander* mit Begriff und Terminus »öffentlicher Dienst« erfassen will, dürfte jenes Faktum sein, welches am Staat in der Zeit Friedrichs d. Gr. bewußt wurde und im Gegensatz zum »l'état c' est moi« Ludwigs XIV. in Friedrichs d. Gr. Wort: Der König der erste Diener des Staates, Ausdruck fand. Vor dem Hintergrund des *Rinander'schen* Werkes ist es interessant, daß der große König den Ausdruck »Diener« benutzt hat. Denn, wie die Lehre vom Namen »Staat« eindrucksvoll dargetan hat, wird bei der Frage der Benennung einer ins Bewußtsein tretenden Erscheinung das Moment zum Anknüpfungspunkt genommen, das dem Bewußtsein im Vordergrund steht. In der Wahl des Terminus und in der Prägung des Begriffs drücken sich Grundpositionen der Subjekte aus (*G. Jellinek*). Darum könnte es wohl erwägenswert erscheinen, das Gesamtphänomen unter dem Gesichtspunkt des Dienstes zu betrachten. Ebenso interessant wie die Verwendung des Wortes »Dienst« in diesem Zusammenhange im Munde Friedrichs d. Gr. ist, als ebenso merkwürdig darf es aber auch abgesehen werden, daß Wort und Begriff »Dienst« später gar keine zentrale Rolle mehr in der Reflexion über den großen »Umdeutungs«prozeß gespielt haben. Was die deutsche Wissenschaft betrifft so ist vielmehr das, was nach *Rinander* die Dienstlehre leisten könnte, von der Lehre vom Rechtsstaat, insbesondere von der gesetzmäßigen Verwaltung und vom freien Ermessen, geleistet worden. Die Grundposition des Bewußtseins scheint sich geändert zu haben¹⁾. Völlig ermangelt die moderne Wissenschaft des öffentlichen Rechts der Erörterung des öffentlichen Dienstes nicht. Zumal über die Lehre vom Beamtenrecht, aber auch

1) Vielleicht aus dem Grunde, daß die Grundposition Friedrichs d. Gr. die eines Beteiligten war, diejenige der Wissenschaft hingegen die des unbeteiligten Zuschauers ist?

über die Lehre von den öffentlichen Dienstpflichten des Bürgers enthalten die meisten Lehrbücher des Verwaltungsrechts einschlägige Kapitel, von Monographien zu schweigen. Diese Dinge sind *Rinander* nicht unbekannt. Zu der Frage, ob und wie es möglich sein könnte, im Sinne *Rinanders* eine umfassende, in den Zentralpunkt der Lehre vom modernen Staat (und von der Kirche) gestellte Dienstlehre zu schaffen, wird hoffentlich *Rinander* selbst sich noch äußern.

So interessant *Rinander's* Bemerkungen über das Verhältnis zwischen kanonischem und modernem öffentlichem Recht in dem vorliegenden Werk auch sind, so sind sie bei dessen Absichten doch nur gleichsam am Rande gemacht und finden sie sich doch nur, bei passendem Anlaß, eingestreut, meist ohne durchgeführten Beweis und demgemäß, entsprechend wissenschaftlicher Gewissenhaftigkeit, in streng hypothetischer Form, auch dort, wo subjektive Gewißheit nicht gefehlt haben oder die Durchführung eines Beweises größere Schwierigkeiten nicht geboten haben mag. Diese in die Abhandlung verflochtenen Andeutungen — mehr wollen sie nicht sein — sind als Anreiz zu näherer Einzeluntersuchung gedacht, gehören also zur eigentlichen Abhandlung nur als Beigabe und sind an Umfang verhältnismäßig äußerst gering. Der wissenschaftliche Wert der Arbeit ist von ihnen nicht abhängig. Jedenfalls muß mit endgiltiger Wertung des *Rinanderschen* Begriffes »öffentlicher Dienst« mindestens gewartet werden, bis uns der Verfasser selbst etwa die erhoffte Abhandlung oder seine Studien zum schwedischen Beamtenrecht geschenkt haben wird. Dies Urteil wird sich schon jetzt abgeben lassen, daß es nicht unwahrscheinlich zu wertvollen Einsichten führte, wenn der Begriff des öffentlichen Dienstes von der öffentlich-rechtlichen Doktrin mehr in den Mittelpunkt gerückt werden würden.

Die kirchenrechtliche Hauptanmerkung dürfte in der Feststellung bestehen, daß *Rinander's* Grundauffassung des kanonischen Rechts die protestantische Auffassung zu sein scheint, sofern diese auf der Lehre vom freien Priestertum aller Gläubigen beruht. Eine dahin gehende Formulierung findet sich allerdings, soweit ich sehe, in dem ganzen Werk nicht, wie denn *Rinander* auch neue wesentliche Argumente für die so verstandene protestantische Auffassung kaum beigebracht hat, es sei denn die besonders einleuchtende Weise, in der er die Tatsache hervorhoben und juristisch gewertet hat, daß die nur Tonsurierten zwar zum Klerus gehören, aber nicht Träger von Kirchengewalt

sind. Auch dürfte hierher die Ausdeutung der Möglichkeit zu zählen sein, daß ein Laie Papst zu werden vermag. Die Arbeiten *Caspar's* »Primatus Petri, eine philologisch-historische Untersuchung über die Ursprünge der Primatslehre« in Z. der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Bd. 47 (1927), Kan. Abt. XVI S. 253 ff. und *Harnack's* in den Sitzungsberichten der Pr. Akad. der Wiss., 1927 S. 139 ff. »Ecclesia Petri propinqua; zur Geschichte der Anfänge des Primats des römischen Bischofs« hat *Rinander* noch nicht gekannt, auch nicht *Holstein's* inzwischen erschienenenes, mir allerdings noch nicht zugängliches Werk »Grundlagen des neuen evangelischen Kirchenrechts 1928¹⁾«. Durch das Fehlen neuer durchschlagender Argumente für jene Auffassung ist natürlich der Grad der Anerkennung bedingt, die dem Werk *Rinander's* zuteil werden kann. Auf dem Felde der Soziologie, etwa nach der Weise *Max Weber's*, hat *Rinander* Argumente nicht gesucht, wie denn das Kirchenrecht bisher noch kaum unter soziologische Betrachtung gestellt worden ist, anders als das Staatsrecht. Nach den Wirkungen soziologischer Einflüsse auf die Staatsbetrachtung ist die Wahrscheinlichkeit nicht von der Hand zu weisen, daß soziologische Betrachtung auch für das Kirchenrecht zu neuen Fragestellungen zu führen vermöchte. In meinem Buche »Die rechtliche Stellung des schleswig-holsteinischen Konsistoriums« (1916) habe ich selbst einen Versuch nach dieser Richtung unternommen und damit nach dem Urteil *Walter Jellinek's* die Lehren des Werkes »Gemeinschaft und Gesellschaft« von *Tönnies* (6. u. 7. Auflage 1926) für die Rechtswissenschaft nutzbar²⁾ gemacht; vgl. darin insbesondere die Kritik der Lehre *Sohm's*³⁾. *Sohm's* Erkenntnisse halte ich im Wesen für richtig, meine aber, daß *Sohm* Ideologie, Darstellung des Systems einer Ideologie und wissenschaftliche Ansicht nicht genügend scharf unterschieden habe. Mit hierin sehe ich es begründet, daß *Sohm's* Ansicht allgemeine Anerkennung nicht zuteil geworden ist. Die Aufgabe solcher Unterscheidung ist gewiß schwer lösbar. Unmittelbare Lösung gewährleistet schwerlich auch soziologische Betrachtung. Immerhin aber ist soziologische Betrachtung imstande, das Auge für die Wahrnehmung jenes Unterschieds zu schärfen. Wie

1) März 1929. Dazu jetzt die Besprechung von *Oeschey* in Z. d. Savigny-Stiftung f. Rechtsgesch., Bd. 49, Kan. Abt. XVIII S. 634 ff. [Zus. i. d. Korr.].

2) *Georg Jellinek*, Allg. Staatsl., 5. Aufl., 1929 herausgeg. v. *Walter Jellinek* S.X.

3) Zu neuen Gesichtspunkten für das Kirchenrecht würde wahrscheinlich auch *Smend's* in seinem Buche »Verfassung und Verfassungslehre« (1928) entwickelte Betrachtungsweise führen.

soziologische so findet sich auch philosophische und rein historische Betrachtung in *Rinander's* Werk im Prinzip nicht — ganz gewiß ein äußerst großer Vorteil, insofern die juristische Pupillar-sicherheit seines Werkes auch nicht in einem Punkte getrübt ist. Mir will aber doch scheinen, daß auch *Rinander* jene Unterscheidung nicht immer vermocht hat, die ich bei *Sohm* vermisste, so wenn er, um ein Beispiel zu nennen, schreibt: alle Bedingungen des Staats finden sich nach kanonischem Recht und nach kanonischer Doktrin bei der katholischen Kirche, und wenn er dann folgert: »Die Kirche hat folglich alle Bedingungen ihres Daseins und ihrer Macht (Gewalt) in sich selbst« (S. 9—10). Aus der Ideologie, dem Bewußtsein und Wollen der Kirche allein kann solches Urteil als wissenschaftliches Urteil nicht abgeleitet werden. Mit richtigem Gefühl dafür gibt *Rinander* denn auch an anderer Stelle eine Darstellung des Verlaufs, in dem die katholische Kirche ihre staatsartige Stellung gewonnen hat, wie ferner auch eine Darstellung ihrer entwickelten Situation und Art. Es ist auch anzuerkennen, daß er in seinem eigenen Gedankensystem ideologisches und wissenschaftliches Urteil scheidet. Es würde unzweifelhaft aber fördernd gewirkt haben, wenn an die Darstellung ideologischer Urteile sich jeweils ein Messen an wissenschaftlichem Urteil angeschlossen hätte. Der zitierte Satz will aus dem Gesichtspunkte des kanonischen Rechts und der kanonischen Doktrin die Bedeutung der Kirche als einer *societas perfecta* beleuchten. Dieser Charakter der Kirche stelle eine Bedingung der »rechtsbildenden Kraft« der Kirche dar, die Bedingung dafür, daß die Mitglieder sich als durch die kirchliche Rechtsordnung gebunden ansähen; diese Gebundenheit wiederum sei mindestens ebenso sehr wie diejenige der Staatsbürger durch die staatliche Rechtsordnung ein unbestreitbares historisches Faktum. So verstanden, ist der Satz natürlich richtig. Er berücksichtigt also die originäre Daseinsform der Kirche im Bewußtsein und Wollen der eigenen Mitglieder, nicht aber die ferneren möglichen Daseinsformen durch die Erkennung sowie durch die Anerkennung durch andere ihresgleichen (hier durch den Staat zumal), die ja für Körperschaften und Verbände besondere Bedeutung hat, letztlich auch nicht die vierte Daseinsform in der theoretischen Vorstellung und Begreifung im Bewußtsein des Zuschauers und also der Wissenschaft, die auch vorhanden sein kann, wenn die zweite und die dritte Daseinsform fehlen. Auf das Urteil der Wissenschaft aber kommt es wissenschaftlich allein an. Dies

Urteil kann von dem Urteil der Beteiligten abweichen, kann dasselbe als ideologisch qualifizieren. Eben auf diese Unterschiede der Betrachtungs- und Setzungsweise stellt der zitierte Satz nicht ab, sondern nur auf eine, die erste, von ihnen.

Im Zusammenhang der Erörterung des Wesens der katholischen Kirche macht *Rinander* (S. 15) eine interessante Feststellung. Das von ihm hervorgehobene Faktum ist m. W. bisher nicht gesehen worden, so daß hier darauf wird hingewiesen werden dürfen: Das »Schema Constitutionis dogmaticae de Ecclesia Christi«, das dem vatikanischen Konzil von 1869/70 vorgelegt war (Acta Vat. S. 567 ff.) und welches — selber nicht offiziellen Charakters — die herrschende kanonistische und wohl auch die offizielle vatikanische Ansicht vom Wesen der Kirche wiedergibt, polemisiert zwar mit seinem Satz, betreffend den Inäqualitätscharakter der katholischen Kirche, direkt gegen *J. H. Böhrmer* als seinen großen Gegner; nichtsdestoweniger hat es *Böhrmers* Grundunterscheidung der menschlichen Verbände (samfund) in äquale und inäquale übernommen. Bei der Polemik gegen *Böhrmer* läßt es merkwürdigerweise unbeachtet, daß *Böhrmer* weder übersieht noch leugnet, daß die katholische Kirche nach ihrer eigenen Ordnung, deren Ausdruck das kanonische Recht ist, sich nicht als *societas aequalis* sondern als *societas inaequalis* gibt.

Alle anderen Anmerkungen zu dem bedeutenden Werk betreffen wie die vorige mehr sekundäre Punkte. Zu ihnen rechne ich eine so gewichtige Bemerkung wie diejenige *Reuterskiölds*¹⁾ in einer Besprechung der Schrift *Rinanders*, daß dieser die kirchenpolitischen Schriften der schwedischen Reformationszeit eines *Olaus Petri* und *Laurentius Petri* nicht benutzt habe, obwohl diese in hohem Grade auf kanonischer Auffassung ruhten und einer rechtlichen Anschauung Ausdruck gäben, die in kanonischem Recht wurzle; schwedisches öffentliches Recht sei in wesentlichen Teilen auf deren Lehren aufgebaut, somit mit aller Sicherheit auch auf kanonischem Recht. Immerhin wäre die Nichtberücksichtigung aus dem Gesichtspunkte verständlich, daß die Schriften jener Männer ohne weiteres schwerlich für kanonische Auffassung als autoritativ angesehen werden können; denn als Protestanten hatten diese Gelehrten mit dem Katholizismus gebrochen und sie werden Luthers Verbrennung der kanonischen Schriften ge-

1) »Tidskrift for retsvidenskab«, 1927, S. 180 ff.; eine kürzere Recension: *Reuterskiöld's* in »Svensk Juristtidning«, 1927, S. 443 ff.

billigt haben. Mir scheint hier Anlaß zu der Hervorhebung zu bestehen, daß — mag das moderne und wenigstens das deutsche Recht so, wie es *Rinander* annimmt, auch kanonisch-rechtlich beeinflußt sein — neben der des kanonischen Rechts doch auch andere Quellen von sehr starkem Sprudel geflossen und auf die Ausbildung des öffentlichen Rechts der Moderne von Einfluß gewesen sind, eben diejenigen, die die herrschende Doktrin als die entscheidenden ansieht. Dies wird grundsätzlich auch *Rinanders* Ansicht sein. Für Brandenburg-Preußen ist es mir sehr zweifelhaft ob, wenn überhaupt, so in dem von *Rinander* doch wohl im allgemeinen angenommenen Maße die Umdeutung der Macht- oder Gewaltstellung des Fürsten in eine Dienststellung und im Zusammenhang damit die Ausbildung des Beamtenrechts unter kanonisch-rechtlichem Einflusse erfolgt ist. Hat doch das moderne öffentliche Recht in Deutschland, wenigstens nach der herrschenden Auffassung, seine Entwicklung und Ausbildung in den Territorien, nicht im Reich erfahren, im Wesen ohne Anknüpfung an die notwendig einmal bedeutend gewesene Verfassung und Verwaltung des Reichs (etwa unter den Hohenstaufen).¹⁾ Freilich — die Gründung der Universität Frankfurt a. O. bezweckte mit in erster Linie, die Heranbildung römisch-rechtlich geschulter Juristen zu ermöglichen. Und sicherlich ist die Anschauung dieser Juristen von Einfluß auf die Ausbildung der publizistischen Begriffe in Brandenburg-Preußen gewesen, bedingt und gefärbt gemäß der Eigenart des römischen Rechts, Stärke der Staatsgewalt vorauszusetzen. So wäre es möglich, daß zunächst römisch-kaiserrechtliche Ideen von Einfluß und an der Ausbildung der Stellung des Fürsten zunächst im Sinne des »l'etat c'est moi« beteiligt gewesen wären. Doch scheint mir, daß der Schritt zu

1) Daß deutsche Kaiser Begründung ihrer Machtansprüche im römischen Kaiserrecht suchten, ist bekannt und *Rinander* ebensowenig verborgen wie, daß die Reception des kanonischen in das weltliche Recht im allgemeinen nicht direkt und durch ausgesprochenen Akt, sondern überwiegend eingebettet in die Ausbildung der allgemeinen Rechtsauffassung und bei der Rechtsanwendung erfolgt ist. Diese Reception ist aus diesen und anderen Gründen darum außer in der Verwaltung der Territorien auch in der Verwaltung des Reichs, darin hat *Rinander* recht, durchaus möglich gewesen, wenngleich die Verwaltung des Reichs viel weniger als die der Länder unter dem Einflusse römischen und kanonischen Rechts erfolgt ist. Dazu war das Reich nicht mehr stark genug, seine Verwaltung so grundsätzlich umzustellen. Die Reichsverwaltung vollzog sich grundsätzlich vielmehr nach einem sehr eigentümlichen deutschen Recht; entsprechend i.w. in Schweden; s. dazu neuestens die sehr klare Schrift von *Nils Herlitz*, Grunddragen av det svenska statsskickets historia, Stckhm, 1929.

der Anschauung: der Fürst der premier serviteur, wesentlich unter Einflüssen der Aufklärung erfolgt ist; Bedenken muß freilich die erwähnte etwa zeitgenössische Kritik *Böhmers* (s. o. S. 547) erregen, sofern *Rinanders* These von der Herrschaft des Prinzips des öffentlichen Dienstes in der katholischen Kirche richtig ist. Daß auf die Aufklärung wiederum kanonisch-rechtliche Vorstellungen und zumal kirchliches Naturrecht von Einfluß gewesen sind, wird allerdings eine unbestreitbare Tatsache sein. Der Einfluß kanonisch-rechtlicher Vorstellungen auf das moderne preußische und deutsche Recht dürfte in entscheidendem Grade höchstens indirekt und vielleicht auch unbewußt sich vollzogen haben. Mag es damit auch richtiger sein, eine Duplizität oder Multiplizität von Einflüssen anzunehmen, was übrigens auch *Rinander* tut, so ist es jedenfalls dankenswert, daß *Rinander* in so starkem Maß, wie geschehen, die Aufmerksamkeit auf den kanonisch-rechtlichen Quellstrom gelenkt hat; sie war bisher darauf so gut wie nicht gerichtet. Spezialuntersuchungen für die einzelnen Länder wird es obliegen, nähere Klarheit zu schaffen. — Anhangsweise möchte ich zu einer Sonderfrage bemerken, daß ich *Rinanders* Ansicht juristisch wenigstens der Formulierung nach nicht zu teilen vermag: es sei vielleicht charakteristisch für einen Beamten von höchster Qualität oder vermöge es doch zu sein, daß er unter gewissen Umständen (Notstand) seine öffentliche Amtsvollmacht überschreite und überschreiten dürfe; dies beruhe darauf, daß nicht seine öffentliche Vollmacht- und Gewalt-Stellung, sondern seine öffentliche Dienststellung das für seine Rechtsstellung als Beamter Wesentliche sei. Gewiß können solche Lagen vorkommen; indessen dürfen die Handlungen des Beamten in ihnen nicht rechtlich gemessen werden, es sei denn als Verletzungen der »Amtsvollmacht«. Richtiger wäre wohl zu sagen, das System höre hier auf ¹⁾. — Eine andere Bemerkung *Rinanders*: es sei nicht

1) Vgl. *Rinander* S. 127 u. 135 und insbesondere den Streit um die deutsche Rechtsordnung nach 1918; dazu s. v. *Marshall*, Vom Kampf des Rechtes gegen die Gesetze, 1927; meine Ansicht in einer Recension des Buches in d. Literaturztg., 34. H., 1928, S. 1679 ff. Wenn es sicher ist, daß z. B. im Kriege ein militärischer Unterbefehlshaber berechtigt und sogar verpflichtet sein kann, gegen empfangene Order zu handeln, so deswegen, weil der militärische Befehl in besonders hohen Grade die »clausula rebus sic stantibus« enthält und enthalten muß [bei dem oft schnellen Wechsel militärischer Lagen]. Richtig meint auch *Rinander*, daß den der Order entgegnen Handelnden stets Verantwortung für sein Tun trifft. Die beständige und starke Mahnung unserer Felddienstordnung zur Verantwortungsfreudigkeit enthält einerseits gewisser-

undenkbar, daß, wie die kirchliche Rechtsordnung weit überwiegend Klerikerrecht ist, so die staatliche Rechtsordnung ganz aus Beamtenrecht zu bestehen oder eine Ordnung allein des staatlichen öffentlichen Dienstes zu sein vermöge, gibt zu dem Hinweis Anlaß, daß so die Rechtsordnung des Staats der sozialistischen Prophethie zu denken sein dürfte (S. 24, 73 u. passim).

Anläßlich der kritischen Bemerkungen *Reuterskiölds* wird eine andere, zumal für uns Deutsche interessante Nuance des Gesamtproblems sichtbar. *Reuterskiöld* stellt (S. 193) die Frage nach dem höchsten Dienstherrn eines im öffentlichen Dienst Stehenden — für uns Deutsche deshalb interessant, weil auf der Frankfurter Tagung der Vereinigung der deutschen Staatsrechtslehrer (1929) in den Referaten über das Verwaltungsrecht der öffentlichen Anstalt — und unter der Anstaltsvorstellung wird ja z. T. die katholische Kirche zu begreifen gesucht — Ausführungen darüber vermißt wurden, wer der Träger der Anstaltsgewalt und der Dienstherr der Funktionäre der Anstalt sei. Was die katholische Kirche betrifft, so greift *Rinander* zur Bezeichnung des höchsten Dienstherrn des Klerus nach kanonischem Recht auf die Ideologie der Kirche zurück, indem er den Hl. Geist, Gott, Christus den Dienstherrn nennt, nicht die Kirche. Denn die Kirche ist nach Auffassung des kanonischen Rechts nicht Dienstherr in der Frage der Ausübung der Sakramentsgewalt. Jeder, der öffentliche Gewalt ausübe, auch der Höchste, sei unbedingt durch die Rechtsordnung und das darin ausgedrückte Samfunds-Ethos gebunden. Hierin eben spreche sich aus, daß das kanonische Recht nicht aus dem Macht-(Gewalt-), sondern auf dem Prinzip des öffentlichen Dienstes als dem grundlegenden und dominierenden beruhe, und hier eben dürfe der Grund der historischen Bedeutung des kanonischen Rechts für die Ausbildung des öffentlichen Rechts der modernen Staaten zu suchen sein. *Reuterskiöld* bemerkt dazu: wenn sich auch von der Kirche diese Aussage machen lasse, deren konkret bestimmtes, unveränderliches Samfunds-Ethos sich leicht mit dem kirchenmystischen Begriff »Geist« identifizieren lasse, so gelte das Gleiche doch nicht vom Staate und seinen wechselnden und allumfassenden Aufgaben, die entsprechender Konkretisation entbehrten: nicht die Rechtsordnung selbst vermöge hier das Samfunds-Ethos zu

maßen eine Anerkennung jener »*clausula rebus sic stantibus*«, bringt andererseits aber auch zum Ausdruck, daß das normale »System« in Geltung bleibe.

bestimmen, sondern jemand oder etwas müsse auch die Rechtsordnung bestimmen. Bei solcher Sachlage seien es jedoch entweder die souveränen Machthaber des Staats, die die Rechtsordnung bestimmten und das Samfunds-Ethos konkretisierten, wobei die vom Verfasser unterschätzten »Machtbalancen« die, wenn auch schwache, Garantie für »eine Samfundsordnung mit dem Charakteristikum des Rechts« abgäben; oder man komme zum Gegenteil und lasse die Konkretisierung des Samfunds-Ethos und die Rechtsordnung selbst von dem freien Ermessen und Gewissen der verschiedenen Inhaber öffentlichen Dienstes abhängen. Es scheint, als könne hier die Theorie von der Zwieschlächtigkeit des Staats die richtige Antwort geben, daß nämlich der Staat einerseits als Herr und Macher allen Rechts und andererseits doch zugleich als an das Recht wie an ein Mandat gebunden gedacht werde. So würde die Vertragstheorie, die, wie neuestens noch *Thoma* anerkannt hat¹⁾, die meisten Erscheinungen am Staat denkbar zu machen geeignet ist, auch hier ihre Leistungsfähigkeit erweisen. Ähnlich scheint auch *Reuterskiöld* andererseits zu urteilen, wenn er meint, weder der Macht- noch der Begriff des öffentlichen Dienstes »könne allein dominieren«; die Lösung sei in einer Koordination beider Begriffe zu suchen. *Rinander* will die Frage aufwerfen, ob die Samfunds-Ordnung, sofern vom Macht-(Gewalt-)Begriff beherrscht, durchgehends richtige Rechtsordnung zu sein vermöge. Daß in den modernen Staaten der eine oder der andere Begriff dominiere, ist auch ihm unwahrscheinlich, mögen Abweichungen immerhin vorkommen und mögen in der Vergangenheit gewisse Samfunds-Ordnungen den Machtbegriff haben vorherrschen lassen.

Noch einem weiteren Gedanken *Reuterskiölds* wird zuzustimmen sein. *Rinander* sagt (s. o.), außer dem römischen und dem kanonischen seien germanisches und Naturrecht die wichtigsten rechtshistorischen Voraussetzungen für die Ausbildung des gegenwärtigen öffentlichen Rechts, ohne jedoch in nähere Untersuchung der Bedeutung der beiden letztgenannten Rechte für die Rechtsentwicklung einzutreten. *Reuterskiöld* bemerkt: Ohne solche Analyse sei die Entscheidung unmöglich, ob kanonisches oder germanisches Recht und Naturrecht — das letztere wesentlich als der wirkliche Vermittler römischen Rechts, das durch Generalisation eigentliche Quelle des Naturrechts geworden sei — den

1) Artikel »Staat« im Hdwb. d. Staatsw., VII. Bd.

größten Einfluß auf die europäische Rechtsentwicklung ausgeübt hätten, selbst wenn man mit dem Verfasser die Prädominanz des kanonischen Rechts anerkenne (S. 197). Die fragliche Analyse in diesem Buche zu geben, hat indessen nicht in *Rinanders* Plan gelegen.

Wenn *Rinander* meint, die Ausprägung des Satzes, daß nur Staatsangehörige Staatsbeamte werden dürfen, sei unter kanonisch-rechtlichem Einfluß erfolgt, so mag dies für Schweden zutreffen. Für Deutschland dagegen haben seine Ausführungen den Wert des Hinweises auf eine interessante Parallele zwischen kanonischem und modernem öffentlichem Recht. In Brandenburg-Preußen hat der genannte Satz sich zu spät durchgesetzt, als daß entscheidender Einfluß des kanonischen Rechts angenommen werden dürfte. War doch z. B. in Preußen noch in der Zeit nach den Befreiungskriegen von 1813/15 ein Däne von Abstammung und bisher dänischer Außenminister, *Graf Bernstorff*, Außenminister. Immerhin ist es bemerkenswert, daß Bernstorff preußischer Außenminister zu einer Zeit wurde, als Preußen sich noch in der Verfassung des absoluten Staates befand und als die Grundidee jenes Wortes Friedrichs d. Gr.: Der König erster Diener des Staats, noch nicht das ganze öffentliche Bewußtsein durchdrungen hatte. Jedenfalls ist es eine erwägenswerte Frage, ob mit der Idee des Rechtsstaats oder des öffentlichen Dienstes nicht jener Satz notwendig zur Entwicklung gelangen mußte. Die Wahl des Abstammungsprinzips hängt in Preußen mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht zusammen. Heute sind zur Rechtfertigung jenes Satzes im öffentlichen Bewußtsein keine kanonisch-rechtlichen Gedanken mehr lebendig, nicht einmal im Unterbewußtsein. Die Motivation liegt vielmehr im Nationalbewußtsein. Dieser Ansicht wird auch *Rinander* sein.

Solchen Anmerkungen gegenüber verdienen indessen außer den genannten sachlichen auch innere Vorzüge des Werkes hervorgehoben zu werden, unter ihnen in erster Reihe die un-gemeine Bescheidenheit, mit der der Verfasser seine Ansichten darlegt. Wer so leidenschaftlich wie er in solchen für das Staats- und öffentliche Recht grundlegenden Fragen zu herrschenden Ansichten in Opposition tritt, erliegt leicht der Gefahr nicht nur des Ausspruchs herabsetzender Urteile über ganze Richtungen, sondern auch der Versuchung, die eigenen Ergebnisse als bahnbrechend und dergleichen anzupreisen. Nichts davon bei *Rinander*. Mit richtigem Augenmaß sieht er sich mit jedem anderen wissen-

schaftlichen Betrachter als nur Einen in der langen Reihe der nach Erkenntnis Strebenden. Nichts als wissenschaftlicher Ernst hat seine Stunden regiert. Darum und weil sein Denkvermögen unbezweifelbar groß ist, sind seine Gedanken klar in Wesen und Ausdruck.

Dagegen scheint, wenigstens nach der Gestalt beurteilt, in der das Werk vorliegt, dem Verfasser das Vermögen nicht in gleichem Maß zu Gebote zu stehen, seine Gedanken in faßlicher Gestalt dem Leser darzubieten. Gerade bei Forschern von höchstem wissenschaftlichem Rang findet sich bekanntlich, aus welchen Gründen auch immer, gelegentlich ein solcher Mangel an Gestaltungsgeschick. Damit ist der Finger auf Schwächen der Form gelegt, die die Erarbeitung des Inhalts in äußerster Weise erschweren, wenigstens mir erschwert haben; ich habe Wochen gebraucht, um das innere Gefüge des Werkes, damit die Sehweise des Verfassers und also seine Grunderkenntnisse zu erfassen. Bezeichnend dürfte es auch sein, daß sowohl *Reuterskiöld* wie ich das Gefüge des Werks in seiner objektiven Gestalt etwas anders sehen, als der Verfasser selbst es gesehen wissen will. Gerade weil das Werk ungewöhnlich wertvoll ist, wird es gut sein, nach dieser Richtung offene Worte zu sagen. Nicht besser glaube ich meine Achtung vor *Rinander* beweisen zu können.

Um mit Äußerlichem zu beginnen: Nicht nur, daß, abgesehen von einem reichhaltigen und guten Literaturverzeichnis, Namen- und Sachregister fehlen. Nicht einmal eine auch nur einigermaßen orientierende Inhaltsübersicht ist vorangestellt; lediglich die Kapitelüberschriften sind auf Seite 3 angegeben. Außer diesen findet sich auch in dem Buche selbst keine weitere Überschrift, kein Marginal oder dergl. Darüber hinaus aber ist das gesamte Werk, wie angedeutet, ein Torso; daß und inwiefern es dies — dem Verfasser bewußt (!) — ist, wird erst während der Lektüre nach und nach klar, da keine erklärende Vorbemerkung vorausgeschickt ist. Lediglich S. 22, wo gesagt wird, das Werk verfolge rein rechtshistorische Absichten¹⁾, findet sich eine — im übrigen interessante — wegweisende Fußnote. Danach ist die äußere Veranlassung des Werkes eine den Verfasser seit langem beschäftigende Arbeit über das Institut des öffentlichen Dienstes im geltenden

1) Mit *Reuterskiöld* halte ich übrigens das Werk trotz seines sehr großen und berechtigten rechtshistorischen Aufwandes nicht für rechtshistorisch, sondern für systematisch-analytisch. Mir enthält das Werk die Aufstellung einer Hypothese und den Versuch, das Vorhandensein derselben im kanonischen Recht als Idee mit rechtshistorischen Mitteln nachzuweisen — durch 14 Jahrhunderte.

schwedischen Recht gewesen. Die verschiedenen dabei begegnenden verwickelten Fragen glaubte der Verfasser nicht anders als von einer theoretischen Grundlage aus lösen zu können, und eine solche schien ihm nicht ohne Untersuchung der historischen Gesichtspunkte und Bedingungen des schwedischen Rechts gewonnen werden zu können. Bei der Bereitung solcher Grundlage ist *Rinander* zu der Überzeugung gelangt, daß das kanonische Recht einen der wichtigsten rechtshistorischen Faktoren, zumal hinsichtlich des genannten Instituts, bilde.

In Verbindung mit Aufschlüssen in der Rezension *Reuterskiölds* erhellt im Laufe der Abhandlung, daß diese nur, wenn auch nicht in der Form, eine Einleitung zu der größeren, ursprünglich beabsichtigten Arbeit über die Rechtsstellung der Beamten im schwedischen Recht sein will. Dadurch, daß sie selbständig erschienen ist, hat sie, wie *Reuterskiöld* bemerkt, teilweise einen anderen Charakter erhalten, als beabsichtigt gewesen ist. Sie ist m. a. W. im inneren Bau teilweise unvollendet und unausgeglichen, letzteres insbesondere im Verhältnis zu ihrem Titel¹⁾. Nach dem Haupttitel würde erwartet werden, daß dem öffentlichen Recht der Gegenwart unter den Gesichtspunkten der übrigen Ergebnisse der Arbeit systematisch, in besonderem Kapitel, Aufmerksamkeit gewidmet sei. Dies ist jedoch nicht der Fall. Auf das öffentliche Recht der Gegenwart wird der Blick vielmehr nur im Laufe der Erörterung der übrigen genannten, nur durch die Kapitelüberschriften bezeichneten Punkte gerichtet. Gemessen am Buchtitel, fehlt somit — wie oben angedeutet — mindestens ein Hauptkapitel.

Beispielsweise noch ein anderer Punkt: im ersten Kapitel wird die Natur der katholischen Kirche erörtert — nebenbei bemerkt, im Hinblick auf die neuen Lateranverträge und die daran sich anschließenden Erörterungen im italienischen Parlament (Rede Mussolinis) sowie die Erwiderungen von vatikanischer Seite in besonders interessanter Weise — und am Schluß *Sohm* der herrschenden und anderen Ansichten gegenübergestellt. Mit der Anführung

1) Bei alledem ist im Auge zu behalten, daß es bei dem fast vollständigen Fehlen von Vorarbeiten (s. u. S. 574 f.) schwerlich überhaupt möglich war, in diese erste Arbeit bereits eine vollkommene Untersuchung des fraglichen Einflusses des kanonischen Rechts von wissenschaftlichem Wert einzufügen. Schon die entsprechende Untersuchung eines einzelnen Rechtssystems wäre eine zu umfassende Aufgabe gewesen, als daß sie bereits in diesem Werke hätte Lösung finden können.

der Ansicht *Sohms* schließt das Kapitel einfach ab. Eine Verarbeitung des mitgeteilten Stoffes gibt der Verfasser nicht, sondern geht sofort zum zweiten Kapitel über. Unausgesprochen, wenn auch durch das Verfahren klar, bleibt, ob *Sohms* Ansicht für die richtige gehalten wird, und mit den spezifischen Einwänden gegen *Sohms* ja äußerst bestrittene Lehre setzt *Rinander* sich nicht auseinander. Schwerlich durfte so verfahren werden, wenngleich verständlich ist, daß *Rinander* so verfahren ist; denn solche Beweisführung hätte bisweilen scheinbar weit vom Thema fortführen müssen. Sondern, wenn der Verfasser *Sohms* Ansicht für die richtige hält, so mußte er dies zum mindesten prägnant aussprechen, nach meiner Meinung aber auch begründen. Solchen Ausspruch und solche Begründung als eigene zu geben, wird allerdings in den ferneren Kapiteln unternommen, auch hier jedoch nur inter lineas. Von allem anderen abgesehen, bleibt der Zusammenhang des zweiten Kapitels mit dem ersten unklar oder wird doch erst während der Lektüre klar — nicht ohne eigene und besondere Arbeit des Lesers. Durch wenige Bemerkungen überleitender Art hätte sich sicher eine Entlastung des Werkes von diesen formalen Schwächen erzielen lassen. Es sei durchaus anerkannt, daß diese Kritik, gemessen an dem hohen wissenschaftlichen Ethos und an den schwerwiegenden Ergebnissen der Arbeit, als kleinlich bezeichnet werden kann; sicher trifft sie nur untergeordnete Punkte. Indessen ist sie doch notwendig, weil der Leser ohne Wissen um die Unausgeglichenheit des Werks an dies nicht mit der richtigen Einstellung heranzutreten vermag — zumal nicht, wenn er nicht im Besitze der Rezension *Reuterskiölds* mit ihren besonderen Aufschlüssen ist, sondern sich den richtigen Begriff der Abhandlung erst erarbeiten muß, etwas also, worauf man von vornherein nicht eingestellt ist und was ohne bewußte Aufwendung besonderer Mühe nicht gelingt. Umsomehr ist auf diese Punkte hinzuweisen, als nach einer Anregung *Reuterskiölds* eine deutsche Ausgabe in Frage steht und als sich die beregten Mängel als nur äußerliche durch ein Vorwort bzw. durch Beifügung der Register und einer eingehenden Inhaltsübersicht usw. beheben oder ausgleichen lassen. So vervollständigt, würde auch mir eine deutsche Ausgabe als äußerst begrüßenswert erscheinen, und ich möchte ihr mit größtem Nachdruck das Wort reden. Nur würde ich die Hinzufügung von etwa Marginalien und anderen Hilfsmitteln erwägen, die das Erkennen des Gedankenganges zu erleichtern vermöchten, sowie ferner von Bemerkungen, die auf

den Zusammenhang der einzelnen Stücke miteinander hinweisen. Dagegen könnten etwa die in Anmerkungen gegebenen wörtlichen Zitate aus deutschen Schriftstellern (*Sohm* u. a.) fehlen, die der Verfasser der schwedischen Ausgabe beigegeben hat.

Zum Schluß sei besonderer Anlaß zu der Betonung genommen, daß alle diese kritischen Bemerkungen den Wert des *Rinanderschen* Werkes weder herabsetzen können, geschweige denn, herabsetzen wollen. In diesem Sinne darf zur Charakterisierung des Werkes und seines Werdens [nach persönlichen Aufschlüssen des Verfassers] das Folgende bemerkt werden:

Auf der Suche nach den ursprünglichen Quellen des modernen Beamtenrechts hat *Rinander* außer neuzeitlichen zunächst die römischen Rechtsquellen untersucht, sowohl an der Hand der Quellenangaben moderner Literatur, als auch in selbständiger Aufsuchung von Quellen und Schriften, die ihm Aufschlüsse zu versprechen schienen, so der sämtlichen Schriften *Cäsars* und *Tacitus* als Werken von Autoren, die selbst die römische Beamtenlaufbahn durchschritten haben. Er hat indessen so gut wie keine Spur des Begriffes des öffentlichen Dienstes gefunden¹⁾, des Begriffes von dem er annahm, er werde für die Lösung seiner Aufgabe von grundlegender Bedeutung sein. Vermutung hat ihn danach zum Studium des kanonischen Rechts geführt. Auch dieses Studium drohte ihm erfolglos zu verlaufen, da die kanonischen Rechtsquellen ihm vorerst in den fraglichen Hinsichten nach dem Muster des *corpus juris civilis Justinians* angelegt schienen und da ihm ferner die Artung der Wissenschaft vom kanonischen Recht nach dem Vorbild der römisch-rechtlichen Jurisprudenz hindernd im Wege stand. Es deuchte ihn wenig verwunderlich, daß mit solchen Wegweisern der Begriff des öffentlichen Dienstes auch im kanonischen Recht nicht gefunden worden ist.

In diesem Stadium der Studien sind *Sohm's* Untersuchungen *Rinander* Retter geworden. In ihnen schien ihm überzeugend klar gelegt zu sein, daß das kanonische Recht — mit Ausnahmen freilich — nur hinsichtlich seines Beiwerkes und seiner äußeren Form in Abhängigkeit vom römischen Recht stehe. Die eigenen Untersuchungen haben den Verfasser in dieser Anschauung bestärkt. So ist *Sohm* dem vorliegenden Werk nicht fortzudenkende Hilfe geworden.

1) Vgl. hierzu etwa *Georg Jellinek*, Allgemeine Staatslehre, 3. Aufl., 5. Neudruck, 1929 S. 314 über das Fehlen eines Bewußtseins einer politischen Freiheitssphäre sowie S. 316 über die Reduzierung der öffentlichen Rechte auf ein Minimum durch Prinzipat und Kaisertum.

Allerdings hat *Rinander* nicht blind auf die Worte des Meisters geschworen und nicht in allem mit *Sohm* sich zu decken vermocht; hat doch *Sohm* in einigen Hinsichten selbst seinen Standpunkt geändert. Gerade in der Frage der kirchenrechtlichen Hauptthese *Sohm's* neigt *Rinander* eher der Ansicht der Gegner *Sohm's* zu. Da indessen *Sohm's* Interesse rein kirchenrechtlich ist, dasjenige *Rinander's* hingegen nicht, so hat die besondere These *Sohm's* für *Rinander's* Forschungen keine besondere Bedeutung gewonnen. Daher übrigens glaubte *Rinander* einer Auseinandersetzung mit *Sohm's* berühmter These entraten zu können.

In Übereinstimmung mit *Sohm* ist *Rinander* zu dem Ergebnis gekommen, daß die wissenschaftliche Bearbeitung des kanonischen Rechts, zumal für seine spezifischen Ziele, nicht nach dem römisch-rechtlichen Schema und nicht unter Verwendung allein römisch-rechtlicher Begriffe erfolgen dürfe. Zumal bei der Klärung des Begriffs des öffentlichen Dienstes schien *Rinander* das Beschreiten der bisherigen Wege der Wissenschaft in die Wildnis zu führen. So mußte er sich seinen Weg durch mancherlei Gestrüpp selbst bahnen, einen Weg durch vierzehn Jahrhunderte reichen Wachstums rechtshistorischer Entwicklung. Sein Werk kann wohl dem Entwurf einer Karte nach einem völlig neuen Kartensystem verglichen werden, da es die Frage nach dem Zentralbegriff und dem grundlegenden Rechtsprinzip eines Rechtssystems aufwirft, dies unter Leugnung der Richtigkeit des bisher von der Wissenschaft für den Zentralbegriff und das Rechtsprinzip Gehaltenen.

Angesichts alles dessen kann es nicht anders als verständlich sein, wenn *Rinander* jene eingangs genannten Kapitel oder weiteren Untersuchungen hier noch nicht dargeboten hat, wenn insbesondere der Einfluß des kanonischen Rechts auf das moderne öffentliche Recht unter den neuen und spezifischen Gesichtspunkten des Verfassers noch nicht nachgewiesen, sondern mehr nur angedeutet worden ist. Verständlich ist es nicht minder, daß Mängel der Form vorhanden sind, und daß stellenweise vielleicht nicht gleiche Klarheit sich hat erreichen lassen, wie sie geboten gewesen wäre, wenn der Weg nicht so grundsätzlich durch Neuland hätte genommen werden müssen und wenn nicht bei dem Charakter der Arbeit als einer Gradualabhandlung, die ja oft traditionelle Form besitzen muß, Zwang zu äußerster Knappheit und folgenreich zur Ausschließung bedeutsamen und umfangreichen Materials sowohl als auch des beregten äußeren Apparats obgewaltet hätte. Alle genannten Mängel sind nicht, auch nur entfernt, so

groß, daß nicht mit den genannten Maßgaben die Befürwortung einer deutschen Ausgabe aufrecht erhalten werden müßte, nicht zum wenigsten auch aus dem Grunde, daß in diesem Werk erneut die Größe der anregenden Kraft unseres *Sohn* sichtbar wird.

Eine deutsche Ausgabe vermag indessen nicht nur aus Rücksicht auf das Interesse der Gelehrtenrepublik oder sogar auf das des gesamten öffentlichen Bewußtseins der Gegenwart an der Aufdeckung von Wurzeln seiner selbst, sondern aus einem anderen, mehr praktischen Gesichtspunkt befürwortet zu werden. Wenn nämlich der oder ein Hauptinhalt des Buches in dem Nachweise besteht, der öffentliche Dienst sei tragendes Prinzip der katholischen Kirche, wenn dieser Nachweis Anerkennung finden sollte und wenn ferner diese Kirche mit diesem Prinzip ein bis jetzt fast 2000jähriges Leben vermocht hat, so liegt darin für die modernen Staaten ein nachdrücklicher Hinweis auf ein lebens-tüchtiges Prinzip. Gerade im gegenwärtigen Zeitalter der »Volks-souveränität« scheint solcher Hinweis von Wert sein zu können. Denn die öffentliche Meinung neigt dazu, den neuen Souverän à la Louis XIV. aufzufassen, ebenso praktisch die Repräsentanten des Souveräns, die Parlamente, oft sich selbst; d. h. es besteht eine Neigung, als tragendes Prinzip das Macht- oder Gewaltprinzip anzusehen. Mit diesem allein aber — *Rinander* wird nicht müde, es zu betonen — läßt eine wirkliche Rechtsordnung sich nicht aufbauen oder erhalten und läßt sich keine Ordnung begründen, die in der Moderne Dauer verspräche. Nach dieser Seite könnten aus *Rinander's* Werk dem öffentlichen Bewußtsein heilsame Korrekturen erwachsen, wenn *Rinander's* Einsichten sich zu all-gemeinen Einsichten zu erheben vermöchten. Dafür eben wird es nötig sein, das Werk aus der außerhalb des Nordens nur wenig verstandenen schwedischen in eine Sprache zu übertragen, die in so weitem Kreise wie das Deutsche verstanden wird, zumal das Deutsche für die Katholiken der Welt seine besondere Rolle spielt und zumal in dem Buche Dinge abgehandelt werden, an denen die Katholiken besonderes Interesse nehmen werden.

3. Kirchl. Gerichtsordnungen des 14. bis 16. Jahrhunderts aus Deutschen Bistümern.

Eine Studie über die Quellen des Kirchenrechts
von Professor Dr. *Nikolaus Hilling* in Freiburg i. B.

Wie sich seit dem 12. Jahrhundert an der Römischen Kurie das Bedürfnis herausstellte, für die Verfassung und Verwaltung bestimmte Ordnungen und Regeln aufzustellen, die seit dem Anfange des 14. Jahrhunderts immer umfangreichere und festere Formen annahmen¹⁾, so finden wir auch an den Kurien der deutschen Bistümer vom Beginne des 14. Jahrhunderts an bestimmte, immer größer werdende Ordnungen, die insbesondere das Gerichtsverfahren an den bischöflichen Offizilatsgerichten und den niederen Gerichtsbehörden der Archidiakonate regeln. Diese Ordnungen — *statuta, constitutiones, ordinationes, reformationes* — sind für die kirchliche Gerichtsverfassung und das kirchliche Gerichtsverfahren des ausgehenden Mittelalters von großer Bedeutung, vor allem auch deshalb, weil sie Zeugnis davon ablegen, wie sehr die Bischöfe vieler Sprengel bemüht waren, die Verwaltung der kirchlichen Gerichtsbarkeit zu heben und eingeschlichene Mißbräuche aus ihnen zu entfernen.

Teils haben diese Gerichtsordnungen den Charakter von systematischen Gesetzen, die die Gerichtsverfassung der bischöflichen Kurien und zum Teil auch das Gerichtsverfahren allgemein, wenn auch nicht erschöpfend regeln, teils enthalten sie nur bestimmte, mitunter freilich sehr zahlreiche Reformpunkte von gerade aktueller Bedeutung. Ersteres ist z. B. der Fall bei den Gerichtsordnungen der Diözesen Speyer, Köln und vor allem Münster, letzteres bei denen der Diözesen Halberstadt und Würzburg. Diese haben den Vorzug der intensiven, jene den der extensiven Behandlung.

Indessen ist das Institut der Gerichtsordnungen nicht, wie man es vielleicht erwarten möchte, in allen Bistümern eingeführt worden. Dieses erklärt sich aber leicht daraus, daß manche

1) Vgl. die bekannten Werke von *Emil von Ottenthal*, Die päpstlichen Kanzleiregeln von Johann XXII. bis Nikolaus V. (1888) und *Michael Tangl*, Die päpstlichen Kanzleiornungen von 1200—1500 (1894).

Bischöfe sich damit begnügten, die notwendigen Reformvorschriften für das kirchliche Gerichtswesen in die Synodalstatuten aufzunehmen, wo sie unter den übrigen Bestimmungen, die die allgemeine Diözesanverfassung und Disziplin betreffen, zerstreut sind. Wer daher die gesamte Entwicklung der kirchlichen Gesetzgebung über das Gerichtswesen kennen lernen will, muß außer den *Statuta curiae seu judiciorum* noch die *Statuta synodalia* der betreffenden Diözese berücksichtigen.

Um die Forschung auf dem Gebiete des kirchlichen Gerichts- und Prozeßwesens am Ausgange des Mittelalters und zu Beginn der Neuzeit in etwa anzuregen und zu unterstützen, erlaube ich mir, die mir bekannt gewordenen Gerichtsordnungen in alphabetischer Reihenfolge der Bistümer kurz unter Angabe der Quellen und der wichtigsten Literatur zusammenzustellen.

I. Bistum Bamberg.

1. Gerichtsordnung des Bischofs Georg I. von Schaumburg vom Jahre 1463.

Lünig, Des teutschen Reichs-Archivs *Spicilegium ecclesiasticum* II. Teil 60—71. Mit 42 Artikeln. Diese Ordnung betrifft das Offizialatsgericht des Domdekans zu Bamberg. Der Bischof teilt in der Einleitung mit, daß seine Vorgänger bereits mehrere Verordnungen über das Dekanatsgericht erlassen haben.

2. Gerichtsordnung des Bischofs Heinrich III. Groß von Trockau aus dem Jahre 1488.

Lünig, a. a. O. S. 72—75. Mit 15 Artikeln, die die vorausgehende Gerichtsordnung ergänzen. Vgl. *Johann Looshorn*, Geschichte des Bistums Bamberg IV (1900), 402.

II. Bistum Halberstadt.

1. Gerichtsordnung des Bischofs Johann von Hoym aus dem Jahre 1428.

Sammelband des Landeshauptarchivs zu Wolfenbüttel VII C. 18 S. 25—26. Mit 10 Artikeln in deutscher Sprache. Vgl. zu dieser und den folgenden Gerichtsordnungen *N. Hilling*, Beiträge zur Geschichte der Verfassung und Verwaltung des Bistums Halberstadt im Mittelalter. I. Die Halberstädter Archidiaconate (1902) und *Ders.*, Die Offiziale der Bischöfe von Halberstadt im Mittelalter (1911).

2. Gerichtsordnung des Bischofs Burchard III. von Werberge aus dem Jahre 1442.

Landeshauptarchiv zu Wolfenbüttel VII C. 18 S. 11—22. Mit 41 Artikeln.

**3. Gerichtsordnung des Bischofs Gebhard von Hoym
aus dem Jahre 1466.**

Landeshauptarchiv zu Wolfenbüttel VII C. 18 S. 29—31. Mit 14 Artikeln.

**4. Gerichtsordnung des Administrators Ernst von Sachsen
aus dem Jahre 1493.**

Landeshauptarchiv zu Wolfenbüttel VII C. 18 S. 41—61. Mit 34 Artikeln.

**5. Gerichtsordnung des Administrators Ernst von Sachsen
aus dem Jahre 1497.**

Landeshauptarchiv zu Wolfenbüttel VII C. 18 S. 73—89. Mit 30 Artikeln.

**6. Gerichtsordnung des Administrators Ernst von Sachsen
aus dem Jahre 1499.**

Landeshauptarchiv zu Wolfenbüttel VII C. 118 S. 97—15. Mit 32 Artikeln.

**7. Gerichtsordnung des Administrators Albrecht von
Brandenburg (1513—1545).**

Landeshauptarchiv zu Wolfenbüttel VIII C. 18 S. 121—140. Mit 39 Artikeln in deutscher Sprache. Diese Artikel wurden auf Befehl des Administrators von dem Halberstädtischen Offizial Heinrich Horn abgefaßt.

III. Erzbistum Köln.

**1. Gerichtsordnung des Erzbischofs Heinrich II. von
Virneburg (1306—1332).**

Franz Gescher, Das älteste kölnische Offizialatsstatut (1306—1331), in: *Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Kanonistische Abteilung* XIV (1925), 475—485. Dieses lange verschollene Statut wurde kürzlich von Franz Gescher in einer Papierhandschrift des 15. Jahrhunderts des Historischen Archivs der Stadt Köln aufgefunden und in der obengenannten Zeitschrift publiziert. Es zählt im ganzen 13 Artikel. Der kölnische Offizial hat das Statut erlassen und der Erzbischof dasselbe bestätigt. Das genaue Entstehungsjahr ist unbekannt.

**2. Gerichtsordnung des Erzbischofs Wilhelm von Gennep
aus dem Jahre 1356.**

Walther Stein, Akten zur Geschichte der Verfassung und Verwaltung der Stadt Köln im 14. und 15. Jahrhundert. [Publikationen der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde, 10] Band II, 672—681. Mit 39 Artikeln und 19 Artikeln der Offizials. Diese Gerichtsordnung wurde auf besonderen Befehl des Erzbischofs vom Offizial der Kölnischen Kurie erlassen. Sie nimmt auf die vorhin erwähnte Gerichtsordnung des Erzbischofs Heinrich II. von Virneburg (1306—1332) Bezug. Vgl. zu dieser und den folgenden Gerichtsordnungen des Erzbistums Köln, *Hans Förster*. Die Organisation des erzbischöflichen

Offizialatsgerichts zu Köln bis auf Hermann von Wied, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte Bd. XLII, Kan. Abt. XI, 254 ff. und Joseph Löhr, Die Verwaltung des Kölner Großarchidiakonates Xanten am Ausgange des Mittelalters (1909).

3. Gerichtsordnung des Erzbischofs Dietrich von Mörs 1435.

Lünig, Des deutschen Reichs-Archivs Spicilegium ecclesiasticum I. Teil Fortsetzung S. 597—601. Mit 82 Artikeln. Vgl. Franz Gescher, Das Offizialatsstatut des Kölner Erzbischofs Dietrich von Mörs aus dem Jahre 1435, in: Annalen des histor. Vereins für den Niederrhein 111 (1927), 181 ff.

4. Gerichtsordnung des Erzbischofs Ruprecht von der Pfalz aus dem Jahre 1470.

Lünig, a. a. O. S. 603—605. Ohne Artikeleinteilung.

5. Gerichtsordnung des Erzbischofs Hermann V. von Wied aus dem Jahre 1528.

Lünig, a. a. O. S. 669—688. Schannat-Hartzheim, Concilia Germaniae VI, 221—231. Urdruck: Hermanns S. Coloniensis ecclesiae archiepiscopi iurisdictionis ecclesiasticae reformatio Coloniae 1529. Enthält auch eine ausführliche Prozeßordnung.

IV. Bistum Lüttich.

1. Gerichtsordnung des Bischofs Adolf von der Mark aus dem Jahre 1337.

Lünig, Des deutschen Reichs-Archivs Spicilegium ecclesiasticum, II. Teil. Dritte Continuation S. 1072—1076.

2. Gerichtsordnung des Bischofs Adolf von der Mark aus dem Jahre 1339.

Lünig a. a. O. S. 1076—1083. Enthält Ergänzungen zu der vorausgehenden Gerichtsordnung.

3. Gerichtsordnung des Bischofs Adolf von der Mark aus dem Jahre 1343.

Lünig, a. a. O. S. 1083—1085. Enthält einige Verbesserungen und Zusätze zu den vorausgehenden Gerichtsordnungen, die Bischof Adolf von Lüttich auf Ersuchen des Königs Johann von Böhmen, Grafen von Luxemburg, vorgenommen hat.

4. Gerichtsordnung des Bischofs Johann VIII. von Heinsberg aus dem Jahre 1424.

Lünig a. a. O. S. 1085—1087.

**5. Gerichtsordnung des Bischofs Johann VIII. von Heinsberg
aus dem Jahre 1446.**

Lünig, a. a. O. S. 1087—1093. *Schannat-Hartzheim*, Concilia Germaniae V. 306—314. Enthält auch Bestimmungen über die Reform des Klerus und wurde 1451 von Papst Nikolaus V. bestätigt.

V. Erzbistum Mainz.

**1. Gerichtsordnung des Erzbischofs Albrecht von Brandenburg
(1514—1545).**

Original im Kreisarchiv zu Würzburg, Ordinata et Mandata Moguntina Nr. 1. Zitiert von *Andreas Ludwig Veit*, Kirchliche Reformbestrebungen im ehemaligen Erzstift Mainz unter Erzbischof Johann Philipp von Schönborn 1647—1673 (1910) S. 16 Anm. 1.

**2. Gerichtsordnung des Erzbischofs Sebastian von
Heusenstamm aus dem Jahre 1548.**

Original im Kreisarchiv zu Würzburg, Ordinata et Mandata Moguntina Nr. 4. Stimmt fast wörtlich mit der vorigen überein.

VI. Bistum Münster.

**Gerichtsordnung des Bischofs Johann von Hoya
aus dem Jahre 1573.**

Ist mustergültig ediert von *Wilhelm Eberhard Schwarz*, Die Reform des bischöflichen Offizialats in Münster durch Johann v. Hoya (1573) in: Zeitschrift für vaterländische Geschichte und Altertumskunde [Westfalens] Bd. 74 1 Abt. S. 167—228. Im vorausgehenden Teile hat der Herausgeber die Gerichtsordnung historisch und systematisch erklärt. Sie enthält auch eine umfangreiche Prozeßordnung.

VII. Bistum Speyer.

**1. Gerichtsordnung des Bischofs Mathias von Ramung
aus dem Jahre 1466.**

Neu ediert von *Otto Riedner*, Die geistlichen Gerichtshöfe zu Speier im Mittelalter II (1915), 73—91. Mit 71 Paragraphen.

**2. Gerichtsordnung des Bischofs Ludwig von Helmstedt
um das Jahr 1479.**

Riedner, a. a. O. S. 106—122. Mit 81 Paragraphen.

3. Gerichtsordnung um 1540?

Riedner, a. a. O. S. 141—148. Mit 86 Paragraphen.

VIII. Bistum Straßburg.

1. Gerichtsordnung des Bischofs Johann von Dirpheim um das Jahr 1318.

Steph. Alex. Würdtwein, Nova subsidia diplomatica ad selecta juris ecclesiastici Germaniae et historiarum capita elucidanda. Tom. XIII. S. 310—312. Diese Gerichtsordnung wurde 1388 erneuert.

2. Gerichtsordnung des Bischofs Friedrich II. von Blankenheim aus dem Jahre 1388.

Bezirksarchiv zu Straßburg G 1414 fol. 174 ff. Vgl. *Leo Ober*, Die Entstehung des bischöflichen Hofrichteramtes in Straßburg, in: Straßburger Diözesanblatt XXVIII (1909), 314 ff. *Ders.*, Die Rezeption der kanonischen Zivilprozeßformen und des Schriftlichkeitsprinzips im geistlichen Gericht zu Straßburg, in diesem Archiv LXXXX (1910), 599 ff. und *Karl Stenzel*, Die geistlichen Gerichte zu Straßburg im 15. Jahrhundert, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins LXVI (1914), 365 ff.

IX. Bistum Würzburg.

1. Gerichtsordnung des Bischofs Otto II. von Wolfskeel aus dem Jahre 1342.

Jos. Maria Schneidt, Thesaurus Juris Canonici II, 2 S. 205—217, Monumenta boica XL S. 401—408, Inhaltsangabe bei *Julius Krieg*, Der Kampf der Bischöfe gegen die Archidiacone im Bistum Würzburg (1914), 90 ff. Mit 27 Paragraphen.

2. Gerichtsordnung des Bischofs Johann II. von Brunn aus dem Jahre 1422.

Schneidt a. a. O. S. 285—324. *Krieg* a. a. O. 122 ff. Mit 56 Paragraphen. Diese Gerichtsordnung erwähnt auch eine frühere Gerichtsordnung des Bischofs Gerhard von Schwarzburg (1372—1400) die aber nicht erhalten ist.

3. Gerichtsordnung des Bischofs Gottfried IV. von Limpurg aus dem Jahre 1446.

Schneidt a. a. O. II, 3 S. 777 ff., *Krieg* a. a. O. S. 137 ff. Mit 21 Paragraphen.

4. Gerichtsordnung des Bischofs Gottfried IV. von Limpurg aus dem Jahre 1447.

Schneidt a. a. O. II, 3 S. 540—582, *Krieg* a. a. O. 140 f. Mit 53 Paragraphen und Eidformularen. Diese Gerichtsordnung stimmt wörtlich mit der von 1422 überein. Auch die Offiziale der Archidiaconatsgerichte müssen jetzt den Eid auf die Statuten leisten.

*5. Gerichtsordnung des Bischofs Rudolf II. von Scherenberg
aus dem Jahre 1470.*

Schneidt a. a. O. II, 4 S. 745 ff.; *Krieg* a. a. O. 150 ff. Mit 9 Paragraphen.

*6. Gerichtsordnung des Bischofs Laurentius von Bibra
aus dem Jahre 1498.*

Gedruckt bei *Hermann Knapp*, Die Zenten des Hochstifts Würzburg II (1907), 164—166; *Krieg* a. a. O. 152 ff. Mit 7 Paragraphen.

*7. Gerichtsordnung des Bischofs Laurentius von Bibra
aus dem Jahre 1512.*

Noch ungedruckt. Archiv des Bischöflichen Ordinariats zu Würzburg Eidbuch f. 79—88; *Krieg* a. a. O. S. 154 ff. Mit 29 Paragraphen.

II. Kleine Beiträge.

1. Klausurdispens zum Zwecke der Bestrahlung.

Mitgeteilt von Prof. Dr. J. Haring, Graz.

Einer Nonne in einem Frauenkloster mit feierlichen Gelübden wurde vom Hausarzt zur Hintanhaltung einer chirurgischen Operation die Bestrahlung in einem auswärtigen Krankenhaus vorgeschrieben. Da Gefahr im Verzuge war, gestattete der Ortsordinarius nach Kanon 601, § 1 einigemale das Verlassen der Klausur zum Zwecke der Bestrahlung: da die Behandlung sich aber in die Länge zog und die Ordinarien auf Grund der Quinquennalfakultäten Klausurdispens nur für die Vornahme *chirurgischer Operationen* erteilen dürfen, wurde um eine besondere Dispensvollmacht angesucht. Dieselbe wurde in der Form gewährt, daß der Ortsordinarius höchstens auf 1 Jahr die in Frage stehende Dispens erteilen kann. Das Reskript hat nachstehenden Wortlaut:

Beatissime Pater!

Ordinarius S. ad pedes S. V. provolutus, exponit: M. C. monialis in urbe G., dioecesis S., gravi morbo laborat, qui teste medico praeter operationem chirurgicam tantum per collustrationes in nosocomio externo sanari potest. Propter periculum gravissimi mali imminentis Ordinarius juxta can. 601, § 1 C.j.c. una alterave vice egressum e clausura ad subeundas collustrationes permisit. Cum autem secundum testimonium medici collustrationes in quibusdam intervallis saepius necessariae sint et tenore facultatum quinquennalium Ordinarii locorum urgente casu operationis chirurgicae tantum a clausura monialium dispensare possint, enixe petitur, ut dictae moniali egressus e clausura ad subeundas necessarias collustrationes in nosocomio externo permittatur.

Vigore facultatum a Ssmo Domino Nostro concessarum S. Cong. negotiis religiosorum praeposita, attentis expositis a Rev. Ordinario S. eidem benigne commisit, ut petitam gratiam pro suo arbitrio et conscientia concedat juxta preces durante necessitate, sed non ultra annum adhibitis cautelis, ne quid inconveniens oriatur. Contrariis quibuscunque non obstantibus.

Datum Romae 1928.

2. Einfache Gelübde in einem Frauenorden.

Mitgeteilt von Prof. Dr. J. Haring, Graz.

In einem Frauenorden mit Lehrtätigkeit erwies sich die Einhaltung der päpstlichen Klausur als unmöglich. Um die fortwährenden Dispensationen zu vermeiden, wurde um eine allgemeine Erleichterung angesucht. Dieselbe wurde in der Form gewährt, daß in Zukunft überhaupt nur einfache Gelübde abgelegt werden sollen und die bischöfliche Klausur eingeführt wird; feierliche Professien, soweit solche im Kloster bereits abgelegt sind, werden aufrecht erhalten. Das Dekret, dessen Durchführung dem Ortsordinarius übertragen wurde, hat folgenden Wortlaut:

Decretum.

S. Congregatio, negotiis religiosorum praeposita, attentis peculiaribus adjunctis, in quibus versatur monasterium S. U. in urbe G. dioecesis S., praehabito voto Rv. Ordinarii S. precibus earumdem monialium adnuens praesentis decreti tenore statuit, ut in posterum in dicto monasterio praemisso triennio votorum temporalium ad praescriptionem can. 574 vota perpetua nonnisi simplicia emittantur et clausura monialium propria jure episcopali servetur salvis de caetero natura juribus et privilegiis monasterii monialium, regulis et constitutionibus in suo robore manentibus et salva etiam solemnitate votorum pro monialibus ad praesens jam professis. Committitur vero Rv. Ordinario S., ut praesens decretum in praedicto monasterio publicari faciat eiusque exemplaretam in tabulario ipsius monasterio quam in actis curiae dioecesanae servari curet et insimul huic S. Congregationi exemplar Decreti executorialis quam primum transmittat. Contrariis non obstantibus quibuscunque.

Datum Romae, die 20. Jan. 1928.

3. Linksrheinische Kirchenglocken und Reichsverfassung.

Ein vergessenes Kulturkampfgesetz.

Von Oberlandesgerichtsrat G. Rey, Köln.

In Frankreich wurden 1789 die Kirchengüter vom Staat eingezogen. Um Rechtseinheit mit dem übrigen Frankreich herzustellen, bestimmte Napoleon durch Verordnung vom 20. prairial X

(9. Juni 1802), daß auch auf dem linken Rheinufer alle Kirchengüter eingezogen werden sollten (tous les biens sont mis sous la main de la nation), daß aber die Kirchengebäude gemäß den Organischen Artikeln in der Verfügungsgewalt der Bischöfe belassen bleiben sollten (sont laissés à la disposition des évêques). Spätere Napoleonische Verordnungen verpflichteten die bürgerlichen Gemeinden, die kirchlichen Bau- und Kultuskosten zu tragen, soweit das eigene Einkommen der Kirchen nicht ausreichte.

In der Folgezeit entstanden Streitigkeiten über die Frage des Eigentums an den Kirchengebäuden. Während die rheinischen Gerichte in Übereinstimmung mit fast sämtlichen juristischen Schriftstellern das Eigentum den Kirchengemeinden zusprachen¹⁾, erkannte das Obertribunal in Berlin²⁾, daß den kirchlichen Behörden wohl das Gebrauchsrecht an den Kirchengebäuden zustehe, daß aber das nackte Eigentum der bürgerlichen Gemeinde zukomme. Endgültig wurde die Streitfrage geregelt durch das Gesetz vom 14. März 1880. Dieses bestimmt, daß auf dem linken Rheinufer das Eigentum an den Kirchengebäuden auf die Kirchengemeinden übergehen, daß aber die bisherige Zahlungspflicht der bürgerlichen Gemeinde wegfallen oder doch ablösbar sein solle. In soweit begegnete das Gesetz kaum einem Widerspruch. Aber zu erbitterten Kämpfen kam es um den § 4 des Gesetzes, den Glockenparagraphen, der, soweit er hier in Betracht kommt, lautet: »Den bürgerlichen Gemeindebehörden steht die Benutzung der Kirchenglocken bei feierlichen oder festlichen Gelegenheiten, bei Unglücksfällen oder ähnlichen Veranlassungen zu. Zur Sicherstellung und Regelung dieser Befugnisse trifft der Oberpräsident die erforderlichen Anordnungen und setzt diejenigen feierlichen und festlichen Gelegenheiten nicht kirchlichen Charakters fest, bei welchen die Kirchenglocken zu benutzen sind.«

Die der Regierungsvorlage beigefügten Motive bemerken lakonisch: »Die Bestimmung des § 4 wird einer besonderen Rechtfertigung nicht bedürfen.« Der Rheinische Provinziallandtag

1) Siehe die Literatur bei *Friedrich v. Schilgen*, Das kirchliche Vermögensrecht und die Vermögensverwaltung, 2. Aufl. I (1891), S. 17, Anm. 1.

2) Die Urteile sind zitiert bei *v. Schilgen* a. a. O. S. 17 Anm. 2. Auf demselben Standpunkte steht auch das Reskript des preußischen Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten vom 9. August 1875 über die Benutzung der Kirchenglocken. Abgedr. bei *Wilhelm Corsten*, Sammlung kirchlicher Erlasse, Verordnungen und Bekanntmachungen für die Erzdiözese Köln (1929), 441 f.

befürwortete mit 37 gegen 32 Stimmen die Streichung dieses §. Auch die Kommission des Herrenhauses, an das die Gesetzesvorlage zunächst gelangte, beantragte die Streichung, »da diese Bestimmung, die einen Eingriff in das Eigentum der Kirchengemeinden enthalte, nicht gerechtfertigt erscheine. Außerdem sei zu befürchten, daß unter Umständen Unfrieden in der Bevölkerung entstehe, wenn die Kirchenglocken gegen den Willen der Kirchengemeinde von der Zivilgemeinde bei feierlichen Gelegenheiten in Anspruch genommen würden«. Bei Beratung der Vorlage im Herrenhaus selbst gelang es jedoch der liberalen Bürokratie, den § wieder in das Gesetz zu bringen. Das Abgeordnetenhaus, an das nunmehr die Vorlage gelangte, änderte den § auf einen konservativen Antrag dahin ab, daß die Anordnung des Oberpräsidenten erst »nach Anhörung der kirchlichen Oberbehörde« erfolgen solle. Die Vorlage mußte daher wieder an das Herrenhaus zurückgehen. Hier strich man den Zusatz des Abgeordnetenhauses, und dieses selbst trat dann der Streichung bei, da die Konservativen jetzt umfielen.

Bei der Beratung im Abgeordnetenhause wandten sich die katholischen Abgeordneten scharf gegen den § 4. So sagte *Julius Bachem*: Warum geht man nicht gleich einen Schritt weiter auf diesem Wege und gibt dem Bürgermeister auch die Befugnis, die Orgel spielen zu lassen? *Windthorst*: Abgeordneter v. Cuny hat den Kirchenbehörden des Rheinlandes Mangel an Entgegenkommen vorgeworfen. Ich meine teils habe die Erfahrung gemacht, daß sie viel zu gefällig gewesen sind. Der Herr hat einen Fall, wo es an Entgegenkommen gefehlt hat, nicht angeführt. (Zuruf: Sedan!) So lange Sie den Kulturkampf nicht beenden und den Siegestag von Sedan benutzen wollen, um kulturkämpferische Anschauungen ins Land läuten zu lassen, so lange wird hoffentlich jeder, der ein Recht dazu hat, Ihnen die Glocken verweigern. Wir haben von Anfang an gesagt, daß es erwünscht sei, wenn die kirchlichen und weltlichen Behörden sich darüber verständigen, an welchen andern als den Kirchentagen die Glocken geläutet werden sollen. Eine einseitige Festsetzung aber kann unmöglich zugegeben werden. *Cremer*: Ich habe mich vergebens danach umgesehen, wie wohl die Staatsregierung diese Forderung begründen will. Man spricht von bösen Erfahrungen gelegentlich der Sedanfeier. Aber Sedan ist nichts anderes gewesen als eine Demonstration gegen die Katholiken. Ich habe zur Zeit die liberale Presse sehr genau studiert,

und es ist mir kaum eine einzige liberalerseits gehaltene Sedanrede vorgekommen, in der nicht gesagt wurde: Nachdem wir den äußern Feind niedergeworfen haben, müssen wir auch den innern Feind besiegen. Bischof v. Ketteler sagte schon 1874, weshalb die Katholiken sich an der Sedanfeier nicht beteiligen könnten, nämlich: Wenn erst das deutsche und christliche Volk aus seinem eigenen Herzen heraus ein' großes Volksfest feiert, dann wollen wir mit unsern Glocken und unserem Gottesdienst wahrlich nicht zurückbleiben. Zur Verherrlichung der Feste einer antichristlichen Richtung aber wirken wir nicht mit.

Bei der Herrenhausberatung erklärte Minister Graf zu Eulenburg, es seien vielfach Zwistigkeiten über die Benutzung der Kirchenglocken bei einem Nationalfest aus Anlaß des Kulturkampfes entstanden; deshalb sei es notwendig gewesen, diese Verhältnisse gesetzlich zu regeln.

Die Ausführungsverordnung des Oberpräsidenten zum Glockenparagraphen erging am 4. Juli 1881. Sie bestimmt in § 1 als feierliche Gelegenheiten, bei denen zu läuten ist, *vorbehaltlich jederzeitiger Ergänzung*: Kaisers Geburtstag und sein Vorabend, der feierliche Einzug des Kaisers und der Kaiserin in eine Gemeinde, der *Sedanstag* »als nationaler Gedenktag der glorreichen Ereignisse von 1870/71 und der Wiedererrichtung des Deutschen Reichs«. Nach § 2 bestimmt die bürgerliche Gemeindebehörde Zeitdauer und Art des Läutens. Sie muß nach § 3 von ihrer Absicht die örtliche kirchliche Behörde so zeitig als möglich in Kenntnis setzen. Erklärt diese, das Läuten ausführen zu wollen, so unterbleibt das Läuten durch die bürgerliche Behörde. Andernfalls ist nach § 4 die kirchliche Behörde verpflichtet, den Zugang zum Kirchturm rechtzeitig zu eröffnen. Die bürgerliche Behörde kann nötigenfalls alle erforderlichen *Zwangsmaßregeln* ins Werk setzen. § 5 bestimmt: Bei Unglücksfällen, bei Feuersbrunst, Überschwemmung und ähnlichen Veranlassungen, welche eine Benutzung der Kirchenglocken angemessen erscheinen lassen, um vor einer drohenden Gefahr zu warnen oder um Hilfe herbeizuschaffen, haben die bürgerlichen Gemeindebehörden oder deren Beauftragte das Recht, den sofortigen Zutritt zum Kirchturm zu verlangen und erforderlichenfalls zu erzwingen. § 6 ermächtigt die bürgerliche Gemeinde, sich selbst einen Schlüssel zum Kirchturm anfertigen zu lassen und in Benutzung zu nehmen. Die Kosten des Läutens hat nach § 7 die bürgerliche Gemeinde zu tragen, die auch für Schäden haftet. § 8 *behält eine Aus-*

dehnung der in § 1 geregelten feierlichen Gelegenheiten vor. Die Kölnische Volkszeitung schrieb hierzu am 23. Juli 1881 (1. Blatt): Der h. Sedan ist also richtig in das Verzeichnis aufgenommen worden, ganz wie die Mitglieder des Zentrums bei Beratung des Glockenparagraphen vorausgesagt haben. Was wird das für die Katholiken für ein erhebendes Gefühl sein, wenn im »großen Kulturkampf« am 2. September die Glocken ihrer Kirchen geläutet werden! Ob man sich in Berlin und Koblenz wirklich einbildet, mit solchen Mitteln eine »nationale« Feier zustande zu bringen? Die Erfahrung spricht laut dagegen, aber die Bürokratie muß es besser wissen.

Durch den unglücklichen Ausgang des Krieges und die Staatsumwälzung ist die Verpflichtung zum Läuten bei den im § 1 der Verordnung aufgeführten Gelegenheiten gegenstandslos geworden. Aber besteht überhaupt noch der Glockenparagraph und die Ausführungsverordnung zu Recht, nachdem Artikel 137 der Reichsverfassung in Kraft getreten ist, der in Absatz 3 Satz 1 bestimmt: »Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes?« Bedauerlicher und unverständlicher Weise lassen einen, soweit ersichtlich, sämtliche neueren staatsrechtlichen und kirchenrechtlichen Veröffentlichungen in dieser Frage im Stich, obschon man doch zu ihrer Prüfung wegen der früheren erbitterten Kämpfe allen Anlaß gehabt hätte. Ob bei Unglücksfällen heute noch von der Polizei Glocken gewaltsam geläutet werden können — etwa auf Grund des Preußischen Allgemeinen Landrechts Teil II 17 § 10 — ist zwar zu *bejahen*, aber praktisch ganz bedeutungslos, da kein Geistlicher so gewissenlos sein wird, das zur Abwendung oder Linderung eines Notstandes erforderliche Läuten zu verweigern. Aber kann der Oberpräsident heute andere feierliche Gelegenheiten vorschreiben, bei denen zu läuten ist, z. B. beim Einzug des Reichspräsidenten, oder, um eine als unglaublich erscheinende Möglichkeit zu erörtern, könnte ein kommissarischer Oberpräsident der Rheinprovinz, zu dessen Ernennung ein Einvernehmen mit dem Provinzialausschuß nicht einmal nötig ist, anordnen, daß anläßlich des sozialdemokratischen »Weltfeiertags« am 1. Mai, oder daß am 9. November zur Erinnerung an den Ausbruch der Revolution geläutet werde? Die Beantwortung der Frage hängt ab vom Rechtsgrund des Glockenparagraphen. Ist das darin den bürgerlichen Gemeinden zugesprochene Läuterecht ein Überrest und

ein Ausfluß ihres früheren — wenn auch zweifelhaften — Privateigentums an den Kirchengebäuden, so besteht das Recht auch heute noch. (Art. 153 der Reichsverfassung.) Ist aber die Rechtsgrundlage des Glockenparagraphen nicht das frühere Eigentum der bürgerlichen Gemeinden, sondern stellt sich die einseitig vom Staat vorgenommene Regelung als ein über bloße Staatsaufsicht hinausgehender Eingriff der Staatsgewalt in die innere Selbständigkeit der Kirche dar, so besteht die Befugnis des Oberpräsidenten und der bürgerlichen Gemeinden nicht mehr. Denn diese bisherigen Befugnisse hielten sich dann nicht in den Schranken des für alle geltenden Gesetzes, sondern sie gründeten sich auf ein *Ausnahmegesetz* gegen die linksrheinischen Kirchen, das diesen nicht nur die selbständige Ordnung ihrer Angelegenheiten beeinträchtigt, sondern das den bürgerlichen Gemeinden sogar die zeitweise und entschädigungslose Säkularisation von Kirchengut erlaubt, die durch Artikel 138 Abs. 1 der Reichsverfassung verboten ist. Die Rechte aus § 4 lassen sich nun nicht aus dem angeblichen früheren Privateigentum der bürgerlichen Gemeinden an den Kirchengebäuden herleiten. Es ist anerkannter Rechtssatz, daß die Befugnis, mit den Glocken der dem öffentlichen Gottesdienst gewidmeten Kirchengebäude zu läuten — private Schloß- und Anstaltskirchen scheiden hier aus —, *nicht* der Person des *Kircheneigentümers*, sondern den *kirchlichen Behörden* und *Obern* zusteht. Läge das Recht beim Kircheneigentümer, so hätte ja der Kirchenvorstand als gesetzlicher Vertreter des Kircheneigentums über das Läuten zu bestimmen. Dieses Recht steht ihm aber nicht zu. Für die ausschließliche Befugnis des kirchlichen Obern und gegen die Befugnis des Kircheneigentümers haben sich schon früher die Urteile der höheren Gerichte ausgesprochen, von denen sich eine ganze Reihe in der Kölnischen Volkszeitung vom 18. Januar 1880, 2. Blatt, erwähnt finden. In neuerer Zeit hat im gleichen Sinne das Reichsgericht am 19. November 1903 entschieden (Entscheidungen in Zivilsachen Band 56 Seite 26).

Nun hat bei der Beratung im Herrenhaus Professor Beseler unter Berufung auf Grimms Rechtsaltertümer behauptet, die altdeutsche Rechtsanschauung des Volkes gebe Herrschaft und Gemeinde in vielen Fällen das unbedingte und direkte Recht des Glockenläutens. Dann ist es aber merkwürdig, daß diese angebliche altdeutsche Rechtsanschauung sich nur auf dem linken Rheinufer zu einem Gesetz verdichtet hat, während es in Alt-

preußen, Bayern, Württemberg, Baden und Hessen keine analogen gesetzlichen Bestimmungen gibt (*Hinschius*, Kirchenrecht Bd. 4 Seite 424 Anm. 2). Daß auch auf dem linken Rheinufer der bürgerlichen Gemeinde kein »unmittelbares und direktes Recht des Glockenläutens« zustand, ergibt sich aus den Organischen Artikeln Napoleons vom 18. germinal X (8. April 1802), deren Artikel 48 bestimmt: *L'évêque se concertera avec le préfet pour régler la manière d'appeler les fidèles au service divin par le son des cloches. On ne pourra les sonner pour toute autre cause sans la permission de la police locale.* Das hier vorgesehene Mitwirkungsrecht des Regierungspräsidenten und der Ortspolizei ist in Preußen schon durch Artikel 15 der Verfassungs-urkunde vom 31. Januar 1850 fortgefallen. Von einem Recht oder gar einem einseitigen Recht der bürgerlichen Gemeinde ist also in den Organischen Artikeln keine Rede. Das betont auch Gaudry, Vorstand der Advokatur in Paris, in seiner von A. Reichensperger im Abgeordnetenhaus angeführten Erläuterung, wonach die bürgerliche Gemeinde sogar dann kein Recht des Glockenläutens hat, wenn sie die Glocken der Kirche geschenkt hat. (*La commune ne pourrait ni empêcher qu'on la sonnât pour les offices religieux ni s'en emparer pour les usages profanes.*) Man hat nun, obschon es sich auf dem linken Rheinufer um viele Hunderte von Ortschaften handelt, 3 oder 4 Fälle ausgraben können, die infolge örtlicher Besonderheiten für ein früheres Recht der bürgerlichen Gemeinde sprachen, so in Boppard, aber hier nur an zwei Glocken. Trotzdem hatte der Bürgermeister unter Anwendung von Gewalt mit sämtlichen Glocken läuten lassen. Andererseits aber war ein Bürgermeister in zwei Instanzen wegen Hausfriedensbruchs verurteilt worden, weil er in den Kirchturm eingedrungen war, um gewaltsam läuten zu lassen. Jedenfalls ist ein für das linke Rheinufer früher geltendes Recht, wonach der bürgerlichen Gemeinde eine unbedingte und direkte Befugnis des Läutens zugestanden hätte, nicht nur nicht bewiesen, sondern ausgeräumt. Der Glockenparagraph ist also nur ein einseitiges staatliches Diktat, um das Sedanläuten sicherzustellen, erfolgt auf der Grundlage der Theorie der Staatsomnipotenz auf allen Gebieten, einschließlich des kirchlichen Gebiets, und ist daher durch die Reichsverfassung beseitigt. Hinschius meint allerdings in seinem vor mehr als 40 Jahren erschienenen Kirchenrecht, die gesetzliche Feststellung gewisser Gebrauchsrechte für öffentliche Zwecke an den Kirchen-

glocken werde nicht gehindert, weil hierbei Objekte in Frage ständen, die nach einer Jahrhunderte alten Rechtsanschauung keinen ausschließlich gottesdienstlichen Gebrauchsscharakter besessen hätten. Aber diese Ausführungen beweisen für die vorliegende Frage gar nichts. Auch *Fahnen* werden bekanntlich nach einer Jahrhunderte alten Rechtsanschauung nicht nur für gottesdienstliche, sondern auch für weltliche Zwecke gebraucht. Trotzdem nimmt das Gesetz über das Flaggen durch Körperschaften des öffentlichen Rechts vom 17. März 1929 die Kirchengebäude von der Verpflichtung des Flaggens aus, da man in der Auferlegung einer solchen Verpflichtung mit Recht einen Verstoß gegen die Reichsverfassung erblickt.

Sind auch die staatlichen Befugnisse, das Läuten vorzuschreiben, weggefallen, so wird sich doch auch in Zukunft schwerlich ein Geistlicher weigern, beim feierlichen Einzug des Reichspräsidenten die Glocken läuten zu lassen. In der denkwürdigen Befreiungsnacht zum 1. Februar 1926 haben sich ja auch alle Kirchenglocken Kölns, in 1. Linie die Petersglocke des Domes, in den Jubel der Bevölkerung gemischt. Das Läuten der Kirchenglocken zu weltlichen Zwecken ist ja auch durch canon 1169 § 4 unter gewissen Voraussetzungen für zulässig erklärt. Hier aber handelt es sich darum, ob die Katholiken heute noch *gezwungen* werden können, an Tagen nach Art des »heiligen Sedan« zu *ihrer eigenen Verhöhnung* die Kirchenglocken läuten zu lassen. Und diese Frage ist zu *verneinen*. Wir verdanken es also der Weimarer Verfassung, daß heute nicht mehr der Bürgermeister mit Polizeimannschaft und Waffengewalt in der Kirche aufmarschieren und kommandieren kann: Tür zum Kirchturm auf! Jetzt wird geläutet!

4. Der Übertritt in eine andere religiöse Genossenschaft.

Ein Nachtrag von P. *Philipp Hofmeister* O. S. B. in Neresheim.

In dieser Zeitschrift Bd. CVIII, 1928 S. 419—481 veröffentlichte ich einen Artikel mit der Überschrift: »Der Übertritt in eine andere religiöse Genossenschaft.« Kaum war dieser Artikel aus der Presse hervorgegangen, da veröffentlichte mein Ordensmitbruder, der in Rom lebende Titularabt von Karadigna, Benedikt López, in der

in Rom jeweils mit dem Imprimatur des Kardinalvikariates erscheinenden Zeitschrift »Commentarium pro Religiosis« IX, 1928 p. 217—234 einen Artikel mit dem Thema: »Cuinam debeat legatum annui redditus monacho relictum, ipso post solemnem professionem in aliud monasterium definitive translato.« Die Ausführungen dieses Kanonisten weichen in etwa von den von mir im dritten, »die vermögensrechtlichen Folgen des Übertritts« betitelten Abschnitte meiner Abhandlung niedergelegten Anschauungen ab. Hierzu möchte ich Folgendes bemerken:

Abt López veröffentlicht in seinem Artikel S. 234 den genauen Wortlaut der heute in can. 635 n. 2 lautenden Worte: »et alia bona personalia, si qua habeat religiosus« nach den Schemata zum Kodex aus den Jahren 1912 und 1914¹⁾. Ersterer lautet: »2º . . . pensiones autem et redditus personales, si quos habeat, professum in altera religione sequuntur a die professionis«, letzterer: »... religiosum in altera religione vel monasterio sequuntur a die professionis vel transitus.« Abt López zieht daraus den Schluß, daß unter den »bona personalia« in can. 635 n. 2 Güter zu verstehen seien, die von einem Kloster intuitu personae cum votis sollemnibus erworben worden seien, und behauptet, daß diese Güter in voller Übereinstimmung mit dem alten Rechte auch nach dem neuen dem Mönche in die Genossenschaft ad quam folgen.

Diesen Standpunkt, daß die »alia bona personalia« in can. 635 n. 2 nicht »bona, quae in dominio professi cum votis simplicibus sunt«, sondern »bona a monasterio vel religione intuitu personae cum votis sollemnibus (vel simplicibus) acquisita« sind, habe ich bereits früher schon vertreten; ich wollte auch meiner Überzeugung Ausdruck geben, konnte dieses aber verschiedener Umstände halber nicht tun.

Da somit der Kodex nicht angibt, was mit der vor Ablegung der einfachen Gelübde in der Genossenschaft a qua getroffenen Vermögensdisposition beim Übertritt zu geschehen hat, so muß ich auch hier von neuem meine frühere Ansicht betonen, daß nämlich der in eine andere Genossenschaft übertretende Professe mit einfachen Gelübden nach dem Übertritt eine neue Disposition treffen darf (vgl. can. 580 § 3), wenigstens insoweit,

1) Zuverlässigen Mitteilungen zufolge wird die Einsichtnahme der Entwürfe zum Kodex nur solchen gewährt, die sich in Rom befinden und auch dann nur in Ausnahmefällen, da der Kardinal-Präsident der Kommission für die Interpretation des Kodex die Benützung der Schemata persönlich überwachen will.

als er in seinen Verfügungen die Genossenschaft a qua bedacht hat. Die Erlaubnis zu dieser Änderung seiner Verfügungen ist unseres Erachtens mit der Erlaubnis zum Übertritt von selbst gegeben.

5. Um die Zeit der pflichtmäßigen ersten heiligen Kommunion.

Eine Erwiderung von Pfarrer Dr. *Johann Ernst* in Bamberg.

Zur Besprechung meines Schriftchens: **Die Zeit der ersten heiligen Kommunion und die »Jahre der Unterscheidung« seit dem IV. allgemeinen Konzil vom Lateran (1215).** Historisch-dogmatische Untersuchungen über das kommunionpflichtige Alter. Mainz 1927, Kirchheim ¹⁾ durch Professor P. *Michael Gatterer S. J.* in der »Zeitschrift f. kath. Theologie« 1928, 3. Heft, S. 429—433, welche Besprechung mir leider sehr verspätet zur Kenntnis kam, seien mir in sachlichem Interesse nachstehende richtigstellende Bemerkungen gestattet.

1. S. 430 sagt P. Gatterer: »Nach Ernst versteht *Thomas* und mit ihm andere bedeutende Theologen unter den »Unterscheidungsjahren« das *Pubertätsalter*, also die *Zeit vom 14. (bezw. 12.) Lebensjahre an*. Mit der Geschlechtsreife tritt der junge Mensch ins Vollalter (*aetas perfecta, adulta*) und erlangt auch die geistige Reife, d. h. den vollen Vernunftgebrauch, und wird für seine Handlungen voll verantwortlich. Daher tritt erst in diesem Alter die Kirche mit ihren Geboten an den jungen Menschen unmittelbar heran, verpflichtet ihn zur Haltung derselben und belegt ihn im Fall der Übertretung mit kirchlichen Strafen. Zu diesen Geboten gehört vorzüglich das der Osterkommunion und der Jahresbeicht; dieses letztere aus dem Grunde, weil erst mit der geistigen Vollreife die Möglichkeit, schwer zu sündigen, und daher die etwaige Beichtpflicht gegeben ist.«

Diese Berichterstattung entspricht weder der historischen Sachlage noch den Darlegungen in meinem kritisierten Schriftchen. Die in der oben ausgehobenen Stelle aus der Rezension Gatterers gezeichnete Auffassung von den »*anni discretionis*« des lateranensischen Beicht- und Kommunionkanons *Omnis utriusque sexus* ist allerdings von manchen mittelalterlichen Theologen vertreten worden,

1) Sonderdruck aus diesem Archiv CVII, 433—497.

nicht ganz wenige Partikularsynoden haben dieser Interpretation praktische Folge gegeben (vgl. mein Schriftchen S. 4), aber sie war *nicht die Auffassung des hl. Thomas* und der führenden Größen der mittelalterlichen Theologie, sie war ganz besonders nicht die späterhin in der Theologie und in der kirchlichen Praxis zur Geltung gekommene Theorie.

Es ist wohl richtig, auch nach dem hl. Thomas ist das Alter der *vollendeten* Geschlechtsreife (vom 14. bzw. 12. Lebensjahr an) das *Vollalter* (aetas perfecta), in welchem erst ein *vollkommener* Gebrauch der ausgereiften menschlichen Denk- und Urteilsfähigkeit der Regel nach anzunehmen ist. Aber nach dem englischen Lehrer ist schon im *Anfangsstadium* der geschlechtlichen Ausreife, schon im Beginn der heute sogenannten »Entwicklungsjahre« (um das 10. und 11. Lebensjahr) die menschliche Erkenntnisfähigkeit, der »Gebrauch der Vernunft« soweit entwickelt, um den besonderen Anforderungen zum würdigen Empfang dieses Sakramentes von einzigartiger Würde, welche eine *besondere* Andacht und Ehrfurcht vom Empfänger erheischt (in quo requiritur, ut *cum magna devotione et reverentia ad hoc sacramentum accedat*)¹⁾, gerecht zu werden, so daß in diesem Lebensalter (um das 10. und 11. Lebensjahr) der Regel nach der Empfang der hl. Kommunion, wie als *statthaft*, so auch als *pflichtgemäß* erscheinen muß²⁾.

Der hl. Thomas verlegt mit anderen (nicht allen) mittelalterlichen und späteren Theologen³⁾ den Eintritt der Statthaftigkeit des Kommunionempfanges auf dasselbe Lebensalter wie den Eintritt der Verpflichtung zum Empfang der hl. Kommunion. *Aus diesem Grunde* sagt er in seinem Sentenzenkommentar (In IV dist. 9 a. 5 qu. 4 sol. 4): Pueris jam incipientibus habere discretionem etiam ante perfectam aetatem [pubertatis], puta cum sint decem vel undecim annorum aut circa hoc, *potest* dari (sc. eucharistiae sacramentum), si in eis signa discretionis appareant et devotionis; und wiederum a. a. O.: Illis, qui perfectionis secundae, quae est per actualem devotionem, possunt esse capaces, *debet* dari (sc. eucharistiae sacramentum). Ein Widerspruch oder auch nur eine »scheinbare Inkonsequenz« liegt in der Theorie des hl. Thomas nicht vor. P. Gatterer argumentiert S. 430: »Nun

1) Summa Theol. III qu. 80 a. 10.

2) Vgl. mein Schriftchen S. 12. 26 ff.

3) Vgl. a. a. O. S. 44 ff.

stoßen wir aber auf eine scheinbare Inkonsistenz: die gleichen großen Theologen stellen als Zeit für den erstmaligen Kommunionempfang nicht das 14. (12.), wie man erwarten sollte, sondern das 10. und 11. Lebensjahr auf. Wie ist das zu verstehen? Die von Ernst gegebene Erklärung, daß nämlich im Alter von 10 (11) Jahren der junge Mensch die geforderte Disposition zum andächtigen Empfang des Sakramentes bereits besitze, befriedigt nicht. Daraus würde allerdings folgen, daß dem Zehn- oder Elfjährigen die hl. Kommunion gereicht werden *darf*, aber nicht, daß dies geschehen *muß*. Denn das Kirchengebot beginnt erst mit der Pubertätszeit . . . Wir müssen daher eine andere Erklärung suchen. Wir finden sie, wenn wir die Sprechweise der mittelalterlichen Theologen beachten, wo sie von den Zehn(Elf)jährigen reden. *Sie wenden sich da nicht, wie der Laterankanon, an diese Jugendlichen selber, sondern an die Erzieher* und sagen: Illis (den Zehn- oder Elfjährigen, welche die geforderte *devotio* haben) *debet dari* (oder conferri, sc. eucharistiae sacramentum). Also sie *unterscheiden zwischen der Pflicht des Zöglings und der Pflicht des Erziehers*. Für den *ersten* beginnt sie mit der *Pubertät*; für den *letzteren* (die Kirche, die Eltern, Seelsorger etc.) aber *schon früher*.

Diese »Unterscheidung« erscheint bei Beachtung der wirklichen Sachlage für die Verständlichmachung der »scheinbaren Inkonsistenz« als unnötig, sie ist ohne Fundament beim hl. Thomas.

2. S. 432 bemerkt P. Gatterer: »Wenn der Verfasser sagt (S. 52), im Codex sei eine „Verbesserung“ des Kommuniondekretes Pius' X, weil der Kanon 854, 3 eine eingehendere Kenntnis der christlichen Lehre und eine sorgsamere Vorbereitung von den Erstkommunionkindern (außer der Todesgefahr) verlangt, so wundere ich mich, daß der sonst so ruhig abwägende Gelehrte die unmittelbar folgenden Worte des Kanon übersieht¹⁾, durch welche genau erklärt

1) In einer Anmerkung bemerkt hier Gatterer: »Vorher (S. 31 Anm. 2) kommt E. auf diesen Zusatz zu sprechen, legt aber die fidel mysteria necessaria necessitate medi in willkürlicher Erweiterung aus.« Ich kann diese Beanstandung meiner Darlegung a. a. O. als »*willkürlich*« nicht für berechtigt halten. Ich sage daselbst: »Wenn im Can. 854 § 3 die plenior cognitio et accuratio prae-paratio dahin näher bestimmt wird: ea scilicet, qua ipsi (pueri) *saltem* mysteria necessaria necessitate medi ad salutem pro suo captu percipiant et devote pro sua aetatis modulo ad sanctissimam Eucharistiam accedant, so muß doch die dem kindlichen Verständnis angepaßte notwendige Kenntnis eine *wirkliche* Kenntnis sein, eine im Geiste feststehende wirkliche, wenn auch dunkle Auffassung von den heilsnotwendigen Wahrheiten, als da sind: das Geheimnis

wird, wie diese plenior cognitio doctrinae christianae et accuratio, praeparatio zu verstehen ist. Er müßte sonst finden, daß der Codex genau das Gleiche verlangt, wie Pius X in der Vorschrift 2 und 3 seines Dekretes. Und er würde sehen, daß der Komparativ plenior (cognitio) et accuratio (praeparatio) nicht den Anforderungen Pius' X gegenüber ein Mehr verlangt, sondern nur ans gesunde Kind größere Anforderungen stellt als ans todkranke; von diesen wird nämlich nicht einmal die Kenntnis der heilsnotwendigen Wahrheiten verlangt, sondern nur die Unterscheidung des Leibes Christi von gewöhnlicher Speise und Ehrfurcht.

Aber P. Gatterer hat seinerseits übersehen, daß es in meinem Schriftchen S. 52, unmittelbar vor dem angegriffenen Passus, heißt: »Es ist unleugbar, daß die Bestimmungen des CJC. . . eine Reihe von *formellen und auch materiellen*¹⁾, wir dürfen wohl sagen, Verbesserungen gegenüber dem Dekrete der Sakramentskongregation vom 8. August 1910 enthalten«. Eine materielle Änderung gegenüber dem Dekrete Pius' X kann man vielleicht in dem Zusatz »saltem« (plenior cognitio doctrinae christianae . . . , ea scilicet, qua ipsi [pueri] fidei *saltem* mysteria necessaria necessitate medii ad salutem pro suo captu percipiant)²⁾ finden, durch

der göttlichen Dreieinigkeit, der Menschwerdung des Sohnes Gottes, die Artikel vom Sühneleiden und Sühnetod des göttlichen Heilandes, von der Sünde und ewigen Bestrafung der schweren Sünde, von der Vergebung der Sünde und Befreiung von Schuld und Strafe um des Blutes Christi willen. Ob dieses Lehrpensum zu lösen ist bei Kindern, bei denen eben das Vernunftleben zum Erwachen gekommen ist?« Daß für den Christen die Kenntnis und der Glaube an die Geheimnisse der Trinität und der Inkarnation des Sohnes Gottes »heilsnotwendig« sind, wird von allen Theologen zugegeben. Da aber regelmäßig und sachgemäß auch dem ersten Kommunionempfang der Empfang des Bußsakramentes vorhergeht, so muß im Erstkommunikantenunterricht auch von Sünde, Strafe und Vergebung der Sünde um des Blutes Christi willen gehandelt werden, da diese Wahrheiten für den Empfänger des Bußsakramentes »heilsnotwendig« sind.

1) Eine solche »auch materielle Verbesserung« liegt jedenfalls in § 5 des Kanons 854 vor, der bezüglich des Urteils über die intellektuelle und moralische Reife des Kindes zum Empfange der hl. Kommunion im konkreten Falle die Entscheidung nicht mehr allein »dem Vater oder dessen Stellvertreter sowie dem Beichtvater« überläßt, sondern dem Pfarrer ein Kontroll- und Prüfungsrecht (officium advigilandi, etiam per examen) einräumt und eine solche Kontrolle ihm zur Pflicht macht.

2) In dem Dekret der Sakramentskongregation vom 8. August 1910 fehlt das »saltem«: Cognitio religionis, quae in puero requiritur, ut ipse ad primam communionem convenienter se praeparet, ea est, qua ipse fidei mysteria necessaria necessitate medii pro suo captu percipiat.

welchen Zusatz man kaum mit Unrecht den Wunsch ausgesprochen sehen kann, daß der Vorbereitungsunterricht auf die erste hl. Kommunion sich nicht genau auf dieses Minimum beschränke, mit diesem sich nicht decke.

Aber auch abgesehen davon, so ist jedenfalls der ganze von mir hervorgehobene Passus im Codex eine nicht zu übersehende *formelle* Änderung, und den Grund, warum ich dieser formellen Änderung einen besonderen Wert beilege, die neue Fassung durch den Codex als eine »Verbesserung« ansehe, habe ich in meinem Schriftchen S. 53 dahin formuliert: »Durch diese Bestimmung ist der hie und da in Szene gesetzten Frühestkommunion und der versuchten *Reduzierung* der Anforderungen an die Erstkommunikanten, was religiöse Kenntnis und seelische Vorbereitung anbelangt, auf *ein äußerstes Minimum* ein Riegel vorgeschoben.«

Man wird für diesen von mir besonders betonten Gesichtspunkt ein Verständnis haben, wenn man z. B. in der »Eucharistia« 38 (1927), 167 lesen konnte: »Kardinal Gennari sagt: ‚Dem Kinde dieses (von der Kirche für die Erstkommunikanten vorgeschriebene) Maß von Kenntnissen mitzuteilen, dafür genügt *eventuell schon ein Tag*.«¹⁾

6. Lanfrankus oder Laurentius?

Von Prof. Dr. Franz Gillmann in Würzburg.

Schulte stellte in seiner Abhandlung »Literaturgeschichte der *Compilationes antiquae*, besonders der drei ersten«²⁾ fest, daß in den mit Glossen versehenen Hss der ersten drei *Compilationes antiquae* die Siglen l., la., lau., laur. überaus häufig vorkommen, ja daß diese Siglen nicht selten sogar auf der nämlichen Hss-Seite mit einander abwechseln. Sch. war in seinem Urteil lange Zeit schwankend, ob die genannten Siglen sämtlich den *Laurentius Hispanus* bezeichnen oder nicht, entschied sich aber dann be-

1) Zu den beachtenswerten, »unter besonderer Rücksicht« auf mein im Obigen besprochenes Schriftchen abgefaßten Ausführungen Professor *Gillmanns* über die »*anni discretionis* im Kanon *Omnis utriusque sexus*« im Schlußheft des »Archivs« 1928 — als »erweiterter Sonderabdruck« auch im Buchhandel erschienen — gedenke ich im nächsten »Archiv«-Heft Stellung zu nehmen.

2) *Wiener Sitzungsberichte*, philos.-hist. Kl. 66 (1871), 51—158.

stimmt für die Verneinung der Frage. Die Gründe für diese Stellungnahme waren folgende:

1. Jede Sigle setze voraus, daß der allgemeine Brauch sie auf eine bestimmte Person beziehe, da andernfalls große Verwirrung entstehen müßte. Dem sei auch tatsächlich so im römischen wie im kanonischen Recht. Es könne nun l. und la. *an sich* auf Lanfrankus, Laborans (?) ¹⁾, Laurentius gehen, lau. nur auf letzteren. Es wäre demnach in der Tat sonderbar für Laurentius eine andere Sigle zu verwenden als die ihn unzweifelhaft bezeichnenden lau. und laur.

2. Lau. und laur. kämen so oft vor, daß man kaum annehmen könne, man habe der Abwechslung halber auch l. und la. geschrieben.

3. La. und lan. seien nach Savigny hergebrachte Abkürzungen für Lanfrankus ²⁾. Gerade Lanfrankus sei zweifellos zugleich Zivilist und Kanonist gewesen. Johannes Hispanus de Petesella zitiere ihn in seiner Summa super titulis decretalium als Zivilisten stets mit dominus la. oder dominus lan., als Kanonisten schlechtweg als la. oder lan. auf gegen 50 Seiten — der Leipziger Hss (Cod. Lips. 1009 [= L]) —, den lau. auf 33 Seiten stets konstant und setze wiederholt in derselben Stelle la. und lau. in Gegensatz zu einander. Joh. Hisp. habe sicher nur herkömmliche Siglen gebraucht. Wenn man nun für den Kanonisten Lanfrankus sich derselben Siglen l., la., lan. bedient habe, die dem Zivilisten Lanfrankus, d. h. der nämlichen Person zugekommen seien, so habe sich das wohl von selbst verstanden ³⁾. Zum Beweis seiner Behauptung teilt sodann Sch. 3 nach seiner Anschauung entscheidende Stellen mit ⁴⁾.

In der weiteren Abhandlung «Beiträge zur Literatur über die Dekretalen Gregors IX., Innocenz' IV., Gregors X.» ⁵⁾, worin besonders die Summa des Johannes Hispanus eine eingehende Besprechung erfährt ⁶⁾, erklärt Sch., es sei bisher kaum möglich gewesen festzustellen, welche der Siglen l., la., lan., lau. dem Lanfrankus angehören, oder vielmehr ob ihm überhaupt welche und ob von den mit l., la., lan. bezeichneten Glossen auch einige den Laurentius zum Urheber haben. Die Summa des Joh. Hisp. biete für diese Feststellung ein prächtiges Hilfsmittel und sei deshalb sehr wertvoll für die Glosse zu den Comp. antiquae, bzw. der Glossa ordinaria zur Gregoriana. Denn daß die Sigle

1) S. darüber Archiv f. kath. K.R. 1924 S. 275—277. — 2) Über Lanfrankus vgl. Savigny, Geschichte d. römischen Rechts im Mittelalter 5 (Heidelberg 1850) S. 73—75. — 3) Wiener Sitz.-B. a. a. O. S. 102. — 4) A. a. O. S. 103—106. — 5) Wiener Sitz.-B., philos.-hist. Kl. 68 (1871), 55—127. — 6) A. a. O. S. 61—83.

lau. sich auf Laurentius beziehe, verstehe sich von selber; daß aber auch *nur* diese ihn bezeichne, *l.*, *la.*, *lan.* dagegen den Lanfrankus, ergebe sich aus unserer Summa. *Erstens* seien *l.* und *la* identisch, was aus jener Stelle folge, wo vorher des *l.* Meinung angeführt und dann berichtet werde, eine Dekretale Gregors IX. habe die Meinung des *la.* sanktioniert (f. 79 c. 1). Ebenso werde abwechselnd *la.* und *lan.* gebraucht (cf. f. 113 c. 2). *Zweitens* ständen an verschiedenen Stellen *la.* und *lau.* im Gegensatz zu einander, bzw. als zwei Personen nebeneinander (z. B. f. 79 c. 1, f. 114 c. 2, 114' c. 1, f. 50 c. 1, f. 76' c. 2) ¹⁾.

In seiner Quellengeschichte (1, 198 f.) legt Sch. unter Berufung auf die genannten Abhandlungen dar, zahlreiche Lanfrankusglossen in Hss und die Anführungen besonders von Johannes Hispanus de Petesella stellten außer Zweifel, daß *Lanfrankus* über die drei ersten Compilationes antiquae gelesen und Glossen dazu geschrieben habe, welche bezüglich der Comp. III bis zu einem förmlichen Apparat gegangen sein könnten. Sie seien im Apparat von Tankred benutzt. Durch Joh. Hisp. sei zugleich seine Tätigkeit als Zivilist außer Zweifel gestellt. Seine Sigle sei *l.*, *la.* oder *lan.* Joh. Hisp. zitiere ihn als Legisten wiederholt mit dem für diese von ihm ausschließlich gebrauchten Ausdruck *dominus*. Durch Mißverständnis sei seine Sigle oft mit der des Laurentius verwechselt worden; daher komme es, daß viele seiner Glosse dem Laurentius zugeschrieben worden seien. Von *Laurentius* behauptet Schulte (a. a. O. S. 191), er habe zur Comp. I einen umfassenden Apparat gemacht, zur Comp. II und zur Comp. III dagegen nur einzelne Glossen geschrieben.

Dem gegenüber habe ich wiederholt gelegentlich darauf hingewiesen, daß in den einschlägigen Hss *la.* keineswegs nur für *Lanfrankus* gebraucht wird, die Sigle des *Laurentius* durchaus nicht beständig *lau.* oder *laur.* ist, daß vielmehr in den Hss die Siglen *l.*, *la.* — auch *lan.* (Schreibfehler für *lau.*) —, *lau.* und *laur.* unterschiedslos zur Bezeichnung des gleichen Glossators und zwar des *Laurentius Hispanus* verwendet werden. Die Belege hierfür s. im *Archiv f. kath. KR.* 1925 S. 123, 127 f., 130, 155¹, 156², 163¹, 166²), 187 (S.-A. S. 4, 7², 9, 12, 37², 39², 46², 49²), 72), 492, 495, 503, 526, 527, 530, 531, 531², 535,

1) A. a. O. S. 78.

2) Hierzu sei jetzt schon bemerkt, daß *Johannes Hispanus de Petesella* zum Titel *de iudice delegato* als Vertreter der bezüglichen Anschauung den

541², 546, 547, 556, 558 (S.-A. S. 21, 24, 32, 55, 56, 59, 60, 60³, 64, 70², 75, 76, 85, 87)¹⁾.

Da aber *Schultes* These bis in die neueste Zeit immer noch Anhänger findet²⁾, so soll nunmehr das Problem ex professo zum Gegenstand der Behandlung gemacht werden.

Zunächst möchte ich an einer beträchtlichen Zahl von weiteren Beispielen aus den *Apparaten Tankreds zu den drei ersten Compilationes antiquae* zeigen, daß *Schulte* völlig unzutreffend behauptet, die Siglen I. und Ia. dienten in den Hss nur zur Bezeichnung des Lanfrankus, die Siglen des Laurentius seien konstant lau. oder laur., und daß tatsächlich die sämtlichen mit diesen verschiedenen Siglen wahllos versehenen Glossen der ersten drei *Compilationes antiquae* ohne Ausnahme dem Laurentius Hispanus zugeeignet werden wollen.

Wenn wir mit dem *Tankredapparat zur Comp. I* beginnen, so schreibt Tankred z. B. zu c. 6 At si clerici Comp. I II. 1 (= c. 4 X II. 1) ad v. *que sunt minora*: »§ Quidam huic verbo adherentes dicunt episcopum non posse dispensare in maioribus criminibus. Set eis expresse obviat di. L. Presbiteros (c. 32).

»Ia.« erklärt, also den *Laurentius* mit der Sigle »Ia.« bezeichnet: »Item quero, si tres sint iudices et duo tantum citant non facta mentione tercii, utrum ad talem citationem pars citata venire teneatur. Hec questio movetur infra e. Prudentiam, set non determinatur. Tan̄c.(redus) dicit, quod tenetur venire saltim allegaturus privilegium suum vel prepositurus (!) exceptionem, ut ff. de iud'. Si quis ex aliena, ff. si quis in ius vo. non ierit I. II., infra de ap. Cum parati, vel potest esse, quod ipsi habeant mandatum. Tamen Ia. dixit, quod non tenetur venire. Ego dictum Ia. magis approbo, quia constat istos non esse iudices, set coniudices et ideo non debet venire, arg. ff. de eo peculio Eo tempore (D. 15, 1, 50), ff. si quis in ius vo. non ierit I. II. § I., ff. de iud'. Non videtur (3). Et quod dixit t. citatum debere venire saltim privilegium etc., habet locum, ubi...« (L f. 55 c. 2, f. 55' c. 1). — Außerdem möchte ich ergänzend bemerken, daß auch Cod. Bamberg. Can. 19 [P. II. 6] (= A) »Ia.« hat (f. 83 c. 2), Cod. Bamb. Can. 20 [P. II. 7] (= B) (f. 74 c. 1) und Cod. Marburg. C. 2 (= F) (f. 9 c. 1) dagegen »lau.« bieten.

1) Vgl. auch *Archiv* 1924 S. 34³.

2) Vgl. J. Brys, De dispensatione in iure canonico praesertim apud decretistas et decretalistas usque ad saeculum decimum quartum, Brugis-Wetteren 1925, p. 154, 171, 173, 202, 234; A. Teetaert, La confession aux laïques dans l'église latine depuis le VIII^e jusqu'au XIV^e siècle, Wetteren-Bruges-Paris 1926, p. 231, 232—233 [cf. p. 340]; P. Gillet, La personnalité juridique en droit ecclésiastique spécialement chez les décrétistes et les décrétalistes et dans le code de droit canonique, Malines 1927, p. 121; A van Hove, Prolegomena ad codicem iuris canonici, Mechlin.-Rom. 1928, p. 232.

Ideo dixit *hug̃*, cui consentit *ala*.(nus), *lau*. [D: *la*.] et *vinc̃*(entius), et *ego* idem approbo, quod episcopi dispensare possunt de omnibus, que non sunt eis expresse prohibita, arg. I.(nfra) de sen. Excommuni. Nuper a nobis l'. III. (= c. 3 Comp. III V. 21). *t*.«(ancredus)¹⁾. Die eine Hs hat hier also »*lau*.«, die andere »*la*.«²⁾.

Am Schluß der Glosse zu c. 1 Sollicite Comp. I II. 9 (= c. 2 X II. 13) ad v. *spoliatus*: »§ Quid si spoliatus aliquis stetit per annum nec egit, ut restitueretur, nunquid postea aget? Videtur quod non, quia interdictum, ut nostis, actio pretoria est et pretorie actiones anno expirant, ut in Inst. de perp. et temp. act. (I. 4, 12) in princ. Resp.: Pretorie actiones temporales sunt quoad penam, perpetue quoad rei persecutionem, ut ff. de act. et obl. In honorariis (D. 44, 7, 35), ff. de vi et vi ar. (D. 43, 16) l. I. in prin. Immo secundum canones dico etiam ad danpnium sive penam perpetuo: gi posse, quia nulla conditio [K: contradictio] temporis opponi potest, III. Q. I. Reintegranda« (c. 3) steht in A und K die Sigle »*la*.«³⁾, während die von *Schulte* benutzte Hs *laur*. bietet⁴⁾.

1) Cod. Bamberg. Can. 21 [P. II. 10] (= C) f. 20 c. 1; Cod. Lips. 968 (= D) f. 16 c. 2. In C fehlt die Sigle »*t*.« — Für unseren Zweck belanglose Varianten bleiben hier wie auch im folgenden im allgemeinen unberücksichtigt. — Cf. gloss. ord. eod. ad v. *de adulteriis*.

2) *Johannes Hispanus de Petesella* nennt bei Behandlung der Frage betr. die bischöfliche Dispensationsgewalt, den betreffenden Autor »*la*.« Der bezügliche Text ist aus Cod. lat. Vatic. 2343 mitgeteilt von *Brys* l. c. p. 247¹. Auch L hat »*la*.« (f. 43' c. 3). — Bei *Brys* ist übrlgens zu lesen (l. c.): »... Et, ad decretalem illam infra de iudiciis At si clerici, que dicit episcopos dispensare posse in *adulteriis* et in minoribus criminibus, respondent: Verum est, etiam si super hiis in iure non invenerint dispensatum. In maioribus enim adulterio, nisi dispensatum invenia(n)t, non poterunt dispensare . . . (Simplex) sacerdos enim habet claves ligandi et solvendi . . . maxime *tamen* recipit *cum ordine* administrationem, nam excommunicare non est ordinis tantum, set *etiam* iurisdictionis . . . et sic absolvere *et* excommunicare potest. Ergo . . ., und im Text vorletzte Z. ebenda: »episcopis in iure facultas dispensandi concedatur« (L f. 43' c. 2).

3) A f. 17 c. 1; Cod. Fulden. D. 6 (= K). — *Johannes Hispanus de Petesella* schreibt über diesen Gegenstand (zu dem Titel de restitutione spoliatorum): »... § Et debes scire, quod intra annum vi delectus habet accionem ad omnia, que habebat in possessionem, post annum vero in ea tantum, que ad delectorem pervenerunt, ut ff. de vi et vi ar. l. I. l. I. B., et est iste annus utilis, ut in ead. l. § Annus (§ 39), et hoc secundum leges. Secundum equitatem canonicam semper potest peti restitutio et agi ad omnia, quandocunque constiterit aliquem spoliatum non obstante tempore (!) condicione, ut S. III. q. I. § Reintegranda, *et in hac sententia fuit lau*.« (L f. 113' c. 2, 114 c. 1). Cf. gloss. ord. eod.

4) *Wiener Sitz.-B.* 66, 109.

Zu c. 10 Causam Comp. I II. 18 (= c. 7 X II. 26) ad v. *detinere*: »§ Civiliter, nam naturaliter possidebat. Exigitur ergo civilis possessio ad prescriptionem, quia, ut dicunt *legiste*, illa sola germinat prolem, arg. in Inst. per quas personas nobis adqui. § Set bonē fidei« (§ 4 I. 2, 9)¹⁾ hat A als Sigle »*la.*«, C »*lau.*«, die von *Schulte* benutzte Hss »*laur.*«²⁾.

Zu c. 40 In eminenti Comp. I II. 20 ad v. *sive postea fuerit appellatum* bemerkt T.: »§ Hinc collige, quod si appellatio inhibita est in litteris, non est deferendum appellationi facte etiam post sententiam, quod de plano concessit *alanus* [A: ala.] et hic notavit [A: notatum est] nisi in duobus casibus, quos habes S.(upra) de resti. spo. c. ultimo et S. de dolo Dilecti (c. 3 Comp. I II. 10). Set si iudices gravant litigantem, superior recipere debet appellationem et remove gravamen, ut I.(nfra) de ap. Pastoralis (c. 11) l'. III. Set cum *ego* inveniam infinitos casus, ubi auditur appellans etiam ap.(pellatione) re.(mota), ut I. de of. iu. del'. c. I. et c. Super questionum articulis (c. 6) in fi.(ne) l'. III. et c. ultimo, I. de ap. Significantibus, et c. Significavit (cc. 7, 6 Comp. III II. 19), I. de testibus Significaverunt (c. 9 Comp. III II. 12), I. de ap. Ex parte (c. 5 Comp. III II. 19), I. ut lite non conte. Accedens l'. III. et in multis aliis locis, dico cum *lau.* [C: l.], prout notavit in illa Pastoralis, quod quotiescunque manifeste gravatur aliquis ex litigatoribus [C: litigantibus], licet causa sit conmissa ap. re., legitime potest appellari, quia dominus papa non removet appellationem nisi maliciose appellantibus. Iniuste gravatis non aufert [C: affert] beneficium oppressorum. t.«³⁾ Hier ist wiederum »*l.*« = »*lau.*«

1) A f. 23' c. 2; C f. 29' c. 2. — Ci. gloss. ord. eod.

2) Wiener Sitz.-B. 66, 110.

3) A f. 28 c. 1; C f. 34' c. 2. — Die angezogene *Laurentius*glosse zu c. 11 Pastoralis Comp. III II. 19 ad v. *non debeat impediri* lautet: »§ Et ita frustratoria non debet admitti. Set contra extra de ap. Cum sit romana. Dico: Ibi appellatur frustratoria, i. e. voluntaria, que tamen a(d)mittitur a iure, illa scil. que non fit a gravamine, ut II. Q. VI. Ad romanam (c. 6), ut colligitur ex decretali et capitulis iam dictis, et dicitur talis voluntaria, que non fit a gravamine, frustratoria quadam iuris presumptione, sicut dicitur reus fugitivus et tamen non se(n)per fugit, ut C. de iudi. Properandum § Et si quidem (C. 3, 1, 13 § 2), C. quomodo et quando iudex Autem qui (!) (C. 7, 43, 7). Talem igitur frustratoriam intelligo hic revocari, cum talis admittatur a iure, ut predixi. Set non removetur ea, que fit a gravamine, de qua habes in iam dictis cā. II. Q. VI. Ad romanam et extra. de ap. Cum sint (c. 5 Comp. I II. 20), nec credo aliquem peccare, ubi credit se habere ius in re vel dubitat, si appellat ad

Die Glosse zu c. 14 Illud quoque Comp. I IV. 1 (= c. 11 X II. 23) ad v. *presertim*: »§ Id est si nichil obiciatur contra instrumentum et probetur, quod [D: quia] iam obiciebatur. Vel *presertim*, id est maxime, nam sola fama bene probat matrimonium, nam violenta est presumptio eius, arg. S. de testibus c. II.«¹⁾ hat in D die Sigle »la.«, in K die Sigle »lau.«

Zu c. 1 Duobus Comp. I IV. 4 (= c. 1 X IV. 4) ad v. *fidem pactionis*: »§ Hoc est dicere: Una est fides pactionis, altera consensus, i. e. una dicitur desponsationis, altera coniugii.«²⁾ folgt in A »la.«, in C und D »lau.« — Desgleichen hat in der Glosse zu c. 2 Significavit Comp. I IV. 7 (= c. 2 X IV. 7) ad v. *vis illata fuerit*: »§ Non obligatur ergo quis, ubi intervenit metus, ut XXXI. Q. II. De neptis (c. 3), S. quod metus causa Perlatum³⁾. XXII. Q. III. Inter cetera (c. 22) contra. Solutio: Ibi per [C: propter] culpam incidit in metum, hic secus, vel ibi post iuramentum eam cognovit, hic secus. R.(icard).«⁴⁾ Arg. contra [deest: C] XV. Q. I. Merito (c. 1), S. de iureiuran. Si vero aliquis, extra. *ala*. de iureiuran. Super consultatione« (II, 12, 7 [Wiener Sitz.-B. 65, 662]) A die Sigle »la.«, C dagegen *lau*.«⁵⁾.

Zu c. 1 Falsus Comp. I V. 16 ad v. *Falsus* heißt die Glosse: »§ Casus sic ponitur a *bernardo*: Habebam rusticum quendam in domo mea, quem sollicitabam, ut diceret falsum testimonium pro me, nolebat ipse induci ad hoc nec poterat et sic tacuit diu, tandem minis et favore meo territus acquievit. Dicitur, quod peniteat per biennium, cum quasi coactus tulerit falsum testimonium, et si probare tantum poterit, quod diu tacuit, i. e. quod diu stetit, quod induci non potuit. Alias punitur per quinquennium. Vel legitur de accusatore: *falsus testis*, i. e. accusator, si probet falsum, quod obiecit, penitebit biennio«⁶⁾, in A mit der Sigle »la.«, in C mit der Sigle »laūr.«

superiorem, quia hoc permittitur ei a iure, ut predictum est, et qui peccat, non peccat legis auctoritate, ut XXIII. Q. III(I). Qui peccat (c. 40) ...« (A f. 170 c. 1).

1) D f. 50 c. 1; K f. 42 c. 2.

2) A f. 53' c. 1; C f. 68' c. 2; D f. 52' c. 2.

3) In A folgt nach »Perlatum« »Contra XV. Q. I. Merito« (c. 1).

4) Die *Richardglosse* lautet: »§ S. quod metus c. Perlatum, I. XXXI. Q. II. Si verum (c. 1). I. XXII. Q. III. Inter cetera contra. Solutio: Ibi ... secus« (B f. 38' c. 2).

5) A f. 55' c. 1; C f. 71' c. 2.

6) A f. 70' c. 1; C f. 92 c. 1.

Zu c. 3 Super eo Comp. I IV. 11 (= c. 3 X IV. 11) ad v. *ecclesie consuetudo* findet sich bei Tankred: »§ Que scandalum generet, si non fuerit observata, ut S. e. c. I. in fi. Quod ergo de iam coniunctis sequitur, intelligas *separare*, s.(cil.) ad tempus propter penitentiam, arg. S. de spon. c. ultimo. Set melius mihi videtur, quod ab illo loco *ita quidem quod si eiusdem* etc. redeat ad primum casum, de hiis scil., per quorum alterum contracta est conpaternitas. Set hoc dices scil. inter eos, de quibus dictum est primo. Nam inter eos, de quibus dictum est secundo, licitum est matrimonium, ut S. e. c. I., nec de tali matrimonio dicit alexander, quod dissimulandum est, ne in exemplum assumatur, maxime cum loci consuetudo concordet«¹⁾, in A mit den Siglen »P.(etrus hispanus)., la.«, in C und D mit den Siglen »p., lau.«

Zu c. 2 Ex litteris Comp. I V. 24 (= c. 2 X V. 28) ad v. *usurpavit* bemerkt T.: »§ Verba tantum recitavit iste diaconus, set non confecit, arg. S. LXVIII. di. Presbiteri (c. 2) et I. Q. VII. Daibertum (c. 24). R.²⁾ Et melius de con. d'. I. c. I. in illo versu: non ab eis (§ 3). Secus dicemus in *deposito*. Ille enim conficeret sicut et heretici, ut I. Q. I. Neque, Quod quidam (cc. 36, 97). Non enim papa characterem ordinis vel virtutem tollere potest. I. Set R. contra, ut S. t. pro $\bar{x}$. Sicut presbiter. Set *ego lau.* et ala. (as)sencio. t.«³⁾. Hier wird offenbar auf die gleiche Person mit »l.« und mit »lau.« hingewiesen.

1) A f. 56' c. 1; C f. 73 c. 2; D f. 56 c. 1. Tankred fährt fort: »§ Hec glosa modis omnibus amplexenda est et secundum eius tenorem littera est exponenda, aliter hec decretalis stare non posset. t.« (II. cc.). — Die von Laurentius übernommene *Petrusglosse* s. im Cod. Wirceb. th. f. 122 f. 25 c. 2. — Cf. *gloss. ord. eod. ad v. consuetudo*.

2) *Richard* glossiert eod.: »§ Verba t. r., set non conficit, arg. LXVIII. Presbiteri et I. Q. VII. D«(aibertum) [B f. 50' c. 2].

3) C f. 93' c. 1. — Die *Richardglosse* zu c. 2 Si quis presbiter Comp. I V. 23 (= c. 2 X V. 27) ad v. *fuerit degradatus* hat diesen Wortlaut: »§ Set pone degradatum celebrare, numquid conficit? Videtur, quod sic, quia ordinem non amittit, ut I.(nfra) XX. Q. III. Eos qui (c. 3), I.(nfra) I. Q. I. Quod quidam, I. de con. di. IIII. Ostenditur (c. 32), I. XXXII. Q. VII. Licite (c. 2). Arg. contra di. L. Accedens (c. 10), I. XI. Q. III. Episcopus (c. 65), I. di. LXXXI. Dictum (c. 8), I. XXIII. Q. VIII. Clericis (c. 5), S. de servis non or. Nullus ad gradum (c. 3 Comp. I I. 10), I. d'. LIIII. Nulli (c. 2). R.: Ipsum non credo conficere. *Potuit enim ecclesia auferre potestatem, quam contulit, quamvis enim non possit cata (!) character auferi (!)* sicut nec stigma militi« (B f. 50' c. 1). *Alanus* erklärt eod. ad v. *degradatus*: »Quo ad officium. *Gradum enim depositus non admittit (!)*, ut I. q. I. Quidam« (c. 97) [Cod. Fulden. D. 5 (= H) f. 76' c. 2]. — Cf. *gloss. ord. eod.*

Die gleiche Bewandtnis hat es beim *Tankredkommentar zur Compilatio II.* Z. B. lesen wir zu c. 1 Cum ordinem. Comp. II I. 2 (= c. 6 X I. 3) ad v. *super decimis*: »§ Secus est, si conveniantur super aliis, in quibus non sunt privilegiati«. In A folgt die Sigle »laur.«, in B »l.«, in K »la.«¹⁾ — Zu c. 3 Eam te eod. (= c. 7 X I. 3) ad v. *quam primo* heißt es: »Hec promissio a solo papa fit, ita quod valeat vel quod ex ea aliquod ius acquiratur, ut extra. III. de conces. pre. et ecclesie non va. Proposuit, extra. III. de prebendis Inter cetera. Ab alio vero facta promissio de non vacante non valet, ut extra I. de appell. Relatum, extra I. de concessione prebende et e. non va. Nulla, extra II. e. t. Ad aures. Nec dico promittentem personaliter obligatum ad interesse, ut dixit *alanus* [A: a.] et *quidam alii*, arg. S. de prebendis Relatum, arg. ff. de pactis Inter debitorem § Pactum (D. 2, 14, 42, § 46), arg. I.(n) Inst. de contrahenda enptione § ult. (§ 5 I. 3, 23), quia hoc reprobat extra III. de conces. pre. et ec. non va. c. ult.«²⁾ Hierauf folgt in A die Sigle »lau.«, in B »l.« — Zu c. 6 Rotbertus eod. ad v. *non desistat* schreibt *Tankred*: »§ Propter [B addit: hoc] perversum propositum inpretantis [deest: B] reprobantur hee commissiones [B addit: inpetrantis]. Aliter esset, si quis duas commissiones inpetraret super eodem negotio et ad diversos, quia forte timeret de morte istorum iudicum vel illorum, ut dixi I. e. t. Ex tenore l' III. et ff. de testamentis Unum testamentum (D. 28, 1, 24), et eadem querela profertur diversis tribunalibus, ff. de leg. II. Cum filius Rjo. I.« (D. 31, 76)³⁾, wonach in A die Sigle »la.«, in B, F und K »l.« steht⁴⁾. Von späterer Hand wird hier-

1) A f. 79 c. 1; B f. 71 c. 1; K f. 79 c. 1. — Cf. *gloss. ord.* eod.

2) A f. 79 c. 2; B f. 71 c. 1; — *Tankred* fährt fort: »§ Verumtamen quamvis non obligetur promissor nec aliquod ius acquiratur promissario, ut dictum est, tamen si talis promissio confirmatur a papa, valet et tenet, ut I. de conces. pre. et e. non va. Ea noscitur et c. Insinuavit l' e. t.« (II. cc.).

3) A f. 79' c. 2; B f. 71 c. 2; F f. 2 c. 1; K f. 79' c. 2. — Wir haben hier zugleich einen Beweis dafür, daß *Laurentius auch Zivilist war*.

4) Die zitierte *Laurentiusglosse* zu c. 5 Ex tenore Comp. III. I. 2 ad v. *Ex tenore* hat folgenden Wortlaut: »§ Volunt *quidam* hoc c. intelligere, ubi ex malitia duas commissiones inpetrat, ut adversarius fatigetur, arg. extra. II. e. t. R. de columbellis. Set credo hoc simpliciter esse verum, nisi ubi ad eosdem iudices impetrantur, quod consuevit fieri ad cautelam. Quod tunc valeret, arg. ad hoc ff. (de his) que in testamento delen. I. ult. (D. 28, 4, 4), ff. de testam. Un. t. Set quare non potest sibi consulere in iudiciis timens de morte aliquorum, quemadmodum in testibus, I. ut lite non con. Quoniam? Ratio ea est, quia iudice mortuo superest ordinarius vel papa, alias in testibus non est remedium« (A f. 118 c. 1).

zu in A (l. c.) bemerkt: »§ *Lau.* notavit, quod etiam ad diversos posset inpetrare, si forte timeret de morte istorum iudicum, l. de officio dele. Insinuante l'. III., ff. de testamentis Unum testamentum, et eadem querela defertur diversis, ff. de leg. II. Cum filius l. Ro., et iste reprehenditur tantum propter perversum propositum, quia volebat infestare adversarium apud (!) diversos iudices«. Es ist offenbar, daß »*Lau.*« hier als identisch mit »*la.*«, bzw. mit »*l.*« erachtet wird. — Zu c. 9 Sciscitatus eod. (= c. 13 X I. 3) ad v. *infamem* lesen wir bei Tankred: »§ Si pendente iam iudicio efficeretur infamis vel suspectus, repelli posset, quod non interesset arg. l. de testibus cogendis Preterea l'. e., l. de of. iudicis deleg., Insinuante l'. III., quoniam ea, que postea emergunt, consilio indigent, ut ff. de interro. act. De etate § Ex causa (D. 11, 1, 11 § 8). Secus est, si iam tulisset sententiam et tunc detegeretur fuisse infamis, arg. ff. de officio pretorum Barbarius (D. 1, 14, 3), C. de testamentis (C. 6, 23) l. I. et Cā. III. q. VII. § Tria (dict. Grat. p. c. 1). l. [: B, C, E, F; A: *la.*]. Set arg. contra infra de sententia et re iu. *alani* Ad probandum¹⁾ (l. 11, 9 [Wiener Sitz.-B. 65, 656]), arg. l. de eleccione c. l. l'. III. et C. si a non competenti iudice (C. 7, 48) l. I. Set credo verum esse, quod *laurentius* [: B; A, C, E, F: *lau.*] dicit, ex quo bone fame habebatur, nisi quis vellet aliquid speciale dicere in excommunicato. *t.*«²⁾. Auch hier dienen die Siglen »*l.*« und »*la.*« offenbar zur Bezeichnung des Laurentius. — Eod. ad v. *litteratorie*³⁾ heißt es: »§ S. LXIII. di. c. l. et plū., vel per certum nuntium, ut. l. de of. iudi. dele. Prudentiam l'. e. Ro. I., ff. de rebus eorum, qui sub. tutela l. Magis § Illud quoque (D. 27, 9, 5, § 12)⁴⁾, wonach in A »*lau.*«, in B und K »*l.*« folgt⁵⁾. — Eod. ad v.

1) Diesen Wortlaut hat B. In A findet sich: »l. de sententia et re iudi. l'. III. Ad probandum«, wobei »l'. III.« mit blasserer Tinte auf radiierter Stelle — vermutlich für das ursprüngliche »*alani*« — steht. C liest: »extra. III. de sen. et re iu. Nam (!) ad probandum«. E hat: »extra. III. de sententia et re iu. *alani* Ad probandum« und F: »extra. III. de sen. et re iu. *alani* Ad probandum«. Vgl. hierzu meine Schrift: Zur Lehre der Scholastik vom Spender der Firmung und des Weihesakraments, Paderborn 1920, S. 219 f., und *Zeitschr. d. Savigny-St. f. Rechtsgeschichte*, Kan. Abt. XII S. 432—434 [Kantorowicz].

2) A f. 80 c. 1; B f. 71' c. 1; C f. 102 c. 1; Clm. 3879 (= E) f. 100 c. 2; F f. 2' c. 2. — Cf. *gloss. ord.* eod.

3) Vgl. *Friedbergs* Ausgabe des Corp. iur. can., Anm. 19 zu diesem Kapitel.

4) A l. c.; B f. 71' c. 2; F l. c.; K f. 80 c. 2. — Cf. *gloss. ord.* eod. ad v. *destinare*.

5) In F fehlt die Sigle.

excusari findet sich: »§ Pocius inde debet puniri«¹⁾. Danach steht in A wiederum die Sigle »lau.«, in B »l.«²⁾.

Zu c. 1 Suffraganeis Comp. II l. 3 (= c. 11 X I. 6) ad v. *pallium*: »§ Quid ergo est, quod dicitur consecrationes episcoporum periculose differri propter pallium nondum acceptum, ut di C. Quoniam (c. 1), cum nec sinodum celebrare vel concilium [B: consilium] convocare possit archiepiscopus, antequam habeat pallium, arg. S. e. t. Significasti l' I., I. e. t. Quod sicut l' III. Ob hoc dicunt *quidam* hanc non esse decretalem. Tamen tollerari potest. Videtur enim subesse quedam equitas, ut cum nondum sit in mora petendi pallium, hoc locum habeat. Quod verum non credo, quia in pallio est plenitudo potestatis, ut supra e. t. Significasti l' I. Unde cum per se hoc facere non possit, nec auctoritatem faciendi aliis prestare potest, ff. ad macedo. se. con. Filium habeo« (D. 14, 6, 14) hat A (f. 80 c. 2) die Sigle »lau.«, B (f. 71' c. 2) und C (f. 102 c. 2) »l.«³⁾.

Bei der Glosse zu c. 1 Statuimus Comp. II l. 6 (= c. 1 X I. 10) ad v. *et alia*: »§ Ut s.(cil.) conferat lectoratum in proprio monasterio, arg. LXVIII. di. c. uno, si tamen presbiteri sunt, ut ibi, cum et illa [B: alia] manus inpositio non sit nisi quedam benedictio, ut I. Q. I. Manus« (c. 74)⁴⁾ folgt in A »lau.«, in B, F und K »l.«.

Zu c. 3 Ex tue Comp. II l. 8 ad v. *divini iudicii*: »§ Quia nondum egerunt penitentiam, unde nec ministrare possunt in susceptis ordinibus [deest: B, F], arg. di. XXXIII. Habuisse (c. 7), nec promoveri ad maiora et ita mirum est, quod [B: quo] ita *discole respondet* [B: despondet] *hic papa*, quia cum quesitum fuerit de illis, qui iam egerunt penitentiam, ipse respondet in hoc articulo de illis, qui adhuc tenentur [F: retinentur] obnoxii illis criminibus, et ita non tangit questionem propositam«⁵⁾ steht in A, B und C die Sigle »l.«, während in F die Sigle fehlt. Die unmittelbar folgende Glosse, eod. ad v. *dampnationis* lautet: »§ Set pone, quod egit penitentiam de occulto peccato, numquid poterit in susceptis ordinibus ministrare vel ad maiores ascendere?

1) A f. 80 c. 2; B l. c.; F l. c. — Cf. *gloss. ord.* eod.

2) In F fehlt die Sigle abermals.

3) Cf. *gloss. ord.* eod.

4) A f. 81 c. 2; B f. 72' c. 1; F f. 5 c. 2; K f. 82 c. 1. — Cf. *gloss. ord.* eod. ad v. *alia*.

5) A f. 82 c. 2; B f. 73 c. 2; C f. 104' c. 1; F f. 6' c. 2.

Super hoc diverse sunt opiniones. *Quidam* dicunt, quod quaecunque sit peccatum, dummodo occultum sit, acta penitentia potest remanere in susceptis ordinibus et ascendere ad maiores, ut di. L. De hiis (c. 6). In qua opinione fuit *melendus* et *lau.* [: B, F; A: *la.*] ei favere videtur, unde dicit, *quod papa discole respondet.* *Alii* dicunt, quod nullus mortaliter peccans etiam acta penitentia promoveri potest vel in susceptis ministrare, ut XXV. di. Primum (c. 6). *Tertii* dicunt, quorum dictum amplector, quod si crimen est mediocre et occultum, acta penitentia potest in susceptis ordinibus ministrare et ad maiores ascendere, ut S. e. t. Ex tuarum l'. I., si manifestum, nequaquam, ut di. L. De hiis vero (c. 34). Si autem enorme est, sive occultum sive manifestum, similiter non potest, in quo casu istam decretalem intelligo, arg. di. L. Miror (c. 4). t. 1). Hier wird offenbar auf die vorausgehende, mit »l.« signierte Glosse verwiesen und als deren Urheber »la.«, bzw. »lau.« angegeben. Zu c. 3 Ad hec Comp. II I. 9 (= c. 12 X I. 17) ad v. *beneficium*: »§ Et ita potest filius de legitimo matrimonio genitus habere beneficium in paterna ecclesia, non tamen dignitatem, ut S. e. t. c. I., nec aliud etiam beneficium, quod pater habuerit, arg. S. VIII. Q. I. Apostolica (c. 7), S. e. t. Constitutus, Ex transmissa l'. I. Videtur autem, quod nec aliud beneficium, arg. I. c. proximo. Set vicaria dignitas non est, vel ibi de illegitimo« 2) steht in A und K die Sigle »l.«, in B »lau.« 3).

Zu c. 3 Prudentiam Comp. II I. 12 (= c. 21 X I. 29) hat die Tankredglosse ad v. *constare*: »§ Puta per testes, ut probetur absens longe vel infirmus, arg. I. de cleri. pereгри. c. ult.« (= c. 2 Comp. III I. 16) in A (f. 83' c. 1) und K (f. 84' c. 2) die Sigle »l.«, in B (f. 74 c. 1) dagegen »laurentius« 4). — Zu c. un. Sane

1) Ll. cc. In B fehlt die Sigle. — Vgl. *Wiener Sitz-B.* 66, 115 Nr. 4.

2) A f. 82' c. 2; B f. 73' c. 1; F f. 7' c. 2; K f. 83' c. 1. — *Johannes Hispanus de Petesella* äußert sich über diesen Gegenstand folgendermaßen: »Dicunt tamen quidam, ut *ala.*, *lau.* et *vincen.* et eius sequaces, quod licet filii sacerdotum sint de legitimo matrimonio nati, non tamen possunt habere dignitatem vel beneficium, quod pater habuit, per iura infra e. Ad extirpandas et c. Constitutus et c. Ex transmissa, VIII. q. I. Apostolica. *Alii* dicunt, quod possunt, et intelligunt illa iura de illegitime natis. Et hoc magis placet« (L f. 42' c. 2). *Schulte* liest irrtümlich »lan.« [*Wiener Sitz-B.* 68,76]. Es kann mindestens gerade so gut »lau.« heißen. — Cf. *gloss. ord.* eod. ad v. *obtinere*.

3) In F fehlt die Sigle.

4) In F (f. 9 c. 2) fehlt die Sigle. — Cf. *gloss. ord.* eod. ad v. *canonice*

Comp. II I. 15 (= c. 7 X I. 9) ad v. *sub pena officii*¹⁾ schreibt Tank.: »§ Set cum aliquid sub pena officii vel excommunicationis precipitur fieri vel non fieri, nunquid excommunicatus est, qu venit contra mandatum? Videtur, quod sic, ut LXIII. di. Salonitane (c. 24), S. de eo, qui ordinem furtive recepit c. I. l'. I. Set contra S. de iure pa. Relatum III°. § Ad hoc l'. I. (= c. 27 Comp. I III. 33), quia, ut ibi dicitur, excommunicandus est, arg. XXX. di. per totum, S. X. Q. I. Sacrorum (c. 14), S. de sagittariis c. I. l'. I., I. de emunitate ecclesie c. ult. Nam si velis illam excommunicationem vim sententie optinere, dices omnes romanos et omnes sagittarios esse excommunicatos, quod ecclesia romana non servat. Ad hoc dicunt *quidam*, quod ubi talis prohibitio fit ab homine, excommunicatus est, qui contra facit; ubi autem a canone, non est excommunicatus, set excommunicandus. *La.* [B: *lau.*] dicit, quod ubi papa vel quis prelatus hoc dicit tanquam homo intendens prohibere, est excommunicatus, si tanquam constitutionem faciendo, non. *Mihi* videtur, quod illa non sit forma excommunicandi, set est quedam conminatio, que vim sententie non habet, ut C. conminationes vim sententie non habere l. Interlocutio, Programma (C. 7, 57, 4, 6). Unde dico, quod excommunicatus non est, set excommunicandus, ut dicitur in illa decretali Relatum. Tutius tamen est absolutionem petere, quamvis ligatus non sit. Sic S. de appell. Ad presentiam l'. I. t. «²⁾. Hier hat also A »*la.*«, B hingegen »*lau.*«.

Zu der Tankredglosse zu c. 2 Significavit Comp. II I. 14 (= c. 6 X I. 30) ad v. *receptione*: »§ Cum ipsi testes honerati sint vel valetudinarii vel alio iusto impedimento detenti. Alias bene essent cogendi venire ad iudicem, ut C. de testi. Si quando (C. 4, 20, 19), dummodo non per longum iter, ut ff. de testibus (D. 22, 5) l. III. § ult'.« hat A (f. 84 c. 1) die Sigle »*lau.*«, B (f. 74' c. 1) »*L.*«

Die Glosse zu c. 1 Super eo Comp. II I. 16 (= c. 7 X I. 36) ad v. *beneficio* heißt: »§ Colligitur ex hoc loco, quod transactio non potest intervenire in spiritualibus, et est simile S. de pactis [B: e. t.] Cum pridem (= c. 4 Comp. I I. 26), Constitutus (= c. 4 Comp. I I. 27) l'. I. Arg. contra S. e. t. Statuimus l'. I. et S. de decimis Ex multiplici, Suggestum l'. I. Solutio: Sicut notavit *la.* [B, F: *lau.*], vis facienda est in eo, quod dicit super:

1) Vgl. hierzu *Friedbergs* Ausgabe des Corp. iur. can. zu c. 7 cit. not. 8.

2) A f. 84 c. 1; B f. 74' c. 1.

beneficio, quia tunc nullo modo transactio potest intervenire, ut aliquid detur vel promittatur vel retineatur, quoniam per transactionem titulus non potest acquiri, arg. S. de iure patro. Cura pastoralis l'. I. Si vero res spiritualis petatur tamquam proprietas, tunc auctoritate iudicis talis poterit intervenire transactio, ut res litigiosa inter litigantes dividatur vel unum spirituale pro alio spirituali detur nulla facta refusione rei temporalis, ut I. de permutatione rerum Ad questiones l'. e. Set contradicit I. de prebendis Nisi essent l'. III. R.: Quod ibi dicitur, respectum fuit pro bono pacis et non ex pactione parcium, set iussione et provisione iudicis. t.«¹⁾ Hier ist wieder »la.« mit »lau.« wie im vorausgehenden Beispiel »l.« mit »lau.« identisch.

Das Gleiche ist zu sagen von der Glosse zu c. 3 Ex insinuatione Comp. II I. 18 (= c. 3 X I. 38) ad v. *ipsius archidiaconi*: »§ Arg. quod unius testis creditur dicto, S. de testibus In omni negotio l'. I., S. VIII. Q. III. Talia (c. 1), S. XXVIII. di. De syracusane (c. 13), I. de foro conpe. Licet universis l'. e. Contra S. III. Q. III. § Iurisiurandi (dict. Gr. § 37 p. c. 3), contra S. de testibus In omni l'. I. § Arg. quod in propria causa potest quis testificari, arg. I. de testibus cogendis Pervenit l'. e. Set contra S. de testibus Veniens l'. I., III. Q. III. § Item in crimi. (dict. Grat. p. c. 2), § Nullus ydoneus (dict. Gr. § 24 p. c. 3). Solutio: G. (ilbertus) notavit hoc ideo fieri, quia premortuus clericus super hoc in alio iudicio fuerat introductus, et tunc valet dictum eius in secundo²⁾ ut C. de testibus (C. 4, 20) l. ult. Vel melius, sicut notavit la. [B: lau.], hic presumptio alir qua erat pro archidiacono et etiam reus erat, unde favorabilior et ideo delatum fuit ei iuramentum, quod fieri debuit, ut C. de rebus creditis In bone fidei (C. 4, 1, 3), ff. de iureiur. Admonendi (D. 12, 2, 31), I. de probat. Sicut consuetudo. Vel quia modicum preiudicatur actori, cum salva sit ei actio sua, melius fuit archidiacono favere, qui certat pro dampno vitando, quam ei qui querit adventitium lucrum, ff. de regulis iuris Non debet § I. (D. 50, 17, 41 § 1). t.«³⁾.

Zu c. 3 Contingit Comp. II II. 14 (= c. 5 X II. 22) ad v. *dumtaxat*: »§ Alias non, sicut reticetur clausula testamenti, que alicui ingerit ignominiam, ut C. quemadmodum testamenta

1) A f. 84 c. 2; B f. 74' c. 2; F f. 11 c. 1. — In F fehlt die Schlußsigle.

2) Vgl. *Wiener Sitz.-B.* 66, 119.

3) A f. 85 c. 1; B f. 75' c. 1. — Cf. *gloss. ord. eod. ad v. clerici*.

aperiuntur (C. 6, 32) l. III. § II.ª hat A (f. 90' c. 1) die Sigle »la.ª, B (f. 79 c. 1) »l.ª, F (f. 22 c. 1) »lauṛª¹)

Zur Glosse zu c. 3 Sicut ex litteris Comp. II II. 16 (= c. 13 X II. 24) ad v. *temerarium*: »§ Inmo nec licitum sine licentia superioris, S. XII. Q. I. Non dicatis (c. 11), S. de iuramento calumpnie Inherentes l'. I., I. ne clerici vel mo. Ex parte l'. III.ª²) lautet in A. die Sigle »lau.ª, in B, C, D, E, F »l.ª

Zu c. 6 Consanguinei Comp. II II. 18 (= c. 11 X II. 27) ad v. (penitentiam) *inponendam* hat Tankred: »§ Et cum dolore reddat debitum exacta, l. de divorciis Comes W. (c. 2 Comp. II IV. 13), S. de divorciis Dominus (c. 3 Comp. I IV. 22). *Dic, ut dixi l. de sententia excommunicationis Inquisitioni l'. III. l.ª³)* Die hier angezogene Stelle zu c. 17 Inquisitioni Comp. III V. 21 ad v. *sustinere* lautet: »§ S. de resti. spo. Litteras l'. e. Set contra videtur, quod in hoc casu debeat reddere, set non exigere, S. de divorciis Comes. Set ibi traditur, quod ecclesia in iudicio precipere debeat, hic, quod ad salutem anime in secreto debeat consulere. Unde contrarium consulat ei, quod in iudicio pronunciatum est. *la.ª⁴)* Zu c. 3 Litteras Comp. III II. 6 (= c. 13 X II. 13) ad v. *debet humiliter* tolerare ist weiterhin bemerkt: »§ Sic l. de sententia excommuni. Inquisitioni. Hic iubet papa debitum denegandum, ne contra conscientiam faciendo mortale peccatum incurrat. Set contra S. de divor. Comes W. l'. II. Ibi dicit dominus papa debitum reddendum. Tu solvas hanc contrarietatem secundum distinctionem illius decretalis Inquisitioni, vel dic: Ibi loquitur dominus papa tanquam iudex vel ostendit, quod iudex precipere debet, hic autem tanquam pastor consuluit animabus et sic, *sicut dixit lau.*, aliud statuere debet quis tanquam iudex et aliud consulens anime sue.ª⁵) Hier tritt abermals deutlich

1) In K (f. 93' c. 2) fehlt die Sigle.

2) A f. 91 c. 1; B f. 79' c. 1; C f. 114 c. 2; D f. 90' c. 1; E f. 115' c. 1; F f. 23 c. 2. — Cf. gloss. ord. eod.

3) A f. 92' c. 2; B f. 80' c. 2; C f. 116 c. 2. — In A steht die Glosse ad v. *quantitatem excessus*.

4) A f. 220 c. 2.

5) A f. 152' c. 2. — Tankred fährt fort: »Set pone, quod talis iniuste excommunicatus moriatur, nunquid sePELLIendus est in cimiterio ecclesie, cum apud deum non esset ligatus, ut XXIII. Q. III., Siquis non recto (c. 4)? Rdeco: Si non est absolutus nec petit absolvi, quia »ei vivo non communicavimus« etc., non debet apud ecclesiam sepeliri, ut XXIII. Q. II. Sane (c. 3). Si petit absolutionem nec per eum stetit, quin eam haberet, etiam post mortem ab-

hervor, daß auf die nämliche Person mit »l.«, »la.« und »lau.« hingewiesen wird.

Zu c. 7 Ad audientiam Comp. II II. 19 (= c. 34 X II. 28) ad v. *presbiterum*: »§ Arg. quod si episcopus *bononiensis* petere velit aliquid ab aliquo presbitero *mutinen.* diōc., ipsum presbiterum convenire debet, non episcopum, cui subest, arg. ff. de usufructu Si pendentes § pñf. (D. 7, 1, 27 § 4) et l. Usufructu legato (l) si tributa (52), arg. l. de censibus Cum instantia (= c. 2 Comp. III III. 37). Principaliter [A: principalius] enim causa ipsa spectat ad presbiterum quam ad episcopum muti., arg. C. de liberali causa Principaliter (C. 7, 16, 19). Unde si sciente presbitero ageret bono. episcopus cum episcopo mutinen., fieret preiudicium sacerdoti, si daretur sententia contra episcopum mutinen., cum principaliter spectet defensio ad presbiterum et taceat, ut ff. de re iudicata Sepe (D. 42, 1, 63). Arg. contra ff. de servitut. (D. 8, 1) l. ult., ff. [A deest: de serv. — ff.; B deest: de re iud. — ff.] si servitus vendicetur ls, cuius familia (D. 8, 5, 18), et lata sententia contra presbiterum [F: episcopum] obstat episcopo et econverso, arg. ff. vi bonorum rap. Si servus« (D. 47, 8, 3)¹⁾ folgt in A und B »l.«, in F »lau«²⁾. — Zu c. 16 Secundo requiris eod. (= c. 41 X II. 28) ad v. *ex causa rationabili* bemerkt Tankred: »§ No.(1a), quod appellans non tenetur allegare causam sue appellationis, ut hic et II. Q. VI. Appellatione (c. 31 § 1), eo quod frustratoria appellatio tenet, S. e. t. Personas, Cum sit romana l' I., Set contra S. e. Cum in ecclesia l' e., S. e. t. Relatum l' I., l. de conces. pre. non va. Ea noscitur l' e., l. e. t. Constitutus circa finem l' III., ff. de appellatio. Scio quesitum (D. 49, 1, 3). Solutio: Notavit la. [A: K; B: *laurentius*; F: *lau.*], quod ubi appellatio est inhibita, tenetur quis causam sue appellationis allegare sicut et recusationis, alias vero minime. Vel sic: Generale est hodie, quod hic dicitur, ut non teneatur allegare causam, nisi pauciores appellent contra omnium vel maioris partis voluntatem, S. de his que fiunt a ma. parte c. Cum in cunctis l' I., vel nisi appellent contra id, quod canones precipiunt, ut dicitur in illa decretali l. e. t. Constitutus l' III. Tunc enim si causa, quam allegat, non est sufficiens, non tenet appel-

solvi debet et in cimiterio ecclesie sepelliri, ut l. de sententia excon. A nobis. A.« (A l. c.) — Cf. *gloss. ord.* eod. ad v. *tolerare*.

1) A f. 93 c. 2; B f. 81 c. 1; F f. 27' c. 2; K f. 97' c. 2.

2) In K fehlt die Sigle.

latio, ut ibi dicitur. *t.*«.) Hier haben wir wieder: *la.* = *lau.* = *laurentius*.

Die Glosse zu c. un. Bone memorie Comp. II II. 21 (= c. 3 X II. 30) ad v. *nullis litteris*: »§ Generalitas ergo nil revocat, arg. ff. de l. cor. de falsis Divus (D. 48, 10, 15), ibi »nec generaliter circa principium, nec valet legatum vel stipulatio fundi in genere facta nullo fundo demonstrato, ff. de iure docium Cum post divorcium § Gener a socero (D. 23, 3, 69 § 4), arg. I. de ap. Sciscitantibus l' III., ff. de iure fisci Ita fidei« (D. 49, 14, 40)²⁾ trägt am Schluß in A (f. 95 c. 1) die Sigle »*lau.*«, in B (f. 82 c. 2) und in F (f. 31 c. 2) die Sigle »*l.*«

Zur Glosse zu c. 1 Non amplius Comp. II III. 6 (= c. 1 X III. 7) ad v. *absque penuria*: »§ Ut l.(nfra) c. pro $\bar{x}$., et hospitalitatem servare, ut S. de prebendis c. ult. l' I., S. de supplenda neg. prelatorum Sicut nobis (c. 2 Comp. II I. 6). Set numquid a contrario sensu habet locum arg., ut tot recipiantur, quot [B: quod] sufficere possint? Sic I. e. c., arg. I. de consti. c. ult. l' III., I. de censibus c. I. l' III., arg. S. XII. Q. I. Precipimus (c. 24), XVI. Q. VII Omnes (c. 10). Propter minimum tamen incrementum non dicam recedendum a numero consueto, arg. C. de alluvionibus (C. 7, 41 l. pñf. et ult.«³⁾) findet sich in A (f. 96 c. 1), B (f. 83 c. 1) und K (f. 101 c. 1) die Sigle »*l.*«, in F (f. 33' c. 1) »*lau.*«; zu c. 2 In congregandis eod. ad v. *canonice*: »§ Ut, si monachi sunt, percipiant de communi illa, que exprimuntur I. de statu monachorum Cum ad monasterium l' III., si clerici, victum et vestimentum [B, F: tegumentum], ut S. XII. Q. I. Ex hiis« (c. 22) in A (l. c.), B (l. c.) und K (f. 101 c. 2) gleichfalls »*l.*«, in F (l. c.) wiederum »*lau.*«; zu c. 3 In ecclesia eod. (= c. 2 X III. 7) ad v. *in canonicos*: »§ Id est in canonicorum numero, quia canonici non possunt esse. Alias bene possunt habere beneficium ab ecclesia, quod familiaritas appellatur, ut extra. *alani* de prebendis Constitutus« (III, 4, 7) [Wiener Sitz.-B. 65, 663]) in A (f. 96 c. 2), B (f. 83 c. 2) und C (f. 120' c. 1) »*l.*«, in F (f. 33' c. 2)⁴⁾ »*lau.*«; zu c. 4 Ea noscitur eod. ad v. *indulgendum*: »§ Et sine hac indulgentia posset episcopus iste hoc facere, cum iste ecclesie essent in iurisdictione sua, S. de religiosis domibus Ex xenodochiis l' I.« wiederum in A (l. c.) »*la.*«, in B (l. c.) »*l.*«, in F (f. 34 c. 1) »*lau.*«.

1) A f. 94' c. 1; B f. 82 c. 1; F f. 30 c. 2; K f. 99. 1. — In K folgt nach »dicitur«: »Hec questio solvitur hodie in const. domini inno $\bar{c}$. Ut debitus honor. *t.*« — 2) Cf. gloss. ord. eod. — 3) Cf. gloss. ord. eod. — 4) F hat f. 33' siebenmal »*lau.*«, A (f. 96) und B (f. 83) haben in allen diesen Fällen »*l.*«

Die im *Archiv* 1924 S. 260¹ zu c. 1 Interrogatum Comp. II III. 20 ad v. *voluerint* mitgeteilte Glosse hat in A (f. 101 c. 2): » . . et hoc notavit *la.*, scil. quod non comprehendit . .«, in B (f. 87 c. 1) »*lau.*«, in C (f. 126 c. 2), F (f. 42' c. 1) und K (f. 108 c. 2) »*l.*«. So findet meine These auch hier eine neue Bestätigung. — Bei der Glosse zu c. 2 Laudabilem eod. (= c. 1 X III. 33) ad v. *ad religionem*: »§ Licet male dixerit in tribus sequentibus questionibus dominus papa, hoc quod hic dicitur, verum est, quia pro fornicatione tam spirituali quam carnali potest quis dimittere uxorem et intrare religionem, ut XXVII. Q. II. Agathosa (c. 21) et XXVIII. Q. I. Ydolatria« (c. 5) lautet der Schluß: »Nec est indistincte verum, *quod notavit la.* [A; B, F: *lau.*; C: *lan.*; K: *l.*] *supra. t.*«¹). Hier finden sich wieder zur Bezeichnung der gleichen Person die Siglen »*l.*«, »*la.*« und »*lau.*«²). — Zu c. 3 Intelleximus Comp. II III. 26 (= c. 1 X V. 32) ad v. *adiuvantur*: »§ Et ita unum ius adiuvat aliud, ut C. de novo C. componendo Hec que, ibi: preterquam si iuris divisione [B: iurisdictione] aliqua adiuventur«³) folgt in A (f. 104 c. 1) »*lau.*«, in B (f. 89 c. 1), F (f. 50' c. 2) und K (f. 112 c. 1) »*l.*«; zu c. 4 Ad audientiam eod. (= c. 5 X III. 48) ad v. *consentit*: »§ Alias non, ut XVI. Q. I. c. I., I. de excessibus prelatorum Sicut unire (c. 4 Comp. II V. 13). In hoc ergo tantum est hic [A: hec] in-

1) A f. 101' c. 2; B f. 87 c. 2; C f. 126' c. 2; F f. 43' c. 1; K f. 109 c. 1. — Die fragliche, unmittelbar vorausgehende, interessante *Laurentius*glosse, eod. ad v. *et liber aditus* pateat heißt: »§ Salva pace tua non fuisset inutile hic dubitare et non ita respondere. Nam per omnia male respondes [B: respondetur] secutus errorem responsionis, quam fecisti in precedenti §. In prima enim questione male respondes, quia das liberum aditum viro vivente uxore nec vovente nec alias peccante intrandi monasterium contra id, quod habes S. de conversi. coniu. per totum l'. I., et expresse contradicit *innocencius* I. de divorciis Quanto te. l'. III. In secunda similiter male, quia dum vivente uxore cum illa secunda scienter contraxerit, plus fecit, quam si ei fidem daret. Ideo eam [B: iam] prima defuncta habere non potest, ut l. de eo qui duxit in matrimonium, quam pol. per ad. c. I. et II. In tertia et quarta similiter male, nam cum utrique sint [deest: B] ex adulterio nati, non possunt legitimari [B: legitimam] per sequens matrimonium, ut S. qui fil. sunt leg. Tanta (c. 6 Comp. I IV. 18). Tu tamen secundum errorem [B: ordinem] tuum precedentis §, negares has omnes rationes, quas ego pono pro constanti secundum responsionem *gratiani* XXVII. Q. II. § ult., I. de divorciis Quanto te l'. III. l. (ll. cc.). Alle zitierten Hss haben hier »*l.*«, außer K, wo die Sigle fehlt.

2) »*lan.*« in C ist zweifellos Schreibfehler. Vgl. *Archiv* 1925 S. 529¹, 530 (S.-A. S. 58¹, 59).

3) Cf. *gloss. ord.* eod.

dulgentia, quia clerici non audiuntur reclamantes, ut I.(nra) sequitur« folgt in A (l. c.) »*la.*«, in B (l. c.) und K (f. 112 c. 2) »*l'.*«, in F (f. 51 c. 1) »*lau.*«¹⁾ — Zu c. 1 Quoniam Comp. II III. 27 ad v. *recedant*: »§ Etiam in tribus predictis, nam in aliis iam recesserant, vel hoc exaudi de [B: a] recessu a cohabitatione et a loco« steht in A (f. 104' c. 1) die Sigle »*lau.*«, in B (f. 89 c. 2) und F (f. 51' c. 1) »*l.*«.

Zu c. 1 Ex litterarum Comp. II IV. 5 (= c. 4 X IV. 7) ad v. *separare* schreibt Tankred: »§ I.(nra) e. t. c. pro $\bar{x}$. S. de spon. c. ult. l'. I. contra, S. e. t. c. I. contra l'. I. [B deest: contra, S. — l'. I.]. Solutio: Hii scienter coniuncti [B: comunti] sunt, s.(cil.) quod nondum primum matrimonium fuerat separatum, ibi vero ignoranter et bona fide, vel illud in favorem mulierum, que non peccaverunt, hic autem uterque peccavit. Et cum favore mulierum [B deest: que — mulierum] sit statutum, notavit *la.* [: A, D; B, E: *lau.*], quod non est ius comune (!) id, quod dicitur in illa decretali, set potius personale, et dicit, quod non est ibi matrimonium. Tenetur tamen ei ministrare necessaria. Debitum tamen neuter a reliquo exigere potest, cum non sint vir et uxor. t.«²⁾. Wir machen hier wieder die Wahrnehmung, daß die gleiche Person von den einen Hss mit »*la.*«, von den andern mit »*lau.*« bezeichnet wird. — Zu c. 2 Cum haberet eod. (= c. 5 X IV. 7) ad v. *subministrat* heißt es im Tankredapparat: »§ Hoc regulariter verum est, ut alimenta secundum facultates decernantur, ut ff. de liberis agnoscen. Si quis a liberis § Competens [A: Competeres] et § Si quis ex his (D. 25, 3, 5 §§ 7, 10). Nota tamen, quod si filius est minor triennio, mater tenetur eum alere, deinde vero pater, ut C. de patria po. l. pñl $\bar{r}$. (C. 8, 46 [47], 9) et ff. de liberis agnos. Si quis a liberis § Non tantum (12). Quod tamen *a.* [B: az; F: hac] ita intelligit, si non dedeceat matrem [deest: B] eum lactare. Preterea nota, quod sicut parentes tenentur alere filios, ut S. di. I. Ius naturale (c. 7), sic et filii parentes, dum tamen egeant, ut XXX. [A: LXXXVI; B: XXXVI] di. c. I. et XXII. Q. IIII. Inter cetera (c. 22), alias nec isti istos nec econverso, ut in lege Si quis a liberis R $\bar{s}$ o. I. et § I. Recusare tamen potest pater filium alere ex iusta causa, puta si forte eum accusavit, ut in lege predicta § Si quis ex hiis (10).

1) Hieran schliesst sich an: »§ S. XVI. Q. V. Si quis episcoporum, Lator (cc. 8, 10), S. XVIII. Q. II. De monachis (c. 12) et c. Cellulas« (13) [II. cc.].

2) A f. 106' c. 1; B f. 91 c. 1; D t. 105' c. 1; E f. 136' c. 2.

Ubi autem pater et filius egent, mater compellitur alere, ut in dicta lege § Utrum (2) et Rso. I. et e. t. l. pñfā. Si autem mater aleret, dum pater habundat, potest, si fuerit protestata, sumptus repetere, ut ff. de neg. g. Nesennius (D. 3, 5, 33 [34]), cum distinctione tamen, ut ibi notavit az.«(o)¹). Die unmittelbar folgende Sigle ist in A »lau.«, in B und F »l.«.

Die Glosse zu c. 1 Ex litteris Comp. II IV. 9 (= c. 3 X IV. 15) ad v. licet non sit *tutum* indulgeri hat diesen Wortlaut: »§ Si impedimentum illud precessit matrimonium nec potest ei humano auxilio subveniri, quare non est ei, tutum aliam uxorem accipere vel quare ecclesia non dat ei secure licentiam? Rso.: Quia dubium est, an possit ei subveniri. Non [F addit: tamen] est tutum licentiam dare, quia [B: quam] potius esset in altera parte sententiandum [B: servandum], arg. S. de spon. Iuvenis l. I., S. de regulis iuris Estote, XI. Q. III. Grave (c. 74). Vel ideo non est tutum aliam accipere, quia in culpa fuit differendo matrimonium vel, sicut notavit la. [A; B: l.; F: lau.], quia precluserit ei viam cum alia contrahendi, et hec lectura magis mihi placet, vel [A, B addunt: si] intelligatur vicium illud supervenisse matrimonio. Tunc [B: nunc] planum est, quod hic dicitur.«²) Hier haben die Hss wieder für die nämliche Person die Siglen l., la. und lau. — Bei der Glosse zu c. 2 Dilectus Comp. II IV. 12 ad v. *accusatio* nullatenus deinceps admittatur: »§ Eorum, de quibus premissum est. Alii, qui forte absentes fuerunt, si suspitione [B: susceptione] carent, admittentur [B: admitterentur], ut S. e. t. Consuluit (c. 2 Comp. I IV. 19), I. e. t. A nobis« (c. 4) steht in A (f. 108' c. 1) die Sigle »lau.«, in B (f. 92 c. 2) und F (f. 58' c. 2) »l.«

Zu c. 2 Plerumque Comp. II IV. 14 (= c. 4 X IV. 20) ad v. *dotalitium* bemerkt Tankred: »§ Set pone sententiam divortii [B: divorciis] latam esse quo ad thori separationem propter fornicationem a muliere commissam, demum probatur consanguinitas inter tales coniuges extitisse, separantur omnino, ita quod pronuntiatur matrimonium nullum fuisse inter eos, mulier repetit dotem, tamquam adulterium non commiserit, queritur, an possit. Et quod possit, probatur non obstante illa sententia, ex quo lux veritatis monstratur [B deest: non — monstratur], arg. [B: al'.] S. di. VIII. Veritate (c. 4), ff. de condi. sine causa Si fullo (D. 12,

1) A f. 106' c. 2; B f. 91 c. 1; F f. 55 c. 2. — Cf. *gloss. ord.* eod. ad v. *secundum facultates*.

2) A f. 107' c. 2; B f. 91' c. 2; F f. 57 c. 2.

7, 2) et l. Avunculo (5), l. e. t. c. l. l'. III., quia in tali casu dos nulla esse potest, nec illa prima sententia vim rei obtinet iudicate, arg. S. de cland'. despon. Ex litteris. Unde colligitur, quod quicquid nomine dotis dedit, repetere potest. Set contra res iudicata pro veritate habetur, l. de sententia et re iudicata Inter monasterium l'. III., ff. de regulis iuris Res iudicata (D. 50, 17, 207), ff. famil'. herc. Cum putarem (D. 10, 2, 36), quoniam ex sententia ius lit inter partes, ut l. de sen. et re iudi. Cum inter vos l'. III. Preterea adulteria sicut et reliqua crimina secundum intentionem iudicantur, arg. XXXIII. Q. II. In lectum mariti (c. 6) et de pe. di. l. Si cui (c. 30), ff. de furtis Qui iniurie (D. 47, 2, 54 [53]), l. de bigamis Nuper l'. III.

Solutio: *Lau.* [: A, B, F; K: *la.*] et *quidam legum doctores* dicunt, quod perdidit dotem, arg. hic et ff. ad legem iul'. de adul'. Si uxor (D. 48, 5, 14 [13]). Est tamen ibi arg. contra.¹⁾ Hier verwenden die Hss wiederum für eine und dieselbe Person die Siglen »*la.*« und »*lau.*«

Zum gleichen Ergebnis führt die Durchforschung des *Tankred-apparats zur Compilatio III.* So steht zu c. 8 Causam Comp. III. l. 2 (= c. 18 X l. 3) ad v. *de receptione* in D. (f. 87 c. 1): »§ Quo ad interpretationem [K: interruptionem]. t. § Quia per totum negotii processum de iure procedendum est, arg. C. de appell. Eos (C. 7, 62, 6). *la.*« K hat (f. 130' c. 1) ad v. *praecedat* die nämliche Glosse, jedoch mit der Sigle »*lau.*«²⁾. — Zu c. 9 Constitutus eod. (= c. 19 X l. 3) ad v. *salva se. ap. auctoritate* findet sich die Glosse: »§ Si in omni tali iuramento senper intelligitur auctoritas maioris excepta, ut hic dicitur, l. de iure i. Veniens (l) c. 5 Comp. III l. 15), ergo non facerent contra iuramentum, si ad mandatum domini pape illum reciperent. Item si talis conditio inest iuramento et pape displicet, non est periurus, qui contra

1) A f. 109 c. 1; B f. 93 c. 1; F f. 60 c. 2; K f. 118' c. 2. — Tankred fährt fort: »Ego credo, quod si in priori iudicio [F addit: nichil] super matrimonio et dote fuit sententiatum nec sit per appellationem revocata sententia, tunc perdere dotem debet. Si vero in priori iudicio nichil de dote actum fuit, ex quo per sententiam constat matrimonium nullum fuisse, ergo nec dos nec adulterium fuit, ergo non perditur, quod dedit tanquam dos (l), precipue cum pene sint moliende, de pe. di. l. § Pene, (c. 18), et mellius est favere receptori [F: petitori] quam adventitio lucro, ut ff. de regulis iuris Non debet § l. t. (ll. cc). — Cf. gloss. ord. eod. ad v. *repetere non valetur*.

2) Cf. gloss. ord. eod. ad v. *praecedat*.

illud venit, nec est necessaria dispensacio. Propter hoc dixit Io. (teuton.) hanc condicionem iuramento non inesse, set ideo dicitur auctoritas domini pape excepta, quia non preiudicatur ei, quin possit contrarium statuere. *Alii dicunt, quorum sequor opinionem*, quod re vera in hoc iuramento hec condicio intelligitur, quamvis non apponatur, sicut multe alie condiciones subintelliguntur, ut XXII. q. II. Beatus Paulus (c. 5) et I. de iure iurando Quemadmodum circa prin. Unde si dominus papa mandasset ex certa scientia illum recipi in canonicum non obstante illo iuramento, non essent periuri canonici, si paruerint ei, ut expresse dicit [K: dicebat] quedam decretalis, quam introducit [A: inducit] *lau.* [: A; D: *la*; K: *lau*̄] hic, extra. *Gil.*(berti) de iure iuran. Ex tenore [*Wiener Sitz.-B.* 65, 652). Set quia tacita ve.(ritate) inpetrauit lit.(teras) illas iste p., ideo non valuerunt nec quod per eas factum est. *t.*¹⁾ Hier haben wir wieder »*la.*« = »*lau.*« = »*lau*̄.«

Zu c. 1 Cum ex illo Comp. III I. 5 (= c. 1 X I. 7) ad v. *privilegio* schreibt T.: »§ In hoc differt imperium quo ad iurisdiccione[m] a papatu, quia imperator a populo habet iurisdiccione[m], in Instit. de iure naturali § Set quod principi (§ 21 I. 1, 2), licet dicatur in aut. quomodo oporteat episcopos, quod ab eodem principio sint (Nov. 6 pr.), set ecclesia romana [A addit: a] nullis synodicis statutis, set voce domini prelata est, ut hic et XXI. di. Quamvis (c. 3). *lau*̄.« [: A; D: *la.*]²⁾. Hier heißt abermals die gleiche Person »*la.*« und »*lau*̄.«

Zu c. 2 Qualiter Comp. III I. 6 (= c. 17 X I. 6) ad v. *quam a laicis* bemerkt T.: »§ Etiam qui unicam rem de hereditate attingendo tractavit, videtur administrasse, ut ff. de acquir. her. Iulianus § Si servus« (D. 29, 2, 42 § 2)³⁾ worauf in D die Sigle »*la.*«, in K »*lau.*« folgt. — Zu c. 2 Ad supplicationem Comp. III I. 8 (= c. 9 X I. 9) ad v. *mortis periculum*: »§ Quoniam habebat ibi persecutores et inimicos, vel forte qualitate loci hoc faciente, arg. LXXIII. di. Quorundam« (c. 6)⁴⁾ steht in A die Sigle »*lau.*« in D und K »*la.*«

Zu c. 7 Pastoralis Comp. III I. 18 (= c. 28 X I. 29) ad v. *iniustam* erklärt T.: »§ S. de sententia et re i. Super eo l'. II. (c. 4

1) A f. 118' c. 2. D f. 117 c. 2; K f. 130' c. 2. In K fehlt »*t.*« — Cf. gloss. ord. ad v. *iuramento*.

2) A f. 123 c. 2; D f. 121' c. 1. — Cf. gloss. ord. eod.

3) D f. 123' c. 1; K f. 139 c. 1. — Cf. gloss. ord. eod. ad v. *administrationi*.

4) A f. 133' c. 1; D f. 132 c. 1; K f. 150 c. 1.

Comp. II II. 18) e contra. Solutio ibi et hic in glosa *lau.*, que incipit: *Secus si sciat. t.*¹⁾ Diese *Laurentiusglosse* eod. ad v. *sententiam illam iniustam* heißt: »*Secus si eam nullam sciat*, puta a non suo iudice, S. de *sententia et re iudi.* Super eo l'.II., ff. de iud'. Si pretor (D. 5, 1, 75), arg. ff. de condi. causa data (D. 12, 4) l. II. Set ubi scit eam iniustam, i. e. latam contra ius litigatoris, exequi debet, multo magis, ubi dubitet, ut l. de ma. et o. c. ult. Set quomodo parebit huiusmodi precepto tam iniquo, ut rem auferat vero domino, cum iura hoc inhibeant, ut l. di. Si quis prepostera (c. 27), XI. Q. III. Non semper (c. 92), XXIII. Q. I. Quid culpatur (c. 4)? Rjo.: Hoc preceptum licet sit iniquum, iustum tamen est, i. e. de rigore iuris inductum et ideo est exequendum. Nam ex quo lata est sententia iniusta contra litigatorem nec appellaverit elapso decendio, de rigore iuris inductum est, ut executioni mandetur, arg. C. ut lite pen. (C. 1, 21) l. ult. Spontanea enim appellationis omissio turpitudinem purgat, que sententie inerat, arg. ff. de condit. ob tur. causam Si ob turpem (D. 12, 5, 8), vel si appellaverit iterum et iterum succubuit. Et hoc de iuris rigore inductum est, ne litem debeat refricare, ut aliquis sit licium finis. De iniuria tamen iudicis conqueretur, in Instit. de ob. que ex quasi delic. (l. 4, 5) in prin. Sic et prescriptio iniqua est, quia locupletatur quis cum aliena iactura, et tamen iusta, quia a iure inducta. Dic ergo *iniustam* quo ad causam vel animum, iusta tamen est, cum iam decendium sit elapsum. Set ubi fit ex falsa causa, ut dixi, vel in ea causa, quod retractari debeat, non exequatur, quia ibi non capit robur a iure. *la.*²⁾ Hier wird der offenbar gleiche Autor in der nämlichen Hs »*lau.*« und »*la.*« genannt.

Zu c. 8 Ex litteris eod. (= c. 29 X I. 29) ad v. *satisfactum* lesen wir: »§ Hoc iuris est, ubi quis pro manifesta offensa excommunicatus est, ut prius satisfaciat quam absolvatur, ut l. de ver. sign. Ex parte; si vero pro contumacia vel occulto delicto, statim debet absolvi prestito iuramento, quod parebit mandatis ecclesie, ut ibidem dicitur, S. de officio iud. ord. Quesitum l'.I. Arg. contra hanc distinctionem S. de appell. Qua fronte § Sane (c. 41 Comp. I II. 20), ubi dicitur, quod excommunicatus pro contumacia vel pro qualibet alia causa etc. *Lau.* [A, K; D.: *la.*] dixit, quod illud optinet in egrotante, ne decedat excommunicatus, vel

1) A f. 140' c. 1.

2) A f. 140' c. 2. — Cf. *gloss. ord.* eod. ad v. *etsi sciat*.

si bene inspiciatur littera illa, non est contraria distinctioni premissae. t.«¹⁾ Auch hier wird die gleiche Person mit »lau.« und »la.« bezeichnet. — Eod. ad v. *inanem* steht die Glosse: »§ Ut pote a non suo iudice latam, unde est hic evidens arg., quod patriarcha sive archiepiscopus non est ordinarius iudex in provincia, arg. VIII. Q. III. Conquestus« (c. 8)²⁾, in A mit der Sigle »laūr., in D und K mit »la.«

Die Glosse zu c. 10 Cum in iure eod. (= c. 31 X I. 29) ad v. *de mandato* lautet: »§ Hoc valde notabile est, quod liceat exhibeatur sententia delegati, ei tamen non creditur nec presumitur pro sententia, nisi ostendatur commissio, nec creditur iudici, si se delegatum dicit, arg. I. de testibus c. I. Et idem dicit l.(ex) in arbitro, quia non statur verbo eius, si dicit sacramentum a partibus interpositum [D: impositum], et ita deberet valere eius sententia, ut C. de arbi. l. III. § Sin autem (C. 2, 55 [56], 4 § 5), arg. C. de manda. prin. (C. 1, 15) l. una. Caveat ergo, quicunque impetrat a principe causam suam committi alicui vel delegari, ut si sententia lata fuerit pro eo a delegato, ita bene custodiat commissionem ad perpetuam rei memoriam sicut et ipsam sententiam. Lapsu enim temporis si exhiberet sententiam sine commissione, pulsatus forte ab adversario vel eius herede, non valeret ei, nisi probaret de commissione, et ita probavit dominus *innocentius* in causa, que erat inter gurcen. et salseburgen. ecclesias, ut non staret sententie, que proponebatur lata a delegatis pro salsebur. ecclesia, nisi probaretur, quod causa eis commissa fuisset a papa. Sententie autem ordinarii semper statur et pro ea presumitur, quia ibi constat de iurisdictione, I. de sententia et re iudi. Sicut nobis, II. Q. VI. Hoc etiam« (c. 37)³⁾, in A schließend mit der Sigle »lau., in D und K mit »la.«

Die Glosse zu c. 4 Cum dilecti Comp. III II. 5 (= c. 6 X II. 12) ad v. *prevalere*: »§ Semper enim proprietas tanquam dignior trahit ad se possessionem, ut ipsa semper dominum sequatur, quia [A: qui] iustior est petitio, ut dicit lex ff. depositi Bona fides (D. 16, 3, 31), arg. ff. de pig. ac. Si rem alienam (D. 13, 7, 9), arg. XVI. Q. III. § Potest et aliter (dict. Gr. p. c. 15),

1) A f. 141 c. 1; D f. 140 c. 2; K f. 159' c. 2. — Cf. *gloss. ord. eod.*

2) A, D, K II. cc. — Cf. *gloss. ord. eod.*

3) A f. 141 c. 2; D f. 140' c. 1 sq.; K f. 160 c. 1. — Cf. *gloss. ord. eod. ad v. super mandato.*

I. de sequestrat. pos. c. ult'. Arg. contra I. de sententia et re iudi. Suborta« (c. 11 Comp. III II. 18)¹⁾ hat in A als Schlußsigle »la.«, in K »lau.«

Zu c. 1 Tua nos Comp. III III. 2 (= c. 8 X III. 2) ad v. *ex causa evidenti* heißt es bei Tankred: »§ Si constet aliquam (!) habere suspectam mulierem secum in domo, eo ipso convictus est, sicut legitur de illo, qui cum quadam vagos secessus habebat et eam ducebat per invia, S. de spon. Tercio (c. 8 Comp. II IV. 1). Alias illud opus vix notorium esset rei evidetia, cum semper latebras querat. la.«²⁾ Der den Apparat des *Johannes Teutonicus* zur Comp. III enthaltende Cod. 28 der Frankfurter Stadtbibliothek (= I)³⁾ hat eod. so ziemlich die gleiche Glosse: »Si constet . . . eo ipso probata est fornicatio, S. e. t. Nulla (!) (c. 2 Comp. I III. 2). Ergo si publice eam detinet, eo ipso convictus est, sicut . . . quadam meretrice vagos incessus habebat, ut S. de spon. Tercio I. II. Aliter hoc opus . . . esse potest rei . . . querat«, mit der Sigle »lau.« (p. 114 c. 2). Es ist klar, daß hier in I die nämliche Person mit »lau.« bezeichnet wird, die in A und K die Sigle »la.« trägt. — Zu c. 1 Diversis Comp. III III. 3 (= c. 5 X III. 3) ad v. *spoliandos* steht im Tankredapparat: »§ Pone ergo eos per superiorem spoliatos, nunquid poterit iste eadem beneficia conferre an superior? Et credo istum conferre non posse. Nam officium et beneficium sunt eiusdem censure, ut LXXXI. Si quis sacerdotum (c. 17). Set quid iuris sit circa ordinem illicite collatum, habes S. di. XXXVI. c. II.«⁴⁾, in A und K mit der Sigle »la.« I hat die gleiche Glosse mit der Sigle »lau.« (p. 114 c. 2).

Zu c. 8 Constitutus Comp. III III. 8 (= c. 11 X III. 8) ad v. *appellavit* gibt T. folgenden Kommentar: »§ Set nonne episcopus licite potuit revocare istam concessionem adhuc re integra, ut S. de elect. In causis I'. e.(odem)? Nam (et) si quis cedat alii ius suum, tamen revocare potest illud re integra, ut C. de

1) A f. 151 c. 2; K f. 173 c. 1. — Cf. *gloss. ord. eod.* — Die im *Archiv* 1929 S. 239 (S.-A. S. 19) mitgeteilte Glosse des *Vincentius Hispanus* zu c. 1 Cum *ab omni* Comp. III III. 1 ad v. *victualium* ist zum grössten Teil Eigentum des *Laurentius*. Denn nach »extra. de symonia Cum sit« (7. Z. v. u. d. Absatzes) steht in A (f. 171' c. 2) die Sigle »lau.«, in D (f. 174' c. 1) »la«. Die Fortsetzung heißt deshalb auch nicht: »Dico ergo . . .«, sondern; »Dico ego . . .«

2) A f. 172' c. 1; K f. 201 c. 1. — Cf. *gloss. ord. eod. ad v. ex evidetia*.

3) Vgl. dazu *Archiv* 1924 S. 27^b.

4) A f. 172' c. 1; K f. 201 c. 1.

novat. (C. 8, 41) l. III. Respondeo: Non potuit hoc revocare, quia ista fuit quedam donatio, que cum sit perfecta, non est revocanda, ut XVI. Q. II. Visis (c. 1), XXXII. Q. ult. c. uno, C. de donat. (C. 8, 53) l. ult. *Io.*(teuton.). *La.* [: A; K: *lau.*] vero dixit, quod sicut concessio ista nulla fuit, ita nec appellatio hec, arg. S. e. t. Ad aures l'. II. Set papa dispensative et indulgentia defendit utramque, ut in fine¹⁾. Hier ist abermals »*la.*« = »*lau.*«

Zur Glosse zu c. 3 Requisisti. Comp. III III. 19 (= c. 15 X III. 26) ad v. *in vita eius*: »§ Post mortem bene, si intestatus decedat, arg. I. c. prox. et l. de v. sign. Cum tibi, S. de penis Presbiterum l'. I., ita tamen, quod non habeat propinquos, ut XII. Q. I. Sint manifeste (c. 21) et XII. Q. ult. c. ult.²⁾ haben A und K als Sigle »*la.*«, I »*laur.*«

Die Glosse zu c. un. Cum dilectus Comp. III III. 20 (= c. 3 X III. 27) ad v. *silentium*, welche der Hauptsache nach in die Glossa ordinaria eod. aufgenommen wurde,: »§ Set si primo sana mente . . . set ecclesie aliqua relinquere sacerdos necesse non habet³⁾ schließt in A mit »*la.*«, in E mit »*lau.*«, in I mit »*laur.*«

Zu c. un. Coram Comp. III III. 22 (= c. 34 X I. 29) ad v. *reciperet sacramenta* heißt es: »§ Ut extra. e. t. (c.) II. et III. (= cc. 2, 3 Comp. I III. 25), nisi in casu, in quo potest recipere ad penitentiam, ut de pe. di. VI. c. I. et ult.⁴⁾ haben A und D

1) A f. 178 c. 2; K f. 209 c. 1. — Tankred fährt fort: »*Ego credo Iohannem melius dixisse, unde talis donatio fieri poterat ante tempus istius decretalis. Hodie vero non credo licere, sicut papa prohibet hic in fine. Nam sufficit legislatorem semel prohibuisse nec valet, quod sit post eius prohibitionem, ut C. de legibus Non dubium (C. 1, 14, 5) »t«. (II. cc.). — Ich möchte hier beifügen, daß in A (l. c.) ad v. *appellavit*, von der Hand der ältesten Schicht geschrieben, die Glosse steht: »§ Sicut concessio nulla erat, ita nec appellatio hec, extra. II. e. t. Ad aures. Set papa hic tuetur utrumque indulgendo in fine«, also — im wesentlichen — die Glosse, welche von Tankred, dem Laurentius zugeeignet wird. Hierzu sei einstweilen konstatiert, daß die Glosse der ältesten Schicht in A den Kommentar des Laurentius Hispanus zur Comp. III. enthält. Desgleichen scheint die Glosse der ältesten Schicht zur Comp. I in A des Laurentius Apparat zur Comp. I zu sein.*

2) A f. 183' c. 1; K f. 215' c. 2; I. p. 138 c. 2. — Cf. *gloss. ord.* eod.

3) A f. 184 c. 1; E f. 223' c. 1; I. p. 139 c. 2. — Darüber daß E f. 150—266' in der jüngeren Glossenschicht den Apparat des Johannes Teutonikus zur Comp. III bietet, s. *Archiv* 1925 S. 522 ff.

4) A f. 184' c. 1; D f. 188' c. 2; E f. 224 c. 2. — Tankred fährt fort: »*Ego credo illud fieri debere de licentia proprii sacerdotis vel in necessitate,*

»*la.*«, E dagegen »*laur̄.*« — Die Glosse ad v. *sententiam confirmavit* eod.: »§ Et ex secunda sententia datur actio in factum, que hic confirmatur; et non ex prima, ff. de hiis qui no. inf. Furti (D. 3, 2, 6), arg. ff. ad trebell'. Si quis priore (D. 36, 1, 30 [29]). Hac tamen confirmata confirmatur et prima« wird in D dem »*la.*«, in K und E dem »*lau.*«, in I dem »*laur̄.*«¹⁾ zugeeignet.

Zu c. 1 A nobis Comp. III III. 23 (= c. 24 X III. 30) ad v. *decime sunt solvende* bemerkt Tankred: »§ Proportione percepta dumtaxat, S. e. Quoniam § ult. et I. c. ult.«²⁾, worauf in A »*la.*«, in K »*laur̄.*« folgt. — Zu c. 1 Sicut tenor Comp. III III. 24 (= c. 15 X III. 31) ad v. *inter se repugnantia*: »§ Et ideo non sit audiendus, ut S. de ap. Sollicitudinem l'. I(II). et C. de liberali causa Cum precum« (C. 7, 16, 9) steht in K die Sigle »*l.*«, in E »*lau.*«, in I »*la.*«³⁾. — Die Glosse zu c. un. Fraternitatis Comp. III IV. 11 (= c. 6 X IV. 15) ad v. *alium*: »§ S.(cil.) primum, qui non potuit eam cognoscere«⁴⁾ wird in D und E dem »*la.*«, in I dem »*lau.*« zugeschrieben. — Zu c. 4 Qualiter Comp. III V. 1 (= c. 17 X V. 1) ad v. *fama*: »§ Arg. famam nichil per se probare, XXXV. Q. VI. Si duo (c. 4), S. de eo qui cognovit consan. uxoris Super eo l'. II., licet *lo.* (teuton.) et *h.*(ug.) dixerit contra, lll. q. III. § Item in criminali v. Sepe« (dict. Gr. § 28 p. c. 3)⁵⁾ hat D wiederum die Sigle »*la.*«, K dagegen »*lau.*« — Zu c. un. Cum ex iniuncto Comp. III V. 15 (= c. 2 X V. 32) ad v. *pro vitando*: »S. di. XIII. Sicut (c. 2), S. de reg. iur. Que multotiens l'. I.«⁶⁾ und eod. ad v. *committi*:

alias non, ut in constit. domini *innoc.* Omnis utriusque (c. 21 conc. Lat. IV) *t.*« (A, D II. cc.). In E fehlt dieses Stück. In A ist der Text bis »et ult.« einschließlich von der Hand der ältesten Schicht geschrieben.

1) D f. 189 c. 2; K f. 218 c. 1; E f. 224' c. 2; I p. 142 c. 1. — Cf. *gloss. ord.* eod. — Es sei auch hier beigelegt, daß in A die von der Hand der ältesten Schicht geschriebene Glosse eod. ad v. *communimus* lautet: »§ Set ex qua sententia datur actio in factum? Ex secunda, que confirmatur hic, non ex prima, ut ff. . . Furti, ff. ad tre s. con. Priore. Hac. . et prima« (f. 185 c. 1).

2) A f. 185 c. 2; K f. 218 c. 1. — Hierauf fährt T. fort: »quia idem ext. (gi) bis bona fides non patitur, ff. de reg. iur. Bona fides (D. 50, 17, 57). *vin.*« [:A; K: *vinc.*] (II. cc.).

3) K f. 218' c. 2; E f. 225' c. 2; I p. 144 c. 1. — Cf. *gloss. ord.* eod. ad v. *repugnantia*.

4) D f. 207 c. 1; E f. 241' c. 2; I p. 174 c. 2.

5) D f. 212 c. 1; K f. 243' c. 2.

6) D f. 222 c. 2; K f. 255 c. 1; I p. 201 c. 2.

»S. de hiis que metus causa fiunt Sacris l'. II., S. I. q. ult. Si illa« (c. 23)¹⁾ steht beidemale in D und K als Sigle »la.«, in I »lau.« — Zu c. 5 Cum illorum Comp. III V. 21 (= c. 32 X V. 39) ad v. *per abbatem proprium* lautet der Anfang der Glosse: »§ Multa enim permittuntur nobis in homine nostre religionis, que non in aliis, XVI. Q. I. Placuit (c. 1), II. Q. VII. Si hereticus« (c. 26)²⁾, dessen Urheber nach A, D und K »la.«, nach E und I »lau.« ist. — Desgleichen wird die Glosse zu c. 11 Relatum eod. (= c. 37 X V. 39) ad v. *sine culpa sua*: »§ Si enim culpa sua intervenisset [D, E: interveniret], quia forte mandassent servis, et servi et domini mittendi essent ad curiam, arg. S. e. t. Mulieres (c. 7 Comp. I V. 34), quia is facit, cuius auctoritate fit, ut S. e. t. Ut fame« (c. 8 Comp. III V. 21)³⁾ in A und E dem »lau.«, in D dem »la.« zugesprochen. — Zu c. 16 Responso eod. (= c. 43 X V. 39) ad v. *ad confirmationem* schreibt Tankred: »§ Sine qua non est plene christianus, qui eam contempnit, ut S. de consecra. di. V. Omnes, De his (cc. 1, 3) in fi.(ne)«⁴⁾, worauf in A »la.«, in I »laur.« folgt.

Die Glosse zu c. 6 Venerabili Comp. III V. 23 (= c. 22 X V. 40) ad v. *intelligunt*: »§ Non attendentes, quod qui nimis astute domini pape vel principis rescripta interpretantur, infamiam incurrunt, ut C. de leg. et con. (C. 1, 14) l. II.«⁵⁾ hat in A die Sigle »la.«, in K die Sigle »lau.«.

Noch sollen zwei Beispiele aus dem Kommentar des *Johannes Teutonikus* zur Comp. III folgen. Am Schluß der Glosse zu c. 2 Quod super his Comp. III IV. 10 (= c. 5 X IV. 14) ad v. *maritus et uxor simul baptizant puerum alienum*: »§ Et hoc male fit, de con. di. IIII. Non plures (c. 101), S. XXX. Q. IIII. c. ult.« steht in

1) Ll. cc.

2) A f. 218' c. 1; D f. 228 c. 1; K f. 262 c. 1; E f. 262 c. 2; I p. 212 c. 1. — Cf. *gloss. ord.* eod. ad v. *abbatem*.

3) A f. 219' c. 1; D f. 228' c. 2; E f. 263 c. 2. — Cf. *gloss. ord.* eod. ad v. *sine culpa*. — In A lautet die einschlägige Glosse der ersten Schicht: »§ Ubi enim eorum culpa fieret, et isti et illi mittendi essent ad sedem ap., extra. e. t. Mulieres, quia is facit, cuius auctoritate fit, S. e. Ut fame« (l. c.).

4) A f. 220 c. 1; I p. 215 c. 1. — Cf. *gloss. ord.* eod. — Tankred fährt fort: »Item et corpus Christi potest dari et penitentia peregrinis, set non datur unccio, ut extra. de peniten. Quod in te l'. IIII. (c. 3 Comp. IV V. 14). t.« [I: lo.] (ll. cc.).

5) A f. 221 c. 1; K f. 265 c. 2. — Cf. *gloss. ord.* eod. ad v. *intelligit*.

E die Sigle ›la‹., in I ›lau.‹¹⁾ — Zu c. 1 Tuarum Comp. III V. 16 (= c. 11 X V. 33) ad v. *cruce falso signatos* finden wir in E (f. 257 c. 1): ›§ Constat hic, quod licet sumas habitum regularem, non tamen obligaris, dum tamen constet te non animo vovendi sumere . . . in aut. de scis epis. § ult. (Nov. 123 c. 44). l.‹., I hat ad v. *spernentes* die nämliche Glosse, jedoch mit der Sigle ›lau.‹ (p. 208 c. 1)²⁾.

Damit dürfte mehr als genügend dargetan sein, daß *Schultes* Behauptung, in den einschlägigen Hss gingen die Siglen *l.* und *la.* (bzw. *lan.*) durchweg auf *Lanfrankus*, während *Laurentius* ebenso durchgängig mit *lau.* und *laur.* bezeichnet werde, dem wirklichen Sachverhalt nicht entspricht.

Nunmehr entsteht die weitere Frage, ob *Schulte* nicht wenigstens insofern Recht hat, als in Hss der drei ersten Compilationes antiquae an *manchen* Stellen und insbesondere in der Summa des Johannes Hispanus de Petesella die Siglen *l.*, *la.* (und *lan.*) auf *Lanfrankus* und nicht auf *Laurentius* hinweisen. Ist es richtig, was *Schulte* behauptet, daß in den fraglichen Schriftwerken *la.* und *lau.* im Gegensatz zu einander, bzw. als zwei verschiedene Personen nebeneinander stehen?

Zum Beweis seiner Behauptung beruft sich *Schulte*³⁾ einmal auf die Tankredglosse zu c. 31 Questioni Comp. I II. 20 (= c. 21 X II. 28) ad v. *reducendus* (C, K: *observari*; D: *reservari*), welche in A (f. 27 c. 1) lautet: ›Cum isti redigantur in priorem sententiam, nunquid iterum exigetur ab eis iuramentum standi iudicio ecclesie, cum semel deieraverint [C, K: peieraverint]? lau. dicit, quod ita. Arg. contra XXII. Q. V. Parvuli (c. 14). Set ibi non admittuntur ad commodum suum. Item arg. contra II. Q. VII. Non potest (c. 24). Set istud, antequam peniteant. la. *Mihi* videtur, quod aliam cautionem pignoratitiam vel fideiussoriam ad minus prestabit, quoniam decretalis, que in hoc eodem casu loquitur, dicit, quod ydoneam et sufficientem cautionem prestare debet, ut I. e. t. Significavit I. II., et nomine ydonee cautionis pignoratitia vel fideiussoria intelligitur, ff. mandati Si mandato ticii § ult. (D. 17, 1, 59 § 6), et mihi consentit ala.(nus), arg. S. de procura. Alia [C, K: Talia] quidem (c. un. Comp. I I. 29), S. de presunp. Scribam (c. 10 Comp. I II. 16). t.‹ Hier, so meint *Schulte*,

1) E f. 241 c. 1; I p. 174 c. 1. — 2) Cf. gloss. ord. eod. ad v. *signatos*.

— 3) *Wiener Sitz.-B.* 66, 105 f.

stünden »lau.« und »la.« in Gegensatz zu einander. Indessen ist zu konstatieren, daß der Passus »lau. dicit, quod« in C (f. 33' c. 2), D (f. 27' c. 2) und K (f. 28 c. 2) fehlt und daß in C und K nach »peniteant« die Sigle »lau.« steht, während D auch »la.« hat. Daraus folgt, daß die Glosse von Anfang bis »peniteant« einschließlich einem und demselben Verfasser: »la.« = »lau.« = Laurentius zugeschrieben wird, und daß auch in A »la.« keine von »lau.« verschiedene, sondern eine damit identische Person bezeichnet. Somit kommt diese Stelle nicht als Beweis für Schulte in Betracht, sie muß vielmehr als starkes Argument gegen Schultes These angesprochen werden¹⁾).

Weiterhin stellt *Schulte* zum Beweise seiner Behauptung nebeneinander, was in den Tankredapparaten zu c. 3 De rectoribus Comp. I III. 6 (= c. 3 X III. 6) ad v. *coadiutor* und zu c. 4 Tua Comp. II III. 5 (= c. 4 X III. 6) ad v. *administrationis officio* einerseits und was über das gleiche Thema in der Summa super titulis decretalium des Johannes Hispanus de Petesella unter dem nämlichen Titel steht²⁾).

Es schreibt:

Tankred ad c. 3 cit.:

»Non ergo privabitur prelatus, quia non sunt ecclesiastica beneficia temporalia, LV. di. Precepta (c. 12), ff. de adopt. (D. 1, 7) Si tibi (I), ff. de hered. insti. Hereditas [D. 28, 5, 34]), ff. de regulis iur. Actus legitimi (D. 50, 17, 77), ff. de manumis. testamento Libertas (D. 40, 4, 17), ff. de peculio Si peculium (D. 33, 8, 6) § II. Quod verum est. Arg. contraff. de offi. presi. Si forte D. 1, 18, 17) et VII. Q. I. Pastoralis (c. 42), XII. Q. II. Vobis (c. 23), I. (nfra) de clerico egrolante Tua nos I' II. contra, I. de concess. preb. Ex tranmissa

Joh. Hisp.:

»Quod supra dictum est non esse aliquem propter egritudinem sine culpa sua proveniente removendum, set dando (!) ei coadiutorem, verum est secundum *nos* in omni egritudine indistincte et in hac sententia fuerunt *h.*(ug.) et *lau.* Alii sicut *ala.* et *t.*(ancred.) exceperunt leprosum, inducentes pro se infra e.(odem) Tua, set expresse eos confundit infra e. De rectoribus nec illa decretalis, quam pro se inducunt, eos iuvat. *Nam secundum quod dicit lau., si precipitur, quod removeatur ab administratione, que in ius resonat, talem enim*

1) Vgl. auch die *Glossa ordinaria* eod. ad v. *reducendus*, wo der wirkliche Sachverhalt zur Darstellung kommt.

2) *Wiener Sitz.-B.* 66, 104 f.

l'. II. contra. Solutio: *Hug.* dixit, quod nunquam substituitur alius vivo nisi eo renunciante. *baz.* [C: au (von späterer Hand ist beigegefügt »azo«); D: hac; K: azo] distinxit [C, K: distinguit], utrum morbus sit curabilis nec ne. *Nos* dicimus, quod quamdiu potest remanere in suo collegio, non substituitur ei alius ut hic; si vero non potest, substituitur ut ibi. Sic etiam [C, D, K: Et ita] mutatur iudex, si operam iudicio dare non potest infirmitate vel alia causa, ut ff. de iudic. Si longius (D. 5, 1, 18). *vin.* [C: D: vic.; K: vi.]. De hac materia plene notavi infra e. (odem t. (itulo) Tua l'. II. t. « [C, K deest: De h. m. — t.] (A f. 33 c. 2; C. f. 40' c. 2; D f. 33 c. 1; K f. 34 c. 2).

Ad c. 4 Tua cit.:

»S. di. LVI. Satis perversum (c. 7), S. XVI. Q. ult. Inventum (c. 38). Distinctio solvit contrarium [A, B, C deest: S. di. — contr.]. Videtur ergo, quod debeat amoveri a dignitate propter lepram. Quod in lepra *quidam* dicunt esse speciale ut hic, infra de concessione prebende et ecclesie non vacantis Ex transmissa. *Ego potius dicerem*, ne addatur afflictio afflicto, eum adhuc remanere prelatum, et quod dicit hic *administrationis officio* etc. *dic, quod s. (cil.) est in actu. Officium autem administrationis, quod in ius*

retinebat, set removetur ab illa, que consistit in actu. Indignum enim esset et beneficia ecclesiastica q. (uasi) temporalia viderentur, si quis propter huiusmodi egritudinem privaretur. Nam sicut canones debiles corpore ad clericatum venire non paciuntur, ita si aliquis in eo fuerit sauciatus, repelli non debet, ut LV. di. Precepta, inmo si contraria sententia vera esset, pauci invenirentur, qui vellent ad clericatum promoveri, ut infra e. c. I. « (L f. 190' c. 1 sq.).

resonat, retinebit et dabitur ei coadiutor, infra e.(odem) t.(itulo) c. uno l' III. l. [A, B, C, D, K; F: lau.]. Set prima opinio mihi melior videtur, ut pro lepra removeatur ab administratione et alius substituat, sicut nuper factum vidimus de capellano sancte iuste [C: iustine] bonon., quod approbatum fuit, sicut accepi, per dominum papam, et provisum fuit eidem infirmo de rebus ecclesie, donec vixit. Set pone, quod ecclesia non sufficiat duobus. Solus ille, qui altario servit, redditus eius habebit, arg. XII. Q. I. Ex hiis (c. 22), et episcopus habebit curam egrotantis, ut di. LXXXII. § I. et c. I. t.» (A f. 96 c. 1; B f. 83 c. 1; C f. 120 c. 1; D f. 95 'c. 1; F f. 33 'c. 1; K f. 101 c. 1).

Hier begeht *Schulte* den Fehler, daß er bei Joh. Hisp. ohne weiteres »h. et lan.« liest, obwohl man auch an dieser Stelle wenigstens ebenso gut »lau.« lesen kann. Sodann nimmt er an, »daß dixit lau.« ein offener Schreiblehler sei für »lan.«, da das Folgende wörtlich die Gründe enthalte, die für des »lan.« Ansicht sprächen und die bei Tankred (zu c. 4 Tua) die mit »l.« gezeichnete Glosse entwickle. Wie man sieht, macht sich *Schulte* hier einer förmlichen *petitio principii* schuldig. Die Sigle »l.« im Tankredapparat zu c. Tua geht, wie sich aus F ergibt, tatsächlich auf *Laurentius* und damit ist zugleich bewiesen, daß »quod dixit lau.« nicht als Schreiblehler für »lan.« angesehen werden kann. Infolgedessen müssen auch diese Stellen aus den Beweisen für *Schultes* These ausscheiden, sie sprechen im Gegenteil direkt dagegen¹⁾.

1) Die *Glossa ordinaria* zu c. 4 Tua X III. 6 ad v. *administrationis* trifft hier abermals vollständig das Richtige.

Ferner sollen nach *Schulte* »*la.*« und »*lau.*« im Gegensatz zu einander stehen in des Johannes Hispanus Ausführungen über die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand. Sch. stellt hier neben Johannes Darlegungen die Tankredglosse zu c. un. Requisivit Comp. I I. 32 (31) [= c. 1 X I. 41] ad v. *semper*¹⁾.

Es lehrt:

Tankred (I. c.):

»*semper*, id est in quolibet contractu [C, D deest: in qu. c.], ubicumque enormiter leditur, et istud [C, K: illud] *semper* non notat tempus, set numerum et modum, quoniam [K: quia] ecclesia restituenda est infra quadriennium a die celebrati contractus et non postea [K: Et verum est], quia omnis restitutio fisci vel privati infra quadriennium terminatur, C. de tempore in int. re. (C. 2, 52) l. ult., C de sacrosanctis ec. Ut inter divinum (C. 1, 2, 23). Et hoc dictum approbat *la.* [: A, D; C, K: *lau.*] et *vin.* Set *alanus* dixit, quod in infinitum restituenda est sine temporis prelimitatione. *Alii* dixerunt, quod usque ad XXVIII. annos, ponentes ecclesiam in primo die minoris etatis [K: XXVIII. annos, ponentes eam in primo anno, inmo primo die minoris etatis]; *alii* usque ad XV [K: XXV.] annum, ponentes eam in anno XIII. Set prius dictum prevalet. *t.*« (A, C f. 18 c. 1, D f. 14' c. 2; K f. 14' c. 2).

Joh. Hisp.:

». . Hoc tamen adde, quod refert, utrum minor maiori tempore quadriennii vel tanto vel minori ledatur. Si ledatur maiori vel tanto, locum habet, quod diximus, si minori, restituitur, dum est minor et factus maior, infra tantum tempus, quanto est lesus, ut ff. quando accio de pe. est an. Cum post mortem (D. 15, 2, 2), ff. de minor. (D. 4, 4) l. ult., ff. ex quibus cau. Set et si proprio (!) § Quociens (D. 4, 6, 26 § 8) et l. Nec non § Si quis sepius (28 § 3), et hoc secundum *azo.* et dominum *lo. Plac.*(entinus) et *alii* dixerunt eum semper usque ad quadriennium posse. Hanc credo veriore ut C. de tempo. in inte. restit. (C. 2, 52) l. ult. Set quando dices ecclesiam posse repetere per in inte. rest., numquid ultra quadriennium a tempore lesionis? I. et *t.*(ancred.) et *vin.*(cent.) dixerunt, quod non, quia omnis restitutio in quadriennium terminatur, ut in lege preallegata. Set obstat eis infra e.(odem) c. I. Set ipsi dicunt eam uti iure minoris facti maioris, et exponitur *semper*, i. e. ubicumque enormiter leditur.

1) Wiener Sitz.-B. 66, 103. Vgl. ebenda 68 S. 76 f.

Alanus sine temporis prefinitione dixit ecclesiam restituendam, quandocunque probaret se lesam. Alii ponunt ecclesiam in primo anno minoris et dicunt eam posse resti.(tui) usque ad XXIX. annos. Alii dicunt eam restitui usque ad XV. annum ponentes in XIII. anno. Memini me vidisse decretalem domini gregorii confirmantem sententiam la. et suorum sequacium. Set quia non fuit in compilatione posita, presumo eam eum revocasse. Et ideo adherens prime dec.(retali) istius ti.(tuli) dico cum lau. ecclesiam sine temporis prefinitione presumptione (!) posse restitui...« (L f. 78' c. 2, f. 79 c. 1).

Hierzu erklärt Sch., es erhelle sofort, daß Johannes den Tankred vor Augen habe, nur habe er nicht bloß diesen vor Augen, sondern die Glossen unmittelbar. Wenn er nun »l.« und »la.« identisch nehme, wenn »la.« die Meinung gehabt habe, die Restitution sei hinsichtlich der Zeit auf das quadriennium beschränkt, während »lau.« sie unbeschränkt zugestehende, wenn endlich »la.« ihm den Zivilisten und Kanonisten Lanfrankus bedeute, so sei die Identität von »l.« und »la.« sowie die Verschiedenheit beider von »lau.« außer Zweifel).

Allein dem steht entgegen, daß, wie wir sahen, die Tankred-Hss teilweise an die Stelle von »la.« »lau.« setzen und somit »la.« mit »lau.« identifizieren. Wenn sodann nach Johannes »la.« die Restitution der Kirche auf das quadriennium einschränkte, während »lau.« sie uneingeschränkt gestattete, so müßte daraus sicherlich auf eine Verschiedenheit der Persönlichkeiten des »la.« und des »lau.« geschlossen werden. Aber ich bin mir vollständig sicher, auch ohne die vatikanische Hss eingesehen zu haben, daß wir es hier in der Leipziger Hss tatsächlich mit einem Schreibfehler zu tun haben. Statt »dico cum lau.« ist »dico cum ala.« (no) zu lesen. Andernfalls würde Joh. an dieser Stelle vollständig von seiner sonstigen Methode abweichen, wonach er bei Be-

1) Wiener Sitz.-B. 66, 104.

handlung einer bestimmten Frage die darüber eventuell bestehenden verschiedenen Anschauungen und deren Vertreter erwähnt, um sich dann der einen oder der andern Ansicht anzuschließen, unter Umständen auch alle zu verwerfen und eine eigene Meinung zu verfechten. Nicht verfährt er so, daß er erst am Schluß der Erörterung über einen Gegenstand eine *weitere, vorher von ihm nicht registrierte* Auffassung namhaft macht, wie dies hier der Fall wäre. Dazu kommt insbesondere, daß die hier dem »lau.« zugeschriebene Anschauung sogar wörtlich mit der von Alanus vertretenen¹⁾ übereinstimmt. Dem Umstand, daß das eine Mal von einer Restitutionsnotwendigkeit, das andere Mal von einer Restitutionsmöglichkeit gesprochen wird, kann in diesem Zusammenhang keine Bedeutung beigemessen werden.

Nach all dem muß auch den vorgenannten Stellen eine Beweiskraft im Sinn der *Schulteschen* These aberkannt werden²⁾.

Weiterhin verweist *Sch.*³⁾ zum Beleg dafür, daß bei Joh. Hisp. »la.« und »lau.« als zwei verschiedene Personen nebeneinander stehen, auf Johanns folgende Darlegungen, betreffend die restitutio spoliatorum: »§ Cum rebus propriis spoliatur (aliquis) . . , distinguo: Aut spoliatur presens aut obsens (!); si presens, aut iuris ordine observato (a)ut eodem pretermisso. Si iuris ordine observato, dico restitutionem denegandam ante cause cognitionem, quod presumo pro iudice, quod legitime processisset, ut S. VII. q. I. Presencium (c. 3), nisi spoliatus vellet agere de falso infra

1) Die bezügliche *Alanusglosse* zu dem zitierten c. un. Requisivit Comp. I. I. 32 (31) ad v. iure minoris *semper* lautet folgendermaßen: »§ Hu c verbo adhereo et dico, quod sine temporis predefinitione ecclesia restitui debet, si se lesam enormiter probet, cum minoris beneficium habeat et nunquam statum mutet et ita semper minor estimetur. Verumtamen tanto difficilius auditur, quanto diucius, quod petit solvi, fuerit observatum. Alii a tempore contractus infra quadriennium ecclesie restitutionem indulgent, ponentes ecclesiam in XXV. anno, alii ponunt eam in XIII. anno, alii in primo die nativitatis minoris. Illud quoque sciendum, quod licet ecclesia utatur iure minoris, ut hic dicitur, quo ad hoc beneficium, non tamen eius iure utitur in temporibus prescriptionum. Currunt enim circa ecclesiam, ut XVI. q. III. c. I. et II, et infra de prescript. De quarta, Controversiam, Ad aures (cc. 6, 8, 9). Contra minorem, tamen non currunt, ut C. in quibus causis non est necessaria [H: »notum«, »korrigiert aus notat«] Sanctimus (C. 2, 40, 5) [H f. 14' c. 2].

2) Vgl. auch die *Glossa ordinaria* zu c. Requisivit ad v. iure minoris, wo es u. a. heißt: »Alii dixerunt, ut Alanus et G. Naso cum eo, quod in infinitum possit ecclesia restitui super eo contractu, in quo laesa est...«

3) *Wiener Sitz.-B.* 68, 78.

XXX. annos, ut C. si ex falsis (C. 7, 58) I. I. et II., vel nisi prius legitime fuerit appellatum. Si pretermisso iuris ordine [L: ordīs], tunc dico eum ante cause cognitionem restituendum non impediēte alicuius criminis obiectu, dunmodo de hoc constet, ut S. II. q. II. Verum (!). Nec admitto dictum *illorum*, qui dixerunt indistincte semper restitutionem denegandam, dunmodo per suum iudicem quis spoliatur. Nam expresse confunditur dictum illorum infra e. Conquerente. Set si queratur, utrum fuerit ordo iudiciarius observatus vel non, dico *cum lau.* de hoc ante restitutionem cognoscendam (!), ut S. I. (VII) q. I. Presensium (!), S. LXXXIII. (LXXIV) di. Quorundam (c. 6) et in preall'. de c. et (!) innuitur. Set cui incunbit probatio? *La.* dixit, quod spoliatis, quia semper presumitur pro iudice, et inducebat ad hoc infra de probatio. Processionem (!) [c. 7 X II. 19], ad illud c. Presencium S. VII. q. I. c. I. *Ego dico salva eiusdem auctoritate* incunbere probationem episcopo. Nam eo ipso, quod iste apparet spoliatus, assumitur male actum fuisse cum eodem, nisi contrarium probetur . . « (L f. 114 c. 2, f. 114' c. 1).

Indessen ist *Sch.* hier abermals in einer falschen Anschauung befangen. Denn wie leicht ersichtlich, *sprechen sich an dieser Stelle nicht zwei Personen über einen Gegenstand, sondern es spricht sich eine und dieselbe Person über zwei verschiedene Gegenstände aus.*

Genau das Gleiche gilt von der weiteren, von *Schulte* (a. a. O.) zum nämlichen Zweck angerufenen Johannesstelle, betreffend die Irregularität ex defectu sacramenti [beim Titel de bigamis non ordinandis]: » . . (maritus) *vidue corrupte* ideo dico, quia licet sit vidua, dummodo non sit corrupta, quod esse potest, si eius maritus ante carnis commixionem (!) decedit, ut XXXIII. d. Vidua (c. 16), contrahens cum ipsa a promociōe non repellitur, ut infra e.(odem) Debitum, XXXIII. d. c. ult., et (quod) dixi de marito vidue vel repudiate, intelligas locum habere in colibet (!) corrupte marito per palis (!) iura et in tantum exigitur, quod sit una unius, ut si aliquis duxerit uxorem virginem, que postea adulteretur, si post adulterium eam cognoverit, a promotione repellitur, XXXIII. Si cuius (c. 11) et c. Si laici (c. 12). Et hoc est verum, secundum quod scripsit *lau.*, sive si scienter sive ignoranter, sive probare possit sive non, si eam post (per)petratum adulterium cognovit, quia in ipso defecit *sacramentum unitatis*. Nam non est una unius. Set quid si credebam contrahere cum virgine et cuntraxi (!) cum corrupta? Dico cum *la.* et *lo.*(teuton.) non posse promoveri

per ratione(m) superiorem. Quid si fornicario aliquam defloravi et postea in matrimonium consensimus? Videtur, quod non possim promoveri . . .« (L f. 50 c. 1).

Ganz evident stehen nach *Schulte* (a. a. O.) »*la.*« und »*lau.*« im Gegensatz zu einander, bzw. als zwei verschiedene Personen nebeneinander an folgender Stelle der Summa des Joh. Hisp.: » . . Et nota in summa, quod si renunciasti prebende tue per metum et si iuramentum intervenit, ratione iuramenti non debes convenire, ut infra e.(odem) Ad aures (= c. 3 X I. 40). T.(ancr.) tamen et *la.* et *quidam alii* dixerunt contra. Set eorum dictum non approbo et hoc dixerunt propter penuriam intellectus et in hoc concordant albertus et *lau.*« (L f. 76' c. 2). Allein auch hier sind »*la.*« und »*lau.*« identisch. In meiner Abhandlung »Magister Albertus Glossator der Compilatio II« habe ich bereits festgestellt, daß es in A in dem fraglichen Zusammenhang heißt »albertus et *la.* notaverunt . . .«, während B, C, D, E und F »*lau.*« schreiben ¹⁾.

Damit ist die Zahl der Beweise erschöpft, welche *Schulte* für die nach ihm in Hss der Comp. I, II und III und namentlich in der Summa des Joh. Hisp. de Petesella zum Ausdruck kommende Verschiedenheit von »*la.*« und »*lau.*« beibrachte. Keiner derselben konnte als stichhaltig anerkannt werden.

Ich möchte hier noch eine weitere Stelle aus Johanns Summa folgen lassen, aus welcher, obwohl »*lau.*« und »*la.*« kurz aufeinander folgen, trotzdem ein Schluß auf die Nichtidentität der bezeichneten Personen nicht gezogen werden kann. Zum Titel de transactionibus (X I. 36) schreibt Joh. u. a.: » . . § Prohibetur etiam (transactio) secundum canones in omnibus spiritualibus, ut infra e. Super eo (c. 7) et c. Constitutus (4), Supra ti. proximo Pactiones (c. 8 X I. 35). Nec etiam compositio super decimis valet sine consensu episcopi vel archidiaconi, ut infra Statuimus (c. 2). Potest tamen spirituale pro spirituali permutari, ut infra de re. permutatio. Ad questiones (c. 6). Et sic dico cum *lau.* non indistincte in spiritualibus transactionem prohiberi, set tantum in illo casu, in quo permutationem, ut infra e. Ex litteris (c. 5) et infra de reli. domi. Constitutus (c. 6). Cessat etiam in subiectione, ut infra Preterea (c. 10). Cessat etiam in matrimonio propter periculum anime, ut infra e. c. ult., infra de iure (!) In tua (!) (c. 11 X II. 24). Et videtur, quod secundum canones nulla transactio

1) *Archiv* 1925 S. 125 (S.-A. S. 6).

admittatur super criminibus, cum secundum ipsos ad penam sanguinis non agatur, ut XXIII. q. VIII. Hiis a quibus (c. 30), infanteria clericis vel monachis. Sententiam. Obstat tamen C. V. q. III. (II). Si primates (c. 4). Set *quidam* volunt dicere et male, quod loquitur in causa civili. *Ego* dico cum *la.* transactionem intervenire non posse propter rationem illius leg. § (I) e. l. Transigere (C. 2, 4, 18), set amicabilem compositionem bene, et sic loquitur c. (4 cit.) ibi: *accusatores episcoporum cum eis pacificare* . . . (L f. 66 c. 1 sq.). Auch hier ist »*lau.*« = »*la.*«, mit dem Joh. bezüglich verschiedener, die Zulässigkeit eines Vergleichs betreffender Fragen einig geht. — Vgl. oben S. 14 f.

Einen Beweis für den bei Joh. Hisp. angeblich abwechselnden Gebrauch von »*la.*« und »*lan.*« soll nach *Schulte*¹⁾ eine Stelle aus Johanns Summa zum Titel de restitutione spoliatorum bilden. Die betreffende Stelle hat tatsächlich diesen Wortlaut: ». . . Pone, quod deieci colonum vel inquilinum meum. Secundum quod per superiora vidisti, mihi competit interdictum. Unde quero, quam possessionem amisi, utrum tantum naturalem vel tantum civilem vel utramque. Et quidem **dominus lau.** dixit, quod naturalem et civilem amisi, et hoc idem *ranfredus beneventanus*²⁾ dixit. *Alii* dixerunt hoc casu non amitti nisi tantum naturalem. Nam illa retinetur per colonum. Civilem autem talis non amisit, nisi veniens non fuerit admissus vel suspicatus fuit se posse repelli. *Ego* credo dictum **domini la.** verius nec concedo, quod, quicquid per *alios* cantetur, colonum vel inquilinum possidere naturaliter, immo per ipsum ego naturalem retineo. Nam is possidet etc., ut infra e. Olim causam et ff. de acqui. pos. Quod meo (D. 41, 2, 18). Unde eo ipso, quod colonus tuus est deiectus, tantum valet, ac si tu corporaliter eiectus fuisses. Unde secundum quod tunc utraque privaveris, sic et nu(n)c. Quod tamen intelligo verum esse, postquam sciveris collonum (I) vel inquilinum (I) eiectus (I) et no(tat) *dominus ron.(fredus)* in suo libello, quod nunquam potest aliquis possidere animo et corpore suo civiliter et naturaliter. Unde dicebat ipse ad hoc, quod ista possessio, s.(cil.) civilis et naturalis, concurrant, necesse est, ut possideat animo meo et corpore alieno, ut s.(upra) in colono dictum est, et sic asserit neminem posse ex sua persona habere nisi vel naturalem tantum vel civilem t(antu)m, naturalem, cum sum [L: suum] in

1) *Wiener Sitz.-B.* 68, 78.

2) Über *Roffredus Beneventanus* s. *Savigny* a. a. O. S. 184—195.

fundo, civilem, cum ex eo fundo. Hoc *mihi* non placet, immo dico mee (!) recurrere utraque, cum sim in fundo. Cum sum extra fundum, retineo tantum civilem. Nam in acquirenda possessione utrumque requiritur, scil. animus et corpus, ut ff. de acqui. pos. l. III. Et in hac sententia fuit *dominus lo.* (bassian.) [L f. 113 c. 2, f. 113' c. 1]. *Schulte* liest hier wiederum irrigerweise »dominus *lan.*«, während es weit eher »dominus *lau.*« heißt. Die Stelle kann also in Wirklichkeit zum Beweis dafür dienen, daß bei Joh. Hisp. »*la.*« = »*lau.*«, nicht aber dafür, daß »*la.*« = »*lan.*« gesetzt wird.

Nunmehr führe ich den positiven Beweis, daß *Joh. Hisp.* mit »*la.*« den *Laurentius Hispanus im Auge hat*. Zum Titel de electione (X I. 6) lesen wir bei Joh. H. u. a.: »§ Sciendum est, quod postquam electio canonice celebratur, si electus consentit electioni de se facte, matrimonium spirituale est contractum inter ipsum et ecclesiam vel quasi spirituale, ut infra e.(odem) Cum inter dilectum (c. 16). Et quod dixi »consentit«, intelligas »vel vult consentire«, ut in eadem de c. dicitur. Et dixit *h.*(uguccio), quod tali electio(ne) ius non acquiritur, per c. XXVIII. d. De siracusana. (c. 13), infra e. Nosti (c. 9) et c. Qualiter (17), et hoc idem probat, quia sui primii (!) redditus ei ob (!) asservantur, ut infra e. Cum in cunctis (c. 7), quod non approbo, ut infra dicam. *La., iuris canonici lucerna*, scripsit, quod tali ius acquirebatur, set ante confirmationem non concedebatur sibi administratio. Si tamen quicquid disponit de rebus ecclesie, ut salve sint, ut [lies : vel] si forte erant pariture (!), non videtur administrare nec sibi debet nocere, arg. ff. de acqui. here. Pro herede (D. 29, 2, 20), C. de tuto. qui non satis. Tutor (C. 5 42, 5). Subtiliter motus fuit, set melius *mihi* videtur, ut per ycononum, (quem si) non habeat, per alios ordinetur, et (sic) sentit *tan.*(credus). *Io.*(annes teutonicus) dixit, quod per mutuum consensum eligentium et electi ius electo acquiritur« (L f. 33 c. 1 sq.). Unter Hinweis auf diese Stelle bemerkt *Schulte*¹⁾, außer anderem²⁾ beweiße »*la.* iuris canonici lucerna«, daß Joh. Hisp. vor *Lanfrankus* eine große Achtung habe. Aber mit Unrecht; denn *Tankred* schreibt in seinem Apparat zur Comp. III zu c. 2 Qualiter I. 6 (= c. 17 X I. 6) ad v. *administrationi*: »§ E.(odem) t.(itulo) Quod sicut contra. Set istud est ius commune, illud autem dispensatio, quam romana ecclesia susti-

1) *Wiener Sitz.-B.* 68, 78.

2) S. oben S. 37.

net, illud in his, qui remoti sunt ultra ytaliam. Nam tales si in concordia electi sunt et non sunt in mora petende confirmationis, administrare possunt de generali dispensatione, ita quod de rebus ecclesie non possunt alienare, ut in constit. domini innocen. Nichil est (c. 26 conc. Lat. IV = c. 11 Comp. IV l. 3) circa fi., quoniam si nimia subtilitate circa hoc uteretur [D: vertetur] dominus papa, ipsa subtilitas esset ecclesiis valde [A deest: ec. val.] perniciosa, arg. C. ad trebell'. (C. 6, 49) l. pl̄. *Et notavit hic doctor meus laur.*, quod si electus ante confirmationem aliquid disposuit de rebus ecclesie, ut salve sint vel quia periture [D: pariture] erant, et [D: non] ideo [deest: D] fecit hoc tanquam electus, non videtur ob hoc administrasse et ei nocere non debet, ut ff. de acquiren. her. l. Pro herede et C. de tutore, qui non satisdedit Tutor. Subtiliter et bene dixit, set cautius est, quod per alios illa fiant [D: fiunt]. *t.*¹⁾ Demnach steht über alle Bestreitung fest, daß an obiger Stelle bei Joh. Hisp. »la.« auf *Laurentius* geht.

Ferner schreibt Joh. Hisp. zum Titel de iureiurando u. a.: »§ Sciendum est, quod in ista materia quot fuerunt summi *doctores*, fere fuerunt tot opiniones. Nam *la.* — et eidem assentit (L: assentio) *Io.* (ann. teuton.) — dixit, quod *iuramentum metu extortum, qualiscunque metus intervenerit, est obligatorium, dummodo possit servari sine interitu salutis eterne*, ut Supra de hiis que vi metus. Ad audientiam, Supra XXII. q. V. c. I. et III., XV. q. I. Merito (c. 1), Infra e.(odem) Si vero. *Ba.* (zianus) et *t.* (aucred.) dixerunt contrarium per dec. Supra quod metus causa Perlatum et c. Abbas, XV. q. VI. Auctoritatem (c. 2), tanquam divina voce pretor edixerit, quod metus causa (D. 4, 2) l. I., et iura preall. intellige in assertoriis, non in promissoriis iuramentis, nam nulla

1) A f. 125 c. 2; D f. 123' c. 2. — Nebenbei sei bemerkt, daß Tankred auch den Zivilisten *Bandinus* zum *Lehrer* hatte. Denn T. schreibt z. B. zu c. 1 In nostra presentia Comp. III l. 22 (= c. 4 X l. 38) ad v. *revocavit*: »§ C. de satisfando (C. 2, 56) l. l. contra, ubi dicitur, quod si mutata voluntate procuratorem eum noluerit, iudicium tamen, quod cum eo ceptum est, ratum erit. Solutio: Illa lex intelligitur, cum vetitus est procurator agere ignorante adversario. Si vero eo sciente prohibitus est, tunc nullum est iudicium, in quo casu credo hanc decretalem loqui et illam S. e. Ex insinuat. l. II. Alioquin facta esset iniuria parti adverse et hec distinctio expresse probatur ff. iu. solvi. Si ante, ff. de solut. Si quis servo (D. 46, 3, 18) et l. Cum quis (38) § I. *Ita sentit dominus meus ba.* (ndinus) et *ego* cum eo. Video enim, quod sufficiunt littere de rato, ut negotium ratum sit, S. e. t. c. I. et ff. de procurat. Si procuratorem. (D. 3, 3, 65) *t.*« (A f. 144 c. 2). — Über *Bandinus* s. *Savigny* a. a. O. 3, 219; 4, 391—393.

conditione aliquis inducendus est ad deierandum. *Ala.(nus)* et *quidam alii* subtiliter moti dixerunt referre, utrum iurans habeat propositum se obligandi vel non; in primo casu est obligatorium iuramentum, in secundo minime, arg. infra de bap. et eius effectu Maiores. *Ego* sententiam *la.* approbo. (L f. 156 c. 2, 156' c. 1)¹⁾.

Tankred bemerkt zu c. 18 Intimavit Comp. I II. 13 (= c. 18 X II. 20) ad v. *iuramento*: »Eo ipso quod voluit copiam probationis adversario suo auferre, presumitur iniquam causam habere, ut III. Q. VII. § Tria (dict. Gr. p. c. 1) circa finem, et debet procedi contra eum, ac si testes ipsi contra eum deposuissent, si tamen de corruptione constat. Ad quam corruptionem probandam testes illi sunt recipiendi et non super principali, ut probatur extra. II. de presump. Pervenit, et *ita notavit lau.* super illa decretali. Super principali vero iurare non debent nec in ea testificari, quia facerent contra iuramentum suum, quod licet illicite prestitum fuerit, *si potest servari sine interitu salutis eterne, servandum est*, ex quo potest aliter subveniri ei, cuius testes corrupti fuerunt, arg. XXII. Q. III. § ult. circa finem. *Alii* dicunt, quod super principali deponere debent, quod verum est, I. e. t. Constitutis. l'. III. (=*c. 5 Comp. IV II. 7*) [C. f. 25' c. 2)²⁾. Der »*la.*« des Joh. Hisp. ist hier bei Tankred offenbar *Laurentius*.

Zum Titel de iudiciis lesen wir bei Joh. Hisp. u. a.: »Videtur etiam, quod actio coram ecclesiastico iudice per canones non apponatur, ut infra e.(odem) Dilecti (c. 6), nec in ecclesiasticis negociis iure (!) rigor observatur, ut infra de dolo et con. c. I. *R.(icardus)*, *alia*. [lies: Alanus] et *quoddam* [lies: quidam] *alii* dixerunt³⁾ neminem per canones debere compelli ad ac(t)ionem proponendam, si tamen proposuerit [korrigiert aus: »proposuerat«],

1) Die Stelle ist auch abgedruckt in den *Wiener Sitz.-B.* 68, 77 f.

2) »Verum — l'. III. (=*c. 5 Comp. IV II. 7*) steht in C auf radiierter Stelle. Andere Hss. lesen: »quod mihi non placet t. Extra. III. de testibus Constitutus«. — Cf. *gloss. ord.* c. 8 X II. 24 ad v. *iuramentum proprium*.

3) *Richard* bemerkt zu c. 1 Dilecti Comp. I II. 20 (= c. 6 X II. 1) ad v. *accio intendatur* nach Vorlegung der pro und der contra sprechenden Gründe: »Solutio: Dicimus iure canonum nullum compellendum accionem nominare..« (B f. 16' c. 1); und *Alanus* schreibt eodem ad v. *et pure factum*: »§ Nota secundum canones actionem non proponendam, S. de dolo et con. c. I. Arg. contra XI. q. I. Experimenti, Relatum (cc. 15, 14), S. depositi Gravis. Solutio: In foro ecclesiastico nullus actionem tenetur proponere, secus in seculari, ut ff. de amministra. t. Quociens (D, 26, 7, 9) § I. Set quero, an clericus conveniens laicum coram iudice laico teneatur actionem edere« (H f. 25 c. 2).

admittitur, et si est iure inepta, non optinet, quod intendit, ut infra e. *Examinata* (c. 15), et in hac sententia est *tñ* [= *tancredus*] ¹⁾. **La.** *alio modo intellexit et dixit actionem debere proponi, quando ex eodem facto plures oriuntur actiones et aliter in una quam in alia condenpnatio fac(i)enda est*» (L f. 89 c. 2, 89' c. 1).

Tankred schreibt zu c. 1 *Dilecti Comp.* I II. 20 ad v. *intendatur*: »Arg. quod secundum canones actio non est proponenda, ut S. de dolo et contu. c. l., C. si per vim vel alio modo (C. 8, 5) l'. I. Arg. contra S. XI. Q. I. *Experientie*, *Relatum*, S. de mutuis petitionibus *Ex litteris* l'. e., I. de confir. uti. *Examinata* l'. III., I. de depositis *Gravis* (c. 2) l'. e. *Solutio*: R.. *ala.* et *fere omnes* dicunt, quod non est quis cogendus nominare actionem in foro ecclesiastico, si autem nominaverit, annectenda est. **Lau.** tamen videtur innuere hic quadam glosa sua, que incipit s.(cil.) an locati etc., *quod actio proponenda sit, quia dixit non sufficere ponere causam agendi, cum ex una causa plures oriantur actiones et aliter esset condenpnatio facienda per unam et aliter per aliam. Ego* vero ab hac littera non discedo et dico, quod secundum canones non est actio proponenda. Si tamen proponitur et est inepta, non optinet, quod intendit, ut I. de confir. utili vel inutili *Examinata* (= c. 3 *Comp.* III II. 20), secundum leges senper est proponenda, ut ff. de administratione tu. *Quotiens* § I., *Inst.* de act. (I. 4, 11) in prin. *t.*« (C. f. 30' c. 1). Hier ist wiederum völlig klar, daß der von Joh. Hisp. mit der Sigle »*la.*« Bezeichnete bei Tankred die Sigle »*lau.*« trägt. ²⁾

Nach *Schulte* ³⁾ wird der Legist *Lanfrankus* von Joh. Hisp. de Petesella als *dominus la. lan.* in L zitiert z. B. f. 101, 113, 151. In Wirklichkeit schreibt Joh. Hisp. an der erstgenannten Stelle (zum Titel de mutuis petitionibus): »... Set pone me civiliter agere contra tē(l) petendo equ(u)m, tu vis me reconvenire super crimine, quero utrum possit(l). Si civiliter agatur, planum est, quod locum habeat reconventio. Simile est, cum criminaliter vult reconvenire? Et quidem dixit b.⁴⁾, quod sic, et clericum condenp-

1) *Schultes* Vermutung trifft hier, wie sich aus der Tankredglosse mit voller Sicherheit ergibt, das Richtige (a. a. O. S. 79). — Übrigens ist dies nicht das einzige Mal, daß Tankred mit »*tñ*« bezeichnet wird. Auch f. 246' c. 1 oben steht: »... *tñ* et quidam alii dixerunt...«

2) Cf. *gloss. ord.* c. 6 X II. 1 ad v. *actio intentetur*.

3) *Wiener Sitz.-B.* 68, 70.

4) Vermutlich Bernardus Kompostellanus (antiquus). Vgl. *Wiener Sitz.-B.* a. a. O. S. 79.

natum per totalem(!) reconventionem factam [L: *feċam*] coram iudice seculari asserit infamem . . . Hoc *ego* non approbo, quia nunquam concedo, quod possit quis convenientem civiliter reconvenire criminaliter, et in ista sententia fuit *lau.* nec talis proprie potest dici reconventio, ut C. de or. cong. (C. 7, 19) l'ult̄. Cessat etiam reconventio in excommunicato convento (!), ut infra de excep. Cum inter in fi. Cessat etiam et in arbitris, ut S. de arbi. Cum dil'.« (L f. 101 c. 2). *Schulte* liest hier abermals »*lan.*«, wo man wenigstens mit dem gleichen Recht »*lau.*« lesen kann. Vgl. ob. S. 13².

Bezüglich des Textes in L f. 113 vgl. das ob. S. 635 f. Gesagte. Und f. 151 c. 2 ebenda bemerkt Joh. Hisp. (zum Titel de presumptionibus): » . . *Domini az.(o) et la.* alio modo distinguunt dicentes, quod presumptio alia est iuris. Illa non admittit contrarii probationem, ut C. ad velleian̄. Antique (C. 4, 29, 23) § I., C. arbitrium tutele (C. 5, 51) l. ult̄, et sic intellexerunt omnia alia iura, que dicunt probationem non esse admittendam contra presumptionem. Alia est hominis sive iudicis et hec bene admittit probationem in contrarium et de tali intelligunt ff. quod me. causa (D. 4, 2) l. ult̄ I. R. et de donat̄. inter vir̄. et ux̄. Quintus (D. 24, 1, 51). Alia est nature, ut cum ex herede filium (!) non presumitur iniuste exheredatus, et hoc propter naturam, et ideo honerantur probatione heredes mei, ut probent iniustam fuisse causam exheredationis . . .« Hier setzt *Schulte* »*la.*« = »*lanfrancus*«, während oben (S. 636 ff.) nachgewiesen wurde, daß bei Joh. Hisp. »*la.*« = »*laurentius*« ist.

Mit vollem Unrecht behauptet *Sch.*¹⁾, das in L f. 18 c. 1 stehende »*secundum dominum lau.*« sei sicher ein Schreibfehler für »*lan.*«. Die bezügliche Stelle (zum Titel de consuetudine) lautet: » . . Si est (consuetudo) contra ius positivum, tunc secundum *dominum lau.* et eius sequaces optinet consuetudo et inducebat pro se ff. de le. et con. De quibus (D. 1, 3, 32) in fi., C. de veteri iure enu. (C. 1, 17) l. I. § Nulla, in aut̄. Quibus modis na. § ult̄. coll'. VII. (Nov. 89). *Dominus pla.(centinus)* fuit in contraria sententia, quia dixit senper consuetudinem iuri succumbere et hoc sive esset generalis consuetudo sive specialis. Inducebat pro se C. que sit longa consuetudo Consuetudinis (C. 8, 52, 2), ff. de usuris (D. 22, 1) l. I. R. I., infra (!) de sepul. viol. Pretor ait § Divus (D. 47, 12, 3 § 5). Et hoc dixit *magister*

1) Wiener Sitz.-B. 68, 79¹.

maxima ratione, quia sicut solius principis est condere legem, ita eius solius est ipsam abrogare. Et sic ubi invenit consuetudinem tollere legem, intelligit legem non scriptam, i. e. contrariam consuetudini. Ad illam De quibus, (que) videtur eius sententiam destruere, respondet illam legem tempore illo locum habuisse, quando populus (L: pp) potuit condere leges. Set hodie potestas condendi leges est in imperatorem translata, ut in Inst. de iure naturali § Set quod principi (§ 6 I. I, 2), et ideo lex principis per contrarium populi consensum abrogari non potest. *Alii* dicunt, quod consuetudo ex certa conscientia inducta vincit legem scriptam usu utentium non conprobatam. . . Tercia est opinio *domini al-verici* dicentis in eo casu legi consuetudinem preiudicare, in quo posset expresse pacto confirmari. Dixit enim . . « Daß *Schultes* weitere Behauptung (a. a. O.), der bezeichnete Schreibfehler komme auch in dem Zitat in L f. 190' c. 1 sq. vor, dem wirklichen Tatbestand nicht entspricht, wurde oben S. 31 ff. nachgewiesen. Laurentius war eben Kanonist und Legist zugleich, was ich oben S. 10³ vermerkt habe ¹⁾.

Schließlich sei darauf hingewiesen, daß die *Glossa ordinaria zur Gregoriana* die Siglen »l.«, »la.«, »lau.«, »laur.« sämtlich auf *Laurentius* bezieht, wofür noch weitere Belege beizubringen sich erübrigt. Auch *Schulte* hat diese Tatsache erkannt, glaubte aber mit Unrecht derselben kein Gewicht beilegen zu müssen ²⁾.

1) Bekanntlich hat auch *Vincentius Hispanus* beide Rechte behandelt (s. *Archiv* 1926 S. 164 Anm.) und deshalb ist der »dominus vin̄.« bei Joh. His. de Petesella (s. *Wiener Sitz.-B.* 68, 71 f.; L f. 191' c. 2: ». . tempore domini Vicēcii . .«) wohl mit dem Kanonisten Vinc. Hisp. (s. *Wiener Sitz.-B.* a. a. O. S. 79) identisch. — Übrigens wird Vinc. Hisp. von Joh. His. de Pet. nicht bloß auf 21, sondern — nach meiner Zählung — auf 27 Seiten angeführt. — Auch sonst sind *Schultes* Angaben, die Summa super titulis decretalium des Joh. Hisp. de Pet. betreffend, nicht selten fehlerhaft. Doch soll hier nur erwähnt werden, daß Joh. Hisp. den Legisten *Jakobus de Ardizone* nicht nennt (s. *Wiener Sitz.-B.* 68, 70 f.). Es heißt an der bezüglichen Stelle (L f. 122' c. 1) ganz deutlich: ». . Hanc sententiam approbat dominus azo et eosdem sequitur lau. . .« Dagegen wird der Legist *Accursius* angeführt (L f. 284' c. 2: ». . Dominus acur dixit . .«). Für die Bestimmung der Heimat des Joh. Hisp. ist wichtig die folgende, von *Schulte* übersehene Stelle: ». . nec eam (*ecclesiam gallicie*) voco selertissimam (!), quia inde originem duxi, set . .« (L f. 203' c. 2) Einmal nennt Joh. Hisp. seinen Lehrer mit Namen, indem er (L f. 143 c. 1) schreibt: ». . et in hac sententia fuit dominus meus Io. et inducebat pro se . .« (s. *Wiener Sitz.-B.* 68, 72 f.).

2) *Wiener Sitz.-B.* 66, 120 f.

III. Kirchliche Erlasse und Entscheidungen.

1. Apostolische Konstitution »Divini cultus« über die Liturgie und die Förderung des Gregorianischen Chorals und der Kirchenmusik, vom 20. Dezember 1928. A. A. S. XXI, 33 ff.

Divini cultus sanctitatem tuendi cum Ecclesia a Conditor Christo munus acceperit, eiusdem est profecto, salva quidem Sacrificii et sacramentorum substantia, ea praecipere — caerimonias nempe, ritus, formulas, preces, cantum — quibus ministerium illud augustum et publicum optime regatur, cuius peculiare nomen est Liturgia, quasi actio sacra praecellenter. Atque res utique sacra est liturgia; per eam enim ad Deum evehimur ipsique coniungimur, fidem nostram testamur nosque gravissimo ei obligamur officio ob accepta beneficia et auxilia, quibus perpetuo indigemus. Hinc intima quaedam necessitudo inter dogma et liturgiam sacram, itemque inter cultum christianum et populi sanctificationem. Quapropter Caelestinus I fidei canonem expressum esse censebat in venerandis liturgiae formulis; ait enim: »legem credendi lex statuat supplicandi. Cum enim sanctarum plebium praesules mandata sibimet legatione fungantur, apud divinam clementiam humani generis agunt causam, et tota secum Ecclesia congemiscante postulant et precantur¹⁾.«

Quae communes supplicationes primum opus Dei, deinde officium divinum appellatae, quasi debitum cotidie Deo solvendum, noctu dieque olim fiebant, magna quidem christianorum frequentia. Ac mirum quantum iam inde ab ipsa antiquitate temporum ingenuae illae cantilenae, quae sacras preces actionemque liturgicam exornabant, ad fovendam in populo pietatem contulerunt. Namque in veteribus praesertim basilicis, ubi episcopus, clerus populusque divinas laudes alterne concinebant, non parum liturgici cantus eo valere ut plurimi ex barbaris ad christianum civilemque cultum, historia teste, adducerentur. In templis catholicae rei oppugnatores altius sanctorum communionis

1) Epist. ad episcopos Galliarum, Patrol. Lat., L. 535.

dogma didicerunt; quamobrem Valens imperator, arianus, prae divini mysterii maiestate, a. S. Basilio peracti, stupore quodam insolito correptus, animo deficiebat; ac Mediolani S. Ambrosius ab haereticis arguebatur se turbas liturgicis cantibus fascinare, quibus quidem percussus Augustinus consilium cepit Christi fidem amplectendi. In ecclesiis deinde, ubi ex tota fere civitate chorus ingens fiebat, opifices, aedium fabri, pictores, sculptores, litterarum ipsi studiosi, per liturgiam ea theologiarum rerum cognitione imbuebantur, quae hodie ex illius aetatis mediae monumentis tantopere elucet.

Ex his intelligitur cur Romani Pontifices tantam adhibuerint sollicitudinem in liturgia tutanda et custodienda; et quemadmodum tam multa erat eis cura in dogmate aptis verbis exprimendo, ita liturgiae sacrae leges ordinare, tueri et ab omni adulteratione praeservare studuerint. Itemque patet cur Sancti Patres liturgiam sacram (seu supplicandi legem) verbis scriptisque commentati sint; et Tridentinum Concilium voluerit eam esse christiano populo exponendam et explicandam.

Quod vero ad nostra haec tempora attinet, Pius X., abhinc annos XXV, in praescriptionibus illis Motu Proprio¹⁾ promulgandis, quae ad cantum gregorianum et musicam sacram pertinent, hoc in primis sibi proposuit ut scilicet christianum spiritum in populis excitaret et aleret, ea sapienter removendo quae templi sanctitudinem maiestatemque dedecerent. Etenim ob eam causam ad aedes sacras fideles conveniunt ut pietatem inde, tamquam ex praecipuo fonte, hauriant, veneranda Ecclesiae mysteria ac publicas sollemnesque preces actuose participando. Permagni igitur interest quidquid est liturgiae ornamentum normis quibusdam praeceptisque Ecclesiae contineri, ut artes reapse, velut par est, quasi ancillae nobilissimae divino cultui inserviant; quod quidem nedum in detrimentum, in maiorem potius dignitatem splendoremque ipsarum artium quae in sacris locis adhibentur certe cedit. Idque mirum sane in modum in musica sacra effectum est: ubicumque enim praescriptiones illae diligenter sunt in usum deductae, ibidem cum lectissimae artis venustates reviviscere, tum religiosi spiritus late florere coeperunt; propterea quod populus christianus, liturgico sensu altius imbutus, et eucharisticum ritum et psalmodiam sacram et supplicationes

1) Siehe das Motu proprio »Tra le sollecitudine« vom 22. November 1903, in: Acta Sanctae Sedis 36, 329.

publicas participare impensius consuevit. Quod Nos quidem ipsi tum iucunde experti sumus, cum, primo Pontificatus Nostri anno, ingens clericorum chorus ex omni natione liturgiam sollemnem, quam in Vaticana Basilica celebravimus, gregoriano cantu nobilitavit.

Iam vero dolendum hic est quibusdam in locis eas leges sapientissimas plene non fuisse in usum deductas; ideoque optatos fructus inde perceptos non esse. Namque probe novimus vel dictitasse aliquos se eis legibus non teneri quae tam sollemniter edictae fuerant; vel nonnullos, primum quidem iisdem paruisse, sed pedetentim ei musicae generi indulsisse quod est omnino a templis arcendum; vel denique alicubi, cum praesertim saecularia sollemnia in memoriam celebrarentur musicorum illustrium, causam inde quaesitam esse quaedam opera in templo exsequendi quae, quamvis praeclara, cum sacri loci et liturgiae sanctitati non congruerent, in ecclesiis nequaquam erant adhibenda.

At tamen, quo clerus populusque eis legibus et praescriptionibus, quae sancte, inviolateque in Ecclesia universa servandae sunt, religiosius pareat, nonnulla haec adiungere placet, quae nempe hoc XXV annorum spatio experiendo didicimus. Idque eo libentius Nos facimus quod hoc anno non solum musicae sacrae restorationis, quam diximus, recordatio, sed etiam memoria monachi illius Guidonis Arretini celebrata est; qui, cum circiter abhinc annos nongentos, Romani Pontificis iussu, in Urbem venisset, ingeniosum illud suum inventum protulit, quo liturgici cantus, iam inde ab antiquitate traditi, et facilius evulgarentur, et, ad Ecclesiae artisque ipsius utilitatem ac decus, integre servarentur in posterum. In Lateranis aedibus, ubi antea S. Gregorius Magnus, monodiae sacrae thesauro — hereditate quidem monumentoque Patrum — collecto, digesto et aucto, Scholam illam percelebrem, ad veram liturgicorum cantuum interpretationem perpetuandam, tam sapienter constituerat, Guido monachus experimentum egit mirifici sui inventi, coram romano clero ipsoque Pontifice Maximo; qui, rem eximie probando meritaque laude prosequendo, hoc effecit ut eadem innovatio longe lateque paulatim propagaretur, atque omne musicae artis genus magnum inde caperet incrementum.

Omnibus igitur Episcopis atque Ordinariis, quibus quidem, cum sint liturgiae custodes, de sacris artibus in ecclesiis cura esse debet, nunnulla hic Nos commendare volumus, quasi optatis respondentes, quae ex tot musicis congressionibus, praecipueque

ex recentiore conventu, Romae habito, Nobis significarunt non pauci sacri Pastores ac studiosissimi rei huius praecones, quos omnes merita hic laude honestamus; eademque, ut infra, efficacioribus viis rationibusque propositis, ad effectum deduci iubemus.

I. Quicumque sacerdotio initiari cupiunt, non modo in Seminariis sed etiam in religiosorum domibus, iam inde a prima aetate cantu gregoriano et musica sacra imbuantur; propterea quod facilius tum ea perdiscunt, quae ad modulationes sonosque pertinent; et vocis vitia, si fortasse habeant, eradicare vel saltem corrigere queunt, quibus quidem postea, adultiores aetate, mederi prorsus non possent. Ab ipsis primordiorum scholis institutio cantus et musicae incipienda est, ac deinde in gymnasio et lycaeum continuanda; ita enim qui sacros ordines suscepturi sunt, cum iam cantus periti sensim sine sensu facti sint, in theologicorum studiorum curriculo, sine ullo quidem labore ac difficultate, altiore illa disciplina institui poterunt quam verissime aestheticam dixeris monodiae gregorianae ac musicae artis, polyphoniae atque organi, quamque clerum pernoscere omnino decet.

II. Esto igitur in Seminariis ceterisque studiorum domiciliis, utrique clero recte conformando, brevis quidem sed frequens ac paene cotidiana cantus gregoriani et musicae sacrae lectio vel exercitatio; quae si liturgico spiritu peragatur, solatium potius quam onus, post severiorum disciplinarum studium, alumnorum animis afferet. Auctior ita pleniorque utriusque cleri in liturgica musica institutio id certe efficiet ut ad dignitatem priscam splendoremque chorale officium restituatur, quod pars est divini cultus praecipua; itemque ut scholae et capellae musicorum, quas vocant, ad veterem gloriam revocentur.

III. Quicumque in basilicis aedibusque cathedralibus, collegiatis et conventualibus religiosorum cultum moderantur et exercent, iidem totis viribus contendant ut rite, id est ad Ecclesiae praescripta, chorale officium instauretur; neque id solum quod ad commune praeceptum spectat divini officii peragendi digne semper, attente ac devote, sed etiam quantum ad canendi artem attinet; in psallendo enim, et iusta tonorum ratio curanda est una cum mediis suis numeris clausulisque ad sonum exquisitis, et congruens ad asteriscum mora, et plena denique concordia illa in psalmodicis versiculis hymnorumque strophis conclamandis. Quae si egregie efficiantur, omnes rite psallentes, cum suorum animorum in adorando Deo unitatem mirifice ostendant, tum, in

moderata duarum chori partium vice, sempiternam illam Seraphim laudem, qui clamabant alter ad alterum: »Sanctus, Sanctus, Sanctus« aemulari videntur.

IV. Ne quis autem in posterum faciles excusationes praetextat ut ab officio Ecclesiae legibus parendi liberatum se existimet ordines canonicorum omnes ac religiosae eadem communitates de his rebus in statis coetibus agant; et canonicorum et religiosorum choris aliquis eligatur peritus, qui cum liturgiae cantusque choralis normas in usum deducendas curet, tum singulorum vel chori universi vitia emendet. Quo in genere praetereundum non est, ex veteri constantique Ecclesiae disciplina atque ex ipsis capitularibus constitutionibus quae adhuc vigent, quotquot ad chorale officium tenentur, eos omnes saltem cantum gregorianum rite pernoscere oportere. Cantus vero gregorianus, in ecclesiis omnibus cuiusvis ordinis adhibendus, is est qui ad veterum codicum fidem restitutus, ab Ecclesia in editione authentica, vaticanis typis, iam propositus est.

V. Capellas etiam musicorum iis omnibus ad quos spectat commendatas hic volumus, utpote quae, decursu temporum, in antiquarum scholarum locum suffectae, eo pacto in basilicis maioribusque templis constitutae sint ut polyphonicam praecipue musicam ibidem efficerent. Quam quidem ad rem, merito polyphonia sacra post gregorianum cantum altero loco haberi solet: ideoque vehementer Nos cupimus ut capellae huiusmodi, quemadmodum a saeculo XIV ad saeculum XVI floruerunt, ita hodie illic maxime renoventur ac revirescant ubi divini cultus frequentia et amplitudo maiorem cantorum numerum exquisitioremque eorum delectum postulant.

VI. Scholae puerorum, non modo apud maiora templa et cathedrales, sed etiam penes minores et paroeciales aedes excitentur; pueri autem a capellarum magistris ad recte canendum instituantur ut ipsorum voces, iuxta veterem Ecclesiae morem, virorum choris sese adiungant, maxime cum in polyphonica musica, ut olim, adhibendae sint pro suprema voce, quae »cantus« appellari consuevit. Ex eorum numero, saeculo praesertim XVI, polyphoniae auctores peritissimi, uti est compertum, prodire, quos inter omnium facile princeps Ioannes ille Petrus Aloisius Praenestinus.

VII. Quoniam vero didicimus tentari alicubi ut quoddam musicae genus resumatur, sacrorum officiorum perfunctioni haud omnino congruens, praesertim ob immoderatiorem instrumentorum

usum, Nos quidem hic profitemur cantum cum symphonia coniunctum nullo modo ab Ecclesia tamquam perfectiorem musicae formam rebusque sacris aptiorem haberi; etenim magis quam instrumenta, vocem ipsam in sacris aedibus resonare decet: vocem nempe cleri, cantorum, populi. Neque est autem putandum incremento musicae artis Ecclesiam obsistere, quod instrumento cuilibet humanam vocem anteponat; siquidem nullum instrumentum, quamvis eximium atque perfectum, in exprimendis animi sensibus humanam vocem superare potest, tum maxime cum ipse animus ea utitur ut preces et laudes ad omnipotentem Deum extollat.

VIII. Est quidem Ecclesiae proprium musicum instrumentum a maioribus traditum, organum, ut aiunt; quod, ob miram quandam granditatem maiestatemque, dignum habitum est ut cum liturgicis ritibus coniungeretur, sive cantum comitando, sive, silente choro, ad praescripta, harmonias suavissimas eliciendo. At vero in hoc etiam illa vitanda est sacri et profani permixtio, quae causa cum fabrorum qui organa conficiunt, tum modulatorum quorundam qui novissimae musicae portentis indulgent, huc demum evaderet ut de ipso ad quem destinatur fine mirificum hoc instrumentum deflecteret. Equidem ad liturgiae normas Nosmet ipsi optamus ut quaecumque ad organum spectant nova semper incrementa capiant; sed temperare Nobis non possumus quin conqueramur quod, uti olim aliis musicae formis quas merito Ecclesia prohibuit, ita hodie novissimis sane formis tentetur ut in templum profani spiritus invehantur; quas quidem formas, si gliscere inciperent, facere non posset Ecclesia quin omnino damnaret. Personent in templis ii tantum organi concentus qui maiestatem loci referant ac rituum sanctitudinem redoleant; hoc enim pacto ars tum fabrorum in construendis organis, tum musicorum in eisdem adhibendis, revirescet ad liturgiae sacrae efficax adiumentum.

IX. Quo autem actuosius fideles divinum cultum participant, cantus gregorianus, in iis quae ad populum spectant, in usum populi restituatur. Ac revera pernecessee est ut fideles, non tamquam extranei vel muti spectatores, sed penitus liturgiae pulchritudine affecti, sic caerimoniis sacris intersint — tum etiam cum pompae seu processiones, quas vocant, instructo cleri ac sodalitatum agmine, aguntur — ut vocem suam sacerdotis vel scholae vocibus, ad praescriptas normas, alternent; quod si auspiciato contingat, iam non illud eveniet ut populus aut nequa-

quam, aut levi quodam demissoque murmure communibus precibus, liturgica vulgarive lingua propositis, vix respondeat.

X. In hoc utriusque cleri industria desudet, praeceuntibus quidem Episcopis et locorum Ordinariis, ut, per se vel per alios rei peritos, liturgicam musicamque populi institutionem curent, utpote cum doctrina christiana coniunctam. Quod quidem facilius efficietur scholas praecipue, pia sodalicia ceterasque consociationes liturgicis cantibus instruendo; religiosorum autem, sororum ac piarum feminarum communitates alacres sint ad hunc finem assequendum in variis institutis quae sibi ad educandum et erudiendum concredita sunt. Itemque valde ad hanc rem valituras esse confidimus eas societates quae in nonnullis regionibus, ecclesiasticis auctoritatibus obsequentes, musicam sacram ad Ecclesiae leges restaurare contendunt.

XI. Ad haec omnia, quae sperantur, adipiscenda peritis magistris iisdemque frequentissimis omnino opus est. Quo in genere, Scholis et Institutis illis, passim per catholicum orbem conditis, debitas laudes tribuimus; siquidem disciplinas huiusmodi diligenter docendo, praeceptores optimos idoneosque effingunt. Sed maxime memorare hoc loco ac dilaudare placet »Pontificiam Scholam musicae sacrae altius tradendae«, quae inde ab anno MCMX in Urbe a Pio X constituta est. Hanc Scholam, quam deinde proximus decessor Noster Benedictus XV studiose provexit novaeque sede donavit, Nos quoque peculiari quodam favore prosequimur, tamquam pretiosa Nobis hereditate a duobus Pontificibus relictam, eandemque idcirco Ordinariis omnibus magnopere commendatam volumus.

Equidem probe novimus ea omnia, quae supra mandavimus, quantum studii postulant ac laboris. At vero qui ignorat quam multa opera quamque magno artificio contexta, nullis devicti difficultatibus, maiores nostri posteritati tradiderint, utpote qui pietatis studio ac liturgiae spiritu imbuti essent? Neque id mirum: quidquid enim ab ipsa, quam Ecclesia vivit, interiore vita proficiscitur, mundi huius perfectissima quaeque transcendit. Difficultates coepti huius sanctissimi animos Ecclesiae Antistitem excitent atque erigant nedum infringant; qui voluntati Nostrae corcorditer omnes constanterque obsequentes, operam navabunt Summo Episcopo episcopali suo munere dignissimam.

Haec edicimus, declaramus, sancimus, decernentes Apostolicam hanc Constitutionem firmam, validam et efficacem semper esse ac fore, suosque plenarios et integros effectus sortiri atque

obtinere, contrariis quibusvis non obstantibus. Nulli igitur hominum liceat hanc Constitutionem a Nobis promulgatam infringere vel eidem temerario ausu contraire.

Datum Romae apud Sanctum Petrum, in quinquagesimo sacerdotii Nostri natali, die XX mensis Decembris anno MCMXXVIII, Pontificatus Nostri septimo.

Fr. Andreas Card. Frühwirth, *Cancellarius S. R. E.*

Camillus Card. Laurenti, *S. R. C. Pro Praefectus.*

Iosephus Wilpert, *Decanus Coll. Proton. Apostolicorum.*

Dominicus Spolverini, *Protonotarius Apostolicus.*

Loco † Plumbi.

Reg. in Cancellaria Apostolica, vol. XXXIX, n. 45 — M. Riggi.

2. Entscheidung der Konsistorialkongregation über die Zugehörigkeit der Priester zu den Rotary-Klubs, vom 4. Februar 1929. A. A. S. XXI, 42.

Ab hac Sacra Congregatione Consistoriali non pauci sacrorum Antistites, pro sua pastoralis officii religione, exquisierunt: *An Ordinarii permittere possint clericis ut nomen dent Societatibus, hodiernis temporibus constitutis, quibus titulus »Rotary Clubs«, vel ut eorumden coetibus saltem intersint.*

Sacra autem haec Congregatio Consistorialis, re mature perpensa, respondendum censuit: *Non expedire.*

Datum Romae, ex aedibus Sacrae Congregationis Consistorialis, die 4 Februarii 1929.

C. Card. Perosi, *Secretarius.*

L. † S. † Fr. Raphaël C., Archiep. Thessalonicen., *Adressor.*

Die Rotary International, am 23. Februar 1905 in Chicago gegründet, mit einem europäischen Sekretariat in Zürich, ist eine laizistische Vereinigung auf religiös neutraler, indifferenter Grundlage, die durch eine im »Rotary-Kodex der Ethik« enthaltene Laienmoral einen allgemeinen Weltfrieden nach dem Vorbild der freimaurerischen Humanität und Philantropie erstrebt. Sie steht in enger Verbindung mit der sog. Young Men's Christian Association (J. M. C. A.), vor der das Hl. Offizium wegen ihrer rationalistischen und religiös indifferenter Haltung am 5. November 1920 gewarnt hat. A. A. S. XII, 595 ff.

3. Entscheidung der Konzilskongregation, betr. zwei Kaplaneistiftungen mit täglicher Meßverpflichtung, vom 21. Mai 1927.

A. A. S. XXI, 116 ff.

Species facti. — Quidam sacerdos oppidi G., dioecesis N., sub initium transacti saeculi, instrumento a rogato Notario confecto duas cotidiananas cappellanas fundavit, his verbis usus: »sapendo quanto sia grato a Dio il sacrosanto sacrificio della Messa... ha fondato e fonda ed ha eretto ed erige due cappellanie cotidiane, da celebrarsi entro questa ven. Basilica di S. A., all'altare della Ssma Addolorata... Per dote di suddette due cappellanie ha assegnato durante la di lui vita, onze sessanta annuali, e dal giorno della sua morte onze, sessantadue ogni anno, onerate sopra quelle onze quatrocento di soggiogazione che esige annualmente dal Sig. Principe di F. E se in qualunque tempo si verrà a reluirsi detta soggiogazione, vuole che il capitale di dette onze sessantadue si debba all'istante impiegare in compra di rendite stabili, ... e i frutti esigersi dai cappellani *nonostante che siano più delle onze sessantadue*«. Haec vero affrancatio canonum vivente adhuc fundatore effecta est, eiusque neptis et heres, mandato *alter ego* a fundatore munita, »ha fondato, rifondato e fonda nella ven. ch. di S. A. due quotidiane Messe, ossia laicali cappellanie... per elemosina di questa quotidiana celebrazione assegna o reassegna onze annue sessantadue... e per la facile essazione di dette onze sessantadue, ipoteca la possessione di terre... detto *Orto del Marchese*... quale possessione, *mea secuta morte*, passi subito in dominio della ven. chiesa di S. A., con obbligo di gabellarlo o affittarlo al miglior offerente, e della detta gabella, dedotte *prima* le onze sessantadue da pagare come elemosina come sopra per i Cappellani assegnata, e altresì dieci onze anualmente per distribuirle ai poveri nel giorno della Ss. Addolorata, tutto quanto sopravvanzerà debba impiegarsi per gli arredi e suppellettili dell'altare dell'Addolorata«. Reditus annuus 62 uncium, seu lib. 792,50, evidenter hodie non sufficit pro satisfactione Missarum ad taxae dioecesanæ rationem: hinc iamdudum impetrata fuit reductio earundem. Verum cum in praesenti constet reditus fundi seu praedii *Orto del Marchese* attingere circiter libellas 7000 annuas, capellani augmentum dotis reclamant ad summam saltem 3650 libellarum, quae responderet duplici capellaniae cotidianae: resistit tamen parochus, obtendens se ex fundatoris expressa voluntate teneri ad erogandas pro Missis

summam unciarum 62 dumtaxat: ex quo potius dicendum videatur, fundatores noluisse capellaniam cotidianam, nisi subordinate; secus enim providissent pro casu quo summa non sufficeret. Quaestio delata est ad Ordinarium, qui consultius censuit ab hac Sacra Congregatione expetere solutionem sub his rogandi formulis:

I. *An capellaniis in casu adnexa sit celebratio cotidiana Missarum.* Et quatenus affirmative: II. *Ad quam usque rationem Rector paroeciae S. A. teneatur redditus cedere in favorem Capellaniarum in casu.*

Animadversiones. — Ex relatis foundationis verbis apparet luculentissime fundum pro Missis celebrandis relictum non fuisse *taxative*, sed *demonstrative* solummodo. Fundatores enim exordiantur ab oneris impositione, et inde pergunt ad fundum pro adimplerione oneris constituendum. Iam vero cum fundus *demonstrative* legatur, heres tenetur supplere quod necessarium sit ad onera Missarum adimplenda, si redditus assignati a fundatore non sufficiant. In casu enim onus non inhaeret fundo, sed personae quae non deficit, etsi redditus fundi assignati deficiant (Lucidi, *De Vis. sacr. Lim.*, vol. III, p. 426, n. 9). Hanc doctrinam aperte docet Benedictus XIV innixus instructioni per Sacram Congregationem Concilii transmitti solitae, dum Ordinariis facultas onera Missarum reducendi concedebatur. In ea enim legitur: »Illa legata seu foundationes erunt *taxative* conceptae, si fundatores legando, aut aliquo modo disponendo, orationem, seu dispositionem primo inchoaverint ab assignatione fundi, et subinde Missarum onera adiecerint; et hoc casu huiusmodi onera ad rationem eleemosynae manualis moderari possit Episcopus; contra, vero, si fundatores orationem seu dispositionem inceperint ab impositione oneris, et subinde fundum assignaverint: tunc enim onus dicitur *demonstrative* conceptum, ac fundatorum heredes per Amplitudinem Tuam cogendi sunt *ad perpetuam dicti oneris manutentionem et ad supplendam summam deficientem* tam pro praeterito quam pro futuro tempore« (*De Syn. dioec.* lib. XIII cap. ult. n. XXXII). Idem docent inter alios Lucidi (*De Vis. ss. LL.*, supr. rel. n. 104), Oietti (*Syn. rer. mor. et iuris Pont.*, n. 3402) et Gasparri (*De Ss. Eud.*, n. 620).

In casu hoc fecerunt fundatores; primum onus Missarum imposuerunt, et deinde fundum pro adimplendo onere assignarunt, Onus inde *demonstrative* esse conceptum dicendum est. Ergo *ecclesia* S. A., cui fuit impositum, cogenda est ad perpetuam oneris Missarum manutentionem et ad supplendam summam in tabulis foundationis assignatum *tunc* sufficientem sed *nunc* ex

aucta taxa synodali deficientem, pro duabus Missis fundatis quotidie celebrandis ad mentem fundatorum.

Neque dici potest hos ipsos noluisse Missas quotidianas disponere. Intentio enim eorum est manifestissima in tabulis foundationis, quibus, ut legenti patet, saepe de *cotidiana* Missarum fundatarum celebratione mentio fit. Nec iuvat reponere eos taxative determinasse summam, nempe 62 uncias, cappellanis tradendam pro Missis; hoc enim certissime factum est, quia haec summa *tunc* temporis omnino sufficiens, et forte plus quam sufficiens, credebatur, iuxta taxam et morem illius temporis et regionis; hinc nec ipsorum mentibus occurrit casus augmenti taxae synodalis, vel imminutionis reddituum, quos superabundantes ad finem intentum censebant.

Pariter mens fundatoris non fuit praecipue ecclesiae S. A. benefacere. Ex tabulis foundationis luculentissime constat ipsos primo et principaliter fundum oneri Missarum implendo destinasse; stipendium enim earum debet *ante omnia* ex redditibus ipsius deduci. Prae omnibus ergo administratores ecclesiae A. S. de *cotidiana* duarum Missarum applicatione curare debent, et modo speciali hoc tempore quo redditus superabundantes ad omnia opera fundata habentur.

Deductis etenim ex redditu actuali 3.650 libellis italicis, quas pro duabus Missis cotidianis fundatis ad rationem taxae dioecesanae, cappellani petunt, 127,50, quae in eleemosynas expendi debent et 25,50 pro anniversario, cum fundus 7.000 producat, remanent adhuc 3.197 pro acquirendis paramentis et suppellectili ad mentem testatoris. Huius voluntas integre servabitur, si onera Missarum integre adimpleantur: secus vero, si non applicentur omnes Missae, et standum dicatur earum reductioni, cui hodie, auctis redditibus, non videtur locus superesse. Haec enim concessa fuit quando redditus ad eas celebrandas erant insufficientes; hodie vero plus quam sufficientes sunt. Ceterum can. 1551 § 3 perspicuam normam interpretationis tradit, nimirum intelligendum esse, nisi aliud constet, ut potius alia onera quam Missae reducantur.

Resolutio. — In plenariis comitiis ad Vaticanum habitis die 21 Maii 1927 E^mi Patres Sacrae Congregationis Concilii respondendum propositis dubiis censuerunt: »Ad I. *Affirmative*. Ad II. Ad rationem taxae dioecesanae«.

Facta postmodum relatione S^mo Domino Nostro Pio Pp. XI per infrascriptum Sacrae Congregationis Secretarium, Sanctitas Sua resolutionem datam approbare et confirmare dignata est.

† Iulius, Ep. tit. Lampsacen., *Secretarius*.

4. Entscheidung der Konzilskongregation, betr. die Beweispflicht des Kirchenpatrons, vom 12. Mai 1928.
II Monitore Ecclesiastico 41, 46f.

R. me Domine uti Frater. A quibusdam locorum Ordinariis Hispaniae exhibita sunt huic Sacrae Congregationi resolvenda nonnulla dubia circa onera seu officia quae patronis laicalibus privatis incumbunt erga ecclesias paroeciales ex can. 1186 et 1469, § 1, n. 2 et 3 Codicis iuris canonici.

Quae quidem dubia ex eo oriuntur quod, cum quamplurimae ecclesiae paroeciales reaedificatione vel restauratione vel sufficiente donatione indigeant, urgentibus Ordinariis onerum adimplementum, patroni parere recusent. Quidam enim asserunt esse deperdita documenta quibus certo probetur titulus originarius iurispatronatus, nec posse legitime onus certum imponi ex dubia saltem obligatione. Quidam vero tenent Statum in Hispania post legem concordatam anno 1851 suscepisse adimplenda omnia onera patronorum privatorum ac in specie etiam onera quae se referunt ad ecclesias paroeciales reficiendas vel reaedificandas.

Accedit quod, occasione disceptationum circa exercitium huiusmodi iurispatronatus, patroni, in dubio de inre praesentandi, ad tribunalia ecclesiastica recurrant, inita conventione inter ipsos et sacerdotes ad beneficia paroecialia praesentandos, ut praesentandi expensas suscipiant faciendas pro iure patronatus sibi vindicando.

Quaesitum est igitur: I. Quoad onerum adimplementum, cui incumbat onus probandi: *a)* titulum peculiarem originarium iurispatronatus; *b)* statum in singulis casibus sumptum sive vices patronorum.

II. Quod vero ad clericos praesentatos vel praesentandos, utrum Ordinarius interdicere queat, etiam irrogata poena (non exclusa privatione iuris *ad* beneficium ex praesentatione quaesiti) quominus clericus praesentandus vel praesentatus, quovis modo, directe vel indirecte, toleret, vi conventionis initae, expensas processus a patrono promoti pro iure patronatus vindicando.

Iamvero haec Sacra Congregatio Concilii, ut in re tam gravi Ordinarii, quorum pro peculiaribus rerum adiunctis interesse poterit, communem haberent normam eamdemque certam ac tutam, memorata dubia in Congregatione plenaria diei 12 maii 1928 Eminentissimorum Patrum iudicio submisit, qui, omnibus mature perpensis, ea quae sequuntur servanda statuerunt:

»I. Urgentibus Ordinariis onera seu officia patronorum ex titulo aedificationis vel dotationis iuxta can. 1469, § 1, n. 2 et 3 patronis ipsis onus incumbit probandi ad normam canonis 1454 se ex alio titulo habere ius patronatus, quod exercere petunt; quo titulo non probato vel dubio manente, iidem patroni memoratis oneribus satisfacere tementur.

II. Si patronus intimationi Ordinarii urgentis onera uti supra, excipiat Statum ex lege concordata in se suscepisse obligationem ea adimplendi, onus probandi exceptionem in singulis casibus patrono ipsi incumbit.

III. Ad omnes abusus, si qui sint, eliminandos et ad pericula praecavenda Ordinarii, pro prudenti eorum arbitrio, possunt per decretum interdicere etiam irrogata poena, non exclusa privatione iuris *ad* beneficium ex praesentatione forsan quaesiti, quominus clericus praesentatus vel praesentandus, vi conventionis initae, expensas processus toleret a patrono promoti pro iure patronatus vindicando.

Velit Amplitudo Tua supradictas decisiones omnibus istius Provinciae ecclesiasticae Ordinariis notas facere, et interim quo par est obsequio me profiteor.

Amplitudinis Tuae uti fr.

L. † S.

D. Card. SBARRETTI, *Praefectus*.

† Iulius, Episc. tit. Lampsacen., *Secretarius*.

5. Entscheidung der Konzilskongregation, betr. eine Erbschaft, die als Treuhandsvermögen erklärt wird, vom 23. April 1929.

Il Monitore Ecclesiastico 40, 324 ff. Vgl. A. A. S. XX, 362 ff.

Il sac. D. Angelo fondò in E. un Patronato interparrocchiale per i fanciulli, che fu inaugurato nel 1900 e in seguito ingrandito e sviluppato. Egli v'impiegò un terreno ortivo con fabbricato rustico, e somme di denari. Altro denaro fu raccolto per mezzo di pubbliche sottoscrizioni promosse dai maggiorenti della città fino a L. 30 mila.

Nel 1905, per mettere al sicuro i beni del Patronato, ne passò, o vendè per circa L. 100 mila, la proprietà ad una società

fontinaria costituitasi appositamente a norma del Codice civile italiano art. 1705.

Nel 1911 pareva che il Governo italiano stesse elaborando un progetto di legge, per colpire le società di tal genere: allora fu creduto opportuno ripassare la proprietà a D. Angelo il quale ridivenne così unico proprietario di tutti i beni del Patronato.

Nel 1918 morì D. Angelo, lasciando erede universale, puramente e semplicemente, tale D. Giovanni, Sacerdote d'altra diocesi. Oltre il testamento, D. Angelo scrisse in forma di lettera a D. Giovanni, »di averlo costituito suo erede, perchè continuasse l'opera del Patronato possibilmente come era, a vantaggio della gioventù maschile di E.«.

D. Giovanni dapprima esitò, poi accettò l'eredità e, convinto anche per suggerimento del suo Vescovo e di quello di P., di aver pieno e libero dominio dei beni del Patronato, lo trasformò subito in Ospizio per gli orfani provenienti da ogni parte d'Italia.

Ciò mal tollerando gli abitanti di E., ricorsero al novello Vescovo di P., succeduto all'altro che aveva suggerito come sopra a D. Giovanni: e il nuovo Vescovo di P. pregò la Sacra Congregazione del Concilio di dirimere la vertenza. Avendo la Sacra Congregazione annuito, la questione, dopo congruo dibattimento fu deferita alla plenaria con questi dubbi.

»Utrum testamentum D. Angeli in favorem D. Joannis continueat in casu transmissionem fiduciarium ad conservanda bona, utilitate Patronatus in casu, an potius liberam heredis institutionem, cioè: Se il testamento di D. Angelo in favore di D. Giovanni debba o no ritenersi nel caso quale trasmissione fiduciaria, fatta allo scopo di conservare i beni al Patronato, oppure quale libera istituzione di erede«. E gli E. mi Padri nella plenaria del 23 aprile 1927 risposero: »*Affirmative* ad primam partem; *negative* ad alteram: et applicentur in se, can. 1515, 1516 et si opus fuerit can. 1517«. La qual decisione fu confermata dal S. Padre nell'udienza del 2 maggio seguente.

Eccone le principali ragioni. In *quanto ad diritto*: È noto che ogni disposizione di beni a scopo pio, religioso o di carità si chiama *pia volontà*, sia che si faccia per atti tra vivi, sia che si faccia in occasione di morte, (*ultima*, nel Codice) nel qual caso la pia volontà prende il nome di legato.

I beni o l'impiego dei beni destinati a scopo pio si possono affidare: a) a una persona morale ecclesiastica già esistente, a norma dei can. 1516 e seg., per es. ad una parrocchia, ad un

convento, ad una confraternità; *b*) ad una persona morale ecclesiastica eretta appositamente con formale decreto dell'Ordinario, a norma dei can. 1489 e seg., per es. le conferenze di S. Vincenzo di Paolo; *d*) ad una persona fisica ecclesiastica (chierico o religioso); *e*) ad una persona fisica laica.

Solo nel primo e secondo caso i beni divengono propriamente ecclesiastici (v. can. 1497, § 1) e vanno soggetti quindi a tutte le norme che, per i beni di tale specie, prescrive il Diritto canonico. Negli altri casi rimangono laici; ma per ragione dello scopo cui sono destinati, cadono sotto la tutela dell'Autorità ecclesiastica a norma dei cann. 336, 344, 1513—1517. Non è tenuto neppure alle norme di questi canoni, chi ritenendo il pieno dominio dei suoi beni, da se stesso li impiega in opere pie: egli quindi, salvo che si tratti di voto e salve le regole dell'equità naturale, potrà sempre mutare il suo proposito di uno scopo pio con un'altra specificamente diverso, od anche profano.

La disciplina vigente prima del nuovo Codice era in sostanza lo stessa.

In quanto al fatto: Risulta anzitutto chiaro che i beni in questione non furono affidati ad alcun ente morale, p. es. alle tre parrocchie del luogo. La ragione è semplicissima: non solo mancò il necessario consenso dell'Ordinario (cf. Wernz, III, n. 200), ma nessun atto formale fu fatto in questo senso.

Molto meno si può sostenere che il Patronato sia stato eretto in ente ecclesiastico, non occorrendo menzione alcuna di formale erezione. Quindi non è il caso di parlare di beni ecclesiastici e delle leggi che nella trasmissione di tali beni devono osservarsi.

Tuttavia è da ritenersi che l'istituzione fatta dal Sac. Angelo è a scopo pio, che quindi i beni dati per essa vanno considerati come donati a causa pia e che perciò cadano sotto la tutela dei canoni sopra citati 336, 344, 1513—1517.

Primieramente ciò è evidente per quel tanto in che essi risultano dall'investimento del denaro offerto da pii benefattori.

Per questo D. Angelo non è stato più che fidecommissario e dei beni di cui aveva fidecompresso non poteva disporre liberamente per testamento, neppure allo scopo di sostituire a sè un altro fidecommissario (v. can. 1515, § 2). In ogni modo è chiaro che il suo erede D. Giovanni per tale porzione di beni, non può vantare diritti maggiori di lui e che, per il disposto del can. 1517, § 1, non poteva, senza la facoltà della S. Sede, mutare lo scopo per cui quei beni furono elargiti.

Ma anche riguardo all'altra parte, di cui supponiamo che D. Angelo potesse disporre liberamente, sembra bene che D. Giovanni sia semplice fidecommissario. Difatti chi può pensare che egli, anche considerato il solo testamento, possa in coscienza disporre con piena libertà per es. in favore dei suoi parenti? Evidentemente il testamento di D. Angelo fu redatto in forma assoluta, non per lasciare a D. Giovanni totale libertà, ma perchè non perdesse l'efficacia di garantire civilmente la destinazione dei beni a scopo pio. Poi, a quale specifico scopo pio intendesse devolvere l'eredità D. Angelo lo esprime nella sua lettera, sopra citata, in data stessa del testamento, la quale sebbene civilmente inefficace, pure in coscienza e nel foro canonico vale per il disposto del can. 1513, § 2 che codifica la disciplina vigente prima de Codice.

Posto ciò, D. Giovanni doveva *possibilmente* conservare il Patronato tale qual'era a vantaggio della gioventù maschile di E. La conservazione era intesa principalmente dal testatore; la mutazione permessa solo subordinatamente, cioè nell'ipotesi che conservare non fosse possibile. Ed anche in questa ipotesi non si poteva procedere alla mutazione di scopo senza intendersela prima con l'Autorità ecclesiastica.

È dunque vano osservare che D. Giovanni accettò l'eredità, quando ne fu pressato e dopo che anche i due Vescovi ebbero ad assicurarlo che la lettera di D. Angelo, in data stessa del testamento, conteneva, non una condizione, ma una preghiera di continuare il Patronato; preghiera che, implicitamente rimaneva subordinata alla *possibilità* e cioè alla discrezione dell'erede. Deve ritenersi invece, che conservare o meno lo scopo del Patronato non potesse legittimamente rimettersi alla discrezione dell'erede, neppure riguardo alla porzione dei beni che supponiamo fosse libera proprietà del testatore, e ciò per due ragioni: *a)* perchè tale porzione formava un tutt'uno con l'altra, per la quale certamente si richiedeva l'intervento della S. Sede; *b)* per il disposto del can. 1517, § 1 in cui, dalla necessità di ricorrere alla S. Sede, si eccettua la sola ipotesi che il fondatore ne abbia concessa espressamente la facoltà all'*Ordinario del luogo*, ipotesi che nel caso nostro non si verifica. Per cui neppure vale il dire che D. Giovanni fu autorizzato dal Vescovo di P. di allora: egli è tenuto a ripristinare lo scopo del Patronato tale quale lo lasciò D. Angelo a vantaggio della gioventù di E. e a subire la vigilanza dell'Ordinario di P. a norma dei can. 336, 344, 1515—1516. Se

vi fossero motivi per mutare lo scopo del Patronato debbono esporsi alla Santa Sede, onde ottenere la facoltà necessaria, a norma del can. 1517.

6. Schreiben der Religiosenkongregation an den Präsidenten der Cäcilienvereine in Italien, betr. die Förderung des Gregorianischen Gesanges in den klösterlichen Instituten, vom 18. Februar 1927. Commentarium pro Religiosis VIII, 427 f.

Ill.mo e Rev.mo Signore.

E nota a questa S. Congregazione la lodevole premura con cui la S. V. Ill.ma e Rev.ma, quale Presidente dell' Associazione Ceciliana, si adopera a diffondere in Italia la conoscenza e la conveniente esecuzione del canto Gregoriano, sviluppandone una più larga pratica.

Non è qui il caso di rilevare la grande importanza che ciò ha per il maggiore decoro del culto, e per la stessa formazione religiosa dell' anima del nostro popolo. Basta ricordare gl' incitamenti, per riferirci ai più recenti, che hanno dato i Sommi Pontefici Pio X di s. m. e Pio XI. gloriosamente regnante a favore di questo canto, che ha origini sì nobili, ed è come la voce della chiesa per cantare le glorie di Dio ed elevare a Lui le anime dei fedeli.

Questa S. Congregazione quindi assai di buon grado raccomanda agli Ordini ed agli Istituti tutti religiosi di assecondare i santi intendimenti dell' Associazione Ceciliana per la diffusione e la pratica del canto gregoriano.

La loro cooperatione potrebbe in particolare riassumersi in questi punti:

- 1) migliorare le esecuzioni corali, uniformandole al Codice Vaticano;
- 2) insegnare il canto gregoriano negli Studentati, Probandati e Noviziati, esigendone buona esecuzione e preferendolo al canto figurato;
- 3) fare eseguire le modulazioni gregoriane nelle Messe cantate, nei Vesperi e nelle altre pratiche devote, nei numerosi Collegi, Scuole, Ricreatori tanto maschili che femminili tenuti da Istituti religiosi.

Tuttociò è ben conforme al pensiero ed al desiderio del S. Padre, che ancora una volta si degnava esprimerlo a me sottoscritto Cardinale Prefetto della S. Congregazione dei Religiosi, nella audienza del giorno 8 febbraio.

Spero che tutti i Superiori religiosi voranno rispondere con impegno a questo invito e aggiungere questo merito ai tanti dei loro rispettivi Ordini ed Istituti.

Profitto volentieri di tale incontro per confermarle i sensi della mia perfetta stima, mentre mi firmo della S. V. Rev. ma dev.mo.

C. Card. Laurenti, *Prefetto.*

Vinc. La Puma, *Segretario.*

7. Instruktion der Ritenkongregation bezüglich der Austeilung der hl. Kommunion an mehrere Kranke in einem Hause vom 9. Januar 1929. A. A. S. XXI, 43.

Quo breviori et faciliore ratione sacra Communio pluribus infirmis ministrari valeat, Sacra Rituum Congregatio sequentem instructionem probari posse censuit; nimirum:

Quando sacra Communio distribuitur pluribus infirmis, qui in eadem domo, vel in eodem hospitali, sed in distinctis cubiculis degant, Sacerdos vel Diaconus ministrans, in primo tantum cubiculo recitet plurali numero omnes preces ante infirmorum Communionem dicendas iuxta Rituale Romanum, Tit. IV, cap. 4; in aliis autem cubiculis dicat tantummodo preces: Misereatur tui . . . Indulgentiam . . . Ecce Agnus Dei . . ., semel Domine non sum Dignus . . . Accipe frater (soror) . . . vel Corpus Domini nostri Iesu Christi . . .; et in ultimo cubiculo addat versum: Dominus vobiscum, cum suo responsorio et cum sequente oratione plurali numero dicenda: Domine sancte . . ., ibique, si qua particula consecrata superfuert, benedictionem eucharisticam impertiatur, ac tandem reliquas preces praescriptas in Ecclesia de more persolvat.

Facta postmodum de his omnibus Sanctissimo Domino nostro Pio Papae XI per infrascriptum Cardinalem Sacrae Rituum Congregationi Pro Praefectum relatione, Sanctitas Sua praefatam instructionem ratam habuit et confirmavit; eamque pro opportuni-

tate adhibendam benigne concessit. Contrariis non obstantibus quibuscumque.

Die 9 Ianuarii 1929.

C. Card. Laurenti, S. R. C. *Pro-Praefectus*.

Angelus Mariani, *Secretarius*.

L. † S.

8. Dekret der Kongregation für die orientalische Kirche, betr. die geistliche Verwaltung der griechisch-ruthenischen Kirche in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, vom 1. März 1929¹⁾. A. A. S. XXI, 152 ff.

Cum data fuerit Episcopo graeco-rutheno Statuum Foederatorum anno 1912 plena et ordinaria iurisdictio in clerum et populum universum graeco-rutheni ritus in Foederatis Civitatibus Americae septentrionalis, sive permanentes, sive ad tempus commorantes, et cum dein per decretum S. Congregationis pro Ecclesia Orientali sub die 8 Maii 1924 duo Ordinariatus graeco-rutheni ritus constituti sint, alter pro fidelibus oriundis e Galitia cum sede Philadelphiae Pa., alter vero pro fidelibus oriundis ex Podocarpata Russa, necnon pro fidelibus graeco-rutheni ritus provenientibus ex Hungaria et Jugoslavia, cum sede Homestead Pa.; Eminentissimis ac Reverendissimis Patribus Cardinalibus S. Congregationi pro Ecclesia Orientali praepositis, in plenariis comitiis die 4 Ianuarii huius anni habitis, opportunas leges a S. C. de Propaganda Fide pro Negotiis rituum orientalium latas die 17 Augusti 1914, eo modo qui sequitur visum est noviter aptare, easdemque praesenti deceto iterum ferre, circa spirituales administrationem duorum Ordinariatuum graeco-rutheni ritus in praedicta regione.

CAPUT I

De Episcopis graeco-rutheni ritus

Art. 1. — Nominatio Episcoporum graeco-rutheni ritus pro regione Statuum Foederatorum Americae septentrionalis Apostolicae Sedi reservata est.

Art. 2. — Episcopi graeco-rutheni ritus eorumque legitimi successores in Statibus Foederatis Americae septentrionalis sub

1) Vgl. das Dekret der Propagandakongregation über die kirchliche Organisation der Katholiken des griechisch-ruthenischen Ritus in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, vom 17. Aug. 1914, in diesem Archiv 95, 130 ff.

immediata huius Apostolicae Sedis iurisdictione ac potestate manebunt, plenamque iurisdictionem ordinariam in omnes fideles graeco-rutheni ritus, permanentes vel ad tempus in Foederatis Civitatibus Americae septentrionalis commorantes, respective, iuxta diversitatem originis supra memoratam, exercebunt, sub dependentia tamen R. P. D. Delegati Apostolici Washingtonensis pro tempore.

Art. 3. — Eisdem ius ac potestas competit regendi ac gubernandi gregem suum ac leges et statuta condendi in iis quae iuri communi non adversantur. Praecipuum vero eorum munus erit invigilare ut tum doctrina et boni mores, tum ritus et disciplina huic Ecclesiae propria sancte et integre custodiantur. Eorum igitur erit uniformitatem caeremoniarum in variis devotionibus necnon in tradendis Sacramentis usitatarum secundum rubricas librorum liturgicorum approbatorum, introducere et eiusdem unitatis strictam observantiam a sacerdotibus suis expostulare.

Art. 4. — Ordinarii paroecias et missiones suae curae concreditas saepe visitare tenentur, ita ut saltem singulis quinquenniis ipsi, vel, per se, vel, si fuerint legitime impediti, per Vicarium Generalem, aut alium specialiter delegatum sacerdotem, lustrent ut gregem suum apprime cognoscant, eaque omnia quae ad spirituale eius bonum attinent, melius provideant.

Art. 5. — In canonica visitatione paroeciarum inquirant Episcopi an parochi omnia paroecialia munera, praesertim visitationem infirmorum, puerorum instructionem, verbi Dei praedicationem, in dominicis et festis, diligenter absolvant; videant insuper omnes libros baptismatum, matrimoniorum ac mortuorum; inventariumque bonorum ecclesiasticorum ex ultimo biennio: ac rationes ab unoquoque rectore missionis expostulent, id est introspeciant ac probent libros proventuum et expensarum cuiuslibet Ecclesiae, statum materiale eiusdem, debita, etc. Hac praesertim occasione diligenter advigilent, ne abusus in disciplinam ecclesiasticam irrepant, praecipue circa administrationem Sacramentorum et Sacramentalium, cultum Dei et Sanctorum, praedicationem verbi divini, implementum piarum voluntatum; serioque curent ut puritas fidei et morum in clero et populo conservetur, ut fidelibus, praecipue pueris et rudibus, pabulum doctrinae christianae praebeatur, ut in scholis puerorum ac iuvenum institutio secundum catholicae religionis principia tradatur. Si compererint irrepsisse abusus, eos prudenter, sed fortiter compescant, adhibitis etiam, si opus sit, poenis canonicis.

Art. 6. — Ut autem securitati bonorum temporalium ecclesiarum, coemeteriorum, scholarum et omnium eorum quae ad Ecclesiam pertinent, summa cum diligentia prospiciatur, curent Ordinarii *a)* ne Rector Consiliumve administrationis nomine ac iure proprio retineant, pro quorum acquisitione fideles quovis modo subsidia contulerunt; *b)* satagant, audito in pertractandis negotiis virorum peritorum ac consultorum suorum consilio, eas tituli possessionis formas adhibere, omnesque prescriptiones servare, quae legibus singulorum Statuum respondeant, quaeque ecclesiasticorum bonorum administrationi, conservationi ac plenae in posterum transmissioni faveant; *c)* normas quas iudicaverint de bonis ecclesiasticis administrandis opportunas, statuunt.

Art. 7. — Annua sustentatio utriusque Episcopi consistet in praestationibus ad instar cathedratici, quae iuxta aequitatem ab Episcopo, audita voce suorum consultorum, determinabuntur, quasque singulae ecclesiae Ruthenorum Ordinariatuum solvere tenentur. Rectores ecclesiarum respondere tenentur de exacta solutione harum praestationum et aliarum ab Episcopo eiusque consultoribus determinandarum, pro Seminario, orphanotrophio, missionibus, etc.

Art. 8. — Sicut in initio huius decreti declaratur, Ordinarius pro fidelibus oriundis ex Galicia sedem suam habeat Philadelphiae Pa., alter vieo Homestead Pa.; pro commoditate tamen et utilitate tum cleri, tum curiarum duorum Ordinariatuum, sacerdos ruthenus domicilium habere poterit Neo-Eboraci, qui munere fungens Vicarii vel delegati Ordinariorum, assistantiam praebebit fidelibus ruthenis, peculiariter autem sacerdotibus illis qui vel Americam attingunt vel ex ea proficiscuntur, sed sub dependentia et voto Ordinariorum.

Art. 9. — Episcopi singulis quinquenniis plenam et accuratam relationem de statu personali, morali ac materiali missionum proprii ritus exhibeant Delegato Apostolico, qui eam transmittet ad S. Congregationem pro Ecclesia Orientali atque singulis saltem decenniis. ad sacra Apostolorum limina accedant, ut obsequium et oboedientiam suam Pontifici Summo praestent, eique rationem reddant de pastoralis muneris implemento, deque omnibus quae ad Ecclesiae suae statum et cleri populi que mores ac disciplinam, animarumque sibi concreditarum salutem pertinent.

Art. 10. — Controversiae, si quae exoriantur inter Episcopum graeco-rutheni ritus et Episcopos latini ritus Statuum Foederatorum, deferantur ad S. C. pro Ecclesia Orientali.

CAPUT II

De Clero graeco-rutheno

Art. 11. — Cum necesse sit ut habeantur sacerdotes integrae vitae, zelo ac prudentia praediti, in scientiis sacris eruditi et politicis factionibus alieni, curent Ordinarii, ut data opportunitate, saltem pro utroque Ordinariatu erigatur Seminarium minus et maius, pro clericis ritus graeci-rutheni educandis. Interim vero clerici isti frequentent Seminarium latinum ab Ordinario designatum, atque unum alterumve habeant sacerdotem sui ritus, qui eos ritus liturgiamque propriam bene ac diligenter edoceant. Ad subveniendum clericorum educationis expensis, tum rectores ecclesiarum, tum ipsae ecclesiae ritus graeco-rutheni in Statibus Foederatis Americae septentrionalis contribuant. Enixe Ordinarii commendent clero fidelibusque pium opus vocationum ecclesiasticarum, curentque ut sacerdotes, praesertim parochi, pueros, qui indicia praebent ecclesiasticae vocationis, a saeculi contagiis arceant, ad pietatem informet, primis litterarum studiis imbuant, divinaeque in eis vocationis germen foveant.

Art. 12. — Antequam habeatur numerus sufficiens presbyterorum graeco-ruthenorum, qui in Statibus Foederatis educati fuerint, si providenda occurrat de suo rectore aliqua missio Ruthenorum vel vacans vel noviter erecta, Ordinarii postulent sacerdotes ab Episcopis ritus graeco-rutheni Galitiae vel Hungariae vel Jugoslaviae per tramitem S. Congregationis pro Ecclesia Orientali. Illi vero sacerdoti qui proprio marte, neque ab alterutro Episcopo graeco-rutheno vocatus, neque a S. Congregatione missus, illuc perrexerit, Episcopus graeco-ruthenus, nullas concedere potest facultates, sive celebrandi Sacrum sive administrandi Sacramenta, sive munia ecclesiastica quomodocumque obeundi. Interim, sicut iam pluries statutum est, sacerdotes ritus graeco-rutheni, qui in Status Foederatos Americae septentrionalis proficisci et commorari cupiunt, debent esse coelibes.

Art. 13. — Sacerdotes pecuniam quaerentes, vel in fide ac moribus vacillantes, vel ebrietati faventes, nullo modo mittantur nec admittantur in Americam; et si tales inveniuntur, quantocius dimittantur: qui dimissi, nisi paruerint, poenis canonicis, non exclusa suspensione a divinis, coërceantur.

Art. 14. — Quilibet sacerdos, ex Europa proveniens et in Statibus Foederatis Americae septentrionalis commorans pro fidelium ritus graeco-rutheni spirituali cura, manebit incardinatus

diocesi originis, nisi, servatis de iure servandis, incardinetur ab alterutro Ordinario graeco-rutheno Statuum Foederatorum. Interim tamen Episcopus originis iurisdictionem in eum nullo modo exercebit, sed praedictus sacerdos unice pendeat a iurisdictione Episcopi graeco-rutheni. In patriam redire aut revocari supradicti sacerdotes nequeant sine expressa licentia sui Ordinarii graeco-rutheni ritus Statuum Foederatorum in scriptis concedenda. Episcopi originis respondere debent coram S. Congregatione pro Ecclesia Orientali si tales sacerdotes sine scriptis ab alterutro Ordinario graeco-rutheni ritus Statuum Foederatorum admittantur.

Art. 15. — Omnes rectores paroeciarum et missionum graeco-ruthenarum in Statibus Foederatis amovibiles sunt ad nutum Ordinarii graeco-rutheni ritus. Amoveri autem non poterunt absque causis gravibus et iustis.

Art. 16. — Datur tamen facultas presbytero amoto recursum interponendi, in devolutivo, contra decretum remotionis, ad S. Congregationem pro Ecclesia Orientali.

Art. 17. — Sustentationi sacerdotis provideant Ordinarii, salarium eidem assignando, assumendum iuxta proportionem expensarum omnium Ecclesiae proventuum massa seu cumulo.

Art. 18. — Iura stolae et emolumenta sacri ministerii in singulis missionibus determinanda sunt ab Ordinariis graeco-ruthenis iuxta probatas diversorum locorum consuetudines.

Art. 19. — Ordinarii graeco-rutheni nonnisi in populum graeco-ruthenum iurisdictionem suam exercent. Si tamen aliquo in loco existant fideles graeco-rutheni ritus, sit missio constituta, aut nullus adsit presbyter eiusdem ritus, Ordinarii tunc debent iurisdictionem suam in fideles graeco-ruthenos presbytero latino loci communicare, certiora Ordinarii quoad usque sacerdos graeco-ruthenus ibi habeatur.

Art. 20. — Meminerint sacerdotes se debere saltem laicis vitam interiorem et exterioriorem ducere eisque virtutibus in exemplum excellere, si velint in salutem animarum suarum ministerium proficere. Ideo frequenter ad Poenitentiae Sacramentum accedant, quotidie orationi mentali per aliquod tempus Sanctissimum Sacramentum visitent, Deiparam Virginem conscientiamque suam discutiant.

Art. 21. — Omnes sacerdotes debent tertio saltem anno vel etiam frequentius, si opportunitatem habuerint, spiritualibus exercitiis per tempus a proprio Ordinario determinatis.

nandum vacare: nec ab eis quisquam eximatur, nisi in casu particulari, iusta de causa ac de expressa Ordinarii licentia.

Art. 22. — Omnes speciali obligatione tenentur suo quisque Ordinario reverentiam et obedientiam exhibendi eamque fidelibus saepius inculcent.

Art. 23. — Sacerdotes studia praesertim sacra ne intermittant, et in sacris disciplinis solidam illam doctrinam a maioribus traditam et communiter ab Ecclesia receptam sectentur, devitantes profanas vocum novitates et falsi nominis scientiam.

Art. 24. — Expleto studiorum curriculo, sacerdotes omnes, nisi ab Ordinario ob iustam causam fuerint dispensati, examen singulis annis, saltem per triennium integrum in diversis sacrarum scientiarum disciplinis, antea opportune designatis, subeant secundum modum ab eodem Ordinario determinandum.

Art. 25. — Pariter saepius in anno, in singulis vicariatibus foraneis, diebus ab Ordinario praestitutis, conventus habeantur seu collationes de re morali et liturgica; quibus addi possunt aliae exercitationes quas Ordinarius opportunas iudicaverit ad scientiam et pietatem clericorum promovendam. Si conventus haberi difficile sit, resolutae quaestiones scriptae mittantur, secundum normas ab Ordinario determinatas. Qui conventui interesse debent, deficiente conventu, scriptam casuum solutionem aliusve quaestionis expositionem mittere debent, nisi ab Ordinario expresse antea exemptionem obtinuerint. In collatione officiorum ratio habeatur eorum qui, ceteris paribus, in supradictis periculis vel collationibus magis praestiterunt.

Art. 26. — Gravi obligatione tenentur parochi, quasi-parochi missionariiue diebus dominicis ceterisque per annum festis de praecepto fidelibus, brevi Evangelii aut alicuius partis doctrinae christianae explanatione, verbum Dei nuntiandi necnon catholicam fidelium institutionem curandi, praesertim puerorum, secundum instructiones ab Ordinario receptas. Qui si negligentes reperti fuerint, pro gravitate culpaepuniantur.

Art. 27. — Iuxta opportunitatem, Ordinarii graeco-rutheni ritus sacerdotes saltem praecipuos tum saeculares, tum religiosos propriae iurisdictionis congregent semel saltem in anno, ut possint ex singulorum experientia et consilio deducere quae sint perfectius ordinanda.

CAPUT III

De fidelibus graeco-ruthenis

Art. 28. — Fideles graeco-rutheni tenentur frequentare ac libenter sustentare suas proprias ecclesias, ac observare praescripta sui ritus. Tamen in regionibus ubi desunt ecclesiae ac sacerdotes proprii ritus et ubi propter longinquitatem ecclesiae suae non eam possunt nisi cum gravi incommodo adire, debent, ut praecceptis Ecclesiae satisfaciant, Missam audire in ecclesia catholica alterius ritus, nec non Sacramenta accipere a presbitero alterius ritus.

Art. 29. — Frequentatio ex parte graeco-ruthenorum, etiam continua, ecclesiarum ritus latini, non inducit mutationem ritus. Circa transitum ab uno ritu ad alium, normae rite observentur a S. C. pro Ecclesia Orientali datae per decretum »Nemini licere« die 6 Decembri 1928. Idcirco fideles graeco-rutheni propter transitum ad alium ritum, petitionem ad Delegatum Apostolicum mittant, et simul exponant veraciter causas canonicas, quae eundem transitum suadere videntur. Satius vero erit si hanc petitionem ad eundem Delegatum Apostolicum transmittant per tramitem proprii Ordinarii.

Art. 30. — Non licet sacerdotibus ritus latini quempiam Graeco-ruthenum ad latinum ritum amplectendum inducere contra vel praeter canonica praescripta quae transitus ritus moderantur.

Art. 31. — Fideles latini, etiamsi adsit presbyter latini ritus, apud sacerdotem graecum-ruthenum ab Ordinario suo adprobatum, peccata sua confiteri et beneficium sacramentalis absolutionis, valide et licite obtinere possunt. Item, fideles graeco-rutheni peccata sua confiteri possunt apud sacerdotem latinum ab Episcopo suo adprobatum. Presbyteri vero latini absolvere non possunt fideles graeco-rutheni ritus a censuris et casibus reservatis ab Ordinario graeco-rutheno statutis, absque veuia eiusdem. Vicissim idem dicatur de presbyteris graeco-ruthenis quoad censuras et reservationes statutas ab Ordinario latini ritus. Ad devitandas vero difficultates, quae frequentiores in praxi occurrunt, Ordinarius omnes a se reservatos casus, si qui sint, sibi invicem communicent.

Art. 32. — Omnibus fidelibus cuiuscumque ritus datur facultas ut, quietatis causa, Sacramentum Eucharisticum quolibet ritu confectum suscipiant; ac insuper, ubi necessitas urgeat, nec sacerdos

diversi ritus adsit, licebit sacerdoti graeco-rutheno ministrare Eucharistiam consecratam in azymo; et vicissim sacerdoti latino ministrare in fermentato; at suum quisque ritum in ministrando servabit.

Art. 33. — Quilibet Orientalis valide ac licite praecepto communionis paschalis satisfacit etiamsi alieno ritu communicet. Suadendum tamen est ut suo quisque ritu et in propria paroecia fideles praecepto communionis paschalis satisfaciant: qui vero in aliena paroecia satisfecerint, curent proprium parochum de adim-pleto praecepto certiores facere.

Art. 34. — Sanctum Viaticum moribundis ritu proprio a manibus proprii parochi accipiendum est; sed, urgente necessitate, fas esto a sacerdote quolibet illud accipere; qui tamen ritu suo ministrabit.

Art. 35. — Funerum celebratio ac emolumentorum perceptio in familiis mixti ritus, ad parochum illius ritus pertineant, ad quem defunctus pertinebat.

Art. 36. — Ad vitanda gravia incommoda quae inde Ruthenis evenire possent, facultas eis fit festa et ieiunia observandi iuxta consuetudinem locorum in quibus degunt; quae observantia minime inducit mutationem ritus. Quoad Missam audiendam diebus festis in utroque ritu in eandem diem incidentibus, ipsi sacrae liturgiae in ecclesia sui ritus, si in loco exsistat, interesse tenentur, ad adimplendum praeceptum ecclesiasticum.

Art. 37. — Adsociationes fidelium ritus graeco-rutheni sint sub vigilantia Ordinariorum, qui sacerdotem moderatorem nominent ne forte abusus circa doctrinam, mores, disciplinamve in eis irrepant. Ideo laude digni sunt fideles qui sua dant nomina adsociationibus ab auctoritate ecclesiastica erectis vel saltem commendatis; caveant autem ab adsociationibus secretis, damnatis, seditiosis, suspectis aut quae student sese a legitimae auctoritatis ecclesiasticae vigilantia subducere.

Pariter diaria, folia vel libelli periodica catholica sint sub vigilantia Ordinarii, nec in eis sine eius consensu sacerdotes scribant vel eadem moderentur.

CAPUT IV

De matrimoniis inter fideles mixti ritus

Art. 38. — Matrimonia inter catholicos graeco-ruthenos et latinos non prohibentur; sed ad vitanda incommoda, quae ex

rituum diversitate in familiis evenire solent, uxor in ineundo matrimonio aut eo durante, ad ritum viri transire potest. Matrimonio autem soluto, assumendi proprii ritus originis libera est ei potestas.

Art. 39. — Matrimonia tum inter fideles graeco-ruthenos, tum inter fideles mixti ritus, servata forma decreti »Ne temere« contrahi debent, ac proinde in ritu mulieris a parocho mulieris benedicenda sunt.

Art. 40. — Dispensationes matrimoniales in matrimoniis mixti ritus, si quae sint dandae vel petendae, dentur et petantur ab Episcopo sponsae.

Art. 41. — Nati in regione Statuum Foederatorum Americae septemtrionalis ex parentibus diversi ritus, ritu patris sunt baptizandi; proles enim utriusque sexus sequi omnino debet patris ritum.

Art. 42. — Baptismus in alieno ritu ob gravem necessitatem susceptus, cum nimirum infans morti proximus esset, vel natus esset in loco in quo, tempore nativitatis, parochus proprius patris non aderat, ritus mutationem non inducit: et sacerdos, qui baptizavit, proprio parocho testimonium baptismatis remittere debet.

Art. 43. — Infantes ad eius parochi iurisdictionem pertinent, cuius ritus est eorum pater, exceptis natis ex illegitimo thoro, qui sequuntur ritum matris.

Haec omnia Ssm̃us Dominus Noster Pius Div. Prov. Papa XI, referente infrascripto huius S. Congregationis Cardinali Secretario in audientia 9 Februarii vertentis anni, rata habuit ac confirmavit, praesensque decretum ad decennium valiturum edi iussit.

Contrariis quibuscumque non obstantibus.

Datum Romae, ex aedibus Sacrae Congregationis pro Ecclesia Orientali, die 1 Martii anno 1929.

ALOISIUS CARD. SINCERO, *Secretarius*.

L. † S.

II. I. Cicognani, *Adessor*.

9. Monitum der Päpstlichen Kommission für Rußland, betr. die Aufnahme russischer Konvertiten, vom 12. Januar 1929.

A. A. S. XXI, 94 u. 171 (Ergänzung).

Haud raro evenit ut aliquis e Russis extra patriam commorantibus sive clericus sive laicus, Dei adiuvante gratia, in sinum

Ecclesiae Catholicae redeundi manifestest desiderium atque loci *Ordinarium* eiusve delegatum supplex adeat ut ad abiurationem et Fidei professionem in foro externo admittatur.

Ne in re tanti momenti faciliores se praebeant, praesertim si de personis sibi minime vel parum notis agatur, *Ordinarii* locorum monentur ut, *quotiescumque de clericis agatur sive sacerdotes sint sive solummodo diaconi*, singulos casus huic Pontificiae Commissioni vel, ubi adsit, Apostolico Legato mature exponant, atque iuxta peculiares instructiones quae pro opportunitate ipsis traditae fuerint sese gerant.

Interdum non erunt oratores reiiciendi vel deserendi, sed prudenti sacerdote commendandi qui ipsos catholicam doctrinam doceat eorumque mores et animum perscrutetur et vigilet.

Datum Romae, ex aedibus Pont. Commissionis pro Russia, die 12. mensis Januarii, anno 1929.

A. Card. Sincero, *Praeses*.

Carolus Margotti, *Secretarius*.

L. † S.

10. Entscheidung der Interpretationskommission des Cod. Jur. Can., betr. fünf verschiedene Rechtsfragen, vom 12. März 1929. A. A. S. XXI, 170.

(Benediktionsprivilegien der Bischöfe, Ehehindernis der öffentlichen Ehrbarkeit, Dispensation von der Abstinenz und vom Abbruchsfasten, Beweisartikel im Prozeß, Klagerecht bezüglich der Ehe).

Emi. Patres Pontificiae Commissionis ad Codicis canones authentice interpretandos, propositis in plenario coetu quae sequuntur dubiis, responderi mandarunt ut infra ad singula:

I. *De sacris benedictionibus.*

D. An verba *ritibus ab Ecclesia praescriptis*, de quibus in canone 349 § 1 n. 1, ita intelligenda sint ut Episcopi in sacris benedictionibus prohibeantur solo crucis signo uti, quum peculiaris formula in libris liturgicis non praescribitur.

R. *Negative*.

II. *De impedimento publicae honestatis.*

D. An vi canonis 1078 ex solo actu, ut aiunt, civili inter eos, de quibus in canone 1099 § 1, independenter a cohabitatione oriatur impedimentum publicae honestatis.

R. *Negative*.

III. *De dispensatione ab abstinencia et ieiunio.*

D. An *magnus populi concursus*, de quo in canone 1245 § 2, habeatur etiam per extraordinarium concursum fidelium unius tantum parociae ad festum in ecclesia celebrandum.

R. *Affirmative.*

IV. *De positionibus seu articulis argumentorum.*

D. An secundum canonem 1761 § 1 servari possit praxis, vi cuius iudex cum altera parte communicare solet positiones seu articulos argumentorum, super quibus testes sunt examinandi, ut interrogatorium conficiat exhibeatque iudici.

R. *Affirmative*, remoto tamen subornationis periculo.

V. *De iure accusandi matrimonium.*

D. Utrum vox *impedimenti* canonis 1971 § 1 n. 1 intelligenda sit tantum de impedimentis proprie dictis (cann. 1067—108), an etiam de impedimentis improprie dictis matrimonium dirimentibus (cann. 1081—1193).

R. *Negative ad primam partem. affirmative ad secundam.*

Datum Romae, die 12 mensis Martii anno 1929.

P. Cad. Gasparri, *Praeses.*

Ioseph Bruno, *Secretarius.*

L. † S.

11. Verfassungsurkunde der römisch-katholischen Gemeinde in Hamburg, vom 5. April 1929.

Kirchliches Amtsblatt für die Diözese Osnabrück und die Norddeutschen Missionen 1929, 241 ff.

§ 1.

Die römisch-katholische Gemeinde in Hamburg ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes. Als solche ordnet und verwaltet sie ihre Angelegenheiten innerhalb der Schranken des für alle geltenden Rechtes selbständig. (Reichsverfassung Art. 137.)

§ 2.

Mitglied der römisch-katholischen Gemeinde in Hamburg ist, wer der römisch-katholischen Kirche angehört und seinen Wohnsitz (vgl. Bürgerl. Gesetzbuch §§ 7—11) im hamburgischen Staatsgebiet, mit Ausnahme des Gebietes der Landherrenschaften Ritzbüttel und Bergedorf, hat.

§ 3.

Die Gemeinde ist berechtigt, auf Grund der bürgerlichen Steuerlisten nach Maßgabe der landesrechtlichen Bestimmungen Kirchensteuer zu erheben. (Reichsverfassung Art. 137 Abs. 5.)

§ 4.

Die Gemeinde gliedert sich in Bezirke, die sich mit den Pfarrbezirken decken. Pfarreien können nur durch die kirchliche Oberbehörde errichtet werden.

§ 5.

Die Vertretung der Gemeinde und die Verwaltung ihres Vermögens obliegt der Gemeindevertretung und dem Kirchenvorstand.

§ 6.

Die Gemeindevertretung besteht aus:

- a) den aus unmittelbarer und geheimer Wahl hervorgegangenen Personen, die auf 10 Jahre gewählt werden. Jede Pfarrei wählt 6 Vertreter, von denen alle 5 Jahre die Hälfte ausscheidet; die Ausgeschiedenen sind wieder wählbar;
- b) dem ersten Geistlichen jeder Pfarrei.

§ 7.

Die Gemeindevertretung hat die Aufgabe:

- a) die Mitglieder des Kirchenvorstandes aus ihrer Mitte in der Weise zu wählen, daß jeder Pfarrbezirk durch 2 Mitglieder im Kirchenvorstand vertreten ist;
- b) den vom Kirchenvorstand vorgelegten Voranschlag und die Jahresabrechnung zu prüfen und zu genehmigen;
- c) über den vom Kirchenvorstand vorzulegenden Entwurf betreffend Erhebung von Kirchensteuer Beschluß zu fassen;
- d) die Beschwerdekommision zu wählen;
- e) Änderungen dieser Verfassung zu beschließen.

§ 8.

Der Kirchenvorstand besteht aus:

- a) den von der Gemeindevertretung gewählten Kirchenvorstehern. Die Gewählten bleiben solange im Amte, bis sie als Mitglied der Gemeindevertretung ausscheiden;
- b) dem ersten Geistlichen jeder Pfarrei.

§ 9.

Der Kirchenvorstand vertritt die Gemeinde in allen Vermögens- und Verwaltungsangelegenheiten nach innen und nach außen, auch vor Gericht. Insbesondere liegt ihm als Amtspflicht ob:

- a) die Aufstellung des jährlichen Voranschlages und der Jahresabrechnung;
- b) die Vorlage eines Entwurfes über die Erhebung der Kirchensteuer;
- c) die Beaufsichtigung und Revision der Kirchenkasse nach einer noch zu erlassenden und von der kirchlichen Oberbehörde zu genehmigenden Geschäftsanweisung;
- d) die Beaufsichtigung und Erhaltung der Gebäude, Grundstücke und aller anderen Vermögensteile der Gemeinde;
- e) die Beschlußfassung über An- und Verkauf von Grundstücken, sowie über den Neubau oder die Abtragung von Gebäuden;
- f) die Verwaltung und Beaufsichtigung der der Gemeinde gehörenden Schulen;
- g) die Anstellung und Entlassung aller nichtgeistlichen Beamten und die Festsetzung ihrer Gehälter;
- h) die Verwaltung der Kranken- und Waisenhäuser und sonstiger Wohltätigkeitsanstalten der Gemeinde einschließlich der Anstellung der Ärzte usw. an diesen Anstalten;
- i) die Mitwirkung bei der Wahl der Gemeindevertreter nach Maßgabe der Wahlordnung.

§ 10.

Den Vorsitz in der Gemeindevertretung und im Kirchenvorstand führt der von der kirchlichen Oberbehörde ernannte Pastor Primarius. Stellvertretender Vorsitzender ist derjenige Geistliche, der am längsten als Pfarrer in der Gemeinde wirkt.

Der Vorsitzende beruft die Gemeindevertretung und den Kirchenvorstand unter Angabe der Tagesordnung, so oft es zur ordnungsmäßigen Erledigung der Geschäfte erforderlich ist; den Kirchenvorstand in der Regel jeden Monat. Er hat die Gemeindevertretung oder den Kirchenvorstand zu berufen, wenn ein Drittel der Mitglieder unter Angabe des Verhandlungsgegenstandes dies schriftlich beantragt.

§ 11.

Der Kirchenvorstand wählt aus seinen Mitgliedern einen Schriftführer. Dieser fertigt das Protokoll über die Sitzungen des Kirchenvorstandes und der Gemeindevertretung und Auszüge aus demselben an. Auszüge aus dem Protokoll werden durch Beglaubigung des Vorsitzenden oder dessen Stellvertreters unter Beidrückung des Amtssiegels beurkundet.

§ 12.

Gemeindevertretung und Kirchenvorstand sind beschlußfähig, wenn die Hälfte der Mitglieder anwesend ist; sie sind stets beschlußfähig, wenn sie zum zweiten Mal zur Sitzung mit derselben Tagesordnung einberufen sind. Zur Beschlußfassung genügt die einfache Mehrheit.

Beschlüsse über eine Verfassungsänderung erfordern die Anwesenheit von zwei Dritteln aller Mitglieder und die Zustimmung von vier Fünfteln der Anwesenden. Kommt ein Beschluß wegen mangelnder Beschlußfähigkeit der Versammlung nicht zustande, so entscheidet eine zweite mit derselben Tagesordnung einberufene Versammlung, die stets beschlußfähig ist, mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Anwesenden.

§ 13.

Die Beschlüsse der Gemeindevertretung bedürfen der Genehmigung der kirchlichen Oberbehörde:

- a) bei Feststellung des jährlichen Voranschlages;
- b) bei Abnahme der Jahresabrechnung und Erteilung der Entlastung;
- c) bei Festsetzung und Umlegung der zu erhebenden Kirchensteuer;
- d) bei Abänderung der Bestimmungen dieser Verfassung.

§ 14.

Zur Gültigkeit der Beschlüsse des Kirchenvorstandes ist die Genehmigung der kirchlichen Oberbehörde erforderlich:

- a) bei Erwerb, Belastung, Veräußerung und Aufgabe des Eigentums sowie Änderung, Veräußerung und Aufgabe von Rechten an Grundstücken;
- b) bei Veräußerung von Gegenständen, die einen wissenschaftlichen, geschichtlichen oder künstlerischen Wert haben;

- c) bei Kauf-, Tausch- und solchen Werkverträgen, deren Beträge aus den laufenden Etatsmitteln nicht bestritten werden können;
- d) bei Annahme belasteter Schenkungen und anderer belasteter Zuwendungen;
- e) bei Aufnahme von Anleihen, die nicht bloß zur vorübergehenden Aushilfe dienen, und Ausleihe von Darlehen, sofern nicht die Vorschriften der Mündelsicherheit erfüllt sind;
- f) bei fester Anstellung nichtgeistlicher Beamten und Festsetzung ihres Gehaltes.

§ 15.

Das Amt eines Gemeindevertreters, Kirchenvorstehers und eines Mitgliedes der Beschwerdekommision ist ein Ehrenamt. Bei Übernahme desselben hat jedes Mitglied schriftlich die Versicherung abzugeben, das Amt nach besten Kräften, gewissenhaft und dieser Verfassung gemäß führen zu wollen.

Die kirchliche Oberbehörde kann Mitglieder wegen grober Pflichtverletzung oder ärgerniserregenden Lebenswandels durch einen begründeten schriftlichen Bescheid entlassen und ihnen zugleich das Wahlrecht entziehen. Sie muß aber das Mitglied und den Kirchenvorstand zuvor hören.

§ 16.

Vor der Wahl zur Gemeindevertretung wird vom Kirchenvorstand für jeden Pfarrbezirk eine Wahlliste aufgestellt, die spätestens einen Monat vor dem Wahltag in einem jedermann zugänglichen Lokal eine Woche öffentlich ausgelegt wird.

Zeit und Ort der Auslegung sind durch Aushang an der Kirchentür bekannt zu machen, mit dem Hinzufügen, daß nach Ablauf der Auslegefrist Einsprüche gegen die Liste nicht mehr zulässig sind.

Die Beschwerdekommision entscheidet unverzüglich über die Einsprüche und berichtigt eventuell die Liste unter gleichzeitiger Benachrichtigung des Einsprucherhebenden. Die Begründung ist anzugeben. Gegen den ablehnenden Bescheid steht dem Beschwerdeführer binnen einer Frist von einer Woche die Berufung an die kirchliche Oberbehörde zu. Durch die Einlegung der Berufung wird die Wahl nicht aufgehoben.

§ 17.

Wahlberechtigt für die Gemeindevertretung ist jedes in die Wählerliste eingetragene Mitglied der Gemeinde, welches am

Wahltag 25 Jahre alt ist. Das Wahlrecht kann nur ausgeübt werden in der Pfarrei, in welcher der Wähler seinen Wohnsitz hat. Vom Wahlrecht ausgeschlossen ist:

- a) wer entmündigt ist oder unter Pflegschaft steht;
- b) wer die bürgerlichen Ehrenrechte nicht besitzt;
- c) wer das Wahlrecht nach § 15 verloren hat.

§ 18.

Wählbar ist jeder Wahlberechtigte, der am Wahltag 30 Jahre alt ist. In jeder Pfarrei müssen die Gewählten wenigstens zur Hälfte Männer sein. Frauen können das Amt ablehnen und jederzeit niederlegen, Männer nur aus erheblichen Gründen. Einen erheblichen Grund hat stets, wer

- a) 60 Jahre alt ist;
- b) das Amt 10 Jahre bekleidet hat;
- c) mehr als vier minderjährige Kinder hat.

§ 19.

Die Wahl zur Gemeindevertretung geschieht in folgender Weise:

- a) Der Kirchenvorstand ordnet die Wahl an und stellt die Wählerlisten auf. Er ernennt für jeden Pfarrbezirk eine Wahlkommission von 3 Mitgliedern und ebensoviele Ersatzmänner.
- b) Die Wählerlisten werden zur öffentlichen Einsichtnahme ausgelegt. Zeit und Ort bestimmt der Kirchenvorstand. Wer seinen Namen in der Wählerliste nicht findet, kann, solange die Wählerlisten öffentlich ausliegen, die Aufnahme bei der Wahlkommission beantragen unter Nachweis seines Wahlrechtes. Weigert sich die Wahlkommission, ihn in die Wählerlisten aufzunehmen, so steht ihm die Berufung an die Beschwerdekommision offen.
- c) Der Kirchenvorstand stellt für jeden Wahlbezirk einen Wahlaufsatz auf, der eine doppelt so große Anzahl von wählbaren Personen enthalten muß, als Gemeindevertreter zu wählen sind.
- d) Aus diesem Wahlaufsatz ist die Hälfte der zu wählenden Gemeindevertreter zu entnehmen; hinsichtlich der anderen Hälfte sind die Wähler an den Wahlaufsatz nicht gebunden.
- e) Ist die Zahl der zu wählenden Gemeindevertreter eine ungerade, so sind, wenn 5 Stellen zu besetzen sind, wenigstens

- 2, wenn 3 Stellen zu besetzen sind, wenigstens 1 Vertreter dem Wahlaufsatz zu entnehmen.
- f) Die Abgabe der Stimmzettel geschieht nach Maßgabe der näheren Bekanntmachung des Kirchenvorstandes. Die einfache Stimmenmehrheit entscheidet; bei Stimmengleichheit das Los.
 - g) Die Wahlkommissionen stellen das Protokoll, die Wahlliste und die abgegebenen Stimmen dem Kirchenvorstand zu, welcher wegen der weiteren Mitteilungen und der Bekanntgabe der Wahlresultate das Nötige verfügt.
 - h) Als Ersatzmänner für etwa außer dem fünfjährigen Wechsel ausscheidende Gemeindevertreter treten die nicht mehr Gewählten aus demjenigen Wahlgange ein, in dem die Ausgeschiedenen gewählt sind, und zwar in der Reihenfolge der auf sie entfallenen Stimmenzahl. Sind Ersatzmänner aus diesem Wahlgange nicht mehr vorhanden, so kann sich die Gemeindevertretung bis zur nächsten Wahl kooptieren.

§ 20.

Die Beschwerdekommision besteht aus einem Mitgliede der Gemeindevertretung, das nicht Kirchenvorsteher ist, als Vorsitzenden und aus zwei weiteren zu Gemeindevertretern befähigten Gemeindemitgliedern. Sie wird auf 5 Jahre gewählt; ihre Mitglieder sind nach dem Ausscheiden wieder wählbar.

§ 21.

Aufgabe der Beschwerdekommision ist es, Beschwerden über die Nichteintragung in die Wählerlisten und Einsprüche gegen die Wahl entgegenzunehmen und zu entscheiden.

Einsprüche gegen die Wahl können innerhalb einer Woche nach erfolgter Publikation des Ergebnisses erhoben werden.

Die Beschwerdekommision hat ihren Beschluß zu begründen und demjenigen, der den Einspruch erhoben hat, zuzustellen.

Gegen den Beschluß der Beschwerdekommision kann innerhalb einer Woche nach Zustellung des Beschlusses Berufung bei der kirchlichen Oberbehörde eingelegt werden. Diese entscheidet endgültig.

§ 22.

Mitglieder der Gemeindevertretung und des Kirchenvorstandes, die auf Grund der bisherigen Verfassung gewählt sind, bleiben bis zum Ablauf ihrer Amtsperiode im Amte.

Vorstehende Verfassung der römisch-katholischen Gemeinde zu Hamburg wird hierdurch kirchenoberlich genehmigt.

Osnabrück, den 5. April 1929.

Der Bischof von Osnabrück.

† *Wilhelm.*

Laut Beschluß des Kirchenvorstandes vom 16. April 1929 ist vorstehende Verfassung mit dem Tage der kirchenoberlichen Genehmigung in Kraft getreten.

Hamburg, den 18. April 1929.

*Der Kirchenvorstand
der römisch-katholischen Gemeinde.*

IV. Staatliche Erlasse und Entscheidungen.

Vertrag des Freistaates Preußen mit dem Hl. Stuhle, vom 14. Juni 1929.

(In deutscher und italienischer Fassung). Preuß. Gesetzsammlung 1929, 152 ff.

Seine Heiligkeit Papst Pius XI. und das Preußische Staatsministerium, die in dem Wunsche einig sind, die Rechtslage der katholischen Kirche in Preußen den veränderten Verhältnissen anzupassen, haben beschlossen, sie in einem förmlichen Vertrag neu und dauernd zu ordnen.

Zu diesem Zwecke haben Seine Heiligkeit zu Ihrem Bevollmächtigten

Seine Exzellenz den Herrn Apostolischen Nuntius in Berlin und Erzbischof von Sardes Dr. *Eugen Pacelli*

und das Preußische Staatsministerium zu seinen Bevollmächtigten

den Herrn Preußischen Ministerpräsidenten Dr. *Otto Braun*,

den Herrn Preußischen Staatsminister und Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Professor D. Dr. *Carl Heinrich Becker* und

Sua Santità il Sommo Pontefice Pio XI ed il Ministero di Stato Prussiano, concordi nel desiderio di conformare alle mutate condizioni la situazione giuridica della Chiesa cattolica in Prussia, hanno risoluto di regolarla nuovamente in modo stabile mediante una solenne Convenzione.

A tale effetto Sua Santità ha nominato Suo Plenipotenziario

Sua Eccellenza Reverendissima Monsignor Dr. *Eugenio Pacelli*, Arcivescovo di Sardi e Nunzio Apostolico in Berlino, ed il Ministero di Stato Prussiano ha nominato Suoi Plenipotenziari

il Signor Dr. *Ottone Braun*, Presidente del Ministero di Stato Prussiano,

il Signor Professore D. Dr. *Carlo Enrico Becker*, Ministro Prussiano per la Scienza, l'Arte e l'Istruzione pubblica, ed

den Herrn Preußischen
Staats- und Finanzminister
Dr. Hermann Höpker-
Aschoff

ernannt, die nach Austausch
ihrer für gut und richtig be-
fundenen Vollmachten folgende
Bestimmungen vereinbart ha-
ben.

Artikel 1

Der Freiheit des Bekennt-
nisses und der Ausübung der
katholischen Religion wird der
Preußische Staat den gesetz-
lichen Schutz gewähren.

Artikel 2

1. Die gegenwärtige Diö-
zesanorganisation und -zirkum-
skription der katholischen Kir-
che Preußens bleibt bestehen,
soweit sich nicht aus dem Fol-
genden Änderungen ergeben.

2. In Aachen wird wieder
ein Bischöflicher Stuhl errichtet
und das Kollegiat- in ein Kathe-
dralkapitel umgewandelt. Das
Bistum Aachen wird den Re-
gierungsbezirk Aachen sowie
die Kreise Grevenbroich, Glad-
bach, M.-Gladbach, Rheydt,
Krefeld (Stadt und Land) und
Kempen umfassen und der
Kölner Kirchenprovinz ange-
hören.

3. Dem Bistum Osnabrück
werden die bisher von seinem
Bischof verwalteten Missions-
gebiete einverleibt. Es wird
in Zukunft Suffraganbistum des
Metropolitanen von Köln sein.

il Signor Dr. *Ermanno Hoep-
ker-Aschoff*, Ministro Prus-
siano delle Finanze,

i quali, scambiati i loro rispet-
tivi pieni poteri e trovati in
buona e dovuta forma, hanno
convenuto negli articoli segu-
enti.

Articolo 1

Il Governo Prussiano darà
protezione legale alla libertà
della professione e dell'eser-
cizio della religione cattolica.

Articolo 2

1) L'attuale organizzazione
e circoscrizione diocesana della
Chiesa cattolica in Prussia ri-
mane conservata, ad eccezione
dei seguenti mutamenti.

2) In Aquisgrana sarà nuo-
vamente eretta una Sede Ves-
covile ed il Capitolo Collegiale
sarà trasformato in Capitolo
Cattedrale. La Diocesi di Aquis-
grana abbraccerà il distretto go-
vernativo di Aquisgrana, come
pure i circondari di Greven-
broich, Gladbach, M.-Gladbach,
Rheydt, Krefeld (città e cam-
pagna) e Kempen, ed apparterrà
alla provincia ecclesiastica di
Colonia.

3) Alla Diocesi di Osnabrück
saranno incorporati i territori
di missione finora amministrati
da quel Vescovo. Essa sarà
in avvenire suffraganea del-
l'Archidiocesi di Colonia.

4. Dem Bischöflichen Stuhle zu Paderborn wird der Metropolitancharakter verliehen; das dortige Kathedralkapitel wird Metropolitankapitel. Zur Paderborner Kirchenprovinz werden außer dem Erzbistum Paderborn die Bistümer Hildesheim und Fulda gehören. An die Diözese Fulda tritt die Paderborner die Bezirke ihres Kommissariats Heiligenstadt und ihres Dekanats Erfurt ab.

5. Das Bistum Fulda überläßt den Kreis Grafschaft Schaumburg dem Bistum Hildesheim und den bisher ihm zugehörigen Teil der Stadt Frankfurt dem Bistum Limburg. Wie Fulda so wird auch dieses aus seinem bisherigen Metropolitanverband gelöst, aber der Kölner Kirchenprovinz angegliedert.

6. Der Bischöfliche Stuhl von Breslau wird zum Sitze eines Metropoliten, das Breslauer Kathedral- zum Metropolitankapitel erhoben. Der bisher dem Bischof von Breslau mitunterstehende Delegaturbezirk Berlin wird selbständiges Bistum, dessen Bischof und Kathedralkapitel bei St. Hedwig in Berlin ihren Sitz nehmen. In Schneidemühl wird für die derzeit von einem Apostolischen Administrator verwalteten westlichen Restgebiete des Erzbistums (Gnesen-) Posen und des

4) Alla Sede Vescovile di Paderborna sarà conferito il carattere di Metropolitana; quel Capitolo Cattedrale diverrà Capitolo Metropolitano. Alla provincia ecclesiastica di Paderborna apparterranno, oltre l'Archidiocesi di Paderborna, le Diocesi di Hildesheim e di Fulda. L'Archidiocesi di Paderborna cederà alla Diocesi di Fulda i distretti del Commissariato di Heiligenstadt e del Decanato di Erfurt.

5) La Diocesi di Fulda cede alla Diocesi di Hildesheim il circondario della contea di Schaumburg e alla Diocesi di Limburgo la parte che finora le apparteneva della città di Francoforte. Come Fulda, così anche la Diocesi di Limburgo sarà staccata dalla provincia ecclesiastica di Friburgo, ma unita a quella di Colonia.

6) La Sede Vescovile di Breslavia sarà eretta a Metropolitana, ed il rispettivo Capitolo Cattedrale a Capitolo Metropolitano. Il distretto della Delegazione di Berlino sottoposto finora al Vescovo di Breslavia sarà costituito in Diocesi indipendente; il Vescovo ed il Capitolo Cattedrale risiederanno in S. Edvige in Berlino. In Schneidemühl sarà istituita una Prelatura *nullius* per i residui occidentali di territorio dell'Archidiocesi di Gnesna e Posnania e della Diocesi di Culma,

Bistums Kulm eine Praelatura nullius errichtet. Das zur Zeit vom Bischof von Ermland als Administrator mitverwaltete, früher zur Diözese Kulm gehörige Gebiet von Pomesanien wird mit dem Bistum Ermland vereinigt. Die Bistümer Ermland und Berlin und die Prälatur Schneidemühl werden zusammen mit dem Erzbistum Breslau die Breslauer Kirchenprovinz bilden.

7. Das Kathedralkapitel in Aachen wird aus dem Propste, sechs residierenden und vier nichtresidierenden Kapitularen und sechs Vikaren, das Kathedralkapitel in Berlin aus dem Propste, fünf residierenden und einem nichtresidierenden Kapitularen und vier Vikaren, das Kathedralkapitel in Frauenburg in Zukunft aus dem Propste dem Dechanten, sechs residierenden vier nichtresidierenden Kapitularen und vier Vikaren bestehen. Im Metropolitankapitel von Breslau wird die bisher dem Propste von St. Hedwig in Berlin vorbehaltene Stelle aufgehoben. In Hildesheim und in Fulda wird die Zahl der residierenden Domkapitulare künftig fünf betragen.

8. Eines der nichtresidierenden Mitglieder der Metropolitankapitel von Köln und Breslau und des Kathedralkapitels von Münster soll der in dem betreffenden Erzbistum oder

retti attualmente da un Amministratore Apostolico. Il territorio di Pomesania, appartenente già alla Diocesi di Culma ed ora governato dal Vescovo di Warmia come Amministratore Apostolico, sarà unito alla Diocesi di Warmia. Le Diocesi di Warmia e di Berlino e la Prelatura di Schneidemühl formeranno insieme coll'Archidiocesi di Breslavia la provincia ecclesiastica di Breslavia.

7) Il Capitolo Cattedrale in Aquisgrana sarà costituito dal Preposto, da sei Canonici effettivi, da quattro Canonici onorari e da sei Vicari; il Capitolo Cattedrale in Berlino dal Preposto, da cinque Canonici effettivi, da un Canonico onorario e da quattro Vicari; in avvenire il Capitolo Cattedrale in Frauenburg dal Preposto, dal Decano, da sei Canonici effettivi, da quattro Canonici onorari e da quattro Vicari. Nel Capitolo Metropolitano di Breslavia sarà soppresso il posto finora riservato al Preposto di S. Edvige in Berlino. In Hildesheim ed in Fulda il numero dei Canonici effettivi sarà in avvenire di cinque.

8) Uno dei membri onorari dei Capitoli Metropolitani di Colonia e di Breslavia e del Capitolo Cattedrale di Münster sarà scelto fra i professori della Facoltà teologica esistente nella

Bistum bestehenden theologischen Fakultät entnommen werden.

9. Eine in Zukunft etwa erforderlich erscheinende Neuerrichtung eines Bistums oder einer Kirchenprovinz oder sonstige Änderung der Diözesanzirkumskription bleibt ergänzender späterer Vereinbarung vorbehalten. Dieser Form bedarf es nicht bei Grenzverlegungen, die lediglich im Interesse der örtlichen Seelsorge geschehen.

10. Zur Unterstützung des Diözesanbischofs wird in Zukunft den Erzbischöflichen Stühlen von Köln, Breslau und Paderborn und den Bischöflichen Stühlen von Trier, Münster und Aachen ein Weihbischof zugeteilt sein, der vom Heiligen Stuhl auf Ansuchen des Diözesanbischofs ernannt wird. Nach Bedarf können in derselben Weise für die genannten und andere Bistümer weitere Weihbischofe bestellt werden. Zum Sitz eines Weihbischofs wird ein anderer Ort als der Sitz des Diözesanbischofs erst nach Benehmen mit der Preussischen Staatsregierung bestimmt werden.

Artikel 3

Unbeschadet der Bestimmungen des Artikels 2 können kirchliche Ämter frei errichtet und umgewandelt werden, falls Aufwendungen aus Staatsmit-

rispektiva Archidiocesi o Diocesi.

9) La nuova erezione di una Diocesi o di una provincia ecclesiastica od altri cambiamenti della circoscrizione diocesana, che apparissero eventualmente necessari in avvenire, rimangono riservati ad un futuro accordo supplementare. Questo accordo non si richiede per mutamenti di confini, attuati unicamente nell'interesse della cura locale delle anime.

10) Per aiuto del Vescovo diocesano sarà dato in avvenire alle Sedi Arcivescovili di Colonia, di Breslavia e di Paderborna, ed alle Sedi Vescovili di Treviri, Münster ed Aquisgrana un Vescovo Ausiliare, il quale sarà nominato dalla Santa Sede ad istanza del Vescovo diocesano. Secondo il bisogno potranno essere costituiti nello stesso modo altri Vescovi Ausiliari così per le summenzionate come per altre Diocesi. Quale residenza di un Vescovo Ausiliare non potrà essere stabilito un luogo diverso dalla sede del Vescovo diocesano, se non dopo preso contatto col Governo Prussiano.

Articolo 3

Senza pregiudizio delle disposizioni dell'articolo 2, gli uffici ecclesiastici potranno essere liberamente eretti o mutati, qualora non siano richiesti pa-

teln nicht beansprucht werden. Die staatliche Mitwirkung bei der Bildung und Veränderung von Kirchengemeinden erfolgt nach Richtlinien, die mit den Diözesanbischöfen vereinbart werden.

Artikel 4

1. Die Dotation der Diözesen und Diözesananstalten wird künftig jährlich zwei Millionen achthunderttausend Reichsmark betragen. Im einzelnen wird sie gemäß besonderer Vereinbarung verteilt werden.

2. Die Dienstwohnungen und die Diözesanzwecke dienenden Gebäude bleiben der Kirche überlassen. Die bestehenden Eigentums- und Nutzungsrechte werden auf Verlangen durch Eintragung in das Grundbuch gesichert werden.

3. Für eine Ablösung der Staatsleistungen gemäß Artikel 138 Abs. 1 der Verfassung des Deutschen Reichs bleibt die bisherige Rechtslage der Diözesandotation maßgebend¹⁾.

Artikel 5

1. Das Eigentum und andere Rechte der öffentlich-recht-

gamenti dai fondi dello Stato. Il concorso dello Stato nella fondazione e nel cambiamento di parrocchie o di altre comunità ecclesiastiche avrà luogo secondo direttive, che saranno stabilite d'accordo coi Vescovi diocesani.

Articolo 4

1) La dotazione delle Diocesi e degli istituti diocesani ammonterà in avvenire annualmente a Marchi (Reichsmark) due milioni e ottocentomila. Essa sarà ripartita fra i singoli a norma di uno speciale accordo.

2) Le abitazioni d'ufficio e gli edifici che servono a scopi diocesani sono lasciati alla Chiesa. I diritti esistenti di proprietà e di uso saranno su richiesta assicurati per mezzo della iscrizione nel catasto.

3) Nel caso di svincolo delle prestazioni finanziarie dello Stato in conformità dell'articolo 138 capoverso 1 della Costituzione del Reich Germanico rimane come norma la situazione giuridica finora vigente per la dotazione delle diocesi.

Articolo 5

1) La proprietà e gli altri diritti patrimoniali delle cor-

1) Die Publikation des Vertrages in den Acta Apost. Sedis hat hierzu folgende Note: Articuli huius vi, si quando solutiones pecuniariae redimantur seu in aliud convertantur, Ecclesia facultatem sibi reservat utendi iuribus, quoad hanc dotationem, quae in veteribus circumscriptionis Bullis sancita sunt.

lichen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen der katholischen Kirche an ihrem Vermögen werden nach Maßgabe der Verfassung des Deutschen Reichs gewährleistet.

2. Soweit staatliche Gebäude oder Grundstücke Zwecken der Kirche gewidmet sind, bleiben sie diesen, unbeschadet etwa bestehender Verträge, nach wie vor überlassen.

Artikel 6

1. Nach Erledigung eines Erzbischöflichen oder Bischöflichen Stuhles reichen sowohl das betreffende Metropolitan- oder Kathedrankapitel als auch die Diözesanerzbischöfe und -bischöfe Preußens dem Heiligen Stuhle Listen von kanonisch geeigneten Kandidaten ein. Unter Würdigung dieser Listen benennt der Heilige Stuhl dem Kapitel drei Personen, aus denen es in freier, geheimer Abstimmung den Erzbischof oder Bischof zu wählen hat. Der Heilige Stuhl wird zum Erzbischof oder Bischof niemand bestellen, von dem nicht das Kapitel nach der Wahl durch Anfrage bei der Preussischen Staatsregierung festgestellt hat, daß Bedenken politischer Art gegen ihn nicht bestehen. ¹⁾

porazioni, degli istituti e delle fondazioni di diritto pubblico della Chiesa cattolica, sono garantiti secondo la Costituzione del Reich Germanico.

2) Gli edifici ed i fondi dello Stato, destinati a scopi della Chiesa, sono ad essi lasciati come finora, senza pregiudizio di contratti eventualmente esistenti.

Articolo 6

1) Verificandosi la vacanza di una Sede Arcivescovile o Vescovile, così il rispettivo Capitolo Metropolitano o Cattedrale come anche gli Arcivescovi e Vescovi diocesani della Prussia presentano alla Santa Sede liste di candidati canonicamente idonei. Tenendo presenti queste liste, la Santa Sede designa al Capitolo tre persone, tra le quali esso ha da eleggere per votazione libera e segreta l'Arcivescovo od il Vescovo. La Santa Sede non nominerà nessuno Arcivescovo o Vescovo, intorno al quale il Capitolo dopo la elezione non si sia prima assicurato presso il Governo Prussiano che contro di esso non esistono obiezioni di carattere politico.

1) Note in den Acta Apost. Sedis: Apostolica haec Sedes huiusmodi elenchis non adeo tenetur, ut nequeat, postquam eos mature perpenderit, si necessarium aut conveniens duxerit, alios etiam eligere, qui sint extra elenchos. Siehe A. A. S. XXI, 577.

2. Bei der Aufstellung der Kandidatenliste und bei der Wahl wirken die nichtresidierenden Domkapitulare mit.

Artikel 7

Zum Praelatus nullius und zum Koadjutor eines Diözesanbischofs mit dem Rechte der Nachfolge wird der Heilige Stuhl niemand ernennen, ohne vorher durch Anfrage bei der Preußischen Staatsregierung festgestellt zu haben, daß Bedenken politischer Art gegen den Kandidaten nicht bestehen.

Artikel 8

1. Die Dignitäten der Metropolitan- und der Kathedralkapitel verleiht der Heilige Stuhl, und zwar beim Vorhandensein zweier Dignitäten die erste (Dompropstei) auf Ansuchen des Kapitels, die zweite (Domdekanat) auf Ansuchen des Diözesanbischofs, beim Vorhandensein nur einer Dignität (Dompropstei oder Domdekanat) diese abwechselnd auf Ansuchen des Kapitels und des Diözesanbischofs.

2. Die Kanonikate der Kapitel besetzt der Diözesanbischof abwechselnd nach Anhörung und mit Zustimmung des Kapitels. Die Abwechslung findet bei residentialen und nicht-residentialen Kanonikaten gesondert statt.

3. Die Domvikarien besetzt der Diözesanbischof nach Anhörung des Kapitels.

2) Alla formazione delle liste dei candidati ed all'elezione partecipano anche i Canonici onorari.

Articolo 7

La Santa Sede non nominerà nessuno Prelato *nullius* o Coadiutore di un Vescovo diocesano con diritto di successione, senza essersi prima assicurata presso il Governo Prussiano che non esistono contro il candidato obiezioni di carattere politico.

Articolo 8

1) Le dignità dei Capitoli Metropolitani e Cattedrali sono conferite dalla Santa Sede e, cioè, ove esistano due dignità, la prima (Prepositura) ad istanza del Capitolo, la seconda (Decanato) ad istanza del Vescovo diocesano; ove esista una sola dignità (Prepositura o Decanato), alternativamente ad istanza del Capitolo e del Vescovo diocesano.

2) Il Vescovo diocesano conferisce i Canonici alternativamente *audito Capitolo e de consensu Capituli*. L'alternativa ha luogo separatamente per i canonici effettivi e per gli onorari.

3) Il Vescovo nomina i vicari della Cattedrale *audito Capitolo*.

Artikel 9

1. Angesichts der in diesem Vertrag zugesicherten Dotation der Diözesen und Diözesenanstalten wird ein Geistlicher zum Ordinarius eines Erzbistums oder Bistums oder der Praelatura nullius, zum Weihbischof, zum Mitglied eines Domkapitels, zum Domvikar, zum Mitglied einer Diözesanbehörde oder zum Leiter oder Lehrer an einer Diözesanbildungsanstalt nur bestellt werden, wenn er

- a) die deutsche Reichsangehörigkeit hat,
- b) ein zum Studium an einer deutschen Universität berechtigendes Reifezeugnis besitzt,
- c) ein mindestens dreijähriges ¹⁾ philosophisch-theologisches Studium an einer deutschen staatlichen Hochschule oder an einem der gemäß Artikel 12 hierfür bestimmten bischöflichen Seminare oder an einer päpstlichen Hochschule in Rom zurückgelegt hat.

2. Bei kirchlichem und staatlichem Einverständnis kann von den in Abs. 1 zu a, b und c genannten Erfordernissen ab-

Articolo 9

1) In considerazione della dotazione delle Diocesi e degli istituti diocesani, assicurata in questa solenne Convenzione, un ecclesiastico sarà nominato Ordinario di una Archidiocesi o di una Diocesi o di una Praelatura *nullius*, Vescovo Ausiliare, membro di un Capitolo Cattedrale, Vicario di un Capitolo Cattedrale, membro di un ufficio diocesano, ovvero direttore od insegnante in un Istituto diocesano di educazione, soltanto se egli

- a) abbia la cittadinanza tedesca,
- b) abbia ottenuto un attestato di maturità che abiliti allo studio in una Università tedesca,
- c) abbia almeno per un triennio compiuto gli studi di filosofia e teologia in un'alta scuola germanica dello Stato, od in uno dei Seminari vescovili a ciò destinati in conformità dell'articolo 12, od in un'alta scuola Pontificia in Roma.

2) Mediante intesa tra le Autorità ecclesiastica e governativa si potrà prescindere dai requisiti enumerati nel capov.

1) Note in den Acta Apost. Sedis: Hoc Conventionis praescripto obligationi non derogatur qua clerici tenentur, secundum canonem 1365 Codicis iuris canonici, per sexennium philosophicis ac theologicis studiis operam dare.

gesehen werden; insbesondere kann das Studium an anderen deutschsprachigen Hochschulen als den zu c genannten anerkannt werden.

3. Mindestens zwei Wochen vor der beabsichtigten Bestellung eines Geistlichen zum Mitglied eines Domkapitels oder zum Leiter oder Lehrer an einem Diözesanseminar wird die zuständige kirchliche Stelle der Staatsbehörde von dieser Absicht und, mit besonderer Rücksicht auf Abs. 1 dieses Artikels und gegebenenfalls auf Abs. 2 des Artikels 12, von den Personalien des betreffenden Geistlichen Kenntnis geben. Eine entsprechende Anzeige wird alsbald nach der Bestellung eines Bistums- (Prälatur-) Verwesers, eines Weihbischofs und eines Generalvikars gemacht werden.

Artikel 10

1. Die Diözesanbischöfe (der *Praelatus nullius*) werden an die Geistlichen, denen ein Pfarramt dauernd übertragen werden soll, die in Artikel 9 Abs. 1 zu a bis c, und an die sonstigen in der Pfarrseelsorge anzustellenden Geistlichen mindestens die dort zu a und b genannten Anforderungen stellen. Für beide Fälle gilt Artikel 9 Abs. 2.

I lettere *a*, *b* e *c*; in modo speciale potranno essere riconosciuti gli studi compiuti in altre alte scuole di carattere tedesco diverse da quelle nominate nella lett. *c*.

3) Almeno due settimane prima della progettata nomina di un ecclesiastico a membro di un Capitolo Cattedrale ovvero a direttore od insegnante in un Seminario diocesano, la competente Autorità ecclesiastica darà conoscenza al Governo di tale intenzione e, con speciale riguardo al capov. 1 di questo articolo ed all'occorrenza al capov. 2 dell'articolo 12, comunicherà le notizie personali dell'ecclesiastico medesimo. Subito dopo la nomina di un Amministratore provvisorio di una Diocesi o Prelatura, di un Vescovo Ausiliare e di un Vicario Generale, ne sarà fatta la relativa notificazione.

Articolo 10

1) I Vescovi diocesani ed il Prelato *nullius* esigeranno per gli ecclesiastici, ai quali deve essere conferito un ufficio parrocchiale stabile, i requisiti indicati nell'articolo 9 capov. 1 lett. *a-c*, e per gli altri ecclesiastici, che debbono essere impiegati in modo non transitorio nella cura parrocchiale delle anime, almeno i requisiti enumerati nella lett. *a* e *b*. Per entrambi i casi vale l'articolo 9 capov. 2.

2. Im Falle der dauernden Übertragung eines Pfarramts wird der Diözesanbischof (*Praelatus nullius*) alsbald nach der Ernennung der Staatsbehörde von den Personalien des Geistlichen, mit besonderer Rücksicht auf Abs. 1 dieses Artikels, Kenntnis geben.

Artikel 11

Bis zu einer neuen Vereinbarung, insbesondere für den Fall des Erlasses des in Artikel 83 der Verfassung des Freistaats Preußen vorgesehenen Gesetzes, wird die Präsentation auf Grund eines sogenannten Staatspatronats durch die Staatsbehörde erst nach Benehmen mit dem Diözesanbischof oder *Praelatus nullius* gemäß besonders zu vereinbarenden Anweisung geschehen.

Artikel 12

1. Für die wissenschaftliche Vorbildung der Geistlichen bleiben die katholisch-theologischen Fakultäten an den Universitäten in Breslau, Bonn und Münster und an der Akademie in Braunsberg bestehen. Ihr Verhältnis zur kirchlichen Behörde regelt sich entsprechend den für die katholisch-theologischen Fakultäten in Bonn und Breslau geltenden Statuten.

2. Der Erzbischof von Paderborn und die Bischöfe von Trier, Fulda, Limburg, Hildesheim und Osnabrück sind berechtigt,

2) In caso di stabile collazione di un ufficio parrocchiale il Vescovo diocesano od il Prelato *nullius* subito dopo la nomina comunicherà al Governo il nome dell'ecclesiastico, con speciale riguardo al capov. 1 di questo articolo.

Articolo 11

Sino ad un nuovo accordo, specialmente per il caso della emanazione della legge prevista nell'articolo 83 della Costituzione della Repubblica Prussiana, la presentazione in base ad un cosiddetto patronato fiscale avrà luogo da parte dello Stato soltanto dopo preso contatto col Vescovo diocesano o col Prelato *nullius* a norma di una Istruzione da concertarsi separatamente.

Articolo 12

1) Per la formazione scientifica degli ecclesiastici rimangono le Facoltà teologiche cattoliche nelle Università di Breslavia, Bonn e Münster e nell'Accademia di Braunsberg. I loro rapporti coll'Autorità ecclesiastica sono regolati in conformità degli Statuti in vigore per le Facoltà teologiche cattoliche di Breslavia e di Bonn.

2) L'Arcivescovo di Paderborna ed i Vescovi di Treviri, Fulda, Limburgo, Hildesheim e Osnabrück sono autorizzati ad avere nelle loro Diocesi un

in ihren Bistümern ein Seminar zur wissenschaftlichen Vorbildung der Geistlichen zu besitzen. Der Unterricht an diesen Seminaren wird ebenso wie den kirchlichen Vorschriften dem deutschen theologischen Hochschulunterricht entsprechen. Die genannten Diözesanbischöfe werden dem Preussischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung von den Statuten und dem Lehrplan der Seminare Kenntnis geben. Zu Lehrern an den Seminaren werden nur solche Geistliche berufen werden, die für die Lehrtätigkeit in dem zu vertretenden Fach eine den Anforderungen der deutschen wissenschaftlichen Hochschulen entsprechende Eignung haben.

Artikel 13

Die Hohen Vertragschließenden werden eine etwa in Zukunft zwischen ihnen entstehende Meinungsverschiedenheit über die Auslegung einer Bestimmung dieses Vertrages auf freundschaftliche Weise beseitigen.

Artikel 14

1. Dieser Vertrag, dessen deutscher und italienischer Text gleiche Kraft haben, soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen möglichst bald in Berlin ausgetauscht werden. Er tritt mit dem Tag ihres Austausches in Kraft.

Seminario per la formazione scientifica degli ecclesiastici. L'insegnamento in questi Seminari corrisponderà come alle prescrizioni ecclesiastiche così anche all'insegnamento teologico nelle alte scuole tedesche. I suddetti Vescovi diocesani porteranno a conoscenza del Ministro Prussiano per la Scienza, l'Arte e l'Istruzione pubblica gli Statuti ed il programma d'insegnamento dei Seminari. Come insegnanti nei Seminari saranno nominati soltanto ecclesiastici, i quali per l'insegnamento nella materia loro affidata abbiano una qualificazione corrispondente alle esigenze delle alte scuole scientifiche tedesche.

Articolo 13

Le Alte Parti contraenti elimineranno in via amichevole le divergenze di opinione, che sorgessero eventualmente in avvenire fra di Esse circa la interpretazione di qualche disposizione della presente Convenzione.

Articolo 14

1) Questa solenne Convenzione, il cui testo italiano e tedesco fanno medesima fede, dovrà essere ratificata e gli Istrumenti della ratifica dovranno essere scambiati quanto prima in Berlino. Essa entrerà in vigore il giorno dello scambio di detti Istrumenti.

2. Gleichzeitig mit dem Inkrafttreten dieses Vertrages treten die seinen Bestimmungen entgegenstehenden Gesetze und Verordnungen außer Kraft.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet.

Geschehen in doppelter Urschrift.

Berlin, den 14. Juni 1929.

2) Coll'entrata in vigore di questa solenne Convenzioni vengono nello stesso tempo abrogate le leggi e le ordinanze in opposizione colle disposizioni in essa contenute.

In fede di che i Plenipotenziari hanno firmato la presente solenne Convenzione.

Fatto in doppio originale.

Berlino, 14 giugno 1929.

gez. Dr. *Eugenio Pacelli*, Arcivescovo di Sardi,
Nunzio Apostolico,

gez. Dr. *Otto Braun*, Preußischer Ministerpräsident,

gez. D. Dr. *Carl H. Becker*, Preußischer Minister
für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung,

gez. Dr. *Hermann Höpker-Aschoff*, Preußischer
Finanzminister.

Schlußprotokoll.

Bei der Unterzeichnung des am heutigen Tage geschlossenen Vertrages des Freistaats Preußen mit dem Heiligen Stuhle haben die ordnungsmäßig bevollmächtigten Unterzeichneten folgende übereinstimmende Erklärungen abgegeben, die einen integrierenden Bestandteil des Vertrages selbst bilden.

Zu Artikel 4 Abs. 1 Satz 1

Bei Bemessung der Dotation ist von dem derzeitigen Stande der Aufwendungen des Preußischen Staates für vergleichbare persönliche und sächliche

Protocollo finale.

Al momento di procedere alla firma della solenne Convenzione oggi conclusa fra la Santa Sede e la Prussia i sottoscritti Plenipotenziari dovutamente autorizzati hanno fatto le seguenti concordi dichiarazioni, che formeranno parte integrante della Convenzione medesima.

Circa l'articolo 4, capov. 1, proposizione 1^a.

Nel determinare la dotazione si sono prese per punto di partenza le attuali spese dello Stato Prussiano per somiglianti

Zwecke ausgegangen worden. Es besteht Einverständnis darüber, daß in Zukunft hierin etwa eintretende Änderungen bei der Dotation entsprechende Berücksichtigung finden sollen.

Zu Artikel 9 Abs. 1

Buchst. c

Das an einer österreichischen staatlichen Universität zurückgelegte philosophisch-theologische Studium wird entsprechend den Grundsätzen gleichberechtigt, die für andere geisteswissenschaftliche Fächer gelten werden.

Zu Artikel 9 Abs. 3

Satz 1

Ein staatliches Einspruchsrecht wird hierdurch nicht begründet.

Zu Artikel 12 Abs. 1

Satz 2

Der Sinn des § 4 Ziffer 1 und 2 der Bonner und des § 48 Buchst. a und b der Breslauer Statuten ist folgender:

Bevor an einer katholisch-theologischen Fakultät jemand zur Ausübung des Lehramts angestellt oder zugelassen werden soll, wird der zuständige Bischof gehört werden, ob er gegen die Lehre oder den Lebenswandel des Vorgeschlagenen begründete Einwendungen zu erheben habe. Die Anstellung oder Zulassung eines derart Beanstandeten wird nicht erfolgen.

scopi personali e reali. Si è d'accordo che per l'avvenire, in caso di eventuali cambiamenti in questa materia, si dovrà tenerne adeguato conto nei riguardi della dotazione. *Circa l'articolo 9, capov. 1, lett c.*

Lo studio filosofico-teologico in una Università austriaca dello Stato è pareggiato a quello compiuto in un'alta scuola germanica dello Stato corrispondentemente ai principi, che varranno per altre discipline filosofiche, letterarie e giuridiche.

Circa l'articolo 9, capov. 3, proposizione 1^a.

Ciò non importa un diritto di veto da parte dello Stato.

Circa l'articolo 12, capov. 1, proposizione 2^a.

Il senso del § 4 numeri 1 e 2 degli Statuti di Bonn e del § 48 lettere *a* e *b* degli Statuti di Breslavia è il seguente:

Prima che alcuno sia nominato od ammesso all'esercizio dell'ufficio di insegnante in una Facoltà teologica cattolica, sarà interrogato il Vescovo competente, se abbia motivate obiezioni da muovere circa la dottrina o la condotta della persona proposta. Non si effettuerà la nomina o l'ammissione di un candidato, contro il quale siano state in tal guisa sollevate eccezioni.

Die der Anstellung (Abs. 1) vorangehende Berufung, d. h. das Angebot des betreffenden Lehrstuhls durch den Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, wird in vertraulicher Form und mit dem Vorbehalt der Anhörung des Diözesanbischofs geschehen. Gleichzeitig wird der Bischof benachrichtigt und um seine Äußerung ersucht werden, für die ihm eine ausreichende Frist gewährt werden wird. In der Äußerung sind die gegen die Lehre oder den Lebenswandel des Vorgeschlagenen bestehenden Bedenken darzulegen; wie weit der Bischof in dieser Darlegung zu gehen vermag, bleibt seinem pflichtmäßigen Ermessen überlassen. Die Berufung wird erst veröffentlicht werden, nachdem der Bischof dem Minister erklärt hat, daß er Einwendungen gegen die Lehre und den Lebenswandel des Berufenen nicht zu erheben habe.

Sollte ein einer katholisch-theologischen Fakultät angehöriger Lehrer in seiner Lehrthätigkeit oder in Schriften der katholischen Lehre zu nahe treten oder einen schweren oder ärgerlichen Verstoß gegen die Erfordernisse des priesterlichen Lebenswandels begehen, so ist der zuständige Bischof berechtigt, dem Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hiervon Anzeige zu

La chiamata che precede la nomina (capov. 1) vale a dire l'offerta della relativa cattedra da parte del Ministro per la Scienza, l'Arte e l'Istruzione pubblica, avverrà in forma confidenziale e colla riserva di udire il Vescovo diocesano. In pari tempo viene informato il Vescovo, il quale è pregato di esprimere il suo parere, per il che gli sarà concesso un tempo sufficiente. In tale parere debbono essere indicate le obiezioni esistenti contro l'insegnamento o la condotta della persona proposta; è tuttavia lasciato al giusto giudizio del Vescovo di decidere fino a qual punto egli possa manifestare le obiezioni medesime. La nomina sarà pubblicata soltanto dopochè il Vescovo avrà dichiarato al Ministro che egli non ha da sollevare eccezioni contro l'insegnamento e la condotta del candidato.

Se un insegnante appartenente ad una Facoltà teologica cattolica offendesse nel suo insegnamento o nei suoi scritti la dottrina cattolica, ovvero commettesse un grave o scandaloso mancamento contro le esigenze della condotta sacerdotale, il Vescovo competente è autorizzato a darne comunicazione al Ministro per la Scienza, l'Arte e l'Istruzione pubblica. In questo caso il Ministro, senza

nachen. Der Minister wird in diesem Fall unbeschadet der dem Staatsdienstverhältnis des Betreffenden entspringenden Rechte, Abhilfe leisten, insbesondere für einen dem Lehrbedürfnis entsprechenden Ersatz sorgen.

Zu Artikel 12 Abs. 2 Satz 4

Die Eignung wird hauptsächlich durch eine der akademischen Habilitationsschrift entsprechende wissenschaftliche Arbeit nachgewiesen; sofern diese von besonderer wissenschaftlicher Bedeutung ist, kann von dem Erfordernis der theologischen Promotion abgesehen werden.

Berlin, den 14. Juni 1929.

pregiudizio dei di lui diritti derivanti dalla sua condizione di funzionario dello Stato, vi porterà rimedio, ed in particolar modo provvederà ad una supplenza corrispondente ai bisogni dell'insegnamento.

Circa l'articolo 12, capov. 2, proposizione 4ª.

La qualificazione si prova principalmente per mezzo di un lavoro scientifico corrispondente allo scritto per la abilitazione a libero docente nelle Università; se tale lavoro è di speciale importanza scientifica, si potrà anche prescindere dall'esigenza della promozione a dottore in teologia.

Berlino, 14 giugno 1929.

gez. Dr. *Eugenio Pacelli*, Arcivescovo di Sardi,
Nunzio Apostolico,

gez. Dr. *Otto Braun*, Preußischer Ministerpräsident,

gez. D. Dr. *Carl H. Becker*, Preußischer Minister
für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung,

gez. Dr. *Hermann Höpker-Aschoff*, Preußischer
Finanzminister.

2. Preußisches Gesetz zu dem Verträge mit dem Heiligen Stuhle, vom 3. August 1929.

Preussische Gesetzsammlung 1929, 151

Der Landtag hat folgendes Gesetz beschlossen:

Artikel 1.

Dem in Berlin am 14. Juni 1929 unterzeichneten Verträge des Freistaates Preußen mit dem Heiligen Stuhle sowie dem dazuge-

hörigen Schlußprotokolle vom gleichen Tage wird zugestimmt.

Der Vertrag und das Schlußprotokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2.

Dieses Gesetz tritt mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft. Der Tag, an dem der Vertrag und das Schlußprotokoll gemäß Artikel 14 des Vertrags in Kraft treten, ist in der Preußischen Gesetzsammlung bekanntzumachen.

Das Vorstehende, vom Landtage beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet. Die verfassungsmäßigen Rechte des Staatsrats sind gewahrt.

Berlin, den 3. August 1929.

(Siegel.)

Das Preußische Staatsministerium.
zugleich für den Finanzminister:

Braun

Becker.

3. Bekanntmachung des preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung über die Ratifikation des Vertrags des Freistaats Preußen mit dem Heiligen Stuhle, vom 13. August 1929.

Preußische Gesetzsammlung 1929, 173

Auf Grund des Gesetzes vom 3. August 1929 zu dem Vertrage des Freistaats Preußen mit dem Heiligen Stuhle (Gesetzsamml. S. 151) wird hiermit bekannt gemacht, daß der Vertrag und das Schlußprotokoll ratifiziert worden sind. Der Austausch der Ratifikationsurkunden hat am 13. August 1929 in Berlin stattgefunden. Der Vertrag und das Schlußprotokoll sind demnach gemäß Artikel 14 Abs. 1 des Vertrags am 13. August 1929 in Kraft getreten.

Berlin, den 13. August 1929.

Der Preußische Minister für
Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

Becker.

4. Note des deutschen Nuntius an den preußischen Ministerpräsidenten, betr. die Übergehung der Schulfrage in dem abgeschlossenen Vertrag ¹⁾, vom 5. August 1929.

A. A. S. XXI, 536 ff.

Nunziatura Apostolica
Germania

Herr Ministerpräsident!

Nr. 42009

Der unterzeichnete Apostolische Nuntius beehrt sich, in Ausführung eines ihm von Seiner Heiligkeit erteilten Auftrags Eurer Exzellenz folgendes mitzuteilen:

Seine Heiligkeit nimmt von der parlamentarischen Verabschiedung der feierlichen Übereinkunft des Freistaates Preußen mit dem Hl. Stuhle mit Befriedigung Kenntnis, und ist Sich der ernstesten Bemühungen der Preußischen Staatsregierung zur Erreichung dieses Zieles bewußt. Er bedauert jedoch, daß der der Preußischen Volksvertretung vorgelegte Vertrag im Gegensatz zu den wiederholt und nachdrücklich geltend gemachten Forderungen des Hl. Stuhles, die dieser aus grundsätzlichen Erwägungen zu erheben sich veranlaßt sah, keine Regelung der Schulfrage enthält. Es darf diesbezüglich daran erinnert werden, daß die Preußische Regierung durch eine Note vom 6. Januar 1922, die der damalige Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Herr Dr. Boelitz, an den Unterzeichneten richtete, die verbindliche Erklärung abgegeben hat, sie »werde auf Ersuchen des Reiches mit diesem in Verhandlungen über die Regelung der religiösen Seite der Schulfrage im Konkordat eintreten«. Wenn der zitierte Satz sich auch in besonderem Betreff auf ein zukünftiges Reichskonkordat bezog, von dem in jenem Zeitpunkt vorwiegend die Rede war, so bekannte sich in ihr die Preußische Regierung doch ausdrücklich zum Grundsatz der »Regelung der religiösen Seite der Schulfrage im Konkordat«, und zwar ohne dabei einen Unterschied zu machen zwischen einem Konkordat mit dem Reich und einem solchen mit Preußen. Dieser Unterschied ist auch in den der fraglichen Erklärung vorausgehenden Besprechungen nicht gemacht worden, welch

1) Der Schriftwechsel zwischen dem deutschen Nuntius und dem preuß. Ministerpräsidenten ist zugleich mit einer italienischen Übersetzung nach dem Schlußprotokoll in den Acta Apostolicae Sedis publiziert.

letztere vielmehr ihren Ausgangspunkt von einer Preußen unmittelbar berührenden Angelegenheit nahmen.

Während der Erörterungen mit den Regierungskommissaren schlugen diese im Auftrage des Herrn Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung im Juni 1927 eine Mindestformel über die Schule vor, die vom Hl. Stuhle nur unter äußerstem Entgegenkommen angenommen wurde, vor allem weil staatlicherseits damals der formaljuristische Grund geltend gemacht wurde, daß diese Materie unter die Zuständigkeit des Reiches falle.

Um so schmerzlicher bedauerte der Hl. Stuhl die spätere Streichung auch dieses schon so unzulänglichen Artikels, eine Streichung, die umsoweniger als gerechtfertigt gedacht werden konnte, als alle Parteien, die das zeitige Koalitionsministerium bilden, auch im Januar 1922 im Preußischen Kabinett vertreten waren.

Wenn trotzdem der Hl. Stuhl sich entschlossen hat, daraufhin die Konkordatsverhandlungen nicht abubrechen, so tat er dies lediglich mit Rücksicht auf die von seiten der Preußischen Regierung im Laufe der Verhandlungen erfolgte Zurückstellung erheblicher Forderungen und vor allem aus dem ernsten Wunsche, den Katholiken Preußens die übrigen aus dem Konkordate sich ergebenden Rechtswirkungen und Sicherungen ihrer religiösen Freiheit, sowie dessen günstige Auswirkungen auf ein geordnetes Verhältnis zwischen Kirche und Staat nicht zu gefährden. Er vermag indes nicht davon abzusehen, förmlich zu erklären, daß diese seine Stellungnahme niemals als ein Verzicht auf die Grundsätze gedeutet werden darf, die ihn zu der Forderung veranlaßt hatten, daß nämlich, wie in den anderen Konkordaten der neuesten Zeit, so auch in der feierlichen Übereinkunft mit Preußen die Schulfrage miteinbegriffen werde.

Der Unterzeichnete benützt diese Gelegenheit, um Eurer Exzellenz den Ausdruck seiner ausgezeichneten Wertschätzung zu erneuern.

Berlin, den 5. August 1929.

gez. † *Eugen Pacelli*, Erzbischof von Sardes,
Apostotischer Nuntius.

Seiner Exzellenz
dem Herrn Preußischen Ministerpräsidenten
Herrn *Dr. Otto Braun, Berlin.*

5. Antwort des preußischen Ministerpräsidenten auf die vorausgehende Note des deutschen Nuntius, vom 6. August 1929. A. A. S. XXI, 540 f.

Der Preußische
Ministerpräsident.

Berlin, den 6. August 1929.

Eure Exzellenz!

Der unterzeichnete Ministerpräsident des Freistaates Preußen beehrt sich, Eurer Exzellenz den Eingang der Note Nr. 42009 vom 5. ds. Mts. dankend zu bestätigen. Er würdigt durchaus die Erklärungen des Heiligen Stuhles, bittet indes, bezüglich der darin berührten Frage unter Beiseitelassung anderer Erwägungen darauf hinweisen zu dürfen, daß die langjährigen, in der Presse geführten Auseinandersetzungen über den mutmaßlichen Inhalt des Konkordats die öffentliche Meinung inzwischen so beeinflußt hatten, daß eine parlamentarische Mehrheit für ein auch die Schule regelndes Konkordat nicht erreichbar war. Angesichts dieser Tatsache würde die Preußische Staatsregierung durch die Beibehaltung solcher Bestimmungen — auch in der Formel vom Juni 1927 — die Verabschiedung des auch ihrer Überzeugung nach für die Sicherung und Festigung des religiösen Friedens in Preußen bedeutsamen Vertragswerkes unmöglich gemacht haben.

Die Ausschaltung der Regelung der Schulfrage aus dem nunmehr zum Abschluß gekommenen Vertrag wird indes die verfassungsmäßigen Rechte der preußischen Katholiken auf diesem bedeutsamen Gebiete, insbesondere hinsichtlich der konfessionellen Schule und des Religionsunterrichtes, in keiner Weise sachlich beeinträchtigen, da die Preußische Staatsregierung es als eine selbstverständliche Pflicht erachtet, die in der Reichsverfassung anerkannten religiösen Rechte zu wahren und zur vorgesehenen Auswirkung zu bringen.

Der Unterzeichnete benutzt die Gelegenheit, um Eurer Exzellenz den Ausdruck seiner ausgezeichneten Wertschätzung zu erneuern.

(gez.) *Braun.*

An den Apostolischen Nuntius Erzbischof von Sardes
Mgr. Dr. Pacelli, Exzellenz in Berlin.

6. Verfügung des preußischen Staatsministeriums, betr. die Festlegung eines Mindestkapitals für rechtsfähige Stiftungen, vom 3. Juli 1928.

Preussisches Pfarrarchiv XVII, 164 f.

Da ein großer Teil der vorhandenen Stiftungen zur Erfüllung ihrer Zwecke nicht mehr in der Lage ist, so daß gesetzgeberische Maßnahmen zur Abhilfe haben getroffen werden müssen, (vgl. das Preuß. Gesetz über Änderung von Stiftungen vom 10. Juli 1924, GS. S. 575¹⁾), bedarf es für die Zukunft besonderer Vor-sorge, damit nicht alsbald ähnliche Verhältnisse auch bei den neu entstehenden Stiftungen eintreten. Es muß versucht werden, zu verhindern, daß Stiftungen *mit eigener Rechtspersönlichkeit*, die nicht lebensfähig sind, überhaupt entstehen. Es erscheint deshalb erforderlich, ein *Mindestkapital* festzulegen, das als Voraus-setzung für die Genehmigung selbständiger Stiftungen verlangt werden muß. Dieses Kapital soll in der Regel nicht weniger als 5000 RM betragen. Das schließt nicht aus, daß in besonders ge-arteten Fällen im Hinblick auf die enge Begrenzung des Stiftungs-zweckes oder im Hinblick auf besondere Gemütswerte, die für den Stifter oder seine Erben mit dem Stiftungsvorhaben verknüpft sind, ein geringeres Vermögen als ausreichend erachtet, und daß ferner, wenn der Stiftungszweck auch mit einem Kapital von 5000 RM offenbar nicht erreicht werden kann, die Genehmigung nur nach Bereitstellung größerer Stiftungsmittel erteilt wird. Dem-entsprechend haben die Aufsichtsbehörden Anträge auf Geneh-migung von Stiftungen, die über ein ausreichendes Stiftungskapital nicht verfügen, bereits ihrerseits als zur Weitergabe an die für die Verleihung der Rechtsfähigkeit zuständige Zentralbehörde nicht geeignet zurückzugeben.

Um den dauernden Bestand einer Stiftung zu sichern, werden die Aufsichtsbebörden der Anlage der Stiftungsmittel ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und darauf hinzuwirken haben, daß laufende Ausgaben nur aus den Erträgen, nicht aus dem Stamm des Stiftungsvermögens bestritten werden. Eine über 25 v. H. des ursprünglichen Stiftungskapitals hinausgehende Inan-griffnahme wird, wenn nicht besondere Gründe sie als unabweisbar erscheinen lassen, zu beanstanden sein.

1) Abgedruckt in diesem Archiv 105, 238.

**7. Verordnung des preußischen Staatsministeriums über das
Flaggen durch Körperschaften des öffentlichen Rechts,
vom 29. Juni 1929.**

Preußische Gesetzsammlung 1929, 79.

Auf Grund der Artikel 7, 5¹ der Preußischen Verfassung wird zugleich in Ausführung des Gesetzes über das Flaggen durch Körperschaften des öffentlichen Rechtes vom 17. März 1929 (Gesetzsamml. S. 23)¹⁾ folgendes verordnet:

§ 1.

1. Die Beflaggung der staatlichen und kommunalen Dienstgebäude sowie der Gebäude der öffentlichen Schulen erfolgt in den Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold und in den Landesfarben Schwarz-Weiß.

2. Soweit auf Grund des § 2a und b geflaggt wird, können Gemeinden (Gemeindeverbände), die bisher Flaggen in eigenen Farben (z. B. in den Stadt- und Provinzfarben) führen, diese neben den Reichs- und Landesfarben zeigen. Im übrigen bleibt ihre Befugnis zum Zeigen eigener Flaggen unberührt.

3. Neue oder geänderte Flaggen der Gemeinden (Gemeindeverbände) dürfen nur mit Zustimmung des Staatsministeriums gezeigt werden.

4. Zu den Gebäuden der öffentlichen Schulen im Sinne dieser Verordnung gehören auch solche, an denen Religionsgesellschaften teilhaben.

§ 2.

1. Die staatlichen und kommunalen Dienstgebäude sowie die Gebäude der öffentlichen Schulen sind zu beflaggen:

- a) Am Verfassungstag (11. August) ohne besondere Anordnung.
- b) Aus besonderen Anlässen, die für das ganze Land oder einzelne seiner Teile von allgemeiner politischer Bedeutung sind, auf Anordnung des Staatsministeriums.
- c) Aus örtlichen Anlässen von nichtpolitischer Bedeutung auf Anordnung der örtlich zuständigen Dienststellen. Gegebenenfalls entscheidet der Oberpräsident.

2. In allen anderen Fällen ist von einer Beflaggung der staatlichen Dienstgebäude sowie der Gebäude der öffentlichen Schulen abzusehen. Über Ausnahmefälle entscheidet der Oberpräsident.

1) Abgedruckt im laufenden Jahrgange dieses Archivs 343 f.

§ 3.

1. Zu beflaggen sind:

- a) Staatliche und kommunale Dienstgebäude ohne Rücksicht auf die Eigentumsverhältnisse, insbesondere also auch angemietete oder anderweitig zu dienstlichen Zwecken überlassene Gebäude.
- b) Vom Staat und von den Gemeinden (Gemeindeverbänden) angemietete oder ihnen anderweitig zu dienstlichen Zwecken überlassene einzelne Räume, soweit sie dem Verkehre mit dem Publikum dienen, auch wenn sie sich in Gebäuden befinden, die nicht ausschließlich für dienstliche Zwecke bestimmt sind.
- c) Staatliche und kommunale Dienstwohngebäude nach näherer Zustimmung der zuständigen Fachminister.
- d) Alle anderen staatseigenen Gebäude. Soweit sie vermietet, verpachtet oder aus einem andern Rechtsgrunde Dritten überlassen sind, ist zur Sicherstellung ihrer Beflaggung
 - 1. bei schon bestehenden Verträgen, deren entsprechende Ergänzung anzustreben,
 - 2. der Abschluß neuer Verträge von der Innehaltung dieser Bestimmungen abhängig zu machen.

2. Für Gemeinden (Gemeindeverbände) mit mehreren kommunalen Dienstgebäuden oder Diensträumen (Abs. 1 a und b) bestimmt im Zweifelsfalle die zuständige Kommunalaufsichtsbehörde, welche Dienstgebäude (Diensträume) neben dem Hauptverwaltungsgebäude zu beflaggen sind.

3. Diese Bestimmungen finden keine Anwendung auf:

- a) Nebengebäude von untergeordneter Bedeutung, wenn das Hauptgebäude beflaggt wird.
- b) Räume, die zur Beflaggung nicht geeignet sind.
- c) Räume, die regelmäßig dem Privatgebrauche dienen, in denen aber gleichzeitig Dienstgeschäfte verrichtet werden.

§ 4.

1. Inhaber von Dienstwohnungen, die sich in staatlichen oder kommunalen Dienstgebäuden befinden, dürfen von ihren Wohnungen aus nur dann, wenn das Dienstgebäude selbst beflaggt wird, und nur in den hierfür zugelassenen Farben flaggen.

2. Dienstwohnungen, die sich nicht in Dienstgebäuden befinden, dürfen gleichfalls nur in den bezeichneten Farben beflaggt werden.

§ 5.

1. Für Mietwohnungen in staatlichen oder kommunalen Dienstgebäuden gilt die Vorschrift des § 4 Abs. 1. Gehört der Mieter nicht zu den Staats- oder Kommunalbeamten, -angestellten oder -arbeitern, so ist zur Durchführung dieser Vorschrift entsprechend § 3 Abs. 1 d zu verfahren.

2. Mietwohnungen, die sich in anderen Gebäuden befinden, die im Eigentume des Staates stehen, sind grundsätzlich nur in den bezeichneten Farben zu beflaggen. Zur Erreichung dieses Zweckes ist entsprechend § 3 Abs. 1 d zu verfahren.

§ 6.

Für die Art der Beflaggung der staatlichen und kommunalen Dienstgebäude in den Reichs- und Landesfarben gelten folgende Grundsätze:

- a) Ist nur ein Flaggenmast vorhanden, so ist an ihm stets die Reichsflagge zu hissen. Die preußische Flagge ist in diesem Falle, soweit sich nicht ein zweiter Flaggenmast anbringen läßt, an einer bevorzugten Stelle der Straßenfront des Hauses mittels eines besonderen Flaggenstocks als hängende Flagge anzubringen.
- b) Ist mehr als ein Flaggenmast vorhanden, so sind bei einer geraden Zahl die Reichs- und Landesfarben gleichmäßig, bei einer ungeraden Zahl die Reichsfarben auch an dem überzähligen Flaggenmaste zu hissen. Bei kommunalen Dienstgebäuden können überzählige Flaggenmasten auch zur Hissung der im § 1 Abs. 2 bezeichneten Flaggen verwendet werden.
- c) Ist kein Flaggenmast vorhanden, so sind je eine hängende Reichs- und eine Landesflagge von angemessener gleicher Größe mittels besonderer Flaggenstöcke an der Straßenfront des Hauses in gleichwertiger Anordnung anzubringen.
- d) Die Beflaggung beginnt morgens um 7 Uhr und endet bei Eintritt der Dunkelheit.

§ 7.

Die Bestimmungen der §§ 3 bis 6 gelten sinngemäß auch für die Gebäude der öffentlichen Schulen. Im Zweifelsfalle entscheidet die Schulaufsichtsbehörde.

§ 8.

1. Die vorstehenden Bestimmungen finden auf das Flaggen durch die übrigen Körperschaften des öffentlichen Rechtes entsprechende Anwendung.

2. Unberührt bleibt das Recht der Religionsgesellschaften zum Zeigen eigener Kirchenflaggen. Insoweit finden die Bestimmungen der §§ 1 bis 3, 6 keine Anwendung. Neben oder an Stelle der Kirchenflaggen dürfen nur die im § 1 zugelassenen Flaggen gezeigt werden.

§ 9.

Soweit eine Beflaggung der öffentlichen Straßen und Plätze sowie der zum öffentlichen Gebrauche bestimmten Gebäude und sonstigen öffentlichen Einrichtungen des Staates und der Gemeinden (Gemeindeverbände) in Frage kommt, dürfen nur die im § 1 bezeichneten Farben zur Verwendung gelangen.

§ 10

1. Alle früheren Einzelbestimmungen über den Gegenstand dieser Verordnung treten außer Kraft.

2. Die zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Anordnungen erläßt jeder Fachminister innerhalb seines Geschäftsbereichs.

Berlin, den 29. Juni 1929.

Das Preußische Staatsministerium.
(Unterschrift).

8. Erlaß des preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, betr. die Trennung organisch-vereinigter Kirchen- und Schulämter, vom 7. März 1929.

Kirchliches Amtsblatt für die Diözese Paderborn 1929, 69 f.

Der Preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat unter dem 7. März ds. Js. an die Regierungen den nachstehenden Erlaß gerichtet:

U III D Nr. 150. 1. G I. G II.

Aus den Berichten, die auf den Erlaß vom 10. April 1928 — U III D 142, G I. G II — erstattet worden sind, habe ich ersehen,

daß die Regierungen bei der Durchführung des Erlasses nicht einheitlich verfahren. Unter Aufrechterhaltung dieses Erlasses mache ich zur Klärung mehrfach vorhandener Irrtümer darauf aufmerksam, daß die rechtliche Grundlage des Verfahrens, insbesondere was die Zustimmung der Schulverbände, Kirchengemeinden und kirchlichen Aufsichtsbehörden betrifft, nach wie vor der Erlaß vom 7. März 1887 — U III A 21720, U III B, G II, G I (Zentrbl. 1887 S. 391) — bildet. Daß es zur Trennung der Zustimmung des Stelleninhabers jetzt nicht mehr bedarf, hat der Erlaß vom 4. Oktober 1928 — U III D 1629 — II U 5334 klar gestellt. Der Widerspruch eines Stelleninhabers, der eine Einkommens- und Ruhegehaltsminderung vermeiden möchte, kann hiernach grundsätzlich und auch dann nicht mehr berücksichtigt werden, wenn der Schulverband oder die Kirchengemeinde unter diesem Gesichtspunkt sich für Aufrechterhaltung der Verbindung der beiden Ämter einsetzen.

Gegenüber der durch § 18 VBG.¹⁾ getroffenen Anordnung kann von der Trennung solcher Ämter, bei denen die Vermögensauseinandersetzung bereits erfolgt ist, nur in Ausnahmefällen vorläufig abgesehen werden, wenn von der Kirchengemeinde oder dem Schulverband ausschlaggebende Gründe dafür geltend gemacht worden sind. Ein solcher Grund gegen eine sofortige Trennung könnte z. B. darin erblickt werden, daß dem Schulverband durch die Trennung unmittelbar erhebliche nicht gedeckte Mehrausgaben (Neubaukosten, Anmietungskosten usw.) entstehen. Die Möglichkeit, daß künftig vielleicht Mehrkosten entstehen könnten, etwa weil später einmal ein Nachfolger des jetzigen Stelleninhabers nicht bereit sein könnte, die Kantor- oder Organistentätigkeit nebenamtlich auszuüben, kann die Trennung von Ämtern, in denen die Auseinandersetzung bereits erfolgt ist, nicht hindern.

Den Ämtern, in denen die Auseinandersetzung bereits stattgefunden hat, stehen die Ämter gleich, in denen gemeinschaftliches Vermögen nicht vorhanden ist.

Ich ersuche die Regierungen, die von ihr zu entscheidenden Fälle hiernach noch einmal zu prüfen, gegebenenfalls neue Ermittlungen anzustellen und die Trennung vorzunehmen. In den Fällen, in denen die Regierung glaubt, aus Gründen, die sie im Sinne des Abs. 2 dieses Erlasses für maßgebend hält, von einer

1) Siehe dieses Archiv, 108, 667.

Trennung zur Zeit noch absehen zu wollen, ist mir einzeln zu berichten.

Bis zum 1. Dezember ds. Js. sehe ich einem Bericht mit einer namentlichen Aufzählung derjenigen bisher vereinigten Ämter entgegen, die auf Grund dieses Erlasses und des Erlasses vom 10. April 1928 getrennt worden sind. . . .

gez. Unterschrift.

An die Regierungen pp.

Wir bemerken hierzu folgendes:

Der in dem neuen Ministerialerlaß angezogene frühere Erlaß vom 10. April 1928 hatte allgemein die Trennung der vereinigten Ämter in denjenigen Fällen angeordnet, wo gemeinsames Vermögen nicht vorhanden sei. Demgemäß sind bereits seitens der Regierungen hier und da gegen den Willen der Kirchenvorstände Ämtertrennungen vorgenommen worden.

Mehrfach hat sich jedoch herausgestellt, daß die Annahme der Regierung, es sei kein gemeinsames Stellenvermögen vorhanden, irrig war. Ebenso wenig haben sich die diesbezüglichen Angaben der Kirchenvorstände immer als stichhaltig erwiesen. Der Umstand, daß bei den amtlichen Festsetzungen der Stellen- oder Kirchenamtszulagen von gemeinschaftlichem Vermögen bisher keine Rede war, kann nicht ohne weiteres als Beweis gelten, daß gemeinsame Vermögensstücke fehlen. Nicht selten ist die *Rechtslage* infolge von Separationen oder Neubauten, auch durch Unachtsamkeit der Kirchenvorstände, *verdunkelt* worden.

Es bedarf deshalb in jedem Einzelfalle, in dem man bisher traditionsmäßig, ohne daß jemals eine eigentliche Vermögensauseinandersetzung stattgefunden hat, annahm, gemeinsames Vermögen sei nicht vorhanden, an Hand der alten Visitationsprotokolle und Lagerbücher sowie der sonstigen Stellenakten einer sorgfältigen Untersuchung darüber, was aus den einzelnen, früher zur Küsterstelle gerechneten Vermögensstücken im Laufe der Zeit geworden ist. Besonders ist festzustellen:

1. woher das jetzige Schul- oder Lehrerland stammt;
2. in wessen Eigentum früher das Haus gestanden hat, gegebenenfalls wann und wodurch es der Küsterstelle entfremdet worden ist;
3. ob die bei Gemeinheitsteilungen oder Separationen geschehenen Umschreibungen im Grundbuch der *früheren* Rechtslage gemäß vorgenommen sind, oder ob hierbei die kirchliche Seite benachteiligt worden ist;

4. ob ehemals zur Küsterei gehörige Hude- oder Holzungsrechte zu irgendeiner Zeit, etwa bei einer Gemeinheitsteilung, abgelöst worden sind, und wer die Abfindung erhalten hat, die Lehrer- oder die Küsterstelle.

Was ehemals kirchliches Eigentum gewesen und nicht ausdrücklich und förmlich vom Kirchenvorstand unter Genehmigung des Generalvikariates an die Schulgemeinde abgetreten worden ist, muß bei der Trennung seitens der Kirchengemeinde in Anspruch genommen werden.

Zu beachten ist, daß *Separationen* und die im Fortgang derselben vorgenommenen Umschreibungen kein neues Eigentumsverhältnis zwischen Kirchen- und Schulamt geschaffen haben. Gehörten die in die Separation eingeworfenen Grundstücke und Grundrechte der Küsterstelle, dann kann durch die Separation *allein* die Lehrerstelle oder der Schulverband kein Eigentumsrecht an den eingetauschten Grundstücken oder Abfindungen erworben haben, selbst dann nicht, wenn ein Teil der letzteren auf den Namen der Schule eingetragen worden wäre.

Die Eintragung auf die »*Schule*« oder die »*kath. Schule*« bezeichnet bisweilen, zumal in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, nicht die vom Kirchenamt getrennt gedachte Schulanstalt, sondern das mit dem Kirchenamt verbundene Schulamt, also die organisch vereinigte Stelle. Aus dieser Form der Eintragung kann deshalb nicht ohne weiteres auf den Alleinbesitz der Schule geschlossen werden. Es kommt in solchen Fällen auf den Zusammenhang an und auf die vor der Eintragung liegende Bezeugung.

Bei den *Eintragungen*, die nach 1839 veranlaßt sind, hat man oft absichtlich das ursprüngliche Rechtsverhältnis verschoben. Im § 10 Nr. 2 des Preußischen Grundsteuergesetzes vom 21. Januar 1839 waren nämlich nur die Dotationsländereien der Schulstellen, nicht aber die der Küstereien von der Grundsteuer befreit worden. Das nahmen manche Kirchenvorstände zum Anlaß, die Küsterländereien nunmehr entweder als Eigentum der Küsterei *und* Schule oder der Schule allein im amtlichen Schriftverkehr zu bezeichnen und so eintragen zu lassen. Das Generalvikariat hat zwar, als dieser Mißbrauch zu seiner Kenntnis gelangte, denselben unter dem 23. September 1840 durch einen Runderlaß an die Dechanten der Regierungsbezirke Minden und Arnberg verboten. Trotzdem ist es, wie aktenmäßig nachgewiesen werden kann, in manchen Fällen zu bewußt unrichtigen Eintragungen gekommen.

Dieselben konnten schon deshalb keine Rechtsfolgen nach sich ziehen, weil sie als Veräußerungen von kirchlichem Grundvermögen der Genehmigung der kirchlichen Aufsichtsbehörde bedurft hätten, und solche in keinem Falle erteilt ist.

Die Eintragung im Grundbuch kann daher nicht als entscheidend angesehen werden. Eine *Ersitzung* auf Grund derselben zugunsten der Schule ist zufolge der Rechtsprechung des Reichsgerichtes während der Dauer der organischen Verbindung ausgeschlossen.

Die sonstigen bei der Trennung vereinigter Ämter zu beachtenden Grundsätze sind knapp und übersichtlich zusammengestellt in dem im Auftrage der Fuldaer Bischofskonferenz im Jahre 1928 von Paul Westhoff erstatteten *Gutachten*: Die Vermögensauseinandersetzung bei Trennung organisch verbundener Küsterschulämter in Preußen. Das Gutachten ist bei der *Bonifaciusdruckerei* Paderborn zum Preise von 1 Mark noch zu haben. Die seit Erscheinen des Schriftchens eingetretenen Änderungen in der Gesetzgebung sind im Kirchl. Amtsblatt Jahrg. 1928, Seite 76f. und Seite 119 bekannt gegeben.

9. Runderlaß des preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, betr. Errichtung von Sammelklassen für nicht am Religionsunterricht teilnehmende Kinder, vom 14. Juni 1928.

Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung Preußens 1928, 220.

Bei der Errichtung von Sammelklassen für die nicht am Religionsunterricht teilnehmenden Kinder sind verschiedentlich so erhebliche Meinungsverschiedenheiten zutage getreten, daß in einer Reihe von Schulverbänden der Schulfriede ernstlich gefährdet wurde. Um für die Zukunft derartige Störungen tunlichst zu vermeiden und jeder Schädigung des bestehenden Schulwesens durch die Errichtung von Sammelklassen, wo sie notwendig erscheint, möglichst vorzubeugen, wird der geltenden Rechtslage entsprechend folgendes angeordnet:

1. Die Nichtteilnahme am Religionsunterricht kann jederzeit erklärt werden. Die Erklärung ist abzugeben gegenüber dem Leiter der Schule, welche das abzumeldende Kind besucht. Hinsichtlich der Form verbleibt es bei der An-

ordnung meines Erlasses vom 16. Januar 1921 — U III A 1856 I —.

2. Die Umschulung am Religionsunterricht abgemeldeter Kinder in eine Sammelklasse kann nur zum Ostertermin erfolgen. Der Wunsch der Erziehungsberechtigten ist in schriftlicher Form dem zuständigen Schulrat zuzuleiten. Übermittlung durch den Schulleiter oder durch beliebige Dritte ist zulässig. Er muß bis zum 1. Dezember beim Schulrat eingegangen sein. Nach diesem Termin eingegangene Wünsche dürfen nicht berücksichtigt werden.
3. Die Erklärung der Nichtteilnahme am Religionsunterricht und der Wunsch auf Umschulung vom Religionsunterricht abgemeldeter Kinder in eine Sammelklasse können wie folgt miteinander verbunden werden:
»Wir melden unser Kind von der Teilnahme am Religionsunterricht ab und wünschen seine Einschulung in die bestehende Sammelklasse«, oder »Einschulung in eine Sammelklasse, falls eine solche eingerichtet werden sollte«.
4. Der Schulrat hat die eingegangenen Wünsche auf Umschulung mit dem Schulleiter durchzuprüfen und sie sodann gesammelt sofort der Schuldeputation (dem Schulvorstand) unter gleichzeitiger Benachrichtigung der Regierung (des Provinzialschulkollegiums) zu übermitteln.
5. Die Errichtung von Sammelklassen ist eine verwaltungsorganisatorische Maßnahme zur Behebung schultechnischer Schwierigkeiten im Schulverband. Daher hat die Schuldeputation (der Schulvorstand) als Organ der Schulaufsichtsbehörde zu prüfen, ob mit Rücksicht auf die Anzahl der vorliegenden Anträge und mit Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse das Bedürfnis zur Einrichtung eines Sammel-systems vorhanden ist. Die Schuldeputation (der Schulvorstand) hat ihre Entschliebung der Regierung (dem Provinzialschulkollegium) bis zum 1. Februar eines jeden Jahres vorzulegen. Nach diesem Termin eingehende Anträge der Schuldeputation (des Schulvorstandes) dürfen nicht berücksichtigt werden. Erachtet die Regierung (das Provinzialschulkollegium) im Gegensatz zur Schuldeputation (Schulvorstand) das Bedürfnis nach Errichtung von Sammelklassen für erwiesen, so ist mir zu berichten. Ebenso erwarte ich Bericht, falls durch die Errichtung Kosten ent-

stehen und die Gemeindeorgane deren Errichtung abgelehnt haben.

Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

10. Entscheidung des preußischen Oberverwaltungsgerichts über den Begriff der Mischehe im Kirchensteuerrecht, vom 2. Oktober 1928.

Kirchliches Amtsblatt für die Diözese Osnabrück und die norddeutschen Missionen 1929, 261.

Gemäß § 5 Absatz 1 des preußischen Gesetzes betreffend die Erhebung von Kirchensteuern in den kath. Kirchengemeinden und Gesamtverbänden vom 14. Juli 1905 ist der kath. Teil einer gemischten Ehe von der Hälfte des der kirchlichen Besteuerung zugrunde liegenden Steuersatzes, zu welchem der Ehemann veranlagt ist, zur Kirchensteuer heranzuziehen¹⁾. Diese Bestimmung hat das *Preußische Oberverwaltungsgericht* in ständiger Rechtsprechung dahin ausgelegt, daß unter »gemischter Ehe« jede Ehe zwischen zwei Personen, von welchen die eine katholisch, die andere nicht katholisch ist, verstanden wird, im Gegensatz zu dieser Begriffsumschreibung bezeichnet der *Codex Juris Canonici* im can. 1060 bekanntlich nur solche Ehen als gemischte, welche von Getauften eingegangen sind, von denen der eine Katholik ist, der andere einer nichtkatholischen christlichen Religionsgesellschaft angehört.

Das Oberverwaltungsgericht hat seine bisherige Auffassung in einer neuen Entscheidung des VIII. Senates vom 2. Oktober 1928 — VIII. A 11/28. —²⁾ wiederum bestätigt. Wir bringen diese nach verschiedenen Seiten bemerkenswerte Entscheidung dem hochwürdigen Klerus und den Kirchenvorständen nachstehend zur Kenntnis.

Osnabrück, den 2. Juli 1929.

Das Bischöfliche Generalvikariat.

1) An dieser Rechtsbestimmung ist durch das preußische Gesetz zur Aenderung des Kirchensteuer- und Umlagerechts der katholischen Kirche vom 3. Mai 1929 (*oben*, S. 341) nichts geändert.

2) abgedruckt in der *Juristischen Wochenschrift*, 58. Jahrgang, Heft 24/25 Seite 1823 f.

»Die katholische Ehefrau eines aus der evang. Landeskirche ausgetretenen Mannes wurde unter Zugrundelegung der Einkommensteuer ihres Ehemannes zur Kirchensteuer veranlagt. Ihre Klage wies das OVG. ab.

Nach der Rspr. des OVG. ist es für den Begriff der Mischehe i. S. der Kirchensteuergesetze entscheidend, daß nur der eine Teil der veranlagenden Kirchengemeinde angehört, und es ist daher stets eine Ehe, bei welcher der eine Teil einer christlichen Konfession angehört und der andere Dissident ist, als eine Mischehe angesehen worden (vgl. Urt. v. 2. Juni 1911 [OVG. 59, 250]. An dieser Rspr. muß festgehalten werden. Wenn Kl. demgegenüber zunächst ausführt, nach dem Wortlaute des Gesetzes sei unter einer »gemischten Ehe« nur eine solche zu verstehen, bei welcher beide Ehegatten verschiedenen Religionsgesellschaften angehören, nicht aber eine solche, bei welcher der eine Ehegatte Dissident sei, so kann dem nicht beigeprpflichtet werden. Eine »gemischte« Ehe i. S. des Kirchensteuerrechts wird bei einer auf dem Wortlaute basierenden Auslegung immer dann angenommen werden müssen, wenn nicht beide Ehegatten eine religiös »ungemischte« Ehe führen, d. h., immer wenn sie nicht beide derselben Religionsgesellschaft angehören. Das ist aber ebenso der Fall, wenn der eine Ehegatte Dissident ist und der andere einer zur Hebung von Kirchensteuern berechtigten Religionsgesellschaft angehört, als wenn beide zwei verschiedenen derartigen Religionsgesellschaften angehören.

Diese an den Wortlaut sich anschließende Auslegung erfüllt aber im Gegensatze zu den Ausführungen der Kl. auch den Sinn der Vorschrift des § 5 Ges. betr. Erhebung von Kirchensteuern in der katholischen Kirchengemeinde v. 14. Juli 1905 [GS. S. 281] (vgl. Begründ. d. § 5 Kirchenges. betr. Erhebung von Kirchensteuern in den Kirchengemeinden pp. der evang. Landeskirche . . . v. 26. Mai 1905 [KirchlGuVBl. 31], welchem § 5 des katholischen KirchStG. wörtlich nachgebildet ist; vgl. Anl. b zu Drucks. Nr. 104 des Herrenhauses, Sess. 1904 S. 58/59 und Drucks. Nr. 105 S. 25).

Der Begriff der Mischehe kann daher bei dem ganz gleichen Wortlaut auch in dem katholischen KirchStG. gar nicht anders ausgelegt werden als in dem entsprechenden evang. Es entspricht somit dem Sinne beider Gesetze, wenn unter einer gemischten Ehe eine solche verstanden wird, in der nur ein Ehegatte einer Religionsgesellschaft angehört, der andere aber keiner. Dem steht

nicht entgegen, wie Kl. meint, daß sie bei einer solchen Auslegung zwar keine Einkommensteuer zu zahlen brauche, wohl aber Kirchensteuer zahlen müsse, trotzdem diese an die Einkommensteuer gebunden sei. Eine Abweichung von dem Grundsatz, daß die Erhebung der Kirchensteuer nur in der Gestalt von Zuschlägen zu den von dem Steuerpflichtigen zu zahlenden Maßstabsteuern erfolgen kann, liegt aber im allgemeinen bei Anwendung des § 5 KirchStG. nicht vor. In der Regel umfaßt nämlich die Veranlagung des Ehemannes auch die Einkünfte der Ehefrau (§ 22 Abs. 1 REinkStG. v. 10. Aug. 1925 [RGBl. I, 189]). Im übrigen ist der Gesetzgeber des Umstandes, daß allerdings im Einzelfalle das Einkommen des Ehemannes, der allein Einkommen bezieht, der Steuer für die an sich nicht einkommensteuerpflichtige Ehefrau zugrunde gelegt wird, sich durchaus bewußt gewesen. Wenn er sich gleichwohl durch ausdrückliche gesetzliche Bestimmung zu dieser Ausnahme von dem allgemeinen Grundsatz entschlossen hat, so geschah dies, wie aus den Begründungen der Gesetzentwürfe ersichtlich ist, weil nur dieses Verfahren für dem Wesen der Ehe entsprechend und zweckmäßig gehalten wurde.

Wenn Kl. demgegenüber ausführt, daß sie es für unsittlich erachte, ihren Ehemann, der in seinem religiösen Verhalten ebenso frei sein müsse wie sie, zur Tragung einer erheblichen Steuer zur Befriedigung ihres religiösen Bedürfnisses zu veranlassen, so kann das Gericht dem nicht beitreten. Inwieweit der Ehemann in der Freiheit seines religiösen Verhaltens durch die Verpflichtung zur Zahlung der Kirchensteuer für seine Ehefrau in der vom Gesetze geforderten Höhe beschränkt wird, ist nicht ersichtlich.

Kl. hat weiter ausgeführt, die fragliche Vorschrift stände mit der RVerf. in Widerspruch. Sie führt aus, daß nach der RVerf. eine Religionsgesellschaft Rechte, insbes. das Besteuerungsrecht, nur gegenüber ihren Angehörigen haben sollte. Das ist zutreffend. Unzutreffend ist es aber, wenn Kl. meint, die bei ihr vorgenommene Besteuerung stelle sich kirchensteuerrechtlich — darauf allein kommt es an — als indirekte Besteuerung ihres Ehemannes dar. Wenn sie zunächst ausführt, daß die Bemessung der steuerlichen Leistungsfähigkeit der Ehefrau nach dem Einkommen ihres Ehemannes ein unzulässiger Eingriff der Religionsgesellschaft in die Rechtsstellung des Ehemannes sei, so kann die Berechnung einer Steuer auf Grund von Verhältnissen, die bei einem unbeteiligten Dritten vorliegen, niemals als ein Eingriff in die Rechts-

stellung dieses Dritten angesehen werden. Ferner aber übersieht Kl. auch hierbei, daß nach den Vorschriften des EinkStG. in der Regel das Einkommen der Ehefrau dem des Ehemannes hinzugerechnet wird, und daß seine Veranlagung daher insoweit die gemeinsame Veranlagung beider Ehegatten bildet.

Wenn Kl. ferner bemängelt, daß eine indirekte Besteuerung des Ehemannes durch die Besteuerung der Ehefrau nach § 5 KirchStG. insofern statfinde, als die Steuer aus dem Einkommen des Ehemannes zu zahlen sei, also von einem Einkommen, das wirtschaftlich und rechtlich einem anderen zustehe, so übersieht sie, daß die steuerrechtliche Forderung sich nur gegen sie selbst richtet. Daß und ob der Ehemann zur Zahlung derselben verpflichtet ist, hat seinen Grund nicht in den kirchensteuerlichen Vorschriften, sondern in denen über die güterrechtlichen Verhältnisse der Ehegatten¹⁾. Die Gültigkeit der kirchensteuerlichen Vorschrift steht, da sie sich rechtlich allein gegen den der heranziehenden Religionsgesellschaft angehörenden Ehegatten richtet, dem von der Kl. vorgetragenen Gedanken der RVerf. nicht entgegen.

Ferner meint die Kl., die REinkSt. sei nicht ohne weiteres auf Grund des LandStG. (jetzt FinAusglG. v. 23. Juni 1923 [RG Bl. I, 494]) an die Stelle der preuß. Einkommensteuer getreten. Zu § 18 Abs. 1 FinAusglG.: »Die Religionsgesellschaften des öffentlichen Rechtes sind berechtigt, Zuschläge zu den Reichsteuern zu erheben, die an die Stelle der bisherigen Landes- oder Gemeindesteuern getreten sind«, hätte erst ein preuß. Landesgesetz ergehen müssen, welches die Kirchenbesteuerung im Anschluß an die Reichseinkommensteuergesetzgebung regelt. Diese Ausführungen werden (vgl. OVG. 80, 167, ff., 170), der Bedeutung der Vorschrift des LandStG. und des FinAusgl.G. nicht gerecht. Diese verleiht vielmehr unmittelbar den Religionsgesellschaften das Recht, Zuschläge statt wie bisher zur staatlichen jetzt zur Reichseinkommensteuer zu erheben²⁾«.

1) Vergl. hierzu die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts vom 14. Mai 1912 — VIII. A. 61, 11 (*Kirchliches Amtsblatt*, Band IX. S. 157, Art. 167).

2) Vgl. auch die Entscheidung des O. V. G. vom gleichen Datum bezüglich des evangelischen Kirchensteuerrechts im preußischen Pfarrarchiv XVII, 187.

11. Entscheidung des Grundsteuerberufungsausschusses Breslau, betr. die Heranziehung der Kirch- (Küsterschul-) Lehrerdienstwohnung zur Hauszinssteuer, vom 5. März 1929¹⁾.

Kirchliches Amtsblatt des Fb. Ordinariats zu Breslau 1929, 59 f.

Der Vorsitzende
des Grundsteuerberufungsausschusses
B. L. Nr. 492. Ost.

Breslau, den 5. März 1929.
Regierung, Lessingplatz.

Auf die Rechtsbeschwerde vom 9. August 1927 hat das Oberverwaltungsgericht unterm 18. Dezember 1928 — VI D. 470.27 — die Entscheidung des Grundsteuerberufungsausschusses vom 19. Juli 1927 aufgehoben und die Sache zur erneuten Entscheidung an den Berufungsausschuß zurückverwiesen. In der Sitzung vom 5. März 1929 hat der Berufungsausschuß die Berufung vom 10. Januar 1927 gegen die Heranziehung der Kirch- (Küsterschul-) Lehrerdienstwohnung zur Hauszinssteuer als begründet anerkannt und die Dienstwohnung hauszinssteuerfrei gestellt.

Entscheidungsgründe: Das O.V.G. (Oberverwaltungsgericht) hat für die Beurteilung der Hauszinssteuerpflicht oder -freiheit der Kirchschul- (Küsterschul-) Lehrerdienstwohnungen folgende Grundsätze aufgestellt:

Ist die Wohnung zugewiesen

- a) nur durch die Kirchengemeinde, so ist sie steuerfrei, falls der Inhaber der vereinigten Stelle, soweit er kirchendienstliche Funktionen hat, in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisse zur Kirchengemeinde steht und die Wohnung ihm auf Grund jenes Dienstverhältnisses als Dienstwohnung, d. h. als Teil seines Diensteinkommens, zugewiesen worden ist. Es kommt dann weder auf das Übergewicht der einen oder der anderen Tätigkeit an, noch auf die Frage, wer Grundstückseigentümer und wer zur Unterhaltung des Grundstücks oder der Wohnung verpflichtet ist;
- b) nur durch die Schulgemeinde (oder Regierung) dem Lehrer als solchen, mag er auch zugleich ein Kirchenamt bekleiden, so ist sie steuerpflichtig. Das zu a) Gesagte gilt entsprechend;
- c) durch beide Gemeinden (Behörden) gemeinsam, so ist zu prüfen, ob die lehr- oder kirchenamtliche Tätigkeit nach Umfang und Bedeutung überwiegt. Im ersteren Falle ist die

¹⁾ Vgl. die Entscheidung des Grundsteuer-Berufungsausschusses Arnberg vom 28. November 1927 in diesem Archiv 108, 680.

Wohnung steuerpflichtig, ohne daß deren reale oder ideelle Teilung in Frage käme, im letzteren dagegen nicht.

Ist dagegen eine förmliche Zuweisung der Dienstwohnung an den Stelleninhaber überhaupt nicht erfolgt, so wird für die Entscheidung der vorliegenden Steuerfrage maßgebend sein, welche Gemeinde (Schul- oder Kirchengemeinde) über die Dienstwohnung Verfügungsberechtigt ist und demzufolge die Zuweisung hätte vornehmen müssen, wenn eine solche erforderlich gewesen wäre.

Mangels eines anderen Anhaltes ist davon auszugehen, ob der Mietwert der Dienstwohnung ganz oder teilweise zur Deckung der von der Regierung festzusetzenden Stellenzulage für den Inhaber des vereinigten Kirchen- und Schulamtes verwendet worden ist.

Ergibt sich, daß der Mietwert der Wohnung zur Hälfte angerechnet worden ist, so kann daraus geschlossen werden, daß Kirchen- und Schulgemeinde gemeinsam über die Dienstwohnung zu verfügen berechtigt sind.

Ergibt sich dagegen, daß der Mietwert der Wohnung in vollem¹⁾ Umfange zur Deckung der Stellenzulage verwendet worden ist, so folgt hieraus, daß die Kirchengemeinde allein über die Dienstwohnung zu verfügen hat und eine Zuweisung, sofern eine solche tatsächlich erfolgt wäre, nur von ihr hätte ausgegangen sein können.

Aus der Tatsache, daß im vorliegenden Falle der ganze Mietwert der Wohnung auf die Deckung der Stellenzulage angerechnet worden ist, muß somit gefolgert werden, daß es sich um die Dienstwohnung eines Kirchendieners handelt und diese daher von der Hauszinssteuer befreit ist.

Der Berufung war somit in vollem Umfange stattzugeben. Gebühren und Kosten bleiben außer Ansatz.

Ahrens.

An den katholischen Kirchenvorstand in Hünern, Kr. Ohlau.

1) oder zum überwiegenden Teil!

**12. Entscheidung des preußischen Oberverwaltungsgerichts,
betr. die Steuerfreiheit eines kirchlichen Gemeindesaales,
vom 13. November 1928.**

Kirchliches Amtsblatt für die Diözese Paderborn 1929, 68 f.

Diese Entscheidung ist insofern von Interesse und Bedeutung, als aus ihr ersichtlich ist, unter welchen Voraussetzungen für einen *kirchlichen Gemeindesaal* mit Aussicht auf Erfolg *Freistellung* von der *Grundvermögensteuer* beansprucht werden kann.

»Es handelt sich um die Frage, ob die Befreiungsvorschrift des § 15 Abs. 1 GrVermStG. in Verbindung mit § 24 Abs. 1 Buchst. g, i KAG. auf den in dem Gemeindehause der Kirchengemeinde in O. befindlichen großen Saal anwendbar ist. . . . Eine Ausschließlichkeit der Verwendung für kirchliche Zwecke ist nach § 24 Abs. 1 Buchst. i KAG. nicht erforderlich. Wenn vielmehr ein Grundstück oder Grundstücksteil *in der Hauptsache* für die Zwecke einer der dort bezeichneten Anstalten oder Körperschaften unmittelbar benutzt wird, so wird die Steuerfreiheit nicht dadurch ausgeschlossen, daß nebenher auch eine anderweitige Verwendung stattfindet (vgl. E. 38 S. 163, Bd. 32 S. 484, 485 d. Bl. und Nöll-Freund, KAG. 8. Aufl. S. 108 f. Anm. 11, ferner Pape: Das Preußische Hauszins- und Grundvermögensteuerrecht, S. 32 ff. Nr. 28a). Der Berufungsausschuß hätte daher, wenn er die Benutzung des Saales durch den Evangelischen Bund und die anderen in der Vorentscheidung angeführten Vereinigungen nicht als unmittelbare Verwendung für kirchliche Zwecke glaubte anerkennen zu können, prüfen müssen, ob demgegenüber nicht die im Saale gleichfalls stattfindenden Veranstaltungen der Kirchengemeinde selbst überwiegen. Im übrigen dient aber auch die Überlassung des Saales an jene Vereinigungen jedenfalls zu einem großen Teil durchaus kirchlichen Zwecken. Wie die Beschwerdeführerin unter Hinweis auf § 32 der Kirchenverfassung der evangelisch-lutherischen Landeskirche in Schleswig-Holstein (GS. 1924 S. 321 ff.) zutreffend geltend macht, gehört zu den Aufgaben der Kirche auch die Förderung der christlichen Gemeindetätigkeit (vgl. E. 57 S. 156 ff.). Hierunter fällt in erster Linie die Benutzung des Saales durch den Kirchenvorstand in der Art, wie sie nach Angabe der Beschwerdeführerin im Jahre 1926 zwölfmal und somit erheblich häufiger als durch eine der anderen Vereinigungen stattgefunden hat. Im Rahmen der kirchlichen Betätigung dieser Art liegt aber auch die Förderung von im

christlichen Sinne wirkenden Vereinen, zu denen jedenfalls diejenigen Vereinigungen gehören, denen nächst dem Kirchenvorstande selbst am häufigsten (je 5mal im Jahre 1926) der Raum zur Verfügung gestanden hat, nämlich die evangelische Frauenhilfe und der nach seiner Satzung dem Kirchenvorstand unterstellte Jugendverein E. Da nach der glaubhaften Angabe der Beschwerdeführerin der Saal lediglich gegen Erstattung der Selbstkosten den Vereinen überlassen wird und auch nach der ganzen Sachlage jeder Anhalt für die Annahme einer Absicht der Gewinnerzielung fehlt, so erfolgt die in dieser Weise jenen Vereinigungen gewährte Unterstützung um kirchlicher Zwecke willen. Diesen Zwecken wird der Gemeindesaal somit zum mindesten überwiegend nutzbar gemacht, und zwar nicht nur mittelbar, sondern unmittelbar, da die Verfügung darüber nicht etwa dauernd oder für einen bestimmten Zeitabschnitt einem Verein oder sonstigem Dritten eingeräumt, sondern die Bestimmung über die Verwendung des Saales der Kirchengemeinde bzw. dem Kirchenvorstande vorbehalten ist.«

13. Entscheidung des preußischen Oberverwaltungsgerichts, betr. die Heranziehung zur Kirchensteuer bei mehrfachem Wohnsitz¹⁾, vom 10. Juli 1928.

Preußisches Pfarrarchiv XVII, 171 ff.

Tatbestand. Der Fabrikbesitzer A. H., der eine Fabrik in Berlin-F. betreibt und ein Rittergut in Fr., Kreis W., besitzt, wurde vom Gemeindegemeinderat der evangelischen Kirchengemeinde in Berlin-F. für das Kirchenrechnungsjahr 1925 in Höhe von 376.57 RM., für das Kirchenrechnungsjahr 1926 in Höhe von 2922 RM. und für die erste Hälfte des Kirchenrechnungsjahrs 1927 in Höhe von 91.10 RM. zur Kirchensteuer veranlagt. Gegen die Veranlagung für 1925 erhob er am 20. April 1925, gegen diejenige für 1926 am 11. Juli 1926 und gegen diejenige für 1927 am 3. August 1927 Einspruch mit der Begründung, daß er in F. keinen Wohnsitz habe. Die Einsprüche für 1925 und 1926 wurden durch Bescheid vom 12. Juli 1927 und der für 1927 durch Bescheid vom 7. September 1927 zurückgewiesen. Gegen den erstgenannten Bescheid legte H. am 3. August 1927 Beschwerde ein. Diese wurde durch Bescheid des Polizeipräsidenten zu Berlin vom 4. Oktober 1927 zurückgewiesen. Hiergegen richtet sich die Klage des Steuerpflichtigen, mit der er Freistellung von der geforderten Kirchensteuer beantragt und zu deren Be-

1) Diese Entscheidung bezieht sich formell auf die evangelische Kirchensteuer, für die katholische gelten aber dieselben materiellen Vorschriften.

gründung er folgendes ausführt: Er habe nur *einen* Wohnsitz, und zwar in Fr. Dort sei er seit 1919 gemeldet und dort habe er Kirchensteuer bezahlt. Seine Familie bestehe nur aus ihm und seiner Frau. Seine Tochter sei verheiratet, doch sei sie seit ihrer Anmeldung in Fr. mindestens ebensolange dort gewesen wie in F. Der Umstand, daß er vom Finanzamt Oberspree zur Reichseinkommensteuer veranlagt sei, sei kein Grund zur doppelten Zahlung von Kirchensteuern. Nur aus Zweckmäßigkeitsgründen habe er seinerzeit beantragt, vom Finanzamt Oberspree veranlagt zu werden, da das zuständige Finanzamt in W. über 20 km von Fr. entfernt und deshalb unbequem zu erreichen gewesen sei. Der beklagte Gemeindekirchenrat hat um Abweisung der Klage gebeten und ausgeführt: Trotz der Abmeldung nach Fr. im Jahre 1919 habe sich in den Wohnungsverhältnissen des Klägers nichts geändert, er wohne nach wie vor in F., leite hier seinen Fabrikbetrieb persönlich und sei selbst darin tätig. In Fr. wolle er nur einige wenige Tage im Jahre zur Kontrolle des Gutes. Die in der Familie vorgekommenen kirchlichen Handlungen (Trauungen seiner Töchter) habe er in der Kirchengemeinde in F. vornehmen lassen. Aus allem ergebe sich, daß er seinen Wohnsitz in F. nicht aufgegeben habe. Kläger habe auch keinen doppelten Wohnsitz, denn lediglich durch den Akt der polizeilichen Anmeldung in Fr. habe er dort keinen Wohnsitz begründet. Über die Wohnungsverhältnisse des Klägers ist auf Beschluß des Gerichtshofs Beweis erhoben worden.

Auf das Ergebnis wird Bezug genommen.

Der Klage war ein Erfolg nicht zu versagen.

Entscheidungsgründe: Nach § 2 des Gesetzes, betreffend die Erhebung von Kirchensteuern in den Kirchengemeinden und Parochialverbänden der evangelischen Landeskirche der älteren Provinzen der Monarchie, vom 26. Mai 1905 (KGuVBl. S. 31) sind kirchensteuerpflichtig alle Evangelischen, welche der Kirchengemeinde durch ihren Wohnsitz angehören. Streitig ist im vorliegenden Falle allein die Frage, ob der Kläger in Berlin-F. seinen Wohnsitz beibehalten habe, als er sich 1919 nach Fr. abmeldete. Der Begriff des Wohnsitzes, den das Kirchensteuergesetz nicht bestimmt, richtet sich nach den Vorschriften des bürgerlichen Rechts (Urteile vom 25. Oktober 1907, 27. April 1909 und 25. Februar 1910, Entsch. d. OVG. Bd. 51 S. 182, Bd. 54 S. 185, PrVerwBl. Jahrg. 31 S. 683); er deckt sich nicht mit demjenigen des steuerlichen Wohnsitzes in dem fast wörtlich aus § 1 Abs. 2 des Doppelsteuergesetzes vom 22. März 1909 übernommenen § 62 Abs. 1 der Reichsabgabenordnung vom 13. Dezember 1919 (RGBl. S. 1993), (Urteil vom 11. April 1912, Entsch. d. OVG. Bd. 62 S. 444 ff., 446). Maßgebend sind daher vorliegend die §§ 7 bis 11 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Unbestritten ist, daß der Kläger, als er sich 1919 nach Fr. polizeilich abmeldete, in F. seinen Wohnsitz hatte. Nach § 7 Abs. 3 a. a. O. gehört zur

Aufgabe eines Wohnsitzes die tatsächliche Aufhebung der Niederlassung und der Wille, sie aufzugeben. Der Polizeipräsident tritt in der angefochtenen Entscheidung die Ansicht, daß der Kläger in F. einen Wohnsitz habe und ihn durch die polizeiliche Abmeldung nach Fr. nicht aufgegeben habe. Ob der Kläger neben dem Wohnsitz in F. *auch* einen Wohnsitz in Fr. habe, ist in der angefochtenen Entscheidung nicht erörtert worden; der Kläger hatte aber behauptet, daß er in Fr. einen Wohnsitz habe, und daß er für 1925 und 1926 dort zur Kirchensteuer herangezogen sei. Die erste Behauptung ist für die Entscheidung wesentlich. Denn wenn sie zutrifft, dann verbleibt derjenige Teil des Gesamteinkommens, welches dem Kläger aus seinem Grundvermögen in Fr. zufließt, der für das Gut zuständigen Kirchengemeinde (§ 4 des Kirchensteuergesetzes). Der Polizeipräsident hätte also prüfen müssen, ob die Behauptung des beklagten Gemeindegemeinderats richtig ist, daß der Kläger in Fr. einen Wohnsitz nicht begründet habe; und wenn sie unrichtig ist, ob die Vorschrift des § 4 a. a. O. erfüllt ist. Der Polizeipräsident hat weder nach dieser Richtung hin Ermittlungen angestellt, noch die Frage in seiner Entscheidung geprüft oder erörtert. Das Verfahren leidet daher an einem wesentlichen Mangel. Die Entscheidung des Polizeipräsidenten ist dieserhalb aufzuheben.

Bei freier Beurteilung ist die Sache spruchreif. Auf Grund der angeordneten Beweisaufnahme hat der Gerichtshof es als erwiesen angenommen, daß der Kläger mit seiner polizeilichen Abmeldung aus F. im Jahre 1919 tatsächlich seinen Wohnsitz dort *nicht* aufgegeben hatte. Denn er hatte nach wie vor die bisher von ihm dort seit vielen Jahren innegehabte Wohnung beibehalten, seine Familie dort gelassen und auch selbst dort mit kurzen Unterbrechungen, während deren er zur Kontrolle auf sein Gut Fr. fuhr, weitergewohnt, wie er auch fernerhin in seinem gewerblichen Betrieb in F. tätig war. Daraus muß aber gefolgert werden, daß der Kläger seinen Wohnsitz in F. tatsächlich im Jahre 1919 nicht aufgegeben hat. Die polizeiliche Abmeldung allein vermag hieran nichts zu ändern. Mag aus ihr auch ein gewisser Schluß auf eine damals beim Kläger vorhanden gewesene Absicht, von F. ganz fortzuziehen, gezogen werden können, die Tat ist dieser etwaigen Absicht jedenfalls nicht gefolgt, und das ist nach oben Ausgeführtem zur Aufgabe des Wohnsitzes erforderlich. Es fragt sich aber weiter, ob der Kläger,

als er sich nach Fr. abmeldete, dort für sich einen *zweiten* Wohnsitz begründet habe. Das ist nach der Beweisaufnahme zu bejahen. Aus den Aussagen der Zeugen geht zweifellos hervor, daß der Kläger in der hier in Betracht kommenden Zeit, den Jahren 1925 und 1926, in Fr. eine eingerichtete Wohnung zur Verfügung hatte, die er zum dauernden, wenn auch nicht ununterbrochenen Aufenthalte derart gebrauchte, daß er von dort aus seine Lebensverhältnisse während seines Dortseins in ihrer Gesamtheit bestimmte. Insbesondere ergeben die Zeugenaussagen, daß der Kläger von Fr. aus während seines dortigen Aufenthalts auch für seinen Gewerbebetrieb in F. schriftlich und telephonisch tätig war. Muß danach angenommen werden, daß der Kläger sowohl in F. wie auch in Fr. einen Wohnsitz hat, dann findet der § 4 des Kirchensteuergesetzes Anwendung. Danach hat der Teil des Gesamteinkommens, welcher u. a. aus Grundvermögen und Gewerbe fließt, derjenigen Kirchengemeinde zu verbleiben, in deren Bezirke das Grundvermögen oder der Betrieb belegen ist. Wenn aber dieser Teil mehr als drei Vierteile des Gesamteinkommens des Steuerpflichtigen beträgt, dann ist diejenige Kirchengemeinde, in welcher das steuerpflichtige Einkommen weniger als ein Viertel des Gesamteinkommens beträgt, berechtigt, ein *volles Viertel* des Gesamteinkommens für sich zur Besteuerung in Anspruch zu nehmen. Das Finanzamt Oberspree hat dem Gerichtshof auf Erfordern die erforderlichen Mitteilungen über die danach in Betracht kommenden Einkommensteile des Klägers gemacht. Die auf F. entfallende Kirchensteuer berechnet sich auf Grund dieser Angaben, wie folgt:

für 1925:

Einkommensteuervorauszahlungen: 3258.59 RM. Davon wurden 227.35 RM. als Vorauszahlungen aus dem Betriebe des Ritterguts Fr. entrichtet, der Rest mit 3031.34 RM. entfiel auf den gewerblichen Betrieb in F. Von dem Gesamtbetrage konnte die für Fr. zuständige Kirchengemeinde W. $\frac{1}{4} = 814.65$ RM. für sich beanspruchen, so daß 2443.94 RM. für F. verblieben. 15 v. H. davon ergeben 366.59 RM. Da der Kläger mit 376.57 RM. für 1925 in F. herangezogen ist, so ist er in Höhe von 9,98 RM. freizustellen.

für 1926:

Die endgültige Veranlagung des Klägers zur Einkommensteuer für 1925 ergab einen Verlust aus dem Rittergut in Fr. in

Höhe von 7228 RM. und einen Gewinn aus der Fabrik in F. von 82255 RM., er wurde mit 20100 RM. zur Einkommensteuer dafür veranlagt. Hiervon konnte die Kirchengemeinde W. $\frac{1}{4}$ mit 5025 RM. und F. $\frac{3}{4}$ mit 15075 RM. für sich beanspruchen. 15 v. H. von 15075 RM. ergeben 2261.25 RM. Da der Kläger mit 2922 RM. zur Kirchensteuer vom Beklagten herangezogen ist, so ist er in Höhe von 660.75 RM. freizustellen.

14. Entscheidung des bayerischen Obersten Landesgerichts, betr. die religiöse Kindererziehung, vom 3. März 1928.

Preußisches Pfarrarchiv XVII, 132 f.

Tatbestand. Die Schneiderstochter E. M. von S., württembergische Staatsangehörige, gebar dortselbst am 10. Februar 1916 unehelich ein Mädchen, das den Namen L. erhielt. Das Kind wurde evangelisch-lutherisch getauft. Zum Vormund wurde vom VormGer. S. der städtische Berufsvormund daselbst bestellt. Am 15. Mai 1920 starb die Kindesmutter in W. Das Kind hatten die Landwirtseheleute K. und T. L. in R., AGer. M., schon im Jahre 1916 als Pflegekind zu sich genommen. Am 28. Dezember 1926 wurde die Vormundschaft an das AGer. M. abgegeben, nachdem der städtische Berufsvormund in Stuttgart seines Amts enthoben worden war. Im Jahre 1924 war dann das Kind katholisch getauft worden, da die Erziehungseltern — der Pflegevater ist ein entfernter Verwandter des Kindes — dem katholischen Bekenntnis angehören, es wurde katholisch erzogen, genoß den katholischen Religionsunterricht und wurde gefirmt. Am 12. August 1927, nach der Firmung, bestellte das AGer. M. den evangelisch-lutherischen Pfarrer K. in W. zum Vormund des Kindes. Letzterer beabsichtigt, das Kind zur Erziehung im evangelisch-lutherischen Bekenntnis in das Mädchenerziehungsheim in W. zu verbringen. Das katholische Pfarramt V. beanspruchte, es im katholischen Bekenntnis zu erziehen; die Pflegeeltern traten dem bei, und auch das Kind selbst äußerte den Wunsch, katholisch erzogen zu werden. Das VormGer. bestimmte durch Beschluß vom 10. November 1927, daß das Kind in der evangelisch-lutherischen Religion zu erziehen sei. Die Beschwerde des katholischen Pfarramts V. gegen die Beschlüsse des VormGer. vom 12. August und 10. November 1927 wurde vom LGer. S. am 16. Dezember 1927 als unbegründet zurückgewiesen. Gegen diesen Beschluß haben das katholische Pfarramt und die Eheleute L. am 10. Januar 1928 in einer von einem Rechtsanwalt unterzeichneten Schrift die weitere Beschwerde erhoben.

Das Rechtsmittel ist zulässig und begründet.

Entscheidungsgründe. 1. Das Kind ist unehelich geboren, ein Vater des Kindes konnte nicht festgestellt werden. Es besitzt offensichtlich die württembergische Staatsangehörigkeit, ist aber seit 1916 in Bayern untergebracht. Es kann dahingestellt bleiben, ob in Anbetracht dessen für die Frage, in welcher Religion, der

evangelisch-lutherischen oder der katholischen, das Kind, dessen Mutter evangelisch-lutherisch war, bis zum 1. Januar 1922, dem Inkrafttreten des G. über die religiöse Kindererziehung vom 15. Juli 1921, zu erziehen war, das württembergische oder das bayerische Recht anzuwenden ist (vgl. dazu EG. z. BGB. Art. 134), da beide Rechte zum gleichen Ergebnis führen. Nach württembergischem Recht waren seit 1. Januar 1900 für die Bestimmung, in welcher Religion ein von einem Vater nicht anerkanntes uneheliches Kind zu erziehen ist, die Vorschriften des BGB. maßgebend, wonach ausschließlich der *Mutter* das Bestimmungsrecht zustand (BGB. §§ 1707, 1631; Hüttler, *Die religiöse Erziehung im Deutschen Reich*, 1908 S. 257; 271; Achilles-Greif, *BGB.*, Anh. zu § 1631 S. 819 Anm. 6). Nach § 21 der II. Beilage z. Bayer. VU. vom 26. Mai 1818 hatte das uneheliche Kind der Religion der *Mutter* zu folgen, wenn diese nichts anderes bestimmte (Seydel, *Bayr. StaatsR.*, 2. Aufl., Bd. 3 S. 508 bei Anm. 17). Von einem Findling (§ 22 a. a. O.) — wie die weitere Beschwerde meint — kann hier keine Rede sein, da das Kind nicht unbekannter Herkunft ist (Seydel a. a. O. Anm. 78).

Im vorliegenden Fall hatte die Mutter das Kind durch die erste Taufe der evangelisch-lutherischen Religion zugeführt. Es unterliegt keinem rechtlichen Bedenken, wenn die Untergerichte hierin eine Bestimmung der Mutter erblickten, daß das Kind in der evangelisch-lutherischen Religion zu erziehen sei, eine Folge, die nach bayerischem Recht sich von selbst ergab.

Es kann sich hier nur darum handeln, ob diese Bestimmung von der Mutter in der Folgezeit aufrecht erhalten und nicht dahin geändert wurde, daß das Kind in der katholischen Religion erzogen werden solle. Nach dieser Richtung fehlt es bisher an den erforderlichen Ermittlungen, die durch § 12 des FGG. geboten waren. Das Kind wurde von der Mutter noch im Jahre 1916 verlassen und war seitdem bei den Eheleuten L. in R. untergebracht, von welchen der Ehemann ein entfernter Verwandter des Kinds ist und die beide der katholischen Religion angehören. Die Mutter, die schon im Jahre 1920 starb, war offenbar damit einverstanden gewesen, daß das Kind von den Eheleuten L. in Pflege und Erziehung genommen wurde. Bei dieser Sachlage liegt die Vermutung nahe, daß es der Mutter auch recht war, wenn das Kind in der Religion der Pflegeeltern erzogen wurde. Von den Pflegeeltern war schwerlich zu verlangen, das Kind in der evangelisch-lutherischen Religion zu erziehen. Aus den Akten

ergibt sich bis jetzt nicht, daß die Mutter, falls ihr die Erziehung ihres Kindes in der katholischen Religion bekannt geworden war, hiergegen Widerspruch erhoben hätte. Unter diesen Umständen war es erforderlich, Ermittlungen nach diesen Richtungen zu pflegen, die wohl von selbst dazu geführt hätten, auch den von den Beschwerdeführern angebotenen Beweis zu erheben, daß die Mutter nicht bloß den Pflegeeltern, sondern auch dem Bürgermeister zu erkennen gegeben habe, daß sie mit der Erziehung ihres Kindes in der katholischen Religion einverstanden war. Diese Erhebungen sind von rechtlicher Bedeutung. Hatte die Mutter nachträglich eine solche Bestimmung getroffen, so war das Kind seitdem mit Recht in der katholischen Religion erzogen worden. Nach dem Tode der Mutter im Jahre 1920 hatte der Aktenlage zufolge der Vormund des Kindes, der städtische Berufsvormund in Stuttgart, nichts anderes bestimmt (BGB. §§ 1793, 1800, 1631, 1801), nach bayerischem Recht wäre er überhaupt nicht befugt gewesen, eine andere Bestimmung zu treffen. Seit dem Ges. vom 15. Juli 1921 (§ 3 Abs. 2 Sstz 6) hatte er reichsrechtlich gleichfalls nicht mehr die Berechtigung, eine schon erfolgte Bestimmung über die religiöse Erziehung des Kindes zu ändern.

Bei der neuerlichen Würdigung wird aber jetzt nicht außer acht gelassen werden dürfen, daß das Kind am 10. Februar 1928 das 12. Lebensjahr vollendete. Nach § 5 des Gesetzes vom 15. Juli 1921 darf es daher nicht gegen seinen Willen in einem anderen Bekenntnis als »bisher« erzogen werden. Selbst wenn nach den neuerlichen Ermittlungen das Kind gesetzlich in der evangelisch-lutherischen Religion zu erziehen war, aber seit Jahren tatsächlich in der katholischen Religion erzogen wurde, wird dazu Stellung genommen werden müssen, ob nicht dieser *tatsächliche* Zustand für die Anwendung des § 5 von rechtlicher Bedeutung ist (vgl. dazu JFG. 2, 69; Achilles-Greiff a. a. O. S. 821 bei § 5 Anm. 6).

2. Die Bestellung des Pfarrers K. zum Vormund des Kindes verstößt gegen die Vorschriften im § 1779 Abs. 2 Satz 2 und 3 des BGB., welche die Berücksichtigung der Verwandten vor der Rücksichtnahme auf das religiöse Bekenntnis des Mündels gebieten (RJA. 14, 4; Achilles-Greiff a. a. O. § 1779 Anm. 11). Im übrigen war es bei der Bestellung des Vormundes mit Rücksicht darauf, daß über die religiöse Erziehung des Kindes noch nicht endgültig entschieden war, nach § 12 des FGG. geboten gewesen,

zu erheben, ob nicht das Bezirksjugendamt bereit ist, nach § 41 des JWG. die *Amtsvormundschaft* über das Kind wenigstens insolange zu übernehmen, bis der Streit über die religiöse Erziehung des Mündels erledigt sein wird. Der entgegen den gesetzlichen Vorschriften bestellte Vormund wird daher entlassen und das Versäumte nachgeholt werden müssen, um dann neuerdings über die Bestellung des Vormunds Verfügung zu treffen.

3. Hiernach waren der landgerichtliche Beschluß vom 16. Dez. 1927 und die beiden amtsgerichtlichen Beschlüsse vom 12. August und 10. November 1927 aufzuheben und die Sache zur anderweiten Entscheidung an das AGer. zurückzuverweisen.

V. Kirchenrechtliche Chronik.

Vom 1. Juni bis zum 30. September 1929.

Die *Lateranverträge* vom 11. Februar 1929 bildeten das weitaus bedeutungsvollste kirchenpolitische Ereignis aus der letzten Berichtsperiode. Wir stellen dieselben wiederum an die Spitze der heutigen kirchenrechtlichen Chronik, weil innerhalb der jetzt zu behandelnden Frist durch die Annahme seitens des italienischen Parlaments die definitive Entscheidung über die Verträge gefällt wurde und dieselben bereits in vielen Punkten zur Ausführung gelangten.

Im Unterschiede von den geheimen Verhandlungen über den Abschluß der Verträge, die auch nur zwischen wenigen Personen stattfanden, spielten sich die parlamentarischen Debatten über die Bestätigung vor der breitesten Öffentlichkeit ab. Hierbei kam es leider zu einem Zusammenstoß zwischen den beiden vertragsschließenden Parteien, indem sich der Papst gezwungen sah, gegen verschiedene Ausführungen in den Kammerreden des italienischen Ministerpräsidenten Verwahrung einzulegen. Am 30. Mai, dem Fronleichnamsfeste, richtete Pius XI. zu diesem Zwecke ein sehr umfangreiches Handschreiben¹⁾ an seinen Kardinalstaatssekretär Gasparri. Der erste Teil dieser bedeutungsvollen Kundgebung trägt einen vorwiegend dogmatischen Charakter und richtet sich namentlich gegen einige kirchengeschichtliche Äußerungen Mussolinis, denen der Papst als oberster Wächter der katholischen Glaubenslehre die harte Note einer häretischen oder mehr als häretischen Auffassung erteilen mußte.

Denn wie die Stiftung, so ist auch die Ausbreitung der katholischen Kirche im Wesentlichen ein Werk der göttlichen Vorsehung, bei dem die politischen Faktoren, wie z. B. die Größe der Stadt Rom, nur eine untergeordnete Rolle spielen. Sodann auf das Verhältnis von Kirche und Staat übergehend, betont Pius XI. die eigene Souveränität der Kirche in ihren Angelegenheiten, die

1) Acta Apostolicae Sedis XXI, 297 ff.

in allen Ländern gelte und daher von der politischen Souveränität der Vatikanstadt völlig unabhängig sei. Da im Königreiche Italien die katholische Religion als Staatsreligion anerkannt sei, müßten aus diesem Prinzipie auch die notwendigen logischen und rechtlichen Folgerungen gezogen werden. Eine absolute und völlig schrankenlose Gewissensfreiheit sei hiermit nicht vereinbar. Denn in den Gewissensangelegenheiten habe die Kirche einen göttlichen Auftrag. Insbesondere müßten die Rechte der Kirche auf dem Gebiete der religiösen Erziehung gewahrt bleiben. Von einem solchen Einflusse habe der Staat nichts zu befürchten. Denn die kirchliche Erziehung hat die moderne Zivilisation begründet und stützt dieselbe in allen wirklich guten, in den besten und höchsten Punkten.

Nach diesen allgemeinen Betrachtungen greift sodann der Papst einige spezielle Beschwerdepunkte aus den Kammerreden des Ministerpräsidenten heraus. Bezüglich der kirchlichen Ämterbesetzung sei in dem Konkordate an keiner Stelle von einem Nihil obstat seitens des Staates die Rede. Die Staatsregierung habe den kirchlichen Instituten die Rechte einer juristischen Person nicht »verliehen«, sondern dieselben nur »anerkannt«. Alle katholischen Nupturienten seien zur kanonischen Eheschließung verpflichtet und zwar nicht bloß moralisch, sondern auch rechtlich, so daß sie durch Kirchenstrafen hierzu gezwungen werden sollten. Endlich legt der Papst noch einen besonderen Wert darauf, festzustellen, daß der Staatsvertrag und das Konkordat eine untrennbare Einheit bilden, so daß sie miteinander stehen und fallen. Obwohl er sich vor dem Untergang der Vatikanstadt nicht fürchte, glaube er doch, daß der Friede dauerhaft sein werde, da er auf den guten Willen der Menschen und die Hilfe Gottes vertraue.

Wie aus diesem sehr ernsten Schreiben Pius' XI. hervorgeht, bestehen zwischen den beiden vertragschließenden Parteien bezüglich einiger Konkordatsartikel noch Meinungsverschiedenheiten teils grundsätzlicher, teils technischer Art, die zum Teil in der überspannten Auffassung Mussolinis bezüglich der Souveränitätsrechte des Staates ihren Grund haben. Denn so sehr der Führer des Fascismus auch praktisch mit vielen kirchenpolitischen Zwangs- und Bevormundungsgesetzen der liberalen Ära aufgeräumt hat, in der Theorie ist er dem vom Liberalismus vertretenen Grundsatz der absoluten Staatsomnipotenz in rechtlichen Angelegenheiten treu geblieben. Zweifellos beruht hierin ein nicht zu unterschätzender Gefährpunkt für die Weiterentwicklung der

italienischen Kirchenpolitik, dem der Papst von vornherein mit allem Freimut entgegengetreten ist.

Allerdings wird noch wohl eine geraume Zeit hinfließen, bis die theoretischen Differenzen zwischen der Staatsauffassung des Katholizismus und des Fascismus ausgeglichen sind. Trotzdem ist aber bei beiderseitigem guten Willen ein praktisches Zusammenarbeiten zwischen den beiden höchsten Gewalten möglich. Man muß es daher als sehr erfreulich bezeichnen, daß die beiden vertragschließenden Parteien bei Austausch der Ratifikationsurkunden am 7. Juni 1929 von neuem protokollarisch erklärt haben¹⁾, den Vertrag und das Konkordat loyal nach dem Buchstaben und dem Geiste beobachten zu wollen. An demselben Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden fand auch ein freundschaftlicher Telegrammwechsel zwischen Papst Pius XI. und König Viktor Emanuel III. von Italien statt. Der Hl. Vater erteilte den beiden Bevollmächtigten (Gasparri und Mussolini) sowie allen bei dem historischen Akte Anwesenden den Apostolischen Segen²⁾. Obwohl hierdurch alle Wolken zerstreut zu sein schienen, kam es doch bald zu neuen Auseinandersetzungen. Mussolini schrieb am 14. Juni ein Vorwort zu der Ausgabe seiner Kammerreden, deren früheren Wortlaut er im wesentlichen aufrecht erhielt, und der Papst richtete am 21. Juni ein neues Schreiben an Kardinal Gasparri, das die Kundgebung vom Fronleichnamsfeste sowie die vorhergegangene Ansprache an die Zöglinge des Kollegs von Mondragone, in der sich der Papst zuerst gegen die Kammerreden Mussolinis geäußert hatte, von neuem bestätigte. Der Kardinal möge die entsprechenden Verfügungen treffen³⁾.

Die Ausführungsbestimmungen zu den Lateranverträgen haben einen sehr mannigfaltigen Inhalt. Durch die apostolische Konstitution »Recenti« vom 26. Mai 1929⁴⁾ wurde die Kardinaldiakonie vom Pantheon, das zur Quasikathedrale des Militärordinarius bestimmt wurde, auf die Kirche S. Apollinare übertragen. Obwohl die Vatikanstadt einen Teil der Diözese Rom bildet, hat der Papst doch für sie einen eigenen Generalvikar ernannt und dieses Amt dem Sacrista des päpstlichen Palastes übertragen. Der Sacrista gehört dem Orden der Augustinereremiten an und hat

1) Acta Apostolicae Sedis XXI, 295.

2) Acta Apost. Sedis XXI, 307.

3) Siehe den Bericht der Schweizerischen Kirchen-Zeitung 1929, 218.

4) Acta Apostolicae Sedis XXI, 308.

einige Priester dieses Ordens zu seiner Unterstützung, von denen einer das Amt eines Pfarrers der Vatikanstadt verwaltet ¹⁾). Die Jurisdiktion des Generalvikars erstreckt sich auch auf den Lateranpalast und die Paläste des Castel Gandolfo, dagegen sind die Peterskirche, das Kanonikatshaus von St. Peter und das Äthiopische Seminar bei St. Peter davon ausgenommen. Als Pfarrkirche der Vatikanstadt soll die Kirche St. Anna dienen. Die näheren Bestimmungen hierüber siehe in der Apostolischen Konstitution »Ex Lateranensi pacto« vom 30. Mai 1929. Die Ritenkongregation publizierte am 7. Juni ²⁾) ein Formular für das in Artikel 12 des Konkordats vorgesehene Gebet für die Wohlfahrt des italienischen Königs und Volkes.

Bezüglich der in dem Konkordate vereinbarten eherechtlichen Bestimmungen erließ die Sakramentenkongregation am 1. Juli ³⁾) eine ausführliche aus 58 Artikeln bestehende Instruktion an die italienischen Bischöfe. Die Apostolische Signatur, welche gemäß Art. 34 des Konkordats die kirchlichen Ehenichtigkeitsurteile zu prüfen hat, fügte durch Zirkularerlaß an den italienischen Episkopat vom 3. August ⁴⁾) noch eine Spezialinstruktion bezüglich des in solchen Fällen zu beobachtenden Gerichtsverfahrens hinzu. Die von seiten der staatlichen Gesetzgebung erforderlichen Änderungen des Eherechts waren bereits durch das Gesetz vom 27. Mai 1929 vorgenommen worden ⁵⁾). In dem gleichen Gesetze vom 27. Mai sind auch die Befugnisse des Staates bezüglich der Mitwirkung bei der Ernennung der kirchlichen Benefiziaten genauer determiniert ⁶⁾).

Von großer Bedeutung ist ferner das italienische Gesetz, betr. die Ausübung der zugelassenen Kulte, vom 24. Juni 1929 ⁷⁾). Art. 1 dieses Gesetzes lautet: Im Königreich sind die von der katholischen, apostolischen und römischen Religion verschiedenen Kulte zugelassen, sofern sie Grundsätze bekennen und Normen befolgen, die der öffentlichen Ordnung oder den guten Sitten nicht widerstreiten. Die Ausübung, auch die öffentliche, solcher Kulte ist frei. Art. 5: Die Diskussion in religiösen Angelegen-

1) Acta Apost. Sedis XXI, 309. — 2) Acta Apost. Sedis XXI, 328. Nach der Erklärung der Congr. Rit. vom 6. Juli 1929 ist dieses Gebet auch nach der Pontifikalmesse des Bischofs, dagegen nicht bei den Konventualmessen der Ordenskirchen zu verrichten a. a. O. 509. — 3) Acta Apost. Sedis XXI, 351. — 4) Acta Apost. Sedis XXI, 511. — 5) Acta Apost. Sedis XXI, 364. — 6) Den Wortlaut siehe in Il Monitore Ecclesiastico 41, 149. — 7) Il Monitore Ecclesiastico 41, 230.

heiten ist völlig frei. Gemäß Art. 7 ff. kann vor den Dienern der zugelassenen Kulte ebenfalls eine Ehe mit bürgerlicher Rechtswirkung geschlossen werden.

Auf vermögensrechtlichem Gebiete hat der italienische Staat zahlreiche Rechte der Kirche bezüglich des Erwerbs und der Verwaltung materieller Güter anerkannt. Infolgedessen richtete die Konzilskongregation am 20. Juni¹⁾ einen Runderlaß an die Bischöfe Italiens, der genaue Anweisungen in diesem Betreff enthält. Die Instruktion umfaßt im ganzen 62 Artikel und hat als Anhang mehrere Frageformulare und Schemata für die Kassentbücher, die Inventare und Verzeichnisse der jährlichen Einnahmen und Ausgaben der Pfarreien.

Endlich möge noch bemerkt werden, daß der kirchliche Verhandlungskommissar für die Lateranverträge Advokat Francesco Pacelli als Anerkennung für seine Tätigkeit das Großkreuz des Ordens Gregors des Großen und den erblichen Adelstitel eines Marchese erhielt²⁾.

Das bereits am 10. Mai 1927 abgeschlossene *rumänische Konkordat*³⁾ ist endlich durch Austausch der Ratifikationsurkunden am 7. Juli 1929 in Kraft getreten. Die zwischen den beiden genannten Terminen liegende lange Frist hat ihren Grund in den mannigfachen Anfeindungen, die der Vertrag von orthodoxer Seite zu bestehen hatte. Um die Ratifikation seitens der rumänischen Regierung leichter durchzusetzen, schlug der Minister der äußeren Angelegenheiten am 20. Juli 1928 noch einige abschwächende Auslegungsbestimmungen vor, die vom Hl. Stuhle angenommen wurden. Außerdem kann das Konkordat gemäß Art. 23 Abs. 2 von beiden Parteien unter Beobachtung einer Frist von sechs Monaten gekündigt werden. Wir werden den Wortlaut des rumänischen Konkordats zugleich mit dem neuen Kultusgesetz in dem nächsten Bande dieser Zeitschrift veröffentlichen.

Der gegenwärtige Jahrgang⁴⁾ bringt den Text des *Vertrags zwischen dem Hl. Stuhle und dem Freistaate Preußen*, der am 14. Juli 1929 abgeschlossen und am 13. August desselben Jahres ratifiziert wurde. Man hat absichtlich den Namen eines Konkordats vermieden, weil diese Bezeichnung vielen Protestanten in Deutschland mißliebig ist. Vielleicht ist dieses Verfahren aber

1) Acta Apost. Sedis XXI, 384. — 2) Acta Apost. Sedis XXI, 330. —

3) Acta Apost. Sedis XXI, 441. — 4) Siehe oben S. 678 ff.

auch sachlich berechtigt, da die getroffene Vereinbarung sich im wesentlichen auf eine Neuzirkumskription der preußischen Bistümer beschränkt und daher auf den Titel eines Vollkonkordats, das die gesamten Beziehungen zwischen Kirche und Staat regelt, keinen Anspruch hat. Der magere Inhalt des »Vertrags« bildet einen neuen Beweis für die großen Schwierigkeiten, mit denen die Kulturfragen, die mit der Weltanschauung zusammenhängen, in dem gegenwärtigen deutschen Vaterlande zu kämpfen haben.

Eine weitere Vereinbarung (*Accordo*) zwischen dem Hl. Stuhle und der Republik Portugal wurde am 11. April 1929¹⁾ bezüglich der Umschreibung der Diözese St. Thomas von Meliapor in Ostindien getroffen und am 29. Juni ratifiziert. Dieselbe bildet eine Ausführung von Art. 4 des am 15. April 1928 abgeschlossenen *Accordo*, von dem im vorigen Bande dieses Archivs 108, 700 die Rede war. Hiermit schließen wir die kirchenpolitische Berichterstattung, die in der heurigen Kirchenrechtlichen Chronik einen sehr breiten Raum einnimmt.

Von innerkirchlichen Erlassen des Papstes sind an erster Stelle zwei *Motuproprios* vom 24. Juni 1929 zu erwähnen, die sich beide auf die *Missionsvereine* beziehen. Durch das erste, »Decessor Noster«²⁾, wurden die drei päpstlichen Missionsvereine 1. Der Verein für die Glaubensverbreitung, 2. der Kindheit-Jesuverein (für den Loskauf der Heidenkinder) und 3. der Verein des hl. Petrus (für die Heranbildung eines einheimischen Klerus) verfassungsrechtlich in einigen Punkten mit einander verbunden. Der Generalsekretär der Propagandakongregation, der bislang schon Generalpräses des Vereins der Glaubensverbreitung war, soll das gleiche Amt auch für den Verein des hl. Petrus übernehmen. Ferner ist der Generalsekretär des Vereins der Glaubensverbreitung künftig stets Mitglied des Generalrates des Vereins des hl. Petrus und der Generalsekretär des Vereins des hl. Petrus offizielles Mitglied des Generalrates des Vereins der Glaubensverbreitung. Für sämtliche drei Missionsvereine wird ein Oberster Rat gebildet, der aus einem eigenen Präses, den Generalsekretären der Missionsvereine und je einem von den Missionsvereinen gewähltem Ratsmitgliede besteht. In ähnlicher Weise sollen auch die Nationalkomités der päpstlichen Missionsvereine mit einander verbunden werden. Endlich bestimmt der Erlaß, daß für die verschiedenen Missions-

1) Acta Apost. Sedis XXI, 337. — 2) Acta Apost. Sedis XXI, 342.

vereine eine allgemeine Zeitschrift und für die Nationalkomités je eine spezielle Zeitschrift herausgegeben werden soll. Durch diese Verfügung wird gleichzeitig auch eine Rationalisierung der Publikationsorgane erzielt. In dem zweiten Motu proprio »Vix ad summi«¹⁾ werden die eigenen und endgültigen Statuten des Vereins des hl. Petrus festgelegt.

Unter der Überschrift »Abusus pontificalium« berichtet das Verordnungsblatt für die Erzdiözese Salzburg 1929, 190 f. über einen neuen Erlaß der Kongregation für die Orientalische Kirche, die dem Mißbrauche mit kirchlichen Titeln und Ehrenzeichen zu steuern sucht. Ich gebe diese Bekanntmachung der F. e. Ordinariats Salzburg vom 24. Mai 1929 hier wörtlich wieder:

Die römische Congregatio pro ecclesia orientali hat unterm 10. Jänner 1929 an alle Bischöfe und Ordinarien der katholisch-orientalischen Kirche ein Zirkular versendet, das auch den Bischöfen der abendländischen römischen Kirche zur Kenntnisnahme mitgeteilt wurde. Die genannte römische Kongregation hat nämlich in Erfahrung gebracht, daß die orientalischen Bischöfe und Ordinarien allzu freigebig geworden sind mit Verleihung von Ehren Titeln, Auszeichnungen, Würden u. dgl., und daß dann die damit Begabten Mißbrauch treiben und mit diesen Ehrenzeichen, Wappen, Ringen, Pektoralen usw. vor anderen Priestern sich brüsten.

Es war daher notwendig, nachstehende besondere Regeln für die Verleihung von Titeln und Würden aufzustellen: 1. Kein Ordinarius der römisch-orientalischen Kirche kann Ehrenzeichen und Titel verleihen, die der Vorschrift des eigenen Ritus nicht konform sind. 2. Kein Titel, der von einem orientalischen Patriarchen oder Bischof verliehen wird, gibt auch das Recht zum Gebrauche der Kleidung, Ehrenzeichen oder Privilegien des entsprechenden Titels oder der Würde im lateinischen Ritus. 3. Nach dem von der S. Congr. de Propaganda mit Zirkular vom 1. Jänner 1912²⁾ N 29.642, bestätigten Grundsatz dürfen derlei kirchliche Würden und Insignien, auch wenn es feststeht, daß sie von Patriarchen und Bischöfen der orientalischen Kirche wirklich verliehen worden sind, nur innerhalb des Jurisdiktionsbezirkes des Verleihenden getragen werden.

Durch diese Bestimmungen sind auch die von den Bischöfen der abendländischen Kirche hie und da mündlich verliehenen Zugeständnisse zum Tragen der Kleidung und Gebrauch der

1) A. A. S. XXI, 345 f.

2) Abgedruckt in: Acta Apost. Sedis IV, 532 f.

Archiv für kath. Kirchenrecht CIX.

Pontifikalien der römisch-katholischen Kirche des Abendlandes an solche mit Würden und Titeln von orientalischen Bischöfen begabte Priester gänzlich hinfällig geworden.

Die Konzilskongregation richtete am 5. Juni 1929¹⁾ an den Bischof von Lille ein ausführliches Schreiben, in dem sie aus Anlaß eines sozialpolitischen Konflikts *Richtlinien für den gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Arbeiter und Arbeitgeber* aufstellte. Wir geben die betreffenden Thesen (ohne die Begründung) in deutscher Übersetzung wieder. 1. Die Kirche anerkennt und bestätigt das Recht der Arbeitgeber und der Arbeiter Syndikate, seien es getrennte, seien es gemischte, zu errichten, und erblickt darin ein wirksames Mittel für die Lösung der sozialen Frage. 2. Die Kirche hält bei der gegenwärtigen Lage der Dinge die Errichtung solcher Syndikate für moralisch notwendig. 3. Die Kirche fordert dazu auf, solche Syndikate zu errichten. 4. Die Kirche will, daß die Syndikate nach den Grundsätzen des Glaubens und der christlichen Moral eingerichtet und geleitet werden. 5. Die Kirche will, daß die Syndikate Instrumente der Eintracht und des Friedens seien, und regt zu diesem Zwecke die Errichtung gemischter Kommissionen als ein Mittel der Einigung unter ihnen an. 6. Die Kirche will, daß die Syndikate, die von Katholiken für Katholiken ins Leben gerufen sind, sich aus Katholiken zusammensetzen, ohne jedoch alleweil zu verkennen, daß besondere Notwendigkeiten zwingen können, anders zu handeln. 7. Die Kirche empfiehlt die Einigung aller Katholiken zu einer gemeinschaftlichen Arbeit in den Banden der christlichen Liebe.

In Mexiko hat die blutige *Katholikenverfolgung* nach dreijähriger Dauer *aufgehört*. Im Mai dieses Jahres wurde von dem mexikanischen Staatspräsidenten Portes Gil und dem Bevollmächtigten des Hl. Stuhles, Erzbischof Ruiz y Flores, eine Urkunde unterzeichnet, durch die die Ausübung des Gottesdienstes und die Rückkehr der verbannten Bischöfe und Priester gestattet wird. Der Religionsunterricht darf in den Kirchen (nicht in der Schule) erteilt werden. Im übrigen bleiben die kirchenfeindlichen Gesetze noch in Kraft, so daß es sich bei dem getroffenen Abkommen nur um die Anbahnung eines notdürftigen Modus vivendi handelt.

In mehreren Orten des Tiroler Anteils der Erzdiözese Salzburg bestand bis in die Gegenwart noch immer der sog. *Pönfall* oder das *Seelrecht* bei Todesfällen, das von den Pfarrern in Anspruch

1) Acta Apost. Sedis XXI, 494.

genommen wurde. Das Verordnungsblatt für die Erzdiözese Salzburg 1929, 198 macht darauf aufmerksam, daß diese Gebühren durch die neue Stolordnung für Tirol vom Jahre 1928 aufgehoben sind. Vgl. dieses Archiv 95, 160.

Durch Dekret vom 10. Juni 1927 hat der Hl. Stuhl für das Deutsche Reich (außer Bayern) eine *Erzbruderschaft der Ehrenwache vom heiligsten Herzen Jesu* mit dem Sitze im Kloster der Salesianerinnen zu Koblenz-Moselweiß errichtet. Alle bereits bestehenden Bruderschaften müssen der neuen Erzbruderschaft angegliedert (aggregiert) werden, damit ihre Mitglieder der geistigen Vorteile teilhaftig werden.¹⁾

Es wird vielfach die Ansicht vertreten, daß die in can. 1435 erwähnten *Reservationsrechte des Hl. Stuhles in Deutschland* für die Besetzung der Pfarreien nicht gelten. Nach einer Mitteilung der Schweizerischen Kirchen-Zeitung vom 3. Januar 1929 ist jedoch bei der Neubesetzung der Liebfrauenpfarrei zu Zürich von diesem Reservationsrechte Gebrauch gemacht worden, weil der Vorgänger des neuen Pfarrers vom Papste zur Dignität des Dom-scholasticus an der Kathedrale in Chur befördert war. Die päpstliche Provision der Pfarrei geschah auf Vorschlag des Diözesanbischofs von Chur.

Für die vom Jahre 1899 bis 1928 verliehenen *päpstlichen Abässe* wurde eine neue *Sammlung* herausgegeben und am 4. Januar 1929 vom Hl. Vater approbiert.²⁾ Der Titel der Sammlung lautet: *Collectio precum piorumque operum, quibus Romani Pontifices . . . Indulgentias adnexuerunt.*

Durch die apostolische Konstitution »*Inter ceteras*« vom 14. Juni 1929³⁾ wurde das bisherige Bistum *Trient* zum *Erzbistum* erhoben, jedoch ohne die Zuweisung von Suffraganbistümern. Der Inhaber des Stuhles bekleidet daher die Würde eines Erzbischofs, aber nicht die eines Metropoliten.

Papst Pius XI. hat durch das Breve »*Romani Pontifices*«⁴⁾ vom 11. März 1929 die Gebiete von Palästina Transjordanien

1) Vgl. die Bekanntmachung im Kirchlichen Amtsblatt für die Diözese Münster 1929, 44.

2) Siehe Dekret der Hl. Poenitentiarie vom 22. Februar 1928, in: A. A. S. XXI, 200.

3) Acta Apost. Sedis XXI, 471.

4) A. A. S. XXI, 140 f.

und Cyprien, die bisher der Apostolischen Delegatur von Syrien unterstanden, der Delegatur von Ägypten überwiesen.

Personalnachrichten.

Der Bischof von Meißen Dr. *Christian Schreiber* wurde am 10. September 1929 vom Hl. Vater zum Apostolischen Administrator der neu zu errichtenden Diözese Berlin ernannt.

Es starb zu Frankfurt am Main der Professor für vergleichende Religionskunde Lic. theol., Dr. phil. et iur. *Karl Schwarzlose*, der auch mehrere Werke auf dem Gebiete des evangelischen Kirchenrechtes verfaßte. Der bisherige Privatdozent zu Freiburg i. B. Dr. *Hans Liermann* wurde zum ord. Professor für katholisches und protestantisches Kirchenrecht an der Universität Erlangen ernannt.

VI. Literatur.

Rezensionen und Referate.

1. *Bertrand Kurtscheid O. F. M., A history of the seal of confession*, Authorized translation by F. A. Marks, Edited by Arthur Preuß. kl. 8°. (XXXI u. 342.) St. Louis-London, Herder, 1927.

Über die erste, i. J. 1912 in deutscher Sprache erschienene Ausgabe des vorliegenden Werkes habe ich im *Archiv f. kath. KR.* 1912 S. 769—776 ausführlichen Bericht erstattet¹⁾. Inzwischen wurde von P. Leo Honoré S. J. über den gleichen Gegenstand eine Arbeit veröffentlicht²⁾, die jedoch den wissenschaftlichen Anforderungen nicht in genügender Weise entsprach³⁾. Deshalb ist es sehr erfreulich, daß nunmehr P. Kurtscheid in der englischen Ausgabe seiner Schrift eine dem neuesten Stand der Forschung entsprechende Behandlung des interessanten Problems vorlegen konnte.

In der neuen — der Anlage nach mit der ersten Auflage wesentlich übereinstimmenden — Ausgabe ist die unterdessen herausgekommene einschlägige Literatur in reichlichem Maße registriert und verwertet, die von der Kritik, insbesondere von mir bezeichneten Mängel der ersten Auflage sind gründlich beseitigt, die damals gemachten Verbesserungsvorschläge wurden gebührend berücksichtigt. Selbstverständlich hat auch das Recht des inzwischen publizierten CJC eine eingehende Darstellung gefunden. Infolge von all dem muß diese Ausgabe nicht bloß als eine vermehrte⁴⁾, sondern auch als eine erheblich verbesserte Neuauflage angesprochen werden.

1) Vgl. auch ebenda 1913 S. 354¹, 448².

2) L. H., *Le secret de la confession, Étude historico—canonique*, Bruges 1924.

3) Vgl. Kurtscheids bezügliches Referat in der *Theologischen Revue* 1925, Sp. 140—144.

4) Die große Verschiedenheit der Seitenzahl — die erste Auflage hatte nur XVI u. 188 S. — hat allerdings ihren Hauptgrund in dem kleineren Format der neuen Ausgabe.

Wenn ich wieder auf einige Unebenheiten aufmerksam machen darf, so möchte ich bemerken, daß *Sägmüllers Kirchenrecht* bereits 1914 in 3. Auflage erschien (zu S. XXIII, 261¹⁰⁵, 299⁷⁴) und daß schon die beiden ersten Faszikel der 4. Aufl. (1925/26) vorliegen (zu S. 118³). Von *Friedbergs Kirchenrecht* haben wir seit 1909 die 6. (zu S. XIV, 66⁷⁶), von *Haucks Kirchengeschichte Deutschlands I* seit 1914 den unveränderten Abdruck der 3. und 4. [Doppelaufgabe] (zu S. 78⁴), von *Knöpflers Kirchengeschichte* seit 1920 die 6. [unveränderter Neudruck 1924] (zu S. 99¹), von *Wernz' Jus decretalium I* seit 1913 die 3. (zu S. 118³), von *Lehmkuhls Theologia moralis* seit 1914 die 12. (zu S. 192⁷², 261¹⁰⁷, 299⁷⁶), von *Anton Kochs Moralthologie* seit 1910 die 3. (zu S. 192⁷³, 261¹⁰⁹, 299⁷⁸), von *Noldins Summa theologiae moralis* seit 1926 die 18. — von *Schmitt* — (zu S. 261¹⁰⁶, 299⁷⁵), von *Denzingers Enchiridion* seit 1928 die 16. und 17. Auflage — von *Umbert* — (zu S. 229³⁴). — Die *Summa Simons von Bisiniano* ist zwischen 5. März 1177 und März 1179 (3. Laterankonzil) vollendet (zu S. 104⁶⁸, 105. Vgl. *Zeitschrift d. Savigny-Stiftung* Kan. Abt. XV S. 332 [Juncker]). — Die wiederholt zitierte Abhandlung *Gründlers* »Über die Unverletzlichkeit des Beichtsiegels« steht in Weiß' *Archiv der Kirchenrechtswissenschaft* (zu S. XV, 100⁵³ [S. 101], 108⁷⁵, 290¹⁶, 325¹). — Die Sentenzen des *Petrus Lombardus* wurden von den Franziskanern in Quaracchi i. J. 1916 erneut herausgegeben (zu S. 112⁸⁴, 246¹²). — Laienbeicht betr. (S. 245 ff.) ist jetzt vor allem, um nicht zu sagen einzig zu zitieren das — S. XXV auch erwähnte — Werk von P. Amédée *Teetaert*, *La confession aux laïques dans l'église latine depuis le VIII^e au XIV^e siècle*, Wetteren—Bruges—Paris, 1926. Vgl. darüber *Archiv* 1927 S. 360—378. — S. 136¹⁶ könnte der Hinweis auf *Dietterle*, S. 144³⁵ der auf *Schulte* unterbleiben. Denn beide sind in der fraglichen Hinsicht jetzt überholt¹⁾.

Wie Verf. selbst angibt, wurde die Synode zu *Dioclea* in Dalmatien unter dem Vorsitze zweier Legaten *Innocenz' III.* abgehalten. Sie kann also nicht i. J. 1197 gewesen sein. Sie hatte tatsächlich statt i. J. 1199 (zu S. 109, 337 Sp. 2; erste Aufl. S. 61). — S. 110⁷⁸ ist trotz *Mansi* (XXII, 679) doch wohl nicht: *Nullius ira . . .*, sondern: »*Nullus (sacerdos) ira . . .*« zu lesen. Cf. *Constit.*

1) Als frühester Vollendungstermin von Joh. Andrea' Novelle zu den Dekretalen Gregors IX. kommt das Jahr 1338 in Betracht. S. *Archiv* 1924 S. 265 (zu S. 144).

Ricardi ep. Sarum ca. 1217 c. 29 (*Mansi* l. c. c. 1116); Stat. Stephan. de Langet. 1122 (l. c. c. 1177). Infolgedessen bedarf auch der Text S. 110 (erste Aufl. S. 62) einer entsprechenden Änderung.

An Druckversehen seien vermerkt: Lies: S. XVI: . . Henricus de Segusia . . ; S. XX: . . München, das kan. . . Strafrecht² . . Neues Archiv des Criminalrechts . . ; S. 15⁴⁰: . . Stufler . . ; S. 23⁷¹: Origenes, Comment. in Matth. ¹⁾ . . ; S. 71⁸⁹: . . Migne, P. L. CXXIV, 1096; S. 83¹²: . . kanonistisches Gutachten . . ; S. 94⁴⁰: Si vero is, qui *confitetur*, in culpa perseverat . . ; S. 107⁷⁸: . . reum aliquius criminis . . ; S. 122¹²: . . non obesse, XXII. q. V Hoc videtur (c. 8) . . ; S. 123¹⁹: . . Schmoll l. c. 179 f. J. Strake . . ; S. 138²⁰: . . qui huiusmodi nequam propositum *sibi* confessus est . . ; S. 256⁷⁴: . . cum onere suo transit (cap. Ex litteris de pignori. (= c. 5 X III. 21), capitul. Pastoralis de decimis (= c. 28 X III. 30) . . ; S. 271³: . . Panormitanus, Lectura in Decretales . . ; S. 289¹¹: Tractatus de Paenitentia . . ; S. 290¹⁸: Hinschius, System des Kirchenrechts IV (1888), 131; S. 290¹⁹: . . sed de licentia confitentis *revelare* alii personae non licet . . ; S. 338 Sp. 2: . . Honorius III, Decretal *Dilectus* »De Excessibus Praelatorum« . . ; S. 342 Sp. 1: . . Summa Baptistiniana . .

Selbstverständlich gilt alles Lob und alle Anerkennung, die ich der ersten Auflage spenden konnte, in erhöhtem Maß von der neuen Ausgabe. Möge auch ihr die wohlverdiente Beachtung zuteil werden!

Würzburg.

Fr. Gillmann.

2. Alfred Schultze, *Augustin und der Seelteil des germanischen Erbrechts*. Studien zur Entstehungsgeschichte des Freiteilsrechtes. [Abhandlungen der sächsischen Akademie der Wissenschaften, phil.-hist. Klasse, Band XXXVIII Nr. 4.] 4^o. (VIII u. 246.) Leipzig, S. Hirzel, 1928. M. 15.80.

Mit dem in der obigen Akademieschrift behandelten Thema hat sich der Verfasser schon seit langem beschäftigt. Vgl. die in dieser Zeitschrift 95, 178 f. besprochene Freiburger (i. B.) Rektoratsrede »Der Einfluß der Kirche auf die Entwicklung des germa-

1) Die angeführte Stelle aus dem Matthäuskommentar soll bei Migne, P. G. X, 120 sich finden. Bei Hinschius, dem der Verf. dieses Zitat entnommen hat, steht: Migne 10, 1120. Aber auch dies trifft nicht zu. Denn Origenes' Matthäuskommentar ist abgedruckt bei Migne P. G. 13. Doch sucht man auch hier Sp. 1120 oder in der Nähe den fraglichen Text vergeblich.

nischen Erbrechts.« Schon damals stellte A. Schultze die interessante These auf: »Es war ein einziger, großer, religiöser Gedanke, der hinter dieser erbrechtlichen Entwicklung stand, der Gedanke der Caritas, der christlichen Liebestätigkeit, des frommen Werkes«.

In der vorliegenden umfangreichen Untersuchung ist der früher behandelte Gegenstand von neuem aufgenommen und speziell auf den Einfluß, den der hl. Augustinus auf die Seelstiftungen des Mittelalters ausübte, die zugleich den Hebel für die Bildung des Freiteils im Erbrecht darstellen, zugeschnitten. Während der Verfasser sich vorher auf die Zeichnung der grossen Entwicklungslinien beschränkte, hat er jetzt die minutiöseste Kleinarbeit geliefert und den in Betracht kommenden immensen Stoff nach allen Richtungen hin bis aufs einzelste untersucht.

Nach A. Schultze sind zwei verschiedene Seelteile zu unterscheiden. Der eine, in den Quellen oft als gewöhnliches Seelgerät bezeichnet, umfaßte bestimmte Gegenstände aus dem Nachlasse des Verstorbenen (Heergewäte, Besthaupt, Gewandfall) und ist als Nachfolger der heidnischen Totenausstattung zu betrachten. Der andere, das Seelgerät größeren Umfangs, die Donatio pro anima beruhte auf dem christlichen Gedanken von der Verdienstlichkeit des Almosens und wurde hauptsächlich durch die Lehre des hl. Augustinus gefördert.

Die zweite Art des Seelteils legte eine Bresche in das germanische System des Hausvermögens und schuf den Freiteil des Hausvaters. Die Höhe dieses Freiteils wurde verschieden bemessen. Sie betrug entweder einen Kopfteil der an dem Hausvermögen beteiligten Personen, oder ein Drittel oder ein Zehntel des gesamten Vermögens. Alle drei Maßstäbe werden nach dem Verfasser auf den Einfluß der Kirche zurückgeführt. Bei dem Zehntel ist dieses ohne weiteres begreiflich, da der Zehnte bekanntlich auf die alttestamentlichen Vorschriften zurückgeht. Jedoch ist zu bemerken, daß es sich in unserem Falle nicht um den Ertragszehnten, sondern um den sog. Hauptzehnten von der Vermögenssubstanz handelt. Vgl. die Capitulatio Karls d. Gr. de partibus Saxoniae (782—787). Der Kopfteil geht auf den hl. Augustinus zurück, der besonders in Sermo 86 die Gläubigen auffordert, Christus zum Miterben ihres Vermögens zu machen und ihm einen Kindesanteil davon zuzuweisen. Indirekt ist auf diese Mahnung des hl. Augustinus auch das System der Drittelung zurückzuführen, indem der für Christus bestimmte Anteil aus dem

Vermögensnachlasse nicht geringer sein durfte als das gesetzlich festgelegte Witwendrittel.

Soweit in den knappsten Umrissen die geistreiche Theorie Schultzes, die er mit einem Aufwande von großer Gelehrsamkeit begründet. Man kann sich jedoch meines Erachtens des Eindrucks nicht erwehren, daß der Verfasser an manchen Stellen stark hypothetisch vorgegangen ist. Namentlich dürfte er zu weit gehen, wenn er in den Aussprüchen des hl. Augustinus mehr als eine moralische Ermahnung erblickt. Von einer strikten Pflicht, der Kirche oder den Armen einen Teil der Erbschaft zu hinterlassen, kann nicht die Rede sein. Gregor d. Gr. schreibt ausdrücklich vor, daß für das kirchliche Begräbnis nichts gefordert werden darf. cap. 12 C. XIII qu. 2 und Regino II cap. 123. Außerdem bestimmt bereits das Konzil von Agde 506 cap. 48, daß selbst die Bischöfe ihr Patrimonialvermögen den Erben hinterlassen können. Es wäre eine sehr nützliche Arbeit, wenn zur Ergänzung der verdienstvollen und anregenden Forschungen, die Schultze auf dem Gebiete des germanischen Erbrechts unternommen hat, auch eine neue Untersuchung über die kirchlichen Bestimmungen bezüglich des sog. Mortuarium und der Donatio pro anima angestellt würde.

Ich gestatte mir an dieser Stelle darauf hinzuweisen, daß die von Schultze so ausgiebig verwertete Augustinstelle in manchen Punkten bereits eine Vorläuferin beim hl. Johannes Chrysostomus hat. Denn dieser schreibt in der Homilia XLV al. XLVI in Matthaeum: »Cum Christo bona divide. Non vis ipsi dare omnia? Vel dimidiam vel tertiam partem dato. Frater tuus est et coheres tuus; fac illum hic etiam coheredem. Quaecunque illi dederis, tibi ipsi dabis. Non audis, quid dicit propheta? Propinquos seminis tui ne despicias (Js. 58,7) Si vero cognatos despiciere non oportet, multo minus Dominum, qui cum dominio cognationis ius tecum habet multaque plura alia«. Migne, Patrologia Graeca 57, 474.

Freiburg i. B.

N. Hilling.

3. *Alois Dempf, Sacrum Imperium*. Geschichts- und Staatsphilosophie des Mittelalters und der politischen Renaissance. (XV u. 574.) München, R. Oldenbourg, 1929. Geb. M. 22.50.

Der Bonner Kulturphilosoph Alois Dempf legt als Frucht einer sechsjährigen Arbeit dieses umfangreiche Buch vor, das die geschichts- und staatsphilosophischen Ideen des Mittelalters und

der politischen Renaissance auf Grund der Quellenschriften bearbeitet. Der Wert dieser großzügigen Darstellung beruht nicht zum wenigsten darin, daß sie die gesamte Entwicklung der Ideengeschichte im Zusammenhange vorführt unter genauer zeitlicher Einteilung und sachlicher Gruppierung. Hierdurch wird den künftigen Erforschern von Einzelproblemen eine wichtige Stütze für die richtige Einreihung in das historische Milieu dargeboten.

Bei der immensen Fülle des bearbeiteten Stoffes ist es für ein kurzes Referat schier unmöglich, auf den gesamten Inhalt, der sich von der Zeit der Grundlegung des Christentums bis zur Mitte des 15. Jahrhunderts erstreckt, näher einzugehen. Der Verfasser hat sämtliche bedeutenden Schriftsteller dieser Zeit, die sich mit geschichts- und staatsphilosophischen Fragen beschäftigt haben, quellenmäßig behandelt und vielfach mit ihren eigenen Ausdrücken zu Worte kommen lassen. Es finden sich darunter auch Autoren mit weniger bekannten Namen, wie z. B. der Donatist Tyconius, der Entdecker einer unsichtbaren Kirche, und Gerhard von York, 1101–1108 Erzbischof von York, ein Vorläufer Wicliffs, denen Dempf eine ausführliche Darstellung gewidmet hat. Wie er jedoch auf S. X des Vorworts bemerkt, hat er die rechtsphilosophische Verwertung des Corpus juris canonici und der Kanonisten des 13. Jahrhunderts ausgelassen, weil er zu wenig von Kanonistik verstehe.

Im übrigen sind die kirchenpolitischen Streitschriften aus dem Zeitalter des Investiturstreites und der Kämpfe zwischen dem Papsttum und dem Könige von Frankreich und dem Kaiser Ludwig dem Bayer aus der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts ebenso wie die verfassungsrechtliche Literatur aus der Periode der konziliaren Bewegung in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts sehr ausgiebig erörtert. Der Verfasser legt dem Kirchenrecht für die Geistesbewegung des Abendlandes eine sehr große Bedeutung bei und bemerkt auf S. 23, daß es ein besonderer Ruhmestitel der deutschen historischen Schule, besonders Rudolph Sohms, des Savigny des Kirchenrechts, ist, diese Bedeutung erkannt zu haben. In dieser Auffassung stimme ich gern mit Dempf überein, wenn ich auch der Meinung bin, daß die grundlegenden Ideen des Kirchenrechts z. B. bezüglich des Anstalts- und Korporationscharakters der Kirche noch stärker ausgewertet werden können, als dies in der vorliegenden Studie geschehen ist.

Nicht recht verständlich ist mir, wenn der Verfasser S. 114 das erste ökumenische Konzil von Nizäa als Verfassunggebende

Versammlung der Christenheit und als erste Volksversammlung mittelbarer Öffentlichkeit mit dem *Vertretungsprinzip* bezeichnet. Nach meiner Ansicht ist die Verfassung der Kirche in ihren wesentlichen Grundzügen ein für allemal von Christus festgelegt, und die allgemeinen Konzilien sind der Hauptsache nach Versammlungen sämtlicher Bischöfe, die nicht als Vertreter ihrer Gemeinden, sondern als Träger des apostolischen Amtes die kirchliche Lehr- und Jurisdiktionsgewalt ausüben. Ferner scheint mir ein Widerspruch darin zu liegen, daß Dempf S. 427 den Dominikanertheologen Johannes Quidort als Vertreter der Volkssouveränität hinstellt, zugleich aber behauptet, daß nach ihm die regia potestas unmittelbar von Gott stamme.

Freiburg i. B.

N. Hilling.

4. *Wilhelm Zedinek, O. S. B., Die rechtliche Stellung der klösterlichen Kirchen, insbesondere Pfarrkirchen, in den ehemaligen Diözesen Salzburg und Passau und ihre Entwicklung bis zum Ausgang des Mittelalters. Eine rechtshistorische Untersuchung der veröffentlichten Quellen. [Veröffentlichungen des Instituts für ostbairische Heimatforschung.] (320.) Passau, 1929.*

In Band CVII, 44 ff. dieser Zeitschrift veröffentlichte A. Pöschl eine umfangreiche Abhandlung über die Inkorporation und ihre geschichtlichen Grundlagen, in der er mehrere wichtige neue Thesen aufstellte. Insbesondere suchte er den Nachweis zu erbringen, daß die Inkorporation die Einbeziehung des Vermögens kirchlicher Ämter und Anstalten in das Tafelgut bedeutet und die Unterscheidung der incorporatio pleno und non pleno iure sich auf die Teilung des Eigentums in ein dominium directum (Obereigentum) und ein dominium utile (Nutz Eigentum) bezieht. Die Einführung dieses Instituts seit dem 12. Jahrhundert hing mit der Agrarkrise, die sich namentlich bei den geistlichen Korporationen bemerkbar machte, zusammen und hatte lediglich eine wirtschaftliche Bedeutung, die mit dem Patronats- und Präsentationsrecht in keinem direkten Zusammenhange stand. Leider ist Zedinek die Studie von Pöschl unbekannt geblieben, so daß seine Ausführungen noch auf der in manchen Punkten überholten Schrift von *Ludwig Wahrmund*, Das Kirchenpatronatsrecht und seine Entwicklung in Österreich, 2 Bde., 1894/96 aufgebaut sind.

Nichtsdestoweniger verdient die Untersuchung Beachtung, weil sie einen bestimmten Kreis von zusammengehörigen Rechts-

quellen eingehend geprüft und dabei für dieses Gebiet interessante Ergebnisse zutage gefördert hat.

Nach Zedinek ist die Inkorporation gleichsam ein Kompromiß zwischen den Bischöfen und den Klöstern. Den ersteren sollen die Leitungs- und Aufsichtsrechte über die geistliche Verwaltung des Pfarramtes an den klösterlichen Kirchen erhalten bleiben, während die entbehrlichen Einkünfte den letzteren für den Unterhalt ihrer Mitglieder zufallen. Auf S. 164 schreibt der Verfasser wörtlich: »Was der Kirche früher nicht gelungen war, ist ihr nunmehr gelungen, daß sie durch das Zugeständnis der Inkorporation die Klöster zum Verzicht auf die »pleno iure Pertinenz« und zur praktischen Anerkennung der Präsentationspflicht bewog. Damit war auch der lange Kampf gegen das klösterliche Eigenkirchenwesen, wie es auf dem germanischen Grundrecht aufgebaut war, zu Ende gekommen. Kirche und Klöster haben sich schließlich auf der Formel »Inkorporation—Präsentation« geeinigt.«

Während somit der Verfasser dem Inkorporationsinstitut für die ersten Jahrhunderte seines Bestehens eine gute Seite abzugewinnen weiß, ist dasselbe nach seiner Ansicht seit dem Ende des 14. Jahrhunderts durch den Einfluß der Päpste sehr verschlechtert worden. Denn diese verliehen die Inkorporationsprivilegien jetzt auch ohne und gegen den Willen der Diözesanbischöfe und erteilten den Klöstern die Befugnis, die inkorporierten Pfarrkirchen auch durch ihre eigenen Mitglieder verwalten zu lassen oder dafür amovibele Vikare zu ernennen. »Damit war man zur alten eigenkirchlichen Praxis zurückgekehrt« (S. 184). »Aus finanziellen Motiven hat die päpstliche Kurie alle Angelegenheiten der klösterlichen Pfarren vor ihr Forum gezogen und damit eine Bahn betreten, die sie später bitter bereuen mußte, die Bahn der Rechtslosigkeit, Privilegien- und Geldwirtschaft.«

Die von Zedinek charakterisierten beiden Epochen stimmen mit der allgemeinen kirchlichen Rechtsgeschichte überein. Jedoch hat es der Verfasser unterlassen, die für diese Entwicklung maßgebenden Faktoren der Umwelt auf wirtschaftlichem, religiösem und kirchenpolitischem Gebiete eingehender zu berücksichtigen. Nach dieser Seite hin bedarf die Untersuchung noch einer Ergänzung.

Freiburg i. B.

N. Hilling.

5. *Ludwig Freiherr von Pastor, Geschichte der Päpste seit dem Ausgang des Mittelalters.* XIII. Band. Geschichte der Päpste im Zeitalter der katholischen Restauration und des Dreißigjährigen Krieges. Gregor XV. und Urban VIII. (1621—1644.) Zweite Abteilung: Urban VIII. (1623—1644), zweiter Teil. (XXXVI u. 585—1058.) Freiburg i. B., Herder & Co., 1929. M. 14.—; geb. M. 18.—.

Die zweite Abteilung des XIII. Bandes von Pastors Geschichte der Päpste bringt die Darstellung des Pontifikats Urbans VIII. zum Abschlusse. Vgl. die Besprechung der ersten Abteilung im vorigen Jahrgange dieses Archivs S. 756—758.

Wir lernen in dieser Abteilung vor allem das innerkirchliche Wirken des Papstes und die religiösen und kulturellen Zustände und Ereignisse der Kirche während der Dauer seines langjährigen Pontifikats kennen. Greifen wir aus der großen Fülle des dargebotenen Stoffes zunächst die kirchenrechtlich bedeutsamen Punkte heraus, so hat Urban VIII. 1630 den Kardinälen den Eminenztitel reserviert und 1627 ein besonderes Verfahren für die Informativprozesse bei der Ernennung der Bischöfe eingeführt. Letzteres ist bis zum Dekret der Konsistorialkongregation vom 29. Feb. 1924 in Geltung geblieben. *Acta Apostolicae Sedis* XVI, 160. Ferner errichtete er 1627 das berühmte Collegium Urbanum der Propaganda, führte am 13. September 1642 eine neue Feiertagsordnung ein und erließ 1634 ein Dekret über die Seligsprechung per viam cultus seu casus excepti. Vgl. *CJC. can.* 2125. Auf dem Gebiete der Liturgie hat er sich durch die Verbesserung des Römischen Missale und Breviers verdient gemacht. Vgl. den Namen des Papstes auf dem Titelblatte der neuesten Ausgaben dieser Bücher. Die einzige Heiligsprechung, welche Urban VIII. vornahm, war die des Karmeliterbischofs Andreas Corsini (Fest am 4. Februar).

Von sonstigen wichtigen Ereignissen sind vor allem die Verurteilung des Gallilei und die Entstehung des Jansenismus hervorzuheben. Bezüglich des ersten bemerkt Pastor auf S 630: »Für die Theologen war der Irrtum von 1616 und 1633 auf Jahrhunderte hinaus eine beständige Warnung, die auch beherzigt wurde. Ein zweiter Fall Gallilei ist nicht mehr vorgekommen.«

Einen breiten Raum in der Darstellung hat der Verfasser den Missionen gewidmet, denen Urban VIII. ein eifriger Förderer war. Die ostasiatischen Missionen erlitten infolge des beginnenden

Ritenstreites in China und der blutigen Christenverfolgung in Japan schwere Verluste. Auf dem europäischen Kontinente wurde die Rekatholisierung der skandinavischen Länder und Dänemarks aussichtslos. Die Lage der Katholiken in den Gebieten des großbritannischen Reiches gestaltete sich infolge der Protektion der katholischen Königin Henriette Maria vorübergehend etwas günstiger, jedoch stand die englische Revolution bereits vor der Tür. Der katholisch gewordene Lord Baltimore gründete die nordamerikanische Kolonie Maryland — so benannt nach der Königin von England —, die in der Entwicklung des religiösen Toleranzgedankens eine wichtige Stellung einnimmt.

Der Kirchenstaat litt unter schweren Finanznöten, die durch den unglücklichen Krieg mit dem Herzog von Parma um die in der Nähe von Rom gelegene Festung Castro noch gesteigert wurden.

Seit Pius II. war Urban VIII. der erste Papst, der sich durch Abfassung von Gedichten auf dem Gebiete der schönen Literatur betätigte. Noch bedeutender war sein Einfluß bezüglich der schönen Künste, die unter ihm die Blütezeit des Hochbarocks erlebten. Der bekannte Bronzebaldachin über dem Hochaltar der Peterskirche von der Meisterhand Berninis trägt das Bienenwappen des Barberinipapstes, der auch das Denkmal der Markgräfin Mathilde von Tuscien in St. Peter errichtete und mehrere wertvolle Altarbilder daselbst anbringen ließ. Am 18. November 1626 wurde die neue Peterskirche eingeweiht. Siehe die Lektion des Breviers.

Überaus wertvolle Beiträge liefert Pastor zur Topographie und Baugeschichte der Stadt Rom in dieser Periode. Die Darstellung ist hier vielfach bis in das kleinste Detail durchgeführt. Besonders interessant sind die Beschreibungen der damaligen römischen Pilger- und Fremdenführer sowie der zahlreichen Veduten.

Im Anhange sind unter 60 Nummern ungedruckte Aktenstücke und archivalische Mitteilungen als Belegproben des Textes angefügt.

Wer sich für die Geschichte des Papsttums und der katholischen Kirche während des Dreißigjährigen Krieges näher interessiert, der findet an dem Meisterwerke Pastors einen zuverlässigen Führer und Berater.

Freiburg i. B.

N. Hilling.

6. *Ernst Reckers, Geschichte des Kölner Priesterseminars bis zum Untergang der alten Erzdiözese. Auf Grund ungedruckter Quellen. (XV u. 334.) Köln, J. P. Bachem, 1929.*

Im Frühjahr 1929 wurde das neue Seminargebäude der Erzdiözese Köln in Bensberg eröffnet. Aus diesem Anlaß veröffentlichte Ernst Reckers eine Geschichte des Priesterseminars der alten Erzdiözese Köln. Es handelt sich jedoch nicht um eine bloße Gelegenheitsschrift in gewöhnlichem Sinne, die ad hoc verfaßt wurde, sondern um eine wissenschaftliche Arbeit, die mehrere Jahre in Anspruch nahm und auf eingehendem Studium der größtenteils ungedruckten Quellen aufgebaut ist. Daher erhebt sich die Darstellung auch weit über das Niveau einer Lokalgeschichte, indem der Verfasser bemüht ist, seine Schilderung in den Rahmen der allgemeinen zeitgeschichtlichen Zustände, Strömungen und Ereignisse einzufügen.

Mit Recht ist die Erörterung von dem grundlegenden Seminardekret des Konzils von Trient (cap. 18 Sess. 23 de reform. Quum adolescentium aetas) ausgegangen. Jedoch haftet der dargebotenen Erklärung dieses epochemachenden Kanons meines Erachtens noch etwas zuviel der Charakter einer bloßen Wortinterpretation an, die der ganzen Fülle der in ihm vorhandenen Ideen nicht völlig gerecht wird. Die beiden grundlegenden Gedanken des Seminardekrets sind die Konzentration und die Reformation der Priesterbildung, namentlich des Seelsorgeklerus. Die Reformidee beruht hauptsächlich in der organischen Verbindung von wissenschaftlicher Bildung und asketischer Erziehung. Der obligatorische Charakter der Seminarerziehung wurde allerdings von den tridentinischen Vätern noch nicht festgelegt, jedoch mußte sich derselbe mit der Zeit von selbst durchsetzen, da der Gedanke der Seminarerziehung allen anderen Methoden der Klerikerausbildung überlegen war.

Während in anderen deutschen Diözesen die Seminarinstitute schon früh ins Leben traten, z. B. in Eichstätt 1564, in Würzburg 1570 und in Breslau 1571, wurde das erste Kölner Seminar erst 1615 unter dem Erzbischof Ferdinand von Bayern gegründet. Allerdings hatten die Verhandlungen zwecks der Seminargründung bereits im Jahre 1573 begonnen, jedoch war die Ausführung namentlich wegen der finanziellen Mittel so lange hinausgeschoben. Dieser Mangel an nervus rerum war auch die Ursache, daß über dem Kölner Priesterseminar lange Zeit hindurch ein ungünstiger

Stern waltete und der Seminarbetrieb zweimal für längere Zeit unterbrochen wurde.

Das älteste Kölner Seminar hatte den Charakter eines eigentlichen Alumnats oder einer schola pauperum, in der sämtliche Zöglinge Freistellen hatten. Als Alumnen wurden nur solche Priesteramtskandidaten aufgenommen, die die humanistischen Studien absolviert hatten und sich an der Universität den philosophischen und theologischen Studien widmeten. Ihre Zahl betrug jährlich im Durchschnitt nur $10\frac{1}{2}$. Die Seminarleitung lag in den Händen der Jesuiten. Von der prekären Lage des Seminars zeugt der fünfmalige Wechsel des Seminargebäudes, der innerhalb weniger Jahrzehnte stattfand. Im Jahre 1645 mußte der Seminarbetrieb aus Mangel an materiellen Mitteln völlig eingestellt werden, wozu natürlich der Dreißigjährige Krieg viel beigetragen hatte.

Die Wiederherstellung geschah 1659 unter Erzbischof Max Heinrich von Bayern. Mit der Seminarleitung wurde jetzt ein Weltpriester beauftragt und als Seminargebäude das Margarethenkloster am Dom bestimmt. Die Wirksamkeit dauerte aber nur 15 Jahre, da das Seminar spätestens im Frühjahr 1675 aus Mangel an Mitteln aufgelöst wurde. Nur als juristischer Begriff blieb es noch einige Zeit fortbestehen und wurde 1683 dem Oratorium in Köln inkorporiert, dem hierdurch die geringen Einkünfte für den Unterhalt von drei Priestern zufließen. Im Jahre 1710 wurde diese Inkorporation aber wieder aufgehoben und die Seminareinkünfte für die Unterhaltung korrektionsbedürftiger Priester bestimmt. Damit war das alte Seminar auch nach der materiellen Seite völlig untergegangen, so daß es an jeder sachlichen Verbindung zwischen ihm und der folgenden Neugründung fehlt.

Diese fällt in die Zeit der Aufklärung und ist von Anfang an mit dem Plane verbunden, mit dem ausschließlichen Systeme der Freistellen zu brechen und das Seminar zu einem allgemeinen Institut für die asketische und praktische Ausbildung der Priesteramtskandidaten zu machen. Nachdem das im Jahre 1738 von Erzbischof Clemens August von Bayern eröffnete Seminar zehn Jahre bestanden hatte, wurde der Besuch durch Dekret vom Jahre 1749 allen Weihkandidaten der Kölner Erzdiözese zur Pflicht gemacht. Dieses bedeutete einen sehr großen Fortschritt, der sowohl der allgemeinen theologischen Vorbildung wie der materiellen Lage des Seminars zu gute kam. Leider wurden die guten Wirkungen dieses Dekrets noch durch mehr oder minder häufige

Dispenserteilungen beeinträchtigt. Als Seminargebäude diente zuerst die sog. Glashütte und hernach ein neuerrichtetes Gebäude an der Pfarrkirche St. Johann in Curia, die dem Seminar inkorporiert wurde. Die Leitung lag auf Grund einer großen testamentarischen Stiftung des Herrn von Broich anfänglich in der Hand eines Mitgliedes der Mainzer Priestergenossenschaft von Bartholomaeus Holzhauser, ging aber bald an den Weltpriester Rensing über, der sich sehr um das Seminar verdient machte. Unter den Förderern des Seminars ist auch der letzte Erzbischof Max Franz von Österreich zu erwähnen, der sich persönlich im Seminar auf seine Priesterweihe vorbereitete und die Absicht hatte, einen dreijährigen Seminarkurs für die praktische und asketische Ausbildung der Geistlichen einzuführen.

Um das Referat nicht über Gebühr auszudehnen, muß ich hier abbrechen und kann der Vollständigkeit halber nur noch hinzufügen, daß der Verfasser auch die Geschichte des Priesterseminars der neuen Erzdiözese, das in dem Gebäude des ehemaligen Jesuitenkollegs an der Marzellenstraße untergebracht war, cursorisch behandelt hat.

Die Studie von Ernst Reckers bildet nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Geschichte der klerikalen Bildung, sondern gibt auch wertvolle Aufschlüsse über die allgemeine kirchliche Verfassung und Verwaltung in den ersten Jahrhunderten der Neuzeit bis zur französischen Revolution. Namentlich tritt uns in der Darstellung entgegen, wie bunt der Klerus damals aus den drei verschiedenen Schichten des Clerus primarius, secundarius und tertiarus zusammengesetzt war, was für die einheitliche Seminarerziehung ein großes Hindernis bedeutete. Ebenso ungünstig stellten sich dieser die zahlreichen Patronatsrechte und die verschiedenen landesherrlichen Regierungen gegenüber. Durch die Konsolidierung der Verhältnisse im 19. Jahrhundert ist auf den genannten Gebieten eine wesentliche Besserung eingetreten, deren Früchte vor allem der Seelsorge zustatten kommen.

Für die wirtschaftliche Lage der Kleriker ist bezeichnend, daß in der Erzdiözese Köln bereits im Jahre 1752 der sog. titulus missionis als kanonischer Weihetitel eingeführt wurde.

Freiburg i. B.

N. Hilling.

7. *Hanns J. Christiani, Die Breslauer Bischofswahl von 1841* in ihrem Verlaufe und ihren nächsten Auswirkungen. Ein Beitrag zur Geschichte des Bistums Breslau. (71.) Eisleben, Aug. Klöppel, 1929. M. 1.50.

Es handelt sich um die erste Bischofswahl, die nach der vom Papste befohlenen Verzichtleistung des Fürstbischofs Sedlnitzky in der Diözese Breslau stattfand. Aus der Wahl ging als Kompromißkandidat der Großdechant von Habelschwerd *Joseph Knauer* hervor, der bereits ein Alter von 77 Jahren erreicht hatte und nach 13 monatiger Regierung als Fürstbischof starb. Die Diözese Breslau befand sich damals in der Übergangsperiode vom aufgeklärten Liberalismus zum kirchentreuen Katholizismus.

Der Verfasser hat in seiner fleißigen Studie sowohl die technische Seite der Wahl, wie die Parteistellungen der in Betracht kommenden Wähler und die Stellungnahme der preußischen Regierung anschaulich und sachgemäß geschildert. Jedoch dürfte in allen Punkten noch nicht das letzte Wort gesprochen sein, da das primäre Quellenmaterial aus den Archiven des Domkapitels und des Fb. Ordinariats nicht benutzt worden ist.

Freiburg i. B.

N. Hilling.

8. *Johann Peter Steffes, Religion und Politik.* Eine religions- und kulturwissenschaftliche Studie. [Schriften zur deutschen Politik 21/22.] (XVII u. 233.) Freiburg i. B., Herder & Co., 1919. M. 7.40.

Diese Schrift will laut Vorwort S. VI vor allem mithelfen, das zum Teil durch niedrige Instinkte entwehte politische Leben zu entsühnen und zu vergeistigen und eine Zeit vorzubereiten, in der niemand mehr sich der politischen Arbeit glaubt entziehen zu müssen aus Furcht, gegen den Geist und die Reinheit des Herzens zu sündigen.

Im übrigen ist Art und Form der Studie durch die Sammlung bedingt, in deren Folge sie erscheint. Und nur von deren Voraussetzung aus ist sie daher zu beurteilen.

Mit dem letzten Satze scheint der Verfasser andeuten zu wollen, daß seine Studie einer strengwissenschaftlichen Darstellung entbehrt und für weitere Kreise berechnet ist. Aus diesem Grunde ist es für eine wissenschaftliche Rezension außerordentlich schwer oder beinahe unmöglich, sich in kurzen Ausführungen mit ihr auseinander zu setzen. Denn der Leser vermißt auf Schritt und Tritt die klaren Begriffe und scharfen Unterscheidungen.

Am meisten tritt uns dieser Mangel in den einleitenden Partien über die Geschichte des Verhältnisses von Religion und Politik entgegen. Steffes unterscheidet hier drei verschiedene typische Systeme: 1. die monistische Ineinsetzung, 2. die dualistische Trennung und 3. die harmonisch-teleologische Verbindung. Man kann diese Trichotomie vielleicht noch gelten lassen, ob schon sie nicht ganz logisch ist. Denn der 3. Typus basiert ebenfalls auf dem Grundprinzip des Dualismus. Äußerst bedenklich ist es aber, wenn Steffes als Anhänger des ersten Systems unter anderen auch die russischen Anarchisten (Bakunin, Krapotkin), die Romantiker, Goethe und Schiller und gewisse Gruppen von sog. Freidenkern, Anarchisten und Nihilisten aufzählt. Ich muß gestehen, daß ich diesen Ausführungen nicht zu folgen vermag. Ebenso halte ich es grundsätzlich für verfehlt, die byzantinische Kirche, die russische Orthodoxie und die Lehren der Reformatoren (Luther, Calvin und Zwingli) unter dem Systeme der monistischen Ineinsetzung unterzubringen, da der christlichen Religion der Unterschied von Gott und Welt, von übernatürlichem Glauben und natürlicher Lebensordnung, von Geistlichem und Weltlichem wesensimmanent ist.

Freiburg i. B.

N. Hilling.

9. *Erwin Lange-Ronneberg. Die Konkordate.* Ihre Geschichte, ihre Rechtsnatur und ihr Abschluß nach der Reichsverfassung vom 11. August 1919. [Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft, Sektion für Rechts- und Staatswissenschaft 51.] (XII u. 273.) Paderborn, Schöningh, 1929. M. 12.—.

Die ersten beiden Abschnitte dieser Schrift, welche die Geschichte und die Rechtsnatur der Konkordate betreffen, entsprechen meines Erachtens nicht den Anforderungen, die an eine moderne wissenschaftliche Arbeit zu stellen sind.

Was den geschichtlichen Rückblick auf die Konkordate (S. 10—46) anbetrifft, so beschränkt sich dieser, abgesehen von dem französischen Konkordate des Jahres 1801, das wegen des früheren deutschen Reichslandes Elsaß-Lothringen herangezogen wurde, auf die deutschen Konkordate. Die Darstellung ist rein schematisch und äußerlich. Mit welcher Unbefangenheit der Verfasser gearbeitet hat, erhellt schon daraus, daß er die wichtigsten neuesten Quellen- und Literaturwerke, z. B. die *Raccolta di Concordati* von 1919, die Abhandlung von Hussarek über das Österreichische Konkordat von 1855 und die Biographie Vigeners von

Bischof Ketteler, die wegen der hessischen Übereinkunft von 1854 in Betracht kommt, einfach übergangen hat. Das Privileg Leos VIII. von 963 (S. 10) über die kaiserliche Investitur der Bischöfe hält L.-R. für echt, obwohl seine Fälschung längst nachgewiesen ist. Wessenberg wird S. 16 irrtümlich als Weihbischof von Konstanz bezeichnet. Bei der folgenden Untersuchung über die Rechtsnatur der Konkordate (S. 47—144) hat der Verfasser hauptsächlich über die Literatur referiert. Der Wert dieser Referate wird aber dadurch erheblich herabgemindert, daß an vielen Stellen nicht auf die primären Quellen zurückgegangen ist. Die gegen die Vertragstheorie seitens hervorragender katholischer Kanonisten erhobenen Einwände haben nach meinem Dafürhalten keine genügende Widerlegung gefunden. Von der neuesten Literatur ist das beachtenswerte Werk von *B. Ojetti*, *Commentarium in CJC. Lib. I* (1927) nicht berücksichtigt. Auffallende historische Schnitzer finden sich auf S. 93, wo die Konstitution »*Ecclesia Christi*« von 1801 dem Papste Pius VI., und auf S. 94, wo die Konsistorialallokution vom 21. November 1921 Pius XI. zugeschrieben wird. Die Schreibweise Vehring statt Vering (S. 96) beruht wohl auf einem Druckfehler. Wenn L.-R. S. 110 als sicher hinstellt, daß das Territorium des Vatikanischen Palastes und seiner nächsten Umgebung einen zu winzigen Umfang habe, um als Staatsgebiet angesehen werden zu können, so ist diese Behauptung bereits durch die jüngsten Lateranverträge vom 11. Februar 1929 praktisch widerlegt.

Bedeutend besser ist der letzte Abschnitt über die Reichsverfassung und die Konkordate ausgefallen. Hier offenbart sich der Verfasser als wirklichen Fachmann, der die betreffende Materie beherrscht. Man ist daher versucht, in diesem Teile den eigentlichen Kern zu erblicken, dem die anderen beiden zum Zwecke der Abrundung der Arbeit äußerlich vorgesetzt sind. Allerdings kann ich mich mit einigen Darlegungen nicht einverstanden erklären. Ich sehe z. B. nicht ein, warum das Deutsche Reich von 1871 kein Konkordat mit dem Apostolischen Stuhle schließen konnte. Nach der Auffassung des letzteren ist tatsächlich ein Vertragsschluß zwischen ihm und dem Deutschen Reiche zustande gekommen, indem das französische Konkordat von 1801 für Elsaß-Lothringen von neuem bestätigt wurde. Vgl. *Ernst Thiele*, Die deutsche Regierung und das Konkordat im Elsaß nach 1870, in: *Archiv für elsäßische Kirchengeschichte* 1927, 349 ff. Entschieden zu weit geht die Behauptung auf S. 217, daß das staatliche Besetzungs-

recht der Theologie-Professuren an den kath.-theologischen Fakultäten in Bayern ein Recht ohne realen Inhalt darstelle. Ebenso die Bemerkung auf S. 273, daß die früher mit Bayern und Österreich abgeschlossenen Konkordate eine Quelle andauernder Streitigkeiten gewesen seien. Solche maßlose Übertreibungen können leicht dazu dienen, den Gegnern der Konkordate Wasser auf die Mühle zu liefern. Die Schrift von *Karl-Dietrich Schott*, Sind die bayerischen Kirchenverträge des Jahres 1924 rechtsgültig? (1928) hat L.-R. anscheinend nicht mehr benutzen können.

Freiburg i. B.

N. Hilling.

10. *Joseph Lammeyer, Die juristischen Personen der katholischen Kirche*, historisch und dogmatisch gewürdigt auf Grund des neuesten kirchlichen und staatlichen Rechts. (240.) Paderborn, Schönnigh, 1929. M. 7.—.

Eine sehr fleißige und verdienstvolle Arbeit, die der kirchenrechtlichen Theorie und Praxis zustatten kommt. Die historischen Erörterungen machen den größeren Teil des Buches (S. 1—134) aus und liefern an der Hand der urkundlichen und literarischen Quellen den Nachweis, daß sowohl im justinianeischen, wie germanischen und dem späteren kanonischen Recht die einzelnen kirchlichen Anstalten mit dem Rechte der juristischen Persönlichkeit ausgestattet waren. Bezüglich des Apostolischen Stuhles, der Bistümer, Dom- und Kollegiatkapitel, der Seminare, Universitäten, Pfarrkirchen, Klöster, kirchlichen Anstalten und Stiftungen wird dieser Nachweis im einzelnen geführt. Auf die Theorie der juristischen Personen ist der Verfasser nur ganz kurz eingegangen, indem er S. 131—134 die Fiktionstheorie Innozenz' IV. durch einige Sätze erläutert. Man wird daher zur Ergänzung dieser Ausführungen den III. und IV. Band des deutschen Genossenschaftsrechts von *Otto von Gierke* heranziehen müssen, der die Lehre der Kanonisten bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts eingehend dargestellt hat.

Der dogmatische Teil behandelt im ersten Abschnitte die allgemeinen Bestimmungen des Codex Jur. Can. über den Begriff, die Einteilung, Rechts- und Handlungsfähigkeit und das Erlöschen der juristischen Personen. Zuletzt wird die Theorie des CJC. kurz besprochen. Der zweite Abschnitt führt uns die einzelnen juristischen Personen (Korporationen und Anstalten) an der Hand des neuen Kirchlichen Gesetzbuchs vor Augen. Im dritten Abschnitte werden die Bestimmungen des deutschen

staatlichen Rechts bezüglich der juristischen Personen der Kirche zusammengefaßt, wobei zwischen der Gesetzgebung vor und nach 1919 unterschieden wird.

Lammeyer teilt S. 19 die juristischen Personen in Vereine (*universitates personarum*) und in Stiftungen (*universitates rerum*) ein unter Ausschluß der Anstalten, die in den Stiftungen aufgehen. Meines Erachtens ist diese Einteilung nicht glücklich. S. 126 spricht er sich im Hinblick auf das frühere Recht vor dem CJC. für den Anstaltscharakter der Orden und Kongregationen aus. Hiermit steht aber schlecht in Einklang, daß im zweiten Teile, der das Recht des CJC. darstellt, die religiösen Genossenschaften unter den Korporationen besprochen werden. Hat denn der CJC. in can. 488 no. 1 den Begriff völlig verändert? Die juristischen Personen haben kein *domicilium*, sondern eine *sedes*. (S. 149.) Vgl. hierzu auch die can. 719 und 724. Die Frist für das rechtliche Erlöschen der juristischen Personen in can. 102 § 1 beginnt erst mit dem Inkrafttreten des CJC. zu laufen. (S. 162.) Das Bischöfliche Ordinariat besitzt meines Erachtens keine eigene juristische Persönlichkeit, sondern der Eigentumsträger ist die Diözese bzw. der Bischöfliche Stuhl. (S. 178.) Für die Patriarchal- und Metropolitanstühle kommt eine eigene juristische Persönlichkeit schwerlich in Betracht, da die juristische Person der Bischofsstühle für sie ausreicht. (S. 194.) In dem italienischen Konkordate vom 11. Februar 1929 Art. 29a ist nur von der juristischen Persönlichkeit der Diözesen die Rede. Den Windthorstbünden und der Görresgesellschaft kann nach meinem Dafürhalten nicht die juristische Persönlichkeit von der Kirche verliehen werden, da sie nicht die Zwecke verfolgen, die für einen kirchlichen Verein (can. 685) oder eine kirchliche Anstalt (can. 1489 § 1) vorgeschrieben sind. (S. 204.)

Freiburg i. B.

N. Hilling.

11. *Christian Greinz, Die fürsterzbischöfliche Kurie und das Stadtdekanat Salzburg.* Ein Beitrag zur historisch-statistischen Beschreibung der Erzdiözese Salzburg. (VIII u. 424.) Salzburg, Verlag des fürsterzbischöflichen Konsistoriums, 1929. M. 12.—

In der Form eines Schematismus enthält dieses Buch eine historisch-statistische Beschreibung namentlich der Zentralbehörden des Bistums (Bischöflicher Stuhl, Diözesankurie, Domkapitel, Theologische Fakultät und Priesterseminar) und der Pfarreien der Stadt Salzburg (Kirchen, Klöster, Kirchliche Anstalten und Vereine).

Im ersten Teile sind nach der Diözesankurie kirchenrechtliche Abhandlungen über das Kirchenvermögen, den Kirchenpatronat und die Baukonkurrenz, das Pfründenvermögen, den Tischtitel und die Delizientenversorgung eingeschaltet. Am Schlusse finden sich zusammenfassende Darstellungen des kirchlichen Schulwesens, der kirchlichen Armenpflege, des kirchlichen Vereinswesens, der katholischen Presse und des kirchlichen Begräbniswesens.

In erster Linie ist das Werk für die Geistlichen und Laien der Diözese Salzburg bestimmt. Diese finden darin einen großen Schatz von historischen Nachrichten, statistischen Mitteilungen und praktischen Belehrungen, den der Verfasser mit wahrem Bienenfleiß zusammengetragen hat. Die sehr dankenswerten Literaturangaben ermöglichen sowohl eine Kontrolle wie eine tiefere wissenschaftliche Forschung.

Für das allgemeine Kirchenrecht in Deutschland sind besonders die Ausführungen über die Legaten- und Primatenwürde der Salzburger Erzbischöfe von Interesse. Das Metropolitankapitel hat nach der Neuordnung von 1817 und 1825 noch zwei Domizellarenstellen, die aber seit mehreren Jahrzehnten nicht mehr besetzt wurden. Im Jahre 1912 führte Erzbischof Kaschthaler das Amt der Generaldekane ein, die als erzbischöfliche Kommissare die Dekanatpfarreien visitieren. Ihre Zahl beträgt zwei. Nachdem Salzburg 798 unter Arno zum Erzbistum erhoben war, regierten dort 72 Erzbischöfe, von denen 9 zur Kardinalswürde befördert wurden. Zu den berühmtesten Klöstern in Deutschland zählen die Erzabtei St. Peter, mit der lange Zeit das Erzbistum verbunden war, und die Abtei der Benediktinerinnen Nonnberg.

Nicht ganz korrekt spricht der Verf. auf S. 5 von einem Nordtiroler *Bistum*. S. 58 wird die Abfassung einer Kanonikerregel dem *Wormser* Bischof Chrodegang zugeschrieben.

Das Erzbistum Salzburg hat infolge des Weltkrieges durch den Verlust der Suffrangbistümer Trient, Brixen und Lavant schwer gelitten. Unser Schematismus zeigt aber, daß die engere Diözese und die Stadt Salzburg noch über zahlreiche Kirchen und kirchliche Anstalten verfügen. Es wird Aufgabe der heutigen und der zukünftigen Generationen sein, diese Hilfsmittel für das kirchliche Leben nutzbar zu machen, damit die ruhmreiche katholische Tradition in würdiger Weise fortgesetzt wird. Hierzu kann auch das verdienstvolle vorliegende Handbuch einen Teil beitragen.

Freiburg i. B.

N. Hilling.

12. *Philippus Maroto, De extraordinario Jubilaeo anni 1929.* [Bibliotheca »Commentarii pro Religiosis« Vol. II.] (87.) Roma, Tip. pol. »Cuore di Maria«, 1929. L. 10.—.

Nach dem wörtlichen Abdruck der Jubiläumsbulle »Auspicantibus Nobis« vom 6. Jan. 1929 gibt der Verfasser eine solide und gründliche Auslegung ihres Inhalts. Die Bedeutung der Ausdrücke »Incolae et advenae« wird von Maroto in suspenso gelassen (27). Für die Länge der Gebete nach der Meinung des Hl. Vaters verweist er auf die communis sententia et praxis, nach der 5 Vater unser, Ave Maria und Ehre sei dem Vater oder andere äquivalente Gebete genügen (41). Die Einholung des Rates des Beichtvaters bezüglich der Höhe des Almosens ist nicht absolut notwendig (50).

Freiburg i. B.

N. Hilling.

13. *Franz Triebs, Praktisches Handbuch des geltenden kanonischen Eherechts* in Vergleichung mit dem deutschen staatlichen Eherecht. Für Theologen und Juristen. III. Teil. (VIII u. S. 437—556.) Breslau, Ostdeutsche Verlagsanstalt, 1929. M. 5.50; Geb. M. 7.—.

Der vorliegende dritte Teil des Triebschen Handbuchs des geltenden kanonischen Eherechts behandelt die Lehre von dem ehelichen Konsens. Der Gegenstand ist dem Umfange nach zwar klein, der Bedeutung nach aber sehr groß. Es ist daher mit hoher Freude zu begrüßen, daß es dem Breslauer Kanonisten trotz seines fortschreitenden Augenleidens gelungen ist, diesen Zentraltraktat des kanonischen Eherechts mit gewohnter Gründlichkeit und Selbständigkeit zu bearbeiten.

Nach den ausführlichen Besprechungen, die ich bereits in Band 105, 293 ff. und Band 107, 760 ff. den beiden ersten Teilen dieser Monographie gewidmet habe, erübrigt es sich, auf die allgemeine Charakterisierung des Werkes nochmals näher einzugehen. Abgesehen von dem § 62 über die Gewalt und Drohung, bei dem ich eine ausführlichere Erörterung über die ungerechte Furcht, z. B. die Drohung mit einer Strafanzeige, einer Exmission wegen rückständiger Wohnungsmiete, gewünscht hätte, sind sämtliche Abschnitte für die Theoretiker und Praktiker des kanonischen Eherechts belehrend und anregend.

Der Ausdruck »omne ius ad coniugalem actum« in can. 1080 § 2 bedeutet nach meinem Dafürhalten nicht jegliches Recht, sondern das ganze Recht. Wer daher einen Teil des Rechts, z. B.

das Recht der Kindererzeugung nach der Geburt des zweiten Kindes, ausschließt, geht keine gültige Ehe ein. S. 489. Die Unterscheidung zwischen dem Verpflichtungs- und Erfüllungswillen ist zwar subtil und in der Praxis schwer durchführbar; in der Theorie aber erscheint dieselbe ebensowohl bezüglich der Unauflösbarkeit wie der Einheit der Ehe möglich. Allerdings ist eine befristete Ehe von vornherein ungültig, aber der Verpflichtungswille reicht aus, um eine unauflösbare Dauerehe zu begründen. Denn in der Regel genügt für das Zustandekommen eines Vertrages der Verpflichtungswille. Zur Erfüllung des Vertrages kann die Partei auch gegen ihren Willen gezwungen werden. S. 492. Bezüglich der Eheschließung ist eine Leistungs- oder Forderungsklage gemäß can. 1017 § 3 ausgeschlossen; jedoch hält Trieb's eine Feststellungsklage für zulässig. Meines Erachtens ist auch die letzte als Hauptklage ausgeschlossen, da ein bloßes Feststellungsurteil, dem die Möglichkeit jeder gerichtlichen Exekution fehlt, völlig zwecklos ist. Ist dem Verfasser ein praktisches Beispiel einer solchen Feststellungsklage bekannt? S. 507. Nach dem neuen Recht, so behauptet Trieb's S. 509, wird die direkte Einflößung der Furcht zum Zwecke der Eheschließung nicht mehr gefordert. Das zum Beweise angeführte Beispiel dürfte aber nicht ausreichen. Denn eine Mutter, die ihren Sohn zur Heirat mit einer vornehmen Dame zwingt, um eine Mißheirat zu verhüten, will doch unmittelbar die gewünschte Eheschließung herbeiführen. Im Gegensatz zur *opinio communis* vertritt Trieb's S. 528 f. bezüglich der in can. 1092 no. 1 erwähnten Bedingungen die Fiktions- statt der Präsumtionstheorie. Ich kann dem nicht zustimmen, da bezüglich der positiven Erfordernisse des Ehwillens, der durch keine menschliche Gewalt ergänzt werden kann, jede kirchenrechtliche Fiktion abgelehnt werden muß. Warum die biblische Josephehe kein kanonistisches Problem sein soll, will mir durchaus nicht einleuchten. S. 536. Unrichtig ist das S. 538 angeführte Beispiel bezüglich der *condicio contra bonum fidei*. Denn obwohl der Ehebruch die Ehe nicht dem Wesen nach zerstört, ist doch die gegenseitig erteilte Erlaubnis zur Begehung eines Ehebruchs mit dem Wesen des Ehekonsenses, durch den ein *ius exclusivum in corpus* übertragen wird, nicht vereinbar.

Möge es dem verdienten Verfasser vergönnt sein, sein Werk, das der kirchenrechtlichen Wissenschaft zu hoher Ehre gereicht, bald zu Ende zu führen!

Freiburg i. B.

N. Hilling.

14. *Hans Liermann, Staat und evangelisch-protestantische Landeskirche in Baden während und nach der Staatsumwälzung von 1918.* [Veröffentlichungen des Vereins für Kirchengeschichte in der evang. Landeskirche Badens 2] (87.) Lahr in Baden, Schauenburg, 1929.

Die evangelisch-protestantische Landeskirche Badens hat die durch die Staatsumwälzung von 1918 hervorgerufenen Erschütterungen und Veränderungen verhältnismäßig leicht überwunden. Sie verdankt dieses hauptsächlich den beiden Umständen, daß 1. durch das Badische Gesetz vom 9. Oktober 1860 bereits ihre grundsätzliche Selbständigkeit ausgesprochen war und 2. die unter der Führung des Zentrums stehende Regierung und Volksvertretung in Baden während der letzten zehn Jahre zu den Kirchen eine wohlwollende Stellung einnahm.

Besonders interessant ist der von Liermann im ersten Abschnitte erbrachte Nachweis, daß sich die Verfassung der evangelisch-protestantischen Landeskirche Badens dank dem Entgegenkommen des letzten Großherzogs durch das provisorische Gesetz vom 20. November 1918 auf legitime Weise umgewandelt hat. Der Großherzog verzichtete darin bis auf weiteres auf die Ausübung seiner Rechte als oberster Landesbischof und übertrug das Kirchenregiment an den Oberkirchenrat.

Der zweite Abschnitt über das Verhältnis von Kirche und Staat auf Grund der Badischen Verfassung vom 21. März 1919 ist von geringerer Bedeutung, weil die kirchenpolitischen Bestimmungen der letzteren bald durch die Reichsverfassung vom 14. August 1919 ersetzt wurden.

Im folgenden Abschnitt, der die Reichsverfassung behandelt, erblickt Liermann für die badische Landeskirche darin ein günstiges Moment, daß sie zusammen mit dem badischen Staate der obersten Reichsgesetzgebung unterstellt wurde. Hierdurch sei ein Koordinationsverhältnis zwischen Kirche und Staat herbeigeführt worden. Diese Auffassung ist indessen etwas zu optimistisch. Man könnte die Sache auch so auffassen, daß die Kirche statt des einen Herrn jetzt zwei erhalten habe. In Wirklichkeit wird der Nutzen oder Nachteil der Kirche von der faktischen Stellungnahme der staatlichen Organe des Landes und des Reiches abhängen. Die badischen Kirchensteuergesetze vom 30. Juni 1922 sind nach dem Verfasser mit der Reichsverfassung nicht vereinbar, weil sie in das selbständige Verfassungsleben der evang.-protestantischen Kirche eingreifen. Bezüglich des Kirchenvermögensgesetzes vom

7. April 1927 vertritt er die Meinung, daß der Staat weiterhin verpflichtet sei, den in der Vereinbarung vom 1. Juli 1908 festgesetzten Aufwand für die Verwaltung des evangelischen Kirchenvermögens zu tragen.

Der Schlußabschnitt hat die Staatsleistungen an die Kirche zum Gegenstande und führt uns sieben verschiedene Gruppen von Staatsleistungen vor Augen, deren Ablösungspflicht der Verfasser im einzelnen an der Hand der Reichsverfassung untersucht. Auf die Ergebnisse dieser Rechtsausführungen kann an dieser Stelle im einzelnen nicht näher eingegangen werden. Jedoch verdient bemerkt zu werden, daß das Mitglied der Freiburger Juristenfakultät bemüht gewesen ist, die finanziellen Ansprüche der Kirche an den Staat nach Möglichkeit zu verteidigen.

Freiburg i. B.

N. Hilling,

15. *Eduard His, Geschichte des neueren Schweizerischen Staatsrechts.* II. Band: Die Zeit der Restauration und der Regeneration 1814 bis 1848. (XXIII u. 774.) Basel, Helbing & Lichtenhahn, 1929. Fr. 30.—.

Der erste Band dieses umfangreichen Werkes erschien im Jahre 1920 und wurde in Band 100, 187 f. dieser Zeitschrift kurz angezeigt. Er behandelte die Zeit der Helvetik und der Vermittlungsakte 1798 bis 1813.

Der vorliegende zweite Band setzt die im ersten begonnene Darstellung des neueren Schweizerischen Staatsrechts fort und erstreckt sich über die Periode von 1814 bis 1848. Durch die revolutionäre Bewegung von 1830 wird dieser Zeitraum in zwei fast gleich lange Teile eingeteilt. Der erste ist durch die Restaurationsarbeit der konservativen Kräfte, der zweite durch die Fortschrittsbestrebungen des Liberalismus und Radikalismus gekennzeichnet. Am Ende der Periode gewannen die radikalen Strömungen die Oberhand und führten zur Klosteraufhebung namentlich des Kantons Aargau und zum Sonderbundskriege zwischen den katholischen und evangelischen Kantonen.

Der Verfasser gibt im ersten Kapitel einen allgemeinen Überblick über den historischen Verlauf der staatsrechtlichen Entwicklung, legt hierauf im zweiten die dem Entwicklungsgange zu Grunde liegenden staatsrechtlichen Theorien dar und entwirft sodann in den folgenden Kapiteln eine eingehende Schilderung der Einzelpunkte des Schweizerischen Staatsrechts in systema-

tischer Reihenfolge. In der Schlußbetrachtung sind die Ergebnisse der Untersuchung kurz zusammengefaßt.

Wenn der Verfasser auch nicht den Standpunkt des katholischen Staats- und Staatskirchenrechts teilt, so zeugt seine Darstellung doch überall von dem Bestreben nach wissenschaftlicher Objektivität, das auch den Anschauungen und Gefühlen anderer gerecht zu werden sucht und das offenbare Unrecht tadelt. Die Ausführung der Arbeit war um so schwieriger, als der Schwerpunkt der Rechtsbildung während unserer Periode auf den 25 Einzelkantonen beruhte, die nur zu einem losen Staatenbunde vereinigt waren. Trotzdem ist der umfangreiche und vielgestaltige Stoff zu einem klaren und übersichtlichen Bilde zusammengefaßt und gut verarbeitet.

Die Leser des Archivs für katholisches Kirchenrecht interessiert am meisten das XVII. Kapitel über das Verhältnis des Staates zur Kirche. In demselben werden hauptsächlich die Neuzirkumscription der sechs Schweizerischen Diözesen, das Recht der Bischofswahl, die Bildung und Anstellung der Pfarrer, die Kirchengüter und die Rechtsstellung der Klöster behandelt. Von dem öffentlichen Unterrichtswesen ist im XX. Kapitel die Rede. Infolge der Einflüsse Josephs II. und Wessenbergs zeigt die Schweizerische Kirchenpolitik starke Züge der staatlichen Bevormundung über die Kirche, die mit demokratischen Tendenzen vermischt sind.

Nachzutragen sind einige Änderungen bezüglich der Schweizerischen Bistumsverfassung aus den letzten Jahren. Das alte Bistum Lausanne mit dem Sitze in Freiburg führt jetzt den Titel Lausanne-Genf-Freiburg. Vgl. dieses Archiv 105, 279. Seit dem Jahre 1924 hat das Bistum auch ein Domkapitel, das aus dem früheren Stiftskapitel St. Nikolaus in Freiburg entstanden ist. a. a. O. Bezüglich der Sittener Bistumsfrage hat Benedikt XV. im Jahre 1918 die Entscheidung gefällt, daß die Ernennung des Bischofs allein dem Apostolischen Stuhle zusteht. Damit ist die seit 300 Jahren bestehende Übung, wonach der Landrat bzw. der Große Rat aus einem vom Domkapitel unterbreiteten Vierervorschlag den Bischof auswählte, verworfen. Siehe dieses Archiv 99, 150.

Freiburg i. B.

N. Hilling.

6. *Josephus Fröbes S. J., Psychologia speculativa*. In usum scholarum. 2 Bde. 8°. Tomus I: *Psychologia sensitiva* (VIII u. 254 S.), 4.— M., geb. 5.50 M. Tomus II: *Psychologia rationalis* (VI u. 344 S.), 5.20 M., geb. 6.70 M. Freiburg i. B. (Herder & Co.), 1927.

Das vorliegende Werk bildet eine gewisse Fortsetzung und Ergänzung des vom gleichen Verfasser stammenden ausgezeichneten »Lehrbuchs der experimentellen Psychologie« (I^s 1923, II^s 1922), der z. Zt. besten Darstellung dieses Gebietes, und behandelt jene psychologischen Fragen, welche, obzwar im Anschluß an das empirisch gewonnene Material, so doch nicht mehr allein auf Grund der Empirie gelöst werden können und bei denen die philosophische Spekulation zu Hilfe genommen werden muß. Es sind alte wie neue Problemstellungen, die dabei auftauchen, und alte und älteste wie neue und neueste Antworten finden bei Fröbes ihre Behandlung. Das Bestreben des Verfassers geht dahin, die Lehre der scholastischen Psychologie mit den Ergebnissen moderner Forschungen zu einer systematischen Einheit zu verbinden.

Der erste Band behandelt zunächst allgemeine Fragen der spekulativen Sinnespsychologie (u. a. wichtige Themen der Tierpsychologie); sodann einzelne Probleme, vornehmlich eingeteilt nach äußerem und innerem sinnlichem Erleben. Das Schwergewicht des Werkes liegt zweifellos beim zweiten Bande, der sich mit dem Verstandes- und dem Willensleben sowie mit dem Wesen der Seele befaßt. Besondere Aufmerksamkeit finden dabei naturgemäß das Problem der Willensfreiheit, die Fragen nach Substantialität und Unsterblichkeit der Seele und schließlich das heute wieder besonders erörterte Thema des Verhältnisses von Leib und Seele.

Man möchte dem gediegenen und anregungsreichen Werke eine deutsche Ausgabe wünschen, in der dann aber wohl für die vielen in Diskussion stehenden Einzelfragen die etwas starre und nicht jedem eingängige Form scholastischer Disputationssyllogistik einer flüssigeren und durchsichtigeren Darstellungsart weichen sollte.

Freiburg i. B.

Martin Honecker.

Literaturverzeichnis. ^{1 u. 2).}

I. Lehrbücher.

- Cance, A., *Le Code de Droit Canonique*. Tom. III. 12°. (530.) Paris, Gabalda, 1929. Fr. 25.—.
- Vito, P., *Questioni canoniche*. Vol. II. (166.) Napoli, Picone, 1928. L. 11.—.

II. Rechtsphilosophie und Soziologie.

- Sauer, Wilh., *Lehrbuch der Rechts- und Sozialphilosophie*. (347.) Berlin-Grunewald, Rothschild, 1929. Geb. M. 16.—.
- Rothe, T., *L'Esprit du Droit chez les Anciens*. (156.) Paris, Recueil Sirey, 1928. F. 3.—.
- Glunzler, Wilh., *Rechtsschöpfung und Rechtsgestaltung* 2. Aufl. (80.) München, Otto Maidl, 1930.
- Grieff, Walther, *Naturrechtliche Strömungen der Gegenwart*. (XI u. 102.) Jur. Diss. Freiburg i. B. 1927.
- Stockhammer, M., *Begriff und Bedeutung der Rechtspositivität*, in: *Zeitschrift für öffentliches Recht* VIII, 571 ff.
- Laserson, Max, *Revolution und Recht*, in *Zeitschrift für öffentliches Recht* VIII, 563 ff.
- Sommer, Franz, *Kritischer Realismus und positive Rechtswissenschaft. Beiträge zum Problem der Rechtswissenschaft als Realwissenschaft*. I. Band. *Das Reale und der Gegenstand der Rechtswissenschaft*. (288.) Leipzig, F. Meiner, 1929.
- Dempf, Alois, *Sacrum Imperium. Geschichts- und Staatsphilosophie des Mittelalters und der politischen Renaissance*. (574.) München, Oldenbourg, 1929. M. 20.—.
- Arendt, Wilhelm, *Die Staats- und Gesellschaftslehre Alberts des Großen*. [Deutsche Beiträge zur Wirtschafts- und Gesellschaftslehre 8.] (93.) Jena, Gustav Fischer, 1929. M. 5.—.
- Schilling, Otto, *Katholische Sozialethik*. München, Max Hueber, 1929. M. 6.30.
- Steffes, Peter, *Religion und Politik*. [Schriften zur Deutschen Politik 21/22.] (XVII u. 233.) Freiburg i. B., Herder & Co., 1929. M. 7.40.

1) Vom Herausgeber zusammengestellt.

2) Wo das Format nicht angegeben, ist 8° zu ergänzen.

III. Allgemeine Grundbegriffe.

- Michiels, G.**, *Normae generales iuris canonici. Commentarium libri I Codicis J. C.* 2 Voll. (XV u. 521; XX u. 541.) Lublin, Uniwersytet katolicki, 1929.
- Bernhardt, Erich**, *Die normae generales des codex juris canonici.* (78.) Jur. Diss. Marburg, 1927.
- Nawiaſky, Hans**, *Zur Lehre vom Gewohnheitsrecht*, in: *Festschrift zur Feier des 50 jährigen Bestehens des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs* 1929, 156 ff.
- Leß, Günter**, *Recht und Fiktion. Eine systematische Untersuchung zur Rechtserkenntnistheorie und Rechtstechnik.* (129.) Jur. Diss. Breslau 1926.
- D'Angelo, Sosio**, *De »canonizatione« in Codice J. C.*, in: *Apollinaris* II, 291 ff.

IV. Quellen- und Literaturkunde.

- Lijdsman, Bern.**, *Introductio in Jus canonicum cum uberiori fontium studio.* Vol. II: *De fontibus cognoscendi juris canonici periodus II et III.* (165—449.) Hilversum (Holland) Paul Brand, 1929.
- Linderbauer, B.**, *Die Klosterregel des h. Benedikt übersetzt.* (103.) Metten, Benediktinerstift, 1928. M. 1.40.
- Boye, Martin**, *Quellenkatalog der Synoden Deutschlands und Reichsitaliens von 922—1059*, in: *Neues Archiv der Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde* 48, 45 ff.
- Aegidius Romanus**, *De ecclesiastica potestate.* Herausgeg. von Richard Scholz. (215.) Weimar, Böhlau, 1929. M. 16.—.
- Haller, J.**, *Zur Lebensgeschichte des Marsilius von Padua*, in: *Zeitschrift für Kirchengeschichte* 1929, 166 ff.
- Otto, H.**, *Zur Frage nach der Datierung und Überlieferung des Defensor pacis.* (Eine Entgegnung), in: *Neues Archiv* 48, 174 ff.
- Overmann, A.**, *Urkundenbuch der Erfurter Stifter und Klöster. Teil II: Die Urkunden der Stifter St. Marien und S. Severi.* (1331—1400.) (VIII u. 688.) Magdeburg, Histor. Kommission, 1929. M. 20.—.
- Willecx, P.**, *L'introduction des décrets du Concile de Trente dans les Pays-Bas et dans la Principauté de Liège.* (XXX u. 318.) Louvain, Uystpruyst, 1929.
- Wrochem, Albrecht von**, *Das Konkordat vom 11. Februar 1929, abgeschlossen zwischen dem Hl. Stuhl und Italien. Amtlicher Wortlaut und deutsche Übersetzung.* [Hamburgische

Universität. Abhandlungen und Mitteilungen aus dem Seminar für öffentliches Recht 22.] (28.) Hamburg, Kommissionsverlag Lütcke & Wulff, 1929.

V. Verfassungsrecht.

Löhr, Jos., Die Rechtsstellung des Hospitalseelsorgers am Heiliggeisthospital zu Weilheim in Oberbayern, in: Theologische Quartalschrift 110, 141 ff.

Walzer, R., Katholische Aktion, in: Benediktinische Monatschrift 1929, 360 ff.

Cremers, Die Katholische Aktion. Grundsätzliches über deren Wesen, Zweck und praktische Durchführung. (VIII u. 200.) Regensburg, Verlagsanstalt, 1929. Kart. M. 4.50.

VI. Verwaltungsrecht.

Schembri, A. M., De sacramentis. Vol. I. (VIII u. 174.) Turin, Marietti, 1929. L. 7.—.

Umbert, J. B., Quo iure haereticis et schismaticis sacramenta sint neganda, in: Periodica de re morali, canonica et liturgica 1929, 97* ff.

Vermeersch, A., Practica disquisitio de sacramentis conferendis vel negandis acatholico, in: Periodica de re morali, canonica et liturgica 1929, 123* ff.

Illa-Barry, J., De sacra communione ministranda in Missa conventuali vel paroeciali nocte Nativitatis Domini, in: Angelicum 1929, 402 ff.

Darmanin, P. A., De reservationis peccatorum natura, in: Angelicum V, 214 ff.

Cappello, F. M., Tractatus de Jubilaeo, quod vertente anno 1929 SS. D. N. Pius Pp. XI extra ordinem indixit. (44.) Romae, Univ. Grégoriana, 1929. L. 2.50.

Nass, Otto, Das Recht der Feiertagsheiligung. (VII u. 90.) Berlin, Heymann, 1929. M. 4.—.

Demmel, H. J., Die römisch-katholische Kirche und ihre Stellung zur Feuerbestattung. (95.) Köln, Libertas-Druckerei, 1928. (Altkatholischer Verfasser.)

Gamele, G. M., La formazione del Clero. Teoria e pratica. (XX u. 435.) Bologna, Seminario arcivescovile, 1929. L. 20.—.

Pistocchi, M., De re beneficiis iuxta canones Cod. Jur. Can. Lib. III, Pars V, Tit. XXV. (512.) Torino, Marietti, 1928. L. 15.—.

Weissenstein, Hildegard, Die Beneficien nach dem Codex juris canonici und dem Bayerischen Staatskirchenrecht. 4°. (96.) Jur. Diss. Würzburg 1927. (Mit Maschinenschrift.)

Ruby, Karl, Die rechtliche Natur des Kirchenpatronats. Eine vorwiegend kritische Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung bayerisch-rechtlicher Verhältnisse und der Antithese von privatem und öffentlichem Recht. (104.) Jur. Diss. Würzburg 1927.

Ziegler, A., Die Nominations- und Präsentationsrechte der Universität München. (X u. 163.) München, Pfarramt St. Benno, 1929. M. 6.50.

VII. Prozeß- und Strafrecht.

Korr, Wilhelm, Die Appellation an die Sacra Rota Romana nach geltendem kanonischem Recht. (72.) Jur. Diss. Bonn 1927.

D'Angelo, S., De restitutione in integrum iuxta canonem 1905 § 2, 4^o, in: Periodica de re morali, canonica et liturgica 1929, 37*.

Noval, J., De conatu delicti et eius punitione iuxta Codicem J. C., in: Apollinaris 1929, 118 ff.

Sprick, Franz, Kirchenstrafen und weltliche Strafen. Versuch eines Vergleichs zwischen den Strafen des Cod. iur. can. und den Strafen des modernen deutschen Rechts. (56.) Jur. Diss. Würzburg 1927.

Damm, August, Die Suspendio ex informata conscientia historisch-kanonistisch dargestellt. 4^o. (125.) Theol. Diss. Würzburg 1923. (Mit Maschinenschrift.)

VIII. Staatskirchenrecht.

(Verfassungs- und Verwaltungsrecht.)

Jellinek, Walter, Grabreden auf kirchlichen Friedhöfen, in: Festschrift zur Feier des 50jähr. Bestehens des Bayerischen Verwaltungsgerichtshof 1929, 124 ff.

Kammer, Karl, Preußisches Gesetz über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens vom 24. Juli 1924. [Kleine Handbücher für das katholische Pfarramt 1.] (48.) Trier, Paulinus-Druckerei, 1929.

Huber, Ernst Rudolf, Die Ablösung der auf Vertrag beruhenden Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften, in: Preußisches Pfarrarchiv XVIII, 6 ff.

Strippel, Karl, Vermögensauseinandersetzung bei Ämtertrennung. Besprechung des Urteils des Oberverwaltungsgerichts in Sachen Schäplitz gegen Schäplitz vom 18. Dez. 1928, in: Preußisches Pfarrarchiv XVIII, 1 ff.

Schlüter, J., Rechtsgeschäfte der katholischen Kirchengemeinden in Preußen. (112.) M.-Gladbach, Westdeutsche Landeszeitung, 1929.

- Lutter, Michael, Heutiger Stand des katholischen Kirchensteuerrechtes in Bayern unter Berücksichtigung seiner geschichtlichen Entwicklung. (51.) Jur. Diss. Erlangen, 1927.
- Scharnagl, A., Die Änderung des Kirchensteuerrechts in Preußen, in: Klerusblatt, 1929, 462 f.
- Friedrich, Alois, Die Kirchenstiftungen in Bayern. (52.) Jur. Diss. Erlangen, 1927.
- Dietze, Robert, Das sächsische Kirchenlehn. Ein rechtsgeschichtlicher und juristischer Beitrag zur Teilung des Schul- und Kirchenvermögens. (196.) Leipzig, Dittl, 1929. Geb. 5.40.
- Hienstorfer, Albert, Der Schutz des religiösen Friedens. Eine vergleichende Darstellung der Behandlung der Religionsdelikte im RStGB. und in den Entwürfen 1925 und 1927. (62.) Jur. Diss. Erlangen, 1928.
- Schumacher, Christel, Der strafrechtliche Schutz der Religion in geschichtlicher und rechtsvergleichender Darstellung unter besonderer Berücksichtigung der neuen Entwürfe von 1925 und 1927. (XI u. 103.) Jur. Diss. Köln, 1927.

IX. Ehe recht.

- Trieb, Franz, Praktisches Handbuch des geltenden kanonischen Eherechts in Vergleichung mit dem deutschen staatlichen Ehe recht. Für Theologen und Juristen. III. Teil (VIII u. S. 437—556.) Breslau, Ostdeutsche Verlagsanstalt, 1929. M. 5.50. Geb. M. 7.—.
- Koeniger, A. M., Kirchliches und staatliches Ehe recht, in: Bonner Zeitschrift für Theologie und Seelsorge VI, 212 ff.
- Macholz, W., Die romantische Ehe und der lutherische Ehe stand. (62.) Dresden, Ungelenk, 1929. M. 2.—.
- Meyer, Diedrich, Das geltende Mischehenrecht der katholischen Kirche. [Protestantische Studien, Heft 16.] (IV u. 99.) Berlin, Verlag des Ev. Bundes, 1929. M. 2.50.
- Die gemischten Ehen. Verhütung und Behandlung nach den neuesten kirchlichen und staatlichen Gesetzen. Herausgegeben in Verbindung mit mehreren Mitarbeitern vom Johannesbund. (88.) Leutesdorf a. Rh., Johannesverlag, 1929. M. 1.50.
- Schenk, Francis J., The matrimonial impediments of mixed Religion and disparity of Cult. Kan. Diss. Washington. (XVI u. 318.) Washington, The Catholic University, 1929.
- Engelhardt, Karl, Der Verlöbnißbruch und seine besonderen Folgen. (Unter Berücksichtigung der Rechtsprechung.) (70.) Jur. Diss. Würzburg, 1927.

- Spivak, Salomon**, Die Ungültigkeit der Ehe nach dem internationalen Privatrecht der Schweiz mit Berücksichtigung der Haager Eheschließungs-Konvention. (IV u. IV u. 80.) Jur. Diss. Zürich, 1928.
- Tietz, Joh.**, Auflösung der Ehe als objektive Strafbarkeitsbedingung. (VIII u. 44.) Jur. Diss. Königsberg, 1927.
- Heilmann, Herbert**, Die Verzeihung im Ehescheidungsrecht. 4°. (IV u. 63.) Jur. Diss. Tübingen, 1927. (Mit Maschinenschrift.)
- Kipp, Theodor**, Der Entwurf eines Gesetzes über die unehelichen Kinder und die Annahme an Kindes Statt, in: Deutsche Juristen-Zeitung 34, 461 ff.
- Hasler, Manfred Walter**, Die Stellung der unehelichen Kinder im internationalen Privatrecht. 4°. (VII u. 78.) Jur. Diss. Königsberg, 1927. (Mit Maschinenschrift.)
- Wolf, Gerh.**, Die Anfechtung der Ehelichkeit. 4°. (87.) Jur. Diss. Leipzig, 1927. (Mit Maschinenschrift.)
- Haring, Johann**, Der kirchliche Eheprozeß. Eine praktische Anleitung für kirchliche Richter. (VII u. 64.) Graz, Ulrich Moser, 1929. M. 3.60.

X. Ordensrecht.

- Félix, Maurice**, Congrégations religieuses. Tome III. (190.) Paris, Rousseau, 1929. Fr. 22.—.
- Mayer, Heinrich Suso O. S. B.**, Benediktinisches Ordensrecht in der Beuronen Kongregation. I. Band, Einleitung. (VII u. 198.) Beuron, Beuronen Kunstverlag, 1929. M. 5.70.
- D'Angelo, S.**, La esenzione dei religiosi nella vigente disciplina ecclesiastica. (X u. 100.) Torino, Berruti, 1929.

XI. Erziehungs- und Schulrecht.

- Schrems, Karl**, Die religiöse Volks- und Jugendunterweisung in der Diözese Regensburg vom Ausgang des 15. Jahrhunderts bis gegen Ende des 18. Jahrhunderts. [Veröffentlichungen des Vereins zur Erforschung der Regensburger Diözesangeschichte, Heft 1] (XXIV, 298 u. 72.) M. 5.50.
- Krause, Günter**, Die Aufsicht des Staates über die öffentliche Volksschule im Geltungsbereich des Allgemeinen Landrechts. (86.) Jur. Diss. Halle, 1927.
- Kaven, Kurt**, Das Recht der Schulaufsicht nach Art. 144 der Reichsverfassung unter Berücksichtigung seiner historischen Entwicklung, insbesondere in Preußen. 4°. (VII u. 122.) Jur. Diss. Hamburg, 1925. (Mit Maschinenschrift.)

- Bayr, Erasmus, Die katholische Kirche in ihren grundsätzlichen Ansprüchen auf die Volksschule nach kirchlichem Recht und ihre Rechtsstellung auf dem Gebiet des bayerischen Volksschulwesens vor und nach dem Konkordat von 1924. (62.) Jur. Diss. Erlangen, 1927.
- Edel, Emil, Der Weimaraner Schulkompromiß. Eine staatskirchenrechtliche Studie. 4°. (132.) Jur. Diss. Würzburg, 1926. (Mit Maschinenschrift.)
- Mühhaus, Hermann, Das bayerische Konkordat und die Schule. 4°. (67.) Jur. Diss. Würzburg, 1927. (Mit Maschinenschrift.)
- Lande, Walter, Höhere Schule und Reichsvolksschulgesetz. [Schulpolitische Schriftenreihe 1.] (38.) Berlin, Weidmann, 1929. M. 1.—.
- Brögger, Jos., Die weltliche Schule von heute und ihre weltanschauliche Grundlage, in: Schule und Erziehung, 1929, 161 ff.
- Dolch, Jos., Das Elternrecht. [Manns Pädagogisches Magazin, Heft 1154.] (IX u. 194.) Langensalza, Beyer & Söhne, 1929.
- Loczka, Alois, Ungarns Unterrichtswesen und die Kirche, in: Schule und Erziehung, 1929, 179 ff.
- Eggers, A., Für die evangelischen Privatschulen, in: Schule und Evangelium III, 277 ff.

XII. Missionsrecht.

- Kübler, O., Mission und Theologie. Eine Untersuchung über den Missionsgedanken in der systematischen Theologie seit Schleiermacher. (VIII u. 270.) Leipzig, Hinrichs, 1929. M. 14.—.
- Ledrus, M., La doctrine missionnaire de S. S. Pie XI., in: Nouvelle Revue Théol., 1929, 481 ff.
- Van den Wyngaert, A., Sinica Franciscana. Vol. I. Itinera et Relationes Fratrum Minorum saec. XIII et XIV. (CXXVIII u. 628.) Quaracchi, Collegium S. Bonaventurae, 1929. L. 90.—.
- Zimmermann, A., Die Kanaresische Mission 1918—1927. (111.) Zürich, Wanderer-Verlag, 1929. Fr. 2.20.
- Lange, Vitalis, Das apostolische Vikariat Tsinanfu. (200.) Werl, Verlag der Provinzial-Missionsverwaltung, 1929.

XIII. Evangelisches Kirchenrecht.

- Srocka, Werner, Der Kirchenbegriff Fr. Julius Stahls. (71.) Theol. Diss. Erlangen, 1927.

- Jörgensen, A. Th., A. Roß Wentz, P. Fleisch,** Die lutherischen Kirchen der Welt in unseren Tagen. 4°. (VIII u. 261.) Leipzig, Dörflein & Francke, 1929. M. 11.50
- Ludewig, Gotthard,** Die evangelisch-altlutherische Kirche in Preußen und die Neue Reichsverfassung vom 11. August 1919 zugleich ein Beitrag zum Begriff der öffentl.-rechtl. Körperschaft. (63.) Jur. Diss. Marburg, 1927.
- Hildebrandt, Walter,** Die autonome Kirchengewalt evangel.-reformierter Landeskirchen und ihre Entwicklung im Kanton Zürich seit 1803. (167.) Jur. Diss. Zürich 1928.
- Kübel,** Übergang eines Kirchenkreises an eine andere Landeskirche, in: Preußisches Pfarrarchiv XVIII, 9 ff.
- Körner, Erich,** Die Stellung des Generalsuperintendenten in der Evangelischen Kirche der Altpreußischen Union zum früheren Rechtszustand und zum Rechtszustand in den übrigen deutschen Landeskirchen rechtsvergleichend dargestellt. (67.) Jur. Diss. Erlangen 1928.
- Bartels, Hans,** Der Kirchensenat der evangelischen Kirche der altpreußischen Union. (53.) Erlangen, Höfer & Limmert, 1928.
- Schünemann, Werner,** Die Synodalverfassung der evangel.-luth. Landeskirche Hannovers. (72.) Jur. Diss. Göttingen, 1926.
- Sandberger, Wolfgang,** Zur Bischofsfrage in den evangelischen Landeskirchen. (92.) Erlanger Diss. 1928.

XIV. Die kirchliche Unionsfrage.

- Die Weltkonferenz für Glauben und Kirchenverfassung.** Deutscher amtlicher Bericht über die Weltkirchenkonferenz zu Lausanne 1927. Im Auftrage des Fortsetzungsausschusses herausg. von H. Sasse. 4°. (638.) Berlin, Furche-Verlag, 1929. Geb. M. 16.—.
- Faulhaber,** Die Gespräche von Mecheln und die Krisis der Kirche von England, in: Literarische Beilage zum Klerusblatt 1929, 193 ff.

XV. Kirchenpolitik.

- Lutz, Oskar,** Das Gesetzbuch der katholischen Kirche (Codex iuris canonici) in seinen Konfliktbestimmungen mit dem Staate und Andersgläubigen samt Text und Übersetzungen. (64.) St. Gallen, Fehr, 1929. M. 1.50.
- Himmelsbach, Walter,** Artikel 136 Absatz III der Reichsverfassung vom 11. Aug. 1919. (64.) Jur. Diss. Freiburg i. B., 1927.

- Hofmann, Aug., Das Recht der Religionsgesellschaften in Bayern. 2. Aufl. (40.) München, Beck, 1929. M. 2.50.
- Böhm, Friedhelm, Das Verhältnis von Kirche und Staat in Bayern nach dem Konkordat vom 24. Januar 1925. (39.) Phil. Diss. Erlangen 1927.
- Gschwändler, Ludwig, Die Religionsgesellschaften in ihrem Verhältnis zum Staat nach preußischen Recht. (48.) Jur. Diss. Erlangen.
- Schnürer, Gustav, Zum Ende des alten Kirchenstaates, in: Schweizerische Rundschau 1929/30 S. 1 ff.
- Hove, A. van, Le concordat entre le Saint-Siège et le gouvernement italien, in: Nouvelle Revue Théol. 1929, 518 ff.
- Claar, Maximilian, Nach der Lösung der Römischen Frage, in: Zeitschrift für Politik XVIII, 649 ff.
- Müller, Hugo, Kirchenpolitische Ziele im Lateranpakt, in: Schweizerische Rundschau 1929, 148 ff.
- Olgiati, F., La questione Romana e la sua soluzione. 16°. (200.) Milano, Vita & Pensiero, 1929. L. 3.50.
- Pasquazi, Jos., Tractatus Lateranensis inter S. Sedem et Regnum Italicum initus, in: Jus Pontificium II, 266 ff.
- Moreau, E. de, Pape et Roi, in: Nouvelle Revue Théol. 1929, 495 ff.
- Del Giudice, Vincenzo, Le nuove basi del diritto ecclesiastico italiano. [Publicazioni della Università Cattolica del sacro cuore Serie II, Vol. 21.] (80.) Milano, Soc. ed. »Vita e Pensiero, 1929. L. 5.—.
- Gaeb, Franz, Das bayerische Konkordat mit dem Heiligen Stuhl vom 29. März 1924. 4°. (VI u. 103.) Jur. Diss. Köln 1926 (Mit Maschinenschrift).
- Hütteroth, Ferd., Das bayerische Konkordat von 1924 im Verhältnis zur Reichsverfassung. (46.) Jur. Diss. Marburg, 1927.
- Thiele, F., Stimmen der Zeit zum Konkordatsproblem. Eine Auslese. (II u. 232.) Magdeburg, Preuß. Lehrerverein, 1929. M. 3.75.
- Zschucke, Der Vertrag zwischen dem Freistaate Preußen und dem Heiligen Stuhl, in: Deutsche Juristen-Zeitung 34, 1097 ff.
- Latinus, Das Konkordat des Hl. Stuhles mit Rumänien und die »Kultusgesetze«, in: Katholische Kirchenzeitung 1929, 129 f.
- Leiber, R., Das Preußische Konkordat, in: Stimmen der Zeit Oktober 1929, 17 ff.

XVI. Verfassungs- und Rechtsgeschichte.

a) Verhältnis von Kirche und Staat.

- Simanowski, Johanna, Die Konstantinische Schenkung in der Politik und Publizistik des Mittelalters. 4°. (XI u. 124.) Phil. Diss. Königsberg 1925. (Mit Maschinenschrift.)
- Hampe, K., Kaiser Otto III. und Rom, in: Historische Zeitschrift 140, 513 ff.
- Geissel, Bettina, Die kirchenpolitische Lehre des Marsilius von Padua. Ein Beitrag zur Kenntnis seines Staatskirchentums. (48.) Phil. Diss. Köln 1926.
- Huperz, Gottfried, Die Anfänge katholisch-politischer Vereinsbildung in Westfalen. (124.) Phil. Diss. Münster 1927.
- Müller, L., Der Kampf zwischen politischem Katholizismus und Bismarcks Politik im Spiegel der Schlesischen Volkszeitung. [Breslauer Studien zur historischen Theologie 14.] (X u. 292.) Breslau, Müller & Seiffert, 1929. M. 15.—.
- Bauer, Clemens, Politischer Katholizismus in Württemberg bis zum Jahr 1848. [Schriften zur deutschen Politik 23/24.] Freiburg i. B., Herder & Co., 1929. M. 7.—.
- Furger-Müller, Joh., Die kirchenpolitischen Wirren in der Schweiz im 19. Jahrhundert, in: Gelbe Hefte Juli 1929, 596 ff.

b) Einzelne Kirchen und kirchliche Territorien.

- Schöffel, J. S., Kirchengeschichte Hamburgs. Bd. 1: Die Hamburgische Kirche im Zeichen der Mission und im Glanze der erzbischöflichen Würde. (XII u. 229.) Mit 4 Tafeln. Hamburg, Friederichsen, 1929. M. 10.—.
- Seppelt, F. X., Geschichte des Bistums Breslau. (134.) Breslau, Müller & Seiffert, 1929. M. 4.—.
- Neher, O. u. A., 100 Jahre katholischer württembergischer Klerus und Volk. (344.) Riedlingen, Ulrich, 1928. M. 10.—.

c) Einzelne hierarchische Beamte und Rechtsinstitute.

- Ehrhard, Albert, Papst Pius XI. Rede gehalten bei der Bonner Papstfeier am 7. April 1929. (40.) Köln, Gilde-Verlag, 1929. M. 1.20.
- Creusen, J., Sept ans de pontificat (de Pie XI.) in: Nouvelle Revue Théol. 1929, 460 ff.
- Torres, Manuel, El origen del sistema de »Iglesias propias« (137). Madrid, Tip. de la »Revista de Archivos«, 1929.
- Pfleger, L., Die Entstehung der elsässischen Pfarreien, in: Archiv für elsässische Kirchengeschichte IV, 1 ff.

- Zedinek, Wilh., Die rechtliche Stellung der klösterlichen Kirchen. insbesondere Pfarrkirchen, in den ehemaligen Diöze-en Salzburg und Passau und ihre Entwicklung bis zum Ausgang des Mittelalters. [Veröffentlichungen des Instituts für ostbairische Heimatforschung.] (220.) Passau 1929.
- Ahlhans, Joseph, Die Landdekanate des Bistums Konstanz im Mittelalter. [Kirchenrechtliche Abhandlungen 109 110.] (X u. 405.) Mit einer Tabellenkarte. Stuttgart, Enke, 1929. M. 40.—.
- Allendorf, Joh., Die Archidiakonate des Bistums Cammin. (62.) Phil. Diss. Freiburg i. B. 1927.
- Frauenfelder, Reinhard, Die Patrozinien im Gebiet des Kantons Schaffhausen. (III u. 85.) Phil. Diss. Zürich 1928.
- Weizsäcker, Hugo, Zur Geschichte des städtischen Kirchenpatronats und zur gegenwärtigen Rechtslage mit besonderer Beziehung auf die ev.-luth. Landeskirche Hannovers. Erw. Vortrag. [43.] Nordheim, Geschäftsstelle des kirchl. Stadtbundes, 1929.
- Barth, Medard, Das Kollegiatstift Sankt-Leonhard. Ein Beitrag zur Kulturgeschichte des Elsaß, in: Archiv für elsässische Kirchengeschichte IV, 219 ff.
- Müller, Ernst, Der Bericht des Abtes Harilulf von Oudenburg über seine Prozeßverhandlungen an der Römischen Kurie im Jahre 1141, in: Neues Archiv 48, 97 ff.
- Duhr, B., Die mittelalterliche Inquisition, eine zeitgeschichtliche Erscheinung, in: Stimmen der Zeit, September 1929, 401 ff.
- Remy, F., Les grandes indulgences pontificales aux Pays-Bas à la fin du m. à. (1300—1531.) Essai sur leur histoire et leur importance financière. (XXI u. 232.) Louvain, Uystpruyst, 1928.
- Leiber, Erwin, Das Kanonische Zinsverbot in deutschen Städten des Mittelalters. (IX u. 126.) Phil. Diss. Freiburg i. B. 1927.
- Christiani, Hanns, J., Die Breslauer Bischofswahl von 1841 in ihrem Verlaufe und in ihren nächsten Auswirkungen. (71.) Eisleben, Aug. Klöppel, 1930. M. 1.50.
- Schmitt, Karl, Das Bischöfliche Priesterseminar zu Osnabrück zugleich mit einer Darlegung der früheren Ausbildung des Osnabrücker Klerus. (141.) Osnabrück, Selbstverlag des Bischöflichen Generalvikariats, 1929. M. 5.20.

d) Ordensrecht.

- Hirsch, H., Studien über die Vogtei-Urkunden süddeutsch-österreichischer Zisterzienserklöster, in: Archivalische Zeitschrift 37, 1 ff.

- Greiner, K.**, Kloster Hirsau Geschichte durch 11 Jahrhunderte. (121.) Calw, Olpp, 1929. M. 2.—.
- Kögler, A. Ch.**, Mémoire sur la composition et l'origine des divers recueils de privilèges généraux de l'Ordre des Chateaux, in: *Revue Mabillon* Avril 1929, 131 ff.
- Heijmann, H. Th.**, Untersuchungen über die Prämonstratenser-Gewohnheiten. (V u. 138.) Tongerlo, Verlag der Abtei, 1928. M. 4.—.
- Hofmeister, Ph.**, Die Verfassung der ehemaligen böhmischen Benediktinerkongregation, in: *Studien und Mitteilungen zur Geschichte des Benediktinerordens und seiner Zwecke* 1928, 23 ff.
- Molitor, Raphael**, Über die Observanz kassinesischer und süddeutscher Benediktinerklöster gegen Ende des 16. Jahrh., in: *Studien und Mitteilungen zur Gesch. des Benediktinerordens und seiner Zweige* 1929, 91 ff.
- Willkomm, Bernhard**, Jenaer Klosterleben am Ende des 14. Jahrh., in: *Beiträge zur thüring. und sächsischer Geschichte* 1929, 139 ff.
- Lins, B.**, Geschichte des Franziskanerklosters in Bad Tölz. (96.) Mit mehreren Tafeln. Bad Tölz, Dewitz, 1929. M. 2.40.
- Winkler, Maria Theodelinde**, Maria Ward und das Institut der Englischen Fräulein in Bayern von der Gründung des Hauses in München bis zur Säkularisation desselben. 1626 bis 1810. (VII u. 203.) Mit Tafeln. Phil. Diss. München, 1926.
- Hanser, L.**, Melchior von Diepenbrock gegen die Klosterpfarreien, in: *Studien und Mitteilungen des Benediktinerordens und seiner Zweige* 1928, 202 ff.

e) Ehe recht.

- Preisung, Konrad Graf**, Ehezweck und zweite Ehe bei Athenagoras, in: *Theologische Quartalschrift* 110, 85 ff.
- Serrier, G.**, De quelques recherches concernant le mariage contrat-sacrement, et plus particulièrement de la doctrine augustinienne des biens du mariage. (IV u. 256.) Paris, de Boccard, 1928.

f) Finanz- und Vermögensrecht.

- Begert-Figi, Rosa**, Gabe und Gegengabe in den Kirchengutsurkunden der Zürcher, Thurgauer und St. Galler Urkundenbücher von den Anfängen bis ins Jahr 1336. (54.) Phil. Diss. Zürich 1927.

g) Evangelisches Kirchenrecht.

Delius, W., Die ersten evangelischen Pfarrer in den Kirchengemeinden des Saalkreises, in: Thüringisch-sächsische Zeitschrift für Geschichte und Kunst XVII, 121 ff.

h) Sakramente und Sakramentalien.

Reitzenstein, R., Die Vorgeschichte der christlichen Taufe. (VII u. 400.) Leipzig, Teubner, 1929. M. 14.—

Adam, Karl, Die abendländische Kirchenbuße im Ausgang des christlichen Altertums, in: Theologische Quartalschrift 110, 1 ff.

Galtier, Paul, La pénitence en Occident aux derniers siècles de l'antiquité chrétienne, in: Nouvelle Revue Théologique 1929, 631 ff.

Baumgärtler, J., Die Erstkommunion der Kinder. Von der urkirchlichen Zeit bis zum Ausgang des Mittelalters. (250.) München, Kösel & Pustet, 1929. M. 5.—

Browe, P., Die Kommunion der Heiligen im Mittelalter, in: Stimmen der Zeit September 1929, 425 ff.

i) Vermischtes.

Freiberger, Miroslav, Das Fasten im alten Israel. (79.) Phil. Diss. Würzburg, 1927.

Verzeichnis der bei der Redaktion eingelaufenen Bücher.¹⁾

Bauer, Clemens, Politischer Katholizismus in Württemberg bis zum Jahre 1848. [Schriften zur deutschen Politik 23/24.] VIII u. 173.) Freiburg i. B., Herder & Co., 1929. M. 7.—

Christiani, Hanns, J., Die Breslauer Bischofswahl von 1841 in ihrem Verlaufe und ihren nächsten Auswirkungen. (71.) Eisen, August Klöppel, 1930. M. 1.50.

Dempf, Alois, Sacrum Imperium. Geschichts- und Staatsphilosophie des Mittelalters und der politischen Renaissance. (XV u. 574.) München, R. Oldenbourg, 1929. Geb. M. 22.50.

1) Die Bücher, die das Kirchenrecht betreffen, werden besprochen soweit der verfügbare Raum ausreicht. Eine Rücksendung ist in allen Fällen ausgeschlossen.

- Die gemischten Ehen.** Verhütung und Behandlung nach den neuesten kirchlichen und staatlichen Gesetzen. Herausgegeben in Verbindung mit mehreren Mitarbeitern vom Johannesbund. (88.) Leutesdorf a. Rh., Johannesverlag, 1928. M. 1.50.
- Don Bosco-Kalender** für das Jahr des Heils 1930. Herausgegeben von den Salesianern Don Boscos. 5. Jahrg. 4^o. (86.) Mit Abbildungen. München, Verlag der Salesianer, 1929. M. 0.60.
- Festschrift** zur Feier des fünfzigjährigen Bestehens des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs. (IV u. 186.) München, J. Schweitzer, 1929. M. 8.—.
- Gillmann, Franz**, Der Kommentar des Vincentius Hispanus zu den Kanones des vierten Laterankonzils (1215). Mit einem Anhang. (69.) Mainz, Kirchheim & Co., 1929.
- Gungler, Wilh.**, Rechtsschöpfung und Rechtsgestaltung. 2. Aufl. (80.) München, Otto Maidl, 1930.
- Henle, Rudolf**, Die Aufgaben deutscher Zukunft und die Revision der deutschen Geschichtsauffassung. Eine groß-deutsche Antwort. (21.) Hannover, Hahnsche Buchhandlung, 1929.
- Hilling, N.**, Die Lateranverträge zwischen dem Hl. Stuhle und Italien, vom 11. Februar 1929. Text-Ausgabe. (31.) Mainz, Kirchheim & Co., 1929. M. 0.80.
- —, Der Codex Iuris Canonici. [Religiöse Quellenschriften, Heft 58.] (67.) Düsseldorf, Schwann, 1929. M. 0.70.
- Lijdsman, Bern. C. S. S. R.**, Introductio in Jus Canonicum cum uberiori fontium studio. Vol. II: De fontibus cognoscendi juris canonici periodus II et III. (S. 165—449). Hilversum (Holland), Paul Brand, 1929.
- Mayer, Heinrich Suso O. S. B.**, Benediktinisches Ordensrecht in der Beuroner Kongregation. I. Band. Einleitung. (VII u. 198.) Beuron, Beuroner Kunstverlag, 1929. M. 5.70.
- Meyer, Diedrich**, Das geltende Mischehenrecht der katholischen Kirche. [Protestantische Studien, Heft 16.] (IV u. 99.) Berlin, Verlag, des Ev. Bundes, 1929. M. 2.50.
- Schenk, Francis, J.**, The matrimonial impediments of mixed Religion and disparity of Cult. Kanonist. Diss. Washington. (XVI u. 318.) Washington, The Catholic University of America, 1929.
- Theresien-Kinder-Kalender** 1930. Herausgegeben von D. W. Wut. (80.) Mit Illustrationen. München, Salesianer-Verlag, 1929. M. 0.80.

- Torres, Manuel, El origen del sistema de »Iglesias propias« (137.) Madrid, Tip. de la »Revista de Archivos«, 1929.
- Triebbs, Franz, Praktisches Handbuch des geltenden kanonischen Eherechts in Vergleichung mit dem deutschen staatlichen Eherecht. Für Theologen und Juristen. III. Teil. (VIII u. S. 437—556.) Breslau, Ostdeutsche Verlagsanstalt, 1929. M. 5.50; geb. M. 7.—.
- Vincke, Johannes, Die Lage und Bedeutung der bauerlichen Wirtschaft des Fürstentums Osnabrück während des späten Mittelalters [Quellen und Darstellungen zur Geschichte Niedersachsens 37.] (VIII u. 104.) Hildesheim, Lax, 1928. M. 6.—.
- Wild, Karl, Wie mache ich gute Exerzitien? 12°. (112.) Leutesdorf a. Rhein, Johannesbund, 1928.
- Wrochem, Albrecht von, Das Konkordat vom 11. Februar 1929, abgeschlossen zwischen dem Hl. Stuhl und Italien. Amtlicher Wortlaut und deutsche Übersetzung. [Hamburgische Universität. Abhandlungen und Mitteilungen aus dem Seminar für öffentliches Recht, Heft 22.] (28.) Hamburg, Kommissionsverlag Lütcke & Wulff, 1929.
- Zedinek, Wilh., Die rechtliche Stellung der klösterlichen Kirchen, insbesondere Pfarrkirchen, in den ehemaligen Diözesen Salzburg und Passau und ihre Entwicklung bis zum Ausgang des Mittelalters. [Veröffentlichungen des Instituts für ostbairische Heimatforschung.] (220.) Passau 1929.

Verzeichnis der eingesandten kirchlichen Amtsblätter.

Im Laufe des Jahres 1929 haben folgende Erzbischöfliche und Bischöfliche Ordinariate die Redaktion dieser Zeitschrift durch die Gratiszusendung ihrer Amtsblätter bzw. Pastoralblätter unterstützt.

1. Basel-Lugano: Schweizerische Kirchenzeitung, Jahrgang 1929.
2. Breslau: Verordnungen des Fürstbischöflichen Ordinariats in Breslau, Jahrgang 1929.
3. Eichstätt: Pastoralblatt des Bistums Eichstätt, 75. Jahrgang (1929).
4. Ermland: Pastoralblatt für die Diözese Ermland, 61. Jahrgang (1929).
5. Freiburg: Anzeigeblatt für die Erzdiözese Freiburg. Jahrgang 1929.

6. Fulda: Kirchliches Amtsblatt für die Diözese Fulda, Jahrgang 60 (1929).
7. Gurk, Kirchliches Verordnungsblatt für die Diözese Gurk, Jahrgang 1929.
8. Hildesheim: Kirchlicher Anzeiger für das Bistum Hildesheim, Jahrgang 1929.
9. Köln: Kirchlicher Anzeiger für die Erzdiözese Köln, Jahrgang 70 (1929).
10. Limburg a. d. Lahn: Amtsblatt des Bistums Limburg Jahrgang 1929.
11. Linz: Linzer Diözesanblatt, Jahrgang 75 (1929).
12. Mainz: Kirchliches Amtsblatt für die Diözese Mainz, Jahrgang 71 (1929).
13. Meißen: Kirchliches Amtsblatt für das Bistum Meißen, Jahrgang 8 (1929).
14. Münster i. Westf.: Kirchliches Amtsblatt für die Diözese Münster, Jahrgang 63 (1929).
15. Osnabrück: Kirchliches Amtsblatt für die Diözese Osnabrück und die Norddeutschen Missionen, Jahrgang 45 (1929).
16. Paderborn: Kirchliches Amtsblatt für die Diözese Paderborn, Jahrgang 72 (1929).
17. Rottenburg: Kirchliches Amtsblatt für die Diözese Rottenburg, Band XIII (1929).
18. St. Pölten: St. Pöltner Diözesanblatt, Jahrgang 1929.
19. Salzburg: Verordnungsblatt für die Erzdiözese Salzburg, Jahrgang 1929.
20. Trier: Kirchlicher Amtsanzeiger für die Diözese Trier, Jahrgang 73 (1929).
21. Wien: Wiener Diözesanblatt, Jahrgang 67 (1929).
22. Würzburg: Würzburger Diözesanblatt, Jahrgang 75 (1929).

Der Herausgeber beehrt sich, sämtlichen hochwürdigsten Ordinariaten für ihre Unterstützung auf dem Gebiete des deutschen Diözesankirchenrechts den wärmsten Dank auszusprechen.

Inhalts=Verzeichnis des 109. Bandes.

I. Abhandlungen.

1. *Bastgen, Hubert*, Kurie und König um die Besetzung der Würzburger Dompropstei i. J. 1838. (Nach Vatikanischen Aktenstücken.) S. 178—207.
2. *Freisen, Joseph*, Der Rechtsweg für kirchliche Dotationsansprüche aus der Säkularisation, mit besonderer Rücksicht auf die katholischen Pfarreien Bickenriede und Mühlhausen i. Th. Rechtshistorische Abhandlung mit Abdruck vieler ungedruckter Urkunden. S. 457—545.
3. *Haring, Johann*, Die affectio papalis. Eine kanonistische Studie. S. 127—177.
4. *Hilling, Nikolaus*, Kirchliche Gerichtsordnungen des 14. bis 16. Jahrhunderts aus Deutschen Bistümern. Eine Studie über die Quellen des Kirchenrechts. S. 577—583.
5. *Göller, Emil*, Studien über das gallische Bußwesen zur Zeit Cäsarius' von Arles und Gregors von Tours. S. 3—126.
6. *Wolgast, E.*, Über den Einfluß des kanonischen Rechts auf das moderne öffentliche Recht. Referierende und kritische Bemerkungen zu dem Buch von V. A. Rinander, Kanonisk rätt och nutida offentlig rätt. S. 546—576.

II. Kleine Beiträge.

1. *Ernst, Johann*, Um die Zeit der pflichtmäßigen ersten heiligen Kommunion. Eine Erwiderung. S. 594—598.
2. *Gillmann, Franz*, Der Kommentar des Vincentius Hispanus zu den Kanones des vierten Laterankonzils (1215). S. 223—274.
3. *Gillmann, Franz*, Lanfrankus oder Laurentius? S. 598—641.
4. *Haring, Johann*, Ein praktisches Fastenindult der Konzilskongregation für die Diözese Seckau. S. 221—222.
5. *Haring, Johann*, Klausurdispens zum Zwecke der Bestrahlung. S. 584.
6. *Haring, Johann*, Einfache Gelübde in einem Frauenorden. S. 585.
7. *Hilling, Nikolaus*, Eine beachtenswerte ehrerechtliche Dekretale des Papstes Johann VIII. von 872—873. S. 208—210.
8. *Hilling, Nikolaus*, Auditio seu Constitutum in can. 1958 CJC. S. 211—213.
9. *Hofmeister, Philipp*, Der Übertritt in eine andere religiöse Genossenschaft. Ein Nachtrag. S. 592—594.
10. *Rey, G.*, Die Kirchenbücher nach Rheinischem Recht. S. 214—220.
11. *Rey, G.*, Linksrheinische Kirchenglocken und Reichsverfassung. Ein vergessenes Kulturkampfgesetz. S. 585—592.

III. Kirchliche Erlasse und Entscheidungen.

a) Erlasse des Papstes Pius XI.

1. Apostolische Konstitution »Divini cultus« über die Liturgie und die Förderung des Gregorianischen Chorals und der Kirchenmusik, vom 20. Dez. 1298. S. 642—649.

b) Erlasse und Entscheidungen der römischen Kurialbehörden.

1. Erklärung des *Hl. Offiziums*, betr. das am 13. Januar 1897 erlassene Dekret über die Authentizität des Comma Johanneum, vom 2. Juni 1927. S. 275.
2. Entscheidung der *Konsistorialkongregation* über die Zugehörigkeit der Priester zu den Rotary-Klubs, vom 4. Februar 1929. S. 649.
3. Entscheidung der *Sakramentenkongregation* in Causa Romana et aliarum, betr. die Exerzitien vor der hl. Ordination, am 27. April 1928. S. 276—278.
4. Entscheidung der *Konzilskongregation* in Causa Tarraconensi, betr. die Chordistributionen des Canonici Theologus, vom 8. Februar 1919. S. 278—283.
5. Entscheidung der *Konzilskongregation* in Causa De Zacatecas et aliarum, betr. die Berechnung der Abwesenheit vom Chordienst nach Tagen, vom 12. März 1921. S. 284—286.
6. Entscheidung der *Konzilskongregation* in Causa S. Christophori de Laguna, betr. die Verteilung der Fallenzien beim Chordienst, vom 16. April 1921. S. 286 f.
7. Entscheidung der *Konzilskongregation* in Causa Dioecesis N. in Gallia, betr. die Rechtsstellung der Kanonikate zweiter Gründung, vom 14. Februar 1920. S. 287 f.
8. Schreiben der *Konzilskongregation* an den Bischof von Civita Castellana, betr. die Eintragung des Taufaktes, vom 31. Januar 1927. S. 288 f.
9. Entscheidung der *Konzilskongregation* in Causa Apuana, betr. das Begräbnisrecht auf einem kommunalen Friedhof, vom 12. November 1927. S. 289—292.
10. Entscheidung der *Konzilskongregation* in Causa SS. Conceptionis de Chile, betr. das Wiederaufgraben der Leichenreste und deren Beisetzung in Kirchen, vom 10. Dezember 1927. S. 293—296.
11. Entscheidung der *Konzilskongregation*, betr. zwei Kaplaneistiftungen mit täglicher Meßverpflichtung, vom 21. Mai 1927. S. 650—652.
12. Entscheidung der *Konzilskongregation*, betr. die Beweispflicht des Kirchenpatrons, vom 12. Mai 1928. S. 653 f.
13. Entscheidung der *Konzilskongregation*, betr. eine Erbschaft, die als Treuhandsvermögen erklärt wird, vom 23. April 1929. S. 654—658.
14. Rundschreiben der *Religiosenkongregation* an die italienischen Bischöfe, betr. die ungeziemende Frauenmode namentlich in Klosterschulen, vom 23. August 1928. S. 296 f.

15. Schreiben der *Religiosenkongregation* an den Präsidenten der Cäcilienvereine in Italien, betr. die Förderung des Gregorianischen Gesanges in den klösterlichen Instituten, vom 18. Februar 1927. S. 658 f.
16. Erklärung der *Propagandakongregation* (Pontificium Opus a Propaganda Fide) betr. das Verhältnis des Vereins der Glaubensverbreitung zu den klösterlichen Missionsinstituten, vom 9. Juli 1928. S. 297 f.
17. Entscheidung der *Ritenkongregation* in Causa Lincensi, betr. das Formular der Pfarrmesse pro populo, vom 28. Juli 1928. S. 298–300.
18. Entscheidung der *Ritenkongregation* in Causa Culmensi, betr. das Händewaschen des Priesters nach der Zelebration der hl. Messe, vom 23. März 1929. S. 301.
19. Instruktion der *Ritenkongregation* bezüglich der Austeilung der hl. Kommunion an mehrere Kranke in einem Hause, vom 9. Januar 1929. S. 659 f.
20. Dekret der *Kongregation für die Orientalische Kirche*, betr. die Erteilung der Erlaubnis für einen Übertritt zu einem anderen Ritus durch die päpstlichen Legaten, vom 6. Dezember 1928. S. 301–303.
21. Dekret der *Kongregation für die Orientalische Kirche* (Päpstliche Kommission für Rußland), betr. die Übersendung der Standesakte an die in Rußland wohnenden Taufpfarrer, vom 13. Juli 1928. S. 303.
22. Dekret der *Kongregation für die Orientalische Kirche*, betr. die geistliche Verwaltung der griechisch-ruthenischen Kirche in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, vom 1. März 1929. S. 660–669.
23. Monitum der *Päpstlichen Kommission* für Rußland, betr. die Aufnahme russischer Konvertiten, vom 12. Januar 1929. S. 668 f.
24. Entscheidung der *Hl. Pönitentiarie*, betr. den Portiunkulaablaß, vom Jahre 1928. S. 304.
25. Entscheidung der *Interpretationskommission des Cod. Jur. Can.*, betr. fünf verschiedene Rechtsfragen, vom 12. März 1929. (Benediktionsprivilegien der Bischöfe, Ehehindernis der öffentlichen Ehrbarkeit, Dispensation von der Abstinenz und vom Abbruchsfasten, Beweismittel im Prozeß, Klagerecht bezüglich der Ehe.) S. 669 f.

c) Erlasse und Entscheidungen der bischöflichen Behörden.

1. Wahlordnung für die katholischen Kirchengemeinden der *preußischen* Diözesen, vom 20. Dezember 1928. S. 304–310.
2. Erläuterungen des Bischöflichen Ordinariats zu *Fulda*, betr. die neue Wahlordnung für die katholischen Kirchengemeinden in Preußen, vom Jahre 1929. S. 310–313.
3. Verordnung des Bischöflichen Ordinariats zu *Fulda*, betr. die Zugehörigkeit der Hilfsgeistlichen zum Kirchenvorstand, vom Jahre 1929. S. 313.
4. Erlaß des Bischöflichen Ordinariats zu *Fulda*, betr. die Zahl der männlichen Mitglieder des Kirchenvorstandes, vom Jahre 1929. S. 314.
5. Verordnung des Bischofs von *Limburg*, betr. die Veranstaltung weltlicher Festlichkeiten bei Primizfeiern, vom Jahre 1929. S. 314 f.
6. Erlaß des Bischöflichen Ordinariats zu *Limburg*, betr. die Beichtväter der Schwestern für besondere Fälle, vom Jahre 1928. S. 315.

7. Verfassungsurkunde der römisch-katholischen Gemeinde in *Hamburg*, vom 5. April 1929. S. 670—677.

VI. Staatliche Erlasse und Entscheidungen.

a) Staatliche Gesetze und Verordnungen (mit Einschluß der Konkordate).

1. Staatsvertrag zwischen dem Hl. Stuhle und *Italien*, vom 11. Februar 1929. S. 316—325.
2. Finanzabkommen zwischen dem Hl. Stuhle und *Italien*, vom 11. Februar 1929. S. 325 f.
3. Konkordat zwischen dem Hl. Stuhle und *Italien*, vom 11. Februar 1929. S. 326—340.
4. *Preußisches* Gesetz zur Änderung des Kirchensteuer- und Umlagerechtes der katholischen Kirche, vom 3. Mai 1929. S. 341 f.
5. *Deutsches* Reichsgesetz über die Hinausschiebung der Steuer des § 10 des Grunderwerbsteuergesetzes (Besteuerung der toten Hand), vom 22. Dezember 1928. S. 342 f.
6. *Preußisches* Gesetz über das Flaggen durch Körperschaften des öffentlichen Rechtes, vom 17. März 1929. S. 343 f.
7. Erlaß des *preußischen* Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, betr. Beflaggung von Schulgebäuden, vom 27. Juli 1928. S. 344.
8. Erlaß des *preußischen* Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, betr. Versorgungsregelung der Lehrer bei Trennung vereinigter Kirchen- und Schulämter, vom 28. Januar 1929. S. 344—347.
9. Verfügung der Regierung in *Gumbinnen*, betr. die Gastschul- und Fremdenschulkinder, vom 31. Dezember 1926. S. 348—350.
10. Erlaß des *preußischen* Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, betr. Unterrichtsvergütung für Geistliche an ländlichen Fortbildungsschulen, vom 30. Oktober 1928. S. 350.
11. Erlaß des *preußischen* Ministers des Innern, betr. die Anerkennung österreichischer Ehedispenze, vom 5. Januar 1928. S. 350 f.
12. Runderlaß des *preußischen* Staatsministeriums, betr. unerlaubte Namensführung und Titelverleihung durch Angehörige früherer Adelsfamilien, vom 5. September 1928. S. 351—353.
13. Vertrag des Freistaates *Preußen* mit dem Hl. Stuhle, vom 14. Juni 1929. S. 678—693.
14. *Preußisches* Gesetz zu dem Vertrage mit dem Hl. Stuhle, vom 3. August 1929. S. 693 f.
15. Bekanntmachung des *preußischen* Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung über die Ratifikation des Vertrags des Freistaats *Preußen* mit dem Hl. Stuhle, vom 13. August 1929. S. 694.
16. Note des deutschen Nuntius an den *preußischen* Ministerpräsidenten, betr. die Übergehung der Schulfrage in dem abgeschlossenen Vertrag, vom 5. August 1929. S. 695 f.
17. Antwort des *preußischen* Ministerpräsidenten auf die vorausgehende Note des deutschen Nuntius, vom 6. August 1929. S. 697.

18. Verfügung des *preußischen* Staatsministeriums, betr. die Festlegung eines Mindestkapitals für rechtsfähige Stiftungen, vom 3. Juli 1928. S. 698.
19. Verordnung des *preußischen* Staatsministeriums über das Flaggen durch Körperschaften des öffentlichen Rechts, vom 29. Juni 1929. S. 699–702.
20. Erlaß des *preußischen* Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, betr. die Trennung organisch-vereinigter Kirchen- und Schulämter, vom 7. März 1929. S. 702–706.
21. Runderlaß des *preußischen* Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, betr. Errichtung von Sammelklassen für nicht am Religionsunterricht teilnehmende Kinder, vom 14. Juni 1928. S. 706–708.

b) Entscheidungen der Behörden und Gerichte.

1. Entscheidung des *preußischen* Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, betr. die Ausstellung von Bescheinigungen für katholische Kirchengemeinden zum Zwecke der Befreiung von Gerichtsgebühren, vom 10. September 1928. S. 353.
2. Entscheidung des *Preußischen* Obergerverwaltungsgerichts, betr. die Freiheit der Wohltätigkeitsanstalten von der Grundvermögenssteuer, vom 27. März 1928, S. 354 f.
3. Entscheidung des *Preußischen* Obergerverwaltungsgerichts, betr. die Freiheit der Dienstwohnung der Geistlichen von der Grundvermögenssteuer, vom 18. Dezember 1928. S. 355–361.
4. Entscheidung des *Preußischen* Obergerverwaltungsgerichts über den Begriff der Mischehe im Kirchensteuerrecht, vom 2. Oktober 1928. S. 708–711.
5. Entscheidung des Grundsteuerberufungsausschusses *Breslau*, betr. die Heranziehung der Kirch- (Küsterschul-) Lehredienstwohnung zur Hauszinssteuer, vom 5. März 1929. S. 712 f.
6. Entscheidung des *Preußischen* Obergerverwaltungsgerichts, betr. die Steuerfreiheit eines kirchlichen Gemeindesaales, vom 13. November 1928. S. 714 f.
7. Entscheidung des *Preußischen* Obergerverwaltungsgerichts, betr. die Heranziehung zur Kirchensteuer bei mehrfachem Wohnsitz, vom 10. Juli 1928. S. 715–719.
8. Entscheidung des Bayerischen Obersten Landesgerichts, betr. die religiöse Kindererziehung, vom 3. März 1928. S. 719–722.

V. Kirchenrechtliche Chronik.

(Vom 1. November 1928 bis zum 31. Mai 1929.)

Fünfzigjähriges Priesterjubiläum Plus' XI., aus Anlaß desselben wird ein außerordentliches allgemeines Jubiläum ausgeschrieben, Text der Jubiläumsbulle, mit einer Erklärung der Hl. Pönitentie, die Lateranverträge vom 11. Februar 1929 über die Lösung der römischen Frage und ein italienisches Konkordat, Äußerungen des Papstes über diese Verträge bei drei verschiedenen Versammlungen, Glückwunschtelegramm der Fuldaer Bischofskonferenz zu diesen Ereignissen, Päpstliches Schreiben an den Fürstbischof von Breslau über die Katholische Aktion, Richtlinien für die Katholische Aktion in der Pfarre und Satzungen des Verwaltungsausschusses in der Pfarre für die Erzdiözese Wien, Abkommen zwischen den katholischen Gesellenvereinen und den Jugend- und Jungmännervereinen Deutschlands über ihre gegenseitigen Beziehungen, Katholische Elternvereinigungen in der Diözese Würzburg, Warnung

des Bischofs von Fulda vor der simultanen Lehrerkademie in Frankfurt a. M., Plan der Gründung einer katholischen Universität in Salzburg, Empfehlung der katholischen Universität in Washington durch ein päpstliches Schreiben, Verleihung der Bischofswürde an den Rektor der katholischen Universität in Löwen, Vorgehen der Hl. Pönitentiarie gegen die Priester, welche die Anhänger der Action Française unerlaubterweise absolvieren, Titel und Würde einer Ehrenkathedrale, Erweiterung des Zentralvorstandes des Vereins der hl. Familie, Kreuzzugsbulle für Spanien, Seligsprechungsprozeß der Äbtissin Imengard von Chiemsee und des Gesellenvaters Adolf Kolping, Errichtung der Benediktinerabtei Neuburg bei Heidelberg, 1400 jähriges Jubiläum von Montecassino, päpstliche Bestätigung der Konstitutionen der Obiaten der unbefleckten Jungfrau Maria und der regulierten Chorfrauen des hl. Augustinus von der Kongregation Notre Dame, Diözesansynode des Bistum Culm, Unterwerfung des Professors Dr. Hessen unter die bischöfliche Bücherzensur, Personalnachrichten S. 362—383.

(Vom 1. Juni bis zum 30. September 1929.)

Kundgebungen des Papstes gegen die Kammerreden des italienischen Ministerpräsidenten über die Lateranverträge, Austausch der Ratifikationsurkunden dieser Verträge, Telegrammwechsel zwischen dem Papste und dem König von Italien, Fortbestehen von gewissen Differenzen zwischen den vertragschließenden Parteien, Übertragung der Kardinalsdiakonie vom Pantheon auf die Kirche S. Apollinare, Ernennung eines eigenen bischöflichen Generalvikars für die Vatikanstadt, Pfarrkirche derselben die Kirche S. Anna, Gebetsformular für die Wohlfahrt des italienischen Königs und Volkes, Instruktion der Sakramentenkongregation und der Apostolischen Signatur bezüglich der Ausführung der eherechtlichen Artikel des Konkordats, italienisches Gesetz über denselben Gegenstand und über die staatliche Mitwirkung bei Ernennung der kirchlichen Benefiziaten, italienisches Gesetz über die zugelassenen Kulte, Anweisung der Konzilskongregation über die kirchliche Vermögensverwaltung, Auszeichnung des päpstlichen Verhandlungskommissars Francesco Pacelli, Ratifikation des rumänischen Konkordats, Abschluß und Ratifikation des Vertrages zwischen dem Hl. Stuhle und Preußen, Accordo zwischen dem Hl. Stuhle und Portugal über die Diözese St. Thomas von Meliapor, zwei Motuproprios Pius XI. über die päpstlichen Missionsvereine, Erlaß der Kongregation für die orientalische Kirche über den Mißbrauch der kirchlichen Titel und Ehrenzeichen, Richtlinien der Konzilskongregation für den gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Arbeiter und Arbeitgeber, Aufheben der blutigen Kirchenverfolgung in Mexiko, Abschaffung des Pöntalls oder des Seelrechts in Tirol, Errichtung einer Erzbruderschaft der Ehrenwache vom hl. Herzen Jesu in Koblenz-Moselweiß, Reservationsrechte des Hl. Stuhles bezüglich der Besetzung der Pfarren in Deutschland, Sammlung der päpstlichen Ablässe von 1899—1928, Erhebung Trients zum Erzbistum ohne Suffraganbistümer, Ausdehnung der Jurisdiktion des Apostolischen Delegaten von Ägypten auf Palästina, Transjordanien und Cypern, Personalnachrichten S. 723—732.

VI. Literatur.

a) Rezensionen und Referate.

1. *Breitfeld, Artur*, Die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen Kirche und Staat in Preußen [Abhandlungen aus dem Staats- und Verwaltungsrecht 41.] (XI u. 483.) Breslau, M. & H. Marcus, 1929. (N. Hilling.) S. 408—410.

2. *Christiani, Hanns J.*, Die Breslauer Bischofswahl von 1841 in ihrem Verlaufe und ihren nächsten Auswirkungen. Ein Beitrag zur Geschichte des Bistums Breslau. (71.) Eisleben, Aug. Klöppel, 1929. (*N. Hilling*) S. 746.
3. *De Meester, A.*, Juris canonici et iuris canonico-civillis compendium. Tom. III, pars II. (VIII u. 347.) Brügge, Desclée, Brouwer & Cie., 1928. (*N. Hilling*) S. 396 f.
4. *Dempf, Alois*, Sacrum Imperium. Geschichts- und Staatsphilosophie des Mittelalters und der politischen Renaissance. (XV u. 574.) München, R. Oldenbourg, 1929. (*N. Hilling*) S. 737—739.
5. *Eppler, Hans*, Quelle und Fassung des katholischen Kirchenrechts. Mit einem Anhang über seinen zeitlichen Geltungsbereich. (XIX u. 181.) Zürich, Orell Füssli, 1928. (*N. Hilling*) S. 401 f.
6. *Esch, Anneliese*, Die Ehedispense Johannis XXII. und ihre Beziehung zur Politik. [Historische Studien 183.] (71.) Berlin, Ebering, 1929. (*N. Hilling*) S. 426 f.
7. *Forchielli, Giuseppe*, I mansi diocesani delle parrocchie povere nell' ex-Stato della Chiesa. (45.) Estratto dalla Rivista »Il Diritto Ecclesiastico« anno XXXIX no. 3—4. Roma, Biblioteca del »Diritto Ecclesiastico«, 1928. (*N. Hilling*) S. 425.
8. *Forchielli, Giuseppe*, Collegialità di chierici nel Veronese. Parte I. Alto medio evo. (VIII u. 117.) Estratto dall'Archivio Veneto. Venezia, Carlo Ferrari, 1928. (*N. Hilling*) S. 425 f.
9. *Fuchs, Wilhelm*, Juristische Bücherkunde. Eine Einführung in die bibliographische Technik und in den bibliographischen Apparat der Rechts-Staats- und ihrer Hilfswissenschaften. Dritte stark vermehrte und verbesserte Auflage. (VIII u. 244.) Linz a. D., Franz Winkler, 1928. (*J. Rest*) S. 399 f.
10. *Fröbes, Josephus S. J.*, Psychologia speculativa. In usum scholarum. 2 Bände. Tomus I: Psychologia sensitiva (VIII u. 254). Tomus II: Psychologia rationalis (VI u. 344.) Freiburg i. B., Herder & Co., 1927. (*M. Honecker*) S. 757.
11. *Greinz, Christian*, Die fürsterzbischöfliche Kurie und das Stadtdekanat Salzburg. Ein Beitrag zur historisch-statistischen Beschreibung der Erzdiözese Salzburg. (VIII und 424.) Salzburg, Verlag des fürsterzbischöflichen Konsistoriums, 1929. (*N. Hilling*) S. 750 f.
12. *Grentrup, Theodor*, Die kirchliche Rechtslage der deutschen Minderheiten katholischer Konfession in Europa. Eine Materialiensammlung. [Handbücher des Ausschusses für Minderheitenrecht.] (XVI u. 474.) Berlin Deutsche Rundschau G. m. b. H., 1928. (*N. Hilling*) S. 428 f.
13. *Hagen, August*, Staat und katholische Kirche in Württemberg in den Jahren 1848—1862. II. Teil. [Kirchenrechtliche Abhandlungen. Heft 107—108.] (VI u. 334.) Stuttgart, Enke, 1928. (*N. Hilling*) S. 421—424.
14. *Heimberger, Joseph*, Freiheit und Gebundenheit des Richters in weltlichem und kirchlichem Strafrecht. [Frankfurter Universitätsreden 1928, Heft 29.] S. 10—23. Frankfurt a. M., Englert & Schlosser, 1929. (*N. Hilling*) S. 412 f.

15. *Henle, Rudolf*, Zerrüttung der Ehe. (25.) Rostock, Hinstorff, 1928. (*Jos. Lammeyer.*) S. 404 f.
16. *Hilling, Nikolaus*, Zum zehnjährigen Jubiläum des Codex Juris Canonici. (25.) Mainz, Kirchheim & Co., 1928. (*Selbstanzeige.*) S. 401.
17. *His, Eduard*, Geschichte des neueren Schweizerischen Staatsrechts. II. Band: Die Zeit der Restauration und Regeneration 1814 bis 1848. (XXIII u. 774.) Basel, Helbing & Lichtenhahn, 1929. (*N. Hilling.*) S. 755 f.
18. *Hove, A. van*, Commentarium Lovaniense in Codicem Juris Canonici. Vol. I, Tomus I: Prolegomena. (XII u. 373) Mecheln, H. Dessain, 1928. (*N. Hilling.*) S. 397 f.
19. *Jahrbuch der Caritaswissenschaft 1929*, herausgeg. von Franz Keller. (188.) Freiburg i. B., Akademischer Werkverlag, 1929. (*N. Hilling.*) S. 430.
20. *Kullmann, Willibald, O. F. M.*, Die Franziskaner in Warendorf 1628 bis 1928 Ein Beitrag zur Warendorfer Helmatkunde. (143.) Warendorf, Peter Heine & Co., 1928. (*N. Hilling.*) S. 427.
21. *Kurtscheid, Bertrand O. F. M.*, A history of the seal of confession. Authorized translation by F. A. Marks. Edited by Artur Preuß. (XXXI u. 342.) St. Louis-London, Herder, 1927. (*F. Gillmann.*) S. 733–735.
22. *Lacombe, Georges*, La vie et les oeuvres de Prévostin. [Bibliothèque Thomiste (Directeur: Pierre Mandonnet O. P.) XII] (X u. 221.) Le Saulchoir, Kain (Belgique), Revue des sciences philosophiques et théologiques, 1927. (*F. Gillmann.*) S. 384–394.
23. *Lammeyer, Joseph*, Die Institutionen des Gaius. (382.) Paderborn, Schöningh, 1929. (*N. Hilling.*) S. 429 f.
24. — —, Die juristischen Personen der katholischen Kirche, historisch und dogmatisch gewürdigt auf Grund des neuesten kirchlichen und staatlichen Rechts. (240.) Paderborn, Schöningh, 1929. (*N. Hilling.*) S. 749 f.
25. *Langer, Gottfried*, Landesherrliches Patronatsrecht und Staatliches Oberaufsichtsrecht gegenüber der katholischen Kirche Sachsens. [Rechtsgeschichtliche Abhandlungen 2.] (VIII u. 251.) Leipzig, S. Hirzel, 1929. (*N. Hilling.*) S. 406–408.
26. *Lange-Ronneberg, Erwin*, Die Konkordate. Ihre Geschichte, ihre Rechtsnatur und ihr Abschluß nach der Reichsverfassung vom 11. August 1919. [Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft, Sektion für Rechts- und Staatswissenschaft 51.] (XII u. 273.) Paderborn, Schöningh, 1929. (*N. Hilling.*) S. 747–749.
27. *Liermann, Hans*, Staat und evangelisch-protestantische Landeskirche in Baden während und nach der Staatsumwälzung von 1918. [Veröffentlichungen des Vereins für Kirchengeschichte in der evang. Landeskirche Badens 2.] (87.) Lahr in Baden, Schauenburg, 1929. (*N. Hilling.*) S. 754 f.
28. *Liese, Wilhelm*, Lorenz Werthmann und der deutsche Caritasverband. (IX u. 627) Mit mehreren Abbildungen. Freiburg i. B., Caritasverlag, 1929. (*N. Hilling.*) S. 430–432.
29. *Maroto, Philippus*, De extraordinario Jubilaeo anni 1929. [Bibliotheca »Commentarii pro Religiosis« Vol. II.] (87.) Roma, Tip. pol. »Cuore di Maria«, 1929. (*N. Hilling.*) S. 752.

30. *Molitor, Raphael O. S. B.*, Aus der Rechtsgeschichte benediktinischer Verbände. Untersuchungen und Skizzen. I. Band: Verbände von Kloster zu Kloster. (XL u. 386.) Münster i. W., Aschendorff, 1929. (*N. Hilling*) S. 418—420.
31. *Ojetti, B.*, Commentarium in Codicem Juris Canonici II Liber secundus. De Personis (Canones praeliminares 87—107). (IV u. 222.) Romae, Universitas Gregoriana, 1929. (*N. Hilling*) S. 394 f.
32. *Pastor, Ludwig Freiherr von*, Geschichte der Päpste seit dem Ausgang des Mittelalters. XIII. Band. Geschichte der Päpste im Zeitalter der katholischen Restauration und des Dreißigjährigen Krieges. Gregor XV. und Urban VIII. (1621—1644.) Zweite Abteilung: Urban VIII. 1623—1644, zweiter Teil. (XXXVI u. S. 585—1058). Freiburg i. B., Herder & Co., 1929. (*N. Hilling*) S. 741 f.
33. *Reckers, Ernst*, Geschichte des Kölner Priesterseminars bis zum Untergang der alten Erzdiözese auf Grund ungedruckter Quellen. (XV u. 334.) Köln, J. P. Bachem, 1929. (*N. Hilling*) S. 743—745.
34. *Reuter, Abiah Elisabeth*, Königtum und Episkopat in Portugal im 13. Jahrhundert. [Abhandlungen zur Mittleren und Neueren Geschichte 69.] (XIII u. 120.) Berlin-Grunewald, Rothschild, 1928. (*N. Hilling*) S. 420 f.
35. *Revue des Communautés Religieuses*. Documents du Saint-Siège. (1918—1924.) Texte et Commentaire. [Museum Lessianum — Section Théologique.] (X u. 96.) Löwen, Museum Lessianum, 1928. (*N. Hilling*) S. 417.
36. *Roberti, Franciscus*, De processibus. Vol. I et II. Pars I. [Athenaeum Pontificii Seminarii Romani ad S. Apollinaris.] (469 u. 306.) Romae, Facultas iuridica ad S. Apollinaris, 1926. (*N. Hilling*) S. 410—412.
37. *Scherer, Rudolf R. von*, Kirchliches Aufsichtsrecht. Aus dem Nachlasse des Verfassers herausgeg. von Karl Gottfried Hugelmann. Sonderabdruck aus der Zeitschrift für öffentliches Recht, Band VII, Heft 3 S. 342—366. (*N. Hilling*) S. 403 f.
38. *Schmitz, Peter*, Das kirchliche Laienrecht nach dem Codex Juris Canonici. Das Recht der kirchlichen Einzelpersönlichkeit. [Münstersche Beiträge zur Theologie 12.] (VIII u. 64.) Münster i. W., Aschendorff, 1927. (*N. Hilling*) S. 402 f.
39. *Schönfeld, Walther*, Über den Begriff der dialektischen Jurisprudenz. [Greifswalder Universitätsreden 20.] (51.) Greifswald, L. Bamberg, 1929. (*N. Hilling*) S. 400 f.
40. *Schultze, Alfred*, Augustin und der Seelteil des germanischen Erbrechts. Studien zur Entstehungsgeschichte des Freiteilsrechtes. [Abhandlungen der sächsischen Akademie der Wissenschaften, phil.-hist. Klasse Band XXXVIII Nr. 4.] 40. (VIII u. 246.) Leipzig, S. Hirzel, 1928. (*N. Hilling*) S. 735—737.
41. *Steffes, Johann Peter*, Religion und Politik. Eine religions- und kulturwissenschaftliche Studie. [Schriften zur deutschen Politik 21/22.] (XVII u. 233.) Freiburg i. B., Herder & Co., 1929. (*N. Hilling*) S. 746 f.
42. *Streit, Robert, O. M. J.*, Bibliotheca Missionum Band IV: Asiatische Missionsliteratur 1245—1599. [Veröffentlichungen des Internationalen

- Instituts für missionswissenschaftliche Forschung.] (XIV, 15*—24* u. 626.) Aachen, Aachener Missionsdruckerei, 1928. (*N. Hilling*.) S. 415—417.
43. *Stutz, Ulrich*, Über das Verfahren bei der Nomination auf Bischofsstühle. Sonderabdruck aus den Sitzungsberichten der Preußischen Akademie der Wissenschaften. Phil. histor. Klasse 1928, XX. 4^o. (20.) Berlin, Kommissionsverlag von Walter de Gruyter & Co., 1928. (*N. Hilling*.) S. 424 f.
44. *Triebbs, Franz*, Praktisches Handbuch des geltenden kanonischen Eherechts in Vergleichung mit dem deutschen staatlichen Eherecht. Für Theologen und Juristen. III. Teil. (VIII u. S. 437—556.) Breslau, Ostdeutsche Verlagsanstalt, 1929. (*N. Hilling*.) S. 752 f.
45. *Vromant, G. C. J. C. M., de Scheut*, Jus Missionariorum. Tom. II De Personis. [Museum Lessianum, Section Théologique 20.] (XVI u. 435.) (*N. Hilling*.) S. 413—415.
46. *Zedinek, Wilhelm, O. S. B.*, Die rechtliche Stellung der klösterlichen Kirchen, insbesondere Pfarrkirchen, in den ehemaligen Diözesen Salzburg und Passau und ihre Entwicklung bis zum Ausgang des Mittelalters. Eine rechtshistorische Untersuchung der veröffentlichten Quellen. [Veröffentlichung des Instituts für ostbairische Heimatforschung.] (320.) Passau, 1929. (*N. Hilling*.) S. 739 f.
- b) *Literaturverzeichnis* S. 432—451; 758—770.
- c) *Verzeichnis der bei der Redaktion eingelaufenen Bücher* S. 451—455; 770—772.
- d) *Verzeichnis der eingesandten kirchlichen Amtsblätter* S. 772 f.
- e) *Inhaltsverzeichnis des 109. Bandes* S. 774—783.

Verzeichnis der Mitarbeiter des 109. Bandes.

1. *Bastgen, Hubert*, Dr. theol., phil. et iur. can., Universitätsprofessor in Rom S. 178.
2. *Dabrowski*, Dr. iur. can., Seminarprofessor in Pelplin S. 301.
3. *Ernst, Johann*, Dr. theol., Pfarrer in Bamberg S. 594.
4. *Freisen, Joseph*, Dr. iur. utr., theol. et iur. can., Konsistorialrat und Universitätsprofessor in Würzburg S. 457.
5. *Gillmann, Franz*, Dr. theol., Päpstlicher Hausprälat, Geheimer Regierungsrat und Universitätsprofessor in Würzburg S. 223, 394, 598; 735.
6. *Göller, Emil*, Dr. theol. et phil., Päpstlicher Hausprälat und Universitätsprofessor zu Freiburg i. B. S. 3.
7. *Haring, Johann*, Dr. theol. et iur., Päpstlicher Hausprälat und Universitätsprofessor in Graz S. 127, 221, 584, 585.
8. *Hilling, Nikolaus*, Dr. theol. iur., et phil., Universitätsprofessor zu Freiburg i. B. S. 208, 211, 395 ff., 401 ff., 408 ff., 577, 737 ff.
9. *Hofmeister Philipp, O. S. B.* in der Abtei Neresheim (Württemberg) S. 592.
10. *Honecker, Martin*, Dr. phil., Universitätsprofessor zu Freiburg i. B. S. 757.
11. *Lammeyer, Joseph*, Dr. theol., iur., et phil., Privatdozent in Köln S. 405.
12. *Linneborn, Johannes*, Dr. theol. et phil., Apostolischer Protonotar und Dompropst in Paderborn S. 355.
13. *Rest, Joseph*, Dr. phil., Direktor der Universitätsbibliothek zu Freiburg i. B. S. 400.
14. *Rey, G.*, Oberlandesgerichtsrat in Köln S. 214, 585.
15. *Wolgast, E.*, Dr. iur., Universitätsprofessor in Königsberg S. 546.

